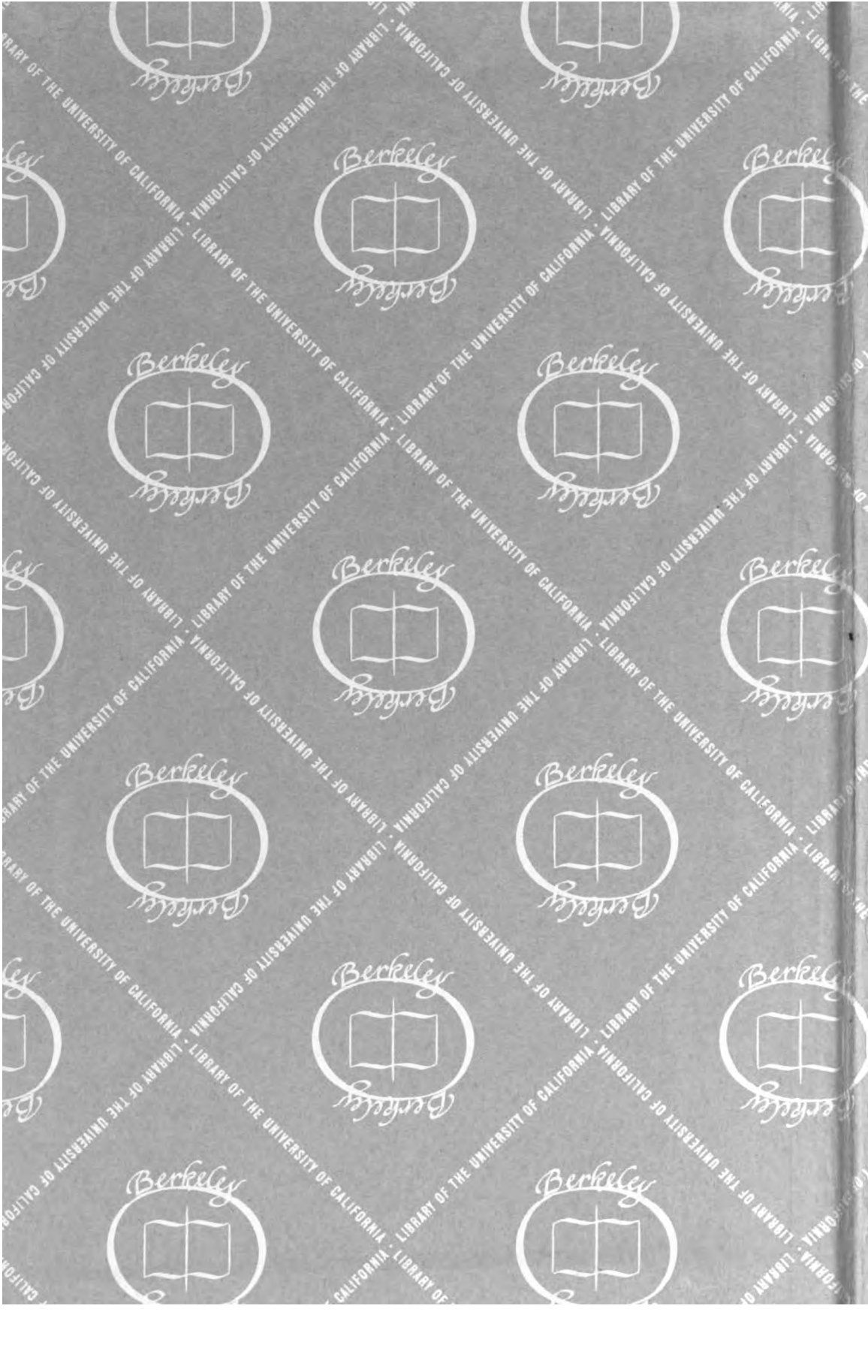

Berkeley
LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Jahrg. Heft 1 Januar 1918

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

...RY
...L 9 1964
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
BERKELEY

Bude Stack
2-H-6
JAN - JUNE
1918

### Inhalt:

Deutschlands Erneuerung – eine Personenfrage ... Dr. Paul Franz
Goethe als Tröster. Zusammengestellt von ... Dr. Erich Kühn
Rassenhygiene, die wichtigste Aufgabe völkischer Innenpolitik ... Geheimrat Prof. Dr. M. v. Gruber
Siedelungsgedanken ... Wolfgang Siegfried
Deutscher Bürgerstaat ... Prof. Dr. Unold
Zeitgemäße „Gedanken und Erinnerungen" Konsist.-Rat Albert Klein
Ziel und Weg der Deutschen Vaterlandspartei ... Geheimrat Prof. Dr. M. v. Gruber
Bild der Lage – Unerfreuliches – Erfreuliches – Bücherschau ... Dr. E. Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

...reis: Vierteljährlich M. 5.- By Einzelheft M. 1.80

# Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die **4½% Schatzanweisungen der VI. Kriegsanleihe** können vom

## 10. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis **zum 15. Juli 1918** die kostenfreie **Vermittlung** des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine **nur noch unmittelbar** bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine **rechts oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VI. Kriegsanleihe** findet gemäß unserer Mitte v. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

## 26. November d. Js.

**bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

---

Von den Zwischenscheinen für die **I., III., IV. und V. Kriegsanleihe** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli und 1. Oktober d. Js. fällig gewesenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Dezember 1917.

## Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn
Bezugspreis vierteljährlich M. 5.—; Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 1 | Januar


AP30 D56 v. 2:1-6

## Inhalt:


| | |
|---|---|
| Deutschlands Erneuerung — eine Personenfrage (S. 1) | Dr. Paul Franz |
| Goethe als Tröster (S. 16). Zusammengestellt von .. .. | Dr. Erich Kühn |
| Rassenhygiene, die wichtigste Aufgabe völkischer Innenpolitik (S. 17) .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. | Geheimrat Prof. Dr. M. v. Gruber |
| Siedelungsgedanken (S. 33) .. .. .. .. .. .. .. .. | Wolfgang Siegfried |
| Deutscher Bürgerstaat (S. 49) .. .. .. .. .. .. .. | Professor Dr. Unold |
| Zeitgemäße „Gedanken und Erinnerungen“ (S. 56) .. .. | Konsistorialrat Albert Klein |
| Ziel und Weg der Deutschen Vaterlandspartei (S. 64) | Geheimrat Prof. Dr. M. v. Gruber |
| Bild der Lage (S. 66) — Unerfreuliches (S. 77) — Erfreuliches (S. 78) — Bücherschau (S. 79) .. .. .. .. | Dr. Erich Kühn |


# Deutschlands Erneuerung — eine Personenfrage.[1])

## Von Dr. Paul Franz.

Es ist das Schicksal vieler großen Wissenschaftler und Künstler, daß ihre Epigonen und kleinen Nachbeter die vom Meister gefundene Wahrheit in geringe Scheidemünze für das verehrliche Publikum ummünzten und dabei den Wahrheitsfund wieder verschleuderten, das Körnlein neu entdeckter Wahrheit wieder zertraten. Man pflegt das meist stolz und selbstbewußt „Vertiefung und Verbreiterung der Volksbildung“ zu nennen. In Wahrheit sollte man es als Verflachung und Verödung wahrer Volksbildung bezeichnen. Wir leiden heute fast auf allen Gebieten an dieser Krankheit, sowohl in der Schule als in der Kirche, sowohl in der Kunst als in der Politik. Schon Treitschke beklagte diese von ebenso geschäftsklugen und betriebsamen wie windigen und flachköpfigen Orientalen eingeführte Kunst der Warenhausbehandlung neuer Ideen und großer Gedanken, die artfremde Kunst der Verhökerung arischer Weisheit durch orientalische oder orientalisierte Kleinhändler, die im Theatermantel des „Idealismus“ ein von Natur gedankentiefes und vor aller wahren Größe ehrerbietiges Volk ziel-

[1]) Dieser Aufsatz ist als Sonderdruck zu beziehen. — Einzelpreis 50 Pfg., ab 100 Stück 20 Pfg.



By

bewußt zu krasser Oberflächlichkeit des Denkens und zur Fesselosigkeit alle Begierden, mit einem Worte: zu einem grobkörnigen Materialismus erziehen. Erfinder und Entdecker waren die völkisch Entwurzelten nie oder nur in seltenen und besonders gearteten Ausnahmefällen, Geldwechsler waren sie immer, auch im übertragenen Sinne. Daß dabei auch falsche Münzen mit unterlaufen, liegt wohl in der Natur der Sache und der Eigenart der Berufsauffassung. Sie haben es fertig gebracht, alles und jedes zu entthronen, der inneren Würde zu berauben, Andacht und Ehrfurcht zu vertreiben, Allerheiligstes zu entschleiern, Unheiliges und Unwürdiges auf den Sockel des Goldenen Kalbes zu stellen und das von ihnen in den Zustand der „verbreiterten und vertieften Allgemeinbildung" versetzte Volk zum Kotau vor jedem ihren Zwecken dienlichen Irrtum zu bringen. Ist doch auch die jüdisch geleitete Sozialdemokratie schließlich nichts anderes als eine Frucht und Folge dieser Art „Allgemeinbildung", die feind aller Vertiefung und aller wahren Erkenntnis, losgerissen von allen völkischen Wurzeln auf seichter Oberfläche schwimmt, zum Schwatzen über alles, zum Haß gegen alles geistig oder materiell Höherwertige und schließlich zum Ekel vor sich selbst erzieht. Diese unter fremder Führung vor sich gehende Entartung im deutschen Volksleben begann auf einem politisch an sich indifferenten Gebiete, mit der Orientalisierung von Literatur und Kunst, Theater und Presse, mit jener „Epoche der forcierten Talente", wie sich Goethe ausdrückte, als das frevelhaft mißbrauchte Wort „Genie" zu einem Freibrief für jede Narrheit und das schrankenlose „Recht der freien Persönlichkeit" erfunden wurde. Wobei unter „Persönlichkeit" beileibe nicht zu verstehen ist, was Arier darunter begreifen, was etwa Goethe meint, wenn er die Persönlichkeit als höchstes Glück der Erdenkinder preist oder was Fichte im Auge hat, wenn er sagt: „Deutsch sein und Charakter haben, ist ohne Zweifel gleichbedeutend!" Nein, jener Begriff ist gänzlich unidealistisch aufzufassen, er ist vielmehr als Inbegriff des Materiellen, als Inbegriff aller Befriedigungsmöglichkeiten menschlicher Begierden und Triebe gemeint. Man sehe sich, um nur ein Beispiel zu nennen, die Befruchtung des deutschen Theaters durch diese Art „Persönlichkeiten" und die Pflege dieses Persönlichkeitsbegriffes an!

Vom Literarischen zum Politischen ist aber in Deutschland nur ein Schritt. Es gehört zu den großen wissenschaftlichen Verdiensten Heinrichs v. Treitschke, das unmittelbare Eingreifen literarischer Theorien in die Geschicke des Deutschen Staates nachgewiesen zu haben. „Auch die rein politischen Parteien gingen geradewegs aus dem literarischen Leben hervor." Nicht aus politischen Gegensätzlichkeiten, nicht aus der Verschiedenartigkeit von Klasseninteressen, sondern aus den Schulbegriffen der Gelehrten entsprang das deutsche politische Leben. So ist in Wahrheit die deutsche Politik in der Studierstube geboren worden und ist deshalb bis zum heutigen Tage in weitem Maße studierstubenbeschränkt geblieben. Den politischen Begriff des „Professoralismus" gibt es nur in Deutschland, das noch heute in Anbetung vor jedem Professorentitel kniet und in dem jede noch so große politische Torheit auf eine zahlreiche „gebildete" Gefolgschaft rechnen darf, wenn sie von einem „Professor" stammt oder von ihm unterschrieben wird. Es war und bleibt höchst charakteristisch, daß einer der gewissenlosesten Realpolitiker dieser Welt, der Präsident Wilson, von unseren naiven politischen Kindern als wirklichkeitsfremder „Professor", als Wolkenkuckucksheim-Politiker und verbohrter Idealist hingestellt und halb und halb — entschuldigt werden konnte! Eben so bezeichnend ist es, daß die schwere Schuld Bethmann Hollwegs, die wahrhaftig allen

anderen als idealistischen Quellen entsprang, noch heute und selbst von Leuten, die die Verhältnisse genau kennen, als professoraler Irrtum, wenn nicht entschuldigt, so doch erklärt wird. Das sind Dinge, die andern Völkern ganz unverständlich bleiben. Gewiß kann darin ein Vorzug liegen, insofern der professoralistische Einschlag unter Umständen zu einer Idealisierung der menschlichsten aller menschlichen Betätigungen, eben der Politik als des großen Machtkampfes um die Selbst- und Arterhaltung beitragen kann. Viel schwerer aber sind die Nachteile dieser theoretischen Verkümmerung reiner Machtfragen. Hier liegt eine der stärksten Fehlerquellen, die uns entgegen allen natürlichen Verhältnissen und Entwicklungen so stark ins Hintertreffen gegenüber England gebracht haben. Der Schaden, den Deutschland dieser Art Professoralismus verdankt, ist nicht abzusehen. Wie sehr hat schon Goethe, der sich nicht gern mit politischen Dingen befaßte, die politische Verhimmelung des weltfremden deutschen Professors beklagt. Bitter meinte er: „Der Professor ist eine Person, Gott ist keine." Am handfestesten wurde Bismarcks geniale Grobheit dann, wenn sie sich gegen diese Abart von Politikern wandte, gegen die Virchow, Mommsen und Genossen. Was uns dieser Professoralismus heute beschert, steht vor unser aller Augen. Wir brauchen hier nur an die Gefährdung deutscher Lebensinteressen durch „Professoren-Komitees" unter Hobohmscher Führung, durch die Delbrück und Harnack, die Max Weber, Baumgarten, Anschütz, Meinecke, Förster und wie sie alle heißen mögen, zu erinnern, die nicht hinter ihrer Weisheit, sondern hinter ihrem Professorentitel eine Gefolgschaft naiver Menschenkinder sammeln. Es ist der Schatten einer großen Tugend, daß dem Deutschen, dem der nationale Instinkt, der völkische Sinn und der naive politische Selbsterhaltungs- und Selbstdurchsetzungstrieb fehlt, gerade in der reizvollen Garnierung verstandesmäßiger Theorien der gröbste Unverstand, der handgreiflichste Unsinn schmackhaft gemacht werden kann. Hier liegt eine große Gefahr. Treitschke sagt: „Es gibt eine Traumwelt des Verstandes, in die man sich völlig einlullen kann, welche für Deutsche ganz besonders gefährlich ist." Bismarck spricht von der „theoretischen Energie, welche dem Deutschen eigen ist", mit Hilfe deren ein raffinierter Jongleur sie zu jeder politischen Dummheit verführen kann. Den Teufel merkt das Völklein nie, und wenn er es beim Kragen hätte. Und er hat es beim Kragen!

Aus der Tatsache der Geburt der deutschen Politik in der Studierstube entstand jene zwiefache Verirrung, unter deren Folgen wir heute leiden und die uns auch um die Früchte dieses Weltkrieges bringen wird, falls uns Gott, wie schon einmal, nicht vor Toresschluß einen Mann beschert, der mit eisernem Besen dazwischen fährt und sein irregeleitetes Volk vom Irrtum zur Wahrheit führt: einmal jenes theoretische System von vernunftrechtlichen Begriffen, das als ausgeklügelte Doktrin die innere Politik in den Bann eines starren, toten, philosophischen Systems schlug, das die deutsche Entwicklung von ihren gesunden genossenschaftlichen Traditionen losriß und ihr die artfremde und noch dazu mißverstandene Dogmatik von 1789 aufzwang, das den blutleeren Begriff der Verfassung höher stellt als die lebendige Wirklichkeit der Verwaltung, und das heute im Verfassungsausschusse des Reichstags das Unterste zu oberst kehrt; zum andern jener verderbenschwangere, schicksalsschwere Irrtum darüber, daß der Staat Macht ist und nicht der Welt des Verstandes, sondern der des Willens angehört, ein Irrtum, der die auswärtige Politik der vor- und nachbismärckischen Epoche zum Gespött und Erntefeld des Auslands machte, dem unter dem Stichwort „Freie Bahn dem Tüchtigen" nicht nur

unsere besten Kräfte aufgeopfert wurden, die Bismarck, Tirpitz, Peters, Lindequist, Schorlemer, sondern dessen Unausrottbarkeit wir auch diesen Krieg, seine Verlängerung und die heiße Herzensangst um seinen politischen Ausgang verdanken. Wie sehr wir heute noch mitten in diesen Schäden der Entstehungsgeschichte unseres politischen Lebens stecken, zeigt in besonders charakteristischer Weise der Zwiespalt im heutigen Nationalliberalismus, ohne den die unerhörte und lebensgefährliche Zerfahrenheit unserer Tage mit ihrem welschen „Mehrheits"-Gespenste völlig ausgeschlossen wäre: der deutsche Liberalismus kann noch heute nicht verleugnen, daß er in der begrifflichen Zwangsanstalt der kleinbürgerlichen Philister Rotteck und Welcker das Licht der Welt erblickt hat. Wie damals ein Rotteck seinen Zeitgenossen die Köpfe verdrehte mit der schmachvollen Behauptung, nur „gelockt durch die so schmeichelnden Töne des Kalischer Aufrufs und der Verheißung einer preußischen Verfassung" seien 1813 die deutschen Völker zu den Waffen geeilt, ein „Parteimärchen", das noch Bismarck in seiner ersten flammenden Rede vom 17. Mai 1847 zurückweisen mußte, genau so verkünden heute nicht nur sozialistische, sondern auch liberale Wortführer die jämmerliche Parteilegende, unser Volk sei im August 1914 für das preußische Wahlrecht und irgendwelche Verfassungsmätzchen ins Gewehr getreten. Wie damals ein Rotteck sich nicht entblödete, als Parole hinauszugeben: „Ich will lieber Freiheit ohne Einheit, als Einheit ohne Freiheit", so hören wir heute aus nationalliberalem Lager — noch dazu in dieser Zeit — den frivolen Lockruf, aus dem „nationalliberal" das Nationale zu streichen!

Solche Parallelen mit der Zeit vor hundert Jahren gibts unzählige, und sie mehren sich — leider — tagtäglich. Wir haben nichts gelernt und nichts vergessen trotz aller „Rüffel der Weltgeschichte". Auch die „Demagogenverfolgungen" fangen wieder an, wenn auch mit umgekehrten Rollen. Heute spielen die Demagogen und die „Demokraten" Polizei. Auch ein Kamptz wird uns wieder geschenkt werden. Vielleicht eignet sich Herr v. Payer zu der Rolle. Und genau so, wie damals pflichtschuldige offiziöse Harfenklänge dem opfernden und duldenden Volke das süßliche Lied vom Machtverzicht und ewiger Versöhnung vorspielten, um deren Preis man alles, schließlich auch das eigene Hemde hingeben müsse, wie ein offizieller Hofpoet dem Volke vorsang: „Jam vicisse sat est; victor non ultor habebor", finden sich heute offiziöse Topfgucker, hoflüsterne Geschichtsschreiber und regierungsfromm gewordene Auchdemokraten, die nach liebevoller Schonung der Mörder unserer Manneskraft schreien und für das unselige Versagen unserer politischen Leitung hinter dem Heldenrücken eines Bismarck und Friedrich Deckung suchen und unserm politisch und historisch unerfahrenen Volke mit Nikolsburger und Hubertusburger Friedensschlüssen ein unwürdiges Lügenspiel vorgaukeln. Auch heute grüßen sich wieder mit dem Ernste der Auguren die kosmopolitischen Nachtwächter von anno dazumal, dieselben, denen deutsches Land und Volk schon einmal jammervolles Elend dankte und denen es diesmal seinen Untergang danken wird, wenn ihre dünkelhafte Halbbildung und ihr weltweites Gewissen noch weiterhin in der Herrschaft bleibt. Nicht um eine einzige neue Idee, nur um einen neuen Namen hat man sich bemüht. Er heißt anmaßlich wie alles, was aus dem Geltungsbedürfnis dieser Kreise stammt: „Der Neue Geist." In Wahrheit ist er eine aus dem Schutte und Irrtumswuste einer wissenschaftlich und politisch längst überwundenen Urgroßväterzeit ausgegrabene Mumie. Das Wesen dieses uralten „Neuen Geistes" ist die undeutsche Heuchelei; auf jeder Zeile widerspricht er sich selbst, spottet seiner selbst und ist kaum geistreich genug, um auch nur Halbgebildeten als

wirklicher Geist zu erscheinen. Sein Mittel ist der Opiumrausch der Phrase und des hohlen Schlagworts, hinter dem nichts steht als ein leerer Schall: Recht ohne Macht, internationale Versöhnung (heilige Allianz), internationale Schiedsgerichte, Abrüstung (Virchow beantragte kurz vor 1870 auch die Abrüstung!) usw. Der Berliner Universitätsprofessor Dr. Erich Kaufmann sagt in seinem lesenswerten Buche „Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung" (Verlag von J. Springer, Berlin) hierzu mit Recht: „Wir würden in die Zeiten der heiligen Allianz zurückfallen, wenn wir wieder unsere Stellung in der Politik von universalistischen Ideen beeinflussen ließen: Die Betonung der internationalen Solidarität der demokratischen Interessen ist dieselbe Verfälschung des Staatsgedankens wie die der internationalen Solidarität der monarchisch-legitimistischen Interessen, die zum Unsegen so lange auf unserer inneren und äußeren nationalen Entwicklung gelastet hat.... Der Krieg wird zur sinnlosen Metzelei, wenn über seinen Ausgang nicht die durch ihn geschaffenen Machttatsachen, sondern internationale Prinzipien entscheiden sollen." Gewiß, jener Neue Geist ist von jeher der Todfeind jeder völkischen Idee gewesen, auf der allein Gesundheit, Freiheit und Glück unseres Volkes entstehen und bestehen kann. Einer unserer Größten im Reiche der Geister sagt von diesem Neuen Geiste: „Er leugnet das Gewisse und behauptet das Ungewisse", er sei mit einem Worte der „Trunkenbold der Phrase". Wenn auch Treitschke bei gewissen Leuten nicht mehr persona grata ist, so hat er doch recht mit dem Menetekel: „Die Verleugnung der eigenen Macht ist für den Staat recht eigentlich die Sünde wider den heiligen Geist." Ist es nicht ein Zeichen für wahrhaft erschreckende Zustände, daß man diese und ähnliche selbstverständliche Wahrheiten, noch dazu in einer Zeit, die sie mit Flammenschrift in jedes denkenden Menschen Gehirn hämmert, immer wiederholen muß, und immer wieder ohne Erfolg? Soll Clausewitz auch heute recht behalten: „Der Geist der Deutschen fängt an, sich immer erbärmlicher zu zeigen; überall sieht man eine solche Charakterlosigkeit und Schwäche der Gesinnungen hervorbrechen, daß die Tränen uns in das Auge treten möchten?"

Haben wir im Vorstehenden gesehen, daß sich das politische Leben in Deutschland nicht naturgemäß, aus dem Quell natürlicher Instinkte und aus naturgegebenen Interessengegensätzen, sondern sozusagen künstlich aus literarischer Wurzel und gelehrten Doktrinen entwickelt hat und haben wir diese Tatsache als verhängnisvoll bis in unsere Tage hinein erkennen müssen, so ist doch damit eine volle Erklärung für den wahrhaft bodenlosen politischen Jammer unseres heutigen Erlebens noch nicht gegeben. Dieser Jammer beruht einerseits auf der dem einst so stolzen Germanen förmlich anerzogenen Verachtung seines besten Erbes aus edler Väter Zeiten: des völkischen Hochgefühles, das der Entartung von heute als „unfair", als unangenehmer atavistischer Rückstand gilt, das deshalb ein Lichnowsky in London verächtlich verstecken und zum Gaudium seiner Zuhörer als „Übergangsstadium" abtun konnte, das den Dernburg, Bernstorff, Bethmann, Kühlmann usw. nur als übler Rest überwundener Perioden erscheint und das karrierelüsterne deutsche Diplomaten am liebsten hinter der Schürze einer ausländischen Mariage (das deutsche Wort der „hochgezite" ist hier nicht am Platze!) verstecken; Selbstverachtung aber führt schließlich zur Selbstvernichtung. Zum andern aber beruht jener Jammer auf der Hand in Hand damit gehenden krankhaften Überschätzung internationaler Beziehungen aller möglichen Art. In

keinem Volke der Erde sonst findet sich das niederträchtige Sprichwort jüdischer Hausiererlogik: „Mit dem Hute in der Hand kommt man durch das ganze Land"; kein Volk der Erde verekelt sich seine eigene Größe und sein eigenes Können mit einer so widerwärtigen Selbstverhöhnung wie das deutsche, das den stärksten Grad seines Mißfallens mit dem Worte ausdrückt, daß etwas „nicht weit her" ist, wenn es nichts taugt.

Die vorgenannten beiden Entartungserscheinungen stammen jedoch nicht aus unserem Volke selbst. Sie sind ihm anerzogen worden durch kluge Spekulanten, durch Künstler in ihrer Art, die es mit raffinierten Mitteln verstanden, aus germanischen Tugenden Fehler zu machen und diese Fehler, als deren Hörige wir heute „Auserlesene" unserer Nation sehen, in den Dienst fremdrassiger Interessen zu stellen. Die Erklärung für all dies liegt in der verhängnisvollen Tatsache, daß ausgerechnet in der oben gekennzeichneten Epoche, als sich der Begriff und das Wesen der deutschen Politik und ihrer Parteien auf verstandesmäßigem Wege aus literarischen Wurzeln entwickelte, die deutsche Literatur in die Hände unreiner Geister aus dem Oriente kam, womit von vornherein die Politik in das seichte Wasser oberflächlichen journalistischen Betriebs- und schöngeistiger Verirrung geriet. Mit Saul Aschers „Germanomanie" und den Schriften des jüdischen Lehrers M. Heß in Frankfurt a. M. begann dieser lästerliche Einbruch des literarischen Judentums in den unklaren literarisch-politischen Idealismus jener für die ganze spätere Entwicklung grundlegenden Tage. Es kam jene gefährliche halbjüdische Literatur auf, die die orientalische Weltanschauung in abendländische Formen kleidete und sich mit den literarischen gleichsam spielend der sich entwickelnden politischen Ideen bemächtigte und sie zum Kultus einerseits des Internationalismus, anderseits der sog. „Ideen von 89" machte, dessen Auswirkung wir heute mitten im Weltkriege erleben. In der Tat ist die jüdische deutsch-französische Publizistik dieser Unheilsjahre die Grundlage für unser ganzes späteres und heutiges politisches Leid. Die Artfremden wurden, unterstützt durch den heiligen Unverstand liberaler Zeitungen, fast mit einem Schlage die Wortführer der deutschen öffentlichen Meinung. Mit Ludwig Börne, Eduard Gans und Heinrich Heine, diesen Pariser Deutsch-Juden und großen Selbstbeschmutzern, mit dem Kreis um die Rahel Varnhagen und dem betriebsamen Mannheimer Verleger Dr. Zacharias Löwenthal war ihre Herrschaft über den „dummen Michel" ein für allemal begründet. Erwähnt sei noch, daß damals, im Pariser deutschen Judenklub, auch die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie schlug, die also auch aus artfremder literarischer Wurzel stammt. Ihre ersten Geburtshelfer waren die in Paris hausenden jüdischen Literaten Marx, Börnstein, Bernays, Moses Heß und Heine, die schon damals zusammen mit Ruge einen von Guizot allerdings bald unterdrückten ebenso internationalen wie unflätigen „Vorwärts" herausgaben. Auch die Verkoppelung der roten mit der goldenen Internationale trat damals schon in Erscheinung. Tiefer kann auf diese überaus interessanten Dinge hier nicht eingegangen werden; aber man muß sie wissen, um das Heute zu verstehen. Wer an Deutschlands Erneuerung auf irgendwelchem Gebiete, sei es Schule, Kirche, Literatur, Theater, Kunst, Presse oder Politik, mit wirklichem Erfolge mitarbeiten will, muß die Wurzeln des Leids von heute kennen. Es war ein Verhängnis, daß die Wirksamkeit dieser von deutscher Selbstentehrung vergötterten Sippschaft auf ein noch unentwickeltes nationales Selbstgefühl der Deutschen stieß, es zerstörend und zersetzend. Treitschke sagt mit Recht: „Ein durchgebildeter Nationalstolz, der solche Versuche

von Haus aus verhindert hätte, war hier noch nicht vorhanden; dieser geduldige deutsche Boden, der schon allen Nationen Europas zum Tummelplatz gedient, hier durfte auch das Judentum noch sein Glück versuchen." Der in widerliche Vermischung deutscher Sentimentalität und öder jüdischer Witzelei eingehüllte ethische, soziale und politische Radikalismus des Berliner Tageblatts, der Frankfurter Zeitung sowie des Vorwärts ist tatsächlich die geradlinige Fortsetzung von Heines „Französischen Zuständen" und von Börnes „Pariser Briefen". Auch die Arglosigkeit deutscher Bildungsphilister, die für Demokratie und deutschen Freisinn halten, was in Wahrheit jüdisches Weltbürgertum ist, ist dieselbe wie damals. Wenn Heine in seinen „Französischen Zuständen" sagt: „Die Franzosen sind das auserlesene Volk der neuen Religion, Paris ist das neue Jerusalem, und der Rhein ist der Jordan, der das geweihte Land der Freiheit trennt von dem Lande der Philister" oder wenn er preist jene „Bergprediger, welche von den Höhen des Konvents zu Paris ein dreifarbiges Evangelium herabpredigten, in Übereinstimmung mit der Ansicht jenes älteren Bergpredigers" — hört man da nicht Herrn Theodor Wolff oder Herrn Stampfer oder irgendeinen aus dieser „deutschen" Ecke reden? Und wielange nach Friedensschluß wird's dauern, bis sie das wieder deutlich sagen? Die Kunst dieser „Politiker" von heute, „aus niedlichen Riens noch einen wohlklingenden Satz" zu bilden und „in unfruchtbarem Esprit mit den Dingen zu spielen, ohne sie zu beherrschen", „jene journalistische Frechheit, die alle Tiefen und Höhen des Menschenlebens mit einigen flüchtigen Einfällen abtut", ist damals erfunden worden. Wie unsere hohe Politik, so sind auch die Redaktionsstuben ihrer Propheten, des Berliner Tageblatts, der Frankfurter Zeitung und des Vorwärts nicht von einer einzigen neuen Idee befruchtet, nicht einmal die Form ist neu, sie ist der Abklatsch recht alter Druckstöcke. Wer den orientalischen Gehalt jener Epoche kennt, weiß, was morgen und übermorgen in jenen „modernen" Blättern steht. Um Mißverständnisse auszuschließen, schalten wir hier ein, daß man nicht Antisemit im landläufigen Sinne zu sein braucht, um auf dem hier vertretenen Standpunkte zu stehen, den übrigens, wie uns bekannt ist, auch Juden teilen, soweit sie in der Berliner-Tageblatt-Richtung Gefahren auch für ihr Volkstum erblicken. Was wir hier im Auge haben, ist eine aus jüdischer Heimatlosigkeit und Entartung, sowie aus nutznießendem Schmarotzertum hervorgegangene, im tiefsten Grunde staatsgefährliche, grundsätzlich verneinende, atheistische und anarchische Kultur- und Staatsauffassung, wie sie vor allem im schillernden Gewande der internationalen deutsch geschriebenen jüdischen Presse auftritt und den deutschen Spießbürger allmählich aber sicher um seine Denkkraft und sein völkisches Empfinden bringt. Man beginnt, diese Ideenrichtung im Gegensatz zu der dank gegnerischer Tätigkeit mehr und mehr für den deutsch-arischen Gesamtbegriff sich einbürgernden Bezeichnung „alldeutsch" mit Recht als „alljüdisch" zu bezeichnen. Es wäre gut, wenn zur Kennzeichnung des Wesens, um das es sich hier handelt und das so lange in Verhüllung und Maske seine üblen Geschäfte treiben durfte, diese treffende Bezeichnung Heimatrecht im öffentlichen Sprachgebrauche fände. Zu Vertretern der alljüdischen Idee in diesem Sinne gehören übrigens keineswegs nur Juden. Bemerkenswert ist immerhin, daß man auch im feindlichen Auslande schon seit Jahren der völkischen Entartung der Deutschen viel Verständnis entgegengebracht hat. Eingehend wird diese Frage in einem kurz vor dem Kriege erschienenen Buche des Engländers Castle besprochen, der selber Jude

ist. Er stellt fest, „daß die neuesten Phasen der Entwicklung des Deutschen Reiches eine spezifisch semitische, keineswegs aber eine deutsche Erscheinung sind“ ... „tatsächlich ist die ganze Stadt Berlin ihr (der Juden) Eigentum“. Zweifellos soll Deutschland das Versuchskarnickel sein für jene Entwicklung, die ein Aufruf der 1913 begründeten Neuen Internationalen Banken-Allianz in Paris dahin ankündigt: „Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze der Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat.... Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königstümer anzutreten mit einer Autorität, die sich nicht nur über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt.“ Herr Bankdirektor Rathenau sagt ja ungefähr dasselbe (Neue Freie Presse vom 25. Dezember 1909) wenn er von der Weltbeherrschung durch etwa 300 Börsianer erzählt. Im Dienste dieser alljüdischen Idee, die man auch als „Amerikanisierung“ bezeichnen könnte, steht die Parlamentarisierung der deutschen Staatsgewalt, worauf wir noch zu sprechen kommen.

Damals also ist dem deutschen Volke die Mißachtung völkischen Selbstgefühls und die lächerliche Überschätzung internationaler Einschläge eingeimpft worden. Am verderblichsten erwies sich dabei für die Entwicklung der deutschen Politik jene würdelose und ekelhafte jüdische Unart der Selbstverhöhnung. Damals erst entstand auch das Nachtmützenbild des Deutschen Michels, der bis dahin als Rolandsgestalt mit Panzer und Schwert oder Keule in der Geschichte und im Volksempfinden gestanden hatte; und es ist kennzeichnend, daß damals, schon nach kurzer Zeit, die orientalische Infizierung der deutschen Gemüter so stark wirkte, daß die unter allen Umständen „modern“ sein wollenden Bierphilister die ihnen angetane Verunehrung überhaupt nicht empfanden, sondern sie — mitmachten. Wer denkt hier nicht an die nationale Wirksamkeit des Simplizissimus vor dem Kriege und die Empfindungslosigkeit weiter Kreise gegenüber dieser Selbstherabsetzung? In welchem Volke ist solches noch möglich? In Immermanns Münchhausen heißt es kurz und bündig: „In Deutschland geraten die Bedienten am besten.“ — Das eigene Nest zu beschmutzen wurde also damals in gewissen Kreisen vornehm. Man lernte sich nicht nur seiner Eigenart, sondern auch seiner arischen Kraft schämen und hätte es ruhig mit angesehen, wenn man aus ganz Deutschland ein einziges Gebrüder Herrnfeld-Theater gemacht hätte. Parallelen zu heute liegen auch hier nahe. Gerardfeiern und Staatsmänner, die sich während des Krieges nach freundlicher Behandlung durchs Ausland sehnen, die deutsche Siege entschuldigen und bei besiegten Feinden fortgesetzt um Nachsicht und gut Wetter bitten, sind nur in einem Deutschland des Berliner Tageblatts, der Frankfurter Zeitung, des Vorwärts und der Münchner Neuesten Nachrichten möglich. Und wenn sich die kriegsverlängernden Scheidemänner mit Wonne „anspucken lassen“, wenn sie nur dafür zur Rettung ihres internationalen Geltungsdünkels (nicht vor dem lachenden Ausland, sondern vor den seufzenden Volksgenossen) um Frieden winseln dürfen, so dürfen sie sich getrost neben den drei großen Pariser Juden einen Platz im Panoptikum nationaler Würdelosigkeit ausbitten.

Um wenigstens einigermaßen vollständig zu sein, mag noch erwähnt werden, daß damals unter dem Einflusse der deutsch-französischen Literatur nicht nur die undeutsche Schlagwortpraxis von heute („Ritter und Heilige“ usw.), die jede Sache mit leerem Wortschall tötet, sondern auch jene betriebsame Kunst der gegenseitigen Empfehlung, der üble Geschäftstrick gegenseitiger Emporlobung aus Welschland einzog,

den wir heute unter der idealen Freiheit „demokratischer" Zustände nicht nur bei Parlamentariern gewisser Sorte, sondern auch bei Staatsmännern gewisser Qualitäten im Schwange sehen. Unter dem großen Friedrich und unter Wilhelm dem Treuen blieb er ohne Erfolg.

Nun bliebe noch zu untersuchen, welche Mittel es vor allem gewesen sind, die dem artfremden Einfluß bei unserem Volke zum Durchbruche verholfen haben, der sich endgültig in der nachbismärckischen Epoche vollzog. Denn es wäre ja ein Wunder, daß eine an sich winzige Zahl Fremdblütiger ein ganzes großes, rassig immerhin noch einheitliches Volk, noch dazu nach dem großen Erleben eines Bismarck, zum gedankenlosen Nachbeter und Heloten artfremder Ideen machen konnte. Mit der Kunst des allen Bequemlichkeiten entgegenkommenden, verdummenden feuilletonistischen Betriebs der Politik und der federfertigen Fixigkeit gewandten Formulierens flacher und verführerischer Halbgedanken läßt sich das Unheil allein nicht erklären. Auch liegt die widerlich sentimentale Kaffeehauskultur neudeutscher Prägung, die sich gegenüber arischer Heldengröße „*fröstelnd*" in einen weichen Klubsessel schmiegt, mit ihrer süßlichen Aufweichung aller männlichen Begriffe dem Deutschen an sich nicht. *Kant* spricht ein tiefes und wahres deutsches Empfinden aus, wenn er sagt: „*Die alles auf Gefühle reduzieren, haben keinen Charakter.*" Etwas deutlicher meint *Blücher*: „*Achselzucken und Seufzen verrät allemal den Schuft.*" Was ist es also, was dieser Richtung in den letzten 27 Jahren den vorläufigen Sieg über unsere völkische Idee, über unsere nationale Triebkraft und über den bismarckischen Staatsgedanken gebracht hat? Zweierlei. Wir müssen hier zunächst auf den Anfang unserer Darlegung zurückgehen. Wohl keines großen Geistes neue Erkenntnis ist von seinen Epigonen so mißverstanden und umgebogen worden, wie die *Darwinsche Entwicklungsidee*. Es ist Darwin nicht eingefallen, die Entwicklungstheorie auf das Gebiet des *rein Geistigen* zu übertragen. Das ist erst kleinen Geistern und Schema-F-Arbeitern nach ihm vorbehalten geblieben. Wenn irgend etwas auf dem im Anfang dieses Aufsatzes beschriebenen Wege Verwirrung in Köpfen und Herzen angerichtet hat, so ist es diese wissenschaftlich unerlaubte Übertragung und die taktisch überaus kluge Verhökerung dieser neuen, in Wahrheit weder wissenschaftlichen noch darwinistischen Idee an die Masse unserer sogenannten „Gebildeten" durch geschäftskluge *Politiker* alljüdischer Richtung. Hatte man doch hier bei der verstandesmäßigen Veranlagung der Deutschen das beste Mittel, um dem ahnungslosen Volke sein Bestes zu nehmen, *den Glauben an den Erfolg eigenen Handelns, eigener Tatkraft*, an den Sieg seiner großen völkischen Idee als solcher, *an eine höhere Führung zu einer großen Bestimmung*. Man konnte so seine innere Widerstandskraft gegen artlose „Entwicklungen" brechen und es aufnahmefähig machen für jeden politischen Irrtum. Es ist nicht in Worte zu fassen, welch epidemische Geistesverwirrung gerade dadurch auf fast allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens, vor allem in religiösen, schulischen und politischen Dingen angerichtet worden ist. Was dem Türken das *Kismet*, dem Russen das Nitschewo, wurde dem gebildeten Deutschen die kraft- und saftraubende Phrase: „Die *Entwicklung* bringt das nun einmal so mit sich." Sie wurde zum Vater der alljüdischen „Religion" des Modernismus, zum Vater der *materialistischen Geschichtsauffassung*, auch zum Vater der *Lamprechtschen* Geschichtstheorie, die ja im Grunde genommen auch nur die materialistische ist. Sie wurde zum politischen Lotterbette aller Denkfaulen und Schwachen, zum Ruhekissen aller amtlichen und außeramtlichen Leisetreter, zum Schutzschild aller politisch

Schuldigen, die sich wie Herr v. Bethmann hinter dem „Geschick" verkriechen. Sie wurde insbesondere zum Prinzipe des sich willenlos Treibenlassens, dieses einzigen „politischen" Prinzips des neuen Kurses vom 20. März 1890 bis zum heutigen Tage! Wie oft haben sich doch neukursliche Minister und Reichskanzler, wie oft hat sich vor allem Herr v. Bethmann Hollweg hinter ihr geborgen! Und wenn wir einen Frieden erhalten, der kein deutscher Frieden ist, so wird man auch ihn uns in der Garnierung dieser Afterweisheit bescheren, als das darwinistische Kismet des deutschen Volkes. Wie naiv ist doch unser gutes Volk! Kann es denn nur etwas Törichteres geben, als die Leugnung des Lebendigsten, Tatsächlichsten, Wirklichsten des menschlichen Lebens, des Willens? Ist es denn nicht eine ewige Wahrheit, die Treitschke mit den klassischen Sätzen ausspricht: „Die großen Wandlungen des Völkerlebens, die dem rückschauenden Geschichtsforscher als unabwendbare Notwendigkeiten erscheinen, werden doch nur durch das Wollen der Handelnden, durch die Wahl und Qual des freien Entschlusses möglich .. das vieldeutige Lob der .. „Entwicklung" dient der gedankenlosen Ruheseligkeit zum willkommenen Lotterbette." Oder wenn er an anderer Stelle spricht von jener „neuen demokratischen Geschichtsphilosophie, die noch viel Unheil in den Köpfen der Halbdenker anzurichten bestimmt war": „„Während die Weltgeschichte sich bisher immer durch die Wechselwirkung großer Persönlichkeiten und der allgemeinen Zustände fortgebildet hatte durch Männer, die aus den Trümmern alter Welten eine neue zu formen verstanden, sollte sie im 19. Jahrhundert plötzlich ihren Charakter verändert haben und sich fortan ohne die Macht des Genius, allein durch die Meinungen und Leidenschaften der Massen weiterbewegen. So lautete die neueste Geschichtsoffenbarung; Otto v. Bismarck war gerade 30 Jahre alt." Heute ist er tot und wird tagtäglich von Undankbarkeit und Unfähigkeit der Epigonen aufs neue verraten und erschlagen. Deshalb treiben uns auch heute wieder die „Massen", treibt uns die blinde „Entwicklung" in unser „Geschick". Die umgebogene Entwicklungstheorie ist geradezu zu einem Gifte geworden, das dem gesunden Menschenverstande die Denkfähigkeit nimmt, zu einem Nebel vor den Augen sich sonst höchst weise dünkender Leute. Als ob die vielberufene „Entwicklung" etwas außer uns Stehendes, etwas übernatürlich und ohne uns Wirkendes wäre und nicht vielmehr gerade der menschliche Wille oder — leider noch häufiger — die Willenlosigkeit derer, die vor Gott und den Menschen die Pflicht und Schuldigkeit hätten, einen Willen zu haben und zu betätigen und damit eben die Entwicklung zu gestalten! Wenn irgend etwas uns mit der Nase auf diese Wahrheit gestoßen hat, so ist es das Erleben der letzten 3½ Jahre. Sowohl die außerpolitische als auch die innerpolitische „Entwicklung", die wir erlebten und erleben, ist keineswegs das Natürliche und Vernunftgemäße, das ohne unser Zutun so kommen mußte und nicht anders kommen konnte, sondern vielmehr das gegenüber aller natürlichen Entwicklung und der tatsächlichen Machtverteilung Unnatürliche, Vernunftwidrige. Weil unsere politische Leitung standhaft und zielbewußt stets das Gegenteil des Naheliegenden, des Naturgegebenen, des Selbstverständlichen tat, deshalb sind wir nach außen und im Innern in die haltlose politische Situation von heute geraten. Hätten wir Italien und Rumänien nicht zur Unzeit umschmeichelt, hätten wir uns vor Amerika nicht gebeugt, hätten wir den unbeschränkten U-Bootkrieg ein Jahr eher begonnen und England nicht Zeit zu umfassenden Gegenmaßregeln und zur Eindeckung gelassen, hätten wir unsere Luftwaffe 2 Jahre eher rücksichtslos zur Anwendung gebracht, hätten wir

auch sonst mehr für unser Volk als für „Europa" Verständnis und Liebe betätigt, hätten wir Sonderfriedensschlüsse statt sie zu verneinen, begünstigt, hätten wir Schweden nicht von der Kriegsteilnahme abgeschreckt, hätten wir im Frühjahr 1915, was möglich war, ein Bündnis mit Rußland und Japan geschlossen —, wo wären wir da heute? Hätten wir unser Volk zur gegebenen Zeit von der sozialistischen Seuche geheilt, statt diese Seuche mit künstlichen Mitteln hochzupäppeln[1]), hätten wir die interfraktionellen Gernegroße beizeiten in die Schranken ihres Nichts gescheucht — wir ständen dem Frieden näher und brauchten heute nicht um die Früchte des Sieges und um die deutsche Zukunft zu bangen. Usw! Also: Die „Entwicklung" hat uns wahrhaftig nicht in den politischen Drahtverhau getrieben, in dem wir nach sträflich mißachteter Voraussage aller Verständigen und Ehrlichen heute sitzen, sondern ganz allein der schier unfaßliche Willensmangel derer, die zum Willensentschluß berufen waren und sind. Wir sehen demnach, daß noch heute die uralte Wahrheit in Kraft steht, die kein Sterblicher straflos verleugnen darf, daß Männer Geschichte machen, Geschichte in jedem Belang, auf jedem Gebiete menschlicher Tätigkeit. Nicht triebhafte Ideen, nicht außer uns stehende Kräfte sind es, die uns blind in eine dunkles Schicksal jagen, wir sind es selbst, wir in und mit unserem ureigensten Wesen. So ist es allenthalben, so im Privat- wie im Staatshaushalt, so in Presse, Kirche, Schule, Theater und Kunst, in der Kultur- und Allgemeinpolitik. Schiller sagt: Lassen wir uns nicht nachsagen, daß uns die Dinge formen, sondern formen wir die Dinge! Das ist deutsche Auffassung von Manneswert und Mannespflicht. Allerdings hat Schiller auch gesagt: „Freiheit ist bei der Macht allein", und gehört deshalb wohl heute auf den Index.

Daraus ergibt sich aber zwanglos die weitere Lehre: wollen wir auf all den vorgenannten Gebieten eine Änderung herbeiführen, eine Gesundung im deutschen Sinne, eine „Erneuerung Deutschlands", so müssen wir die Männer ändern, d. h. für neue Männer sorgen. Treitschke sagt: „Man muß Personen ändern, wenn man Maßregeln ändern will." Wer um diesen Punkt scheu herumdenkt, wer nicht wagt, dieser Wahrheit ins Gesicht zu schauen, weil sie zu unbequemen und in gewissen Kreisen zu gesellschaftlich peinlichen Folgen führt, der kann uns nicht helfen, der ist für unsere Arbeit, also für die wahrhaft vaterländische Arbeit verloren. Bleiben wir hier bei der Politik, obgleich dasselbe für alle anderen Lebensbetätigungen genau so gilt: was heißt denn z. B. „System Bethmann?" Etwa ein in sich geschlossenes Gedankengebäude? Ein historisch-philosophisches oder politisch-moralisches System, das heute als die maßgebende Grundlage bei Führung der politischen Geschäfte gälte? Keinesfalls! Von gedankenvoller Begründung unserer verfehlten auswärtigen und inneren Politik werden die besten Freunde des heutigen Regimes nicht zu reden wagen. Denn was die Riezler und Plehn, die Steinthal und Rathenau, die Naumann, Wolff und Stein schreiben und reden, ist meist ein Zusammentragen täglich sich widerlegender aphoristischer Halbgedanken und paradoxer Seifenblasen, ist selten mehr als inhaltsarme, oft inhaltsleere Dialektik, keinesfalls aber der Gedankenausbau eines ernsthaften politischen oder wirtschaftlichen Grundsatzes. Die zielbewußte Sozialdemokratie ist ihnen hier tausendmal überlegen, erntet deshalb auch die Früchte jener Aussaat. Das „System Bethmann" oder auch „das System des Neuen Kurses" oder wie man sonst den nachbismarckischen Verfall bezeichnen will (denn er datiert nicht von gestern, sondern vom 20. März 1890),

[1]) Zu vgl. die Aufsätze „Sozialdemokratie" und „Kriegsverlängerer" von E. Wach in Heft 6 und 8.

ist deshalb nicht die Ablösung eines historischen Prinzips durch ein neues, sondern nichts anderes als ein auf natur- und staatswidriger **Auslese** beruhendes Sammelsurium teils unzureichender, teils unwürdiger *Kräfte*, also das Ergebnis einer fortgesetzt falschen *Personenauswahl*. Nicht um *Dinge*, nicht um *Theorien* handelt es sich, sondern um *Menschen* von Leib und Blut, um die Tatsache, daß die Staatsgewalt auf offenen und versteckten Wegen in die Hände von Leuten geraten ist, die sie als Mittel zu einem antivölkischen Zwecke benutzen. „*Deutschlands Erneuerung*" ist *deshalb* (auf *allen* Gebieten!) in *Wahrheit eine Personenfrage*. Dabei ist zu beachten, daß uns nicht mit Entlassung eines beliebigen Staatsmannes und seiner Ersetzung durch einen anderen geholfen ist. Nötig ist eine viel umfassendere Erneuerung an Haupt und Gliedern, und zwar nicht nur in Berlin, sondern bis tief in sämtliche Bundesregierungen hinein. Deshalb hat die Entlassung Bethmanns auch nicht zu einem „Systemwechsel" geführt. Ein solcher Wechsel wird erst dann eintreten, wenn das **Ausleseprinzip** als *solches* geändert, erneuert wird. Und damit kommen wir zum springenden Punkte und zugleich zum zweiten Teile der Erklärung für den vorläufigen Sieg der alljüdischen Idee über die völkische in der nachbismärckischen Periode. Dieses Ausleseprinzip steht infolge der „Entwicklung" seit 1890, also infolge persönlicher Betätigung bzw. Unterlassens seitens maßgebender Stellen, durchaus unter Gesichtspunkten, die als alljüdisch im oben gekennzeichneten Sinne bezeichnet werden müssen. Näher läßt sich aus bekannten Gründen heute über diesen allerwichtigsten, *für Krone und Volk durchaus ausschlaggebenden Punkt* leider nicht reden. Aber man täuscht sich an gewissen leitenden Stellen, wenn man glaubt, daß sich unser Volk über diese Dinge heute noch in Ungewißheit befinde. In weiten Kreisen weiß man darüber ziemlich genau Bescheid. Um was es sich im einzelnen handelt, geht andeutungsweise aus dem lesenswerten Aufsatze von *Silesius* in Heft 5 dieser Zeitschrift hervor und aus verschiedenen ausgezeichneten Aufsätzen des Universitätsprofessors Dr. E. *Jung*.[1]) *Bismarck* konnte bekennen: „Bei meinen Beziehungen als Minister zur *jüdischen Hautefinance* ist immer diese, niemals bin ich der verpflichtete Teil gewesen" (Hermann Hofmann, Bismarck 1890/98 I, S. 141). Unzutreffend wäre aber die Annahme, daß erst mit der seinerzeit von naiven deutschen Bierbankphilistern bejubelten Hereinnahme etwa eines *Dernburg* in die eigentliche Staatsleitung der endgültige Schritt zu der gemeinten „Entwicklung" getan worden sei. *Das ist viel früher geschehen*, wobei zu beachten bleibt, daß zu dem „System", unter dem wir leiden, ja keineswegs bloß *beamtete* Stellen im Staate und am Hofe gehören, daß sich die Eigenart dieses Systems vielmehr wesentlich mit dem unter Wilhelm dem Treuen und Bismarck nicht zu Einfluß gelangten Wirksamwerden *außeramtlicher* Kräfte kund tut. Generalfeldmarschall v. *Boyen* sagt in seinen Denkwürdigkeiten: „Von den Lasten, die die Völker gewöhnlich zu tragen haben, ist eine der größten der Einfluß, den *Günstlinge*, ohne ein wenigstens der öffentlichen Meinung verantwortliches Amt zu bekleiden, hinter den Kulissen auf die Geschäfte ausüben. Dieses schreckliche Übel, soweit es irgend angeht, unmöglich zu machen, ist eine Aufgabe, die den menschlichen Scharfsinn ebensogut und vielleicht

[1]) Erst nach Drucklegung der vorstehenden Arbeit kommt mir der ausgezeichnete Aufsatz von Dr. *Schmidt-Gibichenfels* im Novemberheft der „Politisch-Anthropologischen Monatsschrift" über „*Die Personenfrage in der Staatskunst*" zur Kenntnis. Er enthält reichhaltiges einschlägiges Material. Sein Studium kann dringend empfohlen werden.

noch mehr als das Entwerfen dieser oder jener Verfassungsreform beschäftigen sollte." Näher kann auf diese Dinge erst nach dem Kriege zurückgekommen werden. Wir erinnern heute lediglich an das bekannte Wort von hoher Stelle: „Wir brauchen Amerikaner" und an eine gewisse artfremde Nobilitierungs- und Dekorationsperiode. Für das berechtigte Mißbehagen des unpolitischen Volkes aber schuf man in „Rittern und Heiligen" eine stets wirksame Kulisse, in „Junkern und Agrariern" und neuerdings in „Alldeutschen und Schwerindustriellen" einen ausgezeichneten Blitzableiter! Daß die zum Unheil des deutschen Volkes jetzt erreichte Abdrängung der monarchischen Gewalt im Reiche durch Einführung der Parlamentarisierung der Staatsgewalt keine Änderung in den hier beklagten Zuständen, also keine Änderung des Ausleseprinzips bringen konnte, wie einzelne Idealisten gehofft hatten und wie kluge Spekulanten ihrer verführten Gefolgschaft klarzumachen suchen, ergab und ergibt sich schon daraus, daß eben diese „Parlamentarisierung" das Werk und der von der alljüdischen Presse (Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung, Münchner Neueste Nachrichten, Vorwärts usw.) phrenetisch bejubelte Sieg der alljüdischen Idee ist, und daß der ausgesprochene Zweck dieser Parlamentarisierung eben der ist, das Ausleseprinzip für die Staatsleitung dauernd in die Gewalt zu bekommen und für alle Zukunft jener Idee unterzuordnen. Wir brauchen hierzu nur auf die bisherigen Ergebnisse der Parlamentarisierung hinzuweisen, auf die Vorgänge bei der letzten Reichskanzlerernennung und die neuerliche Hereinnahme von Vertretern und Vertrauensleuten der alljüdischen Idee, wie Schiffer und v. Payer. Die Parlamentarisierung wird also das von uns beklagte System nicht ändern, sondern verewigen.

Ist hiernach Deutschlands Erneuerung eine Personenfrage im eigentlichsten Sinne, so ergibt sich für die, die eine Rettung der schwerbedrohten Monarchie in Reich und Einzelstaaten wünschen und die Deutschlands Zukunft nur im Siege der völkischen Idee und diesen Sieg eben nur wieder in der Erhaltung der Monarchie gewährleistet sehen, daß sich ihr Kampf neben unversöhnlicher Abwehr jeder Parlamentarisierung nicht in erster Linie gegen irgendwelches Gedankengebäude richten muß (theoretische Erörterungen nach dieser Richtung sind heute tatsächlich in den Wind geschrieben!), sondern unmittelbar gegen die Personalauswahl, also gegen Personen, d. h. gegen die Schuldigen, deren Tun und Unterlassen es zu der „Entwicklung" gebracht hat, unter der wir heute seufzen und hinter der als etwas Unabwendbarem sich die Schuldigen zu verstecken suchen, einer Entwicklung, die uns zu Verächtern des Blutes unserer Gefallenen machen will und die der Todfeind ist jedes deutschen Hochgefühls wie überhaupt der völkischen Idee, damit aber auch der Todfeind ihrer notwendigen Grundlagen: der deutschen Monarchie und der bundesstaatlichen Verfassung des Reichs, also der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Der Kampf gegen Personen, den wir meinen, soll durchaus nicht als gehässiger persönlicher Feldzug verstanden sein, wie ihn die alljüdische Presse und ihre Parteien seit Jahren betreiben. Es soll und muß sich lediglich darum handeln, deutlich und unmißverständlich zu sagen, wer heute die Verantwortung trägt, warum und wie er sie trägt. Anders hat auch Bismarck das „Measures not men" nicht gemeint und hat stets danach gehandelt. Wollte Gott, unser törichtes Volk hätte ihn eher verstanden! Vornehm tuendes Darumherumreden kann heute nur Schaden anrichten. Wer heute die Dinge nicht endlich beim Namen nennt, wird zum Heuchler. Wir bedürfen dringend der endlichen Ablösung der parteitaktischen Politik,

die Bismarck als „Fraktionsfinasserie" verachtete, durch charaktervolle Politik. Gewiß ist das eine der schlimmsten Begleiterscheinungen unserer verkehrten Zeit, in der allüberall die Rollen vertauscht erscheinen, daß alle positiven staatsförderlichen Kräfte brachgelegt sind, sozusagen in der Verbannung leben, daß sie wider ihr Wollenu nnd ganzes Empfinden zur Kritik erzogen werden, daß man ihnen alle positive Wirkung unmöglich und den Kritizismus zur vaterländischen Pflicht macht; während heute die von Natur als Kritikaster geborenen negativen Kräfte des Reichs, die „Säulenheiligen der Kritik", wie Bismarck sie nannte, an alle Stellen positiver Staatswirksamkeit gestellt sind und dort positive Taten tun sollen, zu denen sie schlechterdings nicht in der Lage sind. (Was bei letzterem Widersinn herauskommt, in der Kriegspolitik, inneren Politik, Ernährungspolitik, Kriegswirtschaft usf. — ist's denn nur ein Wunder??) Aber es wäre falsch, wenn unsere positiven Kräfte die ihnen nicht durch ihre Schuld gewordene Aufgabe nicht erfüllen wollten. Wir wissen, daß der Kampf gegen Personen auch in diesem Sinne vielen Deutschgesinnten nicht liegt, wissen, daß diese Abneigung im allgemeinen aus vornehmer Gesinnung, unter Umständen aber auch aus Charakterlosigkeit fließt, im gegebenen Falle aber bei Not- und Todzeiten sogar zu einem Vergehen gegen Kaiser und Reich werden kann, was sich bei der Erschwerung des Kampfes gegen Bethmann Hollweg zur Genüge erwiesen hat. Wer einen Selbstmörder aus dem Wasser holen will, wird sich nicht erst lange besinnen dürfen, welche Mittel er anwenden will. Deshalb tun Männer wie Heinrich Claß, Frhr. v. Liebig, Jung, Kapp, v. Hertzberg-Lottin usf. ein hohes vaterländisches Werk, wenn sie unserem Volke die Schuldigen zeigen, die Regisseure jenes „Phantoms", von dem Bismarck sagte: daß es „unter dem fingierten Namen von Zeitgeist die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis jeder sich vor dem Schatten des anderen fürchtet und alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur!" Dabei aber ist endlich dringend nötig, daß wir uns wieder der germanischen Sitte erinnern, auch vor Thronen in Ehrerbietung die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Das mögen vor allem unsere unbedingt königstreuen Kreise, auch unsere Parteien und Zeitungen konservativer Staatsgesinnung beachten! Wer in falsch verstandenem Monarchismus Bedenken trägt, von ihm als unheilvoll erkannte Allerhöchste Entschließungen als solche zu kennzeichnen, und nicht in rückhaltloser Mannestreue alles tut, um einem übelberatenen Fürsten zur Erkenntnis der Wahrheit und Wirklichkeit zu verhelfen, der ist kein Monarchist, sondern ein Totengräber der Monarchie, heiße er wie er wolle! Noch im Dezember 1897, kurz nach dem Besuche des Kaisers, ließ sich Bismarck dahin aus (Herm. Hofmann, Bismarck 1890—98): „Derjenige ist ein ungetreuer Diener seines Herrn, der, wenn er ihn Wege gehen sieht, von denen er glaubt, daß sie in die Irre führen, ihn nicht rechtzeitig anruft. Mit solchem Anrufen ist niemals ein Mangel an Ehrerbietung gegen die Person des Monarchen verbunden." Das ist eines der letzten öffentlichen Worte, die der Begründer des Reichs und der weltgeschichtlichen Größe der Hohenzollernkrone mit testamentarischer Bedeutung und Kraft an sein Volk gerichtet hat. Einer der allertreuesten deutschen Patrioten und Monarchisten aber, eine der felsenfestesten Stützen des Hohenzollernthrones hieß York.

Wir stehen an der Wende eines neuen Jahres. Das Jahr 1918 wird aller Voraussicht nach sowohl nach außen als im Innern zur Schicksalswende des deutschen Volkes

und ebenso zur Schicksalswende der Dynastie Hohenzollern wie sämtlicher deutscher Bundesfürstentümer. Das Schicksal aller dieser, sowohl von Fürsten als Volk, ist auf Leben und Sterben an endgültigen Sieg oder Untergang der völkischen Idee geknüpft. Die entscheidende Frage aber, Deutschlands Erneuerung, ist in jedem Belange eine Personenfrage, eine Personenfrage im Sinne des Schreibens des konservativen Kriegsministers v. Roon an seinen standhaften, treuen König vom April 1861:

„Man hat Euer Majestät einzuschüchtern versucht durch das laute Geschrei des Tages. Allen unglücklichen Königen, von denen die Geschichte meldet, ist es ebenso ergangen. Nur weil sie an das Gespenst glaubten, schreckte es, ruinierte es sie. Ich beschwöre Eure Majestät, glauben Sie nicht daran. Sprechen Sie ein Wort, und das Phantom verschwindet. Dieses Wort heißt „Ministerwechsel", nicht „Systemwechsel". Nicht Ihr System, sondern nur die Person Ihrer in Parteifesseln liegenden Minister mögen Sie wechseln. Sie haben Sich geirrt, nicht in den Zielen, die Sie wollten, sondern in den Werkzeugen, mit denen Sie jenen Zielen zustrebten!"

## Ein Urteil über Herrn v. Payer.

„Gewiß, wir dürfen hoffen, daß die ‚Vernunft' der Dinge uns innerpolitisch etwas Ruhe gewährt, nun Herr v. Payer, die geadelte demokratische Exzellenz, ein Reichsamt und den höchsten Titel bei der neuen Ämterverteilung bekommen hat. Der ideenlose Taktiker der Verbrüderungserfolge hoffnungsloser Minoritäten, der für einen Staatsmann gehalten wird! So erscheint für unseren Liberalismus die weltgeschichtliche Vernunft! Aber der weltgeschichtliche Lebenskampf der Völker verlangt wahrhaftig eine andere Hand und einen anderen Blick, als der Handel zwischen kleinen Fraktionsteilen, als der würdig geschickte Vorsitz über den harmlosen Parteigegensätzen eines deutschen Einzelstaates oder die kluge Maskierung des eigenen Ehrgeizes bei der repräsentativen Durchführung der überhasteten Vorstöße einer durch einen siegreichen Krieg zur Lässigkeit gebrachten, in ihrer aufgedrungenen dreijährigen Untätigkeit neben der Exekutive ungeduldig gewordenen Reichstagsmehrheit! Welche geschichtliche Merkwürdigkeit, daß der früher auf Wissenschaft gegründete Sozialismus der Sozialdemokratie, weil sie ihren grundsätzlichen Halt verloren hat und dem Augenblicke lebt, in dem Spiel um sichtbare Augenblickserfolge aber ohne verantwortungsbereiten Plan, unbesehen den auf die Gelegenheit bedachten Ehrgeiz bürgerlicher Demokraten unterstützt, durch unüberlegten, vorzeitigen Parlamentarismus den kommenden Volksstaat gefährdet und in dem geheimen Hin und Her der Intrigen der politischen Strebsamkeit sogar die geschickt zugeschobene Rolle erhält, das als Garantie für sich zu fordern, was das eigene Herz der weit über ihre wirkliche Macht ehrgeizigen bürgerlichen Demokratie und ihres Führers verlangt. Welches geschichtliche Glück, daß dieser Mann seine Talente auch weiterhin der Diplomatie bei der gegenseitigen Honorierung aller parlamentarischen Eitelkeiten widmen darf, der ‚im parlamentarischen Staat höchst schätzenswerten Geschicklichkeit in der Behandlung der Volksvertreter', um, wie uns im Namen der politischen Vernunft gesagt wird, die vertrauensvolle Fühlung des Kanzlers mit dem Parlament herzustellen. Wie viel Lärm um Nichtigkeiten und nichtige Wichtigkeiten! Er hätte gefährlicher werden können, wenn er nicht seinen Posten gefunden hätte, weil es nichts Gefährlicheres gibt, als wenn die ‚Vernunft' des parlamentarischen Kuhhandels auf die ernsteste Auseinandersetzung der Weltgeschichte übertragen wird."

Aus Nr. 35 der „Glocke". Johann Plenge: „Die Vernunft in der Weltgeschichte."

# Goethe als Tröster.

## Zusammengestellt von Dr. E. Kühn.

Zum Kampf gegen den deutschen Gedanken und die Vaterlandspartei:

Was klagst du über Feinde?
Sollten solche je werden Freunde,
Denen das Wesen, wie du bist,
Im stillen ein steter Vorwurf ist?

Zum Verzichtfrieden:

Dämmer ist nichts zu ertragen,
Als wenn Dumme sagen den Weisen,
Daß sie sich in großen Tagen
Sollten bescheidentlich erweisen!

Zum Wahlrechtsgesetzentwurf des Herrn Drews:

Über ein Ding wird viel geplaudert,
Viel beraten und lange gezaudert,
Endlich gibt ein böses Muß
Der Sache widrig den Beschluß!

---

Suche nicht vergeb'ne Heilung!
Unsrer Krankheit schwer' Geheimnis
Schwankt zwischen Übereilung
Und zwischen Versäumnis.

---

Gleich zu sein unter Gleichen,
Das läßt sich schwer erreichen:
Du müßtest ohne Verdrießen
Wie der Schlechteste zu sein dich entschließen.

---

Ein unzulängliches Wahre wirkt eine Zeit lang fort, statt völliger Aufklärung aber tritt auf einmal ein blendendes Falsche herein; das genügt der Welt, und so sind Jahrhunderte betört.

---

Eine falsche Lehre läßt sich nicht widerlegen, denn sie ruht ja auf der Überzeugung, daß das Falsche wahr sei. Aber das Gegenteil kann, darf und muß man hier wiederholt aussprechen.

---

... Darüber aber muß man sich zerreißen,
Daß man Narren nicht darf Narren heißen!

# Rassenhygiene, die wichtigste Aufgabe völkischer Innenpolitik.

## Von Geheimrat Prof. Dr. Max v. Gruber, München.

Seit drei Jahren tobt der Sturm des Schicksals über unser Volk dahin und prüft es, ob es noch gesund, stark und wetterhart, einsichtig und willensfest, gemeinsinnig und aufopferungsbereit genug sei, um das Dasein zu verdienen. Es ist die härteste Probe auf Lebensfähigkeit und Lebenstüchtigkeit, welche jemals über ein Volk verhängt worden ist! Seien wir dankbar dafür, wie unser Volk diese Probe bisher bestanden hat. Dieser Krieg, den fast alle Völker der Erde in so schöner brüderlicher Eintracht im Dienste der Moral gegen uns führen, ist ohnmächtig, uns zu vernichten. Gegen eine ganze Welt werden wir siegen, wenn wir nur siegen wollen!

Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß mit dem Kriege die Probe noch nicht zu Ende sein wird. Der Wiederaufbau des Zerstörten wird nicht minder hohe Anforderungen an unsere Kraft, an unsere Einsicht, an unseren Gemeinsinn und an unsere Aufopferungsfähigkeit stellen. Schon die Wiederherstellung der zerstörten materiellen Güter, das Wiederingangbringen unseres Wirtschaftslebens wird selbst bei rücksichtsloser Ausnutzung eines vollen Sieges äußerst schwierig sein. Aber noch viel schwieriger als dies, das Schwierigste von allem wird die Heilung unseres Volkskörpers sein, der Ersatz der ungeheuren Verluste an kostbaren Einzelleben und an kostbarsten Keimen für die Aussaat künftiger Geschlechter.

Hunderttausende von jungen Männern im Alter bester Leistungsfähigkeit und Zeugungsfähigkeit sind gefallen. Andere Hunderttausende sind zu Krüppeln geschlagen und dadurch zwar keineswegs in ihrer Fähigkeit geschädigt, gesunde Kinder zu erzeugen, wohl aber in ihrer Fähigkeit, durch ihrer eigenen Hände Arbeit Kinder großzuziehen. Hunderttausende von Frauen haben durch Entbehrung und Überanstrengung an ihrer körperlichen Kraft und Gesundheit gelitten und auch an ihrer Fortpflanzungsfähigkeit. Millionen von Kindern werden ungezeugt bleiben, wenn der Krieg noch lange fortdauert. Die ganze Zukunft unseres Volkes hängt davon ab, ob es diese Verluste wird ersetzen können, eine wie große Zahl von Gesunden und Tüchtigen es künftig dauernd ins zeugungsfähige Alter emporbringen wird.

Der großartige wirtschaftliche Aufschwung der Jahrzehnte vor dem Kriege wäre nicht möglich gewesen, wenn unser Volk sich nicht in strotzender Lebenskraft und Lebenslust während dieser Zeit von 43 Jahren von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Krieges von 41 auf 68 Millionen vermehrt hätte. Bliebe unser Volk künftig in seiner Vermehrung hinter den großen Weltvölkern zurück, dann wäre sein Schicksal besiegelt; dann würde es ihm nicht allein immer weniger möglich sein, sich im Kriege mit den Waffen zu behaupten, dann müßte es auch in dem wirtschaftlichen Kriege, den die Völker in den Zeiten des sog. Friedens ununterbrochen miteinander führen müssen, unterliegen; dann würde es schließlich unfehlbar erdrückt werden, entweder von jener unheimlichen Völkermasse im Osten, die sich vor dem Kriege jährlich um 3 Millionen vermehrte, oder — wenn dieser Nachbar dauernd in Verfall geraten sollte, von der Masse der Gelben, die unter Japans Führung einer jugendfrischen Zukunft entgegengehen.

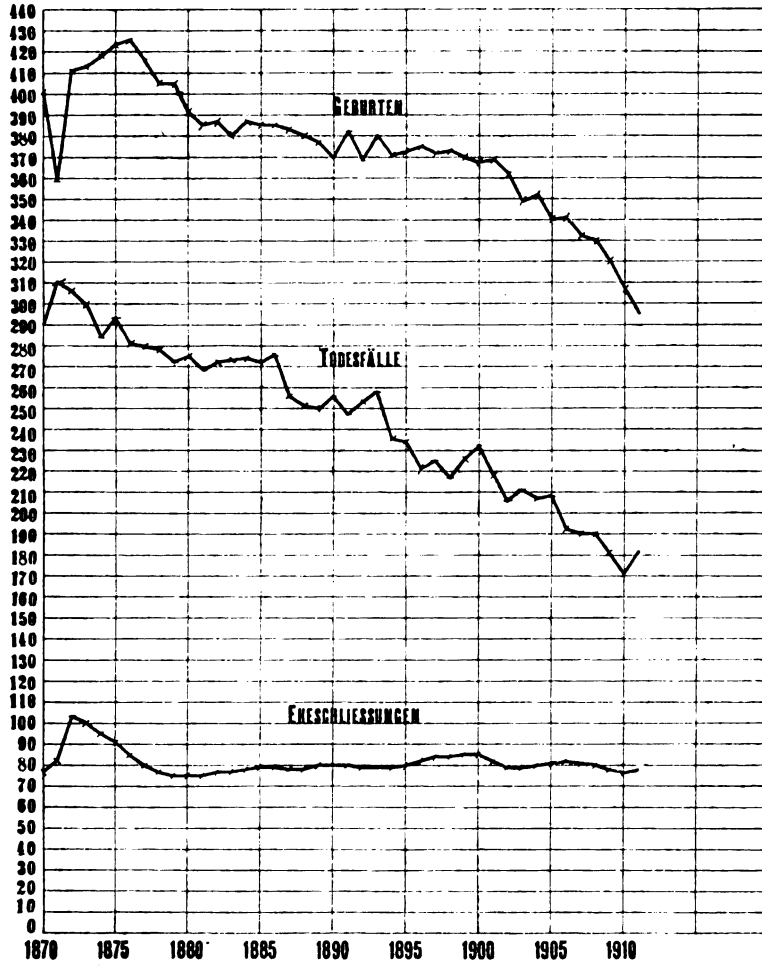
Die physische Fortpflanzungsfähigkeit des Menschen ist so groß, daß ein großes Volk physisch mit Leichtigkeit imstande ist, selbst Millionenverluste, wie sie dieser Krieg verursacht, in einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit zu ersetzen. Selbst der viel schlimmere Schaden, daß gerade die besten Einzelleben und Keimträger durch den Krieg viel ausgiebiger ausgemerzt werden als die Schwächlichen und Kränklichen, als die Feigen und Treulosen, wäre physisch ausgleichbar, da ein Mann Hunderte von Frauen zu befruchten vermöchte. Nicht so sehr darum regt sich die Sorge, die Frage ist eine andere:

**Wird unser Volk den Willen aufbringen, jenen Ersatz durch Nachwuchs zu leisten?**

Wer möchte diese Frage leichten Herzens bejahen, wenn er den Gang unserer Geburtenziffer seit Anfang des Jahrhunderts betrachtet.

**Geburten, Todesfälle und Eheschließungen im Deutschen Reich auf 1000 Einw.**

Geborene und Gestorbene einschl. Todgeburten.



In diesen letzten 13 Jahren vor dem Kriege ist die Geburtenziffer von 36,8 aufs Tausend auf 28,3 aufs Tausend, d. h. *fast um ein volles Viertel zurückgegangen*; absolut um ebensoviel als die französische Geburtenziffer in 90 Jahren! Um 3 Millionen Kinder wurden weniger geboren, als wenn sich die Geburtenziffer auf jener Höhe erhalten hätte, auf der sie sich in den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts gehalten hatte. *Dies ist ein Mehrfaches der Leben, die uns dieser furchtbare Krieg bisher gekostet hat.* Aus diesem Vergleiche erkennt man am besten, wie überaus ernst die Frage ist.

Es ist selbstverständlich, daß eine Erscheinung von dieser Größe nur dann hervortreten kann, wenn sie die breite Masse der Bevölkerung betrifft. Die Wohlhabenden, die Steuerträger mit mehr als 3000 M. Jahreseinkommen und ihre Angehörigen vermögen solche Ausschläge nicht hervorzurufen, denn sie machen nur etwa 5 vom Hundert der Bevölkerung aus!

Dieser Rückgang beruht nicht auf einer Abnahme der Fruchtbarkeit, sondern *ist willkürlich* herbeigeführt. Und dies gerade ist das Besorgniserregendste dabei; denn die Krankheiten sind heute viel leichter zu beherrschen als die Willen der Menschen.

Bisher ist der Geburtenausfall zum größten Teile durch den Rückgang der Sterblichkeit ausgeglichen worden, so daß der *Geburtenüberschuß*, wie man aus dem Abstand der beiden Kurven entnehmen kann, bis zum Kriege annähernd die gleiche Größe von etwa 830000 Köpfen behauptet hat. Aber für die Zukunft hätten wir auch ohne Krieg auf diesen Ausgleich nicht mehr hoffen dürfen, da der Verminderung der Sterblichkeit durch die Natur viel engere Grenzen gezogen sind als der Verminderung der Geburtenziffer, welche völlig der Willkür anheimgegeben ist und selbst auf den Nullpunkt herabgebracht werden könnte.

Für die Gesamtheit kommt es nicht auf die Höhe der Geburtenziffer an, sondern auf die Höhe der *Aufwuchsziffer*, d. h. darauf, wieviele von den Geborenen auf 1000 Einwohner hochgebracht werden. Wir haben ja soeben gesehen, wie bisher durch die Verminderung der Sterblichkeit, die in der Hauptsache auf der Verminderung der Säuglingssterblichkeit beruht, der Rückgang der Geburtlichkeit ausgeglichen wurde. Wir müssen daher alles, was in unseren Kräften steht, tun, um diese Verluste zu verkleinern, wenn auch dabei manches Leben erhalten wird, das zu seinem eigenen wie zu der andern Bestem besser frühzeitig erloschen wäre. Nicht zum wenigsten zwingt uns auch die schwierige wirtschaftliche Lage, in die uns der Krieg gebracht hat, *das Volkswachstum so ökonomisch als möglich*, d. h. mit dem tunlichst geringsten Kinderverluste zu bewerkstelligen. Es ist sehr viel, was in dieser Richtung zum Schutze der Früchte, der Säuglinge und der älteren Kinder, geschehen kann. Es muß aber immer wieder hervorgehoben werden, daß es ein aussichtsloses Beginnen wäre, wenn man die Gefahr des Geburtenrückgangs ausschließlich durch Bekämpfung der Kindersterblichkeit beseitigen wollte. Man kann leicht berechnen, daß ein Rückgang der Säuglingssterblichkeit auf die Hälfte der heutigen — wohl das günstigste Ergebnis, das überhaupt jemals erzielt werden kann — schon durch einen Rückgang der Geburtlichkeit um 3 aufs Tausend mehr als ausgeglichen würde, während unsere Geburtlichkeit, wie wir eben besprochen haben, in nur 13 Jahren um 8,5 aufs Tausend zurückgegangen ist!

Ohne Zweifel werden die Geburtenziffern und insbesondere die Aufwuchsziffern in sehr erheblichem Maße durch elterliche Krankheiten verkleinert. Vor allem spielen hier die *Geschlechtskrankheiten* eine verhängnisvolle Rolle. Etwa 7 bis 8 vom Hundert der heutigen Ehen sind infolge von Tripper unfruchtbar und

ganze Familienstämme werden durch die Syphilis geradezu ausgerottet. Ohne Zweifel könnten mehrere hunderttausend Kinder jährlich mehr aufgezogen werden, deren Entstehen oder Lebendbleiben durch die Geschlechtskrankheiten unmöglich gemacht wird. Die Wassermannsche Reaktion hat uns weiter erst vollständig darüber belehrt, welche ungeheure Summe von körperlich und geistig Kranken und Minderwertigen wir noch überdies der elterlichen Syphilis zu verdanken haben; auch ihre Zahl geht in die Hunderttausende. Es ist daher höchste Zeit, daß wir alle Mittel zur Ausrottung dieser furchtbaren Krankheiten anwenden. Die Einführung der Anzeigepflicht und des Behandlungszwanges bei Geschlechtskrankheiten ist ein unbedingtes Erfordernis! Nicht minder wichtig ist die Einschränkung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs durch Förderung der Frühehe. Ist es doch besonders in den oberen Schichten eine der gewichtigsten Ursachen der ungeheuren Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, daß soviele Männer viel zu spät zur Heirat gelangen; und sind doch die Verwüstungen, welche die Geschlechtskrankheiten in den oberen Schichten anrichten, ganz besonders verhängnisvoll für das Volksganze, weil sie die Talente ausmerzen, die hier viel dichter gesät sind als in der übrigen Volksmasse.

Auch der Alkoholismus hat seinen wohlgemessenen Anteil an Unfruchtbarkeit und Minderwertigkeit des Nachwuchses. Der Keimverderb durch Syphilisgift und Alkohol dürfte die Hauptursache sein für die auffallende, mit den Erfahrungen der Züchter in so traurigem Widerspruch stehende Tatsache, daß nur allzu häufig Eltern von ungewöhnlicher angeborener Kraft, Begabung und Tüchtigkeit Kinder hervorbringen, die von den elterlichen Gaben fast nichts mehr besitzen. Eine nicht minder schwerwiegende Quelle für angeborene Lebensschwäche, Kränklichkeit und vorzeitiges Absterben der Nachkommenschaft ist die Tuberkulose. Auch die Berufsschädlichkeiten, namentlich die chronischen gewerblichen Vergiftungen, dürfen als Schädiger des Nachwuchses nicht vergessen werden. Gegen alle diese Übel müssen wir zu Felde ziehen! Je mehr wir sie eindämmen, um so mehr wird vor allem die Qualität des Nachwuchses gewinnen, jenes gewaltige Heer der Minderwertigen und Halbbrauchbaren an Zahl abnehmen, das eine so ungeheure Last für jedes Volk ist, eine so böse Quelle sozialer Übelstände mannigfachster Art.

Aber eine genügende Menge des Nachwuchses verbürgen uns auch alle diese Bestrebungen, die Gesundheit unseres Volkes zu heben, nicht. Wenn wir nicht den Fortpflanzungswillen neu zu beleben und zu stärken vermögen, wenn wir nicht die Beweggründe gegen Kinderreichtum zu beseitigen, dagegen Beweggründe für ihn zu schaffen vermögen, bleibt alle unsere Mühe umsonst!

Um auf den Willen der Menschen einwirken zu können, muß man wissen, durch welche Einflüsse er bestimmt wird.

Sehr häufig erhält man auf die Frage, woher die willkürliche Geburtenbeschränkung komme, die Antwort, ihre Ursache sei die wachsende wirtschaftliche Not der breiten Schichten. Diese Antwort ist aber völlig unrichtig!

Niemand wird behaupten dürfen, daß die Lage der breiten Schichten vor dem Kriege nichts zu wünschen übrig gelassen habe; aber schlechter geworden ist sie nicht. Ganz im Gegenteil! Mit dem wachsenden Reichtum Deutschlands hatte auch die wirtschaftliche Lage der breiten Schichten, namentlich jene der städtischen und industriellen Bevölkerung sich ungemein verbessert, wenn man etwa die wachsende Wohnnot der kinderreichen Familien ausnimmt. Die Löhne waren in den letzten 20 Jahren um 30 und 40 und 50, ja um 80 und 100 Prozent und darüber gestiegen.

Dementsprechend hatte z. B. in Preußen die Zahl der Zensiten mit weniger als 900 M. Jahreseinkommen von drei Vierteln auf weniger als die Hälfte aller Zensiten abgenommen. Die Löhne waren stärker gestiegen als die Preise, und dementsprechend hatte z. B. der Verbrauch von Weizen um 39 aufs Hundert, jener von Fleisch um 73 aufs Hundert, jener von Zucker um 126 aufs Hundert zugenommen. Für Tabak hatte das deutsche Volk im Mittel der letzten Jahre mehr als eine Milliarde, für geistige Getränke rund 4 Milliarden M. ausgegeben. Dabei ist die Zahl der Einlagsbücher bei den deutschen Sparkassen seit 1875 von $4^1/_4$ auf 24 Millionen, die Gesamteinlage von rund 1,2 auf rund 19,7 Milliarden Mark gestiegen, haben die jährlichen Mitgliederbeiträge der sozialdemokratischen Gewerkschaften von 1,1 Millionen in 1891 auf 82 Millionen M. in 1913 zugenommen. Nichts aber beweist schlagender, wenn man noch zweifeln sollte, die große Besserung der Lage der breiten Schichten, als die außerordentlich große Abnahme der Sterblichkeit in allen Altersklassen. Hatte doch z. B. die Lebenserwartung der zwanzigjährigen Männer von 1871/72 bis 1901/10 um 4,11 Jahre, die der zwanzigjährigen Frauen um 4,65 Jahre zugenommen. Bei Verschlechterung, ja auch nur ohne Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wäre eine solche Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse ganz unmöglich gewesen.

Es ist überaus wichtig, sich dies völlig klar zu machen, daß die Abnahme der Geburtenzahl nicht eine Folge wirtschaftlichen Niedergangs, daß die Geburtenzahl dem wirtschaftlichen Aufschwung zum Trotz gesunken ist; denn damit erledigen sich sofort alle jene Vorschläge, welche den Geburtenrückgang einfach durch unterschiedslose Vergrößerung des Einkommens der breiten Schichten beseitigen wollen. Dies wäre ein Schlag ins Wasser; gerade so — nebenbei bemerkt —, wie wenn man glauben würde, durch Beistellung von Heimstätten oder von Familienwohnungen, selbst von solchen bester Art, allein das Ziel erreichen zu können. Auch dem widerspricht die Erfahrung leider ganz und gar.

Daß die Geburtenbeschränkung mit objektiver wirtschaftlicher Not nichts zu tun hat, geht übrigens schlagend auch daraus hervor, daß weit früher als bei den breiten Schichten bei den Wohlhabenden die willkürliche Geburtenbeschränkung eingesetzt hat und daß sie von diesen bisher in einem viel höheren Grade geübt wurde als von jenen; daß auch innerhalb der breiten Schichten selbst die Kinderzahl im allgemeinen von den qualifizierten, also von den reichlicher verdienenden Arbeitern weit mehr beschränkt wird als von den ungelernten.

Die Erscheinung der Geburtenbeschränkung ist nur dann zu verstehen, wenn man die ganze geistige und wirtschaftliche Entwicklung während des letzten Jahrhunderts betrachtet.

Dabei begegnet uns vor allem die fortschreitende sog. Rationalisierung der Lebensführung.

Das Aufblühen der Wissenschaften, die Ausbreitung und Vertiefung des Volksunterrichtes und die Verbreitung von Wissen mit Hilfe der Druckerpresse machen die Einsicht in den streng gesetzmäßigen Verlauf des gesamten Naturgeschehens und die Erkenntnis der Beweggründe, Zusammenhänge und Folgen der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen und Vorgänge immer mehr zum geistigen Gemeingut aller Schichten der Kulturvölker. Diese Einsicht und Erkenntnis geben die Möglichkeit und spornen den Willen an, die ganze Lebensführung für sich und seine Angehörigen auf Grund der Voraussicht ver-

standesmäßig zu regeln. Das ist es, was man unter Nationalisierung der Lebensführung versteht. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Entwicklung im großen und ganzen einen außerordentlich großen Nutzen gebracht hat. Sie ließe sich nur durch Unterdrückung der Ausbreitung des Wissens aufhalten, was niemand verantworten könnte.

Eine weitere hervorstechende Veränderung ist die Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte der einzelnen durch die Umgestaltungen der Rechtsordnung (beginnend mit der Rezeption des römischen Rechtes) und durch die zunehmende Beherrschung der Naturkräfte. Diese Umstände haben eine ungeheure Zunahme des Arbeitsertrages und des Güterbesitzes der Kulturnationen als Gesamtheiten ermöglicht und dadurch in einem beispiellosen Umfange Zeit und Kräfte freigemacht für Bestrebungen und Auswirkungen des eingeborenen Betätigungsdranges, welche über die Befriedigung der dringendsten Notdurft des Lebens weit hinausgehen.

Die Entfesselung des einzelnen beim Erwerb und bei der Benutzung von Eigentum, so daß dem Erfolgreichen bei der Aneignung eines möglichst großen Anteils am nationalen Arbeitsertrag, bei der Eroberung wirtschaftlicher Übermacht und bei ihrer Ausnutzung zum rein persönlichen Vorteil nur wenige und schwache Schranken gezogen sind, hat, zusammen mit der innerlichen Lossagung von den überlieferten Religionen mit ihrer Bindung der Gewissen durch Pflichten, aber auch einen schier grenzenlosen praktischen und theoretischen Individualismus und Egoismus großgezogen!

Als Verbraucher benutzen die Erfolgreichen ihre wirtschaftliche Macht dazu, um mit allen Hilfsmitteln der wissenschaftlichen Technik ihr eigenes und das Leben der Ihrigen in immer vollkommenerer und wirksamerer Weise vor Gefahren und Schädigungen jeder Art zu behüten. Wenigstens insoweit, als dieser Schutz nicht, wie z. B. durch Enthaltung vom außerehelichen Geschlechtsverkehr oder vom Alkoholmißbrauch mit einem allzu großen Verlust an Lustempfindungen erkauft werden muß. Als Verbraucher benutzen die Erfolgreichen ihre wirtschaftliche Macht weiter dazu, um die Muße, die ihnen der Güterbesitz gewährt, mit einer immer größeren Mannigfaltigkeit von immer mehr verfeinerten und gesteigerten, wenn möglich neuartigen leiblichen oder auch geistigen Genüssen auszufüllen, um sich mit einer immer größeren Fülle von wirklichen oder vermeintlichen Kulturgütern und Luxusgütern zu umgeben.

Allen voran gehen in dieser Beziehung die Junggesellen und die Kinderlosen, welche über ihre Geldmittel unbeschränkt verfügen können! Ihr Beispiel ist es, das innerhalb jeder einzelnen Volksschicht besonders verlockend und verderblich auf die Gesamtheit einwirkt!

Als Beherrscher des Wirtschaftslebens der Gesamtheit aber suchen die Erfolgreichen der Masse der Bevölkerung, soweit sie nicht schon durch ihr eigenes Beispiel in genügendem Maße dazu verführt ist, mit allen Mitteln der Anpreisung und Schaustellung ein immer heftigeres und immer ausgedehnteres Bedürfnis nach materiellen Gütern, besonders nach solchen von zeitlich engbegrenztem Gebrauchswert oder von engbegrenzter Dauer der gesellschaftlichen Wertschätzung (Mode) anzugewöhnen, um die Masse dadurch dauernd bei Kauflust und dadurch die Gütererzeugung und durch diese wieder den Fluß der Zinsen ihrer Kapitalien in Gang zu erhalten.

Alle diese Einflüsse zusammen haben auch in den breiten Schichten zu einer ungeheuren Überschätzung der Genüsse gegenüber jener schlichten Lebens- und Arbeitsfreude geführt, welche der Ausdruck der geistigen Gesundheit ist.

Man überschätzt die geistigen Kulturgenüsse. Stellt man doch die Schaffung von Kulturgütern, z. B. von vermeintlichen oder wirklichen Kunstwerken, denen man einen absoluten Wert andichtet, geradezu als obersten Lebenszweck der Nationen hin, als ob dem Kunstwerk auch nur der allergeringste Wert verbliebe, wenn das Volk nicht mehr vorhanden ist, das aus ihm herauszuempfinden vermag, was der Künstler hineinempfunden hat!

Nicht das Schaffen von Kunstwerken ist der Lebenszweck der Nationen. Das Leben selbst ist ihr Lebenszweck! Die Erhaltung und Fortpflanzung jenes Lebendigen, das im Kunstwerk nach dem Ausdruck für die Träume seiner Seele ringt! Die stetige Neuerzeugung von Menschen mit immer vollkommenerer Anpassung an ihre Umwelt, mit immer vollkommenerer Entfaltung, mit immer edlerer Mischung ihrer Erbanlagen, mit immer vollkommenerer Ausprägung der völkischen Eigenart!

In noch viel höherem Grade als die geistigen Genüsse überschätzt man den materiellen Besitz und die materiellen Genüsse als Lebensgüter und Glücksspender. Die an sich richtige Erkenntnis der Bedeutung einer günstigen wirtschaftlichen Lebenslage für das körperliche und geistige Gedeihen, besonders für dasjenige der Kinder, trägt mit dazu bei, dieser verkehrten Lebensauffassung in immer weiteren Kreisen Eingang zu verschaffen.

Die zunehmende Sozialisierung verschafft den wirtschaftlich und politisch Schwächeren, erfreulicherweise, einen wachsenden Anteil am Ertrage der nationalen Arbeit und damit auch die Möglichkeit, Genußbedürfnisse kultureller und materieller Art zu befriedigen. Der Geldlohn, der dem Arbeiter und Angestellten größere Freiheit zum Leben nach eigenem Sinne gibt, gibt ihm aber auch größere Freiheit zu Mißbrauch und Verirrung. Besonders groß ist diese Gefahr für die Jugendlichen beiderlei Geschlechtes!

Die breiten Schichten sind ganz und gar von dem üblen Beispiele und dem bewußten Verführungswillen der wirtschaftlich Mächtigen beherrscht. Auch sie stürzen sich ins Genießen, soweit es ihre beschränkten Mittel erlauben. Aber dieses Genießen vermag doch nicht, sie von dem Gefühl der Bedürftigkeit und von dem schmerzlichen Schmachten nach einem Mehr von Genuß und nach einem Mehr von Muße zum Genuß zu befreien; geradesowenig übrigens, als dies bei den wirtschaftlich Mächtigen selbst der Fall ist, die auch immer durstiger werden, je häufiger sie den Becher des Genusses leeren. Das Verlangen wird eben um so unstillbarer, je mehr man ihm nachgibt.

Diese Entwicklung der Dinge hat alle Volksschichten in einen leidenschaftlichen Wettbewerb um Besitz und Genuß und in eine schier unersättliche Gier nach Steigerung der Lebenshaltung gestürzt, hat sie durch Unrast und Unlust mehr und mehr geknechtet.

Die Heftigkeit dieses Dranges wird dadurch mächtig verstärkt, daß die Höhe des Einkommens bzw. die Größe des Aufwandes, welche dieses gestattet, immer ausschließlicher zum Maßstab der gesellschaftlichen Wertung und Ehrung der einzelnen geworden ist. Der zum Millionär gewordene Schurke ist gewiß, mit größter Hochachtung behandelt zu werden; der wackere Mann im schlichten Rock gilt nichts. Der Kriegswucherer darf sicher sein, daß in wenigen Jahren der Ur-

sprung seines Reichtums vergessen sein wird, daß seine Nachkommen in die Reihen der wirklich Besten der Nation eindringen, das edelste Blut voll Heldenmut und Pflichttreue mit ihrer ererbten Niedertracht durchsetzen werden; eine kontraselektorische Auslese allerschlimmster Art!

Es genügt nicht, daß man seine Pflicht erfüllt, daß man seinem Berufe treu dient, im Denken und Handeln seinem Stande Ehre macht; wichtiger als dies alles ist, daß man standesgemäß verschwenderischen Aufwand treibt, wenn man Ansehen gewinnen will. Der Staat selbst verlangt von seinen Beamten und Offizieren diesen Unfug. So ist der Vergleich des Güterverbrauches der einzelnen vielleicht zum schärfsten Stachel geworden, welcher die Menschen heute in ihrem Tun und Lassen bestimmt. *Großmannssucht*, *Protzerei* und *Zwang der Mode* treiben zu fortwährender Steigerung von Ausgaben, zumeist alleralbernster Art. Am empfindlichsten schmerzt und stachelt der Vergleich innerhalb derselben Berufsklasse, innerhalb derselben Einkommensstufe; weitaus heftiger noch als der Vergleich zwischen den verschiedenen Staffeln der sozialen Stufenleiter, deren Erklimmen von der ungeheuren Mehrzahl doch von vornherein als ihr unerreichbar erkannt wird.

*Es ist klar, daß sich mit diesen Wirtschaftsbedingungen und mit diesen Gesinnungen Kinderreichtum nicht verträgt!*

Für die Mehrzahl der Berufe und Erwerbsstände haben überdies die *Kinder längst aufgehört*, *Betriebskapital*, *Krankheits-*, *Invaliditäts-* und *Altersversicherung* zu sein. Selbst für den Bauern haben sie infolge des Schulzwanges und der Kinderschutzgesetze, infolge der Einführung der landwirtschaftlichen Maschinen, der elektrischen Überlandzentralen und anderer technischer Verbesserungen an Bedeutung verloren.

Die ausgedehnte *Verwendung von Ungelernten* in der Industrie gibt den kaum der Schule Entwachsenen verhältnismäßig große Geldsummen in die Hand und macht sie so unabhängig von dem elterlichen Willen. Sobald als möglich wird der Jugendliche zum Nestflüchter, um nur ja an den elterlichen Haushalt nichts abgeben zu müssen und sich unbeaufsichtigt in den Strudel der Vergnügungen der Erwachsenen stürzen zu können. Er nimmt Lebensgewohnheiten an und Bedürfnisse, die ihm die Familiengründung aufs äußerste verleiden, da sie ihm nur Entbehrungen aufzuerlegen scheint. Hiermit ist wohl eine der schlimmsten Ursachen für die wachsende Kinderunlust innerhalb der Arbeiterschaft aufgedeckt.

Für fast alle Stände sind die *Kinder* mehr und mehr zur *wirtschaftlichen Last*, zum Hindernis bei der Erwerbstätigkeit und zur Hemmung des wirtschaftlichen Aufstieges geworden. Sie rauben die Geldmittel für andere Zwecke und fesseln an das Haus. *Insbesondere die erwerbs- oder berufstätige Frau kann Kinder nicht brauchen.*

Das Kindergebären bringt Schmerzen und unter Umständen selbst Gesundheits- und Lebensgefahr mit sich. Kinder stören die Muße und den behaglichen Genuß, welche den für soviele unwiderstehlichen Reiz des Rentnerideals allein machen. Die Mühen, Störungen und Sorgen der Kinderaufzucht vertragen sich überhaupt nicht mit der individualistischen Lebensauffassung, welche das eigene Ich als das allein würdige Ziel jeder bewußten Lebenstätigkeit betrachtet. Da ein solches selbstisches, möglichst mit äußeren Ehren und Erfolgen, mit gemeineren oder edleren Genüssen angefülltes, möglichst müheloses und gesichertes Leben allein für lebenswert gehalten wird, scheut man sich, Kinder in die Welt zu setzen, wenn man ihnen die Bedingungen für ein solches Leben nicht von vornherein sicherzustellen vermag.

Man darf seinem Kinde nicht zuviele Geschwister geben, damit es nur ja mühelos und sorgenlos zu leben oder auf der sozialen Leiter möglichst hoch emporzuklettern vermöge.

Im selben Sinne wie der egoistische wirkt der altruistische Individualismus so wie hier auch noch weiter. Wer nicht allein sich, sondern allen Mitmenschen unter allen Umständen Schmerz und Anstrengung ersparen, wer unbedingt den Kampf ums Dasein unter den Menschen beseitigen will, der muß folgerichtig die Erzeugung von Nachkommen überhaupt scheuen, da Leben ohne Kampf der Lebendigen untereinander unmöglich ist. Er muß mindestens predigen, daß die Erzeugung von Nachkommenschaft soweit eingeschränkt werden müsse, daß die Zahl der Bevölkerung der Erde andauernd stillsteht (Neomalthusianismus).

So gehen die Wohlhabenden und Gebildeten mit dem Beispiele der Kinderarmut und der Kinderlosigkeit dem ganzen Volke voran. Und der Vergleich der Lage der Ledigen, der Kinderlosen und der Kinderarmen mit jener der Kinderreichen innerhalb der eigenen Klasse muß den Mann und die Frau der breiten Schichten mehr und mehr davon überzeugen, daß sie wirtschaftlich nichts Unsinnigeres tun können, als sich mit Kindern und damit mit Sorgen und Entbehrungen zu belasten. Jene haben reichlich zu essen, können gut wohnen und ihre Wohnung schmücken, sich modisch kleiden, sich Muße und Vergnügen gönnen und dabei noch Geld zurücklegen. Ihr eines Kind oder das Pärchen können gepflegt und gehätschelt werden, daß es eine Art hat, können alles bekommen, was ihr Herzchen wünscht, können allenfalls auch in eine höhere Schule eintreten und emporkommen! Empor vielleicht sogar bis in jene Schicht der oberen Zehntausend, der alle Güter der Welt zu Gebote stehen, und die, scheinbar wenigstens, so herrlich und in Freuden leben. Auf den Kinderreichen dagegen drückt die schwerste Last. Und wenn er sich noch so redlich müht, er bringt es doch zu nichts, zu nichts für sich und zu nichts für seine Kinder, als vielleicht zeitweise zu wirklicher Not, die er ohne Kinder niemals hätte kennenlernen müssen.

Lebt er in der Stadt, so läuft er überdies Gefahr, obdachlos zu werden, da Hausherr und Mieter mehr und mehr darüber einig werden, daß man in seinem Wohnhause Kinder nicht brauchen könne, da Kinder unbequem sind.

Kein Wunder, daß als Endergebnis dieses Vergleiches die Lebensregel herauskommt: Wer Kinder hat, ist dumm! daß zu allen andern Schrecken des Kinderreichtums auch noch die Angst vor Spott und Verachtung tritt.

Und wenn die Leute nicht von selbst auf solche Gedanken kommen, der skrupellose Händler mit Empfängnisverhütungsmitteln und noch Schlimmerem bringt sie ihnen bei.

Dies sind die wichtigsten unter den Beweggründen für die willkürliche Beschränkung der Fortpflanzung. Ein Gewirre von Vernunft und Unvernunft, von Leichtsinn und Voraussicht, von Selbstsucht und Mitgefühl, von Gewissenhaftigkeit und Gewissenlosigkeit, Beweggründe der allerverschiedensten Art, aber alle dem gemeinsamen Boden wirtschaftlicher Überlegungen entsprungen und alle in derselben Richtung wirkend: Nur ja recht wenige, am besten gar keine Kinder!

Aber was vom Standpunkte des einzelnen, von einzelwirtschaftlicher Überlegung aus als unbestreitbar richtig erscheinen und richtig sein mag, ist es nicht vom Standpunkte der Gesamtheit des Volkes, sondern bedroht sie mit dem Untergang! Die Gesamtheit muß daher mit allen Mitteln sich um ihr Leben wehren. Kein Opfer darf ihr dafür zu groß sein, wenn sie fortleben will!

Vielerlei Eingriffe sind erforderlich. Was in jenen Gedankengängen falsch und gewissenlos ist: die einseitig wirtschaftliche Betrachtungsweise, die ungeheure Steigerung der Lebensansprüche, die schrankenlose Ichsucht müssen bekämpft werden. Dem aber, was richtig und nützlich und gewissenhaft ist, muß Rechnung getragen werden. Es ist wahr, daß ausreichende Nahrung, passende Kleidung, gute reinliche Wohnung, sorgfältige Körperpflege, Vermeidung übermäßiger Anstrengung die Gesundheit kräftigen und das Leben verlängern. Es ist ein gerechter Wunsch, seinen Kindern eine gute Pflege und Erziehung zu geben. Es ist ein Segen für die Gesamtheit, wenn sich Freude an der Natur, das Bedürfnis nach höheren, geistigen Genüssen und nach Muße für beides auch in den breiten Schichten entwickeln, solange sie nur nicht zum völligen Vergessen des Familienglückes führen.

Kein Eingriff ist wichtiger als der wirtschaftliche. Wir haben gesehen, daß es im wesentlichen die heutige Verteilung des Nationaleinkommens ist, welche die Geburtenbeschränkung nach sich zieht.

Die Bekämpfung des willkürlichen Geburtenrückgangs kann nicht gelingen ohne Änderungen in der Verteilung des Nationaleinkommens. Die dauernde Sicherstellung eines nach Zahl und Güte dem Lebensbedürfnisse von Staat und Volk genügenden Nachwuchses ist ohne an die Wurzel greifende gesetzliche Eingriffe in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des ganzen Volkes, aller Klassen, der einzelnen wie der Familien nicht zu erreichen. Mittelchen sind gegenüber einer Aufgabe von dieser Größe nutzlos!

Den Kernpunkt des wirtschaftlichen Eingreifens bildet der Ausgleich innerhalb derselben Einkommensstufe zwischen der wirtschaftlichen Lage der Ledigen, der kinderlosen und kinderarmen Ehepaare einerseits und der kinderreichen Familien anderseits. Den ersteren muß genommen, den letzteren muß gegeben werden; und zwar ausgiebig; sonst hilft es nicht. Das eine, das Nehmen, ist ebenso unentbehrlich wie das andere, das Geben! Gerade auf diesen Punkt muß der größte Nachdruck gelegt werden; er ist bei den meisten Vorschlägen zur Abhilfe nicht genügend beachtet worden. Es darf nicht länger geduldet werden, daß die Junggesellen und die Kinderlosen schwelgen und das ganze Volk mit ihrer Genußsucht und mit ihrer Jagd nach immer gesteigerten und immer neuen Bedürfnissen verrückt machen; geradesowenig, als man länger zusehen darf, wie den wackeren Eltern einer gesunden tüchtigen Kinderschar alle ihre Mühen nur mit Entbehrungen gelohnt werden. Es ist auch für die sittliche Gesundung der breiten Schichten nichts wichtiger, als daß man den Jugendlichen, die in einem Alter stehen, dem die Lebenserfahrung notwendigerweise mangelt, zu ihrem eigenen Wohl die Verfügung über größere Summen Geldes und damit die Ungebundenheit und die Möglichkeit zu Verschwendung entzieht.

Dieser wirtschaftliche Ausgleich kann in verschiedener Weise versucht werden:

Durch ausgiebige Steuernachlässe für kinderreiche Ehepaare im Verhältnis zu ihrer Kinderzahl. Diese Maßregel kann aber nur bei höheren und hohen Einkommen wirksam gestaltet werden.

Oder durch ausgiebige nach der Kinderzahl abgestufte Zuschüsse zu dem auf ein bescheidenes Bedürfnis des Ledigen bemessenen Gehalt oder Lohn; für verheiratete Offiziere, öffentliche Beamte und Angestellte, bzw. durch sorgfältige Abstufung künftiger Gehalts- und Lohnerhöhungen nach der Kinderzahl. Diese Maßregel käme aber nur einem Teil der Bevölkerung zugute.

Ein anderes, viel mehr versprechendes Mittel ist die Einführung einer zwangsweisen Kinder- oder Elternschaftsversicherung für die durch die heutige Gesetzgebung dem Versicherungszwange Unterworfenen, z. B. im Anschluß an die Invaliditäts- und an die Angestelltenversicherung behufs Gewährung von Kinder- oder Erziehungsbeihilfen; am besten vielleicht in der Form von Wohnungsgeldzuschüssen. Diese Maßregel, welche von Seelmann, Schmittmann, Düttmann u. a. vorgeschlagen worden ist, greift schon viel weiter, ist aber ebenfalls nur auf einen gewissen Kreis des Volkes beschränkt.

Sie läßt sich aber auch auf andere Gruppen anwenden. So hat, wie allgemein bekannt geworden sein wird, der weitblickende und großdenkende bayerische Verkehrsminister, Herr v. Seidlein, den Plan für eine Familienkasse mit Beitrittszwang zunächst für sämtliche Beamte und Angestellte der Verkehrsverwaltung entworfen, der hoffentlich auf sämtliche Staatsbeamte ausgedehnt und bald vom Landtage genehmigt werden wird. Dies wäre eine bahnbrechende Tat, die auf das allerwärmste begrüßt werden müßte. Es wäre jammerschade, wenn engherziger Bureaukratismus, kurzsichtiger Egoismus der Beamten und Parteitreibereien sie vereiteln würden.

In dieser Richtung muß man weitergehen! Alle Stände und Klassen kranken an dem Übel des Geburtenrückgangs. Alle bedürfen der Heilung, nicht bloß die breiten Schichten und nicht bloß die Beamten. Es ist eine der schlimmsten Gefahren der Geburtenbeschränkung, daß sie mit am stärksten in den höheren Schichten der schaffenden Stände geübt wird. Dies bedroht die Gesamtheit mit Verschlechterung, mit Verarmung an Talent, Tatkraft und Tugend. Daher müssen die gesetzlichen Maßnahmen alle Stände und Einkommensstufen erfassen.

Ich habe schon vor einigen Jahren den Vorschlag gemacht, daß allen ehelichen Müttern bzw. überlebenden Vätern, welche eine gewisse Mindestzahl von lebenden Kindern unter 14 Jahren zu versorgen haben, nach der Höhe des Einkommens abgestuft, Erziehungsbeiträge geleistet werden, welche so zu bemessen wären, daß die wirtschaftliche Belastung der „Normalfamilie" mit der erforderlichen Mindestzahl von Kindern nicht erheblich größer ist als die der kinderarmen, 2-Kinder- und 1-Kind-Familie. Dieser Vorschlag ist von Meckbach in der Richtung der Aufbringung der Kosten ergänzt worden. Insbesondere aber hat der Staatsanwalt A. Zeiler in Zweibrücken mehr vom Grundgedanken „sozialer Gerechtigkeit" ausgehend, einen gründlichen Plan ausgearbeitet — „Gesetzliche Zulagen für jeden Haushalt" heißt sein Buch —, nach dem die nach der Einkommenshöhe abgestuften und hoch bemessenen Haushaltungs-, Kinder- und Erziehungsbeihilfen im Umlageverfahren innerhalb der einzelnen Einkommensstufen hereingebracht werden sollen. Beihilfen und Beiträge sollen so hoch bemessen werden, daß sie in sehr erheblichem Maße die Lage der Kinderlosen und der Kinderreichen auszugleichen vermögen. Ich halte diesen Plan für sehr vorzüglich und möchte ihn der Aufmerksamkeit aufs wärmste empfehlen, wenn ich auch in wichtigen Punkten mit Zeiler nicht übereinstimme. So halte ich die Gewährung von Haushaltungskosten nicht für so wichtig wie er und die von ihm dafür verlangten Beträge für zu hoch bemessen; so kann ich die Gleichstellung der unehelichen Mutter mit dem Ehepaare nicht gutheißen; so halte ich es nicht für richtig, schon vom ersten Kinde an Beihilfen zu gewähren, sondern für viel besser, dies erst vom dritten Kinde ab zu tun. So halte ich es insbesondere für geboten, die Begünstigung der ehelichen Kindererzeugung nur solchen Paaren zu gewähren, welche sich vor der Eheschließung einer

ärztlichen Untersuchung unterworfen und eine ärztliche Ehetauglichkeitsbescheinigung beigebracht haben; denn es wäre die größte Torheit, Syphilitische oder Personen, die mit einer andern ansteckenden oder vererblichen Krankheit behaftet sind, schwer Geisteskranke oder Säufer, Morphinisten, Verbrechernaturen zur Kindererzeugung auch noch von Staats wegen anzueifern. Ebenso wäre es unrichtig, Erziehungsbeiträge zu gewähren, ohne darüber zu wachen, daß sie auch richtig verwendet, die Kinder gebührend gepflegt und erzogen werden. Die Erziehungsbeihilfen sollten den Eltern oder Erziehungspflichtigen entzogen und der Berufsvormundschaft überwiesen werden können, wenn jene die Pflege und Erziehung der Kinder vernachlässigen. Unter Umständen sollten die Kinder aus dem gleichen Grunde auch einer öffentlichen Erziehungsanstalt überwiesen werden können, und zwar zur rechten Zeit, noch bevor sie körperlich oder sittlich verdorben sind.

Ebenfalls vor Jahren schon habe ich noch einen anderen Vorschlag gemacht, der mir der Berücksichtigung wert zu sein scheint: den ehelichen Müttern, welche eine gewisse Anzahl von gesunden und tüchtigen Kindern selbst großgezogen haben, von einem gewissen Alter an eine Rente oder Mutterpension zu gewähren. Eine solche Mutter hat dem Staate in der Tat viel größere und der Belohnung würdigere Dienste geleistet als gar mancher Beamte.

In welcher Form immer man die Erziehungs- oder Kinderbeihilfen einführen mag, den wirtschaftlich schwächeren Familien wird durch die Geldbeiträge der versicherten oder Zwangsmitglieder ihrer eigenen Einkommensstufe allein niemals genügend zu helfen sein, so daß ein ausgiebiger Zuschuß aus dem öffentlichen Säckel unbedingt notwendig sein wird.

Die Deckung dafür kann wenigstens zum Teil durch eine Änderung des Erbrechts gefunden werden. Diese ist auch aus dem Grunde notwendig, weil damit eines der mächtigsten Motive im Kreise der Wohlhabenden gegen genügende Kindererzeugung hinweggeräumt würde; der Wunsch, seinem Kinde ein möglichst großes Erbgut zu hinterlassen. Das Erbrecht muß aufrechterhalten, die tüchtige Familie gestützt werden; aber aller Privatbesitz darf nur ein Lehen sein, das durch Dienst an der Gesamtheit verdient werden muß.

Ich habe in dieser Beziehung einen sehr radikalen Vorschlag gemacht; kurz gesagt den, daß niemand mehr erben könne als wenn er eines von vier Kindern wäre. Vielleicht wird es aber leichter sein, einen anderen Vorschlag durchzusetzen, den unabhängig von einander Erman und in ausführlicher Durcharbeitung Kuczynski und Mannsfeld gemacht haben, daß das Reich (oder der Staat) Anspruch auf den Pflichtteil haben soll, wenn der Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterlassen hat.

Der wirtschaftliche Ausgleich solcher Art, wie ich ihn soeben umrissen habe, müßte noch durch eine kräftige und wohlüberlegte Vorsorge für Familienwohnungen und ländliche Siedelungen unterstützt werden. Es müßten nicht allein Familienwohnungen für die breiten Schichten gebaut, sondern diese auch für die kinderreichen Familien vorbehalten werden; die Heimstätten dürften nicht in freies Eigentum gegeben sondern auch nur als Lehen verliehen werden, die wieder eingezogen werden können, wenn der Belehnte die Pflicht der Kindererzeugung nicht erfüllt. Keine staatlichen Geschenke, sondern nur Lohn für Leistungen! Dies ist ein überaus wichtiger Grundsatz; er allein verbürgt der Gesellschaft sittliche Gesundheit!

Solche Maßregeln würden nicht allein die Geburtenziffer günstig beeinflussen müssen; sie müßten notwendigerweise auch die verderblichen Auswüchse des Luxus beschneiden, welche heute aus den ungeheuren Unterschieden in der Größe des Anteils der einzelnen am Nationaleinkommen und Nationalvermögen hervorgehen. Sie würden, für das Inland wenigstens, die nationale Güterproduktion von der immer gefährlicher um sich greifenden Erzeugung von Luxusdingen auf die Erzeugung von lebensnützlichen Gütern hinlenken und dem Überwuchern der Erwerbs-, Genuß- und Besitzgier dadurch aufs wirksamste vorbeugen, daß sie ihnen allen unübersteigliche Grenzen des Erfolges setzt. Das Rentnerideal des sorgenlosen, schlaffen Genußlebens, das schädlichste Erzeugnis des Wohlstandes, würde aus dem Herzen des Volkes gerissen werden. Bei einer schlichteren Lebensführung, nach Wiederkehr der Erkenntnis, daß das Leben, wenn es gut gewesen ist, Mühe und Arbeit gewesen ist, würde das unabsehbare Heer der Friedlosen von heute wieder den inneren Frieden finden können. Wenn die kinderreichen Familien erst wieder in die Mode gekommen sein werden, wird man eine Generation gar nicht mehr begreifen, die nichts wissen wollte von dem unvergleichlichen Glück, das aus dem Besitze einer Schar von wohlgeratenen, tüchtigen, frohgemut in den Lebenskampf ziehenden Kindern erwächst.

So würde es sich bewähren, daß andauerndes Wachstum die wichtigste, die unerläßliche Bedingung für Fortdauer der körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit jeden Volkes ist. Ein von philiströser Lebensfeigheit ausgeklügelter Bevölkerungsstillstand ist Rückschritt; führt zum Untergang; raubt dem Leben jene Spannung und jenen Schwung, ohne den der Mensch nichts Großes zu schaffen imstande ist.

Der Krieg hat uns gelehrt, daß nur die opferbereite Gemeinbürgschaft ein Volk im Kriege zu schützen vermag. Auch im Frieden ist sein dauerndes Gedeihen nur möglich durch opferbereiten Zusammenschluß!

Ich habe darzulegen versucht, daß die vernünftige Verteilung des Nationaleinkommens eine unerläßliche Bedingung für dauerndes Volkswachstum, ja schon für die Erhaltung des Volksbestandes sei. Noch einmal sei es gesagt! Der unsinnige Zustand muß aufhören, daß diejenigen, welche der Gesamtheit den größten Dienst leisten, indem sie eine zahlreiche und lebenskräftige Kinderschar aufziehen, dafür geradezu wirtschaftlich gestraft werden. Man mag mit noch so eindringlichen Worten das Glücksempfinden preisen, das eine gesund aufwachsende Kinderschaar den Eltern zu gewähren vermag; den übermächtigen Eindruck der harten Wirklichkeit wird man damit nicht verwischen können.

Aber es gibt eine noch viel wichtigere Bedingung gedeihlichen Wachstums als einen gerechten wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Kinderarmen und Kinderreichen: Um etwas verteilen zu können, muß man es besitzen! Das Volkswachstum müßte bald unmöglich werden, wenn nicht das Nationaleinkommen mindestens in gleichem Verhältnisse wie die Volkszahl wächst. Mehr Menschen brauchen mehr Nahrung, mehr Kleidung, mehr Wohnung. Um aus einer knappbemessenen Menge Land mit engbegrenzter Menge Sonnenlicht eine größere Menge Nahrungsmittel und Rohstoffe herauszubekommen und aus diesen Rohstoffen das Mehr von Verbrauchserzeugnissen herzustellen, braucht man nicht allein ein Mehr von Arbeitsleistung, sondern auch von Jahr zu Jahr ein Mehr von Düngmitteln, ein Mehr von Werkzeugen und Maschinen, von

Werkstätten, Fabriken und Wohnungen, kurz ein Mehr von Arbeitsmitteln, von Kapital! Die wachsende Volksmenge braucht nicht allein eine wachsende Menge von Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen, sondern auch eine wachsende Menge von Kapital. Dies kann nicht nachdrücklich genug gesagt werden!

Beides erfordert ein Mehr von Arbeit. Nun liefert die wachsende Volksmenge ein Mehr von Arbeitskräften; aber nur solange, als der Ertrag ihrer Arbeit im Verhältnis zur Arbeit mindestens gleichbleibt, wird die im Verhältnis zur Volksmenge wachsende Arbeitsleistung das wachsende Lebens- und Kapitalbedürfnis gleichmäßig zu decken vermögen. Nimmt der Arbeitsertrag ab, so muß — um nur von der Landwirtschaft zu sprechen — immer schlechterer Boden in Arbeit genommen, muß immer mehr Arbeit und Kapital in ihn hineingesteckt werden, um einen gewissen Ertrag von Getreide, Kartoffeln usw. aus ihm zu erzielen. Dann muß sehr bald entweder die Lebenshaltung der Bevölkerung leiden oder die Kapitalbildung, und das eine wie das andere muß früher oder später zum Stillstand des Volkswachstums oder zu Auswanderung und damit zu doppelter Verarmung, zu Verschlechterung der Gesundheit und Zunahme der Sterblichkeit führen. Mit Recht sagt Mombert: „Alle gesetzgeberischen Maßnahmen, das Wachstum der Bevölkerung zu unterstützen durch Förderung frühzeitiger Eheschließung und kinderreicher Familien sind ein Schlag ins Wasser und vollkommen wertlos, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich nach jener ungünstigen Seite (des abnehmenden Arbeitsertrages) neigen sollte."

So stünde es schon in einem geschlossenen Wirtschaftsstaate, der bisher seinen ganzen Rohstoff- und Nahrungsmittelbedarf im eigenen Lande zu erzeugen vermochte. Noch viel rascher und drückender müßte sich ein solches Mißverhältnis zwischen Volkswachstum und Einkommenswachstum in einem Wirtschaftsgebiete geltend machen, das, wie unser Reich auf den Austausch mit dem Auslande angewiesen ist, weil bisher schon das eigene Land nicht genug vom Lebensnotwendigen zu erzeugen vermochte; dort, wo Fabrikate in das Ausland gesendet werden müssen oder Schiffe in den Dienst des Auslandes gestellt werden müssen oder Kapital im Auslande angelegt werden muß, um die erforderlichen Nahrungsmengen und Rohstoffe — bei uns von beiden etwa ein Fünftel des Bedarfs im Gesamtwerte von 8,5 Milliarden Mark — aus dem Auslande hereinbekommen und bezahlen zu können. Hier hängt alles an der im Verhältnis zum Volkswachstum wachsenden Verdienstmöglichkeit, d. h. Arbeitsgelegenheit. Es müssen immer mehr Fabrikate ausgeführt, immer größere Schiffsräume in Dienst gestellt, immer mehr Kapital im Auslande nutzbringend angelegt werden können, um im ständig wachsenden Maße im Auslande die erforderlichen Nahrungsmittel einkaufen und von dort den Rohstoffbedarf decken zu können; den Bedarf an Rohstoffen, die nicht allein für den eigenen Verbrauch, sondern in noch stärkerem Maße für die Herstellung der Ausfuhrwaren und für die Beschäftigung aller vorhandenen Hände benötigt werden. Je teurer die Gütererzeugung im Inlande wird — etwa infolge einer hohen Steuerlast oder infolge sinkenden Bodenertrages und Steigens der Löhne —, um so schwieriger muß der Wettbewerb mit einem billiger erzeugenden Auslande werden. Entweder werden dann die Fabrikate unverkäuflich werden, wenn hohe Preise gefordert werden, oder die Kapitalbildung oder der Einkauf der Rohstoffe müssen leiden, oder der Lohn und die Lebenshaltung müssen gedrückt werden, wenn man zu niederen Preisen verkauft. Nicht minder schlimm wird es

sein, wenn die Rohstoffpreise des Auslandes steigen — etwa lediglich wegen des mit dem Wachstum steigenden Bedarfs der andern Völker bei begrenzter Warenmenge —, da dann, wenn die Preise der Ausfuhrwaren nicht entsprechend gesteigert werden können, ein steigender Bruchteil des Erlöses aus dem Verkaufe der Ausfuhrdinge zum Einkaufe der Rohstoffe verwendet werden muß und nur ein sinkender Anteil für Löhne oder Kapitalbildung übrig bleibt.

Darin lag schon in den bisherigen Friedenszeiten der ungeheure Wert des Besitzes von tropischem und subtropischem Kolonialland begründet. Mit ihren Fluten von Sonnenenergie, die alles zu einem soviel üppigeren Wachstum bringen und daher auf der Flächeneinheit das Vielfache der Nahrungsmittel erzeugen wie bei uns, welche Dinge wachsen lassen, die bei uns niemals wachsen würden, vermögen solche Kolonien die Nahrungs- und Rohstoffversorgung ganz ungeheuer zu vergrößern, den Arbeitsertrag auf unabsehbare Zeit Zeiten hochzuhalten, den Wettbewerb mit dem Auslande in erheblichem Umfange überflüssig zu machen und auszuschalten.

Zum raschen völligen Ruin eines Staates wird es aber unter solchen Wirtschaftsbedingungen, wie wir sie haben, führen müssen, wenn gar das Ausland mit bewußter Feindschaft vorgeht, wenn es dem Staat nicht allein im Kriege seinen Kolonialbesitz, seine Schiffe, seine auswärts angelegten Kapitalien raubt, seine Handelsniederlassungen zerstört, sondern auch weiter noch im Frieden seine Schiffe in den eigenen Häfen nicht zuläßt, die Ausfuhr seiner Fabrikate durch Einfuhrzölle und Plackereien aller Art unmöglich macht, ihm die Einfuhr von Rohstoffen durch Ausfuhrzölle, durch hohe Frachten, durch ungenügende Zufuhr und dergleichen mehr unterbindet. Das sind in der Tat sehr wirksame Mittel, um ein Volk nicht allein vom Wettbewerb um Welthandel und Weltherrschaft auszuschließen, sondern ihm ganz und gar die Möglichkeit des Wachstums und die Aussicht auf eine gedeihliche Zukunft zu rauben.

Und das will England! Deutschland soll wirtschaftlich ins Herz getroffen werden. „Erst wenn Deutschlands Welthandel keine Aussicht mehr hat zu einer Entwicklung, ist es an der Zeit, Frieden zu machen," hat erst vor kurzem der englische Minister Churchill gesagt. Und der englische Oberste Gerichtshof in London hat am 21. Dezember 1915 in einem Urteil ausgesprochen: „daß die Zerstörung der kommerziellen Blüte des Deutschen Reiches Englands Kriegsziel ist." Die Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 hat die Mittel hiezu klar überdacht: Während Deutschland durch Absperrzölle an der Einfuhr von Rohstoffen und an der Ausfuhr von Waren verhindert werden soll, soll es selbst gezwungen sein, England und der Entente die Meistbegünstigung zuzugestehen. Damit wäre unserer Landwirtschaft und Industrie auch die Arbeit für die Heimat unmöglich gemacht!

England kennt die wirkliche Welt viel zu genau, blickt politisch viel zu klar und viel zu weit in die Zukunft hinein, um sein Ziel gutwillig aufzugeben. Es lebt ausschließlich von Handel und Industrie und Schiffahrt und will diese Erwerbsmöglichkeiten seinen Enkeln bis in die fernste Zukunft hinein ungeschmälert erhalten. England weiß, daß die Erde nicht Raum genug hat für alle, daß völlig auf dem Meere keine Machtteilung möglich ist, sondern ihm nur die Wahl zwischen Alleinherrschaft oder Machtlosigkeit bleibt. England besitzt diese Alleinherrschaft und es braucht diese Alleinherrschaft, um völlig unbedroht seine Wirtschaft fortbetreiben, seinen Reichtum in Ruhe genießen zu können.

Nur wenn England besiegt ist, wird es zu einem „Verständigungsfrieden" bereit sein.

Nehmen wir aber selbst an, daß durch einen solchen Verständigungsfrieden alle radikalen Abschnürungspläne gegen Deutschlands Wirtschaft verhindert seien; kann irgend ein denkender Mensch glauben, daß unser Land, aller seiner Handelsniederlassungen im Ausland, zweier Drittel seiner Handelsflotte, seines ganzen im Ausland angelegten Kapitals — 25 Milliarden Mark — ohne Entschädigung beraubt; mit verwüsteten Kolonien; leergesogen von Rohstoffen wichtigster Art, wie Baumwolle und Kupfer; mit einer um viele Tausende von tüchtigen Köpfen, um viele Hunderttausende von tüchtigen Händen verminderten Arbeitskraft; belastet mit einer Riesenschuld von mindestens 120 Milliarden imstande sein wird, in absehbarer Zeit seine Wirtschaft im alten Umfange wieder aufzunehmen; mit dem völlig ungeschwächten, im Kriege noch unermeßlich reicher gewordenen Amerika erfolgreich in Handelswettbewerb zu treten?

Nein! Die demokratischen Parteien werden vielleicht ihren Willen durchzusetzen vermögen, da sie im jetzigen Reichstag die Mehreren sind. Aber gegen die Folgen ihres Verhaltens werden sie ohnmächtig sein, denn diese kommen mit Notwendigkeit. Sie werden ganz anders aussehen, als jene Phantasten in ihrem weltfremden Utopismus träumen. Bei einem Verzicht auf Sieg und Siegespreis sind alle die Hunderttausende unserer Söhne und Brüder, die nun der grüne Rasen deckt, umsonst geopfert! Bei uns wird es auch auf Generationen vorbei sein mit aller Sozialpolitik und Rassenhygiene! Dann ist unsere städtische und Industriebevölkerung der Auswanderung oder dem Aussterben geweiht, dann kann es sich für die innere Politik nur mehr darum handeln, den wirtschaftlich mitverkümmernden Bauernstand vor dem völligen Untergang zu retten. Wer will, daß sein Volk in Kraft und Gesundheit, voll Tatenlust und Zukunftszuversicht, gedeihe, blühe und wachse, für den ist die erste und oberste Forderung der Bevölkerungspolitik: der volle Sieg! ein deutscher Frieden!

## Eine Forderung von grundsätzlicher Bedeutung.

Auf Veranlassung der Ortsgruppe Elberfeld der deutschvölkischen Partei fand in der dortigen Stadthalle kürzlich ein Vortrag von Professor Adolf Bartels-Weimar über „Deutschlands geistige Not" statt. Im Anschluß an den Vortrag wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Unser Volk, das in diesem Kriege schier Unglaubliches geleistet hat, verdient, daß es sich selbst kennenlernt. Zu diesem Zwecke ergeht an alle deutschen Regierungen die dringende Bitte, fortan das deutsche geistige Leben bewußt auf das deutsche Volkstum einzustellen. Um von Grund auf eine deutschvölkische Erziehung auf allen Gebieten zu gewährleisten, wird ferner an die politischen Parteien das Ersuchen gerichtet, ein Gesetz anzustreben, durch welches die Forderung erhoben wird, 1. daß alle Professoren für deutsche Geschichte und Literatur, 2. die Leiter aller deutschen Theater und 3. alle Hauptschriftleiter der deutschen Zeitungen deutsch geboren sein müssen. Erst durch solche Bestimmung wird wieder deutscher Geist in Deutschland zur Herrschaft gelangen und der Wille zum Volk in allen Kreisen gestärkt werden."

# Siedelungsgedanken.

## Von Wolfgang Siegfried, Tilsit.

### I.

Das Ergebnis der Völkerwanderung war eine erhebliche Schwächung des Germanentums zu Gunsten der romanischen Nationen. Diese bedeuteten allerdings einen Gewinn für die Menschheit. Sie waren, wenn auch nicht der Sprache, so doch dem Charakter nach germanisch geblieben. Die Begriffe von Ehre und Anstand waren in Deutschland und in den romanischen Ländern im wesentlichen die gleichen. Die Moral des Rittertums entwickelte sich überall gleich. Alle diese Länder umschlang viele Jahrhunderte hindurch das Band gemeinsamer germanischer Kultur.

Diese Kulturgemeinschaft beruhte auf der Gemeinsamkeit des Blutes in Deutschland und in der Oberschicht der romanischen Länder. Nur solange diese ihren germanischen Charakter bewahrten, war die gemeinsame Kultur gewährleistet. Brach die Germanenherrschaft in einem Lande zusammen, so mußte es aus dem germanischen Kulturkreis ausscheiden. Denn die übrigbleibende rasselose Mischbevölkerung war und ist unfähig, germanische Kultur sich anzueignen. Kulturträger in den romanischen Ländern war allein ihre germanische Oberschicht. Diese ging im Laufe der Jahrhunderte an Zahl ständig zurück. In den vielen Kriegen und Fehden des Mittelalters wurde ihr zahlenmäßiges Verhältnis zur alten Bevölkerung immer ungünstiger. Auf je schwächeren Füßen aber die Germanenherrschaft stand, umso ungerechtfertigter und deshalb drückender mußte sie den Unterworfenen erscheinen. Der Gedanke an eine Abschüttelung dieser Herrschaft mußte dem Volke umso vertrauter werden, je aussichtsreicher ihre Schwäche eine Erhebung erscheinen ließ.

Der Schlag wurde Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich geführt. Die Französische Revolution stellt sich völkisch als eine Empörung des unterworfenen Mischvolkes gegen seine germanischen Herren dar. Die germanische Dynastie und der germanische Adel kamen um oder gingen außer Landes. Um aber auch die Reste des Germanentums von der Wiedererlangung der Macht für alle Zeiten auszuschließen, gab Frankreich sich eine demokratische Verfassung. Die politische Gleichberechtigung, die Herrschaft der Massen durch das aus ihren Wahlen hervorgegangene Parlament bot den besten Schutz gegen germanische Herrschaftsgelüste. Sie lieferte Frankreich dem Völkerchaos aus. Die französische Bildung, die im 18. Jahrhundert die Welt beherrschte, ging im 19. ständig zurück. Gewiß hatte das verschiedene Ursachen. Eine der wichtigsten aber ist, daß der seines Germanentums entkleidete französische Geist der germanischen Kultur zu fremdartig gegenübersteht, als daß seine Erzeugnisse ihr noch etwas bieten könnten. Frankreich ist aus der germanischen Kulturgemeinschaft ausgeschieden. In der Friedenszeit trat das noch nicht klar zutage. Mit erschreckender Deutlichkeit hat es aber der Krieg offenbart. Der grauenvollen Behandlung, die unsere Gefangenen in Frank-

reich erfahren, wäre ein Volk von germanischer Kultur nicht fähig. Der deutsche Soldat steht dem französischen heute gerade so wesensfremd gegenüber, wie vor 1400 Jahren der Franke und Burgunder dem Sprößling des römischen Völkerchaos.

Es ist, als habe die französische Volksseele es dunkel geahnt, daß der Fall des Germanentums ihr Untergang sei. Je tiefer Adel und Königtum an Zahl und Tüchtigkeit sanken, umso mehr wuchs in Frankreich das Verlangen nach der Angliederung deutscher Provinzen. Der sinkenden Germanenherrschaft sollte das Germanentum der eroberten Grenzlande neue Kraft zuführen. Und als dann die Revolution diese Herrschaft beseitigt hatte, stand für Frankreich fest, daß der Rhein die natürliche Grenze Frankreichs sei, und daß die auf dem linken Rheinufer wohnenden Deutschen von Rechts wegen Franzosen zu sein hätten. Nachdem man sich seines Germanentums beraubt hatte, erkannte man, daß man ohne die Germanen verloren sei, daß das Franzosentum ohne germanische Führung nicht leben könne. Ob der dauernde Erwerb der deutschen Grenzlande ein neues germanisches Frankreich zur Folge gehabt hätte, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls erschien die Erweiterung der Ostgrenze auf Deutschlands Kosten als letzte Rettung des sinkenden Franzosentums. Deshalb mußte dieser Weg beschritten werden. Die Kriege um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts und der Krieg von 1870 erschienen für die Wiedergesundung des französischen Volkstums notwendig. Aus demselben Grund ist es, nachdem Frankreich damals unterlegen ist, der jetzige Krieg.

## II.

Die germanischen Stämme, die nach der Völkerwanderung in der Heimat verblieben, haben sich zum deutschen Volk zusammengeschlossen. Die Grenzen Deutschlands waren im Westen erheblich über den Rhein, im Süden tief in die Alpen vorgeschoben. Im Osten bildeten etwa Inn, Böhmerwald, Saale und Elbe die Grenzen. Die östlich gelegenen, früher von Germanen besiedelten Gebiete waren in die Hände slavischer Völker gefallen. Der Gewinn im Westen und Süden wog den Verlust im Osten nicht auf. Deutschland war erheblich kleiner als das alte Germanien. Seit dem 11. Jahrhundert reichte das Land für die wachsende Volkszahl nicht mehr aus. Frankreich im Westen und Italien im Süden boten keinen Raum für deutsche Siedelungen. Deshalb zogen die Auswanderer ostwärts ins Slavenland. Der bayerische Stamm besiedelte die östlichen Alpenländer und legte damit den Grund für das heutige Österreich. Im Nordosten breitete sich der sächsische Stamm aus und führte später der deutsche Orden ein großzügiges Kolonisationswerk durch. Das Königreich Sachsen, Mecklenburg und insbesondere die östlichen Provinzen Preußens wurden deutsch. Darüber hinaus umfaßte die Kolonisation die Baltenländer bis zum Peipussee.

Im Gegensatz zu den weitgreifenden Eroberungszügen der Völkerwanderung legte diese Kolonisation sich von vorneherein eine maßvolle Beschränkung auf. Die neuen Siedelungen entstanden an der Grenze des Mutterlandes

und blieben mit diesem dauernd in engster Fühlung. In einem Teil der Kolonien, insbesondere in der Mark Brandenburg und im Ordensland vollzog das Siedelungswerk sich in der Form kriegerischer Eroberungen. Die eingeborene slavische und preußische Bevölkerung wurde unterworfen oder ausgerottet. In Mecklenburg, Pommern, Schlesien erschienen die Deutschen als friedliche Siedler. Aber auch hier standen sie, die meist der slavische Landesherr herbeigerufen hatte, um das dünnbesetzte Land zu bevölkern, den Eingesessenen als die Bevorrechtigten, als die Herren gegenüber. Überall fand das Kolonisationswerk eifrige Förderer in den Staatsgewalten, mochten sie von den einwandernden Deutschen begründet oder slavischen Ursprungs sein. Die Einwanderung vollzog sich allmählich. Ein ständiger Zuzug von Nachwanderern aus dem Mutterlande stärkte das deutsche Element im Kolonialgebiet. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der deutschen und der eingesessenen Bevölkerung verschob sich andauernd zugunsten der ersteren. Kirche und Schule waren deutsch. Wer nach Bildung strebte, mußte Deutsch lernen. Unter diesen Umständen vermochte die alte Bevölkerung ihr Sondertum nicht zu behaupten. Sie ging im deutschen Volkstum auf, am vollständigsten und schnellsten dort, wo Kriege sie geschwächt hatten. Die Verschmelzung der Deutschen mit den Slaven und den Resten der Preußen führte zur Entstehung neuer deutscher Stämme, die gleichwertig neben die alten getreten sind. Denn Slaven und Preußen standen den Deutschen wohl an Zivilisation, nicht aber an physischer und moralischer Tüchtigkeit nach. Die aus der Vermischung gleichwertiger und verwandter Rassen hervorgegangenen Neubildungen bereichern das deutsche Volkstum. An politischer Begabung haben sie sich den reindeutschen Stämmen sogar überlegen gezeigt. Denn in ihnen lagen die Wurzeln des neuen preußischen Staats, dem Deutschland seine Einigung verdankt.

In den Baltenländern ist es nicht zur Verschmelzung der Bevölkerung gekommen. Sie lagen dem Mutterlande am fernsten. Bis zu ihnen gelangten die deutschen Auswanderer nur in geringer Zahl. Das Deutschtum blieb hier dauernd schwächer als die einheimische Bevölkerung. Die deutsche Oberschicht stand den Letten und Esten ähnlich gegenüber, wie die Germanen der unterworfenen Bevölkerung im römischen Reich. Aber man vermied den Fehler, die Sprache der Unterworfenen anzunehmen. Das Land blieb doppelsprachig. Die Deutschen auf den adligen Gütern und in den Städten hielten an ihrem Volkstum fest. Sie blieben in enger geistiger Verbindung mit der Heimat und allem Fremden gegenüber streng exklusiv. Beides sicherte ihnen die dauernde Herrenstellung im Lande. Alle deutschen Kolonien waren Stände des römischen Reiches deutscher Nation. Dadurch war auch ihre politische Verbindung mit dem Mutterlande gewahrt. Als um das Jahr 1400 die deutsche Kolonisation auf ihrem Höhepunkt stand, reichte die Grenze des Reichs bis zum finnischen Meerbusen.

Im Jahre 1410 brachen Polen und Litauer die Macht des deutschen Ordens in der Schlacht bei Tannenberg. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts

mußte der Orden Westpreußen den Polen überlassen, Ostpreußen, das bald darauf weltliches Herzogtum wurde, von ihnen zu Lehen nehmen. Die Baltenländer kamen teils unter polnische, teils unter schwedische Herrschaft und fielen schließlich an Rußland. Alle diese Kolonien schieden aus ihrer Verbindung mit dem Reiche aus. Die veränderten politischen Verhältnisse unterbanden den Zuzug weiterer deutscher Einwanderer. Auch kam eine Auswanderung aus dem Reiche nicht mehr in Frage, nachdem im 17. Jahrhundert der 30jährige Krieg Deutschland verwüstet und entvölkert hatte. Trotzdem bewahrten Ostpreußen, das seine Unabhängigkeit von den Polen wiedergewann, und die Baltenländer ihren deutschen Charakter. Westpreußen wurde aus einem deutschen ein überwiegend polnisches Land. Beim Zerfall des polnischen Reiches im 18. Jahrhundert erwarb der preußische Staat umfangreiche polnische Gebietsteile. Das meiste ging bald wieder verloren. Doch blieben bei der Neuordnung der Verhältnisse im Jahre 1815 Westpreußen und Posen mit Preußen vereinigt.

Damit schien die Möglichkeit gegeben, das vor 400 Jahren unterbrochene deutsche Kolonisationswerk wenigstens innerhalb der Grenzen des preußischen Staates wieder aufzunehmen. Westpreußen hatte seinen deutschen Charakter nicht völlig verloren. In Posen saßen bereits zahlreiche deutsche Kolonisten. Der Staat hatte keine einzige rein polnische, wohl aber eine Anzahl rein deutscher Provinzen. Er war in günstigerer Lage als die Mark Brandenburg unter den Askaniern und der Orden, die fast ausschließlich über Kolonialland geboten. Brandenburg und das Ordensland empfingen ihre Ansiedler aus anderen Deutschen Ländern, auf die sie keinen Einfluß hatten. Das Königreich Preußen mußte seinen Auswanderern und nach 1871 den Auswanderern aus dem ganzen deutschen Reiche den Weg nach seinen polnischen Gebietsteilen weisen können. Brandenburg und der Orden waren bei Aufständen ihrer undeutschen Bevölkerung auf die eigene Kraft angewiesen. Rechtzeitige Hilfe von anderen Reichsständen konnten sie bei dem losen Zusammenhalt des Reiches nicht erwarten. Der preußische Staat verfügte bereits 1815 und in erhöhtem Maße seit 1866 und 1871 über eine geschlossene deutsche Macht von solchem Übergewicht, daß polnische Aufstands- und Loslösungsbestrebungen von vorneherein als aussichtslos erscheinen mußten. Rücksichtslose Kolonisationsarbeit im Geiste Albrechts des Bären und Winrichs von Kniprode mußte zur Verschmelzung der Polen mit den Deutschen, zum Untergange des polnischen Volkstums unter dem herrschenden Deutschtum führen. Wer sich nicht fügen wollte, mochte auswandern.

Nahezu hundert Jahre hatte der preußische Staat Zeit zur Durchführung der Kolonisation im Osten. Er hat sich dieser nationalen Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die deutschen Auswanderer gingen in der Hauptsache ins Ausland. Süddeutsche Katholiken, die sich in Posen ansiedelten, nahmen die polnische Sprache an, weil ihnen die deutsche Seelsorge versagt blieb. Sie sind fanatische Polen geworden. Die Rechtsgleichheit, die der preußische Staat allen seinen Untertanen gewährt hatte, schloß eine Vorzugsstellung

der Deutschen gegenüber den Polen aus. Der Einfluß deutscher Kultur und Zivilisation hat nicht zur Stärkung des Deutschtums geführt. Er ist dem Polentum zugute gekommen, das unter deutscher Geistesarbeit sittlich gefestigt und wirtschaftlich erstarkt ist. Polnisches Nationalbewußtsein erfüllt neuerdings auch die polnisch sprechende Bevölkerung Oberschlesiens, die ihren völkischen Zusammenhang mit dem Polentum lange vergessen hatte. Das Polentum hat versucht, die Masuren zu gewinnen. Doch ist die Bewegung an dem preußischen Patriotismus und am evangelischen Glauben der Bevölkerung gescheitert. In Ostpreußen und Pommern haben sich in den letzten Jahrzehnten polnische Besitzer angesiedelt. Das Polentum ist im Osten Preußens nicht rückwärts, sondern vorwärts gegangen. Der preußische Staat war außerstande, der Gefahr wirksam zu begegnen. Maßnahmen zum Schutze des Deutschtums wurden getroffen. Der stolze Gedanke, daß es sich hier nicht um eine Verteidigung, sondern um die Fortsetzung einer von den Vorfahren begonnenen Eroberung, also um einen Angriff handelt, war unserer Zeit zu hoch. Die Polen haben Tannenberg nicht vergessen. Sie wissen, daß in den östlichen Provinzen Preußens ein Volkskrieg zwischen zwei Nationen entbrannt ist, in dem es nur Sieg oder Untergang aber keinen Ausgleich gibt, und dessen Austrag durch offene Gewalt ihnen lediglich die starke deutsche Militärmacht verbietet. Die Deutschen, denen äußerstenfalls diese Militärmacht zur Verfügung stände, verschließen ihr Auge. Im Verlaufe einiger Jahrzehnte wiederholen sich regelmäßig die Versuche, durch freundliches Entgegenkommen die Polen zu gewinnen. Von dem Recht zwangsweiser Enteignung hat der preußische Staat den Polen gegenüber keinen Gebrauch gemacht. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, jenes wenigstens in der Verteidigung des Deutschtums bewährten Instituts, schränkt er ein. Von einer Eindeutschung der polnischen Landesteile Preußens ist keine Rede mehr. Wohl aber ist die Polonisierung seiner östlichen Provinzen in absehbarer Zeit zu befürchten.

In der Polenfrage hat die deutsche Kolonialpolitik ihre schwerste Niederlage erlitten, aber nicht ihre einzige. In nahezu einem halben Jahrhundert ist es dem preußisch-deutschen Staate nicht gelungen, das dänische Nordschleswig und das nur zum Teil französische Reichsland zu deutschen Ländern zu machen. Das Ausbleiben deutscher Siedler, die das deutsche Element zu stärken berufen gewesen wären, und die rechtliche Gleichstellung der Deutschen mit den Nichtdeutschen schlossen auch hier jeden Erfolg aus. Seit einigen 30 Jahren besitzt Deutschland außereuropäische Kolonien. Doch kommen ihres Klimas wegen die meisten von ihnen für Siedlungszwecke nicht in Frage. Die Zahl der Siedler kann nur gering sein. Ihr völkisches Gedeihen ist bedingt durch strengen Abschluß von der fremdrassigen eingebornenen Bevölkerung. Das Rassenbewußtsein des Mutterlandes hat aber bisher nicht ausgereicht, die Ehe zwischen deutschen Siedlern und Eingeborenen zu verbieten. Ein Deutscher, der in Südwestafrika eine Hererofrau heiratet, macht sie dadurch zur Deutschen und zeugt mit ihr deutsche Kinder. Das Ergebnis

derartiger Verbindungen wäre eine Mischbevölkerung, die nicht höher bewertet werden könnte, als das Völkerchaos im römischen Reiche. Auch hier hat man es verabsäumt, dem Deutschen die ihm gebührende Sonderstellung gegenüber dem Nichtdeutschen zu geben. Im Kriege sind die deutschen Auslandskolonien bis auf eine vom Feinde niedergerungen. Die deutsche Streitmacht, die in Europa tief in Feindesland eindringt, konnte die fernen Außenposten nicht behaupten. Die deutschen Siedler müssen dort eine jahrelange Fremdherrschaft erdulden, bis der siegreiche Friede sie befreit. In das Innere Rußlands, nach den Vereinigten Staaten und nach Südamerika sind im Laufe des 19. Jahrhunderts Millionen deutscher Siedler gezogen. Sie alle sind dort für das Deutschtum verloren. In Nordamerika vermag das Deutschtum sich gegenüber dem Angelsachsentum nicht zu behaupten. Rußland, wo die Deutschen ihr Volkstum besser zu bewahren verstanden, geht jetzt mit brutalen Gewaltmaßnahmen gegen sie vor. Nirgends im Kriege vermochte das deutsche Element den fremden Staat in deutschfreundlichem Sinne zu beeinflussen. Politisch wie völkisch hat das deutsche Element im Auslande versagt.

## III.

Der moderne preußisch-deutsche Staat, der auf dem Gebiete der Siedlungspolitik versagt hat, erstand erst nach dem Tilsiter Frieden. Der Friderizianische Staat war zusammengebrochen. Das verkleinerte Preußen suchte durch Erneuerung im Innern zu gewinnen, was es an äußerer Macht verloren hatte. Durch die Aufhebung ständischer Beschränkungen, durch die Heranziehung der Untertanen zur Lösung staatlicher und kommunaler Aufgaben sollten die Kräfte des Staates gehoben werden. In dem Bestreben, möglichst viele Kräfte zu gewinnen, glaubte man, über nationale Schranken hinwegsehen zu sollen. Für den bevorstehenden Befreiungskampf gegen Napoleon erschien jeder Bundesgenosse willkommen. Wie die äußere Politik zum Bündnis Preußens mit den meisten europäischen Staaten führte, so wollte man auch im Innern die nichtdeutschen Kräfte zum Kampfe heranziehen. Verlangte man aber ihre Beteiligung, dann hielt man als Gegenleistung ihre Gleichstellung mit den Untertanen deutscher Nationalität für geboten. Richtig war dieser Standpunkt wohl nicht. Der preußische Staat bot seinen nichtdeutschen Untertanen ein gesichertes bürgerliches Dasein. Deshalb waren sie verpflichtet, Gut und Blut für ihn einzusetzen, ohne dafür politische Rechte beanspruchen zu können. Wollte man aber nichts verlangen, ohne etwas zu gewähren, dann hätte man besser auf die Fremden verzichtet. Das polnische Element war in dem verkleinerten Preußen nicht groß. Neben ihm kam als nichtdeutsch allein noch das jüdische Element in Frage, das gleichfalls weniger ins Gewicht fiel als heute, weil die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Juden aus den polnischen Landesteilen stammt. Der Ausgang des Krieges blieb von dem Mitwirken dieser Elemente unbeeinflußt. Den Sieg errang die vermöge des Krümpersystems und durch Freiwillige vergrößerte preußische

Armee unter Führung desselben Offizierskorps, das 1806/07 den Franzosen erlegen war. Nur seine sechs jüngsten Jahrgänge hatten den unglücklichen Krieg noch nicht als Offiziere mitgemacht. Die Gleichstellung der Undeutschen mit den Deutschen hat sich als ein Unrecht gegen beide Teile erwiesen. Den Deutschen nahm sie ihren nationalen Staat, den Nichtdeutschen legte sie mit den ihnen gewährten Rechten Verpflichtungen auf, denen nachzukommen sie weder gewillt noch imstande waren.

Die Polen, später auch die Dänen und die Franzosen im Reichslande, waren immer Feinde des preußisch-deutschen Staates. Ihre staatsbürgerlichen Rechte dienten ihnen lediglich zur Förderung ihrer letzten Endes auf Lostrennung vom Staatskörper gerichteten Sonderbestrebungen. Die Juden hatten keinen Anlaß, den preußisch-deutschen Staat als solchen zu befeinden. Innerhalb dieses Staates ging ihr Interesse und dasjenige der deutschen Bevölkerung freilich weit auseinander. Jede Nationalität kann sich umso besser entfalten, je weniger sie in ihrer Bewegungsfreiheit durch Ansprüche anderer Nationalitäten eingeengt wird. Ihre freieste Entfaltung ist dann gesichert, wenn die anderen Nationalitäten völkische Ansprüche überhaupt nicht erheben. Die stark ausgeprägte jüdische Nationalität mußte in Deutschland um so mehr gedeihen, je weniger das Deutschtum durch völkische Erregungen aufgerüttelt wurde. National bewegte Zeiten, in denen das Deutschtum sich auf sich selbst besann, konnten nur zu leicht ihm die Augen öffnen über den unüberbrückbaren völkischen Gegensatz zwischen ihm und dem Judentum.

Der einzelne Jude, der durch die Taufe den Zusammenhang mit seinem Volke löst, kann in seiner Gesinnung deutsch werden. Solche Einzelübertritte, wie sie zwischen allen Nationen vorkommen, haben uns aus dem Judentum wertvolle Kräfte zugeführt. Die Masse des jüdischen Volkes aber und alle diejenigen, die des äußeren Vorteils halber sich taufen lassen, bleiben dem deutschen Volke und der deutschen Kultur fremd. Da sie eigener Kultur entbehren, können sie dem Deutschtum nichts bieten. Im Verhältnis zwischen beiden Völkern ist der Deutsche der gebende, der Jude der empfangende Teil. Die Erkenntnis dessen auf deutscher Seite ließ für das Judentum neben Kränkungen und Zurücksetzungen im einzelnen eine Entwicklung besorgen, die seine Gleichberechtigung im Staate wieder in Frage stellen konnte. Im jüdischen Interesse lag ein völkisches Hindämmern des Deutschtums wie in der Zeit nach dem 30jährigen Kriege, oder besser noch seine Verwässerung infolge Durchsetzung mit fremden Elementen. Wie einst im römischen Reiche, würde dann auch in Deutschland das Judentum als einzige reine Rasse eine überragende Stellung behaupten. Für das Judentum kam es also darauf an, deutsch-nationale Bestrebungen möglichst niederzuhalten. Großzügige deutsche Siedlungsarbeit konnte bei den Juden keine Sympathie finden. Bei den anderen undeutschen Elementen mußte sie schärfste Gegnerschaft auslösen.

Es ist die Frage, ob ein Staat, der seine Untertanen verschiedener Nationalität gleichgestellt hat, noch eine Politik treiben darf, die der Stärkung einer bestimmten Nationalität dient, sie also vor den anderen bevorzugt. Eine solche Politik widerspricht dem Grundsatz der Gleichstellung. Die praktische Erwägung, daß sie im Interesse der überwiegenden Mehrzahl der Staatsbürger liegen und von deren Willen getragen sein mag, ändert die Rechtslage nicht. Der Staat, der völkische Unterschiede grundsätzlich nicht kennt, hätte danach nationale Politik aus seinem Wirkungskreise auszuschalten. Diese äußerste Folgerung hat der preußisch-deutsche Staat freilich nie gezogen. Er hat, wenn auch erfolglos, den Kampf mit dem Polentum aufgenommen. Er hat jüdische Richter und Notare überwiegend nach Maßgabe des Verhältnisses der jüdischen zur Gesamtbevölkerung angestellt, um dem Überhandnehmen des Judentums in diesen Berufen vorzubeugen. In allen solchen Fällen, in denen er um deutsch-nationaler Notwendigkeiten willen den Gleichheitsgrundsatz ausschaltete, ist ihm aber vorgeworfen worden, daß er den Grundlagen der Verfassung nicht die genügende Beachtung schenke. Das formelle Unrecht, in dem der Staat nach Ansicht vieler sich befand, machte alle diejenigen zu seinen Gegnern, die sich über den formellen Standpunkt nicht zu erheben vermochten. Deshalb fanden nationale Maßnahmen vielfach auch in deutschen Kreisen Widerstand. Die Stärke des Widerstandes aber stellte den Erfolg in Frage und hat ihn in vielen Fällen vereitelt. Deutsche Uneinigkeit in nationalen Fragen ließ die undeutschen Elemente im Staatsorganismus ständig an Boden gewinnen. Die Fähigkeit, deutsch-nationale Politik zu treiben, verlor der Staat immer mehr. —

Der Unterschied zwischen dem Ordenslande und unserm heutigen Staat liegt darin, daß damals die Abstammung für die Nationalität bestimmend war, während es heute die Staatsangehörigkeit ist. Im Ordensstaat galt jeder deutsche Siedler, mochte er aus Niedersachsen, aus Holland, aus Oberdeutschland kommen, mehr als der eingeborene Preuße. Bei uns stehen der Deutsch-Österreicher, der Deutsch-Schweizer, der Balte als Ausländer weit hinter dem deutschen Reichstagsabgeordneten jüdischen Bluts, der die Hindenburgsche Strategie einer parlamentarischen Kontrolle unterwerfen wollte. Als Deutscher gilt nicht, wer deutschen Blutes ist, sondern wer in einem deutschen Bundesstaate die Staatsangehörigkeit besitzt, mag er seiner Abstammung nach Deutscher, Jude, Pole oder Zigeuner sein. Es liegt auf der Hand, daß die aus dieser Rechtslage entspringende völkische Begriffsverwirrung jedem nationalen Unternehmen, insbesondere auch einer nationalen Siedlungspolitik, im Wege stehen mußte.

Die Staatsgewalt, der die Durchführung des Unternehmens oblag, hat im letzten Jahrhundert eine ständige Einschränkung in ihren Befugnissen erfahren. Die Verfassung hat uns den französischen Parlamentarismus gebracht, der im Lande seines Ursprungs den Sieg der Demokratie

über das Germanentum zu besiegeln berufen war. Schon diese Herkunft mußte ihn jedem einsichtigen Deutschen bedenklich erscheinen lassen. Seine Leistungen im preußisch-deutschen Staatsleben sind nicht geeignet, diese Bedenken zu zerstreuen. Durchgängig besteht in unserem Staate der Grundsatz, jeden Posten dem Geeignetsten, Sachkundigsten anzuvertrauen. Dieser Grundsatz wird aber an einer der wichtigsten Stellen durch den Parlamentarismus durchbrochen. Der Reichs- und Landtagsabgeordnete hat zu Fragen aus dem ganzen Umfange des staatlichen Wirkungskreises Stellung zu nehmen. Selbst bei höchster Begabung kann er aber nicht auf allen Gebieten Sachkunde besitzen. Dabei sucht sich das Volk seine Vertreter keineswegs immer nach dem Maße ihrer Begabung aus. Von Ausnahmen abgesehen, überragen unsere Parlamentarier nicht den Durchschnitt, und zwar um so weniger, je demokratischer das Wahlrecht ist, dem sie ihr Mandat verdanken. Die Mehrzahl von ihnen steht ihren Aufgaben ohne Sachkunde gegenüber und ohne Fähigkeit, sie zu erwerben. Diese Mehrzahl wird sich allerdings meist der Führung sachverständiger Kollegen anvertrauen. Sie gruppiert sich aber nicht um denjenigen, der sein Urteil am überzeugendsten zu begründen vermag, sondern nach Grundsätzen der Parteidisziplin. Was herauskommt, sind Zufallsentscheidungen.

Die Selbsteinschätzung der Parlamente stand stets in umgekehrtem Verhältnis zu ihren Leistungen. Während die Herrscher loyal auf dem Boden der Verfassung standen, war von solcher Loyalität bei den Parlamenten nichts zu spüren. Immer strebten sie nach Erweiterung ihrer Befugnisse, letzten Endes nach dem sogenannten parlamentarischen System, das das Parlament zum Herrscher und den Monarchen zur dekorativen Figur macht. Wollte der König auf verfassungsmäßigem Wege die Staatshoheit stärken, dann galt es ihm, der in finsterster Rückschrittsgesinnung befangen war, den Männerstolz des Unentwegten zu zeigen. Dann scheute man sich nicht, mit Revision seiner monarchischen Gesinnung zu drohen. Trat aber der Herrscher für Erweiterung der Volksrechte ein, dann hieß es: Ein Königswort sei verpfändet. Wer Gegengründe vorzubringen wagte, wurde wohl gar mangelnder Königstreue bezichtigt. Daß der König sein Wort für die Verwirklichung einer Gesetzesvorlage gar nicht einsetzen kann, weil die Verwirklichung paralamentarischer Zustimmung bedarf, unterdrückte man. Die Parlamente sollten Sprachrohre des Volkswillens sein. Sie waren es aber fast nie. Eine gewissenlose Demagogie peitschte bei den Wahlen die Leidenschaften auf. Jede Lüge, jede Niedertracht galt im Wahlkampfe als entschuldbar. Die geheime Stimmabgabe bevorzugte die moralische Feigheit. Das Ergebnis alles dessen konnte nur ein Zerrbild des Volkswillens sein.

Der Parlamentarismus bot den undeutschen Elementen den besten Boden. Insbesondere hat die Masse des Judentums es stets mit denjenigen politischen Parteien gehalten, die der Staatshoheit am schroffsten gegenüberstanden. Die Juden waren liberal, solange der deutsche Bürger-

stand in mehr oder minder grundsätzlicher Opposition stand. Sie wandten sich der Sozialdemokratie zu, als diese die Rolle des Liberalismus übernahm. Jedesmal hieß man sie als Bundesgenossen willkommen. Man ging eine Strecke Weges zusammen, ohne sich darum zu kümmern, ob das Ziel ein gemeinsames war. Daß Judentum und Sozialdemokratie nicht das gleiche Ziel haben können, liegt auf der Hand. Den Juden rührt nicht die Sorge um das Wohl des deutschen Arbeiters, der in der Sozialdemokratie die Vertreterin seiner Interessen sieht. Die Errichtung des sozialistischen Staates, der die Bewegungsfreiheit des einzelnen aufs äußerste beschränkt, wäre dem geschäftsgewandten Juden höchst unerwünscht. So weit darf es nicht kommen. Nicht die Errichtung des sozialistischen, sondern die Lahmlegung des gegenwärtigen Staates in seinen nationalen Bestrebungen durch eine starke sozialistische Gegenströmung war das Ziel des Judentums.

Dieser Erkenntnis mußte sich ein Staat verschließen, für den es eine jüdische Nation nicht gab. Wenn der Jude Deutscher war, mußte man auch in der Politik sein Verhalten als deutsch hinnehmen. Erschien die von ihm eingeschlagene Richtung verfehlt, dann mochte mangelnde Einsicht oder mangelnde Vaterlandsliebe den Grund bilden. Daß keins von beiden vorlag, daß die jüdische Politik vielmehr durch das wohlverstandene Interesse des jüdischen Volkes bestimmt wurde, konnte oder durfte gegenüber dem bestehenden Rechtszustande der deutsche Staat nicht erkennen. Weil er aber die jüdische Politik nicht als solche werten durfte, war für ihn auch ihre wirksame Bekämpfung ausgeschlossen. Ungestört konnte der jüdische Einfluß wachsen. — Der preußisch-deutsche Staat des 19. Jahrhunderts war außerstande, das von den Vorfahren begonnene Siedlungswerk im deutschen Osten durchzuführen, weil er durch undeutsche Einflüsse im Inneren gelähmt und durch den undeutschen Parlamentarismus in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt war. Die gleichen Gründe erklären seine anderen siedlerischen Mißerfolge.

## IV.

Trotz seiner Mißerfolge auf dem Gebiete der Siedlungspolitik ist das deutsche Volk im 19. Jahrhundert mächtig vorwärtsgeschritten. Seine Industrialisierung hat Deutschland zu einer wirtschaftlichen Blüte geführt, die den Konkurrenzneid Englands wachgerufen hat. Dieser Neid führte mit zum Kriege. Der Krieg aber zeigt, je länger er dauert, um so klarer, wie bedenklich die einseitig industrielle Entwicklung für Deutschland ist. Den Plan, Deutschland gleich einer belagerten Festung auszuhungern, konnte England nur fassen in der Erwartung eines Versagens der deutschen Landwirtschaft. Diese zeigt sich allerdings ihrer Aufgabe gewachsen. Die Schwierigkeiten der Volksernährung beweisen aber, daß der englische Plan nur verfrüht, nicht verfehlt war. Bei weiterer Industrialisierung Deutschlands könnte in einigen Jahrzehnten ein erneuerter Aushungerungsversuch Erfolg haben. Dazu

darf es aber nicht kommen. Die deutsche Landwirtschaft muß so stark werden, daß der Gedanke einer Aushungerung Deutschlands jeder möglichen feindlichen Verbindung von vorneherein als aussichtslos einleuchtet. Die Hebung der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft weit über ihren jetzigen Stand hinaus, liegt im dringendsten vaterländischen Interesse. Dazu bedarf es einer Vermehrung des landwirtschaftlich zu nutzenden Grund und Bodens.

Etwa um die Jahrhundertwende ist überdies im deutschen Volke eine Erscheinung zutage getreten, die zu ernstester Sorge Anlaß bietet. Die Fruchtbarkeit des Volkes hat nachzulassen begonnen. Der bisher zu allen Zeiten starke Geburtenüberschuß, der dem deutschen Volke die Kraft gegeben hat, aus dem Elend des 30jährigen Krieges sich wieder emporzurichten, geht mit besorgniserregender Schnelligkeit zurück. Wir nähern uns französischen Zuständen und werden bei fortschreitender Entwicklung bald schlechter dastehen als Frankreich. Eine Verödung, wie sie dem von seinen Renten lebenden Frankreich droht, hat das betriebsame Deutschland allerdings nicht zu befürchten. Die überreiche Arbeitsgelegenheit würde in immer steigendem Umfange ausländische Arbeitskräfte ins Land rufen. Je weniger bei stillestehender oder sinkender Volkszahl der Deutsche zur Bewältigung seiner Arbeit imstande wäre, um so mehr würde er des nichtdeutschen Mitarbeiters bedürfen. Das System der Wanderarbeiter läßt sich aber nicht ins Schrankenlose erweitern. Denn einmal würde Deutschland dadurch in gefährliche Abhängigkeit von denjenigen Ländern geraten, die ihm die Saisonarbeiter stellen, und anderseits würde der Bedarf nach fremden Arbeitskräften sich auch in solchen Betrieben herausstellen, die das ganze Jahr hindurch ohne Einschränkung und Unterbrechung arbeiten, eine „Saison" also gar nicht kennen. Man müßte also die nichtdeutschen Arbeiter dauernd im Lande behalten. Um sie zu halten, müßte man auch ihren Familien ein dauerndes Wohnrecht bewilligen. Die Entwicklung würde schließlich zur Aufnahme der fremden Arbeiter und ihres ganzen Anhanges in den deutschen Staatsverband führen. Der nichtdeutsche Einschlag deutscher Staatsbürger würde von Jahr zu Jahr steigen in mindestens eben dem Maße, in dem das deutsche Element zurückgeht, wahrscheinlich in sehr viel höherem. In absehbarer Zeit würde Deutschland unter einer ständig zurückgehenden deutschen Oberschicht von einem Völkergemisch bewohnt werden, dessen einzelne Bestandteile alle unter dem Deutschen stehen und das in seiner Gesamtheit schwerlich höher zu bewerten wäre als die Mischbevölkerung des römischen Reiches. Die deutsche Oberschicht könnte sich diesem Völkerchaos gegenüber nicht behaupten. Die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger würde Deutsche und Nichtdeutsche durcheinander werfen. Der germanische Staatscharakter und die germanische Kultur würden schneller dahinschwinden als in den germanischen Staatengründungen der Völkerwanderung. Ob das Volk in Deutschland dann noch deutsch oder eine beliebige andere Sprache redete, wäre ohne Belang. Das deutsche Volk wäre untergegangen. Der Geburtenrückgang, der andere Völker allmählich hinsterben läßt, bedroht uns mit

noch schnellerem Untergange in minderwertigem, fremdem Völkergemisch.

Gewiß hat der Geburtenrückgang verschiedene Gründe. Einer der schwerwiegendsten aber ist anerkanntermaßen der Zusammenfluß großer Volksmassen in den Städten. Das Großstadtleben untergräbt die Volksgesundheit. Es bietet den physischen Kräften der Menschen schlechtere Entwicklungsmöglichkeiten als das Landleben und setzt sie damit herab. Es muß schließlich zu einer Herabminderung der Fortpflanzungsfähigkeit führen. Daß erhebliche Teile des deutschen Volkes in dieser Hinsicht bereits entartet sein sollten, ist nicht wahrscheinlich, da die großstädtische Entwicklung noch verhältnismäßig jung ist. Die Fortpflanzungsfähigkeit ist der Masse des Volkes noch nicht verloren gegangen, wohl aber der Fortpflanzungswille. Der Grund dieser Willensänderung liegt aber gleichfalls im Großstadtleben. Die schlechten Wohnungsverhältnisse der Großstadt, die Unmöglichkeit, in ihr einer größeren Kinderzahl den für ihre körperliche und seelische Entwicklung notwendigen Zusammenhang mit der Natur zu wahren, lassen dem Großstädter die Beschränkung der Kinderzahl geboten erscheinen. Wozu der eine durch die Verhältnisse sich gezwungen wähnt, das tut der andere aus Bequemlichkeit, um seines ungestörten Lebensgenusses willen. Eltern müssen entsagen. Und gerade das wird dem vergnügungssüchtigen Großstädter besonders schwer. So nehmen Empfängnis- und Geburtenverhütung einen immer bedrohlicheren Umfang an. Das Laster wirkt ansteckend. Es hat bereits auf die Kleinstädte und das Land übergegriffen. Gelingt es nicht, unser Volk von dieser Krankheit zu heilen, dann ist es verloren. Die Heilung muß aber die Wurzel des Übels fassen. Eine Besserung ist nur zu erhoffen, wenn es gelingt, die Massen aus dem Großstadtelend in gesunde häusliche Verhältnisse zurückzuführen.

Neigung zieht die Volksmassen in die Stadt und läßt das Land veröden. Im Interesse der Volksernährung liegt aber noch eine Vermehrung des Grund und Bodens, und das Gebot der Volksgesundung weist das Volk zurück aufs Land. Der Staat hat nicht der augenblicklichen Neigung, sondern dem dauernden Wohl des Volkes zu dienen. Seine künftige Aufgabe ist eine großzügige Siedlungspolitik zur Sicherstellung der Ernährung und zur Gesundung unseres Volkes. Er muß die städtischen Massen wieder aufs Land führen. Das erforderliche Siedlungsland muß der siegreiche Friede schaffen.

Welche Gebiete dafür in Betracht kommen, läßt sich nicht sagen, solange noch Krieg ist. Die Größe des deutschen Sieges wird bestimmend sein. Das aber steht fest, daß das beste Land, das günstigste Klima, der fruchtbarste Boden für den deutschen Siedler gerade gut genug sind. Gott hat die Erde den Menschen zur Wohnung gegeben. Die beste Wohnung gebührt dem vollkommensten Menschen, also dem Deutschen. Es wäre nicht nur falsche Bescheidenheit, sondern ein Frevel, wenn der Deutsche sich mit weniger begnügen wollte.

Im einzelnen wird man von den Erfahrungen der Geschichte zu lernen haben. Es darf nicht wieder vorkommen, daß in einem in der Hauptsache siegreichen Kriege die Siedlungskolonien in Feindeshand fallen, wie es jetzt mit Südwestafrika geschehen ist. Der Siedler im Neulande hat den gleichen Anspruch auf den Schutz der deutschen Waffen wie der Deutsche in der Heimat. Um diesen Schutz zu ermöglichen, werden die Neusiedelungen in Anlehnung an die bisherigen Reichsgrenzen in Mitteleuropa zu begründen sein. Ihren Charakter als Neuschöpfungen müssen sie sobald als möglich verlieren. Sie sollen nicht Kolonien bleiben, sondern Teile des Mutterlandes werden, wie die östlichen Provinzen Preußens. Gegenüber der bisherigen Bevölkerung der Siedlungsgebiete wird eine verschiedene Behandlung am Platze sein. Bei den Litauern, Letten, Esten mag man des guten Ergebnisses gedenken, das die Kolonisation im Mittelalter mit ihrer slavisch-preußisch-deutschen Blutmischung erzielt hat. Man wird diese Völker in ihren Sitzen belassen dürfen, unter der Voraussetzung, daß sie sich völkischer Sonderansprüche begeben. Im bisherigen Deutschland wie in seinen Neuerwerbungen darf es künftig nur eine Nationalität geben: die deutsche. Das hat insbesondere auch für das Polentum in den östlichen preußischen Provinzen zu gelten. Wer Pole bleiben will, mag in das neubegründete Königreich auswandern. Von der Blutmischung mit den Deutschen auszuschließen wären die russisch-tatarischen und jüdischen Bevölkerungselemente. Sie sind abzuschieben. Im Westen sind die Verhältnisse denjenigen beim Beginn der Völkerwanderung vergleichbar. Ebenso wie damals wäre hier auch jetzt die Blutmischung zu vermeiden. Sie müßte bei der Kulturlosigkeit des heutigen französischen Volkes zu minderwertigen Neubildungen führen. Anders wie damals wird man in maßvoller Beschränkung die Grenzen so weit vorzurücken haben, wie das Siedlungsinteresse es für Deutschlands Zukunft erfordert. Die jetzige Bevölkerung wird ihre Sitze räumen. Ihre Unterbringung im Süden und Westen Frankreichs wird keinerlei Schwierigkeiten machen. Die schweren Kriegsverluste der ohnehin sinkenden französischen Bevölkerung ermöglichen ein erhebliches Zusammenrücken.

V.

Das Ziel ist gegeben. Es fragt sich, ob der heutige deutsche Staat es wird erreichen können. Als im August 1914 der Krieg ausbrach, schien alles Undeutsche bei uns beseitigt. Die vaterländische Begeisterung, die alle Kreise ergriff, war auch bei den Juden echt. Sie liebten das Land, in dem es ihnen wohlging und dessen voraussichtliche Weiterentwicklung noch eine Besserung ihrer Lage erwarten ließ. Der Krieg unterbrach diese Entwicklung. Je länger er dauert, je mehr er sich zum Rassenkampf entwickelt, in dem die ganze Welt zur Vernichtung des deutschen Volkstums sich zusammenfindet, um so unwahrscheinlicher wird es, daß die frühere Entwicklung nach Friedensschluß wieder einsetzen werde. Das Judentum sieht seine Stellung wanken, seine Aussicht auf eine noch bessere Zukunft schwinden. Die Gefahr besteht, daß das Deutschtum endlich erwacht, daß es sich entschließt, in Zukunft allein seine Geschicke zu bestimmen,

unter Ausschluß jedes Fremden, auch des Juden. Dem vorzubeugen, herüberzuretten aus der alten Zeit, was noch zu retten ist, betrachtet das Judentum jetzt als seine höchste nationale Aufgabe. Ein Friede ohne Annexionen, der an der politisch und völkisch bedrohten Lage Deutschlands möglichst wenig ändert, liegt im Interesse des Judentums. Mehr als jemals früher gehen gerade jetzt die jüdischen und die deutschen Interessen auseinander. Und wenn die Sozialdemokratie die jüdische Forderung zu der ihrigen macht, so spricht das nur für ihre Kurzsichtigkeit und ihre Unterlegenheit gegenüber ihren Verbündeten. Von den anderen Fremdvölkern hätte das Polentum allen Grund zur Zufriedenheit. Wieder einmal will unsere Politik die Polen gewinnen. Die Folge ist eine Steigerung der polnischen Ansprüche, die in dem neuen Polenstaat einen mächtigen Rückhalt haben.

Der undeutsche Parlamentarismus greift mitten im Kriege nach der Macht im Staate. Dabei findet gerade der jetzige Reichstag geringeren Rückhalt im Volke als irgend einer seiner Vorgänger. Der Reichstag, der lange vor Kriegsausbruch gewählt wurde, kann heute nicht einmal als das Zerrbild des Volkswillens bezeichnet werden. Dieser Volkswille, der in der Kriegsbegeisterung im August 1914 zum Ausdruck kam, läßt sich z. Zt. parlamentarisch gar nicht fassen, weil der beste Teil des Volkes im Felde steht, an etwaigen Wahlen sich also nicht beteiligen könnte. Der Reichstag ist heute weniger als je eine Volksvertretung. Er ist nur ihr Notbehelf, dessen es zur verfassungsmäßigen Weiterbildung der Gesetzgebung bedarf. Die Bewilligung der Kriegskredite und der Mittel zu ihrer Deckung ist dem Reichstage nicht zum Verdienst anzurechnen. Es wäre Verrat, wenn er das dem Vaterlande versagen wollte. Sein vaterländisches Verhalten gibt dem Reichstage also kein Recht, nach Erweiterung seiner Befugnisse zu streben. Die Wahlen nach dem Kriege werden voraussichtlich einen Reichstag von völlig anderem Charakter bringen als der jetzige es ist und seine Vorgänger es waren. Die Erfahrungen, die ernstere Lebensauffassung und der gefestigtere Charakter der Kriegsteilnehmer lassen uns einen Reichstag erwarten, der in nationaler und geistiger Beziehung weit über den früheren steht. Diese Eigenschaften sind aber nicht vererblich. Sie werden mit der Zeit wieder schwinden. Für die Dauer wird der Parlamentarismus nicht sein Wesen ändern. Es wäre verfehlt, in Erwartung solcher Wesensänderung seine Macht zu erweitern. Wer jetzt im Kampfe für das Vaterland seine Pflicht tut, erwartet nicht eine Vermehrung der parlamentarischen Rechte als Lohn. Die vertiefte Lebensauffassung, die der Krieger aus dem Felde heimbringt, wird ihn über den Parlamentarismus kühl urteilen lassen. Ob der heimkehrende preußische Landwehrmann in dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht für den preußischen Landtag das Ziel seiner Wünsche finden wird, muß bezweifelt werden. Das Gefühl des Dankes gegen unsere Krieger ist es nicht, das diejenigen erfüllt, die jetzt für die Erweiterung der parlamentarischen Rechte eintreten. Eher müßte man von Undank reden: Der preußische

Offizier schlägt sich für seinen König; er will nicht bei seiner Heimkehr an Stelle des Königs das Parlament — an seiner Spitze Herrn Cohn — finden. Die Vermehrung der Volksrechte würde allgemeine Unzufriedenheit erregen. Die Unersättlichen wären nicht befriedigt, die Einsichtigen verbittert. Die Stärkung der parlamentarischen Macht würde die Hemmungen im Staatsorganismus vermehren.

Die Siedlungspolitik des künftigen Friedens erfordert aber einen Staat von gesteigerter, nicht von verminderter Arbeitsfähigkeit.

Die alten Gegner, die im 19. Jahrhundert die Kolonialpolitik des preußisch-deutschen Staates bekämpften, werden ihm auch jetzt entgegentreten. Bei unveränderter Rechtslage wird der Staat ihnen ebenso wenig wie damals gewachsen sein. Das großzügige Siedlungsunternehmen, die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes, droht an der Unzulänglichkeit des deutschen Staates zu scheitern. Damit ist die Notwendigkeit einer Neuorientierung gegeben. Ein Staat, der dem Lebensinteresse der Nation nicht mehr gerecht zu werden vermag, hat sich überlebt und muß einer staatlichen Neubildung weichen. Der neue deutsche Staat hat ebenso wie der deutsche Ordensstaat allein dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen. Jeder undeutsche Einfluß ist auszuschalten. Für eine politische Betätigung des Judentums, des Polentums, für den französischen Parlamentarismus ist im neuen deutschen Staate kein Raum.

Damit wird nicht der Absolutismus befürwortet. Es gilt nicht, zu einer veralteten Staatsform zurückzukehren, sondern eine neue zu finden, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes entspricht. Es gibt bereits eine Anzahl von berufsgenossenschaftlichen und Standesvertretungen, die, sei es einzeln oder in geeigneter Zusammenfassung, den Volkswillen besser und zweifellos mit mehr Sachkunde und Verantwortlichkeitsbewußtsein zum Ausdruck bringen als die jetzigen Parlamente. Hier liegen die Ansätze für eine gesunde Entwicklung. Einzelheiten zu erörtern, ist nicht an der Zeit. Man darf die heimkehrenden Krieger nicht mit neuen Verfassungen oder Verfassungsvorschlägen überraschen. Die Kriegsteilnehmer haben Anspruch auf Mitwirkung beim Aufbau des nationalen deutschen Staates und seines Verfassungslebens. Ihre reichen Erfahrungen verlangen Beachtung, ihre Wünsche Berücksichtigung. Manches wird ihnen gewährt werden können. Anderseits darf man ihrer Vaterlandsliebe und ihrer Einsicht auch Opfer zumuten. Das deutsche Volk muß diejenige Macht in die Hand der Regierenden legen, deren diese zur Durchführung der großen nationalen Aufgabe bedürfen.

Das empfindlichste Opfer, das man wird fordern müssen, ist eine Einschränkung der Freizügigkeit. Das Recht der Freizügigkeit erlaubt dem Deutschen, seinen Wohnsitz nach Belieben zu wählen. Das praktische Leben schränkt allerdings die Ausübung dieses Rechtes bei den meisten Berufen erheblich ein. Für den Beamten gibt es keine Freizügigkeit, aber auch die freien Berufe sind mehr oder minder gebunden. Der Landwirt haftet an seinem Gut, der Indu-

strielle an seiner Fabrik. Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute, Handwerker haben bei der Wahl ihrer Wohnsitze die Frage des örtlichen Bedürfnisses und des Wettbewerbs zu prüfen. Selbst der gelernte Arbeiter muß, wenn er seiner Ausbildung gemäß beschäftigt werden will, untersuchen, ob der Ort seiner Wahl dazu Gelegenheit bietet. Völlig frei in der Wahl ihres Wohnsitzes sind nur die ungelernten Arbeiter und die Rentner, die unterste Klasse und die Drohnen der Gesellschaft. Die Freizügigkeit des Arbeiters aber hat die ungleichmäßige Verteilung der Arbeitskräfte zur Folge. An einem Orte herrscht Arbeiter-, am andern Arbeitsmangel. Unsere ungesunde Entwickelung zum Großstadtvolke wurde erst durch die Freizügigkeit möglich. Ihre Einschränkung würde die Verteilung der Massen über das Land in einer Weise ermöglichen, die einer gesunden Volksentwicklung Rechnung trägt, und das wäre auch gerecht.

Es widerspricht dem Rechtsempfinden, daß diejenigen, die am wenigsten gelernt haben, und, diejenigen, die durch ihr Vermögen in die Lage gesetzt sind, jeder Tätigkeit sich zu enthalten, in der Wahl ihres Wohnsitzes am freiesten dastehen. Jeder Deutsche, nicht nur der Beamte, muß es sich künftig gefallen lassen, daß der Staat ihn an die Stelle weist, auf der er der Volksgesamtheit am besten dient. Der Gedanke der Zivildienstpflicht, welche die gegenwärtige Kriegsnot uns gebracht hat, muß auch im Frieden weiterwirken zum Heile des Ganzen. Dann wird der deutsche Staat zu erfolgreicher Siedlungsarbeit ebenso befähigt sein, wie der Ordensstaat es war. Auf der breiteren Grundlage seines Landbesitzes wird das deutsche Volk ausreichende Ernährung finden und in ländlichen Siedlungen einer gesunden Fortentwicklung entgegengehen. Dann werden die Opfer dieses Krieges nicht vergebens gebracht sein. So wie wir heute die siegreichen Kriege König Wilhelms I., so werden künftige Geschlechter den jetzigen Krieg als ein Glück betrachten, das das deutsche Volk einer neuen Blüte entgegengeführt hat.

## Selbsterkenntnis.

Im Privatleben gibt es Selbsterkenntnis; man sieht manchmal ein, daß man einen Fehler gemacht hat und gibt es gelegentlich sogar zu; bei den Parteien scheint so etwas nicht möglich zu sein; was geschehen ist, ist unfehlbar gut und richtig. Allenfalls nach zwanzig bis dreißig Jahren darf man zugestehen, daß man einem Irrtum zum Opfer gefallen ist.

Aus „Etwas mehr kaltes Blut" von Dr. Julius Thilo in der Nr. 32 der „Glocke".

# Deutscher Bürgerstaat.

## Von Professor Dr. Unold, Starnberg.

„Demokratie muß sein," sagt der schwedische Soziologe G. Steffen, „aber", fügt er bedenklich hinzu, „wie soll Demokratie sein?" Jedenfalls, können wir antworten, für jedes Volk nach seiner Eigenart, also für deutsche Verhältnisse deutsch, weder französisch noch englisch, weder belgisch noch amerikanisch, sondern schlechthin deutsch. Was heißt aber deutsche Demokratie? Ist nicht demokratische Staatsauffassung und Staatsgestaltung eine auf einer gewissen politischen Entwicklungsstufe notwendige und zwar für alle Völker des nämlichen Reifealters und Kulturniveaus gleichmäßige Erscheinung? Sehen wir nicht die demokratischen Ideen in unserem Jahrhundert mit ungehemmtem Siegeszug sich den Erdkreis erobern und ohne Rücksicht auf Rasse und Volksart, auf bestehende soziale und politische Verhältnisse sich ausbreiten bis in die „äußerste Thule?" Die demokratische Strömung ergreift, ähnlich wie früher gewisse religiöse Bewegungen, Menschen und Völker, überschwemmt Länder und Erdteile mit unwiderstehlicher Kraft, alle Dämme und Schranken niederreißend, die man ihr entgegenstellen möchte.

Aus diesen Erfahrungen heraus scheint sich mit zwingender Notwendigkeit auch für das Deutsche Reich, namentlich für den größten deutschen Einzelstaat Preußen, eine Entwicklung auf zunehmende Demokratisierung zu ergeben. Daher hört und liest man heute überall von der Forderung nach politischer Neuorientierung, womöglich bis zur schrankenlosen Demokratie, wie sie die „fortgeschrittensten" Staaten: Frankreich, England und Amerika aufweisen. Und namentlich die große Republik jenseits des Ozeans fühlt sich geradezu berufen, dem „geknechteten, rückständigen" deutschen Volke zur Erringung ihrer eigenen idealen Staatsform zu verhelfen. Was ist da zu tun? Demokratie muß sein, darum bleibt uns wohl kein anderer Ausweg, als schleunigst die fortgeschrittenste Form derselben anzunehmen und durch Umwandlung unseres Deutschen Reiches, vor allem des preußischen Staates, in eine Republik oder wenigstens in ein parlamentarisches Scheinkönigtum uns auf die Höhe der zivilisierten Völker aufzuschwingen.

Doch vielleicht eröffnet uns die geschichtliche Erfahrung noch einen anderen weiteren und höheren Ausblick. Sollte das deutsche Volk, das auf allen übrigen Kulturgebieten den anderen Kulturvölkern sich mindestens als ebenbürtig, vielfach als überlegen erwiesen hat, gerade auf rein politischem Gebiet so rückständig und unfruchtbar, so borniert und verhärtet geblieben sein, daß es des Antriebs oder gar des Zwanges durch „wohlwollende" Lehrmeister bedarf, um nachzukommen? Oder sollte gar das deutsche Volk, gerade weil es die schiefe Ebene nach äußerster Demokratisierung, nach vollendeter Massenherrschaft noch nicht ganz hinabgeglitten ist, dadurch befähigt geblieben sein, eine neue, segensreiche, höhere Form staatlicher Entwicklung auszubilden und so den übrigen zum Vorbild und Bahnbrecher zu dienen?

Jedenfalls ist soviel sicher: So mächtig auch die geschichtlichen Entwicklungstendenzen sein mögen, im letzten Grunde sind es doch die Menschen, bzw. die Völker und Rassen, welche die geschichtlichen Gesetze auszuführen haben und sie daher ihrer persönlichen Eigenart gemäß um- und auszugestalten imstande sind. Haben doch selbst die internationalen oder Weltreligionen mit ihrer gewaltigen suggestiven Kraft

durch die Eigenart der Völker und Rassen, auf welche sie sich ausbreiteten, erhebliche Abänderungen und sehr verschiedene Ausgestaltungen erfahren! Wie verschieden ist doch koptisches, romanisches, slavisches und germanisches Christentum! Und wie verschieden der englisch-amerikanische, der nordische und der deutsche Protestantismus! Demnach dürfen wir hoffen, daß unser deutsches Volk auch die heute vorherrschende staatliche Entwicklungsform, die Demokratie, nach *seiner* Eigenart und nach seinen idealen und realen Bedürfnissen ausgestalten werde, vorausgesetzt, daß ihm nicht durch übermächtige, innere oder äußere Gewalt eine fremde Form aufgezwungen wird.

Was wir heute als Demokratie bewundern oder beargwöhnen, verehren oder verdammen, ist ein fremdes, ein *romanisches* Gewächs. Es entsproß den spätrömischen, in der Scholastik und Renaissance wieder auflebenden Ideen des sog. Naturrechts und fand seine vollendetste Ausgestaltung in der abstrakt-rationalistischen Denkweise der französischen Aufklärung und der vorwiegend mathematisch-mechanischen Veranlagung des französischen Volkes. Diese Denkweise mit ihrem Mangel an historischem Sinn, ihrer Vorliebe für die logische Konsequenz und ihrem Vertrauen auf die schöpferische Kraft der reinen Vernunft hat dort zweimal (im Zeitalter des Absolutismus und der Revolution) zum Bruch mit der Vergangenheit geführt. Alle überlieferte Eigenart und genossenschaftliche Bildungen wurden auf Grund der rationalistischen Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität vollständig beseitigt und so der rein *mechanischen* Staatsauffassung zum Siege verholfen. Gemäß ihrer formal-mathematischen Veranlagung, welche die Franzosen befähigte, durch Ausbildung des einheitlichen metrischen Maß- und Gewichtssystems dem Wirtschafts- und Verkehrsleben, der Technik und Physik einen ungeheuren Dienst zu leisten, sahen sie auf *politischem* Gebiet nur noch den *Staat* und die *Einzelpersonen*. Daher betrachteten sie jenen als eine bloße *Summe* von gleichen und freien Wesen, die man nur zu *zählen* brauchte, um die beste Staatsordnung herzustellen. *Romanischer* Eigenart entsprach ferner der Drang zur Zentralisation und Nivellierung, zum entschiedenen Radikalismus, die Bevorzugung der Gleichheit vor der Freiheit, die Selbstberauschung an der rhetorischen Phrase. Alle diese Eigenschaften kamen unter der Siedehitze der Leidenschaft schon in der Französischen Revolution zur Auswirkung, namentlich in der demokratischen Republik von 1792—95 und in der Verfassung von 1793, die glücklicherweise nur auf dem Papier blieb.

Als auf die Revolution mit ihrem „roten Schrecken" die Reaktion der Bourbonen mit dem „weißen Schrecken" folgte, wußte diese keine andere Korrektur gegen die bei *mechanischer* Staatsauffassung, beim *bloßen Zählen* der Stimmen unvermeidliche *Massenherrschaft*, als die Beschränkung der Zahl durch den Zensus, durch die Steuerleistung. So gab es 1816 bei einem Steuerzensus von 300 Frs. nur gegen 70000 eingeschriebene Wähler, 1830 gegen 120000, unter der Julidynastie, welche das Wahlrecht auf einen Steuerbetrag von 200 Frs. beschränkte, gab es 1830—46 nur 166—240000 Wahlberechtigte. (Ähnlich in den übrigen romanischen Staaten: Belgien, Italien, Spanien.)

Allein die folgenden Staatsumwälzungen bewiesen, daß beim Festhalten an *mechanischer* Staatsauffassung solche künstliche Dämme der demokratischen Hochflut nicht standzuhalten vermögen. So kam schon 1848, noch strenger 1873, das allgemeine gleiche Wahlrecht in Frankreich zum Durchbruch und brachte 10½ Mill. Wähler. Nur die günstige soziale Gliederung (Vorherrschen des kleinen Bauern-

standes), die offene Wahlbeeinflussung durch die Regierungsorgane vom Minister bis zum Maire und die skrupellose Wahlbestechung hat in Frankreich die reine Massenherrschaft verhütet, dafür aber die Demokratie zu einem bloßen Scheinwesen gestaltet und in Wirklichkeit einer Herrschaft der Advokaten und Finanzleute (einer Barreau- und Plutokratie) mit beständigem Ministerwechsel (in 28 Jahren 54 Ministerien) und ewigem Parteihader zum Siege verholfen.

Nach den allzu lehrreichen Erfahrungen, welche diese romanische Form der Demokratie mit ihrer Gleichmacherei und Ausschaltung aller sozialen und qualitativen Besonderungen, mit ihrer Nasführung des Volkes durch Finanzleute, Advokaten und Journalisten, mit ihrer Unbeständigkeit und Schuldenlast, im französischen wie in den übrigen parlamentarisch regierten Staatswesen allen nicht durch Parteibrillen und -phrasen Geblendeten vor Augen geführt hat, sollte man meinen, daß in unserem deutschen Volke eigentlich kein denkender Mensch mehr dafür schwärmen oder darin ein nachahmenswertes Ideal sehen werde. Allein der Doktrinarismus und der blinde Dogmenglaube ist in unseren sog. „fortschrittlichen" Kreisen so groß, daß ein großer Teil des gebildeten deutschen Bürgertums dem „liberalen" Prinzip zuliebe zum politischen Selbstmord entschlossen ist und unter dem Rufe nach „Volksfreiheit und staatlicher Neuorientierung" das allgemeine gleiche Wahlverfahren in seiner mechanischen Form auch in Preußen einzuführen drängt. Und doch könnten schon die Erfahrungen bei den Reichstagswahlen deutlich genug darüber belehren, daß beim bloßen Zählen der Stimmen die unteren Volksschichten nicht nur den berechtigten Anteil an der Volksvertretung bekommen, sondern durch ihre Überzahl die gebildeten und besitzenden Klassen immer mehr politisch zu entrechten und eine neue Klassenherrschaft, die gefährlichste und ungerechteste von allen, die Diktatur des Proletariats, aufzurichten im Begriffe sind[1]). —

„Demokratie muß sein. Aber wie soll Demokratie sein?" wiederholen heute viele einsichtige und gerechtdenkende Politiker. Keinesfalls in der abstrakt romanischen Form, welche in Wirklichkeit unter dem Schein einer Volksherrschaft eine Oligarchie von Berufspolitikern zur Folge hat (die sog. Ministeranwärter, „ministrables" in Frankreich), sondern als freier, starker Bürgerstaat, nach organischer deutscher Auffassung mit einer gerechten Vertretung aller Volksschichten, mit einer selbständigen Staatsregierung und mit einer, Freiheit und Fortschritt möglichst gewährleistenden Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten. Wie ist eine solche deutsche Demokratie möglich? Einfach dadurch, daß wir von der Nachäfferei der mechanischen französischen Staatsauffassung uns freimachen und unsere deutsche Eigenart bei der Aus- und Umgestaltung besonders des preußischen Staatswesens, die gegenwärtig im Werke ist, zum Ausdruck zu bringen wagen.

Wer die Geschichte unseres deutschen Geistes- und Staatslebens durchforscht, dem werden sich dabei drei Charakterzüge herausheben, welche trotz aller Nachahmung und doktrinärer Prinzipienreiterei uns bis jetzt vor der reinen Ausgestaltung der mechanisch-atomistischen Staatslehre bewahrt haben. Hoffen wir, daß unter

[1]) Man vergegenwärtige sich nur folgende statistische Ziffern: Nach der Berufszählung von 1907 stehen im Deutschen Reich den 5,4 Millionen beruflich Selbständigen mehr als 19 Millionen Angestellte und Arbeiter gegenüber, 22 % gegen 78 %. Nach der preußischen Einkommensteuerstatistik von 1900/1901 sind 65,25 % der Bevölkerung steuerfrei (weil unter 900 M. Einkommen) weitere 32 % sind mit Einkommen von 900—3000 M. besteuert, nur 2,75 % der Bevölkerung sind mit mehr als 3000 M. Einkommen veranschlagt!

den mächtigen Einwirkungen und Erfahrungen des Weltkrieges diese deutsche Eigenart sich immer deutlicher und selbstbewußter auslebe und uns zu selbständiger, wahrhaft freier und fortschreitender Gestaltung unseres politischen Lebens den Mut und die Kraft verleihe! Diese drei Grundzüge deutschen Wesens, welche sich im guten wie im schlimmen durch die ganze deutsche Geschichte hindurch verfolgen lassen, sind: 1. der Drang nach Mannigfaltigkeit und Sonderung, welche uns jeder übertriebenen Gleichmacherei, einseitigen Zentralisierung und geistlosen Uniformierung widerstreben ließ, ja sogar durch ihr Übermaß zur Sprengung der alten Reichseinheit und zur größten politischen Buntscheckigkeit geführt hat. 2. Der geschichtliche Sinn, welcher in dem Kampf der historischen Rechtsschule des 19. Jahrhunderts gegen das abstrakte Naturrecht, in der deutschen Geschichtschreibung, in der beständigen Anknüpfung an die Vergangenheit, z. B. bei der von Stein'schen Wiederbelebung der gemeindlichen und städtischen Selbstverwaltung, bei der Neugestaltung des Innungs- und Genossenschaftswesens, bei der Einführung der Schwur- und Schöffengerichte, zum Ausdruck kam. Er zeigte sich auch in der weitverbreiteten Abneigung gegen abstrakten Radikalismus und gegen revolutionäres Experimentieren, sowie in dem Festhalten an dem geschichtlichen Zusammenhang und in der Treue bis zur Bedientenhaftigkeit. 3. Die Wahrhaftigkeit, welche in der Abneigung gegen alles Phrasentum, gegen hohles Scheinwesen und gegen die Macht der Suggestion sowie in dem schlichten Sinn für Wirklichkeit und Sachlichkeit sich immer wieder äußert.

Wie könnten diese Grundzüge deutscher Eigenart in einer deutschen Demokratie, in der Ausbildung eines freien, starken Bürgerstaats, mit einer gerechten brauchbaren Volksvertretung, (Abbild des ganzen Volkes mit sachlicher und fachkundlicher Behandlung der politischen Angelegenheiten) zum Ausdruck gelangen? Neuorientierung im deutschen Sinn kann nicht heißen: gedankenlose Übernahme veralteter, abgenützter romanischer Schlagworte und Scheinformen, nicht Ablösung einer Klassenherrschaft durch eine andere schlimmere, nicht Auslieferung unseres Staatslebens an ehrgeizige, redegewandte Berufspolitiker und Massenparteien, sondern Übergang von der romanisch-mechanischen zur germanisch-organischen Staatsverfassung, vor allem in Preußen, wo eine Reform am dringendsten und zeitgemäßesten ist und zuerst zur Ausbildung eines deutschen Bürgerstaates führen könnte.

Die Geschichte zeigt uns den Weg in Form einer Zusammenfassung (Syntheſe) der mittelalterlichen mit der neueren Art der Volksvertretung, durch Verschmelzung der ständischen mit der persönlichen Vertretung.

Es war ein verhängnisvoller Irrtum des doktrinären Liberalismus, anzunehmen, ein Volk bestehe aus lauter gleichen und freien Einzelpersonen und man brauche diese nur gleich Sandkörnern durch den Wind der öffentlichen oder Parteimeinung zu Haufen zu vereinigen, um eine wirkliche Volksvertretung zu erhalten. Ein hochentwickeltes Kulturvolk besteht jedoch, wie die Statistik und ein unbefangener Blick ins Leben lehrt, aus sehr ungleichartigen Elementen. Es zeigt eine organische Gliederung, aber nicht mehr wie im Mittelalter nach Geburtsständen, wohl aber nach Berufs- oder Erwerbsgruppen. Es sind die gemeinschaftlichen wirtschaftlichen oder Berufsinteressen, welche schon innerhalb der bestehenden Verfassungsparteien vielfach die Bürger gruppieren, und welche jene zusehends in Vertretungen wirtschaftlicher Interessenverbände verwandeln. So ist die Sozialdemokratie die unverhüllte Vertreterin der Arbeiterinteressen, wobei sie jedoch durch

ihre revolutionären Phrasen und ihr ungestümes Streben nach der politischen Macht vermittels ihrer Zahlenmehrheit unsere politische Entwicklung in die schwersten Krisen zu stürzen droht. Die konservative Partei ist mehr und mehr zur politischen Vertretung der im Bunde der Landwirte organisierten landwirtschaftlichen Interessen geworden. Auch der neugegründete Hansabund mußte notwendig nach einer politischen Vertretung der in ihm zusammengeschlossenen Interessen von Handel und Industrie, zunächst innerhalb der liberalen Parteien, streben. Nur das Zentrum vereinigt in sich die verschiedenartigsten Berufsgruppen zum Schutze der angeblich bedrohten katholisch-kirchlichen Interessen, aber auch hier wird das Verlangen nach Verteilung der Mandate auf die verschiedenen Berufsgruppen der katholischen Arbeiter, Handwerker, Kaufleute usw. immer ungestümer.

Einzig und allein die staatlichen und freien Berufe sind noch ohne Organisation und politische Vertretung, und gerade diese Gruppe könnte mit der Zeit Abgeordnete in die Parlamente entsenden, welche, zu keiner wirtschaftlichen Interessengruppe gehörend und mit umfassenderer Bildung ausgestattet, die unmittelbare Vertretung der Staats- und Kulturinteressen sowie den Ausgleich zwischen den widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen zu übernehmen berufen wären.

Die organische Staatsauffassung stellt uns demnach ein Volk nicht als einen Sandhaufen mit lauter gleichen Körnern, sondern als einen Organismus dar, gegliedert in verschiedene Erwerbs- oder Berufsgruppen, und verlangt, daß eine gerechte und vernünftige Volksvertretung auch ein Abbild des Volkes in dieser seiner natürlichen Gliederung darstelle. Die Statistik vermag diese Erwerbs- oder Berufsgruppen schon lange ziemlich vollständig zu erfassen, und die Erfahrung lehrt, daß jede von ihnen durch gemeinsame wirtschaftliche und berufliche Interessen zusammengehalten wird und dieselben auch im politischen Leben: in Presse, Vereinen und Volksvertretungen, zu fördern sucht. Eine wirkliche Volksvertretung sollte daher eine Vertretung aller dieser Gruppen bilden, wobei keine derselben durch bloße Zahlenmehrheit die übrigen unterdrücken und entrechten und so das Gemeinwesen mehr oder weniger schädigen könnte. Denn das Gesamtinteresse kann niemals durch ausschließliche oder übermäßige Betonung eines Gruppeninteresses, sondern nur durch beständigen Ausgleich der verschiedenen Interessen gewonnen und gefördert werden.

Diese auf Erfahrung und Beachtung der Wirklichkeit beruhenden Gesichtspunkte zeigen uns auch den Weg zu einer Reform des preußischen Landtagswahlrechts. Die unserer Bildungsstufe entsprechende relative Selbständigkeit der einzelnen sowie das Wahlverfahren im Reich und allen übrigen Kulturstaaten verlangt unbedingt allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht. „Jeder Bürger ein Wähler!" ist kein bloß abstrakter Grundsatz, sondern eine Tatsache, deren Gewicht sich heute kein Politiker mehr entziehen kann. Es ist demnach unmöglich und auch unpraktisch, durch Steuerquoten, durch Qualifikation nach Besitz und Bildung Bürger erster, zweiter, dritter, vierter Klasse stempeln zu wollen. Die zunehmende Individualisierung fordert, daß jeder Bürger als gleichberechtigte Persönlichkeit an den staatlichen Rechten und Aufgaben teilnehme. Allein die Ausübung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts verlangt nicht notwendig ein bloßes Zählen der Stimmen, welches selbstredend zu einem Übergewicht und dadurch zur Herrschaft der politisch unreifsten und ungeeignetsten

Elemente und zu einer vollständigen politischen Entrechtung der höheren Schichten durch die Wucht der Zahl führen müßte[1]).

Bei der Reform des preußischen Wahlrechts dürfte es sich daher in erster Linie darum handeln, den modernen Gedanken des allgemeinen Staatsbürgertums mit der tatsächlichen organischen Gliederung des Volkes in Erwerbs- und Berufsgruppen zu verbinden. So bekommen wir eine aufsteigende Entwicklungsreihe: von der mittelalterlichen Ständevertretung zur persönlichen Vertretung, gruppiert nach wirklichen Berufsinteressen, daher

allgemeines, direktes und gleiches Wahlrecht, aber ausgeübt innerhalb der Berufsgruppe, zu welcher jeder Staatsbürger gehört.

Wendet man diesen Gesichtspunkt nun praktisch auf die Gestaltung des preußischen Landtags an, so würden die an Zahl so geringen, aber an Gewicht so bedeutsamen Gruppen des Großgrundbesitzes, der Großindustrie und des Großhandels sowie der Kirchen und der Universitäten, wie es schon großenteils geschieht, ihre natürlichste Vertretung im Herrenhause finden.

Die Kammer der Abgeordneten würde bei allgemeinem Wahlrecht, ausgeübt nach Berufsgruppen, bei insgesamt 450 Abgeordneten auf Grund der Berufszählung von 1907 sich zusammensetzen:

1. aus 65 Vertretern der Staats- und Kulturinteressen. Wähler sind akademisch oder seminaristisch Gebildete in staatlichen, städtischen und freien Berufen.
2. aus 125 Vertretern der Landwirtschaft. Davon werden gewählt:
   95 durch die selbständigen mittleren und kleineren Grundbesitzer und leitenden Beamten,
   35 durch die in der Landwirtschaft Beschäftigten.
3. aus 175 Vertretern der Industrie. Davon werden gewählt:
   70 durch die Handwerker,
   30 durch Techniker und industrielle Beamte,
   70 durch die Lohnarbeiter.
4. aus 110 Vertretern von Handel und Verkehr. Davon werden gewählt:
   50 durch Kaufleute, 25 durch höhere Angestellte,
   35 durch die in Handel und Verkehr Beschäftigten.

Die Vorzüge einer derartigen organischen Volksvertretung gegenüber den bisherigen Parteivertretungen nach dem Zensus- oder Zählungswahlverfahren wären:

A. Das Wahlrecht wird auf alle unbescholtenen Bürger ausgedehnt, ohne Gefahr einer Massenherrschaft.
B. Die reine Mehrheitsherrschaft einer Partei, die eine Minderheit unterdrückt und eine neue Art Absolutismus darstellt, wird unmöglich. Jede Gruppe sieht sich als Teil des Ganzen, muß demgemäß übertriebene Ansprüche mäßigen, wenn sie Erfolg haben will.
C. Bei Wahlen und Verhandlungen werden mehr sachliche Gesichtspunkte und demgemäß auch Sachverständige berücksichtigt werden, da jede Gruppe

[1]) Vgl. Kautzky, Der Weg zur Macht 1909 (er gründet seine Hoffnung auf den Sieg der Sozialdemokratie darauf, daß schon 1907 den 4,2 Millionen wahlberechtigten Selbständigen 9,15 Millionen wahlberechtigte Unselbständige gegenüberstehen).

nur Vertreter entsendet, die ihre Interessen am besten und wirksamsten darzulegen verstehen.

D. Die Staatsregierung kann sich über die Bedürfnisse der einzelnen Erwerbsstände direkt bei der Volksvertretung selbst informieren.

E. Die Wahlvorgänge selbst werden gehoben. Wüste Wahlkämpfe, unmoralische Wahlkompromisse gelangen zur Ausschaltung. Eine Auslese von Fachmännern und Sachverständigen wird gewählt, wenn auch konservative und liberale Tendenzen daneben sich durchsetzen können.

F. Einer derartig zusammengesetzten Volksvertretung gegenüber kann auch die Staatsregierung ihre Unabhängigkeit und Objektivität — „die Regierung über den Parteien" — weit besser bewahren. Die für alle Staaten verhängnisvolle — siehe das Beispiel demokratischer Republiken! — wilde Parlamentsherrschaft wird von dem preußischen Staate ferngehalten.

G. Als Gegengewicht gegen eine einseitige Vertretung wirtschaftlicher Interessen würden die Vertreter der staatlichen und freien Berufe die Förderung der Staats- und Kulturinteressen wahrnehmen und somit auch den Ausgleich der verschiedenen Berufsinteressen einleiten, indem sie je nach den allgemeinen nationalen und Kulturbedürfnissen bald für die Landwirtschaft, bald für Industrie und Handel, bald für Arbeitgeber, bald für Arbeitnehmer einträten.

H. Der preußische Landtag würde aber in dieser Form eine selbständige und eigenartige Stellung gegenüber dem Deutschen Reichstag einnehmen, während er bei „gleichem" (d. h. Reichstags-) Wahlrecht zur bloßen Kopie, zum öden Abklatsch des Reichstags mit den nämlichen Parteigruppen, -vertretern und -phrasen herabgedrückt würde.

J. Die Berufsgruppenvertretung, verbunden mit dem allgemeinen oder persönlichen Wahlrecht, gibt ein wirkliches Bild des Volkslebens. Sie bringt die Anschauungen, Interessen und Bedürfnisse aller sozialen Gruppen viel gerechter, deutlicher und wirksamer zum Ausdruck, als es beim Klassen- oder Zahlenwahlrecht der Fall ist.

K. Eine derartige organische Volksvertretung würde die Entwicklung einer neuen, höheren Staatsauffassung und Staatsform anbahnen. Unter dem jetzt herrschenden demokratischen Staatsideal strebt jede Partei nach Mehrheitsherrschaft, nach einseitigster brutaler Durchsetzung ihrer Klassen- oder Masseninteressen. Das ideale Ziel der Fortbildung unseres Staatswesens kann weder eine einseitige Klassen- noch eine brutale Massenherrschaft sein, sondern die Errichtung eines Rechts- und Kulturstaates, eines Deutschen Bürgerstaates, in dem alle sozialen und wirtschaftlichen Interessen zum Wohle des Ganzen ihre Verwirklichung finden.

Zur näheren Begründung vgl.:

Unold: Die höchsten Kulturaufgaben des modernen Staates, München J. F. Lehmann 1902.
Unold: Das Wahlrecht, 2. Aufl. Leipzig F. Dietrich 1913.
Unold: Politik, München Reinhardt 1912.

# Zeitgemäße „Gedanken und Erinnerungen".

## Von Konsistorialrat Albert Klein.

Wer sich heute in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" vertieft, der findet immer wieder Gedanken, wie für unsere Zeit gedacht, Erinnerungen, wie für unsere Zeit heraufbeschworen; Gedanken, die gerade heute wieder in uns lebendig werden, Erinnerungen, die gerade unserer Zeit nötig sind; Gedanken und Erinnerungen, die uns so manches, was heute geschieht, ins rechte Licht stellen, unseren Gedanken über Menschen und Dinge der Gegenwart das rechte Licht geben. Dies Buch der Weisheit könnte heute noch manchen, noch in letzter Stunde, weise machen, ihm ein memento zurufen, ein: erinnere dich, denke daran — auch für die Gegenwart und Zukunft! Es kann einem aber auch noch schwerere Gedanken machen, wenn man sieht, wie wenig Bismarcksche Gedanken und Erinnerungen noch unter uns lebendig sind, auch gerade unter denen, die für sein Erbe vor allem verantwortlich sind, für die er doch auch und ganz besonders seine „Gedanken und Erinnerungen" geschrieben hat.

Wenn man von den „staatsmännischen" Reden und Taten heutiger Staatsmänner zu Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" kommt, dann ist es einem, als tauche man in ein Stahlbad, als atme man Höhenluft: wie fern aller Unklarheit und Vieldeutigkeit und Schwachheit redet hier die Stimme der Wahrheit und Klarheit und Kraft zu uns, wie sticht seine nüchterne und tiefe Betrachtung und Beurteilung aller Dinge von aller Schwarmgeisterei und Phantasterei heutiger Politiker und Diplomaten ab! Noch aus dem Grabe, aus der Ewigkeit her redet hier in seinem politischen Testament der große, wahrhafte und wahrhaftige praeceptor Germaniae mahnend und warnend zu uns, zeigt er uns den Weg, den auch wir gehen müßten — und leider nicht gehen!

Aber wer die Zeichen der Zeit verstehen und sie recht deuten, gedeutet haben will, der kann nicht an Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" vorbei. Einige der zeitgemäßesten seien hier den Zeitgenossen ins Gedächtnis gerufen. Wir beschränken uns hierbei auf die Zeit, die in so vielem an die unsrige erinnert, auf die „neue Aera", die „Konfliktszeit".

Angesichts mancher Vorgänge in unserem staatlichen Leben, von denen es heißt: rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht — sei nur im Vorbeigehn an jene Szene aus den Märztagen 1848 erinnert, wo Bismarck dem König ins Schloß folgt und dort die Anrede an die Offiziere des Gardekorps hört. Bei den Worten: „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger" erhob sich ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden, wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird. Mit verwundetem Gefühl kehrte ich nach Schönhausen zurück." — Aus etwas späterer Zeit lesen wir das Wort aus einem Brief des Generals von Gerlach an Bismarck: „The King can do no wrong. Von dem schweige ich. Manteuffel ist völlig Bonapartist. Bunsen mitsamt Usedom sind keine Preußen. Hatzfeld in Paris hat eine bonapartistische Frau und ist so eingeseift, daß sein hiesiger Schwager den alten Bonaparte im Vergleich mit dem jetzigen für einen Esel hält. Was soll daraus werden, und wie darf man dem Könige Vorwürfe machen, wenn er so bedient ist? Von den irregulären Ratgebern zu schweigen." — Auch der „Gedanke" Bismarcks, den er einmal der Kronprinzessin Friedrich Wilhelm gegenüber „halb scherzend"

ausgesprochen, mag hier verzeichnet stehen — in einer Zeit, wo die monarchische Gesinnung durch manches, was geschieht und nicht geschieht, auf eine harte Probe gestellt wird —: „daß seine royalistische Überzeugung allgemein erblich sein würde, ließe sich nicht verbürgen, nicht weil die Royalisten ausgehen würden, sondern vielleicht die Könige. Pour faire un civet, il faut un lièvre, et pour une monarchie, il faut un roi. Ich könnte nicht dafür gut sagen, daß in Ermangelung eines solchen die nächste Generation nicht republikanisch werden könne." —

Das Wort, das der getreue Roon Bismarck nach Paris telegraphiert: Periculum in mora — erweckt heute schmerzliche Gedanken und Erinnerungen in uns. Damals war der rechte Mann da, als periculum in mora war, und war einer da, der den rechten Mann herbeirief — heute ist ja kein Bismarck da, aber doch noch der eine oder andere „starke" Mann. Und wen ruft man, da periculum in mora ist? — — Damals und heute: Erinnerungen, Gedanken trübster Art!

Und nun beginnen jene „Erinnerungen", die wir noch heute nicht, und gerade heute wieder nicht ohne tiefe Bewegung lesen können: Der König will nicht regieren, wenn er keine Minister mehr findet, die bereit sind, seine Regierung zu führen, ohne sich und ihn der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Da bietet sich ihm Bismarck an, und der König will mit ihm die Weiterführung des Kampfes versuchen und nicht abdanken. Bismarck legt ihm dann dar, daß es sich in diesem Kampf nicht um Konservativ oder Liberal in dieser oder jener Schattierung handelt, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft, und daß die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei, und daß er, Bismarck, lieber mit dem König untergehen, als ihn im Kampf mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen werde. Und der König vollzieht noch an demselben Tage seine Ernennung zum Minister und Vorsitzenden des Staatsministeriums: der König und der Staat sind gerettet. —

Nun kommen wieder hochdramatische „Erinnerungen". Der König ist unter anderen Einflüssen in gedrückter Stimmung: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles enden wird, da vor dem Opernplatz unter meinen Fenstern wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir." Und Bismarck: „et après Sire?" — „Ja, après, dann sind wir tot." Worauf Bismarck: „Ja, dann sind wir tot, aber sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen? Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs, und Eure Majestät, indem Sie Ihre königlichen Rechte von Gottes Gnaden mit dem eigenen Blute besiegeln; ob auf dem Schaffot oder auf dem Schlachtfelde, ändert nichts an dem rühmlichen Einsetzen von Leib und Leben für die von Gottes Gnaden verliehenen Rechte. Eure Majestät müssen nicht an Ludwig XVI. denken, der lebte und starb in einer schwächlichen Gemütsverfassung und macht kein gutes Bild in der Geschichte. Karl I. dagegen, wird er nicht immer eine vornehme historische Erscheinung bleiben, wie er, nachdem er für sein Recht das Schwert gezogen, die Schlacht verloren hatte, ungebeugt seine königliche Gesinnung mit seinem Blute bekräftigte? Eure Majestät sind in der Notwendigkeit zu fechten. Sie können nicht kapitulieren. Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten." So sprach damals ein Minister zu seinem König! — Und je länger er in diesem Sinne sprach, desto mehr belebte sich der König, und „fühlte sich in die Rolle des für Königtum und Vaterland kämpfenden Offiziers hinein, fühlte sich bei dem porteépée gefaßt, und in der Lage eines Offiziers, der die Aufgabe hat, einen bestimmten Posten auf Tod und Leben zu behaupten, gleichviel ob er darauf umkommt

oder nicht. Das Leben für König und Vaterland einzusetzen, war die Pflicht des preußischen Offiziers, um so mehr die des Königs, als des ersten Offiziers im Lande, für den der Untergang im Dienste ein ehrenvoller Abschluß der ihm gestellten Aufgabe ist." —

Im Blick auf gewisse Drohungen einer gewissen Presse und gewisser Volksvertreter, mögen wir uns auch erinnern lassen an Bismarcks Wort von der „Überschätzung der Kräfte, die man unter dem Wort Barrikade zusammenfassen kann, so daß darunter alle die Barrikade vorbereitenden Momente, Agitation und Drohung mit dem Straßenkampfe, begriffen sind. Nicht in diesem selbst lag die Gefahr des Umsturzes, sondern in der Furcht davor." —

Und wenn wir uns nun hiermit dem heutigen parlamentarischen, innerpolitischen Leben zuwenden — könnte Bismarck nicht heute die Worte geschrieben haben: „Den letzteren (den parlamentarischen Konsequenzen) gegenüber war ich mit meinen politischen Freunden unter dem Eindruck, daß die leitenden Männer in Parlament und Presse das Programm: es muß alles ruiniert werden, zum Teil bewußt, zum größeren Teile unbewußt förderten und ausführten, und daß die vorhandenen Minister nicht die Männer waren, welche die Bewegung leiten oder hemmen konnten." — Ist es nicht heute wieder so: „Als öffentliche Meinung imponierte damals die tägliche Strömung, die in der Presse und den Parlamenten am lautesten rauscht, aber nicht maßgebend ist für die Volksstimmung;" und sollte nicht von dem „Realpolitiker" auch hier zu lernen sein: „So lange nur das Geschrei der rerum novarum cupidi in größeren Zentren, das Emotionsbedürfnis der Presse und des parlamentarischen Lebens den Lärm machen, tritt für den Realpolitiker die Betrachtung Koriolans über populäre Kundgebungen in Kraft, wenn auch in ihr die Druckerschwärze noch keine Erwähnung findet." — Wäre es nicht auch heute wieder der beste Rat, den Bismarck 1861 gab: „Rechtzeitige Auflösung, nach handgreiflichen Ausschreitungen der Majorität, ist ein sehr heilsames Mittel, vielleicht das richtigste, zu dem man gelangen kann, um gesunden Blutumlauf herzustellen." — Und da wir gerade vom Parlament reden, so darf auch das kostbare Wort aus dem Jahre 1862 nicht fehlen: „Ich bin doch erstaunt von der politischen Unfähigkeit unserer Kammern, und wir sind doch ein sehr gebildetes Land; ohne Zweifel zu sehr; die andern sind bestimmt auch nicht klüger als die Blüte unserer Klassenwahlen, aber sie haben nicht dies kindliche Selbstvertrauen, mit dem die Unsrigen ihre unfähigen Schamteile in voller Nacktheit als mustergültig an die Öffentlichkeit bringen. Wie sind wir Deutschen doch in den Ruf schüchterner Bescheidenheit gekommen? Es ist keiner unter uns, der nicht vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen alles besser verstände als sämtliche gelernte Fachmänner, während es doch in anderen Ländern viele gibt, die einräumen, von manchen Dingen weniger zu verstehen als andere, und deshalb sich bescheiden und schweigen." War es nicht ein gewisser Herr Cohn, der als „M. d. R." z. B. über Kriegführen — also eine ihm gewiß recht fernliegende Tätigkeit — und gerade über das Kriegführen eines „Fachmannes" wie Hindenburg, Meister sein zu wollen, die in seinem Falle allerdings nicht ganz einwandfrei „deutsche" „schüchterne Bescheidenheit" hatte? —

Von unserem Parlamentarismus zu unseren Ministern und Diplomaten ist nur ein Schritt. Paßt nicht auch auf leitende Minister unserer Zeit, was Bismarck von seinem Vorgänger Manteuffel sagt: „Er trieb seine Politik mehr defensiv als im Hinblick auf bestimmte Ziele, fortwurstelnd, wie Graf Taaffe sagte, und beruhigt, wenn er durch allerhöchste Unterschrift gedeckt war?" In diesem Zusammen-

hang weist er auch auf die Möglichkeit der „Gleichgültigkeit gegen die sachliche Seite der Geschäfte, sobald die formale durch königliche Unterschrift oder parlamentarische Vota gedeckt erscheint“ hin. Auch ein zeitgemäßes Wort ist jenes, wo Bismarck davon spricht, daß er „in dem Schachspiel der Politik nur seinem Könige und seinem Lande zu dienen Beruf habe“ — von dem Beruf, auch anderen Königen und anderen Ländern — ganz Europa, aller Welt zu dienen, wie das noch unlängst blumen- und tränenreich auf unserer Seite verkündet worden ist, weiß er nichts — er war eben nur Bismarck! Dafür spricht er denn auch das scharfe Urteil (schon 1857! in einem Brief an Gerlach) aus: „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an andern; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Insbesondere aber, wenn man seine stehenden diplomatischen Beziehungen und die Unterhaltung des Einvernehmens im Frieden danach zuschneiden will, so hört man m. E. auf, Politik zu treiben und handelt nach persönlicher Willkür. Die Interessen des Vaterlandes dem eignen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott und nicht vor mir zu verantworten, wenn er es tut, und darum schweige ich über diesen Punkt.“ Und hierzu das andere Wort, das uns nun schon zur allgemeinen, äußeren und inneren Politik überleitet (auch schon aus dem Jahre 1857!): „In der Gefühlspolitik ist gar keine Reziprozität, sie ist eine ausschließlich preußische Eigentümlichkeit; jede andere Regierung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstabe ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Deduktionen drapieren mag. Man akzeptiert unsere Gefühle, beutet sie aus, rechnet darauf, daß sie uns nicht gestatten, uns dieser Ausbeutung zu entziehen und behandelt uns danach, d. h. man dankt uns nicht einmal dafür und respektiert uns nur als brauchbare dupe.“ Dazu noch die Bemerkung: „Daß man in der Politik aus Gefälligkeit oder aus allgemeinem Rechtsgefühl handelt, das dürfen andre von uns, wir aber nicht von ihnen erwarten.“ Und ferner: „So lange jeder von uns die Überzeugung hat, daß ein Teil des europäischen Schachbrettes uns nach unserm eigenen Willen verschlossen bleibt oder daß wir uns einen Arm prinzipiell festbinden, während jeder andere beide zu unserm Nachteil benutzt, wird man diese unsre Gemütlichkeit ohne Furcht und ohne Dank benutzen“ — haben wir das nicht vor und noch während des Krieges genugsam zu unserem Schaden erfahren? Wie auch jenes andere Wort: „Eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen; sie kann uns heut ebenso gefährlich werden, wie sie 1805 war, und wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden.“ — Wie paßt auf die nachbismarcksche Zeit das Wort aus dem Jahre 1857: „Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich behaupte, daß unser Ansehn in Europa heut nicht dasselbe ist wie vor 1848... wir müssen sagen, wie der Schäfer in Goethes Gedicht: Ich bin heruntergekommen und weiß doch selber nicht wie. Ich will auch nicht behaupten, daß ich es weiß, aber viel liegt ohne Zweifel in dem Umstande, wir haben keine Bündnisse und treiben keine auswärtige Politik, das heißt, keine aktive, sondern wir beschränken uns darauf, die Steine, die in unseren Garten fallen, aufzusammeln, und den Schmutz, der uns anfliegt, abzubürsten, wie wir können... Wer sich in der für den Kriegsfall schwächeren Kombination befindet, ist nachgiebiger gestimmt; wer sich ganz isoliert, verzichtet auf Einfluß. Bündnisse sind der Ausdruck gemein-

samer Interessen und Absichten. Ob wir Absichten und bewußte Ziele unsrer Politik überhaupt jetzt haben, weiß ich nicht; aber daß wir Interessen haben, daran werden uns andere schon erinnern." — Auch wir sind schmerzlich daran erinnert worden! Paßt nicht auch jene Stelle aus einem Gerlachschen Brief auf unsere nachbismarcksche Politik: „Schon jetzt wäre das nicht möglich (nämlich uns zu ignorieren), wenn man sich nicht durch Hinken, nicht wie das oft geschehen, nach zwei, sondern, was selten geschehen, nach drei Seiten, um alles Vertrauen und alle Einflößung von Furcht gebracht hätte"? Im Gedanken an immer neue Verständigungs- und Versöhnlichkeitserklärungen und Friedensresolutionen möchte man auch heute in jenes bittere Wort einstimmen, das Bismarck unter ähnlichen Anlässen geschrieben: „Wir sind zu gut für diese Welt!" — Und ist es nicht tausendmal richtig und unseren heutigen „Politikern" wieder bitternötig zu bedenken, was Bismarck einst im Blick auf den Bund gesagt: „Sie werden rücksichtsvoll und selbst anhänglich sein im genauen Verhältnis ihrer Furcht vor uns; Vertrauen werden sie nie zu uns haben;" und: „Ich halte es für mutwillige Selbstschwächung, die Freiheit seiner künftigen Entschließungen und Verbindungen vagen und unerwiderten Sympathien zu opfern?" Auch jenes Wort mag in der Zeit der Friedensreden und -resolutionen nicht fehlen: „Der Grundirrtum der damaligen preußischen Politik war der, daß man glaubte, Erfolge, die nur durch Kampf oder durch Bereitschaft dazu gewonnen werden konnten, würden sich durch publizistische, parlamentarische und diplomatische Heucheleien (sagt Bismarck) erreichen lassen." — Auch was Bismarck über „versäumte Gelegenheiten" in der Geschichte Preußens sagt, spricht eine ernste Sprache für uns heute, er schließt mit der Bemerkung: „Was in Österreich die Beichtväter, das haben in Preußen Kabinetsräte und ehrliche aber beschränkte Generaladjutanten an versäumten Gelegenheiten zustande gebracht." Nicht immer ist klarzustellen, wer für Mißgriffe und verhängnisvolle Beschlüsse die eigentliche Verantwortung trägt: „Friedrich der Große hinterließ ein reiches Erbe von Autorität und von Glauben an die preußische Politik und Macht. Seine Erben konnten, wie heut der neue Kurs von der Erbschaft des alten, zwei Jahrzehnte hindurch davon zehren, ohne sich über die Schwächen und Irrtümer ihrer Epigonenwirtschaft klar zu werden; noch in die Schlacht von Jena hinein trugen sie sich mit der Überschätzung des eignen militärischen und politischen Könnens. Erst der Zusammenbruch der folgenden Wochen brachte den Hof und das Volk zu dem Bewußtsein, daß Ungeschick und Irrtum in der Staatsleitung obgewaltet hatten. Wessen Ungeschick und wessen Irrtum aber, wer persönlich die Verantwortlichkeit für diesen gewaltigen und unerwarteten Zusammenbruch trug, darüber kann selbst heut noch gestritten werden" — aber er weist dann noch auf den Einfluß hin, den „die verschiedenartigsten Persönlichkeiten, Adjutanten, Höflinge und politische Intriganten, Schmeichler, Schwätzer und Ohrenbläser" auf den Monarchen üben können. —

Die Rolle unserer Diplomatie in der Politik findet bei Bismarck auch noch besondere Beleuchtung. „Mein Ideal für auswärtige Politiker ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder Vorliebe für fremde Staaten und deren Regenten." — „So weiter zu vegetieren, dazu bedürfen wir eigentlich des ganzen Apparates unsrer Diplomatie nicht. Die Tauben, die uns gebraten anfliegen, entgehn uns ohnehin nicht; oder doch, denn wir werden den Mund schwerlich dazu aufmachen, falls wir nicht gerade gähnen." Doch weiß er in dem allgemeinen Gang der äußeren Politik auch eine Entschuldigung für die einzelnen Diplomaten zu finden: „Ich wundere mich, wenn

es bei uns noch Diplomaten gibt, denen der Mut, einen Gedanken zu haben, denen die sachliche Ambition, etwas leisten zu wollen, nicht schon erstorben ist, und ich werde mich ebensogut wie meine Kollegen darin finden, einfältig meine Instruktion zu vollziehn, den Sitzungen beizuwohnen und mich der Teilnahme für den allgemeinen Gang unsrer Politik zu entschlagen; man bleibt gesünder dabei und verbraucht weniger Tinte." —

Wichtiger als die äußere scheint heute manchem „Politiker" bei uns die innere Politik, die „Neuorientierung" zu sein. Die Fehler und Sünden auf diesem Gebiet bei Volks- und Regierungsvertretern machen uns Bismarcks Gedanken und Erinnerungen auch nur noch klarer. — Für die Zeit vor dem Krieg könnte sein Wort aus dem Jahre 1857 geschrieben sein: „Unsre inneren Verhältnisse leiden unter ihren eignen Fehlern kaum mehr als unter dem peinlichen und allgemeinen Gefühl unsres Verlustes an Ansehen im Auslande und der gänzlich passiven Rolle unsrer Politik ... Wenn wir uns fürs Innre sagen müssen, daß wir mehr durch unsre guten Säfte die Krankheiten ausstoßen, welche unsre ministeriellen Ärzte uns einimpfen, als daß wir von ihnen geheilt und zu gesunder Diät angeleitet würden, so sucht man im Auswärtigen vergebens nach einem Trost dafür." — Trifft es nicht auch auf unsere Zeit zu, was Bismarck von der Olmützer Zeit sagt: „Man war zu sehr mit öffentlicher Meinung, Reden, Zeitungen und Verfassungsmacherei präokkupiert, um auf dem Gebiete der auswärtigen, selbst nur der außerpreußischen deutschen Politik zu festen Absichten und praktischen Zielen gelangen zu können"? Geht es uns nicht wie Bismarck 1856 im Blick auf unsere innerpolitische Lage: „Je mehr ich mir die Situation klarmache, um so weniger entdecke ich etwas, woran mein Preußisches Ehrgefühl sich aufrichten könnte?" Und verstehn wir nicht heute wieder sein Wort aus dem Jahre 1850: „Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen andern Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung" — heute, wo wir Regierung und Demokratie in einer Verbindung sehn, die Bismarck wohl auch mit jenem Beiwort versehen hätte, wo in Preußen allerlei geschehen soll, ohne, gegen seine Einwilligung? — Würde es nicht heute noch so sein, wie er es im Falle eines Widerspruchs zwischen einem „Frankfurter Reichstagsbeschluß" und einem „preußischen Königsbefehl" ansah: daß der Ausgang nicht zweifelhaft gewesen wäre, „wenn die Fürsten den Mut gehabt hätten, Minister anzustellen, die ihre Sache fest und offen vertraten"? „Es war dies im Sommer 1848 in Preußen nicht der Fall gewesen; sobald aber im November der König sich entschloß, Minister zu ernennen, welche bereit waren, die Kronrechte ohne Rücksicht auf Parlamentsbeschlüsse zu vertreten, war der ganze Spuk verschwunden" — was für eine zeitgemäße Erinnerung wäre das heute für die, die es angeht! —

Was für Gedanken kann uns heute, in der Zeit unserer Polenpolitik, die Bemerkung Bismarcks machen: „da eine Polen befriedigende Auseinandersetzung in den Provinzen Preußen und Posen und selbst noch in Schlesien unmöglich ist, ohne den Bestand Preußens aufzulösen!" Und der Zusatz: „Diese Politiker (es waren die um Bethmann Hollweg, den Großvater des verflossenen Reichskanzlers!) hielten sich damals nicht nur für weise, sondern wurden in der liberalen Presse als solche verehrt!" — Ganz wie heute! Und Gedanken, die uns heute auch in Verbindung mit unserer Polenpolitik kommen, sind diese: „Österreich hat der polnischen Frage gegenüber nicht die Schwierigkeiten, die für uns in der gegenseitigen Durch-

setzung polnischer und deutscher Ansprüche in Polen und Westpreußen und in der Lage Ostpreußens mit der Frage einer Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit unlösbar verbunden sind. Unsre geographische Lage und die Mischung beider Nationalitäten in den Ostprovinzen einschließlich Schlesiens nötigen uns, die Eröffnung der polnischen Frage nach Möglichkeit hintanzuhalten, und ließen es auch 1863 ratsam erscheinen, die Eröffnung dieser Frage durch Rußland nicht zu fördern, sondern, soviel wir konnten, zu verhüten!" — — Und in diesem Zusammenhang mag auch die Erinnerung gestattet sein: „Das österreichisch-ungarische Staatsschiff ist von so eigentümlicher Zusammensetzung, daß seine Schwankungen, denen der Monarch seine Haltung an Bord anbequemen muß, sich kaum im voraus berechnen lassen. Die zentrifugalen Einflüsse der einzelnen Nationalitäten, das Ineinandergreifen der vitalen Interessen, die Österreich nach der deutschen, der italienischen, der orientalischen und der polnischen Seite hin gleichzeitig zu vertreten hat, die Unlenksamkeit des ungarischen Nationalgeistes und vor allem die Unberechenbarkeit, mit der beichtväterliche Einflüsse die politischen Entschließungen kreuzen, legen jedem Bundesgenossen Österreichs die Pflicht auf, vorsichtig zu sein und die Interessen der eignen Untertanen nicht ausschließlich von der österreichischen Politik abhängig zu machen." — Eine eigenartige — natürlich nur „historische" — Erinnerung ist es uns heute, in der Zeit der „gemeinsamen" österreichisch-deutschen Friedensaktion um jeden Preis, wenn wir lesen, was Bismarck 1856 schreibt: „durch seine (diplomatischen) Erfolge (uns gegenüber) übermütig gemacht, fordert Österreich nicht nur, daß wir, die wir uns eine Großmacht nennen und auf dualistische Gleichberechtigung Anspruch machen, ihm diesen letzten Rest von unabhängiger Stellung opfern, sondern schreibt uns auch den Ausdruck vor, in dem wir unsre Abdikation unterzeichnen sollen, gebietet uns eine unanständige, nach Stunden bemessene Eile und versagt uns jedes Äquivalent, welches ein Pflaster für unsere Wunden abgeben könnte. Nicht einmal ein Amendement in der Erklärung, die Preußen und Deutschland geben sollen, getrauen wir uns entschieden aufzustellen. Pfordten macht die Sache mit Österreich ab, indem er glaubt, Preußens Einverständnis voraussetzen zu dürfen, und wenn Bayern gesprochen hat, so ist es für Preußen res judicata." — —

„Gedanken und Erinnerungen" eigener Art, die ebenfalls auf unsere Zeit noch ihr Licht werfen, sind auch noch die folgenden: „Die Prinzessin Augusta hat aus ihrer weimarischen Jugendzeit bis an ihr Lebensende den Eindruck bewahrt, daß französische und noch mehr englische Autoritäten und Personen den einheimischen überlegen seien. Sie war darin echt deutschen Blutes, daß sich an ihr unsere nationale Art bewährte, welche in der Redensart ihren schärfsten Ausdruck findet: „Das ist nicht weit her, taugt also nichts." Trotz Goethe, Schiller und allen anderen Größen in den elysäischen Gefilden von Weimar war doch diese geistig hervorragende Residenz nicht frei von dem Alp, der bis zur Gegenwart auf unserm Nationalgefühl gelastet hat: daß ein Franzose und vollends ein Engländer durch seine Nationalität und Geburt ein vornehmeres Wesen sei als der Deutsche, und daß der Beifall der öffentlichen Meinung von Paris und London ein authentischeres Zeugnis des eigenen Wertes bilde als unser eignes Bewußtsein. Die Kaiserin Augusta ist trotz ihrer geistigen Begabung und trotz der Anerkennung, welche die Betätigung ihres Pflichtgefühls auf verschiedenen Gebieten bei uns gefunden hat, doch von dem Druck dieses Alps niemals vollständig frei geworden; ein sichrer Franzose mit geläufigem Französisch imponierte ihr, und ein Engländer hatte bis zum Gegenbeweise die Vermutung für sich, daß er in Deutschland als vornehmer Mann zu behandeln

sei." Diese Art — die „kleinstädtische Verehrung für England" (und Frankreich), die „Inferiorität des deutschen Selbstgefühls" allem Englischen und Französischen gegenüber, wovon Bismarck an anderen Stellen spricht, ist auch heute — trotz dieses Krieges — noch nicht ausgestorben im deutschen Land. — — Und da gerade von England die Rede ist, mag auch jene Äußerung Bismarcks aus dem Jahre 1857 hier noch Platz finden, deren Richtigkeit uns auch heute wieder recht deutlich ins Gedächtnis gerufen wird: „Fremde Staaten mit Hilfe der Revolution zu bedrohn, ist heutzutage seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands." —

Zu Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" gehört als Ergänzung das Buch, das alle nach seiner Entlassung in den „Hamburger Nachrichten" erschienenen „Bismarck-Artikel", herausgegeben von dem damaligen Hauptschriftleiter Hofmann, enthält. Wer es kennt, wer weiß, wie der abgesetzte Schöpfer des Deutschen Reichs so gut wie alles, was kommen mußte und dann auch wirklich gekommen ist bis zum völligen Zusammenbruch unserer nachbismarckschen Politik, bis zu diesem Krieg aller gegen uns, vorausgesehn und vorausgesagt, der versteht seine schlaflosen Nächte bis zu der letzten Nacht seines Lebens, da ihm die Sorge um das Deutsche Reich noch das Sterben schwer machte. Wer jenes Buch in den Jahren vor dem Krieg gelesen hat: wie der Altreichskanzler da immer wieder warnte, bat, beschwor, es klipp und klar zeigte, wohin dieser Kurs führen müsse —, der konnte, da doch alles Warnen, Bitten, Beschwören umsonst war, und es immer weiter ging auf diesem Wege, nicht zweifelhaft sein, daß der Krieg kommen mußte, daß wir uns eines Tages dieser ganzen Koalition feindlicher Mächte gegenübersehen mußten. Und nun, da es in jenem Schicksalsjahr so gekommen ist, da wir nun schon seit über drei Jahren auf Tod und Leben kämpfen, diesen Krieg auf Tod und Leben militärisch fortwährend gewinnen, und ihn politisch-diplomatisch geführt haben, wie — wie Bismarck ihn nimmermehr geführt haben würde: ob nun doch noch zum Schluß Bismarcks Gedanken und Erinnerungen wieder lebendig werden und bei den Friedensverhandlungen mitsprechen werden? Dann könnte noch manches wieder gutgemacht, noch manches gerettet werden!

## Einiges über die Mehrheit.

Nichts ist widerwärtiger als die Majorität: denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkommodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrollt, ohne im mindesten zu wissen, was sie will. Goethe.

Es ist bis zur höchsten Evidenz beweisbar, daß in einem jeden großen Staat der eigentliche Wille der wahren Zahlenmehrheit seiner Natur nach auf die Zerstörung des Ganzen gerichtet sein muß. Fr. v. Gentz.

Die Abstimmung der Mehrheit ist die gleiche Tyrannei wie der Eigenwille des Despoten. Die Mehrheit der spanischen Gelehrten stimmte gegen Kolumbus, wie die Pharisäer gegen Jesus; hätte es von der Kopfzahl abgehangen, wir hätten kein Christentum und kein Amerika. Am unerträglichsten aber wäre die Tyrannei des Kommunismus, der nur die Arbeit zumißt nach der Elle der Mittelmäßigkeit. M. Carrière.

# Ziel und Weg der Deutschen Vaterlandspartei.

Von M. v. Gruber,

Geschäftsf. Vorsitzender des Landesvereins Bayern der D. V. P.

In seinem Aufsatz „Bild der Lage" im Dezemberheft dieser Zeitschrift hat ihr Schriftleiter, Herr Dr. Kühn, die Vaterlandspartei in mannigfachen Wendungen zum Eingreifen in die innere Politik, zum Kampfe gegen die Parlamentarisierung aufgerufen. Aus dem Wortlaute des Aufsatzes geht klar hervor, daß es sich nicht um Pläne handelt, welche die Vaterlandspartei tatsächlich als die ihrigen aufgestellt hat und verfolgt, wenn sein Verfasser dies und jenes als Aufgabe der Vaterlandspartei bezeichnet, sondern um seine eigenen Wünsche; Wünsche, welche die Vaterlandspartei bisher noch nicht erfüllt hat, aber nach seiner Meinung erfüllen sollte. Jedermann steht es frei, Wünsche zu äußern und Wünsche zu erfüllen; insoferne hätten die Vertreter der Vaterlandspartei keinen Anlaß, sich mit dem Aufsatze zu beschäftigen. Aber der Umstand, daß fast alle Personen, welche als Herausgeber dieser Zeitschrift genannt sind, darunter auch ich, als Anhänger der Vaterlandspartei bekannt sind, zwingt mich, dazu das Wort zu ergreifen; hat man doch schon den Verdacht ausgesprochen, daß Herr Dr. Kühn entweder im Auftrage der Herausgeber im Sinne der Vaterlandspartei geschrieben oder deren ihm wohlbekannte innerpolitische Pläne unvorsichtig ausgeplaudert habe. Weder das eine noch das andere trifft zu.

Die Deutsche Vaterlandspartei hat sich mit innerer Politik, mit Kronrechten und Parlamentarisierung, bisher nicht befaßt und sie wird sich mit ihr auch in Zukunft nicht befassen. Die Wünsche Hrn. Dr. Kühns in dieser Hinsicht sind völlig aussichtslos. Die sog. Vaterlandspartei ist, wie ihre Leitung fast jede Woche aufs neue in der unzweideutigsten und bündigsten Weise erklärt, ein Zweckverband, der kein anderes Ziel als die Aufklärung unseres Volkes über die Notwendigkeit eines vollen Sieges und eines starken Friedens verfolgt. Sie wendet sich an alle Parteien; sie heißt Angehörige aller Parteien als Helfer willkommen, ohne sich um ihre sonstigen Ansichten zu kümmern, wenn sie nur in bezug auf das eine Ziel mit ihr einig sind, und sie hofft, noch alle ihr Vaterland liebenden Leute von der Richtigkeit ihrer Anschauung zu überzeugen. Wenn man sieht, wie vernünftig ein Müller-Meiningen über die Friedensfrage denkt, wenn er seiner Angstzustände Herr wird, wie klar ein Max Schippel, Ludwig Quessel, Paul Lensch wenigstens unsere Lage gegenüber England und die unausweichliche Notwendigkeit, Englands Weltdespotie zu brechen, erkennen, wird man diese Hoffnung nicht für völlig grundlos halten. Die Vaterlandspartei glaubt, daß die außerpolitische Lage Deutschlands so eindeutig und gebieterisch das Erkämpfen eines überwältigenden Sieges und eines machtvollen Friedens erfordert, daß jedermann diese Forderung zu der seinigen machen wird, wenn er nur einmal diese Lage klar erkannt und die Zuversicht gewonnen hat, daß wir die Kraft besitzen, um diesen Sieg zu erringen. Die Vaterlandspartei ist durchdrungen davon, daß auch der Republikaner und der Sozialdemokrat sich ihr ohne Preisgebung seiner innerpolitischen Überzeugungen anschließen kann, und sich ihr anschließen muß, wenn er nur nicht in unzurechnungsfähiger Verbohrtheit mit den „Unabhängigen", Prof. Förster oder Prof. Quidde soweit geht, „einen überwältigenden, endgültigen Sieg für das Verhängnisvollste zu halten, was Deutschland widerfahren könnte", sondern Wirklichkeitssinn und Urteilsfähigkeit genug besitzt, um einsehen zu lernen, daß allgemeine Völkerverbrüderung und ewiger Frieden Unmöglichkeiten sind. Nur die internationalen Träumereien, keinerlei innerpolitischer Gegensatz trennt den Vaterlandsbund grund-

grundsätzlich von irgendeiner Partei; ebensowenig wie ihre Vorläufer und Kampfgenossen, den „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden" und den „Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands", welche dagegen zu dem Manne des kaiserlichen Vertrauens, dem unglückseligen Bethmann Hollweg in den schärfsten Gegensatz treten mußten und heute die Schritte Herrn v. Kühlmanns mit dem größten Mißtrauen verfolgen, der an Unfähigkeit, es mit den Diplomaten der Feinde aufzunehmen, noch Herrn v. Jagow zu übertreffen scheint. Die Vaterlandspartei unterliegt daher keinerlei Zwang, zum Zwecke der Erreichung ihrer Ziele zu den innerpolitischen Streitigkeiten grundsätzlich Stellung zu nehmen. Wie man auch über die Möglichkeiten der Verwirklichung denken möge, der Vaterlandspartei wäre jede Lösung recht, welche das ganze Volk auf die Erringung eines starken Friedens, der ihm seine Sicherheit und sein Blühen bis in eine ferne Zukunft verbürgt, einigen würde; denn — soweit es sich um Irdisches handelt — geht ihr die Rettung der Nation und ihres Reiches vom Untergang über alles, wirklich über alles!

---

Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Geheimrats v. Gruber, die ich bestätige, möchte ich feststellen, daß der von mir stammende Plan zu der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung" schon im April 1916 Herrn Verleger J. F. Lehmann unterbreitet wurde, worauf wir sogleich mit den Vorarbeiten begannen. Der Kreis der Herausgeber wurde im großen und ganzen im August 1916 zusammengeschlossen. Die wirkliche Begründung unserer Zeitschrift fällt also in eine Zeit, zu der von der Deutschen Vaterlandspartei noch nirgends die Rede war. Damit ist bewiesen, daß irgendein Zusammenhang zwischen der Begründung unserer Zeitschrift und der der Vaterlandspartei nicht bestanden hat. Die Ziele der Vaterlandspartei mit Nachdruck zu unterstützen, ergab sich vom ersten Tage an für uns von selbst, da sie auch in unserem Programm mit enthalten sind. Meine Ausführungen im „Bild der Lage" in Nr. 9 der Zeitschrift (Jahrg. I), die ohne irgendeine Beeinflussung entstanden sind, habe ich ohne Rücksicht auf die wesentlich enger umgrenzten Ziele der Vaterlandspartei geschrieben. Schon ihre Form beweist, daß ich in ihnen nicht einen Plan der Vaterlandspartei entwickelte, sondern von mir aus Anregungen gab und Ziele aufgestellt habe. Wenn daher meine Ausführungen in Nr. 9 der Zeitschrift keine programmatische Bedeutung für die Vaterlandspartei haben, so ist dies doch für eine große völkische Vereinigung der Fall.

Dr. E. Kühn.

---

## Unseren Parlamentsgrößen.

„Wie mancher setzt sich aufs hohe Roß der Zeit und hält sich für einen Helden, bloß weil ihn die Zeit trägt. Die Zeit ist aber auch ein störrisches Roß, das seinen Reiter meist ebenso rasch wieder abwirft, wie es ihm in den Sattel half."

„Nirgends herrscht weniger Freiheit, als wo am meisten von ihr geredet wird."

Aus: Heinrich Schäff, „Im Zeichen der Stunde"

# Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. Dezember 1917.)

## Wilsons Kriegsziel.

Man liebt in manchen Kreisen bedeutungsvolle Zusammenstellungen: nach Weihnachts-Friedensangebot und Osterbotschaft wurde am 400jährigen Reformationsfest der Zentrumsführer Hertling Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident (wird man jetzt als Gegenstück den Vorsitzenden des Evangelischen Bundes zum bayerischen Ministerpräsidenten machen?), und am Totensonntage wurden dem preußischen Volke die neuen Verfassungsvorlagen mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen, unmittelbaren Wahlrecht beschert. Damit hat Wilson sein Hauptkriegsziel, die völlige Demokratisierung und damit die weltpolitische Willenslähmung Deutschlands, erreicht.

Man gehe nun hin und frage in den Schützengräben, in den Bergwerken, auf dem Lande, in den Fabriken oder sonstwo: ob nun nicht jeder preußische Untertan trotz Krieg und Blutopfern, trotz Winterkälte und Kohlennot, trotz Nahrungsmittelorganisation, Wucher und Unterernährung einfach paradiesische Wonnen empfände!

## Die grotesk-zynische Linie.

Man hat aber in manchen Kreisen augenscheinlich auch eine ausgesprochene Neigung zum Grotesken, die stark das Zynische streift.

Während in Wirklichkeit die Anziehungskraft des Materialismus dank der Arbeit einsichtiger Kreise in den selbständig denkenden Schichten des deutschen Volks mehr und mehr zu verblassen beginnt und eine neue, geistige Wertung der Dinge besonders unter denen, die im Felde waren, still Platz greift, wissen es die berufs- und geschäftsmäßigen Vorkämpfer des Materialismus der maßgebenden Stelle so darzustellen, als ob man infolge der Nahrungsmittelknappheit am Ende allen guten Willens und aller seelischen Kräfte wäre, und daß nur die stärksten Mittel die Stimmung zum Durchhalten im Schwunge halten könnten.

Wenn man nun schon die Dinge durchaus so schief sieht: was läge dann für einen gesunden Menschenverstand näher, als allem und jedem Wucher erbarmungslos zu Leibe zu gehen und die Brutstätten aller Teuerungen, die man wohl kennen dürfte, auszunehmen, um so dem ausharrenden Volke Linderung in seiner wirtschaftlichen Not zu schaffen? — Was läge näher, als die seelische Schwungkraft durch Wort und Schrift neu zu beleben? Aber so denken nur weltfremde Ideologen! Die neuzeitliche Richtung, welche in unserer Politik den Ausschlag gibt — Gleichheit und Freiheit sind ihr Hauptfeldgeschrei —, ist nicht so naiv. Mag doch der leidige und unbequeme geistige Adel in allen Schichten zu einer Verachtung des Materialismus und seiner volkszerstörenden Folgen durchgedrungen sein, — der Staat soll aus guten Gründen seine Freude an vielem neuem, fettem Reichtum haben. In dieser fettigen, zwar skrupellosen aber „leistungsfähigen "Goldschicht wachsen die finanziellen und auch sonstigen Stützen des Staates. Diese Kreise haben eine einflußreiche Presse und werden dank ihres neuen Geldes eine noch viel einflußreichere haben. Sodann haben sie geld- und pressemächtige Verwandte in allen Ländern der Erde. Niemand, der unter seinen Leuten auf den Titel eines Realpolitikers.

Anspruch erhebt — welcher Politiker, Diplomat und Staatsmann tut das seit Bismarck nicht? Nur verfolgte Bismarck mit realen Mitteln ideale völkische Zwecke, während die neue Schule in der Regel mit realen Mitteln sehr reale persönliche Zwecke verfolgt —, also niemand wird so hirnverbrannt sein, diese Gesellschaft im Geldzusammenscharren zu stören.

Natürlich ist es ganz und gar nicht wahr, daß man am Ende aller Kräfte und allen guten Willens wäre. (Alle, welche die Dinge so färben, wissen sehr gut, was sie tun. Ein zager Politiker hat ja nichts Klügeres zu tun, als die Dinge so darzustellen, daß sie seiner zagen Politik recht zu geben scheinen. Das ist zwar gewissenlos, aber man bleibt im Sattel.) Der lawinenartig anschwellende Erfolg der Vaterlandspartei beweist schlagend das Gegenteil. Wie sollte es im Grunde auch anders sein angesichts der unausgesetzt sich gleichbleibenden Taten von Heer und Flotte?

Und trotzdem glaubt man, gerade jetzt sein schönstes politisches Pulver auf einmal verschießen zu müssen, um ja das Volk bei „Stimmung" zu erhalten! Es sei die harmlose Frage gestattet: was hätte man erst den Massen alles an guten Dingen aus der Verfassungs-Vorratskammer vorgesetzt, wenn wir nicht restlos überall Sieger wären? Hatte man für einen solchen — im Kriege doch mitunter in Rechnung zu setzenden — Fall noch Zugkräftigeres auf Lager? Oder lebt man nur von heute auf morgen von der Hand in den Mund und läßt die Zukunft Zukunft sein?

Eine Einrichtung, für deren Abschaffung im Reiche Bismarck seine Ruhe, seinen Ruhm und Ruf gerne noch aufs Spiel gesetzt hätte, soll nun in Preußen mit aller Macht neu geschaffen werden. Das Ausland, nach dessen Urteil man so liebend gerne zur Unzeit schielt, wird sich vor heimlicher Freude darüber nicht lassen können, daß wir seine Phrasen so bitter ernst genommen haben!

Bethmann erpreßte in größter Not, um sich noch einmal ein paar Tage im Amte behaupten zu können, von der allzu großmütigen Krone jene Botschaft, die das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht verhieß, — Bethmann, der seiner ganzen Blutmischung nach zu allem anderen, nur nicht zum deutschen Staatsmann taugte. (Daß Bülow ihn seinerzeit empfehlen konnte, ist sein unverzeihlichster Fehler.) Was Bethmann nicht retten konnte, sollte Hertling die Wege zur erfreulichen Zusammenarbeit mit dem Reichstage ebnen.

Verfolgen wir weiter die grotesk-zynische Linie: während man den Führern des Materialismus gegenüber strengste Realpolitik treibt, gestattet man sich den Grundlagen des Staates gegenüber eine weitgehende Gefühls- und Vertrauenspolitik, genau so, wie man 1812 aus rein gefühlsmäßigen Erwägungen die folgenschwere Judenemanzipation in Szene setzte. Beide Arten von Politik kommen im Grunde den internationalen Kreisen zugute, was kein Wunder ist, da diese ja auch ihre geistigen Urheber sind.

## Weltkrieg und Reichstagswahlrecht.

Wenn man von den „Grundlagen des Staates" spricht, dürfte das wie Übertreibung klingen. Aber was rüttelt stärker an ihnen als der Weltkrieg? Da muß man sich, was augenscheinlich in weiten Kreisen noch nicht der Fall ist, endlich klar darüber werden, daß das allgemeine, gleiche Reichstagswahlrecht mit seinen Begleiterscheinungen, in erster Linie der Pressefreiheit, einen großen Teil der Mitschuld am Weltkriege trägt! Der aus Gleichheitswahlrecht und Pressefreiheit gezeugte Reichstag, in dem sich jeder staatsfeindliche undeutsche Gedanke seine Vertreter halten darf und kann, hat unsere Politik, zumal die auswärtige,

derart stark beeinflußt, daß sie ganz unter dem Bann international-demokratischer Schlagworte stand. Die durch das Wahlrecht bedingte Rücksicht auf die Vorstellungswelt der der Zahl nach maßgebenden Wählermassen, die ihnen von überwiegend fremdblütigen, internationalen Geistern unter Verächtlichmachung alles Deutschen seit Menschenaltern eingeprägt wurde, bewog unsere führende Berliner Buraukratie, auch soweit sie nicht selbst rassisch international beeinflußt war, zu jener, aus ängstlicher Geschäftsrücksicht eingeblasenen, schwächlichen Kultur- und Verständigungspolitik, deren optimistisch-liebedienerische Ruheseligkeit und Weltfremdheit auch von Scheidemann selbst kaum stärker hätte hervorgekehrt werden können. Ihre weichliche Nachgiebigkeit um jeden Preis, welche des mit Rücksicht auf die Wahlen nötigen Beifalls der in doktrinärer Weltunkenntnis eingesponnenen Massen sicher sein konnte, ließ in erster Linie unsere Feinde die Möglichkeit eines Überfalles ins Auge fassen, da man für den Fall eines Krieges dank der sichtbaren Arbeit der alljüdischen Agitatoren bei uns mit einer Revolution rechnen zu dürfen glaubte. Überwiegend aus Rücksicht auf die pazifizistische Massenstimmung, die mit Hilfe von Gleichheitswahlrecht und Pressefreiheit stets die Zusammensetzung des Reichstages beeinflußte, wurde ein vorbeugender Krieg von uns unterlassen, der die Auseinandersetzung mit einem einzelnen unserer Hauptgegner früher hätte herbeiführen können und uns jetzt unendliches Blut, wenn nicht überhaupt die ganze mörderische Verschwörung gegen uns erspart hätte. Gelegenheiten dazu wären während des Buren- oder des russisch-japanischen Krieges schon dagewesen, und wer weiß, was wir gewagt hätten, hätten wir durch ein weniger radikales Wahlrecht eine weniger radikal-befangene Volksvertretung gehabt! Dazu kam, daß ganz bestimmte Gruppen des linken Flügels — Herr v. Payer gehörte auch dazu —, als ob sie diese Politik der jahrhundertelangen Diplomatie Frankreichs und Englands abgelauscht hätten, gegen die derzeit festesten Säulen der deutschen Macht und Einheit, Heer und Monarchie, unausgesetzt mit Wort und Schrift Sturm liefen und dadurch einer ganzen Welt von Feinden die Schlagworte zum Kampf gegen uns lieferten, gleichzeitig aber auch den Eindruck unstillbaren inneren Haders bei uns hervorriefen. Die Bureaukratie trieb in unentwegter Konfliktscheu die als unendliche Weisheit gepriesene „Politik der mittleren Linie", die im Grunde nichts weiter war als ein schrittweises Zurückweichen vor der durch das Gleichheitswahlrecht gegebenen Herrschaft der nackten Zahl. Denn man irrt, wenn man glaubt, daß in den letzten Zeiten vor dem Krieg die führende Berliner Bureaukratie und die Reichstagsmehrheit große Gegensätze waren: jene war durch diese bedingt, und einander waren sie durchaus wert. Allerdings muß festgestellt werden, daß *diese* Bureaukratie das Gegenteil von altpreußischem oder bismärckischem Geist beseelte. Deshalb war der Ruf nach „Neuorientierung" eigentlich eine ganz unwürdige Komödie. Man hatte längst, was man wollte: eine fügsame, gedanklich von alljüdischen Massenvorstellungen beeinflußte Bureaukratie, und im Grund wurde bei der Hertling-Ernennung nur ein im Verborgenen längst bestehender Zustand öffentlich anerkannt. Wäre es anders, sehnte sich die Mehrheit nicht so inniglich nach Bethmann zurück und würde nicht versuchen, jeden Staatsmann auf Bethmanns Maß zurückzuschrauben. Und die Bernstorff und Kühlmann waren ja immer nach dem Herzen der Reichstagsmehrheit.

Demnach: daß *die* Gedankenwelt zur herrschenden bei uns werden konnte, welche uns die auswärtige Politik vor dem Kriege, damit den Krieg selbst *in seiner furchterlichen Ausdehnung* und unsere zahlreichen diplomatischen Niederlagen während des Krieges beschert hat, ist fraglos als Ausfluß des allgemeinen

gleichen Wahlrechtes anzusehen. Ihm würden wir es auch zuschreiben müssen, wenn wir einen Verzichtfrieden bekämen, — was Gott verhüte!

Und ausgerechnet dieses verhängnisvolle Wahlrecht soll nun auch noch Preußen radikalisieren?

### Die Interessengemeinschaft zwischen Bureaukratie und Parlament.

Schon früher wurde hier darauf hingewiesen, daß kein Staat plötzlich auf die aus einer einmaligen besonderen Lage — in diesem Falle dem Kriege — herausgeborenen Wünsche einzelner Klassen seine Einrichtungen zuschneiden dürfte, wenn er lebensfähig bleiben wollte. Und in Heft 5 der Zeitschrift warfen wir die Frage auf: „Muß die Verfassung dafür gestraft werden, daß Bureaukratie und Parlament sich als unzulänglich erwiesen haben?" — Augenscheinlich muß sie es, denn, wie wir sahen, sind Bureaukratie und Parlament gemeinsam schuldig geworden und haben sich nun gemeinsam die Verfassungsfrage zum Sündenbock ausgewählt. Auf diese Weise können beide gemeinsam das Feld behaupten und obendrein weiter gemeinsam dem Volke gegenüber die großartige Rolle von Reformatoren spielen, womit wir wieder bei der grotesk-zynischen Linie angelangt sind. Es ist schwer, nicht auf sie zu stoßen! Sie trägt allerdings kein deutsches Gepräge.

### Wiederbelebungen zur Unzeit.

Die Unmöglichkeit des absterbenden mechanisch-materialistischen Gleichheitsgedankens, der von allen ernsthaften Denkern der ganzen Welt aus ethischen, geschichtlichen und biologischen Gründen abgelehnt wird und nur noch in reaktionär-doktrinär befangenen Köpfen Wurzeln besitzt, hat es nicht verhindert, daß die preußische Regierung mit ihm Wiederbelebungsversuche anstellt, — genau so, wie Bethmann der todessiechen Sozialdemokratie wieder auf die Beine half, — genau so, wie wir einem um den letzten Rest von Achtung beim Volke kämpfenden Parlament, das den Nachweis der Nichtbefähigung vor und in dem Kriege restlos erbracht hat, dadurch wieder zu Ansehen verhalfen, daß wir den im Auslande gänzlich abgewirtschafteten Parlamentarismus „einem zwingenden Bedürfnis folgend" jetzt bei uns einführten.

### Fruchtlose Warnungen.

Es nützten auch nichts alle warnenden Hinweise darauf, daß gerade alle die unzähligen, wegen ihrer Taten nicht hoch genug zu ehrenden Männer, denen in erster Linie durch die Verfassungsänderung der Beweis des „Vertrauens" erbracht werden soll, nämlich die Krieger, von einer Mitberatung und einer Mitbestimmung über die grundlegende Neuordnung und somit von einer Hauptnutznießung des „Vertrauens" ausgeschlossen werden. Es nützten auch nichts die Hinweise darauf, daß mit der Aufrollung der Wahlrechtsfrage während des Weltkrieges jene gefährliche, die innere Einheit unfehlbar zerreißende Zankapfelpolitik wieder aufgenommen würde, die seit Bethmanns Tagen in so üblem Andenken steht. Jene Parteien, die bei uns im Innern für „Freiheit" und „Gleichheit" zu kämpfen vorgeben, mit etwa der gleichen Berechtigung, mit der die Entente für die Freiheit und Selbständigkeit der kleinen Nationen zu fechten behauptet, dekretieren eben „Burgfrieden!" — solange nur jede ihnen entgegenstehende Ansicht vergewaltigt, ausgeschaltet und unterdrückt wird —, und sind daher in der angenehmen Lage, jeden mit Zetergeschrei des Burgfriedensbruches zu bezichtigen, der es wagt, sich dieser brutalen Vergewaltigung zu wider-

setzen. Da die Krone sich der gesetzgeberischen Initiative begeben hat, ist auch sie ständig in Gefahr, des Burgfriedensbruches angeklagt zu werden, wenn sie nicht gleich so will wie die Mehrheit.

### Die Gründe des Herrn Drews.

Wer verfolgt hat, wie die hartnäckige Gruppe der doktrinären Linken unentwegt Schritt für Schritt, wie den Parlamentarismus für das Reich, so auch das Gleichheitswahlrecht für Preußen ganz einfach unter Hilfe mehrheitsanbetender Minister von der Krone unter Ausnutzung der Weltkriegsnot erpreßt hat, wird mit Befremden in der von Herrn Drews mit sichtlicher Qual zusammengekleisterten „Begründung" zum Wahlrechts-Gesetzentwurf die Feststellung gelesen haben, daß „die Krone auch in dieser bedeutsamen Frage die Führung übernommen" habe. Das erinnert an eine in Schlesien bekannte Anekdote vom jungen Grafen F. Seine Angehörigen wollten mit ihm von einem Besuch heimfahren und saßen schon im Wagen; die ungeduldigen Pferde waren nicht zu halten. Der junge Graf, der sich irgendwie verspätet hatte, lief dem Wagen nach, und während dieser schon zum Park hinausrollte und der Graf sich in eiliger Mühe hinaufschwang, rief er mit heller Kommandostimme: „Abfahren!" — womit er sich vor Familie und Kutscher die Führung gesichert hatte.

Wenn ich nach langem und berechtigtem inneren Widerstreben doch zum unreifen Standpunkt der zu bestimmten Zwecken bewußt durch Phrasen verwirrten Menge herabsteige, kann ich schwerlich den Anspruch auf Leitung erheben, und wer es mir einreden will, ist aus irgendwelchen Gründen unehrlich. Führen heißt, der Wahrheit gegen den Widerstand der blöden Menge zum Siege verhelfen und diese zu ihrer Anerkennung zwingen, also genau das Gegenteil von dem, was Herr Drews darunter verstanden wissen will.

### Die Reife des Wählers.

In der Begründung des Entwurfes, der, ganz wie die spätere Rede des Herrn Drews, die innere Größe und Wahrheit durch eine Häufung von hohlen Superlativen zu ersetzen bemüht ist, welche an die ältesten Phrasen der alljüdischen Presse erinnern, stößt man auch auf die Stelle, daß es sich um einen Akt des Vertrauens in das Volk handle, „das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen" hätte. (Wenn man das doch auch von Parlament und Beamtenkaste behaupten könnte!) Fraglos hat das preußische Volk wie alle anderen deutschen Stämme besonders im Felde, aber auch in der Heimat Übermenschliches an Mut, Fleiß, Findigkeit, Geduld, Standhaftigkeit, Opferwille uud anderen außergewöhnlichen Eigenschaften aufgewendet. (An die Wucherer, Hamsterer, Schieber, Flaumacher und Drückeberger darf man dabei allerdings nicht denken.) Der Umstand, daß sich die Mehrzahl unter außergewöhnlichen Umständen bei hervorragendem Beispiel außergewöhnlich benimmt, schließt aber nicht die Befürchtung bzw. Annahme aus, daß sie sich unter gewöhnlichen Umständen naturgemäß wieder gewöhnlich benimmt; und da das Wahlrecht seine Wirkung in der Regel im Frieden zu zeigen bestimmt ist und nicht im Kriege, dürften seine auf dem Ausnahmefall aufgebauten psychologischen Grundlagen recht unsicher sein. Überdies: nicht jeder, der bei Hochwasser am Schutz der Dämme fleißig und aufopfernd mitgearbeitet hat, kann zum Deichhauptmann ernannt werden, — und wenn ich noch soviel Vertrauen in seine „Reife" habe. — Es gehört schon die ganze grenzenlose Oberflächlichkeit der Alljuden —, die so gerne

tiefe deutsche Denker sein möchten — dazu, um ganz allgemein obenhin von „Reife" zu sprechen und außer acht zu lassen, daß eine noch so treffliche Stählung meines Charakters allein nicht ausreicht, mich politisch „reif" zu machen. Denn dazu gehören noch Kenntnisse und Erfahrungen, z. B. psychologischer, geschichtlicher, volkswirtschaftlicher und verwaltungswissenschaftlicher Art, die man sich trotz allen Opfermutes im Schützengraben oder in der Munitionsfabrik allein wohl nicht erwerben kann.

Es gibt eben verschiedene Arten von „Reife". Daher wird man sicher verblüfft den Kopf schütteln, wenn man in der „Begründung" des Herrn Drews den munteren Satz liest: „Die Gründe, die in den vergangenen Friedensjahren von der Staatsregierung und großen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht worden sind, sind durch die Lehren und Erfahrungen des Krieges überholt." Vergleiche nur Haase, Dittmann, Vogtherr und die liebevoll-schützende Beurteilung ihres Umganges mit Vaterlandsverrätern seitens der Reichstagsmehrheit! Man kann eben der grotesk-zynischen Linie nirgends mehr entfliehen.

### Die radikale Parteipresse und die Reife des Wählers.

Dann kommt aber noch ein außerordentlich wichtiger Punkt hinzu: jenes Organ des politischen Lebens, das in erster Linie dazu berufen sein sollte, die staatspolitischen Erkenntnisse im Volke zu vertiefen, die vaterländische Einsicht jederzeit zu stärken und den politischen Horizont bei jedem einzelnen Bürger zu erweitern: die Presse, ist ihrer würdigen Aufgabe nur zum kleinen Teil in würdiger Weise gerecht geworden. Sie hat den Bürger in seinem Urteil nicht selbständig, sondern vielfach ganz im Gegenteil so unselbständig wie möglich gemacht. Soweit sie radikale Parteipresse ist, ist sie von sachlicher, unparteiischer Berichterstattung, die allein dem Leser die Möglichkeit einer ruhigen Prüfung und Beurteilung böte, himmelweit entfernt. Ja, in Wahrheit liegt es so: der Leser wird in absoluter geistiger Hörigkeit von einem solchen Parteiblatt gehalten, denn nur so ist er in dem geistigen Zustand, der es dem betreffenden Parteiführer ermöglicht, seine Gefolgschaft restlos dahin zu bringen, wohin er sie aus taktischen Gründen jeweils haben will. Für den Leser ist der Zustand, in den ihn „seine" Zeitung allmählich versetzt hat, bequem und angenehm.

„Aus ‚seiner' Zeitung bezieht er alles mühelos, vor allem ein fix und fertiges Urteil über Staat, Gesetze, Menschen und Dinge. Sie bringt ihm alles aus Gottes weiter Welt, was in das Parteiprogramm paßt. Soweit es nicht hineinpaßt, wird es totgeschwiegen oder mit Haß verfolgt. Alles wird von ‚seiner' Zeitung mit Parteifirnis überstrichen, so daß der Leser zuletzt gar nicht anders kann, als alles durch die mit Scheuklappen versehene Parteibrille zu sehen und jeden anderen Standpunkt ganz instinktiv mit Entrüstung abzulehnen. Der „reife und mündige" Wähler kennt eben noch nicht den Begriff der Selbstkontrolle, und daher ist es ihm auch nicht klar, woher ihm die Gedanken kommen, die er denkt. So ist es möglich, daß er tatsächlich seine Partei für das einzig Leben spendende und erhaltende auf der Welt anerkennt; ‚seine' Zeitung beweist es ja täglich. Wenn z. B. etwas an sich Vortreffliches und Rühmenswertes im Staat geschieht, so wird dies in ‚seiner' Zeitung durchaus nicht als solches bezeichnet, es sei denn, daß es die Partei vollbracht oder angeregt habe. Anderenfalls kann zwar nicht immer sein Dasein ganz geleugnet werden, aber „seine" Zeitung stellt es als die dürftigste und schäbigste Abschlagszahlung auf die viel weiter gehenden „gerechten" Forderungen des Programms hin — und die Existenzberechtigung und der Nimbus der Partei sind größer denn zuvor. Auf diese Weise würde

man selbst in einem irdischen oder himmlischen Paradies die Wähler in Unruhe und Unzufriedenheit halten können.

Aus alledem erhellt aber der ungeheure geistige Einfluß der radikalen Parteizeitungen, die ihren Leser mit dem geschickten Kitzeln der Eitelkeit, der Schadenfreude, des Neidgefühls, der Sensationslust, der Spottsucht, der Unzufriedenheit in einer ständigen Entrüstung über alles, was geschieht — und sei es das Beste —, erhalten und ihn mit einer fast pathologischen Blindheit und Wut gegen alles erfüllen, was nicht zur Partei gehört und auch „seine" Zeitung liest — und „seine" Zeitung zieht Millionengelder aus der Partei damit." (Aus: Dr. E. Kühn: Was halten Sie vom Reichstagswahlrecht? Verlag Görlitzer Nachrichten und Anzeiger, Görlitz 1913.)[1])

Dieser für ehrliches Empfinden geradezu unsittliche Zustand, der jedem wahren geistigen Fortschritt Hohn spricht und die Geister im Namen der Freiheit und Gleichheit viel ärger fesselt, als es jemals das vom Alljudentum zu Zwecken der Verhetzung erfundene Schreckgespenst der „Pfaffen und Junker" getan hat, wird durch das allgemeine gleiche Wahlrecht verewigt, denn dieses bildet die unerläßliche Vorbedingung für einen solchen Zustand. Niemand kann es uns daher verdenken, wenn wir, ohne dem Heldenmut und der Opferwilligkeit des Volkes im geringsten die angemessene Ehrfurcht und Dankbarkeit zu verweigern, die von Herrn Drews schlankweg behauptete politische „Reife" anzweifeln[2]). Ferner: wenn die Verleihung des Gleichheitswahlrechtes, wie Herr Drews sagt, keine „Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer" ist, weshalb hat man dann plötzlich Veranlassung, ein Vertrauen im Kriege zu verschenken, das man augenscheinlich im vergangenen Frieden noch nicht verschenken durfte und das im künftigen Frieden vielleicht schmählich enttäuscht wird? — „Abfahren!" ...

---

[1]) Ein Beispiel sei angeführt: die uns örtlich naheliegenden, schon oft als Typus für eine Presse, wie sie nicht sein soll, von uns angeführten „Münchener Neuesten Nachrichten" schrieben kürzlich in einer langen Rechtfertigung ihrer verschwommenen und undeutschen Haltung: „So haben wir uns der Hetze gegen den manchen Leuten unbequemen Reichstag widersetzt, weil es das Volk selber ausschalten hieße, wenn man seine Vertretung verächtlich beiseiteschieben wollte." Da hat man eine erschöpfende Probe der von uns gekennzeichneten Methode! Sonst erklärt es die linksstehende Presse für ihre dringendste vaterländische Pflicht, „berechtigte" Kritik an Krone, Heer und Verwaltung zu üben. Dazu sind ja die Herren Abgeordneten da, und auf der Kritikfreiheit beruht zum großen Teil ihr Einfluß. Sobald sich aber einmal eine Kritik gegen das Verhalten der geheiligten Herren Abgeordneten selbst hervorwagt, ist es eine „Hetze", die dem Wähler so rasch wie möglich ausgeredet und verekelt werden muß. Wohin kämen wir auch, wenn der Abgeordnete von seinen Wählern zur Rechenschaft gezogen würde? — Die Krone, die oberste nnd würdigste Repräsentantin des Volkes, darf der Abgeordnete ruhig „verächtlich beiseiteschieben", — das berührt das Volk nicht im mindesten, aber die unfehlbare Friedens-Resolutions-Weisheit des Reichstages anzweifeln heißt gleich „sich selbst ausschalten". Das nennt man auf gut deutsch „mit zweierlei Maß messen", und die Absicht ist gar deutlich. Auf diese Weise „denkt" der Leser der Parteizeitung Gedanken, die der Parteiführer nötig hat. — Das Messen mit zweierlei Maß ist aber in diesen Kreisen schon taktischer Grundsatz geworden.

[2]) Wie Sozialdemokraten darüber denken, dafür zwei Beispiele aus der näheren Vergangenheit! Scheidemann gelegentlich der Neuwahl Potsdam-Spandau: „Die gegen ihre eigensten Interessen wütenden Arbeiter sind die Opfer einer schändlichen Demagogie!" Meerfeld auf dem Würzburger Parteitag: „Man darf sich nicht auf die Massenstimmung berufen. Mancher Führer schafft sich erst die nötige Massenstimmung, um sich hinter ihr dann zu verkriechen!" So die Leute, welche selbst die Notwendigkeit des Reichstagswahlrechts mit der „Reife" der Wähler begründen. Sie kommen von der grotesk-zynischen Linie nicht mehr herunter.

### Bedenken gegen das Gleich eitswahlrecht.

Zum Gleichheitswahlrecht selbst sei noch bemerkt, daß, trotz aller Liebesmühe des Herrn Drews um eine Begründung, der sächsische Ministerpräsident Graf Vitztum — in Dresden wird, gottlob, noch deutsch gesprochen; auch Finanzminister v. Seydewitz tritt als ganzer Mann auf — kühl erklärt hat: „Ein Wahlrecht, das ausschließlich den breiten Massen die Entscheidung im Staate überlassen und andere Schichten diesen Massen ausliefern würde, wäre ein unbilliges und ungerechtes Wahlrecht!" Das ist geistige Führung, Herr Drews! Ferner sei darauf verwiesen, daß ganz allgemein neben dem vom Grafen Vitztum hervorgehobenen Grund, daß bei geistigen Urteilen niemals die Zahl allein den Ausschlag geben darf, gegen das Gleichheitswahlrecht auch schon ganz allein spricht, einmal, daß der Wähler in den allerseltensten Fällen bei ihm in der Lage ist, über die Charakter- und Geisteseigenschaften des ihm für gewöhnlich ganz unbekannten Kandidaten ein richtiges Urteil zu gewinnen und ferner, daß für die Auswahl des Kandidaten in der Regel nur ganz äußerlich sein Standpunkt zu irgendeinem Parteiprogramm, nicht aber eben seine Geistes- und Charaktereigenschaften maßgebend sind. — Über das unerträgliche Vorrecht endlich, das die Unfähigen, Kurzsichtigen, Übelwollenden, vermittels der bloßen Zahl über alle Fähigen, Einsichtigen, Sachlichen erlangen ist in dieser Zeitschrift schon soviel gesagt worden, daß dieser kurze Hinweis hier genügen dürfte. Die Geschichte des Reichstages während des Krieges allein spricht deutlich genug gegen das Gleichheitswahlrecht.

### Fortdauer der Krise.

Die durch die Verfassungsvorlage vermutlich erhoffte Beruhigung der Gemüter ist, wie wir gleich voraussagten, keineswegs eingetreten, und sie wird auch solange nicht eintreten, solange nicht statt der Nachgiebigkeit, die zu immer neuen Machtproben reizt, auf seiten der Regierung Festigkeit und Führerwille einsetzen. Die radikale Linie arbeitet mit der bekannten, aufreizenden Methode von der „kärglichen Abschlagszahlung" auf die viel weitergehenden Forderungen. Der Sturm gegen die sogenannten Wahlrechtseinschränkungen, die Wohnsitzklausel, setzte sofort ein. Schon taucht allenthalben, wie auf Verabredung, das Verlangen nach dem Frauenstimmrecht auf. Bei der Aufhebung des § 153 R.G.O. und bei den Arbeitskammern wird man, wenn man im Zuge ist, auch schwerlich stehen bleiben. Wer weiß, was der geheime „Wohlfahrts-"Ausschuß schon alles auf sein Programm gesetzt hat! Die einzelnen Friedensvorverhandlungen und die sich enthüllenden Ziele können leicht Stürme entfesseln, gegen welche die bisherigen wie milde Südwinde erscheinen werden. Wem schwant nicht Unheil, wenn der „Vorwärts" anordnet: „Das deutsche Volk wird darauf achten, daß die großen Werte der Zukunft nicht durch kleinliche Konjunkturpolitik des Augenblicks zerstört werden. Darum keine Annexionen, weder offene noch versteckte!" Nebenbei: wenn die Demokraten im Innern des schwerbedrängten Vaterlandes ein Verfassungs- und Kronrecht nach dem andern annektieren, so ist das wohl keine „kleinliche Konjunkturpolitik"? Dabei werden wohl keine „großen Werte der Zukunft" zerstört? — Hier dürften wir wieder das berüchtigte Messen mit zweierlei Maß haben.

Wer demnach kindlicherweise glaubt, allen Konflikten glücklich entronnen zu sein, wird schwere Überraschungen erleben! — Auf der anderen Seite ist unsere Prophezeiung, daß Graf Hertling, solange er sich der Mehrheit fügt, angenehme Tage und eine lobsingende Presse haben würde (Bild der Lage, Heft 9, Jahrg. I, Seite 838),

bisher in Erfüllung gegangen. Wir vermögen uns leider diesen Hymnen nicht anzuschließen.

### Der Reichskanzler Graf v. Hertling.

Graf v. Hertling, Vorsitzender der Görres-Gesellschaft, hatte das Glück, sein erstes Auftreten im Reichstag am 29. November durch die wichtige und günstige Nachricht von dem russischen Waffenstillstandsangebot unterstützen zu können, die wie der weltgeschichtlich bedeutungsvolle Vorbote des Friedens wirkte. Enthielt doch der russische Aufruf an die Völker zum ersten Mal das Wort „Separatfrieden!" — Im übrigen rollte sich dies Auftreten wie ein gut einstudiertes Stück ohne Zwischenfall ab. Leises Befremden lösten des Kanzlers Worte aus: „An den Grundlagen unserer Reichsverfassung darf und kann nichts geändert werden." Meinte er: „nicht mehr geändert werden?" Es ist eigentlich nicht mehr viel zum Andern übrig. Wenn dann Graf Hertling im Abgeordnetenhause am 5. Dezember gegenüber dem Heydebrandschen Vorwurf von seinem „Unterwerfen unter das Diktum einer Parlamentsmehrheit" erklärte, er habe bei seinen Vorverhandlungen mit den Parteiführern vor Übernahme seines Amtes „keine Konzessionen gemacht, die seinen politischen Grundsätzen irgendwie widersprochen haben würden", so ist das für seine Biographie jedenfalls erfreulich; doch hat er immerhin zugestanden, daß er vor Übernahme des Amtes Konzessionen gemacht hat (Wahlrecht, § 153 R.G.O., Arbeiterkammern usw.), und seine — gegen früher wahrscheinlich geänderte — jetzige Überzeugung kann die Dinge, die er zu vertreten beabsichtigt, weder schmackhafter machen, noch ihre Notwendigkeit in unseren Augen stärker begründen. Geänderte Überzeugungen sind keine Beweise. Ganz unfaßbar erscheint es aber, daß ein deutscher Reichskanzler angesichts der völlig veränderten Lage, angesichts unseres zweifellosen Sieges, aber auch angesichts unserer ungeheuren Opfer, sich noch auf den Standpunkt unserer Anwort auf die Papstnote, ja sogar auf den Boden der päpstlichen Note selbst stellen konnte! Man erinnere sich nur, daß diese von Deutschland die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs und mittelbar eine „Prüfung" der elsaß-lothringischen Frage forderte, um zu ermessen, welch ein Friede uns bei diesem Standpunkt droht! Ein deutscher Friede wird das nimmermehr! Kühlmann und Czernin, sogar von den alljüdischen „Lustigen Blättern" unterstützt, bemühen sich, Elsaß-Lothringen uns als einziges Friedenshindernis zu suggerieren. Wie mögen sie sich den Frieden denken? Geben wir alles heraus, was wir besetzt halten, ist angesichts der verstärkten Lage des ganzen Angelsachsentums und besonders des verstärkten englischen Einflusses auf der ganzen Welt der Krieg für uns verloren und unsere Entwicklung unterbunden. (Die inneren Kriegsziele haben die Feinde ja bei uns schon gewonnen.) Der einzige Lichtblick in der Kanzlerrede war die Drohung, daß die Antwort auf die Papstnote keinen Freibrief für die freventliche Verlängerung des Krieges bedeute!

### Die Entwicklung im Osten.

Die durch unsere Siege bedingten russischen Zustände, welche zum Angebot des Waffenstillstandes geführt und damit mittelbar auch das gleiche Angebot Rumäniens veranlaßt haben, versprechen dort, eine glückliche Entwicklung nach der Richtung der Neuordnung im Innern, des Friedens nach außen immer sicherer und folgerichtiger einzuschlagen. Es steckt ein ernster Wille dahinter, der sich nicht mehr beirren läßt. Die weltgeschichtliche Ironie spricht übrigens deutlicher denn je zugunsten der

ehrlichen Mittelmächte. Zuerst zeigten die veröffentlichten Geheimverträge aller Welt daß seit jeher auf unserer Seite Freiheit und Friedenswille, auf der unserer Feinde brutale Macht- und Raubgier zu finden sind. Die Völkerbefreier und Retter der Zivilisation vergaßen dann noch zunächst soweit die Heuchlerpose, daß sie die Vorgänge in Rußland mit Drohungen und Schmähungen begleiteten und es anfangs ablehnten, die dortige Regierung anzuerkennen, — während die als autokratisch verlästerten Mittelmächte sofort ruhig und gelassen die Verhandlungen mit der siegreichen revolutionären Partei begannen, wodurch der endgültige Zusammenbruch der Entente eingeleitet wurde. Leider versäumte die Demokratie in Deutschland auch diesmal wieder, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, wie freiheitlich Deutschland handelt im Gegensatz zu den Westmächten. — So hoffnungsvoll sich die Dinge im Osten gestaltet haben, — es bleibt die bange Frage: was wird der Europäer v. Kühlmann von den nach Abschluß des Waffenstillstandes einsetzenden Friedensverhandlungen heimbringen?

## Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Graf v. Hertling hat in seiner Rede vom 29. November leider nicht eine Verbeugung vor einem Schlagwort unterlassen, das schon allenthalben gefährliche Massenpsychosen ausgelöst hat. Wir meinen das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Können denn alle Staatsmänner, auch die deutschen, nur noch in der Grammatik der internationalen Demokratie sprechen? Wenn sie es nicht schon wäre, müßte sie allein dadurch größenwahnsinnig werden. Mit besagtem Wort hat man in der Donaumonarchie leider offiziell und inoffiziell so lange gespielt, bis man nun mit größter Mühe die Folgeerscheinungen im eigenen Lande zu unterdrücken bemüht sein muß. Warum hat man denn nicht vor dem Kriege das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Vordergrund geschoben? Doch nur, weil damals die internationale Grammatik noch nicht so in der Mode war. Völker, die nicht vor dem Kriege die Kraft hatten, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, sollen es jetzt tun können unter gänzlicher Ausschaltung des Schwergewichtes des deutschen Blutes, das um sie geflossen ist? Auf Grund welches Rechtstitels? Zwei Mächte haben allerdings ein großes Interesse an der Durchdringung dieses Schlagwortes: die internationale Demokratie und die internationale Bankwelt! Sie beide gedeihen am besten in möglichst vielen kleinen, möglichst parlamentarisch regierten Staaten. Jedes kleine Parlament, jede kleine „Volksregierung" bietet so und so viele Einfallstore für ihren Einfluß und ihre Macht. Es ist nur nicht einzusehen, warum gerade Deutschland das Vordringen dieser dem völkische Gedanken im Grunde feindlichen Kräfte fördern soll. Deutschland muß militärische Grenzsicherungen seiner Ostmarken und zur Gesundung seiner Rasse und Sicherstellung seiner Ernährung Siedelungsland im Osten haben. Mit Rücksicht auf die deutsche Geschichte brauchen wir also nicht nur Kurland und Litauen, sondern unbedingt auch noch Esthland und Livland. Will man nun bloß aus Rücksicht auf ein Schlagwort das Reich der Gefahr aussetzen, daß unsere Grenznachbarn, die nur infolge unserer Siege und unserer Besetzung überhaupt an irgendein „Selbstbestimmungsrecht" denken können, dem angelsächsischen Einfluß verfallen? — Rußland ist nicht so wehleidig wie unsere Sozialdemokraten. Es ist sicher froh, so rasch wie möglich Frieden schließen zu können. Mit Rücksicht auf den russischen Staatsbankerott wird die Entente es nicht mehr hindern. Rußland würde es schwerlich begreifen, wenn wir mit dem Rechte des Schwertes erworbenes, altes deutsches Land einem Schlagwort zuliebe

preisgäben. Sähe das nicht wie Ruhebedürfnis um jeden Preis aus und gäbe allen Kriegshetzern in Rußland neue Nahrung? Man rede doch nicht davon, daß wir in Rußland „Revanche-Gedanken" großziehen würden! Das ist ganz schematisch aus dem französischen Einzelfall heraus verallgemeinert! Hat die Türkei Bulgarien gegenüber „Revanche-Gedanken" gehegt? Sie sind längst Bundesgenossen. Ebenso ist es auf der Gegenseite mit Japan und Rußland. Jeder Fall liegt eben anders in der Politik. —

### Aufgaben der völkischen Kreise.

Wir stehen nun in scharfem Kampf der materiell ausgerichteten, zu Parteiseelen zusammengeschlossenen oder international abirrenden Einzelseelen gegen den Kristallisationskern der ideell ausgerichteten, werdenden Nationalseele, die in dem alldeutsch benannten Gedanken ihren Ausdruck findet. Man wirft ihr gerade von gehässiger gegnerischer Seite materielle Machtgelüste vor. Das ist Verkennung. Jede Seele soll sich nicht an Schwärmen, Selbstbespiegeln und Bewußtsein des „Werdens" genügen lassen, sondern hat die Pflicht, zu schaffen und zu wirken. Das kann sie nur mit Hilfe eines gesunden, seines freien Gebrauches sichern Körpers. Ohne einen solchen muß jede Seele zerflattern und verkümmern. Der Körper der werdenden deutschen Nationalseele ist das Deutsche Reich mit seinen Entwicklungsmöglichkeiten. Diese werden leider nicht allein von ihm selbst bestimmt, sondern auch von dem Willen seiner Nachbarn. Da der nachbarliche Wille aus Angst, Neid und Mißgunst gegen die werdende Deutsche Nationalseele bösartig ist, muß sich diese in der nie wiederkehrenden Gelegenheit des Weltkrieges den Boden schaffen, auf dem sie ungestört und sicher ihre ganze Eigenart entfalten kann. Ist diese Sicherung einmal vorhanden, mag sie auch in einigen Verästelungen wieder ein wenig schwärmen, oder sich passiver Betrachtung hingeben, soweit sie nicht dabei den festen Boden unter den Füßen verliert und ihre Weltaufgabe vergißt. Ohne diese Sicherung bleibt sie ein siechES Mißgewächs, das vom Ausland verachtet und zertreten wird.

Daher also: im Innern Ersatz des mechanisch-materiellen Gleichheitswahlrechtes, welches die feinen Keime der Nationalseele mit seinem Gewicht erdrücken oder nach der irrigen internationalen Seite hinüberzerren und zerreißen hieße, durch ein national-organisches, ständisches Berufwahlrecht, wie es in dem Aufsatz von Professor Dr. Unold dargelegt ist! Dazu gehört allgemein die Aufklärung des Volkes über das Wesen und die ungeheure Schädlichkeit der radikalen Parteipresse, die teils als Selbstzweck reines Geschäft ist, teils als Mittel der Parteien den Trieb zur Erkenntnis der Wahrheit und der vaterländischen Notwendigkeiten im Volk ausschaltet und vernichtet. Überall, in Stadt und Land, in Vereinen und Versammlungen müssen die völkischen Kreise, die Schützer der werdenden Nationalseele, an den sich täglich zu Hunderten bietenden Beispielen die Bevölkerung über die verwerflichen Methoden der radikalen Parteipresse im Dienste von engen Parteidogmen, selbstherrlichen Parteiführern und etwa hinter beiden stehenden Mächten aufklären und den Willen zur selbständigen Erkenntnis und Entscheidung wachrütteln. Das lähmende geistige Joch der radikalen Parteipresse muß von unserem Volke abgeschüttelt werden. Früher kann sich die Nationalseele nicht kräftig entwickeln. Des weiteren müssen aber die völkischen Kreise allenthalben das Banner der wirtschaftlichen Erneuerung entfalten und die Fragen der Siedelung, der Kriegerheimstätten, der Wohnungsreform, der ganzen Rassenhygiene, der Übergangswirtschaft, der sozialen Steuerreform u. ähnl. führend, in großzügigem Sinn in gesetz-

geberische Formen gießen! Es hätte längst geschehen müssen, dann wäre der ganze Wahlrechtsjammer nicht heraufbeschworen worden. Das prachtvolle Programm, das Heinrich Claß in seinen Kriegszielen aufgestellt hat, wartet schon lange auf Erfüllung!

Wenn wir dann nur noch Ausdauer genug haben — auch darüber muß die Aufklärung weitergehen! —, um eine verfrühte Geschäftsverständigung mit England zu vermeiden und dies in aller Ruhe der Naturnotwendigkeit der Kampfeinstellung entgegenreifen zu lassen, dann werden wir erreichen, was wir alle von Herzen ersehnen, und wozu jetzt im Osten hoffentlich der Grundstein gelegt wird: einen sieghaften deutschen Frieden!

# Unerfreuliches.

**Das preußische Abgeordnetenhaus auf Grund des Reichstagswahlrechtes.** Nach der „Denkschrift über die Wirkungen der Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen" würde sich im Vergleich zu jetzt das Bild des Abgeordnetenhauses etwa folgendermaßen gestalten:

| | Jetzige Zahl der preußischen Landtagsmandate | Zahl der Mandate nach Einführung des Reichstagswahlrechts |
|---|---|---|
| Konservative | 148 | 62 |
| Freikonservative | 54 | 17 |
| Nationalliberale | 73 | 31 |
| Fortschrittliche | 40 | 34 |
| Zentrum | 103 | 102 |
| Polen | 12 | 35 |
| Dänen | 2 | 1 |
| Welfen | 0 | 5 |
| Sozialdemokraten | 10 | 114 |
| Sonstige | 2 | 12 |

Bemerkenswert ist in erster Linie das Anschwellen der sozialdemokratischen und polnischen Mandate. Die Rolle des Züngleins an der Wage wird aber zweifelsohne dem Zentrum zufallen, das mit den Polen zusammen allein schon über 137 Stimmen verfügen würde. Es wird daher stets in der Lage sein, bei der Regierung seinen Willen durchzusetzen, da es nach Belieben imstande sein würde, durch Verbindung mit Rechts oder Links eine ausschlaggebende Mehrheit zu bilden. Für das überwiegend protestantische Preußen wäre das jedenfalls kein natürlicher und gesunder Zustand —, ganz abgesehen selbstverständlich von der großen Gefahr, welche die starke sozialdemokratische Ziffer für den Mittelstand und für alle Kulturaufgaben bedeuten würde. In Bayern hat das von den Liberalen gewünschte Wahlrecht bekanntlich den Erfolg gehabt, daß diese bei den Wahlen nahezu völlig ausgeschaltet worden sind, und daß das Zentrum die absolut herrschende Partei geworden ist. Will man in Preußen tatsächlich mit sehenden Augen den entsprechenden Weg gehen?

# Erfreuliches.

**Arbeiter und Deutsche Vaterlandspartei.** Der Südwestdeutsche Arbeiterverband, der 15000 Mitglieder zählt, hielt kürzlich in Mannheim eine Vorstandssitzung ab und nahm folgende Entschließung an:

„Der Südwestdeutsche Arbeiterverband hat aus den Kundgebungen der Vaterlandspartei entnommen, daß diese einen Frieden erstrebt, der eine Entschädigung bringen soll für die schweren Schäden, die das deutsche Volk an Gut und Blut durch den uns aufgezwungenen Krieg erleidet. Gleich ihr hält er es für falsch, angesichts unserer günstigen militärischen Lage von vornherein einen Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen anzubieten. Wäre 1871 ein solcher Friede zustande gekommen, so wären die 5 Milliarden dem französischen und nicht dem deutschen Volkswohlstand zugeflossen; die Schlachten fänden jetzt vermutlich am Rhein statt und gerade die dort wohnenden Arbeiter hätten aufs schwerste darunter zu leiden. Der Verband ist überzeugt, daß wenn das ganze deutsche Volk auf dem Boden der Vaterlandspartei stände, das feindliche Ausland mehr Achtung vor ihm und seiner Kraft haben würde und weniger unverschämte Forderungen stellen würde. Er vertraut gleich der Vaterlandspartei, daß die Siege unserer Heere — wie jetzt in Italien — die Gegner eher zur Einsicht und zum Frieden bringen, als papierene Entschließungen. Er begrüßt es, daß die Vaterlandspartei den Siegeswillen stärken will; denn unter der Propaganda der „Verzichtpolitiker" müßten sonst die Leiden des Krieges zur Trostlosigkeit führen. Er vertraut, daß die Vaterlandspartei uferlose Forderungen ablehnt, hält es aber in dem Streite der Meinungen für richtig, sich zu den Lebensfragen des deutschen Volkes unzweideutig zu erklären. Er empfiehlt deshalb seinen Mitgliedern den Beitritt zur Vaterlandspartei."

**Gegen den Terrorismus.** Kürzlich tagte eine Versammlung der Vertrauensmänner der Metallarbeiter des Verbandes der katholischen Arbeitervereine; in der folgende Entschließung einstimmig angenommen wurde:

„Die im Restaurant Schultz zu Berlin am 11. November 1917 versammelten Metallarbeiter des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) nehmen mit größter Besorgnis von den auf die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung gerichteten Bestrebungen Kenntnis. Sie erblicken in der Aufhebung dieser gesetzlichen Bestimmungen nicht eine Erweiterung und Sicherung, sondern die bedenklichste Gefährdung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Die Beseitigung des § 153 würde dem gewerkschaftlichen Terrorismus Tür und Tor öffnen, insbesondere einen allgemeinen Streik in der Rüstungsindustrie zum Schaden von Staat und Arbeiterschaft begünstigen und den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege erschweren. Um Recht und Pflicht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in angemessener Weise abzugrenzen und die Koalitionsfreiheit sicherzustellen, empfiehlt die Versammlung dringend den Weiterausbau der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Einigungsämter mit entscheidender Kraft des Schiedsspruches sowie Errichtung von Arbeitskammern. Allen Versuchen, die deutsche Arbeiterschaft während des Krieges zu gemeinsamen Arbeitseinstellungen zu veranlassen, begegnen die Versammelten mit dem Gelöbnis, im Wetteifer mit ihren feldgrauen Brüdern auch daheim ihre Pflicht bis zum äußersten zu erfüllen, bis der entscheidende Sieg erfochten ist, der Deutschland und Österreich eine glückliche wirtschaftliche Zukunft verbürgt."

# Bücherschau.

**Aug. Schmid: Die Gewalt als Grundlage des Rechts.** Ernst Trindh Verlag, Basel 1917.

Es ist bedauerlich, daß manche Bevölkerungsschichten in Deutschland sich selbst durch die Erfahrungen des Weltkrieges nicht dazu bewegen lassen, Welt und Dinge klar so zu sehen, wie sie wirklich sind. Das gehört aber zur Pflicht eines reifen Staatsbürgers. Es ist zwar viel leichter und bequemer, die eigene Gefühlsseligkeit und den eigenen Mangel an Herreninstinkten auch der ganzen übrigen Welt anzudichten, diese in Gedanken gerührt in die Arme zu schließen und jede Verbrüderungsphrase mit Begeisterung für bare Münze zu nehmen, — aber Leute, die auf solche Weise der Schwäche und Kurzsichtigkeit huldigen, sollten nicht den Anspruch erheben, im öffentlichen Leben unter Männern ernst genommen zu werden. Daß man es je getan hat, ist uns teuer genug zu stehen gekommen. Daß sie sich aber im vierten Jahre des von unseren Feinden zu unserer Vernichtung bzw. Versklavung geführten Krieges mit ihren Phantasien weiter denn je hervorwagen, ist auch ein Zeichen jener von verschiedenen Seiten geförderten Geistesverwirrung, die wie ein Alp auf unserem öffentlichen Leben lastet. Unsere inneren Feinde haben es durch eine jahrzehntelange geistige Vergiftung tatsächlich so weit gebracht, daß die natürlichsten und selbstverständlichsten Überlegungen vielfach als etwas Fremdes angestaunt und — als „alldeutsch" und „schwerindustriell" bekämpft und verdächtigt werden.

Da darf man denn nicht müde werden, immer wieder die geistigen Waffen bereit zu halten und zu verteilen, mit denen jene künstliche Geistesverwirrung erfolgreich bekämpft werden kann. Zu diesen geistigen Waffen gehört zweifelsohne das oben genannte Buch. Es zerstört mit erfreulicher Schlagkraft jenen törichten und oberflächlichen Wahn von irgendeinem in den Wolken schwebenden, immer vorhandenen und aus sich heraus wirkenden „Recht", das nur alle Welt anzuerkennen brauchte — aber nur aus reiner Böswilligkeit" anzuerkennen vergißt! —, damit das Paradies und der ewige Friede auf Erden herrschten. Demgegenüber räumt der Verfasser unerschrocken allen Wust von falschen und oberflächlichen Vorstellungen beiseite und weist nach, daß alles Recht nur auf dem Boden der Macht und Gewalt sprießen kann, und daß statt des lebendigen Rechtes Anarchie und Willkür Platz greifen, wo die Macht und Gewalt aufhören, dem Recht Geltung zu verschaffen. — Die allgemeinen Beziehungen zwischen Recht und Gewalt, die Entstehung und Entwicklung der Staaten, die Beziehungen der Staaten untereinander, die mannigfachen Friedenstheorien und ihre Gefährlichkeit sowie endlich die Bedeutung der Macht als Grundlage des Völkerfriedens bilden den Inhalt der klaren und scharfsinnigen Erörterungen des Buches, das sich mit allen unreifen pazifistischen und Verständigungsplänen und ihren irrigen geschichtlichen und psychologischen Voraussetzungen mit ruhiger Sachlichkeit und doch angenehmer Deutlichkeit auseinandersetzt. Möge es die große Beachtung finden, die es verdient!

**Schehmann,** Prof. Dr. Ldw.: **Gobineau.** Eine Biographie. 1. Band 579 S. 2. Band 750 S. Straßburg. Trübner.

**Derselbe: Quellen und Untersuchungen zum Leben Gobineaus.** 1. Band 435 S. Straßburg, Trübner.

Mitten im Weltkriege ist Schemanns Gobineaubiographie vollendet worden, und ihr Erscheinen ist trotz des Lärmes der Schlachten nicht unzeitgemäß. Die Verfechter völkischer Weltanschauung pflegen sich auf Gobineau zu berufen, weil Gobineau die überragende Bedeutung der Rasse für Geschichte Kultur und Leben der Völker entdeckt hat. Man findet bei völkischen Schriftstellern freilich nicht selten recht oberflächliche Urteile über Gobineau und seine Lehre. Möge das umfassende und gründliche Werk Schemanns daher zu einer Vertiefung und Klärung der Ansichten über einen unserer Großen beitragen. Ich sage unserer Großen, obwohl Gobineau Franzose war. Aber er ist seinem innersten Wesen nach ein germanischer Denker. Daher haben ihn in seinem Vaterlande nur wenige zu würdigen verstanden, während er in Deutschland viele Verehrer hat. Möchte er in Zukunft immer mehr unser werden.

Ich möchte an dieser Stelle nicht auf Gobineaus großes Werk über die „Ungleichheit der Menschenrassen" eingehen, sondern nur seine Stellung zu einer Frage herausgreifen, die heute im höchsten Maße zeitgemäß ist und die Schemann auf S. 513 bis 523 des zweiten Bandes behandelt. Gobineau sah in dem schrankenlosen Umsichgreifen des russischen Reiches seit Peter dem Großen eine ungeheure Gefahr für Europa. Die Slawen seien von Natur zwar friedlich und seßhaft; unter der Führung unternehmungslustiger Stämme, wie der Goten und Waräger, hätten sie aber schon mehr als einmal in der Geschichte eine große Stoßkraft entfaltet. Neuerdings wachse besonders aus ehemals deutschen Familien in Rußland ein Führergeschlecht heran, das

die ungehemmt sich vermehrenden Massen der Slawen in einer ungeheuren Flutwelle über Europa zu wälzen drohe. So wurde Gobineau in den 70er Jahren zum Seher jener örtlichen Gefahr, die weiten Kreisen unseres Volkes eigentlich erst durch den Weltkrieg deutlich geworden ist und beschränkten Kreisen selbst heute noch nicht. Indem Gobineau, der französische Diplomat, derart Westeuropa gegen die slawisch-mongolische Gefahr aufrief, erhob er sich turmhoch über die kleinliche Gefühlspolitik seiner Volksgenossen, die sich von dem blinden Haß der gekränkten Eitelkeit leiten ließen an Stelle der großen Gesichtspunkte. Für Gobineau war dabei der leitende Gesichtspunkt die Sorge um die eigentlich europäische Rasse, deren Gefährdung durch die östlichen Mongolenmischlinge er klar erkannte. „Das ist die große Weltfrage", schrieb er im Jahre 1878.

Gobineau sah die Entwicklung der Rassenfrage pessimistisch an; auch innerhalb der einzelnen europäischen Völker sah er die minderwertigen Rassenelemente überhandnehmen und Hand in Hand mit dieser Verpöbelung sah er eine immer weiter zunehmende politische Macht des Pöbels heraufkommen. Er war aber eine heroische Natur und weit entfernt, eine Entwicklung bloß darum als berechtigt oder gut anzuerkennen, weil sie tatsächlich ist.

Ich habe dieses Streiflicht auf eine Einzelfrage geworfen, um zu zeigen, daß Gobineau für uns keineswegs veraltet ist. Er war ein erstaunlich vielseitiger Geist. Darum kann nicht nur der Rassenforscher, sondern auch der Politiker, der Historiker, der Philosoph, der Dichter, wie überhaupt jeder geistig interessierte Mensch reiche Anregung bei ihm finden. Allen diesen möge die Biographie von Schemann empfohlen werden. Wer nur einen ganz knappen Überblick sucht, dem sei Schemanns kleine Schrift über „Gobineau und die deutsche Kultur" empfohlen, die in der Werdandi-Bücherei, Leipzig, Verlag Eckardt, erschienen ist. Ich kann freilich dem Verfasser nicht in allen Punkten zustimmen. So halte ich Nietzsche trotz Schemanns Widerspruch für ganz und gar mit Gobineau verwandt, und zwar für den Größeren von beiden. Das beeinträchtigt aber natürlich nicht unsere Verehrung für den maßvolleren und vorsichtigeren Gobineau. Dr. F. Lenz.

**Dr. Friedrich Wichtl: Kramarsch, der wahre Anstifter des Weltkrieges.** J. F. Lehmanns Verlag. München. Preis 3,40 M.

Das Mitglied des österreichischen Reichsrates, Dr. Friedrich Wichtl, Wien, deckt an der Hand genauen Aktenmaterials die unheimliche und in jeder Beziehung verhängnisvolle Rolle auf, die der tschechische Reichsratsabgeordnete Dr. Karl Kramarsch, der „einflußreichste aller österreichischen Politiker", vor Ausbruch und während des Weltkrieges gespielt hat. Unzweifelhaft geht aus dem gründlich durchforschten und geschickt behandelten Material hervor, daß der mit allen Mitteln bedenkenlos auf die Zertrümmerung der Donaumonarchie und die Begründung eines tschechisch-slowakischen Reiches hinarbeitende Politiker an der Vorbereitung der Weltkatastrophe und ihrem Eintreten hervorragenden Anteil gehabt hat. Von ihm ist die ganze neuslawische Bewegung organisiert worden. Er hat die Fäden von Prag aus nach Petersburg, Belgrad, Rom, Paris, London, New York gesponnen! Er hat planmäßig den Kampf des Slawentums gegen das Germanentum gepredigt und vorbereitet und dazu der Einkreisungspolitik Eduards VII. in die Hände gearbeitet. „Kramarsch übertraf aber König Eduard VII. noch bedeutend, indem er die Einkreisung von außen durch eine Lahmlegung im Innern zu ergänzen suchte.... Die Maske der Loyalität trug er so täuschend, daß kein einziger der vielen österreichischen Staatsmänner ihn zu durchschauen vermochte.... Wir aber stehen mit angehaltenem Atem vor einem furchtbaren Abgrund und schämen uns unserer Blindheit und Vertrauensseligkeit."

Hochinteressant ist es, das Werden und Wachsen der Einkreisung der Mittelmächte an Hand des Buches zu verfolgen und die verschiedenen Organe der neuslawischen Bewegung, Personen, Presse, Vereine in ihrer lichtscheuen aber vielseitigen, weitreichenden Tätigkeit zu beobachten. Als treibende Kraft finden wir hinter allem Kramarsch. Seine fanatisch russische Frau, seine zahllosen Freunde in dem uns jetzt feindlichen Ausland werden in ihren gemeinsamen Machenschaften mit Kramarsch schonungslos bloßgestellt. — Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis: „Es ist daher durchaus unrichtig zu sagen, die Inlandstschechen kämpfen für die Ziele der Entente; gerade das Umgekehrte ist der Fall: die Entente kämpft für die Selbständigkeit des neu zu schaffenden tschechischen Staates, entsprechend den Zusicherungen, die sie vor Ausbruch des Weltkrieges dem Dr. Karl Kramarsch und Genossen gegeben hat."

Das Buch ist ein Dokument bedeutsamster Art für die Vorgeschichte des Krieges und insbesondere für die außergewöhnlich eigenartige innere Geschichte der Donaumonarchie und in beiden Eigenschaften für den Forscher wie für den Politiker unentbehrlich.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

**Dr. Erich Kaufmann: Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung.** Verlag von Julius Springer. Berlin 1917. Preis 1,20 M.

Alle Mitglieder des Verfassungs-Ausschusses sollten dies Buch lesen. Diese in erster Linie! Daneben aber auch alle jene, die sich ernstlich damit befassen, die klaren Grundlagen unserer Verfassung nicht nur zu erkennen sondern auch zu erhalten. Der Professor der Rechte an der Universität Berlin Kaufmann untersucht mit eingehender Fachkenntnis die einzelnen Bestandteile unserer Bismarckischen Verfassung, ihre Entstehung, Bismarcks Absichten und seine Stellung zu den einzelnen Problemen, das Verhältnis des Bundesrates zum Reichstage, die Kompetenzfragen, die Gründe für die äußerst wichtige Trennung zwischen Reichstags- und Bundesratsmitgliedschaft, sowie die Stellung Preußens in Deutschland. — Das Buch wird mit seinen logischen Ausführungen, soweit nicht einfach böser Wille dagegensteht, der dilettantischen Verschwommenheit auf dem Gebiete der Verfassungsfragen erfolgreich entgegenwirken. Kaufmann weist nach, „daß dieser Krieg zugleich ein Krieg um die Verfassungsform geworden ist" und findet die Wurzeln der radikalen Demokratisierungsbestrebungen in der Politik unserer Feinde. „Es ist von jeher das Ziel der französischen Politik gewesen, im Innern Deutschlands die einer starken Staatsgewalt abholden Elemente zu stärken... Dieselbe Rolle, die auf dem Wiener Kongreß das von Talleyrand vertretene legitimistische Souveränitätsprinzip erfolgreich spielte, soll jetzt wieder das Prinzip der Demokratie und der kleinen Nationen... spielen." Und ferner: „Wir würden in die Zeiten der heiligen Allianz zurückfallen, wenn wir wieder unsere Stellung in der Politik von universalistischen Ideen beeinflussen ließen: Die Betonung der internationalen Solidarität der demokratischen Interessen ist dieselbe Verfälschung des Staatsgedankens wie die der internationalen Solidarität der monarchisch-legitimistischen Interessen, die zum Unsegen so lange auf unserer inneren und äußeren nationalen Entwicklung gelastet hat.... Der Krieg wird zur sinnlosen Metzelei, wenn über seinen Ausgang nicht die durch ihn geschaffenen Machttatsachen, sondern internationale Prinzipien entscheiden sollen." — Das Charakteristische einer Verfassung sieht Kauf-

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)


**Ferd. Dümmlers Verlag, Berlin SW 68**

**Russische Expansionspolitik** 1714—1914 von Dr. F. Quadflieg. M. 4.—. „... Gerade in der jetzigen und noch mehr in der kommenden Zeit von unleugbarem Nutzen..." (Hamb. Nachr.)

**Geschichte Japans** von Prof. Hisho Saito. M. 4.50, geb. M. 5.50.

**Bismarck und seine Welt.** Grundlegung einer psychologischen Biographie von Oskar Klein-Hattingen. 3 Bände M. 20.—, geb. M. 23.—.

**Valuta und Kriegsziel**

5 Aufsätze von Dr. v. Kautzsch-Braun-Pfitzer (Banken und Börse, 3. Auflage) — 300 Urteile — M. 3.70 postfrei einschl.

Univ.-Prof. Dr. med. Adamkiewicz:

**Krebsoperation ein Verbrechen!**

Schriften zur Rasseveredelung:

**Mehr Schutz der Familie!**

Von Erstem Staatsanwalt Zeiler, Dr. med. Paulus u. Prof. Welti. 4 Hefte der „Natur und Gesellschaft", zus. M. 2.50 postfrei.

**Mutter und Kind der Zukunft im Spiegel der Eugenik.** Von Dr. med. Schuster. 60 Pfg.

**Über Sexualoptimismus** (Sittliche Forderungen). Von Kgl. Polizeiarzt a. D. Dr. med. Dreuw-Berlin. M. 1.90

**Geist des Verbrechens.** Von Staatsanwalt, Kgl. Amtsgerichtsrat Dr. E. Wulffen. M. 1.30 postfrei

**Fichtes religiöser Staat und die theol. Kritik.** Vom Herausgeber der „Natur und Gesellschaft" Dr. Dietze. M. 1.30 postfrei.

**Das Shakespeare Bacon-Problem**

Nach dem neuesten Stande der Wissenschaft kritisch behandelt in 23 Aufsätzen von Dr. Dietze.

Glänzend beurteilt. Bd. III/IV der „Natur und Gesellschaft". M. 13.— geh., M. 17.— geb.

In diesen sind vorbenannte Schriften mit enthalten.

**Vorrat nur noch sehr gering!**

**„Natur und Gesellschaft" Verlag, Berlin-Lichterfelde-Ost, Goethestr. 20**

(Fortsetzung der Bücherschau.)

mann in den besonderen organisatorischen Trennungen und Verbindungen der einzelnen Verfassungsorgane und sucht, auch geschichtlich, die Wirkung undeutlicher und unorganischer Verhältnisse dieser Faktoren zueinander nachzuweisen. „Bereits Montesquieu hatte gelehrt, daß, wenn die Exekutive keinen Anteil an der Legislative hat, diese despotisch wird: sie wird nach den Erfahrungen der Geschichte und nach der Natur der Sache zum Konvent" (S. 65). „Die Aufteilung der Regierungs- und Hoheitsrechte, die unsere Verfassungsurkunde zwischen dem Reich und den Einzelstaaten vorgenommen hat, macht eine parlamentarische Regierung unmöglich." Denn — so folgert Kaufmann — das Wesen der parlamentarischen Regierungsform besteht darin, „daß das der Majorität des Parlaments entstammende Kabinett Haupt der Vollziehung ist. Gerade das aber kann in unserem Reiche, wo die Vollziehung im Prinzip den Einzelstaaten überlassen ist, niemals eintreten, ohne die Einzelstaaten zu mechanisieren und im Grunde aufzuheben." (S. 62.) Mit gleicher Gedankenschärfe setzt sich dann Kaufmann mit dem Vorschlag von Preuß und Anschütz auseinander, für das preußische Staatsministerium die Kanzlerverfassung einzuführen (S. 85) und beleuchtet zum Schluß noch die Gefahren eines neuen Dualismus innerhalb Klein-Deutschland mit Rücksicht auf die elsaß-lothringische Frage. — Wie gesagt: das Buch weist eine ungewöhnliche Klarheit auf, so daß ihm in allen politischen Lagern die weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

---

Der Verlag **„Das Größere Deutschland", Dresden-A. 1.** (bereits bestens bekannt durch seine gleichnamige, zielbewußte, kerndeutsche Wochenschrift), hat der heutigen Auflage einen Prospekt seiner besonders zeitgemäßen Buchhandlung beigegeben, dessen Beachtung wir unseren Lesern aufs wärmste empfehlen können.

Im Anzeigenteil findet sich eine Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums betr. **Umtausch der Zwischenscheine für die 4½% Schatzanweisungen der VI. Kriegsanleihe,** auf welche die Leser hierdurch besonders aufmerksam gemacht werden.

---

**Anzeigen für das Februarheft**
**werden bis spätestens**
**15. Januar 1918 erbeten.**
**Geschäftsstelle der Monatsschrift**
**Deutschlands Erneuerung**
**München, Paul Heyse-Straße 26**


**Wer fremde Sprachen**
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
**Methode Gaspey-Otto-Sauer.**
Man verlange ausführliche Prospekte von
**Julius Groos, Verlag, Heidelberg.**

**Bühnen-Vertrieb**
Wir haben unserem Verlag einen Bühnen-Vertrieb angegliedert, der nur wertvolle Arbeiten annimmt.
Rundschreiben über die Vertriebsbedingungen kostenlos vom
**Drei Türme Verlag G. m. b. H.**
**Abt. Bühnen-Vertrieb** **Hamburg 6.**

**Der Kampf um das Dasein** wird demjenigen nicht mehr schwer, der die Verhältnisse durchschauen und die Einflüsse kennen lernt, die sein Leben, je nachdem er Stellung dazu nimmt, erschweren oder erleichtern, ihm Energie, Ausdauer, Sicherheit im Auftreten und Sprechen, Lebensmut usw. rauben oder schaffen. Verlangen Sie daher Prospekte über **Krebs' Lehrbriefkurse. H. Krebs,** Barmen D. 9, Werterstraße 51

**Wartburgstimmen**
**3. Liebesgabenheft der**
**Breslauer Hochschul-Rundschau**
**für die deutschen Akademiker unter den Fahnen**
Das im Umfange von 6 Bogen 4° erschienene Sonder-Heft der im 9. Jahrgange stehenden schlesischen Hochschulzeitung behandelt in Aufsätzen und Dichtungen namhafter Schriftsteller die Bedeutung der Wartburgfeier im Reformationsjahre 1817 für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
**Wertvolle Erinnerung für jeden deutschen Akademiker**
Das reich ausgestattete Heft ist gegen Einsendung von 1 Mark zu beziehen vom
**Breslauer Akademischen Verlage W. Finsterbusch**
**Breslau 2, Teichstraße 31.**
**Das Eberhard-König-Heft**
ist noch in einzelnen Exemplaren zu je **60 Pfg.** zu haben.
Neu hinzutretende Besteller auf die B. H. R. (jährlich 4 Mark) erhalten die Sonder-Nummer **kostenfrei.**

# Die Deutsche Zeitung

## das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

**Bezugsbedingungen:** Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

Kreuzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.– (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

Feldpostbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

**Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12**

Die

# Norddeutschen Monatshefte

sind im Dienst einer zeitlebendigen nationalen Volkskultur schöpferisch tätig. Sie wenden sich an jeden, der die geistige, künstlerische, wirtschaftliche und politische Not des Deutschtums erkannt hat und über diese Zeit des Kampfes hinaus Kraft und Liebe / aufbauend und kämpferisch / in den Dienst eines innerlich lauteren und erstarkenden Vaterlandes stellen will. Sie bilden im besonderen den Sammelplatz für alle Werte und Bestrebungen im norddeutschen Geistes- und Kulturleben.

## Sie sind die billigste deutsche Monatsschrift!

Einzelheft 70 Pfennig — Jahresbezug 7 Mark

**Die Hefte sind mit Kunstblättern erster deutscher Künstler geschmückt**

Neuere Probehefte gegen Einsendung von 80 Pf., ein Probeband mit drei verschiedenen Folgen gegen Einsendung von Mk. 1,20; ausführliches Rundschreiben kostenlos vom

**Drei Türme Verlag G. m. b. H., Hamburg 6.**

# Wer einen Angehörigen im Felde hat

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme und Verdun. Apparat mit 50 Bildern komplett M. 6.50 einschl. Porto. Versand gegen Nachnahme. Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

**Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.**

kostenlos zugesandt wird.

Neu erschienen:

## Hindenburg

**der Retter und Führer des deutschen Volkes in schwerer Zeit**

Von Prof. Dr. **Otto Stählin**
Hauptmann d. L. a. D.

Geheftet 60 Pfg.

Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau wird die Schrift mit innerer Teilnahme lesen. Der Krieger an der Front, der weiß, daß Hindenburg ihn von Sieg zu Sieg führt, die Männer und Frauen daheim, die es ihm danken, daß die Schrecken des Krieges der Heimat fern geblieben sind, die deutsche Jugend, die zu Hindenburg mit Begeisterung emporblickt, sie alle werden mit Freude nach dieser Schrift greifen.

**J. F. Lehmanns Verlag, München**

## Hakenkreuz-Schmuck!

Silbernes Hakenkreuz als Anhänger M. 8.—. Silberkettchen dazu M. 8.50.

Zum Julfeste bringen wir eine feine Zusammenstellung von **Broschen, Fibeln, Anhängern** und **Busennadeln** nach Entwürfen von **Walter Schulte vom Brühl** und andern Künstlern. — Werbeblatt Hakenkreuz frei. — Neu erschienen ist die Schrift „**Runenschmuck**" mit über 300 Entwürfen und Deutungen, sie kostet 60 Pfg. postfrei.

**Haus Eklöh, Lüdenscheid**

Kunstgewerbl. Werkstätten f. deutschvölkischen Schmuck u. Abzeichen

## Klingspor-Karten

Eine Mustersammlung von Spruchkarten mit und ohne Bilder

Jede Reihe von 10 Karten kostet M. 1.—

Man verlange Muster von

**J. F. Lehmanns Verlag in München**

*Deutscher Anker*

*Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.*

*in Berlin W 9, Eichhornstr. 9*

*Kriegs- Lebensversicherung*

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift **„Deutschlands Erneuerung"** Bezug zu nehmen.

**„Deutsche Minne"**

Beiträge von Luntowski, Riedel, Pudor und andern. 56 Seiten. Preis 1.20 Mark

**Sis-Verlag in Zeitz**

**Aufsehenerregende Neuerscheinung!**

# Dr. R. Kramarsch

# der Anstifter des Weltkriegs

**Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt**

**von Dr. Fr. Wichtl**

**Mitglied des österr. Reichsrates**

**Preis geheftet M. 3.40**

**Auf Grund der Akten des Kriegsgerichts wird hier in einwandfreier Weise nachgewiesen, wie Dr. Kramarsch neben König Eduard von England der Hauptanstifter des Krieges ist, wie er mit den leitenden Staatsmännern unserer Feinde Beziehungen unterhielt und wie er alles tat, sein Vaterland zu vernichten, um dem tschechischen Volke zum Sieg zu verhelfen.**

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße**

# Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

## Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

## Sanatorium Dr. Dornblüth

**WIESBADEN**

Erhöhte Lage am Wald

Auskunft kostenlos

## Landerziehungsheim im Taunus.

### Institut von Puttkamer

### Friedrichsdorf i. T.

Unterricht d. 10klass. höh. Mädchenschule nach dem Plan des Lyzeums. Christl. Hausordg., kl. Klass., indiv. Behandlung. Vorbereitung z. Sprachlehr.-Ex. Fortbildung in Wissensch., Sprachen usw. Koch- und Haushaltungsunterricht. Unterricht in Gartenbau, Obst- und Gemüseverwertung.

## Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München. 634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2**

**MILCH** vollkommen entbehrlich zum Joghurtgenuß. Joghurttabletten gestatten jederzeit und ohne Berufsstörung den Joghurtgenuß. Joghurt tötet wie die ärztliche Wissenschaft nachgewiesen hat die bakteriellen Darmgifte; verhütet Blinddarmentzündung und Unterleibsleiden; fördert die Heilung bei allen Stoffwechsel- und Darmkrankheiten. Joghurt ist ein seit Jahrzehnten erprobtes Vorbeugungs- und Heilmittel; ein hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel. Drucksachen u. ärztl. Gutacht. kostenl. Joghurt-Tabletten, 1 Schachtel = 100 Stück M. 5.—
Joghurt-Lecithintabletten, 1 Schachtel = 100 Stück M. 7.—

**Hubertushof D. E. Hohenpeißenberg,** Bayer. Hochl.

## Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

**Jugendheim Heidelberg**

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

## Aschaffenburg a. Main

## Pensionat Spessartblick

Höhere Mädchenschule. ✦ Neuzeitlich einger. Haus. ✦ Wissenschaftl., kaufm., hauswirtsch., gesellsch. Ausbildung. Trotz des Krieges gute Verpflegung. Prosp. u. Referenzen d. d. Direktion

## Hessische Handels-Lehranstalt

Rheinstraße 6 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer WILHELM SIEDERSLEBEN, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

## Wald-Pädagogium Bad Berka/Ilm

pflegt nach Godesberger Art

Gesundheit, tüchtiges Wissen, Kunst und Handarbeit.

*Eingehendste Erziehung in Familienhäusern.*

Auch Zarte gedeihen vortrefflich.

*80 Morgen Land und eigene Viehzucht sichern die Verpflegung.*

Realschule Gymnasium-Realgymnasium

## Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine!

✦✦ Hervorragende Bezugsquelle ✦✦

**Fritz Weitzel,** Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

## Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.)

Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

**Frau Frieda Hoeke-Kriele.**

**Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen**

# Wer geistig arbeitet,

der setzt sich leicht der Überanstrengung mit allen ihren schlimmen Folgen aus, wenn er nicht nach richtiger Methode zu Werke geht. Der eine muß sich riesig plagen, um das zu meistern, was der andere sich spielend aneignet. Dann gibt es viele, welche sich etwas wohl rasch einprägen, aber auch wieder rasch vergessen. Die allermeisten aber wenden viel mehr Zeit und Mühe für ihre Arbeit auf, als eigentlich notwendig wäre. Wenn die Geistesarbeiter zuerst alle ihre Fähigkeiten, die Beobachtungsgabe, die Konzentration usw. sorgfältig entwickeln und ausbilden würden, dann würde ihre Arbeit nicht nur viel flotter vonstatten gehen, sondern sie würde auch in ihrer Qualität ungeheuer gewinnen.

Betrachten Sie die vielen Tausende und aber Tausende von Wörtern der verschiedenen Sprachen, und Sie sehen, wie viele Verbindungsmöglichkeiten sich durch verschiedenartige Zusammenstellung von nur 25 Buchstaben ergeben, betrachten Sie die Millionen verschiedener Melodien, die aus ein paar Dutzend Noten geschaffen worden sind, und dann werden Sie eine kleine Ahnung von der fabelhaften Zahl der Verbindungsmöglichkeit bekommen, die sich aus den vielen Tausenden von Eindrücken und Begriffen ergeben, welche in unserem Gehirn aufgespeichert sind. Was anderes ist ein Genie als ein Geist, der im richtigen Augenblick die richtigen Ideen herausgreift und in Verbindung bringt. Und andere vermögen das nicht, weil ihr Wissen nicht geordnet und nicht jederzeit ihnen so lebhaft gegenwärtig ist, daß sie nur zugreifen brauchen.

Wie Sie Ihr Wissen am sichersten ausbauen, ordnen und stets gegenwärtig halten können, zeigt Ihnen am besten Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre, wie das von Tausenden von Anhängern bestätigt wird. Poehlmanns Geistesschulung ist keine Spielerei, kein totes Buch, sondern ein lebendiger Unterricht, welcher auf Ihre individuellen Bedürfnisse eingehen kann, welcher nicht von vornherein Unmöglichkeiten fordert, sondern ganz stufenweise zum Erfolg führt.

Verlangen Sie Prospekt (mit zahlreichen Zeugnissen aus dem Felde und aus der Heimat)

von

**L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München C 12**



Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

7. Jahrg. Heft 2 Februar 1918

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Volk und Krone .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Heinrich Claß
Deutsche Reichsgrenzen .. .. .. .. .. .. .. .. Prof. Dr. Dietr. Schäfer
Joh. Gottl. Fichte und der Friedensschluß . . .
Was würde der Friede von Brest-Litowsk dem deutschen Volke kosten? .. .. .. .. Friedrich Prinz zu Löwenstein
Zur Psychologie des Friedens .. .. .. .. .. Prof. Dr. Wilh. Weygandt
Krieg und Mädchenerziehung .. .. .. .. .. Prof. Dr. Otto Stählin
Graf Hertling .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Prof. Dr. Hans Freih. v. Liebig
Deutsche Bühnenpolitik .. .. .. .. . .. .. .. . . .
Bild der Lage – Bücherschau .. .. .. .. .. .. Dr. E. Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Preis: Vierteljährlich M. 5.– By Einzelheft M. 1.8

**Aufsehenerregende Neuerscheinung!**

# Dr. K. Kramarsch
## der Anstifter des Weltkriegs

**Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt von**

**Dr. Fr. Wichtl, Mitglied des österr. Reichsrates**

**Preis geheftet M. 3.40**

Auf Grund der Akten des Kriegsgerichts wird hier in einwandfreier Weise nachgewiesen, wie Dr. Kramarsch neben König Eduard von England der Hauptanstifter des Krieges ist, wie er mit den leitenden Staatsmännern unserer Feinde Beziehungen unterhielt und wie er alles tat, sein Vaterland zu vernichten, um dem tschechischen Volke zum Sieg zu verhelfen.

Nach Lesen dieses Buches verstehen wir all das, was uns bisher in Österreich fremd und unverständlich geschienen hat: das hochverräterische Treiben der Tschechen im österreichischen Reichsrat, die Reden des ehemaligen Ministers Dr. Forscht, eines P. Zahradnik, eines Staniek, Stribeny; die Meutereien tschechischer Truppenteile, die Fälle von Sabotage, Spionage und die Verrätereien jeder Art erscheinen plötzlich in ganz anderem Lichte, sie sind nicht mehr als Einzelerscheinungen, sondern als Ergebnisse einer unerhörten Verschwörung zu werten, die einen nicht geringen Teil des tschechischen Volkes bereits erfaßt hat.

Das Buch, das in das hochverräterische Treiben des tschechischen Volkes hineinleuchtet, liest sich infolge der Fülle hochinteressanter Einzelbeispiele wie ein spannender Roman. Leider ist es kein Roman, sondern furchtbare Wirklichkeit, mit der sich das deutsche Volk und seine Staatsmänner unbedingt vertraut machen müssen.

---

# Der Treubruch Italiens

## Mit Benützung amtlicher Quellen

**Von Ferd. Gruner, Stadtrat in Trautenau**

**Preis geheftet M. 1.20**

**Das gesamte Aktenmaterial, aus dem der schamlose Treubruch Italiens einwandfrei hervorgeht, ist hier übersichtlich zusammengestellt. Das Buch ist besonders zeitgemäß.**

„Schwäbischer Merkur", Stuttgart: „Ferd. Gruner schildert in eindringlicher, durchweg auf den amtlichen Urkunden aufgebauter Darstellung Italiens unerhörten Verrat am Dreibund. Die Geschichte dieses Verrates liegt ja so offen zutage, daß auch die Forschung der Zukunft kaum mehr wesentlich neue, das Gesamturteil beeinflussende Züge wird hinzufügen können. Die Männer, die das Verbrechen am Dreibund, vor allem an ihrem eigenen Lande begangen haben, bleiben gerichtet."

„Kieler Neueste Nachrichten": „Die ganze zynische Unwahrheit der italienischen Politik wird aktenmäßig lückenlos aufgedeckt. In einem Nachwort, in dem man deutlich die Meinung höchst einflußreicher Kreise zu hören meint, wird mit allem Nachdruck gegen das Ansinnen Stellung genommen, als ob man in Wien jemals daran denken würde, noch einmal jene Anbietungen Italien gegenüber zu machen, die im Mai 1915, als sich der Staat zufolge des Einfalls der Russen in Galizien in großer Gefahr befand, notgedrungen zu machen genötigt sah. Das Schwert wird über diese Dinge entscheiden und Italien früher oder später sich dem Sieger unterwerfen müssen."

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße 26**

# BELGIENS VOLKSWIRTSCHAFT

IN VERBINDUNG MIT KARL BITTMANN · JOSEF VON GRASSMANN · GEORG JAHN · KARL RATHGEN · FRITZ SCHULTE

HERAUSGEGEBEN VON

HANS GEHRIG UND HEINRICH WAENTIG

Mit 1 Karte. (ca. 320 S.) 8. 1917. Geh. ca. M. 8.—, geb. ca. M. 9.—

Um zu den an das Problem Belgien sich knüpfenden Fragen Stellung zu nehmen, bedarf es nicht nur bestimmter politischer Bestrebungen und politischer Ideale, sondern vor allem genauer Kenntnisse, die durch keine Tendenz ökonomischer oder politischer Art irgendwie getrübt sind. Während die historisch-politische Entwicklung unseres Nachbarstaates vielfach gewürdigt wurde, behandeln die vielen Broschüren, die in den letzten Jahren über Belgien als Wirtschaftskörper erschienen sind, entweder nur einzelne Punkte oder lassen eine objektive Darstellung vermissen. Andere Übersichten über Belgiens Industrie oder Handel sind zu allgemein oder verarbeiten das zusammengetragene Material nicht genügend, so daß sie nicht als geeignete Führer angesprochen werden können. Es gilt also, hier eine Lücke auszufüllen und damit ein Versäumnis nachzuholen, welches — wie offen zuzugestehen ist — die wissenschaftliche Forschung begangen hat, um so mehr als insbesondere die französische Literatur politischen Bestrebungen durch zusammenfassende Darstellungen des Geistes und Inhalts der belgischen Volkswirtschaft vorarbeitete. Ein auf wissenschaftliche Gründlichkeit und doch zugleich allgemein verständliche Darstellung Anspruch erhebendes deutsches Werk fehlte. Wenn vorliegendes Buch beiden Aufgaben dienen sollte, so konnte das nur durch gemeinsames Wirken verschiedener Fachmänner geschehen, die mit den belgischen volkswirtschaftlichen Verhältnissen und ihren weltwirtschaftlichen Be-

VERLAG VON B. G. TEUBNER IN LEIPZIG UND BERLIN


V. ph. XI. 17. 22 T.

dingungen und Wirkungen aus persönlicher Anschauung vertraut waren. Herausgeber und Mitarbeiter sind ausnahmslos in der deutschen Verwaltung des Landes länger tätig gewesen. Sie haben aus eigener Beobachtung und durch Studium des besten belgischen Materials und anderer Quellen ein Bild entworfen, dessen Hauptziel ist, Belgiens Volkswirtschaft nach dem Stand etwa bei Kriegsausbruch in seinen Hauptzügen, nach ökonomischem Inhalt und sozialer Form, zu schildern. Da ein Verständnis der gegenwärtigen belgischen Volkswirtschaft nur auf Grund der Kenntnis ihrer Genesis möglich ist, wird das Buch eingeleitet durch eine Schilderung der Entstehung, während ein Schlußabschnitt durch Skizzierung der Entwickelungstendenzen auch eine Beurteilung ihrer Zukunft ermöglicht. Die historische und die deskriptive Analyse wird durch eine mehrfarbige originale Karte, Literaturverzeichnis und Register unterstützt.

## Inhaltsverzeichnis


Vorwort. Einleitung.

I. Teil: Die Entwicklung der belgischen Volkswirtschaft 1715–1908. Von Dr. Heinrich Waentig, o. Prof. a. d. Universität Halle (z. Z. Brüssel).
   1. Die Entstehung der belgischen Volkswirtschaft 1715–1830.
   2. Der Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit 1830–1863.
   3. Die wirtschaftliche Expansion 1863–1908.

II. Teil: Die Grundlagen d. heutigen Volkswirtschaft Belgiens.
   1. Die Bevölkerung.
      a) Bevölkerungsaufbau und Bevölkerungsbewegung. Von Dr. Georg Jahn (z. Z. Brüssel).
      b) Die soziale Gliederung. Von Dr. Hans Gehrig, o. Prof. a. d. Technischen Hochschule Dresden (z. Z. Brüssel).
   2. Die wirtschaftspolitischen und sozialen Triebkräfte. Von Prof. Dr. Hans Gehrig.

III. Teil: Der Aufbau der belgischen Volkswirtschaft.
   1. Die Landwirtschaft. Von Dr. Georg Jahn.
   2. Der Bergbau. Von Dr. Georg Jahn.
   3. Das Gewerbe.
      a) Die heutige Industrie. Von Dr. Georg Jahn.
      b) Sozialpolitik. Von Geh. Regierungsrat Dr. Karl Bittmann, Direktor des Großherzogl. Gewerbeaufsichts-Amtes (Karlsruhe).
   4. Der Handel. Von Prof. Dr. Heinrich Waentig.
   5. Verkehrswesen. Von Kgl. Ministerialrat Geh. Rat Dr. Josef von Grassmann (München).
   6. Geld-, Bank-, und Börsenwesen.
      a) Der Geld- und Kapitalmarkt von Dr. Fritz Schulte, Archivar der Bayerischen Handelsbank (München).
      b) Die Brüsseler Börse. Von Prof. Dr. Hans Gehrig.
   7. Der Kolonialbesitz. Von Prof. Dr. Karl Rathgen (Hamburg)
   Anhang: Belgiens Volksvermögen. Von Prof. Dr. Hans Gehrig.

IV. Teil: Entwicklungstendenzen. Von Prof. Dr. Heinrich Waentig.

Literaturnachweis. Von Prof. Dr. Hans Gehrig.

Namen- und Sachverzeichnis.

### Der Individualismus im belgischen Wirtschaftleben

Der Individualismus äußert sich nicht nur im Lebensbehagen, wonach der Verdienst nicht Endzweck, sondern Mittel ist, — „Leben und arbeiten gerade so viel, als zum gut-Leben notwendig ist. Was braucht es mehr?" sagt Nautet — sondern auch darin, daß der Unternehmer sich in seinen Betrieb nicht hineinreden lassen will, was beispielsweise auch die nicht sehr fortgeschrittene Betriebskonzentration und die im Vergleich zu anderen Ländern geringe Kartellierung der belgischen Industrie, zum Teil auch die häufig zu beobachtende technische Rückständigkeit und die veralteten Arbeitsweisen der Betriebe miterklärt. Auch der belgischen Landwirtschaft wirft man trotz intensiver Kultur vielfach altmodische Methoden vor. Zu erwähnen ist hier auch die Zurückhaltung des belgischen Bankiers in Kreditgewährung, so daß den „kulanteren" Deutschen ein gutes Geschäft zufiel, wie diese ja auch in Antwerpen den langsameren Belgier in vieler Hinsicht überflügelt haben. Aber solcher mit dem kleinbürgerlichen Grundzug und der Freude am Genuß und Lebensbehagen zusammenhängenden Ablehnung des Nur-Verdienens, des „Amerikanismus" stehen gegenüber Eigenschaften wie Rührigkeit und Spekulation, die sich auch durch Rückschläge und starke pekuniäre Verluste nicht entmutigen ließ, und jene Neigung, die Welt wenigstens einige Jahre lang auf erwerbswirtschaftlichen Studienreisen kennen zu lernen. Hierbei ist ein interessanter Gegensatz zum deutschen System der, daß der (in Mons oder Lüttich vorgebildete) Ingenieur auch zugleich die organisatorische Leitung und eine Mitbeteiligung am Auslandsunternehmen erhält, was der belgischen Industrie sehr zugute kam durch Sicherung des Mehrabsatzes (während der deutsche Techniker in solchen Fällen im allgemeinen nur ein festes Gehalt erhält und von der Leitung, die den Kaufleuten überlassen bleibt, so gut wie ausgeschlossen ist). Bemerkenswert ist, daß auch einer der großen Techniker-Unternehmer der Neuzeit, Ernst Solvay, dessen Ruhm seine Sodawerke ebenso begründeten wie seine sozialen Einrichtungen ihn erhielten, ein Belgier ist, freilich auch dort seinesgleichen nicht hat: denn das ihn charakterisierende Streben, sich auch gedanklich über „die Prinzipien sozialer Orientierung" und die Möglichkeit vergrößerter Produktivität klar zu werden, und die von ihm mannigfach betätigte philantropische Förderung der Wissenschaft ist besonders dort eine Ausnahme, wo sich der Unternehmer im allgemeinen nur um privatwirtschaftlichen Vorteil, nicht aber um das ökonomische Prinzip als solches kümmert.

## Die Kohlenschätze Belgiens.

Durch die Aufschließung der Kampine erhält somit die belgische Volkswirtschaft gerade diejenigen Kohlen in großer Fülle, die ihr bisher stark fehlten. Zugleich wächst dadurch der wahrscheinliche Gesamtvorrat des Landes von 3 auf 11 Milliarden t an, die bei gleichbleibender Produktion in 450 bis 500 Jahren, bei Berücksichtigung des ständig wachsenden Industriebedarfs aber voraussichtlich in wesentlich kürzerer Frist verbraucht sein werden. Im Vergleich zu Ländern wie Frankreich, dessen sichere und wahrscheinliche Vorräte sich nur auf 17,5 Milliarden t belaufen, und Holland, dessen wahrscheinlicher Kohlenvorrat 4 Milliarden t wenig übersteigt, ist Belgien durch die Kampinefelder verhältnismäßig gut versorgt; dagegen bleibt es hinter England mit seinen 190 Milliarden t und vor allem hinter Deutschland, dessen wahrscheinlicher Vorrat an Stein- und Braunkohlen auf 423 Milliarden t berechnet worden ist, sehr stark zurück.....

Dieser straffen Anspannung der Produktion entspricht keineswegs die Rentabilität, die im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege sich wesentlich verschlechtert hat und sehr schwankend war. 1870 z. B. betrug nach der Annuaire statistique der Gewinn pro Tonne 0,91 Fr., 1880 : 0,23 Fr., 1885 : 0,40 Fr. 1890 : 2,84 Fr., 1895 : 0,41 Fr., 1900 : 4,26 Fr. und 1905 wieder nur 0,82 Fr. In den Jahren 1910 bis 1912, für die noch eingehende Nachweise vorliegen, gestaltete sich das Bild folgendermaßen: der Wert der Produktion war 1910 : 349 Mill., 1911 : 340 Mill. und 1912 : 380 Mill. Fr. während sich die Unkosten auf 337, auf 343 und 373 Mill. beliefen. Im ganzen wurde also 1910 ein Gewinn von 12 Mill., 1911 ein Verlust von 3 Mill., 1912 wieder ein Gewinn von 7 Mill. Fr. erzielt.

Die Ursachen für diese ungünstige Rentabilität sind nicht schwer zu erkennen. Die älteren Gruben bauen bereits in großer Tiefe ab, und auch viele neuere sind gezwungen, infolge des geringen Flächenumfangs der Konzessionen rasch hinunterzugehen. Je tiefer aber die Schächte in die Erde eindringen, und je dünner die Flöze werden, desto höher werden im Verhältnis zur Ausbeute die Kosten für die Anlagen unter Tage, die Luftzuführung und Entwässerung sowie die Heraufbeförderung der Kohle....

Eine Anpassung der Preise an diese gesteigerten Unkosten konnte nicht in genügendem Umfange durchgesetzt werden, da die Produzenten den belgischen Markt keineswegs beherrschten. Einheitliche Syndikatsbedingungen für den Verkauf fehlten. Teils wandten sich die Händler und großen Verbraucher direkt an die Werke, teils suchten Produzentenvereinigungen durch Festsetzung von Mindestverkaufspreisen den Markt zu beeinflussen.

## Die Lütticher Waffenindustrie

Eine besondere Stellung nimmt die Lütticher Waffenindustrie ein, die teils Fabrik-, teils Verlagsindustrie war und 13—14000 Arbeiter zählte. Der Hauptbetrieb, die „Fabrique nationale d'armes de guerre, Soc. An." in Lüttich-Herstal, deren Kapital sich zu zwei Fünfteln in deutschen Händen befindet, ist ein Riesenunternehmen (4500 Arbeiter, davon 3000 in der Waffenabteilung) mit stärkster Arbeitszerlegung, das täglich bis zu 500 Mausergewehre, 100 Karabiner F. N., 400 Jagdflinten (System Hammerleß, Lefaucheux, Browning) und 800 Browning-Pistolen sowie 500000 Patronen herstellte, also die Vorteile der Massenfabrikation in stärkstem Grade auszunutzen vermochte. Das gleiche gilt für die fast ganz deutsche Waffenfabrik von Pieper (vorm. Gayard), die etwa 1000 Arbeiter beschäftigte. Die Hausindustrie, die noch in den letzten Friedensjahren mehr Menschen beschäftigte als die Fabriken, verdankte ihre Lebensfähigkeit der weitgehenden Spezialisierung, die sich hier durchgesetzt hatte. Jede der in den Dörfern bei Lüttich liegenden Waffenschmieden, die sich zum Teil seit Jahrhunderten im Besitz derselben Familie befinden, beschäftigte sich nur mit der Herstellung einer einzigen Waffenart, meist Luxuswaffen, die die teure Handarbeit zu tragen und mit den Fabriken zu konkurrieren vermochten. Im Rohstoffbezug war die Waffenindustrie direkt vom Ausland abhängig, da vorzugsweise englischer und österreichischer Spezialstahl verarbeitet wurde; auch das Holz für die Gewehrkolben mußte zum größten Teil eingeführt werden, und die Hunderte von Werkzeugmaschinen der Fabriken waren meist deutschen Ursprungs. Der Umfang der Produktion ist nicht bekannt.[1]) Doch wurden Kriegsfeuerwaffen fast nur für den belgischen Staat hergestellt, während die Ausfuhr nach Afrika und anderen Kolonialländern geringfügig war. Dagegen erreichte die Ausfuhr an Jagd- und Luxuswaffen, die fast nach allen Ländern der Erde ging, die stattliche Summe von fast 19 Mill. Fr., und an Pistolen und Revolvern wurden zuletzt für 5 bis 6 Mill. Fr. ausgeführt.

1) Wie bedeutend die Produktion war, ergibt sich aber schon daraus, dass z. B. 1912 allein von der Banc d' épreuves des armes à fer in Lüttich 340545 Jagdflinten, 324821 Doppelflinten, 282299 Kavalleriepistolen, 575721 Revolver, 8350 Infanteriegewehre und Karabiner geprüft wurden.

### Der belgisch-deutsche Warenverkehr

Aus alledem ergibt sich, daß handelspolitisch Deutschland für Belgien etwas ganz anderes bedeutet als Belgien für Deutschland. Dies tritt noch weit stärker hervor, wenn man den verhältnismäßigen Anteil jedes von ihnen am gesamten Außenhandel des Nachbarlandes ins Auge faßt:

Prozentualer Anteil Deutschlands

| am | 1880 | 1890 | 1900 | 1910 | 1911 | 1912 | 1913 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Belg. Einfuhrhandel: | 14.5 | 10.9 | 14.7 | 13.5 | 13.4 | 14.2 | 15.1 |
| Belg. Ausfuhrhandel: | 19.1 | 18.9 | 22.1 | 25.9 | 26.8 | 25.5 | 25.3 |

Bei steigender Tendenz in Einfuhr und Ausfuhr nahm Deutschland vor dem Kriege ein reichliches Siebentel von Belgiens Einfuhrhandel, ein volles Viertel seines Ausfuhrhandels in Beschlag. Es stand den amtlichen Ziffern zufolge im Jahre 1913 als Einfuhrland an zweiter (nach Frankreich), als Ausfuhrland an erster Stelle. Ganz anders gestaltete sich das umgekehrte Verhältnis·

Prozentualer Anteil Belgiens

| am | 1880 | 1890 | 1900 | 1910 | 1911 | 1912 | 1913 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Deutsch. Einfuhrhandel | 6.8 | 7.4 | 3.6 | 3.6 | 3.5 | 3.6 | 3.2 |
| Deutsch. Ausfuhrhandel | 5.4 | 4.4 | 5.6 | 5.2 | 5.1 | 5.5 | 5.5 |

Bei sinkender Tendenz im Einfuhrhandel ist Belgiens Anteil am deutschen Ausfuhrhandel etwa konstant geblieben. Mit einem Satze von mindestens 3,2% der Einfuhr, von 5,5% der Ausfuhr stand es für Deutschland als Einfuhrland an achter, als Ausfuhrland an siebenter Stelle und wird in ersterer Hinsicht nur von den Vereinigten Staaten, Rußland, Großbritannien und Irland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Britisch-Indien und Argentinien, in letzterer nur von Großbritannien und Irland, Österreich-Ungarn, Rußland, Frankreich, den Vereinigten Staaten und den Niederlanden übertroffen. Alle übrigen Länder stellte es in den Schatten. Das ist gewiß eine gewaltige Leistung, doch reicht sie auch nicht im entferntesten an die Bedeutung Deutschlands für Belgien heran.

Man kann es unter solchen Umständen verstehen, wenn feinfühligere Naturen jenseits der Grenzen das belgisch-deutsche Wechselverhältnis auf handelspolitischem Gebiete doch als ein gegensätzliches empfanden, kraft dessen der stärkere Nachbar dem soviel schwächeren das Gesetz des Handelns vorzuschreiben in der Lage war. Um so wichtiger war es, daß daneben zwischen beiden Ländern kommerzielle Beziehungen entstanden, die in ausgesprochener Weise von dem Gedanken der Interessengemeinschaft beherrscht wurden.

### Löhne der belgischen Arbeiterschaft

Im Durchschnitt entfielen auf einen Arbeiter an Lohn in Deutschland 1636 Mark, in Belgien 1169 Mark; an Ausgaben für soziale Versicherungen in Deutschland 84 Mark, in Belgien 26 Mark; an Steuern in Deutschland 78 Mark, in Belgien 42 Mark. Es wurde also in Belgien auf einen Arbeiter weniger bezahlt an Lohn 467 Mark, an sozialen Versicherungen 58 Mark, an Steuern 36 Mark, zusammen 561 Mark. Die belgischen sozialen Belastungen mitsamt den Steuern bleiben im Durchschnitt hinter der deutschen Belastung mit jedem einzelnen dieser Faktoren zurück. Die Lohnunterschiede zwischen Deutschland und Belgien sind so beträchtlich, daß gegen sie die Unterschiede in sozialer und steuerlicher Belastung stark zurücktreten. In den beiden Beispielpaaren, die die geringsten und die höchsten Unterschiede zeigen, ist Belgien im Vorteil um 108 und 940 Mark beim Arbeitslohn, um 9 und 61 Mark bei der sozialen Belastung, um 16 und 94 Mark bei der Steuerbelastung, um 134 und 1022 Mark insgesamt....

Der Aufstieg der belgischen Löhne ist in der Regel stärker als der der deutschen Löhne. Durchweg aber sind die belgischen Löhne niedriger als die deutschen. Wird der deutsche Lohn = 100 gerechnet, betragen die Löhne in Belgien z. B:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| im Jahr 1906 | 74.1 | 65.8 | 64.4 | 67.6 | 95.8 | 95.9 |
| im Jahr 1912 | 77.3 | 68.2 | 65.6 | 67.7 | 89.5 | 80.4 |

Die belgischen Nominallöhne sind wesentlich niedriger als die deutschen. Die Lohnkurven beider Länder stiegen im Laufe der Jahre vor dem Krieg erheblich an, wobei sie sich näherten. Trotzdem bleibt ein beträchtlicher Unterschied zwischen den Nominallöhnen beider Länder bestehen, der stärker ins Gewicht fällt als der Unterschied in den Sozialbelastungen. Das tiefere Lohnniveau in Belgien ist mit bedingt durch die niedrigen Verkaufspreise der Exportindustrie, z. T. auch durch die mindere Leistungsfähigkeit der Arbeiter; es ist ermöglicht insbesondere durch die Billigkeit der Lebensmittel sowie durch Einschränkung der über die Ernährung hinausgehenden Bedürfnisse der belgischen Arbeiter.

In Deutschland fand seit einer langen Reihe von Jahren bis zum Krieg ein Aufstieg der Reallöhne statt. Aus dem Ansteigen der belgischen Nominallöhne darf geschlossen werden, daß in Belgien die Reallöhne durchschnittlich in etwa demselben Verhältnis wie in Deutschland gestiegen sind. Die Kaufkraft des Geldes, gemessen an den Preisen der Nahrungsmittel, ist in Belgien höher als in Deutschland. Dagegen ist die Kaufkraft des Lohnes in Deutschland höher als in Belgien.

Bei der Buchhandlung .....

in ..... bestellt der Unterzeichnete aus dem Verlag

von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

..... Expl. **Belgiens Volkswirtschaft** Von H. Gehrig und H. Waentig. Geh. ca. M. 8.—, geb. ca. M. 9.—

Expl.

..... **Belgiens Vergangenheit u. Gegenwart.** Von K. Hampe. 2. Aufl. M. 2.—

..... **Die Kriegsschauplätze.** Hrsg. v. Prof. Dr. A. Hettner. 5 Hefte.

**2. Der franz.-belg. Kriegsschauplatz.** V. A. Philippson. M. 1.80.
**3. Der östliche Kriegsschauplatz.** Von J. Partsch. M. 2.—. **4. Die Kriegsschaupl. auf d. Balkanhalbinsel.** Von N. Krebs u. Fr. Braun. M. 2.40. **5. Der Kriegsschaupl. in Armenien und Mesopotamien.** Von F. Frech. M. 2.40. **6. Das österr.-ital. Grenzgebiet.** Von N. Krebs. ca. M. 1.10. In Vorb.: **1. Der Kriegsschaupl. des Seekrieges i. d. Nordsee und im Kanal.** Von E. Mecking.

..... **Die Großmächte d. Gegenw.** Von R. Kjellén. 18. Aufl. M. 2.80, geb. M. 3.80

..... **Die polit. Probleme d. Weltkrieges.** V. R. Kjellén. 7. Aufl. M. 2.40, geb. M. 3.40

..... **Schwedische Stimmen zum Weltkrieg.** 2. Aufl. Geh. M. 2.40, geb. M. 3.40

..... **Westrußland in seiner Bedeutung f. die Entwicklung Mitteleuropas.** Mit einer Einleitung von M. Sering. Geh. M. 4.80, geb. M. 5.60

..... **Rußland.** Von A. Hettner. Mit 23 Kart. 3. Aufl. Geh. M. 4.80, geb. M. 5.20

..... **Der Weltkrieg und die Judenfrage.** Von M. Simon. Geh. M. 1.20

..... **Bulgarien und Rußland.** Von H. Uebersberger. Geh. M. —.80

..... **Englands Weltherrschaft und ihre Krisis.** Von A. Hettner. 3., umg. Aufl. Geh. M. 4.20, geb. M. 5.—

Expl.

..... **Der britische Imperialismus.** Von F. Salomon. Geh. M. 3.—, geb. M. 3.60

..... **Die Türken und das Osmanische Reich.** V. E. Oberhummer. Geh. M. 3.—

..... **Deutschland und der Weltkrieg. Tatsachen und Zahlen aus 3 Kriegsjahren 1914—1917.** Unter Benutzung neuester amtl. Quellen zusammengestellt von P. B. Fischer und P. Zühlke. Steif geh. M. 1.30. 100 Expl. u. mehr je M. 1.10, 250 Expl. M. 1.—, 500 Expl. M. —.90. 1000 Expl. M. —.70

..... **Teubners Kriegstaschenbuch.** Ein Handlexikon über den Weltkrieg. Hrsg. von U. Steindorff. M. 3.—, geb. M. 3.50

..... **Der Imperialismus u. d. Weltkrieg.** Von B. Marcks. M. —.60

..... **Die Zukunft des Völkerrechts.** Von H. Triepel. M. 1.—

..... **Der Krieg als Lehrmeister auf dem Gebiete des Rechts.** Von J. W. Hedemann. Geh. M. —.80

..... **Die Reform der staatswissenschaftl. Studien** unter besond. Rücksichtnahme auf die Kriegserfahrungen. Von H. Herkner. Geh. M. —.80

..... **Die Staatsauffassung der Engländer.** Von J. Hatschek. Geh. M. —.80

..... **Die Staatsauffassung der Franzosen.** Von F. Fleiner. Geh. M. —.80

..... **Das Wesen und die Aufgaben der Kriegshinterbliebenenfürsorge im Dtsch. Reiche.** In Verb. mit Grosse, Kraus, Schlotter, hrsg. v. Luppe. M. 1.50

## Aus Natur und Geisteswelt. Jeder Band geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

..... **Belgien.** V. P. Oßwald. 3. Aufl. (Bd. 501.)

..... **Die Baltischen Provinzen.** Von V. Tornius. 2. Aufl. (Bd. 542.)

..... **Polen.** 2. Aufl. V. R. F. Kaindl. (547.)

..... **Die Türkei.** V. P. R. Krause. 2. A. (B. 469)

..... **Indien.** Von Prof. Dr. S. Konow. (B. 614.)

..... **Kulturgeschichte des Krieges.** Von K. Weule, E. Bethe, B. Schmeidler, A. Doren, P. Herre. (Bd. 561.)

..... **Polit. Geographie.** B. Schöne. (353.)

..... **Umrisse der Weltpolitik.** Von J. Hashagen. 3 Bände. (Bd. 553/555.)

..... **Politische Hauptströmungen** in Europa im 19. Jahrhundert. Von weil. K. Th. v. Heigel. 3. Aufl. (Bd. 129.)

..... **Vom deutschen Volk zum deutsch. Staat.** Von P. Joachimsen. (Bd. 511.)

..... **Brandenburg.-preuß. Geschichte** Von Fr. Israel. 2 Bände. (Bd. 440/441.)

..... **Kriegsbeschädigtenfürsorge.** I. Verbindung mit Rebentisch, Schlotter, Back, hrsg. von S. Kraus. (Bd. 523.)

Betrag bitte nachzunehmen — wird gleichzeitig eingesandt

Ort und Wohnung: Unterschrift:

.....

Druck von B. G. Teubner in Leipzig.

# Deutſchlands Erneuerung

## Monatsſchrift für das deutſche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Profeſſor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Profeſſor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präſident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München

2. Jahrgang 1918 | Heft 2 | Februar


### Inhalt:


Volk und Krone (S. 81) .. .. .. .. .. .. .. .. .. Heinrich Claß
Abrechnung (S. 87) .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Fritz Carl Badendieck
Gebet (S. 88) .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Emanuel Geibel
Deutſche Reichsgrenzen (S. 89) .. .. .. .. .. .. .. Prof. Dr. Dietrich Schäfer
Joh. Gottl. Fichte und der Friedensſchluß (S. 103) .. .. * * *
Was würde der Friede von Breſt-Litowsk dem deutſchen Volke koſten? (S. 105) .. .. .. .. .. .. .. Friedrich Prinz zu Löwenſtein
Zur Pſychologie des Friedens (S. 113) .. .. .. .. .. Prof. Dr. phil. et med. Weygandt
Krieg und Mädchenerziehung (S. 122) .. .. .. .. .. Prof. Dr. Otto Stählin
Graf Hertling (S. 135) .. .. .. .. .. .. .. .. .. Hans Frhr. v. Liebig
„Deutſche Bühnenpolitik“ (S. 140) .. .. .. .. .. .. * * *
Bild der Lage (S. 142) — Bücherſchau (S. 157) .. .. Dr. Erich Kühn


# Volk und Krone.

## Von Heinrich Claß, Mainz.

Die innerpolitiſchen Vorgänge, die ſich während des Kriegs in unſerem Vaterlande abgeſpielt haben und noch abſpielen, beanſpruchen die Aufmerkſamkeit aller, die nicht eines Tages von vollendeten Tatſachen überraſcht ſein wollen. Der Ruf nach der „Neuorientierung“, die Behauptung, es habe ein „neuer Geiſt“ die Herrſchaft ergriffen, das Verlangen nach der Radikaliſierung des preußiſchen Wahlrechts und ſchließlich das offen ausgeſprochene Ziel der Sozialiſten und bürgerlichen Radikalen, im Deutſchen Reiche und in den größeren Bundesſtaaten das parlamentariſche Syſtem einzuführen — alles dies deutet darauf hin, daß wir an einer entſcheidenden Wende unſeres Verfaſſungslebens ſtehen, von der noch niemand ſagen kann, wie und mit welchen Folgen ſie ausgehen wird. Bei den Beſtrebungen der bürgerlichen und ſozialiſtiſchen Radikalen dreht es ſich am letzten Ende um eine Neuordnung des Verhältniſſes zwiſchen der Volksvertretung und der Krone, wobei der Anſchein erweckt werden ſoll, daß es ſich um das Verhältnis zwiſchen Volk und Krone handelt. Die Sozialiſten betreiben dabei ganz offenſichtlich, was man früher „Etappenpolitik“ nannte: für ſie iſt die

Einführung des parlamentarischen Systems nur die Vorstufe zur Abschaffung der Monarchie und die Einführung der Republik. Kein Zweifel, daß sie auch hierin bei den bürgerlichen Radikalen Bundesgenossen finden.

Die ganze Aufmachung des Kampfes, den die Radikalen führen, insbesondere das Verlangen des radikalsten Wahlrechts, das unser öffentliches Leben einfach den Massen, d. h. denjenigen ausliefern würde, die die Massen am bedenkenlosesten für ihre Zwecke zu lenken und zu brauchen, zu verführen und zu mißbrauchen verstehen — all diese Umstände tun dar, daß solche, die glückliche Volksvertreter sind, und solche, die es werden wollen, eine Verstärkung ihres vorhandenen und angestrebten Einflusses im Sinne haben, der mit der Einführung des parlamentarischen Systems zunächst bis zur Ablösung der Macht der Krone durch die Parlamentsmehrheit, besser gesagt ihrer Führer, gesteigert werden soll und als letztes Ziel die Republik erstrebt. Für diejenigen, die auf dem Boden der durch unsere Zeitschrift vertretenen politischen und Weltanschauung stehen, ist es ohne weiteres klar, daß die etwa verwirklichte Herrschaft der Führer der Parlamentsmehrheit ganz und gar nichts zu tun hat mit der angeblich erstrebten Verstärkung der Volksrechte, daß sie vielmehr gleichzeitig das Volk, wie es die Radikalen verstehen, also nur den Teil der Volksgesamtheit, den die für die Radikalen gewonnenen großstädtischen Massen darstellen, unter der Vortäuschung ihrer Herrschaft entrechtet und die zur Führung berufenen Schichten von Bildung und Besitz einfach jeder Einflußmöglichkeit beraubt. Die Änderung gegenüber dem jetzigen Zustande würde in der Sache darin bestehen, daß an Stelle der konstitutionell beschränkten Monarchie der Absolutismus der parlamentarischen Mehrheitsführer träte, denen als letzte Aussicht bei Durchsetzung ihrer Pläne die Möglichkeit winkt, im republikanischen Staate durch Wahl selbst Staatsoberhaupt werden zu können.

Es ist für uns kein Wort darüber zu verlieren, daß dies das Gegenteil eines Zieles sei, „aufs innigste zu wünschen", daß vielmehr alles geschehen muß, um solch eine Entwicklung abzuwehren. Hierbei werden sich die politischen Kreise, die die wahre Bedeutung dieses innerpolitischen Kampfes erkannt haben, nicht auf die reine Abwehr, nicht auf die bloße Verneinung des parlamentarischen Systems und gar der zukünftigen Republik beschränken dürfen, sondern sie müssen, indem sie die geschichtlich gewordene konstitutionelle Monarchie verteidigen, Besserungen betreiben, die sie den Aufgaben der Zeit gewachsen machen.

Es wird sich darum handeln, an Stelle der von den Radikalen verlangten Umgestaltung im angeblich „modernen" Sinne Form und Handhabung zu finden, die die Krone in dem Sinne neuzeitlich macht, daß ihr Träger wahrer Vertrauensmann des Volksganzen wird und sich als solchen fühlt, daß an Stelle des mißverstandenen Gottes-Gnadentums der Pflichtgedanke tritt. Sinngemäß wird sich Gneisenaus wundervolles Wort auf die Krone anwenden lassen; man erinnere sich, daß er den politischen Neuerern seiner Jugendzeit, als er von seinem schlesischen Standort die Wirkung der Französischen Revolution, ganz im Sinne Kants, beobachtete, zurief:

„. . . . . Lehrt dies Geschlecht
„die Pflicht erst kennen, dann sein Recht!"

Wenn man in diesem Sinne die Krone neuzeitlicher machen will, so wird sich sofort zeigen, daß kaum eine Änderung der bestehenden Rechtsgrundlagen notwendig ist, um dies zu erreichen, daß es vielmehr in der Hauptsache darauf ankommt, bestehende Einrichtungen so zu erfassen und auszunutzen, wie das wahre Volkswohl, mit dem die Krone unzerreißbar verbunden ist, es verlangt.

Untersucht man, was nach dieser Richtung zu geschehen hat, so wird man zunächst finden, daß die Beziehungen zwischen Volk und Krone in der deutschen Geschichte stärksten Schwankungen ausgesetzt waren; sie haben den Gipfel des inneren Widerspruchs in den anderthalb Jahrhunderten des sterbenden Reiches gefunden, als das Reichsoberhaupt, der Kaiser, gewählt wurde, während seine Wähler, die Reichsfürsten, in ihren Landen absolute Herren geworden waren, die tatsächlich schrankenlose Gewalt über ihre Untertanen ausüben konnten.

Es ist hier nicht die Stelle, einen geschichtlichen Abriß über das Auf und Ab im Verhältnis des deutschen Volkes zu den Trägern seiner Kronen zu geben; es genügt für das Verständnis der Aufgaben unserer Zeit, den Zustand zu betrachten, wie er schließlich geworden ist.

Wir haben — von unbeträchtlichen Ausnahmen abgesehen — als Frucht der mit der Französischen Revolution eingeleiteten und mit der Bewegung des Jahres 1848 und ihren Nachwirkungen abgeschlossenen Entwicklung auf deutschem Boden die Einrichtung der konstitutionellen Monarchie: das Staatsoberhaupt wird durch Erbgang aus eigenem Rechte und ist politisch unverantwortlich, während es gleichzeitig die höchste militärische Befehlsgewalt besitzt; die Regierungsgeschäfte werden von verantwortlichen Ministern besorgt; die Gesetzgebung ist an übereinstimmende Beschlüsse der Krone und der Volksvertretung gebunden, welch letzterer auch die Überwachung der gesamten Verwaltung und das entscheidende Recht der Geldbewilligung zusteht.

Innerhalb dieses Rahmens hängt es von den Personen ab, ob und wie sich diese Einrichtung des Staates bewährt: in welcher der drei maßgebenden Gliederungen die willensstärkeren, vielleicht rücksichtsloseren Persönlichkeiten vorhanden sind, in der findet sich bei gleichbleibender Verfassung der stärkere Einfluß. So haben wir bei der staatlichen Einrichtung unseres Vaterlandes seit dem Übergang zum konstitutionellen System gleichzeitig erleben können, daß in einem Staate der Herrscher, in einem andern das Ministerium, wieder in einem andern die Volksvertretung durch ihre Führer den Gang der Dinge bestimmte. Waren die willensstärkeren Persönlichkeiten Männer von Einsicht, Gewissen und politischer Brauchbarkeit, so gedieh das staatliche Zusammenleben, selbst wenn äußerlich Uneinigkeit zu herrschen schien, während im andern Falle Mißwirtschaft eintrat, selbst unter dem Anschein innerer Ruhe, die Zufriedenheit vortäuschte.

Man wird nun sagen, das staatliche Zusammenleben sei immer abhängig von der größeren oder minderen Brauchbarkeit der drei Personenkreise, die es verfassungsmäßig zu tragen haben: der Krone, der Regierung und der Volksvertretung; diese Brauchbarkeit sei von Zufällen abhängig, und deshalb sei die Staatsform in dem Sinne Nebensache, daß, wer zugäbe, daß in der Volksvertretung politisch bessere Köpfe zu finden seien als in den Ministerien und auf den Thronen, der Republik den Vorzug geben müsse. Dies mag gedanklich richtig sein — nach den tatsächlichen Erfahrungen der Geschichte stimmt es nicht, und es scheint nach diesen Erfahrungen die Aufgabe deutscher Staatskunst zu sein, das Staatswesen möglichst unabhängig zu machen von den Zufällen, die sich in den drei für sein Gedeihen maßgebenden Personenkreisen ereignen können. Deshalb ist es unendlich wichtig, ein Wahlrecht zu finden und einzuführen, das die denkbar größte Gewähr dafür bietet, daß brauchbare, unabhängige, bewährte Männer in der Volksvertretung Platz finden. Deshalb ist es eine Lebensfrage, die dem Staate nützliche Ausübung der Kronrechte nach Möglichkeit dadurch sicherzustellen, daß die Träger der Krone über ihre Aufgaben

vollkommen klar unterrichtet und einwandfrei auf dem Laufenden gehalten werden. Wird es erreicht, daß die Träger der Krone ihre Aufgaben richtig erfassen und daß die Volksvertretung zweckmäßig zusammengesetzt ist, so erhält das Volk die sicherste Gewähr dafür, daß das Zwischenglied: die Regierung mit der von ihr geleiteten Verwaltung gar nicht anders als brauchbar sein kann.

Von den Bedingungen, die eine dieser Voraussetzungen durch das Finden des besten Wahlrechts zu erfüllen, ist in diesen Blättern schon wiederholt gehandelt worden und wird noch viel zu sagen sein, — von denen, die geeignet sind, die glücklichste Ausübung der Kronrechte zu sichern, sei nun gesprochen.

Dabei gehe ich davon aus, daß die Erblichkeit der Krone der größte Vorzug der monarchischen Staatsform ist — ein so großer, daß keine andere damit verglichen werden kann. Dieser Vorzug ist so oft und eindringlich erörtert worden, daß ich mich hier damit begnügen kann, ihn zu erwähnen und festzustellen, daß aus ihm sich die vollkommene Unabhängigkeit des Herrschers ergibt: er steht über den wechselnden Tagesströmungen und Neigungen, er ist wahrhaft unparteiisch, er kann infolge davon seinen Blick auf das Wohl der Gesamtheit gerichtet halten und ist deshalb ihr geborner und ständiger Vertrauensmann.

Die Gefahr der Erblichkeit kennen wir alle: auch der Minder- oder Untüchtige kann zum Thron gelangen — sie muß mit in Kauf genommen werden und die aus ihr kommenden nachteiligen Wirkungen werden sich um so mehr verringern, je zweckmäßiger die andern tragenden Personenkreise eingerichtet sind und je brauchbarer durch ihren Einfluß die Umgebung eines solchen Herrschers zusammengesetzt werden kann. Die Möglichkeit, daß ein Minder- oder Untüchtiger den Thron innehat, wird der Überlegenheit der Monarchie über die republikanische Staatsform nicht ernstlich Eintrag tun können, solange keine republikanische Verfassung gefunden wird, die unbedingt die Wahl der Besten und Brauchbarsten zum Staatsoberhaupt gewährleistet.

In welcher Republik ist es aber bisher gelungen, diese Sicherheit zu schaffen?

Der zu steigernden, gewissermaßen anzuerziehenden Kronwürdigkeit der in Betracht kommenden Fürsten stehen nun zwei Hindernisse im Wege, die sich gewiß leicht wegräumen lassen. Zunächst nimmt der Träger der Krone seine Stelle infolge der Erblichkeit aus eigenem Rechte ein; faßt er dies auf im Sinne des mißverstandenen Gottesgnadentums, so wird er sich leicht über sein Volk erheben, wird Untertanen erblicken, wo er freie Bürger sehen sollte. Eine solche Auffassung wäre ein politischer „Atavismus", der unerträglich wäre. Insofern gilt es auch, mit den letzten Resten dieses Gottesgnadentums aufzuräumen; das geschieht am erfolgversprechendsten, indem allen für einen Thron in Betracht kommenden Fürsten die Lehre unvergeßlich mit auf den Lebensweg gegeben wird, daß nach der geklärten Auffassung der politisch und geschichtlich geschulten Bürger die Krone nicht Selbstzweck sondern Mittel zum Zweck ist. Wir haben doch erkannt, daß das Volk über dem Staate steht, daß also der Staat nicht Selbstzweck ist, sondern der Bestimmung dient, das Volkswohl zu sichern. Was vom Staate gilt, trifft für seine Einrichtungen zu, und so steht über allen Lehren von den Aufgaben der Krone die: dem Volke zu dienen! Dieser Dienst ist der ernsteste, der überhaupt ausgedacht werden kann; er ist so streng sachlich, daß das Volk sofort mit sicherem Instinkt fühlen wird, ob er ausgeübt wird oder nur vorgetäuscht werden soll. Mit großen Worten von Pflicht und Arbeit ist hier nichts getan; sie widerlegen sich durch den Erfolg, der in allen das Volkswohl betreffenden Dingen der letzte Richter ist. Welcher Fürst es unternimmt, von unablässigem Dienste für das Gemeinwohl zu reden und dabei allein dem eigenen

Behagen nachlebt, der wird bald gerichtet sein; sein Dasein ist menschlich und politisch eine Lüge. So läßt sich dies mißverstandene Gottesgnadentum der neuzeitlichen Kronauffassung nicht annähern, und man wird ruhig sagen können, daß auch dieser ererbte Besitz durch eigenes Verdienst jeweils von neuem erworben sein will, um sittlich besessen zu werden. Dies geschieht am sichersten, wenn jedem Fürsten unvergeßbar klar gemacht wird, daß sein höchstes Kronrecht in des Wortes richtigster Bedeutung etwas Übertragenes ist, das gerade ihm zusteht — ihm aber nur zusteht, weil er der geborene Vertreter der Volksgesamtheit ist. Auf diese Art ergibt sich sofort, daß dies höchste Recht die höchsten Pflichten auferlegt, daß also der Inhaber der Krone der oberste Pflichtenträger ist.

Betrachtet er sich so, wird er so erzogen, daß er sich als oberster Pflichtenträger fühlt, und wird er, wenn es nottut, von seinen Beratern in der Regierung und von den Vertretern des Volkes daran erinnert, so kann es gar nicht anders geschehen, als daß er bescheiden vor seiner Aufgabe steht, nur sachlich denkt und entscheidet, daß er seine Herrscherpersönlichkeit so weit steigert, daß er, sobald das Staatswohl in Betracht kommt, unpersönlich wird. Das ist kein Widerspruch, sondern ernsteste Notwendigkeit, die bei den größten Herrschern Wirklichkeit geworden ist. Sie besagt, daß der Kronenträger aufhören muß, an sich zu denken, wo eine Frage des Volkswohls an ihn herantritt, daß sein eigenes Behagen, seine Neigungen gar keine Rolle spielen, daß er sich vollkommen dem Volkswohl unterordnet. Die edle Pflicht des Herrschers verlangt also fortgesetztes Opfer.

Wir besitzen in der deutschen Dichtung wundervolle Schilderungen dieser obersten Herrscherpflicht; es sei nur an den Großen Kurfürsten in Kleists „Prinzen von Homburg" und an Herzog Ernst von Bayern in Hebbels „Agnes Bernauerin" gedacht; beide Dichter legen ihren Helden Worte schönster Fürstenweisheit in den Mund und lassen sie fürstliche Opfer an sich und an den Ihren bringen. Ergreifender aber — will mir scheinen — ist diese Seite des Herrscherschicksals noch nicht geschildert worden, als jetzt in Hermann Burtes „Katte": da fleht die Prinzessin Wilhelmine den königlichen Vater um Gnade an und ruft ihm zu: „Fühlen Sie menschlich Vater, menschlich, Majestät!" Der erste Friedrich Wilhelm aber antwortet: „Der Vater hört dich, der König nicht. Der König ist kein Mensch. Wenn jeder König ein Mensch sein wollte, würde bald kein Mensch mehr König sein." Hier haben wir in drei schlechthin denkwürdigen Sätzen hingeworfen, was die Krone von ihrem Träger fordert; er muß eine Zwei-Einigkeit sein, von der ein karger Teil ihm und den Seinen gehört und lediglich das häusliche Leben im engsten Sinne umfaßt — der größere und wichtigere Teil gehört dem Staate, d. h. dem Volke, und wo die beiden Pflichtenkreise zusammenprallen, hat die stärkere den Vortritt. In diesem Sinne war Friedrich Wilhelm der Erste einer der größten Fürsten, indem er sich selbst zum König dieser Art erzogen hat; er tat noch mehr und erzog den Sohn in furchtbar schwerem Kampfe zur gleichen Auffassung von der Krone: so sind diese beiden absoluten Herrscher, unbeeinflußt von der öffentlichen Meinung, die Wohltäter ihres Volkes geworden, und es ist kein Zufall, daß Preußens Größe aus ihrer Lebensarbeit entstanden ist. Man kann sagen, daß sie auch die Urheber des Deutschen Reiches sind und wird auch darin keinen Zufall finden, daß das Reich unter einem König von der edlen, weisen und sachlichen Art des ersten Wilhelm zustande kam.

Was unter dem absoluten Regiment in so glänzenden und folgenreichen Fällen zweimal hintereinander vorkam, ja, wenn man den Großen Kurfürsten, was mit

Einschränkungen geschehen kann, mitzählt, in vier Geschlechtsfolgen dreimal sich ereignete, sollte das heute unter dem konstitutionellen System nicht die Regel werden müssen? Nicht so, daß das Genie erblich würde — Wunder verlangt und erwartet kein Einsichtiger —, aber daß die Unterordnung des Trägers unter die Aufgaben der Krone selbstverständlich würde und unter den Einrichtungen des konstitutionellen Systems ihre stete Anwendung fände!

Friedrich Wilhelm der Erste und der große Friedrich folgten den Gesetzen ihres Gewissens; kein verantwortlicher Minister brauchte sie auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen, keine Volksvertretung war vorhanden, die hätte bitten, mahnen, fordern können.

Wenn in Zeiten, wo es eine öffentliche Meinung gab, oder gar in den Tagen des konstitutionellen Systems Herrscher ihrer Aufgabe wenig oder viel oder alles schuldig bleiben konnten — liegt es an ihnen allein, ist es ein Vorwurf, der allein die Einrichtung trifft?

Man wird in solchen Fällen den Dingen auf den Grund gehen müssen, um zu gerechtem Urteil zu gelangen, und finden, daß, wo ein Kronenträger seinem Amt nicht gerecht wurde, eine Mitschuld der Volksvertretung und der Berater vorliegt, indem sie dem Fürsten gegenüber versagt haben. Das heißt aber nichts anderes, da Krone, Volk und Volkswohl eine unzerreißbare Einheit sind, als daß sie auch dem Volke gegenüber versagt haben.

Betrachtet man unter diesem — wie ich meine, nicht wohl bestreitbaren — Gesichtspunkte die Beziehungen zwischen Krone und Volk, so wird man zu der Ansicht kommen, daß die wahre Neuzeitlichkeit oder Zeitgemäßheit nicht in umwälzenden Neuerungen zu suchen ist, sondern daß sie in der richtigen Anwendung des Bestehenden oder weise Auszubauenden ist. Und diese Betrachtung gipfelt darin: an sich verbürgt die Einherrschaft des erblichen Fürsten die größte Stetigkeit und Unparteilichkeit der Regierung; soweit dieser Vorzug durch menschliche Schwächen des Trägers der Krone in Frage gestellt werden könnte, muß die Erziehung unter dem Pflichtgedanken nachhelfen, und als steter Antrieb zur Pflichterfüllung des Herrschers haben die Berater und die Volksvertreter ihres Amtes zu walten. Es mag abgeschmackt klingen, ist es aber mit nichten, wenn man sagt: ein jedes Volk hat die Regierung, die es verdient, — und es kennzeichnet das enge Verwachsensein der Glieder im konstitutionellen System, daß man unter Regierung die drei Kreise: Krone, Minister und Parlament zusammenfassen kann.

Wenn Volk und Krone sich erst wirklich in die bestehenden Einrichtungen so eingelebt haben, daß sie politischen „Atavismen" den Abschied geben, so wird die natürliche Eintracht zwischen deutschem Königtum und deutschem Volkstum ihre Früchte zeitigen. Aber diese Forderung bezieht sich auf beide: die Krone muß sich verstandesmäßig restlos darüber klar sein, daß sie um des Volkes willen da ist, also sich nicht in überlebtem Gottesgnadentum überheben darf, — *das Volk muß das aus der Zeit des mißbrauchten absoluten Regiments ererbte Mißtrauen oder Gefühl des Interessengegensatzes zur Krone aufgeben! Beide gehören zueinander wie Haupt und Glieder, sind eine geschichtlich gewordene Einheit.*

„Der Geist der Zeit" sollte diese Einheit gedanklich und gefühlsmäßig erfassen und die bestehenden Einrichtungen in diesem Sinne ausnutzen. Wo sie nach reiflicher Prüfung als besserungsbedürftig erkannt werden, sollte die Neuzeitlichkeit, die Anpassung an den deutschen Geist in einer Ausgestaltung gesucht werden, die dem im

Pflichtgedanken erzogenen Herrscher eine Volksvertretung der Besten zur Seite stellt und damit die Gewähr für die Berufung der Tüchtigsten in die Staatsleitung schafft.

Aber seien wir einsichtig und gerecht und erkennen wir an: Wenn das Volk von der Krone verlangt, daß sie jede Überhebung abtue, so gilt das auch von ihm selbst, von seinen bestellten Vertretern und den aus eigenem Berufe wirkenden Wortführern!

Was Burte seinen Friedrich Wilhelm sagen läßt: „Der König ist kein Mensch", muß eigentlich jeder Deutsche, wenn und soweit er dem Volkswohl dienen will, sich selbst zurufen. Der Bürger, der seinem Volke nützen will, hört auf, er selbst zu sein; so findet er sich im Opfer der Persönlichkeit in diesem Sinne mit dem Träger der Krone zusammen — so findet die Einheit von Volk und Krone ihre sittlichste Bürgschaft.

Aus ihr wird entstehen, was dem Deutschen eine Notwendigkeit ist, wenn eine gewonnene Verbindung wirklich fruchtbringend werden soll: das seelische Ineinander-Verwachsen, bei dem beide Teile geben und nehmen. Liebe und Treue, gewährt und empfangen, nicht einseitig verlangt, sondern auf voller, frei erkannter und gewollter Gegenseitigkeit beruhend, werden das festeste Band sein, das Volk und Krone dauernd verbindet; sie werden den Inbegriff der Volkskraft für den Dienst der Volkssache freimachen und damit die Unterlage für eine wahrhaft deutsche Staatskunst bieten, die erhält und aufbaut zugleich.

---

# Abrechnung.

Drei Jahr am Feind, drei Jahr am Tod,
Drei Jahr — wir kämpften's aus,
Doch bittrer noch als Tod und Not
Ward uns die Schmach im Haus.

Wir bargen, blutend Tag um Tag,
Die Siegesernte stumm,
Da traf im Rücken uns der Schlag:
Schwatzvolk ging wieder um!

Ihr war't es, ohne Art und Ehr',
Ihr raffendes Gezücht!
Wir glaubten schon, Ihr wär't nicht mehr,
Vorn sah man Euch ja nicht.

Da standet plötzlich Ihr im Land
Und fälschtet Geist und Gut
Und mengtet höhnisch Wert und Tand,
Wir zahlten es mit Blut.

Kein Hoffnungstraum, der ungestutzt
Aus Euren Fingern sprang,
Kein Heiligtum, das unbeschmutzt
Aus Euren Händen sank.

Wenn unser Gleichschritt Sieg gestampft,
Habt Ihr's „Verzicht" getauft,
Wenn Flanderns Boden wir umkrampft,
Habt Ihr ihn längst verkauft.

Wenn einmal Eure Stimme fand
Mut zur Entrüstungstat,
Dann schirmtet Ihr mit frecher Hand
Empörung und Verrat.

Uns hielt der Stunde hart Gebot
Im Eisenring der Schlacht,
Da stahlt in Volkes höchster Not —
Erpresser Ihr! — die Macht.

Wir kennen Euch und dies Geschlecht,
Wir wissen, was Ihr wollt.
Ihr sprecht von Freiheit, Menschenrecht,
Und meint das gelbe Gold!

Erst schmältet Ihr, wenn ländergroß
Die Schwingen wir gespannt,
Nun macht Ihr uns noch heimatlos
Im eig'nen Vaterland.

Wir trugen's Jahre, Stund um Stund,
Die Stirn feindwärts gekehrt,
Und bissen uns die Lippen wund
Und glaubten an das Schwert.

Nun wächst im Glanz aus Not und Nacht
Der Sieg uns stark und reich,
Und nun: „Remis wird nicht gemacht!"
Auch nicht, bei Gott, mit Euch!

Im Felde, Dezember 1917.

Fritz Carl Badendieck.

# Gebet.

Von Emanuel Geibel.

Herr, in dieser Zeit Gewog,
Da die Stürme rastlos schnauben,
Wahr', o wahre mir den Glauben,
Der noch nimmer mich betrog,

Der noch steht in Nacht und Fluch
Eine Spur von deinem Lichte,
Ohne den die Weltgeschichte
Wüster Gräuel nur ein Buch;

Daß, wo trostlos unbeschränkt
Dunkle Willkür scheint zu spielen,
Liebe doch nach ew'gen Zielen
Die verborgnen Fäden lenkt;

Daß, ob wir nur Einsturz schau'n,
Trümmer, schwarzgeraucht vom Brande,
Doch schon leise durch die Lande
Waltet ein geheimes Bau'n;

Daß auch in der Völker Gang
Wehen deuten auf Gebären,
Und wo Tausend weinten Zähren,
Einst Millionen singen Dank;

Ja, daß blind und unbewußt
Deiner Gnade heil'gen Schlüssen
Selbst die Teufel dienen müssen,
Wenn sie tun nach ihrer Lust.

Herr, der Erdball wankt und kreist;
Laß, o laß mir diesen Glauben,
Diesen starken Hort nicht rauben,
Bis mein Geist dich schauend preist![1])

[1]) Auch wir wollen uns unseren unerschütterlichen Glauben nicht rauben lassen, sondern nebst Gott auf Hindenburg und Ludendorff vertrauen und unverbrüchlich zu ihnen stehen, wissend, daß, wenn dies der Fall ist, es unseren Helden auch gelingt, Reich und Kaiser zu schützen und des deutschen Volkes Zukunft auf immerdar zu sichern.

# Deutsche Reichsgrenzen.

## Ein geschichtlicher Überblick.

Von Prof. Dr. Dietrich Schäfer, Berlin-Steglitz.

Als aus dem Deutsch-Französischen Kriege ein neues Deutsches Reich entstanden war, wurde auch im Auslande die Erinnerung an seinen verschwundenen Vorgänger wieder lebendig. In Deutschland hatte sie das Ihre dazu beigetragen, die Neugestaltung ins Leben zu rufen; draußen weckte sie Befürchtungen und Sorgen. In Deutschland hat niemand ernstlich daran gedacht, auf das Bestehen des alten Reiches Machtansprüche für das neue zu begründen; im Ausland erschien das nicht wenigen so gut wie selbstverständlich. Man konnte oder wollte sich nicht vorstellen, daß das deutsche Volk nicht den gleichen politischen Ehrgeiz besitze wie das französische, das fortgesetzt nach Cäsars Rheingrenze schrie, obgleich sie seit anderthalb Jahrtausenden nicht mehr bestanden hatte. Auch im gegenwärtigen Kriege sind draußen wieder ähnliche Stimmen recht laut geworden. Die Verhältnisse der Vergangenheit können nicht ausschlaggebend sein für die Gegenwart; ihre Kenntnis ist aber unter allen Umständen nützlich. Es mag daher kurz ins Gedächtnis zurückgerufen werden, was über die Grenzen unseres früheren Reiches zu berichten ist.

Es gilt da zunächst festzustellen, was man unter unserm alten Reich zu verstehen hat. Jedermann redet vom „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation"; man glaubt, diesen Prunktitel bei keiner feierlichen Gelegenheit entbehren zu können. Und doch ist er nur ein inhaltleerer Titel, aufgekommen ganz am Ende des Mittelalters, als die Macht des Reiches längst geschwunden war. Verdankt doch die Bezeichnung „Nation" erst den großen Reform-Konzilien ihr Entstehen. Karl der Große, Otto I., Friedrich Barbarossa haben nichts vom Römischen Reich Deutscher Nation gewußt, auch Friedrich II. und Karl IV. nicht. Aber ein römisches Reich haben sie gekannt und auf die Inhaberschaft dieses Reiches auch Gewicht gelegt. Bildete es darum den Inhalt ihrer Macht?

Man muß diese Frage mit allem Nachdruck verneinen. Karl der Große ist 28 Jahre, Otto I. 26 Jahre König gewesen, ohne Kaiser zu sein, und als sie es geworden waren, hat ihre äußere Macht erkennbar nicht mehr zugenommen.

Karl der Große hat auch bei der Teilung des Reiches unter seine Söhne im Jahre 806 über die Kaiserwürde nicht verfügt, wohl den Schutz Roms und des Papstes, nicht aber ein Kaiserregiment in Aussicht genommen. Auch sind zahlreiche deutsche Könige nicht Kaiser gewesen, ohne durch das Fehlen der Kaiserkrone bemerkenswert an Macht eingebüßt zu haben. Die deutschen Könige herrschten über Italien und Burgund; es ist aber falsch, wenn man annimmt, wie es so oft geschieht, daß diese Herrschaft auf ihrer Kaiserstellung beruhte. Otto I., der Italien dem Deutschen Reiche verband, war dort 11 Jahre König, ehe er römischer Kaiser wurde, und nach ihm haben die deutschen Könige in Italien Regierungsrechte geübt ohne Rücksicht darauf, ob sie zum Kaiser gekrönt waren oder nicht. Man denke nur an Heinrich IV.! Und ebenso war es in Burgund, welches Reich ja viel loser mit Deutschland verknüpft war als Italien. Nur drei unserer Könige haben es als Herrscher betreten: Konrad II., Friedrich Barbarossa, Karl IV.

Auch die lehnsherrliche Stellung, die deutsche Könige über Böhmen dauernd, über Polen lange Zeit, über Ungarn und Dänemark vereinzelt innegehabt haben,

beruht nicht auf der Kaiser-, sondern auf der Königstellung, ist wirksam geworden, auch ohne daß die Könige zu Kaisern gekrönt waren. Daß deutsche Könige auf Grund ihrer römischen Kaiserwürde Anspruch erhoben hätten auf Oberherrschaft über andere Reiche, läßt sich, abgesehen von dem Zwange, den Heinrich VI. auf den gefangenen Richard Löwenherz ausübte, nicht nachweisen. Über heidnische Länder haben sie wohl als Kaiser, als welche sie die weltlichen Rechte der Kirche zu vertreten hatten, verfügt. Wenn Professor Förster in München neuerdings politische Gegenwartsfragen zu beantworten sucht mit der Behauptung, daß das mittelalterliche Deutsche Reich kein nationales, sondern ein universales gewesen sei, so verrät das eine geschichtliche Unkenntnis, die bei einem Universitätsprofessor nicht vorkommen sollte. Nein, unser mittelalterliches Deutsches Reich war ein nationales, kein universales Reich, das als deutsches, nicht als römisches Reich Rechte übte in Italien, Burgund, Böhmen und zeitweise in den oben genannten anderen Ländern. Die Wahl zum deutschen König verlieh zugleich Königsrechte in Italien und Burgund und die zweifellose Anwartschaft auf die Kaiserkrone.

So waltete der deutsche König über drei Reiche und war Inhaber einer Würde, mit der Glanz und Ansehen, auch politischer Einfluß, nicht aber räumliche Erweiterung seines Machtbereichs verbunden war. Soll hier von deutschen Reichsgrenzen geredet werden, so hat man die drei Reiche zu sondern, also zunächst Deutschlands Grenzen gegen Italien und Burgund zu bestimmen; weiterhin kann es sich nur noch darum handeln, die sonstigen Grenzen Deutschlands des näheren zu verfolgen.

---

Deutschlands Grenzen gegen Italien sind zunächst festgelegt worden durch die beiden hier gegen das Römertum vorgedrungenen Stämme der Schwaben (Alemannen) und Bayern. Erst als sie im merowingischen bzw. karolingischen Reich aufgingen, entstanden hier Reichsgrenzen, in der ganzen Ausdehnung also mit dem Jahre 788. Von da an stießen Deutschland, Burgund und Italien ungefähr in der Gegend des Gotthard, der Furka und der Grimsel zusammen. Das ganze Wallis und der Ufgau (das Berner Oberland links von der Aare und ihren Seen) gehörten zu Burgund, zu Deutschland das Land rechts der Aare, Uri (das Reußtal), das Vorder- und Hinterrheingebiet, das ganze Engadin (oberes Inntal), weiter der Vintschgau (das obere Etschtal mit Meran), dann das Tal der Etsch abwärts von Bozen, ungefähr soweit jetzt die deutsche Sprache reicht, und ostwärts dann das Tal der Rienz (Pustertal) und das der Drau, also Kärnten und daran südöstlich anschließend Krain. Das Land südlich dieser Gebiete war das langobardische und dann italische Reich. An das Adriatische Meer reichte das Deutsche Reich der früheren Zeit nicht heran.

Es hat aber Erweiterungen erfahren. Nach seinem ersten italienischen Zuge übertrug Otto I. seinem Bruder, dem Bayernherzog Heinrich, die Marken von Verona und Friaul; von diesen Gebieten ist das untere Etschtal, das in der Hauptsache zunächst Territorialbesitz der Bischöfe von Trient wurde, dann zu wesentlichen Teilen unter die Grafen von Tirol kam, dauernd beim Deutschen Reiche geblieben und ebenso die Grafschaft Görz durch ihre Verbindung mit dem Tiroler Grafenhause. 1382 erwarben die Habsburger Triest, das seitdem eine österreichische Stadt ist. Istrien wurde durch den Frieden von Campo Formio (1797) vorübergehend österreichischer Besitz, 1815 dauernd. So sind seit langem die Grenzen festgelegt, die noch heute Österreich und Italien trennen; es sind bis auf Istrien die alten Reichsgrenzen. Südtirol gehört nahezu ein Jahrtausend zum Deutschen Reiche, das mittlere und obere Etschtal noch weit länger. Wenn die Italiener schon seit Jahr-

zehnten die Losung ausgaben: „Italien frei bis zum Brenner" (Italia libera al Pirenao) und jetzt allen Ernstes entsprechende Forderungen stellen, so schlagen sie zugleich historischer und nationaler Gerechtigkeit ins Gesicht. Um Andreas Hofers Haus im Passeier aufzusuchen, soll man in Zukunft nach Italien wandern müssen! Auch geographische Gründe können sie nicht für sich anführen. Penck weist mit Recht darauf hin, daß die sperrenden Talengen an den Flüssen schon jetzt auf italienischem Gebiet liegen.

Anderer Art ist die Grenzverschiebung, die sich im Süden der jetzigen Schweiz vollzogen hat. Die von den Deutschen auf ihren Zügen nach Italien meist benutzten Pässe waren im Rheingebiet Septimer, Splügen und Bernardino; sie führten hinab ins Tal der Maira, das Bergell (Val Bregaglia), nach Cläven (Chiavenna) und ins Misox (Val Mesozzo); diese Landschaften sind dadurch unter deutsche Herrschaft geraten. Die Bündner haben sie dann im 15. Jahrhundert gegenüber den mailändischen Herzögen durch das Veltlin (Valtellino), Worms (Bormio) und das Puschlav (Val Poschiavo), das über die Bernina erreicht wird, erweitert. Die Urner haben um dieselbe Zeit, im Verein mit anderen Eidgenossen, diesen Herren das Tessin abgenommen. Gegen den Ausgang des 13. Jahrhunderts war der Gotthardübergang in Brauch gekommen.

Die Schweiz hat von den eidgenössischen Eroberungen, die zeitweise an das Königreich Italien napoleonischer Gründung hatten abgegeben werden müssen, 1815 das Tessin, das Misox, Bergell und Puschlav zurückerhalten.

---

Verwickelter liegen die Verhältnisse an der deutsch-burgundischen Grenze.

Das Königreich Burgund, wie es nach der Verbindung von Süd- und Hochburgund seit 933 bestand, stellte insofern eine geographische Einheit dar, als es sich ungefähr mit dem Stromgebiet der Rhone deckte. Nur im Nordwesten, in der Abgrenzung vom Herzogtum Burgund, umfaßte es dieses Gebiet nicht ganz, reichte aber westwärts in der Breite von Lyon etwas und im Osten an verschiedenen Stellen beträchtlicher darüber hinaus. Es umfaßte das Gebiet des Var (die Grafschaft Nizza), das obere Tal der Dora Baltea (Vallis Augustana nach Augusta Praetoria, Aosta; der Übergang über den Großen St. Bernhard erklärt diese Zugehörigkeit), Wallis und das Land östlich des Jura bis an die obere und mittlere Aare. Bern und Solothurn sind auf burgundischem Gebiet entstanden. Das deutsche Sprachgebiet hat sich hier, anders als an der deutsch-italienischen Grenze, in das fremde Reich hinein erstreckt. In einem der früheren Jahre König Heinrichs I. ist sogar noch ein bedeutender Landstrich rechts der Aare, bis zur Reuß oder gar zur Limmat hin, dem burgundischen König überlassen worden.

Infolge der Verbindung der beiden Reiche (1032) ist aber hier die deutsche Grenze noch stärker vorgeschoben worden als gegenüber Italien, über die Sprachgrenze hinaus auf französisches Sprachgebiet. Nicht nur Solothurn, Bern und Freiburg im Üchtland, sondern auch Bisanz (Besançon) galten als Reichsstädte. Bern und Freiburg haben ihre Gebiete westwärts auf Kosten der Grafen von Savoyen erweitert, Genf der Eidgenossenschaft als Bundesverwandten zugeführt. Der weltliche Besitz des Bischofs von Basel umfaßte ganz überwiegend französisches Sprachgebiet, den Berner Jura. Auch die Grafschaft Mömpelgard sprach und spricht französisch. Weiter westlich noch galt die Freigrafschaft (Pfalzgrafschaft Burgund, Franche-Comté) als Reichsgebiet, auch noch, als sie (von 1322 an) in die Hand französischer Vasallen, der Herzöge von Burgund, geraten war. Es waren be-

sonders deutsche Dynasten gewesen, die diese Verschiebung der Grenze herbeiführten; durch seine Heirat mit Beatrix, der Erbtochter von Mâcon, ist Friedrich Barbarossa selbst Besitzer der Freigrafschaft geworden. Soweit die Eidgenossenschaft im Anschluß an die „Burgunderkriege" gegen Karl den Kühnen ihre Macht ausbreitete, wurde natürlich der Zusammenhang mit dem Reiche gelockert.

Als sie durch den Westfälischen Frieden völlig vom Reiche gelöst wurde, ging mit ihr nicht nur burgundisches Gebiet sondern auch ein erheblicher Teil des alten Herzogtums Schwaben verloren. Noch blieb am linken Rheinufer das Fricktal mit Laufenburg und Rheinfelden, alter habsburgischer Besitz, bei Österreich, wurde aber bei der Neuordnung auf dem Wiener Kongreß mit der Schweiz verbunden. Was die Eidgenossenschaft auf dem rechten Rheinufer besessen hatte, Schaffhausen und Züricher Orte, durfte die Schweiz behalten; drüben blieb nur Konstanz bei Deutschland.

Im südlichen Teile des alten burgundischen Königreichs breiteten sich die Franzosen aus. Im 13. und 14. Jahrhundert gewannen sie das ganze Land zwischen Sevennen und Alpen. Nur das Gebiet der Arve und der oberen Isère (Chablais und Faucigny, Tarantaise und Maurienne) behaupteten die Grafen, dann Herzöge von Savoyen; 1388 erwarben sie dazu die Grafschaft Nizza. Sie galten als Glieder des Reiches, solange dies bestand, hatten Sitz und Stimme auf der Fürstenbank. Überblickt man die Entwicklung des Mittelalters, so war das Ergebnis der Rückzug des Reiches aus Italien wie aus Burgund. Er vollzog sich mit dem Niedergange der Staufer. Daß das Konzil, welches Friedrich II. 1245 bannte, in Lyon gehalten werden konnte, kennzeichnet die Lage. Der Tod des Kaisers begrub in Italien nicht nur staufische sondern auch deutsche Macht. Zwar blieben Reste; aber die Versuche der Folgezeit, die frühere Stellung auch nur einigermaßen wieder zu gewinnen, wie Heinrich VII. und Ludwig der Bayer sie unternahmen, mußten Versuche bleiben. Die Königsmacht war in Deutschland selbst zu tief gesunken, als daß Erfolge erzielt werden konnten. Doch ist deutscher Reichsboden an Italien nicht verloren gegangen. Das wird einerseits der Zersplitterung verdankt, der Italien selbst verfiel, anderseits dem Einstehen Habsburgs, das die deutschen Grenzländer seit 1363 in seiner Hand vereinigte. Es ist stets bemüht gewesen, seine Macht auch nach Italien hinein auszubreiten, und konnte während des, bzw. durch den Spanischen Erbfolgekrieg bald nacheinander die Herzogtümer Mantua und Mailand gewinnen, 1815 die Lombardei und Venetien, bis es jene 1859, dieses 1866 herausgeben mußte. Mit der burgundischen Stellung dagegen ging zugleich auch wichtiger alter Reichsboden verloren. Wenn wir uns für Wilhelm Tell und die Schweizer Freiheit begeistern, so vergessen wir, daß sie uns Volks- und Reichsteile kosteten.

---

In weit höherem Maße ist das nach Westen der Fall gewesen, und zwar hier, ohne daß jemals irgendein Versuch vonseiten des Reiches gemacht worden wäre, seine Grenzen nach dieser Richtung hin zu erweitern. Wer ungerechte Herrschaftsbestrebungen für den ungünstigen Ausgang von Gebietsstreitigkeiten verantwortlich machen will, gerät gegenüber den Hergängen an unserer Westgrenze ins Gedränge. Das genaue Gegenteil ist hier richtig. Denn die gesunkene Königsmacht, die Ursache des Rückzuges aus Italien und Burgund, bewirkte auch die Verluste gegen Frankreich. Nicht Mißbrauch der Macht, sondern Mangel an ihr kommt in Frage. Als die Staufer aufhörten, den Italienern, wie man oft sagt, fremde Herrschaft aufzuzwingen, traten die Anjou an ihre Stelle und übernahmen das Geschäft. Unteritalien hat ja durch mehr als zwei Jahrtausende eigene Leitung nicht gekannt.

Man erblickt im Vertrage von Verdun (843) die Geburtsstunde des Deutschen Reiches. Und diese Auffassung ist richtig, wenn es sich auch zunächst um ein Ostfränkisches Reich handelt; nur noch wenige Jahre, unter Karl dem Dicken, ist ja dieses Sonderstaatswesen noch einmal wieder im karolingischen Gesamtreich aufgegangen. Seine Westgrenze ist bekannt. Nur auf der Strecke von oberhalb Lauterburg bis gegen Bacharach griff sie aufs linke Rheinufer hinüber; der Speyer-, Worms- und Nahegau wurden ihm zugeteilt propter vini copiam, wie Regino v. Prüm sagt. Daß die Abgrenzung der Diözesen bei dieser Gebietszuteilung eine Rolle spielte, ist kaum zu bezweifeln. Aufwärts dieser Stelle und abwärts bis gegen das Siebengebirge bildete der Rhein die Scheidung. Weiter nördlich sind Stammesgrenzen wirksam geworden; Franken und Friesen kamen zum Mittel-, die Sachsen zum Ostreich. So erstreckte sich die Herrschaft Ludwigs des Deutschen nur an der Elbmündung bis ans Meer. Auch die Ostsee erreichte sie nicht, da deren Küste bis an den Kieler Hafen in den Händen der Slawen, weiter nordwärts in denen der Dänen war. Da Slawen auch jenseits der Elbe, der Saale und des Böhmerwaldes saßen, war es nur ein schmaler Streifen vom Fels zum Meer, auf den Deutschlands Zukunft gestellt war. Es ist, sofern es bestand, nie wieder so klein gewesen.

Doch wohnte ihm eine Überlegenheit inne, gegenüber den anderen Teilreichen. Das mittlere Kaiser Lothars zerfiel schon 855 unter drei Erben. 860 konnte Ludwig der Deutsche das Elsaß gewinnen. Als dann Lothar II., nach welchem das Mittelreich den Namen Lothringen erhalten hat, gestorben war, ist sein Land 870 durch den Vertrag zu Meersen unter West- und Ostreich, Karl den Kahlen und Ludwig den Deutschen geteilt worden. Bis Lüttich sollte die Maas Grenze sein; weiter südlich wurden Grafschaften, Bistümer, Abteien so verteilt, daß Metz an Ludwig, Toul an Karl fiel, das Gebiet der oberen Mosel ans Ostreich kam. Die Wasserscheide zwischen Mosel und Saône wurde hier ungefähr dessen Südgrenze. Durch Ludwigs Tod ist auch das Ostfränkische Reich in drei Herrschaften zerfallen; aber allein der Besitz Ludwigs II., Franken und Ostsachsen, hat genügt, ihm im Streit mit den Enkeln Karls des Kahlen den ganzen Rest des lothringischen Reiches zu verschaffen. Die Westgrenze bildeten jetzt die Schelde, der sog. Kohlenwald, der sich von diesem Flusse über die Sambre an die Maas erstreckte, und dann diese aufwärts bis in die Gegend ihres Ursprungs, doch so, daß nicht das Strombett trennte, sondern die Grenzen der an ihm liegenden Grafschaften, und daß ganz im Süden noch zwei weitere westwärts darüber hinaus zum Deutschen Reiche gehörten. Cambrai, Verdun, Bar le Duc sind so deutsche Orte gewesen.

Auffallend, fast unverständlich für unsere Anschauungen ist, daß bei allen diesen Teilungslinien von 843, 870, 880 irgendwelche Rücksicht auf die Nationalität der Bewohner nicht zu erkennen ist. Das anfängliche Ostreich enthielt zwar eine rein deutsche Bevölkerung, aber nicht nur das Mittelreich, sondern auch der Westen eine gemischte. Im Westreiche war ja Flandern nahezu vollständig deutsch, und im Mittelreiche wohnte neben den überwiegenden Angehörigen der deutschen Sprache eine beträchtliche Anzahl Franzosen. Die Sprachgrenze lief durch beide Reiche und fiel nur auf kurze, ganz vereinzelte Strecken einigermaßen mit Reichsgrenzen zusammen. Es ist das auch so geblieben bis auf den heutigen Tag. Noch heute ist die Sprachgrenze nur gelegentlich Landesgrenze, und alle Territorien, die sich an der Sprachgrenze entlang entwickelt haben, Flandern, Hennegau, Luxemburg, die Bistümer Lüttich und Metz, das Herzogtum Lothringen, die neue Bildung Elsaß-Lothringen, die Schweizer Kantone Bern, Freiburg, Wallis, sie alle waren und sind zweisprachig.

Die Grenze, wie sie 880 erreicht und nach kurzer Unterbrechung unter Ludwig dem Kinde und Konrad I. durch Heinrich I. 925 wieder gewonnen wurde, ist durch 400 Jahre unerschüttert geblieben. In diese Zeit fällt der Hochstand deutscher Macht, wie er sich unter Otto I. und seinen Nachfolgern bis auf Heinrich VI. darstellt; die Regierung Friedrichs II. kann nicht mehr dazu gerechnet werden. Vom 10. bis zum 12. Jahrhundert setzt sich auch ein gemeinsamer Name für das ganze Volk durch. Er nimmt seinen Ursprung von der Sprache, der Lingua theodisca, der Volkssprache; er hat die Stammesnamen der Franken und Sachsen, der Bayern und Schwaben nicht beseitigt, aber zurückgedrängt, besonders in der Beziehung zum Auslande. Es ist bezeichnend, daß uns die Italiener, die deutscher Gesamtwirkung am meisten ausgesetzt waren, mit unserem Namen benannt haben und noch heute benennen. Sonst haben das von unseren unmittelbaren Grenznachbarn nur die skandinavischen Völker getan. Noch bezeichnender aber ist, daß an Ecken und Enden des Reiches, wo die Berührung mit dem Auslande besonders häufig war und sich auf breite Volkskreise erstreckte, die Gesamtbenennung zur vollen Herrschaft gelangt ist. Die Eidgenossenschaft hat sich stets als „deutsch" gegeben; die Hanse ist die deutsche Hanse; die Niederländer sind für die Engländer Dutchmen geworden; ihre Sprache haben sie bis in ihre Glanzzeit hinein als nederduitsch bezeichnet, und als het duitsche taal bewahrten Flamen und Brabanter ihre angestammte Sprache bis heute; der Elsässer fühlt sich dem Welschen gegenüber als dietsch.

---

In der bezeichneten Zeit der Kaiserherrlichkeit war Deutschlands Macht der französischen überlegen. Beweis dafür sind die Beziehungen zu Italien und Burgund, die deutscher Leitung zu folgen hatten. Die Versuche, sie unter französischen Einfluß zu bringen, haben vor dieser Zeit begonnen, während derselben nie ganz aufgehört und nach dem Niedergange Deutschlands alsbald und mit Erfolg wieder eingesetzt. In keiner Wendung der Geschichte aber ist von deutscher Seite her versucht worden, die Grenzen gegen Frankreich vorzuschieben. Der Geschichtschreiber Ekkehard, ein Zeitgenosse Heinrichs V., sagt einmal: „Es ist nicht Brauch der Deutschen, fremde Völker zu bekämpfen" (non est mos Teutonicorum expugnare gentes exteras). Er sagt es im Zusammenhange mit einem Unternehmen, das der genannte Kaiser gegen den König von Frankreich plante, und das wegen mangelnder Teilnahme der Deutschen nicht zur Ausführung kam. Der Ausspruch klingt paradox, weil man unwillkürlich an die zahlreichen Züge unserer Herrscher nach Italien denkt, hat aber seine volle Gültigkeit. Auch nach Osten und Norden haben die deutschen Könige gegenüber bestehenden organisierten Reichen niemals Eroberungskriege geführt. Leider ist das eine der herrschenden Geschichtsauffassung vollkommen fremde Tatsache, auch bei uns Deutschen.

Anders Frankreich! Kaum war sein Königtum unter Philipp II. August (1180—1223) zu innerer Macht gelangt, so mischte es sich in die deutschen Thronwirren, die dem Tode Heinrichs VI. folgten. Durch seinen Sieg bei Bouvines in Flandern über Otto IV. entschied Philipp II. 1214 den deutschen Streit zugunsten Friedrichs II., der nicht nur des Papstes, sondern auch Frankreichs Kandidat für den deutschen Thron war, und noch zu Lebzeiten dieses Kaisers hat dann die französische Abbröckelung Südburgunds begonnen. Versuche, gegenüber Deutschland selbst Boden, ja selbst die deutsche Königskrone zu gewinnen, sind bald gefolgt. Der erste Valois, Philipp VI., hat bald nach seiner Thronbesteigung (1328) die Schwierigkeiten Ludwigs des Bayern benutzt, um die Grenzbistümer Toul, Verdun und Cam-

DEUTSCHLAND
UNTER DEN SACHS.U
FRANK. KAISERN
(10. u. 11 JAHRH.)
Röm.-deutsch. Kaiserreich
Deutsche Grenze von 934-1027
KGR. DÄNEMARK
NORD-
SEE
OSTSEE
Bornholm
Rügen
Danzig
PREUSSEN
LITAUER
POMMERN
Mazowien
RUSS
POLEN
REICH
KGR. GERMANIEN
Prag
Krakau
Breslau
Olmütz
Regensburg
Augsburg
Passau
Donau
Pressburg
UNGARN
Debreczin
KGR. TRANSSILVANIEN
Laibach
Villach
Agram
Belgrad
KROATIEN
BOSNIEN
RASCIEN
SERBIEN
934-1043 z. Ostrom
BULGARIEN
Donau
Ulster
Basel
Zürich
Trient
Verona
Mailand
Pavia
Turin
Genua
Bologna
Ravenna
Pisa
Florenz
Arezzo
Ancona
Rom
Meerbusen
Genua
ELBA
z. Pisa
CORSICA
SARDINIEN
1022 z. Pisa
vorher sarazenisch
TUSCISCHES MEER
ADRIATISCHES MEER
Venedig
Ragusa
Cattaro
Radovista
Durazzo
Salerno
Policastro
Capua
Aversa 1027 v. d. Norm. gef.
bis 1058 z. Ungarn gehörig
bis 1058 Ungarn gehörig
Marseille
Nizza
Lyon
Burgund
Savoyen
Provence
Languedoc
Aquitanien
Gascogne
Navarra
Spanien
Arragon
Pyrenäen
Toulouse
Troyes
Champagne
Verdun
Metz
Toul
Strassburg
Ulm
Konstanz
Solothurn
Sitten
Brixen
Klagenfurt
Salzburg
Linz
Wien
Preßburg
Sarvaschwar
Csanad
Tonda
Dobeka
Kalocza
Funfkirchen
Essegg
Semlin
Saloniki
Ungarn
Mähren
Böhmen
Pilsen
Prag
Dresden
Leipzig
Kur-Sachsen
Brandenburg
Berlin
Frankfurt
Posen
Gnesen
Warthe
Oder
Elbe
Weichsel
Memel
Kurisches Haff
Frisches Haff
Kgsbg.
Danzig
Elbing
Thorn
Graudenz
Warschau
Krakau
Breslau
Glogau
Posen
Brandenburg
Magdeburg
Halberstadt
Paderborn
Münster
Minden
Bremen
Hamburg
Lübeck
Holstein
Schleswig
Rügen
Stettin
Mecklenburg
Obotriten
Liutizen
Heveller
Wenden
Lausitz
Meissen
Thüringen
Hessen
Fulda
Frankfurt
Mainz
Trier
Luxemburg
Lothringen
Elsass
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Schaffhausen
Innsbruck
Tirol
Kärnten
Steyer
Oesterreich
Baiern
München
Ulm
Augsburg
Regensburg
Nürnberg
Stuttgart
Mannheim
Pfalz
Cöln
Aachen
Lüttich
Namur
Brüssel
Antwerpen
Amsterdam
Vereinigte Niederlande
Oranien
Nassau
Cassel
Erfurt
Eisenach
Hannover
Braunschweig
Sachsen
Schwerin
Pommern
Preussen
Mazowien
Russ
Polen
Ungarn
Siebenbürgen
Slavonien
Krain
Istrien
Venedig
Mailand
Savoyen
Piemont
Lyonois
Dauphiné
Provence
Languedoc
Aquitanien
Gascogne
Navarra
Spanien
Arragon
Pyrenäen
Toulouse
Picardie
Artois
Hennegau
Flandern
Brabant
Limburg
Lothringen
Champagne
Burgund
Bourgogne
Lyonois
Savoyen
Piemont
Mailand
Venedig
Tirol
Eidgenossen
Land. der
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Innsbruck
Kärnten
Steyer
Oesterreich
Baiern
München
Salzburg
Linz
Wien
Preßburg
Ofen
Pest
Essegg
Semlin
Funfkirchen
Steegdin
Agram
Laibach
Villach
Triest
Görz
Istrien
Krain
Slavonien
Venedig
Mailand
Savoyen
Piemont
Lyonois
Dauphiné
Provence
Languedoc
Aquitanien
Gascogne
Navarra
Spanien
Arragon
Pyrenäen
Toulouse
Picardie
Artois
Hennegau
Flandern
Brabant
Limburg
Lothringen
Champagne
Burgund
Bourgogne
Lyonois
Savoyen
Piemont
Mailand
Venedig
Tirol
Eidgenossen
Land. der
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Innsbruck
Kärnten
Steyer
Oesterreich
Baiern
München
Salzburg
Linz
Wien
Preßburg
Ofen
Pest
Essegg
Semlin
Funfkirchen
Steegdin
Agram
Laibach
Villach
Triest
Görz
Istrien
Krain
Slavonien
DEUTSCHLAND
NACH D. WESTFÄL
FRIEDEN (1648)
Die Staaten des Deutschen Reiches haben gespritzten Ton
NORD-
SEE
OSTSEE
KGR. DÄNEMARK
Kopenhagen
Bornholm
Rügen
Danzig
Elbing
Memel
Kurisches Haff
Frisches Haff
Kgsbg.
Thorn
Graudenz
Warschau
Krakau
Breslau
Glogau
Posen
Brandenburg
Magdeburg
Halberstadt
Paderborn
Münster
Minden
Bremen
Hamburg
Lübeck
Holstein
Schleswig
Heligoland
Rügen
Stettin
Mecklenburg
Obotriten
Liutizen
Heveller
Wenden
Lausitz
Meissen
Thüringen
Hessen
Fulda
Frankfurt
Mainz
Trier
Luxemburg
Lothringen
Elsass
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Schaffhausen
Innsbruck
Tirol
Kärnten
Steyer
Oesterreich
Baiern
München
Ulm
Augsburg
Regensburg
Nürnberg
Stuttgart
Mannheim
Pfalz
Cöln
Aachen
Lüttich
Namur
Brüssel
Antwerpen
Amsterdam
Vereinigte Niederlande
Oranien
Nassau
Cassel
Erfurt
Eisenach
Hannover
Braunschweig
Sachsen
Schwerin
Pommern
Preussen
Mazowien
Russ
Polen
Ungarn
Siebenbürgen
Slavonien
Krain
Istrien
Venedig
Mailand
Savoyen
Piemont
Lyonois
Dauphiné
Provence
Languedoc
Aquitanien
Gascogne
Navarra
Spanien
Arragon
Pyrenäen
Toulouse
Picardie
Artois
Hennegau
Flandern
Brabant
Limburg
Lothringen
Champagne
Burgund
Bourgogne
Lyonois
Savoyen
Piemont
Mailand
Venedig
Tirol
Eidgenossen
Land. der
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Innsbruck
Kärnten
Steyer
Oesterreich
Baiern
München
Salzburg
Linz
Wien
Preßburg
Ofen
Pest
Essegg
Semlin
Funfkirchen
Steegdin
Agram
Laibach
Villach
Triest
Görz
Istrien
Krain
Slavonien
DEUTSCHES REICH
Böhmen
Mähren
Olmütz
Prag
Dresden
Leipzig
Kur-Sachsen
Brandenburg
Berlin
Frankfurt
Posen
Gnesen
Warthe
Oder
Elbe
Weichsel
Memel
Kurisches Haff
Frisches Haff
Kgsbg.
Danzig
Elbing
Thorn
Graudenz
Warschau
Krakau
Breslau
Glogau
Posen
Brandenburg
Magdeburg
Halberstadt
Paderborn
Münster
Minden
Bremen
Hamburg
Lübeck
Holstein
Schleswig
Heligoland
Rügen
Stettin
Mecklenburg
Obotriten
Liutizen
Heveller
Wenden
Lausitz
Meissen
Thüringen
Hessen
Fulda
Frankfurt
Mainz
Trier
Luxemburg
Lothringen
Elsass
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Schaffhausen
Innsbruck
Tirol
Kärnten
Steyer
Oesterreich
Baiern
München
Ulm
Augsburg
Regensburg
Nürnberg
Stuttgart
Mannheim
Pfalz
Cöln
Aachen
Lüttich
Namur
Brüssel
Antwerpen
Amsterdam
Vereinigte Niederlande
Oranien
Nassau
Cassel
Erfurt
Eisenach
Hannover
Braunschweig
Sachsen
Schwerin
Pommern
Preussen
Mazowien
Russ
Polen
Ungarn
Siebenbürgen
Slavonien
Krain
Istrien
Venedig
Mailand
Savoyen
Piemont
Lyonois
Dauphiné
Provence
Languedoc
Aquitanien
Gascogne
Navarra
Spanien
Arragon
Pyrenäen
Toulouse
Picardie
Artois
Hennegau
Flandern
Brabant
Limburg
Lothringen
Champagne
Burgund
Bourgogne
Lyonois
Savoyen
Piemont
Mailand
Venedig
Tirol
Eidgenossen
Land. der
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Innsbruck
Kärnten
Steyer
Oesterreich
Baiern
München
Salzburg
Linz
Wien
Preßburg
Ofen
Pest
Essegg
Semlin
Funfkirchen
Steegdin
Agram
Laibach
Villach
Triest
Görz
Istrien
Krain
Slavonien

brai zu besetzen, der erste (zeitweise) Verlust von Reichsboden an den westlichen Nachbarn. Die Not, in die Frankreich durch die Erbansprüche Eduards III. auf die französische Krone geriet, hat diesen Bestrebungen dann Einhalt getan. Nach der Niederlage und Gefangennahme König Johanns bei Maupertuis im September 1356 hat Karl IV. im Dezember in Metz gelegentlich des Reichstags, auf dem die Goldene Bulle zum Abschluß kam, die Bistümer zurückerlangen können; nur das sog. Barrais mouvant, das Herzogtum Bar, soweit es links der Maas liegt (zwischen Verdun und Vaucouleur), blieb bei Frankreich. Damals ist auch Deutschlands Herrschaft über das Arelat wieder anerkannt worden, allerdings ohne Wirkung über Karl IV. hinaus. Nach Johanns Befreiung und unter den folgenden Königen, bis in die Zeit Karls VII. hinein, ist dann die englische Bedrängnis so groß gewesen, daß an eine kräftige Politik ostwärts nicht zu denken war. Erst unter Ludwig XI. (1461 bis 1483) hat eine solche wieder aufgenommen werden können.

Sie traf jetzt aber auf einen anderen Gegner als die deutsche Macht. Zwischen Frankreich und Deutschland waren die Herzöge von Burgund emporgekommen. Das burgundische Königreich des Südens war verschwunden; das Herzogtum, das jetzt im Norden erwuchs, hat trotz des gleichen Namens mit ihm keinen anderen Zusammenhang, als daß es auch im Besitz der Freigrafschaft war.

---

Die Herzöge von Burgund (Bourgogne) waren Lehnsträger der Krone Frankreich. Nach dem Aussterben der älteren, auch dem kapetingischen Hause angehörigen Linie verlieh König Johann 1363 das Herzogtum seinem jüngeren Sohne Philipp (dem Kühnen), der die Freigrafschaft schon als kaiserliches Lehen besaß. Durch Verheiratung mit Margarete von Flandern gelangte Philipp in den Besitz auch dieser Grafschaft. So gewannen die burgundischen Herren eine Doppelstellung. Als Inhaber der Bourgogne und Flandern waren sie Lehnsträger der französischen, als Grafen von Burgund der deutschen Krone. Die Nachfolger haben das nach beiden Seiten hin weiter ausgebaut, besonders aber nach der deutschen. Nacheinander sind sie durch Erbschaft, Kauf, Fehde in den Besitz der Markgrafschaft Namur, der Herzogtümer Brabant und Limburg, der Grafschaften Holland, Seeland und Hennegau und zuletzt (1443) des Herzogtums Luxemburg gekommen; in Frankreich konnten sie zu Flandern die Grafschaft Artois erwerben. In diesem Stande hat 1467 Karl der Kühne das Herzogtum übernommen.

Er trug sich mit ausgreifenden Plänen der Erweiterung gegen den Rhein hin; hätte er Erfolg gehabt, er hätte ein Mittelreich hergestellt fast so groß wie einst das Lothars II., vom Nordmeer bis zum Genfer See reichend. In dem Versuch, durch Eroberung des Herzogtums Lothringen seinen nördlichen und südlichen Landbesitz miteinander zu verbinden, erlitt er 1477 bei Nanzig den Tod. Es wird viel von erfolgreicher österreichischer Heiratspolitik geredet; die Vermählung der Tochter Karls des Kühnen, der Maria, mit Maximilian, die dessen Vater, Kaiser Friedrich III., zustande brachte, ist die für Deutschland folgenreichste Betätigung dieser Politik. Sie hat das Zwischengebiet davor bewahrt, in die Hand Frankreichs zu geraten, dem sein Herrschergeschlecht entstammte, hat dadurch das Aufkommen eines übermächtigen Frankreichs gehindert, hat aber auch wesentlich mitgeholfen zu voller Entfremdung dieses Zwischenlandes vom Deutschen Reiche. In den Niederlanden und in Belgien liebt man hervorzuheben, daß diese nordwestlichen Länder schon im Mittelalter ihren eigenen Weg gegangen seien; man hebt als Besonderheit hervor, was sich überall in den Grenzgebieten des Reiches während der letzten Jahrhunderte

des Mittelalters vollzogen hat. In Wirklichkeit verdanken die Niederländer ihre Selbständigkeit der burgundischen Absonderung von beiden großen Nachbarreichen.

Maximilian ist zwar nie Herzog von Burgund gewesen, hat aber zunächst auf seine Gemahlin Maria, dann auf den unmündigen Sohn Philipp, endlich auf den wiederum unmündigen Enkel Karl maßgebenden Einfluß geübt, vor allem auf die auswärtige Politik der burgundischen Lande. Der Nachfolger Karl V. vereinigte mit der burgundischen Herzogswürde nicht nur die deutsche Kaiser- sondern auch die spanische Königskrone und die Herrschaft über deren ausgedehnte Nebenländer. Diese Machtanhäufung in einer Hand ist Deutschland zugute gekommen, indem sie es gegen das jetzt geeinigte Frankreich deckte; sie hat aber zugleich den burgundisch-niederländischen Besitz vergrößern und weiter vom Reiche sondern helfen. Als Karl V. ihn 1506 übernahm, fehlten ihm, verglichen mit dem jetzigen Umfange der beiden Königreiche, noch wesentliche Teile. Von den jetzigen Niederlanden besaß er unbestritten nur Holland, Seeland und Nordbrabant. Auf Friesland hatte Maximilian wohl Ansprüche gemacht, sie aber noch nicht durchsetzen können. Groningen (Stadt Groningen und Ommelande) behauptete noch seine Selbständigkeit. Die jetzigen Provinzen Utrecht, Overijssel und Drenthe bildeten den weltlichen Besitz des Bistums Utrecht, Geldern und Limburg das Herzogtum Geldern, dessen Herren natürliche Bundesgenossen der französischen Könige in allen ihren Kriegen gegen Burgund und Habsburg waren. Im jetzigen Belgien beherrschte der Bischof von Lüttich ein ansehnliches Gebiet rechts und besonders links der Maas von der Gegend von Roermonde bis hinauf zur französischen Grenze. Unter Karl sind die Friesen zur Unterwerfung gebracht; auch Groningen hat ihn als Herrn angenommen. Die Bischöfe von Utrecht hat er ihres weltlichen Besitztums entkleidet, ebenso den Bischof von Cambrai, den von Lüttich dem burgundischen Einfluß ganz unterworfen. Der eifrige Bekämpfer des Protestantismus ist der erste deutsche Fürst gewesen, eigentlich der einzige, der Reichsbistümer säkularisiert hat. Als 1538 der letzte Herzog von Geldern starb und das Land nach seinem und der Stände Willen an den zunächst erbberechtigten Herrn von Kleve-Berg-Jülich-Mark-Ravensberg fallen sollte, hat Karl V. früher erworbene Ansprüche geltend gemacht und durchgesetzt. Der Ausgang des geldernschen Erbfolgekrieges ist von durchschlagender Bedeutung gewesen für das Schicksal der gesamten niederrheinischen Lande; nicht nur hat er die Verbreitung der Bekenntnisse in diesem Gebiet bestimmt, sondern er hat auch, indem er den nachhaltigen Erfolg der Eroberungspolitik Karls V. besiegelte, die Entstehung eines selbständigen niederländischen Staatswesens erst ermöglicht. „Generalstaaten" wären nicht denkbar gewesen, wenn Karl V. nicht zu den vier von den gegenwärtigen elf Provinzen der Niederlande, die er von Anfang an in Besitz hatte, sieben hinzu erworben hätte.

Für diesen gesamten Besitz sind aber auch die Beziehungen zum Reiche so gut wie vollständig gelöst worden. Die Kreiseinteilung kennt seit 1548 einen Burgundischen Kreis, der die gesamten in Frage kommenden Besitzungen umfaßte. Der Vertrag, der ihm zugrunde liegt, setzt aber fest, daß das Reich in diesem Kreise nichts zu sagen haben, wohl aber zu dessen Verteidigung beitragen soll; dafür übernimmt dieser volk- und mittelreichste aller Kreise in Reichskriegen die Leistung zweier Kurfürstentümer. Reichsinstitutionen sind in diesem Kreise nie zu irgendwelcher Geltung gelangt. Übrigens gehörte das Bistum Lüttich zum Westfälischen Kreise, so auch die von Karl V. annektierten Lande vor ihrem Übergange in habsburgischen Besitz. Durch den Übergang an den spanischen Erben wurde der burgundische Besitz

dem Einfluß des Reichs ganz entrückt. Die volle Selbständigkeit der nördlichen Niederlande, der Generalstaaten, wurde wie die der Eidgenossenschaft im Westfälischen Frieden anerkannt.

---

Die Entwicklung des burgundischen Besitzes beschränkte die unmittelbare Berührung Deutschlands mit Frankreich auf einen schmalen Landstrich in der Gegend der oberen Maas. Hier haben dann die neuen französischen Vergrößerungsbestrebungen zunächst eingesetzt. Heinrich II. besetzte 1552 im Einvernehmen mit Kurfürst Moritz von Sachsen die Bistümer Metz, Toul und Verdun; Karl V. hat vergeblich versucht, Metz zurückzunehmen. Die Hugenottenkriege haben Frankreichs äußere Politik gelähmt. Als sie mit der Eroberung von la Rochelle 1628 ihren Abschluß fanden, tobte in Deutschland der Dreißigjährige Krieg. Er endete mit dem Verlust des habsburgischen Besitzes im Elsaß, eines reichlichen Drittels des Landes. Damit hatte Frankreich an einer Stelle das Ziel seiner Sehnsucht, die Rheingrenze, erreicht, wenn auch nicht in geschlossenem Vorschieben seines Gebietes; mit dem Besatzungsrecht in Breisach und Philippsburg hatte es den Fluß sogar überschritten.

Der französisch-spanische Krieg dauerte über 1648 hinaus. Im Pyrenäischen Frieden gingen von altem Reichsbesitz aus Spaniens Hand das hennegauische Avesnes und das luxemburgische Diedenhofen an Frankreich über, sonst nur Land, das einst von Frankreich an Burgund verloren war. Unter den Abtretungen des Aachener Friedens (1668) befanden sich an altem Reichsgut drei hennegauische Orte. Sie wurden im Nymweger Frieden 1678 wieder an Spanien zurückgegeben, dafür aber das alte Reichsbistum Cambrai geopfert, dazu die Freigrafschaft. Deutschland behielt von altem königlich burgundischem Besitz nur noch das Bistum Basel und die württembergische Grafschaft Mömpelgard. Gegen Philippsburg tauschten die Franzosen im Frieden mit dem Reiche 1679 das viel wichtigere Freiburg im Breisgau ein. Noch in demselben Jahre wurde in Metz die Reunionskammer eingesetzt. 1681 nahm Ludwig XIV. die elsässischen Reichsstädte weg, auch Straßburg, obgleich für einen Anspruch auf diese Stadt sich keinerlei Rechtstitel finden ließ. Damit war ein zweites Drittel des Elsaß verloren. Eine ganze Reihe einzelner Orte sind sonst in den Grenzländern auf Grund von Kammerurteilen weggenommen worden, darunter 1684 nach längerer Belagerung, ohne daß Krieg erklärt war, das feste Luxemburg. Im Ryswicker Frieden (1697) hat Ludwig XIV. doch alle außerelsässischen Reunionen wieder herausgegeben, auch auf Freiburg im Breisgau verzichtet. Der Herzog von Lothringen, der sein ererbtes, auf dem Wege nach dem Rhein liegendes Herzogtum, das 1632 von den Franzosen besetzt und dann nur in den Jahren 1659—70 wieder geräumt worden war, noch nicht gesehen hatte, durfte dort einziehen. Ludwig XIV. wünschte Kraft zu sammeln für die Durchsetzung seiner spanischen Erbansprüche. Der Spanische Erfolgekrieg ist dann doch fast ohne unmittelbaren Gewinn für Frankreich ausgegangen; nur das Reich brachte wieder ein Opfer, Landau mit dem Landstriche von der Lauter bis zur Queich. Dagegen kam vom alten Herzogtum Geldern das Oberquartier an Preußen.

Im 18. Jahrhundert ist auch das vielumstrittene Herzogtum Lothringen französisch geworden. Sein Herzog wurde 1737 nach Florenz verpflanzt; Frankreichs polnischer Thronkandidat Stanislaus Leszczynski trat an seine Stelle. Als er 1766 starb, hörte das Herzogtum, das so oft bedeutungsvoll an den deutschen Dingen beteiligt gewesen war, auf zu bestehen. Die Revolution hat gleich in ihren ersten

Maßnahmen die noch nicht französischen Teile des Elsaß unter ihre Erlasse gestellt ohne Rücksicht auf die Rechte deutscher Reichsstände und damit auch den Rest des Landes zu Frankreich gezogen.

In diesem Stande sind die Revolutions- und dann die napoleonischen Kriege über Deutschland hereingebrochen. Im Baseler Frieden opferte Preußen den Gewinn von 1713 und das linksrheinische Kleve. Der Frieden von Luneville brachte dann den Verlust des ganzen linken Rheinufers; es folgten 1803 die Säkularisationen, die ein Bestehen des Reiches in der bisherigen Form unmöglich machten. Als am 12. Juli 1806 der Rheinbund begründet war, legte Kaiser Franz die deutsche Krone nieder. Da kein Reich mehr bestand, kann bei den weiteren Länderverschiebungen, die Napoleon vornahm, eine Reichsgrenze nicht mehr in Frage kommen. An ihre Stelle trat durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 die Grenze des Deutschen Bundes.

Der Wiener Kongreß hat zugunsten des neuen Königreichs der Niederlande die lisière de la Meuse aufgerichtet und damit das Oberquartier Geldern abgetrennt, anderseits Luxemburg (das jetzige Großherzogtum und die belgische Provinz) als Bundesland zugestanden. Im zweiten Pariser Frieden wurden Landau und Saarlouis wieder gewonnen. Die belgische Revolution hat dann zu einer Grenzänderung geführt; der westliche, fast ganz französisch sprechende Teil Luxemburgs hatte sich an der Erhebung beteiligt. Er wurde 1839 als belgisches Gebiet anerkannt und vom Deutschen Bunde gelöst, dafür aber das neu gebildete Herzogtum Limburg (das Oberquartier Geldern und Maastricht, nicht gleich mit dem mittelalterlichen Herzogtum Limburg!) dem Bunde angeschlossen. Es hat ihm bis 1866 angehört. Im nächsten Jahre hat sich der Norddeutsche Bund durch Aufgabe des preußischen Besatzungsrechts in Luxemburg auch aus dem jetzigen Großherzogtum zurückgezogen; die Stadt ward entfestigt. Der Frankfurter Friede vom 10. Mai 1871 verlegte die Grenze an eine Stelle, wo sie früher nie gewesen war. Maßgebend war die Sprachenscheidung, soweit militärische Gründe nicht eine Abweichung vorschrieben. So wurden die französisch sprechenden Gemeinden diesseits des Vogesenkammes, im Breuschtal und in Lothringen, hier, so weit die Lage von Metz das forderte, ins neue Reich einbezogen und dem Reichslande zugewiesen.

---

Unendlich viel einfacher als im Westen hat sich die Bildung der Reichsgrenze im Osten und Norden vollzogen, ein glänzender Beleg für die Friedfertigkeit des deutschen Staatswesens im Vergleich zum französischen. Die Grenze gegen Ungarn hat sich überhaupt nicht verändert, so weit zurück überhaupt von einer Grenzführung die Rede sein kann. Neben dem ostfränkischen Reiche Ludwigs des Deutschen bestand in Böhmen und Mähren ein großmährisches; es ist lehnsabhängig geworden, bis die Ungarn es zur Zeit Ludwigs des Kindes vernichteten und dann für Deutschland die Ungarnnot eintrat. Heinrich I. hat die Oberlehnsherrschaft 929 wiederhergestellt, und Böhmen, mit dem Mähren verbunden war, ist dann mit kurzer Unterbrechung (936—50) in dieser Stellung zum Reich geblieben. Grenzveränderungen herbeizuführen, ist von deutscher Seite niemals versucht worden; wohl aber hat König Ottokar II. zurzeit des Interregnums (1266) das deutsche Egerland vom Reiche abgerissen. Als die Königreiche Böhmen und Ungarn infolge der Heirat Ferdinands I. und seiner Schwester Maria nach dem Tode König Ludwigs in der Schlacht bei Mohacz an die Habsburger übergegangen waren,

hat das wohl Österreichs Stellung gestärkt, am Verhältnis zum Reiche aber nichts geändert.

Nördlich vom deutschen Mittelgebirge waren die Grenzen slawischen und deutschen Wesens zu Beginn der Regierung Heinrichs I. durch die Swentine, die in den Kieler Hafen fließt, den Sachsenwald und durch Elbe und Saale bestimmt. Der erste deutsche König sächsischen Stammes war zugleich der erste, der deutsche Macht jenseits dieser Scheidelinie dauernd zur Geltung brachte, besonders östlich der Saale. Hinter den slawischen Stämmen, die von der Ostsee bis zum Gebirge ohne umfassendere staatliche Zusammenhänge unter Häuptlingen wohnten, hat sich jenseits der Oder ein polnisches Herzogtum, später Königreich, herausgebildet und ist unter deutschem Einfluß christianisiert worden. Die zwischenwohnenden Slawen sind im mittleren und nördlichen Gebiete noch lange Heiden geblieben; erst an die Namen Ottos von Bamberg, Adolfs von Schauenburg, Albrechts des Bären, Heinrichs des Löwen knüpft sich ihre endgültige Bekehrung. Als Heiden sind sie bekämpft und ihre Sitze dem Reiche unterworfen worden. Polens Grenzen hat das Reich nie angetastet, obgleich die deutschen Waffen wiederholt ins Land getragen wurden, Thronstreitigkeiten zu entscheiden, polnische Einfälle zu strafen oder auch schuldigen Tribut einzutreiben, zuletzt unter Friedrich Barbarossa, mit dem die deutsche Oberlehnsherrschaft überhaupt in Vergessenheit geraten ist. So hat Polen an das Deutsche Reich im Mittelalter kein Gebiet verloren, wohl aber an das stammverwandte böhmische Königreich. König Kasimir, der in der polnischen Geschichte den Beinamen des Großen führt, hat 1335 auf Schlesien zugunsten Böhmens verzichtet. Seitdem gilt dieser Teil Polens als ein Gut der Wenzelskrone und ist mit dieser an Österreich gekommen. Zum Reiche hat Schlesien nie gehört, soweit es ihm nicht durch die Verbindung mit Böhmen zugewachsen war. Noch jetzt geht der Schlesier „ins Reich", wenn er westwärts zieht.

Wie in so vielen Fällen, so ist auch in betreff unserer Beziehungen zu den Polen die landläufige deutsche Geschichtsvorstellung durchaus beherrscht von fremder Auffassung. Sie läßt den Deutschen Orden als Feind Polens gelten und gibt achselzuckend zu, daß er sich auf Kosten Polens groß gemacht habe. In Wahrheit ist er über die Weichsel gekommen, um Polen auf Wunsch seines in Frage kommenden Teilfürsten von Masovien gegen die heidnischen Preußen zu schützen. Zu diesem Zwecke ist ihm das Kulmerland übertragen worden, das übrigens gar nicht einmal in den Händen der Polen war. Daß er mit diesem Auftrage das Gebiet der bekämpften Feinde für sich in Besitz nahm, war doch nicht nur eine berechtigte, sondern die einzig mögliche Form seiner Ausführung. Er hat dann, nach erfolgter Angliederung des Schwertordens (1237), auch die baltischen Lande Kurland mit Semgallen, Livland und (durch Kauf von Dänemark 1346) Estland in seine Gewalt gebracht; aber das hat gewiß nicht die Polen oder irgendwelche Christen, worauf ja die Zeit das entscheidende Gewicht legte, geschädigt. Einen derartigen Vorwurf könnte man an die Erwerbung Pommerellens, des Landes westlich der Weichsel bis in die Gegend von Schlawe, knüpfen, die der Orden nach dem Aussterben der dortigen Fürsten 1310 gegen Polen und gegen die brandenburgischen Askanier durchsetzte. Diese Fürsten waren Vasallen der polnischen Krone gewesen. Aber ihre Untertänigkeit war ebenso fraglich wie die anderer Grenz- und Teilfürsten des polnischen Reiches, und Kasimir der Große hat es dann auch für richtig gehalten, sich 1343 unter Verzicht auf Pommerellen mit dem Orden zu verständigen. Er hat Polens Zukunft ostwärts gesucht und gefunden.

Erst die Verbindung Litauens mit Polen hat den Gegensatz geschaffen, der zur Schlacht bei Tannenberg (1410) und zum zweiten Thorner Frieden (1466) führte. Jetzt hat Polen seinerseits über seine ursprünglichen Grenzen weit hinausgegriffen; es hat nicht nur Pommerellen zurückgenommen, sondern außer dem Kulmerland auch noch das Weichseldelta und das ganze Ermeland, dazu dem Hochmeister die Lehnsherrschaft auferlegt. Das Ordensland ist damit aus dem Reiche ausgeschieden, zu dem es gerechnet worden war, seitdem Kaiser Friedrich II. den Rittern das zu erobernde Heidenland übertragen hatte. Das Gebiet des Landmeisters, die „baltischen Provinzen", ist noch weiterhin als unter dem Reiche stehend angesehen worden. Als aber Russen und Polen, Dänen und Schweden nach der Mitte des 16. Jahrhunderts anfingen, um das Land zu streiten, hat das Reich beiseite gestanden; im Stettiner Frieden von 1570, in dem die drei letztgenannten Mächte sich verständigten, hat es zwar Ansprüche geltend gemacht, auch Zugeständnisse erlangt, aber nicht vermocht, sie zur Durchführung zu bringen. Damit war die Entwicklung der Reichsgrenze im Osten abgeschlossen; Pommern und Brandenburg lagen innerhalb, Schlesien und die Lausitz, die seit Kaiser Karl IV. böhmisch war, außerhalb. Für die Lausitz kann man sagen, daß das anders wurde, als sie durch den Prager Frieden von 1635 an Sachsen fiel. Preußens polnische Erwerbungen haben an dieser Sachlage nichts geändert. Schlesien wurde 1815 Bundesgebiet, Posen, West- und Ostpreußen nicht. Sie sind erst durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches Reichsgebiet geworden.

Über die Reichsgrenze gegen Dänemark ist kaum etwas zu sagen. Von altersher lag sie an der Eider. Kaiser Friedrich II., der ja einer der schlechtesten deutschen Könige war, hat 1214 alles Land jenseits der Elbe und Elde König Waldemar dem Sieger überlassen, so ziemlich die schmählichste Preisgabe deutschen Landes, die je stattgefunden hat. Die Gefangennahme des dänischen Königs durch den Grafen Heinrich von Schwerin (1223) und die Schlacht bei Bornhöved (1227) haben dank der Tatkraft der Bewohner dieser Gebiete das Unheil wieder gutgemacht. Von geringerer Wirkung ist gewesen, daß König Albrecht I. die Abtretung 1304 wiederholte. Die alte deutsch-dänische Grenze ist geblieben bis zum Wiener Frieden von 1864. Daß Schleswig (dänisch: Südjütland) mit Holstein verknüpft wurde, ist den Holsteiner Grafen zu verdanken; das Reich hat damit nichts zu tun, und die Reichsgrenze ist dadurch nicht verschoben worden, wie denn überhaupt alle Erweiterungen der Reichsgrenze fast ausschließlich den betreffenden Territorialherren, nicht dem Reiche verdankt werden; ebenso natürlich die Verluste.

In einem eigentümlichen, den landläufigen Geschichtsvorstellungen völlig verborgenen Gegensatz zu den Erfolgen des Reiches stehen die der deutschen Kolonisation im Osten und Norden. Man kann von ihnen aber auch sagen, daß sie so gut wie ohne jede Mitwirkung des Reiches zustande gekommen sind; sie werden der Tätigkeit der Territorialgewalten und der fremden Herrscher von Böhmen, Polen und Ungarn verdankt. In diesen drei Königreichen sind sie denn auch ganz und gar durch friedliche Arbeit erreicht, auch im übrigen durch kriegerische Leistungen nur vorbereitet worden. In den Gebieten der Fürsten von Mecklenburg und Rügen, von Pommern und Pommerellen haben die angestammten Landesherren slawischer Herkunft sie durchgeführt. Die folgenreichste deutsche Tat des Mittelalters ist der Überlegenheit deutschen Volkstums aller Stände zu verdanken, nicht der des Reiches.

Es sind bunte, wechselvolle Hergänge, die auf die Gestaltung unserer Reichsgrenzen eingewirkt haben, bunter und wechselvoller als bei irgendeinem andern europäischen Staate, Lande oder Volke. Die Lage unserer Wohnsitze inmitten des Erdteils ist dafür der alleinige, der einzige Grund. Ohne diese Lage hätten wir auch nie in die Bedrängnis kommen können, in der wir jetzt stehen. Man kann nur wünschen und hoffen, daß unser Volk und seine Regierung sich dieser besonderen Belastung deutschen Lebens stets bewußt und ihrer eingedenk sein und demgemäß als unentbehrliche Grundlage unseres Bestehens Macht erkennen möchten. Deutsche Verhältnisse können nicht durch die Gedankengänge, Redewendungen und Gemeinplätze klargestellt und zum Verständnis gebracht werden, die von Tagespolitikern so oft im Munde geführt und als allgemein gültig verkündet werden. Man überlasse sie den Fremden, Engländern und Franzosen, Amerikanern und Russen, von denen sie meistens geprägt wurden, um sie zur Bemäntelung ihrer Eroberungslust zu gebrauchen. Uns dient nur Kenntnis der eigenen Entwicklung; sie ist in der Tat etwas für sich und verdient, mit mehr Selbständigkeit studiert und erwogen zu werden, als man ihr in der Regel zu widmen pflegt.

## „Erlebte Gedanken"
## von Richard Schaukal[1]).

Es gibt keine Entwicklung der Menschheit, bloß Entwicklung von Menschen und Völkern, also Einzelwesen und größern organischen Einheiten. Entwicklung am einzelnen wie an Völkern heißt gesetzmäßiges Erreichen der Grenzen der in der Einheit gegebenen Entwicklungsfähigkeit. Niemand und auch kein Volk kann über sich selbst hinaus. Entwicklung ist keine mathematische Aufgabe, sondern eine biologische Tatsache.

* * *

Daß Geldmacher und ihre Zeitungsschreiber als unentbehrlich vom Militärdienst enthoben werden können, während ein ins Feld ziehender Vater die Arme seines weinenden Kindes von seinem Nacken löst und eine Mutter ihrem letzten Sohne vorm Scheiden das Kreuz auf die Stirne zeichnet, wäre mir ein hinreichender Grund zur Kriegserklärung an die „Kulturmenschheit".

* * *

Ungleichheit ist das grausame Gesetz der Natur. Darin beruht ihre Schönheit. Es ist der Albernheit der zur Vernünftigkeit entarteten Vernunft vorbehalten geblieben, dem begreiflichen Verlangen aller nach Glück den Ausdruck allgemeines Recht zu geben. Es gibt kein Recht in der Natur, es gibt nur Gesetze der Entwicklung.

[1]) Aus einem demnächst unter gleichem Titel bei Georg Müller in München erscheinenden Buche des österreichischen Dichters.

# Joh. Gottl. Fichte und der Friedensschluß[1]).

„Es ist zu hoffen, daß nun werde geltend gemacht werden die mir unumstößlich scheinende Wahrheit, daß an keinen Frieden in Europa zu denken ist, ehe nicht Germanien in einer festen und Respekt gebietenden Fassung dasteht."
(Fichte am 18. IV. 1807 an Altenstein).

„Von jedem Irrtume in der Beurteilung des gegenseitigen Verhältnisses der Staaten zueinander wird man völlig gesichert, wenn man auch diesem den Satz zugrunde legt, und annimmt, daß jeder jede Gelegenheit ergreifen werde, um dem andern zu schaden, so oft er seinen eignen Vorteil dabei zu ersehen glauben wird.

Es wäre daher noch immer zu wünschen, daß unsre Politiker, also, daß es ihnen von nun an keinen Augenblick mehr aus dem Gesicht käme, und niemals darüber der geringste Zweifel, oder irgendeine Neigung, einmal eine Ausnahme zu gestatten, bei ihnen entstände, sich überzeugten von folgenden zwei Sätzen:

1. Der Nachbar, es sei denn, daß er dich als seinen natürlichen Verbündeten gegen eine andere euch beiden furchtbare Macht betrachten müsse, ist stets bereit, bei der ersten Gelegenheit, da er es mit Sicherheit können wird, sich auf deine Kosten zu vergrößern. Er muß es tun, wenn er klug ist, und kann es nicht lassen, und wenn er dein Bruder wäre.

2. Es ist gar nicht hinreichend, daß du dein eigentliches Gebiet verteidigest, sondern auf alles, was auf deine Lage Einfluß haben kann, behalte unverrückt die Augen offen, dulde durchaus nicht, daß irgendetwas innerhalb dieser Grenzen deines Einflusses zu deinem Nachteile verändert werde, und säume keinen Augenblick, wenn du darin etwas zu deinem Vorteile verändern kannst; denn sei versichert, daß der andere dasselbe tun wird, sobald er kann, versäumst du es nun an deinem Teile, so bleibst du hinter ihm zurück. Wer nicht zunimmt, der nimmt, wenn andere zunehmen, ab.

Es fließen hieraus zwei Grundregeln. Die erste, daß man ohne Zeitverlust jede Gelegenheit ergreife, sich innerhalb der Grenzen seines Einflusses zu verstärken, und jedes innerhalb dieser Grenzen uns drohende Übel sogleich in der Wurzel, und ehe es Zeit hat, heranzuwachsen, ausrotte.

Die zweite: daß man niemals auf das Wort des andern sich verlasse, wenn man eine Garantie erzwingen kann; falls dies aber augenblicklich nicht möglich sein sollte, es von nun an sich zum Hauptaugenmerk mache, diese Garantie sich noch zu verschaffen, damit man wenigstens so kurze Zeit als möglich das bloße Wort zum Pfande habe; daß man sich stets in der Lage erhalte, Treue und Glauben erzwingen zu können.

Mutige Verteidigung kann jeden Schaden wieder gutmachen, und wenn du fällst, so fällst du wenigstens mit Ehre. Feiges Nachgeben rettet dich nicht vom Untergange, sondern es gibt dir nur eine kurze Frist schmählicher und ehrloser Existenz, bis du von selbst abfällst, wie eine überreife Frucht. Aus solchem Betragen entstehen jene „ehrenvollen" Frieden, die nicht einmal den Frieden geben, indem sie dem Feinde die völlige Gewalt lassen, unmittelbar nach

[1]) Entnommen der wie für den heutigen Tag geschriebenen Schrift: Joh. Gottl. Fichte „Vom ehrenvollen Frieden". Herausgegeben von Hans Schulz; Halle bei Max Niemeyer, 1917. Preis 50 Pf.

geschlossenem Frieden seine Pläne da fortzusetzen, wo er sie vor dem Kriege, der ihm einen Augenblick Stillstand gebot, fallen ließ, und zufolgedessen wir zwar ihn zufrieden lassen müssen, aber Er nicht uns.

Mehr als die Hälfte der Kriege, welche geführt worden, sind durch große Staatsfehler der Angegriffenen, welche dem Angreifer die Hoffnung eines glücklichen Erfolges gaben, entstanden, und sie wären unterblieben, wenn jene Staatsfehler unterblieben wären.

Diese Regeln werden durch die höhere Ansicht des Verhältnisses des Fürsten zu seinem Volke und zu der gesamten Menschheit, aus dem Standpunkte der Vernunft, bestärkt, verstärkt und zur heiligen Pflicht gemacht. Die Völker sind ja kein Eigentum des Fürsten. Es ist ihm nicht erlaubt, wenn er z. B. die zweite soeben angeführte Regel zum Schaden seiner Nation vernachlässigt hätte, hinzutreten und zu sagen: Ich habe an Menschheit, ich habe an Treue und Redlichkeit geglaubt. So mag der Privatmann sagen; geht er darüber zugrunde, so geht er sich zugrunde: aber so kann der Fürst nicht sagen, denn dieser geht nicht sich, und geht nicht allein zugrunde. Glaube er, wenn er will, an Menschheit in seinen Privatangelegenheiten, irrt er sich, so ist der Schade sein; aber er wage nicht, auf diesen Glauben hin, die Nation; denn es ist nicht recht, daß diese, und mit ihr vielleicht andere Völker, und mit ihnen vielleicht die edelsten Besitztümer, welche die Menschheit in tausendjährigem Ringen erworben hat, in den Kot getreten werden, bloß, damit von ihm gesagt werden könne, er habe an Menschen geglaubt. An die allgemeinen Gesetze der Moral ist der Fürst in seinem Privatleben gebunden, so wie der Geringste seiner Untertanen; in dem Verhältnisse zu seinem friedliche Volke ist er an das Gesetz und an das Recht gebunden, und darf keinen anders behandeln, als nach dem stehenden Gesetze, wiewohl ihm das Recht der Gesetzgebung, d. i. der fortgesetzten Vervollkommnung des gesetzmäßigen Zustandes bleibt; in seinem Verhältnisse aber zu andern Staaten gibt es weder Gesetz noch Recht, außer dem Rechte der Stärkern, und dieses Verhältnis legt die göttlichen Majestätsrechte des Schicksals und der Weltregierung, auf die Verantwortung des Fürsten, nieder in seine Hände, und erhebt ihn über die Gebote der individuellen Moral in eine höhere sittliche Ordnung, deren materieller Inhalt enthalten ist in den Worten: Salus et decus populi suprema lex esto.

Diese ernstere und kräftigere Ansicht der Regierungskunst tut es nun, unsers Erachtens, not, bei unserm Zeitalter zu erneuern. Die jedesmal herrschende Zeit-Philosophie ermangelt, so sehr auch die Weltleute sich gegen die Sache sträuben, und so schwer sie an das Bekenntnis derselben gehen, dennoch niemals, auf irgendeinem Wege auch an diese zu kommen, und auch sie umzuschaffen nach ihrem Bilde. Diese Zeit-Philosophie war in der letzten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts gar flach, kränklich, und armselig geworden, darbietend als ihr höchstes Gut eine gewisse Humanität, Liberalität und Popularität, flehend, daß man nur gut sein möge, und dann auch alles gut sein lassen, überall empfehlend die goldne Mittelstraße, d. h. die Verschmelzung aller Gegensätze zu einem dumpfen Chaos, Feind jedes Ernstes, jeder Konsequenz, jedes Enthusiasmus, jedes großen Gedankens und Entschlusses und überhaupt jedweder Erscheinung, welche über die lange und breite Oberfläche um ein weniges hervorragte, ganz besonders aber verliebt in den ewigen Frieden. Sie hat ihren entnervenden Einfluß recht merklich auch an die Höfe und in die Kabinette verbreitet."

# Was würde der Friede von Brest-Litowsk dem deutschen Volke kosten?

## Volkswirtschaftliche Studie.

Von Friedrich Prinz zu Löwenstein.

„Die verbündeten Mächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien) haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiete durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein." So lauten die beiden ersten Sätze in § 5 der Erklärung, welche Graf Czernin namens der Delegierten des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk als eine der Verhandlungsgrundlagen für den zu schließenden Frieden abgegeben hat.

Einfache Worte. Was kosten sie Deutschland? Was wird dort verschenkt?

Bevor wir diese Frage näher erörtern, müssen wir uns zuerst darüber klar sein, ob die verkündigten Grundsätze auf einer festen Willensentschließung beruhen, oder ob sie nur einen diplomatischen Schachzug darstellen, der die Gegenspieler in ihrer Position schwächen soll. Es ließe sich ja denken, durch die Erörterung so weitgehender Möglichkeiten solle eine Prüfung vorgenommen werden über die Geneigtheit der Gegner auf Abschluß des Friedens; denn man kann sich nur schwer vorstellen, wie durch Nachgiebigkeit bis zum äußersten selbst gewiegte Diplomaten die wirtschaftlichen Lebensbedingungen ihrer Staaten bessern wollen. Und für die Wahrnehmung der Staatszwecke sind die Herren doch angestellt und nach Polen geschickt worden. Verstärkt wird man in der Annahme, daß es sich hier nur um eine vorläufige Fragestellung handle durch die der Erklärung vorausgesandte Forderung, „daß sich sämtliche jetzt am Krieg beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegungen erfüllt sein sollten". Einer solchen Annahme, es läge hier nur eine Scheinbewegung vor, stehen aber sehr ernsthafte Gründe entgegen. Erstmals konnten die sämtlichen kriegführenden Mächte vor Ablauf der Frist in Friedensverhandlungen eintreten und damit den Vierbund auf sein Angebot festlegen. Zweitens wird es außerordentlich schwer fallen, von dem einmal ausgesprochenen und feierlich anerkannten Grundsatz des Friedens „ohne Annexion und ohne Kriegsentschädigung" selbst dann wieder loszukommen, wenn der Krieg auch nur nach einer Front weitergehen sollte; denn man löst sich von einem grundsätzlichen Angebot nicht so leicht wieder los, selbst dann nicht, wenn eine neue Kriegslage die Umstände sehr verändert hat. Im jetzigen Augenblick ist das Angebot geradezu eine Prämie auf Straflosigkeit. Drittens — und darin sehen wir den Kernpunkt — ist ein Friede „ohne Annexion und ohne Kriegsentschädigung" das Programm, zu welchem sich die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli bekannt hat. Also ist es wenigstens bezüglich Deutschlands zweifellos richtig, wenn eingangs der Erklärung von Brest-Litowsk von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker nach einem solchen Frieden die Rede ist. Die Reichstagsmehrheit

vom 19. Juli 1917 trägt die Verantwortung. In Brest-Litowsk wird ihr Wille vollstreckt. Unsere Regierung kann sich darauf berufen, sie sei mit gebundener Marschroute nach dem Unterhandlungsort gegangen, die Folgen könnten deshalb nicht ihr zugemessen werden, sondern fielen auf ihre Mandanten, das ist auf den Deutschen Reichstag, zurück.

Aus diesen Gründen ist die Annahme, es handle sich bei dem neuen Friedensangebot vom 25. Dezember um ein diplomatisches Manöver, nicht wohl haltbar. Wir sind vielmehr gezwungen, daran festzuhalten, der Friede ohne Annexion und ohne Kriegsentschädigung werde auch in Zukunft die Grundlage der Verhandlungen bilden, ja vielleicht die zukünftige Basis des Völkerrechts bei allen Kriegsabschlüssen.

Ist diese Voraussetzung zutreffend, dann haben wir uns mit dem Tatbestand abzufinden, daß wir nur auf unsere eigenen Hilfsmittel angewiesen bleiben zur Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft. Wir treten das Erbe des Krieges ohne allen Vorbehalt an. Wir ahnen zwar, daß die Erbschaft „damnosa" werden kann, dennoch ist es uns nicht vergönnt, sie auszuschlagen oder auch nur uns Bedenkzeit auszubitten. Wir sind gezwungen, das Sollen und Haben sofort zu übernehmen. Ja, nicht einmal die Wohltat des Erbverzeichnisses ist uns zugebilligt worden, aus welchem wir ersehen könnten, wohin unser Weg führt. Oder haben vielleicht die Abgeordneten am Königplatz vor ihrer Abstimmung vom 19. Juli, diesem schwarzen Tage, eine Aufstellung verlangt, die den zukünftigen Stand der Reichsfinanzen, der deutschen Volkswirtschaft und vor allem die Deckungsmöglichkeit der Kriegsausgaben klar aufgezeigt hätte? Man hat nichts davon vernommen. Solch öde Rechnungen mögen vielleicht nebensächlich und langweilig erscheinen, verglichen mit den volltönenden Schlagworten der Tribunen. Sie haben aber den Vorteil des Greifbaren und Zuverlässigen vor dem schillernden Wortschwall voraus. Gerade das beneficium inventarii, diese wertvolle Institution bei Übernahme zweifelhafter Erbschaften, die den Soldaten des alten Rom schon ipso iure zustand, während die unsrigen überhaupt nicht gefragt werden, hätte gefordert werden müssen, wenn das deutsche Volk nicht blind seinem zukünftigen Schicksal entegegengehen soll. Eine derartige Bestandsaufnahme hat aber nicht stattgefunden, wir bleiben auf Vermutungen angewiesen, deshalb wollen wir hier, soweit es bei dem mangelnden amtlichen Material möglich ist, die wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile eines Friedens untersuchen, welcher nach dem Grundsatz des Verzichts auf Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschäden abgeschlossen wird.

Vergegenwärtigen wir uns zuvörderst die Lasten, die wir in Zukunft aus diesem Kriege übernehmen, wenn er etwa am 1. April dieses Jahres sein Ende fände.

An baren Kriegsaufwendungen sind an erster Stelle die Anleihen zu nennen. Vom August 1914 bis November 1917 sind an Kriegskreditforderungen bewilligt im ganzen 109 Milliarden Mark. Bisher begeben und in langfristigen Kriegsanleihen untergebracht sind hiervon rund 72 Milliarden. Da jedoch der Krieg noch nicht ausgetobt hat und anderseits auch die Demobilisierung bedeutende Kosten verursachen wird, werden wir gut tun, die Gesamtsumme von 109 Milliarden einzusetzen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Familienunterstützungen für die Kriegsteilnehmer noch eine ganze Zeit über das Kriegsende hinaus andauern müssen, ehe sich die wirtschaftlichen Verhältnisse soweit wieder eingerichtet haben, daß ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung auf eigenen Füßen stehen kann. Den zweiten großen Ausgabeposten wird die Rentenzahlung für Kriegsbeschädigte und die Hinter-

bliebenen der Gefallenen darstellen. Gerade in diesem Punkt dürfen wir uns keinen falschen Vorstellungen hingeben. Es handelt sich nicht nur um die Hinterbliebenen der vor dem Feinde gefallenen Soldaten oder die zu Krüppeln geschossenen, sondern in demselben Maße um die in der Gefangenschaft zugrunde gegangenen oder krank und beschädigt zurückkehrenden. Wir wissen zurzeit noch recht wenig über die Leiden dieser Armen und sind bezüglich ihrer Schicksale vielfach auf Vermutungen angewiesen, aber es wäre trügerisch, bei der großen Zahl der in Betracht kommenden den zukünftigen Ausgabeposten zu niedrig einzuschätzen. Der Betrag wird mehrere Milliarden jährlich ausmachen, denen sich das Reich unter gar keinen Umständen entziehen kann; denn es hieße mit dem schwärzesten Undank lohnen, wollte unser Land seine tapfersten Söhne einer traurigen Zukunft überlassen. Und nicht bloß diese gesetzmäßigen Ansprüche treten an das Reich heran, sondern es werden sich alle die zahllosen Existenzen mit ihren Forderungen melden, welche durch den langen Heeresdienst in ihrer wirtschaftlichen Lage so schwer geschädigt sind, daß ihnen die Lebensmöglichkeit für die Zukunft stark unterbunden bleibt. Dabei ist zu bedenken: die Teuerung im Lande wird nicht so bald nachlassen; das ist kaum zu erwarten. Deshalb wird die Bewilligung eines Zuschusses zu der Lebenshaltung der Veteranen soziale Pflicht und staatliche Notwendigkeit werden. Oder sollen die alten Soldaten einem ungewissen Schicksal anheimfallen? Werden sie dann nicht lieber beisammenbleiben? Diese ernste Frage erhebt sich und wird drüben im russischen Reiche binnen kurzer Zeit eine vorbildliche Entscheidung finden. Wie heißt doch der alte Spruch? Primum vivere, deinde philosophari!

Als dritten Posten haben wir die Erneuerungen in Heer und Marine vor uns, das sog. „Retablissement", welches jahrelang ganz bedeutende Aufwendungen veranlassen wird. Handelt es sich doch um Neugestaltungen, die, erst durch die Erfahrungen dieses Krieges in die Erscheinung getreten, um so unabweislicher sind, je stärker die bisherigen Feinde in ihrer Stellung verbleiben. Gerade das, was vermieden werden soll, das Wettrüsten, wird durch einen Ausgleichsfrieden in jeder Weise gefördert; denn ein solcher Friede bedeutet nur einen Waffenstillstand, bei dem die Halbunterlegenen neue Kräfte sammeln, also auch der friedfertige Sieger gezwungen ist, sich im selben Verhältnis zu wahren. Jedenfalls werden in Zukunft die bisherigen Zahlen, welche als außerordentliche Ausgaben für Heer und Marine (Etatsjahr 1913/14) 553 und 283 Millionen neben den ordentlichen Ausgaben von 575 und 197 Millionen Mark betrugen, weit, vielleicht um ein Vielfaches überschritten werden.

Zu den direkten Schäden, welche der Krieg im Gefolge hat und deren Wegfertigung dem künftigen Reichsetat zur Last fielen, gehört auch der Wiederaufbau der verwüsteten Städte und Dörfer des Elsaß und Ostpreußens und ebenso die Wiederherstellung der zurzeit verlorenen Kolonien. Die hierzu notwendigen Aufwendungen sind auf 7—8 Milliarden Mark berechnet worden. Ferner sind die indirekt mit dem Kriege zusammenhängenden Ausgabeposten der einzelnen Bundesstaaten und der Stadt- und Landgemeinden zu nennen, durch welche diese sich in sehr große Schulden gestürzt haben, durch Fürsorgeleistungen für die heimischen Kriegerfamilien, durch Unterstützungen, Zulagen, Heimstätten, Lebensmittelämter usw.

Diese Gesamtaufwendungen aus öffentlichen Mitteln des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände, also Kriegsanleihen, Renten, Wiederherstellungen usw., würden kapitalisiert sich auf wenigstens 160 bis 180 Milliarden Mark belaufen. Neben ihnen stehen dann noch die Einbußen, welche Privatpersonen im

Inlande durch den Krieg erlitten haben, die wir jedoch hier außer acht lassen, weil anderseits wieder Vorteile aus dem Kriegszustande durch andere Privatpersonen gezogen worden sind, so daß in dieser Beziehung nur eine Verschiebung der Werte angenommen werden kann, aber keine Einbuße an Volksvermögen. Die wirklichen Verluste der Privatpersonen verringern sich übrigens noch aus einem andern Grunde, wenn der Friede auf der Brest-Litowsker Basis abgeschlossen wird. Es heißt nämlich in der deutschen Erklärung vom 25. Dezember, daß „die im eigenen Gebiete durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen seien". Nach dieser Klausel müßten alle den deutschen Zivilpersonen im Auslande entzogenen Werte (Schiffe, Güter, Kapitalien, Forderungen usf.) den Eigentümern wieder ersetzt werden; denn in seinem europäischen Völkerrecht sagt Freiherr v. Holtzendorff: „Aus dem Rechtscharakter des modernen Krieges folgt, daß das Privateigentum, abgesehen von dem Falle einer für Akte der Kriegführung unmittelbaren nötigen Zerstörung oder Benutzung, dauernd nicht weggenommen oder angeeignet werden darf." Der Vorbehalt in der Erklärung bildet also einen volkswirtschaftlichen Aktivposten, und zwar den einzigen. Aber er ist darum nicht gering anzuschlagen, weil er nur einem verhältnismäßig kleinen Personenkreise zugute kommt, denn die völkerrechtswidrig beschlagnahmten Werte sind auf 8 bis 10 Milliarden geschätzt worden.

Sehen wir diesen Komplex von zukünftigen neuen Lasten des Reiches vor uns, die sich, wie gesagt, kapitalisiert auf 160 bis 180 Milliarden belaufen würden, und vergleichen damit unsere bisherigen Reichseinnahmen, welche nach dem Etat von 1913/14 noch nicht 3,7 Milliarden jährlich ausmachten, so können wir uns leicht vorstellen, um wieviel die Steuern zunehmen müssen, damit Verzinsung und Tilgungsraten aufgebracht werden. Es kämen eben mindestens 9,6 bis 10,8 Milliarden neu hinzu, so daß in Zukunft 13 bis 14,5 Milliarden Mark an Steuern aufzubringen wären statt der bisherigen 3,7. Dies wäre also der drei- bis vierfache Betrag des vormaligen Standes.

Mit dieser Erörterung haben wir aber nur die eine Seite der Frage berührt, nämlich die finanzpolitische. Diese Seite drückt denjenigen Teil unserer Mitbürger, welche bisher gute Geschäfte gemacht haben und vorwärts gekommen sind, zwar unangenehm — denn kein Mensch zahlt gern hohe Steuern —, aber sie bedrückt doch nicht ihr Innerstes. Jeder wird sich sagen: „Gut. Ich zahle das Drei- bis Vierfache. Da die andern Deutschen aber unter demselben Druck stehen wie ich, so läuft es doch wieder auf dasselbe hinaus. Außerdem bin ich vielleicht imstande, durch größere Regsamkeit die Steuern von mir abzuwälzen." Die Rechnung hat mehr als einen Fehler. Erstens zieht sie die große Zahl derjenigen nicht in Betracht, welche außerstande sind, einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie eine so hohe Besteuerung mit sich brächte, nachzufolgen. In dieser Hinsicht braucht man nur an die Festbesoldeten und an die Lohnarbeiter zu erinnern, von den Stiftungen ganz zu schweigen. Vor allem aber berücksichtigt sie nur den Handel und Wandel im Inlande. Sie berücksichtigt jedoch gar nicht, daß wir nach dem Kriege auch mit dem Ausland wieder in Wettbewerb treten müssen. Die Folgen, welche volkswirtschaftlich durch eine so hohe Besteuerung eintreten, bleiben einfach unbeachtet, und gerade sie sind das Maßgebende für unsere Zukunft.

Nehmen wir an, der Friedensschluß brächte uns keine definitive Entscheidung, sondern jeder trüge seine eigenen Lasten, und zwar nicht nur wir, sondern ebenso Engländer, Italiener, Franzosen und Russen!

England wird zuerst an den Abbau seiner Kriegsschulden herantreten. Das ist ihm um so leichter möglich, als es mit seinen Kolonien wie auch durch sein Übergewicht auf dem Meere den Einfuhrhandel, insbesondere die Rohstoffzufuhr beherrscht. Von dem freien Meer, diesem Lieblingsschlagwort machtscheuer Politiker, wird selbstverständlich, außer auf dem geduldigen Papier, keine Rede mehr sein. England wird einfach die Zügel etwas straffer anziehen, indem es für die Hebung seiner Industrie durch Materialzufuhr aus den Kolonien Vorsorge trifft. Die Kolonien werden ihm hierbei, genau wie im Kriege, beistehen und die übrigen, vor allem die ihm jetzt feindlichen Länder, werden das Zusehen haben. Daß eine solche Methode beschlossene Sache ist, wissen wir aus den Reden der Minister Carson, Runciman, den Erklärungen von Sir Albert Stanley, Präsidenten des Handelsamtes, welche dieser am 7. Dezember 1917 abgegeben hat, und ferner aus den Worten, die der Minister Bonar Law am 12. Dezember 1917 im Unterhause gesprochen hat. Er führte aus: „Es ist wesentlich, jetzt und noch heute dem Feinde wissen zu lassen, daß wir unserer Macht bewußt sind und, wenn die Zeit gekommen ist, nicht zögern werden, sie auszunutzen. Die Hauptsache am Schlusse des Krieges wird die Beschaffung von Rohstoffen sein. Sie werden in allen Industrien knapp sein, die Alliierten werden sich zuerst selbst helfen. Die Hauptsache bei der Befreiung von der deutschen Kontrolle ist, im eigenen Hause unabhängig zu sein und wir können das nicht, bis wir die deutsche Kontrolle ausgeschaltet haben." Auch der englische Ministerpräsident Lloyd George sagte in einer großen Rede, Deutschland beginne zu verstehen, was Nahrung und Rohstoffe bedeuten, und selbst wenn die preußische Militärmaschine die Herrschaft erringen sollte, so werde durch die Zurückhaltung der Erzeugnisse, durch Weigerung, ihm die Hand zu reichen, Deutschland zu einsamer Machtlosigkeit herabgedrückt werden.

Wir können also keineswegs behaupten, wir hätten nicht geahnt, was uns bevorsteht. Es bedarf gar keines offenen Krieges mehr, es bedarf nur noch eines Differentialtarifs, es bedarf nur gewisser Umgehungen der Meistbegünstigungsklausel, es bedarf nur des Willens Englands und seiner Kolonien, der jetzt durch die Waffenbrüderschaft hergestellt ist, um uns von der Rohstoff- und Nahrungsmitteleinfuhr zum großen Teil abzuschneiden und unsere Volkswirtschaft nach und nach lahmzulegen, wenn wir auf einen Frieden ohne Entschädigung eingehen. England dagegen wird seine Kriegsschulden auf diesem Wege der Monopolstellung bei der Einfuhr von Rohstoffen im Handumdrehen beseitigen können.

Frankreich: Dieses Land dürfte sich wohl oder übel dem englischen Wirtschaftsdruck fügen müssen. Es wird den Kanaltunnel bauen, den England nach den Erfahrungen dieses Krieges sicherlich in der Hand haben will, und damit noch weit mehr als bisher in englische Abhängigkeit geraten. Obwohl Frankreich durch seine Kolonien in Nordafrika, Hinterindien und Madagaskar an unerschlossenen Reichtumsquellen keinen Mangel leidet und eine wirtschaftliche Ausdehnungsmöglichkeit besitzt wie wenige Länder, wird es durch einen Friedensschluß, der es nicht zur Ruhe zwingt, seine Augen nach wie vor auf den Rhein richten und uns nötigen, immer wieder große Abwehrmaßregeln mit ungeheuren Kosten zu treffen. Als Paladin Englands auf dem Festland, wird es durch dessen Hilfe seine Volkswirtschaft, soweit es dem Inselreich passend erscheint, aufrichten. Auf ganz ähnlichem Boden steht Italien, nur daß dort die wirtschaftliche Abhängigkeit von England noch schneller in die Erscheinung treten kann, die aus ihm ein zweites Portugal machen wird. Italien wird außerdem Österreich gegenüber dieselbe Rolle spielen dürfen wie Frank-

reich gegenüber Deutschland. Auch hier wie bei Frankreich handelt es sich darum, ob wir, d. h. Deutschland und Österreich-Ungarn, durch einen Frieden nach den Grundsätzen von Brest-Litowsk England den Vorrang lassen oder ob die wirtschaftliche Lehensherrschaft von uns ausgeübt wird.

Was Rußland betrifft, so ist unschwer vorauszusagen, daß das Riesenreich binnen kurzem doch den Staatsbankerott durchführen wird, den es schon angemeldet hatte. Dabei mag ein beliebiges politisches System das dort herrschende sein, die wirtschaftliche Notwendigkeit wird es zu diesem Schritt zwingen. Und gerade für Rußland kann die Loslösung von seinen Staatsschulden, die sich zumeist in ausländischen Händen befinden, volkswirtschaftlich nur zum Vorteil gereichen. Bei der Moral der Weltbörsen braucht es auch gar nicht zu befürchten, daß nach dem Bankerott sein Staatskredit dauernd notleiden würde. Vielleicht tritt gerade das Gegenteil ein, und Rußland bekommt dann zu weit billigeren Sätzen Geld als andere Staaten, die ehrlich ihren Verpflichtungen nachkommen wollen oder — müssen. Das ist auch eine Art des Abbaues der Kriegsschulden zugunsten der Steuerzahler, und jedenfalls gewinnt Rußland hierdurch einen finanziellen Vorsprung, der nicht zu unterschätzen ist. Österreich hatte nach dem letzten verschleierten Bankerott, der Couponbesteuerung (österreichisches Gesetz vom 20. Juni 1868), seinen Kredit für lange Jahre auch wieder leidlich in Ordnung gebracht.

Und nun zu Deutschland. Das Reich kann, für den Fall durchgehends ein Friede nach dem Grundsatze „keine Eroberungen und keine Kriegsentschädigung" durchgeführt wird, weder auf Rohstoffe in genügendem Maße aus seinen Kolonien rechnen, noch kann es unerschlossene Reichtumsquellen anschlagen wie Frankreich in Tunis und Marokko, noch kann es sich mit Aussicht auf Erfolg unter englische Finanzherrschaft begeben wie Italien, am wenigsten kann es Staatsbankerott machen wie Rußland. Dies letztere schon um deswillen nicht, weil es seine Kriegsanleihen fast ausschließlich im Inlande untergebracht hat. Was bleibt ihm also? Die Arbeit einerseits und anderseits die Steuern! Doch das möchte sich ertragen lassen, wenn wenigstens durch angestrengteste Arbeit der Steuerbedarf hervorgebracht werden könnte. Aber auch das ist nicht möglich. Wir haben oben dargelegt, wie England seiner Industrie durch Vorzugsbehandlung der Rohstoffeinfuhr eine Art Monopolstellung sichern werde. Die Behauptung wurde belegt durch Aussprüche englischer Staatsmänner. Nun ist auch Deutschland in seiner Warenerzeugung großenteils von der Rohstoffeinfuhr abhängig; schon daraus ergeben sich bedeutende Schwierigkeiten. Deutschland wird die Rohstoffe nur zu weit höheren Gestehungspreisen erhalten. Was das für die Fertigfabrikate bedeutet, kann sich jeder selbst sagen. Hierzu kommt noch ein weiteres Moment.

Wenn die Ausfuhrwaren, die Halb- und Fertigfabrikate, unter Verhältnissen erzeugt werden, die ihren Preis stark beeinflussen, die sie verteuern, dann kommen sie schwer belastet auf den Weltmarkt hinaus. Sie müssen ja zum großen Teil hinausgeschickt werden, damit der Eintausch gegen Rohstoffe sich vollziehen kann. Dieser Warenversand ist einer der Hauptkanäle unserer Volkswirtschaft. Stellen wir uns nun vor, daß die Lebenshaltung in Deutschland aus Anlaß der hohen Besteuerung eine kostspielige wird — denn Steuern verteuern —, so kommt das Steigerungsmoment im Preise unserer Ausfuhrwaren wieder zur Geltung. Dies möchte gleichgültig sein, wenn die andern Ausfuhrländer ebenfalls gezwungen wären, teurer zu erzeugen. Das ist aber nicht der Fall. Amerika, Japan, die nordischen Länder, Holland, Spanien, die Schweiz haben verhältnismäßig wenig durch den Krieg

gelitten, sie haben sich sogar teilweise außerordentlich kräftigen können durch die jahrelange Ausschaltung der Mittelmächte und durch vorteilhafte Wirtschaftsbedingungen. Infolgedessen tritt Deutschland unter doppelt ungünstigen Verhältnissen auf dem Weltmarkt in den Wettbewerb ein. Das ist der springende Punkt. Die hohe Besteuerung muß von den verderblichsten Folgen werden für unsere ganze Volkswirtschaft wegen der Erschwerung unseres Wettbewerbes auf dem Weltmarkt. Deshalb hat in einem früheren Aufsatz über die Zukunftssteuern der Verfasser den Gedanken in dem Satze ausgedrückt: „Der zwischenstaatliche Wettbewerb setzt der innerstaatlichen Besteuerung eine Grenze." Wie steht also Deutschland mit seiner Ein- und Ausfuhrmöglichkeit nach einem Remisfrieden da? Einerseits durch englische Beschränkung der Rohstoffeinfuhr, anderseits durch gesteigerten Wettbewerb der Unbeschädigten eingeschlossen, befindet Deutschland sich durch seinen Verzicht auf Entschädigung in der schwierigsten Lage, in welche ein so großes Volk überhaupt geraten kann.

Deutschland soll ohne die Stützen, welche anderen Völkern zu Gebote stehen, ohne die Hilfe, welche es sich rechtmäßig erkämpft hat, wirtschaftlich zerschlagen und mit schweren Ketten belastet aus dem Sande aufspringen, rein aus eigener Kraft — das heißt eine Aufgabe vollbringen, von welcher jeder unbefangene Beobachter sagen muß, sie geht über die Kraft.

Hierzu kommt als Folgeerscheinung dann noch die Verschlechterung des Wertes unseres Geldes im Auslande. Zusammengefaßt und in einer einfachen Formel ausgedrückt wird die wirtschaftliche Stellung eines Landes auf dem Weltmarkt bekanntlich durch den Stand seiner Valuta. Bekommt Deutschland Forderungen im Auslande, Entschädigungsforderungen, dann ist unsere Valuta sofort auf ihrer früheren Höhe, bekommt Deutschland sie nicht, so wird die Goldreserve ins Ausland abfließen, nur um die Deckung der ersten und vordringlichsten Rohstoffkäufe zu ermöglichen. Und die Goldsammlung, welche man unter Aufwand so vieler Druckerschwärze durchgeführt hat, geht denselben Weg. Denn es ist klar, daß unsere Valuta einen unerhörten Tiefstand erreichen muß, wenn wir nicht mit wirklichen Werten, das ist mit Ware oder Gold, auf dem Weltmarkt als Käufer von Rohstoffen erscheinen wollten, sondern nur mit Zahlungsversprechungen. Ganz anders aber würde die deutsche Mark stehen, wenn das Reich selbst Forderungen an das Ausland besitzt. Dann wird die Mark unbedingt al pari mit der Währung des verpflichteten Landes genommen werden, da sie an den dortigen Staatskassen einlösbar sein würde. Was es also für einen Zweck hat, im Inlande die Vergrößerung der Goldreserve mit allen Mitteln anzustreben, wenn man sie dann doch ins Ausland schicken muß, anstatt sich draußen durch Kriegsentschädigungen Forderungen zu erringen und dadurch mit einem Schlage die Valuta auf dem Weltmarkte in Ordnung zu bringen, das bleibt unverständlich. Auf den Inlandsmarkt kommt es ja gar nicht an. Hier könnte man in Zeiten der Not auch mit dem Zwangskurs auskommen. Es handelt sich ausschließlich um den Weltmarkt. Dort aber spielt das Deckungsverhältnis, welches das Papiergeld zur Goldreserve im Inlande hat, für die Valuta eine durchaus nebensächliche Rolle im Vergleich zu den beiden Faktoren: Forderung und Verpflichtung.

Nach unseren Überlegungen können wir die Frage: Was würde der Friede von Brest-Litowsk dem deutschen Volke kosten? dahin beantworten: Dieser Friede würde

1. einen großen Teil unseres ersparten Nationalvermögens aufzehren,
2. die Kraft zur Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft lähmen,
3. den Wert unseres Geldes im Auslande dauernd verschlechtern.

Vom finanzpolitischen, volkswirtschaftlichen und geldtechnischen Gesichtspunkte aus wäre also ein Abschluß des Weltkrieges zwischen allen Beteiligten unter der Bedingung „keine Kriegsentschädigung" für Deutschland geradezu ein wirtschaftlicher Niederbruch. England ist dann am Ziel seiner Wünsche. Es hat in Zukunft von der deutschen Kraft und dem deutschen Wettbewerb nichts mehr zu fürchten.

Außerhalb des Rahmens unserer Arbeit liegt es, die staats-, volks- und sozialpolitischen Schlüsse aus den gegebenen Tatsachen zu ziehen, aber auch in dieser Hinsicht würden sich die entsprechenden Folgen in unzweideutiger Weise einstellen, wenn — und das wird ausdrücklich betont — das Friedensangebot von Brest-Litowsk wirklich zur Durchführung gelangen sollte.

---

# Ein tapferes Wort zum deutschen Arbeiterfrieden.

Was manche Sozialisten jetzt über den Krieg, den Verständigungsfrieden, die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und dergleichen reden und schreiben, macht zwar ihren ethisch-ästhetischen Anschauungen alle Ehre, braucht aber nicht als der historisch-ökonomischen Weisheit letzter Schluß hingenommen zu werden. Vor allen Dingen vergessen diese Sozialisten, daß wir Deutsche sozusagen auch ein Recht auf Selbstbestimmung und auf Sicherung unserer Zukunft haben.

Verständigungsfrieden? Jawohl! Es kommt nur darauf an, wie man ihn auffaßt. Pflanzen wir doch einmal das Banner unserer berechtigten Forderungen als deutsche Arbeiter kühn auf und stoßen wir dessen Schaft fest in die Erde. Können wir es als Sozialisten nicht sehr wohl verantworten, zu erklären: Der Krieg hat klärlich erwiesen, daß unser Land nicht genügend zur Ernährung seiner Bevölkerung hervorbringt — wir brauchen daher Land für Erweiterung unseres Ackerbaues? Wir brauchen Siedelungskolonien für unsere überschüssigen Volksgenossen, damit sie nicht im Angelsachsentum aufgehen und nicht gegen ihr Heimatland zu kämpfen gezwungen werden. Wir brauchen Kolonien für den Bezug unserer Rohstoffe? Wir brauchen dies alles dringend, um unsere Volkswirtschaft nicht verkrüppeln und durch Maßnahmen nach Art der Pariser Wirtschaftskonferenz einschnüren oder gar erdrosseln zu lassen. Würde eine solche Sprache mit fester Überzeugung, immer wiederholt, nicht Eindruck auf sachlich und gerecht urteilende Sozialisten aller Länder machen? Wären solche Forderungen, wie sie dem Sinne nach Engels und Lassalle kraftvoll vertreten haben, wirklich so „alldeutsch", daß wir uns ihrer schämen müßten?

Aus der sozialdemokratischen Wochenschrift: „Die Glocke", Heft 40, Jahrg. 3.

# Zur Psychologie des Friedens.

Von Prof. Dr. phil. und med. W. Weygandt, Hamburg.

Wenn je eine Ergiebigkeitsberechnung kläglich zuschanden geworden ist, so die der englischen Kriegsbeteiligung, für die Grey in seiner die Kriegserklärung begründenden Rede die Wendung prägte, daß England bei Beteiligung am Kriege auch nicht viel mehr zu leiden haben würde, als wenn es neutral bliebe! Grundirrtum war, daß die so verwickelten Faktoren der Rechnung lediglich als bestimmte Zahlenwerte aufgefaßt wurden, insbesondere die Größen der Heere mit der ungeheuren zahlenmäßigen Überlegenheit der Feinde Deutschlands. Leicht zu wecken ist die Erinnerung an die Erwartungen der feindlichen Staatsmänner und ihrer führenden Presse, von dem Ausräuchern der Ratten, von der russischen Dampfwalze, vom Einzug der Gurkhas auf dem Potsdamer Platz und in Sanssouci, vom serbischen Vormarsch nach Wien. Eine dreiste Ableugnung dieser Erwartungen war es, als Lloyd George Anfang August 1917 sich den Anschein gab, als sei die Entente unvorbereitet überfallen worden, und demagogisch fragte: „Wollte England mit seiner jämmerlich kleinen Armee in Deutschland einfallen? Wollte es Rußland, das kein ausreichendes Bahnnetz hatte, um die eigenen Grenzen zu verteidigen? usw." — als ob nicht Rußland schon Wochen und Monate vor dem Kriegsausbruch seine Truppen an die Westgrenze verschoben hätte und nicht seit Jahren Abmachungen Englands mit Frankreich und Belgien bestanden hätten!

Der gewaltige Rechenfehler Englands lag eben in der Verkennung seelischer Faktoren, insbesondere der Genauigkeit der deutschen Mobilmachung, der Überlegenheit deutscher Führung, der seelischen Schwungkraft und Kühnheit der soldatischen Leistungen, der Opferbereitschaft der Heimat, all dieser unwägbaren Werte, die die Macht der Zahl, die unsern Feinden zugute kam, so glänzend überboten haben.

Aber Deutschland läuft nach 3½ schweren, opfer- und ruhmreichen Kriegsjahren Gefahr, einen ähnlichen psychologischen Fehler zu begehen, indem es die für den Friedensschluß in Betracht kommenden psychischen Faktoren verkennt, falsch wertet und nun, ähnlich wie die Feinde die Heereszahlen irrtümlich als gleiche Größen aufgefaßt hatten, die ausschlaggebenden seelischen Kräfte der Vertragschließenden verkehrterweise als gleichwertig einschätzt.

Daß die Friedenssehnsucht fast allgemein verbreitet ist, bei Freund und Feind und Neutralen, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. Aber unsere Lage ist ja von einem Frieden um jeden Preis himmelweit entfernt. Die Opfer der Heimat sind immer noch bescheidener, als sie die Zeit der Befreiungskriege den meisten Teilen Deutschlands auferlegt hatte. Unrichtig ist es auch, den Wunsch manches Frontsoldaten nach Frieden als ausschlaggebend zu betrachten. Gewiß hat der Mann an der Front nach mehr als drei schweren Kriegsjahren, erfüllt vom Bewußtsein glanzvoller Leistungen, unter der Dauerspannung der Vernichtungsgefahr, seelisch am ehesten Anspruch, den Frieden willkommen zu heißen. Aber gerade der Soldat an der Front ist wenig imstande, einen allgemeinen Überblick über die verwickelte Gesamtlage des Krieges zu gewinnen; seine schwere Tagesaufgabe ermöglicht ihm gewöhnlich nur den Blick in seinen kleinen Frontausschnitt. So sehr sein Friedens-

wunsch psychologisch begreiflich ist, so außerordentlich und unvergleichlich hoch die unsterblichen Verdienste des Kriegers zu schätzen sind, so steht er doch eben zu sehr im Banne seiner augenblicklichen und persönlichen Lage, als daß gerade sein Friedenswunsch den Ausschlag geben dürfte. Psychologisch ist er in einer ähnlichen Lage wie etwa ein Kranker während einer schmerzhaften Operation ohne Betäubung, wobei der Wunsch nach Beendigung leicht alle andern Gesichtspunkte und alle besonnenen Erwägungen hinsichtlich der Gefahr eines plötzlichen und vorzeitigen Abbrechens der Operation übertönt; würde der Arzt in einem solchen Falle nachgeben, so machte er sich eines schweren Kunstfehlers schuldig und könnte hinterher von dem Kranken haftbar gemacht werden. Schmerzliches Bedauern über den vereitelten Zweck aller Opfer ist in solchem Fall unausbleiblich. Lloyd George hat zweifellos damit ganz recht, daß ein schlechter Frieden noch schlimmer ist als ein harter, langer Krieg.

Seit es eine Geschichte gibt, war niemals die Schwierigkeit eines Friedensschlusses so groß wie jetzt. Jene kläglichen Seelen, denen es vor allem um schleunige Rückkehr der Friedensbehaglichkeit und Erleichterung der Verpflegung und sonstigen Versorgung zu tun ist, mögen sich vergegenwärtigen, daß ein Friedensschluß an sich schon geraume Zeit erfordert und die Wiederkehr befriedigender Versorgung noch Jahre beanspruchen kann. Selten gestaltet sich ein Abschluß so einfach wie nach dem Serbisch-Bulgarischen Krieg, den der Vertrag von Bukarest am 3. März 1886 beendete, wobei lediglich die Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen beiden Ländern festgestellt wurde.

Die Vorverhandlungen, die Präliminarien, pflegen Monate zu dauern, können sich aber auch auf Jahre erstrecken. Im Dreißigjährigen Krieg wurden bereits 1634 Unterhandlungen versucht, die einleitenden Schritte erfolgten 1645, aber erst am 24. Oktober 1648 ist der Westfälische Friede geschlossen worden, bekanntlich mit einer schweren Unterdrückung des schon durch die endlosen Kriegsjahre verwüsteten Deutschlands, das Teile an Frankreich und Schweden abtreten mußte und mit seinen 355 Einzelstaaten hilflos gemacht wurde.

1866 erfolgte am 26. Juli der Waffenstillstand zu Nikolsburg, am 23. August der Friede zu Prag. 1871 wurde am 26. Februar der Präliminarfriede zu Versailles geschlossen, am 10. Mai erst der Friede zu Frankfurt. Im Russisch-Türkischen Kriege erfolgte am 31. Januar 1878 der Präliminarfriede zu Adrianopel und am 3. März 1878 der Friede zu San Stefano, daran aber schlossen sich die langwierigen, endgültigen Verhandlungen des Berliner Kongresses an. Im Chinesisch-Japanischen Krieg kam es am 30. März 1895 zum Waffenstillstand und am 17. April zum Friedensschluß, worauf allerdings noch durch den Vertrag von Schimonoseki einschneidende Änderungen folgten.

Warum ein Friedensschluß des Weltkrieges so ungeheuerlich schwierig sein wird, liegt nicht lediglich an den äußeren Umständen, der Lage auf dem Kriegsschauplatz, der Beteiligung zahlloser, zum Teil fernstliegender Staaten, sondern für uns Deutsche beruht die gefahrvolle Schwierigkeit zumeist auf der ganz verschiedenen seelischen Stellungnahme der Vertragschließenden, sowohl der ausführenden Diplomaten wie auch der den Resonanzboden der Verhandlungen bildenden Stimmung und Auffassung der Nationen. Unter ganz anderen Voraussetzungen, in ganz anderem Bewußtseinszustande und mit ganz anderen Absichten wird der Vertreter der Entente sich an den grünen Tisch setzen, als es ihrer volksseelischen Eigenart gemäß die Vertreter Deutschlands zu tun vermögen.

Einen Wesensgrundzug des Germanen bildet die eigenartige seelische Ausreifung, die ihn zum Abschluß psychischer und auch körperlicher Entwicklung erst auf einer späteren Stufe gelangen läßt, auf der er erst die instinktive, formgewandte Sicherheit des Erwachsenen gewinnt; infolge dieser Verzögerung der Entwicklung ist die dem kindlichen und jugendlichen Organismus eigene Triebhaftigkeit des Empfindens und Wollens in höherem Grade überwunden und unter die Herrschaft der Denktätigkeit mit ihren Bremsungen, Hemmungen und vielseitigen Verknüpfungen gelangt als bei solchen Naturen, die auf früherer Stufe die Pubertät erlangen und „fertig" werden. Der Romane ist vielfach mit 14 oder 15 Jahren schon voll entwickelt, erlangt Gesellschaftsreife, Bartwuchs, Formgewandtheit des Erwachsenen, behält aber dabei mehr Suggestibilität und Triebhaftigkeit von dem kindlichen Instinktleben her bei als der Germane, der durchschnittlich 1 bis 3 Jahre später mannbar wird, dadurch aber nicht nur sein Skelettsystem mehr ausreifen und zu größerer Körperlänge entwickeln läßt, sondern auch zu einer höheren Stufe von Besonnenheit, Überlegung, Sachlichkeit und Altruismus gelangt. Der Slawe ähnelt mehr dem Romanen, und auch das Mischvolk der doch vorwiegend keltischen Briten, das seine Blüte der Jugend in den bekannten Erziehungsanstalten wie Eton bereits als Karikaturen der Erwachsenen abrichten läßt, schlägt dieselbe Richtung ein. Der kindlich triebhaftige Gegner ist darum viel eher Massenbeeinflussungen zugänglich, als deren höchste schließlich doch die Sorge für das Wohl des Landes anzusehen ist; er läuft seltener Gefahr, ein Ding von zwei Seiten zu betrachten und dabei der Gegenseite mehr als gebührlich Gewicht beizumessen; er ist viel weniger angekränkelt von des Gedankens Blässe, von altruistischer Rücksicht, von Bedenken und übertriebenem Streben, folgerichtig zu handeln und ethischen und logischen Grundsätzen zu entsprechen, anstatt das praktisch Wertvolle bedenkenlos zu erfassen.

Bei einem Vertragsschluß wird der Romane und Kelto-Brite ganz instinktiv von einem viel entschiedener egoistischen Standpunkte ausgehen, als es der Deutsche vermag. Dieser strebt nach einem Abschluß, der alle Teilnehmer befriedigt; jene vermögen nichts anderes zu wollen als einen Frieden, der sie befriedigt. Die ganze deutsche Geschichte durchzieht jene psychische Eigenart, die einen Vorzug mit ausgeprägter Schattenseite bedeutet, im Wettstreit der Völker zuungunsten des Deutschen ausschlug und in der Verherrlichung des Fremden und dem raschen Abstreifen des Deutschtums, zumal bei Auswanderern, von jeher auf das schmerzlichste in Erscheinung trat, bis zu jener traurigsten Verwendung des Deutschtums als „Völkerdünger". Darauf und auf der damit zusammenhängenden Schwerfälligkeit in den äußeren Formen beruht der Vorwurf der „Stultitia Saxonum" im mittelalterlichen Frankreich, die Redensart von dem „lourd allemand"; im Zusammenhang damit hat Kant den Charakter des Deutschen als mit Verstand verbundenes Phlegma geschildert und als die unvorteilhafte Seite in seinem Charakter seinen Hang zum Nachahmen und die geringe Meinung von sich, original zu sein, bezeichnet, was gerade das Gegenteil des trotzigen Engländers sei; wie auch Fichte warnend betont hat, daß die ausländische Schlauheit leicht über die deutsche Unbefangenheit und Verdachtslosigkeit siegt.

Der psychologisch brennendste Zeitpunkt wird der sein, wenn England den leisesten Schimmer einer Friedensneigung zu erkennen gibt. Bei einem beträchtlichen Teil unserer biederen Landsleute ist zu befürchten, daß sie auf den feindlichen Wink mit dem Finger sofort losstürzen, förmlich kniefällig, und sich mit beiden Händen zuzugreifen beeilen. Es war bereits in jenem Sinne recht unklug und unwürdig,

daß das zweideutige Friedensangebot des Königs von Montenegro Januar 1916 sofort ein jubelndes Echo seitens vieler Deutscher fand.

Schwieriger als je wird die Entscheidung sein, inwieweit die Vorverhandlungen mit einem allgemeinen Waffenstillstand eingeleitet werden sollen. Keineswegs ist das unbedingt nötig, da ja ein Waffenstillstand trotz aller Abmachungen doch die Kriegslage zugunsten eines der beiden Gegner zu sehr verschieben könnte. 1871 hat man bei dem Waffenstillstand klugerweise die Armee Bourbakis ausgenommen. Gegenwärtig würde ein Waffenstillstand die Versorgung Englands ermöglichen, während die uns etwa zugestandene Nahrungsmittelzufuhr seitens der Neutralen ganz und gar auf dem Papier stände; sollte uns etwa das schiffsarme Argentinien Lebensmittel liefern, auf das die Entente leicht abschreckend einwirken kann? Das allermindeste Maß von Sicherheit für uns ist darum die Fortdauer der Kampfhandlungen zur See und insbesondere der andauernde Unterseebootkrieg, bis ein endgültiger Friede geschlossen und die wesentlichsten Bedingungen voll erfüllt sein werden.

Nach zwei Richtungen hin wird es weiterhin beim Friedensschluß auf die psychologische Eigenart der Beteiligten ankommen: Mit welchen Auffassungen und Hintergedanken werden Vereinbarungen getroffen? Mit welcher Gewissenhaftigkeit werden sie eingehalten?

Zunächst drängt sich die Grundregel jedes Handelsgeschäftes auf, daß gewöhnlich jener am besten abschneidet, der mit seinen Mindestforderungen möglichst zäh zurückhält. Dabei ist ein Staatsvertrag mit Gegnern, wie sie uns gegenübertreten, wahrlich ein gut Teil heikler als ein einfacher Pferdehandel. Selbst wenn siebenjährige Jungen ihren Briefmarkentauschhandel treiben, pflegt jeder geradezu instinktiv seine Mindestforderungen möglichst lang hinterm Berg zu halten, an Geschäftsklugheit dadurch der Reichstagsmehrheit turmhoch überlegen. Dazu tritt aber noch folgender Gesichtspunkt: Im Privatleben bleibt auch der gerissenste Geschäftsmann doch unter dem warnenden Eindruck, daß sein Abschluß unter Umständen zivil- oder gar strafrechtlich angefochten werden kann. Eine solche über den vertragschließenden Parteien schwebende höhere Macht, die Rechtshoheit des Staates, kommt natürlich nicht in Betracht bei einem Friedensvertrag, in dem Staaten aus dem Zustand der Gesetzlosigkeit, des Krieges, heraustreten und erst eine neue Grundlage für ein langfristiges Nebeneinanderleben schaffen wollen. Hierbei kommt alles auf den Vertrag selbst an, dessen Anfechtung hinterher lediglich im Wege eines neuen Krieges möglich wäre.

Von der einfachsten Seelenkunde verlassen ist darum jeder, der von vornherein seine Mindestforderungen offen aufdeckt. Heillos verblendet bleibt darum die einseitige Formel: Ohne Annexionen und Entschädigungen. Die erhofften lächerlich geringen Wirkungen auf einzelne, einflußlose Persönlichkeiten der englischen Arbeiterpartei waren darum auch verschwindend gegenüber der die Ansprüche und Raubgier der maßgebenden Führer und Volksmengen aufpeitschenden Umdeutung als deutsche Schwächeerscheinnng. Schon das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 wirkte auf das feindliche Ausland nur ungünstig; packend schildert Karl Peters, wie damals im eleganten Carlton-Hotel zu London weißbärtige Herren auf den Tischen tanzten aus Jubel darüber, daß die „deutschen Schweine" jetzt endlich „down" wären.

Wenn nun gar von vornherein ein freundschaftliches Zusammenleben der Völker unseren Feinden als Kriegsziel in Aussicht gestellt wird, so klingt das so mär-

chenhaft weltfremd, daß man es psychologisch auf die gleiche Stufe rücken muß mit dem famosen Vorschlag, den einmal Gilpin auf einem Friedenskongreß den Engländern machte, sie möchten im Falle eines drohenden Einfalles der Franzosen diesen waffenlos entgegengehen und ihnen die gewünschten Summen freiwillig anbieten, dann würden sich die Feinde schon schämen und infolgedessen nach Hause ziehen! England kannte nie Freundschaft für andere Völker, und Frankreich soll sie nun auf einmal dem Inbegriff seines Jahrhunderte alten Hasses gegenüber kennenlernen? Der Krieg mußte schon durch seine ungeheuerlichen Blutopfer das Gefühl des Hasses verstärken, die feindlichen Staatsmänner und ihre Presse haben das Ihrige zur Schürung des Hasses beigetragen, und der kindhaften Psyche unserer Feinde entspricht es durchaus, daß diese Glut in ihnen immer wilder entfacht wurde und noch viele Jahrhunderte nachglimmen wird. An sich liegt der Haß dem bedenkenreichen, altruistischen Deutschen weniger, aber durchaus verkehrt ist es, die Leidenschaft des Hasses ganz auszumerzen und als unberechtigt und irreführend anzusehen. Gewiß sollen irgendwelche Entschlüsse nicht unter dem Einfluß von Leidenschaften gefaßt werden, aber psychologisch hat der Haß, wie schon Ernst Moritz Arndt sang, vollauf seine Berechtigung. Daß die Feinde, die doch als Volk an die Greuelmärchen glauben, die uns die Kriegsschuld beimessen, die sich in ihrem Haß bis zur Schändung der Kriegergräber, in ihrer giftigen Verleumdung bis zu dem Vorwurf der Leichenfettverwertung verstiegen haben, nunmehr auf die dargereichte Hand hin sofort das Ziel freundlichen Zusammenlebens der Völker anstreben werden, das ist eine Meinung, die nur ein deutscher Altruist ausbrüten und betätigen kann.

Auf sozialdemokratischer Seite trägt wohl, trotz des 4. August 1914, noch das alte Gegnerschaftsgefühl gegenüber Regierung und Unternehmern dazu bei, daß sie die gerade für die Arbeiterschaft drohenden ungeheuren Gefahren eines schlechten Friedens übersehen, der alle sozialen Errungenschaften vernichtet, die Industrie aufs äußerste einschränkt, die Tarifverträge aufhebt, Millionen zur Auswanderung zwingt und nicht etwa dem deutschen Arbeiter eine Stellung wie dem englischen schafft, sondern ihn auf die Stufe des Irländers oder Portugiesen herabdrückt. Die Mehrheit der kleinbäuerlichen Bevölkerung mag sich über die Folgen am wenigsten im klaren sein, fühlt sie sich doch durch ihre Gebundenheit an die nährende Scholle minder kriegsgefährdet als ein anderer Stand. Wenn der Linksliberalismus sich auf psychologische Irrwege festlegt, so verkennt er, daß die Zustände und Gesetze von lebenden Menschen, nicht von Prinzipien gestaltet werden; nicht zum ersten Male wäre ihm hier die Toga der Partei zur Zwangsjacke geworden. Die Frage, ob es unter den Deutschen einen solchen Erzverbrecher gäbe der in seiner Stellungnahme durch ausländische Einflüsse, etwa den Dollar, bestimmt würde, wollen wir hier gar nicht aufwerfen; sie würde das Problem in den Bereich der Kriminalpsychologie rücken.

Oft genug war seit Jahr und Tag zu ersehen, wie hoch im äußersten Falle der Feind seine Forderungen schraubt. Mit der bequemen Redensart, daß es nicht so schlimm werde, und mit dem angenehmen Hinweis auf die günstige Kriegslage, vor allem die Kriegführung auf Feindesboden, pflegt ein gut Teil unserer Deutschen jene äußersten Forderungen namhafter Feinde und ihrer Presse als bedeutungslos anzusehen; so z. B. als Gribble im Daily Chronicle am 9. Oktober 1916 erklärte: „Wir werden die Deutschen zwingen, für uns 80 oder vielleicht 100 Jahre zu arbeiten, sie werden die Sklaven Europas"; oder wenn der angesehene französische Sena-

tor Charles Humbert im Pariser Journal schreibt: „Deutschlands Bergwerke, seine Fabriken, seine Werften werden uns umsonst Kohlen, Stahl, Schienen, Lokomotiven, Waggons, Maschinen, Stoffe liefern müssen. Als Sklaven werden wir die Rasse von Sklaven behandeln, die davon träumen, die Welt tyrannisch zu beherrschen"; oder Henri Coulon im Rappel, April 1917: „Der beste Gewinn wäre die Besetzung der jenseits des Rheins gelegenen Provinzen des Deutschen Reiches." Mag der Philister lächeln über den Ausbruch des Matin vom 17. Mai 1917, der in seinem sog. Erlaß an das deutsche Volk schreibt: „Seine Verurteilung zum Tode ist eine beschlossene Sache!"; daß Präsident Poincaré den Raub allen deutschen Landes am linken Rheinufer vertraglich ausbedungen hatte, ist nunmehr amtlich festgestellt.

Wie die deutsche Friedensentschließung gewirkt hat, einfach als Schwächebekenntnis Deutschlands, das hat die feindliche Presse aller Länder in Dutzenden von Erklärungen bewiesen. Vom Theatertrick einer demokratisch angestrichenen Friedensaktion sprachen die „Times". Hervé rief in seiner „Victoire": „Wir dürfen sagen: on les a." „Popolo d'Italia" sagte von der Resolution: „Es bedeutet ein Eingeständnis der Schuld Deutschlands am Kriege." „Pall mall Gazette" meinte im Zusammenhang mit der Resolution, erst die verzweifelte Agonie werde den Mut zur Revolution bringen. „Daily Telegraph" nannte sie ein unehrliches Manöver und „Corriere della Sera" einen schlechten Witz und verzweifelten Versuch, die Welt zu belügen. Die Reihe läßt sich seitenlang fortsetzen. Weit hinterher, auf Grund der Verweigerung der Pässe für Stockholm, kam erst der „Vorwärts" im August 1917 zur Erkenntnis, daß die Kriegsverlängerung nicht zu vermeiden sei und Deutschlands Wille zur Verständigung und Beendigung von der Gegenseite nicht erwidert werde, sondern auf die ausgestreckte Friedenshand die schmetternde Boxerfaust erwiderte.

Neuerdings wieder nannte uns die „Daily mail" eine Nation von Tigern und Mördern, und „Evening standard" sagte: „Wenn Preußen zum Konferenztisch kommt, darf es das nicht als ehrenhafter Friedensrichter, sondern als abgefaßter Spitzbube." Unentwegt wettert Lloyd George noch über die deutschen Verbrecher.

Bei einem Friedensvertrag sollte selbstverständlich das Wesentlichste sein, daß er nicht Anlaß zu einem neuen Kriege gebe. Mit Recht hat Kant in seiner vielverkannten Schrift „Zum ewigen Frieden" als ersten Präliminarartikel aufgestellt, daß kein Friedensschluß für einen solchen gelten solle, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffes zu einem künftigen Kriege gemacht werde. Diesen Zweck will die Entente erreichen durch die Wehrlosmachung Deutschlands, während die deutschen Anhänger eines Verständigungsfriedens unter krasser Verkennung der seelischen Eigenart des Franzosen und Briten durch papierene Paragraphen jener grundlegenden Gefahr entgegentreten wollen. Welcher Weg würde der sicherere sein?

Tatsächlich wird auch die einfachste Verständigung auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Eine liegt schon in der groben Unkenntnis über Deutschland, die auch die führenden Männer der Entente erfüllt. Als Carson im Herbst 1917 verlangte, Deutschland möge vor Anbahnung von Verhandlungen seine Truppen auf das rechte Rheinufer zurückziehen, war die Unverschämtheit noch überboten durch seine Unwissenheit, in der er tatsächlich den Rhein für Deutschlands Grenze hielt, was ihm auch von englischer Seite vorgehalten wurde. Balfour hat davon gesprochen, daß man sich entschließen müsse, Böhmen von Ungarn abzutrennen! Mit Gegnern, deren Gewissenlosigkeit durch Mangel an tatsächlichen Kenntnissen derart unterstützt wird, ist jede Verhandlung doppelt schwierig. Selbst

ein so angesehener Forscher wie der französische Völkerrechtslehrer Bonfils läßt in seinem bedeutendsten Werke die Donau in der Schweiz entspringen.

Verwickelter aber wird die Aufgabe noch durch die Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit, durch jene Verschlagenheit der Diplomaten alten Stils, die auch trotz Bismarcks Methode bei Verhandlungen noch ihre tiefgreifende Bedeutung besitzt. Treffend sagt neuerdings die Bayer. Staatszeitung von Englands Haltung gegen Brest-Litowsk: „Der Fuchs geht um"; gewiß stecke es hinter dem Vorschlag, in Stockholm weiterzuverhandeln. Für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen schienen auch schon englische Arbeiter bereit, aber dies Schlagwort unterliegt den verschiedensten Auslegungsmöglichkeiten. Da wird untergeschoben, daß eine Auslieferung von Elsaß-Lothringen lediglich eine „Desannexion" darstelle; daß das auf seine Neutralität seit Jahren verzichtende Belgien glänzend entschädigt werden müsse; daß es sich bei Triest und Trient um eine Auslieferung, bei Armenien, Mesopotamien, Palästina und Syrien um eine Loslösung oder Befreiung, bei Konstantinopel um eine Neutralisierung handele; alles aber unter der Phrase: Keine Annexionen und keine Entschädigungen! Seit Jahrhunderten verstand ja England meisterlich, durch Schlagwörter seine Eroberungssucht zu bemänteln und seine Geschäfte zu fördern. So die uralte Balance of powers, das Kräftegleichgewicht, das schon Kant bespöttelte und das nur auf gegenseitige Unschädlichmachung der europäischen Festlandsstaaten, nicht aber auf das durch ungeheuerlichen Kolonialbesitz zur Größtmacht anwachsende England gemünzt war. Ebenso gilt bekanntlich das Nationalitätenprinzip oder das Selbstbestimmungsrecht der Nationen nur in bezug auf Deutschland und Österreich, aber nicht für Irland, Marokko, Ägypten, Indien, Malta usw. Genau so doppelzüngig sind die während des Krieges in Kurs gebrachten Schlagwörter von Militarismus und Imperialismus, von der Schuld am Krieg, dem Neutralitätsbruch, dem Autokratismus und den Kriegsgreueln, alles nur Ummäntelungen der nüchternen Richtschnur: Recht ist, was England nützt, verwerflich, was ihm schadet.

Wie es England verstanden hat, seine Kriegsziele und Kriegsgewinne in Phrasen einzukleiden, zeigt seine Erwerbung Cyperns, wobei es dem Vertrag die zynische Bedingung beifügte, daß es die Insel der Türkei zurückerstatten werde, wenn Rußland seine Eroberungen von 1877/78 in Asien rückgängig machen werde; geradezu höhnisch klingt, daß die Abtretung ausgesprochen zu dem Zweck erfolge, die Türkei zu verteidigen. Das klassische Beispiel hinterhältiger Verträge und ihrer Verwirklichung bietet die Gewinnung Ägyptens.

Ob ein Verständigungsfrieden, der zur Beruhigung Deutschlands die Freiheit der Meere erklärt, irgendeinen tatsächlichen Wert hat, hängt ganz von der Ehrlichkeit, von der psychischen Wertigkeit des Vertragschließenden, auf den es ankommt, also von England ab. Nach dessen ganzer Eigenart aber ist es eines solchen Vertrauens dauernd unwürdig; sein Einlenken auf irgendwelche Anbiederungsversuche und wohlklingende Friedensphrasen darf nur Verdacht, aber keine Zuversicht erwecken. Wenn es seine hochgespannten Kriegsziele das erste Mal nicht erreicht, wird es nach einem zweiten und dritten Punischen Krieg streben, so gut wie es seinen Friedensschluß mit den Buren nach der Schlacht bei Majuba doch nur als eine vorübergehende Atempause in dem Kampf um Südafrika aufgefaßt hat. In Frankreich wird ein Verständigungsfrieden den Revanchegedanken nimmermehr beseitigen, es bleibt dauernd der natürliche Bundesgenosse für jeden Gegner Deutschlands

Wie die Völker einen Frieden einhalten, das hängt durchaus von ihrer seelischen

Eigenart ab. In diesem Punkte sind unsere Feinde ganz und gar verschieden von der Neigung des Deutschen, der seiner ganzen Lebensauffassung nach zur Versöhnung und zum Vergessen von Kränkungen geneigt ist. Frankreich hat den Frankfurter Frieden nie getreulich eingehalten; in seinen Schulbüchern hat es jeweils die Reichslande nicht als Teil Deutschlands, sondern als eine Art Pufferstaat aufgeführt, dauernd blieb die schwarzbekränzte Bildsäule der Stadt Straßburg in Paris Gegenstand von Kundgebungen, die „Revanche" war das unaufhörliche Thema jeder Festlichkeit und der gesamten Jugenderziehung. Die Marokkoverträge haben Frankreich nie abgehalten, das Ziel der Annexion des ganzen Landes zu verfolgen. Ebenso hat Rußland auch nach seinen Auseinandersetzungen mit der Türkei stets den inneren Vorbehalt bewahrt, daß ihm Konstantinopel auf Grund des legendären Testamentes Peters des Großen von Rechts wegen zukomme. Immerhin wird noch am ehesten seitens des russischen Volkes, seiner „schirokaja natura" (breiten Art) entsprechend, ehrliche Friedens- und Verständigungsabsicht zu erwarten sein. Auf seiten der Westmächte werden aber Vorbehalte bestehen trotz aller Verständigungsredensarten beim Friedensschluß, wenn Deutschland sich mit papierenem Trost zu beruhigen gedenkt.

Ein Frieden nach dem Status quo wird, psychologisch und politisch betrachtet, unmöglich sein. Die Blutopfer und die Haßorgien werden trotz aller etwaigen Freundschaftsbeteuerungen bei unsern Feinden noch viele Geschlechter lang nachwirken. Der psychische Gegensatz ist in Jahrhunderten nicht auszumerzen. Deutschland aber wird mit dem Festhalten seiner Grenzen, vor allem der 1815 zurechtgekünstelten Abgrenzung gegen Belgien, ohne das noch bis 1796 zum Deutschen Reich gehörende Lüttich, unendlich viel mehr bedroht bleiben als vor 1914; nicht zu reden von den Blutopfern, den gigantischen Schulden und der Zertrümmerung des Außenhandels! Diese Punkte genügen, um eine Wiederherstellung Deutschlands wie vor dem Krieg, einen Status quo ante, auszuschließen.

Sehr geneigt sind viele Deutsche, in die Berechnungen einen psychischen Faktor einzuschieben, der an sich ungemein schätzenswert ist, aber eben in jenes Aufgebot von Tatsachen nicht hineingehört: die Hebung des deutschen Ansehens und Selbstgefühls durch die gewaltigen Kriegsleistungen, durch die unerhörten Siege gegenüber einer wuchtigen Übermacht. Wenn Deutschland aber durch einen faulen Frieden erdrosselt wird, nützen alle jene geschichtlichen Erinnerungen nichts; sie sind trefflich verwendbar für Schüleraufsatzthemen, haben aber keinen realpolitischen Umlaufswert. Unsere Feinde und nahezu das gesamte Ausland werden auch dieses psychische Mehr auf deutscher Seite entwerten, dagegen hilft alles Pochen auf die geschichtliche Gerechtigkeit nichts. Wie schwankend der Begriff der geschichtlichen Gerechtigkeit sein kann, lehrt ein Blick auf die grundverschiedene Beurteilung von Luthers Leben und Wirksamkeit durch Janssen einerseits und die protestantischen Historiker anderseits. Tatsächlich sieht sich die Geschichte gerade bei den weniger sachlich denkenden Feindesvölkern ganz anders an als bei uns. Rußland glaubte alsbald nicht mehr an seine Niederlage bei Zorndorf, Meissonier hielt Napoleon für den Sieger bei Leipzig, die Engländer unterdrückten Blüchers Siegesanteil bei Waterloo. So wird auch heute schon von den Feinden die Schlacht bei Tannenberg oft mehr als eine Art Vorpostengefecht eingeschätzt und das Vordringen unserer Ostfront im Sommer 1915 als eine strategische Meisterleistung der Russen bezeichnet. Was würde aber auch schließlich geschichtlicher Ruhm helfen, wenn die realpolitischen Grundlagen fehlen? Was hat das herrliche Germanenvolk der Gothen davon,

daß es in den Geschichtsbüchern mehr oder weniger ehrenvoll erwähnt wird und daß noch im Mittelalter manche spanischen Adelsgeschlechter zur Erhöhung ihres Glanzes sich von den Westgoten herzuleiten suchten?

Einzig ein Friede mit starker Sicherung kann Deutschland frommen. Die Sicherheit wird nimmer — so schmerzlich es dem Psychologen auch sein mag, daß er die Bedeutung des Seelischen nicht höher einschätzen kann — lediglich auf einer vertraglich ausbedungenen Verständigung beruhen dürfen. Auf dieser Grundlage wäre es ein Friede mit Vorbehalt, der auf feindlicher Seite den Entschluß fördern würde, daß das Ziel der endgültigen Ausschaltung Deutschlands aus dem Wettbewerb der Völker, wenn auch nicht auf Anhieb, so doch um so gewisser bei einem zweiten Versuch zu erreichen sei, bei dem dann eben alle die Fehler, die diesmal begangen worden waren, von vornherein vermieden würden und die Vorteile, die Deutschland bei Kriegsbeginn aufzuweisen hatte, keine Rolle mehr spielen könnten. Unser Friedensangebot mit der Zusicherung des Status quo bietet, wenn es zur Annahme führte, den Westmächten nur Ermunterung, tunlichst bald wieder Rache zu üben und ihre Unterdrückungsabsichten gegen dies Deutschland durchzuführen, von dem sie ja selbst im äußersten Falle keine Gebietseinbuße zu befürchten hätten.

Wirkliche Versöhnung nach Westen ist psychologisch ausgeschlossen. Sicherung tut not, sowohl militärisch, wie an der flandrischen Küste und der Maas, als auch in bezug auf Ernährung und Siedelungsgelegenheit, wie in Litauen und den baltischen Provinzen, und in bezug auf industrielle Grundlagen, wie im Erzbecken von Briey. Was hierbei durch vorzeitigen Verzicht verscherzt wird, ist unwiederbringlich verloren für Deutschland, den seelisch reifsten Teil der Menschheit. Grundverkehrt ist die Ansicht, daß Politik nicht auf länger als 30 Jahre vorausstreben könnte; die westliche Feindschaft ist als dauernd für Jahrhunderte zu betrachten. Wir mögen verzichten, so viel wir wollen, der psychologische Keim zu neuen Kriegen bleibt im Westen immerzu bestehen. Was das Deutschtum jetzt an Zukunft einbüßt, ist für die Ewigkeit verloren.

Ein Verständigungsfriede ohne wirksame Sicherung Deutschlands wäre eine Verkennung der seelischen Eigenart unserer Gegner, die eben von der unseren erheblich abweicht; er wäre im Sinne unserer Feinde kein Dauerzustand, sondern nur ein Waffenstillstand, — nur eine Galgenfrist!

---

# Berechtigte Fragen.

Beiläufig bemerkt, woher kommt es wohl, daß unter der preußischen „Bedrückung" die Bevölkerung der ehemals polnischen Landesteile Preußens ständig zunahm, ebenso ihr Wohlstand, während unter dem „Segen" der englischen „Freiheit" Irland in sechzig Jahren die Hälfte seiner Bewohner verlor und hoffnungslos verarmte? Woher kommt es wohl, daß Polen, so lange es selbständig war, keinen Mittelstand besaß, sondern nur Adel und sein grenzlich verlottertes Bauern- und Judenproletariat, während es unter der Herrschaft der „preußischen Junker" aufblühte und zum erstenmal den Segen der Ordnung kennen lernte? Darum möchten wir bei den Anwälten von „Freiheit" und „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ganz gern um Auskunft gebeten haben.

Aus: Josef Rücker „Scheidemanns Linsengericht". Bremen 1917, bei Otto Meichers. Preis 30 Pf.

# Krieg und Mädchenerziehung.

## Von Prof. Dr. Otto Stählin-Erlangen.

Ein griechischer Dichter schildert die Gefühle thebanischer Mädchen beim Gedanken an den Kampf um ihre Heimatstadt. Vor ihren Augen steigen die schrecklichen Bilder auf, die eine eroberte Stadt zeigt. Das Feuer wütet in den Häusern, Mädchen und Frauen werden an den Haaren fortgeschleift.

Mord füllt Gassen und Haus,
Gewalt rast und Brandfackel glüht,
Des Rauchs Wolke schwärzt die Dächer rings.
Schändend das Heilige tobt Ares darein
Und bläst volkwürgend grausen Sturm an.

Jammervolles Gewimmer der Säuglinge ertönt; die Plünderer eilen hin und her; jeder möchte das meiste haben. Was man sorgsam gespart und gesammelt, wird jetzt vergeudet; köstliches Getreide wird achtlos auf dem Boden zerstampft. Als Sklavinnen werden die kriegsgefangenen Frauen fortgeschleppt.

Nur eine Hoffnung bleibt, es naht die Todesnacht,
Die balsamreiche Leidenströsterin.

Unzählige Male ist, seitdem Äschylus diese Verse dichtete, zur grausen Wirklichkeit geworden, was der Mädchen angstvolles Auge sah. Immer wieder aufs neue haben Frauen und Mädchen die Schrecken des Kriegs in ähnlicher Weise erlebt und beklagt, daß sie nicht zum Handeln, sondern zum Leiden bestimmt sind. Sie beneideten den Mann, der in den Kampf hinausziehen und sein Schicksal selbst in die Hand nehmen kann, während sie warten und, wenn die Krieger ihres Landes unterliegen, alles Leid über sich ergehen lassen müssen. So schauten auch bei Beginn dieses Krieges manche Frauen den Männern, die fürs Vaterland ins Feld zogen, mit einem Gefühl der Bitterkeit nach, weil es ihnen selbst versagt schien, ihre Vaterlandsliebe durch Taten zu beweisen. So heißt es in einem Gedicht von Agnes Harder:

Doch deine Hände sind im Zwang gebunden;
Du mußt im Göpelwerk des Alltags gehn,
Und draußen zeigt die Weltenuhr die Stunden,
Und Wunder über Wunder sind geschehn.
Dein kleines Scherflein schwindet in der Menge,
Es schließt sich über ihm die große Flut,
Und leise stiehlst du dich aus dem Gedränge,
Und langsam sinkt dir auch der letzte Mut.

Wäre die Auffassung, daß die Frau den Krieg nur leidend, nicht handelnd miterleben könne, richtig, so wäre es nicht möglich über das Thema „Krieg und Mädchenerziehung" zu sprechen. Denn das Thema selbst setzt voraus, daß der Krieg an das Handeln der Frau Forderungen gestellt hat, denen auch die Mädchenerziehung Rechnung tragen muß. In der Tat hat dieser Krieg die Frau in einem Maß in seinen Dienst genommen wie kein anderer Krieg je zuvor. Es war freilich nie so, daß die Frauen den Krieg nur leidend, nicht auch handelnd miterlebt hätten. Tacitus erzählt von den alten Germanen nicht nur, daß sie tapfer kämpften, um ihre Frauen vor der Gefangenschaft zu bewahren, sondern er berichtet auch: „Zu den Müttern, zu den Gattinnen kommen sie mit ihren Wunden, und die Frauen zählen und unter-

suchen die Hiebe sonder Zagen; auch Speise und Zuspruch bringen sie den Kämpfenden." Schon hier sehen wir die Frauen in tätiger Fürsorge für Gesunde und Verwundete und nicht nur in angstvollem Warten auf den Ausgang des Kampfes. Aber der gegenwärtige Krieg hat doch noch ganz andere Anforderungen an die Frauen gestellt, als daß sie Verwundete pflegen und Hungrige speisen. Er hat die Frauen zu Mitkämpfern gemacht, deren Verhalten für den Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung ist. In den mannigfaltigsten Tätigkeiten müssen die Frauen, wenn ich so sagen darf, ihren Mann stellen und beweisen, ob sie im Kern tüchtig und gesund sind. Wie der Krieg überhaupt eine Prüfung für das ganze Volk ist, für seine Lebenskraft, Ausdauer, Opferwilligkeit, so ist er auch ein Prüfstein für die deutsche Frauenwelt geworden, und wenn wir betrachten, inwieweit die deutsche Frau diese Prüfung bestanden hat, so gewinnen wir auch einen Maßstab dafür, ob die Mädchenerziehung in Deutschland bisher auf dem rechten Wege war oder ob Veränderungen nötig sind. Bei dieser Betrachtungsweise erscheint die Zusammenstellung „Krieg und Mädchenerziehung" berechtigt. Man könnte aber vielleicht einwenden: Der Krieg ist doch nur ein Ausnahmezustand; wir dürfen daher nicht für den Krieg, sondern müssen für den Frieden erziehen. Das ist richtig; aber es handelt sich bei unserer Betrachtungsweise nicht etwa um einzelne Fertigkeiten oder Kenntnisse, die nur im Kriege Verwendung finden, sondern um allgemeine Eigenschaften und Gesinnungen, die im Frieden ebensosehr für das Wohl unseres Volkes vonnöten sind wie im Kriege, wenn auch der Krieg, der alles in besonders hellem Licht erscheinen läßt, Bedürfnis und Mangel deutlicher zeigt. Darum dürfen wir aus den Erfahrungen des Krieges Lehren für die Erziehung entnehmen, ohne fürchten zu müssen, daß wir, vom grellen Lichte des Krieges geblendet, die Bedürfnisse des Friedens aus den Augen verlieren möchten.

Um feststellen zu können, wo eine Veränderung in der Mädchenerziehung nötig ist, müssen wir fragen: wie hat sich die deutsche Frauenwelt in diesem Krieg bewährt? Es wäre ungerecht und undankbar, wenn wir ihre großen Verdienste, ihre riesengroße Arbeitsleistung, ihre nie versagende Opferwilligkeit nicht in vollem Maße anerkennen wollten. Mögen wir hinblicken, wohin wir wollen, überall haben die deutschen Frauen Staunenswertes geleistet, und gewiß haben Erziehung und Unterricht viel dazu beigetragen, daß sie zu solchen Leistungen fähig waren.

Es lassen sich vier große Gebiete unterscheiden, auf denen während des Krieges Denken und Handeln der Frau in Anspruch genommen wurde: die unmittelbare Fürsorge für die Kriegsteilnehmer, die Sorge für deren Angehörige, die Übernahme von Arbeit an Stelle der abwesenden Männer, die Durchführung der notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen. Wir wollen diese vier Arbeitsgebiete etwas näher betrachten, um feststellen zu können, ob sich die Frau den neuen Aufgaben überall gewachsen gezeigt hat, oder ob Mängel zu Tage getreten sind, die eine Änderung in der Mädchenerziehung als wünschenswert erscheinen lassen.

Wir sprechen zuerst von der unmittelbaren Fürsorge für die Kriegsteilnehmer; dahin ist alles zu rechnen, wodurch die Frauen den Männern das Tragen der Lasten des Krieges erleichtert, die Kämpfer im mutigen Standhalten gestärkt, die verwundeten und kranken Krieger gepflegt haben. Hier wie auf den anderen Gebieten handelt es sich nicht nur um die Taten, die sich allen sichtbar im Lichte der Öffentlichkeit abspielen, sondern auch um die zahllosen Äußerungen opferwilliger Liebe, selbstloser Bereitwilligkeit zu dienen, treuen Gedenkens, von denen niemand etwas erfuhr als die unmittelbar Beteiligten. Es ist aber kaum möglich, die Wirkung dieser

unscheinbaren Äußerungen der Liebe zu überschätzen; durch sie ist bei vielen Männern immer wieder Kraft und Wille zum Aushalten und zum tapfern Kampf gestärkt, der sinkende Mut neu belebt worden. Die Frauen, die stolz und still Männer und Söhne ins Feld ziehen ließen und den tiefen Abschiedsschmerz in der Brust verbargen, um ihnen den Abschied nicht zu erschweren, die Gattinnen, Mütter, Schwestern und Bräute, die auch bei der langen Dauer des Krieges nicht müde wurden, immer wieder Wort und Gruß ins Feld zu senden, die lieber sich selbst Entbehrungen auferlegten, als daß sie ihre Lieben im Feld die gewohnten Grüße entbehren ließen, die durch ihre treue Fürsorge die Kämpfer draußen immer aufs neue daran erinnerten, welch köstliches, alle Mühen und Gefahren reich lohnenden Schatz von Treue die Heimat birgt, sie alle haben, ohne selbst diese Wirkung zu beabsichtigen, in diesen unmittelbaren Zeugnissen treuen Gedenkens den kämpfenden Heeren eine unübersehbare Fülle von Trost, Mut, Kraft gespendet. Was in der Heimat hingebende, opferwillige Liebe ersann und in den unzähligen Feldpostbriefen und Paketen hinaussandte, das wurde draußen zu einer Quelle neuer Entschlossenheit, frischen Mutes, fröhlicher Siegeshoffnung. Wenn einmal die Geschichte des Krieges geschrieben wird, dann muß ein Abschnitt auch der stillen Wirkung der Liebesgaben gewidmet werden. In ihnen hat sich ein Reichtum von Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft offenbart, der als ein köstlicher Gewinn für Geber und Empfänger anzusehen ist. Namentlich bleibe unvergessen, wieviel persönliche Leistung, Opfer an Zeit und Kraft und Bequemlichkeit hier zu finden ist. Das Mädchen, das Woche für Woche ein Feldpostpäckchen zur Absendung fertigmacht, die Studentin, die die Bücher aus der Hand legt, um aus rauher Wolle Soldatenstrümpfe zu stricken, die Frau, die im Lärm der Kinderstube und trotz der Sorgen des unbequemen Haushalts Zeit und Kraft findet, Tag für Tag ihrem Mann gute Worte ins Feld zu senden, und von ihren eigenen Nöten schweigt, sie alle leisten persönlich mehr als der Reiche, der durch Zeichnung eines Beitrags die Absendung einer Liebesgabenkiste ins Feld ermöglicht. Ihre Leistung ist höher zu bewerten nicht nur, weil sie mit eigenen Opfern verbunden ist, sondern weil auch ihre Wirkung auf den Empfänger eine unmittelbarere und darum tiefer gehende ist. Gewiß liegt der Frauennatur gerade diese Art der persönlichen Fürsorge nahe; schon das kleine Schulmädchen, das mit ungelenker Schrift einen eigenhändigen Gruß schreibt und an die selbstgestrickten Pulswärmer anheftet, oder das Mädchen, das einem ihr unbekannten Kriegsteilnehmer, der keine Angehörigen hat und darum auf fremde Hilfe angewiesen ist, mit der Liebesgabe auch persönliche Grüße sendet, empfindet unwillkürlich, daß sie dadurch ihre Gabe wertvoller macht. Aber doch liegt darin eine gewisse Gefahr, die nicht verschwiegen werden darf. Nur zu leicht tritt an die Stelle der Selbstlosigkeit ein gewisses Vordrängen der eigenen Person, das Hoffen und Rechnen auf Dank, unsachliche Betonung der eigenen Leistung. Die Folge davon ist dann oft auch Mangel an Opferwilligkeit, wenn nicht mehr der einzelne in Erscheinung treten, sondern in einer großen Organisation verschwinden mußte. Gewiß sind besonders am Anfang manche Frauen und Mädchen dieser Gefahr erlegen. Als sich herausstellte, daß auch die Liebesgabentätigkeit organisiert und in geordnete Bahnen gelenkt werden müsse, damit nicht infolge der Planlosigkeit hier Überfluß, dort Mangel herrsche, da zogen sich manche zurück, weil sie nicht in der großen Menge aufgehen, sondern mit ihrer Einzelleistung beachtet werden wollten. Manche mußten erst lernen, daß die größten Leistungen erst dann erzielt werden, wenn sich der einzelne mit seinem vollen Können willig der Gesamtheit unterordnet, wenn sich viele freiwillig zu gemein-

samer Tätigkeit verbinden. Wie im ganzen öffentlichen Leben die opferwillige Einordnung des einzelnen in die Gemeinschaft eine der wichtigsten Forderungen ist, so haben auch die Frauen in der Liebestätigkeit und auf anderen Gebieten der Kriegsarbeit erst lernen müssen, daß die Kräfte nicht zersplittert, sondern geeint und auf ein klar erkanntes Ziel hingelenkt werden müssen. Ebenso wichtig ist aber die andere Erkenntnis, daß die höchste Leistung dabei nur dann erzielt werden kann, wenn jeder einzelne seine ganze Kraft, sein ganzes Können einsetzt und nichts von den anderen erwartet, was er selbst zu leisten nicht willig ist.

Ähnliche Gefahren zeigten sich auch auf dem Gebiete der Fürsorge für verwundete und kranke Soldaten. Auch hier war bei den zahllosen Mädchen und Frauen, die sich bei Beginn des Krieges als Pflegerinnen meldeten, manches unsachliche Vordrängen der eigenen Person; viele erwiesen sich als unbrauchbar, weil sie nicht rein der Sache dienen, sondern selbst etwas erleben, Anerkennung, Dank, Bewunderung finden wollten. Hier lag in der Tat die Gefahr nahe, vor der eine klar blickende Frau warnte, die Gefahr, daß die Mädchen, verführt von den Möglichkeiten einer bewegten Zeit, in unklarer Verquickung von Idealismus und Selbstsucht nach heiligen Aufgaben mit unheiligen Händen griffen. Bei vielen ist das Feuer der Begeisterung bald erloschen, nicht weil sie der Arbeit, die ja freilich oft sehr hart und entsagungsvoll ist, nicht gewachsen gewesen wären, sondern weil sie für sich selbst etwas erwartet hatten, während gerade hier nur die selbstlose Hingabe an die übertragene Aufgabe mit Erfolg arbeiten kann. Um so höher freilich sind die vielen Tausende von deutschen Frauen und Mädchen zu achten, die in jahrelanger Arbeit an den Betten der Verwundeten und Kranken nicht müde geworden sind, sondern in ihrem Innern einen unversiegbaren Quell opferfreudiger Hingabe an den erwählten Beruf besitzen und von ihrem unerschöpflichen Reichtum an Geduld, Bescheidenheit, Heiterkeit, Arbeitsfreude auf andere überströmen lassen können. Wer je ein Lazarett besucht hat oder selbst in einem solchen Pflege fand, der weiß, daß sich fast nirgends die Fürsorge der pflegenden Frauen mit der notwendigen Dienstleistung begnügte, sondern, soweit es irgend möglich war, in die Krankensäle einen Schimmer der Heimat zu bringen und die Schmerzen durch teilnehmende Liebe zu lindern bemüht war.

Paul de Lagarde schildert in einem seiner schönsten Gedichte den Flug der Seele, die den Körper verlassen hat:

Nun zieht sie, wie die Wandervögel zogen,
Die einst sie neidete, als sie in reiche Ferne,
Durch Herbst zum Lenz, hinüberflogen.

Milchstraßenschein, in Duft zerflossene Sterne:
Und unten atmet dunkelgrün ein Meer.
Weit vor ihr, daß den Weg sie lerne,

Schwebt jetzt ein göttlich Frauenbild einher,
Bald Mutter, Schwester bald, bald Braut, bald Weib,
Bald einsam Dienende, wie sie für Nächte schwer,

Für Tage bang und heiß, wann mit dem Tod ein Leib,
Ein siecher, ringt, den Hulden Gottes lebt.
Selbstlose Liebe heißt das Weib,

Um dessen Haupt ein Kranz von schmelzendem Silber schwebt,
Und seiner Trägerin stets wechselndes Gesicht
Durch seinen milden Schimmer hebt.

Diesem Idealbild selbstloser, unermüdlicher Dienstwilligkeit sind viele der Pflegerinnen nahegekommen, oder es schwebte ihnen wenigstens als erstrebenswertes Ziel vor Augen, wenn sie auch selbst fühlten, daß sie ihm noch ferne waren. Und der Lohn, den sie für all ihre Mühen erhielten, bestand letzten Endes doch stets in der Befriedigung, der immer aus der Betätigung eigener Kraft erwächst, in dem Bewußtsein, ein nicht ganz wertloses Glied in dem ungeheuren Getriebe von Kräften zu sein, die der Krieg in seinen Dienst gebannt hat.

Gewiß haben alle die Frauen, die — oft unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen — so viel für die Pflege der deutschen Soldaten getan haben, das Beste erst während des Krieges im verantwortungsvollen Handeln selbst gelernt, aber sie brachten die Voraussetzung mit, Opferwilligkeit und Selbstlosigkeit, Tatkraft und Entschlußfähigkeit, vor allem aber auch den Blick für das Nötige und für das Mögliche. Das mag uns auch eine Lehre für die Erziehung sein: wir können die Mädchen ebensowenig wie die Knaben für alle Aufgaben vorbereiten, vor die sie das Leben einmal stellen wird, aber wir sollen die Eigenschaften in ihnen wecken und fördern, die sie einmal nötig haben werden, um die Lebensaufgaben zu lösen. Wie aber die Pflegerinnen in der Schule verantwortungsvollen Handelns tüchtig geworden sind, so sollten auch unsere Mädchenschulen mehr als bisher die Möglichkeit gewähren, die Zöglinge in verantwortungsvoller Tätigkeit zu erziehen.

In erster Linie gilt das natürlich für alle Schulen, in denen bestimmte Fertigkeiten gelehrt werden, wie z. B. den sog. Frauenschulen. Sie werden ihr Ziel nie ganz erreichen, wenn nicht den Schülerinnen bestimmte Aufgaben ganz anvertraut werden, so daß sie aus den Folgen ihres eigenen Handelns den Wert der Pünktlichkeit, der Pflichttreue, der Gewissenhaftigkeit erkennen lernen. Darum müßten jeder Frauenschule wirklich wertvolle Aufgaben gestellt sein, damit die in ihnen geschehende Arbeit nicht nur einen Scheinwert besitze. Auch der Nutzen der Mädchenfortbildungsschulen wird vor allem davon abhängen, ob in ihnen die Möglichkeit selbständiger, verantwortungsvoller und nützlicher Arbeit geschaffen wird. Solange auch diese Schulen nur Lehranstalten bleiben und nicht zu Lebensgemeinschaften ausgestaltet werden, wird ein großer Teil der auf sie verwandten Kosten und in ihnen geleisteten Arbeit erfolglos bleiben. Belehrung, praktische Arbeit und Erziehung müssen Hand in Hand gehen und zu einer organischen Einheit verbunden sein.

In besonders hohem Maße gilt das Gesagte für alle Einrichtungen, die etwa für ein Frauendienstjahr geschaffen werden. Es ist ja kaum zu bezweifeln, daß in irgendwelcher Form ein solches Dienstjahr für die Frauen kommen wird. Gerade die Erfahrungen des Kriegs haben alle Gründe, die bisher dafür geltend gemacht wurden, ungemein verstärkt, und der Gedanke der Frauendienstpflicht wird immer weitere Kreise gewinnen, bis er in irgend einer Weise verwirklicht wird. Das Frauendienstjahr wird aber nur dann segensreich sowohl für die einzelnen wie für das Volk wirken, wenn die Fähigkeiten und Kräfte der zur Dienstpflicht einberufenen Mädchen in nützlicher und notwendiger Arbeit geschult, entwickelt und geübt werden. Darum wird es eine Hauptaufgabe sein, die geeigneten Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen oder vielmehr auszuwählen. Diese Aufgabe wird aber nur unter der Bedingung richtig gelöst werden, daß man grundsätzlich auf jede Gleichartigkeit und Vereinheitlichung verzichtet. Wie es überhaupt verkehrt ist, die Mädchenerziehung nach dem Muster der Knabenerziehung zu regeln, so würde auch bei der Frauendienstpflicht eine Nachahmung der militärischen Dienstpflicht des Mannes mit ihrer streng

geordneten Gleichmäßigkeit ein schwerer Mißgriff sein. Je reicher die Lebensgemeinschaft ist, in die das Mädchen durch die Dienstpflicht eingegliedert wird, desto mannigfaltiger wird auch die Ausbildung sein können. Es kommt aber gar nicht darauf an, daß alle alles lernen und üben, sondern daß jede einzelne die Arbeit, die gerade ihr obliegt, gründlich und gewissenhaft zu verrichten angehalten werde. Welche Beschäftigungsart im Vordergrund steht, Kinder- oder Krankenpflege, Hauswirtschaft oder soziale Tätigkeit, ist verhältnismäßig gleichgültig. Jede nützliche Arbeit, die im Dienst der Gemeinschaft getan wird, gibt bei verständiger Leitung die Möglichkeit, den Blick für größere Zusammenhänge zu öffnen, das Verständnis für die Pflichten gegen Gemeinde und Staat zu wecken und zur Erfüllung dieser Pflichten zu erziehen. Bis jetzt ist viele Erziehungsarbeit wirkungslos geblieben, weil man sich zu sehr auf Unterricht, Belehrung, Warnung beschränkte, statt der jungen Kraft Gelegenheit zu geben, sich in selbständiger Tätigkeit zu bewähren.

Für viele Frauen und Mädchen bot die Arbeit für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer eine solche Schule verantwortungsvollen Handelns. Auch hier zeigte sich anfangs neben gutem Willen viel Planlosigkeit, Kräftezersplitterung, Mangel an Einsicht in das Nötige und Erreichbare. Es hat geraume Zeit gedauert, bis die vorhandenen Kräfte zusammengefaßt und in die richtigen Bahnen gelenkt wurden. Musterhaftes wurde schließlich in der Organisation des nationalen Frauendienstes geschaffen. So ist der Krieg nicht nur für die einzelnen, sondern für die ganze deutsche Frauenwelt eine Schule nationaler Gesinnung und opferwilliger Unterordnung unter die Zwecke der Gesamtheit geworden. Es ist etwas Großes, wenn nach der Einführung der Zivildienstpflicht die Vorsitzende des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes im Sinne aller seiner Mitglieder erklären konnte: „Die Frauen des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes sind bereit, jeden Dienst zu übernehmen, mit dem sie ihrem Volke nützen können", oder wenn beim gleichen Anlaß der Bund Deutscher Frauenvereine dem Reichshaushaltsausschuß folgende Eingabe einreichte:

„Der Bund Deutscher Frauenvereine, der in 4000 Frauenvereinen einen großen Teil der organisierten deutschen Frauen aller Richtungen, Konfessionen und Arbeitsgebiete umfaßt, wünscht zu der Gesetzesvorlage zur Einführung des Vaterländischen Hilfsdienstes zum Ausdruck zu bringen, daß die deutschen Frauen stolz und freudig die Verpflichtung zum Vaterländischen Hilfsdienst übernehmen würden, wenn das Gesetz sie auch ihnen auferlegen würde. Wir vermögen nicht zu beurteilen, in welchem Umfange praktische und technische Gründe gegen die Einführung des Dienstzwanges für die Frauen sprechen; wir möchten aber keinen Zweifel darüber lassen, daß unserem eigenen vaterländischen Bewußtsein die Erklärung der gleichen Zivildienstpflicht für Männer und Frauen am meisten entsprochen haben würde.

Da man hiervon Abstand genommen hat, erklären wir, daß auch ohne staatlichen Zwang die deutschen Frauen bereit sein werden zu jeder Arbeit, die der Stärkung der deutschen Wehrkraft und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit dienen kann.

Die im Bund Deutscher Frauenvereine zusammengefaßten deutschen Frauenverbände werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um dabei zu helfen, daß jeder Ruf des Vaterlandes zur freiwilligen Rekrutierung der Frauen Gehör findet, und daß die Frauen alle Lücken, deren Ausfüllung man von ihrer Kraft erwartet, bereitwillig und pflichtbewußt ausfüllen.

Der Bund Deutscher Frauenvereine wird dankbar sein für jede Möglichkeit der Mitarbeit, die ihm bei der Ausführung des freiwilligen Vaterländischen Hilfsdienstes der Frau gegeben wird."

Der Wortlaut dieser Eingabe zeigt besser als vieles andere, welche neuen Wege der Krieg auch die Frau zu gehen lehrt. Die größte Frauenvereinigung Deutschlands spricht ihr Bedauern darüber aus, daß in einem neuen Gesetz den Frauen nicht die gleiche Pflicht wie den Männern auferlegt wurde, und erklärt für alle ihre Mitglieder die Bereitwilligkeit zu jeder Art von Arbeit. Kaum irgend etwas ist bezeichnender für die Wandlung, die der Krieg gebracht hat. Bisher fehlte bei vielen Frauen ebensosehr die Lust sich mit anderen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen, wie das Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem Staat. Gewiß wird auch jetzt noch an vielen Orten Mangel an Frauen sein, die sich zu regelmäßiger Arbeit verpflichten, die bereit sind, überall mitanzugreifen, wo man ihre Kraft braucht, und die Ausdauer und Kraft genug besitzen, um auch Schwierigkeiten zum Trotz auf ihrem Posten zu bleiben. Aber es ist doch ein Ziel aufgestellt und eine Aufgabe gezeichnet; darum ist zu hoffen, daß alle Frauen mehr und mehr die neuen Forderungen innerlich bejahen und Ernst mit ihrer Erfüllung machen. Bei den Verhandlungen des Reichstags über die Dienstpflicht der Frau wurde von einem Redner gesagt, daß für die Frauen ein Arbeitszwang nicht nötig sei, da sie sich freiwillig zur Arbeit melden würden. Solche Zuversicht hat die bisherige Haltung der deutschen Frauenwelt erweckt. Aber ein solches Vertrauen will immer wieder aufs neue verdient sein. Darum muß es ein Hauptziel aller Erziehung auch der Mädchen sein, das Gefühl der Pflicht gegen die Gesamtheit in ihnen zu wecken und sie willig zu machen, ihr mit allen Kräften zu dienen. Daß bei vielen Frauen dieses Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Gesamtheit noch nicht in vollem Maße zu finden ist, zeigt namentlich ihr Verhalten bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Krieg gebracht hat. Doch bevor wir davon reden, haben wir noch ein anderes Gebiet der Frauenarbeit während des Krieges zu betrachten, das von Monat zu Monat gewachsen ist, je mehr Männer zum Heeresdienst einberufen wurden: der Ersatz der fehlenden männlichen Arbeitskräfte durch die Frauen. Auch hier sehen wir eine fortschreitende Entwicklung. Anfangs schien es manchen Frauen unmöglich, zur eigenen Arbeit noch das zu übernehmen, was sonst der Mann getan hatte. Nicht ohne schweres Verschulden der Männer selbst war vielen Frauen die Arbeit ihrer Männer völlig fremd geblieben. In mancher Bauern- und Arbeiterfamilie hatte z. B. der Mann alles Schriftliche, alle Geldgeschäfte, den Verkehr mit den Behörden erledigt. Er hatte Einkauf und Verkauf besorgt, Rechnungen geschrieben und bezahlt, Geld aufgenommen und hergeliehen, und von alledem hatte die Frau gar nichts gewußt. Nun sollte sie auf einmal all das lernen, was ihr bisher fremd geblieben war. Bei vielen zeigte sich da zuerst eine gewisse Schwerfälligkeit, ein Unvermögen, sich in Neuem zurechtzufinden, ein Mangel an Anpassungsfähigkeit. Dazu kamen, namentlich auf dem Land, viele Arbeiten, die bisher nur der Mann getan hatte. Jetzt mußte die Frau lernen, hinter dem Pflug einherzugehen und in weit ausgreifendem, gleichmäßigem Schritt den Samen in die Furchen zu streuen. In Landwirtschaft und Gewerbe, im öffentlichen Verkehr und in den Fabriken mußte mehr und mehr Männerarbeit durch Frauen getan werden. Der Übergang ist nicht überall ohne Reibungen vor sich gegangen; aber im großen und ganzen betrachtet, verdanken wir doch die Aufrechterhaltung unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens zu einem guten Teil der Arbeitsleistung der Frauen. Gewiß war die Frau in vielen Fällen einfach durch die Verhältnisse gezwungen, die ungewohnte Arbeit zu übernehmen, wollte sie nicht den Besitz oder das Gewerbe ihres Mannes zugrunde gehen lassen; oft drängte auch die wirtschaftliche Not zur Übernahme neuer Arbeit, oder es lockten

die hohen Arbeitslöhne. Aber in vielen Fällen griff doch die Frau zur Männerarbeit, weil sie in den Zeiten vaterländischer Not nicht untätig sein, sondern irgendwo im Getriebe mitarbeiten wollte. Vielleicht hätte bei mancher das Gefühl stärker sein sollen, daß auch die bezahlte Berufsarbeit als Dienst für die Gesamtheit anzusehen ist; manche hat wohl zu sehr an ihren eigenen Vorteil gedacht, und die hohen Löhne, namentlich in den Munitionsfabriken, verführten viele zu verschwenderischer Genußsucht, und in einer Zeit, wo größte Sparsamkeit von allen als heilige Pflicht erkannt werden sollte, wurde viel Geld, das in schwerer Arbeit erworben worden war, in eitlem Putz, in törichten Vergnügungen, in dem allen Sinn für edlere geistige Genüsse ertötenden Kino vergeudet. Der großen Arbeitsleistung entsprach vielfach nicht die innere Stellung zur Arbeit selbst und die Verwertung des sauer erworbenen Geldes. Zu der Erkenntnis, daß die Arbeit adelt und der Genuß gemein macht, ist manche von den fleißigen Arbeiterinnen noch nicht fortgeschritten. Darum ist es notwendig, die Jugend noch mehr als bisher an den Gedanken zu gewöhnen, daß sie arbeiten nicht lernt, um sich damit Geld zu verdienen und sich mit dem Gelde Genüsse zu verschaffen, sondern um ein nützliches Glied der Volksgemeinschaft zu werden und an ihrem Teile mitzuhelfen, daß das Volksganze die großen Kulturaufgaben lösen kann, die ihm gestellt sind. Eine höhere Auffassung von der Arbeit ist bei vielen Frauen wie Männern anzustreben; ebenso aber auch eine andere Beurteilung des Geldes. Vielen fehlt hier gänzlich das Gefühl der Verantwortung, das Bewußtsein, daß auch das selbstverdiente Geld ein Stück des Volksvermögens ist, das wir nicht vergeuden dürfen. Wir sollten alle mit unserem Gelde nicht anders umgehen als mit anvertrautem Gut, von dessen Verwaltung wir Rechenschaft werden ablegen müssen. Dieser Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl zeigt sich ebenso sehr bei der Fabrikarbeiterin, die ihr sauer verdientes Geld in Putz und Tand verschwendet oder in Konditoreien vernascht, wie bei der vornehmen Dame, die auch während des Krieges nicht auf die Pariser Moden verzichten kann und sie sich auf dem teuren Umweg über die Schweiz oder Holland verschafft. Auch hier zeigt sich wieder, daß der einzelne noch mehr dazu erzogen werden muß, sich als Glied einer großen Gemeinschaft zu fühlen, und daß bei ihm das Bewußtsein geweckt und lebendig erhalten werden muß, daß er mit jeder einzelnen Handlung das Volkswohl fördert oder schädigt. Unendliche Werte materieller und geistiger Art sind von unserem Volk vergeudet worden, weil der großen Masse dies Verantwortlichkeitsgefühl noch fehlt. Auch in dem würdelosen Benehmen, das nicht wenige deutsche Frauen und Mädchen den Kriegsgefangenen gegenüber zeigten, trat der gleiche Mangel an völkischem Empfinden zutage. Sie alle dachten nicht daran, daß ihre Handlungsweise nicht nur ihnen selbst Schande brachte, sondern daß sie auch die Ehre ihres Volkes schädigten. Wichtiger und wertvoller als manche Kenntnisse, mit denen wir jetzt das Gedächtnis der Mädchen belasten, wäre die Gewöhnung an den Gedanken, daß Wohl und Wehe, Ehre und Ansehen unseres Volkes von dem Denken und Tun eines jeden einzelnen von uns abhängig ist. Wir wollen uns auch nach dem Kriege der reichen Bildungsstoffe nicht berauben, die das Geistesleben der uns jetzt feindlichen Völker bietet, aber an erster Stelle soll doch stets deutsche Art und deutsche Bildung stehen. In der Mädchenbildung hat sich länger als bei den Knaben die Vorstellung erhalten, daß sich Deutschland seine Bildung vom Ausland holen müsse. Daß ein Mädchen französisch und englisch sprechen konnte, schien wichtiger, als daß es von der deutschen Sprache, von deutschem Leben in Sage und Dichtung,

von der Schönheit der deutschen Heimat eine klare Vorstellung erhielt. Wer immer den Krieg mit wachen Sinnen erlebt hat, müßte es als eine Schmach empfinden, wenn in absehbarer Zeit wieder deutsche Mädchen zur Ausbildung in die französische Schweiz geschickt würden, und wenn sich wirklich Eltern fänden, die so wenig Nationalempfinden besäßen, so müßte es von der Umgebung als eine schwere Verirrung angesehen werden. Das ist nicht Chauvinismus, sondern nur die klare Erkenntnis, was wir der Ehre unseres Volkes, der Liebe zu unserer Heimat schuldig sind.

Wir kehren nach dieser Abschweifung noch einmal zu der Tatsache zurück, daß der Krieg vielen Frauen Eingang in die Männerberufe verschafft hat. So dringend notwendig diese Frauenarbeit in Männerberufen gegenwärtig ist und so wertvolle Dienste die Frauen damit dem Vaterlande leisten, so wollen wir doch daran festhalten, daß das ein Ausnahmezustand ist, und daß diese Frauenarbeit in Männerberufen als ein Stück Kriegselend angesehen werden muß. Auch abgesehen davon, daß viele Frauen, namentlich in den landwirtschaftlichen Betrieben, durch die übernommene Männerarbeit über ihre Kräfte angestrengt werden und schwere gesundheitliche Schäden erleiden, ist dies durch den Krieg gebotene, massenhafte Eindringen der Frauen in die Männerberufe für das Volkswohl höchst gefährlich. Die Zukunft unseres Volkes hängt davon ab, daß das Familienleben in Deutschland nach dem Kriege wieder neu belebt wird; denn die Familie ist die Grundlage des Lebens des Volkes. Es ist aber über jeden Zweifel erhaben, daß die Vermehrung der selbständigen Frauenberufe, wie sie der Krieg geschaffen hat, für das Familienleben überaus schädlich ist. Vielfach gewöhnen sich die Mädchen in diesen Berufen auch an Ansprüche und Bedürfnisse, die den Männern den Entschluß zum Heiraten und zur Gründung einer Familie erschweren. Wenn einmal der ersehnte Frieden gewonnen ist, dann wird auf allen Gebieten unseres Volkslebens der Übergang vom Kriegs- zum Friedenszustand mit großen Schwierigkeiten verbunden sein; aber kaum irgend etwas wird mehr Reibungen, Enttäuschungen, Kämpfe mit sich bringen als die Notwendigkeit, einen Ausgleich zu finden zwischen den aus dem Kriege heimkehrenden arbeitsuchenden Männern und den Frauen, die während des Kriegs die Männerarbeit getan, und zwar großenteils vorzüglich getan haben. Viele aus dem Krieg heimkehrende Männer werden ihre Arbeitsstellen von Frauen besetzt finden, die nun nicht sofort auf den Arbeitsverdienst verzichten wollen und können. Ja auch in den Familien wird von beiden Seiten Vorsicht und Geduld notwendig sein, wenn der Mann die Zügel wieder in die Hand nehmen will, aber einsehen muß, daß man seinen Rat nicht mehr so nötig hat wie früher und seine Anweisungen nicht mehr so selbstverständlich hinnimmt. Es wird das eine neue Probe für die deutsche Frauenwelt sein; es wird sich zeigen, ob sie die große Arbeitslast auf sich genommen hat in der rechten Gesinnung, in dem Bestreben, mit der eigenen Kraft dem Vaterland, dem Volk, der Familie zu dienen, oder ob sie dabei auch das Ihre gesucht hat und aus der Not des Vaterlandes Vorteile für sich hat gewinnen wollen. Es ist notwendig, daß sich schon jetzt Frauen und Mädchen darüber klar werden, welche Gesinnung die Rückkehr der Friedenszustände von ihnen fordern wird.

Doch nun noch ein letztes Gebiet der Frauenarbeit im Kriege, die Durchführung der notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen. Wenn Englands Plan, Deutschland durch Hunger zu bezwingen, nicht gelingen sollte, mußte sich Deutschland an eine andere Lebensweise gewöhnen. Hier war also die Entscheidung über Deutschlands Schicksal in die Hand der Hausfrauen gelegt; auf ihrem eigensten Gebiet sollten sie die Pläne des heimtückischen Feindes zuschanden machen. Es war nichts Geringes,

was da von den deutschen Frauen erwartet und verlangt wurde. In zwölf Millionen deutscher Haushaltungen sollte anders gewirtschaftet, anders gekocht, mehr gespart werden, eine veränderte Lebensweise sollte überall durchgeführt werden. Hat die deutsche Frau die große Aufgabe mit Verständnis und Opferwilligkeit in Angriff genommen und gelöst? Ich glaube nicht, daß irgend jemand diese Frage wird ohne Einschränkungen bejahen wollen. Gewiß ist auch auf diesem Gebiet Großes geleistet worden, viele Frauen haben sich mit Tatkraft und Klugheit in die neuen Aufgaben gefunden. Aber viele haben doch auch versagt. Eine deutsche Frauenzeitung schrieb vor kurzem: „Die meisten von der Kriegszeit diktierten Bestimmungen sind, so lange sie nicht zwangen, sondern sich an die Einsicht der Bevölkerung wandten, nicht befolgt worden." Im gleichen Zusammenhang wird ein Beispiel angeführt: Vor Einführung der Milchkarte hat man darauf aufmerksam gemacht, daß zum Kochen doch Trockenmilch zu verwenden sei, damit die frische Milch für Kinder und Kranke bleibe. Die meisten Frauen denken: „Was gehen mich die andern an, ich habe die Verantwortung für meine Familie, und für die will ich so gut sorgen, als ich nur kann. Ich kann frische Milch bekommen, also benütze ich sie."

In diesen Sätzen ist die Sachlage gut gekennzeichnet. Viele Frauen konnten sich in die neuen Verhältnisse nicht finden, weil sie nicht gewohnt waren, über den engen Lebenskreis ihres Hauses hinauszuschauen, ihre Pflichten in einem größeren Rahmen zu sehen. *Auch hier fehlte das Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem Volksganzen und die klare Erkenntnis, daß jeder nur seine eigene Pflicht tun kann, aber diese auch tun muß, wenn die der Gesamtheit gestellten Ziele erreicht werden sollen.* Bewußt oder unbewußt war bei vielen Frauen (und ebenso selbstverständlich auch bei Männern) der Gedanke wirksam: „Auf mich, auf das, was ich tun oder lassen kann, kommt es nicht an" und diese Neigung, die Erfüllung lästiger Pflichten von sich abzuschieben, dagegen von anderen zu erwarten, hat Deutschland an den Rand des Verderbens gebracht.

Dazu gesellte sich bei vielen Frauen eine große Schwerfälligkeit allem Neuen gegenüber. Nicht daß sie sich geweigert hätten, einmal ein neues Rezept zu versuchen — im Gegenteil bei diesen Versuchen sind große Mengen wertvoller Stoffe vergeudet worden —, aber eine gewohnte Kochweise, eine eingeführte Lebensweise durch eine andere zu ersetzen, auf eine Lieblingsgewohnheit zu verzichten, das fiel vielen Frauen sehr schwer, und so lange nicht eiserner Zwang dazu nötigte, verschob man die Änderung von Tag zu Tag.

Mit diesem schwerfälligen Hangen an alten Gewohnheiten verband sich dann ein Mißtrauen gegen alle von den Behörden kommenden Vorschriften. Gewiß waren viele von ihnen falsch, und der fortwährende Wechsel in den Anordnungen ließ das Vertrauen schwer aufkommen. Aber auch die Maßnahmen, deren Notwendigkeit jeder Verständige einsehen mußte, stießen auf Mißtrauen und fanden oft nur so weit Beachtung, als sie mit Gewalt durchgeführt werden konnten. Von einer Gewissenhaftigkeit in der Befolgung der erlassenen Vorschriften war bei vielen keine Rede.

Wie es in einer neuen Schrift über Rußland heißt, daß das Leben dort ganz unerträglich wäre, wenn es keine Bestechung gäbe, so scheinen jetzt viele das Leben in Deutschland nur dadurch erträglich zu finden, daß sie die behördlichen Anordnungen umgehen und daß sie sich auf Schleichwegen verschaffen, was ihnen der Staat auf geradem Wege nicht gestattet. Hierbei denken die meisten Erwachsenen nicht daran,

welch schwere sittliche Gefährdung der Kinder es bedeutet, wenn sie Tag für Tag sehen und hören, wie ihre Eltern die Verbote der Behörden übertreten und mit Bewußtsein falsche Angaben machen.

Gewiß treffen diese Vorwürfe die Männer genau ebenso sehr wie die Frauen. Aber vielleicht ist die Stellung der Frau zum Staat und seinen Gesetzen doch eine etwas andere als die des Mannes. Der Mann läßt sich häufig bewußte Übertretungen der Gesetze zu schulden kommen — ich spreche hier nicht nur von den Ernährungsvorschriften, sondern ganz allgemein —, die Frau tut dasselbe mehr unbewußt, für sie scheinen Gesetze und Verordnungen gar nicht vorhanden zu sein, sie lebt in ihrem Bewußtsein oft außerhalb der Rechtsordnung des Staates. Sie fühlt sich gebunden an die Gebote der Mode, der Sitte, des Gewissens; es fehlt ihr aber oft das Gefühl innerer Verpflichtung gegenüber den zum Wohle der Gesamtheit gegebenen Gesetzen und erlassenen Verfügungen, wenn sie deren Sinn oder Notwendigkeit nicht einsieht.

Hier hat in Zukunft die Erziehung eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Der Krieg hat eine Entwicklung, die schon lang vor dem Krieg einsetzte, ungemein beschleunigt, die Entwicklung der Frau zur Bürgerin. Dem muß auch die Erziehung Rechnung tragen, nicht etwa in der Weise, daß man die Mädchenschulen mit staatsbürgerlichem Unterricht belastet und in der Übermittlung von Einzelkenntnissen aus der sog. Bürgerkunde das Heil sieht, sondern, daß die Jugend bei jeder Gelegenheit, vor allem aber bei den Erlebnissen der Schulgemeinschaft selbst, darauf hingewiesen wird, wie das Wohl des Ganzen, das wieder das Wohl des einzelnen in sich schließt, von der opferwilligen Unterordnung und selbstlosen Pflichttreue jedes einzelnen abhängig ist. Es ist eine große Gefahr, die mit den sozialen Einrichtungen des Staats verbunden ist, daß viele an den Staat und die Volksgemeinschaft nur denken, wenn sie etwas für sich von ihm erwarten, und nicht, wenn sie ihm etwas leisten sollen. Alle die an den Kriegswohlfahrtsarbeiten teilgenommen haben, könnten Beispiele genug davon erzählen, wie hoch und wie rücksichtslos die Ansprüche an die Fürsorge des Staats und die private Wohltätigkeit waren, wie alles oft als etwas Selbstverständliches hingenommen wurde, und wie wenig dieser Bereitwilligkeit zu nehmen das Gefühl der Verpflichtung entsprach, nun auch an seinem Teile an der Erhaltung der Volkskraft und des Volksvermögens mitzuarbeiten. Die Kriegerfrau, die von der Reichsunterstützung Naschwerk für ihre Kinder kauft, oder die andere, die auf die freundliche Mahnung, ihr Kleid zu flicken, erwidert: „die droben sollen sich schämen, daß sie mich so herumlaufen lassen", ist sich vielleicht gar keines Unrechts bewußt; sie ist aber ein Beweis dafür, wie unklar bei vielen noch das Verhältnis des einzelnen zum Staat, die Vorstellung von Pflichten und Rechten ist, und wir müssen uns hüten, allzu hart da zu urteilen, wo Versäumnisse der Erziehung zutage treten.

Aber noch eine Lehre muß aus den Beobachtungen gezogen werden, die bei der Durchführung der durch den Krieg bedingten wirtschaftlichen Maßnahmen zu machen waren. Es fehlte bei den Frauen vielfach die Selbständigkeit des Denkens, die Fähigkeit, aus den neuen Verhältnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen, die geistige Beweglichkeit. In der vom Bayerischen Landesverein Technischer Lehrerinnen herausgegebenen Zeitschrift steht der beherzigenswerte Satz: „Denken, denken und immer wieder denken heißt die Losung in der Küche." Aber bei vielen Frauen hätte der Satz lauten müssen: „Gewohnheit, Gewohnheit und immer wieder Gewohnheit heißt die Losung in der Küche." Mit der Gewohnheit verbindet sich aber leicht Denkfaulheit. Was von der Küche gilt, das gilt auch natürlich in gleichem Maß von allen

anderen Arbeiten des Haushalts. Bei allen Bestrebungen, die deutschen Frauen an die neuen, durch den Krieg gebotenen Pflichten zu gewöhnen, bestand die Hauptschwierigkeit darin, falsche Vorstellungen zu berichtigen und alt eingewurzelte Gewohnheiten zu beseitigen. Darum muß bei allem Unterricht in Frauenschulen, vor allem aber, wenn einmal das weibliche Dienstjahr eingeführt sein wird, darauf gesehen werden, daß sich die Mädchen nicht nur äußerlich gewisse Fertigkeiten angewöhnen, sondern zwischen Möglichem und Nötigem unterscheiden lernen, so daß der Arbeitsunterricht auch immer ein Unterricht im Denken, eine Erziehung zur Selbständigkeit im Urteil sei.

Bei unserer Betrachtung der mannigfaltigen Gebiete der Frauenarbeit während des Krieges haben wir gesehen, daß die Frauen manchen Aufgaben, vor die sie gestellt wurden, nicht ganz gewachsen waren, daß vor allem viele noch nicht die richtige Stellung gegenüber der Gesamtheit, das richtige Pflichtgefühl gegen den Staat gefunden hatten. Gewiß hat der Krieg vieles gelehrt, manches Mädchen an die Einordnung in eine gemeinsame Arbeit gewöhnt und zu Pflichtgefühl erzogen. Bei vielen ist mit der neuen Liebe zur Heimat auch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber entstanden. Aber je klarer wir den Wert des Erreichten erkennen, desto mehr müssen wir bestrebt sein, die Lehren des Krieges in den Frieden hinüberzuretten. Die Aufgaben, die der Frieden an das deutsche Volk stellen wird, werden riesengroß sein. Es wird nicht zum wenigsten von der Leistungsfähigkeit und dem Pflichtgefühl der Frauen abhängen, ob das deutsche Volk den neuen Aufgaben gewachsen sein wird. Der Dank des Staates für das, was die Frauen während des Krieges für Volk und Vaterland getan haben, sollte darin bestehen, daß er freigebiger und sorgfältiger als bisher für die Mädchenbildung sorgt, daß er nicht nur Forderungen aufstellt, sondern auch die Möglichkeit gibt, sie zu erfüllen. Bisher konnte es manchmal so scheinen, als ob der Staat nur von der Knabenerziehung Nutzen für sich erhoffe und deshalb auch zu Opfern dafür bereit sei. Das sollte in Zukunft anders werden; die Erkenntnis, wie unentbehrlich Arbeit und Opferwilligkeit der Frauen für das Leben des Staates sind, sollte dahin führen, daß der Staat für das Mädchenschulwesen mehr Mittel als bisher zur Verfügung stellt. Auch bei den Mädchen sollte der Grundsatz gelten, daß freie Bahn jedem Tüchtigen geschaffen wird.

Der Krieg hat aber auch bei den Frauen aufs neue gezeigt, daß körperliche Kraft und Gesundheit die Voraussetzung für alle anstrengende Tätigkeit, die Grundlage auch der geistigen Leistungsfähigkeit ist. Darum muß die körperliche Erziehung der Mädchen in Zukunft eine weit größere Rolle in der Gesamterziehung spielen als bisher. Wenn die deutschen Frauen den großen Aufgaben gewachsen sein sollen, die die Zukunft an sie stellen wird, wenn ein kräftiges junges Geschlecht heranwachsen und die schrecklichen Lücken ausfüllen soll, die der Krieg gerissen hat, dann müssen Turnen, Spielen und Wandern in den Mädchenschulen weit mehr Zeit beanspruchen als bisher. Das gilt in erster Linie für Volks- und Fortbildungsschule, durch die weitaus die meisten deutschen Mädchen gehen, aber ebenso sehr auch für die höhere Mädchenschule, bei der die Nachahmung der Knabenschulen eine Überfüllung mit allen möglichen Lehrfächern und eine Überschätzung der Kenntnisse verschuldet hat, die die Gesundheit unserer Mädchen zu untergraben droht. Der Krieg hat bei den Männern gezeigt, daß es nicht darauf ankommt, was der einzelne weiß, sondern darauf, was er kann und was er will; sobald man bei den Mädchen zu der gleichen Einsicht gekommen ist, wird man viel unnützen Ballast von Kenntnissen aus den Lehrplänen der Mädchenschulen hinauswerfen.

Bei allen Erziehungseinrichtungen aber, von der Volksschule bis zur Frauenschule und bis zum Frauendienstjahr muß stets vor allem darauf geachtet werden, daß bei den heranwachsenden Mädchen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit geweckt und lebendig erhalten wird. Schon dem Kinde sollte klar werden, daß es nicht für sich allein da ist, sondern, wie es selbst von anderen abhängig ist, auch anderen zu dienen bereit sein muß. Nur allzuviele Mädchen leben — auch jetzt während des Kriegs — noch in den Tag hinein oder denken nur daran, wie sie sich selbst alles Unangenehme möglichst fern halten und sich möglichst viel Annehmlichkeiten verschaffen können. Sie alle sollten durch Lehre, Vorbild und eigenes Erleben lernen, daß das wahre Glück in treuer Pflichterfüllung, in selbstloser Hingabe an eine wertvolle Arbeit, in der Fürsorge für andere besteht. Je reicheres eigenes Leben sie haben, desto mehr werden sie für die Gesamtheit bedeuten, aber auch umgekehrt wird ihr Leben um so reicher sein, je mehr sie anderen geben. Nicht Selbstsucht führt zum Glück, sondern Selbsthingabe. Höhere Befriedigung erwächst dem, der mit freiem Willen Pflichten auf sich nimmt, als dem, der sich im Kampfe Rechte ertrotzt; durch die Täler führt der Weg zu Bergeshöhen.

Wie auf allen Gebieten des deutschen Lebens, so wird auch in der Mädchenerziehung der Krieg manches Neue herbeiführen und manche Entwicklung, die schon vor dem Krieg begonnen hat, zu rascher Vollendung führen. Aber die schönste Frucht des Kriegs wird es doch sein, wenn aus Arbeit und Not, Sorge und Leid auch bei Frauen und Mädchen neu erwächst opferbereite Liebe zu Volk und Heimat, zu Vaterland und Staat.

## Tiefer hängen.

Die „Korrespondenz des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" bringt in ihrer Nr. 12 vom 20. Dezember 1917 einen Aufsatz, in dem sie sagt: „Die Millionen, aus denen die Alldeutsche Presse gespeist wird, denen auch „Deutschlands Erneuerung" seine Entstehung verdankt, stammen aus den Kreisen der judenreinen Schwerindustrie, und sie sind zum großen Teil im Krieg erworben.

Wir stellen demgegenüber fest, daß „Deutschlands Erneuerung" einzig und allein mit unseren eigenen Mitteln ins Leben gerufen und durchgeführt worden ist und daß weder in „Deutschlands Erneuerung" noch in unserem übrigen Verlag auch nur ein Pfennig fremdes Geld angelegt oder irgendwie beteiligt ist. Wir sagen wie Elias zum Volke Israel: „Wie lange hinkt ihr auf beiden Seiten? Ist der Herr Gott, so wandelt ihm nach, ist es aber Baal, so wandelt ihm nach!" Und das Volk antwortete nichts.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erklärt fernerhin, daß ihm die Zornesröte ins Gesicht steige, weil General der Kavallerie von Gebsattel nicht im Felde stehe, sondern hinter dem Ofen sitze. Trotz seiner 64 Jahre hat sich der General, was wir nur nebenbei bemerken möchten, auch seinerseits bei Kriegsbeginn der Armeeverwaltung wiederholt zur Verfügung gestellt und steht ihr heute noch zur Verfügung.

Im übrigen regt sich die jüdische Korrespondenz auf, daß wir baten, doch die von dem jüdischen Familienblatt gebrachte Notiz über die Juden im Heer freundlichst überprüfen zu wollen und anzugeben, wie es möglich sei, daß trotz dem Heldenmut, der die jüdischen Dienstpflichtigen beseelt, nach der jüdischen Statistik nur 3000 Juden gefallen sind, indes 9000 gefallen sein müßten, wenn prozentual ebensoviele gefallen wären wie Deutsche germanischen Stammes. Ferner baten wir um Aufklärung, wie es möglich ist, daß, trotzdem nur dieser dritte Teil der Juden gefallen ist, die Zahl der mit dem Eisernen Kreuze versehenen im umgekehrten Verhältnis steht wie bei den Christen. Man sollte doch dankbar sein, wenn wir Gelegenheit geben, eine von jüdischer Seite aufgestellte Statistik, die geradezu ungeheuerliche Verhältnisse aufdeckt, richtigzustellen. Statt dessen ergänzt die jüdische Korrespondenz die Angabe des Familienblattes dahin, daß sich die Zahl der Juden, die mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet sind, in wenigen Monaten verdoppelte, die der Eisernen Kreuze II. Klasse um 5000 vermehrte. Von den gefallenen Juden wird keine Silbe gesprochen. Auch hier heißt es mit Elias: „Und das Volk Israel antwortete nichts." (I. Könige 23. 18.) Warum wohl? U. A. w. g.

# Graf Hertling.

## Von Prof. Dr. Hans Frhr. v. Liebig.

Graf Hertling tat keinen leichten Gang, als er den Kanzlerstuhl bestieg. Er hat lange damit gezögert. Die Historisch-Politischen Blätter für das katholische Deutschland (Bd. 160, Heft 11, S. 753) erzählen, wenn Graf Hertling nicht einem Kanzlerwechsel während des Krieges entgegengetreten wäre, hätte Bethmann Hollweg schon nach dem ersten Kriegsjahr — gemeint ist wohl das Frühjahr 1916 — in ihm einen Nachfolger bekommen. Ein zweites Mal lehnte Graf Hertling im Juli 1917 die Kanzlerwürde ab. Als ihn im Herbst 1917 der Kaiser zum dritten Male rief und Scheidemann, Cohn und Erzberger ihre Einwilligung erteilten, nahm er an. Aus patriotischen Gründen, wie er sagte. D. h. nach seiner Überzeugung geschah dem Vaterlande mit seiner Amtsübernahme der größte Dienst, den er ihm in dieser verantwortungsvollen Zeit erweisen konnte, und kein Besserer und Geeigneterer war ihm bekannt, das Amt auszufüllen. Denn wäre ein solcher Mann in seinem Gesichtskreis vorhanden gewesen, hätte er das ihm dreimal gezeigte Vertrauen des Kaisers dahin ausnützen müssen, jenen Mann an die ihm gebührende Stelle zu bringen. Die Liebe zum Vaterlande hätte es ihm geboten. Graf Hertling wurde Kanzler des Deutschen Reiches. Eine Last, für ihn noch schwerer als für viele andere.

Graf Hertling ist katholisch. Nicht ein zufällig einem katholischen Geschlecht entstammender Staatsmann wie etwa Kühlmann, für dessen Beurteilung es gleichgültig ist, ob er einem katholischen, protestantischen oder jüdischen Hause entsprossen ist, sondern der weltlich-geistige Führer des deutschen Katholizismus, der Vorsitzende der Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, der feinste Kopf, über den der entschiedene Katholizismus zurzeit in Deutschland verfügt. Vertrauter des frömmsten katholischen Fürsten in Deutschland und bevorzugter Vermittler zwischen katholischen und protestantischen deutschen Höfen und dem Vatikan. Der lutherische Kaiser Wilhelm II., das Oberhaupt der protestantischen Kirche Deutschlands, glaubt im Jubiläumsjahr der Reformation unter den evangelischen Deutschen keinen Staatsmann finden zu können, der berufener gewesen wäre, in der größten weltgeschichtlichen Entscheidungsstunde die Geschicke des Deutschen Reiches zu leiten, als er. Einen Mann, dessen religiöses Ideal notwendig dahingehen muß, die Tat Luthers und ihre 400jährige Auswirkung wieder rückgängig zu machen.

1517 dröhnte der Hammer Martin Luthers am Tor zu Wittenberg. 1519 bestieg Kaiser Karl den deutschen Kaiserthron; er schlug sich auf die spanisch-katholische Seite. Drei Jahrhunderte später, 1806, legte Franz II. die deutsche Kaiserwürde ab; das Reich war unter seinen katholisch gebliebenen Herrschern schrittweise zerfallen. Protestanten schmiedeten es aufs neue. In des neuen Reiches Schicksalsstunde hat wieder ein Katholik die Führung. Versagt Graf Hertling, dann versagt nicht nur ein Staatsmann.

Graf Hertling war viele Jahre hindurch Abgeordneter der Zentrumspartei. Ende Dezember 1909 setzte er in einer öffentlichen Versammlung in München („Germania" vom 28. Dezember 1909) auseinander: „Wer die christliche Weltanschauung zur Voraussetzung seiner politischen Betätigung nimmt, bekennt damit, daß das

Christentum für ihn ein Gut von höchstem Werte ist. Setzen wir an Stelle von „christlicher Weltanschauung" katholische Weltanschauung und fragen wir uns: Muß für den Politiker diese Weltanschauung maßgebend sein? Ja! Der gläubige Christ kann nicht anders antworten." Bismarck erklärte in seiner Herrenhausrede vom 24. April 1879 die Grundsätze der Zentrumspartei für unvereinbar mit den Grundlagen, auf denen das Deutsche Reich und Preußen ruhen.

Vielen deutschen Zentrumsangehörigen war es ein herber Schmerz, von Andersgläubigen als Deutsche zweiten Verlässigkeitsgrades betrachtet zu werden; als Unrecht und Kränkung wurde es empfunden, wenn jemand von einem Gegensatz zwischen Ultramontanismus und Deutschtum sprach. Ende 1914 schien der hie und da noch klaffende Spalt überbrückt; das Zentrum stellte sich, in Übereinstimmung mit einer Weisung des Papstes, rückhaltlos auf die Seite des Reiches. (Auch die Papstnote birgt, nebenbei gesagt, keine deutschunfreundliche Absicht in sich; die Vertrauensmänner des Herrn v. Bethmann Hollweg hatten dem Papst die Lage in Deutschland damals in einer Weise geschildert, die ihm den Vorschlag eines Verständigungsfriedens als Hilfeleistung für Deutschland, nicht für den Vielverband, erscheinen ließ. Erzberger glaubte seiner Behauptung nach ja auch, das Reich durch die Verzichtentschließung „retten" zu müssen.) Erst als Bethmanns Spiel mit Erzberger und Erzbergers Spiel mit Bethmann, wie man es nehmen will, und beider Spiel gegen die deutsche Zukunft begann, tat sich die alte Kluft wieder auf, und die bange Frage drängte sich wieder auf die Lippen vieler guter Katholiken, ob die katholische Weltanschauung in ihrer Übertragung auf die Politik sich in Einklang bringen lasse mit bewußtem Deutschtum. In Österreich sind die entschiedensten Verfechter des Deutschtums die Männer der Los-von-Rom-Bewegung; sie waren bis vor wenigen Jahrzehnten fromme Anhänger der katholischen Weltanschauung; sie haben schließlich keinen andern Weg mehr gewußt, sich als Deutsche zu bekennen, als indem sie sich von dem Bekenntnis zu Rom lossagten. Täuscht Graf Hertling die Erwartungen, dann hat der Ultramontanismus seine ernsteste Prüfung im Reich nicht bestanden; entweder ist dann er oder das Deutsche Reich erledigt. Deutschtum und Ultramontanismus werden endgültig voneinander geschieden sein, und mancher wird den Unterschied zwischen Ultramontanismus und Katholizismus nicht mehr zu finden wissen.

Graf Hertling ist geborener Hesse, gilt aber als Angehöriger Bayerns, das jedenfalls sein politisches Schulungsland ist. Unter Bethmann Hollweg, der immer von Einigkeit redete und alles auseinander regierte, ist auch die Mainlinie wieder schärfer hervorgetreten. Es gab im Kriege eine Zeit, in der die Augen der besten Deutschen auch des Nordens hoffnungsfreudig auf München gerichtet waren. Hätte Graf Hertling den Augenblick begriffen, dann wäre Bayern für den Krieg der in Wahrheit leitende Bundesstaat Deutschlands geworden; die Herzen und die Verehrung aller Deutschen hätte Graf Hertling seinem König gewinnen können; ja, mehr noch; vermutlich wäre Bayerns König und seinem Ministerpräsidenten die Rolle im Völkerrat zugefallen, die nachher Graf Czernin seinem Kaiser und sich zu verschaffen wußte. Aber Graf Hertling stützte das System Bethmann, und Bayern sank in seine alte Stellung zurück. Nun ist Graf Hertling Kanzler des Deutschens Reiches. Ganz Deutschland erblickt in ihm den Bayern. Man wird Bayern und mit ihm den Süden endgültig als den Teil Deutschlands ansehen, der in das deutsche Wesen die lebensaufheiternde und künstlerische Note bringt, während die ernsteren staatserhaltenden Aufgaben dem Norden zugewiesen werden müssen,

wenn Graf Hertling an der Spitze des Deutschen Reiches nicht sehr viel Hervorragenderes leistet als an der Spitze Bayerns.

Graf Hertling hat sich selbst als überzeugten Monarchisten bezeichnet. An den Wurzeln der Monarchien Deutschlands nagen zahlreiche und emsige Kräfte, die auf der einen Seite die Massen, auf der andern Seite das bewegliche Kapital hinter sich haben. Ihre Macht wurde durch die Politik des Herrn v. Bethmann Hollweg planmäßig gestärkt. Herr v. Bethmann hat sich für seine Politik eine eigenartige Deckung geschaffen. Wenn künftige Geschichtschreiber nach Freigabe der politischen Erörterungen in den Schränken der Zeitungs- und Buchverlage stöbern, werden sie darin massenhaft Zensurverfügungen vorfinden, denen zufolge die Politik des Kanzlers lediglich eine Ausführung der Weisungen des Kaisers sei und sich deshalb der Kritik entziehe. In diesen amtlichen, von hohen Offizieren Seiner Majestät gezeichneten Erlassen wird also die Verantwortung für alle etwaigen Fehlgriffe des Herrn v. Bethmann Hollweg und seiner Nachfolger — auch unter Graf Hertling bestehen diese Verfügungen weiter — dem Monarchen aufgebürdet. Falls Fehlgriffe vorgekommen sein sollten, wird es Leute geben, die diese amtlichen Beweisstücke auszunutzen wissen werden.

Hatte sich Herr v. Bethmann Hollweg auf diese Weise gegenüber dem deutschen Volke gedeckt, so verstand er es, sich gegenüber dem Kaiser zu decken, indem er seine Politik als den Wünschen der Mehrheit des Volkes entsprechend hinstellte. Der Amtsantritt des Grafen Hertling geschah unter Umständen, die ebenfalls auf ein starkes Deckungsbedürfnis schließen lassen; es können hier aber auch sachliche Beweggründe vorliegen. Zu der angeblichen Mehrheit, deren Wohlverhalten er sich sichern zu müssen glaubte, zählen alle grundsätzlichen Gegner der Monarchie; die stärksten Stützen des monarchischen Gedankens sind auf der andern Seite. Bethmanns Anschauungen mußten aus innern Gründen zu einer Schwächung der Krone führen; Graf Hertling glaubt wohl, unter den gegebenen Umständen seinem kaiserlichen Herrn durch freundliches Übereinkommen mit den Gegnern zunächst besser dienen zu können als durch entschiedenes Eintreten für die kaiserliche Autorität. Der Versuch ist gewagt, kann aber gelingen, wenn die Frucht dieser Politik ein starker, deutscher Friede ist. Dann wird jeder Deutsche und jeder Ausländer diesen Frieden als ein Werk des Kaisers, seines Kanzlers und der Bundesfürsten erkennen, und keinem Urteilsfähigen wird es einfallen, den Herrn Scheidemann, Cohn und Erzberger ein Verdienst daran zuzuschreiben. Umgekehrt wird aber auch die volle Verantwortung für alle Folgen eines schlechten oder auch nur mittelmäßigen Friedens auf die Krone und den Kanzler fallen; keine „Zuziehung" von Reichstagsausschüssen u. dgl. wird daran etwas ändern. Dann werden die Gefahren für den Thron, mit deren phantasievoller Ausmalung Herr Erzberger seinen eigenen Erzählungen gemäß an sehr hohen Stellen Eindruck erweckt haben will, in Wirklichkeit eintreten, nicht, wie es Erzberger behauptete, als Folge der Ablehnung, sondern als Folge der Annahme jeglicher Art ganzen oder halben Verzichtfriedens. Die Geschichte des Jesuitenordens und seines Einflusses auf den Bestand von Monarchien würde zu unangenehmen Parallelen herausfordern, wenn Graf Hertlings Friede nicht recht vieles wieder einholt, was an der Krone schon versäumt worden ist. Ein mittelmäßiger Friede genügt dazu jetzt nicht mehr.

Graf Hertling hat bei der gegenwärtigen militärischen und ethnographischen Lage voraussichtlich nur mehr die Wahl zwischen einem mittelmäßigen Vergleichsfrieden und einem starken Frieden; das Kunststück, einen Frieden zu schließen, wie

sich ihn Liebknecht und Scheidemann, Wolff und Stein wünschen, dürfte nicht einmal Kühlmann mehr fertigbringen; das erlauben ihm die äußeren Verhältnisse und unsere Feinde nicht mehr. Die Leute vom „Vorwärts" und vom „Berliner Tageblatt" werden den geschlossenen Frieden, wie er auch ausfallen mag, unter keinen Umständen als ihren Frieden anerkennen und jede Mitverantwortung für ihn ablehnen. Der mittelmäßige Vergleichsfrieden wird die Folgen eines Verzichtfriedens in gemildertem Maße aufweisen; ausbleiben aber wird kein einziger der Nachteile, die sich an den reinen Verzichtfrieden anschließen würden. Für diese gemilderten Nachteile, die noch vollauf für antimonarchische Bewegungen genügen werden, werden sich aber weder die Freunde des Verzichtfriedens noch die Freunde des starken Friedens verantwortlich fühlen, und die Halb und Halben, die überhaupt nie wissen, was sie wollen, und daher auch nie beim Wort genommen werden können, erst recht nicht. Die Folgen auch eines mittelmäßigen Friedens werden daher ebenfalls ausschließlich der Krone und dem Kanzler aufgebürdet werden. Lediglich die Freunde eines starken Friedens haben bestimmte Forderungen aufgestellt und können sich der Mitverantwortung im Fall ihrer Erfüllung nicht entziehen. Will Graf Hertling die Krone und sich von der ganzen Verantwortung entlasten, so kann ihm dazu immer nur der Abschluß eines starken Friedens verhelfen, bei dem er ja in Wirklichkeit auch die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hätte.

Die Kriegsziele dieser wirklichen Mehrheit wurden zuerst niedergelegt von dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt Claß[1]); was an politischen Köpfen in Deutschland vorhanden ist, hat sie sich — man möchte beinahe sagen: trotzdem — zu eigen gemacht. Es sind nämlich die naturnotwendigen Vorbedingungen eines Dauerfriedens. Man konnte zu Beginn des Krieges im Zweifel sein, ob sie militärisch erreichbar seien; was nicht erreicht wurde, mußte dann eben früher oder später zum Gegenstand einer neuen kriegerischen Entscheidung werden; der erzwungene wie der freiwillige Verzicht wären auf eine Verkürzung der Friedensdauer hinausgelaufen. Die Ziele sind aufgestellt auf Grund der nämlichen politischen, geschichtlichen und völkerkundlichen Erwägungen, welche den Alldeutschen den jetzigen Weltkrieg bis in Einzelheiten hinein mit Sicherheit vorauszusagen erlaubten, zur gleichen Zeit, als Herr Kühlmann in London das Plehnsche Buch „Weltpolitik ohne Krieg" mit seinem angeborenen staatsmännischen Geist befruchtete, und Herr v. Bethmann durch seinen Legationsrat Riezler der Welt verkünden ließ, Kriege zwischen Großmächten seien ein überwundener Standpunkt.

Über die militärische Erreichung dieser Ziele kann jetzt ein Zweifel nicht mehr bestehen; unsere Feinde haben uns trotz heftigen Widerstrebens unserer Diplomatie Schritt für Schritt dazu gezwungen und fahren darin fort. Wer die Annahme der gebrachten Entscheidungen verweigert, der läßt vollendete Lösungen wieder zu Fragen werden, die dann unerbittlich über kurz oder lang von neuem zur kriegerischen Entscheidung drängen werden. Jedes Eingehen in den baltischen, polnischen, belgischen und französischen Grenzfragen auf die Wünsche unserer Verzichtler bedeutet nichts weiter als das Ziehen eines Wechsels auf einen neuen Krieg, der mit derselben Naturnotwendigkeit eines Tages eingelöst werden muß, wie die Sünden unserer Diplomatie der letzten 25 Jahre mit dem Blut der Jahre 1914—1918 bezahlt werden mußten. Unsere Forderungen sind die natürlichen, aus der wirklichen Lage

[1]) Heinrich Claß: Zum deutschen Kriegsziel. J. F. Lehmanns Verlag, München. 1 Mark.

sich ergebenden Mindestforderungen; was daran nicht erfüllt wird, wird, um es nochmals zu sagen, Anlaß zu neuen Kriegen geben. Naturnotwendigkeiten lassen sich nun einmal von Stacheltheoretikern, Quallentaktikern und Völkerverbrüderungsphantasten nicht über den Haufen werfen; nur vollendete politische Hanswurste vermögen zu glauben, Kriege würden durch Kriegshetzer verursacht und durch Pazifisten verhindert. Die meisten Pazifisten glauben das auch nicht, sondern gleichen jenen Sendboten des Christentums, welche christliche Nächstenliebe, Demut und Duldsamkeit mit Feuer und Schwert, Galgen und Scheiterhaufen unter den Völkern verbreiteten, um dann ihren eigenen Machtgelüsten frönen zu können. Siehe z. B. Wilson und seinen Anhang!

Im Osten sind die militärischen Vorbedingungen zur Erfüllung unserer Forderungen bereits erreicht; im Westen werden sie es durch Hindenburgs Schwert und Tirpitzens U-Boote in Bälde sein. Remis gibt es nicht, hat Ludendorff erklärt. Den Sieger an der restlosen Ausnutzung des Sieges zu hindern, haben nur Feinde und solche Dritte Grund, die von der Schwächung des Siegers Vorteile für sich erwarten. Graf Hertlings Stellung ist schwieriger als die jeden andern Kanzlers. Bei Bethmann hätte man den Abschluß eines mittelmäßigen Friedens seiner Unfähigkeit, bei Michaelis dem Mangel an Widerstandskraft zugeschrieben. Hinter Hertling würde man den „Dritten" suchen.

Graf Hertling ist Katholik, Zentrumsmann und Süddeutscher. Es war taktisch nicht klug von ihm, Kühlmann, den Katholiken, Czerninfreund und Süddeutschen, an seiner Seite zu behalten. Er belastet die Wagschale, auf der Hertling eine Erleichterung bräuchte.

In Berlin kam in die süddeutsche, ultramontane und katholische Umwelt, in der Graf Hertling bis dahin waltete, nur ein neuer Zug hinein, der jüdisch-händlerische. Dieser nutzt ihm auch nichts; er hat Entlastung von der deutschnationalen Seite her nötig. Schon der Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hatte einen starken Beigeschmack von Händlerwünschen und Händlerempfindungen. Die Engländer werden bei uns gern ein Krämervolk genannt; englische Staatsmänner in unserer Lage hätten sicher nicht so offenherzig ihre „wirtschaftlichen" Sehnsüchte in den Vordergrund geschoben, wie es in Brest-Litowsk von deutscher Seite aus geschah. Auf die wirklichen Absichten und den Willen des Grafen Hertling lassen sich zurzeit noch keine bindenden Schlüsse ziehen. Was bei Herrn v. Bethmann aufrichtig gemeinte Unfähigkeit war und von seinen Anhängern nicht selten irrtümlicherweise für kluge Diplomatie gehalten wurde, kann bei dem vatikanisch geschulten Grafen tatsächlich Diplomatie sein. Aber es ist eine gefährliche Sache, wenn man einen löblichen Willen hat, dessen Ausführung ausschließlich Männern eines Systems anzuvertrauen, das nur im Versagen unbedingt verläßlich ist. Eines Systems, das sich in Händlertaktiken und -praktiken erschöpft und niemals darüber hinauskommt. Nicht einmal im Händlerisch-Wirtschaftlichen haben die Herren in Litauisch-Brest bis jetzt damit Erfolge erzielt. Erfolgreiche Weltpolitik läßt sich damit überhaupt nicht treiben; das sollte 25jährige Erfahrung auch den Blinden gelehrt haben. Staatspolitisch ist der händlerische Unterhändler dem unerfahrensten Gegenspieler unterlegen, wenn in der Seele desselben eigenes oder angeeignetes völkisches Selbstbewußtsein wohnt. Mit Scheinerfolgen und Kulissenmätzchen, mit denen sich das B.-System vor dem Kriege von Jahr zu Jahr fortgefrettet hat, wird sich aber nach dem Kriege nicht mehr arbeiten lassen. Graf Hertling täte gut, seine Karten neu zu mischen; mit den alten ging noch jedes Spiel verloren.

# „Deutsche Bühnenpolitik."

Zu dem Aufsatz „Deutsche Bühnenpolitik" von Dr. C. Chr. Bry (Jahrg. I, Heft 8, Seite 737) schrieb uns ein Freund unserer Zeitschrift, Herr Dr. E. Petzet, München:

„In dem gedankenreichen und wertvollen Aufsatz über „Deutsche Bühnenpolitik" im Novemberheft begegnete ich zu meinem lebhaften Bedauern einem Mißverständnis, das, wiewohl es in erster Linie nur eine Person betrifft, doch durch deren grundirrtümliche Charakterisierung auch die sachlichen Ausführungen in ein schiefes Licht bringt. Der auf S. 739 als vordringlicher Regisseurvirtuose, dem der Dichter und die Dichtung nichts gibt, gekennzeichnete Dr. Eugen Kilian wäre ganz im Gegenteil als Muster eines Dramaturgen und Spielleiters anzuführen und zu rühmen, der sich ganz in den Dienst der Dichtung und des Dichters stellt und wie alle Vordringlichkeiten des Schauspielers so vor allem jegliches Vordrängen des Regisseurs unermüdlich und folgerichtig bekämpft. Gerade dadurch hat er sich so viele Feinde zugezogen, daß er auf Reinlichkeit und Gewissenhaftigkeit der Kunstübung unerbittlich drang, wo andere seiner Kollegen dem Erfolg nachlaufen, und die hohe literarische Bildung, die ihn auszeichnet, hat ihm bei mißgünstigen Theaterleuten das Stigma des „lateinischen Regisseurs" eingetragen. Umgekehrt hat ihm seine Tätigkeit in Karlsruhe und in München, gerade weil sie ganz dem Dienste der Dichtung und nicht der Theatereitelkeit gewidmet war, viele ernste Freunde und Bewunderer gewonnen, und ein rühmliches Zeugnis dessen ist soeben zu seinem 25jährigen Bühnenjubiläum in einem stattlichen Bande erschienen: „Eugen Kilian als künstlerische Persönlichkeit, Regisseur, Schriftsteller und Dramaturg" (München 1918, Gg. Müller, Verlag). Aus den 34 Beiträgen dieses Buches, die auf jeder Seite fast das Gegenteil von dem bezeugen, was durch eine unbegreifliche Irreführung Herr Bry S. 739 über Kilian ausführt, sei beispielsweise nur auf den über „die Aufgabe des Theaters im Neuen Deutschland" von Ernst Traumann oder den „Regisseur als Erzieher" von Hans Lebede, vor allem aber auf die Gesamtwürdigungen von Kilians Wirken in Karlsruhe und in München verwiesen, aus denen sich ein sachlich begründetes Urteil gewinnen läßt. Der von Bry angezogene Aufsatz Kilians in der „Woche" kann nur bei Unkenntnis von Kilians reicher, für die Erkenntnis unserer Dramatiker sehr wertvoller sonstiger literarischer Tätigkeit zu so bedauerlichem Mißverständnis führen. Nicht leicht ein anderer Spielleiter unserer Zeit hat für ein tieferes Verständnis und reine Bühnenwirkung Shakespeares, Schillers, Goethes, Kleists, Hebbels so viel geleistet in hingebendem Eindringen in ihre Werke und gewissenhafter, selbstloser praktischer und theoretischer Arbeit wie gerade Kilian. Seine Abhandlungen über Goethes Götz und Schillers Wallenstein, über Faust und Shakespeare predigen alle, daß das Theater „eine dienende Kunst" ist, die eine möglichst stilgerechte Wiedergabe der Dichtung, nicht aber das Glänzen eines Spielleiters oder Schauspielers zum Ziel haben muß. Es ist also ein Gebot der Gerechtigkeit, das so irrig verzeichnete Bild eines hervorragenden Künstlers richtigzustellen, nicht nur um ihm eine persönliche Genugtuung zu geben, sondern auch um der Sache willen, weil gerade er zum wirksamen Mitkämpfer auf den von Bry gewiesenen Wegen den inneren Beruf hätte.

Ich darf daher vielleicht hoffen, daß Sie den vorstehenden Zeilen den Abdruck in Ihrer geschätzten Zeitschrift gewähren, zumal wohl auch Herr Bry gerne eine Berichtigung aufnehmen wird, die ihm eine Künstlerpersönlichkeit näherbringen möchte, wie wir sie gerade in seinem Sinne brauchen."

Herr Dr. Bry äußerte sich zu diesen Ausführungen folgendermaßen:

„Mit Herrn Dr. Petzet bin ich darin einig, daß in der Tat Eugen Kilian alles andere, als ein „vordringlicher Regisseur-Virtuose" ist. Von 1911 bis 1914 habe ich seine Tätigkeit

an der Münchner Hofbühne verfolgen können, habe nicht alles, aber doch die wertvollen und lehrreichen „Dramaturgischen Blätter" von ihm gelesen und ihn auch ein- oder zweimal im kleinen Kreise über dramatische und szenische Fragen sprechen hören. Auch wo mir Kilian, wie in der Faustinszenierung von 1914, fehlzugreifen schien, hatte ich den Eindruck einer Reinlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Hingabe, die auf unseren Bühnen nicht häufig sind. Ihn mit den Berliner Betriebsmachern in Zusammenhang zu bringen, wäre mir nicht eingefallen — ohne den Aufsatz in Nr. 29 der „Woche".

Nur von diesem ging ich aus; eine Gesamtwürdigung des Kilianschen Schaffens lag außerhalb meiner Absicht und Aufgabe. Im Einleitungssatz zur angezogenen Stelle habe ich angegeben, was mir gerade dieses Beispiel, statt aller andern, bezeichnend erscheinen ließ; es war die grundsätzliche Wertschätzung, die ich Kilian entgegenbringe. Wenn schon Kilian von der „Kunst" des Regisseurs und der „Leistung" des Schauspielers sprach, war es den Reinhardtdramaturgen übelzunehmen, daß sie ihren „Meister" als Halbgott feiern? Wenn schon in der „Woche" ein Aufsatz erscheinen konnte, der die Interna des Bühnenbetriebes als öffentliche Angelegenheiten behandelte, war es dann so unnatürlich, daß z. B. die „Elegante Welt" ihren Lesern beinahe in jedem Heft Bühnentratsch übelster Art auftischen darf? Wenn ein Mann wie Kilian einen Aufsatz über betriebstechnische Fragen schreiben konnte, ohne dabei den Sinn und Zweck der Technik, den Inhalt des Theaters, mit einem Wort zu erwähnen, welcher Vorwurf konnte dann die treffen, die im Theater tatsächlich einen Selbstzweck sehen? Wenn selbst Kilian die oberste Führerschaft des Regisseurs, die „bedingungslose Vereinigung der gesamten Gewalt" in der Hand des Spielleiters forderte, ohne dabei zu erwähnen, daß diese Macht in gerade entgegengesetzter Absicht angewandt werden müsse, als sie heute angewandt wird, so war damit das Verfahren der heutigen Berliner Bühnen und ihrer Leiter glänzend gerechtfertigt. Wer meine Ausführungen über das Theater Berlins auch nur durchflogen hat, wird begreifen, daß mich diese Gefahr zu lebhaftem Widerspruch aufrufen mußte, um so mehr, da die ruhige Art Kilians den Laien kaum ahnen läßt, welche entscheidenden Fragen hinter jedem Wort stehen. Zweifellos sind die Schlußsätze der von Herrn Dr. Petzet angezogenen Stelle insofern irreführend, als sie über den Einzelfall hinausgehen und Kilians sonstige in anderer Richtung verlaufende Tätigkeit unberücksichtigt lassen, und gern habe ich die Gelegenheit benutzt, um zu berichtigen, darf aber zu meiner Entschuldigung sagen, daß auch Kilian selbst in „Schauspieler und Spielleiter" von seiner Grundanschauung recht weit abgewichen ist.

Herr Dr. Petzet geht auf Kilians Aufsatz nicht ein. Wir werden, denke ich, einander nahekommen, wenn ich zugebe, daß es schlechterhings nicht angeht und auch meine Absicht nicht war, wegen einer einzigen Arbeit einen Mann wie Kilian persönlich herabzusetzen — und wenn anderseits Herr Dr. Petzet einräumt, daß der Aufsatz aus der „Woche" nicht eben geeignet war, die Sache der deutschen Bühne und der deutschen Dichtung zu fördern, der wir doch alle dienen wollen."

Wir haben beide Briefe um so lieber wiedergegeben, als es auch uns selbstverständlich darum zu tun ist, einer künstlerischen Persönlichkeit, wie Herrn Kilian, nach Möglichkeit gerecht zu werden, möchten damit aber die Aussprache schließen. Die Schriftl.

# Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. Januar 1918.)

## Unter der Parlamentsherrschaft.

Wir werden im Reiche parlamentarisch regiert. Der Fluch der allsüdischen Presse würde jeden zerschmettern, der es zu bezweifeln wagte. Die Krone darf also niemand zum leitenden Beamten ernennen, der sich mit der Reichstagsmehrheit und ihrem Programm nicht zu befreunden weiß. Ein fabelhafter Erfolg der zielbewußten Demokratie!

Herr Helfferich, dessen mannhafteste Tat bisher vielleicht das rückwärtige Lüften der Rockschösse im Reichstag war, erfreut sich bei besagter Reichstagsmehrheit der denkbar größten Unbeliebtheit und mußte daher beim letzten Kanzlerwechsel ohne viel Federlesens aus seinem Amte weichen. Ihm, dem ehemaligen Direktor der Deutschen Bank und Hauptvertreter der Bankpolitik (vgl. den Aufsatz von Silesius in Heft 5 Jahrg. I) überträgt der offizielle Schöpfer der Parlamentsherrschaft, Reichskanzler Graf v. Hertling, den an Wichtigkeit kaum zu überbietenden Posten, dem die maßgebenden Arbeiten für die wirtschaftliche Vorbereitung des Friedensschlusses anvertraut sind. Die Zeitungen verkünden den Vorgang in aller Biederkeit. Die Reichstagsmehrheit ist anscheinend von neurasthenischer Vergeßlichkeit, oder man hat sie durch Zugeständnisse mit der Person des Herrn Helfferich versöhnt. — Diese Tatsachen werden hier nur rein sachlich festgestellt. Die beteiligten Instanzen dürften einander wert sein. Da wir mit Maßstäben messen, die seit Bismarck im politischen Leben Deutschlands verschollen und verfemt sind, ist diese Tatsachenfeststellung das einzige, was uns augenblicklich zu tun übrig bleibt. Eine Wirkung auf die maßgebenden Stellen ist so lange ausgeschlossen, so lange man dort beliebt, andere Maßstäbe für deutsch und richtig zu halten. Es kann daher im Grunde gleich sein, ob Herr Helfferich oder irgend ein anderer Großbanken-Kandidat den angestrebten Großbanken-Frieden mit Bernstorff oder Kühlmann vorbereitet. Warum soll nicht auch der längst verabschiedete und seinerzeit als ganz verbraucht gemeldete Staatssekretär Delbrück aus der Versenkung wieder hervorgeholt werden? Er wollte ja schon im Herbst 1914 Frieden schließen. Da ist es nur recht und billig, daß er jetzt dafür belohnt wird, daß er seine Ungeduld solange gezügelt hat. Und wenn Delbrück auftaucht, — warum nicht endlich auch Bethmann?

Ja, man könnte sogar annehmen, daß am Ende Bismarck noch irgendeine bescheidene Verwendung bei den Vorarbeiten zum Friedensschluß finden würde, wenn er das Glück — oder Pech — hätte, noch zu leben! — Es fragt sich allerdings, ob selbst ein Hertling ihn gegenüber der Reichstagsmehrheit zu halten vermöchte. Er war doch so sehr eigenwillig und eigentlich gar kein Verehrer der jetzt mitregierenden, durch politische Voraussicht ihn selbstverständlich weit überragenden Mehrheitsparteien! Überdies käme es ja auch sehr darauf an, wie er sich zu den Wünschen der Großbanken stellen würde. Endlich hätte eine noch nicht ganz ausgeschaltete Stelle, das Zivilkabinett, mitzusprechen, dem die Helfferiche immer lieber waren als die Bismarcks. Aber immerhin würde es ihm sicher Freude machen, nach den auf seinen Abgang folgenden ungezählten Irrungen, Katastrophen und Blutopfern unerhörten Umfanges, die er selbstverständlich nie vorausgesagt hat, den Faden unserer Politik in Rußland just da wieder anknüpfen zu können, wo ihn sein Nachfolger Caprivi (?) zerrissen hat. Und wenn er sich gelehrig zeigte, würde

man ihm vielleicht in der inneren Politik kleinere Aufgaben überweisen, falls man auch da ein Hinauf- und Vorwärtslenken auf den Boden der Wirklichkeit anstreben sollte.

Dazu bestehen allerdings unter der gegenwärtigen Parlamentsherrschaft noch wenig Aussichten.

## Auftakt zu Litauisch-Brest.

Da wir also endgültig parlamentarisch regiert werden, wußte das deutsche Volk die längste Zeit so gut wie gar nichts über die Kriegsziele seiner parlamentarischen Regierung. Es mußte ihm genügen, daß hinter verschlossenen Türen einige Parteiführer eingeweiht wurden, die dann ihrerseits ebenfalls hinter verschlossenen Türen in geheimen Parteikonventikeln sich mit Indiskretionen wichtig machen konnten. Auf diesem echt „demokratischen" Wege sickerte ab und zu etwas in der Parteipresse durch. Um so offenherziger konnte man darum unseren Feinden gegenüber sein. Gelegentlich der Erörterung über das rätselhafte, durch die russischen Geheimdokumente enthüllte Friedensangebot, das mit dem Kronrat im September zusammenhing, stellte der „Vorwärts" (Nr. 343) fest:

„Daß die deutsche Regierung zur Wiederherstellung der belgischen Selbständigkeit bereit ist, wissen seit Jahr und Tag alle, die die Wege der deutschen Regierungspolitik verfolgt haben, auch die englische Regierung weiß es!"

Bei seinen nahen Beziehungen zur Regierung glauben wir dem „Vorwärts" in dieser Beziehung aufs Wort, — wenn wir uns auch mit allen Fasern unseres Herzens gegen den Inhalt der Botschaft sträuben. Ihr zufolge hat man also im Regierungsschoße schon lange den mit deutschem Blut bis zum Übermaß durchtränkten belgischen Boden, die Grundlage unserer künftigen See-Weltgeltung, das alte Sprungbrett Englands-Frankreichs auf unsere Westgrenze und unsere Schwerindustrie, ruhigen Herzens preisgegeben! Nur gut, daß die russischen Revolutionäre die Freundlichkeit hatten, das deutsche Volk — „beiläufig" sagt der Österreicher — hierauf aufmerksam zu machen. Als Auftakt für Litauisch-Brest erscheint es wichtig, dies im Auge zu behalten.

## Die Zustimmung der Parteiführer.

Am 17. Dezember 1917 begann dann der zwischen den bevollmächtigten Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits, Rußlands anderseits bis zum 14. Januar 1918 abgeschlossene Waffenstillstand. Er brachte die Zurückziehung der türkischen und russischen Truppen aus Persien und leitete die Regelung des Austauschs von Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen ein. Fraglos begann damit eine Phase des Krieges von höchster weltgeschichtlicher Bedeutung.

Am 22. Dezember 1917 eröffnete Staatssekretär v. Kühlmann zu Litauisch-Brest die Friedensverhandlungen. Zuvor hatte er noch in Berlin die Parteihäupter um sich versammelt, um die Richtlinien anzudeuten, nach denen er bei den Verhandlungen vorzugehen beabsichtigte. Die von Bismarck so scharf gerügte Gleichgültigkeit der Minister gegen die sachliche Seite der Geschäfte, die zutage zu treten pflegte, sobald sie formal durch die Unterschrift des Kaisers gedeckt waren, scheint nun die Form anzunehmen, daß die Herren die Anforderungen, die man an einen Staatsmann stellen muß, erfüllt zu haben wähnen, wenn sie sich die allgemeine Zustimmung

der Parteiführer zu allgemein gehaltenen „Richtlinien" irgendwie geschickt erredet haben. Von irgendeiner verfassungsgemäßen Verantwortung, — von irgendeiner Stelle, welche die Verantwortung zu tragen bereit wäre, ist nirgends mehr die Rede. Wieder ein fabelhafter Erfolg der zielbewußten Demokratie! An wen soll aber das parlamentarisch regierte Volk sich halten, wenn der Erfolg einer solchen Politik fernbleibt? Man erfährt ja nur, daß „die Parteiführer" sich einverstanden erklärt hätten. Sie sind kein verfassungsmäßiges Organ, über das jemand Befugnisse zustehen. Man sieht: das parlamentarische Regiment bedeutet nicht Freiheit und Herrschaft des Volkswillens, sondern eine angenehme Rückversicherung, die Bureaukratie und Parteiführer zur gegenseitigen Deckung abgeschlossen haben. Über die Beweggründe, welche beide Teile zu ihrer Haltung bestimmen, verlautet wenig oder nichts. Ihre Prüfung ist dem Volke entzogen. Die automatisch arbeitende Parteipresse hat nur die Aufgabe, ganz allgemein, je nach Bedarf, die Menge umzustimmen und zu gängeln. Die so oft gerade von den Parlamentariern geschmähte sogenannte Geheimniskrämerei und Geheimdiplomatie der alten Regierungen wird also bei weitem durch das verantwortungslose Dunkel übertroffen, in das sich die Parlamentsherrschaft hüllt. Es ist genau so, wie wir es vorausgesagt haben. — Ausdrücklich festgestellt sei, daß sich Graf Westarp mit den Kühlmannschen Richtlinien für den Friedensschluß nicht einverstanden erklärt hat.

## Der Vergleich mit 1866.

Gerne wird nun darauf hingewiesen, daß wir uns Rußland gegenüber in einer ähnlichen Lage befänden, wie im Jahre 1866 der Sieger Preußen gegenüber seinem Rivalen Österreich-Ungarn. Aber: „Die Politik ist kein Baukasten" sagte neulich der „Vorwärts", wenn schon gerade er für gewöhnlich mit theoretischen Klötzchen zu spielen liebt. Man darf niemals vergessen, daß nur unselbständige Dilettanten und Stümper nach einem Schema arbeiten. Vollends in der Politik liegt jeder Fall anders und kann nur aus sich heraus verstanden und gelöst werden. Selbstverständlich wird diese Lösung durch die Beachtung geschichtlicher Wahrheiten gefördert. Davon abgesehen zeigt die nähere Betrachtung, daß die Macht Preußen 1866 ganz allein in der Welt stand und mit einem Angriff von seiten Frankreichs rechnen mußte, der seinen Sieg in Frage gestellt hätte. Deshalb war es klug, sofort den Gegner durch weise Mäßigung zum Bundesgenossen zu gewinnen, bevor sich ein Dritter einmischte. Vor allen Dingen aber handelte es sich um ein Brudervolk, dessen dauernde Verfeindung ganz und gar nicht im Interesse des Gesamtdeutschtums lag. Demgegenüber hat der Weltkrieg erwiesen, daß die Mächtevereinigung Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien in der Lage ist, einer ganzen Welt von Feinden dauernd standzuhalten; so daß eine Wiederholung des Überfalls auf uns in gleichem Umfange und von dem gleichen Verbande nur dann zu befürchten wäre, wenn wir in völliger Verkennung der gegnerischen Volkscharaktere, etwa durch kindliche Übertragung unserer eigenen Passivität auf sie, beim Friedensschluß durch unverzeihliche Schwäche und unverantwortliche Selbstverleugnung den feindlichen Machthunger geradezu belohnten und wieder herausforderten. — Im Westen können wir nicht nur standhalten, sondern auch dort und im Süden vorgehen, ganz gleich, ob und wann wir im Osten Frieden haben. Störungen treffen also nicht uns, sondern Rußland. Unsere ganze Lage ist Rußland gegenüber unvergleichlich viel günstiger als die Preußens 1866 dem Habsburgerreiche gegenüber.

Nun wird darauf hingewiesen, daß es angesichts der Bestrebungen unserer Feinde, uns auch nach dem Kriege wirtschaftlich zu erdrosseln und vom Weltmarkte abzuschneiden, ein Gebot der Selbsterhaltung sei, sich mit Rußland auf so guten Fuß zu stellen, daß es uns einen Ersatz für alle über See ausfallenden Absatzgebiete darstellte, und zwar müßte man dies tun, bevor die Entente irgendwie auf den Gang der Dinge gegenteiligen Einfluß nehmen könnte. Wäre dies wirklich unumgänglich nötig, so wäre es außerordentlich dumm, ja geradezu verräterisch, es den Gegner wissen zu lassen. Es ist aber gar nicht so dringend nötig, wie uns die fanatischen Deutschenfreunde der russischen Revolutionäre einreden möchten. Tatsache ist, daß Rußland uns wirtschaftlich viel nötiger braucht als umgekehrt. Seine in jeder Beziehung vorgeschrittene Zerrüttung schreit nach rascher Hilfe aller Art. Da sein Heer uns gegenüber in absehbarer Zeit schwerlich wieder zu bedrohlicher Einheit und Stärke zusammenwachsen wird, hat die Entente kein Interesse und keine Neigung mehr, noch namhafte Summen zu seiner Gesundung den nutz- und erfolglos verpulverten Kriegsmilliarden folgen zu lassen. England hätte nichts dagegen, wenn Frankreich durch den Staatsbankrott in Rußland alle geliehenen Kapitalien einbüßte. Der Umstand, daß man die Schulden auf diese Weise gut los wäre, und die Furcht vor einer weiteren Ausraubung und Mißbrauchung durch die bisherigen Freunde, gestaltet das Verhalten Rußlands zu der Entente schwierig und undurchsichtig. Wir aber sind die Sieger und jederzeit im Stande, unsere Siegesbeute nicht nur festzuhalten, sondern auch noch wesentlich auf Rußlands Kosten zu vergrößern. Wir haben mit dem besetzten Gebiet ein Pfand in der Hand, das uns auf Jahre hinaus einen erklecklichen russischen Tribut sichern könnte. Endlich ist auf die Tatsache hinzuweisen, daß Rußland ohne die Ukraine wirtschaftlich nicht gut lebensfähig ist, da diese das Hauptgetreideland sowie die Lagerstätte der unentbehrlichsten Mineralien für das ganze Riesenreich ist. Eine geschickte Abtrennung und entgegenkommende Behandlung der Ukraine, die wir augenscheinlich bisher unterlassen haben, würde automatisch auf die Stellung von Rußland zu uns einwirken. Unter solchen Umständen wäre es doch erstaunlich, wenn unsere Diplomaten, falls sie nicht lediglich Großbankenpolitik treiben, nicht auf jeden Fall und unter allen Bedingungen ein Wirtschaftsabkommen nach Hause brächten, das unseren Bedürfnissen voll gerecht wird, und uns daneben noch die nötigen Grenzsicherungen verschafften. — Es ist demnach einleuchtend, daß ein Vergleich mit 1866 in jeder Beziehung unangebracht und töricht ist.

### Undeutsche Unnatürlichkeiten.

Nichtsdestotrotz ging man schon vor Einsetzen der Verhandlungen, wie nicht anders zu erwarten war, in den Kreisen der Reichstagsmehrheit emsig mit diesem Vergleich krebsen, um zu verhüten, daß Deutschland ein, von gewissen Parteigesichtspunkten aus gesehen, unerwünschter Machtzuwachs in den Schoß fiele, der es für die ausgestandenen Mühen und dargebrachten Opfer in etwas entschädigen, ihm das nötige Siedelungsland geben und seine Grenzen gegen erneute Überfälle sichern würde. Es sind ja immer die gleichen Kreise bei uns, die ein in jeder Beziehung siegreiches Deutschland wie die Pest fürchten zu müssen glauben. In der Begründung dieses deutschfeindlichen Standpunktes scheint nun endlich der Gipfel des Wahnsinns erklettert zu sein, wie wir sehen werden. Ausgehend von der durch unsere Ausführung schlagend widerlegten Behauptung, daß wir um jeden Preis und so rasch wie möglich „mit Rußland zu einem dauernden, durch keinerlei Unklarheiten, Unehrlichkeiten und Mißverständnisse gefährdeten freundschaftlichen Verhältnis

missionsverlag Otto Melchers, Preis 30 Pf.) glücklich ausführt, läßt der alljüdische Gedankenkreis eine Anwendung des seinerzeit von ihm so bejubelten Schlagwortes „Freie Bahn dem Tüchtigen" in üblicher Verwendung zweierlei Maßes nur auf einzelne Personen, nicht aber auf ganze Länder, keinesfalls auf Deutschland zu. Denn, so könnte man daran anknüpfen, die Bahn wird nur für den Tüchtigen frei, wenn die Untüchtigen zurückstehen und sich ihm fügen. Daß Deutschland sich mit seinen Verbündeten in diesem Kriege mehr als tüchtig und tüchtiger als die Entente erwiesen hat, wird selbst Herr Scheidemann nicht leugnen. Trotzdem will man — wie gleichfalls Rücker feststellt im „Fetischismus für den bestehenden Zustand", den schon Lassalle verspottete, — Deutschland im Friedensschluß nicht die Bahn freimachen, sondern so eng wie möglich verbauen. Dieser perversen Neigung kommen die russischen Vorschläge in jeder Beziehung entgegen. Außerdem sind sie, wie die nähere Betrachtung ergibt, ganz vorzüglich dazu angetan, die wahren Friedensbedürfnisse, -bedingungen und -notwendigkeiten Deutschlands herauszulocken. Nimmt man dazu, daß man auf völliger Öffentlichkeit der Verhandlungen bestand, die allen unseren Gegnern Gelegenheit gab, diese nicht nur jederzeit zu verfolgen, sondern auch nach Bedarf zu stören, kommt man denn doch etwas davon ab, in den russischen führenden Revolutionären nur die unschuldigen Friedensengel zu sehen, welche die ganze Welt umarmen und beglücken wollen, — in welcher Pose sie durchweg in der alljüdischen Presse dargestellt werden.

Bestärkt wird das natürliche und gesunde Mißtrauen, das auch dem edelsten Feinde gegenüber um so mehr am Platze ist, je offensichtlicher er seine wahren Absichten hinter Verbrüderungsvorschlägen verbirgt, durch die Tatsache, daß nach der gegenseitigen Vereinbarung, den Brief- und Drucksachenverkehr wieder zu eröffnen, den deutschen Soldaten planmäßig in einer Million Stück Drucksachen in die Hand gespielt wurden, welche die deutsche Regierung unglaublich verdächtigten und ganz offen zur Revolution aufforderten! Demnach mögen sich jene hüten, die bei uns gar zu eifrig auf die Stärkung der russischen Revolutionäre um jeden Preis hinarbeiten und es für angebracht halten, unsere Unterhändler zur Ehrlichkeit zu mahnen! Es ist in Deutschland noch nicht vergessen, wie dieselben Kreise seinerzeit dem deutschen Volke geflissentlich in Presse und Theater den Gedanken der Revolution schmackhaft zu machen versuchten.

Angesichts der angeführten Tatsachen kann man leicht zu der Vermutung kommen, daß hinter den „Grundlagen" die Entente steckt. Da aber genaue Nachrichten über die inneren russischen Zustände fehlen, ist man nur auf Vermutungen angewiesen!

## Die Schritte der Mittelmächte.

Die Vertreter der deutschen Regierung waren nicht in der glücklichen Lage der militärischen Unterhändler, — abgesehen von der Frage, ob sie an und für sich geneigt und imstande wären, sich deren Geist anzueignen. Sie hatten sich seit dem Juli 1917 einer Reichstagsmehrheit verschrieben, deren Willensrichtung und Horizont durch die in dieser Zeitschrift sattsam gekennzeichneten Faktoren bedingt sind: einmal durch das biologisch unmögliche Gleichheitswahlrecht, das jeden Fremdstämmigen zur Volksvertretung berechtigt, sofern er nur deutscher Staatsbürger ist, und ferner durch die zügellose Pressefreiheit. Wem es mehr um die eigene Laufbahn als um die vaterländische Sache zu tun ist, wird es keine Beschwerden machen, sich dem diesen Faktoren entsprechenden Mehrheitshorizonte anzubequemen, und alle braven „Korkseelen", wie Johannes Scherr so schön die jeglichen Schwunges

Nun wird darauf hingewiesen, daß es angesichts der Bestrebungen unserer Feinde, uns auch nach dem Kriege wirtschaftlich zu erdrosseln und vom Weltmarkte abzuschneiden, ein Gebot der Selbsterhaltung sei, sich mit Rußland auf so guten Fuß zu stellen, daß es uns einen Ersatz für alle über See ausfallenden Absatzgebiete darstellte, und zwar müßte man dies tun, bevor die Entente irgendwie auf den Gang der Dinge gegenteiligen Einfluß nehmen könnte. Wäre dies wirklich unumgänglich nötig, so wäre es außerordentlich dumm, ja geradezu verräterisch, es den Gegner wissen zu lassen. Es ist aber gar nicht so dringend nötig, wie uns die fanatischen Deutschenfreunde der russischen Revolutionäre einreden möchten. Tatsache ist, daß Rußland uns wirtschaftlich viel nötiger braucht als umgekehrt. Seine in jeder Beziehung vorgeschrittene Zerrüttung schreit nach rascher Hilfe aller Art. Da sein Heer uns gegenüber in absehbarer Zeit schwerlich wieder zu bedrohlicher Einheit und Stärke zusammenwachsen wird, hat die Entente kein Interesse und keine Neigung mehr, noch namhafte Summen zu seiner Gesundung den nutz- und erfolglos verpulverten Kriegsmilliarden folgen zu lassen. England hätte nichts dagegen, wenn Frankreich durch den Staatsbankrott in Rußland alle geliehenen Kapitalien einbüßte. Der Umstand, daß man die Schulden auf diese Weise gut los wäre, und die Furcht vor einer weiteren Ausraubung und Mißbrauchung durch die bisherigen Freunde, gestaltet das Verhalten Rußlands zu der Entente schwierig und undurchsichtig. Wir aber sind die Sieger und jederzeit im Stande, unsere Siegesbeute nicht nur festzuhalten, sondern auch noch wesentlich auf Rußlands Kosten zu vergrößern. Wir haben mit dem besetzten Gebiet ein Pfand in der Hand, das uns auf Jahre hinaus einen erklecklichen russischen Tribut sichern könnte. Endlich ist auf die Tatsache hinzuweisen, daß Rußland ohne die Ukraine wirtschaftlich nicht gut lebensfähig ist, da diese das Hauptgetreideland sowie die Lagerstätte der unentbehrlichsten Mineralien für das ganze Riesenreich ist. Eine geschickte Abtrennung und entgegenkommende Behandlung der Ukraine, die wir augenscheinlich bisher unterlassen haben, würde automatisch auf die Stellung von Rußland zu uns einwirken. Unter solchen Umständen wäre es doch erstaunlich, wenn unsere Diplomaten, falls sie nicht lediglich Großbankenpolitik treiben, nicht auf jeden Fall und unter allen Bedingungen ein Wirtschaftsabkommen nach Hause brächten, das unseren Bedürfnissen voll gerecht wird, und uns daneben noch die nötigen Grenzsicherungen verschafften. — Es ist demnach einleuchtend, daß ein Vergleich mit 1866 in jeder Beziehung unangebracht und töricht ist.

### Undeutsche Unnatürlichkeiten.

Nichtsdestotrotz ging man schon vor Einsetzen der Verhandlungen, wie nicht anders zu erwarten war, in den Kreisen der Reichstagsmehrheit emsig mit diesem Vergleich krebsen, um zu verhüten, daß Deutschland ein, von gewissen Parteigesichtspunkten aus gesehen, unerwünschter Machtzuwachs in den Schoß fiele, der es für die ausgestandenen Mühen und dargebrachten Opfer in etwas entschädigen, ihm das nötige Siedelungsland geben und seine Grenzen gegen erneute Überfälle sichern würde. Es sind ja immer die gleichen Kreise bei uns, die ein in jeder Beziehung siegreiches Deutschland wie die Pest fürchten zu müssen glauben. In der Begründung dieses deutschfeindlichen Standpunktes scheint nun endlich der Gipfel des Wahnsinns erklettert zu sein, wie wir sehen werden. Ausgehend von der durch unsere Ausführung schlagend widerlegten Behauptung, daß wir um jeden Preis und so rasch wie möglich „mit Rußland zu einem dauernden, durch keinerlei Unklarheiten, Unehrlichkeiten und Mißverständnisse gefährdeten freundschaftlichen Verhältnis

missionsverlag Otto Melchers, Preis 30 Pf.) glücklich ausführt, läßt der alljüdische Gedankenkreis eine Anwendung des seinerzeit von ihm so bejubelten Schlagwortes „Freie Bahn dem Tüchtigen" in üblicher Verwendung zweierlei Maßes nur auf einzelne Personen, nicht aber auf ganze Länder, keinesfalls auf Deutschland zu. Denn, so könnte man daran anknüpfen, die Bahn wird nur für den Tüchtigen frei, wenn die Untüchtigen zurückstehen und sich ihm fügen. Daß Deutschland sich mit seinen Verbündeten in diesem Kriege mehr als tüchtig und tüchtiger als die Entente erwiesen hat, wird selbst Herr Scheidemann nicht leugnen. Trotzdem will man — wie gleichfalls Rücker feststellt im „Fetischismus für den bestehenden Zustand", den schon Lassalle verspottete, — Deutschland im Friedensschluß nicht die Bahn freimachen, sondern so eng wie möglich verbauen. Dieser perversen Neigung kommen die russischen Vorschläge in jeder Beziehung entgegen. Außerdem sind sie, wie die nähere Betrachtung ergibt, ganz vorzüglich dazu angetan, die wahren Friedensbedürfnisse, -bedingungen und -notwendigkeiten Deutschlands herauszulocken. Nimmt man dazu, daß man auf völliger Öffentlichkeit der Verhandlungen bestand, die allen unseren Gegnern Gelegenheit gab, diese nicht nur jederzeit zu verfolgen, sondern auch nach Bedarf zu stören, kommt man denn doch etwas davon ab, in den russischen führenden Revolutionären nur die unschuldigen Friedensengel zu sehen, welche die ganze Welt umarmen und beglücken wollen, — in welcher Pose sie durchweg in der alljüdischen Presse dargestellt werden.

Bestärkt wird das natürliche und gesunde Mißtrauen, das auch dem edelsten Feinde gegenüber um so mehr am Platze ist, je offensichtlicher er seine wahren Absichten hinter Verbrüderungsvorschlägen verbirgt, durch die Tatsache, daß nach der gegenseitigen Vereinbarung, den Brief- und Drucksachenverkehr wieder zu eröffnen, den deutschen Soldaten planmäßig in einer Million Stück Drucksachen in die Hand gespielt wurden, welche die deutsche Regierung unglaublich verdächtigten und ganz offen zur Revolution aufforderten! Demnach mögen sich jene hüten, die bei uns gar zu eifrig auf die Stärkung der russischen Revolutionäre um jeden Preis hinarbeiten und es für angebracht halten, unsere Unterhändler zur Ehrlichkeit zu mahnen! Es ist in Deutschland noch nicht vergessen, wie dieselben Kreise seinerzeit dem deutschen Volke geflissentlich in Presse und Theater den Gedanken der Revolution schmackhaft zu machen versuchten.

Angesichts der angeführten Tatsachen kann man leicht zu der Vermutung kommen, daß hinter den „Grundlagen" die Entente steckt. Da aber genaue Nachrichten über die inneren russischen Zustände fehlen, ist man nur auf Vermutungen angewiesen!

## Die Schritte der Mittelmächte.

Die Vertreter der deutschen Regierung waren nicht in der glücklichen Lage der militärischen Unterhändler, — abgesehen von der Frage, ob sie an und für sich geneigt und imstande wären, sich deren Geist anzueignen. Sie hatten sich seit dem Juli 1917 einer Reichstagsmehrheit verschrieben, deren Willensrichtung und Horizont durch die in dieser Zeitschrift sattsam gekennzeichneten Faktoren bedingt sind: einmal durch das biologisch unmögliche Gleichheitswahlrecht, das jeden Fremdstämmigen zur Volksvertretung berechtigt, sofern er nur deutscher Staatsbürger ist, und ferner durch die zügellose Pressefreiheit. Wem es mehr um die eigene Laufbahn als um die vaterländische Sache zu tun ist, wird es keine Beschwerden machen, sich dem diesen Faktoren entsprechenden Mehrheitshorizonte anzubequemen, und alle braven „Korkseelen", wie Johannes Scherr so schön die jeglichen Schwunges

baren Philister benannte, werden es ihm in ersterbendem Danke noch als ungeheure staatsmännische Leistung anrechnen.

Herr v. Kühlmann wurde gemäß kaiserlicher Ermächtigung vom Reichskanzler beauftragt, die Rolle des diplomatischen Hindenburg zu übernehmen. Da man den einzelnen Ländern nach dem Alphabete — in französischer Verhandlungssprache — den Vorsitz einräumte, konnte, wie erwähnt, er die Verhandlungen in Litauisch-Brest eröffnen. Er war weit davon entfernt, der berechtigten Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß ein besiegtes und friedensbedürftiges Land die Bedingungen vorschreibe, unter denen die Sieger nicht nur mit ihm, sondern auch mit allen ihren übrigen Gegnern Frieden schließen sollten. Im Scheidemann-Tone ersehnte er den Zustand von Frieden und Freundschaft zwischen Rußland und den vertretenen Mächten herbei und erging sich in der liebedienerischen Höflichkeit, welche die Diplomatie des neuen Kurses nach Bismarck kennzeichnet und Deutschland weder beliebt noch gefürchtet macht, sich also als schädlicher Aufwand darstellt. Am 25. Dezember 1917 führte dann Graf Czernin den Vorsitz. Er gab namens der Delegation des Vierbundes folgende Erklärung ab:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Leitsätze des russischen Vorschlags eine diskutable Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen einverstanden. Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegung erfüllt sein sollten.

Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen."

Mit der Zustimmung zu dieser Erklärung stellte sich, um es gleich zu betonen, also auch Herr v. Kühlmann auf den entarteten Verzichtstandpunkt einer Reichstagsmehrheit, die auf alle Vorgänge bald mit neurasthenischem Aufbegehren, bald mit neurasthenischer Willens- und Charakterschwäche reagiert.

Es folgten dann noch Erläuterungen zu den angeführten 6 russischen Punkten, von denen die fünf ersten zunächst grundsätzlich und so gut wie vorbehaltlos von den Mittelmächten angenommen wurden. Zu Punkt 6 erklärten die Vertreter des Vierbundes die Rückgabe der im Kriege gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete für einen wesentlichen, unerläßlichen Bestandteil der deutschen Forderungen und lehnten die Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes auf die deutschen Kolonien mit der Begründung ab, daß die dortigen Eingeborenen in aussichtslosem Kampf

## Der Fortgang.

In den Verhandlungen vom 28. Dezember 1917 schlugen dann die Russen sofortige Räumung der gegenseitigen besetzten Gebiete vor, wohingegen Deutschland seinerseits folgende Fassung für die ersten beiden Artikel des zu schließenden Präliminarfriedens anregte:

„Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereit sein, sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle im Verbande des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden.

Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. — Da in denjenigen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten."

Die russischen Unterhändler hielten an dem Standpunkt fest:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß als tatsächlicher Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen in den betreffenden Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheint. Daher schlagen wir vor und bestehen darauf, daß eine klarere und genauere Formulierung dieses Punktes erfolgt. Wir sind jedoch damit einverstanden, daß zur Prüfung der technischen Bedingungen für die Verwirklichung eines derartigen Referendums, desgleichen zur Festsetzung einer bestimmten Räumungsfrist eine Spezialkommission eingesetzt wird."

Daraufhin trat man in eine sechstägige Pause, und die russischen Vertreter reisten nach Petersburg.

Inzwischen gab sich bei uns die sozialistische Presse, soweit ihr das Gedeihen und die Befestigung der Stellung der russischen Revolutionäre näher steht als der Bestand des Deutschen Reiches, ausschweifenden Hoffnungen bezüglich unserer sonstigen Feinde hin. So schrieb der „Vorwärts": „Zweifellos steht die Kriegspolitik der Westmächte in diesen Tagen unter der stärksten moralischen Pressung, und Erschütterungen, die einen Umschwung vorbereiten, können nicht ausbleiben." Da diese Hoffnungen aber, wie schon betont, auf wahnwitzig falschen psychologischen Voraussetzungen beruhten, wie die gesamte auswärtige Politik der Sozialdemokratie d. h. z. Zt. des Deutschen Reiches, schlugen sie naturgemäß fehl. Eisige Ablehnung und Hohn waren die Antwort der Westmächte, genau so wie im Dezember 1916. Die schlimmste Abfuhr kam dann mit der Rede von Lloyd George. Der bei der Stellung unserer Unterhändler durchschimmernde Standpunkt, die Bevölkerung in den von uns besetzten östlichen Gebieten habe bereits deutlich den Willen zu einem Anschluß an Deutschland zu erkennen gegeben, — wie dies tat-

baren Philister benannte, werden es ihm in ersterbendem Danke noch als ungeheure staatsmännische Leistung anrechnen.

Herr v. Kühlmann wurde gemäß kaiserlicher Ermächtigung vom Reichskanzler beauftragt, die Rolle des diplomatischen Hindenburg zu übernehmen. Da man den einzelnen Ländern nach dem Alphabete — in französischer Verhandlungssprache — den Vorsitz einräumte, konnte, wie erwähnt, er die Verhandlungen in Litauisch-Brest eröffnen. Er war weit davon entfernt, der berechtigten Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß ein besiegtes und friedensbedürftiges Land die Bedingungen vorschreibe, unter denen die Sieger nicht nur mit ihm, sondern auch mit allen ihren übrigen Gegnern Frieden schließen sollten. Im Scheidemann-Tone ersehnte er den Zustand von Frieden und Freundschaft zwischen Rußland und den vertretenen Mächten herbei und erging sich in der liebedienerischen Höflichkeit, welche die Diplomatie des neuen Kurses nach Bismarck kennzeichnet und Deutschland weder beliebt noch gefürchtet macht, sich also als schädlicher Aufwand darstellt. Am 25. Dezember 1917 führte dann Graf Czernin den Vorsitz. Er gab namens der Delegation des Vierbundes folgende Erklärung ab:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Leitsätze des russischen Vorschlags eine diskutable Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen einverstanden. Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegung erfüllt sein sollten.

Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen."

Mit der Zustimmung zu dieser Erklärung stellte sich, um es gleich zu betonen, also auch Herr v. Kühlmann auf den entarteten Verzichtstandpunkt einer Reichstagsmehrheit, die auf alle Vorgänge bald mit neurasthenischem Aufbegehren, bald mit neurasthenischer Willens- und Charakterschwäche reagiert.

Es folgten dann noch Erläuterungen zu den angeführten 6 russischen Punkten, von denen die fünf ersten zunächst grundsätzlich und so gut wie vorbehaltlos von den Mittelmächten angenommen wurden. Zu Punkt 6 erklärten die Vertreter des Vierbundes die Rückgabe der im Kriege gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete für einen wesentlichen, unerläßlichen Bestandteil der deutschen Forderungen und lehnten die Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes auf die deutschen Kolonien mit der Begründung ab, daß die dortigen Eingeborenen in aussichtslosem Kampf

## Der Fortgang.

In den Verhandlungen vom 28. Dezember 1917 schlugen dann die Russen sofortige Räumung der gegenseitigen besetzten Gebiete vor, wohingegen Deutschland seinerseits folgende Fassung für die ersten beiden Artikel des zu schließenden Präliminarfriedens anregte:

„Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereit sein, sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle im Verbande des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden.

Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. — Da in denjenigen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten."

Die russischen Unterhändler hielten an dem Standpunkt fest:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß als tatsächlicher Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen in den betreffenden Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheint. Daher schlagen wir vor und bestehen darauf, daß eine klarere und genauere Formulierung dieses Punktes erfolgt. Wir sind jedoch damit einverstanden, daß zur Prüfung der technischen Bedingungen für die Verwirklichung eines derartigen Referendums, desgleichen zur Festsetzung einer bestimmten Räumungsfrist eine Spezialkommission eingesetzt wird."

Daraufhin trat man in eine sechstägige Pause, und die russischen Vertreter reisten nach Petersburg.

Inzwischen gab sich bei uns die sozialistische Presse, soweit ihr das Gedeihen und die Befestigung der Stellung der russischen Revolutionäre näher steht als der Bestand des Deutschen Reiches, ausschweifenden Hoffnungen bezüglich unserer sonstigen Feinde hin. So schrieb der „Vorwärts": „Zweifellos steht die Kriegspolitik der Westmächte in diesen Tagen unter der stärksten moralischen Pressung, und Erschütterungen, die einen Umschwung vorbereiten, können nicht ausbleiben." Da diese Hoffnungen aber, wie schon betont, auf wahnwitzig falschen psychologischen Voraussetzungen beruhten, wie die gesamte auswärtige Politik der Sozialdemokratie d. h. z. Zt. des Deutschen Reiches, schlugen sie naturgemäß fehl. Eisige Ablehnung und Hohn waren die Antwort der Westmächte, genau so wie im Dezember 1916. Die schlimmste Abfuhr kam dann mit der Rede von Lloyd George.

Der bei der Stellung unserer Unterhändler durchschimmernde Standpunkt, die Bevölkerung in den von uns besetzten östlichen Gebieten habe bereits deutlich den Willen zu einem Anschluß an Deutschland zu erkennen gegeben — wie dies tat-

sächlich in Kurland und Litauen durch berufene Organe geschehen ist —, wurde von der radikalen Presse als ein Verstoß gegen das „wahre" Selbstbestimmungsrecht angesehen. Sie wollte, daß Juden und Zigeuner, sowie die zum Teil in jenen Ländern bis 80% betragenden Analphabeten über das weitere geschichtliche Schicksal der in Frage kommenden Gebiete mit abstimmen und entscheiden sollten, die wir in ihrer Gesamtheit, also auch einschließlich Liv- und Esthland, ihret- und unsertwegen für immer aufs engste mit dem deutschen Reiche verbinden müssen. Der „neue Geist" leugnet eben das uralte, noch niemals in der Weltgeschichte durch Phrasen außer Kraft gesetzte Recht des Siegers; die „Bewußtheit" der Völker verträge sich damit nicht. Was dabei herauskommen würde, verschweigt diese Parteipresse weislich: das heimlich rollende englische Geld würde entweder zugunsten Englands eine Zerschlagung der ganzen dortigen Küste in kleine, leicht von ihm abhängig zu machende Scheinreiche bewirken, — genau so, wie Englands Diplomatie im Laufe der Geschichte zu seinen Gunsten die Zerschlagung der deutschen Westküste in Belgien und Holland, und zuletzt noch die Abtrennung Norwegens von Schweden durchgesetzt hat —, oder die internationalen Finanzmächte, welche bei einer Aufteilung des russischen Reiches eine Verflüchtigung der russischen Staatsschulden und der dafür vorhandenen Pfandobjekte befürchten, würden einen neumütigen Rückanschluß der besetzten Gebiete an Rußland durchsetzen. Welche von beiden Lösungen, die uns alle beide nicht die ersehnte Befreiung von der Umklammerung im Osten bringen würden, ziehen die Alljuden bei uns vor? — Vielleicht erfährt man einmal etwas darüber! Man wird dann wissen, wessen Geschäfte sie eigentlich betreiben. Uns scheint, daß ihnen ein revolutionäres, geeintes Rußland aus parteidogmatischen und finanziellen Rücksichten lieber ist als ein starkes, gesichertes, monarchisches Deutschland.

## Der „Zwischenfall".

Die durch das gekennzeichnete Pressetreiben ausgefüllte Pause lief ab. Als sich Herr v. Kühlmann mit den übrigen Vertretern der Mittelmächte wieder in Litauisch-Brest einfand, war die Gegenpartei nicht zur Stelle. Das allzu bereitwillige Entgegenkommen gegenüber Rußland, das von Patrioten als brennende Schmach empfunden wurde, hatte nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt. Zur Preisgabe aller Sieges-Ausnutzungsmöglichkeiten kam die Blamage.

Am gleichen Tage, dem 4. Januar 1918, trat der Hauptausschuß des Reichstages zusammen. Der Reichskanzler, Graf v. Hertling, teilte bei der Sitzung mit: die Russen hätten neuerdings das Ansinnen gestellt, die weiteren Verhandlungen nach einem neutralen Ort, etwa Stockholm, zu verlegen. Aus leicht begreiflichen Gründen habe die Regierung dies abgelehnt. (Die Gründe liegen für jeden auf der Hand.) Graf v. Hertling fuhr dann fort:

„Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme von Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt; wir können davon nicht abgehen. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir

zeitgemäßen neuen Buch „Das Deutschland von morgen". — Welche Leitidee verfolgt nun Herrn v. Kühlmanns Politik? (Den nachträglich gemachten Versuch, den Verlauf in Litauisch-Brest, soweit er hier geschildert ist, als mit Erfolg inszeniertes, vorgesehenes Programm darzustellen, darf man doch mit mildem Lächeln abtun.) „Eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen", meinte Bismarck. Es ist zu hoffen, daß uns der Krieg endgültig aus dieser „passiven Planlosigkeit" aufgeschreckt hat, die sich zuletzt mit tönenden, aber blutleren Redensarten herausputzte, aufgebaut auf Riezlerschen snobistischen und abstrakten Gedankengespinsten, welche die Wirklichkeit und ihre nächstliegenden Pflichten mehr oder weniger absichtlich übersahen, — was man wohl gar als „weiten, philosophischen und geschichtlichen Blick" bewundern sollte. (Ein theoretischer Registrator des Weltgeschehens wird manches wissen, aber als Diplomat wenig können.) Diesen Leitsternen sollten wir also ausrangiert haben. Ist aber die vielgerühmte Politik der offenen Türe im Grunde etwas anderes? Ein fremdes Land, das nur von einer Börsengesellschaft mit Aktien erobert wird, hat für die Nation als solche so gut wie keine Bedeutung. Man kann es nicht besiedeln; Militärmacht und Wehrkraft ziehen nicht den geringsten Nutzen aus ihr. Der Steuergewinn bleibt häufig zweifelhaft. Wenn nicht notwendige Rohstoffe aus einer solchen Aktienkolonie kommen, hat die heimische Politik kaum ein Interesse, sich für sie einzusetzen. Also nicht die Eroberung mit Aktien, sondern die militärisch-politisch-geographische Eroberung liegt im Gesamtinteresse der Nation, — eine Erkenntnis, der man in allen Großmächten der Welt begegnet, nur nicht im Deutschland des „neuen Kurses".

Wir haben nun schon oft der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß unsere Politik, mehr als sich mit ihrer nationalen Würde und Aufgabe vereinen läßt, von den unverantwortlichen, im Hintergrunde bleibenden Großbanken und Kapitalsmächten bestimmt wird. Heyck erinnert im angeführten Buch rechtzeitig daran, daß der von Berlin abreisende Geschäftsträger Haitis ausgeplaudert hätte, die „großen Finanziers und leitenden Kaufleute" würden mit sich reden lassen und bezüglich Elsaß-Lothringens die Regierung am Ende zu einer „kolonial kompensierten Teilabtretung" veranlassen! Das ist wieder wie ein Blitz, der das Dunkel zerreißt!

Gleichviel, ob nun Herr v. Kühlmann, wie der „Lokalanzeiger" behauptete, in Litauisch-Brest eigenmächtig vom Wege der Instruktion abgeirrt ist, oder ob er, wie die „Vossische Zeitung" meinte, von der Vorstellung einer bestimmten Verständigung zwischen Deutschland und England ausgeht, — es kann nicht geleugnet werden, daß auch seine Politik unverkennbar Züge und Gebaren einer richtigen Bank- und Händlerpolitik trägt! Sie verzichtet mit beflissener Verbeugung glatt auf jeden militärisch-politisch-völkischen Erfolg, damit auf die politische und völkische Zukunft und geht nur auf Eroberung durch Aktien aus. (Wieder ist es Heyck, der in seinem Buche daran erinnert, daß die niederländische Bevölkerung die Gebrüder de Witt wegen ihrer, die nationale Würde mit Füßen tretenden, feigen Händlerpolitik in Stücke zerriß.) Unterstützt wird Kühlmann in seiner Politik durch alle Pazifisten und sonstigen Internationalisten.

Einer reinen Händlerpolitik kann das deutsche Volk aber nie und nimmer zustimmen. Der Geist, der aus einer solchen Politik spricht — man pflegt ihn allgemein kurz jüdisch zu nennen — macht in Verkehrung der Vernunft das Zweitlinige zum Erstlinigen: das Verkehrsmittel Geld wird durch ihn Selbstzweck; die wirtschaftliche Bedarfsdeckung wird unter ihm zur Ausbeutung und Versklavung

sächlich in Kurland und Litauen durch berufene Organe geschehen ist —, wurde von der radikalen Presse als ein Verstoß gegen das „wahre" Selbstbestimmungsrecht angesehen. Sie wollte, daß Juden und Zigeuner, sowie die zum Teil in jenen Ländern bis 80% betragenden Analphabeten über das weitere geschichtliche Schicksal der in Frage kommenden Gebiete mit abstimmen und entscheiden sollten, die wir in ihrer Gesamtheit, also auch einschließlich Liv- und Esthland, ihrets- und unsertwegen für immer aufs engste mit dem deutschen Reiche verbinden müssen. Der „neue Geist" leugnet eben das uralte, noch niemals in der Weltgeschichte durch Phrasen außer Kraft gesetzte Recht des Siegers; die „Bewußtheit" der Völker verträge sich damit nicht. Was dabei herauskommen würde, verschweigt diese Parteipresse weislich: das heimlich rollende englische Geld würde entweder zugunsten Englands eine Zerschlagung der ganzen dortigen Küste in kleine, leicht von ihm abhängig zu machende Scheinreiche bewirken, — genau so, wie Englands Diplomatie im Laufe der Geschichte zu seinen Gunsten die Zerschlagung der deutschen Westküste in Belgien und Holland, und zuletzt noch die Abtrennung Norwegens von Schweden durchgesetzt hat —, oder die internationalen Finanzmächte, welche bei einer Aufteilung des russischen Reiches eine Verflüchtigung der russischen Staatsschulden und der dafür vorhandenen Pfandobjekte befürchten, würden einen neumütigen Rückanschluß der besetzten Gebiete an Rußland durchsetzen. Welche von beiden Lösungen, die uns alle beide nicht die ersehnte Befreiung von der Umklammerung im Osten bringen würden, ziehen die Alljuden bei uns vor? — Vielleicht erfährt man einmal etwas darüber! Man wird dann wissen, wessen Geschäfte sie eigentlich betreiben. Uns scheint, daß ihnen ein revolutionäres, geeintes Rußland aus parteidogmatischen und finanziellen Rücksichten lieber ist als ein starkes, gesichertes, monarchisches Deutschland.

## Der „Zwischenfall".

Die durch das gekennzeichnete Pressetreiben ausgefüllte Pause lief ab. Als sich Herr v. Kühlmann mit den übrigen Vertretern der Mittelmächte wieder in Litauisch-Brest einfand, war die Gegenpartei nicht zur Stelle. Das allzu bereitwillige Entgegenkommen gegenüber Rußland, das von Patrioten als brennende Schmach empfunden wurde, hatte nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt. Zur Preisgabe aller Sieges-Ausnutzungsmöglichkeiten kam die Blamage.

Am gleichen Tage, dem 4. Januar 1918, trat der Hauptausschuß des Reichstages zusammen. Der Reichskanzler, Graf v. Hertling, teilte bei der Sitzung mit: die Russen hätten neuerdings das Ansinnen gestellt, die weiteren Verhandlungen nach einem neutralen Ort, etwa Stockholm, zu verlegen. Aus leicht begreiflichen Gründen habe die Regierung dies abgelehnt. (Die Gründe liegen für jeden auf der Hand.) Graf v. Hertling fuhr dann fort:

„Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme von Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt; wir können davon nicht abgehen. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir

zeitgemäßen neuen Buch „Das Deutschland von morgen". — Welche Leitidee verfolgt nun Herrn v. Kühlmanns Politik? (Den nachträglich gemachten Versuch, den Verlauf in Litauisch-Brest, soweit er hier geschildert ist, als mit Erfolg inszeniertes, vorgesehenes Programm darzustellen, darf man doch mit mildem Lächeln abtun.) „Eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen", meinte Bismarck. Es ist zu hoffen, daß uns der Krieg endgültig aus dieser „passiven Planlosigkeit" aufgeschreckt hat, die sich zuletzt mit tönenden, aber blutleren Redensarten herausputzte, aufgebaut auf Riezlerschen snobistischen und abstrakten Gedankengespinsten, welche die Wirklichkeit und ihre nächstliegenden Pflichten mehr oder weniger absichtlich übersahen, — was man wohl gar als „weiten, philosophischen und geschichtlichen Blick" bewundern sollte. (Ein theoretischer Registrator des Weltgeschehens wird manches wissen, aber als Diplomat wenig können.) Diesen Leitstern sollten wir also ausrangiert haben. Ist aber die vielgerühmte Politik der offenen Türe im Grunde etwas anderes? Ein fremdes Land, das nur von einer Börsengesellschaft mit Aktien erobert wird, hat für die Nation als solche so gut wie keine Bedeutung. Man kann es nicht besiedeln; Militärmacht und Wehrkraft ziehen nicht den geringsten Nutzen aus ihr. Der Steuergewinn bleibt häufig zweifelhaft. Wenn nicht notwendige Rohstoffe aus einer solchen Aktienkolonie kommen, hat die heimische Politik kaum ein Interesse, sich für sie einzusetzen. Also nicht die Eroberung mit Aktien, sondern die militärisch-politisch-geographische Eroberung liegt im Gesamtinteresse der Nation, — eine Erkenntnis, der man in allen Großmächten der Welt begegnet, nur nicht im Deutschland des „neuen Kurses".

Wir haben nun schon oft der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß unsere Politik, mehr als sich mit ihrer nationalen Würde und Aufgabe vereinen läßt, von den unverantwortlichen, im Hintergrunde bleibenden Großbanken und Kapitalsmächten bestimmt wird. Heyck erinnert im angeführten Buch rechtzeitig daran, daß der von Berlin abreisende Geschäftsträger Haitis ausgeplaudert hätte, die „großen Finanziers und leitenden Kaufleute" würden mit sich reden lassen und bezüglich Elsaß-Lothringens die Regierung am Ende zu einer „kolonial kompensierten Teilabtretung" veranlassen! Das ist wieder wie ein Blitz, der das Dunkel zerreißt!

Gleichviel, ob nun Herr v. Kühlmann, wie der „Lokalanzeiger" behauptete, in Litauisch-Brest eigenmächtig vom Wege der Instruktion abgeirrt ist, oder ob er, wie die „Vossische Zeitung" meinte, von der Vorstellung einer bestimmten Verständigung zwischen Deutschland und England ausgeht, — es kann nicht geleugnet werden, daß auch seine Politik unverkennbar Züge und Gebaren einer richtigen Bank- und Händlerpolitik trägt! Sie verzichtet mit beflissener Verbeugung glatt auf jeden militärisch-politisch-völkischen Erfolg, damit auf die politische und völkische Zukunft und geht nur auf Eroberung durch Aktien aus. (Wieder ist es Heyck, der in seinem Buche daran erinnert, daß die niederländische Bevölkerung die Gebrüder de Witt wegen ihrer, die nationale Würde mit Füßen tretenden, feigen Händlerpolitik in Stücke zerriß.) Unterstützt wird Kühlmann in seiner Politik durch alle Pazifisten und sonstigen Internationalisten.

Einer reinen Händlerpolitik kann das deutsche Volk aber nie und nimmer zustimmen. Der Geist, der aus einer solchen Politik spricht — man pflegt ihn allgemein kurz jüdisch zu nennen — macht in Verkehrung der Vernunft das Zweitlinige zum Erstlinigen: das Verkehrsmittel Geld wird durch ihn Selbstzweck; die wirtschaftliche Bedarfsdeckung wird unter ihm zur Ausbeutung und Versklavung

des Verbrauchers; der Diener der öffentlichen Meinung, die Presse, wird der Tyrann und Unterdrücker der geistigen Selbständigkeit; die Königin Wissenschaft wird zum Vorspann und zur Reklame für Handelsgeschäfte! Die Volksvertreter bleiben nicht Berater von Volk und Krone, sondern machen beide eigennützigen Bestrebungen untertan! So wird auch der Staat, statt sich als Herr des Wirtschaftlichen als eines Mittels zu bedienen, in die unwürdige Rolle des Dieners nackter Großfinanzinteressen herabgezwängt! —

Das hat Deutschland nicht nur nicht nötig, sondern es ist mit seinem Ansehen und seinen wahren Lebensinteressen unvereinbar.

Die Lage ist nun leider völlig klar: Wie zu Bethmanns Zeiten herrscht bei uns wieder eine programm- und ziellose Regierung, die dem jeweils stärksten Druck der öffentlichen Meinung etwas nachgibt. Eine Politik des 19. Juli, die uns nicht um ein Haar dem Frieden nähergebracht, sondern den Krieg verlängert hat, ist endgültig unmöglich. Nach den Reden von Lloyd George und Wilson weiß das jeder. Rußland und den übrigen Feinden gegenüber haben wir, wie wir sahen, freie Bahn. Es ist daher Zeit, daß mit allen Halbheiten Schluß gemacht wird. Wie Deutschland militärisch nur gerettet werden konnte, indem man einen Hindenburg im Osten zum Befehlshaber machte, der binnen kurzem den Rückzug in überwältigenden Sieg wandelte, so übertrage man auch endlich einem Manne die Führung der auswärtigen Politik, und die Weltgeschichte wird ein anderes Gesicht für uns annehmen. An der Regierung ist es, sich auch dem Reichstag gegenüber von jeder unnötigen Bindung frei zu machen. Ein zweideutiges Schwanken zwischen der geschickt vorgeschobenen Richtung Scheidemann und der Richtung Hindenburg-Ludendorff, welche auch Tirpitz mit seiner Vaterlandspartei einschlägt, ist ausgeschlossen. Unser Volk wird niemals tatenlos die Tragik mit ansehen, die darin läge, daß unser Heer mit seinen Führern nur für Kapitalsinteressen oder für sozialdemokratische Parteidogmen gekämpft haben sollte. Es will einen starken, deutschen Frieden!

Wie sagt Walter Bacmeister? „Die auswärtige Politik ist zum großen Teil eine Charakterfrage.“ Vertraue man sie daher einem Charakter an, wie z. B. Tirpitz!

# Bücherschau.

**G. v. Below: Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen.** Leipzig, Quelle & Meyer.

Der Verfasser bietet einen für den Historiker wie für den geschichtspolitisch interessierten Laien höchst anregenden Überblick über die Entwicklung der deutschen Geschichtschreibung im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Geschichte und Kulturgeschichte sowie einer Darlegung des eigenen Standpunktes über die Aufgaben und Wege der Historie. Der Wert der Arbeit liegt, abgesehen von der mehr fachwissenschaftlichen Abhandlung über die wirtschaftsgeschichtliche Literatur, im scharfen Erfassen der entscheidenden Faktoren, der Skizzierung des reizvollen Widerspiels zwischen politischem Handeln und Denken, in der neuen Beleuchtung mancher Persönlichkeiten und Richtungen, so H. Leos, Treitschkes, vor allem aber der romantischen Historiker.

Ihre Leistungen bilden in der Tat die entscheidendste und wertvollste Bereicherung der Staats-, Rechts-, Geschichtswissenschaft. Die von ihr gefundenen und verkündeten Tatsachen des organischen Staates, der Nation, des bodenständigen, geschichtlichen Volkstums, der sozialen Gebilde haben sich in der politischen Entwicklung ihres Jahrhunderts durchgesetzt. Im Gegensatz dazu steht die populäre, auf die unpolitische Aufklärung zurückreichende Geschichtsauffassung Rottecks, A. Ruges, gekennzeichnet durch ihren Verfassungsdogmatismus. Daß sich die romantische Bewegung der politischen Weiterbildung, vorab den konstitutionellen Forderungen des Tages verschloß, trug zur Ver-

was er in diesem Buche sagt. So scheint er mir die chinesische Kultur gar zu günstig zu beurteilen und die europäischen Kulturen zu sehr am Maßstab der chinesischen zu messen. Dennoch könnten nur zu viele unserer Volksgenossen von ihm lernen, vielleicht sogar einige von jenen Jünglingen, denen ein deutschvölkischer Denker von vornherein verdächtig ist; und ich denke, mancher Leser wird mir nach der dargebotenen Kostprobe recht darin geben. Es spricht für den Weitblick des gelehrten Chinesen, daß sein Buch schon 1916 erschienen, also vor der Russischen Revolution und vor der Friedensresolution des Deutschen Reichstags geschrieben ist.

Das Buch ist von Oskar A. H. Schmitz herausgegeben worden, einem Schriftsteller und Politiker, der uns schon vor dem Kriege ein Buch geschenkt hat, welches wie vielleicht kein anderes die Schwächen der modernen europäischen Zivilisation aufdeckt und dem erlösenden Lachen preisgibt. Heute müssen wir ihm dankbar sein, daß er uns die Schrift Ku Hung-Mings zugänglich gemacht hat.

Dr. F. L.

**Artur Dinter: Mein „Ausschluß aus dem Verbande Deutscher Bühnenschriftsteller".** München, J. F. Lehmanns Verlag. Preis 2 M.

Er ist so hervorragend kennzeichnend für unsere ganze Zeit, dieser berühmte „Fall Dinter", daß es sich allein deswegen lohnt, ihn genau zu studieren! Er ist besonders kennzeichnend für jene Mächte, welche unser politisches und geistiges Leben vergiften, und er bietet in seinem Ausschnitt sehr viel Anregung zu Vergleichen mit anderen kleinen und großen Kreisen, in denen sich, unter anderen Begleiterscheinungen, genau dieselben Vorgänge abspielen wie bei ihm. Ist man in diesem einen Fall hinter die treibenden Beweggründe gekommen, sieht man sie auch deutlich anderswo. Man muß sich aber auch grundsätzlich mit diesem Fall beschäftigen, denn es handelt sich darum, einen aufrechten deutschen Mann, der wegen seines Wahrheitsmutes von undeutschen Kreisen und ihrer kläglichen Gefolgschaft in Amt und Ruf vernichtet werden soll, zu stützen und zu schützen und die öffentliche Meinung, soweit sie noch selbständig und deutsch ist, zum Kampfe für ihn aufzurütteln. Der bedingungslose Menschheitsschwärmer wird erschrecken über die Fratze, die sich ihm hier ziemlich hüllenlos als Bild des „Lebens" zeigt, — allerdings eines Lebens, das nicht das wahre deutsche ist, und das nachdrücklich zu bekämpfen und zu entthronen eine wackere Schar von Männern, zu denen eben auch Dinter gehört, unverdrossen am Werke ist.

Anlaß zu dem ganzen Fall bot die tapfere Schrift „Weltkrieg und Schaubühne", die Dinter während des Krieges (in J. F. Lehmanns Verlag, München) veröffentlicht hat. Er greift darin Zustände im Theaterleben an, die jedermann als beklagenswert bekannt sind. Diese Schrift nahm der „Verband Deutscher Bühnenschriftsteller", zu dessen Begründern Dr. Dinter gehört, zum Vorwand, ihn aus dem Verbande zu entfernen. Mit welchen Mitteln man gegen den schwer verwundeten, ehrenhaften Mann vorging, wie man seine Verteidigung hintertrieb, mit welchen niedrigen Verleumdungen man gegen ihn Stimmung machte, wie man sein Verteidigungsmaterial behandelte, wie man im Berliner Tageblatt seine Zurechnungsfähigkeit anzweifelte — das hat man bekanntlich auch mit Zeppelin gewagt! — kurz, wie man in geradezu teuflischer Weise sein Dasein in Grund und Boden stampfen wollte, — das alles lese man in der sachlichen und klaren Darstellung von Dinters Verteidigungsschrift selbst, die er den Gerichten übergeben hat, welche in der ganzen Angelegenheit das letzte Wort sprechen werden. Sie ist eine Anklageschrift wuchtigster Art.

Die Schamröte steigt dem Leser ins Gesicht, wenn er erfährt, daß sich an der feigen, aus sehr durchsichtigen Beweggründen betriebenen Hetze gegen einen Wahrheitskämpfer nicht nur die Wenzel Goldbaum, Ludwig Fulda, Ilgenstein und Rassegenossen beteiligen, sondern daß sich dem Geiste dieser undeutschen Gesellen auch deutsche Schriftsteller von Ruf beugen wie Max Dreyer, Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Hermann Sudermann u. a. Man ist dann versucht, nicht über „Genie und Irrsinn", sondern über „Genie und Charakter" recht niederdrückende Betrachtungen anzustellen.

Möge die Schrift in weiteste Kreise kommen! Sie ist geeignet, die tiefsten Schäden unseres Literatur- und Theaterwesens aufzudecken und ihre Heilung anzubahnen!

## Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

(Eingehende Besprechung wird vorbehalten.)

Äußere Politik und Verwandtes.

Hans Prutz: Die Friedensidee. Preis M. 3. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig.

Ernst Graf zu Reventlow: Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914. Preis M. 12, geb. M. 14. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

des Verbrauchers; der Diener der öffentlichen Meinung, die Presse, wird der Tyrann und Unterdrücker der geistigen Selbständigkeit; die Königin Wissenschaft wird zum Vorspann und zur Reklame für Handelsgeschäfte! Die Volksvertreter bleiben nicht Berater von Volk und Krone, sondern machen beide eigennützigen Bestrebungen untertan! So wird auch der Staat, statt sich als Herr des Wirtschaftlichen als eines Mittels zu bedienen, in die unwürdige Rolle des Dieners nackter Großfinanzinteressen herabgezwängt! —

Das hat Deutschland nicht nur nicht nötig, sondern es ist mit seinem Ansehen und seinen wahren Lebensinteressen unvereinbar.

Die Lage ist nun leider völlig klar: Wie zu Bethmanns Zeiten herrscht bei uns wieder eine programm- und ziellose Regierung, die dem jeweils stärksten Druck der öffentlichen Meinung etwas nachgibt. Eine Politik des 19. Juli, die uns nicht um ein Haar dem Frieden nähergebracht, sondern den Krieg verlängert hat, ist endgültig unmöglich. Nach den Reden von Lloyd George und Wilson weiß das jeder. Rußland und den übrigen Feinden gegenüber haben wir, wie wir sahen, freie Bahn. Es ist daher Zeit, daß mit allen Halbheiten Schluß gemacht wird. Wie Deutschland militärisch nur gerettet werden konnte, indem man einen Hindenburg im Osten zum Befehlshaber machte, der binnen kurzem den Rückzug in überwältigenden Sieg wandelte, so übertrage man auch endlich einem Manne die Führung der auswärtigen Politik, und die Weltgeschichte wird ein anderes Gesicht für uns annehmen. An der Regierung ist es, sich auch dem Reichstag gegenüber von jeder unnötigen Bindung frei zu machen. Ein zweideutiges Schwanken zwischen der geschickt vorgeschobenen Richtung Scheidemann und der Richtung Hindenburg-Ludendorff, welche auch Tirpitz mit seiner Vaterlandspartei einschlägt, ist ausgeschlossen. Unser Volk wird niemals tatenlos die Tragik mit ansehen, die darin läge, daß unser Heer mit seinen Führern nur für Kapitalsinteressen oder für sozialdemokratische Parteidogmen gekämpft haben sollte. Es will einen starken, deutschen Frieden!

Wie sagt Walter Bacmeister? „Die auswärtige Politik ist zum großen Teil eine Charakterfrage.“ Vertraue man sie daher einem Charakter an, wie z. B. Tirpitz!

## Bücherschau.

**G. v. Below: Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen.** Leipzig, Quelle & Meyer.

Der Verfasser bietet einen für den Historiker wie für den geschichtspolitisch interessierten Laien höchst anregenden Überblick über die Entwicklung der deutschen Geschichtschreibung im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Geschichte und Kulturgeschichte sowie einer Darlegung des eigenen Standpunktes über die Aufgaben und Wege der Historie. Der Wert der Arbeit liegt, abgesehen von der mehr fachwissenschaftlichen Abhandlung über die wirtschaftsgeschichtliche Literatur, im scharfen Erfassen der entscheidenden Faktoren, der Skizzierung des reizvollen Widerspiels zwischen politischem Handeln und Denken, in der neuen Beleuchtung mancher Persönlichkeiten und Richtungen, so H. Leos, Treitschkes, vor allem aber der romantischen Historiker.

Ihre Leistungen bilden in der Tat die entscheidendste und wertvollste Bereicherung der Staats-, Rechts-, Geschichtswissenschaft. Die von ihr gefundenen und verkündeten Tatsachen des organischen Staates, der Nation, des bodenständigen, geschichtlichen Volkstums, der sozialen Gebilde haben sich in der politischen Entwicklung ihres Jahrhunderts durchgesetzt. Im Gegensatz dazu steht die populäre, auf die unpolitische Aufklärung zurückreichende Geschichtsauffassung Rottecks, A. Ruges, gekennzeichnet durch ihren Verfassungsdogmatismus. Daß sich die romantische Bewegung der politischen Weiterbildung, vorab den konstitutionellen Forderungen des Tages verschloß, trug zur Ver-

was er in diesem Buche sagt. So scheint er mir die chinesische Kultur gar zu günstig zu beurteilen und die europäischen Kulturen zu sehr am Maßstab der chinesischen zu messen. Dennoch könnten nur zu viele unserer Volksgenossen von ihm lernen, vielleicht sogar einige von jenen Jünglingen, denen ein deutschvölkischer Denker von vornherein verdächtig ist; und ich denke, mancher Leser wird mir nach der dargebotenen Kostprobe recht darin geben. Es spricht für den Weitblick des gelehrten Chinesen, daß sein Buch schon 1916 erschienen, also vor der Russischen Revolution und vor der Friedensresolution des Deutschen Reichstags geschrieben ist.

Das Buch ist von Oskar A. H. Schmitz herausgegeben worden, einem Schriftsteller und Politiker, der uns schon vor dem Kriege ein Buch geschenkt hat, welches wie vielleicht kein anderes die Schwächen der modernen europäischen Zivilisation aufdeckt und dem erlösenden Lachen preisgibt. Heute müssen wir ihm dankbar sein, daß er uns die Schrift Ku Hung-Mings zugänglich gemacht hat.

Dr. F. L.

**Artur Dinter: Mein „Ausschluß aus dem Verbande Deutscher Bühnenschriftsteller".** München, J. F. Lehmanns Verlag. Preis 2 M.

Er ist so hervorragend kennzeichnend für unsere ganze Zeit, dieser berühmte „Fall Dinter", daß es sich allein deswegen lohnt, ihn genau zu studieren! Er ist besonders kennzeichnend für jene Mächte, welche unser politisches und geistiges Leben vergiften, und er bietet in seinem Ausschnitt sehr viel Anregung zu Vergleichen mit anderen kleinen und großen Kreisen, in denen sich, unter anderen Begleiterscheinungen, genau dieselben Vorgänge abspielen wie bei ihm. Ist man in diesem einen Fall hinter die treibenden Beweggründe gekommen, sieht man sie auch deutlich anderswo. Man muß sich aber auch grundsätzlich mit diesem Fall beschäftigen, denn es handelt sich darum, einen aufrechten deutschen Mann, der wegen seines Wahrheitsmutes von undeutschen Kreisen und ihrer kläglichen Gefolgschaft in Amt und Ruf vernichtet werden soll, zu stützen und zu schützen und die öffentliche Meinung, soweit sie noch selbständig und deutsch ist, zum Kampfe für ihn aufzurütteln. Der bedingungslose Menschheitsschwärmer wird erschrecken über die Fratze, die sich ihm hier ziemlich hüllenlos als Bild des „Lebens" zeigt, — allerdings eines Lebens, das nicht das wahre deutsche ist, und das nachdrücklich zu bekämpfen und zu entthronen eine wackere Schar von Männern, zu denen eben auch Dinter gehört, unverdrossen am Werke ist.

Anlaß zu dem ganzen Fall bot die tapfere Schrift „Weltkrieg und Schaubühne", die Dinter während des Krieges (in J. F. Lehmanns Verlag, München) veröffentlicht hat. Er greift darin Zustände im Theaterleben an, die jedermann als beklagenswert bekannt sind. Diese Schrift nahm der „Verband Deutscher Bühnenschriftsteller", zu dessen Begründern Dr. Dinter gehört, zum Vorwand, ihn aus dem Verbande zu entfernen. Mit welchen Mitteln man gegen den schwer verwundeten, ehrenhaften Mann vorging, wie man seine Verteidigung hintertrieb, mit welchen niedrigen Verleumdungen man gegen ihn Stimmung machte, wie man sein Verteidigungsmaterial behandelte, wie man im Berliner Tageblatt seine Zurechnungsfähigkeit anzweifelte — das hat man bekanntlich auch mit Zeppelin gewagt! — kurz, wie man in geradezu teuflischer Weise sein Dasein in Grund und Boden stampfen wollte, — das alles lese man in der sachlichen und klaren Darstellung von Dinters Verteidigungsschrift selbst, die er den Gerichten übergeben hat, welche in der ganzen Angelegenheit das letzte Wort sprechen werden. Sie ist eine Anklageschrift wuchtigster Art.

Die Schamröte steigt dem Leser ins Gesicht, wenn er erfährt, daß sich an der feigen, aus sehr durchsichtigen Beweggründen betriebenen Hetze gegen einen Wahrheitskämpfer nicht nur die Wenzel Goldbaum, Ludwig Fulda, Ilgenstein und Rassegenossen beteiligen, sondern daß sich dem Geiste dieser undeutschen Gesellen auch deutsche Schriftsteller von Ruf beugen wie Max Dreyer, Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Hermann Sudermann u. a. Man ist dann versucht, nicht über „Genie und Irrsinn", sondern über „Genie und Charakter" recht niederdrückende Betrachtungen anzustellen.

Möge die Schrift in weiteste Kreise kommen! Sie ist geeignet, die tiefsten Schäden unseres Literatur- und Theaterwesens aufzudecken und ihre Heilung anzubahnen!

## Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

(Eingehende Besprechung wird vorbehalten.)

**Äußere Politik und Verwandtes.**

Hans Prutz: Die Friedensidee. Preis M. 3. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig.

Ernst Graf zu Reventlow: Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914. Preis M. 12, geb. M. 14. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

**Eberhard König: Von dieser und jener Welt.** Verlag Erich Matthes, Leipzig. 2. Aufl. 4,50 M.

Der deutsche Dichter Eberhard König — wir wählen mit Bewußtsein und Absicht diese Bezeichnung! — nennt dies wundertiefe Buch „Legenden". Er tut recht daran: Märchen- und legendenhaft ist die Form, in der uns die reifen und seltenen Früchte seiner Dichtkunst dargeboten werden. Das „Märchen vom Waldschratt" und „Die Geschichte von der silberfarbenen Wolkensaumweise" sind die Hauptstücke der Sammlung. In beiden rauscht der Strom tiefer Tragik. Leidvolles Wissen um die würgende Qual des Einsamseins, des Nichtverstandenwerdens, die jeden Künstler, aber auch jeden echten Menschen drücken, hat hier ergreifenden Ausdruck gefunden. Das Waldschratt-Märchen birgt dabei humorvolle, entzückende Bilder, die wie Visionen von Böcklin oder auch von Schwind anmuten. Die „silberfarbene Wolkensaumweise" erschöpft restlos die Qualen und Entzückungen, die das Genie auf seinem Erdenwallen mit Schwanken zwischen Himmel und Hölle durchkosten muß. Diese Erzählung ist schlechthin meisterhaft und zeichnet in formschönster Sprache vollendet das rätselvolle Verhältnis, in dem der Künstler zu seiner Umwelt und seinem eigenen Ich steht, — wenn schon die tiefe Bitterkeit und Düsterkeit des Ausganges nicht ohne leises Bedauern und Widerstreben vom Leser hingenommen werden wird. Doch ist sie leider nur zu berechtigt, wenn man bedenkt, wie am „Widerstand der stumpfen Welt" vielfach unsere Besten vorzeitig aufgerieben und zugrunde gegangen sind. Die tiefe Symbolik dieser Legende wächst aber noch darüber hinaus, indem sie an selige und unselige Geheimnisse des Genies rührt, die den Alltagsmenschen ewig ungeahnt und ungekannt bleiben werden. — Besonders hervorgehoben zu werden verdient ob seiner Schönheit das Lied des fahrenden Studenten

„Siehe, die Frühlingswelt
Dehnt sich im Mondenlicht . . ."

das von bestrickendem musikalischen Wohllaut und einem seltenen Duft ist, so daß seine Vertonung sicherlich nicht lange auf sich warten lassen wird. — Die Legende „Von Satans Bangen und Lachen", welche die Sammlung eröffnet, ist desgleichen von todesernster, bittrer Symbolik erfüllt: Der Satan erkennt die Hoheit und Reinheit Christi an und

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)


**Ferd. Dümmlers Verlag, Berlin SW 68**

**Russische Expansionspolitik** 1714—1914 von Dr. F. Quadflieg. M. 4.—. „. . . Gerade in der jetzigen und noch mehr in der kommenden Zeit von unleugbarem Nutzen . . ." (Hamb. Nachr.)

**Geschichte Japans** von Prof. Hisho Saito. M. 4.50, geb. M. 5.50.

**Bismarck und seine Welt.** Grundlegung einer psychologischen Biographie von Oskar Klein-Hattingen. 3 Bände M. 20.—, geb. M. 23.—.

**Schönstes Geschenk für jeden Freund eines kräftigen deutschen Friedens!**

1914

1917

# Ein Tagebuch

## von Prof. Dr. E. Engel

Mit Urkunden, vielen Bildnissen und Karten. Bis jetzt liegen fünf Bände vollständig vor. — 5 Bände gebunden M. 33.50.

Jeder Band ist auch einzeln zu beziehen.
Auch in Heften (jeder Band 8 bezw. 9 Hefte) erhältlich.
Verlangen Sie genaues Verzeichnis.
Probehefte stehen auf Wunsch zur Verfügung.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
**Verlag Georg Westermann in Braunschweig.**

**KLISCHEES**
für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie
**RADIOTINTO-TIEFDRUCK**
(SCHNELLPRESSENDRUCK)
in anerkannt vorzüglicher Ausführung
bei raschester Lieferung.
Man verlange Muster u. Kostenanschläge.
**BRENDʼAMOUR, SIMHART & Co**
MÜNCHEN

(Fortsetzung der Bücherschau.)

unterwirft sich ihm zähneknirschend in der Erkenntnis, daß Christus seinem — des Satans — Reich auf Erden ein Ende bereiten wird. Er folgt Christus unerkannt und lauscht wider Willen unter einer Schar von Zuhörern als „gläubigster Hörer" seinen Wahrheiten.

„Jetzt sind sie mir verloren, sind sein!"
Das Wunder wird Wahrheit: Jetzt sinken sie
Anbetend, jauchzend vor ihm in die Knie!
Und zagend schaut' ich um mich. —
Doch nein:
Wie ich alle die Gesichter sah...."

Satan findet sein Lachen wieder, da er erkennt, wie verständnislos und blöde die Hörerschar bleibt. Allerdings: der Jünger hat der Dichter dabei nicht gedacht, wie uns überhaupt bisweilen scheinen will, daß sein Pessimismus und seine Welt- und Menschenverachtung die Menschheit etwas zu schwarz sehen, und es will uns wie Mitgefühl mit seiner Einsamkeit und mit seinen schweren Erfahrungen beschleichen, deren Nachhall so schwermütig durch diese Dichtungen zittert. Und doch sind diese Dichtungen in ihrer Reinheit, Innigkeit und Tiefe ganz wunderschön!

**Paul Keller: Waldwinter.** Roman aus den schlesischen Bergen. Mit Bildern von P. Brockmüller. 43. bis 45. Aufl. Breslau, Bergstadtverlag Wilh. Gottl. Korn.

Ein liebenswürdiges Buch, von reiner Berg- und Waldluft durchweht! Man weiß, daß Paul Keller Wege wandelt, die weit abseits vom lauten Literaturmarkt führen. Die Freude an Gottes Natur, an natürlichen unverbildeten Menschen, der Trieb nach Vertiefung und Veredlung, das Reifen und Wachsen an Schuld und Schicksal — diese Themen klingen immer wieder bei ihm an. Eine gütige Menschlichkeit waltet in seinen Schriften, die an den Schatten- und Nachtseiten des Lebens nicht vorbeigeht, sondern sie von innen heraus zu überwinden sucht. So bleibt beim Leser eine milde, nachdenkliche Heiterkeit zurück, und er ist dem Dichter dankbar dafür.

Der Verlag **B. G. Teubner in Leipzig** hat der heutigen Auflage einen Prospekt beigegeben, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen.


**Anzeigen für das Märzheft**
**werden bis spätestens**
**15. Februar 1918 erbeten.**
**Geschäftsstelle der Monatsschrift**
**Deutschlands Erneuerung**
**München, Paul Heyse-Straße 26**

**Wer fremde Sprachen**
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
**Methode Gaspey-Otto-Sauer.**
Man verlange ausführliche Prospekte von
**Julius Groos, Verlag, Heidelberg.**

**Bühnen-Vertrieb**
Wir haben unserem Verlag einen Bühnen-Vertrieb angegliedert, der nur wertvolle Arbeiten annimmt.
Rundschreiben über die Vertriebsbedingungen kostenlos vom
**Drei Türme Verlag G. m. b. H.**
**Abt. Bühnen-Vertrieb** **Hamburg 6.**

**Auch die Gedanken reinigen** und hindern viele Menschen am ruhigen, zielbewußten Arbeiten, Vorwärtskommen und Glücklichwerden. Solchen ist dringend zu empfehlen, die Gesetze der Gedankenleitung, der Energie, Ausdauer, Sicherheit im Auftreten und Sprechen, des Gedächtnisses usw. kennen zu lernen. Verlangen Sie daher Prospekte über
Krebs' Lehrbriefkurse.
**H. Krebs, Barmen G. 9,** Werterstr. 51

**Höchst zeitgemäße Neuerscheinung auf Grund authentischen, zum Teil wenig bekannten Materials bearbeitet!**
**Papst, Kurie und Weltkrieg.**
**Von einem Deutschen.**
**Gr. 8° 160 Seiten. Preis M. 2.50**
Das Buch gibt eine Antwort auf die Frage: **„Was hat Deutschland von der Friedensvermittlung des Papstes zu erwarten"** und ist für **jeden gebildeten Deutschen** von großem Interesse, **besonders unentbehrlich** für **Politiker, Historiker** und **Theologen!**
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder gegen Einsendung des Betrages vom
**Säemann-Verlag, Berlin W. 35.**

**Schatzkästlein** für Bücherfreunde versendet frei: **O. Fürst, Neukölln,** Emserstr. 5

**Deutschlands Zukunft**
**bei einem guten u. bei einem schlechten Frieden**
Statistische Tatsachen zur Stärkung des Siegeswillens
Unter Mitwirkung von
Bezirksamtsassessor K. A. Fischer, Privat-Dozent Dr. B. Goßner, Geheimrat M. v. Gruber und Dr. E. Keup
Herausgegeben von **J. F. Lehmann**
Preis M. 1.—
Das Buch enthält eine klare Zusammenlegung alles dessen, was für die Gestaltung Deutschlands in Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung ist.
J. F. Lehmanns Verlag München, Paul Heyse-Str. 26

# Die Deutsche Zeitung

## das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

**Bezugsbedingungen:** Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

Kreuzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.– (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

Feldpostbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

**Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12**

Die

# Norddeutschen Monatshefte

sind im Dienst einer zeitlebendigen nationalen Volkskultur schöpferisch tätig. Sie wenden sich an jeden, der die geistige, künstlerische, wirtschaftliche und politische Not des Deutschtums erkannt hat und über diese Zeit des Kampfes hinaus Kraft und Liebe / aufbauend und kämpferisch / in den Dienst eines innerlich lauteren und erstarkenden Vaterlandes stellen will. Sie bilden im besonderen den Sammelplatz für alle Werte und Bestrebungen im norddeutschen Geistes- und Kulturleben.

## Sie sind die billigste deutsche Monatsschrift!

Einzelheft 70 Pfennig — Jahresbezug 7 Mark

**Die Hefte sind mit Kunstblättern erster deutscher Künstler geschmückt**

Neuere Probehefte gegen Einsendung von 80 Pf., ein Probeband mit drei verschiedenen Folgen gegen Einsendung von Mk. 1,20; ausführliches Rundschreiben kostenlos vom

**Drei Türme Verlag G. m. b. H., Hamburg 6.**

# Wer einen Angehörigen im Felde hat,

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme und Verdun. Apparat mit 50 Bildern komplett M. 6.50 einschl. Porto. Versand gegen Nachnahme. Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

**Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.**

kostenlos zugesandt wird.

---

**Trumpf-Idee!**

Eine Erlösung für Jeden ist unser

**Spranzband**

Deutsches Reichs-Patent.
Ausl.-Patent angem.
Ohne Feder,
Ohne Gummiband,
Ohne Schenkelriemen.

**Konkurrenzlos dastehend!**
Verlangen Sie gratis Prospekt.
Die Erfinder: **Gebr. Spranz**
Unterkochen (Württemb.) No 274

---

# Hakenkreuz-Schmuck!

Silbernes Hakenkreuz als Anhänger M. 3.–. Silberkettchen dazu M. 3.50.

Zum Julfeste bringen wir eine feine Zusammenstellung von **Broschen, Fibeln, Anhängern** und **Busennadeln** nach Entwürfen von **Walter Schulte vom Brühl** und andern Künstlern. — Werbeblatt Hakenkreuz frei. — Neu erschienen ist die Schrift **„Runenschmuck"** mit über 300 Entwürfen und Deutungen, sie kostet 60 Pfg. postfrei.

**Haus Eklöh, Lüdenscheid**

Kunstgewerbl. Werkstätten f. deutschvölkischen Schmuck u. Abzeichen

---

# Zum deutschen Kriegsziel

Eine Flugschrift von **H. Claß**

Mit einer farbigen Karte

21.—30. Tausend

Preis geheftet M. 1.—

J. F. Lehmanns Verlag in München

---

**Deutscher Anker**

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.

in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

**Kriegs- Lebensversicherung**

---

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift **„Deutschlands Erneuerung"** Bezug zu nehmen.

---

**Das neue Boden-Recht**

von Treumund Wälse

löst die Bodenrechtsfrage nach völlig neuen Gesichtspunkten

Jeder lese es. Preis 1.20 Mk.

52 Sis-Verlag in Zeitz

---

# U-Boot — Englands Tod!

Von **Leonhard Steinwäger**

Mit 4 farbigen Bildern von **Arpad Schmidhammer** und 80 graphischen Darstellungen

1.—25. Tausend. Geheftet M. 1.—

**Das Büchlein, das das gesamte Tatsachenmaterial in einwandfreier Weise zur Darstellung bringt, zeigt, daß der Zusammenbruch Englands nur noch eine Frage weniger Monate ist.**

**J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Straße 26**

---

# „Auf Vorposten"

Diese Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V. beleuchtet von hoher Warte aus die Wege, auf welchen die **internationalen Geheimbünde der Freimaurer und der Juden** unter **Führung des internationalen Großkapitals** zur Weltherrschaft gelangen wollen. Über den Einfluß dieser Geheimbünde auf die Vorgeschichte des Weltkrieges, auf die Verhetzung der Kulturvölker, auf die Umsturzbewegung und auf die Bestrebungen zur Erzielung eines faulen Friedens müßte jeder deutsche Mann sich baldigst belehren. Die

## Aufsätze über die Freimaurerei

sollten auch in solchen Kreisen beachtet werden, die über die Judenfrage bereits genügend unterrichtet sind. Geben sie doch an Hand von unwiderleglichen Urkunden den Schlüssel zu den vielen sonst ganz unverständlichen Geschehnissen der Weltgeschichte.

Vierteljahrspreis der Zeitschrift 1.50 M.; Probehefte 50 Pfg.

Bestellung durch Postanstalt, Buchhändler oder **„Verlag Auf Vorposten", Charlottenburg 4**

# Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

## Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

**Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.**

**Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.**

## Sanatorium Dr. Dornblüth

**WIESBADEN**

Erhöhte Lage am Wald

Auskunft kostenlos

## Landerziehungsheim im Taunus.

### Institut von Puttkamer

**Friedrichsdorf i. T.**

Unterricht d. 10klass. höh. **Mädchenschule** nach dem Plan des Lyzeums. Christl. Hausordg., kl. Klass., indiv. Behandlung. Vorbereitung z. Sprachlehr.-Ex. Fortbildung in Wissensch., Sprachen usw. Koch- und Haushaltungsunterricht. Unterricht in Gartenbau, Obst- und Gemüseverwertung.

## Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München. 634 Seiten gr. 8°. **Billige Ausgabe**, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt!

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2**

**MILCH** vollkommen entbehrlich zum Joghurtgenuß. Joghurttabletten gestatten jederzeit und ohne Berufsstörung den Joghurtgenuß. Joghurt tötet wie die ärztliche Wissenschaft nachgewiesen hat die bakteriellen Darmgifte; verhütet Blinddarmentzündung und Unterleibsleiden; fördert die Heilung bei allen Stoffwechsel- und Darmkrankheiten. Joghurt ist ein seit Jahrzehnten erprobtes Vorbeugungs- und Heilmittel; ein hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel. Drucksachen u. ärztl. Gutacht. kostenl. Joghurt-Tabletten, 1 Schachtel = 100 Stück M. 5.— Joghurt-Lecithintabletten, 1 Schachtel = 100 Stück M. 7.—

**Hubertushof D. E. Hohenpeißenberg,** Bayer. Hochl.

## Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

**Jugendheim Heidelberg**

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

## Aschaffenburg a. Main

### Pensionat Spessartblick

Höhere Mädchenschule. ◆ Neuzeitlich einger. Haus. ◆ Wissenschaftl., kaufm., hauswirtsch., gesellsch. Ausbildung. Trotz des Krieges gute Verpflegung. Prosp. u. Referenzen d. d. Direktion

## Hessische Handels-Lehranstalt

Rheinstraße 6 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

## Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine!

◆◆ Hervorragende Bezugsquelle ◆◆

**Fritz Weitzel,** Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

## Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.) Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

**Frau Frieda Hoeke-Kriele.**

**Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen**

# Praktische Erfahrung

ist mehr wert als graue Theorie. Wenn aber reiche praktische Erfahrung mit bester Theorie gepaart ist, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Ich bin mehr als Einmalhunderttausend Personen jeden Alters und jeden Standes praktisch an die Hand gegangen, habe ihnen gezeigt, wie sie in ihrem Berufe vorwärts kommen oder einen besseren ergreifen könnten, habe ihnen neue Gesichtskreise eröffnet, den Verzagenden neuen Lebensmut eingeflößt. Wie gering auch die Vorbildung des einzelnen sein mochte, ich habe ihn vorangebracht, seinen guten Willen und gewissenhafte Mitarbeit natürlich vorausgesetzt. Diese ungeheure Erfahrung, die ich mir im direkten Verkehr mit mehr als hunderttausend Personen gesammelt habe, kommt Ihnen zugute, wenn Sie sich heute an mich wenden. Wer kann Ihnen auch nur eine annähernd so reiche Erfahrung bieten? Hören Sie, was diejenigen sagen, denen ich vorangeholfen habe. „Erst Ihre Lehre hat mir die Geheimnisse des richtigen Denkens entdeckt, neues Leben und Interesse gezeigt und Lust und Freude zur Arbeit in mir erweckt. Jetzt sehe ich mein Ziel näher und den richtigsten, kürzesten Weg zu ihm. Ich erkenne an, daß Ihre Methode die beste ist, leicht faßlich, vernünftig und für jeden Menschen wertvoll . . . Ich habe Selbstvertrauen, Ruhe und Mut erlangt, ich bin glücklich geworden . . . R. W." — „Habe soeben mit Auszeichnung promoviert, wofür ich Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen mich beeile. Ihre Methode ist reinwegs kostbar, weil streng naturgemäß. Man lernt seinen Geistesapparat handhaben, wie man seine Schreibfeder handhabt . . . Dr. E. P." — „Bei Einarbeitung in meinen neuen Posten verschafft mir die Anwendung Ihrer Lehre sehr große Erleichterung. M. Sch." — „Einen wesentlichen Vorzug in Ihrer Lehre erblicke ich in der überaus klaren Ausdrucksweise des gesamten Stoffes, wodurch es auch Leuten mit Elementarschulbildung schon bei mittelmäßiger Begabung ermöglicht wird, in kurzer Zeit außerordentlichen Nutzen daraus zu ziehen H. K." — Individueller Unterricht in Geistesschulung, Gedächtnislehre, Charakterbildung, Willensstärkung.

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

**L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München C 12**



Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

Jahrg. Heft 3 März 1918

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Der Bankerottfriede .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Dr. Paul Franz
Die Stärkung des Deutschen Reiches als des Kernlandes des Deutschtums eine Notwendigkeit für uns alle .. .. .. .. .. .. S. . . .
Der Kampf um die Goldwährung .. .. .. .. Dr. Alfred Schmidt-Essen
Deutsche Staatsauffassung .. .. .. .. .. .. .. .. Prof. Dr. Max Wundt
„Deutscher Bürgerstaat" in anderer Betrachtung .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Arnold Wagemann
Zum Wiederaufbau des deutschen Handwerks .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Dr. Felix Ruh
Philosophie und Volkstum .. .. .. .. .. .. .. .. Werner Oswald
Bild der Lage – Bücherschau .. .. .. .. .. .. .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Preis: Vierteljährlich M. 5.– By Einzelheft M. 1

## Zwei aufsehenerregende Neuerscheinungen!

# Dr. K. Kramarsch,
# der Anstifter des Weltkriegs

**Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt von**
**Dr. Fr. Wichtl, Mitglied des österr. Reichsrates**

**Zweite Auflage / 6.-10. Tausend / Preis geheftet M. 3.40**

Auf Grund der Akten des Kriegsgerichts wird hier in einwandfreier Weise nachgewiesen, wie Dr. Kramarsch neben König Eduard von England der Hauptanstifter des Krieges ist, wie er mit den leitenden Staatsmännern unserer Feinde Beziehungen unterhielt und wie er alles tat, sein Vaterland zu vernichten, um dem tschechischen Volke zum Sieg zu verhelfen.

Nach Lesen dieses Buches verstehen wir all das, was uns bisher in Österreich fremd und unverständlich geschienen hat: das hochverräterische Treiben der Tschechen im österreichischen Reichsrat, die Reden des ehemaligen Ministers Dr. Forscht, eines P. Zahradnik, eines Staniek, Stribeny; die Meutereien tschechischer Truppenteile, die Fälle von Sabotage, Spionage und die Verrätereien jeder Art erscheinen plötzlich in ganz anderem Lichte, sie sind nicht mehr als Einzelerscheinungen, sondern als Ergebnisse einer unerhörten Verschwörung zu werten, die einen nicht geringen Teil des tschechischen Volkes bereits erfaßt hat.

Das Buch, das in das hochverräterische Treiben des tschechischen Volkes hineinleuchtet, liest sich infolge der Fülle hochinteressanter Einzelbeispiele wie ein spannender Roman. Leider ist es kein Roman, sondern furchtbare Wirklichkeit, mit der sich das deutsche Volk und seine Staatsmänner unbedingt vertraut machen müssen.

# Die Vertreibung des Königs
# Konstantin von Griechenland

**Dargestellt auf Grund amtlicher Urkunden**

**Herausgegeben von der Deutsch-Griechischen Gesellschaft**

**Mit einem Bildnis des Königs**

**Preis geheftet M. 1.50**

Das Buch gibt einen trefflichen Einblick in die Politik der Entente-Mächte. Während diese stets behaupten, daß sie den Krieg zum Schutz der kleinen Staaten führen, wird hier an der Hand der Akten der Beweis erbracht, in welch unerhörter Weise Griechenland vergewaltigt wurde, weil sein König redlich bemüht war, seinem Volk den Frieden zu erhalten.

**Die Schrift zeigt so recht, wie es in Wirklichkeit mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bestellt ist.**

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße 26**

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg

Schriftleitung Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München

Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 3 | März


## Inhalt:


Einan Kuning weiß ih (S. 161)
Der Bankerottfriede (S. 162) .. .. .. .. .. .. .. .. Dr. Paul Franz
Die Stärkung des Deutschen Reiches als des Kernlandes des Deutschtums eine Notwendigkeit für uns alle (S. 182) E * * *
Der Kampf um die Goldwährung (S. 188) .. .. .. .. Dr. Alfred Schmidt-Essen
Deutsche Staatsauffassung (S. 199) .. .. .. .. .. .. Prof. Dr. Max Wundt
Deutscher Bürgerstaat in anderer Betrachtung (S. 203) Arnold Wagemann
Zum Wiederaufbau des deutschen Handwerks (S. 208) .. Dr. Felix Kuh
Philosophie und Volkstum (S. 215) .. .. .. .. .. .. Werner Oswald
Bild der Lage (S. 219) — Bücherschau (S. 230) .. .. Dr. Erich Kühn


# Einan Kuning weiß ih.

(Ludwigslied, gedichtet i. J. 881 auf König Ludwig. An der Flandernfront als die Aschmänner besiegt und die Reichsküsten befreit wurden.

Althochdeutsche Handschrift zu Valenciennes im Hennegau. Erneuert i. J. 1917 von einem freien Landsassen auf dem Lankenberg im Thurgau).

1. Einen König weiß ich, / Heißet Herr Ludwig
In Bayern und Franken, / Unsern Mut wir ihme danken.

2. Sein' Mannheit hanget in Pflicht, / Sein Rat ist klug und schlicht
Zu deutschen Volkes Frommen / Muß Keinem entgegenkommen.

3. Des Volkes Gut und Taten / Sind bei ihm wohlberaten,
Fürstlich Art ist sein Denken, / Tut argen Feinden nichts verschenken.

4. Nicht fremde Ehre borgt er, / Für rechte Weisheit sorgt er,
Wir mögen vertrauen, / So auf sein' Kraft wir schauen.

5. In Volkes Landen weit / So sprechen mannliche Leut:
Das Reich in Ehren geht, / Wo König Ludwig steht.

6. In aberviel hundert Jahren / Wird noch Mann und Kind erfahren,
Wie vor den Deutschen stand / Herr König Ludwig von Bayerland.

# Der Bankerottfriede.[1])

## Von Dr. Paul Franz.

Über unsere völkische, politische und wirtschaftliche Zukunft entscheidet der kommende Friede. Seine Gestaltung ist für uns schlechthin eine Frage der Selbsterhaltung. Dies gilt vor allem bezüglich der durch den Krieg entstandenen Wirtschaftsschäden und finanziellen Mehrlasten. Es ist eines der verhängnisvollsten Zeichen unserer politisch verbildeten und verführten Zeit, daß gerade über diese allerwichtigste Frage unseres Daseins noch heute gefährliche Irrtümer umgehen und daß selbst die Kreise, die sie am meisten angeht, mit jenem falschen Optimismus an sie herantreten, der nichts anderes ist als Angst vor der Erkenntnis der Wahrheit und unmännliche Scheu vor der Notwendigkeit eigenen Handelns und vor eigener Verantwortlichkeit. Dazu kommt, daß die Friedensfrage durch eine namenlos gehässige und törichte Agitation einer durch Schuld verfilzten Parteiverfippung ihrem ganzen Wesen zuwider zu einer innerpolitischen Parteifrage gemacht worden ist. Schon Bismarck spricht bekanntlich von jener verhängnisvollen Eigenschaft seiner naiven Deutschen „im Parteiinteresse jede Dummheit hinzunehmen". Sie steht heute in Blüte. Seitdem es in unserem Vaterlande zum Vorteil und Vergnügen unserer Feinde dahin gekommen ist, daß die Beurteilung des künftigen Friedensschlusses und seiner Wirkungen nicht mehr aus der Quelle des Selbsterhaltungstriebes und des gesunden Menschenverstandes fließt, sondern nach dem Maßstabe der Parteidogmen und Parteiprogramme vor sich geht, scheint unser Volk von allen guten Geistern verlassen zu sein. Herr Wilson, der Menschheitsbeglücker der Wallstreet und kluge Spekulant auf die politische Einfalt nichtiger Gernegroße des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns, darf sich vergnügt die Hände reiben. Seit dem unseligen 19. Juli 1917 scheint bei uns eine Art politischer Selbstmordepidemie ausgebrochen zu sein. Das bestätigt mit unbewußter Selbstverhöhnung die alljüdische „Frankfurter Zeitung", wenn sie sich am 4. Dezember 1917 wortwörtlich zu folgendem „demokratischen" Programm des nationalen Selbstmordes bekennt: „Angenommen, eine ganze Nation fasse vermittelst des demokratischen Systems Entschlüsse, die ihr **Unglück herbeiführen: dann ist doch immer das Prinzip gerettet,** daß die ganze Nation ihr Schicksal geformt hat. **Das** ist der tiefste Sinn des demokratischen Gedankens: alle sollen das Schicksal tragen!" Mit plumperem Witze ist wohl noch keinem Volke die seidene Schnur zur Selbsterdrosselung gereicht worden!

Aber wenn es so weiter geht, wie bisher, wird unser Volk diese Schnur nehmen! Warum? Weil es blind gelassen, ja blind gemacht worden ist, weil man ihm von berufenster Seite bis heute noch nicht die Wahrheit darüber gesagt hat, welche Folgen seiner im Falle eines Verzichtfriedens warten. Gegen die Reichsleitung, zugleich aber auch gegen sämtliche Bundesregierungen ist der ernste Vorwurf zu erheben, daß sie es bis heute unterlassen haben, der Öffentlichkeit das sachgemäße Material zu unterbreiten, damit sich jeder ein eigenes Urteil über die Wirkungen eines entschädigungslosen Friedens bilden könne: Wäre eine solche Aufklärung beizeiten geschehen, so stünde es heute anders um uns. Wir hätten weder das Stockholmer Trauerspiel noch den 19. Juli mit seinem ganzen Mehrheitsjammer noch die internationale Verseuchung unseres Volkes und die Ausschaltung des deutschen Selbst-

[1]) Dieser Aufsatz ist als Sonderdruck zu beziehen. — Einzelpreis 60 Pf., ab 100 Stück 30 Pf., ab 1000 Stück 20 Pf.

bestimmungsrechtes sowie überhaupt die staatssozialistische Diktatur über unsere Wirtschafts- und Außenpolitik erlebt, die die Reichsleitung in den tödlichen Drahtverhau des Selbstbestimmungsrechts schuldiger und besiegter Völker getrieben hat. Abgesehen von der zielbewußten Abtötung des „Geistes vom August 1914" dank der Eigenart der Reichspolitik und staatlicher Machtmittel ist das politische Elend von heute ganz wesentlich die Folge der schweren und unverzeihlichen Unterlassungssünde einer sachgemäßen Aufklärung. Man hat aus Gründen einer international verirrten Scheinethik den „furor teutonicus" nach außen nicht züchten, nicht einmal wecken wollen. Das war eine politische Todsünde. Bewahre uns Gott davor, daß sie sich dadurch rächt, daß sich dieser furor nach innen richte! Dieses unermeßliche Unglück kann aber dadurch verhütet werden, daß das, was bisher versäumt worden ist, in allerletzter Stunde nachgeholt wird. Geschieht diese Tat nicht, so wird sich auch an uns das alte politische Naturgesetz erfüllen, daß die schwächste, nachgiebigste und auf volkstümliche Irrtümer eingestellte Politik immer zugleich die blutigste und volksfeindlichste ist.

Wie steht es denn in Wahrheit? Ist es denn nicht hirnverbrannt, die Frage des Friedens mit oder ohne Entschädigungen nach der politischen Parteizugehörigkeit zu beantworten? Werden die Folgen eines Friedens ohne Entschädigungen etwa dadurch andere, daß man seinen Abschluß international oder demokratisch anstreicht? Wer beim Leichenbegängnis mitgeht, ist doch schließlich für den, der im Sarge liegt, gleichgültig! Jedenfalls ist es allerhöchste Zeit, daß sich jeder in unserem Volke endlich klar macht, daß die Art des künftigen Friedensschlusses kein Parteigeschäft ist oder etwa bloß das Reich oder den Staat angeht, nein, daß dies jeden einzelnen im Volke in seinen ureigentlichsten Lebensinteressen berührt!

Sich ein klares Bild von dem zu machen, was uns in diesem Falle einmal erwartet, ist vielen deshalb erschwert, weil wir unsere Kriegsbedürfnisse während des Krieges bekanntlich aus Anleihen, nicht aus Steuern und Abgaben decken, und deshalb während des Krieges die eigentlichen Kriegslasten überhaupt noch nicht fühlen! Machen wir uns doch einmal klar, was uns finanziell nach dem Frieden bevorsteht. Die Zahlen, die im folgenden gegeben werden, beruhen auf eingehenden Berechnungen, sind dabei so niedrig als nur möglich eingestellt und gehen davon aus, daß wir etwa Ende Februar Frieden hätten.

Also wie stünde es mit unserer **jährlichen** Belastung im **Reiche**, falls wir Ende Februar Frieden hätten?

Die Summe der mit 5% zu verzinsenden lang- und kurzfristigen Anleihen und Kredite für eigentliche Kriegsbedürfnisse zuzüglich der aus laufenden Mitteln aufzubringenden Aufwendungen für Beseitigung gewisser Kriegsfolgen (Ersatz- und Erneuerungsaufwendungen) wird etwa 130 Milliarden M. betragen. Es mag zur Erzielung eines niedrigen Ergebnisses angenommen werden, daß in dieser Summe auch schon die nötigen Aufwendungen für die zerstörten deutschen Werte in den durch Feinde verwüsteten deutschen Landesteilen und Kolonien, die Aufwendungen für Wiedereinrichtung dieser Kolonien sowie die nötigen Aufwendungen für Wiederherstellung von Heer und Marine mit enthalten sind. Dazu kommen die im Falle eines Verzichtfriedens zu ersetzenden Geldverluste deutscher Gläubiger im Auslande, die nach Mitteilung des Vorsitzenden der „24 wirtschaftlichen Verbände zur Sicherung der deutschen Auslandsforderungen", des Herrn H. Stahlbuhk, auf den 16. Dezember 1917 berechnet und ohne Einbeziehung der süd- und mittelamerikanischen Republiken sowie Chinas 3 Milliarden M. betragen, und zwar ohne

Zinsen seit 3½ Jahren! Denn im Falle eines Verzichtfriedens erscheint es ausgeschlossen, daß das Reich die Befriedigung dieser Gläubiger erzwingt. Das sehen wir ja schon bei Rußland, dem wahrscheinlich 1½ Milliarden M. der deutschen Gläubigerforderungen geopfert werden. Es muß aber ebenso ausgeschlossen erscheinen, daß das Reich die in diesem Falle schutzlos gelassenen deutschen Kaufleute entschädigungslos und dem Vermögensverfall überläßt. Zur vorstehenden Summe kommt noch Ersatz des vernichteten Eigentums deutscher Staatsangehöriger im Ausland. Nehmen wir, alles in allem bei niedrigster Einstellung, 3½ Milliarden an! Das würde eine zu verzinsende Gesamtsumme von 133½ Milliarden ergeben, also einen Jahresaufwand von etwa 6,7 Milliarden M. Hierzu kommen die jährlichen Renten für Invalide und Hinterbliebene von etwa 4 Milliarden M. jährlich und die vom Reich eingeführten und noch bevorstehenden Erweiterungen auf dem Gebiete des Besoldungswesens und der Arbeiterlöhne sowie die Erhöhung aller Materialkosten und ähnliches. Mit 1,3 Milliarden M. wird der letztere Jahresmehraufwand nicht zu hoch gegriffen sein. Wir erhalten also als jährlichen Mehrbedarf des Reichs im ordentlichen Reichsetat die Summe von 6,7 + 4,0 + 1,3 = 12 Milliarden M. jährlich, der aus Steuern und Abgaben zu decken ist. Dabei ist noch nicht einmal eine Tilgungsrate für die Anleihen eingesetzt! Der Friedensbedarf des Reichs betrug im ordentlichen Etat etwa 2 Milliarden M. Der gesamte Jahresbedarf des Reiches würde also in Zukunft 14 Milliarden M. betragen, falls wir heute Frieden schlössen. Schon hiernach ergibt sich, daß wir bei Übernahme aller Lasten auf unser Volk nach dem Kriege mit einer Versechsfachung der für das Reich aufzubringenden Steuern und Abgaben zu rechnen hätten.

Aber das ist noch nicht alles! Auch der Bedarf der Bundesstaaten, der Gemeinden und Gemeindeverbände ist durch den Krieg in starkem Maße gestiegen. Trotzdem soll hier, um eine niedrige Ziffer zu erhalten, davon ausgegangen werden, daß sich der Bedarf in Staaten und Gemeinden nicht versechsfacht, sondern nur verdoppelt. Das ist keinesfalls zu hoch gegriffen. Welch außerordentliche Summen werden allein die bisher aufgeschobenen Erfordernisse für Wiederherstellung und Erneuerung der im höchsten Maße abgenutzten und verbrauchten staatlichen und kommunalen Anlagen verschlingen, z. B. bei den Straßen, den Eisenbahnen, Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerken, den Straßenbahnen, den Bergwerken usw.! Staat und Gemeinden sind am Ende des Krieges in vielfacher Hinsicht mit einer heruntergewirtschafteten Privatwirtschaft zu vergleichen, die vor der Notwendigkeit fast völlig neuer Wiederausstattung steht. Dazu kommt, daß die dem staatssozialistischen Irrtum völlig zum Opfer gewordene und bedenkenlos arbeitende Reichspolitik in einzelnen Maßnahmen, so im Besoldungs-, Anstellungs- und Lohnwesen, die Bundesstaaten und Gemeinden wohl oder übel zu teuerer Nachfolge zwingt. Auch die Materialkostensteigerung ist bei den Staaten und Gemeinden dieselbe wie beim Reiche. Bedenkt man bei alledem, daß vor dem Kriege unter normalen Verhältnissen die Bedarfssteigerung im Zeitraum 1907 zu 1913 bei den Bundesstaaten 365 Millionen M., bei den Gemeinden 534,3 Millionen M. betragen hat, so ist die Annahme einer Verdoppelung des bundesstaatlichen und gemeindlichen Bedarfs durch den Krieg und seine Folgen keinesfalls zu hoch gegriffen. Wir erhalten dann folgende Rechnung: Nach der im Reichsschatzamt aufgestellten Denkschrift von Gerloff hat für 1913 der laufende Bedarf der Bundesstaaten 1115 Millionen M., der der Gemeinden 1643 Millionen M. betragen, zusammen also rund 2,8 Milliarden M. Der Jahresmehrbedarf würde sich in Staaten und

Gemeinden hiernach auf denselben Betrag, ihr gesamter Jahresbedarf in Zukunft auf 5,6 Milliarden M. stellen. Insgesamt für Reich, Staaten und Gemeinden erhalten wir also folgendes Ergebnis:

| | | |
|---|---|---|
| Bisherige laufende Friedensbelastung | 4,8 | Milliarden M. |
| Zukünftige laufende Mehrbelastung: | 14,8 | „ „ |
| Zukünftige laufende Gesamtbelastung: | 19,6 | „ „ |

Es stehen sich also gegenüber 4,8 und 19,6 Milliarden M., mit andern Worten: bei einem entschädigungslosen Frieden wird der für die Bedürfnisse des Reichs, der Staaten und Gemeinden aufzubringende Gesamtbedarf an Steuern und Abgaben sich mindestens vervierfachen, wobei immer zu beachten bleibt, daß die hier angegebenen Zahlen keineswegs zu hoch sind. Wir haben heute schon Aufstellungen sachverständiger Leute, die höher gehen. Aber bleiben wir, um Übertreibungen zu vermeiden, bei der vorstehenden Schätzung. Die Berechnung führt also zur Vervier- bis Verfünffachung unserer bisherigen Abgaben- und Steuerlast. Da wir schon jetzt für die Bedürfnisse des Reiches, der Staaten und Gemeinden unser Einkommen mit durchschnittlich etwa 13,3% belasten, so erhalten wir das Ergebnis, daß unser Gesamteinkommen künftig mit 50—60% belastet wird.

Dies Resultat ergibt sich auch dann, wenn man von der Höhe des Gesamteinkommens im Reiche ausgeht. Dieses beträgt, unter Zugrundelegung der preußischen Einkommenstatistik für 1914 berechnet, 30 Milliarden M. Soweit eine Vermehrung dieses Einkommens während des Krieges stattgefunden haben sollte, wird sie nach Kriegsschluß durch vielerlei Verhältnisse (Gehalts-, Lohnrückgänge, Einstellung der spekulativen Kriegswirtschaft usw.) wieder verschwinden, so daß für den Kriegsschluß mit keinem höheren Einnahmestand zu rechnen sein wird als vor ihm. Auch hierüber ist mancher Irrtum verbreitet. Eine oberflächliche Betrachtung schließt für die Zeit nach dem Kriege aus der Höhe gewisser „Kriegsgewinne" auf ein allgemeines Ansteigen des Einkommens. In Wahrheit handelt es sich aber während des Krieges nicht um eine Vermehrung des allgemeinen Einkommensstandes, sondern mehr oder weniger um volkswirtschaftliche, und zwar sehr ungesunde Verschiebungen. Dem Großeinkommen gewisser Betriebe und Unternehmungen steht der Rückgang und Verlust an Einkommen in den weiten Mittelschichten gegenüber. Im übrigen ist zu bedenken, daß im Augenblicke des Kriegsendes nicht nur jene Großeinkommen, sondern auch die außerordentlichen Löhne bestimmter Arbeiterschichten wegfallen. Erst nach dem Kriege wird sich ferner der außerordentliche Ausfall an Einkommen durch Ausfall des Außenhandels, also des Ein- und Ausfuhrwertes von 22 Milliarden M., fühlbar machen. Es ist höchst bemerkenswert, aus den statistischen Unterlagen die Beziehungen zwischen dem Steigen des Außenhandels und der Einkommens- und Vermögensvermehrung festzustellen. Beides geht Hand in Hand. Erst nach Kriegsschluß, wenn das Leben vom Stamme unseres Nationalvermögens aufhört, wird sich die einkommens- und vermögenszerstörende Wirkung des Nichtmehrvorhandenseins unseres Außenhandels bemerkbar machen. Der hiernach sich ergebende Ausfall an gewerblichem und Lohneinkommen wird in die Milliarden gehen. Was den Lohnausfall durch Einstellung der Kriegslieferungsindustrie anlangt, so kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, daß er durch Entlohnung von Notstandsarbeiten auch nur annähernd ausgeglichen werde. Notstandsarbeiten dienen lediglich als Notbehelf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Weder Industrie noch Staat können nach dem

Kriege die spekulativen Kriegslöhne der Kriegslieferungsindustrie weiter zahlen. Schließlich wird sich nach dem Kriege als einkommensvermindernd noch der Umstand bemerkbar machen, daß starke Teile des Einkommens und Vermögens durch die bereits bestehenden, teilweise wie Beschlagnahmen wirkenden Reichssteuern (Wehrbeitrag, Besitzsteuer, Kriegssteuer mit Zuschlag) weggesteuert sind. In Höhe des auf mehrere Millionen M. zu berechnenden Jahresertrags der Summe dieser Wegsteuerung vermindert sich ebenfalls das Einkommen nach dem Kriege. Jedenfalls kann nach alledem davon ausgegangen werden, daß das Gesamteinkommen nach dem Kriege nicht mehr als 30 Milliarden beträgt. Wenn nun von den 30 Milliarden eine jährliche Steuerlast von 19,6 Milliarden getragen werden soll, so ergibt sich also wiederum eine Belastung des Einkommens von über 50%!

Was das heißt, kann sich ja jeder an seinen eigenen Fingern abzählen. Was die Verteilung dieser absolut unerträglichen Belastung, die für uns die wirtschaftliche Erdrosselung bedeutet, auf die einzelnen Steuerarten anlangt, so ist folgendes zu sagen. Der Mehrbedarf für Staaten und Gemeinden ist naturgemäß aus direkten Steuern, also aus Einkommens- und Vermögenssteuern zu decken, führt demnach bereits zu einer riesenhaften Anspannung dieser Steuern. Einen Vorgeschmack davon hat es ja, wohl in allen Bundesstaaten, schon während des Krieges gegeben.

Wie steht's aber mit dem außerordentlichen Mehrbedarf des Reiches an 12 Milliarden M.? An und für sich ist das Reich im Sinne der Reichsverfassung auf Zölle und indirekte Steuern angewiesen. Auf diesem Grundsatze und der Belassung der direkten Steuern an die Bundesstaaten beruht ja die staatsrechtliche Verfassung des Reiches. Die Antastung und Beseitigung dieses Grundsatzes bedeutet nicht nur den finanziellen sondern auch den politischen Tod der Bundesstaaten und die Mediatisierung ihrer Herrscherhäuser, damit aber die staatsrechtliche Umgestaltung des ganzen Reiches im Sinne der unitarisch-demokratischen Lehre. Wir wissen nun, daß sich infolge der unseligen Politik des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg bereits in Friedenzeiten ein folgenschwerer Einbruch in das den Bundesstaaten vorbehaltene Gebiet der direkten Steuern vollzogen hat, und zwar in dem Besitzsteuergesetze vom 3. Juli 1913, mit dem an Stelle gesunder finanzpolitischer Grundsätze die sentimental-soziale Phrase als Grundlage der Reichsfinanzpolitik eingeführt und nach dem Geständnisse des „Vorwärts" endgültig der Weg zum sozialistischen Einheitsstaat betreten wurde! Leider ist sich damals auch der Bundesrat seiner verfassungsrechtlichen und geschichtlichen Bedeutung nicht bewußt gewesen und hat mit Zustimmung zu dem Einbruch in die bundesstaatlichen Rechte die Bahn seiner eigenen Ausschaltung betreten. Daß sich auch die bayerische Staatsregierung in Unterstützung der verfehlten Bethmannschen Reichspolitik damals hat bereit finden lassen, von den großen Grundsätzen, auf denen ihr eigenes Dasein und die Selbständigkeit des Königs von Bayern beruht, abzugehen, ist eine folgenschwere Tatsache. Warum hat man damals nicht mit dem allein Widerstand leistenden Königreich Sachsen zusammen sich einer Entwicklung entgegengestemmt, die auf Entthronung der Bundesstaaten und Einrichtung des unitarischen Konvents in Berlin hinauskommen mußte, einer Entwicklung, in deren Auswirkung wir heute stehen, und von der die „Hamburger Nachrichten" damals sagten: „An die Tragödie, die in diesen Wochen dem deutschen Volk auf den Leib gedichtet ward, werden noch Kinder und Enkel seufzend denken?" Wäre damals der Bundesrat entschlossen in der Wahrung verfassungs-

mäßiger Rechte gewesen, so hätte das allerdings damals schon Herrn v. Bethmann Hollweg das Amt gekostet. Es wird aber Leute im deutschen Vaterlande geben, die — zumindest im Rückschauen — diesen Erfolg gesegnet hätten! Vielleicht hätte dadurch der Gang des Weltgeschehens einen andern Verlauf genommen, so daß wir uns heute nicht um eine Kriegsentschädigung zu sorgen hätten. Was Bayern anlangt, so ist die unbedingte Erhaltung der direkten Steuern und der Möglichkeit ihres Ausbaues als der alleinigen Grundlage jedes staatlichen Sonderdaseins zweifellos noch wichtiger als z. B. der Malzaufschlag oder die staatlichen Stempelsteuern.

Liegt schon nach den bisherigen Ausführungen und den Vorgängen des Besitzsteuergesetzes, des Wehrbeitrags und der Kriegssteuer die Befürchtung nahe, daß der künftige Reichsmehrbedarf zu einem wesentlichen Teile aus den den Staaten vorbehaltenen direkten Steuern gedeckt werde, so wird diese Befürchtung gegenüber der außerordentlichen Höhe dieses Bedarfs zur Gewißheit. Ein jährlicher Mehrbedarf des Reiches von 12 Milliarden M. läßt sich, wenn überhaupt, so kaum ohne Inanspruchnahme der direkten Steuern aufbringen. Nehmen wir an, daß man daran denke, nur etwa $^1/_3$ dieser Summe, also 4 Milliarden M., aus direkten Steuern und Besitzsteuern zu decken, etwa auf dem Wege einer beschlagnahmeähnlichen Ausgestaltung der Erbschaftssteuer bis zum Ertrage von vielleicht 300 Millionen M. (bisher 50 Millionen) und auf dem Wege der Abbürdung eines dem Jahresertrage von 3,7 Milliarden M. entsprechenden Kapitalwertes von 74 Milliarden M. durch eine vermögenskonfiskatorische, teils als neue Kriegsgewinnsteuer, teils als einmalige Vermögenssteuer gedachte Abgabe. Jedenfalls darf man davon ausgehen, daß im Falle des Verzichtfriedens für den Reichsbedarf aus den Quellen der direkten Steuern, also aus dieser eigentlichen Grundlage der Nationalwohlfahrt und der bundesstaatlichen Verfassung, folgende Jahresbeträge mehr herausgezogen werden als bisher: 2,8 Milliarden für Staaten und Gemeinden und mindestens 4 Milliarden fürs Reich, zusammen also 6,8 Milliarden M.!

Was würde diese Maßnahme zunächst für die Bundesstaaten bedeuten? Sie müßten also aus ihrer Steuerreserve, deren Ausschöpfung ihnen allein die Deckung ihres eigenen künftigen Mehrbedarfs ermöglichen würde, für das Reich vorab mindestens 4 Milliarden M. samt dem künftigen Zuwachs und Ertrag dieser Summen hinausgeben. Der sächsische Finanzminister v. Seydewitz hat in seiner Etatsrede im November 1917 ein anschauliches Bild der Verhältnisse entworfen (Deutsche Zeitung 604 v. 30. 11. 17) und hat u. a. angegeben, daß schon die jetzige Kriegsabgabe einen Betrag von 417 Millionen M., d. i. das Fünffache des Ertrags der sächsischen Einkommensteuer, aus dem Lande bringt. Es wäre wünschenswert, wenn man erführe, wie die diesbezüglichen Verhältnisse bei den übrigen Staaten stehen. Wird den Bundesstaaten ein Jahreswert von insgesamt etwa 4 Milliarden M. entzogen, so bedeutet das die Dauerentziehung eines Kapitalwertes von 80 Milliarden M. samt Zuwachs und Ertrag aus ihrer Steuerreserve. Das heißt aber nichts anderes als die gründliche und restlose Auslaugung der einzigen Grundlage, auf der die bundesstaatliche Staatswirtschaft und ihre politische Selbständigkeit steht. Wie dann überhaupt noch eine regelmäßige Deckung des Staatsbedarfs möglich sein soll, ist unerfindlich. Dr. R. van der Borght weist in einer neuerlichen Arbeit („Entwicklung und Ausbau der deutschen Finanzen") an amtlichem Materiale nach,

daß schon heute die verhältnismäßig engen Volkskreise, die die direkten Steuern tragen, auch ohne die bereits bestehende Kriegsabgabe etwa die gleiche Jahressteuerlast tragen, wie das gesamte Volk an Verbrauchssteuern aufbringt, daß also schon jetzt auch ohne Kriegsabgabe vom Gesamtsteuerbedarfe des Reiches, der Staaten und Gemeinden ein unverhältnismäßig hoher Anteil aus den direkten Steuerquellen gedeckt wird. Weiter ist zu bedenken, daß auch von den indirekten Steuern, vor allem den Rechtsverkehrssteuern ein sehr beträchtlicher Teil ebenfalls ausschließlich den Besitz, also die Quellen des Staatssteuerrechtes, trifft. Schon heute wird so die Masse der indirekten Steuern durch die der direkten und Besitzsteuern überschritten. Van der Borght weist nach, daß bereits durch die gegenwärtige Kriegsabgabe die Jahresbelastung an direkten und Besitzsteuern nahezu auf den doppelten Betrag der indirekten Steuern gebracht wird! Deshalb ergibt sich schon heute — also ohne Rücksicht auf die Deckungsnotwendigkeiten für den künftigen Bedarf von Reich, Staaten und Gemeinden — eine bedenkliche steuerliche Notlage für die Einzelstaaten. Praktisch tritt das in der Weise in Erscheinung, daß den Einzelstaaten bereits bei der gegenwärtigen Sachlage bei Durchbringung ihres steuerlichen Bedarfs ernste politische und parlamentarische Kämpfe bevorstehen. Wir sehen schon jetzt, daß bei den Steuererhöhungen in den einzelnen Staaten bewährte steuerliche Grundsätze aufgegeben werden müssen (so z. B. die Freilassung der Teuerungszulagen, der Unterstützungen aller Art usw.) und daß auch bei der Etatgebarung in den Bundesstaaten hier und da von bewährten Etatsgrundsätzen abgegangen werden muß, um nur den heutigen Bedarf durchzubringen und eine geordnete Staatswirtschaft aufrecht zu erhalten. Was soll aber dann werden, wenn erst der nach einem Verzichtfrieden nötige künftige eigene Bedarf an Staaten und Gemeinden herantritt; was soll erst werden, wenn das Reich zur anteiligen Deckung seines Bedarfs vorher einen Rieseneingriff in die Steuerreserven der Bundesstaaten vornimmt?? Glaubt man dann wirklich noch, daß es möglich sein werde, daneben zu einer regelmäßigen Deckung des oben gekennzeichneten Mehrbedarfs der Bundesstaaten und Gemeinden zu gelangen? Für die Bundesstaaten und Gemeinden bleibt dann eben nichts mehr übrig, sie stehen wirtschaftlich und finanziell vor einer Unmöglichkeit!

Man mache sich einmal klar, was das heißt. Neue Aufgaben, die nach Erfüllung rufen, würden die Einzelstaaten nicht mehr übernehmen und erfolgreich begonnene nicht vollenden können, und auch der bisherige Aufgabenkreis würde fortschreitend eingeschränkt werden müssen. Wir haben ja ähnliche Vorgänge schon nach Einführung des Besitzsteuergesetzes erlebt. Auch große Bundesstaaten wie Bayern würden rettungslos in einen Zustand des Stillstandes und des staatlichen Verfalls geraten, der nach einer kurzen Zeit schwerer Schädigung des gesamten Volkstums damit enden würde, daß das Reich die unerfüllbar gewordenen Aufgaben allmählich an sich nähme, ohne daß damit dem durch das Hinsiechen der Bundesstaaten in seiner Entwicklung selbst schwer getroffenen Reiche (falls es bei einem Verzichtfrieden überhaupt lebensfähig bliebe!) auch nur der geringste Segen geschähe. Die kurze Verkümmerungsfrist, der Zustand des Nichtleben- und Nichtsterbenkönnens wäre erfüllt von einem heißen Ringen und Kämpfen, Sorgen und Mühen voll Not und Bitternis. Und jedem einzelnen im Volke würde dies an seinem Leibe fühlbar werden, am meisten zunächst der Beamten- und Lehrerschaft.

Zunächst würden die gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die Aufgaben einzustellen, denen diese Staaten

vor allem ihr Ansehen und ihre Blüte verdanken: die Ausgaben für Kunst und Kulturzwecke. Denn vor der Ästhetik und der Pflege des Geistes steht auch in der Staatswirtschaft der Hunger, das materielle Daseinserfordernis. Demnächst würde sich der Einnahmemangel bei denjenigen Staatsverwaltungszweigen fühlbar machen, die nicht den unmittelbarsten Lebensbedingungen des Staates dienen, in erster Linie also wohl bei der mit so viel froher Hoffnung unternommenen Wasserwirtschaftspolitik in Süd- und Mitteldeutschland, bei dem weiten Gebiete der Förderung von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, überhaupt der Mittelstandspolitik, der staatlichen Fürsorge für Arme, Kranke, Krüppel, Irre usw. Und so würde der Verfall von einem zum andern schreiten. Natürlich würde sich die Notwendigkeit der Einschränkungen und Abstriche überall zuerst und am fühlbarsten bei den persönlichen Ausgaben bemerkbar machen: Vermehrung von Beamten- und Lehrerstellen, Gehaltsaufbesserungen, Pensionserhöhungen usw. werden gegenüber abgeschnürten staatlichen und gemeindlichen Einnahmequellen zu allererst fromme Wünsche bleiben. Im Gegenteil, Stelleneinziehungen und Gehalts- und Lohnherabsetzungen sind dann selbstverständlich, und viele Hans-guck-in-die-Luft-Politiker von heute, vor allem unsere Arbeiter, die sich in demokratischer Verirrung jetzt für annexionslosen Frieden und für unitarische Zentralisierung begeistern, werden dann wie betrübte Lohgerber an die auf ewig verlorene „gute alte Zeit" vor dem Kriege zurückdenken, die sie um einer törichten Parteilehre willen aufgegeben haben. Ihr Lohn wird sein: Steine statt Brot.

Ein Zweifel an der Mediatisierung der Bundesstaaten, also an ihrer Entwicklung zu demokratischen Reichsprovinzen im Sinne der Anschütz, Meinecke, Naumann usw. ist im Falle des entschädigungslosen Friedens in der Tat völlig ausgeschlossen. Dafür würde neben den geschilderten wirtschaftlichen Folgen auch die betriebsame politische Hetze gegen selbständige Bundesstaaten sorgen, die unter dem finanziellen Drucke aufs höchste steigen und überall fruchtbaren Boden finden müßte. Man würde die finanziellen Erfordernisse der Bundesstaaten als etwas Überflüssiges, Unzeitgemäßes, als Luxus und Hinderung für den Wiederaufbau der Nationalwirtschaft bekämpfen. Der „Bayerische Kurier" hat ja völlig recht, wenn er dem bekannten Fehltritt der „Bayerischen Staatszetung" gegenüber, die in Nr. 104 von 1917 den Verzicht auf eine Kriegskostenentschädigung in Aussicht stellte, folgendes schreibt:

> „Von den Sozialdemokraten können wir begreifen, daß sie nach einem Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen" streben, denn ein solcher Friede wäre die beste Garantie auf eine unabsehbare Lebensdauer ihrer Partei und eine Gewähr für die Verwirklichung ihrer Ziele. Die Unzufriedenheit im Innern, der enorme Druck der finanziellen Lasten, das Mißvergnügen der Kämpfer, für ein Nichts das Leben in die Schanzen geschlagen zu haben, alles das müßte auf die Dauer eine Atmosphäre schaffen, welche der Demokratie in Deutschland im Sinne unserer Feinde ungestörtes Gedeihen sichert. Die Republik würde dann im Frieden von selbst kommen, nachdem man sie uns durch den Krieg nicht hat aufzwingen können. Nicht die letzten, welche als Opfer einer derartigen Neuorientierung fielen, wären die bundesstaatlichen Dynastien, welche ja schon seit langem von jener Seite als kostspieliger Luxus bekämpft werden und die zweifellos als erstes Ersparnisobjekt an die Reihe kommen, wenn der heute noch gar nicht vorstellbare Druck der Kriegslasten voll zur Geltung kommt. Glaubt nicht die „besondere Seite" (Staatszeitung), daß

das Volk bei dem unerträglich werdenden Steuerdruck sich umsehen wird, ob nicht zur Verwaltung Bayerns ein Oberpräsident statt eines eigenen Staatsministeriums genüge? Gewiß sind wir so gut wie einer von dem bayerischen Sonderbewußtsein überzeugt, aber vor den harten Lebensnotwendigkeiten treten die höchsten Lieblingsideen zurück!"

In der Tat, der Verzichtfrieden, also der Verzicht auf eine ausreichende Kriegskostenentschädigung irgendwelcher Art, bedeutet schlechthin den finanziellen und damit den politischen Bankerott der Bundesstaaten und die gänzliche Mediatisierung ihrer Herrscherhäuser.

Die Folgerungen hieraus ergeben sich von selbst. Wenn die Bundesstaaten nicht den Selbstmord zum Sport erheben wollen, müssen sie sich kräftig regen und ihren verfassungsmäßigen Rechten auf Mitbeteiligung bei der Reichspolitik stärkeren Ausdruck geben, als es bisher geschehen ist. Das sind sie nicht nur sich selber, ihren Fürstenhäusern, sondern auch ihrem Volke schuldig. Bisher haben wir davon wenig gesehen. Im Gegenteil! Wir haben z. B. den bekannten Verzichtartikel in Nr. 104 der Bayerischen Staatszeitung erlebt, der von der ausländischen Presse mit kriegsverlängernder Wirkung ausgeschlachtet wurde. Das „Allgemeen Handelsblad" schrieb damals: „In den Ländern der Zentralmächte ... macht sich die Kriegsverdrossenheit je länger je vernehmlicher bemerkbar. Kennzeichnend ist in dieser Richtung vor allem ein Artikel, der vor ein paar Tagen in der Bayerischen Staatszeitung, dem Organe des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen v. Hertling, des Präsidenten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Bundesrate, erschienen ist. Darin wird offen Stellung genommen gegen alle Forderungen auf Annexionen und Kriegsentschädigungen.... Es ist von Bedeutung, daß dies (= Unmöglichkeit des Erfolges gegen England und Frankreich) jetzt in dem Organe des bayerischen Ministerpräsidenten öffentlich betont wird." Hierzu kommt die fortgesetzte Unterstützung, die die folgenschwere Bethmännische Politik durch den früheren Ministerpräsidenten Bayerns im auswärtigen Ausschusse des Bundesrats, offenbar ohne Widerspruch durch andere Bundesstaaten, gefunden hat und durch die jene Politik und ihre Dauer zum guten Teile erst möglich geworden ist. Hier liegt eine ernste geschichtliche Mitschuld der Bundesstaaten. Das muß offen und ehrlich ausgesprochen werden. Auch in diesen Dingen, in denen es sich um Tod und Leben unseres Volkes handelt, gilt für uns das Wort: Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.

Hier gilt es endlich aufzuwachen und ohne Rücksicht auf die guten oder bösen Mienen der Berliner Stellen, ohne Rücksicht auf gewisse gesellschaftliche Bindungen zu retten, was zu retten ist. Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht angängig, auf das Gebiet der schwierigen verfassungsrechtlichen Probleme näher einzugehen. Es ist richtig, daß nach Artikel 11 der Reichsverfassung der Kaiser zum Friedenschließen und damit zur Entscheidung über eine Kriegskostenentschädigung allein zuständig ist. Es ist aber ebenso richtig, daß wir in einem Bundesstaate leben, in dem selbst viel minder wichtige Dinge nicht ausschließlich nach dem Wortlaut der Verfassung gehandhabt worden sind, und daß in einer Sache, die zugleich über Leben und Sterben der Einzelstaaten entscheidet, eine sachliche Mitwirkung der Betroffenen unter normalen Verhältnissen selbstverständlich sein sollte. Auch Bismarck ist 1870 innerhalb des Norddeutschen Bundes hiernach verfahren. Man wird auch der Meinung sein dürfen, daß alle diejenigen Fragen, die die Verwer-

tung der besetzten Gebiete, also ihre innerstaatliche Behandlung und ihre Ausnutzung im Interesse des deutschen Volkes betreffen, aus dem Rahmen des Friedensschlusses im Sinne des Artikel 11 herausfallen und ohne Vertragsschluß zwischen den hohen Verbündeten des Deutschen Reiches nicht geregelt werden können. Schließlich hat aber auch der rechtliche Aufbau der Reichsverfassung durch den eigenartigen „modus procedendi" der gegenwärtigen Reichsleitung ein neues Gesicht gewonnen. Da dem an sich völlig unzuständigen Reichstage ein Mitwirkungsrecht an der Art des Friedensschlusses eingeräumt worden ist, wird man schon aus politischen Gründen mindestens dasselbe für den Bundesrat verlangen müssen. Es ist deshalb erfreulich, daß Bayern nach dieser Richtung in der Sendung des Grafen v. Podewils zu den Friedensverhandlungen einen ersten Schritt getan hat. Es ist aber zu hoffen, daß es Bayern bei der Ausnutzung eines Reservatrechtes nicht bewenden läßt, sondern daß es sich in Verfolg der unumgänglich nötigen nationalen Forderungen an der Spitze der übrigen Bundesstaaten für eine angemessene Berücksichtigung des Bundesrates als solchen bei der Regelung eines Friedens einsetzt, der über Leben und Sterben sämtlicher Gliedstaaten des Reiches entscheidet. Was dem Reichstage recht ist, wird ja wohl den Bundesstaaten billig sein dürfen. Was übrigens die wirtschaftspolitischen Verhandlungen anlangt, so sind vertragsgemäß alle Bundesstaaten, die Anlieger am Auslande sind, zur Teilnahme an den Verhandlungen mit diesem Auslande berechtigt.

Sind hiernach kurz die Folgen eines entschädigungslosen Friedens für die Bundesstaaten erörtert, so bleibt noch die Frage, ob eine Deckung des für das Reich errechneten Jahresbedarfs überhaupt möglich ist und welche Folgen sich aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen für die Gesamtheit des Reiches sowie jeden einzelnen Staatsbürger aus dem Verzichte auf Kriegskostenentschädigung ergeben.

Für das Reich allein handelt es sich also um einen jährlichen Mehrbedarf von etwa 12 Milliarden oder einen Gesamtbedarf von 14 Milliarden M. gegen 2 Milliarden im Frieden; für Reich, Staaten und Gemeinden zusammen um eine jährliche Mehrbelastung von 14,8 Milliarden M. und eine Gesamtbelastung von 19,6 Milliarden M. Oben ist bereits angeführt, daß es sich demnach insgesamt um eine Belastung des Einkommens von über 50% handeln würde.

Man braucht nun weder Nationalökonom noch Finanzpolitiker zu sein, um sich zu sagen, daß diese unerhörte Jahresbelastung von der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege ohne ihre Zerstörung nicht getragen werden kann. Das gilt vor allem dann, wenn daran gedacht wird, einen erheblichen und in die Milliarden gehenden Teilbetrag durch direkte Steuern aufzubringen. Die Annahme, daß die „reichen Leute" und die Kriegsgewinnler den wesentlichen Teil dieser Auflagen mittels entsprechender Staffelung einzelner Abgaben tragen könnten, ist ja lediglich eine sozialistische Agitationsphrase. Gerade hierüber befinden sich aber auch weite Kreise unseres in diesen Dingen außerordentlich oberflächlich denkenden „gebildeten" Volkes in starken Irrtümern. Bedenke man doch, daß die Vermögen über eine Million Mark nicht mehr als etwa 38 Milliarden M. im Reiche ausmachen! Diese 38 Milliarden ergeben ein Nettoeinkommen von 1,9 Milliarden M. Selbst wenn man dieses Einkommen restlos, was natürlich nicht möglich ist, zur Deckung allein des Reichsbedarfs von 14 Milliarden heranziehen wollte, blieben immer noch 12,1 Milliarden Reichsbedarf ungedeckt! Und an den Mehrbedarf der Bundesstaaten und Gemeinden wäre dabei überhaupt noch nicht gedacht. Schon daraus

ergibt sich, daß die ungeheuerliche Belastung, die die Deckung des künftigen Bedarfs aus eigenen Mitteln nötig machen würde, im wesentlichen die mittleren Vermögens- und Einkommensschichten treffen müßte. Das ist anders gar nicht möglich; es ist ein alter steuertechnischer Erfahrungssatz für jede Steuer, daß sie, falls sie einträglich sein soll, gerade die mittleren Vermögens- und Einkommenslagen mit starken Prozentsätzen angreifen und die untere Grenze des steuerlichen Mittelstandes möglichst niedrig legen muß. Die Grundpfeiler der Nationalwirtschaft und die Träger der Steuerwirtschaft sind bekanntlich nicht die Riesenunternehmungen und die Millionärsvermögen, sondern gesunde wirtschaftliche Mittelschichten. Gerade die werden aber durch die notwendigen Maßnahmen zur Deckung des künftigen Bedarfes zerstört. Die Folgen können nicht zweifelhaft sein. Nach wirtschaftlicher Erfahrung ist jeder öffentliche Betrieb ja schon dann verloren, wenn er bloß gerade noch seinen laufenden Bedarf aufbringen kann. Im vorliegenden Falle aber werden die Folgen geradezu in der Unterbindung des wirtschaftlichen Wiederhochkommens unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege bestehen. Das ist leicht zu beweisen.

Schon unter normalen Friedenszeiten und bei ungeschwächter Nationalwirtschaft würde die Deckung eines solchen jährlichen Riesenbedarfes, wie er jetzt vor uns steht, kaum möglich sein und mindestens zu schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens führen. Wieviel mehr nach einem Kriege, der diese Wirtschaft bis ins Innerste erschüttert hat!

Lassen wir endlich die törichte Selbstberuhigungsphrase, wir dürften über diese Dinge nicht offen reden, damit „die Feinde nichts merken". Diese Phrase hat während dieses Krieges schon mehr als einem Irrtum als bequemes Lotterbett gedient und ist zur Geschäftsbesorgerin schon so manchen Unheils geworden, genau so wie die schöne Redensart vom „Burgfrieden" und der „inneren Einigkeit". In Wahrheit wissen unsere Feinde überall diese Dinge viel besser Bescheid als unser eigenes Volk. Es handelt sich auch keineswegs um etwas Schlimmes, etwas zu Verbergendes, sondern um etwas Selbstverständliches, etwas allen Klardenkenden und Einsichtigen Offenkundiges, allerdings um etwas, was beim Eindringen in die „öffentliche Meinung" ohne weiteres das einhellige stürmische Verlangen nach einem deutschen Frieden und vor allem nach einer starken Kriegsentschädigung auslösen würde. Gerade das ist aber für gewisse Leute oben und unten unbequem, und eben deshalb die Angst vor der Aufklärung, die Rosamalerei und die Verfolgung derer, die das deutsche Volk nicht als Wickelkind behandelt wissen wollen, sondern die das Zutrauen zu ihm haben, daß es aus der Erkenntnis der Wahrheit die rechten Schlüsse zieht.

Es ist gefährlich, aus dem Blühen des Bankgewerbes, der Munitionsfabriken oder der Kriegslieferungsindustrie Rückschlüsse auf die Verfassung des deutschen Wirtschaftslebens zu ziehen. In Wahrheit hat der Krieg unser Wirtschaftsleben in gewisser Beziehung stärker betroffen als das unserer Hauptgegner. Der beliebte vergleichende Hinweis auf die englische und französische Wirtschaft ist verfehlt. Gewöhnlich geschieht dieser Hinweis derart, daß man sagt: in England und Frankreich seien nach dem Kriege dieselben Verhältnisse wie bei uns, auch England und Frankreich müßten, um zur Deckung ihrer Kriegskosten und wieder auf ihren alten Wirtschaftsstand zu gelangen, ihre Wirtschaft verhältnismäßig genau so und tatsächlich wohl in noch höherem Maße belasten als wir. Es sei deshalb ein gewisser „internationaler Ausgleich" vorhanden, und es sei die Befürchtung zurückzuweisen, daß Deutschland infolge seiner Belastung nach dem Kriege ohne

Kriegsentschädigung in Rückstand gegenüber der Weltwirtschaft geraten werde. Bei dieser Betrachtung wird dreierlei vergessen: erstens, daß England und Frankreich keinen zerstörten Außenhandel haben, sich ihren Außenhandel, diesen wesentlichen Träger des Nationalreichtums und der Steuerkraft, also nicht erst mit Aufwendung riesiger Mittel wieder ganz allmählich aufbauen müssen; zweitens, daß beide ganz andere und unzerstörte Quellen eines ständig fließenden Nationalreichtums haben als wir; drittens, daß für uns der Krieg in viel höherem Maße als für die Feinde die Einstellung der produktiven Arbeit und das Leben vom Nationalvermögen mit sich gebracht hat. Es ist töricht, zu leugnen, daß das englische Kriegsziel der Vernichtung unserer wirtschaftlichen Weltmachtstellung in gewisser Hinsicht z. Z. völlig erreicht ist. Es ist auch töricht, zu leugnen, daß England nicht nur in Industrie, Handel und Gewerbe ungeheuer verdient hat, sondern daß es sich auch auf die Dauer auf unsere Kosten bereichert und durch Raub unseres Außenhandels eine unerhörte wirtschaftliche Machtverbreiterung erfahren hat, ein Zustand, der durch einen sog. Verzichtfrieden unsererseits verewigt würde! Wir dagegen stehen in Deutschland nach siegreichem Abschluß des Krieges vor einer weithin entkräfteten, ja teilweise völlig zerstörten Volkswirtschaft, insbesondere vor einem schon jetzt schwer notleidenden, zum Teil erdrückten industriellen und gewerblichen Mittelstande. Gerade letzteres ist für die hier behandelte Frage von bedenklichster Bedeutung. Denn dieser Mittelstand ist nun einmal nach naturgesetzlicher Erfahrung der eigentliche Träger der Steuerkraft eines Landes. Wenn nun nach dem Kriege etwa das Fünffache der bisherigen Lasten aufgebracht werden soll, so müßte dem auch eine gegenüber dem Zustande vor dem Kriege mindestens fünffach gesteigerte Steuerfähigkeit entsprechen. Nun ist aber gerade das Gegenteil der Fall. Wenn uns unsere vorbildliche Nationalwirtschaft in ungeheurer Anstrenung bis ans Ende eines siegreichen Krieges getragen hat, dann wollen wir stolz und dankbar sein, wollen aber auch uns selber offen zugestehen, daß wir dann an einem Ende und erst wieder vor einem Anfang stehen, vor der Notwendigkeit eines inneren Wiederaufbaues, der nur mit Einsetzung aller Kräfte und mit Aufwendung unermeßlicher Mittel, insbesondere nur mit Aufwendung außerordentlich hoher flüssiger Kapitalien möglich ist.

Nach dem Kriege ist die Notwendigkeit möglichst rascher, durch Steuereingriffe nicht behinderter Kapitalneubildung, also die Beschaffung und Flüssigmachung barer Kapitalien zum Wirtschaftsaufbau schlechthin eine Lebensfrage des Reiches. Wir stehen nach dem Kriege zunächst vor dem Verluste eines laufenden Ein- und Ausfuhrwertes von 22 Milliarden M. Dieser Wert ist nicht ohne weiteres wieder da, wenn der letzte Kanonenschuß verhallt. Er muß in jahre-, vielleicht jahrzehntelanger heißer Arbeit und mit Aufwendung großer Mittel erst allmählich wieder beschafft werden. Im Inlande aber steht die Industrie vor der Notwendigkeit einer neuen „Umstellung" auf die Friedenswirtschaft, die teuere Mittel in Anspruch nimmt. Was bedeutet in diesem Zusammenhange allein die Rohstofffrage: Millionen und Abermillionen sofortiger barer Aufwendungen! Die während des Krieges geschaffenen spekulativen Industriewerte aber werden sich nach Kriegsschluß zum Teil in alle Winde verflüchtigen und wie die ganze Entschuldungsaktion wahrscheinlich allein schon zu Erschütterungen des Kapitalmarktes führen. Einen Vorgeschmack gaben uns kürzlich Börsenbewegungen. Ferner wird die notwendige Rückverwandlung des während des Krieges in starkem Maße in Papier verwandelten Betriebsvermögens außerordentliche Ansprüche an den Kapitalmarkt stellen.

Das gilt auch für die Landwirtschaft. Daß der Landwirt heute in vielen Fällen „Papier" besitzt, macht ihn im Augenblick des Friedensschlusses nicht reicher, als er vor dem Kriege war, denn in Wahrheit bedeutet das in weitem Maße lediglich das Ergebnis der notgedrungenen Verflüberung von Inventar und Beständen, was nach Kriegsschluß sofort rückgängig gemacht werden muß. Dazu kommt der Raubbau, der notwendigerweise in der Landwirtschaft und im Gewerbe mit Inventar, Gerätschaften und Boden hat getrieben werden müssen. Zu alledem aber tritt der unabsehbare Verlust, den unsere Wirtschaft durch die Einbuße an Millionen gesunder Arbeitskräfte erleidet.

Auch der ausländische Kredit ist keineswegs mit dem Friedensschlusse ohne weiteres wieder da. Wenn Deutschland aus diesem Kriege nicht nur mit einer bis in die Grundfesten erschütterten Wirtschaft herauskommt, sondern obendrein mittels Verzichts auf jede Entschädigung die ungeheuren Lasten auf die eigenen Schultern nimmt und damit sein eigenes Wiederhochkommen hindert, so wird im Gegenteil eine höchst bedenkliche Erschütterung seines Kredits auch in den jetzt neutralen Ländern eintreten müssen. Diese Erschütterung wird unterstützt durch innerpolitische Gründe. Es ist bemerkenswert, daß die englische Propaganda, die in der Auswahl ihrer Mittel immer anpassungsfähig an den Zweck ist, schon jetzt in dieser Richtung tätig ist. Nachdem man erst durch geschickte Ausnutzung der demokratischen Irrtümer in Deutschland und der Schwäche seiner Regierung die „Demokratisierung" des Reiches erreicht hat, wird der Spieß umgedreht, und die englische Agitation bemüht sich in feindlichen und neutralen Ländern, so vor allem in der Schweiz, Holland und Skandinavien, mit der leider naheliegenden Behauptung Geschäfte zu machen: die gegenüber dem sozialen Kommunismus schwach und fesselos gewordene Politik des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, die zu einer schrankenlosen Auslieferung des geistigen und materiellen Besitzes an die Massen, also zu einer Gefährdung des Eigentumsbegriffes im weitesten Sinne führe, sei zu einer Lebensgefahr für alle westlichen und südlichen Anlieger geworden. Deshalb sei ein Zusammenschluß der Welt unter angelsächsischer Führung, die allein noch eine autoritative Wirtschaftsführung gewährleiste, eine Frage des eigensten Lebensinteresses der Völker gegenüber dem durch seine Schwäche die Grundlagen der Wirtschaft bedrohenden Deutschen Reiche.

Auch die Valutafrage muß in diesem Zusammenhange erwähnt werden. Glaube niemand, daß sie mit Friedensschluß gelöst ist! Bleiben wir im geschilderten Zustande der wirtschaftlichen Schwächung, so bleibt uns auch diese schwere Gefahr, die einem Aderbruche gleichkommt. Nur die Erwerbung neuer großer Wirtschaftsunterlagen oder die Hereinnahme starker ausländischer Werte in Gestalt von Entschädigungen befreit uns von dieser erdrückenden Sorge.

Die wenigen Anführungen mögen genügen, um zu zeigen, welchen ungeheuerlichen Ansprüchen der Kapital- und Arbeitsmarkt nach dem Kriege ausgesetzt sein wird, Ansprüchen, die unter allen Umständen zunächst befriedigt werden müssen, falls wir von einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft ernstlich überhaupt reden wollen, Ansprüchen, deren restlose Befriedigung überhaupt erst die Voraussetzung zu einer normalen Steuerfähigkeit unseres Volkes darstellen wird! Ohne ihre Befriedigung wäre auch an die sorgenfreie Deckung eines normalen Steuerbedarfs, wie wir ihn im Frieden hatten, nicht zu denken, geschweige denn an die Deckung des hier errechneten Mehrbedarfs! Das ist aber nun gerade das Verhängnisvolle, daß Steuerlasten, wie sie uns beim Verzichtfrieden bevorstehen, mittels Verhinderung der

Kapitalneubildung die Befriedigung jener Ansprüche einfach ausschließen, damit aber auch die Steuertragkraft unserer Wirtschaft zu einer Einbildung machen. Auch deshalb ist die Verzichtspolitik nicht Realpolitik, sondern das Muster einer grund- und ziellosen Illusionspolitik. Statt Befriedigung des brennenden Kapitalbedürfnisses in der Industrie zu Wiederaufbauzwecken würde die Notwendigkeit großer Kapitalbeschaffung und weitgehender Kredite zum Zwecke der Steuerbezahlung eintreten. Bei der Höhe der Lasten würde auf diesem Wege zu einer ordnungsgemäßen Steuerbezahlung aber nicht einmal zu gelangen sein, wahrscheinlich würde in weitem Maße die Flüssigmachung von Betriebsvermögen zwecks Steuerdeckung nötig werden, falls nicht eine Zwangsbeteiligung des Reiches am Unternehmen selbst, eine „Zwangssyndizierung" im großen, in Frage kommen müßte. Ähnliches gilt für die Landwirtschaft, in der die Schwierigkeiten sich noch vergrößern würden, weil hier bekanntlich noch weniger flüssiges Kapital vorhanden ist. Der Landwirt würde zu Verkäufen, also zur Einschränkung seines Betriebes gezwungen sein, keinesfalls aber würde ohne Zwangshypotheken auszukommen sein, die dem Belasteten neben der Abgabe auch noch die fünfprozentige Verzinsung der Steuer bis zur vollen Tilgung aufbürdet. Die Folgen für den gewerblichen Mittelstand und für die Arbeiterschaft liegen auf der Hand. Das Geschäft bei der ganzen Sache machen lediglich die Großbanken, deren Zustimmung zu beschlagnahmeähnlichen Deckungsplänen deshalb verständlich ist. Denn da die Durchführung der Deckung einer so ungeheuren Last gar nicht anders möglich ist als geschildert, also nur auf dem Wege einer sich auf Jahre hinaus erstreckenden Liquidation starker Vermögensteile, so würden den Großbanken auf lange Jahre hinaus einträgliche Kredit-, Lombard- und Beteiligungsgeschäfte von außerordentlicher Bedeutung zufallen. Das Erträgnis dieser Geschäfte würde ungleich größer sein als die Vermögensopfer, die die mit fremdem Gelde wirtschaftenden Großbanken etwa selber bringen müßten. Die aus diesen Kreisen laut werdenden Stimmen für Auferlegung der gesamten Kriegslasten auf das geduldige und arbeitsame deutsche Volk sind deshalb nur eine nüchterne, geschäftliche Berechnung und Spekulation. Es kann ja gar kein besseres Mittel geben als den Verzichtfrieden, um die deutsche Wirtschaft mehr noch als bisher und endgültig zum Hörigen der Großbanken zu machen. Das politische Geschäft aber macht dabei die Sozialdemokratie. Das gesteht sie heute selber zu, und das liegt so auf der Hand, daß es hier keiner weiteren Ausführung dazu bedarf. (Vgl. das unten angeführte Wort Helfferichs!)

Über alle diese Tatsachen helfen all die bekannten schönen Redensarten der Dernburg u. Gen., auch die Rosamalerei Helfferichs nicht hinweg. Ein falscher Optimismus, der in Wahrheit etwas ganz anderes als tatfroher Optimismus ist, der nichts anderes ist als Opiumrausch der Phrase, als Erkenntnisangst und Tatscheu, ist nirgends gefährlicher als in diesen ernsten Dingen. Es ist bemerkenswert, daß bei gewissen Staatsmännern und Parlamentariern dieser Optimismus in demselben Maße wächst, in dem die Nöte des Krieges, die Entkräftung unserer Wirtschaft und der sich vor uns aufbauende Turm der uns erwartenden Lasten wachsen, zugleich aber in dem Maße, in dem die bedenkenlose Unterwürfigkeit der Reichspolitik unter das sozialistische Dogma sich steigert. Dieser Optimismus ist also gerade das Gegenteil nationaler Tatkraft und nationalen Zielbewußtseins, er ist ein Angstgewächs auf internationalem Boden. Heute hat man ein — allerdings wenig geistvolles — Lächeln für die Behauptung, daß wir die unterdes ins Riesenhafte gewachsene Last nicht tragen könnten ohne Abbürdung auf die schuldigen Feinde. Früher war man schon weit geringeren

Lasten gegenüber bedenklich. Heute haben Leute wie Helfferich diesem schwersten aller Probleme gegenüber nur oberflächliche Wendungen (man lese die Auslassungen im Neuen Wiener Tageblatt vom 25. Dezember 1917!), früher hieß es anders. Wir erinnern lediglich an die Auslassungen Helfferichs im Reichstag am 16. März 1916, wo über die Sätze der bestehenden Kriegsgewinnsteuer verhandelt wurde:

„Ich bin mit den verbündeten Regierungen der Meinung, daß wir mit der Ausgestaltung dieser Steuer, mit der Höhe dieser Sätze in der Tat bis an die Grenze dessen gegangen sind, **was wir gegenüber unserer wirtschaftlichen Zukunft noch verantworten können.** Wenn Sie diesen hohen Sätzen, die anderen Belastungen, die das Einkommen treffen, die vielfachen Doppelbesteuerungen hinzuschlagen und sich die Rechnung aufmachen, so werden Sie, **falls Sie auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung stehen** (!!), wohl zu demselben Resultate kommen wie ich."

Wie denkt man sich gegenüber dieser unstreitigen Wirklichkeit die Deckung des aberwitzigen Bedarfes nach dem Kriege ohne Kriegskostenentschädigungen „auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung"?? Gegenüber der harten Tatsache, daß wir nach Friedensschluß vor einer ausgelaugten Wirtschaft und einem ungeheuren wirtschaftlichen und blutigen Aderlaß stehen, daß wir entweder sofort bares Kapital oder neue große Wirtschaftswerte brauchen und daß uns sonst die Lasten im Falle eines Verzichtfriedens auf Nimmerwiederaufstehen erdrücken, sind Redensarten wie die: „Nach dem Kriege wird unsere Industrie mächtig verdienen", „Wir kommen schon wieder hoch", „Unsere Arbeitskraft und Tüchtigkeit hilft uns über alles hinweg" usw. entweder anmaßender Hohn oder unerhörte Leichtfertigkeit.

Auch die Höhe unseres Nationalvermögens wird häufig in irreführender Weise herangezogen, um zu „beweisen", daß wir unsere Kriegskosten ruhig selber zahlen können. Wie steht es in Wahrheit? Der bekannte Finanzpolitiker Strutz sagt mit Recht: „Für die Fühlbarkeit außerordentlicher Steuern kommt es nicht bloß auf die Summe der in dem Nationalvermögen steckenden Werte, sondern vor allem auf seine Zusammensetzung und seine sich danach richtende Liquidität, Ertragsfähigkeit und Ertragssicherheit an." Dieser sog. steuerbare Teil des deutschen Nationalvermögens, **auf den es hier allein ankommt**, ist auf Grund der amtlichen Unterlagen, die gelegentlich der Einführung des Wehrbeitrags gegeben wurden, unter Zugrundelegung der Feststellungen bei der preußischen Steuerstatistik, auf 190 Milliarden geschätzt worden. Man hat dabei aber offenbar noch zu hoch gegriffen. Denn im März 1917 führte der Reichsschatzsekretär Graf v. Roedern gelegentlich der Beratung über das Zuschlagsgesetz zur Kriegssteuer (Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache Nr. 708) u. a. folgendes aus: „Das wehrbeitragspflichtige Vermögen habe nur 152 Milliarden M. ergeben. Hierzu komme noch das beitragsfreie Vermögen zwischen 10000 und 50000 M. und die Vermögen zwischen 6000 und 10000 M. Alles zusammen gerechnet, ergebe sich (heute) ein steuerbares Vermögen des Reiches von rund 190 Milliarden M." Das wird ungefähr richtig, jedenfalls nicht zu hoch gegriffen sein. Denn wenn man von der preußischen Vermögenssteuerveranlagung für 1914/16 ausgeht, so ergibt sich nach der Statistik für Preußen ein steuerpflichtiges Vermögen (von 6000 M. ab!) von etwa 115 Milliarden M. Die Umrechnung auf das Reich unter Zugrundelegung der Bevölkerungszahl ergibt als Summe aller Vermögen im Reiche über 6000 M. noch nicht 190, sondern etwa 185 Milliarden M. Daß während des Krieges eine Steigerung dieses Vermögens stattgefunden habe, ist kaum anzu-

nehmen, denn wir haben „im geschlossenen Handelsstaate" von diesem Vermögen gelebt und in weitem Maße während des Krieges nicht produktiv arbeiten können. Auch Graf v. Roedern sagt an der oben angezogenen Stelle: „Die Frage nach einer Steigerung dieses Vermögens während des Krieges lasse sich kaum beantworten. Im ganzen werde sich nicht allzuviel zahlenmäßig geändert haben. Verluste und Gewinne würden sich wohl im wesentlichen ausgleichen. Jedenfalls dürfe man mit einer erheblichen Vermehrung des steuerbaren Vermögens seit 1914 nicht rechnen." Das ist zweifellos richtig. Eher mag das Gegenteil eingetreten sein. Soweit während des Krieges in Einzelbetrieben eine Steigerung des Geschäftsvermögens eingetreten ist, beruht das selbst vielfach nur auf innergeschäftlichen Verschiebungen: auf Verflüberung von Beständen, Warenlagern, Rohstofflagern usf. Das gilt vor allem auch für die Landwirtschaft, die in weitem Maße Vieh und Inventar hat verflüssigen müssen. Die Kriegslieferungsgewinne der Großbetriebe und die Lohngewinne der Arbeiterschaft aber werden durch den Ruin der gewerblichen Mittelschichten ausgeglichen. Überdies werden sich, wie betont, einzelne spekulative Kriegswerte mit Kriegsschluß ohne weiteres in alle Winde verflüchtigen. Wollte man trotz alledem mit einer nennenswerten Steigerung des steuerbaren Vermögens während des Krieges rechnen, so würde der Zuwachs reichlich aufgewogen durch die Kapitalwegsteuerung, die durch das Besitz- und Kriegssteuergesetz vorgenommen wird, deren Aufkommen auf 4—5 Milliarden M. anzunehmen ist. Wenn wir deshalb hier davon ausgehen, daß bei Kriegsschluß das steuerbare Nationalvermögen noch 190 Milliarden M. betrage, so ist das eine günstige und optimistische Annahme. In diesen 190 Milliarden M. sind günstigsten Falles etwa 90 Milliarden Kapitalvermögen enthalten, während der Rest auf Betriebs- und Grundvermögen entfällt. Es ist weiter zu bedenken, daß während des Krieges eine weitgehende Flüssigmachung unseres steuerbaren Nationalvermögens durch die Kriegsanleihen stattgefunden hat, wodurch der sog. innere Wert dieses Vermögens berührt worden ist, und zwar sicher nicht im Sinne einer Wertsteigerung. Denn die Kriegsanleihen stellen bekanntlich nicht einen der Aufwendung entsprechenden Geldwert dar, weil diese Aufwendungen vielfach in Werten, die zur Selbstvernichtung bestimmt sind, zugrunde gegangen sind. Die Kriegsanleihen stellen vielmehr, wie von anderer Seite zutreffend hervorgehoben worden ist, nichts anderes dar als „Verschiebungen", d. h. vom Reichskredit auf den Privatkredit übernommene Verpflichtungen. Jedenfalls ist das Nationalvermögen auch ohne Rücksicht auf seine Beziffering nach dem Kriege viel weniger tragfähig als vor ihm, und es wirken deshalb Steuern und vor allem Kapitalentziehungen nach dem Kriege viel belastender und zerstörender als vor dem Kriege.

Nehmen wir also an, daß auch nach dem Kriege das steuerbare Nationalvermögen noch 190 Milliarden M. betrage. Eine Gesamtsteuerlast von 19,6 Milliarden M. entspricht nun einem Kapitalwerte von 398 Milliarden M.!! Also würde die kapitalisierte Steuerschuld mehr als doppelt so groß sein als das steuerfähige Nationalvermögen und größer als sogar das gesamte Nationalvermögen. Es tritt dann also der Zustand der Überschuldung ein, also jener Zustand, der bei Aktiengesellschaften zur Konkurseröffnung führt. Nehmen wir nun an, daß man daran denke, auch nur einen verhältnismäßig geringen Teil der auf das Reich entfallenden Jahreslast von 14 Milliarden M. durch Kapitalentziehung abzubürden, also etwa 2,3 oder 4 Milliarden, so würde sich eine Vermögensentziehung von 40, 60 bzw. 80 Milliarden M. ergeben. Denken wir daran, daß sich, wie bereits hervorgehoben, trotz aller „Kriegsgewinne" die

Summe der Millionenvermögen im Reiche auf nur etwa 38 Milliarden M. beläuft, so ergibt sich ohne weiteres, und zwar schon bei der niedrigst angenommenen Einziehung von 40 Milliarden, daß sich diese Beschlagnahme mit stärkster Wirkung bis tief hinein in die kleinen Rentnerkreise erstrecken müßte! Strutz nennt deshalb Konfiskationen dieser Art schon bei niedrigeren Summen mit Recht einen „verhüllten Staatsbankrott". Der Prozentsatz der Beschlagnahme würde sich, gemessen an einem steuerbaren Werte von 190 Milliarden, bei 40 Milliarden auf mehr als ein Viertel, bei 60 Milliarden auf mehr als ein Drittel, bei 80 Milliarden auf mehr als die Hälfte dieses Vermögens belaufen. Sapienti sat! Heißt das alles etwas anderes, als daß die Übernahme aller Kriegslasten auf unsere eigenen Schultern den inneren Bankrott bedeutet? Nur mit dem Unterschiede, daß bei dieser Art Staatsbankrott nicht fremde, sondern die eigenen Staatsbürger die Leidtragenden sind.

Wie sagte doch Graf Roedern vor gar nicht langer Zeit, am 23. Februar 1917: „Den Forderungen unserer Gegner nach Reparation werden wir das Wort Entschädigung entgegensetzen!" Und als Staatssekretär verkündete Helfferich allem Volke am 10. März 1915: „Wir werden nicht darauf verzichten können und wir denken nicht daran, darauf zu verzichten, daß unsere Feinde, abgesehen von allem anderen, uns für den materiellen Schaden aufkommen müssen, den sie mit diesem frevelhaften Kriege angerichtet haben.... Wir halten die Hoffnung fest, **die Rechnung für den uns aufgezwungenen Krieg** bei Friedensschluß **unseren Gegnern zu präsentieren**". Und am 20. August 1915: „Wir dürfen neben allem anderen auch die Kostenfrage nicht vergessen, **das sind wir der Zukunft unseres Volkes schuldig.** Die ganze Lebenshaltung unseres Volkes muß, soweit es irgend möglich ist, von der ungeheueren Bürde befreit bleiben und entlastet werden, die der Krieg anwachsen läßt. **Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Weltkrieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir!**" Ist seitdem dieses Bleigewicht geringer geworden oder die „Lebenshaltung unseres Volkes" weniger beachtlich? Oder sind all diese Worte nur **Wind** gewesen? Wehe uns, wenn das Wort vom Vertrauensmißbrauch erst durch die Straßen gellen sollte!

Aus alledem ergibt sich zweifelsfrei die kühle und nüchterne Tatsache, daß der Verzicht auf eine ausreichende Kriegskostenentschädigung in irgendwelcher Gestalt den Ruin des Deutschen Reiches, die endgültige Verkümmerung des deutschen Wirtschaftslebens zu Ehren des angelsächsisch geleiteten Weltwirtschaftstrustes, also den Sieg Englands bedeutet. Georg Bernhardt hat völlig recht, wenn er in der Vossischen Zeitung am 29. Januar 1917 bereits erklärt: „Der Friede ohne Kriegsentschädigung ist für uns gleichbedeutend mit unserem Ruin." Auch in der Sozialdemokratie weiß man das sehr genau. Noch Anfang 1916 sagte Noske in der „Chemnitzer Volksstimme": „Es hieße Selbstmordpolitik treiben, wenn wir uns dafür einsetzen wollten, daß Deutschland beim Abschluß des ihm aufgezwungenen Kriegs keinerlei Forderungen an seine Gegner stellen soll." Dieses Geständnis ist gut. Es zeigt, daß sich die Sozialdemokratie dessen bewußt ist, daß sie heute eine **gefährliche** Politik gegen das Deutsche Reich treibt, sozusagen Arm in Arm mit Wilson, Lloyd George und — Trotzki-Bronstein!

Die Übernahme sämtlicher Kriegskosten auf unsere eigenen Schultern bedeutet aber nicht nur unseren wirtschaftlichen und außerpolitischen, sondern auch unseren innerpolitischen Zusammenbruch, sie bedeutet unserer Auffassung nach schlecht-

hin: Die Revolution. Wer die Psyche der Deutschen kennt, der weiß, daß dann, aber auch nur dann, wenn wir besiegt worden wären und der Feind im Lande stünde, neben allem andern Unglück auch die finanzielle Todespein als ein unabwendbares Schicksal hingenommen worden wäre. Einem siegreichen Deutschland aber als Lohn aller Siege, Opfer und Entbehrungen das Schicksal des Galeerensklaven einer unfähigen Politik aufzuerlegen, das heißt den Kampf aller gegen alle entfesseln. Und mögen Parteiverblendete von heute in noch so fanatischem Wahnwitz nach dem Verzichte und der eigenen Vernichtung schreien: sollte erst das große Erwachen kommen, sollte erst die finanzielle Auspowerung und die wirtschaftliche Abschnürung und Erdrosselung beginnen, sollte der Mittelstand der endgültigen Proletarisierung, die Arbeiterschaft der Verelendung anheimfallen, sollten die Jahrzehnte der Arbeitslosigkeit, der zerfressenden Daseinssorgen, der Lohnsklaverei, des Hungerns und der Tränen vor ihnen sich türmen, dann werden gerade die lautesten Verzichtsschreier von heute die Schuld nicht in sich selber und der eigenen Dummheit und Verranntheit suchen, sondern — und mit Recht — Rechenschaft fordern von einer Regierung, die im entscheidenden Augenblick sich ihrer Führerpflicht nicht bewußt war, die über hölzerne Parteizäune nicht hinausblicken und den wahren Willen ihres Volkes nicht erkennen wollte, die den Mut nicht aufbrachte, Selbstverständliches und Natürliches zu tun, sondern die in unwürdiger Demut vor populären Schlagworten die vor Gott und den Menschen ihr zukommende Verantwortung abzuwälzen suchte auf einen blindgeborenen und unverantwortlichen Parteiklüngel. Zum Beweise sei auf die parteiamtliche „Freisinnige Zeitung" hingewiesen. Sie schrieb im November 1917 zum Entsetzen ihrer Hintermänner in einem lichten Augenblicke gegenüber den Jastrowschen Deckungsplänen, die u. a. Vermögensbeschlagnahmungen im oben beschriebenen Sinne vorschlagen, folgendes:

> „Ja, um des Himmels willen, geht denn Jastrow wirklich darauf aus, **Anarchisten** zu züchten? Kein linksliberaler Internationaler könnte besser dem deutschen Volke die Freude am Vaterlande verleiden und aus einer ruhigen Einwohnerschaft eine **erbitterte** und **verhetzte Revolutionsmehrheit** züchten, als es Maßnahmen bewirken, die Jastrow anpreist."

Das trifft ins Schwarze. Die soziale Revolution, deren brennende Lohe und schmutzige Schmach den Herzen unseres treuen Volkes an sich so fern ist, wie nur irgend etwas, sie würde erst durch eine unfähige Politik halt- und willenloser Schwäche in den Bereich der Möglichkeit gestellt und wenn nicht anders, so durch einen Frieden an den Haaren herbeigezogen, der uns ohne Entschädigung läßt, der diesen blutigsten Krieg, den die Geschichte je sah, zur fatzkenhaften Posse einer studentischen Mensur, zu einem Hornberger Schießfeste und uns zu Verrätern unersetzbar teuren Blutes und zu Verschwendern unermeßlicher Opfer macht. Ohne Kriegskostenentschädigung in irgendwelcher Gestalt gehen wir zugrunde. Der „Verzichtfrieden" ist der wirtschaftliche und politische **Bankrottfrieden**. Harold Begbie empfiehlt deshalb seinen Landsleuten den deutschen Verzichtfrieden mit gutem Grunde. In seiner Arbeit „The vindication of Greater Britain" sagt er, man solle den Deutschen ruhig ihr Gebiet lassen, denn ihr Zusammenbruch würde ohne weiteres eintreten: „Deutschlands Außenhandel und Valuta wäre dann nicht der Rede wert, über Rohmaterialien würde es nicht verfügen und

die unmittelbare Folge wäre der **Bankerott**. Die größte Not und Verzweiflung würde im ganzen Deutschen Reiche herrschen." Dann würden die Sozialdemokraten den Thron beseitigen und zur Herrschaft kommen. So stellt sich der deutsche Bankerottfrieden als der englische Sieg dar!

Nun gibt es Leute, die mit der listigen Weisheit krebsen gehen: eine solche Entschädigung sei ohne Kriegsverlängerung nicht zu erreichen, das Verlangen nach Kriegskostenentschädigung bedeute daher das Verlangen nach neuen Blutopfern. Unter allem Unsinn, der im deutschen Vaterlande verbreitet wird, ist das vielleicht der schlimmste. Die Versuche, sogar mit wissenschaftlich aufgeputzten Darlegungen dieser Art maßgeblichen Stellen auf diese Weise Angst zu machen und sie zu schwachherzigen Entschlüssen zu veranlassen, stehen auf derselben Höhe wie diejenigen, die schon im Jahre 1915 und weiter im Jahre 1916 unternommen wurden und die mit der Prophezeiung des in nächster Nähe bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruches Deutschlands gewisse Entschlüsse maßgebendster Stellen herbeizuführen suchten. In der Tat bedeuten sie die Umkehr der politischen Wahrheit. Wie bei uns alles auf den Kopf gestellt erscheint, so auch diese natürliche politische Wahrheit Die Gegenüberstellung: Verständigungsfriede und Machtfriede ist unsinnig. Wenn wir uns nicht **völlig** aufgeben wollen, wenn wir nicht die Zerstörung Österreichs, die Herausgabe Elsaß-Lothringens, Posens, Schlesiens, Danzigs, Schleswig-Holsteins zugestehen und zu den eigenen Lasten noch eine Entschädigung für unsere Feinde auf uns nehmen wollen, wenn wir nicht mindestens die dauernde Ausschaltung Deutschlands aus dem Welthandel hinnehmen wollen, können wir mit irgendwelchem „Verzichte" den Krieg auch nicht eine Stunde abkürzen! Im Gegenteil: mit jedem Verzichte und seiner Inaussichtstellung verlängern wir den Krieg in wahnwitziger Selbstverblendung! Ein Scheidemann-Erzbergerscher Verzichtfriede wäre nur möglich nach vollem deutschen Sieg, nicht alse **vor** Erreichung desselben. Er könnte in Wahrheit also nur diktiert, d. h. unserem armen Volke diktiert werden. Wir werden genau wie im Osten, so auch im Westen so lange kämpfen müssen, bis wir den Sieg erkämpft haben. Auch Rußland ist nicht durch irgendwelches Entgegenkommen, sondern durch seine vernichtenden militärischen, das Land zerrüttenden Niederlagen zum Zusammenbruche gelangt. Genau so wenig wie Rußland werden Frankreich und England eher klein beigeben, genau so wenig wie Rußland werden Frankreich und England vor ihrem endgültigen Zusammenbruche die Waffen aus der Hand legen und sich durch Nachgiebigkeiten, etwa durch Verzicht auf Entschädigungen, bewegen lassen, vor der endgültigen Kriegsentscheidung den Waffengang abzubrechen. Und wollten wir das in verbrecherischer Selbstverblendung tun, so wird uns kein „Verzichtfriede", sondern ein echter und rechter angelsächsischer Friede blühen. Wer das nicht einsieht, hat noch nicht einmal den Sinn dieses Krieges überhaupt erfaßt! Das ist die Auffassung der militärischen und politischen Sachkenner. Ist aber der Sieg, den uns kein geringerer als Hindenburg zusichert, errungen, dann ist die Frage der Gebietserwerbungen und Entschädigungen ausschließlich eine Frage unseres Willens. Dann werden Frankreich und England genau so wenig, wie es jetzt Rußland könnte, unsere Forderung mit einer „Kriegsverlängerung" beantworten können. Insbesondere ist bei der gegenwärtigen Entwicklung der Verhältnisse der Zeitpunkt abzusehen, in dem uns England und Frankreich unter allen Umständen den U-Bootkrieg „abzukaufen" gezwungen sind, und zwar zu einem Preise, den allein unser Wille bestimmt. Deshalb sind alle Behauptungen, alle gelehrten und ungelehrten Darlegungen, daß die Forderung eines Kriegs-

kostenentschädigung nur auf dem Wege einer Kriegsverlängerung zu erzielen sei, nicht nur unsinnig, sondern ein verhängnisvoller Frevel. Es handelt sich dabei um den bekannten circulus vitiosus der politischen Feigheit, in dem man immer das Gegenteil dessen erreicht, was man erstrebt.

Nach alledem ist wohl einwandfrei dargelegt, daß unsere Wirtschaft in dem Zustand, in dem sie sich nach dem Kriege befindet, gar nicht in der Lage ist, die ungeheuerlichen Lasten, die ein Verzichtfriede mit sich bringen muß, zu tragen, und daß die Auferlegung dieser Lasten unseren wirtschaftlichen und politischen Ruin bedeuten würde. Deshalb ist die geschichtliche Schuld derjenigen Stellen, die in politischer Unfähigkeit und Schwäche unser Volk in den internationalen Irrtum und Verzichtsdusel von heute gejagt haben, unermeßlich groß. Um so größer und dringlicher ist aber in Reich und Bundesstaaten die Pflicht, noch im letzten Augenblick unserem Volke die Augen zu öffnen darüber, was ihm im Falle eines entschädigungslosen Friedens bevorsteht. Sein oder Nichtsein ist heute in der Tat eine Frage der Aufklärung unseres hinter dem Walle einer unsachgemäß geübten Zensur und hinter einem Berge von Phrasen der Parteipresse sitzenden Volkes. Der Staatsmann in Reich und Staaten, der sich heute dieser Verpflichtung entzieht, begeht einen unverantwortlichen Frevel an der Zu unft auch des Geringsten in unserem Volke. Man schwärmt ja, selbst in Regierungsstellen, heute so gerne vom „Selbstbestimmungsrechte" der Völker. Wenn das nicht bloß ein Sport für die Analphabeten jenseits der deutschen Grenzen sein soll, so mache man doch mal einen Anfang bei unserem Volke und unterbreite ihm amtlich das Material, das hier dargelegt ist und frage es nach seinem Urteil! Man wird sehen, wie wundervoll sich da mit einem Schlage unser gutes Volk seine Zukunft selbst zu bestimmen verstehen wird, wohin dann ohne weiteres gewisse Reichstagsmehrheiten und -resolutionen fliegen werden und welch heitere Rolle dann den Gewaltigen von heute, den Scheidemann, Fischbeck, Erzberger u. Gen. beschert sein wird. Dann wird sich das alte Wort von Bismarck wieder bewahrheiten von dem „Phantom, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis jeder sich vor dem Schatten des anderen fürchtet und alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur." Dann wird ein großes Lachen aber auch, ein tiefes Sich-Schämen durch gewisse Amtsräume gehen, daß man sich in schwerer Zeit mit selbsteigener Pein einen Schreckpopanz errichtet hatte, dem man zum Schaden von Reich und Staat drei und ein halb Jahre lang Opfer über Opfer brachte. Deshalb bleibt heute einem verantwortlichen Politiker nur eins: Der Ruf an alle Regierungen: Ermannen Sie sich, lösen Sie sich aus einem Banne, der nicht nur Sie selbst, sondern das Ihnen anvertraute Volk in Not und Tod verstrickt!

Ein blutig rotes Menetekel steigt heute an der Wand des deutschen Hauses auf. Möge es von den Regierungen in Reich und Staaten nicht einmal heißen:

**Gewogen und zu leicht befunden!**

# Die Stärkung des Deutschen Reiches als des Kernlandes des Deutschtums eine Notwendigkeit für uns alle.

## Von S* * *[1])

Eine der Ursachen, weshalb der deutsche politische Gedanke so sehr zurückgegangen ist, daß seine Wiederaufnahme durch die Alldeutschen ebenso großes Befremden im Innern als Furcht im Ausland hervorgerufen hat, ist unbestreitbar die Vernachlässigung des Zusammengehörigkeitsgefühls, wie sie seitens der Reichsdeutschen (Behörden und Volk) gegenüber den deutschsprachigen Angehörigen anderer Staaten seit etwa 1870 Platz gegriffen hat.

Weil von jeher ununterbrochen bis zur heutigen Stunde von allen unsern Nachbarnationen Frankreich, England, Rußland und Italien betont, von ihrem Volk, ihren Behörden, ihrer Literatur täglich wiederholt, nahm es die ganze Welt als etwas Selbstverständliches an, daß z. B. Italien Interessen an der Erhaltung, Befestigung, ja sogar der Ausbreitung der »Italianità« in Südtirol, in Istrien und Dalmatien besitze und offen vertrete; daß Rußland die slawischen Interessen, und Frankreich französische auch außerhalb der Landesgrenzen vertrete usw.

Das neue Deutsche Reich von 1870 dagegen versuchte — offenbar vom falschen Gedanken ausgehend, man verzeihe ihm dann eher seine plötzliche Wiederentstehung — von Anfang an die Welt von seiner nationalen Sättigung zu überzeugen; natürlich entsprachen bald auch den bezüglichen amtlichen Äußerungen der Reichsverwaltung, von ihr mehr oder weniger beeinflußt, Presse und öffentliche Meinung in Deutschland selber. Weil dieses nationale »Désintéressement« aber sonst nirgends gepflogen wurde und das Gegenteil, wie erwähnt, „selbstverständlich" gewesen wäre, glaubte im Grunde niemand in der Welt an die Aufrichtigkeit dieser deutschen Haltung. Folge: Es trat gerade der umgekehrte Erfolg ein, als der von der Reichsleitung gedachte: Man „verzieh" nicht nur nicht dem jungen Reiche seine Entstehung, durch die natürlich der Wettbewerb unter den bisherigen Mächten dieser Erde stark vergrößert worden war, sondern man mißtraute diesem Gebilde, das so „unnatürliche Gefühle hegte, wie das ‚Désintéressement' an den außer seinen erstgezogenen Grenzen wohnenden Sprachgenossen eines ist", aufs gründlichste.

Alle umliegenden Nationen trauten Deutschland in nationalistischer Hinsicht das Schlimmste zu. In Verkennung jeder Völkerpsychologie geschah ungeschickterweise seitens der politischen Reichsbehörden und der reichsdeutschen Bevölkerung selbst alles, was zur Förderung dieses Mißtrauens bei den Nachbarn dienen konnte.

Jahrzehntelang interessierte sich das Reich z. B. kaum um Kolonialgewinn, während sich unterdessen die andern den Planeten verteilten, was ja erst die heutige Lage »après-guerre« so gefährlich für Deutschland macht. Dadurch wurde nur der Eindruck der Nachbarmächte und ihrer Völker verstärkt, daß das neue Reich „also" seinen Ehrgeiz nach anderer Richtung suche, der ja offenbar nur in der politischen Angliederung der deutschsprachigen oder schwächeren Nachbarländer und Provinzen liegen konnte. An ein Drittes, nämlich ein Fehlen jedes nationalen An-

[1]) Der Aufsatz ist uns von einem hochangesehenen Schweizer zugegangen. Wir bringen ihn gern, da er sich in der Hauptsache mit unseren Anschauungen deckt.
Die Schriftl.

spruchs, konnte kein rechter Mensch im Ausland glauben, denn sie alle sind vom patriotischen oder gar nationalistischen Denken durch Natur oder Erziehung erfüllt; ihr Höchstes ist die Ausbreitung des Angelsachsentums, des Franzosentums, Russentums usw. in der Welt. Ihre erfolgreiche koloniale Betätigung verstärkte diese Neigungen immer mehr, statt sie durch Sättigung abzuschwächen, wie man irrtümlich in der älteren bismarckischen Zeit an maßgeblicher deutscher Stelle geglaubt hatte.

Hätte das Reich offen erklärt, wir haben als der führende Staat unter den deutschsprechenden Gebieten das natürliche Recht dazu „das Deutschtum in den umliegenden Ländern zu schützen", so hätte man im Ausland zwar allerdings auch angenommen, daß unter diesem Schutz ein gelegentlicher Erwerb solchen Gebietes zu verstehen sei; aber man hätte sofort auch angefangen, sich an ersteren Gedanken zu gewöhnen, den man ja für sich selbst genau so gut hegte.

Da aber Deutschland ein Eintreten für das Deutschtum im Ausland selber selten und nur unter der Hand betrieb, gleich als ob es sich um etwas Unerlaubtes, Völkerrechtswidriges handle, gab es den Politikern des Auslandes, namentlich dessen Hetzpresse, die Möglichkeit zu beständigen Verdächtigungen der deutschen Politik.

Als dann, teils aus wirtschaftlichen Gründen (in England), teils aus innerpolitischen Gründen (in Frankreich und Rußland) gewisse mächtige Gruppen in den umliegenden Staaten zum Kriege gegen Deutschland trieben und ihre Hände sich natürlich unterm Tische einmal zum gemeinsamen Vorgehen fanden, war es ihnen ein leichtes, durch die, wie erwähnt, bereits bei ihren Völkern vorbereitete Stimmung, gerade Deutschland als den nationalistischen Störenfried hinzustellen.

Eine Ironie der Tatsachen ist es, daß dagegen die Alldeutschen bis zur heutigen Stunde im Gegensatz zu den Panslawisten, Chauvinisten usw. die einzigen Nationalisten eines Landes gewesen sind, die nie Einfluß auf seine äußere Politik besessen haben!

Fragen wir uns, wie es dazu kam, daß das neue Deutschland von 1870 eine so unnatürliche Stellung zu den übrigen Deutschen dieser Erde nahm, so ergibt sich zweifellos, daß anfänglich gewisse vorübergehende Gründe für eine solche Politik bestanden haben mögen. So ist es klar, daß zunächst z. B. verhütet werden mußte, daß etwa in Österreich oder in der Schweiz annexionistische Befürchtungen entständen, zumal in diesen Ländern das Deutschtum damals wenigstens nicht nur nicht gefährdet war, sondern geradezu eine Macht bildete, die ja mittelbar auch dem Reiche zugute kam und kommt. Es mußte also verhindert werden, daß diese Staaten, deren Weiterbestand für Deutschland bis in ferne Zukunft überhaupt nur vorteilhaft sein kann, nicht etwa in einen Gegensatz zum neuen Reiche gerieten. Doch diese Gefahr war gering. — Ein vernünftiger Grund aber, dieselbe Stellung auch grundsätzlich und ganz allgemein einzunehmen, ja sich darauf nach allen Richtungen festzulegen, aus ihr eine „Maxime" zu machen, wie es das Reich dann stets tat, hat zu keiner Zeit bestanden. Daß es dies getan hat, war ein großer politischer Fehler, der sich tausendfach gerächt hat und sich noch tausendfach rächen wird. Rußland hat beispielsweise diese Haltung Deutschlands gegenüber den vom Russentum verfolgten armen Deutschrussen in den Ostseeprovinzen und in Südrußland niemals irgendwie durch Dank quittiert; im Gegenteil hat es seine immer deutschfeindlicher werdende äußere Politik von einem beständig vermehrten Druck gegen das Deutschtum im Innern begleitet. Das passive deutsche Verhalten gegen diese beständigen Ohrfeigen gegen seine Blutsbrüder in Osteuropa wurde ihm seitens der

Russen nur als Zeichen der Schwäche, wenn nicht gar als Feigheit ausgelegt; es schädigte somit auf das unmittelbarste das Ansehen Deutschlands in der Welt; nicht etwa nur die „ja doch verlorenen" Auslandsposten unseres Volkstums (wie es etwa in der offiziösen deutschen Presse und bei ihren Trabanten hieß.)

Doch auch in den obengenannten Ländern, wo das Deutschtum auf absehbare Zeit an und für sich ungefährdet ist und wo Deutschland als der hervorragende deutsche Nationalstaat stets auf ein gewisses freundliches Verständnis zählen kann, wäre eine klügere Politik ratsam gewesen. Die Entwicklung der Dinge in der Schweiz und in Österreich-Ungarn während der letzten 50 Jahre beweist dies aufs schlagendste.

Wenn diese Länder auch heute noch die einzigen wahren Freunde sind, die Deutschland unter den mitteleuropäischen Völkerfamilien noch zählt — Skandinavien und Spanien sind neutral mehr aus politisch-egoistischen Gründen, die sich durch Zufälligkeiten ändern können —, so ist dies nicht etwa ein Verdienst der deutschen Politik der letzten Jahrzehnte, sondern die einfache Folge der Tatsache, daß in diesen Ländern dank dem sprachlichen Zusammenhang mit Deutschland auch der Gedanke an die gemeinsame Vergangenheit und ein daraus fließendes Zusammengehörigkeitsgefühl fortbesteht.

Die deutsche Politik hat beileibe nicht etwa irgend jemals als festeste Richtlinie ihres allgemeinen internationalen Verhaltens die gleichzeitige, wo immer mögliche, Förderung dieser ihrer Brudervölker in der Schweiz und Österreich im Auge behalten. Vielmehr hat sie deren Angehörige in immer zunehmendem Maße „als gewöhnliche Ausländer" den wirklichen Fremden gleichgestellt. Während noch vor fünfzig Jahren sich beispielsweise ein Schweizer, zumal ein Deutschschweizer, in Deutschland fast wie zu Hause fühlte und mit Recht fühlen durfte, wurde ihm allmählich immer mehr von den deutschen Behörden das Auseinanderwachsen des beiderseitigen Volkstums vor Augen geführt.

Für die Verwaltung gab es nur die beiden Rubriken: Inländer (Reichsangehörige) und Ausländer; mochten die letzteren noch so sehr sprachverwandt sein, sie fielen dennoch für den Bureaukraten in die gleiche Rubrik wie die Engländer, Brasilianer, Chinesen, Hottentotten oder Halbaffen.

Solange die deutsche Auslandpolitik noch von Wien aus geleitet war, hatte noch die alte Überlieferung der Zusammengehörigkeit bestanden. So sehr auch geschichtlich und allgemein von jedem Deutschsprachigen begrüßt werden muß, daß seit 1866 Preußen als das staatlich kräftigste Glied des frühern deutschen Bundes die politische Führung des Deutschtums übernommen hat, so wenig dürfen die Nachteile übersehen werden, die mit der Unterbrechung einer tausend Jahre alten Überlieferung notwendig eintraten. Preußen, dessen berechtigtes Wachstum im letzten Jahrhundert nur auf Kosten deutscher Kleinstaaten und gegen den größten deutschen Gliedstaat, das Kaisertum Österreich erfolgte, war nur auf rein innerpolitisch-deutschem Gebiete geschult; auf allen andern Gebieten versagten seine Staatsmänner, der große Bismarck in mancher Hinsicht ausgenommen, der die Regel nur bestätigt. Es versäumte es, die alten Beziehungen, wie sie zwischen der Hofkanzlei in Wien und den alten Staatsgebilden Mitteleuropas bestanden hatten, aufzunehmen; es versäumte es beispielsweise, sich der Mitarbeit auch in der außerdeutschen Politik erfahrener Kräfte zu versichern, wie sie in Süddeutschland, in den alten Reichslanden (Niederland, Österreich, Schweiz), vornehmlich aber in Wien vorhanden waren. Wären z. B. diese Kreise bei der Regelung und spätern Verwaltung Elsaß-Lothringens seit 1870 verwendet worden,

statt daß, kraft einem veralteten dynastischen Eroberungsprinzip, dem preußischen Beamtentum dieses gutsüddeutsche Gebiet ausgeliefert wurde, so gäbe es längst keine elsässische Frage mehr; die Elsässer hätten sich rasch zu geradeso harmlosen deutschen „Partikularisten" entwickelt, als es die Bayern von jeher gewesen sind. So hoch wir den preußischen Beamten wegen seiner Gewissensreinlichkeit, Arbeitsfähigkeit und Tüchtigkeit auch einschätzen, so sehr wissen wir, wie schwer ihm eine Anpassung an südliches oder westliches deutsches Volkstum wird. Er ist zur Unnachgiebigkeit auch in der äußeren Form geneigt, wo bloße Festigkeit in der Sache genügen würde. Ohne jene Eigenschaften im höchsten Grade hätte ja freilich Preußen seinerzeit nie seine Stellung im heutigen Deutschland erreicht. Die höchste Führung der deutschen Geschicke von Berlin aus hat aber für die Gesamtheit entschieden gewisse Nachteile gehabt, die durch Wiederaufnahme der alten Überlieferungen soweit möglich gut gemacht werden sollten, ohne daß die großen Vorteile wieder verlorenzugehen brauchen.

Wir rechnen dazu die Schaffung einer süddeutschen Verwaltung in Elsaß-Lothringen, etwa in der Form der Angliederung dieses deutschen Landes an einen süddeutschen Staat, damit endlich dieses typische „Reichsland, d. h. bevogtete Untertanengebiet" als solches verschwinde. Wir sind überzeugt, daß alsdann in kürzester Zeit so sichere Zeichen vollkommen deutscher Gesinnung aus dieser Provinz nach Altdeutschland dringen würden, daß man sich sogar im korrekten Norden nicht mehr über einige Vive la France-Schreier oder Antimilitaristen aufregen würde, so wenig als man dem Münchner den „S..preiß" verübelt. Gesunder Partikularismus schädigt das nationale Ganze nach außen nicht; er stärkt vielmehr die innere Lebenskraft und damit das nationale Ganze. — Aber auch das Verhältnis zum Schweizer Volk würde ein viel herzlicheres, welches sich ja zu Zweidritteln mit Stolz zum gleichen deutschen Volksstamm der Alemannen zählt, dem die Elsässer angehören. Das trübe Verhältnis, das zwischen den elsässischen Alemannen und den Reichsdeutschen bestand, griff vollkommen naturgemäß auch in die alemannische Schweiz hinüber. Ohne jeden Chauvinismus, der ja zwischen so nahe verwandten deutschen Stämmen ausgeschlossen ist, sahen die Schweizer sowieso traurigen Herzens, daß das typisch Alemannische im Reiche nicht nur langsam verflachte, sondern sogar oft planmäßig, stets ohne Notwendigkeit, zurückgedrängt und zur Verkümmerung verurteilt wurde. Dieser Verkümmerungsprozeß vollzieht sich im badischen Oberland, wo noch bis vor 30 Jahren das reine Alemannische, (d. h. genau dieselbe, noch ans Althochdeutsche anklingende Sprache Basels oder Zürichs, je nach der nähern Lage) weithin gesprochen worden ist, wenn auch friedlich, unheimlich rasch zugunsten schlechten Hochdeutschs. Die Bürgerschaft Freiburgs, die Dorfaristokratie im Schwarzwald, will nicht länger hinter dem Professoren- und Beamtentum zurückbleiben, das meist aus mitteldeutschen Gebieten stammt. Der Gebildete „muß" im Reiche in jeder Hinsicht hochdeutsch reden und die alte reiche Volkssprache seiner Väter verlassen, wodurch die Grenze nach der viel näher verwandten Schweiz unnötig verschärft wird. Im Elsaß gilt das Alemannische oft beim Beamten sogar als „seditiös", der sich dadurch ebenso unnötig „als außerhalb dem Volkstum stehend" zu erkennen gibt und so den Gedanken einer „Fremdherrschaft" wider Willen in der alemannischen Bevölkerung unterhält, statt die alemannische Mundart als teures deutsches Pfand zu hegen und zu pflegen. Entschuldigend für ihn ist nur der Umstand, daß er, sofern nördlich des Mains auferzogen, das Alemannische überhaupt nicht versteht, das ihm natur-

gemäß fremder sogar als das Holländische vorkommen muß. Daß die alte, interessante Sprache im mächtigen, modernen Deutschen Reiche infolge dieser Umstände verkümmern muß, als ob ihr Weiterbestand das Reich in Gefahr brächte, läßt den heutigen Deutschen in den Augen manches Alemannen mit Unrecht als ebenso sprachtyrannisch erscheinen, als es die Franzosen dem Bretonischen, Baskischen oder Provenzalischen gegenüber tatsächlich sind.

Wie anders handelt hier das Ausland!

Derselbe nationalistische Franzose ist ausnahmslos, wo es den Auslandfranzosen oder Romanen überhaupt zu gewinnen gilt, von einer instinktiven politischen Klugheit, die von keinem Volk übertroffen wird. Er anerkennt alle guten Seiten der einzelstaatlichen Einrichtungen und Mundarten. Ihm kommt es nur darauf an, daß das Welschtum sich verstärkt und ausbreitet; die örtliche Färbung ficht ihn so lange nicht an, als die nationale Angliederung nicht stattgefunden hat. L'anticléricalisme n'est pas un article d'exportation; an den Sprachgrenzen muß man auch mit Scheidemünzen zufrieden sein und bleibt „im Hintergrunde", was ja nicht hindert, den welschen Bruder abwechselnd zu Keulenschlägen oder Intrigen gegen das germanische staatserhaltende Element aufzuhetzen.

Dazu gehörte beispielsweise das massenhafte Verleihen des in Frankreich selber in Friedenszeiten seltenen Ordens der Ehrenlegion an Welschschweizer, Belgier und Katalanen. Preußen-Deutschland tat das genaue Gegenteil. Während noch der Wiener Hof bis ca. 1866 Orden und sogar erbliche Adelstitel, gleich als ob noch das alte römisch-deutsche Reich bestände, in dessen ganzem ehemaligen Gebiete verlieh und dieses gute und billige Mittel zur Mehrung seiner politischen Macht, wie seines Ansehens überhaupt verwendete, hielt sich das neue Deutschland ängstlich an die bloß staatlichen Überlieferungen des alten Preußens, das keine Ehrenverleihung an Ausländer kannte. Auch hier vergaß man in Berlin die Neueinstellung der früher z. B. gegen Österreich, Hannover gerichteten innerstaatlichen Politik auf die neue europäische Aufgabe, die man doch nach der Meinung aller Deutschsprachigen in der Welt nun einmal an Stelle des Wiener Hofes übernommen hatte. Wer die Einzelheiten in der Geschichte der bedeutenderen schweizerischen, niederländischen, ja sogar polnischen oder ungarischen Geschlechter kennt, weiß, in welch hohem Maße das alte Kaisertum jenen Umstand für seine Zwecke, die ja damals noch in überaus vielen Fällen die deutschen waren, zu verwenden wußte. Ganze Geschlechterfolgen, die in ihren Ländern den Ton angaben, gleichgültig ob den politischen, gesellschaftlichen oder kulturellen, wurden so mit dem Hause Österreich freundschaftlich verbunden. Es bildete sich kein Vasallentum, wie dies etwa und nicht immer zum Wohle des Ganzen, im Inlande durch dergleichen der Krone vorbehaltene Akte gefördert werden kann, wohl aber ein überlieferungsmäßig gutes Verhältnis, das die Entstehung von Mißverständnissen, die Verkennung des Charakters des Nachbarvolkes und ähnliche furchtbare Dinge glatt verhinderte, wie wir sie leider heute erleben müssen. Insofern sind die oft engherzigen Ansichten gewisser (nicht aller!) preußischer Adelskreise, die allmählich dem Heroldsamt eine die Krone tatsächlich beschränkende Macht verliehen haben, sehr bedauerlich. Waren sie schon dem historisch älteren und glänzenderen Reichsadel gegenüber oft unangebracht und daher innerpolitisch unklug, so raubte man dem neuen Gesamtstaate und seinem Oberhaupte damit eines der Mittel, deren das Deutschtum unbedingt bedarf. Frankreich, das als Republik trotz der Ehrenlegion und ähnlicher Einrichtungen naturgemäß an sich im entschiedenen Nachteil auf diesem Boden gegenüber Deutschland

wäre, hat mit seinen Trümpfen, wie erwähnt, nie gespart. Daß noch heute etwas in dieser Hinsicht zu erreichen ist, weiß jeder, der z. B. die Verhältnisse in dem alten Nachbarlande Österreichs, in Graubünden, kennt, dessen Geschlechter von jeher der österreichischen Armee äußerst tüchtige Offiziere geliefert haben und noch heute den Grundpfeiler der mittelmächtlichen Gesinnung der Ostschweiz bilden.

Wer darf verbieten, tüchtige Geschlechter des deutschen Sprachgebietes auszuzeichnen, wer wehren, bedeutende Leute, zumal deutschsprachlicher Herkunft und Art, gleichgültig ob ihre Wiege oder ihr Wohnsitz am Oberrhein, an der untern Donau, an der Zuidersee, am Kurischen Haff oder am Kanal liegt, dem Adel deutscher Nation beizuzählen und dadurch an uns zu fesseln? Ein Volk, das wie das deutsche, Jahr aus Jahr ein, so viel eigenes Blut an die angelsächsischen Kolonien und die ganze übrige Welt verlor, das noch dazu gezwungen ist, so viel der Sprache oder Rasse nach undeutsches Element zu verdauen, sollte keine Gelegenheit versäumen, die ein Zufließen edelsten deutschen Blutes bietet. Rücksichten auf andere Staaten dürfen in Fragen, in denen die höchsten geistigen und politischen Belange eine langschichtige Rolle spielen, niemals den Ausschlag geben. Berufe man tüchtige Auslanddeutsche nicht nur an deutsche Universitäten, suche man sie vielmehr durch alle Mittel nach Deutschland zu ziehen zu dessen Mehrung und Stärkung in geistiger und weltlicher Hinsicht. Preußen-Deutschland nehme die Überlieferung der größten deutschen Fürsten der neuern Zeit wieder auf: Friedrichs des Großen, Josephs II., des Großen Kurfürsten, Ludwigs I. von Bayern, die ihrem Lande so wertvolle Kräfte und Bevölkerungsschichten durch kluge und menschenfreundliche Einwanderungsedikte, Berufungen und Auszeichnungen verschafft haben!

## Die Zeitung.

Die Zeitung ist das Grundübel der Gegenwart, die größte Gefahr für Wohlfahrt und Gesittung und das Hindernis geistiger Gesundung unserer Rasse in Zukunft. Der Staat, die Gesellschaft und die Gesamtheit des Volkes müssen sich ihrer erwehren, wenn sie Besinnung bewahren wollen. Sie ist eine öffentliche Angelegenheit und kann nur wie jede andere Angelegenheit dieser Art von der Allgemeinheit gelöst werden. Es wird heute niemandem mehr einfallen, Universität und Schule dem persönlichen Gutdünken zu überlassen. Die Zeitung ist eine öffentliche Angelegenheit wie Universität und Schule und in ihrer Massenwirkung sie übertreffend. Der Staat begibt sich eines Rechtes, auf das er, ohne schwersten Schaden an seinem Bestand zu nehmen, nicht verzichten kann. Die Schriftleiter müssen ihm gegenüber verantwortlich sein, wie der Hochschullehrer, beide unbeschadet ihrer Lehrfreiheit, aber die Gewähr muß gegeben sein, daß sie nicht die Grundlagen der Gesellschaft, die Grundanschauungen über Staat und Volk verschieben, zu keinem andern Nutzen als dem der Feinde jeglichen Volkstums. Es ist ein unzweifelhaftes Gebot und kann nur von Heuchlern angezweifelt werden, daß Führer und Lehrer des Volkes nur der sein kann, dessen Blut zum Volke strömt, weil es von ihm kommt, und dessen Geist im Volke lebt, weil er von ihm stammt. R. J. v. Gorsleben.

# Der Kampf um die Goldwährung.

## Von Dr. Alfred Schmidt-Essen.

### I.

Um den mit äußerster Heftigkeit geführten Währungskampf unserer Tage wird immer wieder das Schlagwort von der bedrohten Goldwährung hineingeworfen. Für oder wider die Goldwährung — das ist der Gegensatz, den man konstruiert und auf den man sich festlegt. Man merkt dabei gar nicht, daß es sich recht eigentlich nur um einen Streit um Worte handelt, während die wirklichen Grundsätze, um die es geht, viel tiefer liegen. Man bleibt an der Oberfläche haften.

Daß die Problemstellung falsch ist, erklärt sich zunächst geschichtlich. Die Anhänger der Goldwährung um jeden Preis haben, zum mindesten unbewußt, immer den Gegensatz zum Bimetallismus oder zur Silberwährung im Auge. Wir sind bis zum Kriege im großen und ganzen mit der Goldwährung leidlich gefahren, besser jedenfalls, als wenn wir uns dem Bimetallismus zugewendet oder Silberwährung beibehalten hätten. Das wissen die Goldmetallisten, die eben darum auf das Gold schwören, weil sie dem Silber oder einer Herrschaft beider Metalle abgesagt haben. Das auf dem Gold aufgebaute Geldsystem ist besser als ein Geldwesen, dessen Grundlage ein anderes Metall bildet, so sagen sie und schließen daraus, daß es kein besseres Währungssystem gebe als die Goldwährung.

Hier aber ist der Punkt, wo sich die Geister scheiden. Denn aus der Anerkennung der Tatsache, daß die Goldwährung besser ist als Silberwährung oder Bimetallismus, ergibt sich noch keineswegs, daß es kein besseres Geldsystem gibt als die Goldwährung. Im Grunde genommen ist es überhaupt schon verkehrt, Bimetallismus, Silber- und Goldwährung so ganz allgemein, sozusagen im luftleeren Raum, einander gegenüberzustellen. Geschieht dies, so färbt die praktische Politik auf die wissenschaftliche Erkenntnis ab und trübt diese. Es ist beispielsweise richtig, daß die Goldwährung nach 1871, so wie die damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse für Deutschland lagen, die gegebene und darum beste Währungsform für das Deutsche Reich darstellte. Aber darf man daraus schließen, daß es nun ganz allgemein für das Geldwesen kein höheres Ideal gibt als die Goldwährung? Offenbar nicht! Vielmehr ist hier festzustellen, daß sich die Wahl des Geldsystems für einen Staat nach dessen eigenartigen Verhältnissen zu richten hat. Die „beste "Währung ist daher ein relativer Begriff, und entscheidend für seine Bestimmung im einzelnen Falle ist nicht irgendein Edelmetall, sondern es ist der staatliche und der nationale Gesichtspunkt, oder ganz allgemein gesagt, es sind die Gründe der inneren Zweckmäßigkeit, die den Ausschlag geben. Hierbei spielen die Eigenschaften und die Stellung dieses oder jenes Metalles ihre Rolle, aber eben nur als ein Faktor unter vielen und nicht als der von vornherein maßgebende und stärkste.

Damit kommen wir aber auch auf die tieferen Gegensätze, um die sich der Währungsstreit dreht. Wenn wir eben noch von einem auf Gold oder Silber aufgebauten Geldwesen sprachen, so stellen wir jetzt ausdrücklich fest, daß wir damit nur ein Zugeständnis an den allgemeinen Sprachgebrauch machten, während in Wahrheit keineswegs die Rede davon sein kann, daß irgendein Edelmetall heutigen Tags die Grundlage des Geldwesens der modernen Staaten bildet. Diese Auf-

fassung erklärt sich eben lediglich daraus, daß man gewohnt war, immer nur einen Währungstypus als berechtigt anzuerkennen, wobei man natürlich stets nur den Blick auf das Edelmetall heftete und den übergeordneten Standpunkt, der allen Währungsformen gerecht wird, weil er die Bedeutung und Buntheit staatlichen Lebens erkennt, nicht zu erreichen wußte. Was war ferner natürlicher, als daß die vom Geldstoff ausgehende, mechanische Orientierung nicht nur Gold oder Silber in Gegensatz zueinander stellte, sondern erst recht Edelmetall und Papier? Freilich nicht immer ganz folgerichtig, weil man die Vorliebe für dieses oder jenes Metall auch in diesem Zusammenhang nicht zu unterdrücken vermochte; und so lautete der Schlachtruf denn: Gold oder Papier? oder früher: Silber oder Papier?

Wenn man daher glaubt, der zurzeit entbrannte Währungsstreit ginge in Wahrheit um die Goldwährung, so irrt man. Ob mit oder ohne Goldwährung, das Gold hat für das Geldwesen überhaupt nicht die Bedeutung, die ihm die meisten Anhänger der Goldwährung zuschreiben und ebensowenig irgendein anderer Geldstoff, sei es Gold oder Papier. Eine Frage zweiten Ranges schiebt sich hier ungebührlich in den Vordergrund, macht sich breit und richtet Verwirrung an; Anschauungen, die einer früheren Stufe wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Entwicklung eignen, legen sich störend über die Ergebnisse neuzeitlicher Erkenntnis. Nicht das Edelmetall ist die Grundlage des Geldwesens sondern der Staat ist es. Es ist ein bleibender Ruhmestitel der deutschen Wissenschaft, dieser für die praktische Politik so ungeheuer wichtigen Einsicht Bahn gebrochen zu haben. Hier den Namen Knapp zu nennen, ist Ehrenpflicht. Es muß dahin kommen, daß diese Einsicht Allgemeingut des Volkes wird, das ja auf allen übrigen Gebieten politischen und wirtschaftlichen Lebens nach den Erfahrungen des Krieges einsehen gelernt hat, daß der Staat das letzte ist.

Wenn es sich aber um den Neubau unseres Geldwesens nach dem Kriege handelt, so kann die öffentliche Auseinandersetzung sich unmöglich in erster Linie um den Geldstoff drehen, sondern die Frage lautet: Wie richten wir unser Geldwesen angesichts der besonderen Lage Deutschlands am zweckmäßigsten ein? Es ist dann an sich immer noch möglich, daß man sich für die Beibehaltung des Goldes und seine Verwendung in diesem oder jenem Sinne entscheidet. Nicht mehr möglich aber ist, daß man die Goldfrage für das A und O der Erörterung hält oder auf der anderen Seite den Papierstoff in den Mittelpunkt des Meinungsstreites stellt. Auch der Anhänger der Goldwährung müßte dies einsehen. Den Ausgangspunkt unserer Betrachtung über die Einrichtung unseres Geldwesens nach dem Kriege hat also die Zweckmäßigkeit schlechthin zu bilden, wobei wir uns klar darüber sind, daß die Zweckmäßigkeit sich nach der Lage des Staates in jedem einzelnen Falle vorzüglich bestimmt.

II.

Die Fragen, die uns entgegentreten, sind zu trennen in solche des inländischen Geldverkehrs und des Geldverkehrs mit dem Auslande, wobei es allerdings Übergänge zwischen beiden Gebieten gibt.

Für den inneren Verkehr ist die Frage der zweckmäßigen Geldschöpfung das Kernproblem. Verhältnismäßig spät ist dies erkannt worden, am schärfsten und klarsten von dem Direktor der Hamburger Hypothekenbank, Dr. Friedrich Bendixen, der das Wort Geldschöpfung zum erstenmal aussprach, während man bis dahin in zaghaftem Tasten mehr gefühlsmäßig erfaßt hatte, daß hier das Problem lag, ohne zu deutlichen Formulierungen zu gelangen. Die entscheidende Frage

lautet: Wie ist es möglich, dem Verkehr diejenige Geldmenge zur Verfügung zu stellen, die er benötigt, also sowohl ein Übermaß als anderseits einen Mangel an Geldzeichen zu vermeiden? Demnach müssen die verschiedenen Geldsysteme daraufhin geprüft werden, ob und inwieweit sie dem Ideal solcher vernunftgemäßer Geldschöpfung entsprechen.

Wie ist es bisher in den neuzeitlichen Staaten, vor allem bei uns, mit der Schöpfung neuen Geldes bestellt? Man kann durchweg von einem Grundfehler reden, der den Geldsystemen der verschiedensten Staaten und auch dem unsrigen anhaftet: Die Verquickung der Geldschöpfung mit dem Deckungsgedanken. Diese Verwirrung konnte sich nur darum so hartnäckig behaupten, weil einmal, wie gesagt, das Problem der Geldschöpfung nicht klar erkannt war, und weil man zweitens nicht einsah, daß die „Deckung" ihren ursprünglichen Sinn im Laufe einer längeren Entwicklung eingebüßt hat.

Dieser ursprüngliche Sinn ist die Sicherung des einzelnen gegen Schädigung durch Wertminderung oder gänzlichen Wertverlust des in seinem Besitz befindlichen Geldes. Eine solche Sicherung war früher einmal notwendig, und der Glaube an das Vorhandensein einer derartigen materiellen Wertgarantie ist überhaupt nur geschichtlich zu erklären. Unser modernes Geldwesen ist das Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklung; zu Beginn derselben stand das seinen Wert stofflich in sich tragende Tauschgut. Erst ganz am Ende steht das stoffwertlose Geld. Erinnern wir uns ferner daran, daß die Banknoten im allgemeinen zuerst von privaten Gesellschaften oder Bankiers ausgegeben wurden, die erst später mit staatlichen Stellen in Berührung traten, bis sie sich schließlich mit ihnen gleichsetzten. Es ist klar, daß man eine solche Note von Privaten als Schuldschein auffaßte, nicht als Geld, und von der betreffenden Ausgabestelle verlangte, daß sie eine Sicherheit dafür bereithalte. In England entwickelten sich die Banknoten aus den Noten der Goldschmiede. Diese aber waren ursprünglich nichts anderes als Pfandscheine für hinterlegtes staatliches Metallgeld oder auch Gold und Silber[1]). Daß man in diesem Falle die „Deckung" für durchaus notwendig, ja für ausschlaggebend hielt, war nur selbstverständlich.

Mit dem Übergang des Geldwesens in staatliche Hände und dem Erstarken der Macht des Staates war die Deckung als Wertsicherung für den einzelnen aber nicht mehr gerechtfertigt. Eine derartige Auffassung der Deckung widerspricht geradezu dem Wesen des modernen Staates. Das Schicksal des Staates ist auch das Schicksal des einzelnen. Dieser steht und fällt mit dem Staate. Nicht vom Standpunkt der Einzelperson aus, sondern von dem der Gemeinschaft ist das Geldwesen zu orientieren, das keine Sonderstellung neben den anderen Gebieten des öffentlichen Lebens, hinsichtlich derer längst kein Zweifel mehr an der übergeordneten Bedeutung des staatlichen Gesichtspunktes gegenüber dem Egoismus des einzelnen besteht, einnimmt. Das Schicksal des Geldwesens muß von den Angehörigen des Staates gemeinsam ertragen werden. Eine Wertsicherung des einzelnen für den Fall der Bedrohung oder des Untergangs des Staates kann der Staat gar nicht anerkennen. Er würde sich dadurch selbst verleugnen.

Praktisch ist eine solche Wertsicherung aber auch gar nicht durchzuführen. Sie ist, ob mit ob ohne Goldwährung einfach nicht vorhanden und bestenfalls eine

[1]) Vgl. meine „Geschichte des englischen Geldwesens", Straßburg i. E. Karl J. Trübner 1914, S. 144 ff.

Einbildung. Die Auffassung, daß das Edelmetall dem einzelnen den Wert des Geldes gewährleiste und ein Edelmetallschatz diesem Zwecke diene, ist sachlich unbegründet. Bei statthabender Einlösung des Papiergeldes muß doch gerade für kritische Zeiten, wo die Frage der Wertsicherung erst recht eigentlich brennend wird, mit Sicherheit mit eintretender Uneinlösbarkeit gerechnet werden. Im Frieden, wo das Dasein des Staates nicht bedroht ist, erscheint eine besondere Sicherung aber überflüssig. Ferner besteht meist ein großes Mißverhältnis zwischen der vorhandenen Goldmenge und dem umlaufenden Gelde, ganz zu schweigen von den Giroguthaben. Der „goldgesättigte" Umlauf gehört ja längst der Geschichte an und kann jedenfalls neben dem Umlauf an Papiergeld in Staaten neuzeitlicher Entwicklung nicht mehr aufkommen. Nach aufgehobener Einlösung der Banknoten hat der einzelne keinen Zutritt zum Golde mehr, und das bloße Vorhandensein des Goldes, ohne das Recht, darüber zu verfügen, nützt ihm, vom Standpunkt der Wertsicherung seines Geldes aus betrachtet, nichts.

Die große *Gefahr*, die der Deckungsgedanke nun für die Geldschöpfung in sich birgt, ist der Glaube, daß genug getan sei, wenn man für die vermeintliche Wertsicherung des Geldes durch die Deckung gesorgt habe, und daß die Geldausgabe der Begrenzung dann nicht mehr bedürfe, zum mindesten aber einer Betrachtung der Geldschöpfung als nachgeordnete Frage gegenüber der „Wertgarantie". Diese Gefahr ist in der Geschichte des Geldwesens der neuzeitlichen Staaten immer wieder lebendig geworden und oft geradezu zum Zusammenbruch ausgewachsen. Auf Metallgeld oder Edelmetall hat man das Papiergeld „fundieren" wollen, ferner auf Grundstücke, auf Staatsschuldpapiere, auf Gewerbetrieb, auf Verkehrsmittel usw. und legte sich, nachdem dies mehr oder weniger geschehen war, in der Notenausgabe keine Schranken auf. Die berüchtigte Assignatenwirtschaft der Französischen Revolution beruht letzten Endes auf der Verquickung des Deckungsgedankens mit der Geldschöpfung. Man erkannte nicht, daß die Fundierung auf Staatsgüter ohne den geringsten Zusammenhang stand mit dem Bedürfnis der Volkswirtschaft an Geldzeichen.

Die Wertsicherung des einzelnen durch irgendwelche Deckungsgrundsätze ist eine Einbildung, auf die man besser verzichtet. *Unentbehrlich aber sind Normen für eine vernunftgemäße Geldschöpfung.* Solche Normen sind auch in der Tat bereits in das Gebäude des neuzeitlichen Geldwesens eingebaut, das ohne sie überhaupt nicht bestehen könnte; nur sind sie noch nicht genügend in ihrer Wichtigkeit erkannt, und so wie sie sich heute darstellen, mangelhaft und nicht ausreichend. Häufig hat der Gesetzgeber an die Wertsicherung gedacht, in Wahrheit aber Normen für die Geldschöpfung geschaffen, ohne dies zu ahnen. So hat er denn, bemüht das Geld nach alter Weise zu „decken", trotzdem das Richtige getroffen. Die Praktiker mögen mitunter instinktiv gefühlt haben, worum es sich handelte, obwohl sie der überkommenen Lehrmeinung nachjagten. Auf diese Weise sind wir in Deutschland, indem wir von der Golddeckung ausgingen, zur Geldschöpfung *auf Grund von Warenwechseln* gelangt, die nach Bendixen den „klassischen Typus" der Geldschöpfung darstellt.

Der Inhaber eines akzeptierten Warenwechsels beansprucht von der Reichsbank Geldzeichen auf Grund des Nachweises, daß in entsprechendem Umfange Werte geschaffen und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt sind. Das Geld ist hier nach Bendixen von der Art, daß es verschwindet mit dem Verbrauch der Güter, zu deren Anschaffung es diente. Zwischen der Schöpfung neuer Geldzeichen und der

Herstellung neuer Waren, die zu Markte gehen, besteht in diesem Falle ein Parallelismus, der Preissteigerungen von der Geldseite her im allgemeinen ausschließt.

Gerade diese ideale Art der Geldschöpfung pflegte man aber bisher mit mißtrauischen Augen zu betrachten. Bedeutet sie doch eine Abweichung von dem Prinzip strenger Metalldeckung. Nur der Not gehorchend, willigte der Metallismus in die Teildeckung der Noten, wie sie ja auch unsere Drittteldeckung darstellt, ein, indem er trotzdem die Fiktion von der Goldsicherung auch der nicht in Gold gedeckten Noten aufrechterhielt. Die am Golde gemessene Geldschöpfung aber schien ihm untadelhaft und unter allen Umständen vorbildlich.

In Wahrheit ist gerade diese Art der Geldschöpfung aufs stärkste mit Fehlern behaftet. Nicht die leiseste innere, wirtschaftliche Beziehung besteht zwischen dem Bedarf der Volkswirtschaft an Geldzeichen und dem vorhandenen Edelmetallvorrat.

Die durch das Gesetz hergestellte Beziehung ist durchaus willkürlich; bedenkliche Folgen können daher nicht ausbleiben. Sie sind zweierlei Art. Bei großem Goldzufluß ergibt sich leicht ein Übermaß an Geldzeichen. Erfahrungen mit einer derartigen „Inflation" sind während des Krieges ganz besonders in Holland, Skandinavien und den Vereinigten Staaten gemacht worden. Anderseits kann der äußerliche Zusammenhang zwischen Geld und Gold Geldmangel herbeiführen, wenn der wirtschaftlich gerechtfertigte Bedarf an Geldzeichen die mit der Golddeckung oder ähnlichen Vorschriften gezogenen Schranken übersteigt. Wird ferner die Diskontschraube angezogen, nicht weil es notwendig wäre, die Kreditgewährung einzuschränken, sondern um den Goldbestand zu schützen, so richtet sich die Geldschöpfung nach Gründen, die mit den Lehren vernunftgemäßer Geldkreation nicht mehr in Einklang zu bringen sind.

Das deutsche Geldwesen enthält zurzeit noch einige Einrichtungen, vermöge derer die im vorigen geschilderten Gefahren jederzeit akut werden können. Zunächst besteht für Gold das Recht der „freien Prägung", wonach jedermann, der der Reichsbank Gold einliefert, dafür Geldzeichen in gesetzlich bestimmter Höhe verlangen kann. Diese Art der Geldschöpfung ist an keinerlei Regeln gebunden. Sie hängt lediglich von den Zufälligkeiten des Goldzuflusses ab. Wohin dies führen kann, hat das Vorgehen Schwedens und der übrigen skandinavischen Staaten bewiesen, wo die „freie Prägung" aufgehoben wurde, weil England jene Staaten zur Hergabe einheimischer Geldzeichen und Waren gegen sein Gold zwang. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Feinde, insbesondere die Vereinigten Staaten, nach dem Kriege in ähnlicher Weise von ihren Goldbeständen Gebrauch zu machen suchen, um unsere Bodenschätze, an denen wir Monopole besitzen, wie Kohle und Kali oder deutsche Fabrikate unter günstigeren Bedingungen zu erwerben. Die freie „Prägung" kann uns also nur schaden. Sie hat keine Daseinsberechtigung mehr und ist lediglich ein rudimentärer Bestandteil einer früheren Entwicklung.

Das gleiche gilt von der sogenannten Drittteldeckung. Wenn man ältere Schriftsteller liest, so könnte man häufig glauben, das Heil Deutschlands hinge von dieser Einrichtung ab. Aber nirgends steht geschrieben, daß der Verkehr höchstens soviel Noten benötigt als zu einem Drittel gedeckt sind, nirgends ist geoffenbart, daß umgekehrt gerade ein Drittel der Noten gedeckt sein muß. Warum nicht ein Fünftel, warum nicht die Hälfte? Bendixen meint, daß die Reichsbank sich schon immer bei ihrer Geldausgabe und Goldbeschaffung nach dem Bedürfnis der Volkswirtschaft gerichtet habe. Stets sei erst dem Entschluß zur Ausgabe weiterer Geldzeichen unter dem Zwange des Bankgesetzes neuer Kauf von Gold gefolgt, während

sich die landläufige Meinung den Vorgang meist gerade umgekehrt vorstellt. So gesehen, erweist sich die Verpflichtung zum Goldankauf im Falle neuer berechtigter, weil volkswirtschaftlich notwendiger Geldschöpfung als hinderlich. Die Reichsbank wird zum Ankauf von Gold gezwungen, auch wenn sie im übrigen gar kein Gold benötigt. So lange die Dritteldeckung besteht, ist die Gefahr einer gewaltsamen Reduzierung der Geldmenge durch Krediteinschränkung der Reichsbank, auch wenn dies nicht im Zustande der Volkswirtschaft begründet ist, immer latent vorhanden. Was wir brauchen ist daher, Ersatz der Dritteldeckung durch Bestimmungen, die den neuzeitlichen Erfahrungen über gesunde Geldschöpfung besser Rechnung tragen[1]), was in Verbindung einer Revision der Bestimmungen über die Kreditgewährung der Reichsbank überhaupt geschehen müßte. So fordert der bekannte währungspolitische Schriftsteller Dr. Otto Heyn u. a. gesetzliche Festlegung, inwieweit die Reichsbank der Regierung Kredite einräumen darf (was in größerem Umfange nur im Kriege und nur unter gleichen Bedingungen wie gegenüber dem einzelnen Staatsbürger geschehen sollte) inwieweit die Geldausgabe auch im Lombardverkehr erfolgen, ob etwa ein Teil der Noten auch unter Erteilung langfristigen Kredits ausgegeben werden soll usw.

Eine Gefahr für vernunftgemäße Geldschöpfung stellt schließlich die im Kriege glücklich aufgehobene Einlösung der Banknoten in Gold dar. Muß doch, solange sie besteht, immer ein Goldabfluß befürchtet werden, der es unter Umständen der Reichsbank unmöglich machen könnte, die Einlösung aufrechtzuerhalten. Die Folgen sind dann Krediteinschränkung und verringerte Geldschöpfung lediglich aus Rücksicht auf den Goldbestand und oft im Widerspruch zu dem Bedarf der Volkswirtschaft. Die Beibehaltung der Uneinlösbarkeit der Banknoten nach dem Kriege muß aber noch aus anderen Gründen unbedingt verlangt werden, vor allem im Hinblick auf den Geldverkehr mit dem Auslande.

Solange es Tatsache ist, daß das Gold in der Welt allgemein geschätzt wird, daß es zahlreiche Staaten gibt, die sich verpflichtet haben, Gold jederzeit gegen heimisches Geld anzukaufen, ist der Staat imstande, mit dem Golde wertvolle Aufgaben gegenüber dem Auslande zu erfüllen. Nicht anders als etwa der Diamant, der sich gleichfalls außerordentlich zu derartiger Verwendung eignet, stellt das Gold auf geringem Raum und in kleinen Mengen sehr hohe Werte dar, was es zum Transport ins Ausland besonders zweckdienlich erscheinen läßt. Im inneren Verkehr der Staaten macht das Geld das Gold entbehrlich. Freilich wird meist übersehen, daß das Gold im internationalen Zahlungsverkehr ebenso wie das Geld im inneren Verkehr der Staaten nur Mittel zum Zweck ist. Der Vorgang ist im allgemeinen der, daß man zunächst für Gold die Geldzeichen des betreffenden fremden Staates erwirbt, mit dem man Handel treibt, sei es auf direktem Wege, sei es unmittelbar (auf dem Umwege über die Devisen) und für diese Geldzeichen dann Waren kauft. Der Erwerb von Waren und Leistungen ist auch hier immer das letzte wirtschaftliche Ziel.

Damit der Staat nun seine handels- und zahlungspolitischen Zwecke erreichen kann, muß das Gold in der Hand des Staates liegen. Es muß an einer Stelle konzentriert sein. Im Kriege ist uns ja die Sammlung des nationalen Goldschatzes dank einer unermüdlichen Werbearbeit und der besseren Einsicht unseres durch die

[1]) Vgl. dazu die Schriften von Dr. Bendixen: Das Wesen des Geldes 1908, Geld und Kapital 1912, Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges 1916, alle in Leipzig und München bei Duncker und Humblot.

Volksschule gegangenen Volkes gelungen. Eine Wiederaufnahme der Noteneinlösung hieße diese ganze mühsame Arbeit illusorisch machen. Dem Staat würde eine wertvolle Waffe für den Wirtschaftskampf nach dem Kriege entwunden. Sparsamkeit und rationellste Ausnützung aller vorhandenen Mittel wird nach dem Kriege zur Pflicht. Das Gold aber wird in der Hand des Staates am rationellsten bewirtschaftet. Was soll der einzelne auch mit dem Golde machen? Was es mit der „Wertsicherung" des Papiergeldes durch das Gold in Wahrheit auf sich hat, haben wir bereits gesehen. Nur ein enger Kreis von Kaufleuten und Industriellen benötigte in Friedenszeiten wirklich Gold zu unmittelbaren geschäftlichen Zwecken.

Vor dem Kriege bestand nun eine gewisse automatische Regulierung der Wechselkurse, die neben der „freien Prägung" die Noteneinlösung auf Verlangen in den an ihr beteiligten Staaten zur Voraussetzung hatte. Bewegten sich die Wechselkurse über eine gewisse Grenze, so besorgten Goldverkäufe an den Staat mit der höherbewerteten Valuta den Ausgleich, aber dies war nur solange möglich, als man Gold zu einem feststehenden Satze jederzeit, eben durch Einreichen von Noten, erlangen und es anderseits jederzeit zu einem feststehenden Satze wieder loswerden konnte. Durch den Krieg haben die Valuten der großen Staaten ein derartig hohes Disagio erhalten, daß diese Art der Beeinflussung der Wechselkurse unmöglich auch nur annähernd ausreichen kann, um sie in ihr altes Bett zurückzudämmen. Auch weiß man ja nicht, ob die übrigen Staaten zu der vor dem Kriege vorhandenen Währungsform zurückkehren werden; davon aber hängt die Möglichkeit der automatischen Regelung ab.

Ob mit, ob ohne Noteneinlösung müßte der Staat jedenfalls mit allen Mitteln der sogenannten Devisenpolitik nach dem Kriege auf die gesunkene Valuta einzuwirken suchen. Da ist es nur selbstverständlich, daß die Verwendung des staatlichen Goldschatzes im Rahmen jener anderen Maßnahmen geschieht, um eine einheitliche und sichere Wirkung am ehesten zu gewährleisten. Im übrigen lassen sich ja sehr wohl für die Reichsbank Mittel und Wege finden, um Gold an Interessenten abzugeben, die den Nachweis erbringen, daß sie es für volkswirtschaftlich notwendige oder nützliche Geschäfte gebrauchen.

Nicht das bloße Vorhandensein des Goldschatzes ist von Nutzen für die auswärtigen Wechselkurse, wie die alte, allen Erfahrungstatsachen widersprechende Lehre behauptet, sondern seine Verwendung. Freilich, um das Gold benützen zu können, muß man es zuerst haben, und für kritische Zeiten wird zweckmäßig eine Reserve gehalten. Es handelt sich also um eine Goldvorratwirtschaft. Was nun die Größe des Goldvorrats anbetrifft, so muß die Reichsbank von jenen mechanischen Regeln befreit werden, die in Wahrheit keine Regeln sind. Gerade wer die wirkliche Bedeutung des Goldes erkannt hat, wer es weder über- noch unterschätzt, muß dafür eintreten, daß die Reichsbank an keine anderen Rücksichten gebunden ist, als an die aus der Natur einer vernunftgemäßen Goldpolitik unmittelbar hervorgehenden. Auch von diesem Standpunkt aus muß die Aufhebung der „freien Prägung" gefordert werden, denn die Reichsbank kann sich unmöglich von außen her Gold aufnötigen lassen, ohne Bedarf zu haben. Ferner ist auch von hier aus gesehen, die Vorschrift der Drittelbedeckung eine drückende Fessel. Man kann sich nämlich sehr wohl denken, daß etwa die leitenden Männer der Ansicht sind, daß Gold in Anbetracht der handels- und zahlungspolitischen Lage eigentlich abgegeben werden müßte, aber mit bedauerndem Achselzucken feststellen, daß die praktische Bestimmung der Drittelbedeckung sie daran hindert. Und die Valuta sinkt dann weiter.

Wie hoch der Goldschatz der Reichsbank sein muß, um die ihr zufallenden, mit unserer Stellung im Außenhandel verbundenen, handels- und währungspolitischen Aufgaben zu erfüllen, in welchem Zeitpunkt am besten Goldabgaben zu erfolgen haben, das alles kann lediglich die Praxis entscheiden. Ein Nichteingeweihter ist kaum in der Lage, zu beurteilen, ob beispielsweise umfangreichere Goldabgaben zur Stärkung des Markkurses, am besten schon während des Krieges hätten stattfinden sollen oder ob erst nach Friedensschluß, wenn mit Wiederherstellung unseres Außenhandels begründete Aussicht auf dauernde Besserung unserer Valuta besteht, der Zeitpunkt dafür gekommen ist. Die Reichsbank ist ja neuerdings zu einer etwas größeren Goldausfuhr übergegangen, und man darf vielleicht, auch wenn man die eben gemachten Vorbehalte gebührend berücksichtigt, der Meinung sein, daß eine etwas liberalere Handhabung der Goldpolitik in einem früheren Stadium des Krieges dazu beigetragen hätte, den erschreckenden Kurssturz unserer Valuta gegenüber dem Auslande aufzuhalten, zumal, wenn in Verbindung damit die erst im Februar 1916 aufgenommene Devisenpolitik rechtzeitig energisch betrieben worden wäre. Denn das Gold tut's nicht allein!

Vielmehr hat der Krieg Europa die Devisenpolitik in nie vorher gekannter Ausdehnung und in den mannigfaltigsten Formen gebracht. Es gibt heute keinen Staat mehr, der nicht Devisenpolitik treibt. Während man vor dem Kriege derartige Maßnahmen gern als „künstlich" bezeichnete, weiß man heute, daß es sich hierbei um eine Tätigkeit der staatlichen Verwaltung handelt, die für ein gesundes Geldwesen unerläßlich ist. Die bewußte Beeinflussung der Handels- und Zahlungsbilanz, die Verwertung von ausländischen Wertpapieren, die Haltung eines Devisenvorrats, die Aufnahme von Auslandkrediten gehören zu den Mitteln, die am häufigsten in Anwendung kommen. Das Gold hat infolge dieser Entwicklung seine Ausschließlichkeit als Instrument zur Einwirkung auf die auswärtigen Wechselkurse verloren. Wenn wir ihm trotzdem bei Besprechung des Geldverkehrs mit dem Auslande einen so breiten Raum gewähren mußten, so geschah dies darum, weil unser Geldwesen zurzeit noch in den Fesseln des Goldes liegt und diese Fesseln gerade hinsichtlich der für die Zeit nach dem Kriege doppelt wichtigen Devisenpolitik besonders drückend sind.

Wenn nach Friedensschluß die gesteigerten Einfuhren zur Auffüllung unserer Rohstoffläger einsetzen, dann wird unsere gesunkene Valuta, die zurzeit bei fast völliger Absperrung der Einfuhr schließlich zu ertragen ist, geradezu zur Lebensfrage für uns. Um das Disagio der Valuta steigern sich die Preise der eingeführten Waren, während wir ohnehin schon an der Last der Milliarden zu tragen haben. Da ist es von größter Wichtigkeit, daß wir nicht durch eine veraltete, auf mangelhafter Beobachtung der Tatsachen beruhende Theorie irregeführt werden und metallistischen Irrlichtern nachjagend die Verwirrung vermehren, statt sie mit entschlossener Hand zu meistern.

## III.

Es geht nicht in erster Linie um das Gold, sondern um vernünftige Grundsätze der Geldschöpfung und eine zweckmäßige Regelung des Geldverkehrs mit dem Ausland, wobei allemal dem Staat die entscheidende Rolle zukommt. Das haben wir deutlich gesehen. Aber auch darum handelt es sich bei dem Kampf um die Goldwährung in Wahrheit nicht um ein allgemein feststehendes Ideal, sondern um ein staatlich bedingtes Währungssystem, weil die Goldwährung im Grunde genommen lediglich die gegebene Geldverfassung eines bestimmten Staates ist, nämlich

Englands. Alle übrigen Kulturstaaten sind, wenigstens seit 1871, Mitläufer und Nachahmer Englands. „Nicht die Goldwährung als solche breitete sich aus, sondern die englische Geldverfassung tat es — und sie war sozusagen zufällig Goldwährung." (Knapp.)

England ist als erster Staat zur Goldwährung übergegangen und hat mit einer Zähigkeit wie kein anderes Land an ihr festgehalten und ihren Ruhm in der Welt verkündet. Das erklärt sich vor allem aus der Tatsache, daß England über den größten Goldbesitz und die größte Golderzeugung unter allen Staaten (rund 60 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1916 bei einer Welterzeugung von rund 96 Millionen Pfund Sterling verfügt. Diese Monopolstellung trachtet es natürlich zu wahren und nach Kräften auszunützen. Da das Gold ferner ein ganz besonders geeignetes Mittel zur Bezahlung von Wareneinfuhr darstellt, der Außenhandel aber für England von elementarster Bedeutung ist, so sieht sich dieser Staat in ganz besonders glücklicher Lage, wenn er Gold abzugeben vermag an Stelle von vielleicht weit schwieriger und kostspieliger herzustellenden Waren, die statt dessen ins Ausland gehen müßten. Auch die Verwendung des Goldes zu Zwecken der Devisenpolitik muß dem Handesstaat und der bis zum Kriege unbestritten größten Finanzmacht England, deren Stellung als Kreditgeberin der Welt die Festigkeit des Sterlingkurses zur Voraussetzung hatte, besonders erwünscht erscheinen.

Aus all diesen Gründen muß England danach trachten, das Gold möglichst überall im Auslande zu größtmöglichem Ansehen zu bringen. Die Engländer treiben also nationale Währungspolitik, wenn sie mit Wucht für Gold und Goldwährung eintreten. Allerdings sind sie dabei meist selbst vollständig davon überzeugt, daß das Gold das A und O, die Grundlage des englischen Geld- und Kreditwesens, ja überhaupt des ganzen englischen Wirtschaftslebens sei. Was England nützt, das ist für den Durchschnittsengländer ohne weiteres auch der ganzen Menschheit nützlich. Es versteht sich daher von selbst, daß das englische Währungsideal, die Goldwährung, notwendig auch das Ideal aller übrigen Staaten sein muß. England hat es von jeher ganz vortrefflich verstanden, die anderen Nationen zu veranlassen, das zu tun, was dem englischen Staate dienlich ist und ihnen gleichzeitig die Meinung beizubringen, daß sie damit den eigenen, ja den Interessen der Menschheit nachgingen. England bzw. die Angelsachsen beherrschen den größten Teil der Erde politisch und wirtschaftlich. Und die englische Presse hämmert wie tausend andere Suggestionen auch den Glauben an das Gold unermüdlich in die Köpfe.

Die Erkenntnis, daß es sich bei der Goldwährung recht eigentlich um das englische Geldsystem handelt, zwingt zum Nachdenken. Sie nötigt diejenigen, die bisher unbedingte Anhänger der Goldwährung waren, zur Annahme eines relativistischen Standpunktes. Es ist doch sehr die Frage, ob, was England nützt, auch für uns das richtige ist. Das Geldwesen ist staatlich bedingt; für Deutschland liegen die Verhältnisse anders als für Großbritannien. Wir haben kein Interesse an der Erhaltung des Goldglaubens in der Welt, mit dem wir allerdings rechnen müssen, solange er besteht. Wir besitzen kein Goldmonopol, müssen vielmehr Gold im Auslande kaufen und machen dadurch nur England reicher, während wir unsere Waren und unsere Arbeit dafür hergeben. Für die Zwecke der Devisenpolitik greifen wir darum am besten nach Möglichkeit zu anderen Werkzeugen als dem Golde.

Es ist klar, daß ein Schwinden des Goldglaubens in der Welt, worauf letzten Endes die Verwendung des Goldes im gegenwärtigen Umfange bzw. die entsprechenden Gesetze in den Goldwährungsstaaten beruhen, für England höchst

schmerzlich wäre. Die in den letzten Jahrzehnten, besonders aber im gegenwärtigen Kriege zu beobachtenden Ansätze in dieser Richtung sind daher von unserem Standpunkt aus nur zu begrüßen. Freilich muß auch vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt werden.

Die Erwartung, der in jüngster Zeit wiederholt Ausdruck gegeben wurde, daß eine allgemeine Demonetisation des Goldes, wie sie durch Einstellung der „freien Prägung" in den verschiedenen Staaten bewirkt würde, geeignet wäre, die englische Wirtschaftsmacht zu vernichten, ist utopisch. Sie erklärt sich letzten Endes, so paradox es klingen mag, auch wieder nur aus der überlieferten Überschätzung des Goldes und der Verkennung der wirklichen Grundlagen des Geldwesens. Die Währungspolitiker dieser Richtung sind Antipoden der Golddoktrinäre. In ihrem Widerspruch gegen den üblichen Goldmetallismus schießen sie über das Ziel hinaus und erhoffen von der Abschaffung des Goldes ähnliche Wunder, wie sie die Metallisten seiner Beibehaltung zuschreiben.

Gewiß würde England durch die Demonetisation des Goldes ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung des Sterlingkurses, die für seine Weltstellung als Finanz- und Handelsmacht so ungeheuer bedeutsam ist, verlieren. Aber Wertbeständigkeit und weite Verbreitung des Sterlingwechsels sind Attribute der englischen Währung, die zwar durch Goldglauben und Golddevisenpolitik unterstützt werden, die aber auch ohne sie vorhanden wären, da die gesamte wirtschaftliche und politische Machtstellung Großbritanniens, der englische Staat, das eigentliche Fundament dafür bildet. Vor allem war es die dauernde große Aktivität der englischen Zahlungsbilanz, die im Frieden die sprichwörtlich gewordene Stabilität der englischen Wechselkurse gewährleistete. Hinzu kamen der unendlich große Markt für Sterlingwechsel, der einerseits mit dem englischen Außenhandel aufs engste zusammenhing, der Charakter der englischen Börse als internationale Sammelstelle, die Rembours-Kredite, die England an alle Welt gewährte und noch zahlreiche andere Faktoren ähnlicher Art. Letzten Endes war immer der englische Staat und seine eigenartige Stellung entscheidend. Wenn die metallistische Doktrin von der Wunderwirkung der Goldwährung schwärmte, so nannte sie das Gold und meinte in Wahrheit England.

Die wirtschaftliche Vormachtstellung Englands ist nun infolge des Krieges sichtlich geschwunden; die Vereinigten Staaten von Amerika sind mehr und mehr an seine Stelle getreten. Da die Vereinigten Staaten einen großen Goldschatz im Laufe des Krieges erworben haben, so richten die auf eine Demonetisation des Goldes hinzielenden Bestrebungen heute ihre Spitze nicht allein gegen England, sondern auch gegen das Land des Dollars. Dort wird ihnen naturgemäß auch, abgesehen von England, der stärkste Widerstand entgegengestellt.

Es ist durchaus denkbar, daß dem Golde noch einmal ein ähnliches Schicksal beschieden sein wird wie einst dem Silber. Liefmann glaubt dies sogar für eine nicht mehr ferne Zeit mit völliger Bestimmtheit voraussagen zu können. Auf dem sicheren Boden der Wirklichkeit aber bewegen wir uns, wenn wir einmal von vornherein uns vor einer Überschätzung des Goldes und damit auch seiner etwaigen Demonetisation hüten, anderseits aus der Ablehnung des englischen Goldglaubens und der Einsicht in die wirklichen Grundlagen des Geldwesens die Folgerungen ziehen für einen von falschen Vorstellungen und überlieferten Fesseln freien Ausbau und Umbau unseres Geldwesens nach dem Kriege. Nachdem der Krieg uns neben mancher bedauerlichen Erscheinung auf dem Gebiete des Geldwesens doch auch große

Fortschritte in der Richtung, die wir einschlagen müssen, gebracht hat, kann dabei von einem Abbrechen der Brücken zur Vergangenheit keine Rede sein. Es handelt sich lediglich um eine gesunde Fortentwicklung, ohne Überstürzung und ohne Doktrinarismus irgendwelcher Art, auf dem Boden der mit den Händen zu greifenden Tatsachen.

Wohin ein starrer Doktrinarismus führt, der vor den Erfahrungen die Augen verschließt, hat man in England, dem heutigen Goldwährungslande um jeden Preis, um die Wende des 17. Jahrhunderts erlebt, ein Fall, der leider viel zu wenig bekannt ist, obwohl er als warnendes Beispiel im Gedächtnis bewahrt zu werden verdient[1]). Damals glaubte man mit derselben Inbrunst an das Silber wie heute an das Gold. Silber sei der einzig mögliche „Wertmesser", lehrte die Theorie, der die Regierung folgte. Das Silbergeld war aber damals in einem unglaublichen Zustande, beschnitten, gefälscht und dezimiert. Dagegen besaß England einen vorzüglichen Goldgeldumlauf. Statt nun zur Goldwährung überzugehen, was selbstverständlich gewesen wäre, entschloß man sich, die Silberwährung wiederherzustellen. Man brauchte dafür nicht weniger als 4 Jahre und lud sich Kosten in Höhe von 2700000 Pfd. Sterl. auf, eine für damalige Begriffe ungeheuere Summe, die die jährlichen ordentlichen Einkünfte des Staates um 700000 Pfd. Sterl. überschritt. Der einzige Grund für diese Maßnahme war der Glaube, daß das Gold eben nicht imstande sei, „Wertmesser" zu sein. Denn hätte man dem Silbergeld eine untergeordnete Stellung zugewiesen, so wäre eine Aktion von so gewaltigem Umfange unnötig gewesen. Besonders lehrreich für uns ist es, daß es gerade das Gold war, das man damals für ungeeignet hielt, das Fundament des Geldwesens zu bilden.

Lag damals die Gefahr, der die Regierung erlag, in dem Glauben an einen Gegensatz zwischen Gold und Silber, so ist sie heute in der Auffassung eines Gegensatzes zwischen Gold und Papier zu suchen. Die ausgebildete Theorie, die uns zur Seite steht, und unser Reichtum an Erfahrungen berechtigt aber zu der Hoffnung, daß wir nicht wie einst England in der Rückkehr zu einer früheren, fälschlich als absolutes Ideal betrachteten Geldverfassung das Heil erblicken. Nicht um die sog. Goldwährung geht es, sondern das Ziel ist, das Geldwesen des Deutschen Reiches, dessen Grundlage der Staat bildet, so auszugestalten, wie es den besonderen Verhältnissen Deutschlands nach außen und innen entspricht.

[1]) Vgl. meine „Geschichte des englischen Geldwesens", S. 36 ff., Straßburg i. E., Karl J. Trübner 1914. Zu Abschnitt III vgl. meine Schrift „Nationale Währungspolitik. Los von England!" Dresden, Globus-Verlag, 1917.

## Opfersinn.

Könnte man sich nicht vielleicht die Gestalt eines Kaufmanns konstruieren, vielleicht eines solchen, der im Kriege reich geworden ist, der so lange von seinen Waren an die arme Bevölkerung und an den notleitenden Beamten- und Mittelstand unter dem Preise abgibt, bis er einen Teil seines Kriegsgewinnes wieder los ist?

Könnte nicht ein Großgrundbesitzer den Mut finden, ein reicher natürlich, einen Teil seiner Eßkartoffeln an den Kommunalverband auf dem vorgeschriebenen Wege anstatt für 6—7 Mark den Zentner für 2,50 Mark an die arme Bevölkerung, an die Witwen und Waisen, abzugeben?

Könnte nicht ein Waldbesitzer einer großen Forst geboren worden sein, der seinen Einschlag an Brennholz anstatt für 30 Mark den Meter für 5—6 Mark, den Friedenspreis, zur Verteilung an Unbemittelte zur Verfügung stellte?

(Aus einem Vortrag des Grafen v. Baudissin, gehalten zu Stolp i. P.)

# Deutsche Staatsauffassung.

Von Prof. Dr. Max Wundt.

„Das Volk, welches seine Vergangenheit von sich wirft, entblößt seine feinsten Lebensnerven allen Stürmen der wetterwendischen Zukunft. Wehe also uns, wenn unsere neue Gestalt so neu würde, daß sie nur aus dem Bedürfnisse der Gegenwart ihr Dasein schöpfte!"

Diese Worte, die der große Führer des modernen Katholizismus in Deutschland, Joseph Görres, 1814 im Rheinischen Merkur schrieb, möchte man warnend allen denen zurufen, denen heute die künftige Gestaltung Deutschlands in die Hand gegeben ist. Wieder wie vor hundert Jahren steigt das Neue, nur weil es neu ist, im Kurse, und alle geschichtliche Einsicht, auf die unsere Zeit so stolz war, wird achtlos beiseite geschoben, wenn sie den Modephrasen des Tages widerstreitet. Es schien, als habe in der Not der Zeit sich Deutschland endlich auf deutsches Wesen besonnen; die großen Gestalten der Vergangenheit, die Deutschland aus eigener Kraft zu seiner Größe geführt hatten, wurden wieder lebendig. Wenn es gewiß schien, daß manches in dem Feuer der Zeit umgeschmolzen werden würde, deutsch sollten die Formen sein für unser öffentliches und persönliches Leben. Aber die Vergeßlichkeit ist noch immer die stärkste Eigenschaft des deutschen Michel gewesen, und so haben wenige Jahre genügt, ihn all diese guten Vorsätze vergessen zu lassen. Die fremde Phrase herrscht mehr denn je. Und wenn man hört, was auf allen Gebieten dem Deutschen als sein Heil angepriesen wird, parlamentarisches System, Aufhebung aller ständischen Unterschiede oder „Expressionismus" in Kunst und Leben, so möchte man ein bekanntes Wort dahin ändern, daß nicht deutsch zu sein, offenbar deutsch ist.

Überhaupt möchte die schlichte Frage, was denn eigentlich deutsch sei, manchen unserer Neuerer in Verlegenheit bringen. Dringt man auf eine Antwort, so bekommt man statt einer allgemeinen Ansicht meist nur höchst persönliche Wünsche zu hören. Und doch wäre es an der Zeit, uns endlich einmal darüber zu einigen, was denn als deutsch, was als undeutsch zu gelten habe. Der Instinkt läßt gerade in dieser Frage viele unserer Volksgenossen rasch im Stich. Unsere Feinde dagegen wissen genau, was sie an uns bekämpfen und was unser Wesen dem ihren fremd und feind macht. Dagegen fehlt es auf unserer Seite nur allzu sehr daran, daß wir ihrer klaren Einsicht von unserer Wesensverschiedenheit ein ebenso entschiedenes Bewußtsein unserer Eigenart entgegensetzen. Sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, daß wir uns mitten im Kriege und von unsern Feinden nicht nur eine Änderung unserer Verfassung in ihrem Sinne zumuten ließen, sondern uns eifrig bemühten, ihrem Willen zu genügen, und von diesem Bestreben nicht einmal abließen, als uns das allgemeine Hohngelächter genugsam davon hätte überzeugen können, in welchem Sinne diese treuherzigen Ratschläge gemeint waren. Man kann die Weltgeschichte von den Zeiten Hammurabis an durchgehen — und wird keinen ähnlichen Vorgang finden! Diese Schmach hätte man uns ersparen sollen!

Nicht selten wird gar die deutsche Philosophie als Kronzeuge für demokratische Phrasen angerufen. Und doch geht das gesamte politische Denken der deutschen Philosophen seit Leibniz' Tagen darauf aus, den westeuropäischen Demokratismus zu überwinden. Die atomistische Auffassung der politischen Gesellschaft, die diese aus dem Gegeneinander ursprünglich selbständiger, egoistisch bestimmter Einzel-

willen entstehen läßt, ist von ihnen jederzeit bekämpft und vielfach widerlegt worden. Aber wer weiß das bei uns? Sind doch die Werke der deutschen Philosophie unter Deutschen so gut wie unbekannt. In ihren Grundgedanken ist die deutsche Philosophie, wo sie den Einfluß der Fremde, der in Deutschland ja niemals gefehlt hat, überwand, mit der alten deutschen Staatsauffassung, einiger als es zunächst scheint. Zwei Gedanken sollen hier herausgehoben werden.

Der alte deutsche Staat beruhte auf dem Gedanken der Treue. In ihm ist gegenüber dem einzelpersönlichen Egoismusstandpunkt ein Doppeltes ausgesprochen. Die einzelnen treten nicht äußerlich aus einem abgesonderten Dasein zur Gemeinschaft zusammen, sondern sind innerlich mit dieser eins. Sie haben die allgemeinen Mächte: Familie, Staat, Beruf in ihren eigenen Willen aufgenommen. Die tatsächliche Einheit des einzelnen mit dem Allgemeinen ist hier ausgesprochen, während nach der Auffassung des Individualismus diese Mächte als fremde dem einzelnen gegenübertreten, die er nach Möglichkeit für seine selbstischen Zwecke ausnutzt. Und die allgemeinen Mächte werden in dem Gedanken der Treue als eine verpflichtende Macht anerkannt. Sie sind das Feste und Ursprüngliche, von dem der einzelne sein Dasein erst zu Lehen trägt. Sie haben ihn völlig in ihrem Besitz und können bis zur Hingabe des Lebens alles von ihm fordern. Dabei steht diese Verpflichtung aber nicht als ein äußerer Zwang dem Menschen gegenüber, sondern wird zufolge jener Einheit des einzelnen mit dem Allgemeinen als eigener Wille anerkannt. Darum nahm auch die Freiheit, wo sie gefordert wurde, keine Wendung gegen das Allgemeine, sondern bedeutete nur freies Ausleben innerhalb der gegebenen tatsächlichen Verhältnisse des Berufs, des Standes usw. Sie forderte nicht allgemeine Menschenrechte, sondern das Recht der bestimmten sozialen oder politischen Gruppe.

Diese Staatsauffassung ist bei uns zwar nicht in der Wirklichkeit, wohl aber in der Theorie durch das individualistische System der westeuropäischen Aufklärung verdrängt worden, und diese neue Theorie hat seit den Zeiten der großen Revolution ohne Zweifel vielfach auch die Wirklichkeit beeinflußt. Ihr gegenüber dem deutschen Gedanken wieder zu seinem Rechte zu verhelfen, war die Aufgabe der deutschen Philosophie, die sie gelöst hat, mag sie sich selbst dieses Zusammenhangs auch nicht überall mit völliger Klarheit bewußt gewesen sein. Aber die Einsichten, die sie gewonnen, sind weit davon entfernt, Allgemeingut unter Deutschen geworden zu sein; vielmehr sind sie so gut wie unbekannt, und jene oberflächliche Staatsauffassung des Auslandes beherrscht die Köpfe. Wie oft haben wir den Staat mit einem Handelshaus vergleichen und die Politik als Geschäft bezeichnen hören! Da ist überall dieser fremde Geist am Werk.

Dagegen hat die deutsche Philosophie den Beweis gebracht, daß diese einzelpersönliche Auffassung, die die Gemeinschaft aus einer Summe atomistischer Einzelwesen entstehen läßt, möglicherweise zur Herstellung der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft ausreicht — ganz wird auch dies nicht der Fall sein —, keinesfalls aber das Wesen des Staates zu erschöpfen vermag. Denn der Staat ist nicht eine bloße Einrichtung zur Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse, so vielfach er als solche angesehen wird. Er ist eine geistige Macht, in der sich ein bestimmter geistiger Charakter in all seinen Formen offenbart. An dieser Macht hat der einzelne Anteil oder vielmehr: er ist unmittelbar eins mit ihr; in ihrem Leben lebt er das seine, sein tatsächliches Leben ist nur ein Glied in dem großen Gesamtleben, das wir Staat nennen und das wirtschaftliche ebensowohl wie kulturelle und geistige Bedürfnisse umfaßt. Das erste ist hier also nicht das Verneinende, die

Feindschaft aller gegen alle, die vom Staate gebändigt werden soll, sondern das Bejahende, die Gemeinschaft aller mit allen, die im Staate ihren gemäßen Ausdruck findet. Auch der Staat ist deshalb nichts Fremdes, sondern der eigenste Besitz aller, in dem sie unmittelbar ihr eigenes Wesen ausgesprochen finden.

Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee, sagt Hegel. Das bedeutet, in ihm offenbart sich die sittliche Vernunft. Er ist nicht das zufällige Ergebnis einer Zusammenzählung oder Abziehung einzelpersönlicher Wünsche, sondern was seine Formen bestimmt, soll Weisheit sein, die sittliche Vernunft, die nach der Idee des Rechten entscheidet und nicht nach dem, was dieser oder jener wünscht. Die sittliche Idee ist verpflichtende Macht; deshalb ist der Staat dem einzelnen gegenüber gebietende Hoheit. Er befiehlt. Ohne Befehl und Gehorsam hört überhaupt jedes sittliche Verhältnis auf. Aber dieser Befehl erscheint nicht als ein fremder Zwang, sondern als der eigene Wille des Gehorchenden, da er die sittliche Idee zum Ausdruck bringt, die in der Person selbst ihren Grund besitzt. So ist in diesem Gehorsam — eben der Treue — die tatsächliche Einheit des Einzelwillens mit dem Gesamtwillen gewährleistet.

Solche Gedanken der deutschen Philosophie sind vielfach im demokratischen Sinne mißbraucht worden. Anteil aller am Staate wird in Anteil aller an der Regierung umgedeutet, und die innere Einheit von Staat und Einzelwillen soll durch gleiche und unmittelbare Wahlen gewonnen werden. Daß dem nicht so ist, daß die demokratischen Staatsformen ein politisches Leben hervorrufen, das dem deutschen Gedanken so fremd und feindlich wie möglich ist, ist so oft nachgewiesen und haben uns zum Überfluß die politischen Ereignisse in Westeuropa während des Krieges mit solcher Deutlichkeit dargetan, daß für den, der sehen will, ein Zweifel nicht mehr wohl möglich ist. Rücksichtslose Vergewaltigung des Volkswillens durch einen Klüngel von Berufspolitikern, Herrschaft nicht der Einsichtigen, sondern der skrupellosesten Demagogen, mit Hilfe einer Versammlung, der alle Entscheidung zufällt und in der, da jeder sich durch so viele Nebenmänner gedeckt sieht, das Gefühl der Verantwortung rasch schwindet: dies die typischen Formen einer Staatsverfassung, die angeblich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt! Und man glaube doch nicht, daß es in Deutschland anders werden würde. Noch jede Demokratie war so beschaffen, in Griechenland und Rom nicht anders wie in sämtlichen modernen Staaten. Und die Proben demokratischen Gebahrens, die wir in Deutschland jetzt erleben dürfen, liegen ganz in der gleichen Richtung. Wer also von der deutschen Demokratie aller Erfahrung zum Trotz ungeahnte Herrlichkeiten erwartet, der will die Zukunft seines Volkes auf traumhafte Vorstellungen, statt auf in der Erfahrung bewährte Tatsachen gründen. Er möchte ziemlich jäh aus seinen Träumen aufgeweckt werden.

Zwischen dem deutschen und dem demokratischen Gedanken gibt es keine wahre Vermittelung. Ob man dem einzelnen allein ursprünglichen Wert zuschreibt und nach seinen Wünschen den Staat sich richten läßt oder ob man dem Staat einen ursprünglichen, über alle Einzelwillen erhabenen Eigenwert und Eigensinn zuschreibt, das sind grundsätzliche Verschiedenheiten der Auffassung, die man nicht mit Redensarten und demagogischen Künsten verkleistern soll. Zweierlei ist daher an jeder Art Demokratie dem deutschen Staatsgedanken ganz fremd: Nicht die Einsicht, sondern das zufällige Ergebnis einer Zusammenzählung und Abziehung der Einzelwillen hat die Entscheidung. Und die Regierungsgewalt wird ausgeübt abermals nicht durch die Einsichtigen, sondern durch sog. „Vertreter" der Gesamt-

heit, deren Möglichkeit auf der Voraussetzung einer ursprünglichen Gleichheit aller beruht, der zufolge einer den andern vertreten kann und Vertreter nicht der Einsichtigste ist, sondern der, der die größte Summe von Stimmen auf sich zu vereinigen versteht. Was völlig gleich ist, kann man nur zählen. Und so herrscht die abstrakte Zahl in allen Äußerungen des politischen Lebens. Demokratie ist recht eigentlich der Triumph der toten Zahl über die lebendigen Formen.

Dem setzt der deutsche Gedanke die Vernünftigkeit des wirklichen sittlichen Lebens entgegen. Die vernünftige Idee soll herrschen, nicht die Wünsche der einzelnen. Die Vernunft aber kommt zur klaren Einsicht ihrer selbst nur in der einzelnen Persönlichkeit. Darum soll die Persönlichkeit herrschen, nicht die Vielen, im ganzen und in jedem einzelnen Gebiete. Der deutsche Staat ist ein Staat des Beamtentums, das in der Person des Monarchen seine Spitze hat. Und die innere Einheit des Einzelwillens mit der Gesamtheit besteht nicht im Gebiete der selbstischen Forderungen der einzelnen, sondern in der Arbeit ihres Berufs. Der Beruf ist die eigentlich politische Lebensäußerung des Mannes, die ihn an den Staat bindet und durch die er am Staat selbst schaffend mitwirkt. In seinem Beruf besitzt er seine öffentliche Ehre; durch seinen Beruf macht er seinen Einfluß auf den Staat geltend. In ihm findet das tatsächliche sittliche Leben seinen Ausdruck. Und der Beruf sollte deshalb auch der Weg sein, auf dem der einzelne seine verfassungsmäßigen politischen Rechte ausübt. Wird die Volksvertretung auf dem berufsständischen Grundsatz aufgebaut, statt auf einer vorgeblichen abstrakten Gleichheit aller, so herrscht in ihr die Einsicht statt der bloßen Wünsche und Forderungen, und das sittliche Leben des Volkskörpers findet in ihr seinen Ausdruck, da jeder seine Interessen wirklich und von den dazu Berufenen vertreten findet, während in dem demokratischen Parlament alle entrechtet sind, die nicht zufällig zur Mehrheit gehören.

Monarchisches Beamtentum und berufsständische Vertretung entsprechen ohne Zweifel der deutschen Staatsauffassung. Jenes haben wir noch, und die jüngsten Versuche, den für sein Fach ausgebildeten Beamten durch Parlamentarier zu ersetzen, reizen kaum zur Fortsetzung und werden hoffentlich ohne solche bleiben. Der berufsständische Grundsatz beherrscht im allgemeinen unsere ersten Kammern und hat sich auch in den zweiten, allen widerstreitenden Wahlrechten zum Trotz, auf weiten Strecken durchgesetzt. Daß die Parteien in der Hauptsache bestimmte wirtschaftliche Gruppen und also Berufsstände vertreten, ist in den westeuropäischen Demokratien so gut wie unbekannt. Aber dies deutsche Grundgesetz muß sich hier mühsam gegenüber einem fremder Rechtsauffassung entstammenden Wahlrecht zur Geltung bringen. Dem deutschen Grundsatz zu erweitertem Rechte zu verhelfen, das wäre die wahre Erneuerung unserer so stark von ausländischen Gedanken beeinflußten parlamentarischen Zustände. Aber davon sind wir leider weit entfernt. In einer Verblendung, die schon in der nächsten Zukunft unbegreiflich erscheinen wird, ist man bei uns geschäftig dabei, das bewährte Deutsche zurückzudrängen und das Fremde, auf das man gänzlich unbegründete Hoffnungen setzt, zu größerer Wirkungskraft zu bringen. Und leider ist es nicht nur Verblendung, sondern sehr klare und ihre Interessen wohl kennende Einsicht, die hier die Geschäfte unserer Feinde besorgt! Erwachen wir, ehe es zu spät ist! Auch im Innern soll die Losung gelten: Was deutsch ist, soll deutsch bleiben!

# „Deutscher Bürgerstaat" in anderer Betrachtung.[1])

## Von Arnold Wagemann.

In Heft 1 des neuen Jahrgangs von Deutschlands Erneuerung führt Professor Dr. Unold den gleichen Gedanken aus, den bereits Reinhold Planck in seiner Schrift „Vom Privatrecht zum Gemeinrecht" und J. v. Pflugk-Hartung in seinem Aufsatz „Volksvertretung und Regierung der Zukunft" vertreten haben. Alle drei wollen dem Verlangen des Volkes nach Selbstbestimmung dadurch Rechnung tragen, daß sie die heutigen Wähler zu Berufsgruppen zusammenfassen, um so einen, wie sie annehmen, sachgemäßen Gesamtwillen zu schaffen.

Zunächst ist nicht zu leugnen, daß in diesem Vorschlag eine gewisse Verbesserung unserer heutigen Zustände liegen würde, aber dazu gehört nicht viel. Wir haben eine derartige Regelung in der sog. „ständischen Vertretung" ja auch bereits gehabt; unsere Aufgabe ist es aber nicht, Überwundenes zu künstlichem Leben zu erwecken — und künstlich würde diese Regelung heute sein —, sondern aufrichtig und entschlossen die Folgerungen zu ziehen aus dem, was heute erkennbar ist.

Meiner Ansicht nach wird die erstrebte Einrichtung der tatsächlichen Bedeutung weder des Staates noch des Berufs gerecht. — Es ist heute mit voller Sicherheit erkennbar, daß der Staat sich nicht wirklich zusammensetzt aus Einzelpersonen und nicht aus Einzelberufen, sondern aus Wirtschaftsverbänden und Volksbestandteilen. Der Vorschlag geht also nicht aus von natürlich vorhandenen Voraussetzungen, sondern von künstlich zu schaffenden, welche ohne Zwang und Willkür sich nicht werden erreichen lassen und zu unerwünschten Ergebnissen führen müssen. Denn der Beruf erschöpft weder das Wirkungsgebiet der Person, — wenigstens sollte er es nicht tun — noch läßt sich der Staat in Einzelberufe restlos auflösen. Auch ist die Kräfteverteilung keine stetige, sondern eine ständig, wenn auch in größeren Zeitabschnitten, wechselnde. Endlich liegt es auf der Hand, daß die neue Form nicht zum inneren Frieden führen würde, sondern zu einem steten erbitterten Kampf um die Vorherrschaft unter den einzelnen Berufsgruppen.

Die Frage, was denn eigentlich der Staat sei, wird nie so klar dargelegt, daß der Leser daraus die vernunftgemäßen Folgerungen ziehen könnte, und ebensowenig wird die Frage nach der natürlichen Stellung des Berufs im Menschenleben ausreichend geprüft.

Um mit letzterem zu beginnen, müssen wir davon ausgehen, daß, wie jedes Einzelleben in einer körperlichen und einer seelischen Seite besteht, welche jede ihre besonderen Kräfte und besonderen Bedürfnisse besitzen, dies auch im Gruppenleben der Menschen der Fall ist, deren körperliche Seite wir unter dem Sammelnamen „Wirtschaft" zusammenfassen, während wir die seelische Seite in dem Begriff der „Kultur" vereinigt haben. Von Wirtschaft sprechen wir, wenn es sich um die unmittelbare Erhaltung eines zu gemeinsamem Leben zusammengefaßten Kreises handelt; — Kultur umfaßt den Besitz an wirklicher Lebenserkenntnis, welche in der

[1]) Zur Klärung der Anschauungen in der wichtigen Wahlrechtsfrage geben wir auch den nachstehenden Ausführungen unseres geschätzten Mitarbeiters Raum. Die Schriftl.

Lebensführung der Völker zum Ausdruck gekommen ist. Diese beiden selbständigen Ziele verlangen auch ihre eigenartigen, einseitig geschärften Mittel, und diese bilden für die Wirtschaft die Berufe, für die Kultur die Wissenschaft. Der Beruf ist nicht ein Teil der Wirtschaft, sondern eins ihrer Mittel, seitdem das Menschenleben vom unmittelbaren Fruchtertrag der Erde gelöst wurde. Der Beruf verschafft uns nicht den Lebensunterhalt, sondern nur das Einkommen, dessen Umsatz erst zur tatsächlichen Lebenserhaltung, zur Wirtschaft, führt. In gleicher Weise ist auf seelischem Gebiet die Wissenschaft nicht ein Teil der Kultur, sondern das Mittel, um das Maß der Erkenntnis zu vergrößern, das zu einer stets vernünftigeren Lebensführung führt, und erst diese nennen wir Kultur. Ziel und Mittel verlangen aber naturgemäß eine verschiedenartige Beurteilung, denn die Eigenart des ersteren beruht auf dem *Umfassen aller durch dasselbe Vereinigten*, die der letzteren auf der *Einseitigkeit besonders entwickelter Kräfte*. Wirtschaft und Kultur erstreben ein Ergebnis, Beruf und Wissenschaft sind nur die Wege, um dieses Wirtschafts- oder Kulturergebnis herbeizuführen. Sie sind nicht die Schöpfer des Ziels, sondern seine Diener, seine technischen Hilfsmittel.

Wollen wir die Frage nach der Beteiligung des Volks an der Aufgabe des Staates richtig lösen, so ist weiter die Feststellung unumgänglich, warum und wie der Staat entstehen konnte. Da sehen wir sogleich, daß er weder einer Verbindung von Einzelmenschen noch von Einzelberufen entwuchs, sondern ins Leben trat als eine Verschmelzung von Einzelwirtschaften zu einer Gesamtwirtschaft, also anfänglich durchaus auf das körperlich-wirtschaftliche Gebiet beschränkt war. Überall, wo heute Volksstaaten auf Erden vorhanden sind, hat ihnen die Stufe des Wirtschaftsstaates, des Stammstaates vorhergehen müssen, ursprünglich in der Form der Dorfmark, später von Dorf und Stadt. Nur durch Verbindung dieser vorhandenen Einzelheiten entstanden die heutigen Staaten, und zwar nach orientalischer Auffassung im Wege der Unterwerfung, nach germanischer im Wege freiwilliger Verbindung zu den gemeinsamen Zwecken. So wurde zunächst die körperliche Grundlage geschaffen, und erst mit der Zeit entwickelte sich aus ihr die Idee des Volkstums mit dem Ziele der Kultur, in welcher die Eigenart der Rasse ihren Ausdruck findet. So entstand eine neue Persönlichkeit, beseelt von der Empfindung der Zusammengehörigkeit der staatlich geeinten Blutsgenossen; der Staat selbst bildete sich zu einer neuen Einheit um, mit eigenen Zielen und eigenen Bedürfnissen.

So erwuchs ihm also eine doppelte Aufgabe, die erstere umschlossen in dem körperlichen Wirtschaftsbedürfnis, die andere in dem seelischen Kulturbedürfnis. Soll er beiden gerecht werden, so muß deren Eigenart erforscht und ihr Rechnung getragen werden. In dieser Richtung sehen wir eine entgegengesetzte Bewegung Platz greifen. Die Wirtschaft baut sich auf von unten her und schöpft von daher auch ihren Zweck. Ihre Grundlage und das Ziel staatlicher Wirtschaft ist stets das Gedeihen der Einzelwirtschaft, und dieses ist durchaus abhängig von der Persönlichkeit, von ihren Kräften und ihren Lebensbedingungen. Soll Sachgemäßes entstehen, so kann dies nur durch einen Ausgleich unter den berechtigten Sonderwünschen der Einzelhaushalte gefunden werden, und hierfür gibt es, will man nicht Gewalt anwenden, nur das alte germanische Mittel gemeinsamer Beratung und gemeinsamer Entschließung nach gegenseitigem Nachgeben. Das ist sowohl für die Einzelwirtschaft wie für die Staatswirtschaft unumgänglich. Hier tritt im naturgemäßen Verlauf von unten nach oben eine stete Sichtung und Beschränkung der Einzelwünsche ein, je weiter die Vereinigung greift, deren Gesamtbedürfnisse Be-

friedigung verlangen. Der Staat als Wirtschaftszusammenfassung ist also seiner Natur nach demokratisch, nicht in dem Sinne, daß das Volk an den Entscheidungen mitzuwirken habe, sondern daß es selbst den Willen zu bilden hat, unabhängig von irgendeinem Zwang höherer Macht.

Ganz anders ist der Vorgang bei dem Staat als Volks- und Kulturbund. Hier liegt die Persönlichkeit, um deren Förderung und Erhaltung es sich handelt, nicht im Innern und nicht in der Einzelwirtschaft, sondern außer und über ihr, auf dem Gebiet ideeller Wahrheit. Diese trägt ihr Ziel in sich selbst, und unsere Mitwirkung beschränkt sich auf ein sachgemäßes Verfolgen ihrer Spuren und das Schaffen der Einrichtungen, welche das bereits Errungene erhalten und zu neuem Erwerb befähigen. Während in Fragen der Wirtschaft der Mensch selbst Träger der Idee war und deshalb auch zu bestimmen hatte, wie sie am besten zu verwirklichen sei, steht die Idee des Volkes und seiner Kultur als selbständige Wesenheit uns gegenüber, und uns bleibt nur übrig, nach den Mitteln zu suchen, um ihr zu dienen. Hier ist also die Aufgabe des Staates eine rein technische, an einseitige Betätigung gebundene, und da Technik die Leitung durch den Tüchtigsten verlangt, die einzig mögliche Form die autokratische. Der Staat als Volks- und Kulturbund verlangt unbedingt die monarchische Form.

Es handelt sich also gar nicht um die Frage, soll der Staat monarchisch oder demokratisch geleitet werden, sondern darum, welche Aufgaben des Staates sind auf demokratischem und welche auf monarchischem Wege zu lösen! Dies führt dazu, zu erkennen, daß die Wirtschaftsführung des Volkes zwar durchaus der eigenen Entschließung zu unterliegen hat, seine Beteiligung an dem Schutz des Volkstums sich aber auf das Maß der Befähigung des einzelnen beschränkt, die ihm eine geringere oder gewichtigere Betätigung auf dem Gebiet der Erziehung zur höchsten körperlichen und sittlichen Kraft, — umschlossen durch die Worte: Wissenschaft und Mannszucht — gestattet, welche als die alleinigen Grundlagen der Kultur in Frage kommen. Die Entscheidung über die Befähigung fällt aber nicht das menschliche Urteil, sondern der tatsächliche Erfolg. Hier müssen wir also die Einrichtung suchen, welche uns die größte Gewähr gibt, daß das heute Erkennbare auch in unseren Einrichtungen zur Geltung kommt.

Um hierin zu einer Übersicht zu gelangen, haben wir eine weitere Frage zu prüfen, die bisher nicht berührt worden ist. Ist das Volk stets in der Lage, sein Wirtschaftsleben sachgemäß zu führen, oder können Verhältnisse eintreten, welche uns zwingen, das Gute zu lassen, um das Nötige zu tun? Einen solchen Zwang schafft der Krieg, sowohl als Bedrohung wie in seiner Entfesselung. Diese Sachlage ist so unmittelbar zwingend, daß der gesunde Instinkt unserer germanischen Vorfahren bereits hier die Doppelseitigkeit der Staatsaufgaben erkannte und ihr voll gerecht wurde. Da es sich jetzt nicht mehr um eine sachgemäße Fortführung der Wirtschaft handelte, sondern um die technische Beseitigung einer aufgetretenen Störung, verließen sie für die Dauer des Krieges ihre demokratische Staatseinrichtung durchaus und richteten sich nach autokratisch-monarchischen Bedingungen ein.

Aber die andrängende Macht der orientalischen, durch keine innere Hemmungen gehinderten Gewalt zwang sie bald dazu, aus dieser vorübergehenden Einrichtung eine dauernde zu schaffen, und dies geschah überall, dem Druck der Verhältnisse folgend, unter gänzlicher Beseitigung des germanischen Gedankens, so daß dem Herrscher nunmehr nicht nur der Schutz sondern auch die Leitung des Wirtschafts-

lebens der ihm unterworfenen Völker oblag. Das ließ dann die Idee entstehen, daß der Staat den Haushalt des Herrschers bedeute, in welchem dem Volk nur die Stellung als Gesinde angewiesen blieb, und führte zu Revolutionen, welche am frühesten in England, am wirksamsten in Frankreich dem bisherigen Zustand ein Ende machten. Das geschah aber immer unter Beibehaltung der orientalischen Idee der durch Pflichten nicht gebundenen Macht, der erlaubt war, was sie durchsetzen konnte. So sehen wir, daß unter der Herrschaft dieses Irrtums auch stets die Volksvertretungen zu reinen Machtkörpern sich ausbildeten, welche neben dem ewigen Kampf der Völker gegeneinander den Kampf des Bürgers gegen die Regierung und schließlich den Kampf aller gegen alle entstehen ließen.

Ganz anders verlief der Vorgang in Deutschland, dessen Bevölkerung von seinem Ideal des Rechts, der Pflichtgebundenheit der Berechtigungen, sich nichts hatte rauben lassen, weder in seinen Bürgern noch in seinen Fürsten. So entstand, — zwar auch hier unter dem Druck der Gewalt, die aber gemildert wurde durch das beiderseitige Gefühl der Verantwortung, — ein Zusammenwirken beider Kräfte, das uns dem Bewußtsein nationaler Eigenart und damit dem Ziele der Kultur schrittweise näher brachte. Die deutschen Regierungen erkannten immer mehr und immer stärker die Last der Verantwortung ihres Amtes und suchten von oben her, also auf technischem Wege, ihre Völker die Wege zu führen, welche sie selbst als die richtigen erkannten, und das Volk folgte ihnen, nicht indem es sich unter ein fremdes Joch beugte, sondern indem es der besseren Einsicht der Regierung vertraute. Erst durch dieses Zusammenwirken von Fürsorge und Vertrauen entstand das einzigartige deutsche Volkstum, der Bannerträger der Kultur, und dies Zusammenwirken müssen wir uns erhalten.

Das Feld hierfür liegt aber nicht auf dem Gebiet der Entschließung, sondern auf dem der Forschung und Beratung. Wenn das Wort: „εἷς κοίρανος ἔστω", einer nur darf Herr sein —, seine Berechtigung hat, so ist das hier der Fall. Schutzaufgaben sind technische Aufgaben und daher mit Erfolg nur zu lösen unter Führung des Tüchtigsten, der seine Kraft zwar schöpft aus dem, was sein Volk an neuer Erkenntnis erarbeitete, aber auf Grund eigener Tatkraft allein das Erschaute auch zum Leben zu erwecken vermag. Das Gebiet der Schutzaufgaben verlangt mithin eine einheitliche, vom allgemeinen Vertrauen getragene Stelle zur Berufung der Tüchtigsten an den Platz, den ihre Kraft ihnen bestimmt. Und für dieses Amt kommt der höchste Beamte des Landes, der deutsche Fürst, allein in Frage, nicht deshalb, weil er selbst der Tüchtigste sein müßte, aber weil er in den Stand gesetzt ist, unter den Tüchtigen die richtige Auswahl zu treffen.

So laufen in der Hand des Fürsten zwei Fäden zusammen, welche für das Volksleben von der größten Bedeutung sind. Er hat auf eigene Verantwortung hin sein Volk zu schützen, sowohl in seinen Grenzen wie in seiner Eigenart, und in erster Richtung die Volkswehr stets blank und scharf zu erhalten, in letzter in steter Fühlung mit der Wissenschaft die Mittel und Wege der Kultur zu suchen und sich zu eigen zu machen, um das errungene Neue dem geistigen Besitz seines Volkes zuzuführen. Er hat ferner auf Grund dieses eigenen geistigen Erwerbs die Vorschläge, welche sich daraus auf wirtschaftlichem Gebiet ergeben, dem Beschlußkörper des Volkes zur Erwägung vorzulegen, ob dieses für die Annahme des Neuen bereits sich reif genug fühlt oder nicht.

Diese Frage kann kein anderer lösen als das Volk selbst, die Vertreter der Wirtschaften im staatlichen Verbande, die ja die Wirkungen der neuen Maßregeln

unmittelbar zu fühlen haben. Die Entschließung geht aus von der Vertretung der Familie und führt über die der Gemeinde, der deutschen Stadt, welche aus der heutigen Stadt mit den sie versorgenden Dörfern zu bilden ist, — zum Landesrat, der Zusammenfassung der Provinzialvertreter als höchstem Wirtschaftsorgan, dem der Fürst als Leiter und Berater vorzustehen hat. Wähler ist nicht der einzelne Staatsangehörige, sondern allein der Haushaltungsvorstand. Wer ohne selbständige Wirtschaft, d. h. also als Gast fremder Wirtschaft, sein Leben führt, genießt die Wohltaten des Vorhandenen, hat aber keinen Anspruch darauf, in die Führung des Haushalts hineinzureden. Seine Mitarbeit am Volksleben beschränkt sich auf die Teilnahme an den wissenschaftlichen Erwägungen der allgemeinen Wirtschaftsaufgaben des Staates.

Das ist die Regelung, welche ich als das logische Ergebnis unserer völkischen Entwicklung empfinde und erkenne und die ich für ungezwungener und daher praktisch schonender und leistungsfähiger halte als das bisher Vorgeschlagene. Der Weg, den der Freiherr vom Stein vor einem Jahrhundert zum Heil unseres Volkes einschlug, führt in seinem Verlauf zu der Lösung, wie sie mir vorschwebt.

## Heinrich Claß — Zu seinem 50. Geburtstage.

Am 28. Februar feierte Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, der unermüdliche Vorkämpfer eines nach innen und außen starken deutschen Reiches, seinen 50. Geburtstag. Auch wir können und wollen nicht unter denen fehlen, die ihm die herzlichsten Glückwünsche entgegenbringen. Ist es uns doch vergönnt gewesen, 25 Jahre lang gemeinsam mit ihm im Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes zusammenzuwirken und ihn als Mensch und Politiker kennen, schätzen und verehren zu lernen. Ihm gelang es, den Verband zuerst wirtschaftlich auf eine durchaus gesunde Grundlage zu stellen und ihm alsdann ein immer größeres Wirkungsfeld zu schaffen. Stets nur das Wohl des Vaterlandes im Auge, nie etwas für sich selbst verlangend, hat er 25 Jahre lang segensreich gewirkt und den Einfluß des Verbandes, trotz aller Anfeindungen der roten und goldenen Internationale, ständig gehoben und gestärkt. Ihm ist in erster Linie der Zusammenschluß aller wirtschaftlichen Verbände zu danken; ihm gelang es ferner häufig, bisher feindliche Brüder zum Wohle des Vaterlandes zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen, und wir zweifeln nicht, daß es diesem Manne mit seinem gesunden Instinkt für das Praktisch-Erreichbare, seiner großen staatsmännischen Begabung und seiner fast übermenschlichen Arbeitskraft noch vergönnt ist, dem deutschen Volke manchen großen Dienst zu erweisen. Was er vor dem Kriege und seit Kriegsbeginn für das deutsche Volk geleistet hat, gehört ohnehin der Geschichte an. — Wenn im Deutschen Reich der Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ tatsächlich durchgeführt wird, dann wird auch für Claß eine Zeit kommen, wo er sein reiches Wissen und sein erfolgreiches Können zum Segen Deutschlands nicht nur als Privatmann betätigen kann.

Wenn wir von der schriftstellerischen Tätigkeit von Claß reden, so müssen wir in erster Linie seine „Deutsche Geschichte“, die er unter dem Namen Einhart herausgab, erwähnen. Es darf als eines der besten deutschen Volksbücher bezeichnet werden, und wir hoffen, daß anläßlich des 50. Geburtstages des Verfassers wiederum eine neue Auflage verbreitet wird. Von politischen Flugschriften wollen wir nur die „Bilanz des neuen Kurses“ anführen. Besonders großen Erfolg erzielte die Schrift „Westmarokko — Deutsch“, durch welches Büchlein ein völliger Umschwung der öffentlichen Meinung herbeigeführt wurde.

Von geradezu ausschlaggebender Bedeutung für die Bildung eines Siegeswillens im deutschen Volk war seine Schrift über das „Kriegsziel“, die im Jahre 1914 erschien, sofort nach der Versendung verboten und erst 1917 freigegeben wurde. Wie hätte sich das Geschick unseres Volkes anders entwickelt, wenn eine zielbewußte Regierung von Anfang an neben der Obersten Heeresleitung gestanden und die erzielten Erfolge im Geiste von Claß in nationalen Willen umgebildet hätte. Wir zweifeln nicht, daß, wenn Kanzler und Heeresleitung gemeinsam wollen, das Ziel, das Claß dem deutschen Volke gesetzt hat, im vollen Umfang erreicht wird! Möge es dem Jubilar vergönnt sein, hierbei auch fernerhin erfolgreich mitzuwirken.

München, 20. Februar 1918. J. F. Lehmann.

# Zum Wiederaufbau des deutschen Handwerks.

## Von Dr. Felix Kuh.

In seinen „Deutschen Schriften" hat bekanntlich Paul de Lagarde ein sehr hartes Urteil über die Richtung gefällt, in der sich das wirtschaftliche Leben unseres Vaterlandes bewegt. Insbesondere hat er Klage erhoben über die Industrie, welche „die Menschen ihres Charakters als Menschen entkleidet", er hat die Industrie dem Handwerk gegenübergestellt mit der Behauptung, daß für die ganze nationale Entwicklung nur das Handwerk eine segensreiche Wirksamkeit entfalten könnte, während aus der Industrie, wenigstens in ihrer damaligen Verfassung, nichts anderes als fortschreitende sittliche Verderbnis zu erwarten sei. „Gebt die Hoffnung auf, die soziale Frage aus der Welt zu schaffen, was dasselbe ist, gebt die Hoffnung auf, Deutschland glücklich zu sehen, solange ihr die Industrie an der Stelle des Handwerks sitzen habt!"

Unzweifelhaft schießt diese Anklage über das Ziel hinaus, und Lagarde selbst würde wohl heute kaum seine Worte wiederholen. Es ist nicht daran zu denken, daß das Handwerk jemals auch nur die Vorherrschaft zurückgewinnen könnte, die es einstmals besessen hat. Die Fortschritte der Technik, die Ausgestaltung des Weltmarktes, der Grundsatz des freien Wettbewerbes, dessen gänzliche Ausschaltung schwerlich jemals stattfinden wird, die Umwandlung des städtischen in einen nationalen Markt, der Stadtwirtschaft in eine Volkswirtschaft — diese Umstände haben der Industrie eine Stellung gegeben, von der kein Einsichtiger wünschen wird, daß sie etwa in ihren Grundfesten erschüttert werden sollte. Wohl aber fragt sich, ob nicht in der Entwicklung der Industrie auch mancherlei recht bedenkliche Schäden aufgetreten sind, deren Beseitigung im nationalen Interesse dringend erforderlich ist; ob nicht vor allem das Zeitmaß, in dem sich die Industrie während der letzten Jahrzehnte vorwärts bewegt hat, einzuschränken ist, und ob nicht auf der anderen Seite den übrigen Erwerbsständen, vornehmlich eben dem Handwerk, ein größerer Spielraum neben der Industrie gewährleistet werden muß. Es liegt zutage, daß der industrielle Aufschwung, so großartige Erfolge er auf der einen Seite mit sich gebracht hat, das wirtschaftliche, soziale und auch das politische Gleichgewicht unseres nationalen Lebens schwer erschüttert hat. Im Verein mit dem allzu üppig emporgewachsenen Geld- und Börsenkapital hat die rasche Umwandlung Deutschlands in einen überwiegenden Industriestaat die Gegensätze zwischen reich und arm zu einer Spannung geführt, die schon jetzt zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Setzt sich diese Entwicklung fort — und gewisse Kreise drängen bewußt auf dieses Ziel hin —, so wird allerdings das Urteil Lagardes eines Tages zu Recht bestehen; nichts Schlimmeres könnte uns widerfahren, als wenn der Mittelstand seiner letzten Kraft beraubt würde und die Gegensätze des Kapitalismus und des Proletariats unvermittelt aufeinanderstoßen würden. Jeder weiß aus der Geschichte, daß alle Völker, welche dieser Gefahr nicht zu entgehen wußten, einem raschen Verfall unterlegen sind. Nur dann kann sich die Rasse, die Nation, der Staat erhalten, wenn das Horazische medio tutissimus ibis (auf der Mittelstraße wirst du am sichersten gehn) auch auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung Anwendung findet. Noch über diese Gesichtspunkte hinaus gilt die Rücksicht auf die allerhöchsten menschlichen Eigenschaften. Man darf sagen, daß schlechthin die ganze Kultur-

entwicklung der Menschheit an das Vorhandensein eines gesunden und kräftigen Mittelstandes gebunden ist. Der veredelnde Wert der Selbständigkeit, wie er allein durch das Vorwalten mittlerer Existenzen gesichert wird, kann für das sittliche Leben des Menschen nicht hoch genug veranschlagt werden; Innerlichkeit, Schlichtheit, Zufriedenheit, nicht minder Familiensinn, Heimatliebe, Religiosität, die höchsten Tugenden sind es, die, soweit sie überhaupt durch äußere Verhältnisse beeinflußt und gefördert werden können, ihren fruchtbarsten Boden in den mittleren Wirtschaftsschichten eines Volkes finden. Jedoch brauchen wir auf diese Dinge schwerlich des näheren einzugehen; die sittliche, soziale, politische Bedeutung des Mittelstandes, des mittleren Bürgertums, des Handwerks, des echten und rechten Bauernstandes ist eine Tatsache, die nur derjenige anzweifeln kann, dem eben das persönliche Interesse oder das Interesse seiner Klique und Partei höher stehen als die Wohlfahrt des Volkes, des Staates und Vaterlandes.

Wie heute die Dinge liegen, ist es gerade noch Zeit, dem drohenden Verderben entgegenzutreten. Man spricht freilich schon von einer Notlage des Handwerks, aber glücklicherweise kann doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es nicht richtig ist, in dieser Allgemeinheit von den Zuständen des Handwerks zu reden. Das Handwerk ist ja kein einheitlicher Begriff, wohl sind manche Handwerkszweige, so die Weberei, die Seifensiederei, die Nagelschmiederei, die Brauerei, die Kammacherei und Gerberei, auf der ganzen Linie zurückgedrängt, zum Teil durch die Industrie völlig ersetzt worden. Anderseits aber braucht man nur den Blick auf das Baugewerbe zu richten, um sich zu überzeugen, daß es weite Gebiete des Handwerks gibt, die ein Eindringen der Industrie niemals zu fürchten haben. Vergleicht man das Baugewerbe mit dem Metallgewerbe, so zeigt sich, daß zwar das letztere ungleich weiter zurückgedrängt worden ist, daß aber auch der Schmied, der Schlosser, der Klempner noch immer ihren Platz im Wirtschaftsleben behaupten. Wie in der Landwirtschaft, so hat auch im Handwerk die marxistische „Akkumulationstheorie" kläglich Schiffbruch erlitten; es hat sich keineswegs bewahrheitet, daß notwendigerweise alle Kleinbetriebe durch den Großbetrieb aufgesogen werden müssen. In einzelnen Gegenden hat sogar das Handwerk eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen; selbst in dem industriellen Bezirk der Handwerkskammer Düsseldorf ist z. B. die Zahl der beitragspflichtigen Handwerksbetriebe in den Jahren von 1904 bis 1913 von 43205 auf 47772 gestiegen, auch der Gesamtbetrag der Gewerbesteuern weist eine erhebliche Zunahme auf. Dazu kommt, daß sich schon seit geraumer Zeit das Kunstgewerbe eines hocherfreulichen Aufschwunges rühmen darf; wiederum sind es weite Zweige des Handwerks, das Holzgewerbe, die Buchbinderei, verschiedene Gebiete der Webwarenverarbeitung, in denen sich neben dem industriellen Betrieb der kunstfertige Meister wohl zu behaupten weiß. Aber diese Lichtpunkte dürfen uns wiederum nicht darüber täuschen, daß es die höchste Zeit zur Einkehr und Umkehr ist! Polypenartig streckt das Großkapital seine Arme auch nach dem Handwerk aus; der Warenhausbetrieb, die Massenfabrikation, die künstliche Erweckung neuer, meist recht niedrig stehender Bedürfnisse zu Spekulationszwecken, sie beschwören immer mehr jene Gefahren des Industriestaates herauf, welche seinerzeit Adolf Wagner in seiner bekannten Auseinandersetzung mit Brentano in so lebhaften Farben ausgemalt hat.

Es war daher sehr angebracht, daß sich jetzt, gerade während des Weltkrieges, der dem Handwerk von neuem schwere Wunden geschlagen hat, die Handels- und Gewerbekommission des preußischen Abgeordnetenhauses an-

gelegentlich mit dem Wiederaufbau des Handwerks beschäftigt hat. Der Regierung, gegen die sich in so vielfacher Beziehung eine sehr berechtigte Kritik geltend macht, mag es zum hohen Lobe angerechnet werden, daß sie inmitten der schweren Kämpfe, die uns außen und innen umtoben, nicht die Pflicht vergißt, auch tieferliegenden Zukunftsaufgaben ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man hat in der Kommission ein ganz ausführliches Programm aufgestellt, vor allem ist bei den Beratungen mitgeteilt worden, daß eine vollständige Umformung des Landesgewerbeamtes beabsichtigt ist, ein Plan, der sich vielleicht schon verwirklicht hat, wenn diese Zeilen veröffentlicht werden. Das Landesgewerbeamt, das bisher in der Hauptsache zur Unterstützung des Handelsministers in der Verwaltung des gewerblichen Unterrichtswesens bestimmt war, scheint hiernach dazu berufen zu sein, dem Mittelstand und dem Handwerk in allen wirtschaftlichen Fragen helfend und beratend an die Seite zu treten. Man wird die Bedeutung dieser Bestrebungen gewiß sehr hoch zu bewerten haben, aber wir wollen gleich — und das ist der eigentliche Zweck dieses Aufsatzes — bemerken, daß alle direkten und unmittelbaren Maßnahmen zur Hebung des Mittelstandes, so wichtig sie an sich sind, nur dann einen vollen und nachhaltigen Erfolg verbürgen können, wenn zugleich unsere gesamte Sozial- und Wirtschaftspolitik eine entsprechende Umlenkung erfährt. Sehr schön und sehr überzeugend klingen die Vorschläge, die berufene Kenner und wohlwollende Freunde des Handwerks zu dessen Wiederaufbau gemacht haben, wir werden gleich auf einige Hauptpunkte hinweisen, aber das eine soll man sich immer vor Augen halten: an Haupt und Gliedern muß gebessert werden, an Haupt und Gliedern! Stückwerk bleibt es, wenn man an den Gliedern hier und da herumflickt, hier ein Pflaster aufklebt, dort eine Stütze anbringt! Nein, mit halber Arbeit ist nichts getan, wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß den einzelnen, praktischen Maßnahmen ergänzend eine großzügige, nationale Politik, eine Politik, die als ihr höchstes Gesetz die Erhaltung und Entwicklung des deutschen Volkstums anerkennt, zur Seite treten muß. Nirgends vielleicht ist der Titel dieser Zeitschrift so gut am Platze, wie wenn es sich um den Wiederaufbau, um die Erneuerung des Handwerks handelt. Eine Erneuerung des Handwerks? Sie ist nicht anders denkbar als im Rahmen einer Erneuerung Deutschlands. Kann ein Zweig gesunden, wenn der Baum erkrankt bleibt? Durch alle Adern unseres Volkslebens muß sich der neue Geist nationalen Selbstbewußtseins, stolzer Betonung deutscher Rasse ergießen, die letzten Nervenspitzen müssen erfaßt werden von dem Abscheu gegen alles Undeutsche, gegen alles Internationale, — wie es auch gefärbt sein mag!

Wir werden also, wenn ein kräftiger Wiederaufbau des Handwerks stattfinden soll, zwei Wege sorgsam zu unterscheiden haben. Ein Weg führt gerade auf das Ziel zu, und man soll ihn gewiß nach Möglichkeit ausbauen und benutzen. Der zweite Weg aber ist wohl weiter, wenn man will ein Umweg, aber er ist, wie wir erkennen werden, weitaus sicherer, und wir dürfen ihn keinesfalls vernachlässigen, denn erst auf ihm werden wir die Erfüllung der ganzen Aufgabe erreichen können. Das Programm der positiven Maßnahmen, wie es die jüngsten Verhandlungen aufgestellt haben, deckt sich im wesentlichen mit dem Inhalte der sehr beachtenswerten Schrift, welche im Jahre 1914 der verdienstvolle Syndikus der Düsseldorfer Handwerkskammer Dr. Josef Wilden veröffentlicht hat (vgl. auch die 1916 erschienene Abhandlung desselben Verfassers: „Krieg und Handwerk"). In den Arbeiten von Wilden ist knapp und übersichtlich dargelegt, was unmittelbar geschehen kann und muß, um das Handwerk von neuem mit Saft und Kraft, mit Lebensmut und Lebens-

fähigkeit zu erfüllen. An die Spitze hat Wilden mit Recht die Notwendigkeit einer Erweiterung der Bildungseinrichtungen und des Prüfungswesens gestellt. Theoretische und technische Kurse, Stipendien für den Besuch solcher Kurse, Unterstützung und allgemeinere Durchführung der Fortbildungs- und Fachschulen, die sorgfältige Ausgestaltung der Gesellen- und Meisterprüfungen, das sind zweifellos diejenigen Bedingungen, die zuerst erfüllt werden müssen. Germania docet (Deutschland lehrt), man spotte nicht darüber, daß bei uns alles mit der Schule anfängt, der Schule verdankt nicht nur der einzelne Mensch, sondern jeder Stand und jeder Staat die beste Kraft seiner Leistungen. Echt deutsch ist es aber auch, wenn an zweiter Stelle des Programms die Organisation des Handwerks genannt wird. Denn mit Recht können wir in Deutschland stolz darauf sein — der Krieg hat es von neuem bewiesen —, daß wir in schneller Erfassung und geschickter Durchführung organisatorischer Aufgaben alle anderen Völker überflügelt haben. Es würde aber zu weit führen, wollten wir alle Einzelpunkte durchsprechen. Wir müssen uns auf Schlagworte beschränken. Da nennt Wilden die Förderung des Handwerks auf dem Lande (eine Sache von höchster Bedeutung), die Regelung des Submissionswesens, die Vereinigung verschiedener Betriebe zur Herstellung von Massenartikeln, welche an die einzelnen Meister zu vergeben sind, im Anschluß hieran überhaupt die Förderung des Genossenschaftswesens, wobei wiederum an erster Stelle die Kapitalbeschaffung (Hypotheken, Personalkredit, Spargenossenschaften) in Frage kommt. Wesentliche Dinge sind ferner die Versorgung des Handwerks mit neuzeitlichen Betriebs- und Arbeitsmaschinen, die Förderung des Ausstellungswesens, die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und der Gefängnisarbeit, die Einschränkung des Borgunwesens, der Ausbau aller möglichen, gemeinnützigen Wohlfahrtseinrichtungen (Kassen, Versicherungen, Jugendpflege, Rechtsauskunftsstellen, Bücherei, Einigungsamt, Sachverständigenamt, Lehrstellenvermittlung, Berufsberatung usw.). In besonderer Würdigung der Kriegsverhältnisse hat Wilden darauf hingewiesen, daß es zunächst auch wünschenswert sei, gewisse Kriegsnotgesetze noch eine bestimmte Zeit nach dem Friedensschluß in Wirksamkeit zu lassen. Den Kreditgenossenschaften und Darlehnskassen für Handwerker wird nach dem Kriege eine wichtige Aufgabe zufallen; vor allem aber wird es notwendig sein, dem Handwerk lohnende Aufträge zuzuführen, und hier werden die Staats- und Gemeindebehörden, voran auch die Militärbehörden, eine zielbewußte Handwerks- und Mittelstandspolitik treiben müssen. Die Organisationen des Handwerks, die sich während des Krieges gebildet haben und nach dem Kriege hoffentlich noch weiteren Umfang gewinnen werden, bieten den Behörden die bequemste Handhabe, auch größere Aufträge durch eine Gemeinschaft von kleinen und mittleren Betrieben ausführen zu lassen. — Die Gewerbekommission hat nun für den Wiederaufbau des Handwerks folgende Richtlinien aufgestellt:

> 1. Das Königliche Landesgewerbeamt unter Ausbau seiner Einrichtungen mit der Aufgabe zu betrauen, an dem Wiederaufbau des durch den Krieg geschädigten Handwerks mitzuarbeiten, durch Sammlung und Verbreitung von Erfahrungen, Anregungen und Beispielen über die Möglichkeit von Verbesserungen der handwerklichen Technik und Wirtschaft sowie des gewerblichen Genossenschaftswesens. — II. Es ist weiter dahin zu streben, daß die in gleicher Richtung einsetzende Fürsorge für das Handwerk seitens des Reiches, des Staates und der Selbstverwaltungskörper tunlichst einheitlich geregelt und gehandhabt werden möge.
>
> Gleichzeitig werden von der Kommission Mittel zur Selbsthilfe empfohlen, u. a.: Ausmachung von Abschlagzahlungen, rechtzeitige Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen, Bekanntgabe der Geschäftsergebnisse kaufmännisch geleiteter Betriebe, Erzielung größter Wirtschaftlichkeit, genossenschaftliches Zusammenarbeiten bei der

Kreditbeschaffung, beim Rohstoffeinkauf usw., Anschaffung erstklassiger Arbeitsmaschinen. Die Kommission hat weiter eine Reihe von Vorschlägen zur Fürsorge für das Handwerk seitens des Reiches, des Staates und der Selbstverwaltungskörper aufgestellt. Endlich werden als dringliche Aufgaben zur Förderung des Handwerks bezeichnet: Begutachtung aller für das Handwerk wichtigen Gesetzesvorlagen durch die Handwerks- und Gewerbekammern, Gewährung staatlicher Mittel für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, Heranziehung künstlerischer und gewerblicher Kräfte, zwangsweiser Besuch der Pflichtfortbildungsschule für alle in gewerblichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer bis zum vollendeten 18. Lebensjahre bzw. bis zu beendeter Lehrzeit, Bildung freiwilliger Krankenkassen für selbständige Handwerksmeister, tunlichste Beseitigung der Zuchthaus- und Gefängnisarbeit.

So weit gehen in der Hauptsache die praktischen Vorschläge, durch die man dem Handwerk unmittelbar zu helfen sucht. Nun aber müssen wir auf den Ausgangspunkt dieser Betrachtung zurückgreifen und es versuchen, wenigstens im Umriß diejenigen Punkte zu bezeichnen, die unsere zukünftige Politik ins Auge zu fassen hat, wenn wirklich eine wahrhafte Erneuerung des Handwerks erreicht werden soll, wie sie eben nur erreicht werden kann, wenn überhaupt eine Erneuerung Deutschlands stattfindet. Hier kommen, soweit wir sehen, an erster Stelle fünf verschiedene Gebiete in Betracht. Man wird erstens auf eine Dezentralisation der Industrie und hiermit auf eine Hebung des Landes, der kleinen und mittleren Städte, gegenüber den Großstädten hinzuwirken haben. Zweitens wird man die gesamte Wirtschaftspolitik in den Dienst dieser großen nationalen Aufgabe stellen müssen, im Innern eine wohl abgewogene Feststeckung der Grenzen für die ins maßlose übertriebene Gewerbefreiheit, nach außen eine Zollgesetzgebung, die dem deutschen Fleiß und Geschmack zu seinem Rechte verhilft, das alte Übel der Vorliebe für ausländische Produkte bekämpft und den überflüssigen Bezug fremder Waren eindämmt. Im Zusammenhang hiermit steht an dritter Stelle die grundsätzliche Bekämpfung des internationalen Kapitals, dem feste Schranken zu setzen sind, damit es nicht wie bisher in gewissenloser Wahrnehmung seiner Ausdehnungsgelüste wichtige Lebensinteressen des deutschen Volkes zertreten kann. Die Abwendung vom Internationalen und die kraftvolle Betonung der nationalen Eigenart führt viertens unmittelbar zur Pflege des deutschen Geschmackes, zur Ausbildung eines deutschen Stils, zur Vertiefung und Verinnerlichung unserer ganzen Lebensweise, womit sofort auch dem Handwerk neue Entwicklungsmöglichkeiten entstehen. Die solide und gute Handwerksware muß wieder ihren Ehrenplatz gewinnen, was aber nur möglich ist, wenn sich in der ganzen Weltanschauung eine Wendung zur Schlichtheit und Gründlichkeit vollzieht. Erfüllen sich diese Voraussetzungen, so wird sich fünftens das Handwerk ganz von selbst diejenige Stellung zurückerobern, die ihr auch aus besseren Kreisen einen ausreichenden und höherstehenden Nachwuchs sichert. Man wird wieder stolz darauf sein, sich Meister eines Handwerks nennen zu dürfen, und wird es nicht verschmähen, seinen Jungen auf eine Bahn zu führen, als deren Ziel eine wirtschaftlich gesicherte und sozial angesehene Stellung winkt. In dieser Hinsicht wird auch die Frage des Befähigungsnachweises für den einjährig-freiwilligen Dienst eine erhebliche Rolle spielen; es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Reform auf diesem Gebiete dem Handwerk zahlreiche Kräfte zuführen würde, die sich heute lediglich mit Rücksicht auf das „einjährige Zeugnis" einem anderen Bildungsgange zuwenden.

Zu den einzelnen Punkten sei noch folgendes bemerkt: Wenn zur Hebung des Handwerks eine allgemeine Dezentralisation als eine der wichtigsten Vorbedingungen genannt wird, so erkennt man leicht, daß hier jene wirtschaftliche Wechsel-

wirkung stattfindet, bei der sich in vorteilhaftester Weise zwei Strömungen gegenseitig unterstützen. Schon an sich würde eine Stärkung der kleinen Städte, der Ackerbaustädte, die so sehr dem deutschen Charakter entsprechen, für das sittliche und soziale Wohl unseres Volkes den höchsten Wert besitzen; den gleichen Wert besitzt anderseits die Konsolidierung des Mittelstandes, eins wird das andere heben, eins das andere befruchten! In einem beachtenswerten Buche über „Handwerkerfragen" (München-Gladbach 1907) verweist August Engel ausdrücklich darauf, daß das Handwerk in den Mittelstädten, in den Kleinstädten und auf dem Lande noch immer einen festen Boden hat, daß überhaupt, wo nur ein alter, solider Bürgerstand ansässig ist, die Handwerksarbeit der Massenware, selbst wenn sie billiger ist, vorgezogen wird. Man kann beobachten, daß gerade an den Orten, wo die Überhastung der modernen Entwicklung mit all ihren nachteiligen Folgen am wenigsten zu spüren ist, sich immer das Handwerk am besten erhalten hat. Nach der Berufszählung von 1895 wohnten 52% aller selbständigen Handwerksmeister auf dem Lande. Es kommt hinzu, daß man mit der Dezentralisation der Industrie dieser selbst den größten Gefallen tun wird. In der „Europ. Staats- und Wirtschaftszeitung" (Jahrg. 1917, Heft 29) hat der Ingenieur Georg Sinner diese Frage vom industriellen Standpunkte aus beleuchtet; er hat nachgewiesen, wie groß die Vorteile, freilich auch wie groß die Schwierigkeiten sind, die mit einer solchen Dezentralisation verbunden sind. Auch Stodieck hat in „Technik und Wirtschaft" sehr beachtenswerte Vorschläge gemacht; alle Beobachter aber, die sich ernsthaft mit der Frage beschäftigt haben, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die allzu starke Anhäufung der Industrie und der Arbeiterbevölkerung unter allen Umständen bekämpft werden muß, und zwar aus den höchsten Interessen des Vaterlandes; gerade während des Krieges hat sich das Bedenkliche solcher Erscheinungen im hellsten Lichte gezeigt. Zu begrüßen ist es, daß nach den jüngsten Beschlüssen der Regierung ein planmäßiger Ausbau der Binnenwasserstraßen, vor allem auch des Mittellandkanals, in die Wege geleitet werden wird; diese Maßregel wird der Dezentralisation und hiermit dem Handwerk in erheblichem Umfange dienen.

Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik wird man sich an das Wort Schönbergs erinnern müssen, wonach die heutige Verfassung, die noch immer auf der Grundlage möglichst unbeschränkter Gewerbefreiheit ruht, „die höchste Entfaltung der Einzelkraft bis hart an die Grenze der Sittlichkeit gesetzlich und über diese Grenze hinaus tatsächlich ermöglicht". Otto hat in seiner bekannten Schrift über das deutsche Handwerk nicht mit Unrecht ebenfalls an diesen Satz angeknüpft und dazu bemerkt, daß die Herrschaft der freien Konkurrenz der Macht des Kapitals über die Arbeit ein geradezu erdrückendes Übergewicht verschafft und in sozialer Hinsicht zersetzend gewirkt hat. Stellt man sich den modernen Entwicklungsgang vor, den das Handwerk seit dem Jahre 1810 bis zum Frankfurter Handwerkerparlament 1848 (das einen „feierlichen und von Millionen Unglücklicher besiegelten Protest gegen die Gewerbefreiheit" erhob) und bis auf den heutigen Tag durchgemacht hat, so wird man leicht die Entmutigung begreifen, die sich weiter Kreise des Handwerks bemächtigen mußte. Die alten preußischen Verordnungen legten, wie Schmoller sagt, „dem Handwerk einige Fesseln an, beschränkten die verschiedenen Kleingewerbe unter sich, ohne es aber zu wagen, die Großindustrie, die Magazine, den Handel irgendwie zugunsten der Kleingewerbe zu beschränken", und man wird den Ausführungen Ottos darin beistimmen, daß auch die Gewerbeverfassung des neuen Reiches von einer glücklichen Lösung der sozialen Frage noch weit entfernt ist, und daß gerade das Handwerk

besondere Ursache hat, vom Staate mehr zu erwarten, als ihm bis jetzt von dieser Seite zuteil geworden ist. Wir wissen, daß die Erörterung dieser Probleme auf einen gefährlichen Boden führt; die Freiheit, auch die gewerbliche Freiheit, ist ein hohes Gut, an das man nur mit äußerster Vorsicht rühren darf! Aber deutsche Freiheit ist noch niemals schrankenlose, ungebändigte, in Willkür ausartende Freiheit gewesen.

Im Jahre 1866, als die Hochflut unseres modernen, freigewerblichen Aufschwunges einsetzte, schrieb Mascher: „Die Dampfmaschinen sind in der Gegenwart der Gradmesser der Industrie und des gesamten Kulturzustandes eines Landes." Dieser Ausspruch ist charakteristisch, er beleuchtet blitzartig die ganze Fülle irrtümlicher Anschauungen, in denen wir uns seither bewegt haben und denen naturgemäß das Handwerk an erster Stelle zum Opfer fallen mußte. Die Dampfmaschine ein Gradmesser des Kulturzustandes! Man kann in der fanatischen Überschätzung der Technik nicht leicht weiter gehen. Darauf wird es ankommen, daß man eben neben aller Hochachtung vor den großen Leistungen der Technik für die Beurteilung des Kulturzustandes noch andere Maßstäbe einführt, und erst wenn man sich hierzu entschlossen hat, wird wirklich das Handwerk die ihm gebührende Stelle zurückgewinnen können. Auch hier sind es also im tiefsten Grunde Weltanschauungsfragen, die den Ausschlag geben. Solange noch eine große Mehrheit, gestehen wir es ruhig ein, auch unserer Volksgenossen vor den Götzen des internationalen Kapitals, des Weltmolochs (Welthaus, Weltfirma, Weltverkehr), der alleinseligmachenden Maschinentechnik kniet, solange ist auch an eine durchgreifende Gesundung des Handwerks nicht zu denken. Man spottet über den „Mittelstandsretter", man sieht mit unverhohlener Verachtung auf „Gevatter Schneider und Handschuhmacher" herab, und es ist dem Verfasser dieser Zeilen begegnet, daß selbst einsichtige, gut deutsche Politiker, die ein warmes Herz für unser Volk hatten, mit leiser Ironie von dem „ehrsamen Handwerk" sprachen, das als Überbleibsel aus vergangenen Tagen heute nur noch einen bemitleidenswerten Todeskampf durchzumachen habe! Hier ist der Hebel einzusetzen, mit dieser falschen Einschätzung, mit diesem Pessimismus ist gründlich aufzuräumen. Das Handwerk muß selbst wieder Vertrauen zu sich fassen, die übrigen Stände aber müssen sich ernsthaft fragen, ob die äußeren Vorteile, ob Glanz und Schimmer unserer modernen Zivilisation es wirklich wert sind, daß um ihretwillen ein Stand zugrunde geht, der sich, um ein Wort Büchers zu gebrauchen, als ein Kulturelement ersten Ranges Jahrtausende hindurch bewährt hat.

Will man von einer Rettung des Handwerks sprechen, so ist diese nur von dem Zusammenwirken verschiedenster Maßnahmen und Umstände zu erwarten. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man irgendwo ein einziges Heilmittel als ausreichend betrachten, wollte man sich darauf versteifen, wie es bisweilen geschieht, daß entweder nur die Genossenschaften oder nur die Fortbildungsschule oder nur die Kreditgewährung den Weg zur Heilung bedeute. Nein, von den verschiedensten Seiten her, gleichzeitig von materiellen und ideellen Gesichtspunkten aus müssen zielbewußte Anstrengungen gemacht werden, und die Mühe ist nicht gering, aber das Ziel ist wie nur eines des Schweißes der Edelsten wert! Treffend hat einmal der preußische Handelsminister Sydow ausgeführt: „Es gilt heute, gegenüber den alles nivellierenden und vieles wegführenden Wellen unseres industriellen Zeitalters Persönlichkeit und Selbständigkeit zu erhalten. Wir wollen Männer, denen die Arbeit nicht lediglich Mittel zum Geldverdienst ist, sondern die zu dem Produkte ihrer Tätigkeit in einem persönlichen Verhältnisse stehen, weil es ihnen das liebe Kind ihrer Arbeit und ihrer Kunsttätigkeit ist. Solche Kräfte bildet das Handwerk heran! Darum ist auch der Handwerkerstand ein so wichtiger Teil des breiten Mittelstandes!"

# Philosophie und Volkstum.

(Zur Charakteristik der gegenwärtigen Lage im deutschen Geistesleben.)

Von Werner Oswald.

Eine bedeutsame Auseinandersetzung hat sich unlängst innerhalb der Kant-Gesellschaft abgespielt. Vielen wird — da das Gebiet der Philosophie für sie abseits liegt — dieser für die Klärung der Lage und damit für die Förderung einer deutschen Erneuerung wichtige Vorfall entgangen sein. Da aber eine fachliche Beengung für den Streitfall im Grunde nicht besteht, er auch über die Kleinlichkeiten eines persönlichen Zwistes sich durchaus erhebt und vielmehr „letztlinig ein Konflikt von den Überzeugungen und Prinzipien ist, die durch den Unterschied von Deutschtum und Judentum bezeichnet sind", so erscheint es geboten, hier die Aufmerksamkeit eines weiteren völkischen Kreises dafür in Anspruch zu nehmen.

Denen, die im philosophischen Leben der Gegenwart stehen, ist es längst bekannt, daß auch auf diesem Sondergebiete der deutschen Kultur den völkischen Werten die schwere Gefahr einer Zersetzung droht, und daß eine Erneuerung aus deutschem Geiste auch der philosophischen Forschung und Lehre bitter not tut. Gibt es hier aus den Tagen der Meister Eckhart, Luther und Leibniz, der Kant, Fichte, Schelling und Hegel einen unersetzlichen und unerschöpflichen Schatz deutscher Geistesgüter zu bewahren und treu zu verwalten, fände gerade hier deutschbewußtes Suchen und Schürfen ein reiches Feld und der fremdvölkische Geist doch einen Bezirk, bei dessen Betreten es ihm nicht entgehen dürfte, daß er die deutschidealistische Eigenart nur anzuerkennen, nicht aber ihre Entwicklung zu bestimmen berufen sein könne — so ist es um so erstaunlicher (oder wohl auch wieder begreiflich), daß gerade an dieser Stelle sich solche Sachwalter festgesetzt haben, unter deren Händen das spezifisch Deutsche zerfällt und verblaßt, und bei deren Wirken das Völkische als störender Rest zurückgeschoben wird und nur das Übernationale bewahrt bleibt (wenn hier von einem Aufbewahren noch die Rede sein kann und nicht das harte Wort von einer Fälschung geistiger Nahrungsmittel am Platze ist). Es sei zur Kennzeichnung dieser Zeitlage nur darauf hingewiesen, daß der Begründer der Marburger philosophischen Schule, Professor Hermann Cohen, in einer Broschüre über „Deutschtum und Judentum" und in einem Berliner Vortrage die Ansicht über „Das Eigentümliche des deutschen Geistes" vertreten hat, daß Kant der Vermittler zwischen Deutschtum und Judentum, Luthers reformatorische Tat verwurzelt im jüdischen Prophetismus und Fichte, Schelling und Hegel natürlich nur mindere Geister gegenüber seinem aufklärerisch interpretierten Kant seien. Oder es werde, um anzudeuten, wohin diese Entwicklung das deutsche Geistesleben drängt, erwähnt, daß aus einer anderen, auch von einem jüdischen Schulhaupte geleiteten, philosophischen Gruppe jüngst sich eine Stimme erhoben hat, die es nicht scheute, in unsern Tagen uns die als kerndeutsch neu und tief empfundenen großen nachkantischen

Denker (Fichte, Schelling, Hegel) als eitle Systembauer und als die Wortführer der ehrfurchtslosen (!) und originalitätslüsternen Romantik zu verunglimpfen.

Unter solchen Umständen — die schon viel zu lange ohne Protest ertragen worden waren — mußte es als eine erfreuliche Lösung der Spannung und Klärung der Lage begrüßt werden, daß — wenn auch unter andererseits wieder recht unerfreulichen Begleitumständen — eine Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem jüdischen Geiste in der deutschen Philosophie eingeleitet worden ist. Die Auslösung der Spannung bewirkte — und wird hoffentlich noch in weiterem Umfange bewirken — der oben bezeichnete Konflikt innerhalb der Kant-Gesellschaft. Professor Bruno Bauch, Jena, hat über den Streitfall selber eingehend berichtet. Seine Erklärung ist in der deutschen Monatsschrift für Politik und Volkstum „Der Panther" erschienen. Da sie dort manchem Leser nur schwer zugänglich sein wird, und da in der Tat Grundsätzliches für „Deutschlands Erneuerung" zum Austrag kommt, sei das Wichtigste über den Konflikt hier mitgeteilt.

Die Kant-Gesellschaft ist eine wissenschaftliche Vereinigung, die sich das Ziel gesetzt hat, die Philosophie im Geiste des Begründers des deutschen Idealismus zu pflegen. Bezüglich der Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist es in den letzten Jahren wohl nicht nur dem Berichterstatter für den Semi-Kürschner aufgefallen, daß sich in einem auffallend hohen Prozentsatze die jüdische Intelligenz dem um Kant gebildeten Kreise anschloß. Das hätte ihr unbenommen bleiben müssen (es hätte unsern völkischen Kreisen ein Ansporn sein können, hinter solchem Eifer für die deutsche Leistung der kritischen Philosophie nicht zurückzubleiben) — wenn eben nicht diese jüdische Gruppe ihre Stellung dahin verkannt hätte, daß sie mit unerhörtem Machtanspruche einen Vorstoß gegen die deutsche Geistesart unternahm, den Professor Bauch parieren mußte.

Als Anlaß zu den Verwicklungen, für die sich eben zuletzt keine andere Lösung als die durch einen offenen Bruch finden ließ, sind zwei kurze Veröffentlichungen Professor Bauchs von seinen Gegnern aufgegriffen worden. Die eine ist als Broschüre bequem zugänglich und kann als eine der gehaltvollsten Kundgebungen der deutschen Philosophie zu den Fragen der Zeit nur lebhaft empfohlen werden. Es ist die Studie über den „Begriff der Nation" (Berlin 1916). Ihre Absicht ist eine rein sachliche (begriffsanalytische) Untersuchung. Es wird darin „nicht einmal von einer bestimmten Nation, nicht also von der deutschen, der französischen, italienischen Nation, sondern vom Begriffe der Nation als solchem gehandelt. Wenn von den Deutschen, den Italienern, Juden, Engländern gesprochen wurde, so geschah es lediglich um der Illustration willen." Selbstverständlich mußte sich aus der Schrift die Folgerung ergeben, daß Deutschtum und Judentum in nationaler Hinsicht sorgfältig zu scheiden seien. Das Judentum wurde zweimal erwähnt: An einer Stelle wies der Verfasser auf die nationale, im Zionismus zum Ausdruck

gelangende Sehnsucht des Judenvolkes hin, der er nicht nur Beachtung, sondern Achtung zollte. Und im Zusammenhange einer Erörterung des Begriffes Vaterland bezog er sich darauf, daß, wie es psychologisch und historisch durchaus verständlich sei, der Erwerb des durch die Arbeit der „Mitgeborenen" geheiligten Bodens der Heimat Angehörigen des jüdischen Volkes früher versagt worden ist. In beiden Fällen handelt es sich also um die Erwähnung von Tatsächlichkeiten, die dem Zusammenhange des ganzen Vortrages über das Wesen der Nation eingefügt worden sind. Die Bewertung im völkischen Sinne, die sich daraus ergibt, kommt — das dürfte entscheidend sein — aber doch nicht einseitig einer deutschen Nation, sondern in gleichem Maße doch auch dem jüdischen Volkstum zugute. Ebenso kann es nur gewaltsam als eigensinniger und triebhafter Antisemitismus ausgelegt werden, wenn der Verfasser „die natürliche Gegebenheit" (er nimmt u. a. Treitschkes Äußerung über Luther „das ist Blut von unserm Blute" auf) als eine der Verwurzelungen des Nationalen bezeichnet und vom Judentum als von etwas Fremdvölkischem spricht, da diese Darlegung ja durchaus das tatsächlich oft zum Ausdruck gelangende umgekehrte Empfinden des Juden gegen die ihm volksfremden Deutschen nicht abwehrt, sondern im Gegenteil voll würdigt.

Ähnlich wie in diesem Beitrage zur Geschichtsphilosophie, nur eben genauer auf die besondere Angelegenheit der deutschen Philosophie zugeschnitten, verlaufen Professor Bauchs Erörterungen in der zweiten hier in Betracht zu ziehenden Veröffentlichung. Der „Panther-Brief" (mitgeteilt im 6. Hefte des 4. Jahrganges dieser Monatsschrift) war geschrieben worden als Antwort auf eine Ausführung, in der Frau Dr. Lenore Ripke-Kühn Professor Bauch mit dafür glaubte verantwortlich machen zu sollen, daß die „eigentümliche Vielstimmigkeit der deutschen Philosophie" durch den von der Marburger Schule erneuerten dogmatischen aufklärerischen Rationalismus verkümmert würde. Professor Bauch konnte auf seine soeben erschienene Nationsabhandlung hinweisen, um zu belegen, daß er die Vermischung des deutschen und des jüdischen Geistes in der Philosophie nicht billige. Er betonte noch einmal, daß er die „durch den Unterschied der Volkscharaktere scharf gezogenen Grenzen des Verstehens von Volkstum zu Volkstum" (wie sie etwa auf religionsphilosophischem Gebiete besonders deutlich erkennbar werden) sehe. Die Gedanken spitzten sich gelegentlich zu der Formulierung zu, daß zwischen dem „deutschen Denker Kant und dem jüdischen Denker Cohen ein großer Abstand bestehe", eine Äußerung, der jede persönliche Schärfe aber durchaus und von vornherein genommen war durch das Zugeständnis der bedeutenden Verdienste Cohens um die neuere Kantforschung und durch die Würdigung dieses Philosophen als „einer der ehrwürdigsten Gestalten des modernen Judentums."

Mit diesem kurzen Berichte über die beiden Schriften ist in den wichtigsten Zügen dargelegt, wie Professor Bauch die Stellung des Judentums innerhalb eines nationalen Gefüges überhaupt wie im besonderen innerhalb der deutschen Philosophie gesehen hat. Es wäre durchaus verständlich — ja sogar wünschenswert und erfreulich — gewesen, wenn bei diesen Gedanken

auch von jüdischer Seite her eine Erörterung des nun endlich einmal aufgerollten Problems eingesetzt hätte. Unverständlich aber ist es, daß die Antwort von dort her in einer Weise erfolgte, wie sie nur als Widerhall eines „triebhaft blinden und grundsatzlosen Antisemitismus, der voll Haß und Feindseligkeit an die niedrigsten Instinkte appelliert", zu erwarten gewesen wäre und nur unter der Voraussetzung einer sehr merkwürdigen Auffassung von der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Geisteslebens erklärlich ist. Als gegnerische Gruppe gaben sich sehr bald jüdische Mitglieder der Kant-Gesellschaft zu erkennen — und zwar zunächst nicht Professor Bauch selber, sondern (womit zu dem Konflikte eigentlich erst der Grund gelegt und zugleich eine eigentümliche Taktik verraten wurde) dem Geschäftsführer der Kant-Gesellschaft. Professor Bauch bekam diese Gegnerschaft als einen Druck zu empfinden, der ihn in seiner Tätigkeit als Redakteur der Kant-Studien ernstlich zu beengen drohte. Auf diese Zumutung, eine Art jüdischer Oberzensurbehörde über sich anzuerkennen, konnte er nur mit der Niederlegung der Schriftleitung und dem Austritt aus der Kant-Gesellschaft antworten. Das in verschiedenen Zeitungen verbreitete Gerücht, sein Rücktritt sei aus Gesundheitsrücksichten erfolgt, und vielfach an ihn gerichtete Anfragen veranlaßten ihn zunächst zu einer rein sachlichen Darstellung: „Mein Rücktritt von den Kant-Studien" (veröffentlicht wieder im „Panther").

Die Frankfurter Zeitung faßt ihren Bericht über den Konflikt dahin zusammen, daß es dank der Entschiedenheit (das will besagen: dank der Macht) der jüdischen Gruppe in der Kant-Gesellschaft vermieden worden sei, „nach Prinzipien der Schafzucht" da zu entscheiden, wo — um noch einen anderen gegnerischen Rezensenten zu Worte kommen zu lassen — nur die Gedanken (nicht also die natürlichen Gegebenheiten) als die präsumptiven Stammbäume hätten untersucht werden dürfen. Diese Art des Einwandes kennzeichnet noch einmal die Lage, für die aus dem Falle Bauch eine Klärung und für den deutschen Gedanken befreiende Lösung zu erwarten ist. Es ist bei uns eine Geistesart am Werke, die alles, was nicht in ihr rationalistisches Schema paßt, mit einer Geschicklichkeit, der nur zu viele unserer Volksgenossen rasch erliegen, zu verzerren und dem Gespött der „Aufgeklärten" preiszugeben versteht. Ihr wird — wo sie sich auch gegen die deutsche Linie in der philosophischen Entwicklung wendet — eine geläuterte und vertiefte deutschidealistische Philosophie das Handwerk zu legen haben. Wenn für „Deutschlands Erneuerung" auch die deutsche Philosophie eine Losung beisteuern soll, so wird sie trotz Cohen und trotz den Juden in der Kant-Gesellschaft lauten müssen: Mit Kant sind der Rationalismus und das Weltbürgertum der Aufklärung zu überwinden; mit seinen großen Nachfolgern müssen wir im deutschen Idealismus uns festigen und in solcher Deutschheit die Probleme erfassen und zu lösen versuchen, die die Gegenwart uns — ernste Entscheidungen fordernd — stellt.

# Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. Februar 1918.)

## Erzieherische Regierungsgrundsätze.

Vorausgesetzt, daß unsere Regierung einen zielbewußten Willen hat, den sie Geschichte werden lassen möchte, — vorausgesetzt, daß sie demnach einen festen Standpunkt gegenüber den Erscheinungen einnimmt, so möchte man annehmen, sie hielte es mit der Goetheschen Anschauung, daß der Irrende von seinem Irrtum nur durch diesen selbst geheilt werden könnte.

Man dürfte einen solchen Grundsatz, der darauf hinausläuft, mit verschränkten Armen zuzusehen und dies Optimismus zu nennen, vielleicht billigen, wenn es sich dabei um erzieherische Versuche und nicht um das Schicksal eines in seinem Dasein bedrohten Volkes handelte, und wenn er ferner nicht auch auf Kreise ausgedehnt würde, die sich ihres Irrtums gar zu sehr bewußt sind und zu ihren Gunsten nur „irren", um auch andere dazu zu verleiten. Wir meinen damit z. B. unsere russischen Gegner und ihre internationalen Helfershelfer innerhalb unserer Grenzen.

## Zusammenhänge.

Im Februarheft (S. 148) warnten wir dringend davor, in den führenden russischen Revolutionären die unschuldsvollen Friedensengel zu sehen, als die sie in unserer alljüdischen Presse gemalt würden. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse haben deutlich die Notwendigkeit dieser Warnung erwiesen. Zusammenhänge, von deren Vorhandensein zu sprechen vor dem Kriege je nach dem Standpunkt des Beurteilers als geschmacklos, lächerlich, phantastisch oder aufhetzend bezeichnet wurde, traten so klar und deutlich zutage, daß sie niemand mehr zu leugnen wagen wird. Herr Trotzki — als Bronstein zur Welt gekommen — und die Helfershelfer seines Schreckensregiments, ferner die Führer der sozialrevolutionären Bewegung in Deutschland, Österreich-Ungarn, England, Frankreich — sie sind alle durch das Band der Rasse nahe verwandt, wie wir seinerzeit schon gelegentlich des „Kongresses" in Stockholm feststellten, und gehören alle einer Sippe an, die an jeder Stelle, in jedem Lager, in jeder Körperschaft, in jeder Partei, und dies in jedem belangreichen Staate der Welt, ihre einflußreiche Angehörigen-Gruppe hat, welche nicht etwa je nach der Staatsangehörigkeit deutsche, russische oder französische Politik, sondern mit allen Mitteln und in großartiger Zusammenarbeit mit verteilten Rollen immer nur die Politik dieser Sippe betreibt, deren Ziel die Weltknechtung ist. Das ist ihr selbst viel weniger zu verdenken, als den sonst Beteiligten die Blindheit, mit der man im allgemeinen diese Tatsache übersieht oder übersehen will[1]).

[1]) Wir halten es hier mit dem bayrischen Minister v. Brettreich. Die Tatsache, daß im Münchener Polizeibericht über die Verhaftung von Münchener Streikführern „auch" auf die jüdische Abstammung einzelner Verhafteter hingewiesen sei, erklärte er auf Befragen mit der Begründung: die Veröffentlichung der Personalien sei erfolgt, damit die Allgemeinheit erfahre, woher jene Personen gekommen seien. Nicht Einheimische sondern Fremde hätten den Streik geschürt! Eine antisemitische Absicht habe in der Veröffentlichung der Polizei nicht gelegen. — Ähnliche Feststellungen einschließlich der jüdischen Abstammung dürften unschwer auch an allen übrigen Orten zu machen sein, an denen der Streik aufgeflammt war. Ganz wie 1848!

## Der Zweck von Litauisch-Brest.

Die Anbahnung der Verhandlungen in Litauisch-Brest von seiten der Russen kann nunmehr als der psychologisch ganz hübsch berechnete Versuch aufgefaßt werden, durch die Entfachung von Friedenshoffnungen in Deutschland und bei seinen Bundesgenossen das Friedensverlangen unter gleichzeitiger Aufstachelung revolutionärer Leidenschaften auf einen solchen Grad zu erhitzen, daß eine Enttäuschung in dieser Hinsicht zu einer gewaltsamen Entladung und damit zu einer Zerstörung von innen heraus, zum mindesten aber zu einer verhängnisvollen Schwächung bei uns führen sollte. Man hoffte auf der russischen Seite wohl, daß es unsere Unterhändler niemals wagen würden, aus Litauisch-Brest zu unserem noch immer durch den Geist der Juli-Entschließung gebannten und durch mannigfache Angebote nach der Friedensseite gedrängten Volk mit leeren Händen zurückzukehren. Es lag aber sehr nahe, auf unserer Seite den Spieß umzukehren, denn wenn jemand darauf angewiesen war, Frieden heimzubringen, war es die russische Judenherrschaft.

Hatte sich Trotzki-Bronstein uns gegenüber getäuscht? Was die Vertiefung der Friedenserwartungen betrifft, keineswegs. Was die heftige Form ihres Zutagetretens anbetrifft, gottlob wenigstens zum Teil. Daß aber diese Hoffnung und dieser ganze Plan bei unseren Feinden auftauchen konnte, spricht nicht gerade von Furcht vor unserer Diplomatie. Man sage nicht, diese habe das Manöver von Anfang an durchschaut. Dann hätte man es wohl verhindert, daß die Russen in unserer Armee zur Revolution aufreizende Flugschriften verbreiteten und eine neutrale Zone zwischen den Armeen geschaffen. Vielmehr spricht jener Plan von einer recht richtigen Einschätzung unserer vertrauens- und friedensseligen Regierung durch unsere Feinde, von der man nachgerade weiß, daß sie unser Volk seit langem wehrlos jeder Gedankenoffensive, auch der zersetzendsten, überlassen hat und noch überläßt, — eben wohl aus der goethisch beeinflußten Hoffnung heraus, daß sich die Irrtümer allmählich aus sich heraus von selbst ausheilen würden.

## Folgen der Taktik.

Möglich auch, daß man die Irrtümer als solche auch gar nicht mehr anerkennt! Es mag ganz klug sein, in aufgeregten Zeiten waschechte Sozialdemokraten in hohe Staatsstellen zu berufen. Aber eigentlich bedeutet das doch nur eine geschickte Abwälzung und Verteilung der Verantwortung. Die wahrscheinlich nicht beabsichtigte Nebenwirkung ist die, daß die Gedankenwelt solcher aus taktischen Gründen in die Bureaukratie verpflanzter Doktrinäre in der neuen Umgebung sehr ansteckend wirkt. Denn diese Umgebung ist leider vielfach auf dem Standpunkt angelangt, mit Rücksicht auf die Relativität der Dinge über feste Leit- und Grundsätze erhaben zu sein und nur mit den Anschauungen und Belangen anderer als mit gegebenen Tatsachen zu rechnen. Da man aber dabei ja nicht in den Verdacht der Rückständigkeit oder in den Geruch der Unfähigkeit, die „Entwicklung" zu erkennen, geraten will, nimmt man die Gedanken an, die einem gerade als „fortschrittlich" energisch angepriesen werden, d. h. also von dem seinen Vorteil in dieser Beziehung kräftig wahrnehmenden Doktrinär. Ein Mensch mit Überzeugung wirkt immer auf eine farblose Umgebung. Die Wirkung strahlt dann unter Umständen nach außen und nach innen weiter. Nach innen in der Weise, daß unselbständige und unklare Schichten, die den neuen Kurs der Regierung wahrnehmen, sich alsobald gehorsam beeilen, nunmehr auch ihrerseits sozialdemokratisch zu werden.

Dieser Punkt hat z. B. sicherlich auf den Ausfall der Wahl in Bautzen-Camenz mitbestimmend eingewirkt. Nach außen wirkt es unter Umständen als böse Fessel. Denn wie konnte Kühlmann in Brest Anschauungen des Trotzki-Bronstein nachdrücklich bekämpfen, die zu Hause sein „Kollege von der anderen Fakultät" seelenruhig amtlich vertreten darf? Man sieht auch hier wieder: Taktik darf nicht zum Selbstzweck und obersten Gesetz werden.

## Herr v. Kühlmann.

Immerhin glauben auch wir nicht, daß Herr v. Kühlmann solchen Erwägungen gar zu lange nachgehangen hat. Ferner trauen wir ihm zu viel Geschmack zu, als daß er langatmige Erörterungen mit Trotzki-Bronstein über ausgefallene, weltfremde Theorien, selbst im Falle seines dialektischen Sieges für weltgeschichtlich bedeutend, ehrenvoll und in der Wirkung irgendwie belangreich halten sollte. Eine solche Annahme dürfte selbst seine Eitelkeit überschätzen. Nein — uns scheint in den zeittötenden Auseinandersetzungen ein gewisser Zwang und ein gewisser Mangel an Augenmaß gewaltet zu haben. Der Zwang hat seine Quelle in der Geistesrichtung des Reichstags. (Diese die ihre, wie oft betont, in Wahlrecht und Pressefreiheit — neben anderen Dingen, von denen Herr Erzberger z. B. wissen dürfte.) Herr v. Kühlmann hat bei seinem Examen im Hauptausschuß des Reichstags selbst zugegeben: die Richtlinien für unsere östliche Politik seien schon unter Bethmann und Michaelis festgelegt, d. h. er deutet damit an, daß er nur längst erteilte Aufträge zu vollziehen hätte. Er ist in dieser Beziehung ganz von Bethmannschem Geiste durchtränkt, indem er es nicht wagt, sich gegen die „Kontinuität der Politik", „ihre Zwangsläufigkeit und Bedingtheit" zu wehren[1]). Schon daß ein Staatsmann kläglich hinter solche Worte flüchtet, berührt recht sonderbar und gewährt dem Psychologen einen tiefen aber nicht erfreulichen Einblick. Man kann damit schließlich alles Geschehene und nochmehr alles Unterlassene entschuldigen. Jede Verantwortung wird dadurch erstickt. Überdies ist es unrecht, solche die Willenskraft und Entschlossenheit lähmende Anschauungen von hoher amtlicher Stelle zu verkünden, selbst wenn man offenbar damit nur die Absicht verfolgt, sich selbst zu entlasten. Aber auch das ist Bethmannsche Schule: lediglich mit Rücksicht auf die Beurteilung der eigenen „Leistungen" dem Volke Anschauungen zu suggerieren, anstatt dessen nationale Gesinnung und staatsmännische Einsicht zu fördern. Es ist eben die Art der Behandlung, die sich notgedrungen da einstellt, wo man Politik ohne nationale Leidenschaft und ohne Herz für die Belange des eigenen Volkes, lediglich aus persönlichem Ehrgeiz treibt. Sich bei den gerade ausschlaggebenden Stellen Liebkind machen, heißt noch nicht, dem Vaterland dienen. Wäre es anders, würde ein wahrer Mann es von vornherein ablehnen, ein Amt zu übernehmen, das infolge von „Zwangsläufigkeit und Bedingtheit" dem eignen Charakter und den eigenen Gedanken gar keine Betätigungsmöglichkeit bietet. Zu solchen Stellen drängen sich nur Leute, „die es

[1]) Unverständlich war die Redewendung Kühlmanns von der „Politik, die der Herr Reichskanzler konsequent in Fortsetzung der ihm von seinem Vorgänger überkommenen Politik macht". Wozu gingen Bethmann und Michaelis, wenn Hertling lediglich ihre Politik fortsetzt? Daß der Reichstag, der doch Michaelis stürzte, darüber nicht in helle Verwunderung ausbrach, ist bezeichnend für seine Geistesverfassung. Aber unter dem „parlamentarischen Regiment" ist das Parlament nicht die Kontrolle sondern die Rückendeckung der von ihm ernannten Beamten. Beide zusammen bilden z. B. in Frankreich eine Erwerbsgesellschaft auf Kosten des ausgeschalteten Volkes.

nötig haben", genau so wie zu parlamentarischen Ministerstellen. Die Schuld lag und liegt aber zum guten Teil in der Blindheit und Vertrauensseligkeit des deutschen Volkes. „Wo wir in den national verantwortlichen Ämtern unwillkürlich uns national beeiferte Beamte denken, sitzen und arbeiten neuere Kräfte, so wie sie aus der Schule kosmopolitischer Kathedergrößen kommen", sagte kürzlich sehr richtig Professor Heyck in der „Süddeutschen Zeitung". (Doch das ist ein Abschnitt für sich, der einmal besondere Behandlung verdient.) — Es paßte weiter durchaus ins Bild, wenn Kühlmann erklärte, daß eine „Besitzergreifung auf dem Grund militärischer Erfolge der gegenwärtigen Reichsregierung nach ihren ganzen Grundsätzen, nach ihrer ganzen Vergangenheit unmöglich sei".

Gleichviel, ob nun Herr v. Kühlmann eigene oder „zwangsläufige" Politik trieb, die völlige Festlegung auf eine einzige Formel — nämlich auf die vom Selbstbestimmungsrecht der Völker — war zwar für das Denken bequem aber sonst dilettantisch und nicht ungefährlich. Weshalb überhaupt eine Formel für zahllose, jeweils anders liegende und anders zu lösende Fragen? Was im Osten bedingt richtig sein mag, kann im Westen zum Verhängnis werden. Der erwähnte Mangel an Augenmaß offenbarte sich aber u. E. vor allem darin, daß man Trotzki-Bronstein an und für sich viel zu ernst nahm und seine wahre Absicht, uns von der Tribüne in Brest aus zu revolutionieren — daher öffentliche Verhandlung — zu spät erkannte. Erst General Hoffmann wies darauf hin, wie dieser Freiheitsheld seinerseits mit dem von ihm geforderten „Selbstbestimmungsrecht der Völker", von dem er wohl seinerzeit in Wiener Kaffeehäusern geschwärmt hatte, in Rußland umsprang. Die Auflösung der Konstituante, das Arbeiten mit Maschinengewehren, die Ermordung ehemaliger Minister, der wütende Kampf gegen Finnland und die Ukraine waren Blätter aus dem russischen Anschauungsunterricht über die wahre Freiheit der Sozialdemokratie, die eine gar zu deutliche Sprache redeten. Doch die Verhandlungen schleppten sich weiter, und die revolutionäre Gefahr wuchs. — Nur Unsicherheit im Urteil bestimmt dazu, alles wichtig zu nehmen.

Jedenfalls ging ein Aufatmen durch Deutschland, soweit es politisch selbständig denkt, als zu Anfang Februar nach der Berliner Konferenz zwischen Czernin, Kühlmann und Ludendorff der Abbruch der Verhandlungen in Litauisch-Brest erfolgte.

Der letzte jüdische Advokatenkniff Bronsteins, den Krieg ohne Friedensschluß für beendigt zu erklären, sollte uns wohl von der Befreiung unserer Brüder in Liv- und Esthland abhalten, Bronstein zuhause den Kopf retten und vielleicht auch weitere militärische Absichten verdecken. Er hinderte nicht, daß wir wenigstens einen ganz verheißungsvollen Frieden, den mit der Ukraine, über den Kopf der Petersburger Judenherrschaft hinweg abschlossen.

## Grundsätzliches.

An dieser Stelle seien einige kurze grundsätzliche Ausführungen gestattet. Wir wissen sehr wohl, daß Kritik, Abgabe von Urteilen, Feststellung von Tatsachen, Aufdeckung von Zusammenhängen und seelischen Beweggründen noch keine tätige Politik ist. Der Handelnde — der nach Goethe immer Unrecht hat, während allein der Betrachtende Recht hat — ist der Ausschlaggebende in der Politik. Ebenso wissen wir, daß es nichts nützt, die Kritik immer schärfer und hitziger zu gestalten, falls sie nicht auf dem Fleck zu helfen scheint. Das gedruckte Wort wirkt nicht akustisch, und Schreien macht sich auf dem Papier schlecht. Da aber die völkischen Kreise so-

wie diejenigen, denen das Erhalten und Aufbauen lieber ist als das von den Alljuden „Fortschritt" getaufte Einreißen — und wir rechnen uns zu diesen Kreisen —, von einer tätigen Politik seit Kriegsbeginn so gut wie ganz ausgeschlossen sind, fällt ihnen die schwere vaterländische Pflicht zu, das deutsche Volk immer wieder auf die großen Zusammenhänge sowie auf die Tatsache hinzuweisen, daß alles, was diese völkischen Kreise vor dem Kriege und während des Krieges vertreten haben, trotz aller Anfeindungen, von der Geschichte, soweit sie nicht von Schmocks wie Valentin geschrieben wird, völlig gerechtfertigt und bestätigt worden ist und noch täglich gerechtfertigt wird. Der völkische Gedanke hat denn auch während des Krieges in allen Schichten des deutschen Volkes reißende Fortschritte gemacht, und er wird es noch immer stärker, wenn die berufenen Führer und Organe sich bei ihren Bemühungen tunlichst auf die Sprache und den Horizont der Zuhörer einstellen, auf die sie wirken wollen. Was aber die Kreise anbetrifft, auf welche die von völkischen Gesichtspunkten ausgehende Kritik hinzielt — sie sind es, die in unverantwortlicher Bequemlichkeit nur mit gegebenen Anschauungen und Tatsachen rechnen, ohne ihnen ihren eigenen Stempel aufdrücken zu können, da sie einen solchen meistens nicht haben —, so mögen sie sich gesagt sein lassen, daß die Verbreitung von Anschauungen und Gedanken sofort zur Politik werden kann und muß, sowie die maßgebenden Persönlichkeiten diese Anschauungen annehmen und vertreten. Natürlich muß unsere Kritik an jedem wirkungslos abprallen, der seine politischen Handlungen, sei es als Beamter oder Parlamentarier, nicht nach völkischen, sondern nach taktischen Gesichtspunkten oder solchen der persönlichen Eitelkeit und des persönlichen Ehrgeizes ausrichtet, d. h. sein völkisches Gewissen, sofern er überhaupt eins gehabt hat, unterdrückt. Aus diesem Grunde fordern wir seit langem einen gründlichen Personenwechsel, bei dem wieder Männer an die maßgebenden Stellen treten, deren oberste Richtschnur nicht Liebedienerei, auch nicht solche vor den Großbanken, sondern eben ihr völkisches Gewissen ist.

Daß der Chef des Zivilkabinetts v. Valentini dem ostpreußischen Oberpräsidenten v. Berg Platz machen mußte, mag als hoffnungsvolles Zeichen begrüßt werden. Der Rücktritt des deutschen Rasputin wurde dementiert. Doch da nach Aussage eines Mannes, der es wissen mußte, nur dementiert wird, was wahr ist, darf wohl zu unserem Heil angenommen werden, daß auch seine Tage gezählt sind. Seine Ausschaltung käme einem gewonnenen kleinen Feldzug gleich.

## Unsere guten Freunde.

Das allgemein langwierige Hin und Her des Brester Debattierklubs wurde von Zeit zu Zeit von spannenden Abschnitten abgelöst. Wir meinen z. B. den Ausfall des „Wiener Fremdenblatts", den es sich gelegentlich des Konfliktes Ludendorff-Kühlmann (vgl. Jahrg. II, Heft 2, Seite 154) gegen den Fürsten Bülow leistete. Sonderbar, daß die damals — wohl auch heute? — noch durchaus offiziöse Zeitung den von den reichsdeutschen völkischen Kreisen als ganz unzulänglich erachteten, bei unseren Feinden aber recht beliebten Herrn v. Kühlmann um jeden Preis stützte und aus heiterem Himmel wie ein Blitz zwischen die Berliner Verhandlungen mit ganz grundlosen Verdächtigungen gegen einen Diplomaten fuhr, von dem das Wort von der Nibelungentreue stammt! (Daß Herr v. Kühlmann selbst gegen seinen Chef Hertling, der ja in Wien wohl nur als Sesselanwärmer für Kühlmann betrachtet wird, Stimmung gemacht hätte, glauben wir vorläufig nicht!) Sonderbar, daß dies zu einer Zeit geschah, als unsere Feinde befürchten mußten, daß die

natürliche Neigung zu einem Sicherungsfrieden mit Angliederung der baltischen Länder bei uns in den Vordergrund treten würde! Sonderbar, daß Kühlmanns „verehrter Freund" Graf Czernin dann in einer seiner Reden einen so heftigen Vorstoß gegen die — seinem Liebling Kühlmann so wenig wohlgesinnten — „Alldeutschen" unternahm! Das Alljudentum, zu dem das „Wiener Fremdenblatt" auch gehört, und unsere Feinde Frankreich, England, Amerika bilden somit mit Czernin eine geschlossene Front gegen die Alldeutschen. Diplomaten haben u. a. die Aufgabe, in anderen Ländern das Gute hintan und Unfähige am Ruder zu halten. Was der Feind an uns bekämpft, muß bei einiger Überlegung uns und sogar den Gegnern der Alldeutschen wertvoll, was er an uns lobt verdächtig erscheinen. Warum feindet Graf Czernin mit unseren Feinden die Alldeutschen an, — warum lobt er mit unseren Feinden Herrn v. Kühlmann? — Wir gehen nicht soweit wie das „Wiener Fremdenblatt" — schon damit man nicht denkt, wir wären von österreichischen Gegnern des Grafen Czernin beeinflußt —, wir mischen uns nicht in innere Fragen der uns verbündeten Monarchie. Wenn Österreich-Ungarn einem Staatsmann durch dick und dünn folgt, der keinen Quadratmeter erobertes Land und keinen Pfennig Entschädigung verlangt, so mögen die dortigen deutschen Kreise ruhig unter sich ausmachen, wie sie, die im Kriege die Hauptlasten der Mannschaftsstellung und der Kriegsanleihen zu tragen haben, wirtschaftlich nach einem solchen Friedensschluß auch noch das Hauptgewicht der Schuldentilgung, verbunden mit Großbanken-Knechtschaft, am besten auf sich verteilen. Es ist auch ihre Sache, sich mit der dortigen radikalen Slavi- und Demokratisierung abzufinden. Wie Graf Czernin seine Gründe hat, Kühlmann zu stützen und zu schützen, so haben auch wir gute Gründe, dem Grafen Czernin eine recht lange Amtsdauer zu wünschen. Nur wollen wir ihm die bescheidene Bitte vortragen, er möchte nicht preußische Landesteile verschenken, wie er es tat, als er hinsichtlich des unabhängigen polnischen Staates meinte, „dieser müßte die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen". — Nebenbei bemerkt, scheint ja nun die austro-polnische Frage eine Lösung gefunden zu haben, die manchen überraschen dürfte.

## Die Streiks.

Diese kleinen, pikanten Plänkeleien wurden bald durch weit ernstere Dinge in den Hintergrund gedrängt. Die unwürdigsten und beschämendsten Ereignisse, die sich bis jetzt auf innerpolitischem Gebiet während des Krieges bei uns abgespielt haben, nahmen das Interesse in Anspruch: die Streiks in Österreich und Deutschland! Die Streiks in den Munitions- und sonstigen Armeebedarfswerkstätten.

Im ersten Heft unserer Zeitschrift (April 1917, S. 93) wiesen wir darauf hin, daß die „Frankfurter Zeitung" schon im Februar 1917 von einer Revolution orakelte, „die in manchen Ländern vielleicht mit dem Friedensschlusse noch gar nicht zu Ende sein wird", und stellten fest, daß alljüdische Zeitungen und alljüdische Theater wie auf Kommando plötzlich den Gedanken der Revolution den Massen mundgerecht zu machen anfingen. (Die „Frankfurter Zeitung" hat auch den Kriegsausbruch vorausgewußt. Man hat es leicht, zu orakeln, wenn man mit den Regisseuren des Weltgeschehens auf vertrautem Fuße steht und in ihr Programm eingeweiht ist.) Die Erkenntnis, daß Deutschland militärisch unbesiegbar ist und furchtbarer denn je dasteht, die voraussichtlich günstige seelische Vorstimmung gelegentlich der Brester Friedensaussichten, die Furcht, daß Deutschland dank des besonnenen Rates seiner Heerführer nicht blindlings die jüdisch-revolutionären Friedens-

bedingungen annehmen, sondern vielleicht doch einen Machtzuwachs davontragen würde, ließen es den internationalen Drahtziehern geraten erscheinen, die Auflösung der Mittelmächte vom Kern aus energisch in Angriff zu nehmen. Nicht ohne Bedacht begann man damit dort, wo man am wenigsten Widerstand erwartete, in Wien, und hoffte, dadurch das etwas schwerblütigere Berlin mitzureißen.

Wie bei allen geschickt eingefädelten Bewegungen erklärte auch diesmal die alljüdische Presse mit biederer Treuherzigkeit, daß der Streik ganz „spontan" wegen der Herabsetzung der Mehlquote entstanden sei. Wäre das der Fall gewesen, hätten wohl die Wiener Arbeiter sich darauf beschränkt, lärmend nach Mehl und Frieden zu rufen. Die internationale Regie offenbarte sich aber deutlich dadurch, daß sich der Unwille der Streikenden, gleich dem angeblichen Zorn unserer Feinde, auffällig aber sehr geschickt gegen die Hauptstütze des Deutschen Reiches, gegen den „preußischen Militarismus", richtete, insbesondere gegen die bitter nötigen Feststellungen des General Hoffmann über die Tatsache, daß Rußland nicht Sieger, sondern Besiegter wäre, über die Forderungen unserer Grenzsicherungen und über die Art und Weise, in der die jüdischen Machthaber in Rußland das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchführten. Ferner zeigte sich die Regie darin, daß sich zur Erhaltung der Sympathie des Publikums die Bäcker nicht beteiligten, sowie darin, daß die Streikenden sofort mit einem fertigen Programm bezüglich der Art des Friedensschlusses und einer Speisekarte von stürmischen „Forderungen" hervortraten, die dann später auch in Berlin erhoben wurden und deren Annahme den Sieg der Entente rasch vervollständigt hätte. Wie sich die Wiener Behörden, in ihrer Mitte Graf Czernin, zu diesem mit Hilfe der aufgereizten Arbeitermassen ausgeübten internationalen Druck stellten, möge unerörtert bleiben. Wir stellten schon früher fest, daß man in Wien die Kälber zu schlachten pflegt, bevor die verlorenen Söhne zurückkehren. Auf diesem Wege dürfte so manches reifen, was uns nicht unangenehm sein kann. Tief bedauerlich war aber u. E., daß Graf Czernin mit einem deutlichen Augenzwinkern nach Berlin den Wiener Arbeitern erklärte „Wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, dann wäre ein Kampf des Hinterlands gegen die Regierung verständlich!" Uns erscheint ein solcher Kampf, während wir um unser Dasein ringen, unter allen Umständen unverständlich und verwerflich, und wir hätten es im Hinblick auf die Nibelungentreue für freundschaftlicher gehalten, wenn Graf Czernin die österreichischen Arbeiter bedeutet hätte, sie möchten es lieber unterlassen, Beauftragten des verbündeten Deutschen Reichs in den Arm zu fallen, das eine Grenzsicherung anstreben muß, welche auch dem Bundesgenossen mittelbar zugute kommt. — Die Wiener Arbeiter-Zeitung nannte den Streik einen „Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus", was über ihn mehr als tausend Ableugnungsversuche der alljüdischen Presse verrät.

Nachdem schon am 14. Januar der Abgeordnete Hoffmann, am 17. Januar der sozialdemokratische Vertreter im preußischen Wahlrechtsausschuß, am 18. Januar der „Vorwärts", am 23. Januar der Abgeordnete Scheidemann mehr oder weniger unverblümt Vorgänge nach Wiener Muster bei uns vorausgesagt hatte, ließ man taktvoll erst Kaisers Geburtstag vorübergehen, bis dann am 28. Januar auch der Streik in Berlin ausbrach. Er griff rasch auf die größten deutschen Industriestädte über. In Berlin gab es Krawalle, umgestürzte Straßenbahnwagen, Verwundete und einen Toten. Das Machtstreben, das man am Deutschen Reiche als unsittlich bekämpft, ist augenscheinlich sofort sittlich, sobald es sich um Ziele der sozialdemokratischen Partei handelt, und heiligt alle Mittel. Die taktisch äußerst be-

hutsam vorgehenden sozialdemokratischen Parteiführer warteten augenscheinlich nur noch das Stichwort ab, um in der ihnen klug zugedachten Rolle als Retter des Vaterlandes sich an die Spitze der ganzen Bewegung zu stellen und — sie nach ihrem Sinne in republikanische Bahnen zu lenken. Da verdarben ihnen der Reichskanzler und der Oberkommandierende in den Marken v. Kessel gründlich das Programm[1]). General v. Kessel tat dankenswerter Weise rasch das Notwendige: er trennte die Verführer von den Verführten, löste die nach russischem Muster gebildete Streikleitung, den Arbeiterrat, auf und verbot ihr jede Betätigung. (Bezeichnenderweise hatten sich im Streikausschuß beide sozialdemokratischen Richtungen zusammengefunden, deren Trennung wir stets als eine rein taktische aufgefaßt haben. Ihr Zank hinterher bedeutet nur gegenseitige Deckung.) Daß der verschärfte Belagerungszustand verhängt und allen Dienstpflichtigen die sofortige Einberufung zum Heer in Aussicht gestellt wurde, sofern sie nicht in einer bestimmten Frist die Arbeit aufnehmen würden, ließ die ganze Bewegung in einigen Tagen in sich zusammenbrechen.

Es würde zuweit führen, die Berechtigung des im Einzelfalle im bürgerlichen Leben „Erpressung" benannten Streikrechts zu erörtern. Ebensowenig lohnt es sich auf die Flut von Scheingründen einzugehen, welche die sozialdemokratische Presse mit gewohnter talmudischer Spitzfindigkeit zur Rechtfertigung des Streikes und der Parteiführer anführte. Er war und bleibt unter den obwaltenden Begleitumständen glatter Landesverrat. Das Organ für Landesverrat hat sich dank des Regierungsgrundsatzes, daß der Irrende zu seiner Heilung ungestört dem Irrtum zu überlassen ist, ohne Hemmungen entfalten können. Damit ist keinesfalls gesagt, daß nun die ungezählten Arbeiterscharen, die gestreikt haben, bewußt offenen Landesverrat getrieben haben. Keineswegs! Überdies ist man mit einigem Recht davon abgekommen, staatgefährliche Massengesinnungen mit Massenbestrafungen zu bekämpfen. Gar mancher der Beteiligten wenn nicht die Mehrzahl, ist wohl politisch so „reif", daß er nicht weiß, was er tut., Allerdings halten wir die Straßenbahner, die ihre Pflicht taten, für reifer. Und wenn der Staat, d. h. seine Regierung, die Verbreitung staatsgefährlicher Gesinnung nicht nur stillschweigend duldet, sondern durch Ernennung von hohen Beamten, die aus dem staatsgefährlichen Gedankenkreis stammen, auch fördert, so könnte man zu dem Schluß kommen: volenti non fit injuria! Endlich dürfte es staatsklug sein, wenn man schon die Verbreitung staatsgefährlicher Gesinnung erlaubt, einem jugendlichen Missetäter nach ihrer Betätigung nicht gänzlich den immerhin denkbaren Rückweg zur staatstreuen Gesinnung abzuschneiden. Aber alles hat seine Grenzen, und wenn der Feind vor den Toren steht, dürften milde Kuren keineswegs am Platze sein. Da muß die Verwirrung der Anschauungen über das, was erlaubt und verboten ist, rasch klaren, scharfen Grenzen weichen. Vor allem sind die Quellen des Gesinnungsgiftes zu verstopfen. Doch scheut man sich natürlich, das mit Quellen zu tun, die man Jahrzehnte lang fröhlich sprudeln ließ. — Nein! Schuld waren und sind alle, welche nichts getan haben, um den Streik zu verhindern, obwohl sie es konnten. Schuld sind alle, die schon Jahrzehnte vor dem Kriege den Gedanken des Massenstreikes zur Verhinderung der Vaterlandsverteidigung planmäßig verbreitet haben. Schuld sind alle, die die Internationale über das eigene Volk stellen. Schuld

[1]) Herr Ministerpräsident v. Dandl, von dem wir viel halten, ging nach unserem Empfinden in der Taktik etwas zu weit, als er den Sozialdemokraten nachträglich doch noch die Vaterlandsrettung, wenn nicht in die Schuhe schieben, so doch an den Rock heften wollte.

sind vornehmlich alle, welche die Not des Vaterlandes zu innerpolitischen Erpressungen ausnutzen und zu diesem Zweck Unruhe, Zwietracht und Begehrlichkeit in den Massen gezüchtet haben. — Nun zu fordern, daß man diesen planmäßig entfesselten Leidenschaften so rasch wie möglich nachgebe, um die „innere Ursache" des Streiks zu beseitigen, ist auf gut Deutsch der Gipfel der Unverschämtheit. — Das wäre ungefähr so, als wenn ich jemand zu einem Raubanfall anstifte und, wenn der Angefallene sich seiner Haut wehrte, diesem gut zuredete, seine Barschaft freiwillig herauszugeben, weil sonst der Anfall wiederholt würde. Wir danken für solche Moral! — Schuld sind vor allem diejenigen Berufenen, die seit Bethmanns Tagen auf der einen Seite den Kriegswucher so gut wie gar nicht, auf der andern Seite die Verbreitung vaterländischer Aufklärung und Gesinnung recht merkwürdig bekämpft haben. Ihre Pflicht wäre es längst gewesen, dem Volke klarzumachen, worum der Krieg geht, und was dabei herauskommt, wenn wir einen Verzichtfrieden schließen. Der Ruf nach Aufklärung wird niemals verstummen. Man muß aber nachgerade an dem guten Willen der Regierung zweifeln, sie zu verbreiten. Oder fehlt es ihr an geeigneten Kräften dazu, denen es Herzenssache ist, daß wir aus diesem Kriege gestärkt und gesichert, nicht geschwächt, gefährdet und belastet, hervorgehen? — Die Verheißung, alle Armeebedarfsindustrien unter Staatsaufsicht zu stellen, wird ja vorläufig eine Wiederholung der Streiks hintanhalten, aber die mehr oder weniger versteckten Drohungen des „Vorwärts" gehen fort und verheißen nichts Gutes[1]).

Kurz gestreift werden muß die Haltung der alljüdisch beeinflußten Parteipresse. Über ihre Gesinnungslosigkeit wird das Urteil der Geschichte vernichtend lauten. Das „Berliner Tageblatt" ließ sich während des Anwachsens der Unruhen am 30. Januar aus Spandau melden: „Die Lage hat sich in Spandau gegen Dienstag nicht wesentlich gebessert. In den meisten Staatswerkstätten wird fast vollzählig gearbeitet." Dies „nicht wesentlich gebessert" soll ihm unvergessen bleiben. Und wenn die „Münchner Neuesten Nachrichten" den Streikerlaß der Kruppschen Arbeiter abdruckten und dann zur weiteren Aufstachelung der Volksleidenschaften eine ganz infame Preußenhetze inszenieren wollten, so ist ihre Gesinnung der des „Berliner Tageblattes" ebenbürtig. Daß die „Frankfurter Zeitung" gleichzeitig umgekehrt anläßlich der Entsendung des Grafen Podewils zur Teilnahme an den Bresler Verhandlungen eine ganz infame Bayernhetze anstiften wollte, deckt wieder die deutschfeindliche Regie auf. Wie diese Blätter, die leider in Deutschland erscheinen, sich in der Maske des demokratischen Volksfreundes am deutschen Volke versündigen, stinkt nachgerade zum Himmel!

## Ausblick.

Ein Parlamentsmehrheitsblock wird naturgemäß als oberstes Gesetz das Bestreben haben, unter keinen Umständen auseinanderzufallen. Die von ihm gewählte

[1]) Schon die Äußerung vom 1. Februar „die Bewegung dürfte durch tumultuarische Vorgänge nicht um ihren eigentlichen Zweck" gebracht werden, ließ tief blicken. Noch deutlicher waren die Worte vom 6. Februar: „Die Sozialdemokratie kann sich indes durch solche menschlich allzumenschliche Erscheinungen von dem als richtig erkannten Weg nicht abbringen lassen. Dieser Weg geht über die Demokratie zum Sozialismus. Die Partei wird darum ihr Möglichstes tun, um aus den Ereignissen der letzten Tage das Beste zu machen: schädliche Wirkungen abzuwehren und auf die Erfahrungen der letzten Zeit gestützt, den im Volk vorhandenen elementar zum Ausbruch gelangten Willen nach Demokratie und Frieden noch energischer als bisher zu vertreten."

Beamtenschaft wird ihn ebenso naturgemäß in diesem Bestreben stützen, da sie mit ihm steht und fällt. Desgleichen hat die vom Block abhängige Parteipresse einfach die Aufgabe, im selben Sinne zu wirken. Man sah das schon im Falle der Marine-Hochverratsangelegenheit: die Mehrheit stellte sich mehr oder weniger schützend vor die arg bloßgestellten Blockgenossen. Man bleibt gern in der sonderbarsten Gesellschaft — wenn man nur geschlossene Gesellschaft, d. h. regierende Mehrheit bleibt! Wenn das gute deutsche Volk wüßte, wie sein Reinlichkeitsgefühl mit Füßen getreten wird! Auch anläßlich des Streiks, dessen Anstiftung und Duldung wir nach wie vor als Landesverrat bezeichnen werden, zeigte sich dasselbe Schauspiel: äußerlich zwar mußte die Parteipresse — allerdings auch nur zum Teil! — gegen den Streik schreiben, — hinter den Kulissen blieb alles schön beim alten. Der Streit zwischen alten und unabhängigen Sozialdemokraten ist, wie gesagt, nur ein taktisches Manöver. Wer daran Hoffnungen knüpft und sein Verhalten danach richtet, ist naiv. Eine Mittelpartei nahm den Vorgang sogar zum Anlaß, die Streikenden moralisch zu unterstützen, indem ein Flügel von ihm gebieterisch die Beschleunigung und Durchsetzung der preußischen Wahlreform forderte. Man muß das allerdings nicht so tragisch nehmen, denn es ist zu erwarten, daß ein anderer Flügel sich bei Gelegenheit gegen die Wahlreform wenden wird. Das machen ja eigentlich alle großen Parteien: überall haben sie ein Eisen im Feuer, um auf alles vorbereitet zu sein. Den Vorteil davon haben natürlich jene, welche bei der „Entwicklung" entschlossen die Führung in die Hand nehmen, d. h. eben die „Entwicklung" — man kann sie auch „Zwangsläufigkeit" nennen — einfach machen! Die Taktiker mit den 3 Eisen im Feuer müssen dann schleunigst mit! Warum übernimmt aber eigentlich niemals unsere Regierung die Führung? Im roten Königreich Sachsen hat man nicht gestreikt, weil sofort bekanntgegeben wurde, daß alle Ausständigen eingezogen werden würden. Aber in Berlin herrscht bis auf einige Ausnahmen auf den meisten Stellen die Politik der vollen Hosen. Deshalb hat es auch Scheidemann so leicht, den Diktator zu spielen, weil er Überzeugungsfestigkeit und Mut besitzt. Wo nämlich das deutsche Volk teils in ungetrübtem Idealismus, teils in unangebrachtem Beobachtungsmangel eine geschlossene Front von Männern vermutet, die sich im hingebenden Dienste uneigennützig der vaterländischen Sache opfern, herrschen vielfach eiskalte, bedenkenlose Streber, herrscht ein wütender heimlicher und offener Kampf aller gegen alle um Amt und persönliche Macht — von Spekulation und anderen Dingen ganz zu schweigen —, herrscht der Trieb, um jeden Preis im Amt zu bleiben. Händereibend und schmunzelnd sitzt dabei der internationale Seelenverkäufer, der Großbankier, dessen Weizen blüht, je verwirrter die Verhältnisse und je verschuldeter die Staaten aus dem Kriege hervorgehen. Herr Rathenau diktiert ja auch schon die Formen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Deutscher Michel, reibe dir ein wenig die Traumseligkeit aus den Sinnen! Riechst du nicht, daß Berlin eine cloaca maxima ist? Wo ist der Herkules, der diesen Stall ausräumt? Graf Hertling dürfte zu betagt dazu sein, und Herr v. Kühlmann bewirbt sich angeblich um die Tochter des verstorbenen Kohlen-Friedländer. Herr Scheidemann arbeitet mit Hochdruck auf den Verzichtfrieden hin, um dann auf finanziellem Wege — s. in diesem Hefte den Aufsatz von Paul Franz! — die Bundesfürsten zu entthronen. Glaubt man mit der Wahlrechtsreform in Preußen den letzten Schritt zur Republik abzuwenden? Restlose Zentralisation ist doch nur die Vorstufe dafür.

Liebes deutsches Volk, — du hast eine ergreifende Art, alles als Gottes Fügung hinzunehmen, und hast eine empörende Art, dir das Kläglichste und Erniedrigendste

zur Regierungsweisheit umzudichten. Aber schiebe dem lieben Gott nicht zu viel in die Schuhe! Er hat dir mehr Verantwortung zugedacht, als du in deiner Ruheseligkeit wahr haben willst! Du selbst, deine Gesinnung, deine Tatkraft, deine Einsicht sind verantwortlich für das Schicksal deiner Kinder und Kindeskinder! Überlasse ja nicht zuviel jener Sorte von Männer-Ersatz, die vor „Zwangsläufigkeiten", Erzberger-Mehrheiten und Großbankmächten kniet! Du hast die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, selbst klar zu sehen und deinen Willen durchzusetzen, und du kannst das — auch ohne „Aktenkenntnis" — wenn du dir die Leute anschaust, die dir das Widernatürlichste als selbstverständlich aufschwatzen wollen, und wenn du endlich erkennst, wo deine wahren Freunde sitzen!

Mache dir klar, daß nicht dein augenblickliches Wohlbefinden, sondern dein Weiterbestand als Volk ganz allein in Frage kommt! Verlange nicht einen Frieden um jeden Preis, wenn unsere Feinde um jeden Preis noch unsere Vernichtung wollen! Das wäre kindisch, unverantwortlich und verächtlich! Jammere nicht um Opfer von Tausenden, wenn du damit das selbständige völkische Dasein von Millionen und Abermillionen kommender Geschlechter erhalten kannst! Das wäre kindisch, unverantwortlich und grausam! Du hörst es immer wieder: die Feinde wollen unsere Vernichtung! Darum lasse dir von niemand — höre: von niemand! — in den Arm fallen, bis du diesen Vernichtungswillen gebrochen hast!

Mache dir klar: überall herrscht der Kampf der Minderwertigen, Mittelmäßigen gegen den höher und edler Gearteten, weil er ihnen unbequem, unverständlich und furchtbar ist! Das ist im großen der Sinn des Krieges der Völker gegen den hohen, gerechten deutschen Gedanken! Das ist im kleinen der Kampf der mißleiteten Massen gegen die ausgereifte Führerpersönlichkeit, der Kampf der über ihren Horizont und ihre Magenfragen nicht hinausblickenden Streiker gegen die vorausschauende, staatensichernde Weisheit des Geistes, wie er unseren wahren Führern eignet, die bekanntlich nicht in Berlin sitzen! Deutsches Volk: seit Anbeginn deiner Geschichte haben Männer dein Geschick geschmiedet und dein Dasein dem Schicksal abgerungen, — willst du nun in deiner gefährlichsten Lebensprobe dein Schicksal der blinden Massenleidenschaft und den Helfershelfern deiner Feinde anvertrauen?

Du kannst und mußt von diesen Führern verlangen, daß sie dir unbedingt den Frieden schaffen, den du um deiner selbst und deiner wirtschaftlichen und kulturellen Höherentwicklung willen haben mußt! Und sorge vor allem dafür, daß die Geschichte dich nicht einst anklagt, du hättest deine baltischen und flämischen Brüder, die seit Jahrhunderten ihr Deutschtum in so wundervoller Weise in Not und Tod hochgehalten haben, aus Augenblicksbequemlichkeit oder um internationaler Hirngespinste willen feige im Stich gelassen!

Man hetzt planmäßig gegen Ludendorff. Über die Schweiz erfahren wir von allerlei Generalstreikplänen für den Fall, daß ... Uns däucht, der Lähmung des jetzt mehr denn je benötigten Siegeswillens, die in Berlin und nicht nur in gewissen Parteien ihren Sitz hat, wird man nicht eher Herr werden, als bis wir auch eine einheitliche innerpolitische Leitung haben, die nur in der Hand eines vom wahren Führer-Geist beseelten Mannes liegen darf. Sonst wehe Dir — Deutschland!

# Bücherschau.

**König Ludwig III. im Weltkrieg.** Briefe, Erlasse, Reden und Telegramme des Königs aus eiserner Zeit. Mit 2 Bildnissen. Gesammelt und herausgegeben von W. Zils, München. J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis geb. M. 3,50.

Es ist dem Verfasser vorzüglich gelungen, an der Hand von Briefen, Reden und Erlassen das segensreiche Wirken König Ludwigs III. zu schildern. Aus der Zusammenstellung der zahlreichen Kundgebungen erkennen wir ein hochinteressantes Bild der vielseitigen landesväterlichen Tätigkeit des Königs. Der unerschütterliche Glaube an die Kraft und an den endgültigen Sieg des Reiches, die gerechte Würdigung der im Kriege von den Bayern verübten Heldentaten, die Fürsorge für die Kriegsverletzten, das Bemühen, die Not der Daheimgebliebenen zu lindern, haben darin ihren Niederschlag gefunden. Das Bild eines echt deutschen, aufrechten Mannes, eines weisen und gerechten Fürsten, leuchtet uns aus dem Werke entgegen.

Das Buch wird jedem Bayern, aber auch jedem Verehrer des Königs jenseits der bayerischen Grenzpfähle — und die Zahl derer, die ihn wegen seines tatkräftigen Eintretens für des Reiches Wohlfahrt verehren, ist außerordentlich groß — eine willkommene Festgabe anläßlich seiner Goldenen Hochzeitsfeier bilden. Wer die Briefe und Reden gelesen hat, weiß, warum König Ludwig III. heute wohl der volkstümlichste Fürst im Deutschen Reiche ist.

**Fritz Bley: Wie kam es doch?** Verlag Erich Matthes, Leipzig und Hamburg, Preis Mk. 2.—.

Ein Buch, wie wir es fraglos nötig haben! Trotz aller „Bildung" oder wahrscheinlich gerade wegen der Überfütterung mit Wissenschaft, die das gründliche und selbständige Durchdenken eines engeren Gebietes fast zur Unmöglichkeit macht, ist der Deutsche auf den wichtigsten Gebieten oft von rührender Oberflächlichkeit und Unbehilflichkeit. Zumal der politisch-geschichtliche Instinkt, der z. B. dem Engländer im kleinsten Nerv sitzt, ist beim Deutschen bedauerlich verkümmert, und in den seine Zeitgeschichte mitbestimmenden Fragen, ihrer Entstehung und Entwicklung kennt er sich oft wenig oder gar nicht aus. Leute, die ein Gymnasium durchgemacht haben, wissen vielleicht etwas von den Perserkriegen oder auch ein paar Schlachten aus dem Dreißigjährigen Krieg, — aber die ihre eigenen Tage beherrschenden Strömungen und Mächte, welche das Geschick des Vaterlandes und damit das eigene beeinflussen, sind ihnen ein völlig unbekanntes Gebiet. Die durch die Parteipresse gezüchtete Denkträgheit, die breite Wichtigkeit, mit der diese nebensächliche Dinge in den Vordergrund schiebt, fördert die Unklarheit. Da ist so ein Buch, wie das von Fritz Bley, der schon mit seinem „Schlimmsten Feind" während des Krieges einen wertvollen Beitrag zur Erklärung des Weltgeschehens geliefert hat, ein vorzügliches Mittel, um den Blick für die geschichtlichen Zusammenhänge zu schärfen. Darüber hinaus ladet die bei aller Gründlichkeit fesselnde Form des Buches zu einer nachdrücklicheren Beschäftigung mit der Politik ein; und das ist angesichts der Gleichgültigkeit, die ihr gegenüber in gebildeten Kreisen vielfach herrscht, viel wert. Gerade die Form, mit der Bley den Leser in den Bann des vaterländischen Denkens und Empfindens unmerklich hineinzwingt und ihn auf den Boden stellt, von dem aus man allein in der Lage ist, das Weltgeschehen richtig und gesund zu beurteilen, muß als besonders glücklich bezeichnet werden. Inhaltlich bringt der Verfasser sehr fesselndes Material über unser Verhältnis zu Frankreich, dessen innerpolitische Entwicklung seit der Revolution, die elsaß-lothringische Frage und unsere Fehler in der Verfassungsgebung. Es folgen Mitteilungen über die wahren Beherrscher Frankreichs, die Rothschild und die Reinach; Rückblicke auf Marokkokrise, die Zabernangelegenheit und Verwandtes, die uns Zusammenhänge aufdecken, welche es uns nachträglich nur zu erklärlich erscheinen lassen, daß unsere Feinde den Krieg um so seelenruhiger vorbereiteten und heraufbeschworen, als sie mit unserer inneren Widerstandskraft nicht groß rechnen zu müssen glaubten. Ein sehr bitterer Abschnitt ist „Wie wir vorbereitet waren" überschrieben, in dem auch Herrn v. Bethmanns Unrecht gegen Deutschland sachlich festgestellt wird. — Wie betont, ist die Schrift wohl geeignet, das politische und geschichtliche Denken zu wecken und zu schärfen. Möge es seinen Weg zu recht vielen Lesern finden!

**Deutschlands letzte und größte Not.** Von **Adolf Bolliger**, Pfarrer von Neumünster in Zürich. (Ernst Finckh, Basel. Preis M. 1.—.)

Selten hat uns ein Buch so tief ergriffen, wie das des wackeren Schweizer Pfarrers. Es wird wohl niemand im Deutschen Reiche sein, der, wenn er das Buch gelesen hat, sich nicht sagt: Habe ich mir nicht durch das Parteigetriebe meiner Umwelt, durch das Lesen einer im Mark undeutschen Presse ein völlig falsches Bild der tatsächlichen Lage, in der sich Deutschland zurzeit befindet, gemacht? Das Gewaltige,

was unser Volk geleistet hat und noch täglich leistet, das zu würdigen der Deutsche vor lauter Parteigezänk gar keine Zeit mehr findet — hier tritt es in überwältigender Klarheit vor unsere Seele. Noch klarer aber wird uns etwas anderes, daß die Mehrheit unseres Volkes die Welt nicht unbefangen, sondern nur durch eine alles verzerrende Parteibrille ansieht; daß die Leute, die nach einem Vergleichsfrieden rufen, gar nicht ahnen, daß der Vielverband einen Vergleichsfrieden wie die Pest verabscheut; daß dieser nur einen Willen und ein Ziel hat: das Deutsche Reich völlig niederzuringen, es aus der Reihe der aufrechten Völker zu streichen. — Mit den Waffen ist Deutschland nicht niederzuringen, im Gegenteil, die Hälfte seiner Feinde ist bereits von ihm niedergerungen, und die andere Hälfte ist im Begriff, niedergerungen zu werden. Das weiß England ganz genau, es kennt aber auch die Stimmung des Berliner Reichstages, den der Verfasser nur allzu richtig mit dem Wiener Kongreß vergleicht, der bemüht war, Deutschland um die Früchte seiner Siege zu bringen. — Pfarrer Bolliger wird mit seinem Büchlein Hunderttausenden den politischen Star stechen; sein Schlußergebnis ist: Wenn die Freiheit auf der Welt noch weiter bestehen soll, muß Deutschland siegen, denn nur Deutschland ist der Hort der Freiheit; es muß aber zu diesem Zweck auch sein Machtgebiet ausdehnen, denn nur wenn Deutschland in der Lage ist, die Gegner zum Frieden zu zwingen, wird der Frieden der Welt gewahrt bleiben. Kann Deutschland seine Machtstellung nicht ausdehnen, so werden die Gegner Deutschlands in wenigen Jahrzehnten erneut den Versuch machen, dem in diesem Kriege wirtschaftlich niedergerungenen Deutschen Reich auch politisch den Todesstoß zu versetzen.

Da alles Parteipolitische völlig ausgeschlossen ist, können wir nur wünschen, daß die Schrift dieses klardenkenden und weitblickenden Schweizers, der auch in seinen Adern alemannisches Blut hat und sich daher als Glied des großen deutschen Volkes fühlt, eine möglichst große Verbreitung im Deutschen Reiche findet. Wir haben uns selbst eine größere Partie der Schrift kommen lassen, um sie zu verschenken, und wir hoffen, daß jeder Leser des Blattes ein gleiches tut. Er wird selbst einen hohen Genuß vom Lesen des Buches haben ,und er wird durch Verteilen in Heimat und Heer Hunderten wieder zu einer Anschauung verhelfen, die ja von Haus aus die einzig richtige und mögliche sein sollte, die aber infolge einer bewußt oder unbewußt die Belange der Entente vertretenden deutschen Presse im Deutschen Reiche zurückgedrängt worden ist. — Viel Schlechtes und Mißgünstiges wird über das Deutsche Reich in der Schweiz geschrieben und gesprochen. Wenn hierüber einmal abgerechnet wird, soll Volligers Schrift, die beweist, daß es auch in der deutschen Schweiz noch Leute gibt, die die Stimme ihres Blutes nicht verleugnen, entsprechend schwer in die Wagschale fallen. J. F. L.

***: **Gedanken zur Amnestie.** Wien 1917, Manzsche k. und k. Hof-, Verlags- und Universitätsbuchhandlung.

Ganz abgesehen davon, daß die kleine Schrift mit wirklichem Geist geschrieben ist, eine gepflegte Form zeigt und augenscheinlich jemand zum Verfasser hat, der auch bei anderen Gelegenheiten als nur am Schreibtisch in Büchern treffende völkerpsychologische Beobachtungen gemacht hat, möchten wir uns mit ihr beschäftigen, einmal, weil ihre Richtung für die Kenntnis bestimmter Strömungen in Österreich und Österreichs überhaupt wertvoll erscheint, ferner weil sie an Grundfragen der uns verbündeten Monarchie rührt, und endlich aus einem persönlichen Grunde. Der Verfasser wird vermutlich nicht verlangen, daß wir seiner Stellungnahme durchweg beipflichten. Er faßt nämlich die den tschechischen Hochverrätern gewährte Amnestie als eine Handlung der Staatsklugheit auf, die dem zukünftigen Österreich und seiner inneren Geschlossenheit zugute käme und, bei richtiger Verwertung, somit auch den völkischen Belangen der Deutschen Österreichs Nutzen bringen könnte. Seine Darstellung erweckt den Eindruck, daß Krone und Staat in der Donaumonarchie so stark wären, daß sie sich die Amnestierung ein paar rabiater Tschechen seelenruhig leisten könnten. Wohl ihnen, wenn dem so ist! Doch scheint uns, von reichsdeutschen Grenzen aus gesehen, das Augenmaß nicht ganz richtig zu sein, zum mindesten dürften die Brillengläser bei der Beurteilung der tschechischen Vergehen zu rosenrot gewesen sein. Ohne weiteres kann zugegeben werden, daß Milde gegenüber Verfehlungen, wie sie Kramarsch und Genossen begingen, nicht unbedingt gleichbedeutend mit Schwäche zu sein braucht. Geschichtliche Beispiele für das Gegenteil hat der Verfasser fraglos mit Geschick angeführt. Aber bei Staatshandlungen kann nicht allein die gute Absicht, sondern es muß auch der Erfolg berücksichtigt werden; und da hat man den Eindruck, daß die beabsichtigte psychische Wirkung auf die Tschechen ausgeblieben oder ins Gegenteil umgeschlagen, die unbeabsichtigte Wirkung auf die anderen Völker der Doppelmonarchie, einschließlich der Deutschen, zum mindesten nicht günstig gewesen ist. — Der Verfasser meint, die staatstreuen Kreise dürften nicht unter den Verfehlungen der Ungetreuen leiden. Wie liegt es aber, wenn die Gefahr

besteht, daß das Beispiel der Ungetreuen Neigungen zu wecken droht, die auch in den Getreuen schlummern? Milde dürfte doch nur dann in der einen Hand am Platze sein, wenn die damit Beglückten in der andern das Schwert erkennen! Beipflichten müssen wir dem Verfasser in der Anschauung, daß es eigentlich eine halbe, ja ungerechte Maßregel ist — er drückt sich vorsichtiger aus —, wenn man nach jahrzehntelanger Duldung aller möglichen Umtriebe plötzlich Ernst macht und an einigen wenigen Personen Vergehen ahndet, die sonst ungezählten nachgesehen wurden. Ihre Amnestierung spielt dagegen tatsächlich beinahe eine untergeordnete Rolle. Was er aber von den Spielbergen sagt, können wir nicht unterschreiben. Was ist mehr am Platze: einige wenige, die durchaus nicht immer als Märtyrer in den Köpfen der Menge zu spuken brauchen, abzusondern, — oder sie und das Gift ihrer Gedanken — mögen diese noch so aufrichtige Gesinnungen an sich sein, — auf alle Welt wirken zu lassen, bis vielleicht der Bürgerkrieg den Staat zerrüttet? (Von den Opfern des Verrates in diesem Falle ganz zu schweigen!) Wir wünschen der Donaumonarchie gewiß aufrichtig die möglichst feste innere Geschlossenheit und wünschen auch, daß jede zugehörige Völkerschaft innerhalb ihrer Grenzen die Gewißheit der freien Entwicklungsmöglichkeit hat, aber der Verfasser kann uns nicht — und will es vielleicht auch nicht? — zu der Ansicht bekehren, daß die Amnestie dazu ein unerläßlicher oder gar empfehlenswerter Schritt gewesen wäre. Der letzte Streik macht doch auch recht nachdenklich. Wir halten uns bei diesem Urteil an seine Folgen. Wir stehen auch nicht auf dem Standpunkt, daß der eine oder andere Volksteil dort ganz niedergerungen werden müsse, — was ja den unblutigen Bürgerkrieg bedeutete und für die Donaumonarchie sicherlich wertvolle Kräfte lahmlegen und ausschalten hieße. Die freie Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeit jeder Völkerschaft für den Staat kann aber unserer Überzeugung nach nur auf einem gemeinsamem Boden erblühen, dessen Grundlage die gemeinsame Staatssprache zu bilden hätte. Diese wäre der erste Schritt zur „Verständigung"! Darin wird uns der Verfasser zustimmen, wie wir ihm seinerseits recht geben, wenn er auf die Unterlassungssünden der Volksschule hinweist. Die Schule ist das zweite große Feld, auf dem der Staat endlich einsetzen muß, um überall in seinen Landen österreichische Staatsbürger zu erziehen.

Zum Schluß noch das Persönliche! Der Verfasser meint, daß Graf Reventlow von der „Deutschen Tageszeitung" eine sehr scharfe, der Schreiber dieser Zeilen eine zwar langsamere, aber immer noch reichlich scharfe Gangart beliebe, und daß man zwar den ganzen Tag traben, aber nicht den ganzen Tag galoppieren könnte. Daraufhin wäre zu erwidern, daß man, wenn Gefahr im Verzug oder die Erreichung eines Zieles unter allen Umständen geboten ist, weder die eigenen noch die Pferdekräfte zu schonen pflegt, und daß man dann eine schärfere Gangart wähli und bei ihr bleibt, — selbst auf die Gefahr hin, daß man dabei keine Ruhe zum „Nachtmahlen" findet. Die Reichsdeutschen sind bei diesem Grundsatz während des Krieges ganz gut gefahren, — die Österreicher dürften keinen Grund haben, ihn uns zu verleiden.

## Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

(Eingehende Besprechung wird vorbehalten.)

**Äußere Politik und Verwandtes.**

E. Schmid, München: Die deutschen Bauern in Südrußland. Berlin 1917, Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H.

Landgerichtsrat Schrader: Die Ostseeprovinzen deutsch. Ostlandverlag G. m. b. H., Berlin C 25, Dircksenstr. 41.

Otto von Schwarzenegg: Das levantische Programm. Des Deutschen Reiches und des Volkes Weg in die Welt. Preis M. 1. Verlag von Krüger & Co., Leipzig.

Wladimir Solavjeff: Rußland und Europa. Preis M. 1,50. Verlegt bei Eugen Diederichs, Jena.

Arnold Steinmann-Bücher: Englands Niedergang, Preis M. 5. Verlag von Leonhard Simion Nf., Berlin.

Prof. Dr. jur. Fritz Stier-Somlo: Die Freiheit der Meere und das Völkerrecht. Preis geh. M. 3,50, geb. M. 5. Verlag von Veit & Co., Leipzig.

Dr. Bernhard Stichel: Die Zukunft in Marokko. Preis M. 1. Verlag von Dietrich Reimer, Berlin SW 48.

Dr. Hans Siegfried Weber: Deutsch-Russische Rücksiedlung. (Bibliothek f. Volks- u. Weltwirtsch., Heft 32.) Preis M. 1,80 „Globus" Wissensch. Verlagsanst. Dresden u. Leipzig.

Horst Weyhmann: Unsere Südsee. Preis broschiert 75 Pf. Verl. Dietrich. Reimer, Berlin.

E. Zivier: Polen. (Perthes' kleine Völker- und Länderkunde zum Gebrauch im praktischen Leben.) Preis M. 6. Verlag von Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha.

Der Film im Dienste der nationalen und wirtschaftlichen Werbearbeit. Herausgegeben von der Deutschen Lichtbild-Ges. E. V. Berlin W.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

**Livländischer Kalender auf das Jahr 1918.** Herausgegeben vom baltischen Notstandskomitee. In Kommission bei E. Bruhns, Riga, Kaufstraße 15.

Es ist ein deutlich sprechendes Zeichen der Zeit, daß in diesem livländischen Kalender ein besonderer Abschnitt der Verfassung des Deutschen Reiches gewidmet ist! Das ganz vortreffliche, gedankenschwere und formschöne Geleitwort zum Ganzen hat R. v. Engelhardt geschrieben. Der mannhafte Ernst und die reine deutsche Gesinnung, die uns aus ihm anwehen, sind kennzeichnend für das ganze Werk sowie für die mannigfaltigen Arbeitsleistungen zum Segen deutscher Kultur, die darin ihre gerechte Würdigung gefunden haben. Die sonstigen Beiträge geben wertvolle Aufschlüsse über die geschichtliche, wirtschaftliche und geistige Entwicklung Livlands. — Als kleines Kuriosum sei angeführt, daß in dem Verzeichnis der europäischen Staatsoberhäupter bei Belgien als Residenz lakonisch: Le Hâvre steht, bei Serbien: Residenz auf Korfu! — Möge das kleine Buch in Reichsdeutschland rechte Verbreitung finden und bei uns Verständnis für die livländischen Stammesbrüder wecken!

**Clara Hofer: Bruder Martinus.** Ein Buch vom deutschen Gewissen. Cottasche Buchh. Nachf.

Bruder Martinus, ein Buch vom deutschen Gewissen, nennt Clara Hofer ihr Lutherbuch, und der Inhalt entspricht diesem Titel. Tief ergriffen und gefesselt erleben wir an ihrer Hand die Mönchsjahre Luthers mit, sehen sein gequältes Ringen, durch mönchische Heiligkeit, wie die Kirche sie preist, Frieden zu finden. Das Klosterleben mit seinen schönen und verderblichen Seiten wird uns anschaulich geschildert; auch hier zeigt sich bei den ernsteren frommen Brüdern der Kampf des deutschen Gewissens gegen die Scholastik und die falsche Auslegung der Schrift durch die damalige Kirche. Das Bild des edlen, milden Staupitz tritt immer wieder leuchtend an die Seite seines Lieblingsschülers. Aber wir erleben in innigster Anteilnahme, wie aus dem ängstlichen, sich selbst quälenden, demütigen, jungen Augustinermönch ganz allmählich der sichere, trotzige, in seinem Glauben unbeirrbare Doktor Luther wird, wie Gott ihn zu seinem Werkzeug brauchte. Mit dem Anschlagen der 95 Thesen am Allerheiligentag 1517 endet das Buch.

Mögen im Jubeljahr der Reformation recht viele danach greifen

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)


**Ferd. Dümmlers Verlag, Berlin SW 68**

**Russische Expansionspolitik** 1714–1914 von Dr. F. Quadflieg M 4.—. „Gerade in der jetzigen und noch mehr in der kommenden Zeit von unleugbarem Nutzen." (Bamb. Nachr.)

**Geschichte Japans** von Prof. Hisho Saito. M 4.50 geb. M 5.50.

**Bismarck und seine Welt.**
Grundlegung einer psychologischen Biographie von Oskar Klein-Hattingen. 3 Bände à 20.—, geb. M 23.—.

Die wissenschaftlichen Grundlagen zur gesamten Kriegszielfrage enthält das Werk:

**An der Schwelle des größeren Reichs**

**Deutsche Kriegsziele in politisch-geographischer Begründung**

Den Wollenden unter seinen deutschen Mitbürgern dargelegt von

**Prof. Dr. Felix Hänsch**

Preis geheftet M. 5.—, gebunden M. 7.—

Hier ist das gesamte Material, das wir zur Beurteilung aller Kriegsziele, benötigen, in kritischer Form zusammengestellt, und die Folgerungen sind daraus mit logischer Schärfe gezogen. Für Politiker ein unentbehrliches Hilfsbuch und zugleich ein zeitgeschichtliches Dokument von bleibendem Werte.

**Kriegs-Sinnsprüche**

von

**Hans Nees von Eisenbeck**

Geheftet M. 2.— Mit 16 Bildnissen Gebunden M. 3.—

Ein Erbauungsbuch für Heer und Heimat

„Reichsbote", Berlin: Die beste Empfehlung dieses gedankenreichen Buches wäre ein Ausschreiben seiner sinnreichsten Sprüche. Man wird von ihnen oft an den Rembrandtdeutschen erinnert, so kernig deutsch, schlagend und knapp sind sie oft nach Fassung und Inhalt.

**J. F. Lehmanns Verlag in München SW 2**

**KLISCHEES**
für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie
**RADIOTINTO-TIEFDRUCK**
(SCHNELLPRESSENDRUCK)
in anerkannt vorzüglicher Ausführung bei raschester Lieferung.
Man verlange Muster u. Kostenanschläge.
**BRENDʼAMOUR, SIMHART & Co**
MÜNCHEN

(Fortsetzung der Bücherschau.)

und, indem sie es lesen, ergriffen werden von der Kraft und Tiefe des deutschen Gewissens, das Luther zum Reformator und das deutsche Volk zum Volk der Reformation machte. L.

**Bischof von Keppler: Mehr Freude.** Volksausgabe. Hundertstes bis hunderifünfundzwanzigstes Tausend. Herdersche Verlagshandlung, Freiburg i. B. Kart. 1,75 M., in Pappband 2,20 M.

Der Bischof von Rottenburg, Dr. Paul Wilhelm von Keppler, hat anläßlich des Druckes des hundertsten Tausend eine wohlfeile Volksausgabe seines in weitesten Kreisen dankbar aufgenommenen Buches von der Freude herausgeben lassen. Er hat wohl daran getan. Es ist ein seltenes und herzstärkendes Buch, das seine tiefe Weisheit und Kenntnis des menschlichen Herzens in eine anmutige und edle Form zu kleiden weiß. An leiser Hand wird der unzufriedene, nach Genuß und Besitz und damit unbewußt nach immer größerer Unzufriedenheit jagende Deutsche zu jenen Pfaden geführt, wo die wahren, ungetrübten und stärkenden Freuden blühen an Stelle der aufreibenden und ermattenden Scheinfreuden. Deutsche Kraft und deutsche Innigkeit wehen aus dem Buch, das wohl mit dazu angetan ist, am seelischen Neubau unseres Volkes erfreulich mitzuhelfen. Der in der Irre gehende Verstand, der allein nur in den seltensten Fällen einen Menschen zu beglücken und zu erfüllen vermag, viel öfter aber mit seiner Folgeerscheinung, der zersetzenden Skepsis und dem unfruchtbaren Rationalismus, ewige Unruhe und grämliche Unzufriedenheit nährt, muß wieder durch eine handfeste, deutsche Gläubigkeit, durch fröhliches Zukunfts- und Gottvertrauen gestärkt werden. Dazu ist das Kepplersche Buch hervorragend geeignet. — Eine ganze Reihe der eingefügten Heiligengeschichten scheint uns allerdings entbehrlich. Wir sehen doch heute den wahren Gottesdienst in erster Linie in der Arbeit zum Wohle eines großen, vaterländischen Gedankens, in der ehrlichen, selbstlosen Arbeit überhaupt. Die Zeiten der religiösen Passivität, des von allen Erdenbanden befreiten Schwärmerdaseins liegen uns doch reichlich fern, und wir möchten sie nicht zurücksehnen.

Der Hakenkreuz-Verlag in Dresden-Hellerau hat der heutigen Auflage einen Prospekt, betr. Denkschrift zur Begründung einer deutschen Volkshochschule, beigegeben, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen. Die Denkschrift wird im nächsten Heft unserer Zeitschrift eingehend gewürdigt werden.


**Wer fremde Sprachen**

lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der

**Methode Gaspey-Otto-Sauer.**

Man verlange ausführliche Prospekte von

**Julius Groos, Verlag, Heidelberg.**



**Deutsche Aufklärungsschriften für Heer und Volk**

**U-Boot — Englands Tod!**

Von

**Leonhard Steinwäger**

Mit 5 farbigen Bildern von **Arpad Schmidhammer** und 80 graphischen Darstellungen

26.—30. Tausend. Geheftet M. 1.—*)

**Das Büchlein, das das gesamte Tatsachenmaterial in einwandfreier Weise zur Darstellung bringt, zeigt, daß der Zusammenbruch Englands nur noch eine Frage weniger Monate ist.**

**Deutschlands Zukunft**

**bei einem guten u. bei einem schlechten Frieden**

Statistische Tatsachen zur Stärkung des Siegeswillens

Unter Mitwirkung von

Bezirksamtsassessor K. A. Fischer, Privat-Dozent Dr. B. Goßner, Geheimrat M. v. Gruber und Dr. E. Keup

Herausgegeben von **J. F. Lehmann**

201.—225. Tausend. Preis M. 1.—*)

Das Buch enthält eine klare Zusammenlegung alles dessen, was für die Gestaltung Deutschlands in Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung ist.

**Zum deutschen Kriegsziel**

Eine Flugschrift von **H. Claß**

Mit einer farbigen Karte

31.—35. Tausend. Preis M. 1.—*)

Vor mehr als 3 Jahren geschrieben, hat das Buch, das lange verboten war und erst 1917 verbreitet werden durfte, noch volle Gültigkeit, – ja es ist heute, wo der Kampf um das Kriegsziel auf der ganzen Linie entbrannt ist, zeitgemäßer denn je. Hier wird ein Kriegsziel geboten, schlicht, klar und groß, die ganze Nation durch die Wucht der Tatsachen in seinen Bann zwingend, zum größten und letzten Kampf begeisternd und einend. Höchste Pflicht eines jeden Deutschen ist, das Werk verbreiten zu helfen. Familie, Schule, Fabrik und Heer müssen gleichzeitig von diesem Geist durchdrungen werden.

*) Partiepreise: Bei Bezug von 100 Stück je 80 Pfg., von 300 Stück je 70 Pfg., von 500 Stück je 60 Pfg., von 1000 Stück je 50 Pfg. Partien werden von den oben angekündigten drei Büchern auch gemischt geliefert.

J. F. Lehmann's Verlag, München, Paul Heyse-Str. 26

# Die Deutsche Zeitung

## das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

**Bezugsbedingungen:** **Durch die Post** M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

**Kreuzbandversand:** Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.– (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

**Feldpostbezug:** M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

**Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12**



Vornehme und gehaltvolle Geschenkwerke sind:

## Der Briefwechsel zwischen Paul Heyse und Theodor Storm

Herausgegeben und erläutert von **Georg J. Plotke**

Vollständig in zwei Bänden. Mit 4 Bildnissen in Kupfertiefdruck. 1. Band 1854—1881

Geheftet M. 5.50, gebunden M. 7.—

Der erste Band umfaßt die schaffensfreudigsten Jahre Paul Heyses, in denen seine hauptsächlichsten Dichtungen sowie Storms Altersernten reiften. Es bietet höchsten Genuß und ist reizvoll zu verfolgen, wie sich die Beziehungen zwischen Storm und Heyse immer mehr verinnerlichen, bis die Dichter jede künstlerische und persönliche Frage miteinander besprechen. Der Briefwechsel zeigt uns so recht das unvergeßliche liebenswürdige Bild Storms, und Heyses Charakter- und Lebensbild tritt uns hier zum erstenmal unvergeßlich entgegen. Darüber hinaus weitet sich der Briefwechsel zu einem reichen Kulturbild jener siebziger und achtziger Jahre mit ihrem vollen geistigen Dasein.

Band II erscheint 1918.

## Der Briefwechsel von Jacob Burckhardt und Paul Heyse

Herausgegeben von **Erich Petzet**

Mit 2 Bildnissen in Kupfertiefdruck. — Preis geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.—

„Die treffliche Einleitung und die fesselnden Anmerkungen des Herausgebers erläutern das Freundesverhältnis vollends. Schön ausgestattet, mit vier Bildnissen geschmückt, ist das Buch eben eines, wie wir es in heutigen Tagen bedürfen, und recht geschaffen dazu, ein Hausbuch des deutschen Volkes zu werden." (Münchner Neueste Nachrichten.)

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße 26**

# Wer einen Angehörigen im Felde hat,

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme und Verdun. Apparat mit 50 Bildern komplett M. 6.50 einschl. Porto. Versand gegen Nachnahme. Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

**Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.**

kostenlos zugesandt wird.

---

*Brüstleidende!*

*Eine Erlösung für Jeden ist unser*

**Spranzband**

*Deutsches Reichs-Patent.*

*Ausl.-Patent angem.*

*Ohne Feder, Ohne Gummiband, Ohne Schenkelriemen.*

*Konkurrenzlos dastehend! — Verlangen Sie gratis Prospekt.*

*Die Erfinder: Gebr. Spranz Unterkochen (Württemb.) No 214*

---

**Hakenkreuz-Schmuck!**

Silbernes Hakenkreuz als Anhänger M. 3.—. Silberkettchen dazu M. 3.50.

Zum Julfeste bringen wir eine feine Zusammenstellung von **Broschen, Fibeln, Anhängern** und **Busennadeln** nach Entwürfen von **Walter Schulte** vom **Brühl** und andern Künstlern. — Werbeblatt Hakenkreuz frei. — Neu erschienen ist die Schrift **„Runenschmuck"** mit über 300 Entwürfen und Deutungen, sie kostet 60 Pfg. postfrei.

**Haus Eklöh, Lüdenscheid**

Kunstgewerbl. Werkstätten f. deutschvölkischen Schmuck u. Abzeichen

---

**Anzeigen für das Aprilheft**

**werden bis spätestens 15. März 1918 erbeten.**

Geschäftsstelle der Monatsschrift **Deutschlands Erneuerung** München, Paul Heyse-Straße 26

---

*Deutscher Anker*

*Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.*

*in Berlin W 9, Eichhornstr. 9*

*Kriegs- Lebensversicherung*

---

**Rassenfragen**

des Weltkrieges von Prof. J. Helmke (auch zur Einführung in die Rassenfragen). Preis 1.20 53 Sis-Verlag in Zeitz

---

**Militär-techn. Instrumente**

Kgl. Bayer. Hofl. Heuberger, Bayreuth. Illustrierter Spezial-Katalog kostenfrei

---

# Die Ostjudenfrage

**Zionismus und Grenzschluß**

Von **Georg Fritz**

Kais. Geh. Regierungsrat

Viertes bis sechstes Tausend

Preis M. 1.—

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2**

---

# Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine!

Hervorragende Bezugsquelle

**Fritz Weitzel,** Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

---

# „Auf Vorposten"

Diese Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V. beleuchtet von hoher Warte aus die Wege, auf welchen die **internationalen Geheimbünde der Freimaurer und der Juden** unter Führung **des internationalen Großkapitals** zur Weltherrschaft gelangen wollen. Über den Einfluß dieser Geheimbünde auf die Vorgeschichte des Weltkrieges, auf die Verhetzung der Kulturvölker, auf die Umsturzbewegung und auf die Bestrebungen zur Erzielung eines faulen Friedens müßte jeder deutsche Mann sich baldigst belehren. Die

**Aufsätze über die Freimaurerei**

sollten auch in solchen Kreisen beachtet werden, die über die Judenfrage bereits genügend unterrichtet sind. Geben sie doch an Hand von unwiderleglichen Urkunden den Schlüssel zu den vielen sonst ganz unverständlichen Geschehnissen der Weltgeschichte.

Vierteljahrspreis der Zeitschrift 1.50 M.; Probehefte 50 Pfg.

Bestellung durch Postanstalt, Buchhändler oder **„Verlag Auf Vorposten", Charlottenburg 4**

# Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

## Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

**Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.**

**Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.**

## Sanatorium Dr. Dornblüth

**WIESBADEN**

Erhöhte Lage am Wald . . . . . Auskunft kostenlos

## Landerziehungsheim im Taunus.

### Institut von Puttkamer

**Friedrichsdorf i. T.**

Unterricht d. 10klass. höh. Mädchenschule nach dem Plan des Lyzeums. Christl. Hausordg., kl. Klass., indiv. Behandlung. Vorbereitung z. Sprachlehr.-Ex. Fortbildung in Wissensch., Sprachen usw. Koch- und Haushaltungsunterricht. Unterricht in Gartenbau, Obst- und Gemüseverwertung.

## Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München. 634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Tradition riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2**

## Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gediegenen Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

**Jugendsanatorium** in Verbindung mit Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

**Zweiganstalt in Herchen a. d. Sieg** in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor **Prof. O. Kühne** in Godesberg a. Rh.

## Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

**Jugendheim Heidelberg**

Leiter: Dr. Crom. Arzt: Prof. Dr. Marc

## Aschaffenburg a. Main

### Pensionat Spessartblick

Höhere Mädchenschule. ✧ Neuzeitlich einger. Haus. ✧ Wissenschaftl., kaufm., hauswirtsch., gesellsch. Ausbildung. Trotz des Krieges gute Verpflegung. Prosp. u. Referenzen d. d. Direktion

## Hessische Handels-Lehranstalt

**Rheinstraße 6 DARMSTADT Fernspr. 923**

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

## Wald-Pädagogium Bad Berka i/Th.

pflegt nach Godesberger Art.

Gesundheit, tüchtiges Wissen, Kunst und Handarbeit.

*Eingehendste Erziehung in Familienhäusern.*

Auch Zarte gedeihen vortrefflich.

*80 Morgen Land und eigene Viehzucht sichern die Verpflegung.*

Realschule · Gymnasium · Realgymnasium

**MILCH** vollkommen entbehrlich zum Joghurtgenuß. Joghurt-Tabletten gestatten jederzeit u. ohne Berufsstörung den Joghurtgenuß. Joghurt tötet, wie die ärztl. Wissenschaft nachgewiesen hat, die bakteriellen Darmgifte; verhütet Blinddarmentzündung und Unterleibsleiden; fördert die Heilung bei allen Stoffwechsel- und Darmkrankheiten. Joghurt ist ein seit Jahrzehnten erprobtes Vorbeugungs- u. Heilmittel; ein hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel. Drucksachen u. ärztl. Gutacht. kostenl. Joghurt-Tabletten, 1 Schachtel = 100 St. M. 5.— Joghurt-Lecithin-Tabletten, 1 Schachtel = 100 St. M. 7.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

**Hubertushof D. E. Hohenpeißenberg**, Bayer. Hochl.

## Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.) Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

**Frau Frieda Hoeke-Kriele.**

**Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen**

# Wie werde ich leistungsfähiger?

Von der Leistungsfähigkeit des einzelnen hängt sein Erfolg im Leben ab. Der Leistungsfähigere wird immer den Vorsprung vor den weniger Leistungsfähigen haben. Ist er selbständig, so wird er seine Konkurrenten überholen durch neue Art des Vertriebes, der Organisation, der Reklame usw. Er wird darauf bedacht sein, sein Personal zu weiterer Ausbildung zu ermuntern, um es so möglichst leistungsfähig zu machen. Der Prinzipal, der immer Angst hat, das Interesse der Angestellten würde durch Weiterbildung vom Geschäft abgelenkt, ist kein Geschäftsmann, denn sein Personal kann nie zu leistungsfähig sein. Eine Uhr, bei der nur das Triebrad von Stahl, die andern aber von Blei sind, wird weder präzise, noch wird sie lange gehen! Ein Angestellter, der dem Prinzipal eine gute Idee bringt, wie er sein Geschäft weiter heben kann, ist mehr wert als ein Dutzend anderer, die ihre Arbeit schablonenmäßig verrichten. Ein Geschäft, von dessen Personal jeder einzelne auf dem Höhepunkt der Leistungsfähigkeit steht, muß naturgemäß alle anderen überholen. Und so ist es auch im Staat. Von der Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen hängt die Größe der Nation ab. Säumen Sie deshalb keinen Augenblick, an der Steigerung Ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu arbeiten. Die beste Anleitung hierzu bietet Ihnen Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Ein paar Auszüge aus Zeugnissen: „Ich verdanke Ihrer Geistesschulung eine gewaltige Stärkung meines Willens und Gedächtnisses . . . A. M." — „Man wird durch Ihre Geistesschulung ein ganz anderer Mensch. Es ist eben eine ganze Lebensweisheit darin niedergelegt. P. W." — „Es sind mir die Tore geöffnet worden und der Weg zum richtigen Fortschritt im Leben gegen früher um das Hundertfache gebessert. R. W." — „Die gesamte Ausbildung gibt einem jungen Manne eine große Sicherheit und Selbstvertrauen, und nur mit Hilfe Ihrer Lehre war es mir möglich, so schnell eine sichere Stellung zu erlangen. O. F." — „Ich bin durch Ihre Lehre um ‚vieles' reicher geworden, an Körper und Geist. A. Sch." — „Ein unschätzbarer Reichtum an Lehren und Mitteln sind in dem Werke vereinigt, welche bei gewissenhafter Beachtung infolge der Einfachheit und Leichtfaßlichkeit selbst dem Mindestbegabten zu einem erfreulichen Erfolg verhelfen werden. K. Z." — „Poehlmanns Geistesschulung ist keine graue Theorie, die eben dort versagt, wo man ihrer am dringendsten bedarf, sondern sie ist herausgeboren aus dem Leben, selbst lebendig und muß neues Leben erzeugen. Möchten alle, die das tiefe Sehnen in sich tragen, äußerlich und innerlich vorwärtszukommen, zu dieser Lehre greifen, sie ist wahrhaftig ein Weg zum Erfolg. W. F. R."

Verlangen Sie heute Prospekt (kostenlos) von

**L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München C 12**



Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

. Jahrg. Heft 4 April 1918

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Baltisches Dankgebet .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Leopold v. Schroeder
Weltbürgertum einst und jetzt .. .. .. Generalleutn. Frhr. v. Freytag-Loringhoven
Parlamentarische Entartung der Staatsgewalt im alten Deutschen Reich und ihre Aussichten bei uns .. .. .. .. .. .. .. .. .. Prof. Dr. Erich Jung
Die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern nach dem Kriege .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Kreisbaumeister Utsch
Der Geburtenrückgang und seine treibenden Kräfte .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Oldenberg
Was ist Rassenhygiene? .. .. .. .. .. .. .. .. .. Herm. Werner Siemens
Zur Psychologie der Balten .. .. Prof. Dr. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven
Bild der Lage – Bücherschau .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Preis: Vierteljährlich M. 5.– By Einzelheft M. 1.8

Eine zeitgemäße Schrift.

**Politik und Moral**

Von Prof. Dr. Franz Sawicki

Preis M. 1.60 — Jeder, der an den Geschehnissen dieser Weltenwende Anteil nimmt, sollte diese Schrift gelesen haben. Sie ist ein Wegweiser, der vielen politisch. Wanderern den rechten Weg zeigen kann.

Ferdinand Schöninghs Verlag, Paderborn.

**Neukulturbund**

sucht idealgesinnte Mitglieder. Aufruf und Programm frei durch

Schließfach 25, Berlin W 9.

**Neue Kataloge!**

Nr. 8. Seltene und wertvolle Bücher
Nr. 9. 1000 Porträts in Kupferstich, Lithogr. aus 5 Jahrhunderten
Nr. 10. Ornamentstiche, Veduten

Kostenfrei nur an ernste Käufer

**Ernst Dannappel,** Antiquariat
**Dresden-Blasewitz,** Berggartenstraße 33

Soeben ist erschienen der neue Jahrgang vom

# Taschenbuch der Kriegsflotten

XIX. Jahrgang 1918. — Mit teilweiser Benutzung amtlicher Quellen

Herausgegeben von Kapitänleutnant **B. Weyer**

Mit über 1000 Schiffsbildern, Skizzen und Schattenrissen
Preis gebunden 6 Mark und 20% Teuerungszuschlag

**Der beste Berater in allen Flottenfragen!**

Die neue Ausgabe bringt die bis Ende Januar 1918 richtig gestellten Flottenlisten der fremden Staaten, die allein 220 neue Schiffsnamen, hauptsächlich solche von Neubauten der englischen, französischen und amerikanischen Kriegsmarine, enthalten. Das Verzeichnis der feindlichen Kriegsschiffsverluste ist in neuer Form und sehr übersichtlich aufgestellt und konnte Dank der rastlosen Tätigkeit unserer U-Boote um 72 Schiffe vermehrt werden. Die Seekriegschronik und die feindlichen und neutralen Handelsschiffsverluste sind bis Ende Januar 1918 vervollständigt. Das Verzeichnis der Kriegsschiffe weist fast 800 neue Namen auf.

# U-Boot — Englands Tod!

Von **L. Steinwäger**

Mit 4 farbigen Bildern von Arpad Schmidhammer und 80 graphischen Darstellungen
26.—30. Tausend — Geheftet M. 1.—

**Die klarste, überzeugendste Darstellung der unerbittlichen, unabwendbaren Wirkung des U-Boot-Krieges, dem England erliegen muß.**

J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Str. 26

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg

Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München

Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 4 | April


Inhalt:


| | |
|---|---|
| Baltisches Dankgebet (S. 233) .. .. .. .. .. .. .. | Leopold v. Schroeder |
| Weltbürgertum einst und jetzt (S. 235) .. .. .. .. .. | Generalleutn. Frhr. v. Freytag-Loringhoven |
| Parlamentarische Entartung der Staatsgewalt im alten Deutschen Reich und ihre Aussichten bei uns (S. 239) | Dr. Erich Jung |
| Die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern nach dem Kriege (S. 255) .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. | Kreisbaumeister Utsch |
| Der Geburtenrückgang und seine treibenden Kräfte (S. 264) | Geh. Rg.-Rat Prof. Dr. Oldenberg |
| Was ist Rassenhygiene? (S. 280) .. .. .. .. .. .. .. | Hermann Werner Siemens |
| Zur Psychologie der Balten (S. 283) .. .. .. .. .. .. | Prof. Dr. Freiherr v. Freytagh-Loringhoven |
| Bild der Lage (S. 291) — Bücherschau (S. 302) .. .. | Dr. Erich Kühn |


# Baltisches Dankgebet.

Nun ist das große Wunder geschehʼn,
Erhört ist unser Bitten und Flehʼn;
Das dunkle Schicksal hat sich gewandt —
Gerettet, gerettet das Baltenland!
Alldeutschland breitet die Flügel aus,
Das verlorene Kind ist wieder zu haus!
Ehre sei Gott in der Höhe!

Nun wird sie erbauet, neu und stark,
Im Osten da oben, die nordische Mark;
Alldeutschland ringt sich von dort bis zum Rhein
In seine alten Grenzen hinein;
Von Flandern bis an den Peipusstrand,
So grüßen wir dich, du deutsches Land!
Ehre sei Gott in der Höhe!

Die klugen Zweifler, die zage Zunft,
Mit ihrer neunmalweisen Vernunft,
Sie blieben im Unrecht — der Glaube siegt,
Der mit starkem Flügel aufwärts fliegt,
Der in Nacht und Nöten auf Gott vertraut,
Auf den Herrn allein seine Hoffnung baut —
Ehre sei Gott in der Höhe!

Der Herr hat Großes an uns getan!
Dies Freudenlied, nun stimmen wir's an.
Wir gehen umher, den Träumenden gleich,
An neuer, seliger Hoffnung reich;
Wir sehen Wunder auf Wunder geschehn,
Den Geist des Herrn, wir fühlen ihn wehn —
Ehre sei Gott in der Höhe!

So kommt denn alle, anbetend zu knien,
Dem Herrn zu danken, zu preisen Ihn!
Kommt, lernet es neu, auf Gott vertraun,
Auf Ihn als unseren Retter schaun.
Empor die Herzen, die Hände empor,
Und jauchzet es alle in jubelndem Chor:
Ehre sei Gott in der Höhe!

Wien, im März 1918.

Leopold v. Schroeder.

# Weltbürgertum einst und jetzt.

## Von Generalleutnant Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Dr. h. c. der Universität Berlin.

Im Verlauf der Geschichte finden sich häufig Wiederholungen, so sehr auch Ursache und begleitende Umstände in jedem einzelnen Falle voneinander abweichen mögen. Völlig zutreffend äußert Professor Walter Goetz (Die Bedeutung von Persönlichkeit und Gemeinschaft in der Geschichte. Vortrag, Leipzig 1918): „Die Geschichte ist nicht Lehrmeisterin für unsere einzelnen Handlungen; sie soll auch nicht nur Begeisterung wecken, wie Goethe meinte, sondern sie soll uns geschichtliches Gefühl geben und damit ein Kulturelement von höchster Bedeutung, denn es gibt uns Einsicht in alles Menschliche, Milde, Besonnenheit, Überlegenheit und Blick in das Weite." Leider ist von diesen Auswirkungen der Geschichte heute unter den Gebildeten unseres Volkes recht wenig zu spüren. Gar zu leicht läßt man sich von den Strömungen des Tages hinreißen. In weitestem Maße unterliegt die Menschheit suggestiver Beeinflussung, und doch sollte gerade in dieser Beziehung der Gebildete über der Masse stehen und stets befähigt sein, auch in verwickelten Lagen sich ein ruhiges Urteil zu bewahren. Schlagworte beherrschen die Zeit und tragen dazu bei, vielen Dingen einen Begriff unterzuschieben, der ihnen an und für sich keineswegs eigen ist.

Anders ist es nicht zu verstehen, daß wo das Wort „Machtpolitik" fällt, manche sofort ängstlich vor einer solchen warnen zu müssen glauben, und doch stehen wir noch immer mitten in dem größten Kriege, den die Welt je gesehen hat, in einem Kampf gegen Feinde, die ihrerseits entschlossen sind, alle und jede Macht gegen uns anzuwenden. Besäßen weitere Kreise bei uns mehr „geschichtliches Gefühl", mehr „Überlegenheit und Blick in das Weite", wir würden sicherer zu unterscheiden wissen zwischen falscher Anwendung der Macht und berechtigter, gesunder Machtäußerung eines siegreichen großen Staates. Wir würden alsdann die Freude erleben, unser Volk einheitlich berechtigten und doch zugleich maßvollen Kriegszielen zustreben, statt in ihm immer wieder weltbürgerliche und pazifistische Strömungen aufkommen zu sehen. Mögen diese selbst edlen Beweggründen entspringen, augenblicklich tragen sie nur dazu bei, das Völkermorden, gegen das sie sich richten, zu verlängern. Hätten unsere Heere nicht siegreich gefochten, und wäre nicht dank ihrem Heldenmut die Heimat bis auf geringe Teile dauernd vor dem Feinde beschützt geblieben, könnten derartige Bestrebungen in Deutschland sich gar nicht zeigen. Die gedeihen immer dort am besten, wo man sich in sicherer Hut weiß. Darum bilden auch kleine, neutrale Länder einen so günstigen Nährboden für pazifistische Schwärmereien. In solchen liegt, um mit Treitschke zu sprechen (Deutsche Geschichte Bd. III, 3. Buch, 5. Abschn.), wie „in allen groben menschlichen Verirrungen ein weltbürgerlicher Zug". Denen, die eine gesunde Machtpolitik für untrennbar vom Wesen des Staates halten, mag zum Trost gereichen, daß es von jeher so gewesen ist, daß gerade, wenn die Welt in Waffen starrte, sich gleichzeitig pazifistische Strömungen hervordrängten.

Der berüchtigte Vertrag von Schönbrunn vom 15. Dezember 1805, demzufolge Preußen ohne scharfen Schwertschlag sich vor Napoleon demütigte und sich moralisch in Abhängigkeit von ihm begab, ist von der damaligen öffentlichen Meinung keines-

wegs allgemein als eine Schmach empfunden worden. Das Geschlecht jener Tage hatte seit dem Frieden von Basel zehn Jahre vom Kriege unberührt in Sicherheit gelebt und allmählich den Sinn für die eigentlichen Daseinsmöglichkeiten des Staates verloren, und doch war es der Staat Friedrichs des Großen! „In der Masse des Volkes," schreibt Feldmarschall Freiherr v. der Goltz (Von Roßbach bis Jena und Auerstädt), „sowohl wie in den Kreisen der Gebildeten pries man die Weisheit, die den Krieg noch einmal zu vermeiden gewußt hatte, und glaubte darin den Triumph diplomatischer Geschicklichkeit zu erkennen." Man philosophierte in Deutschland zu jener Zeit mit Vorliebe über die Abschaffung der stehenden Heere und über die Möglichkeit baldiger Herbeiführung einer Zeit des ewigen Friedens. Ein halbes Jahr vor Ulm und Trafalgar hatten die „Berlinischen Nachrichten" geschrieben: „Noch nie war eine Epoche im Zusammenhange aller Umstände mehr geeignet, dieses große, die Menschheit beglückende Projekt zu realisieren als die jetzige."

Aus den glänzenden Studien Friedrich Meineckes „Weltbürgertum und Nationalstaat" gewinnen wir einiges Verständnis für die Erscheinungen jener Zeit, von der er sagt: „Das geistige Neuland, um das doch auch, wie der Nachlebende leicht erkennt, in eben diesen Kriegen schon gestritten wurde, war noch verdeckt durch den Staub des Kampfes. Der politische Boden aber des eigenen Vaterlandes taugte noch zu wenig für die hohen Ideale, denen man diente. Da war es begreiflich, daß Novalis und Schlegel, wenn sie über einen wünschenswerten politischen Zustand der europäischen Menschheit nachsannen, ihren geistigen Universalismus in politischen Universalismus umsetzten und von Völkerfrieden, Völkerbund, Völkerstaat und Weltrepublik träumten." Auch Stein, Wilhelm v. Humboldt, ja zeitweilig sogar Gneisenau, sind weltbürgerliche Gedanken nicht fremd gewesen. Sie erklären sich bei ihnen wesentlich dadurch, daß der deutsch-nationale Gedanke vor dem der Niederwerfung Napoleons durch die Macht des geeinten Europas zurücktrat. „Daß auch Preußen eigenes neues Leben in sich habe," schreibt Meinecke, „wußten Stein und Gneisenau damals (Anfang 1813) nicht, obwohl sie es doch selbst ihm mitgegeben hatten." Beide haben es freudig anerkannt, und Gneisenau ist wieder zurückgekehrt zum preußischen Nationalstaate. Der Soldat offenbarte hier mehr Wirklichkeitssinn als der Staatsmann, sagt doch Meinecke von Stein: „Daß der Staat in erster Linie Macht und eine sich nach ihren eigenen Trieben bewegende Macht ist, hat er nicht gelten lassen wollen." Humboldt dagegen „drang weit tiefer in das Wesen des nationalen Machtstaates ein", urteilt Meinecke im Anschluß an die von ihm angeführten schönen Worte Humboldts vom Dezember 1813: „Wenn man über den zukünftigen Zustand Deutschlands redet, muß man sich wohl hüten, bei dem beschränkten Gesichtspunkte stehen zu bleiben, Deutschland gegen Frankreich sichern zu wollen. Wenn auch in der Tat der Selbständigkeit Deutschlands nur von dorther Gefahr droht, so darf ein so einseitiger Gesichtspunkt nie zur Richtschnur bei der Grundlegung zu einem dauernd wohltätigen Zustand für eine große Nation dienen. Deutschland muß frei und stark sein, nicht bloß damit es sich gegen diesen oder jenen Nachbarn oder überhaupt gegen jeden Feind verteidigen könne, sondern deswegen, weil nur eine auch nach außen hin starke Nation den Geist in sich bewahrt, aus dem auch alle Regungen im Innern strömen; es muß frei und stark sein, um das, auch wenn es nie einer Prüfung ausgesetzt würde, notwendige Selbstgefühl zu nähren, seiner Nationalentwicklung ruhig und ungestört nachzugehen und die wohltätige Stelle, die es in der Mitte der europäischen Nationen für dieselben einnimmt, dauernd behaupten zu können."

So gelangte dieser universal gerichtete Geist angesichts der großen kriegerischen Leistungen des preußischen Volkes in Waffen zu Anschauungen, die noch heute Gültigkeit haben. Bis sie durchdrangen, sollten indessen noch Jahrzehnte vergehen. Die Zeit nach den Befreiungskriegen ist erfüllt von Bestrebungen nach zwischenstaatlicher Verbrüderung der Völker und Sicherung des Weltfriedens mit ihrer Hilfe. Nichts anderes bezweckte die „Heilige Allianz" der drei Ostmächte, der auch Frankreich beitrat. „Indessen zeigte sich bald," wie Treitschke hervorhebt (Deutsche Geschichte, Bd. II, 2. Buch, 4. und 8. Abschn.), „daß die Selbständigkeit der modernen Staaten eine so innige Gemeinschaft, wie sie der Vierbund begründet hatte, auf die Dauer nicht ertragen konnte. Der alte Gegensatz der russischen und der österreichisch-englischen Politik trat immer wieder zutage. ... Jenes Traumbild des ewigen Friedens, das die ermattete Welt beherrschte, sollte durch das gemeinsame Protektorat der Großmächte eingeführt werden und die europäische Union in regelmäßig wiederkehrenden Zusammenkünften der Monarchen eine ständige Zentralgewalt erhalten." England, das der Form nach außerhalb der Heiligen Allianz blieb, ihrer Richtung aber eine Zeitlang folgte, hat sich von dieser als von einer lästigen Fessel sehr bald losgesagt, und mit Beginn der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte es mit der Einigkeit in der europäischen Politik ein Ende.

In solchen zwischenstaatlichen Ausgleichsbestrebungen bewegte sich damals übrigens nicht nur die Politik Metternichs. Die von ihr so bitter bekämpfte Demokratie huldigte ihnen nicht minder, nur daß ihre Auffassungen als Fortwirkung der französischen Revolution und ihrer Lehren von einer Verbrüderung aller freien Völker anzusehen sind. Solche Gedanken fanden namentlich in Süddeutschland einen günstigen Nährboden, wiewohl gerade dieses von den Einfällen der revolutionären Befreier am meisten zu leiden gehabt hatte. Die Völkerbeglückungstheorie verquickte sich dort mit Abrüstungsgedanken und Anfeindung der stehenden Heere. Man huldigte derartigen Vorstellungen bereits, ehe Napoleon gestürzt war, und während die verbündeten Heere noch in Frankreich fochten. Erscheint es allenfalls begreiflich, daß in den süddeutschen Staaten, deren Kontingente ihre ruhmvollsten militärischen Erinnerungen als Rheinbundstruppen unter Napoleon erworben hatten, derartige Bestrebungen um sich griffen, so ist doch auch Preußen ungeachtet seiner stolzen Erinnerungen an den Befreiungskrieg nicht von ihnen frei geblieben. Gerade hier, sollte man meinen, hätte als Ergebnis eines Kampfes um das Dasein des Staates jedem nüchtern Denkenden die Aufrechterhaltung eines ansehnlichen Heeres und die Betätigung einer gesunden Machtpolitik als eine Selbstverständlichkeit erscheinen müssen. Dennoch finden wir in Preußen lange Zeit bis in die höchsten Beamten hinein dafür auffallend geringes Verständnis.

Später hat dann der unklare Idealismus Friedrich Wilhelms IV. und ihm nahestehender Kreise dazu beigetragen, die preußische Politik zu schwächen. Der geistreiche König fiel in mehr als einer Hinsicht zurück in den Gedankenkreis der Romantiker. Ihm schwebte „das Ideal eines großen Bündnisses aller europäischen Staaten vor mit dem deutlich vorgezeichneten Zwecke, gegen jeden Anspruch, jeden Friedensbruch die gemeinsamen Kräfte zu kehren". (Aus Radowitz, Aufzeichnungen 1840/41. Angef. bei Meinecke, Weltbürgertum, S. 271.)

Dasselbe Ideal hegen die heutigen Pazifisten. Bedenkt man, daß die preußische Politik jener Jahre durch eine haltlose Schwäche gekennzeichnet ist, daß hingegen unter König Wilhelm I. sich offenbarte, welcher Kraftleistung dieser Staat fähig war, sobald ein Bismarck in sein Getriebe eingriff, so kann nicht zweifelhaft sein, in welcher

Richtung die Aufwärtsbewegung eines großen Staates zu ſuchen iſt. So ſagt denn mit Recht Meinecke, wenn er auch bei uns Reformen im einzelnen für notwendig hält, in dem 1917 geſchriebenen Nachwort zu ſeinem „Weltbürgertum“: „Das wichtigſte Motiv für die Erhaltung des preußiſchen Syſtems war das machtpolitiſche. Die Bedürfniſſe der Machtpolitik werden auch in Zukunft das Verfaſſungsleben des Deutſchen Reiches im letzten Grunde beſtimmen, und der preußiſche Militarismus, um deſſenwillen ſich das preußiſche Syſtem im Innern hat erhalten können, wird auch in Zukunft unſere Wehr und Waffe in der Welt ſein müſſen.“ Wenn nach dem Fürſten Bülow (Deutſche Politik) der Deutſche zu allen Zeiten gern und mit Bewußtſein ein Stück Weltbürger geweſen iſt, ſo gilt es um ſo mehr gerade jetzt die Mahnung zu beachten, die er daran knüpft, wenn er ſchreibt: „Das deutſche weltbürgerliche Ideal iſt uns politiſch, vor allem in der auswärtigen Politik oft, ſehr oft verhängnisvoll geweſen.“

# Aufruf!

Während im Oſten die Morgenröte des Friedens heraufdämmert, wollen unſere verblendeten weſtlichen Gegner die Hand zum Frieden noch nicht reichen. Sie wähnen noch immer, uns mit Waffengewalt zu Boden ringen zu können. Sie werden erkennen müſſen, daß das deutſche Schwert die alte Schärfe beſitzt, daß unſer braves Heer unwiderſtehlich im Angriff, unerſchütterlich in der Verteidigung, niemals geſchlagen werden kann. Von neuem ruft das Vaterland und fordert die Mittel von uns, die Schlagfertigkeit des Heeres auf der bisherigen ſtolzen Höhe zu halten. Wenn alle helfen, Stadt und Land, reich und arm, groß und klein, dann wird auch die 8. Kriegsanleihe ſich würdig den bisherigen Geldſiegen anreihen, dann wird ſie wiederum werden zu einer echten rechten deutſchen Volksanleihe.

Verband der Fachpreſſe Deutſchlands E. V.
Schützt Induſtrie Handel und Gewerbe
Zeichnet Kriegsanleihe
Vereinigt 1000 Fachzeitſchriften.

# Parlamentarische Entartung der Staatsgewalt im alten Deutschen Reich und ihre Aussichten bei uns.

Von Dr. Erich Jung,
Professor der Rechte an der Kaiser-Wilhelm-Universität in Straßburg.

## I.

Eduard Winkelmann schreibt in seiner Allgemeinen Verfassungsgeschichte, herausgegeben von Alfred Winkelmann, 1901, S. 265, folgendes über die verschiedenen europäischen Verfassungen: „Die Grundbestandteile der Verfassungen waren in Deutschland, England und Frankreich die gleichen. Aber in Frankreich siegte das unbeschränkte Königtum, in Deutschland die Stände; während es in England zu einem gewissen Gleichgewicht kam zwischen einem starken Königtum und den Ständen, dem Parlament[1])." Die Stände in Deutschland, das war der Regensburger Reichstag; die 266 Landesherrschaften.

Deutschland ist schon einmal durch den Übergang der staatlichen Macht auf die Stände, d. h. durch Parlamentarismus, als Staat zugrunde gegangen; und es war nahe daran, daß dabei auch das deutsche Volkstum völlig erlegen wäre. Die Macht der Reichsstände hatte im alten deutschen Reich die Gewalt des Reichs und des Kaisers immer mehr beschränkt und schließlich bis zu einem Schein und Schatten verflüchtigt. Übrigens nicht ohne eifrige Mitwirkung der ausländischen Machthaber zur Förderung und Erhaltung „der deutschen Libertät", d. h. der Macht der Stände gegenüber der Krone — die Frankreich, nebenbei bemerkt, bei sich zu Hause fast völlig beseitigt hatte zugunsten unbeschränkter Machtbefugnisse der Krone.

Wie damals die deutsche Libertät, so befördern jetzt alle Feinde Deutschlands die Einführung und Befestigung der „parlamentarischen Freiheit" bei den Deutschen mit allen Mitteln.

Die Aufzehrung der Reichsgewalt durch die „Libertät", die etwa 1648 vollendet ist, kostete das deutsche Volk den Verlust seiner wirtschaftlichen und staatlichen Vormachtstellung in Europa. „Das deutsche Königtum war schon ein Band zwischen den deutschen Stämmen, und es erscheint stark und geeint, wenn man es mit Frankreich unter Hugo Capet oder England unter Athelred II. vergleicht", schreibt der englische Geschichtschreiber und Staatsmann James Bryce in seinem Buch über das Heilige Römische Reich. Dietrich Schäfer schreibt in seiner Kolonialgeschichte, S. 193: „Am Ausgang des Mittelalters waren Italiener und Deutsche wirtschaftlich die entwickeltsten Völker Europas." Wie furchtbar hatte sich diese Stellung Deutschlands ein paar Jahrhunderte später politisch und wirtschaftlich gewendet.

Alle andern zu dem allgemeinen Niedergang mitwirkenden Ursachen waren doch schließlich untergeordnet gegenüber dem Verlust der staatlichen Macht an die Reichsstände, das heißt an das Parlament. Die Volkskraft und selbst die wirtschaftliche Kraft war bis zum Dreißigjährigen Kriege doch immer noch, trotz allen schon vorher zutage getretenen Rückgangs, derart, daß es nur ihrer Zusammenfassung be-

[1]) Die Grundgedanken des englischen Gemeinwesens stammen natürlich aus dem deutschen Mutterland; vgl. Montesquieu, Geist der Gesetze, Buch 11, Abschn. 6, Kap. 6; Guizot, Geschichte der europäischen Zivilisation, Abschn. 2; vgl. auch Gibbon, Kingsley.

durft hätte, um die bis zum Dreißigjährigen Kriege immer noch weitaus stärkste europäische Nation wenigstens in ihren Daseinsbedingungen zu sichern. Der Dreißigjährige Krieg freilich brachte dann die deutsche Gesamtbevölkerung von siebzehn auf fünf Millionen herunter; an seinem Ende waren alle deutschen Strommündungen in der Hand fremder Mächte. Diese Veränderungen — die dem Gedächtnis des deutschen Volkes gar nicht genug eingehämmert werden können — schufen erst die Möglichkeit, daß die Könige von Frankreich und England mit Deutschland in die Schranken treten konnten; ja, daß sie es nun, in den französischen Raubkriegen, im Spanischen Erbfolgekrieg und zum Teil auch im Siebenjährigen Krieg zum Schauplatz ihrer Kämpfe und zum leidenden Gegenstand ihrer Machtbestrebungen machen konnten, während sie früher nicht daran denken konnten, sich mit der deutschen Weltmacht, mit der Weltmacht der Christenheit während des ganzen Mittelalters, zu vergleichen. Der deutsche Kaiser war „zum erwählten Oberhaupt einer erlauchten Republik" geworden, nach dem Ausdruck Friedrichs des Großen.

Daß sich aus den Gliedern dieser Republik wieder Staatsgewalten entwickelt haben, darf den Ursprung aus einer Vertretung der Regierten nicht verhüllen. Und diese Machtverschiebung zuungunsten der Reichsgewalt, zugunsten der vielköpfigen Reichsglieder, war zunächst — bis sich aus den Größeren unter diesen wieder etwas Lebensfähiges entwickelt hatte — der Grund des staatlichen Elends.

Man hat kürzlich ganz richtig gesagt, es handelt sich für England jetzt darum, die Ernte von 1648 endgültig zu sichern. Erst damals, durch die Vernichtung Deutschlands im Dreißigjährigen Krieg, durch die ausländische Besetzung seiner sämtlichen Strommündungen usw. ist ja den subgermanischen europäischen Mächten die Möglichkeit eröffnet worden, die bisherige Vormacht der Christenheit zu entthronen und zu berauben. Durch den Westfälischen Frieden, der Friedrich Naumann als das Muster eines deutschen Friedens erscheint!! (Vgl. v. Below, im Größeren Deutschland vom 10. Nov. 1917.)

Noch als Kaiser Sigismund vor der Kostnitzer Kirchenversammlung England besuchte, ließ sich Heinrich V. vor dem Betreten des englischen Bodens durch den Kaiser von diesem ausdrücklich versprechen, daß er seine Lehensoberherrlichkeit gegenüber der englischen Krone nicht geltend machen wolle; und die kaiserliche Kanzlei bewilligte erst im Jahre 1633 den Königen von England und Schweden, erst im Jahre 1644 dem Könige von Frankreich den Titel Majestät. So war bis dahin das Rangverhältnis.

Nach dem Zerfall der Reichsgewalt zog sich die Ausübung und Handhabung öffentlicher Gewalt in die Einzelstaaten zurück, weil eben irgendwo eine öffentliche Gewalt entstehen und bestehen mußte, um die notwendigsten öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, denen das Reich nicht mehr gewachsen war. Daß sich aber eine solche Stelle wieder ausbildete, war dringendste Lebensfrage des deutschen Volks, und diese Stelle konnten nun nach Lage der Sache nur die nun durch die Schwächung der Reichsgewalten souverän gewordenen Landeshoheiten, das heißt die Reichstagsmitglieder, sein.

Diesen setzte sich nun genau das entsprechende Verfassungsglied entgegen, das im Reich die Reichsgewalt gelähmt und schließlich zerbrochen hatte: was dort die Reichsstände gewesen waren, waren hier die Landstände. Diese schickten sich an, den Einzelstaatsgewalten gegenüber dieselbe Rolle zu spielen wie die Reichsstände gegenüber der Reichsgewalt, worüber sich freilich diese nun souverän gewor-

denen Reichsstände an sich am wenigsten hätten beschweren dürfen. Aber zum Heile des deutschen Volkes siegte jetzt in diesem inneren Kampf die andere Seite. Die Fürstengewalt, die sich erst — ursprünglich ohne Zweifel zum Schaden des Ganzen — gegen die Reichsgewalt durchgesetzt hatte, setzte sich nun — zum Vorteil des Ganzen — auch gegen die eigenen Stände durch und schuf so doch eine neuzeitliche Staatsgewalt.

Den alten germanischen Grundsatz einer Mitwirkung des Volks bei der Gesetzgebung sprach ein Reichsgesetz des Reichsverwesers König Heinrich vom Jahre 1231 auch für das Verhältnis der Fürsten zu ihren Landständen aus[1]); der Fürsten, die ja damals, unter Friedrich II. von Hohenstaufen, gerade starke Schritte vorwärts zur Selbständigwerdung taten. Im Jahre 1231 wurde jener Grundsatz eingeschärft, durch das erwähnte Reichsgesetz; also ungefähr gleichzeitig mit der vielgepriesenen Magna charta der Engländer.

In diesem nun im Einzelstaat sich abspielenden Kampf zwischen Fürstengewalt und Ständen siegten schließlich, wie schon erwähnt, die Fürsten. Und sie brachten dem deutschen Volk den neuzeitlichen Staat; eine oberste Gewalt, die im Besitz der notwendigen Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit war, um die öffentlichen Aufgaben eines neuzeitlichen Gemeinwesens erfüllen zu können; die vom klassizistischen Vorbild so viel gelernt hatte, daß man die Staatsgewalt nicht in allzu enge Rechtsschranken binden darf, wenn sie leistungsfähig bleiben soll. Das alte deutsche Staatswesen war ja daran zugrunde gegangen, daß es zu sehr Rechtsstaat und zu wenig Machtstaat war. „Von dieser Seite der genauesten Bestimmung jedes auch noch so geringfügigen Umstandes, der sich aufs Recht bezieht, muß dem deutschen Staat die beste Organisation zugeschrieben werden", schreibt Hegel in seiner Schrift über die Verfassung Deutschlands. Der Klagschutz auch gegen die Staatsgewalt, nach dem westmächtlichen Vorbild erst eine allerneuzeitlichste Errungenschaft[2]), war alter Besitz des öffentlichen Rechts Deutschlands, dessen Grundgedanken ja übrigens auf dem Umweg über unsere niedersächsische Kolonie England eine ähnliche Weltbedeutung erlangt haben wie gewisse Teile des römischen Privatrechts.

Es ist ein Hauptbeispiel — unter vielen andern — von der Überschätzung der Antike, daß man vielfach die Behauptung aufgestellt hat, das deutsche Recht habe den Begriff des öffentlichen Rechts und seine Unterscheidung vom Privatrecht nicht so klar erkannt, wie das römische Recht. Das Gegenteil ist wahr. Nichts kann eine größere Verwirrung des öffentlichen Rechts bekunden wie die Unklarheiten der römischen Kaiserzeit über den Inhaber der gesetzgebenden Gewalt: erst Volksversammlung, dann der Senat oder schließlich, mit der bewußt unehrlichen Begründung des Ulpian, der kaiserliche Princeps selbst; wobei am Ende sogar die Grenzen zwischen Rechtskraft und Gesetzeskraft verwischt wurden, so daß besondere Konstitutionen Konstantins, Arkadius' und Valentinians III. diesen Übelstand bekämpfen mußten. Was man gewöhnlich zur Begründung der Behauptung anführt, daß das deutsche Recht das besondere Wesen des öffentlichen Rechts verkannt habe, beweist bei richtiger Wertung eher das Gegenteil: die Tatsache nämlich, daß in der schließlichen Ausbildung des Lehensstaats die öffentlichen Befugnisse in der Art der Begründung und der Übertragung das Wesen von Privatrechten angenommen hätten. Das ist an sich richtig. Aber diese Entwicklung zeigt gerade, wie sehr die öffentlich-rechtlichen Befugnisse in die Rechtsform eingegangen waren;

[1]) Vgl. Heusler, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 282.
[2]) Vgl. v. Below, Der deutsche Staat des Mittelalters, S. 205.

sie zeigt wie sehr im Gegensatz zum absolutistischen antiken Staatswesen der germanischen Auffassung die rechtliche Voraussetzung und rechtliche Begrenztheit auch der Amtsbefugnisse gegenwärtig war — freilich bis zu deren völliger Lähmung. Überhaupt ist wohl das Verhältnis zum römischen Recht und seine sogenannte Rezeption in Deutschland das gewaltigste Denkmal jener Belastung unserer Entwicklung durch die antike, mittelmeerländische Überlieferung; ein Zeichen jener lähmenden Ehrfurcht vor der römischen Zivilisation, der der eindrucksame Germane seit der ersten kindlichen Bewunderung Athanarichs des Therwingenkönigs, von der uns Jordanes in seiner Gotengeschichte so rührend erzählt, immer allzu leicht anheim fiel, zum Schaden seiner Eigenentwicklung und seiner überlegenen Anlagen. Die „Ratio scripta", die Vernunft selber, nannten die deutschen Romanisten das römische Recht; die Rechtsform eines untergegangenen Gemeinwesens — eine Rechtsordnung, die dieses ursprünglich ackerbautreibende, kraftvolle Gemeinwesen in der kurzen Zeit eines knappen Jahrtausends zu äußerster geldherrschaftlicher Entartung und völliger nicht nur staatlicher, sondern selbst volklich anthropologischer Vernichtung geführt hatte. Nach dem mißlungenen Versuch der Gracchen und der schon von vorneherein untauglichen augustischen Bevölkerungsgesetze hatte die geldmächtliche Zerstörung des Volksganzen von innen heraus völlig freie Bahn in der römischen Welt. Die Vernachlässigung der Sozialpolitik, besonders eines gesunden Bodenrechtes, zugunsten einseitigster Außenausdehnung war das Kennzeichen des römischen Gemeinwesens. Dagegen fällt schon Cäsar und Tacitus der sozialpolitische Zug des germanischen Gesellschaftsaufbaus auf. In dieser Richtung ist der deutsch-mittelalterliche Staat dem antiken weit überlegen. „Das Mittelalter kennt weder im städtischen Gewerbe noch in der Landwirtschaft die wirtschaftliche Ausbeutung des Nebenmenschen", schreibt G. F. Knapp. Die mittelalterliche Ordnung des Wirtschaftslebens war in ihrer Art eine höchst vollendete und hatte ja auch in den europäischen Kernlanden der Mitte, einschließlich des stark germanisierten Oberitaliens, zu einer unvergleichlichen Blüte geführt. Die Wirtschaftsanarchie, die die Aufklärungsgesetzgebung und erst recht die Manchesterlehre an die Stelle der allerdings versteinerten aber wohl erneuerungsfähig gewesenen alten Ordnung setzte, ist im Begriffe, nun durch eine Neuordnung aus der Hand der Truste und Kartelle ersetzt zu werden, gegen die der Zunftzwang trotz aller Straffheit sehr milde war. Die erblichen Nutzungsrechte erhielten dem Bauer, der sich in Vogtei begab, und damit freilich in eine Minderung seiner politischen Stellung einwilligte, gegen Befreiung von Wehrpflicht und Dingpflicht, die er damit erkaufte, doch die volle wirtschaftliche Unabhängigkeit, eine unkündbare Produktionsstelle; sehr im Gegensatz zu dem kleinen selbständigen Gewerbtreibenden von heute, der etwa von einem großen Warenhaus aufgesogen wird und als dessen Angestellter in jederzeit kündbarer Stelle völlig abhängig wird. Die wirtschaftliche Selbständigkeit, die der mittelalterliche Bauer bei jener Minderung seiner öffentlich-rechtlichen Stellung behielt, ist aber für den kleinen Mann das Wichtigste. Die Verleihung von Land nach Lehnrecht an den Erwerber und an dessen Nachkommen, d. h. also an dessen Stamm als solchen, bildet eine geradezu vollendete Lösung in der Mitte von Individualismus und Sozialismus, nämlich zwischen den Bedürfnissen der Gesamtheit in der Bodenverteilung einerseits und der notwendigen Berücksichtigung des Eigenwillens und Eigennutzens als des wirksamsten wirtschaftlichen Antriebs anderseits. Die neuzeitliche Bodenpolitik einiger Städte — wie

Ulm — suchte nach einer entsprechenden Rechtsform für den Boden und mußte dazu vielfach auf die deutsch-mittelalterlichen, von der rationalistischen Zeit sehr zu Unrecht gering geschätzten Gedanken zurückgreifen. Aber das ist schon ein weiterer großer Gegenstand für sich, nämlich die vielfache Überlegenheit der deutschen mittelalterlichen Rechtsgedanken über die antiken. Die letzte Ursache des Fehlschlags der letzteren liegt in der Zerstörung der alten Gesellschaftsgliederung und des alten Bodenrechts durch die geldmächtlichen Gliederungen und Lebensformen. Diese Entwicklung hat auch bei uns schon sehr lebhaft eingesetzt, und zwar begann sie mit dem Aufleben der klassizistischen Staatsgedanken in der Neuzeit und mit deren Kampf gegen die alte deutsche Ordnung. In den parlamentarisch regierten Ländern, bei den Westmächten, in Amerika, ist tatsächlich diese Entwicklung schon so weit fortgeschritten, daß man sie im ganzen glatt als Plutokratien bezeichnen kann, d. h. als Staatsgebilde in denen die eigentliche Macht in den Händen der Hochfinanz liegt, der härtesten und rücksichtslosesten, weil unpersönlichsten aller Gewalten.

Die Landstände der Einzelstaaten versuchten nun in Befolgung jener gemeingermanischen Vorstellungen von der Begrenzung der Staatsgewalt durch die Versammlung ursprünglich des Volks, dann der Proceres, in ganz ähnlicher Weise die öffentliche Gewalt an sich zu reissen wie vorher die Reichsstände. Im Jahre 1514 zwangen die bayerischen Landstände ihrem Wittelsbacher, 1609 die brandenburgischen ihrem Hohenzollern neue Männer ihres Gefallens als Beamte auf. (Vgl. Fritz Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, S. 53.) Also Parlamentarismus in schönster Form. (Wie ja übrigens vieles, was die Westmächtlichen uns nun lehrhaft empfehlen, für uns, für das politisch älteste Volk unter den europäischen Nationen, einfach nur eine frühere, aber überwundene Stufe der Entwicklung ist.)

2.

Also wir hatten im Reiche schon einmal Parlamentarismus bis zu dem Grade, daß die Macht dauernd auf das Parlament, auf die einzelnen Reichsstände, übergegangen war. Und in den Einzelstaaten wiederum hatte eine ähnliche Entwicklung schon angesetzt. Aber hier wurde sie, zu unserem Heile, aufgehalten. Die Landstände, mit ihrem Feilschen und Markten um Sondervorteile und Privilegien, hatten zu wenig Boden in der Nation, deren politisch Denkfähige vielmehr klar empfanden, daß die Landesherrn das Wohl und den Nutzen der Gesamtheit vertraten. Mochten die Landesherrn auch nicht immer an das Gemeinwohl denken, sondern zunächst an ihren eigenen Vorteil, so führte dies doch zur Förderung des Ganzen, weil das Gedeihen der Fürsten tatsächlich an das Gedeihen des Ganzen geknüpft war. Das ist das Geheimnis der erblichen Monarchie; während die Stände sehr viel engere Sonderkreise vertraten und Sondervorteile suchten.

„Das Etablieren der Souveraineté wie einen Rocher de bronce" — ob das Wort geschichtlich so gesprochen worden ist oder nicht, ist gleichgültig — richtete sich vorwiegend gegen die Landstände und gegen die sonstigen inneren Hemmnisse, da gegenüber dem Kaiser die Souveränität des Einzelstaats ja im wesentlichen erreicht war. Und gerade von den geistig Höchststehenden wurde dieser Kampf der Staatsgewalt gegen die rückständige kleinlich-örtliche und eigensüchtige Wirtschaft der Stände begrüßt und gefördert. Kennzeichnend ist, daß in diesem Kampf durchweg der Angreifer, der Fürst das höhere Recht auf seiner Seite fühlte und dabei

die Zustimmung aller moderuen Geister fand, während doch die schönen Worte: „das alte Recht," „die Freiheit" usw. ohne größere geistige Unkosten für die andere, ständische Seite hätten vorgebracht werden können.

Die staatliche Neuordnung Deutschlands nach dem Zusammenbruch der alten Reichsgewalt mußte von den Einzelstaatsgewalten ausgehen. Der brandenburgisch-preußische Staat hat diese Arbeit geleistet.

Diese Aufgabe war dem brandenburgisch-preußischen Staatengebilde nicht vorbestimmt, und sie stand ihm keineswegs von Anbeginn in den Sternen geschrieben. Zwar scheint es, daß einer Markgrafschaft durch die größeren Vollmachten des Markgrafen an der Grenzwacht und auf neubesiedeltem Boden diese Aufgabe der Neuzusammenfassung Deutschlands vorbestimmt war. Brandenburg-Preußen, Österreich, Mark Meißen — die Stellen, an denen die zukunftsreicheren Einzelstaatsgewalten entstanden sind, waren alle Markgrafschaften. Aber das letztgenannte, Kursachsen, war von vornherein viel eher zu jener Aufgabe berufen; durch seine Mittellage, durch die hervorragende Rolle, die seine Fürsten in der Reformation gespielt haben, durch die frühere Entwicklung des kursächsischen Staatswesens. Aber Friedrich der Weise hatte 1519 nicht den Verantwortungsmut, die Kaiserkrone anzunehmen. Und so nahm die Entwicklung einen anderen Gang.

Denn am letzten Ende entscheiden immer die Männer und nicht die Verhältnisse; umgekehrt als — freilich subjektiv sehr begreiflicherweise — Herr von Bethmann-Hollweg am 13. Juli 1917 vor dem Reichstagsausschuß meinte, als dieser seine, Herrn von Bethmanns Politik, nicht gerade allzu erfolgreich gefunden hatte. Und die Männer fanden sich im alten Preußen.

Preußen hat Deutschland organisiert. Es hat überhaupt nicht erobert, wie man ihm vorgeworfen hat. Die deutschen Einigungskriege und besonders die Wiederangliederung des Elsasses bedeuteten ja nur ganz bescheidene und teilweise Wiederherstellungen. Viel eher könnte man Ludwig XI. von Frankreich oder Viktor Emanuel von Sardinien-Piemont Eroberer nennen, da sie in viel rascherem Zeitmaß ihre Staaten vergrößert haben. Das Volk der Deutschen hatte die staatlichen Daseinsfragen über den Kulturaufgaben vernachlässigt; zuletzt über der Glaubensfrage, die es für die ganze Welt — nicht etwa gelöst hat — aber zur persönlichen Lösung frei gemacht hat durch die Abstellung auf das persönliche Gewissen an Stelle von Überlieferung und allgemeingültig sein wollendem Dogma. Wie in der antiken, mittelmeerländischen Kultur die Hellenen, so sind in dem nachchristlichen nordeuropäisch-germanischen Kulturabschnitt Europas die Deutschen die eigentlichen Träger und geistigen Schöpfer dieser Menschheitsform, deren geistiger Kern im Gegensatz zur Antike und ihrer Entdeckung des Staats die Entdeckung und Wertung der Einzelseele ist. „Alles kommt von Deutschland wie vom Weibe", sagt der Däne Johannes Vinzenz Jensen; „die deutsche Geschichte ist die Grundwurzel der europäischen Geschichte", sagt Charles Kingsley, weiland Professor der Geschichte in Oxford[1]).

Aber die Deutschen waren dafür auch bedroht von demselben Schicksal wie die Hellenen: von dem staatlichen Untergang. Zwar hat bei diesen, in einer merkwürdigen

[1]) Charles Kingsley, Römer und Germanen, S. 271: „Die edle deutsche Nation, dahingerafft und zu Boden geschlagen durch die Bauernkriege, durch einen dreißigjährigen Krieg, durch die Kriege mit Frankreich ..., hat nichtsdestoweniger Werke geschaffen wie nie vorher eine Nation — was hätte sie zum Wohl der Menschheit beitragen können, wenn sie, die Mutter alles europäischen Lebens, nicht von Generation auf Generation von ihren eigenen unnatürlichen Kindern verzehrt worden wäre. Trotzdem bleibt sie eine Mutter, und Deutschlands Geschichte ist, wie ich glaube, die Grundwurzel der Geschichte Europas."

Entsprechung der Ereignisse in letzter Stunde auch der nördlichste, spätest entwickelte und auch sonst am wenigsten bevorzugte Stamm, die Makedonier, die politische Neugestaltung des Hellenentums aus dem Elend der „Advokatenrepubliken" unternommen und dieses tatsächlich noch zu einer gewaltigen Kraftleistung im Reiche Alexanders des Großen zusammengefaßt; — die dann, nebenbei bemerkt, obwohl es Eroberung im größten und gröbsten Stil war, doch zugleich die gewaltigste Ausbreitung der hellenischen Kultur mit sich gebracht hat. Aber die politische Ernte der hellenistisch-semitischen Mittelmeerkultur hat schließlich doch nicht das hellenische Mutterland, sondern „das letzte und größte der hellenistischen Reiche", Rom, in seine Scheunen gebracht.

Preußen, ebenfalls von einem nordöstlichen und wenig begünstigten Außenrand des Mutterlandes ausgehend, hat die Aufgabe, einem alten Kulturvolk die staatliche Machtform neu zu schaffen, gelöst — oder sagen wir lieber scheu, um das Schicksal nicht herauszufordern — es hat die Aufgabe gelöst, wenn nun das deutsche Volk in dieser furchtbarsten Prüfung, die je einem Volke auferlegt war, die staatlichen Fragen nur halbwegs so bewältigen wird, wie es die kriegerischen Aufgaben mit einer in der Geschichte aller Zeiten und Völker unerhörten Kraft und Hingabe gelöst hat[1]).

Die Aufgabe war eine ganz ähnliche wie die, die Makedonien gestellt war; es galt, dem deutschen Volk, das sich in dem Kampf über die höchsten Gewissensfragen in der Reformation und Gegenreformation erschöpft und in weltbürgerlichen und rein geistigen Bestrebungen den Wirklichkeitsboden verloren hatte, wieder zu einem staatlichen Bestande zu verhelfen; den Deutschen an Stelle des Weltbürgersinns den völkischen Sinn wieder beizubringen. Auch hier wieder ist — ähnlich wie gegenüber der Frage der Parlamentsherrschaft — das, was wir jetzt als angeblich etwas ganz Neues zur Erweiterung unseres kulturellen Gesichtskreises uns zulegen sollen, für uns, entsprechend unserer älteren Entwicklung nur eine frühere Stufe, die wir überwinden lernten in den Erfahrungen der Napoleonischen Kriege. „Sie müssen wissen," schreibt Napoleon an seinen Bruder Ludwig von Holland, „daß die Vernichtung der deutschen Nationalität eine notwendige Hauptaufgabe meiner Politik ist." Er war bekanntlich nahe daran, dieses Ziel zu erreichen. Diese Erfahrung lehrte die Deutschen — es tritt etwa in der geistigen Entwicklung Schillers und dann allgemeiner in der Wendung vom Klassizismus zur Romantik sehr kennzeichnend zutage —, daß, mindestens in der Umgebung dieser eigensüchtigen und so durchaus nicht weltbürgerlich gesinnten Mindereuropäer von West und Ost die vollendete Erziehung zum Weltbürger erst am letzten überlebenden Deutschen hätte vorgezeigt werden können.

Und nun wird uns Deutschen, denen diese Erlebnisse des tiefsten Falls und der nächstgelegenen Gefahr eines völligen Untergangs noch nicht hundert Jahre zurückliegen, gerade das empfohlen und als neueste Weisheit gepriesen, woran wir damals um ein Haar zugrunde gegangen wären: nämlich Weltbürgersinn, Friedensseligkeit; und Schwächung und Zersetzung dieser nationalen Staatsgewalt; die uns die Taten

[1]) In Belgrad hat die Etappe ein Denkmal für die deutschen Gefallenen errichtet. In der Form anscheinend ganz würdig; aber darauf steht die Verszeile vom Denkmal der Spartaner bei den Thermopylen geschrieben. Welcher kümmerliche Schulfuchs hat diesen Gedanken gehabt? Also nach diesen ungeheuren Taten glaubt man sich das totgehetzte Verschen von den Spartanern borgen zu müssen, um die in aller Weltgeschichte unvergleichlichen Leistungen seiner Volksgenossen würdig zu bezeichnen!

weniger großer Männer, im wesentlichen Friedrichs und Bismarcks, noch in letzter Stunde neu bereitet haben. Wenn nun unsere Feinde uns, „dem friedliebendsten und frömmsten Volk Europas", nach dem Zeugnis Carlyles, mit friedensrednerischen Geberden zusetzen, so ist das selbstverständlich nur ein Kriegsmittel wie ein anderes auch und nicht mit Gründen zu bekämpfen. Es gehört in die gleiche Kerbe wie die Entrüstung des friedensrednerischen Herrn Gobat über die allgemeine Wehrpflicht Preußens, die Scharnhorst bekanntlich nach dem Vorbild der französischen Revolution und in der äußersten Not des Verzweiflungskampfes gegen Napoleon durchgeführt hat.

Ganz nebenbei bemerkt, für die ehrlichen unter den Friedensrednern, die vielleicht noch nicht alle geworden sind; alle Hoffnung auf einen ewigen Frieden unter den Völkern geht von einer falschen Voraussetzung aus, mit deren Aufklärung sie einfach widerlegt ist. Sie sagen, was im innerstaatlichen Leben gelungen sei, die Gewaltanwendung auszuschalten, das müsse auch im zwischenstaatlichen Leben einmal erreichbar sein. Die erste Annahme ist aber völlig irrig, und damit fällt die Folgerung. Im innerstaatlichen Leben muß beständig Gewalt angewendet werden und wird beständig Gewalt angewendet, um die Rechtsordnung halbwegs aufrechtzuerhalten. Erstens seitens der Beteiligten, in Notwehr und Selbsthilfe. Unter dem Banne polizeistaatlicher Lehrmeinungen hat man zeitweilig die große Bedeutung des von dem einzelnen ohne Anrufung der Staatsgewalt ausgeübten Rechtsschutzes verkannt. Er spielt aber tatsächlich auch noch im fortgeschrittensten Rechts- und Kulturleben eine sehr wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung — wenn auch in der Regel mehr noch durch das bloße In-Aussichtstehen der Gewaltanwendung — wie die Furcht vor dem Feldschützen das Feld hüten muß — als durch wirkliche Ausübung in jedem einzelnen Fall, wenn auch solche noch häufig genug ist. Und jedem staatlichen Streitverfahren liegt, wie besonders am römischen Zivilprozeß erhellt, die gewaltsame Selbsthilfe des Verletzten zugrunde. Eine sehr umfangreiche und durchgebildete menschliche Einrichtung, nämlich die ganze Rechtspflegeordnung, ist nichts anderes als Regelung der Gewaltanwendung, zu der es immerhin auch häufig genug wirklich kommt, z. B. in Zwangs- und Strafvollstreckung — wenn auch freilich aus sehr verständlichen Gründen in der Mehrzahl der Fälle gegenüber der rechtskräftigen Feststellung, wer im Notfall die Unterstützung der staatlichen Gewalt finden wird, wegen der Aussichtslosigkeit eines Widerstands gegen diese übermächtige Gewalt der Gegner lieber freiwillig vorher nachgibt.

Also: Gewalt wird auch innerhalb der staatlichen Gemeinschaft beständig angedroht und ausgeübt. Wie sollte im zwischenstaatlichen Leben, also zwischen Fremden von verschiedener Abstammung, Sprache, Kultur, Überlieferung und bei daraus entspringender gegenseitiger Verständnislosigkeit ein halbwegs erträgliches Nebeneinanderleben ohne entsprechende Mittel möglich sein, wie sie selbst unter verwandten Genossen der gleichen Staatsgemeinschaft regelmäßig nötig sind?

„Wo das Schwert nicht wäre und Frieden hielte, so müßte alles durch Unfriede verderben, was in der Welt ist", sagt Luther. Wenn innerhalb der Gemeinschaft die Handhabung der öffentlichen Gewalt einmal versagt, wenn auch nur für kurze Zeit, wie in der kaiserlosen Zeit vor Rudolf von Habsburg, so kommt das vor allem den Gaunern und Strauchdieben zugute. Wenn im zwischenstaatlichen Leben das schützende Schwert ausgeschaltet würde, so wäre das auch nur zugunsten der großzügigen zwischenstaatlichen Räuber unter den Staaten. Das waren in den letzten

zwei Jahrhunderten vorwiegend Engländer und Russen; mit etwas geringerem, dauerndem Erfolg die Franzosen. Neuerlich sind es vor allem Amerikaner und Japaner. Die Chinesen — die Schöpfer der in ihrer Art sehr hohen ostasiatischen Kultur — haben es seinerzeit erfahren und erfahren noch die Folgen davon, daß sie der auf einer gewissen Stufe der äußeren Zivilisation leicht sich verbreitenden Krankheit der unbedingten Friedensschwärmerei so sehr nachgegeben haben. „China, ... das größte Reich der Welt, ... muß es nun büßen, die Künste des Friedens allein und nicht auch die des Kriegs kultiviert zu haben", schreibt Schopenhauer (Parerga, Bd. 2, S. 259) zur Zeit des englisch-französischen Plünderungskriegs gegen China und des Taipingaufstandes. Das europäische Reich der Mitte, Deutschland, hat die Folgen des Weltbürgertums und der allgemeinen Menschheitsschwärmerei vor hundert Jahren wirklich schon genügend an sich erfahren. Freilich, vom Standpunkt der Feinde aus ist es ja sehr begreiflich, daß sie uns wieder dahin bringen möchten. Gegen sie kämpft man selbstverständlich nicht mit Gründen, auch nicht gegen den Herrn Abgeordneten Ströbel und, wenn die Zeitungsnachricht richtig ist, auch nicht gegen einen bürgerlichen Radikalen, die offen erklären, daß sie den Sieg Deutschlands mit Rücksicht auf daraus entstehende Parteinachteile nicht wünschen. Mit ihnen die Nachteile der Friedensentschließung oder die Gefahren des Parlamentarismus für Deutschland zu erörtern, hat selbstverständlich keinen Zweck. Denn je überzeugender man die Schädlichkeit dieser Dinge für Deutschland und den deutschen Staat nachwiese, zu um so eifrigeren Anhängern dieser Einrichtung hätte man sie ja gerade gemacht.

3.

Friedensrednerei und Parlamentarismus haben an sich ja keinen notwendigen inneren Zusammenhang. So ist das angebliche Musterland des Parlamentarismus, England, schon von Kant als das kriegshetzerischste und am rücksichtslosesten machtpolitische von allen Ländern bezeichnet worden. Und die seitdem verflossenen hundert Jahre haben die Meinung Kants in unvorhersehbarem Umfang bestätigt.

Aber bei uns, in Deutschland, ist merkwürdigerweise ein enger Zusammenhang zwischen Parlament und friedensrednerischer Lähmung der Außenpolitik gegeben. Die Erklärung für diese an sich, wie gesagt, auffällige Erscheinung liegt zunächst wahrscheinlich in dem Mangel an staatskundlicher Fachkenntnis, in dem politischen Dilettantismus der parlamentarischen „Nichts-als-Redner". Das ist ja eine der verblüffendsten Erscheinungen unseres politischen Lebens, daß in Fragen des staatlichen und völkischen Daseins, also in allerschwierigsten Fragen, nicht nur die Fachkenntnis nichts gelten soll, sondern daß sogar die überlegene Begabung keinerlei besonderes Gewicht haben soll. So sehr haben die Grundgedanken der Massenwahl, Dilettantismus und gleichmacherische Abneigung gegen den geistig Hervorragenden, schon die Gemüter und Einrichtungen beeinflußt.

Die drei größten Deutschen, die in den letztverflossenen hundert Jahren noch lebend gewirkt haben — Goethe, Schopenhauer, Bismarck — sind alle drei ausgesprochene Gegner der massenherrschaftlichen und berufsrednerischen Einrichtung gewesen. Wer weist heute auch nur einmal auf diese ganz unbezweifelbare Tatsache hin, daß immer nur die bescheidenen oder höchstens mittleren Begabungen, niemals aber eine genial*e* Begabung die massenherrschaftlichen Hochziele geglaubt und vertreten hat.

Im Reichstag hat kürzlich Herr Heine sich Hindenburg gegenüber als politischen Fachmann aufzuspielen erfrecht. Also Herr Heine glaubt wirklich, weil er durch die

umgekehrte Auslese der Reichstagswahl herausgehoben worden ist, weil er in den trüben Gewässern der Redeflut als der leichteste Korken hochgewirbelt worden ist, seine Meinung über staatliche Fragen sei gewichtiger und maßgeblicher als die eines Mannes, der ganz unzweifelhaft eine geniale Begabung ist; der in der Weltgeschichte neben Hannibal, Cäsar und Friedrich dem Großen stehen wird; wahrscheinlich weit über Napoleon (vgl. Karl Leyst, Hindenburg oder Napoleon).

Gegen solche bewußter- und ausgesprochenermaßen dem deutschen Sieg feindlichen Vertreter wie Ströbel und Genossen, kann man, wie schon gesagt, nicht mit Gründen kämpfen; wenigstens nicht mit *unseren* Gründen. An sie wenden sich diese Ausführungen daher in keiner Weise; auch nicht an die einzelnen Parlamentarier, die sich nun einmal hemmungslos in Ministersessel verliebt haben und denen die Erreichung dieses Ziels als eines der wichtigsten Hochziele der deutschen Entwicklung erscheint. Sondern an solche Deutsche wenden wir uns, die die feindlichen Pläne immer noch nicht durchschauen und die noch ehrlich glauben, daß Parlamentarismus und Friedensrednerei zum Heile Deutschlands dienen könnten.

Napoleon griff in den Zeiten seiner Übermacht bis Lübeck und Erfurt nach Deutschland hinein. Deutschland hat in den 43 Jahren seiner, wie sich herausgestellt hat, sehr viel stärkeren Überlegenheit nur einen kleinen Teil seines früheren Gebiets *wiedergenommen*. Daher denn auch der Schweizer August Schmid in seiner Schrift: Die Gewalt als Grundlage des Rechts, Basel 1917, gerade von einem möglichst gründlichen Sieg Deutschlands und seiner größtmöglichen Übermacht eine Gesundung der europäischen Verhältnisse und einen dauernden Frieden erhofft (vgl. a. a. O. S. 99).

Der Germane, der Achtung vor den Bedürfnissen der eigenen Einzelseele hat und deshalb auch vor der Persönlichkeit der andern; der aus diesem Bedürfnis nach eigener Art und eigener Überzeugtheit sich der gleichmachenden Formel des römisch-antiken Weltstaats und der universalen Gewissensformel der zweiten römischen Weltherrschaft und jetzt der geldmächtlichen Weltunterjochung entgegengestemmt — der Germane könnte eine solche Aufgabe, andere Völkerpersönlichkeiten zuleiten ohne sie zu knechten, vielleicht lösen, so schwierig sie ist! Sonderung, Partikularismus, Achtung vor dem Eigenleben der Teile war ja von jeher das Kennzeichen germanischer Staatenbildung. Die anderen Völker, die Mindereuropäer, die sich an absolute Formeln halten müssen, an eine gleichmacherische politische Schablone, an ein unbedingtes Glaubensdogma, an die mammonistische Weltformel von der rein auf äußere Güter gerichteten sog. „Gentlemann"kultur, — *sie können nicht herrschen, ohne zu unterdrücken; sie können tatsächlich nicht anders.* Sie brauchen die absoluten Formeln, weil sie ohne diese den inneren Halt verlieren; sie können nicht fremde Persönlichkeit und noch weniger fremde Volkspersönlichkeit anerkennen, ohne sich selber zu verneinen — was man von niemand verlangen kann. Nur aus der sicheren Empfindung der eigenen Art heraus kann man auch die abweichende Art gelten lassen.[1])

Man muß zur Ehrenrettung der jetzt in Deutschland auftretenden grundsätzlichen Friedensschwärmer annehmen, daß sie die Absichten ihrer neutralen

[1]) Vgl. *Kretzer*, Gobineau: „Dieses Humanitätsprinzip ist gerade selbst durchaus nicht Errungenschaft der Rassenmischung, sondern vielmehr Erbteil der Großmut arischer Nationen, und gleiches ist diesen noch niemals von Angehörigen inferiorer Rassen oder Mischlingen mit Gleichem vergolten worden. Daher die oft beobachtete, nie erklärte „Intoleranz des Liberalismus".

und feindlichen Genossen nicht durchschauen, denen die jetzige Friedensrednerei ja einfach nur ein Kriegsmittel gegen uns ist wie jedes andere auch.

Ein elsässischer Gelehrter, der auf einem deutschen Lehrstuhl sitzt, hat jetzt ein Buch veröffentlicht „Das Problem des Völkerrechts", in dem er „ein System der Schiedsgerichtsbarkeit und einen Plan der universellen Föderation" entworfen hat.

In diesem Buch bringt es der Verfasser fertig, die Angliederung von Nizza und Savoyen an Frankreich als einen Sieg des Nationalitätsprinzips (S. 257) zu bezeichnen und die Angliederung von Schleswig und Holstein an Deutschland als eine Verneinung desselben Grundsatzes (S. 261)! Dabei begründet er die erstere Angliederung eine Seite weiter unten mit dem „elementaren Bedürfnis nach einer Besserung der französischen Grenze gegen Italien"; einfach mit der französischen Staatsnotwendigkeit, also ganz ohne Rücksicht auf die Volkszugehörigkeit der betreffenden Länder.

Die Frankfurter Zeitung rechtfertigt mit Überzeugung den Zugriff Japans auf chinesische Erzgruben aus dem Bedürfnis Japans nach Erz. Daß das von Wegelagerern überfallene Deutschland seine künftige Verteidigungsrüstung durch Briey verstärke, lehnt dieselbe Frankfurter Zeitung selbstverständlich mit Entrüstung ab.

Man beachte dieses völlig ungleiche Maß, mit dem jener elsässische Gelehrte Deutschland und Frankreich mißt; für Frankreich Savoyen und Nizza ein Lebensbedürfnis, aber nicht für Deutschland die freie Elbmündung und der Kieler Hafen! Für Frankreich die Angliederung der italienisch sprechenden oder ein vom französischen sehr verschiedenes, wahrscheinlich aus der burgundisch-romanischen Mischung entstandenes Patois redenden Bevölkerung eine bloße Vereinigung mit Volksgenossen — für Deutschland die Vereinigung mit den völlig deutschen Holsten und Schleswigern — nur ein ganz kleiner Teil spricht dänisch — eine „Annexion"! Und die Frankfurter Zeitung erkennt glatt und nahezu selbstverständlich dasselbe Lebensbedürfnis für Japan an, dessen Bejahung für Deutschland sie sittlich entrüstet ablehnt; in bezug auf ein Gebiet, das in gerechtestem Notwehrkampf in unsere Hände gelangt ist, während Japan das entsprechende Gebiet erst dem völlig friedlichen Nachbar gewaltsam abnehmen muß.

Die Frankfurter Zeitung hat Heinrich Claß öffentlich aufgefordert, er solle ihr die von ihm behaupteten Zusammenhänge mit der internationalen Hochfinanz nachweisen. Diese Behauptung ist nun natürlich nicht so zu verstehen, als ob Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt etwa durch persönliche Finanzvorteile veranlaßt würden, ihre bessere Überzeugung hintanzusetzen. Die ehrliche, ja leidenschaftliche Überzeugtheit für ihre internationalen händlerischen Hochziele wird ihnen unsererseits nicht bestritten. Sie kämpfen ihren Kampf; sie vertreten ihr machtpolitisches Bestreben und ihre händlerische Weltanschauung.

Daß sie dabei vorgeben, lediglich das Wohl des deutschen Staats und des deutschen Volks zu wollen, ist ja eine kleine Unehrlichkeit; die aber — im Kampf gelten eben Kriegsregeln — mehr den Deutschen zur Last fällt, die so urteilslos und ununterrichtet sind, das nicht zu durchschauen. Übrigens mögen auch unter den einzelnen tagesschriftstellerischen Streitern auf jener Seite noch welche sein, die die angestrebte Weltherrschaft des smartesten Geschäftsmannes oder der jüdisch-angelsächsischen Welttrusts für eine auch den unterworfenen Völkern wohltätige Sache halten. Über Weltanschauungsfragen läßt sich bekanntlich nicht mit Gründen

streiten. Und die Antwort auf Weltanschauungsfragen hat auch tatsächlich immer nur eine persönliche, nicht allgemein gültige Wahrheit, weil die verschiedene seelische Veranlagung ausschlaggebend ist. Als Angestellte in dem künftigen Weltfinanzbetrieb, wie ihn Herr Walter Rathenau in seinen „Kommenden Dingen" so offenherzig ausmalt, können Deutsche auf die Dauer nicht leben, wie sie nicht leben konnten unter der römisch-antiken Rechts- und Staatsschablone und wie sie gegenüber der absoluten Glaubensformel nach persönlicher Bewegungsfreiheit und persönlicher Überzeugung rangen. Gelingt es in diesem weltbewegenden Kampf nicht, uns jener Unterwerfung unter die geldmächtliche Weltschablone zu erwehren, so werden wir vorziehen auszusterben.

4.

Deutschland ist also schon einmal am Parlamentarismus zu schwerstem Schaden gekommen, bis nahe an den völligen Untergang. Ist die Geschichte nur dazu da, daß man nichts aus ihr lernt? Auf den etwaigen Einwand, die Reichsstände und der Regensburger Reichstag seien nicht mit dem heutigen, aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Reichstag zu vergleichen, ist zu erwidern, daß die neuere Form viel gefährlicher ist und rascher zur Zersetzung führen wird, weil sie eine viel schlechtere Form der Auslese bedeutet. Denn Massenwahl bedeutet geradezu eine umgekehrte Auslese, d. h. eine Hervorsuchung der Minderen und eine Ausschaltung der Besseren. Nicht der Einsichtigere, sondern der Flachste kommt dabei in die Höhe. Nicht der Ernste und Gewissenhafte, sondern der Rücksichtsloseste und Streberhafteste findet auf dem Markt und den Gassen so rasche Zustimmung, daß er zum Führer erwählt wird. Solcher äußerliche Tageserfolg ist aber allein ausschlaggebend, wenn die soziale Führung nicht bestimmten Schichten und der aus ihnen zu treffenden Auslese obliegt, sondern stets neu auftauchenden Einzelnen, Neulingen, anvertraut wird: wenn der Anhaltspunkt der Abstammung und die Frage nach dem Verdienst der Vorfahren ausgeschaltet wird. Raschen Erfolg hat auf allen höheren Gebieten menschlicher Geistestätigkeit nur das Mittelmäßige und selbst unmittelbar das Schlechte, weil eben neue fruchtbare Gedanken eine längere Entwicklungszeit brauchen, stärkeren Widerstand der Beharrung zu überwinden haben und daher erst später sichtbare Frucht tragen als die platten und schon gangbaren Gedanken, die jedem glatt eingehen. Man betrachte auch daraufhin nur unsere Parlamente; sie stellen ganz gewiß keine Auslese der Tüchtigsten aus der Nation dar. Wer eine wirklich nützliche oder gar eine schöpferische Arbeit leisten zu können glaubt, der hütet sich, die Rednerei zu ergreifen. Die Bestimmung der Führer durch Erblichkeit, nach dem Verdienst der Vorfahren, ergibt dagegen gehalten dann immer noch eine größere Wahrscheinlichkeit tüchtiger Führung; schon wegen der tatsächlichen Erblichkeit der Anlagen und wegen der Tatsache, daß die wichtigste Erziehung, die Charaktererziehung, nicht am Einzelwesen, sondern erst am Stamm, in Geschlechterfolgen, zu gewissen Erfolgen führen kann. Massenwahl wird regelmäßig und unter sonst gleichen Umständen immer eher den in charakterlicher Beziehung Minderen bevorzugen. Ein Wort Goethes lautet: „Man könnte erzogene Kinder gebären, wenn die Eltern erzogener wären". Aus diesem Grunde allein schon, außer dem der Vererblichkeit angeborener Eigenschaften, muß die Auswahl der inneren Führer durch Auslese schon bei den Familien, nicht erst beim Einzelnen, beginnen. Die inneren Führer bilden die Zwischenglieder zwischen der staatlichen und obersten Gewalt einerseits und dem Rohstoff der Gesellschaftsbildung der Masse. Die führenden Männer auf allen

Gebieten des Gesamtheitslebens, die Persönlichkeiten, in denen sich etwa die Moltkesche Überlieferung, in denen sich Kruppsche Regierungskunst erhalten hat und weitergegeben wurde, sind für das Wohl des ganzen fast wichtiger wie die Artung der alleroberſten Gewalt und ihre Handhabung.

Ein Kerenski oder Trotzky kann sich bald eine der zarischen ganz ähnliche, nur selbstverständlich wegen ihrer minder befestigten Lage sehr viel härtere unbeschränkte Gewalt schaffen. Die einmal zerstörte innere Schichtung ist dagegen nur sehr schwer oder gar nicht wieder herzustellen ist, wenn sie einmal durch rednerische oder geldmächtliche Emporkömmlinge ohne jene nur ererbbare, nicht erwerbbare, „Urbildung" verdrängt ist, die Goethe bei jenem Sinngedichtchen im Auge hat.

Auch das flachere und ungeschichtliche Sichzurechtdenken von staatlichen Dingen versteht meist, daß man eine oberste Gewalt im Staate braucht. Aber es verkennt meist grundsätzlich die Notwendigkeit von Schichtung und Gliederung; von Unterführern. Rousseau und überhaupt die ganze vom antiken Vorbild beeinflußte Staatslehre kennt eigentlich nur eine möglichst unbeschränkte Staatsgewalt auf der einen Seite und auf der andern Seite den Rohstoff des Gesellschaftsaufbaus, die Einzelnen. Sie ist immer nach der einen Seite „absolutistisch", nach der andern „individualistisch"; für Staatsallmacht einerseits, für möglichste Losgelöstheit und Wurzellosigkeit der Einzelnen anderseits. Sie bekämpft und verneint nach Möglichkeit alle gesellschaftliche Zwischengliederung, alle gewachsene und gewordene Führerschaft und Gruppenbildung unterhalb des Staats; sie bestreitet die tiefer verankerten Zusammenhänge „der gottgewollten Abhängigkeiten", mit dem leicht entstellbaren und mißverständlichen, aber an sich einen durchaus unentbehrlichen gesellschaftswissenschaftlichen Begriff darstellenden Ausdruck des Fürsten Bismarck. Diese Gebilde und Erscheinungen sind verwickelter und vielgestaltiger als jener einfache Gegensatz von Spitze und Masse. Die einfachere Formel, die geistige Unkosten erspart, hat aber aus leicht begreiflichen Gründen immer die breitere Wirkung. So erklärt sich die Abneigung des üblichen Politisierens gegen jene inneren sozialen Zusammenhänge. Sie sind dem durchschnittlichen politischen Tagesredner einfach zu verwickelt.

In der Machtausstattung dieser unteren Kreise, in der Gestaltung der „inneren Führung" gegenüber der obersten Gewalt liegt die Gewähr der persönlichen Freiheit, da der Einzelne jedem über die ursprünglichsten Stufen hinausgelangten Gemeinwesen gegenüber allemal zu schwach ist und ein wirksames Gegengewicht gegen die oberste Gewalt daher nur von Verbänden, nicht von Einzelnen, gebildet werden kann. Daher war Sonderbildung, „Partikularismus", das Kennzeichen der germanischen Gestaltung des Zusammenlebens.

Der neue Parlamentarismus — die Massenwahl — bieten in ihren schwankenden und zufälligen Ergebnissen sicherlich keine geeignete Auslese der zwischen der obersten Gewalt und den Einzelnen stehenden Führung. Und darum wird dieser neue Parlamentarismus sicherlich noch sehr viel rascher zur Zersetzung und Entartung führen als der alte reichsständische.

5.

Aber es kommt noch eine weitere Besonderheit des neuzeitlichen auf Massenwahl beruhenden Parlamentarismus hinzu, die sein Wesen bestimmt und ihn allemal in eine dem Wohl des Volks und letztlich sogar — wenn wir aus dem Untergang der antiken Kultur richtig zu lesen verstehen — dem Bestande der ganzen Gesit-

tungsform feindliche Richtung zwingt. Nämlich bei entwickelten geldwirtschaftlichen Verhältnissen bedeutet Parlamentsherrschaft immer Geldherrschaft; daß die Reichsten, in neuzeitlichen Verhältnissen die Großbanken, die eigentliche Macht im Staate in die Hände bekommen; die geldlich Reichen; nicht die eigentlich erzeugenden Stände, etwa Großgewerbe und Landwirtschaft. Es wäre weit weniger gefährlich, obwohl auch nicht wünschenswert, wenn diese letzteren Mächte die staatliche Macht etwa in die Hände bekämen; es wäre weniger gefährlich, weil deren Gedeihen mit dem Wohl des Volksganzen verbunden ist und weil sie nie international werden können. Dagegen strebt die reine Geldmacht ihrem Wesen nach über die Volks- und Staatsgrenzen hinaus, und muß darüber hinausstreben, weil ihre wirtschaftliche Macht auf Marktbeherrschung, Monopolisierung, nicht auf wirklicher Wert*erzeugung* beruht und weil sie daher ihr räumliches Machtbereich stets zu erweitern streben muß; mit jener Unersättlichkeit des Macht- und Gewinnbestrebens, die die reine Geldmacht kennzeichnet und die wahrscheinlich in der Grenzenlosigkeit der Zahl ihre seelische Erklärung findet.

Daß Parlamentsherrschaft Geldherrschaft bedeutet, bedarf kaum noch näherer Begründung. Die sozialdemokratische Lehre war sich bis zu ihrem jetzigen widernatürlichen Bündnis mit der goldenen Internationale völlig klar darüber. Bebel hat mehrfach ausgesprochen, daß bei den parlamentarisch regierten Westmächten sich weitaus die härteste und rücksichtsloseste Kapitalsmacht entwickelt habe. Einsichtige Franzosen waren sich vor dem Kriege längst darüber klar, daß bei ihnen die Börsen und Banken die eigentliche Gewalt in Händen haben. Einen der anschaulichsten über den großen Ereignissen des Kriegsausbruchs viel zu wenig beachteten Beweis dafür bildet übrigens die geradezu unglaubliche Weise, wie Frankreich durch Sondergesetze bei Kriegsausbruch die Banken geschützt und bevorzugt hat zu Lasten des übrigen Wirtschaftslebens.

Daß republikanische und parlamentarische Regierungsform mindestens unter modernen wirtschaftlichen Verhältnissen zur Geldherrschaft führt, haben Tieferblickende schon früher erkannt. „Ich fand, die monarchische Staatsform sei für die Armen und die republikanische für die Reichen die beste", schreibt Oliver Goldsmith schon im 18. Jahrhundert.

Der große staats- und moralwissenschaftliche Denker Beyle-Stendhal, der größte Franzose der letzten 150 Jahre — Napoleon fühlte sich bekanntlich sein Lebtag als Italiener —, spricht im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts von „der durch eine Verfassung verdeckten Aristokratie, der Beherrschung eines Volks zugunsten der Reichen wie in England".

Die deutsche Arbeiterbewegung war in ihren Anfängen sich dessen auch klar bewußt, daß die unterste Schicht im Kampf gegen soziale Übermacht der Stütze einer starken monarchischen Staatsgewalt bedarf. Diese Erkenntnis wird ja auch durch die einfachsten geschichtlichen Betrachtungen bestätigt, wie zum Beispiel dadurch, daß in der Antike die unterste Schicht im Kampfe gegen die Reichen und die Geschlechter stets Verbindung gesucht und gefunden hat bei einer monarchischen Gewalt, bei einem „Tyrannos". Diese Erkenntnis, daß nämlich das Bankier- und Advokatenregiment des Parlamentarismus keineswegs dem Vorteil der Handarbeiterklasse dient, ist auch heute keineswegs in der deutschen Arbeiterbewegung verschwunden. Vergleiche einen kürzlich in der Glocke erschienenen Aufsatz des Sozialdemokraten Ernst Heilmann: Proletarisches Klasseninteresse und parlamentarische Advokatenwirtschaft.

Aber die Führer, die schon im Parlament sitzen, denken eben anders; sie haben so rasch Gefallen gefunden an der Macht, daß sie darüber die Lebensbelange ihrer Wähler völlig vergessen. Kann es vom Standpunkt der deutschen Arbeiter und deren Lebensbedürfnis etwas Sinnloseres geben, als daß nun ihre erwählten Vertreter ihr Äußerstes tun, um dieses deutsche Königtum, das am meisten geleistet hat für die handarbeitende Klasse, zu zerstören und die westmächtliche Regierungsform — die härteste Geldherrschaft nach Bebel — an die Stelle zu setzen?!

Einige Jahre vor dem Kriege schrieb ein von einer amerikanischen Reise zurückkehrender sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter — wenn ich nicht irre, war es Südekum —, Deutschland sei seiner Ansicht nach das bestregierte Land der Welt, welche Meinung ja auch der Präsident Wilson vor dem Kriege mehrfach ausgesprochen hat.

Ist es nicht gerade auch vom Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft sinnwidrig, diese Regierungsform nun zerstören zu wollen, weil sie vielleicht die letzten 20 Jahre durch die unglückliche Wahl ihrer Berater weniger geleistet hat? Für die weitreichende, viele Geschlechterfolgen umfassende Wirkung, um die es sich bei Völker- und Staatengeschicken handelt, ist ja doch die Einrichtung und die in ihr steckende Überlieferung mindestens ebenso wertvoll und wichtig wie die einzelne Persönlichkeit, deren Zufälligkeiten an Willens- und Verstandesbegabung übrigens bei keiner Regierungsform ausgeschaltet werden können. Es gibt in aller wirklich schöpferischen Tätigkeit — und dazu gehört die Regierungskunst — keine „Kollektiv"-, sondern nur Persönlichkeitsarbeit.

Auch bei den Parteien sind es bekanntlich immer ganz wenige, die einzelnen Parteiführer, die schließlich die Richtung der Entscheidung bestimmen. Es steht zwar ausdrücklich in unserer Reichsverfassung, daß die Abgeordneten stets nach freier Überzeugung stimmen sollen und „nicht an Aufträge und Instruktionen gebunden seien" (Art. 29). Was unsere Parteien fröhlich Parteidisziplin nennen, ist nichts anderes als der offenbare Verstoß gegen diese Verfassungsbestimmung, als das sog. „Mandat imperatif". Tatsächlich ist der Wille der Parteiführer ausschlaggebend, also der Wille ganz weniger Männer; bei klarer Parteienzweiteilung, wie sie ja eigentlich zum richtigen Parlamentarismus gehört, der Wille eines einzigen, des Führers der Mehrheit, der, nebenbei bemerkt, zum Unterschied von allen anderen Regierungsstellen, als Parlamentsmitglied völlig unverantwortlich ist. Das „Princeps legibus solutus" des alten Rom, daß der Herrscher nicht unter dem Gesetz stehe, gilt bei uns keineswegs. Nur die unmittelbare Zwangsvollstreckung gegen den König wäre schwierig, wenn er es je gegenüber einem rechtskräftigen Urteil darauf ankommen ließe, was bei uns nicht vorkommt. Die Rechtsprechung wirkt daher bei uns gegen den Fürsten wie gegen jeden andern Bürger. Der Herr Abgeordnete aber steht wirklich und tatsächlich über den Gesetzen; man denke daran, wie der „Elsässer" Ehren-Blumenthal seine Abgeordnetenstellung zu fortgesetzter gemeinster Verhöhnung und Beleidigung eines dagegen völlig wehrlosen Metzer Regierungsbeamten benutzt hat[1]).

Der einzelne Führer der Mehrheit hat, und zwar ohne jede rechtliche Verantwortlichkeit, die höchste Gewalt im parlamentarisch regierten Staatswesen. Bis zu dieser verblüffenden Folgerung entwickelt sich der Mehrheitsgrundsatz; bzw. die „Fiktion" oder unwahre Annahme, die am Anfang aller massenherrschaftlichen Gestal-

[1]) Meines Erachtens ließe sich übrigens in solchen Fällen eine Ehrennotwehr des Verletzten gegen den immunen Ehrverletzer positivrechtlich begründen.

tung des Gemeinwesens liegt, daß nämlich der Wille der Mehrheit als der Wille aller gilt. Ohne diese Vergewaltigung des Tatsächlichen kommt die massenherrschaftliche Lehre von vornherein nicht aus. Weil es eben unlösbar, ja in sich widerspruchsvoll ist, von der Masse aus zum einheitlichen Gesamtwillen kommen zu wollen, den herzustellen das Wesen aller verschiedenen Regierungsformen ist. Jene einzelnen Führer kann nun die Geldmacht stets irgendwie fassen, an ihrer Eitelkeit oder auch unmittelbar an ihrem sonstigen Eigennutzen, wobei man noch keineswegs an eigentliche Bestechung zu denken braucht. Die meisten Menschen, und besonders Berufsredner, sehen bekanntlich die Dinge leicht so an wie sie ihrem Vorteil entsprechen.

Die Geldmacht kann ja stets unverhältnismäßig mehr bieten als die in ihren Mitteln beschränktere und vor allem in deren Verwendung scharf beaufsichtigte Staatsgewalt. Darum ist sich auch die überstaatliche Geldmacht stets sicher, die Parlamente in ihre Hand zu bekommen. Sie befördert das weitestgehende gleiche Stimmrecht, weil die Erwählten der atomisierten Masse, sozial wurzellos und an sich bedeutungslos, sehr viel leichter zu beherrschen sind als eine organische Vertretung gegebener ständischer oder sonstiger Machtkreise.

Die überstaatliche Geldmacht erstrebt, wie von Gebsattel in Nr. 656 der Deutschen Zeitung vom 31. Dezember 1917 überzeugend ausführt, eine massenherrschaftliche Parlamentsform, weil sie weiß, daß sie diese formlose Masse immer in die Hände bekommen wird, während ein Herrenhaus oder eine berufsständische Vertretung widerstandsfähiger sein wird.

Große Unternehmer machen Reichstagsmitglieder zu Aufsichtsräten, die zu Aufsichtsräten weder die Fachkenntnisse noch den wirtschaftlichen Rückhalt bieten, die sonst regelmäßig zum Amt des Aufsichtsrats berufen machen. Man rechnet eben auf den politischen Einfluß zugunsten des Unternehmens. Und ein Hauptbeteiligter bestreitet selbst nicht — es ist wirklich rührend unbefangen und bezeichnet den ungeheuerlichen Abstieg unseres politischen Lebens —, daß er zur gleichen Zeit, als er in seiner Eigenschaft als deutsches Reichstagsmitglied Anfang Juli 1917 den Vorstoß auf Einstellung des U-Bootkrieges und zur Erzwingung des Friedens um jeden Preis im Reichstag machte, im neutralen Ausland in seiner Eigenschaft als Aufsichtsrat und im Namen dieses Unternehmens mit englischen Stahlerzeugern unterhandelte zwecks internationaler Ringbildung nach dem demnächstigen Kriegsende.

Das widernatürliche Bündnis der parlamentarischen Führer unserer Arbeiterschaft mit der überstaatlichen Geldmacht im Innern ist derzeit in seinem Entstehen und seinem inneren Wesen noch nicht genügend aufgeklärt.

Vor ungefähr fünf Jahren hatte die Regierung zur Einführung eines Petroleummonopols eine Vorlage gemacht. Das plötzliche und damals völlig unerklärliche Umschwenken des Zentrums gegenüber der von ihm selbst in jahrelangem Drängen veranlaßten Petroleummonopolvorlage hat inzwischen eine Aufklärung gefunden (vgl. Deutsche Zeitung vom 31. Juli 1917, „Wie stehen eigentlich die Riedemanns zu all dem?"), die uns jegliche etwa vorhandene Selbstgerechtigkeit gegenüber französischer Parlamentskorruption auszutreiben geeignet ist.

Es scheint fast, als ob die geldmächtliche Entartung des Parlaments, die in England und Frankreich mehr dem Hinabgleiten auf einer schiefen Ebene glich, bei uns in Deutschland sich als ein reißender Absturz vollziehen werde.

# Die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern nach dem Kriege.

Von Kreisbaumeister Utsch, Fallingbostel.

Der Weltkrieg mit seinen ungeahnten Ausmaßen gibt uns viele Tausende unserer Helden, die in der Vollkraft der Jugend hinauszogen, mit dauernd zerstörter Gesundheit oder als Krüppel zurück. Da erwächst uns eine gewaltig große nationale Pflicht, eine Dankesschuld, mit deren Tilgung nicht erst nach Beendigung des Ringens begonnen werden durfte. Es galt und gilt, den Beschädigten nicht nur eine angemessene staatliche Rente bis ans Lebensende sicherzustellen, sondern vielmehr noch, ihnen Wege zu erschließen und zu bahnen zu einem, wenn nötig, neuen Beruf, in dem der verbliebene Rest von Kraft ausreicht, für sich und die Familie den Lebensunterhalt zu erwerben und damit und darin zugleich das vielen verlorengegangene innere Gleichgewicht und ein stilles, bleibendes Glück zurückzugewinnen. Daß hier nicht schematisch verfahren werden darf, sondern tunlichste Berücksichtigung der Wünsche des einzelnen und weises Abwägen der persönlichen Anlage sowie des Maßes und der Art der noch vorhandenen Fähigkeiten erforderlich ist, liegt auf der Hand.

Ein Hauptanteil an dieser großen, aber auch dankbaren Aufgabe dürfte, sowohl was Wert wie Umfang anbetrifft, der inneren Siedlung zufallen. Einmal sind die gegebenen Möglichkeiten wohl auf keinem anderen Gebiete so groß, denn Ödlandflächen binnenlands, Neuland jenseits der Grenzen harren der Erschließung, und die Wünsche vieler unserer tapferen Feldgrauen gehen mit der Sehnsuchtskraft, wie sie nur deutsche Herzen empfinden können, auf ein eigenes Heim auf eigener Scholle aus. Sie haben da draußen die Natur kennen und lieben gelernt und möchten ein Stückchen des Landes besitzen, für das sie gelitten und gestritten haben. Nirgendwo aber deckt sich das Wohl unserer Krieger mit den Interessen des Staates wohl so wie hier, denn jede weitere Siedelstelle bedeutet eine Vermehrung unseres Nationalvermögens und unserer Volkskraft und macht uns in der Erzeugung unserer Nahrungsmittel unabhängiger vom Ausland.

Die Kriegsteilnehmer selbst werden durch die Ansiedlung am besten versorgt, dem platten Lande aber wird ein großer Dienst erwiesen, wenn recht viele kinderreiche Familien dorthin verpflanzt werden. Sie bedeuten Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und Besserung in dem großen Mißverhältnis, das hinsichtlich der Bevölkerungsziffer zwischen Stadt und Land besteht.

An Siedlungslustigen wird es nach dem Kriege nicht fehlen, das beweisen die zahlreichen Anfragen aus dem Felde. Bei der Kreisverwaltung Fallingbostel allein sind bis jetzt mehrere hundert Anträge eingegangen.

Die Ansiedlung der Kriegsteilnehmer und besonders der Beschädigten ist aber zweifellos eine schwierige und verantwortungsvolle Sache. Der leitende Gedanke bei der Ansiedlung jedes einzelnen muß der sein, daß das eigene Heim erst dann vollen Wert für den Krieger hat, wenn mit ihm Verhältnisse verbunden sind, die eine sichere und sorgenlose Zukunft gewährleisten, das will sagen, dem Ansiedler muß in der Nähe genügende Arbeitsgelegenheit geboten werden, durch die er ausreichenden Verdienst finden kann. Unter den vielen, die sich ansiedeln wollen, sind doch nur verhältnismäßig wenige, die eine größere Stelle mit voller eigener Ackernahrung

erwerben können. Hinsichtlich des Umfangs der Ansiedlungen und der Art der Beschäftigung des Siedlers teilen wir die Siedlungen wie folgt ein:

a) Ansiedlungen für Arbeiter, die im Gewerbe oder in der Fabrik tätig sind.
b) Ansiedlungen für Landarbeiter.
c) Ansiedlungen für selbständige Handwerker.
d) Ansiedlungen mit eigener Ackernahrung bis zur Größe von 100 und mehr Morgen.

Für welche Siedlung der einzelne Bewerber jeweils in Frage kommt, muß vor seiner Annahme eingehend geprüft werden. Von größter Wichtigkeit ist die genaue Feststellung seiner Verhältnisse, seiner Fähigkeiten, seiner Neigungen, seiner Familie usw. Vor allem dürfen dem Siedler auch keine Hoffnungen gemacht werden, die sich später nicht erfüllen; und wenn er, wie dies sehr oft der Fall ist, selbst trügerische Hoffnungen auf seine Ansiedlung setzt, so müssen sie ihm liebevoll, aber bestimmt zerstört werden. Er darf über seine Zukunft, über die Möglichkeiten, die seine Ansiedlung ihm bieten wird, nicht im unklaren bleiben, soweit sich dies vorher übersehen läßt.

Nach der Art der Ansiedlung unterscheiden wir zwischen Einzelsiedlung im Anschluß an vorhandene Ortschaften, Gruppensiedlungen innerhalb einer Gemeinde sowie Errichtung neuer Ortschaften auf kultiviertem Ödland, aufgeteiltem Großbesitz oder parzellierten Domänen.

Die oben unter a) genannten Ansiedlungen für gewerbliche Arbeiter werden in größerem Umfange nur in der Nähe der Städte oder größerer Industrieunternehmungen möglich sein. Hier wäre zu wünschen, daß Großindustrielle und Fabrikbesitzer gegebenenfalls in Gemeinschaft mit den Kreisverwaltungen Siedlungsunternehmer würden und neue Fabriken möglichst auf dem Lande an der Bahn oder an schiffbaren Wasserläufen errichteten. Dann würde sich erfüllen, was dem verstorbenen Pastor v. Bodelschwingh als Ideal vorschwebte, nämlich, daß jeder Fabrikarbeiter sein eigenes Heim mit größerem Garten besitzt, in dem er sich seine Kartoffeln, sein Gemüse und Obst selbst bauen kann. Diese Siedlungen können nur geringen Umfang haben und sind auf Kleintierzucht einzurichten (Ziegen, Kaninchen, Geflügel). Je nach dem Fleiß und den Neigungen des Siedlers und seiner Angehörigen können den Stellen bis zu 3 Morgen Land beigegeben werden; stammt er nebst seiner Ehefrau aus der Landwirtschaft, so kann die Stelle unbedenklich bis zu 6 Morgen Größe ausgelegt werden. Dies ist selbstverständlich nur auf dem Lande oder in der Nähe kleiner Landstädte, wo der Morgen Land nicht mehr als 500 Mk. kostet, möglich.

Die Ansiedlung der oben unter b) genannten Landarbeiter wird für die Landwirtschaft nach dem Kriege eine Lebensfrage sein. Es ist deshalb ihre eigenste Sache, diese Siedlungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. Die Stellen sind unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Siedlers so groß auszulegen, daß der Siedler in der Lage ist, für sich und seine Familie genügend Brotkorn und Kartoffeln bauen und eine oder auch zwei Kühe halten zu können. Die Größe der Stellen kann unbedenklich bis zu 12 Morgen betragen. Neuerdings glaubt man die Arbeiterfrage durch Errichtung von Pachtsiedlungen auf Gemeindeland lösen zu können. Zweifellos wird durch die Ansiedlung der Landarbeiter auf der eigenen Scholle mehr erreicht. Auf der Pachtsiedlung wird der Arbeiter nicht bodenständig, auch hat er an der gepachteten Stelle nicht das Interesse wie an der eigenen. Weiter bleibt er auf

der Pachtsiedlung stets in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis; die Pachtsiedlungen werden daher in erster Linie von noch wenig erprobten Siedlern besetzt und wechseln auch häufig ihren Inhaber. Die Landarbeiterfrage kann meines Erachtens dauernd nur durch die Ansiedlung zahlreicher, kinderreicher Familien auf der eigenen Scholle befriedigend gelöst werden.

Die unter c) genannte Handwerkeransiedlung ist für viele Gemeinden ein dringendes Bedürfnis. Es ist deshalb zu wünschen, daß sich die einzelnen Gemeinden mit dieser Frage beschäftigen und die notwendigen Arbeitskräfte für das Handwerk aufs Land ziehen. Diese Stellen sind je nach den Kenntnissen, Fähigkeiten und Mitteln der Ansiedler größer oder kleiner anzulegen; im allgemeinen werden sie ähnlich wie die Stellen der Landarbeiter einzurichten sein.

Die Errichtung der oben unter d) erwähnten bäuerlichen Ansiedelungen wird in erster Linie Kreisen und provinziellen Siedlungsgesellschaften zufallen. Hier werden hauptsächlich nur solche Bewerber in Frage kommen, die über genügend Geldmittel und ausreichende landwirtschaftliche Kenntnisse verfügen; das sind vornehmlich frühere Pächter, Hofverwalter, erste Knechte u. dgl. Diese Ansiedlungen sowohl wie die Handwerkeransiedlungen werden auch an ihrem Teil zur Lösung der Landarbeiterfrage beitragen, indem die Kinder dieser Siedler doch zum Teil bei den größeren Besitzern in der näheren Umgebung eine Stellung als Knecht oder Magd annehmen und so der Landwirtschaft erwünschte und brauchbare Kräfte zuführen. Als treffendes Beispiel hierfür kann die vom Kreise Fallingbostel errichtete Ansiedlung Schneeheide angeführt werden. Schneeheide hat 52 Stellen, darunter 46 selbständige, und doch arbeiten sehr viele Kinder der Ansiedler bei den Landwirten der benachbarten Gemeinden als Knechte oder Mägde.

In der ersten Zeit nach dem Kriege wird man sich hauptsächlich der Einzelsiedlung im Anschluß an vorhandene Orte zuwenden müssen, denn einmal sind hier die Möglichkeiten, dem Siedler ein Auskommen zu verschaffen, am größten, und zum anderen werden sich hier durch die Hilfe der Gemeinden die Bauten am billigsten herstellen lassen. Auch kann mit den Arbeiten ohne weiteres begonnen werden, da eine Neuregelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Gemeinde kaum dadurch nötig wird. Ferner brauchen größere Wege-Entwässerungsanlagen nicht ausgeführt zu werden. Auf diese Siedlungsart werden sich viele Kriegsteilnehmer in der Heimatgemeinde ansiedeln lassen, was immer anzustreben ist. Dem eigenen Landsmann werden Besitzer und Gemeinde auch gern helfen durch Hergabe von Land, billigem Bauholz und Leistung von Gespannarbeiten gegen mäßige Entschädigung. Es ist selbstverständlich, daß diese Einzelsiedlungen an öffentliche Wohlfahrtseinrichtungen, wie die Überlandzentrale, die Wasserleitung u. dgl., angeschlossen werden.

Die Errichtung von Gruppensiedlungen und die Anlage neuer Ortschaften wird sich wahrscheinlich erst allmählich ermöglichen lassen, da hier zu den großen vorbereitenden Arbeiten zahlreiche Arbeitskräfte nötig sind, an denen es voraussichtlich fehlen wird. Für diese Siedlungen dürfte unter allen Umständen die geschlossene Ortslage zu wählen sein, damit die Einrichtung gemeinsamer Anlagen, wie Beleuchtung, Wasserversorgung u. dgl., möglich ist. Auch wird durch die Versorgung der Siedlungen mit elektrischer Kraft den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit geboten, einen gewerblichen Betrieb einzurichten und Heimarbeit zu betreiben.

In jüngster Zeit wird den Kriegsbeschädigten vielfach empfohlen, eine Gartensiedlung zu erwerben und in größerem Maßstabe Kleintierzucht zu betreiben. Solche

Siedlung von 4 bis 6 Morgen Größe soll, richtig betrieben, den Besitzer und seine Familie ernähren können. Dies mag vielleicht in der Nähe größerer Städte möglich sein, doch empfehle ich, diese Anpreisungen mit Vorsicht aufzunehmen, und warne davor, solche Siedlungen zu erwerben, wenn dem Käufer nicht eingehende Fach- und Sachkenntnisse sowie tüchtige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Auch ist damit zu rechnen, daß die Preise für Gemüse sowie Fleisch von Kleintieren nach Rückkehr geordneter Verhältnisse stark fallen werden, besonders wenn die Großbetriebe des Auslandes den Gemüsemarkt wieder beschicken. Hinzu kommt, daß die Gartensiedlungen erfahrungsgemäß in den ersten Jahren nur geringe Erträge bringen, dagegen hohe Ausgaben beanspruchen. Unbemittelten ist daher von dem Erwerb und dem Ausbau einer Gartensiedlung abzuraten.

Diesen ist vielmehr zu empfehlen, auf einer kleinen Stelle regelrecht Acker- und Viehwirtschaft zu betreiben; damit helfen sie sich über die ersten schweren Jahre am besten hinweg und können später bei guter Entwicklung der Stelle Land zupachten bzw. zukaufen oder auch, wenn es angezeigt ist, nach und nach verstärkten Gemüse- und Obstbau einrichten. Anders liegt die Sache für einen bemittelten Siedler, der eine größere Moorwirtschaft von etwa 50 Morgen oder mehr mit Gemüsebau und entsprechender Viehhaltung erwerben will. Er wird, wenn er die Moorwirtschaft versteht, sein gutes Auskommen finden. Siedler sowohl wie Siedlungsunternehmer müssen sich nach eingehender Prüfung aller Verhältnisse darüber klar werden, welche Ansiedlungsweise jeweils für den Bewerber zu wählen ist. Hier gilt vor allem das Wort: der richtige Mann an dem richtigen Platz.

Außer den Kriegsteilnehmern und Kriegerwitwen werden sich auch deutsche Rückwanderer sowie vereinzelt auch kriegsgefangene Flamen und Russen um Ansiedlungen bewerben. Die letzteren dürften nach ihrer Bewährung als Arbeiter in der Landwirtschaft nicht das schlechteste Siedlermaterial abgeben, ist es doch nicht zu leugnen, daß mancher Gefangene den im Felde stehenden Hofbesitzer in hervorragender Weise vertreten hat.

An Siedlungslustigen und an Siedlungsunternehmern wird es demnach nach dem Kriege nicht fehlen, doch gehören zu einer erfolgreichen Siedeltätigkeit, wie wir gesehen haben, vor allem Geld, Land, Baustoffe und Arbeitskräfte. Der Siedlungsunternehmer muß in der Lage sein, die Ansiedlung zu solchem Preise abgeben zu können, daß der Siedler bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung auf seine Kosten kommt. Bei den heutigen Preisen für Baustoffe und Land und den hohen Arbeitslöhnen ist dies aber ausgeschlossen. Es müssen daher Wege und Mittel gefunden werden, durch die Geld, Land, Baustoffe und Arbeitskräfte zu angemessenen Preisen beschafft werden können.

### 1. Die Geldbeschaffung.

Das größte Hemmnis aller gemeinnützigen Siedlungstätigkeit war bisher der Mangel an billigem Geld. Um diesem Übelstand abzuhelfen und genügend Kapital zu billigem Zinsfuß flüssig zu machen, wäre zu fordern, daß von allen denjenigen Kriegsgewinnen, die nach Abzug aller Steuern die Summe von 20000 Mk. übersteigen, der Besitzer einen Betrag von etwa 10% zu einem Zinsfuß von 3 bis 3½% zum Zwecke der Beleihung von Kriegersiedlungen hergibt. Zwar werden die Kriegsgewinnler, die ihr Geld meistens leicht verdient haben, dieser Forderung, wenngleich sie für sie nur mit Zins- nicht aber mit Kapitalverlusten verbunden ist, Widerstand entgegensetzen, doch wird der obige Vorschlag ein gangbarer Weg sein,

den Kriegsteilnehmern zu einem billigen und wohlverdienten Kredit zu verhelfen. Sie stehen auch mit den Kriegsgewinnen in so inniger Beziehung, daß ihnen eine kleine Beteiligung an denselben wohl zu gönnen ist. Die Verwirklichung dieser Forderung könnte in einfacher Weise gelöst werden, indem die Kriegsgewinnler den noch näher festzusetzenden Anteil ihres Gewinnes einem Kreditinstitut der Provinz, das dann als Ausgleichstelle die einzelnen Kassen, die die Siedelstellen finanzieren, mit dem nötigen Gelde versorgen würde. Die Geldgeber erhalten dann durch die Kreditanstalt halbjährlich ihre Zinsen. Auf diese Weise würde der Staat, der nach dem Kriege übergroße finanzielle Ausgaben haben wird, entlastet, und doch wäre dann mit Hilfe der Rentenbank, die die Stellen nur mehr mit etwa 50% zu beleihen brauchte, eine umfangreiche Siedlungstätigkeit möglich. Mit dem zusammenkommenden Kapital der Kriegsgewinne und dem Rentenbankkredit können etwa 3 Millionen Ansiedlungen im Durchschnittswerte von rd. 10000 Mk. beliehen werden. Die Verzinsung eines kleinen Bruchteiles ihres Kriegsgewinnes mit nur $3\frac{1}{2}$% werden die Kriegsgewinnler nicht sehr schmerzlich empfinden, und wohl mancher von ihnen wird gerne die geforderte geringe Dankesschuld an unsere tapferen Helden abtragen wollen.

In Fällen, wo eine Siedlung nicht in voller Höhe der Herstellungskosten mit dem Gelde aus den Kriegsgewinnen oder dem Rentenbankkredit beliehen werden kann, werden die Sparkassen der Kommunalverbände die notwendigen Summen unter Bürgschaft des Siedlungsunternehmers hergeben können. Unter Verwirklichung dieser Forderungen dürften der Finanzierung der Kriegeransiedlungen Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen.

Von der Verwendung der Kapitalabfindung zur Anzahlung soll immer nur in geeigneten Fällen und in vorsichtig abgewogenem Maße Gebrauch gemacht werden, um eine zu große Gefahr für den Kriegsbeschädigten zu vermeiden. Immerhin wird unter dieser Voraussetzung auch durch sie ein Teil der Finanzierung der Stellen und insbesondere auch die Beschaffung des nötigen lebenden und toten Inventars sichergestellt werden.

### 2. Die Landbeschaffung.

Zur Beschaffung des erforderlichen Siedellandes sollten zunächst die Gemeinden alles entbehrliche Gemeinde- und Schulland, die Kirchen entbehrliches Pfarr- und Küsterland und der Domänenfiskus Moor- und Heideländereien zu angemessenem Preise hergeben.

Ferner wäre anzustreben, daß alle Besitzer mit mehr als 350 Morgen Grundbesitz etwa 5% ihrer Ländereien zu angemessenem Preise für die Kriegeransiedlung zur Verfügung stellen. Die auf diese Weise frei werdenden Grundstücke brauchen nicht einmal zu freiem Eigentum an die Siedler aufgelassen zu werden; an Stelle des freien Eigentums kann unbedenklich die Erbpacht treten. Schließlich könnte auch die Forstverwaltung zur Ansiedlung kriegsbeschädigter Forstaufseher und Forstarbeiter in vielen Fällen kleinere Grundstücksteile gegen mäßige Entschädigung abtreten.

Auch wird es nötig sein, daß nach dem Kriege eine von berufener Seite schon öfters erhobene Forderung verwirklicht wird, nämlich die Einführung eines Ödlandenteignungsgesetzes. Dieses Gesetz müßte dem Staate oder dem Siedlungsunternehmer das Recht geben, größere, abseits vom Hofe gelegene kulturwürdige Ödlandflächen, die in 3 Jahren nach dem Kriege von ihrem Besitzer nicht in Kultur genommen sind, zu enteignen. Deutschland kann sich nach diesem Kriege ein Brachliegen größerer

Flächen mit gutem, fruchtbaren Boden nicht mehr erlauben, auch darf die Kultivierung einer kulturwürdigen Heide- und Moorfläche an dem oft nur aus Trotz geborenen Eigenwillen des Besitzers nicht scheitern.

Es dürfte nicht mehr geduldet sein, daß, wie es in einem Kreise der Provinz Hannover vorgekommen ist, der Besitzer einer außerhalb seines Hofes gelegenen 200 Morgen großen Heidefläche mit bestem, lehmigen Boden es nicht nur ablehnte, die Fläche zu verkaufen, nein, er lehnte es auch ab, die Fläche selbst zu kultivieren, und auch, sie vom Kreise kultivieren zu lassen, mit dem Einwand: Mein Vater und Großvater haben den Hof nicht „verschändet" und ich will es auch nicht tun. Dabei liegt diese Fläche 1½ km von einer Fabrik, auf der 2000 Menschen beschäftigt werden. Ein solcher Standpunkt fordert die Anwendung des Ödlandenteignungsgesetzes doch wohl heraus.

### 3. Die Baustoffbeschaffung.

Die Preise der wichtigsten Baustoffe sind während des Krieges stark gestiegen. Während Maler-, Glaser- und Tischlerarbeiten um etwa 150 bis 200%, Zimmerarbeiten um etwa 100% gestiegen sind, beschränkt sich der Aufschlag für fertige Maurer- und Dachdeckerarbeiten auf etwa 75%. Allgemein kann man sagen, daß heute ein Bau, wenn er nicht durch Kriegsgefangenenarbeit verbilligt wird, das Doppelte kostet als vor dem Kriege.

Die erhebliche Steigerung der Holzpreise dürfte aber nicht in vollem Umfang gerechtfertigt sein. Das Wachsen des Holzes hat nicht mehr gekostet als zu Friedenszeiten, nur das Schlagen, Befördern, Beschneiden usw.; und so wäre denn, um billiges Bauholz und Bretter zu erhalten, die Forderung zu stellen, daß die staatliche Forstverwaltung genügend Holz etwa zu den Preisen von 1914 den Siedlungsunternehmern zur Verfügung stelle, und daß ferner die Heeresverwaltung die zahlreichen Baracken größeren und kleineren Umfangs, die zur Errichtung der Gefangenenlager, auf Truppenübungsplätzen, Lazaretten u. dgl. errichtet wurden, ohne langstielige Untersuchungen und Verhandlungen zum Selbstkostenpreis abzüglich 40% für Abnutzung und Abbruch an Siedlungsunternehmer oder auch direkt an Siedler abgibt.

Bei Einzelsiedlungen im Anschluß an Ortschaften werden auch die Gemeinden oder Genossenschaften aus ihren Forsten Bauholz zu billigem Preise hergeben. An Mauersteinen und Bedachungsmaterial wird es, wenn nach Eintritt normaler Verhältnisse die Ziegeleien ihren Betrieb wieder aufnehmen, nicht fehlen.

Zu wünschen wäre noch, daß die Eisenbahnverwaltung für die Beförderung der Baustoffe einen besonders günstigen Frachtsatz festsetzt.

### 4. Beschaffung der Arbeitskräfte.

Die Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte für das Baugewerbe wird in der ersten Zeit nach dem Kriege sicher schwierig sein. Auch werden zunächst viele, infolge des Krieges hinausgeschobene, größere Ausbesserungsarbeiten an vorhandenen Gebäuden ausgeführt werden müssen. Da ist es nötig, daß alle vorhandenen Kräfte nutzbar gemacht werden, und es kann auf die Hilfe der Strafgefangenen und, solange noch Kriegsgefangene im Lande sind, auch auf diese nicht verzichtet werden. Strafgefangene sowohl wie Kriegsgefangene — Handwerker und Bauarbeiter — müßten den Siedlungsunternehmern zu niedrigen Lohnsätzen zur Verfügung gestellt werden, und diesen muß es überlassen bleiben, ob sie unter Leitung tüchtiger Handwerker mit den zu bildenden Baugruppen auf eigene Rechnung arbeiten

wollen, oder ob sie die Baugruppen einem Unternehmer zur Verfügung stellen und mit diesem Bauverträge abschließen wollen. Es muß jedoch gefordert werden, daß zu all diesen Arbeiten die kleinen selbständigen Handwerker, soweit solche zu haben sind, herangezogen werden. Denn gerade diese sind durch den Krieg am meisten geschädigt worden, und es ist ihnen deshalb zu gönnen, daß ihre Geschäfte wieder aufblühen.

Zu allen gemeinnützigen Ansiedlungen wären vom Staate Unterstützungen zu fordern, und zwar sollte er, wenn es sich um die Bildung neuer Gemeinden oder um eine größere Gruppensiedlung handelt, die Kosten für die öffentlichen Wege- und Entwässerungsanlagen sowie die Kosten für die Schulbauten und deren Unterhaltung grundsätzlich übernehmen. Diese Kosten können den leistungsschwachen Siedlern nicht aufgebürdet werden. Es wäre ferner für jede Ansiedlung zur erstmaligen Einrichtung der Stelle — Umzäunung, Wasserversorgung, Lichtanlage, Obstbäume, Inventarbestandteile o. dgl. — eine einmalige geschenkweise Beihilfe zu gewähren. Zu beachten ist dabei natürlich, daß in den Geschenken auch nicht zu weit gegangen werden darf, um eine Demoralisierung zu vermeiden, die andernfalls nach allen bisherigen Erfahrungen der Siedlungsunternehmer zu befürchten wäre. Zu diesem Ende ist nötig, daß die Ansiedlung der Leute in sachkundiger und verantwortungsbewußter Hand liegt, so bei Kreisverwaltungen oder Gesellschaften, provinziellen Siedlungsgesellschaften, Spezialkommissaren usw.

Zur Verbilligung der Bauten könnten auch noch einige Erleichterungen der Bauordnung gefordert werden, doch darf man hierin auch nicht zu weit gehen. Die neueren Bauordnungen für das platte Land lassen kaum noch zweckmäßige Erleichterungen zu.

Keinesfalls darf unter dem Streben nach Verbilligung die Güte und Solidität des Baues im allgemeinen leiden. Auch müssen die berechtigten Ansprüche, die in gesundheitlicher und technischer Beziehung an die Siedlerwohnung zu stellen sind, im Maße der Möglichkeit erfüllt werden. Der in der Ausführung billigste Bau kann schon nach einigen Jahren infolge seiner hohen Unterhaltungskosten der teuerste geworden sein. Dies ist zu bedenken, wenngleich nach dem Kriege die Notwendigkeit, für viele zehn-, vielleicht hunderttausende von Familien, trotz des herrschenden Baustoffmangels, Wohnungen in Stadt und Land zu erstellen, zu einer gewissen Vereinfachung und zu Behelfen zwingen wird. Sie müssen indessen so sein, daß die eine Hauptbedingung immer erfüllt bleibt: Die Wohnung des Kriegers muß gesund und daher trocken, sonnig und luftig sein.

Bei Neubauten wird der beste und billigste, weil solideste Bau meines Erachtens, noch immer der altbewährte massive Ziegelrohbau bleiben. Bei den jetzigen hohen Holzpreisen wird der Fachwerksbau kaum in Frage kommen können. Es ist auch zu wünschen und vom sozialen Standpunkte aus dahin zu streben, daß die zahlreichen Ziegeleibetriebe, von denen viele schon seit Jahren stilliegen, wieder zu Arbeit und Verdienst kommen. Ich empfehle daher dringend, wo es sich eben ermöglichen läßt, alle Siedlungen im massiven Ziegelrohbau herzustellen, oder, falls nicht genügend gleichmäßig gebrannte Steine erster Güte vorhanden sind, den Putzbau zu wählen. Soviel mir bekannt, ist bis jetzt auch noch nicht der Beweis erbracht worden, daß andere Bauweisen eine wesentliche Verbilligung der Bauten gewährleisten; solider und gesünder als der massive Ziegelroh- oder Putzbau sind sie wohl nicht.

Der Hohlblockbau aus fabrikmäßig hergestellten Kunststeinen scheint mir von den neuen Bauweisen diejenige zu sein, die die größte Bedeutung und Zukunft hat,

weil durch ihre Anwendung in einigen Wochen und ohne Rücksicht auf die Jahreszeit ein gutes, trockenes Wohnhaus errichtet werden kann, vorausgesetzt, daß genügend Bausteine vorrätig sind.

Die Lehmdrahtbauweise kann nur da in Frage kommen, wo ganz in der Nähe des Bauplatzes geeigneter Lehm in genügender Menge vorhanden ist.

Das Holzblockhaus kommt, solange die Holzpreise auf der jetzigen Höhe bleiben, überhaupt nicht in Frage oder doch nur in holzreichen Gebieten etwaigen östlichen Neulandes, wo die Verkehrsschwierigkeiten zunächst noch billige Holzpreise am Standort bedingen. Dagegen wird der Stampfbetonbau nach dem Kriege in Aufnahme kommen können. Da alle diese Baumethoden patentiert sind oder werden, so tut man gut, sich vorher genau über die zu zahlende Lizenzgebühr zu unterrichten, denn oft ist es so, daß die Ersparnis durch die Lizenzgebühr wieder ausgeglichen wird.

Der billigste Bau ist stets der solideste, weil er die geringsten Unterhaltungskosten verursacht. Es wird immer angenehmer sein, einen kleinen Betrag an Zinsen mehr zu zahlen, als denselben oder einen größeren Betrag für das Instandhalten auszugeben. Bei den Stallräumen braucht man nicht ängstlich zu sein, denn ihre Herrichtung kostet nicht so viel Geld, und ihre Ausnutzung ist meistens leicht sicherzustellen. Die augenblicklichen Verhältnisse in der Viehhaltung der ländlichen Ansiedlungen können für die Festlegung der Stallräume keinen Maßstab abgeben.

Für die Wasserversorgung kommt, wenn eine gemeinschaftliche Wasserleitung nicht angelegt werden kann, der Kesselbrunnen oder der Rohrbrunnen in Frage. Ersterer stets da, wo gutes, brauchbares Wasser in nicht zu großer Tiefe vorhanden ist. Liegen dagegen die wasserführenden Sandschichten ziemlich tief, so ist der Bohrbrunnen zu empfehlen. Bei einer Gruppensiedlung wird man sich durch einige Probebohrungen über die Grundwasserverhältnisse Aufschluß verschaffen können. Bei Anlage der Jauchegrube ist darauf zu achten, daß sie groß genug und dicht wird.

Über die Wahl der Grundrißform möchte ich noch kurz folgendes erwähnen: Für die Kleinsiedlung sowohl wie für die bäuerliche Siedlung empfehle ich, wenn nicht ganz besondere Umstände etwas anderes erwünscht erscheinen lassen, das Einfamilienhaus, und zwar Wohnung und Wirtschaftsraum unter einem Dach. Die Vorzüge dieser Bauart liegen auf der Hand. Beim Einfamilienwohnhaus fallen die Reibungspunkte mit dem Mieter oder Nachbar, die das Doppelhaus oder auch das Haus mit Mietwohnungen auf dem Lande stets mit sich bringen, weg.

Durch den Zusammenbau von Wohnung und Stall werden die Gesamtkosten niedriger, das Gebäude ist wärmer, Fütterung, Pflege und Beaufsichtigung des Viehes ist einfacher und mit weniger Arbeit verknüpft. Die Einrichtung einer entsprechend großen Diele, auf der gewaschen, geschlachtet und gearbeitet wird und die die Stallungen untereinander und diese mit der Wohnung verbindet, ist sehr beliebt und wird neuerdings von den Siedlern häufig gefordert. Die Schweineställe müssen jedoch nach Möglichkeit für sich abgeschlossen sein, damit Dunst und Feuchtigkeit aus denselben nicht auf die Diele und in den Kuhstall dringen können.

Um bei größeren Arbeiterstellen und bäuerlichen Siedlungen genügend Bergeraum für die Ernten zu erhalten, ist die Anlage einer entsprechend großen Holzscheune erforderlich. Zur Zeit ist die Errichtung einer solchen aber nicht zu empfehlen, da sie bei den hohen Holzpreisen zuviel Geld kosten würde.

Allgemein ist darauf zu achten, daß die Arbeiten an und für sich sauber, gut und schön ausgeführt werden. Durch Bepflanzung und Berankung der Wände mit Spalierobst und Ziersträuchern wird dann der Kleinsiedlung der schönste Schmuck verliehen.

Vor allem darf bei der ganzen Siedlungsarbeit nicht zu viel schematisiert und reglementiert werden, es muß vielmehr jede Siedlung hinsichtlich der Einrichtung und Größe der Gebäude sowohl wie auch des Landes den Verhältnissen, Neigungen und Fähigkeiten der Siedler angepaßt werden, wobei die Verhältnisse der betreffenden Gegend bestimmte Richtlinien zu geben haben.

Im Gelingen der inneren Kolonisation nach dem Kriege liegt zweifellos ein großes Stück Zukunft unseres Vaterlandes; in den Heimstätten der Krieger blühen und gedeihen die Kinder der Väter, die ihr Alles daransetzten zum Wohle des geliebten Vaterlandes, wie wir hoffen, einer besseren Zukunft entgegen. Deshalb sollten alle willig und bereit sein, mitzuhelfen an dem großen Werke der Kriegeransiedlung und ihnen, die für uns im blutigen Kampfe standen, ein Heim zu bereiten, von dem sie in Wahrheit sagen können: „Mein Heim ist meine Welt".

Wir wollen uns die Worte des verstorbenen Generaloberſten von Bissing, der ein eifriger Freund und Förderer der Kriegersiedlung war, tief ins Gewissen schreiben:

„Gedenket unserer Tapferen da draußen, nicht nur jetzt, sondern in aller Zukunft. Dankerfüllten Herzens gegen ihr unvergleichliches Heldentum, das uns Vaterland, Thron und Altar schützte, wollen wir ihnen unsere Gaben bringen. Möchten die Kriegerheimstätten ihnen unseren tiefgefühlten Dank bezeugen und ihnen eine sorgloſe Zukunft sichern!"

# Zeitungsstimme aus Österreich.

Am 3. März veröffentlichte das „Grazer Tagblatt" die folgende Zuschrift aus Triest: Unter der Aufschrift: „Der neue deutsche Krieg gegen Rußland" druckt die „Edinost" vom 21. Februar einen der bekannten Artikel der „Wiener „Arbeiterzeitung" ab und bemerkt dann dazu folgendes: „Alles ist wahr und gut, was das Blatt sagt, aber uns kommt es vor, daß es nicht lange dauern wird, bis auch unsere Heere in die Ukraine marschieren werden, und das um so gewisser, weil für uns kein Körnchen Getreide übrigbleibt, wohin der deutsche Fuß tritt. Die Erfahrungen, die wir in der Furlanei erlebt haben, sprechen so klar und laut, daß es wohl nicht nötig ist, die Sache genauer zu behandeln. Und so kommt auch für uns jener neue Krieg mit Rußland, den die ‚Tagespost' — ‚den Krieg um das tägliche Brot' nennt." — Graf Czernin treibt eine Politik der Bündnistreue, Dr. v. Seidler weist im Abgeordnetenhause Angriffe gegen Deutschland zurück. So die Theorie! Und die Praxis nun: Da läßt man zu, daß die schamloseste Hetze gegen unseren treuen, geduldigen Verbündeten getrieben wird, die Seele der ruhigen, einfachen Bevölkerung systematisch vergiftet wird. Statt in die tschechische Schlemmerei mit festem Griff hineinzufahren, läßt man Deutschland als die Ursache unserer Not hinstellen, dasselbe Deutschland, das uns in kritischen Augenblicken immer wieder geholfen hat, dasselbe Deutschland, das uns — wie die amtlichen Ziffern besagen — immer den größeren Teil der Beute überlassen hat, dasselbe Deutschland, das uns jetzt, wo unsere Regierung in ihrer chronischen Schwäche den sozialdemokratischen Wünschen zuliebe gegen die bolschewikischen Mordbrennerhorden die Armee nicht mittun läßt, unser Brot in der Ukraine rettet und sichert. Das ist österreichischer Dank in der Praxis. Pfui Teufel! Da soll man noch Achtung haben vor sich selber? Und gar erst die anderen vor uns? Die Welt vor uns? Und unsere Abgeordneten, die spüren das nicht? Sind sie einverstanden mit diesem System? Wenn nicht, warum dulden sie es?

(Entnommen der Korrespondenz aus Österreich, Herausgeber Viktor Lischka.)

# Der Geburtenrückgang und seine treibenden Kräfte.

## Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. K. Oldenberg, Göttingen.

I.

Seit einigen Jahren ist es zu einer nachgerade abgegriffenen Wahrheit geworden, daß Reichtum und Macht eines Landes nicht in Geld und Gut bestehen, sondern in der Zahl und Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung. Darum ist seit kurzem international in den Ländern moderner Kultur der schnelle Rückgang menschlicher Fruchtbarkeit mit Recht Gegenstand schwerer Sorge.

Aber warum sollen wir uns eigentlich so schnell vermehren? Sind 100 Millionen Menschen glücklicher als 50? Geraten sie sich nicht viel mehr in die Haare? und müssen jeder mehr Miete zahlen? und haben von den guten Dingen und Delikatessen, die die Natur in begrenzter Menge darbietet, jeder weniger zu verzehren? Droht nicht das immer dichtere Gedränge der Bevölkerung auf dem Quadratkilometer schließlich eine internationale Not zu werden, in der auch Kriege und Seuchen nur vorübergehend Erleichterung schaffen? — Allein, was für die Weltbevölkerung ein Unglück ist, kann doch für das einzelne Volk Lebensinteresse sein: zur Sicherung staatlicher Macht und Existenz und zur Sicherung nationaler Kultur möglichst schneller Bevölkerungszuwachs, ein internationaler Wettlauf um die zahlenmäßige Überflügelung des Nachbarn mit immer mehr Menschen, die Reichtum schaffen, Steuern zahlen, Schlachten schlagen. „Ein halbes Jahrhundert Verzögerung des Geburtenrückgangs kann vielleicht einer Nation die Weltherrschaft sichern", so schrieb wenige Jahre vor dem Kriege der Italiener Professor Mortara in seinem Buche über den Geburtenrückgang Italiens. Wir Deutsche erstreben keine Weltherrschaft; aber wir wollen bevölkerungsstark bleiben, um nicht von Nachbarn erdrückt zu werden.

Ist eigentlich unser Geburtenrückgang erheblich? Mit Zahlen wollen wir beileibe nicht viel zu tun haben, weil wir sie nicht mögen. Aber die paar Zahlen, nach denen wir unsere Politik richten, sollen wenigstens so richtig und so schlüssig sein wie möglich. Die genaueste Berechnung, mit tunlichster Ausschaltung auch versteckter Fehlerquellen, ist von zwei englischen Statistikern für den Zeitraum 1880—1903 gemacht worden. In diesen 23 Jahren sank im Deutschen Reich die sogenannte korrigierte eheliche Fruchtbarkeitsziffer von 364 auf 320, das heißt, in diesem Verhältnis sank die jährliche Zahl der ehelichen Geburten (auf je 1000 Ehefrauen unter 45 Jahren berechnet), wenn man die störenden Verschiebungen in der statistischen Altersschichtung der Ehefrauen durch Umrechnung beseitigt. Ungefähr in derselben Zeit sank die Ziffer in Italien von 334 auf 312, in Dänemark von 354 auf 299, in Belgien von 381 auf 288, in England von 327 auf 273, in Frankreich, wo der Rückgang sehr früh begann, von 227 auf 193. In England hat sich nach einer im Kriege veröffentlichten Berechnung gleicher Art der Rückgang von 1903 bis 1911 in beschleunigtem Tempo fortgesetzt, etwa um ein Drittel schneller. Es ist kein Zweifel daran möglich, daß auch in Deutschland im 20. Jahrhundert, und zwar seit 1909 die Kurve

[1]) Vgl. Jahrgang II, Heft 1, S. 17, den Aufsatz von M. v. Gruber: Rassenhygiene.

der Geburtenzahl steiler als bisher nach unten biegt[1]), der Rückgang sich beschleunigt, aber eine ebenso sorgfältige Berechnung haben wir nicht Ungefähr ist nach einer amtlichen Tabelle die eheliche Fruchtbarkeit in Deutschland 1880—1912 um 30% gefallen. Das ist aber nur der große Durchschnitt des Reichs. In Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien und Oldenburg war der Rückgang nur 8 bis 15%, dagegen im Königreich Sachsen 45%, in der Provinz Brandenburg 47%, in Hamburg 50%, in Berlin 56%.

Man beachte diese Gegensätze; sie zeigen, daß der Rückgang weitaus am geringsten war in den stark landwirtschaftlichen Gebieten des Ostens, weitaus am stärksten in den Industriegebieten und in der Großstadt. Daran wollen wir uns erinnern, wenn wir nachher nach den Ursachen des Geburtenrückgangs fragen. Es ist die allgemeine Erfahrung bei den modernen Völkern, mit erstaunlicher Regelmäßigkeit, daß der Geburtenrückgang von der Großstadt ausgeht. Selbst in Frankreich, wo das Zweikindersystem der bäuerlichen Bevölkerung infolge des dortigen Erbrechts seit langem verbreitet ist, ist doch die städtische Bevölkerung noch kinderärmer geworden. In Preußen war die eheliche Fruchtbarkeitsziffer

| | in den Städten | auf dem Lande |
|---|---|---|
| 1881—1890 . . . . . | 280 | 324 |
| 1891—1895 . . . . . | 273 | 329 |
| 1896—1900 . . . . . | 259 | 326 |
| 1901—1905 . . . . . | 240 | 315 |
| 1906—1910 . . . . . | 214 | 296 |

Mit großer Regelmäßigkeit nimmt nach weiteren Tabellen die Kinderarmut in dem Maße zu, wie die Gemeinden mehr Einwohner zählen, d. h., großstädtisch geworden sind. Demgemäß steht an der Spitze des Geburtenrückgangs Berlin, was man früher nicht recht glauben wollte. Zwar hob das amtliche Statistische Jahrbuch der Stadt schon seit 1893 Jahr für Jahr den seit 1876 ununterbrochenen Niedergang der Berliner Geburtenziffer (berechnet auf 1000 Einwohner) hervor, aber immer mit dem Zusatz, es dürfe daraus keineswegs auf eine entsprechende Abnahme der Fruchtbarkeit geschlossen werden, da die Verhältniszahl der Ehefrauen und ihr Altersaufbau sich verändert haben können. Erst im Jahrgang 1897 des Jahrbuchs wurde die eheliche Fruchtbarkeitsziffer berechnet; zur großen Überraschung zeigte sie einen noch viel stärkeren Rückgang als die Geburtenziffer. Um zu prüfen, ob dabei als mildernder Umstand eine Verschiebung im Altersaufbau der Ehefrauen mitspiele (weniger junge Ehefrauen), wurde gleichzeitig für die Jahre der letzten fünf Volkszählungen die Fruchtbarkeitsziffer der Ehefrauen unter 45 Jahren ausgerechnet; aber das Bild gestaltete sich dadurch abermals noch ungünstiger. Die amtliche Berechnung der Berliner ehelichen Fruchtbarkeitsziffer ist bis in die jüngste Zeit fortgesetzt worden und ergibt folgendes erschreckende Bild:

| | |
|---|---|
| 1860—1869 . . . . | 218 |
| 1900 . . . . . | 127 |
| 1905 . . . . . | 111 |
| 1910 . . . . . | 90½ |

1911—14 sank sie nach meiner vorläufigen Berechnung, die noch durch die Daten der Volkszählung von 1916 richtigzustellen sein wird, weiter auf 86, 83, 79 und 73, also auf ein Drittel des anfänglichen Bestands. Wenn man sich vergegenwärtigt,

daß eine Bevölkerung aus sich heraus nur um den kleinen Überschuß anwächst, um den die jährliche Geburtenziffer die jährliche Sterbeziffer übertrifft, so wird man ermessen, was der Rückgang der Geburten (des Minuendus in dem Exempel) um zwei Drittel bedeutet. Schon längst hat man ausgerechnet, daß die Berliner Bevölkerung, wenn sie keine Zuwanderung erhielte, sich nicht vermehren, sondern vermindern würde. Nach neuerer Berechnung hat sich dieser, durch die massenhafte Zuwanderung fortpflanzungskräftiger Altersklassen verdeckte Fehlbetrag in jüngster Zeit noch erheblich vergrößert, und sind die 33 größten Städte Preußens dem theoretischen Bevölkerungsstillstand wenigstens nahegekommen. Denn in der Großstadt ist nicht nur die Fruchtbarkeit geringer, sondern auch die Lebensdauer kürzer als auf dem Lande, trotz aller hygienischen Fortschritte; die Großstadt ist das Grab der Bevölkerung. Die starke Volkszunahme, deren Deutschland sich noch erfreut, verdankt es seiner Landbevölkerung; hier liegen die starken Wurzeln seiner Bevölkerungskraft. Und den schnellen Rückgang seiner Geburtenziffer im Reichsdurchschnitt verdankt es im wesentlichen seinen Städten, und zu gutem Teil schon dem von einer Volkszählung zur andern zunehmenden Anteil der Großstädte an seiner Gesamtbevölkerung. In Städten mit mehr als 100000 Einwohnern lebte 1871 der zwanzigste Teil der Bevölkerung, 1914 war es schon der vierte bis fünfte Teil, auch wenn man die Riesenbevölkerung großstädtischer Vorstadtgemeinden nicht mitrechnet, die jede für sich die Kopfzahl 100000 noch nicht erreicht hatten. Wir dürfen darum auch die Stoßkraft der treibenden Kräfte des Geburtenrückgangs nicht lediglich nach den abgeglichenen Durchschnittszahlen der zusammengerechneten Stadt- und Landbevölkerung schätzen, die durch den langsamen Geburtenrückgang auf dem Lande abgemildert sind. Ja es ist fraglich, ob die Landbevölkerung in ihrem Durchschnitt überhaupt schon einen Geburtenrückgang aufweist, wenn man sich klarmacht, daß die Statistik diesen Rückgang auf dem Lande jedenfalls viel zu hoch erscheinen läßt, und zwar zu hoch aus folgenden drei Gründen. Erstens leben allein in Preußen Millionen in Gemeinden, die die Statistik als Landgemeinden zählt, die aber tatsächlich längst städtischen, ja großstädtischen Charakter und dementsprechend verkümmerte Fruchtbarkeitsziffern haben. Zweitens ist wahrscheinlich die Landflucht schuld daran, daß es in der Landbevölkerung der Abwanderungsgebiete gerade an jüngeren Ehefrauen fehlt; wir haben darüber seit kurzem eine treffliche statistische Untersuchung für die Provinz Posen[1]). Und drittens werden natürlich alle die Kinder als stadtgeboren gezählt, mit denen ländliche Mütter in städtischen Entbindungsanstalten niederkommen. Nimmt man hinzu, daß auch von den in der Stadt ansässigen Müttern nach Ausweis der preußischen Statistik gerade die kinderreichsten vom Lande zugewandert sind, so senkt sich die Wagschale noch tiefer zu Ungunsten der städtischen Fruchtbarkeit. Wir können also den Geburtenrückgang als eine städtische, und zwar vorzugsweise großstädtische Erscheinung ansprechen; denn die Fruchtbarkeit der Mittelstädte bleibt zwar hinter der des platten Landes zurück, übertrifft aber die der Großstädte; auch dies geht aus der Statistik international mit großer Deutlichkeit hervor.

Es ist merkwürdig, wie spät unsere Statistiker diese Lage erkannt haben. Man dachte mehr an die Gefahr einer Übervölkerung, sah das Zweikindersystem nur in Frankreich, und als um die Jahrhundertwende die verdächtigen Zeichen in der

[1]) Kreisarzt Dr. Laraß: Untersuchungen zum Geburtenrückgang in der Provinz Posen. 55. Heft der Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung, herausgegeben im Ministerium des Innern. Berlin 1916.

deutschen Geburtenstatistik sich mehrten, sprach man von einem Gesetz der statistischen Wellenbewegung, einem Auf und Ab der Zahlen, durch das der erfahrene Statistiker sich nicht schrecken lassen dürfe. Oder man vermutete (ebenso wie für Berlin) eine vorübergehende Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung, eine spärlichere Besetzung der fruchtbarsten Altersklassen aus vorübergehenden Gründen; aber dann zeigte sich, daß eine solche Verschiebung gerade in entgegengesetzter Richtung vorlag. Als nun im 20. Jahrhundert, bei beschleunigtem Fall der Geburtenziffer, ein Zweifel nicht mehr möglich blieb, stellten in jüngster Zeit einige Statistiker, voran der Leiter der sächsischen Landesstatistik Geheimrat Würzburger, mit um so größerem Nachdruck die Lehre auf, daß die Kindersterblichkeit ebenso schnell wie die Geburtenziffer gefallen sei.

Die „Aufwuchszahl" der Kinder, sagte man, sei sogar gestiegen, während die Geburtenzahl sank. Im Deutschen Reiche, sagte Würzburger war

| | die Zahl der Lebendgeborenen: | das 1. Lebensjahr überlebten: |
|---|---|---|
| 1901 . . . . . | 2 032 313 | 1 612 090 |
| 1910 . . . . . | 1 924 778 | 1 613 316 |

Die Tatsachen haben seitdem gezeigt, wie irrtümlich diese Auffassung war; wir setzen die Tabelle fort:

| | | |
|---|---|---|
| 1913 . . . . . | 1 838 750 | 1 561 554 |
| 1914 . . . . . | 1 818 596 | 1 521 214 |

Es ist also auch die Aufwuchszahl (des ersten Lebensjahres) stark zurückgegangen, und dies, obgleich die ganze Bevölkerung und mit ihr die zeugende Altersgruppe noch schnell zunahm. Auf die Bevölkerung bezogen, sank nämlich 1901—14, also in 13 Jahren, die Geburtenziffer um ein Viertel, die Aufwuchsziffer immer noch um mehr als ein Fünftel ihres Anfangsbestands.

Bisher war von Aufwuchsziffern des ersten Lebensjahrs die Rede, in dem die Kindersterblichkeit ja weitaus am größten ist. Von 100 Kindern sterben nach der neuesten deutschen Sterbetafel im ersten Lebensjahr etwa 20, in den ersten zwei Jahrzehnten des Lebens etwa 28. Die zwanzigjährige Aufwuchsziffer der im 20. Jahrhundert geborenen Kinder kennt man aber natürlich noch nicht, weil sie noch von der Sterblichkeit künftiger Jahre abhängt. Allein wenn man annimmt, daß die Sterblichkeit des jugendlichen Alters auch nach dem Kriege so günstig bleibt, wie sie zuletzt vor dem Kriege geworden war, so findet man zum Beispiel als jährliche Aufwuchsziffer des zwanzigsten Lebensjahres preußischer Jungen für die Geburtsjahrgänge 1901—05 $12\frac{1}{2}{}^0/_{00}$ der Bevölkerung, 1910 nur noch $11\frac{1}{2}{}^0/_{00}$ und 1914 $10^0/_{00}$. In diesem Verhältnis würden also unsere Rekrutenzahlen zurückgehen, um ein Fünftelin 11 Jahren. Das sind Durchschnittszahlen für den ganzen Staat. Auf dem Lande ist die Geburtenzahl langsamer gesunken als die Kindersterblichkeit; folglich muß in der Stadt die Aufwuchsziffer noch schneller gefallen sein als im Durchschnitt des Staates, und in der Großstadt vermutlich am schnellsten. Für Berlin hat man ausgerechnet, daß in 20 Jahren die eheliche Fruchtbarkeit einen Ausfall von mehr als 26000 Kindern erlitt, während der Rückgang in der Sterblichkeit ehelicher Säuglinge nur 3518 Todesfälle ersparte. Also gerade da, wo der Geburtenrückgang am schärfsten ausgeprägt ist, in der Großstadt, scheint die Ausgleichung am meisten zu versagen. Über alle diese statistischen Fragen habe ich eingehender

gesprochen im Archiv für Sozialwissenschaft 1911 („Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer") und in Schmollers Jahrbuch 1916 („Geburtenrückgang und Aufwuchsziffer").

Die rückgängige Sterblichkeit, auch in der erwachsenen Bevölkerung, hat ja überhaupt bis vor kurzem den Geburtenrückgang verdeckt, so daß der jährliche Überschuß der Geburten über die Sterblichkeit aller Altersgruppen bis zur Jahrhundertwende sogar auf die außerordentliche Höhe von etwa 15‰ der Bevölkerung stieg; erst neuerdings ist er (bis 1913) wieder auf 12‰ gesunken. Der absolute Überschuß der Geburtenzahl erreichte 1906 den Höchststand mit 910000 Köpfen; er fiel erst seitdem auf 834000 (1913) und 766000 (1914, ungerechnet die seit dem Kriegsausbruch gestorbenen Militärpersonen). Er würde viel schneller gesunken sein, wenn nicht noch bis in die letzten Jahre vor dem Kriege die Sterbeziffer sprungweise weiter gefallen wäre. Unsere Sterbeziffer, in den 50er Jahren, 27,8‰, war Ende des Jahrhunderts bis auf 22—23‰ zurückgegangen; 1908 war sie nur noch 19‰, 1909 18,1‰, 1910 17,1‰, 1912 16,4‰, 1913 15,8‰ und ohne Totgeburten 15,0‰. Nun ist es eine Binsenwahrheit, daß dem Rückgang der Sterblichkeit eine natürliche Grenze gezogen ist, dem Rückgang der Geburtenziffer nicht. Aber auch Binsenwahrheiten sind ernst zu nehmen. Und merkwürdigerweise rechnen sich trotz aller Schulbildung nur wenige Menschen in Deutschland aus, daß wir mit 15‰ uns der natürlichen Untergrenze der Sterblichkeit bedenklich genähert haben. 15‰ sind ungefähr der siebzigste Teil der Bevölkerung. Wenn jährlich der siebzigste Teil der Bevölkerung stirbt, wird im Durchschnitt jeder Mensch 70 Jahre alt. Sänke die Sterbeziffer auf 10‰, so würde im Durchschnitt jeder Mensch 100 Jahre alt, und wenn die eine Hälfte durchschnittlich schon mit 40 Jahren stirbt, so müßte die andere Hälfte es im Durchschnitt auf 160 Jahre bringen. Auf 10‰ kann also die Sterbeziffer auf die Dauer keinesfalls sinken, auch auf 12 und 13‰ kaum. Das gilt für eine stationäre Bevölkerung. In einer wachsenden Bevölkerung wie der unserigen sind die sterblichsten Lebensalter so viel schwächer vertreten, daß die Sterbeziffer um ein paar Tausendstel niedriger stehen kann, solange die Bevölkerung noch wächst und die Altersschichtung einer wachsenden Bevölkerung hat. Gewiß sind auch noch viele medizinische, hygienische und soziale Verbesserungen möglich, die die Lebensdauer verlängern und vorzeitige Sterbefälle ersparen. Aber unzweifelhaft bleibt, daß unsere allgemeine Sterbeziffer, der Subtrahendus des jährlichen natürlichen Bevölkerungszuwachses, dicht an die Untergrenze herangekommen ist, und daß auch die unlängst von autoritativer Seite geäußerte Meinung, die Sterbeziffer könne vielleicht noch auf 7‰ herabgedrückt werden, schon viel zu optimistisch ist. Ein weiteres Fortschreiten des Geburtenrückgangs bedroht uns vielmehr mit Stillstand und Rückgang der Bevölkerung.

Würzburger allerdings tröstet uns mit der zuversichtlichen Hoffnung, mit dem Rückgang der Sterblichkeit werde auch der Geburtenrückgang nachlassen. Geburten- und Sterbeziffer gingen nämlich nicht zufällig parallel, sondern der Geburtenrückgang sei eine natürliche Folge der sinkenden Sterblichkeit, und zwar Kindersterblichkeit, die neuerdings einen besonders starken Rückgang zeige. Bei niedriger Kindersterblichkeit wünschen sich die Eltern weniger neue Kinder, und wenn die Säuglinge am Leben bleiben, tritt auch aus physiologischen Gründen nicht so bald erneute Konzeption ein. Die Möglichkeit dieses Zusammenhangs wird niemand bestreiten. Aber eine andere Frage ist, ob er häufig genug wirksam wird, um auch nur den größeren Teil des Geburtenrückgangs zu erklären. Nach den vorliegenden statistischen

Untersuchungen, deren Wiedergabe hier nicht angeht, ist diese Frage entschieden zu verneinen. Die Wirksamkeit dieses Zusammenhangs scheint vielmehr eine verschwindend geringe zu sein, und damit wird Würzburgers Trost leider hinfällig. Ein solcher falscher Trost ist aber gefährlich, weil er eine irrtümliche Beruhigung verbreitet und die Kraft der beginnenden bevölkerungspolitischen Bestrebungen lähmen muß.

Der deutsche Geburtenrückgang wiegt doppelt schwer angesichts der erschreckenden Bevölkerungszahlen des östlichen Nachbarn. Allerdings ist die russische Bevölkerungsstatistik von einer unglaublichen Unzuverlässigkeit und Unstimmigkeit. Ich habe darüber Näheres ausgeführt in einem Aufsatz über „die slawische Gefahr" in der bevölkerungspolitischen Sondernummer des „Neuen Deutschland" (19. Februar 1916) und im „Roten Tag" vom 5. Januar 1917. Auf Grund umfassenderen Materials hat inzwischen Dr. Roesle im Archiv für soziale Hygiene und Demographie (1917, Heft 1 und 2) einen sehr beachtenswerten Beitrag zur Beurteilung der russischen Bevölkerungszahlen geliefert. Das wesentliche Ergebnis möchte ich dahin zusammenfassen, daß die Zahlen, wenn man sie gutgläubig hinnimmt, auf wahrscheinlich 170—180 Millionen Russen beim Kriegsausbruch und einen jährlichen Bevölkerungszuwachs führen, der entweder zwischen 2 und 3 Millionen oder zwischen 3 und 4 Millionen oder gar in einzelnen neueren Jahren über 4 Millionen liegt. Roesle teilt aber meine Vermutung, daß bei den höheren Zahlen in großem Umfange Doppelzählungen vorliegen von Leuten, die ihren Wohnsitz gewechselt haben. Aber auch die niedrigen Zahlen sind nicht zuverlässig. Eine Volkszählung hat Rußland seit 20 Jahren nicht gehabt. Sicher ist allerdings wohl, daß Rußland jährlich das Mehrfache des deutschen Bevölkerungszuwachses gewinnt. Wenn wir der einfachen Rechnung wegen beispielsweise annehmen, unser Jahreszuwachs genüge, um ein weiteres Armeekorps zu rekrutieren, so kann Rußland deren alljährlich mehrere neubilden, wenn es sie zu bewaffnen vermag.

Seine volle Bedeutung gewinnt aber dieser Unterschied slawischer und deutscher Fruchtbarkeit erst, wenn wir den Blick auf seine künftige Ausgestaltung richten. Der russische Geburtenüberschuß nimmt zu, der deutsche ab. Von einem Rückgang der Geburtenziffer, wie er bei slawischen Stämmen in Österreich sich neuerdings eingestellt hat, ist in Rußland, soweit die Statistik erkennen läßt, im Durchschnitt noch nichts zu bemerken, obgleich künstliche Beschränkung hier und da sich einbürgert und obgleich die Quote städtischer Bevölkerung zunimmt. Dagegen nimmt die Sterbeziffer ab und hat zu fernerem Rückgang noch einen unvergleichlich weiteren Spielraum als in Deutschland. Demgemäß nimmt der Geburtenüberschuß zu; er soll 1½% im Jahre längst überschritten haben und kann bei Verbreitung hygienischer Fortschritte bald über 2% hinausgehen. Auch an wirtschaftlichem Nahrungsspielraum fehlt es in absehbarer Zeit in dem weiträumigen Lande nicht.

Dem hohen Geburtenüberschuß Rußlands entsprechen auch hohe Geburtenziffern. Es ist beachtenswert, daß sie zu gutem Teil auf der Sitte frühzeitiger Heirat beruhen. Rußland kennt nicht die Massen erwachsener Mädchen, die bei uns fast überall die Regel bilden. Um die Jahrhundertwende waren in Rußland unter je 1000 über 15 Jahre alten weiblichen Personen noch unverheiratet nur 224, aber in Frankreich 286 und in Deutschland 352, in Österreich 367 und in England noch mehr. Dagegen stand auch in anderen slawischen Gebieten: Bosnien und Herzegowina, Serbien, Rumänien, Bulgarien die Ledigenziffer niedrig: zwischen 206 und 151, am meisten in Serbien. Slawische Mädchen heiraten eher vor als nach dem 20. Jahre, während in Deutschland 1910 4½ Millionen Mädchen von mehr als

20 Jahren gezählt wurden. So erleiden wir an unserem brachliegenden Bevölkerungskapital alljährlich schwere Zinsverluste.

Auch ohne Krieg wird die überlegene Bevölkerungsmacht des Nachbarn gefährlich durch Einwanderung. Wo immer zwei Nationen mit gleichem Erwerbsspielraum, aber sehr ungleicher Vermehrungsrate nebeneinander sitzen, wird in den menschenärmeren Spielraum der einen ein überwältigender Einwanderungsstrom aus dem kinderreichen Nachbarvolke einschießen und den Bestand der nationalen Eigenart untergraben, wie einst das Römische Reich beim Versiegen seiner Bevölkerungskraft die Adern seines Volkskörpers mit Barbarenblut füllen mußte und in seinem nationalen Kern rettungslos unterging. Gefährlich ist darum für eine Nation der wirtschaftliche Aufstieg, wenn sie nicht aus dem eigenen Schoße das Volk der Zukunft hervorbringt, das den wirtschaftlichen Lebensspielraum ausfüllt. Je glänzender der wirtschaftliche Aufstieg, um so gefährlicher der Einwanderungsdrang. Schon haben wir das fremde Element in bedenklicher Häufung bis tief in den Westen des Reichs, und nur dem Kinderreichtum unserer ländlichen Bevölkerung verdanken wir, daß noch die große Mehrzahl der frei werdenden Erwerbsplätze besetzt wird, ehe der Pole kommt.

Das Gegenspiel der slawischen Gefahr zeigt ein Blick auf den westlichen Nachbar. Ihm gegenüber haben wir die überlegene Bevölkerungsmacht. Zwischen den zwei letzten Volkszählungen 1906 und 1911 war sein fünfjähriger Geburtenüberschuß nur 102000, der Überschuß der Ein- über die Auswanderung 248000. Zieht man gewisse kinderreiche Grenzgebiete ab, so bleibt ein Geburtenüberschuß überhaupt nicht übrig. Wenn aus unserem Lande das Leben weicht, schrieb 1909 der französische Gelehrte de Foville, droht uns eine friedliche Invasion der Fremden; unser Wohlstand erhöht die Gefahr. „Was würde bleiben von dem, was uns das Vaterland ist, wenn an den Ufern der Seine, der Loire, der Rhone und Garonne sich jene Scharen Belgier, Germanen, Italiener, Spanier vereinigen würden, die schon jetzt, wie durch einen Prozeß der Endosmose, an den Grenzen unseres Landes in Massen eindringen?" Dieses bevölkerungsschwache Nachbargebiet wird das natürliche Erbteil unserer Kultur werden — wenn wir bevölkerungsstark bleiben — in dem Maße, wie das Schicksal der französischen Bevölkerung sich erfüllt.

## II.

Das Übel zu kennen, hilft uns wenig, wenn wir nicht auch seine Wurzeln finden, an denen es gefaßt werden kann. Über die Ursachen des Geburtenrückgangs ist viel gestritten worden. Man spricht von einer Wohlstandstheorie, einer Urbanisierungstheorie, einer Rationalisierungstheorie usw. In Wirklichkeit stehen diese Theorien aber keineswegs alle in ausschließendem Widerspruch. Nach unsern Zahlen werden wir jedenfalls die Hauptwurzel des Geburtenrückgangs irgendwie im großstädtischen Leben suchen: Urbanisierungstheorie. Das ist ein fester Ausgangspunkt. Das Asphaltpflaster an sich ist allerdings nicht schuld. Aber wenn wir in der Großstadt die Heimat eines verstandesmäßigen Lebensstils, oder wenn wir in ihr die Trägerin höheren Wohlstands sehen, so können wir auf der Urbanisierungs- die Rationalisierungs- oder die Wohlstandstheorie aufbauen. Auch der Wohlstand führt gewiß nicht unmittelbar zur Kinderarmut, aber er verpflanzt unter Umständen den Menschen in eine geistige Atmosphäre, die der Rationalisierung des Lebens und darum auch des Geschlechtsverkehrs nicht ungünstig ist. So geht manches unter einen Hut, was zunächst auseinander zu streben scheint. Dagegen müssen wir

wirklich gegensätzliche Ursachen klar unterscheiden. Wir werden vor allem unterscheiden, ob wir die Ursachen suchen in der Not des Lebens oder im Überfluß, ob in der Sphäre materieller Interessen oder geistiger Motive, ob überhaupt im freien Willen der Elterngeneration oder in physischem Unvermögen. Immer aber werden wir nur solche Ursachen als maßgebend anerkennen dürfen, die nicht schon früher in gleicher Stärke gewirkt haben, sondern neuzeitlich sind, und die heute nicht überall gleichmäßig wirken, sondern irgendwie in der großstädtischen Entwicklung verankert sind und darum in der Kleinstadt und auf dem Lande zurücktreten. Sie wären sonst ungeeignet, den Tatbestand zu erklären.

Unter den natürlichen Einflüssen ist es vor allem die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, die ins Gewicht fallen kann. Man hat ihre Wirkung auf den Geburtenrückgang eine Zeitlang vielleicht überschätzt, so schwer die von Nöggerath und andern betonte latente Nachwirkung des Trippers ins Gewicht fallen mag. Ein Spezialkenner dieses Gebiets, der Berliner Arzt Dr. Blaschko, hat seine frühere Annahme, daß in Deutschland die Geschlechtskrankheiten zunehmen, vor einigen Jahren ausdrücklich widerrufen, und auch andere Autoritäten, wie Prof. Bumm, geben neuerdings mäßige Zahlen. Manche Anzeichen sprechen sogar für einen Rückgang dieser Krankheiten, aber allerdings sind sie nicht eindeutig und sind zum Teil durch Mißverständnis zu günstig gedeutet worden. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Nur auf zwei Momente sei hingewiesen, ein günstiges und ein ungünstiges. Günstig sind wohl überwiegend die Fortschritte in der Verhütung und Heilung der Krankheiten, wenn auch namentlich die Verhütungsmittel zugleich die Scheu vor der Ansteckungsgefahr wesentlich abschwächen. Ungünstig ist der ganz überwiegend großstädtische Sitz dieser Krankheiten, denn sie müssen mit den Großstädten zunehmen, auch ohne daß man es durch direkte örtliche Beobachtung zu merken braucht. Wenn auch nur 2% aller Ehen durch Tripperinfektion steril werden mögen — nach anderer Meinung sind es bis zu 8 oder 9% —, und wenn man dazu die gonorrhoischen Einkindehen und die syphilitischen Totgeburten addiert, so kommt man beim heutigen Wachstum der Großstadtbevölkerung immerhin zu Zahlen, die einen erheblichen Teil des Geburtenrückgangs erklären, und zwar aus einer großstädtischen Ursache, also insofern in zureichender Weise.

Aber auch andere physiologische Ursachen wirken vielleicht mit, wie Alkoholismus und gewisse Geisteskrankheiten, die in der Stadt zu Hause sind; nach Meinung mancher Autoren vielleicht auch Übererнährung und andere Nachteile städtischer Lebensweise. Man sagt der Städterin nach: vorzeitige Reife, unvollkommene Entwicklung, enges Becken und schwere Geburt, Überzahl von Fehl- und Totgeburten, wenn nicht auch verminderte Konzeptionsfähigkeit; doch fehlt es an eindeutigen statistischen Belegen. Immerhin sprechen viele Beobachtungen dafür, daß mit zunehmender „Zivilisation" die Entbindung immer mehr erschwert wird. Ist damit eine Verminderung der Geburten noch nicht notwendig gegeben, so kommt doch ein so ausgezeichneter Sachkenner wie Bumm (1917) zu dem Ergebnis: „Unter den heutigen Verhältnissen scheint die Gefahr, daß die Zahl der sterilen Ehen weiter zunimmt, weniger von seiten der Geschlechtskrankheiten als von seiten der Entwicklungshemmungen der weiblichen Genitalien zu drohen." In weitergehendem Sinne von einer beginnenden Entartung der Rasse zu sprechen, liegt wohl, soweit die Ursachen des Geburtenrückgangs in Betracht kommen, kein zureichender Grund vor.

Wenn die durch Geschlechtskrankheit bedingte Kinderlosigkeit nur mit der Zunahme der Großstädte wächst, innerhalb der Großstädte aber eher abnimmt, so

wird man geneigt sein, den Hauptteil des Geburtenrückgangs vielmehr auf den Wunsch der Eltern zurückzuführen. Eine sichere Abgrenzung der Ursachenbereiche ist natürlich nicht möglich. Jedenfalls ist es aber übertrieben, wenn mitunter, auch im Auslande, mit großer Bestimmtheit im elterlichen Willen allein die Schuld gesucht wird. Wie steht es nun mit den Beweggründen dieser freiwilligen Geburtenbeschränkung?

Da ist zunächst eine Gruppe von Beweggründen, die handgreiflich in städtischen Verhältnissen wurzeln. Vor allem die skandalöse Schwierigkeit für kinderreiche Familien, eine Wohnung zu finden. Zwar fehlt diese Schwierigkeit auch in kleinen Gemeinden nicht, z. B. in Bergbaubezirken, und vielfach ist auf dem Lande zwar nicht der Wohnungsvermieter, aber die Gemeindeverwaltung das Hindernis für den Zuzug fruchtbarer Familien, weil sie für Armen- und Schullasten fürchtet. Aber die klassische Stätte der Kinderwohnungsnot ist die Großstadt, in der die Verwertung der Mietkasernen zum Rechenexempel wird. „Ich besitze zwei Häuser," schreibt ein Großberliner Arzt, „in denen sich zahlreiche kleine Wohnungen befinden, und habe die Beobachtung gemacht, daß die Arbeiterfamilien nicht mehr ihren Mietverpflichtungen nachkommen können und der Exmission verfallen, sobald sie mehr als zwei Kinder haben. Andere Hausbesitzer wissen das ebenfalls und nehmen keine Arbeiterfamilie mit mehr als zwei Kindern auf." Der Hauswirt verbietet also das dritte Kind. Die Kinder sind aber auch darum beim Hauswirt unbeliebt, weil sie die Wohnungen schneller abnutzen und weil sie auf Treppen und Höfen Lärm machen und andere „bessere" Mieter verscheuchen. Es ist darum ganz richtig kalkuliert, wenn kinderreichen Familien eine höhere Miete abgefordert wird, vorausgesetzt, daß sie so zahlungsfähig sind. Meist sind sie es nicht, nicht nur weil sie mit Ausgaben ohnehin stärker belastet sind, sondern auch weil sie nicht abvermieten können. Es gibt wohl Vermieter, die „alles" aufnehmen, aber der Geschäftsmann weiß, daß ihre Häuser sich schlecht verkaufen. Man muß überhaupt zwischen den Vermietertypen unterscheiden. In London ist eine Art Mittelstand gefürchtet, Besitzer von 4 bis 5 kleinen Häusern, die von der Miete leben; wie sie an Reparaturen sparen, so scheuen sie Kinder. Im allgemeinen rechnet der großstädtische Vermieter scharf. Vollends als Portiers, Diener usw. werden kinderfreie Leute bevorzugt (wozu es allerdings auch auf dem Lande an Gegenstücken nicht fehlt); ja sogar im gewerblichen Wettbewerb kann der Kinderarme den Kinderreichen unterbieten und aus dem Felde schlagen; kurz: Kindersegen ist in der Stadt unvorteilhaft, ebenso aber auch die Kinderzucht unersprießlich. In den engen Wohnungen und Höfen fehlt den Kindern Luft und Licht und Spielraum im eigentlichsten Wortsinne, sie sind den Erwachsenen eine Last, und sie gedeihen nicht. „Es ist nun einmal", sagt ein Arzt (Dr. Schiele), „in den Großstädten schwierig und entmutigend, die bleiche Jugend auf den Höfen großzuziehen. Kinderzucht, wie die Viehzucht, gehört auf das Land." Auf dem Lande wird dagegen Familienzuwachs auch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte geschätzt, zumal im Zeitalter der ländlichen Arbeiterknappheit; er ist für den Landmann eine hochrentable Sparanlage und kostet in der Naturalwirtschaft wenig, zumal die Kinder schon frühzeitig mitarbeiten. Am Rhein sollen häufig kinderarme Bauern an kinderreiche verpachten. Auf dem Lande ist Kinderbesitz Trumpf, in der Stadt Kinderarmut; wo sie nicht physiologisch erzwungen ist, wird sie freiwillig gesucht; eine Art modernen Mönchtums.

Zu diesem Entschluß freiwilliger Kinderarmut wirken aber zweifellos weitere Einflüsse in hohem Maße mit. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß jede Verschlech-

terung der wirtschaftlichen Lage geeignet ist, den Wunsch des vorsorglichen Familienvaters nach Kinderbesitz abzuschwächen; wenn auch ein Übermaß wirtschaftlicher Hoffnungslosigkeit umgekehrt zu „proletarischer" Kindererzeugung führen kann. So ist anzunehmen, daß der gewaltige Sturz in der australischen Geburtenzahl am Ende des vorigen Jahrhunderts mit der schweren Trockenheitsperiode zusammenhing, die damals das Land heimsuchte; im 20. Jahrhundert ist er zum Halten gekommen. Ebenso hat vermutlich in Deutschland die Preissteigerung des 20. Jahrhunderts in denjenigen Volksschichten den Geburtenrückgang verstärkt, deren Einkommen nicht gleichzeitig stieg, also namentlich im festbesoldeten Mittelstande. Dieselbe Wirkung ist leider auch von einer Teuerung nach dem Kriege zu befürchten, wenn sie nicht durch Gegeneinflüsse überwogen wird.

Die „Wohlstandstheorie" nimmt umgekehrt an, daß bei zunehmendem Wohlstand weniger Kinder gewünscht werden, weil mit dem Wohlstand auch die Kultur fortschreite, neue Bedürfnisse in der menschlichen Seele wecke und zu ihrer Befriedigung die Freisetzung wirtschaftlicher Mittel über den Einkommenszuwachs hinaus erfordere.

Diese psychologische Konstruktion hat jedenfalls nicht den Vorzug, einleuchtend zu sein. Sie müßte um so mehr aus der Erfahrung bewiesen werden, und solche Beweisversuche hat man in der Tat in Gestalt statistischer Tabellen gehäuft, meines Erachtens ohne das Beweisziel zu erreichen. Zum Glück, kann man sagen. Denn da niemand den Fortschritt von Wohlstand und Kultur wird bekämpfen wollen, so müßten wir ja in dem Geburtenrückgang ein Verhängnis sehen, gegen das kein Kraut gewachsen wäre. Der Geburtenrückgang erscheint dieser Auffassung zwar im Strahlenglanze des Fortschritts, aber er wird gerade dadurch noch fataler, er wird zum Fatum.

In Wirklichkeit fehlt aber den Wohlstandstabellen die zwingende Beweiskraft, weil sie an zwei Mängeln leiden. Erstens wird oft auch umgekehrt ein Schuh daraus. Wenn eine Tabelle sagt: je mehr Sparkassenbücher, um so weniger Kinder, so kann man deuten: der sparsame Hausvater hat auch mit Kindern gespart; aber ebenso: der kinderarme Hausvater oder Junggeselle konnte die nicht aufgewandten Kinderkosten auf die Sparkasse tragen. Oder eine Tabelle sagt: je teurer die Wohnung, um so weniger Kinder darin; aber anderseits: wer viele Kinder zu ernähren hat, muß billig wohnen, in sehr schlecht gehaltenen, verwanzten Wohnungen oder in Außenbezirken als Trockenwohner usw., auch weil in den wohlhabenden Stadtvierteln die kinderreichen Familien einfach zurückgewiesen werden. Die Statistik zeigt, daß mit steigender Kinderzahl die Quote der Wohnungsausgaben nicht steigt, sondern regelmäßig heruntergeht. Die Vermieter in wohlhabenden Vierteln der Großstadt sind auch zu gewiegte Geschäftsmänner, um kinderreiche Familien zu nehmen. So ergibt sich z. B. in Berlin eine Absonderung von kinderreichen Proletariervierteln, die wie ein Kranz die innere Stadt umgeben, und die man nun den kinderarmen vornehmen Vierteln in schöner Tabelle gegenüberstellen kann. Man darf überhaupt sagen, daß Kinderreichtum den sozialen Aufstieg einer Familie erschwert, auch die Ersparnisse im Erbgang zersplittert, während umgekehrt kinderarme Familien am schnellsten zu Wohlstand kommen und den errungenen Wohlstand auch im Erbgang zusammenhalten, ja durch Erbschaft von kinderlosen Erbonkeln und Erbtanten noch aufbessern. Insoweit ist die Kinderarmut nicht Folge, sondern Ursache des Wohlstands.

Und zweitens vergleichen die Wohlstandstabellen oft Unvergleichbares, wenn sie z. B. in wohlhabenden Stadtvierteln eine kleinere Kinderzahl nachweisen. Hier

gibt es schon darum weniger Kinder, weil die Leute später heiraten. Hier gibt es auch mehr unverheiratetes Hauspersonal. Daß aber in einem Haushalte, der zwei Dienstmädchen, ein Kindermädchen und eine Französin beschäftigt, die Geburtenzahl im Verhältnis zur Zahl der gebärfähigen weiblichen Personen niedrig bleibt, ist nur in der Ordnung. Anderseits sind z. B. in London die hohen Geburtenzahlen der ärmsten Stadtviertel durch die Volkssitten der hier zusammengedrängten russischen Juden und Iren bedingt. Auch in deutschen Großstädten sind aber die Arbeiterviertel großenteils von ländlichen Zuzüglern bevölkert, die ihre ländlichen Sitten mitbringen: man vergleicht Unvergleichbares.

Es wäre ja auch seltsam, wenn sowohl günstige wie ungünstige Wirtschaftslage (Teuerung) zur Beschränkung der Kinderzahl führte; dann gäbe es Kinderreichtum nur bei wirtschaftlichem Stillstand!

In besonderen Fällen wirkt allerdings Zunahme des Wohlstands kinderfeindlich. Wer ein Vermögen sammelt, will es unter Umständen nicht gern im Erbgang zersplittern; so sollen die französischen Bauern unter dem Einfluß des dortigen Erbrechts zum Zweikindersystem gekommen sein. Oder: Berliner Arbeiter, die gut verdienen, streben nach einer Ersparnis von 1000 Mark, um sich selbständig zu machen; sie opfern diesem Lebensziele ihren Familienzuwachs. Anderseits finden wir Kinderreichtum auch gerade bei Vermögenden: in Fürstenhäusern, in der besitzenden Aristokratie, im Großunternehmertum, in lebensmutigen hanseatischen Kreisen vielfach verbreitet. Für verhältnismäßig kinderarm gilt dagegen, wie schon berührt wurde, der festbesoldete Mittelstand, mehr als die Unterschicht des Arbeiterstandes. Es gibt also keine Regel.

Daneben läßt sich nicht verkennen, daß vielfach die Sitte der beschränkten Kinderzahl im Wege der Nachahmung von der oberen zur unteren Klasse hinüberdringt, daß es sich überhaupt um eine der massenpsychologischen Erscheinungen handelt, die leichter von oben nach unten als umgekehrt anstecken. Darum kann auch sozialer Aufstieg, z. B. innerhalb der Arbeiterschaft, unter Umständen in diese kinderfeindliche Atmosphäre hineinführen. Ist aber eine soziale Gruppe einmal in diese Atmosphäre hineingewachsen, so ist der einzelne Familienvater beinahe gezwungen, mit den Wölfen zu heulen, nicht nur durch den massenpsychologischen Druck, sondern auch weil die standesgemäße Lebenshaltung sich auf die verkleinerte Familie einstellt; der kinderreiche Familienvater kann zwischen einer kinderarmen Mehrheit nicht mehr standesgemäß leben. Aber der Eintritt in diese sterilisierende Luftschicht ist keineswegs die notwendige Folge fortschreitenden Wohlstands oder fortschreitender Kultur. Er ist bedingt durch geistige Strömungen, die wir beileibe nicht mit fortschreitender Kultur verwechseln wollen, die mit gewissen Kräften wirtschaftlichen Fortschritts wahlverwandt, aber nicht notwendig verbunden sind, und auf die wir jetzt den Blick richten.

In ihrem Mittelpunkte steht die große geistige Umwälzung, die man als Rationalisierung des Lebens bezeichnen kann, ein Sieg des Verstandes in der menschlichen Seele. Auf unterster Stufe sein Sieg über die rohen Instinkte, ein elementarer Kulturfortschritt gegenüber der Stufe des Naturmenschen, der sich von keiner Überlegung leiten läßt, auch im Geschlechtsverkehr nicht, und nicht einmal eine Schonung der Frau kennt. Aber in geradliniger Fortsetzung folgt sein Sieg auch über die edleren und edelsten Instinkte. Wurden die Triebe früher gebändigt durch die zwingende Macht der Religion und anderer höchster Autoritäten, so ringt nun der Verstand diese seine Rivalen nieder in dem weltgeschichtlichen Vorgang, den man

als Aufklärung bezeichnet. Mit der aufgeklärten Lebensauffassung, die unbewiesene Autoritäten jubelnd stürzt, breitet sich auch die rationalistische Zersetzung der religiös gebundenen Sitte, die eine reiche Kinderschar als göttlichen Segen hingenommen hatte, unaufhaltsam weiter. Sie zerstört an der Wurzel die alte Kultur mit ihren sittlichen Kräften, die den einzelnen mit seinen selbstverständlichen Pflichten und Opfern in eine große soziale Gemeinschaft hineinband, und setzt an die Stelle eine Denkweise, deren Mittelpunkt bildet das eigne Selbst, sein Interesse und seine kurzsichtige Vernunft; sie verschiebt oft zugleich den Schwerpunkt des Lebens nach der Seite der materiellen Werte. Der Niederbruch der Autoritäten auf allen Gebieten menschlichen Lebens macht die Bahn frei für die subalternste Kraft der menschlichen Seele, für den Verstand. Daß Vernunft und Wissenschaft des Menschen allerhöchste Kraft sei, glaubt man blindlings dem Mephisto. Diesem großen Zerstörungswerke fällt auch jener religiös gebundene Instinkt zum Opfer, der früher den Familienvater abgehalten hatte, den Kindersegen, den er sich in der Ehe wünscht, zu messen und zu begrenzen. Wie charakteristisch, daß der Geburtenrückgang, der im aufgeklärten Frankreich am frühesten, etwa mit der Revolution beginnt, in andern Ländern später, mit der großstädtischen Entwicklung einsetzt, der Trägerin moderner Aufklärungskultur; verhältnismäßig spät in dem religiös gebundenen England, besonders rapide in den überlieferungslosen Kolonialländern, wie Australien und Amerika; sehr intensiv in den religiös indifferenten Schichten, wie in jüdisch-christlichen Mischehen; er verschont mehr oder weniger die ländlichen Gebiete, über die die Aufklärung noch keine Macht hat, und steigert sich in der Großstadtbevölkerung. Die Vernunft aber, die mit dem Ziele auch den Weg zur Beschränkung der Kinderzahl zeigt, findet einen mächtigen Bundesgenossen in der menschlichen Genußsucht und Bequemlichkeit. Sie führt in die Knechtschaft unter ein egozentrisches Lebensideal, das zwischen Genuß und Ehrgeiz wechselt, Opfer scheut, weichlich macht, an großer Kinderzahl selten interessiert ist; besonders die Frau zieht der opfervollen Mutterschaft den direkten Lebensgenuß vor, ein klares Rechenexempel. Das übliche Argument, daß eine kleine Kinderzahl mit den gegebenen Mitteln besser erzogen werden könne als eine große, hat zwar bei sehr kleinem und fest begrenztem Einkommen seine Berechtigung, namentlich für den Ernährungszustand der Kinder; aber anderseits ist oft genug beobachtet worden, daß bei größerer Kinderzahl und kleinerer Erbportion Kinder und Eltern sittlich weit besser fahren.

Ihren schärfsten Ausdruck findet diese rationalistische Tendenz in der Propaganda der sogenannten Neumalthusianer, die besonders seit den 1870er Jahren Ausbreitung gefunden hat, seit 1889 auch in Deutschland, am meisten wohl in Holland. Während Malthus vor 100 Jahren in England zur Verminderung der Geburtenzahl zwar einen Aufschub der Heirat anriet, aber von der Sitte präventiven Geschlechtsverkehrs schweren Schaden für die Kräfte des wirtschaftlichen Fortschritts befürchtete, empfehlen sie die modernsten Sterilisierungsmittel, und die Interessenvertreter dieser Industrie arbeiten ihnen in die Hand, am lohnendsten in den Städten, wo auch die Selbstkosten des Vertriebs ohne Zweifel billiger sind. Weibliche Propaganda in Frauenversammlungen spielt dabei eine Rolle. Wir können es in mehreren Ländern auch statistisch beobachten, wie in den Städten, die ihre Agitation heimsucht, die Geburtenziffer besonders schnell zurückgeht. „Trennung des Geschlechtsverkehrs von der Fortpflanzung" heißt das Losungswort; aber man kann hinzufügen: auch Trennung des privatwirtschaftlichen Interesses der Eltern vom Interesse der Nation. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Abtreibungsfälle erschreckend zu; Bumm

rechnet auf Grund sorgfältiger Schätzung mit fast 100000 jährlich in Deutschland, davon eine hoffentlich kleine, aber anscheinend zunehmende Zahl mit Hilfe von Ärzten; von Unterbrechung der Schwangerschaft sprechen sie seltsamerweise, obgleich es sich um Abbruch, nicht Unterbrechung handelt.

Rationalisiert wird vor allem das Ziel, die Kinderzahl: mit Vorliebe zwei, eins zur Reserve; neuerdings auch Einkindsystem und Keinkindsystem; auch schiebt man die erste Schwangerschaft auf, damit die junge Frau ihr Leben erst genießen kann. Mit vielem Scharfsinn wird ein Vorurteil nach dem andern aus dem Wege geräumt, und wohin der Weg schließlich führt, ist nicht zweifelhaft; er führt zur Auflösung der Familie, aber auch zur Auflösung anderer sittlicher Mächte, auf denen der Zusammenhalt der Nation beruht, unter den sengenden Strahlen der reinen Vernunft.

Ein neuer Beweggrund tritt hinzu durch die massenpsychologische Entfesselung eines sozialen Ehrgeizes, vorzugsweise wieder in der modernen Stadt. War früher der soziale Rang durch Geburt und Beruf und durch den persönlichen Wert in engem Kreise fest bestimmt, so ist jetzt unter dem Einfluß großer wirtschaftlicher Umwälzungen der einzelne für seine soziale Geltung beweispflichtig durch möglichst kostspielige Lebenshaltung, soweit sie nach außen sichtbar wird. In schroffem Gegensatz zur älteren naiven, ja sittlich geforderten Einfachheit der Lebensweise wird jetzt in der Außendekoration des Lebens gewetteifert mit einer Leidenschaft, die kein Opfer scheut und den Kelch der Ausgaben bis zum Rande füllt. Es ist erstaunlich, wie dieses eigentlich sehr wenig vernünftige Wettstreben der Ausgabensteigerung den Menschen der rationalistischen Epoche beherrscht; es ist für ihn nicht ein Motiv unter vielen, sondern es gibt geradezu dem Lebensideale der Menschen sein Gepräge, schlägt die stärksten anderen Motive. Es ist heute nicht mehr richtig, daß „sich das Getriebe erhält durch Hunger und durch Liebe"; sondern man hungert, um die gesellschaftliche Stellung für sich oder für seine Kinder zu retten: „man sieht uns auf den Kragen, man sieht uns nicht in den Magen"; und man wird aus demselben Grunde auch in der Liebe vorsichtiger, und beschränkt die Kinderzahl.

Dieser verlustreiche Wetteifer im Aufwande ist keineswegs nur Verschleuderung wirtschaftlicher Werte; er spornt die Kräfte, wenigstens auf den Höhen des wirtschaftlichen Lebens; der große Unternehmer, dem unbegrenzte Möglichkeiten offenstehen, behält den frohen Mut zum wirtschaftlichen Aufstieg auch mit einer großen Familie. Selbst für Teile des Arbeiterstandes gilt etwas Ähnliches; so hat die bekannte Erhebung des Statistischen Reichsamts über Haushaltsrechnungen 1909 zu dem bemerkenswerten Ergebnisse geführt, daß gerade die kinderreicheren Arbeiterhaushalte den größeren Verdienst haben, auch soweit die Kinder nicht wesentlich mitverdienen. Anders der Mittelstand und die Rentnerklasse. Hier fehlt der empfängliche Boden für die spornende Wirkung des wachsenden Ausgabebedarfs, und hier wird es verständlich, wenn die List der Natur, die den Menschen durch den Stachel der Not und des Ehrgeizes zur höchsten Spannung der Kräfte zwingen will, betrogen wird durch den feigen Ausweg einer heimlichen Beschränkung der Ausgaben oder einer Beschränkung der Kinderzahl.

## III.

Nach diesem Überblick können wir uns nun ein Bild vom Gange der neueren westeuropäischen Bevölkerungsgeschichte machen, in der ich zwei Typen unterscheide: den englischen und den französischen; die zwei Wurzeln des deutschen Typus. In

England seit Mitte des 18. Jahrhunderts schnelle Bevölkerungszunahme. Die aufkommende Großindustrie schuf mit ihrer reichen Arbeitsgelegenheit für Frauen und Kinder zwar eine Quelle sozialen Elends, aber zugleich eine Prämie auf frühe Eheschließung und große Familien. Das Kind half oft schon vom 5. oder 6. Jahre an seine Kosten decken, und vom 10. oder 12. Jahre an konnte es bare Überschüsse abwerfen; ja in weitem Umfange wurde die kindliche Arbeitskraft als Kreditobjekt beliehen. Die fabriktätige Frau, die ihren Säugling nicht mehr stillen konnte, wurde um so früher wieder schwanger. In Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs aber zahlte die Armenverwaltung förmliche Kinderprämien. Dies waren die Zustände um Malthus: Kinderzeugung und kein Ende; und daneben: Armenpflege und kein Ende.

Dann kommt der Umschwung. Das englische Armengesetz wird 1832 geändert; Arbeiterschutz und Schulzwang machen der Ausbeutung kindlicher Arbeitskraft ein Ende; auch die vervollkommnete Maschine schaltet vielfach die kindliche Arbeitskraft aus. Unter den halbwüchsigen jungen Leuten aber beginnt die sogenannte Nestflucht; sie liefern ihren Verdienst den Eltern nicht mehr aus. Das Rechenexempel, ob Kinder rentieren, schließt jetzt ungünstig ab. Die sinkende Neigung in der englischen Geburtenzahl wird schließlich in den letzten Jahrzehnten überwiegend. Dieselben Erscheinungen kehren etwas später und abgeschwächt in den jüngeren Industriestaaten wieder, so in Deutschland und selbst in Frankreich. In Deutschland hat auch die Invalidenversicherung das Interesse an Kindern abgeschwächt, weil die Eltern ihre Unterstützung im Alter nicht mehr so nötig haben, wohl auch im Zeitalter der Nestflucht nicht sicher erwarten dürfen. „Man kann es hundert- und tausendfach von betagten Eltern hören," schreibt v. Behr-Pinnow, „daß es sich nicht lohne, Kinder aufzuziehen, da man im Alter doch nichts von ihnen habe."

In Frankreich, dessen industrielle Entwicklung infolge des Kohlenmangels zurückblieb, ist dieser englische Typus der Geburtenkurve weniger ausgeprägt. Die französische Kurve ist vielmehr in erster Linie durch jene geistigen Strömungen bedingt, die zum Geburtenrückgang führen: Aufklärung und sozialer Wetteifer, von Dumont mit einem halb naturwissenschaftlichen Ausdruck als capillarité sociale bezeichnet. Wir finden auch hier, aber ohne vorangegangenen Aufstieg, Rückgang der Geburtenziffer seit der Revolution, mit kurzer Unterbrechung in den 1860er Jahren zur Zeit eines industriellen Aufschwungs. Der Rückgang war zunächst ein Trost gegen malthusianische Übervölkerungssorgen; erst seit der Volkszählung von 1856 wurde die öffentliche Meinung bedenklich, und neuerdings verzweifelt. Es fehlt aber in Frankreich auch nicht an Leuten, die sagen: halb so viel Franzosen wären auch genug, nicht auf die Zahl, auf die Qualität kommt es an.

Die Spuren dieser französischen Kurve haben wir etwas später auch in den andern Ländern zu suchen, in denen großstädtische Entwicklung die Aufklärungskultur in die Massen trug. Aber sie fließt hier zusammen mit der englischen Kurve und mündet ein in den internationalen Absturz der Geburtenzahl, den wir für die letzten Jahrzehnte in den Ländern westeuropäischer Kultur fanden, verstärkt durch den Einfluß der Geschlechtskrankheiten und andere Zeichen großstädtischer Entartung. Nur ländliche Gebiete bleiben verhältnismäßig unberührt, soweit nicht die ausstrahlende Wirkung benachbarter Großstädte auch sie ansteckt, wie das von Berlin aus in sehr weitem Umkreise geschieht. Aber eine folgenreiche Änderung hat doch auch hier begonnen durch eine indirekte Wirkung der Industrie: der Landmann sah bisher in seinen Kindern seinen besten Besitz; durch die Landflucht der Jugend wird dieser Be-

sitz entwertet. Es ist kaum anders denkbar, als daß die Landflucht in ihrer heutigen Stärke die Kinderliebe der Landbevölkerung abschwächt.

Nun hat der Krieg die Bevölkerungssorge verstärkt. Zwar scheint die Abnahme der Sterblichkeit jenseits des militärpflichtigen Alters auch jetzt noch anzuhalten, wenn man den statistischen Ergebnissen einiger Lebensversicherungsgesellschaften aus den Jahren 1914—16 auf den ersten Blick trauen darf. Aber die Nation betrauert nicht nur den Ausfall von Geburten und Verlust von Kriegsteilnehmern in Millionenhöhe, sondern mit ihrem Verluste auch den Ausfall ihrer ungezeugten Nachkommenschaft. Auf Jahrzehnte hinaus werden noch mehr Mädchen und junge Witwen als sonst aus arithmetischen Gründen ehelos bleiben; die Fruchtbarkeit der Ehe aber wird vom Druck der wirtschaftlichen Lage, im Mittelstande insbesondere von Geldwert und Preissteigerung abhängen. Man baue auch nicht auf die hergebrachte Meinung, daß nach aller bisherigen Erfahrung nach verlustreichen Kriegen die Bevölkerung um so schneller nachwachse. Die Belege dafür sind spärlich und zweifelhaft. Das Hauptbeispiel ist der Deutsch-Französische Krieg. Aber damals wurde gerade auch die Gewerbefreiheit nebst andern Freiheiten eingeführt, die die Heiratsziffer in die Höhe treiben mußten. Und ähnlich war es nach den Freiheitskriegen. Daß im ersten Friedensjahr noch Eheschließungen nachgeholt werden, die während des Krieges aufgeschoben waren, trotz der vielen Kriegstrauungen, kann nur einen Teil des Geburtenausfalls decken.

Vor allem droht der Geburtenrückgang unter denselben Einflüssen, die ihn bisher beherrscht haben, sich fortzusetzen, während die allgemeine Sterbeziffer ihrem Wendepunkt nahe ist; so droht beschleunigter Rückgang des Bevölkerungszuwachses. Mit der Zahl droht aber auch die Qualität der Bevölkerung zu leiden. Verkleinerung der Kinderzahl bedeutet nicht nur schlechtere Erziehung, Zunahme der Egoisten und Sonderlinge, sondern auch verhältnismäßiges Überwiegen der Erstgeborenen, die nach einer verbreiteten wissenschaftlichen Meinung minderwertig sind. Die größere Sterblichkeit der höchsten Geburtsnummern aber, der achten, neunten usw. Kinder, erklärt sich vielleicht schon äußerlich dadurch, daß solche Kinder großenteils proletarischen Familien angehören oder solchen Familien, in denen die Mütter nicht stillen, und darum viele, aber schlecht genährte Kinder haben; Abnahme dieser hoch numerierten Kinder würde die Minderwertigkeit der andern Kinder dieser Familien nicht beseitigen und darum eine Rassenverschlechterung durch Erstgeborene nicht ausgleichen. Soweit es zutrifft, daß die Kinderscheu gerade in der Oberschicht vorzugsweise Wurzel geschlagen hat, müssen die in der Oberschicht vererbten Eigenschaften immer seltner werden; eine Erwägung, die neuerdings den Neumalthusianern in mehreren Ländern Anlaß gegeben hat, ihre Propaganda planmäßig gerade in die unteren Massen zu tragen. Anderseits würde der Volkswohlstand zwar durch die verminderte Kinderzahl zunächst gewinnen und eine reichlichere Ernährung ermöglichen; wenn aber die alljährliche Bevölkerungszunahme bisher eine der wirksamsten Triebfedern wirtschaftlichen Fortschreitens gewesen ist, so würde der nahende Bevölkerungsstillstand eine Ära wirtschaftlicher Stagnation heraufführen wie in Frankreich, und ein garantiertes Zweikindersystem wäre gewiß am wenigsten tauglich, diesen Geist volkswirtschaftlicher Mutlosigkeit zu überwinden. Das französische Beispiel zeigt uns aber auch die politische Rückwirkung der Kinderzahl. An der Gesamtbevölkerung der europäischen Großmächte hatte nach einer von Leroy-Beaulieu wiedergegebenen Schätzung Frankreich um das Jahr 1789 noch einen Anteil von 25%, 1815 20%, 1882 13%,

1912 10%, von denen jetzt der beste Teil im Kriege verblutet; Osteuropa ist der Hauptgewinner. Soll Deutschland denselben Weg gehen?

Wir brauchen nicht kleinmütig dieser Gefahr entgegenzusehen. Wir dürfen hoffen, daß die übermächtige Gewalt, mit der der Krieg jeden einzelnen zum Besinnen gezwungen hat, auch jene Zeitströmungen, die bisher Geburten mindernd wirkten, umlenken werde. Auch der Gesetzgeber kann manches ändern, wenn er die Wurzeln des Übels an der richtigen Stelle sucht, nicht im Fortschritt von Wohlstand und Kultur. Zwar werden wir an unsern großen sozialen Errungenschaften, wie Arbeiterschutz und Schulzwang, unter allen Umständen festhalten, auch wenn sie die Kinderzahl vermindern; wir liefen sonst ja auch Gefahr, was wir an Zahl gewinnen, an Leistungsfähigkeit einzubüßen; auf diesen Gebieten können nur Grenzberichtigungen in Frage kommen. Aber unsere ganze Gesetzgebung muß unter bevölkerungspolitischem Gesichtspunkte nachgeprüft werden. Auf einige der brennendsten Fragen behalte ich mir vor, in einem späteren Aufsatz zurückzukommen. Auch die große Politik muß unter dem Gesichtspunkte der Bevölkerungsmacht orientiert werden, indem sie mit bevölkerungsstarken Staaten eine politische Interessengemeinschaft sucht. Dann arbeitet die Zeit nicht für den Feind, sondern für uns.

# Zur Politik.

Wir wollen unser Volk nicht so gering einschätzen und glauben, daß es wirklich so bitterarm ist an politischem Sinn und Genie, wie es der Weltkrieg gezeigt hat. Vielmehr sind durch Entwicklungen und Forderungen der Zeit diejenigen Kräfte, die vornehmlich zur politischen Wirksamkeit berufen sein konnten, abgedrängt und auf andern Gebieten verwertet, wie denn im Heerwesen, in Wissenschaft und Technik der deutsche Genius sich glänzend wie nie bewährt hat in seines Volkes größter Stunde. Es kommt hinzu, daß im Zeitalter der Demokratie und des Mammonismus Unberufene in die Lücke getreten sind. — Worauf alles ankommt für die Zukunft, ist, unser Volk „politischer" zu machen, es aufzuklären über das Natur- und Sittengesetz der politischen Welt, über Wesen und Forderung einer nationalen Politik, in ihm politischen Instinkt und Verantwortungsgefühl für das öffentliche Leben und Lust zur Betätigung zu wecken; aber immer in dem Sinne, daß politische Reife und Bildung eines Volkes in der Fähigkeit gipfelt, die geborenen und berufenen Führer zu erkennen und sich hinter sie zu stellen; denn in der Politik ist Genie und Führerschaft alles und ein politisierendes Volk schlimmer als ein teilnahmloses.

---

Unsere Regierenden ergreifen vielleicht das richtige Mittel — freilich ohne zu wissen, was sie tun —, um unser Volk von der schlimmsten Zeit- und Weltkrankheit, nämlich der Demokratie, zu heilen. Sie beschleunigen durch umstürzende Maßnahmen den Krankheitsprozeß, lassen die Krankheit sich austoben und so den Organismus gesunden. Es fragt sich nur, ob er die Urgesundheit und Widerstandskraft hat, eine solche Gewaltkur zu ertragen.

---

Es gibt im staatlichen Organismus Einrichtungen, die, biologisch überwunden, außer Funktion gesetzt sind. Ihr Fortbestehen kann eine ernste Gefahr für die Gesundheit des Organismus bedeuten. Eine solche Einrichtung ist der Parlamentarismus.

Karl Boesch.

# Was ist Rassenhygiene?

## Von Hermann Werner Siemens.

Jedermann weiß, was Hygiene ist. Aber fast jeder denkt dabei nur an die Hygiene des Einzelwesens, an die Individualhygiene. Was einem dabei vorschwebt, ist besonders zweckmäßige Ernährung, Aufenthalt in Luft und Sonne, Turnen, Sport, Körperpflege, Ausflüge ins Gebirge und die vielseitigen Maßnahmen der sozialen Fürsorge. Durch all diese Dinge kann die Erhaltung und Entwicklung des Einzelwesens hervorragend gefördert werden. Was aber bleibt dann der Rassenhygiene zu tun übrig?

So lange man glaubte, daß die Verbesserungen, die eine vernünftige und tatkräftige Individualhygiene am Einzelwesen hervorruft, in wesentlichem Grade auch seinen Nachkommen zugute kommen würden, so lange waren Individualhygiene und Rassenhygiene eins. Einen gesonderten Begriff „Rassenhygiene" aufzustellen, hatte erst Sinn, als man die Überzeugung gewann, daß auch durch die ausgiebigste Pflege der einzelnen Personen nichts Wesentliches für die Erhaltung und Veredelung der Rasse geschieht. Wenn man an eine „Vererbung erworbener Eigenschaften" glaubt, dann ist die Rassenhygiene nur ein neues Wort für die altbekannte Hygiene des Einzelwesens. Die Rassenhygiene bekommt als selbständige Wissenschaft erst wirklich einen Sinn, wenn es eine Vererbung erworbener Eigenschaften nicht gibt.

An dem Glauben an eine Vererbung erworbener Eigenschaften pflegen nun Nichtbiologen, besonders Pädagogen, Philosophen und Sozialisten mit einer boshaften Hartnäckigkeit festzuhalten. Aber es gibt keine Vererbung erworbener Eigenschaften, und es kann keine geben.

In einer Broschüre, in der ich auf die Unsinnigkeit derartiger Vorstellungen ausführlicher eingegangen bin[1]), konnte ich deshalb mit vollem Rechte den Satz niederschreiben: Der Glaube an die Vererbung erworbener Eigenschaften ist nichts weiter als „ein typischer Ausdruck gröbster biologischer Unkenntnis, den man nicht oft genug an den Pranger stellen kann." In der Tat sollte es verboten sein, mit einem solchen, aus mangelndem Wissen geborenen Aberglauben noch länger herumzuhantieren. Nehmen wir die wenigen außenseiterischen Gelehrten beiseite, die auf Grund einer seltsamen Unklarheit in den vererbungswissenschaftlichen Grundbegriffen an jener ganz veralteten Hypothese noch festhalten, so kann man die Behauptung der Vererbung erworbener Eigenschaften geradezu als eine Ungezogenheit bezeichnen, denn eine Ungezogenheit ist es, über Dinge Behauptungen aufzustellen, über die man sich nicht vorher wenigstens einigermaßen gründlich unterrichtet hat. (Zum tieferen Eindringen in diese Fragen pflege ich außer meiner Broschüre noch die beiden umfangreicheren Werke zu empfehlen: Baur, Einführung in die experimentelle Vererbungslehre, und Schallmayer, Vererbung und Auslese in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung.)

Die Erhaltung und Veredelung der Rasse kann also auch durch die ausgiebigste Individualhygiene in keiner Weise gewährleistet werden. Sport, Körperpflege, Vermeidung des Nachtlebens usw. sind gewiß schöne Dinge, aber mit der Rassenhygiene haben sie so gut wie gar nichts zu tun. Wir wissen nun, was Rassenhygiene

[1]) H. W. Siemens, Die biologischen Grundlagen der Rassenhygiene und der Bevölkerungspolitik. München 1917 (80 S.), 1,80 M.

nicht ist; sie besteht nicht in der Sorge um die Erhaltung und Entwicklung des Einzelwesens. Was aber ist dann Rassenhygiene?

Zu den Begriffen, die in der modernen Literatur sehr beliebt sind, gehört auch der Begriff der Fortpflanzungshygiene. Mit diesem Begriffe kommen wir der Rassenhygiene schon etwas näher als mit der Individualhygiene, denn der Gedanke an die Bedeutung der Erbmasse spricht sich in ihm schon deutlicher aus. Bei der Fortpflanzungshygiene handelt es sich meist darum, Schädigungen, die die Nachkommenschaft eines Menschen vor ihrer Erzeugung und vor ihrer Geburt erleiden kann, auszuschalten. Zu einem erheblichen Teil werden nun allerdings diese Schädigungen mit Erblichkeit gar nichts zu tun haben, und ihre Beziehungen zur Rassenhygiene werden dementsprechend nur sehr lockerer Natur sein. Denn die Rassenhygiene sieht immer die Erbmasse an und zeigt für das schnell vergängliche Einzelwesen nicht sonderlich großes Interesse. Sie gleicht darin dem Staate, der auch nur das Volk ansieht, und von der einzelnen Person selbst Blut und Leben fordert, wenn durch den Überfall feindlicher Nachbarn das Fortbestehen der Nation bedroht ist. Aber die Macht, die die Fortpflanzungshygiene heutzutage auf viele Geister ausübt, beruht doch wohl auf dem richtigen Gefühl, daß hier allem Anscheine nach Erbwerte auf dem Spiele stehen, und nicht nur die rasch vergänglichen Werte des einzelnen Individuums. So sind es besonders die Röntgenstrahlen, der Alkohol und die Syphilis, von denen man glaubt, daß sie auf die Erbmasse eine ungünstige Wirkung ausübten und dadurch den Verfall der modernen Kulturmenschheit herbeiführten.

Nun sind allerdings bisher unsere Kenntnisse über die Beeinflussung der Erbmasse durch äußere Faktoren sehr gering. Vor allen Dingen scheint es vorerst nicht möglich, sich über den Umfang dieser Beeinflussung ein auch nur einigermaßen zuverlässiges Bild zu machen. Wollten wir aber auch alles in Bewegung setzen, um die etwa mögliche Schädigung der Erbmasse zu verhüten, so würden wir damit doch nur rein negative Ziele verfolgen. Wir würden die Entartung, die unserm Volke droht, vielleicht verlangsamen können. Aber eine positive Gesundung ist natürlich durch bloße Abwehrmaßregeln nicht denkbar. Auch die Fortpflanzungshygiene gibt uns also höchstens das Programm zu einer negativen Rassenhygiene an die Hand. Auch die Fortpflanzungshygiene kann also nicht der Kern der Rassenhygiene sein. Was also ist nun endlich die Rassenhygiene?

Die Rassenhygiene gibt keine Vorschriften für das persönliche Leben, sie ist kein Ritual für Eheleute und solche, die es werden wollen, sie ist vielmehr ein politisches Programm. Der Boden, auf dem dieses über den Parteien stehende politische Programm fußt, sind die Tatsachen der Vererbung und der Variabilität. Die Vererbung lehrt uns, daß der Mensch den wesentlichsten Teil seiner guten wie schlechten, seiner körperlichen wie geistigen Eigenschaften seiner Erbmasse verdankt, und daß er diese Erbmasse an seine Nachkommen weitergibt. Die Vererbung lehrt uns also, daß die Wahrscheinlichkeit, tüchtige Menschen zu erzeugen, um so größer ist, je tüchtiger die Eltern sind. Die Variabilität (Mutabilität) dagegen lehrt uns, daß die Menschen an Erbwert sehr verschieden sind, daß es erbbildlich tüchtige und erbbildlich minderwertige Menschen gibt. Wenn nun in einem Volke die erblich Tüchtigen fortdauernd eine geringere Kinderzahl aufweisen als die unterdurchschnittlich Befähigten, so muß natürlicherweise das Volk an Rassenwert abnehmen. Dies aber ist bei uns bekanntermaßen der Fall. Nicht nur haben die führenden Stände unseres Volkes, die in körperlicher wie geistiger Beziehung eine

Auslese besonders leistungsfähiger Erbstämme darstellen, eine Fruchtbarkeit, die nicht einmal zur Erhaltung ihrer bloßen Zahl genügt; auch innerhalb jedes einzelnen Standes sind es die besonnenen, vorausblickenden Eheleute, die die Kleinhaltung ihrer Familie am erfolgreichsten durchführen. Zahlen anzuführen, muß ich mir hier versagen; in meiner Broschüre findet man das wichtigste angegeben.

Es ist also die Geburtenverhütung der Tüchtigen, welche an der Kraft unserer Rasse zehrt und ihre Zukunft untergräbt. Das Hauptziel jeder positiven Rassenhygiene kann deshalb nur sein, die Tüchtigen zu einer ausreichenden Fruchtbarkeit zu veranlassen. Die positive Rassenhygiene ist daher identisch mit einer Bekämpfung des Geburtenrückgangs der Tüchtigen. Dem fortschreitenden Aussterben der begabten und wertvollen Familien unseres Volkes gilt es Halt zu gebieten. Das ist das Ziel, ohne dessen Erreichung all unser irdisches Streben vergeblich ist, ohne dessen Erreichung die deutsche Kultur durch die Ausmerzung ihrer Träger dem raschen Untergang entgegengeht. Ohne eine rasch entschlossene und großzügige rassenhygienische Geburtenpolitik ist Europas Herrlichkeit verloren, und schon in wenigen Menschenaltern werden die Asiaten gewahr werden, daß Europa nichts mehr ist als „die kleine, Asien vorgelagerte Halbinsel" (Nietzsche).

„Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!" So hat es einmal aus Kaisermund geklungen. Aber das heiligste Gut ist uns nicht Gold und Besitz, sondern das unverfälschte Blut unserer Rasse. Noch sehen wir nicht, daß zu ihrer Rettung etwas Ernstliches geschieht, trotzdem die Zeit eilt. Möchte die Rassenhygiene die Geister neu entfachen! Möchte sie Hände und Hirne in Bewegung setzen, um das Grab wieder zuzuschaufeln, das unserer Zukunft bereits gegraben ist!

---

# Los vom Parlamentarismus!

„Aus der Zopfzeit sieht man zuweilen auf Stadtplätzen und in Anlagen stumpfe Pyramiden stehn, die eine steinerne Kugel krönt. Das ist das Sinnbild des Parlamentarismus, wohin er früher oder später kommt, auch wenn er es nicht will, und jene Kugel ist ein Sack voll Geld.

Dessen Dynamik mag seltener die direkte sein, das „Panama", wie man es in Frankreich nennt, in Italien „Panamino", die Bestechung. Wesentlich ist jedenfalls die indirekte, die Verflechtung des Volksvertreters in geschäftliche Beteiligungen, Tantiemen usw., welche ihn aufsuchen, weil er gesetzgebender Politiker ist. Die Zartheit, womit die Verfassungen darüber wachen, daß die Regierung keine Attentate auf die Engelsreinheit des Volksvertreters durch die Aussicht auf kleine Beförderungen macht, bleibt ohne Erwiderung. Niemand braucht sich dem Urteil seiner Wähler durch Niederlegung des Mandats neu zu stellen, weil es ihm fette Privatpfründen brachte. Ja, Bauer, das ist ganz was anderes. Die Taktiken, womit der Volksvertreter ein hohes Amt ins Auge faßt, sind auch wieder ganz was anderes. Ja, Bauer, du mußt das Sprichwort von den großen und den kleinen Eueignern begreifen. — Alle diese Dinge sind nicht bei uns im Parlamentarismus aufgekommen, sie sind sehr jung bei uns, während sie anderswo alt und selbstverständlich sind. Aber sie gehören zu ihm, stecken in ihm, sind Naturtriebe, wie der junge Fuchs, den man im Hause noch so sittlich aufgezogen hat, schließlich doch die Hühner frißt. Alle süßen Worte, daß unser parlamentaristisches System in Deutschland nicht wie das westliche werden soll, können das nicht aus der Welt schaffen. Und inzwischen ist es mit größter Eilfertigkeit und Ungeduld dabei, dem westlichen zu gleichen."

(Aus der sehr empfehlenswerten Schrift von Prof. Dr. Ed. Heyd „Parlament oder Volksvertretung?" Verlag Richard Mühlmann, Halle a. S., Preis 1,80 M.)

# Zur Psychologie der Balten.

Von Prof. Dr. Freiherr v. Freytagh-Loringhoven, Dorpat.

I.

Wer es nicht miterlebt hat, kann sich nur schwer vorstellen, in welch verklärtem Licht den hinter der russischen Front befindlichen Balten Deutschland und alles Deutsche erschienen. Ihrer eigenen Presse waren sie beraubt und auf die von planmäßiger Lüge und Verleumdung strotzenden russischen Blätter angewiesen. Trotzdem gab es keinen unter ihnen, der auch nur einen Augenblick an dem Siege Deutschlands gezweifelt hätte, auch nur vorübergehend durch die Berichte über deutsche Greueltaten am Mutterlande irre geworden wäre. Man las zwischen den Zeilen, man stellte die verwegensten Kombinationen auf, klammerte sich an jedes Gerücht, das aus dem neutralen Auslande dorthin drang und von deutschen Erfolgen sprach. Der Glaube an Deutschland wurde allen immer mehr zur Lebensnotwendigkeit. Und um seiner nicht verlustig zu gehen, wiesen selbst die Skeptischsten alles zurück, das ihn hätte wanken machen können. Es durfte in Deutschland weder Mangel an Menschen geben, noch an Kriegsbedarf, noch an Nahrungsmitteln. Alles war in überreichem Maße vorhanden und was die natürlichen Hilfsmittel augenscheinlich nicht liefern konnten, das wurde durch den deutschen Erfindergeist ersetzt. Militärische Mißerfolge aber gab es nicht. Blieb ein erwarteter Vorstoß aus, war ein Zurückweichen notwendig geworden, so handelte es sich allemal um einen freiwillig, auf Grund tiefsinniger strategischer Erwägungen gefaßten Entschluß der obersten Heeresleitung, der die Bürgschaft neuer Siege in sich barg.

Auch im Innern Deutschlands mußte alles wohl bestellt sein. Die kleine Schar der unabhängigen Sozialisten war vollkommen wurzellos, das Volk stand geschlossen hinter Kaiser und Heer. Konnte es doch jetzt mehr denn je als erwiesen gelten, daß das Staatswesen auf gesunden Grundlagen ruhte. Und wenn doch irgend etwas reformbedürftig sein sollte, so würde das hernach unschwer seine Erledigung finden. Unter allen Umständen aber waren Heeresleitung, Regierung und Reichstag vollkommen einig darüber, daß nur ein Friede geschlossen werden dürfe, der das Land gesichert und erstarkt aus dem Kriege würde hervorgehen lassen.

Man wird auch bei den Balten selbst nicht auf Widerspruch stoßen, wenn man diese Stellungnahme je nachdem als gewaltsam oder als weltfremd, ja als kindlich bezeichnet. Aber sie war vorhanden. Und sie war notwendig, sollten ihre Anhänger den Weltkrieg ungebrochen durchleben. Die Last, die ihnen das Schicksal auferlegt, konnte nur getragen werden im felsenfesten Vertrauen auf den vollen Sieg der deutschen Sache und in der Hoffnung auf die kommende Befreiung. Insofern war die grenzenlose innere Hingabe der Balten an Deutschland gewiß nichts an sich Verdienstliches. Sie war recht eigentlich ein Gebot der Selbsterhaltung. Wenn sie aber hier in den Vordergrund gerückt wird, geschieht das deshalb, weil sie den psychologischen Ausgangspunkt für das Verhältnis der Balten zum Deutschen Reiche bildet.

Daneben aber gilt es, noch andere Momente in Betracht zu ziehen. Dem Reichsdeutschen, der mit der Geschichte und dem sozialen Aufbau der baltischen Gesell-

schaft nicht vertraut ist, wird vieles dort fremd und unverständlich erscheinen. Ob er nun als Offizier, als Beamter, als Gewerbetreibender ins Land kommt, er wird sich an manchem stoßen, dieses zu wenig beachten, jenes kurzweg verurteilen. Und das traurige Ergebnis kann sein, daß das große Kapital an Vertrauen, das die Befreiten Deutschland und den Reichsdeutschen entgegenbringen, verzettelt wird, daß gegenseitiges Mißverstehen und Mißtrauen Platz greifen und daß es nicht gelingt, den wiedergewonnenen Bruderstamm einzugliedern zum Heile der alten deutschen Ostmark und des Deutschen Reiches.

2.

Todo blanco es caballero — dieses alte, in den spanischen Kolonien geprägte Wort hat Geltung in jedem Koloniallande. Und wenn es unter der Sonne Afrikas oder Südamerikas dem Weißen zugute kommt, so vorteilt unter andern Verhältnissen jeder Angehörige des edler gearteten, als Eroberer auftretenden Volksstammes von dem Grundsatze, den es ausdrückt.

Das trifft auch für die Ostseeprovinzen zu. Hier war jeder Deutsche Vertreter einer höhern Rasse, einer höhern Kultur. Er stand unter allen Umständen über dem Undeutschen, mochte er nun in der Heimat Edelmann, Kaufmann oder Handwerker gewesen sein, mochte er sich auch in der Kolonie gleichviel welcher Tätigkeit widmen. Er war Deutscher und das allein gab ihm überragenden Wert.

So war es bei der Begründung der Kolonie, so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Mochten alle gesetzlichen Vorrechte, alle tatsächliche Macht, die er einst besaß, von einer deutschfeindlichen Regierung genommen, von der anwachsenden demokratischen Strömung hinweggeschwemmt sein, im eigenen Bewußtsein, in dem seiner fremdstämmigen Umgebung blieb der Deutsche, trotz Verfolgung und Entrechtung, der Angehörige einer höhern Rasse, ein Wesen höherer Art. Diese Überzeugung sog er mit der Muttermilch ein und er hielt an ihr fest, in welche Tiefen ihn das Leben auch führen mochte.

Auf diesem Standpunkt aber stand nicht nur der Edelmann, der jetzt in einem Teil der deutschen Presse schon fast ebenso wie einst in der russischen angefeindete baltische Baron. Genau so dachte und fühlte der Literat, der Sprößling einer der dort so zahlreichen Familien, die sich seit Jahrhunderten den gelehrten Berufen widmen, die fast nur untereinander heiraten und es ebenso als Herabsetzung empfinden, wenn einer der ihren sich adeln läßt, als wenn er einen nicht akademischen Beruf ergreift. Und in gleichem Maße trifft das auf den Kaufmann zu, vom Rigaer oder Revaler Kaufherrn bis herab zum kleinen Budiker, auf den Handwerker, kurz auf jeden Mann deutschen Blutes. Jeder fühlte sich dem Undeutschen überlegen, empfand sich als Herrn im Lande.

Verständlicherweise nahm das so erzeugte Selbstgefühl bei der ständischen Gliederung, die in den Ostseeprovinzen vorherrschte, auch eine ständische Färbung an und je nach der Zugehörigkeit seines Trägers zu diesem oder jenem Stande bestimmte sich sein spezifischer Inhalt. Aber die Grundlage bildete die Zugehörigkeit zum Deutschtum, und sie war allen Balten gemein.

Ob die in solcher Weise erwachsene ausgeprägt aristokratische Denkart politisch nützlich, ob ihre zielbewußte Pflege letzten Endes klug war, darüber zu streiten hätte keinen Zweck. Auch wer verkennen wollte, daß ihr vor allem die Reinhaltung deutschen Blutes und deutschen Volkstums auf jenem entlegenen Vorposten zu danken ist, müßte jetzt mit der Tatsache rechnen, daß sie vorhanden ist und berücksichtigt

sein will, ja daß es nicht möglich ist, die Balten zu verstehen und richtig zu behandeln, wenn man diesen Faktor außer acht läßt.

Vielfach wird behauptet, daß die volle Eindeutschung Elsaß-Lothringens deshalb nicht gelingen will, weil den vorzugsweise norddeutschen Vertretern der Reichsgewalt die demokratische Denkweise der Bevölkerung allzu fremd ist, weil sie es nicht verstehen, sich ihr anzupassen. Wenn das richtig ist, würde sich in den Ostseeprovinzen ein interessantes Gegenstück dazu bieten. Denn am Balten gemessen, ist auch der Norddeutsche von demokratischen Strömungen bereits stark beeinflußt, und man darf vielleicht sagen, daß er in dieser Hinsicht die Mitte hält zwischen jenen Bewohnern des äußersten Südwestens und denen der am weitesten nach Nordosten vorgeschobenen Kolonie des alten Reichs. Dort gilt er als zu wenig demokratisch. Wird er es nun verstehen, hier die Klippe zu umschiffen und es vermeiden, durch ein Zurschautragen und Verwirklichen demokratischer Grundsätze zu verletzen?

3.

Deutschland hat es verstanden, in seinen Bürgern ein starkes Staatsgefühl zu wecken und lebendig zu erhalten, ein Staatsgefühl, das häufig das Nationalgefühl völlig in den Hintergrund drängt, so daß der Reichsdeutsche sich leicht dem irredentistischen Polen näher verwandt fühlt als dem mit aller Kraft nach Deutschland hinstrebenden Balten. Nun kommt er in ein Land, dessen Bewohner seit Jahrhunderten unter fremder Herrschaft gestanden, die stets mit der Staatsgewalt um die Wahrung ihres Volkstums haben kämpfen müssen, die fast immer bedrückt und verfolgt wurden, und die deshalb zum Staat als solchem eine ganz andere Stellung einnehmen als der Reichsdeutsche. Ihnen konnte der Staat nie die Verkörperung der Größe und Herrlichkeit ihres Volkes sein, nie die Macht, die schützend und helfend die Hand über sie breitete, nie ein lebender Organismus, dessen Teil sie selber gebildet und für dessen Erhaltung und Förderung sie gern Opfer gebracht hätten. Der russische Staat war ihnen schlechthin der Feind, dem man sich fügen mußte, weil er die Gewalt hatte, mit dem man sich irgendwie abfand, dem man aber nur so weit diente, als unvermeidlich war.

Es versteht sich von selbst, daß kein Balte auch nur im entferntesten gewillt ist, diese Auffassung auf Deutschland zu übertragen. Im Gegenteil, jeder einzelne unter ihnen ist bereit, dem Deutschen Reiche jedes Opfer zu bringen, das gefordert werden könnte. Aber staatliches Empfinden ist kein Erzeugnis eines Willensentschlusses. Es muß durch eine früh einsetzende Erziehung eingepflanzt werden, es bedarf langer Entwicklung, es will durch Geschlechterfolgen hindurch gepflegt sein. Man vergesse doch nicht, daß es im Herzen Deutschlands noch zu Goethes Zeiten so gut wie fremd war, obgleich es dort, trotz des kleinstaatlichen Elends, ungleich leichter hätte entstehen und gedeihen können als im fernen Nordosten.

Bei aller Begeisterung für Deutschland und die deutsche Sache ist es eine vollkommene Unmöglichkeit für die Balten, auf einen Schlag diese Begeisterung in ein ruhiges festes Staatsgefühl auszumünzen. Im Überschwang der Zeit werden sie bereit sein, ohne Murren große Opfer an Gut und Blut zu bringen. Aber wenn der Staat sie unnötig beengt, wenn er ihnen Vorschriften macht, deren Erfüllung lästig ist und deren Zweck sie nicht einzusehen vermögen, wenn er mit preußischer Genauigkeit und geleitet von rein fiskalischen Gesichtspunkten hier Gebühren, dort Steuern erhebt, dann werden sich in ihnen Unzufriedenheit und Widerspruchsgeist erheben.

Und man vergesse eines nicht. Der russische Stat war seinen fremdstämmigen Untertanen kein treu sorgender Vater. Aber er war im täglichen Leben, für den einzelnen ein überaus bequemer Geselle. Er stellte keine Ansprüche, er erhob kaum direkte Steuern, er belästigte niemanden mit Polizeivorschriften und ließ gern fünf gerade sein. Wer sich nicht mit Politik befaßte, nich allzuviel Wert auf Imponderabilien legte, der konnte unter ihm behaglich dahinleben. Wenn nun aber ein so ganz anders geartetes Regiment Platz greift, muß das allmählich und mit Milde geschehen. Mit der Zeit wird die von gutem Willen erfüllte Bevölkerung einsehen, daß selbst vom rein persönlichen Standpunkt aus die preußisch-deutsche Herrschaft überreichliche Gegenwerte für die mit ihr verknüpften Unbequemlichkeiten bietet. Aber von heute auf morgen kann das nicht geschehen.

Es wird nicht ausbleiben, daß das deutsche Staatsgefühl auch in den Ostseeprovinzen Wurzeln schlägt. Auch dort wird man lernen, daß dem Staat nicht nur im Augenblick des Überschwanges Opfer gebracht werden müssen. Aber man gedulde sich, man verlange nicht, daß der Acker, der gestern noch brach lag, heute schon Früchte trage.

4.

Die Deutschen pflegen sich selbst als ein Volk von Nörglern zu bezeichnen. Es ist aber eine häufig anzutreffende und psychologisch leicht zu erklärende Tatsache, daß Völker ebenso wie Einzelindividuen, gerade mit den Fehlern am wenigsten belastet sind, deren Vorhandensein sie am bereitwilligsten zugeben. Ein solcher Fall liegt wohl auch hier vor. Der Fremde hat oft genug Gelegenheit, staunend festzustellen, mit welcher Selbstverständlichkeit der Reichsdeutsche sich in gegebene Verhältnisse hineinfindet, wie selten er sie kritisch betrachtet und wertet. Das Wort des Herrn v. Bethmann über die gottgewollten Abhängigkeiten war zweifellos bezeichnend als Ausdruck einer in Deutschland weit verbreiteten Stimmung und Denkweise, mag es auch in der Öffentlichkeit unter politischen Gesichtspunkten einem teilweise sehr lebhaften Widerspruch begegnet sein.

Worauf diese Denkweise beruht, läßt sich nicht so leicht sagen. Immerhin wird man sie im wesentlichen darauf zurückführen dürfen, daß dem Deutschen, wenigstens in den letzten Jahrzehnten — vorher war es anders und da mag jener Selbstvorwurf berechtigt gewesen sein — genügender Raum für politische und wirtschaftliche Betätigung gewährt war. Handeln und Kritisieren aber schließen einander aus. Wer mitten im Leben steht, voll beschäftigt ist, vorwärts drängt, sich nach rechts und links seiner Haut wehren muß, der findet keine Zeit zum Grübeln und Kritisieren. Der nimmt die Wirklichkeit, wie sie ist und findet sich mit ihr ab. Mehr als das, Kritik, die an den ihm vertrauten Verhältnissen geübt wird, verstimmt ihn.

Auch hier liegt eine Klippe verborgen, an der das gute Verhältnis zwischen dem Reichsdeutschen und dem Balten Schaden nehmen kann. Denn der Balte ist kritisch im höchsten Grade. Wahrscheinlich gerade deshalb, weil er unter der Fremdherrschaft keine genügende Betätigung fand. Er stand beiseite und mußte zusehen, wie landfremde Beamte in seiner Heimat herrschten, wie sie, teils aus bösem Willen, teils in Unkenntnis der Verhältnisse deren kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung hemmten. War es ein Wunder, wenn seine Erbitterung sich in scharfer, oft schonungsloser Kritik Luft machte, wenn seine ganze Denkweise durch die erzwungene Untätigkeit immer mehr auf das Kritische abgestellt wurde?

Auch so etwas kann sich nicht von heute auf morgen ändern. Gewiß verkennt kein Balte den klaffenden Unterschied zwischen deutscher und russischer Verwaltung.

Aber daß die Wirklichkeit sich von jener idealisierten Vorstellung unterscheidet, die die Balten sich vor der Besetzung gemacht hatten, daß von den deutschen Behörden und einzelnen Beamten bei allem guten Willen gelegentlich Fehler begangen werden, wird kein Verständiger leugnen wollen. Ebenso will berücksichtigt sein, daß die erzwungene Untätigkeit unter den Verhältnissen kriegerischer Besetzung unvermeidlich fortdauert, ja in mehr als einer Hinsicht noch absoluter ist als vordem. Denn auch der spärliche Rest an Selbstverwaltung, der unter russischer Herrschaft bestand, hat zunächst verschwinden müssen, um einem rein militärischen Regiment Platz zu machen. Und Handel und Wandel liegen selbstverständlich darnieder.

Wie sollte da die Neigung zur Kritik sich abschwächen? Im Gegenteil, sie kann sich nur üppiger entfalten.

Aber es liegt keine Undankbarkeit in ihr, kein Verkennen der wunderbaren Wandlung, die im Geschick der Ostseeprovinzen eingetreten.

Und sie wird vollends schwinden, wenn die Balten beim Wiederaufbau ihrer Heimat werden mit Hand anlegen können, wenn ihnen endlich, nach Jahrhunderten wieder, Raum zu freier ungehemmter Betätigung geboten werden wird.

5.

Gern und oft wird von den Reichsdeutschen, die die Baltischen Provinzen besucht haben, der Vorwurf erhoben, man verstehe dort nicht zu arbeiten, lebe unwirtschaftlich, sei allzusehr dem Genuß ergeben. Das ist nun ein Vorwurf, der nur in sehr bedingtem Sinne berechtigt ist, im wesentlichen aber auf Unkenntnis der Verhältnisse und wohl auch auf einer einseitigen Weltanschauung beruht.

Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß der Balte im allgemeinen nicht so viel arbeitet wie der Reichsdeutsche. Aber eine große Arbeitsleistung ist nicht etwas an sich Verdienstliches, namentlich dann nicht, wenn sie auf Kosten anderer, geistiger Güter erzielt wird. Der Mensch ist nicht nur Arbeitstier, soll es auch gar nicht sein. Es wäre schade, wenn die Erzielung einer maximalen Roggenernte oder eines möglichst großen Quantums bedruckter Kattune allgemein zum Lebenszweck würde. Denn der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt der Gütererzeugung darf nicht der einzig maßgebende sein.

Nicht einmal von rein geistiger Arbeit darf gesagt werden, daß ihre Steigerung auf das höchstmögliche Maß unter allen Umständen erstrebenswert ist. Denn das würde zu einer Ausschaltung jeder andern Betätigung führen, würde unvermeidlich das in Deutschland mit Recht beklagte enge Spezialistentum zur Entwicklung bringen, würde die Freude im Leben vernichten.

Schließlich ist ja auch die Steigerung der Arbeitsleistung in Deutschland nicht die Folge eines freiwillig, aus sittlichen Erwägungen gefaßten Entschlusses, sondern das Ergebnis wirtschaftlicher Verhältnisse. Jeder muß sein Letztes hergeben, will er im angespannten Kampf ums Dasein nicht unter die Räder kommen. Daß aber darunter körperliche und geistige Gesundheit, Charakterentwicklung, allgemeine Bildung schweren Schaden nehmen, ist gerade in Deutschland selbst oft genug beklagt worden.

In den Baltischen Provinzen lagen bisher die Verhältnisse günstiger. Man konnte sich nicht nur behaupten, man konnte sehr gut voran kommen, wenn man eine mäßige Arbeitsleistung vor sich brachte, wie sie in Deutschland vor etwa 50 Jahren noch als normal galt, und wenn man im übrigen seiner Familie, der Geselligkeit,

seinen außerberuflichen geistigen Interessen lebte. Es war auch nicht nötig, daß man ängstlich sparte und jeden erübrigten Groschen auf die hohe Kante legte. Denn man verdiente sein Geld verhältnismäßig leicht. Traten trotzdem zeitweise Schwierigkeiten ein, so nahm man den bereitwillig gewährten Kredit in Anspruch. Und man durfte darauf bauen, daß auch die Kinder ohne besondere Mühe ihr Fortkommen finden würden.

All das verlieh dem Leben in den Ostseeprovinzen eine gewisse Leichtigkeit und Behaglichkeit zugleich. Es ermöglichte die Pflege einer ausgebreiteten Geselligkeit, wie sie infolge der kargeren Verhältnisse in den gleichen Kreisen Deutschlands nicht heimisch ist. Und die allgemeine Bildung — das darf ruhig gesagt werden — steht dort höher als in Deutschland. Den Spezialisten, der nichts kennt als sein Fach, wird man nur ganz ausnahmsweise antreffen. Auch der Mann, der seinen Beruf ernst nimmt, wird fast immer auch in den an sein Fach angrenzenden Gebieten Bescheid wissen und daneben noch in Betätigung belletristischer, musikalischer oder ähnlicher Interessen irgendeine Liebhaberei pflegen.

Die Verhältnisse in den Ostseeprovinzen werden sich ändern. Im Gefolge des Krieges wird, zusammen mit dem deutschen Regiment, auch der Kampf ums Dasein in der ganzen, dem Reichsdeutschen bekannten Schärfe seinen Einzug dort halten. Und die Balten werden sich anpassen müssen.

Oder darf man hoffen, daß der Weltkrieg, der dem deutschen Volk so manche wertvolle Erkenntnis gebracht, auch die zeitigen wird, daß Arbeit und immer nur Arbeit nicht des Lebens einziger Inhalt sein darf, daß man sonst Gefahr läuft propter vitam vivendi perdere causas?

6.

Nur auf einige besonders hervorstechende Züge im baltischen Charakter ist hier hingewiesen worden, auf Züge, die dem Reichsdeutschen fremd und unverständlich sein können, und mit denen er doch wird rechnen müssen, wenn er nicht darauf verzichten will, der Eroberung mit dem Schwert die restlose moralische Eroberung folgen zu lassen. Gewiß, an sich braucht er das nicht. Er kann sich auf den Standpunkt des Siegers stellen: er hat das Land erobert, er will regieren, die Früchte seiner Taten für sich allein ernten. Die Einheimischen aber haben sich zu fügen. Mit ihren Wünschen braucht um so weniger gerechnet zu werden, als sie nur eine Minderheit darstellen und es wichtiger ist, Letten und Esten für sich zu gewinnen als die Handvoll Balten, die zudem ganz auf den Schutz Deutschlands angewiesen sind. Und wird dieser Standpunkt festgehalten, so bedarf es des mühevollen Eingehens auf baltische Eigenart nicht.

Es bleibe dahingestellt, ob solche Gedankengänge bereits entstanden und zum Ausdruck gekommen. Möglich sind sie und auf den ersten Blick können sie sogar den Eindruck hervorrufen, als seien sie durchaus zweckmäßig und realpolitisch. Trotzdem liegt ihre Unhaltbarkeit auf der flachen Hand und im Grunde bedürfen sie nicht einmal einer Widerlegung. Es genügt darauf hinzuweisen, daß das baltische Deutschtum das einzige Element in dem fast 100000 Quadratkilometer großen Gebiet darstellt, auf das die deutsche Herrschaft sich wirklich stützen kann. Zurzeit freilich erkennen auch Letten und Esten, soweit sie nicht aus bolschewistischem Proletariat bestehen, daß die deutschen Truppen allein ihnen Schutz bieten gegen die grauenvolle Anarchie, die vor der Besetzung das Land verwüstete. Doch leicht kann es geschehen, daß sie nach Beseitigung der unmittelbaren Gefahr im Deutschen nur

noch den Büttel sehen und unter dem Einfluß einer überspannten Intelligenz wieder von lettisch-estnischer Selbständigkeit lettisch-estnischen Republiken träumen. Der einzige Weg aber, sie wirklich zu gewinnen, sie an Deutschland, seine Kultur, sein Interesse zu fesseln, geht über die Balten. Durch 700 Jahre hat es die handvoll Deutscher vermocht, jenes Land zu regieren, es kultureller und wirtschaftlicher Blüte entgegenzuführen und nationalen Frieden zu halten, bis es der russischen Regierung gelang, Zwietracht zu säen und Letten und Esten gegen sie aufzuhetzen.

Muß daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß sie auch jetzt wertvolle Dienste zu leisten imstande sind?

Und ist der neugewonnene Bruderstamm, den Deutschland einst in trauriger Zeit der Schwäche seinem Schicksal überlassen mußte, ist er es nicht auch an sich, unter Beiseitelassung aller praktischen Erwägungen, wert, daß man seine Eigenart kennen lerne, daß man auf sie eingehe, diese Eigenart, die ihm geholfen hat, durch beispiellos schwere Jahrhunderte hindurch sein Volkstum hoch zu halten, bis Deutschlands siegreiche Heere ihm endlich die Befreiung brachten?

---

# Paul Heyse zum preußischen Wahlrecht.

Meint ihr, ein jeder sei dazu geschickt,
Daß er das Staatswohl überwache?
Ein jeder weiß zwar, wo der Schuh ihn drückt,
Doch Rat zu schaffen, ist des Schusters Sache.

---

„Das klingt ein bißchen sehr —
Verzeih! — reaktionär.“ —
Wenn sich Agitatoren rühren,
Wie sollte man nicht re-agieren?

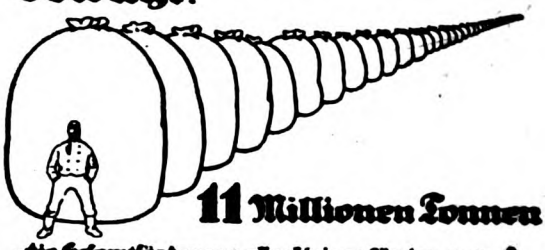
---

Wer nun einmal zum Knecht geboren,
An dem ist *sanfter* Zwang verloren.
Vernunft und Recht wird ihn nicht rühren,
Er will den Fuß im Nacken spüren.

(Zusammengestellt von Dr. C. Petzet.)

Z. L.

**Deutſchlands jährliche Kaliförderung beträgt:**



**11 Millionen Tonnen**

- die Geſamtförderung aller übrigen Länder nur: 0

**Deutſchlands Kohlenlager betragen:**

**Englands:**

**Auf ſolchen Wirtſchaftskräften beruht die Sicherheit der Kriegsanleihen – darum zeichnet!**

# Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. März.)

## „Undankbare Stipendiaten."

Wir haben den Frieden mit der Ukraine. Daß wir ihn auf dringendes Ersuchen der mit uns Abschließenden mit der Waffe in der Hand verteidigen und dort gegen die auf Befehl der Petersburger Judenherrschaft das Land verwüstenden Anarchisten Ordnung schaffen und halten müssen, wird eine Sicherheit für seine Dauer werden. — Wir haben ferner den Frieden mit Petersburg. Was dem Bethmann-Schüler Kühlmann nicht in monatelangen Verhandlungen gelang, schaffte in wenig Stunden der kurze militärische Befehl zum Vorrücken. Dem Wissenden genügt's.

Wir wollen Gott auf den Knien danken, daß er die Petersburger Juden, die im Handumdrehen das Jahrhunderte alte Werk Peters des Großen vernichteten und restlos bewiesen, wie man es *nicht* machen soll, derart verblendete, daß sie wähnten, Kühlmann wäre Deutschland, sie könnten also Deutschland den Frieden diktieren. Und wir wollen Gott abermals auf den Knien danken, daß die durch ein völkisches Herz unterstützte Entschlußkraft *anderer* maßgebender Kreise noch so manches in jenen baltischen Provinzen gerettet und ihre endgültige Befreiung tatkräftig ins Werk gesetzt hat.

Wir haben einen guten Frieden mit Finnland und bald auch Frieden mit Rumänien[1]), und wenn auch im Osten noch alles im ungewissen Werden und die endgültige Form für die dort dank deutscher Siege entstehenden, unter deutschem Einfluß verbleibenden Staatengebilde längst noch nicht gefunden ist, so wäre es unnütze Bescheidenheit zu verhehlen, daß sich jetzt dort ein Programm erfüllt, wie es seit jeher von den in Aus- und Inland gleichermaßen bekämpften Alldeutschen aufgestellt ist. Die Ablösung der westlichen russischen Randvölker, Finnlands, des Baltenlandes, Litauens, Polens, der Ukraine, und ihre wirtschaftliche Anschließung an das Deutsche Reich — die polnische Frage ist natürlich gesondert behandelt — ist bis auf die Festsetzung der Grenzlinie gegen Osten vom Führer des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, in seiner anfangs von Bethmännischer Staatsweisheit unterdrückten, schon 1914 verfaßten Flugschrift: „Zum deutschen Kriegsziel"[2]) und im Nachtrag zu seiner Denkschrift so gefordert worden, wie sie jetzt durchgeführt wird. Es ist wohl mit das schönste Geschenk, das die Weltgeschichte Claß, der kürzlich seinen 50. Geburtstag feierte, dargebracht hat. Eine stolzere Genugtuung kann ihm und dem noch immer von Philistern, Träumer- und Spießerseelen verkannten, vom Alljudentum tödlich gehaßten Alldeutschen Verbande kaum zuteil werden. Angesichts von Verkennung, Anfeindung und Haß mag ihm zum Troste dienen, was Fichte von Machiavelli schreibt (Joh. Gottl. Fichte: Machiavellis Politik, Ausgabe von Prof. Dr. Hofmiller, Druck und Verlag von Philipp Reclam jun., S. 13): „Es gibt nämlich nicht bloß dankbare Empfänger, sondern auch ... *sehr undankbare Stipendiaten*, welche, teils um ihre häusliche Armut zu verbergen

[1]) Unverständlich und wohl nur im Sinne der Großbanken ist es, daß man Rumänien jede Kriegsentschädigung schenken will. Die Nichterstattung der Requisitionsgelder ist als üblich kaum der Erwähnung wert.

[2]) Heinrich Claß: Zum deutschen Kriegsziel. J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis 1 Mk.

und die Welt zu überreden, daß sie aus eigenen Mitteln ihren Aufwand bestreiten, teils um zu verhindern, daß nicht auch andere den Weg zu derselben Unterstützung finden ..., das Haus, wo ihnen Almosen ausgezahlt werden, aufs möglichste verschreien und es in den allerschlimmsten Leumund zu bringen suchen." Nun, — mögen sie alle weitergeifern —, wenn sie nur „Stipendiaten" bleiben wie bisher! Auch die Zahl der öffentlich Dankbaren wird mit der Zeit schon größer werden. Selbst jene, die sieghafte Wahrheiten durch Mätzchen unterdrücken zu können glauben und jetzt noch vor der Verbreitung alldeutscher Schriften, besonders aus einem gewissen Verlag, warnen, werden eines Tages umlernen. Man lernt ja sehr rasch um, wenn man muß. Das hat die Wirkung des in Heft 3 veröffentlichten unwiderleglichen Aufsatzes „Der Bankerottfriede" von Dr. Paul Franz bewiesen. Seit seinem Bekanntwerden sind plötzlich die bis dahin unbelehrbarsten Kreise und Zeitungen für eine Kriegsentschädigung und sind es angeblich — das ist das Spaßhafteste daran — seit jeher gewesen. — Daß Herr Dr. Stresemann seine Stellung als „Stipendiat" des Alldeutschen Verbandes aufgekündigt hat, wird der weiteren Ausbreitung der Gedanken des Verbandes schwerlich Abbruch tun.

## Die Wirkung des Friedens im Osten.

„Jedenfalls hat die Taktik, die Trotzki auf Grund Radekscher Ratschläge eingeschlagen hat, zu der furchtbarsten Kapitulationserklärung geführt, die je die Weltgeschichte erlebt hat und mit der verglichen die Kapitulation von Sedan als bedeutungslos erscheint", schreibt der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Lensch in Nr. 48 der „Glocke". Die weltgeschichtliche Bedeutung der Friedensschlüsse mit der Ukraine, Rußland und Finnland ist unermeßlich und unübersehbar. Rein geographisch rückt damit Europa östlich bis zu der Linie vor, die vom Peipussee bis zur Krim südwärts führt. Wirtschaftlich erschließen sich uns reiche Länder für deutsche Siedlungsmöglichkeiten und für einen überaus fruchtbaren Rohstoff- und Warenaustausch, den keine Entente-Wirtschaftskonferenz mehr wird unterbinden können. Politisch sind wir von dem gefährlichen Riesendruck des alten zarischen Rußlands entlastet. Der Bevölkerungszuwachs Rußlands braucht uns vorläufig keine schlaflosen Nächte mehr zu machen. Die Rückwirkung auf die nordischen Reiche und auf die übrigen Neutralen zu unseren Gunsten ist unbezweifelbar. Auch auf unsere eigenen Bundesgenossen und unsere Stellung zu ihnen wird dieser Ausgang von Einfluß sein. Von unseren Feinden wird vielleicht am allerersten Japan die Folgen ziehen. Sein Einmarsch in Sibirien müßte aller Voraussicht nach die Vereinigten Staaten auf den Plan rufen. Diese wären dann kaum noch in der Lage, nach Europa Truppen überzusetzen, und es begänne dann am Stillen Ozean eine Auseinandersetzung, der sich England auf die Dauer schwer würde fernhalten können. So kann im Handumdrehen eine ganz neue Lage entstehen und im Osten ein Brand ausbrechen, bei dem wir dann die lachenden Dritten sein würden.

Daß angesichts dieser Tatsachen und unserer vollen Bezugsmöglichkeiten für Rohstoffe und Nahrungsmittel unsere Gegner im Westen wie wahnsinnige Spieler — allerdings spielen die Verantwortlichen dort um ihre Stellung und wohl auch um ihren Kopf — ihre unverständlichen Kriegsziele aufrecht erhalten, erscheint erstaunlich. Doch ist anzunehmen, daß der Denkzettel, den ihnen unsere Heeresleitung zu erteilen im Begriff ist, ungemein kriegsabkürzend und auf Jahrzehnte hinaus nachwirken wird. Gott gebe es! Jedenfalls werden wir, wenn nicht alle

Anzeichen trügen, auch im Westen in absehbarer Zeit zum Ende kommen. Zu wünschen ist nur, daß dann die gleiche Hand den Frieden diktiert, die ihn im Osten so glorreich geformt hat!

Es war ein weiter, blutiger Weg von Tannenberg bis Reval, Kiew, Odessa. Dank, Dank und dreimal Dank allen denen, die ihn mutig und pflichttreu gingen, den Führern und ihrer Gefolgschaft!

## Stimmen zum Frieden.

Der gesunde Sinn im deutschen Volke hat den östlichen Frieden gebührend begrüßt. Die planmäßige Lähmung des Siegeswillens, die ungeheuerliche Verfälschung der öffentlichen Meinung, die gerade während des Krieges so abschreckende Formen annahm, sie haben doch nicht die natürliche Klugheit und die vaterländische Einsicht, das nationale Ehrgefühl des Volkes zu ersticken vermocht. Wenn der Jubel auch nur gedämpft war und man sich gewissermaßen erst zaghaft an den überwältigenden Gedanken des Friedens auf dem einen Flügel gewöhnte, so ahnte doch die Mehrzahl der denkenden Deutschen die Bedeutung der folgenschweren Entscheidungen für die deutsche Zukunft. Die Haltung der bürgerlichen Presse war daher im allgemeinen würdig und erfreulich.

Nur die Doktrinäre, denen allerdings erheblich viel Felle weggeschwommen waren, konnten es nicht lassen, Gift in den Freudenbecher zu träufeln. Zumal die alljüdische Presse verbarg nur schlecht ihren Unwillen darüber, daß Deutschland mit den Rassegenossen in Petersburg plötzlich kurz aber energisch zu reden unternahm, und daß diese vor der Weltgeschichte so unsagbar kläglich abschnitten. Es war ja auch vom Standpunkt dieser Presse aus ärgerlich, daß der „neue" Geist, der angeblich seinen Einzug in die Welt gehalten hat, sogar nichts zuwege brachte; daß die demokratischen Kühlmann-Czernin-Methoden, die sich diesem „neuen" welterlösenden Geist anpaßten, uns nicht dem Frieden näherbrachten; es war ärgerlich, daß die Hoffnung auf ein großes republikanisch-sozialistisches Rußland unter jüdischer Herrschaft, das ein leuchtendes Vorbild zur Nacheiferung für Deutschland sein sollte, so rasch in Rauch aufging; daß die Stockholmer Konferenz eine Seifenblase war; es war ärgerlich, daß die Wirkung des Streikes ganz anders ausfiel, als beabsichtigt war. Ganz besonders ärgerlich war es, daß Rußland sofort jede gegen unsere politische und militärische Verfassung gerichtete Propaganda einstellen mußte. (Warum kann man diese Bedingung nicht auf unsere inneren Feinde ausdehnen?) Der „Vorwärts", dessen Sympathien seit der Revolution auf russischer Seite waren, hatte schon bisher immer wieder davor gewarnt, die „augenblickliche Kriegskonjunktur" auszunutzen, was beweist, daß er eherne weltgeschichtliche Gesetze und Entwicklungen — allerdings „Entwicklungen" in unserem, nicht in seinem Sinne — entsprechend der Einstellung des ihn beherrschenden Geistes nur als geschäftliche „Konjunktur" aufzufassen in der Lage ist. Der „Vorwärts" stellte nun fest, der Schrei der Esten und Letten sei nur „ein Schrei besitzender Schichten". Er zog wunderbare Vergleiche zwischen dem Landesverrat der Streiker und dem Hilferuf der Balten. — Vom gleichen „Vorwärts"-Geist beseelt, bejammerte die edle „Münchener Post" den „possenhaften" Ausgang der „großen Tragödie des Ostens", bei dem die mittelmächtliche Diplomatie die weltpolitische Konjunktur ausgenutzt habe wie nur je eine Hausfrau den Ausverkaufstag eines Warenhauses, und mit überfüllter Markttasche heimkehre." Das gleiche edle Blatt benutzte seinen Grimm über den Frieden mit der Ukraine dazu, um hetzend zu erklären: „In der

Unterzeichnung des Friedensvertrages durch einen besonderen Vertreter der Obersten Heeresleitung spricht sich die tatsächliche Kapitulation der Zivilgewalt vor der Militärgewalt aus." Das gleiche edle Blatt kündigte schon den „russischen Befreiungskrieg" an und erklärte am 5. März: „Wir sprachen schon gestern unsere Überzeugung dahin aus, daß der allgemeine Friede die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk abändern werde", und forderte die Genossen dazu auf, „im Reichstag durch ihre Abstimmung deutlich zu beweisen, daß noch große Kreise des deutschen Volkes treu zu dem Verständigungsfrieden stehen". Hoffentlich wird ihnen reichlich dazu Gelegenheit gegeben! Dann könnte endlich nachgeholt werden, was Bethmann im August 1914 versäumt hat, nämlich die Herbeiführung der Blamage der internationalen sozialdemokratischen Führer vor dem nationalgesinnten deutschen Volke, das zum Glück trotz mancher Zeitungen noch nicht so hirnverwirrt ist, daß es sich über den Erfolg im Osten nicht freute! — Doch sei auch hier auf die Riesenaufgabe hingewiesen, die der völkischen Presse gerade in dieser Beziehung noch harrt. Sie hat die Pflicht, einen jeden Deutschen, bei dem nun die natürliche Freude und der gesunde Stolz über den Frieden — den die mannhafte „Ostdeutsche Rundschau" in Wien mit seinem richtigen Beiwort nennt — ehrlich zum Durchbruch kommt, und sei er vorher noch so verblendet gewesen, als national wiedergeboren zu begrüßen und ihn in unseren Reihen willkommen zu heißen.

## Innere Wahrheiten und ihr Gegenteil.

„Die Gebiete, die sich im Westen der in Brest-Litowsk der russischen Delegation bekanntgegebenen Linie befinden und die vorher dem russischen Staate angehörten, hören auf, der Landeshoheit Rußlands unterstellt zu sein." So heißt es in Abschnitt 2 des deutsch-russischen Friedensvertrages.

Nach dem rumänischen Friedensvertrag tritt Rumänien die Dobrudscha ab und läßt sich Grenzberichtigungen zugunsten Ungarns gefallen.

„Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar." So hieß es in der Friedensentschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917.

Die Abtrennung eines gewaltigen Stückes von dem russischen Einflußgebiet dürfte nicht nur von den Russen als „politische Vergewaltigung" angesehen werden können, wenn man schon davon absieht, sie als „erzwungene Gebietserwerbung" anzusprechen, da wir ja die abgetrennten Stücke nicht gewaltsam erwürben, sondern sie freiwillig den Anschluß an Deutschland suchten. Wie steht es mit der Dobrudscha? Ein offener Widerspruch mit der Entschließung vom Juli 1917, auf dessen Boden die Reichstagsmehrheit und die von ihr bestallte Reichsleitung noch immer steht, ist ganz unverkennbar. Lassen wir daher diese Entschließung im Abgrund der Vergessenheit versinken für alle die, welche sich restlos und freudig zu dem Abschnitt 2 des angeführten Friedensvertrages und zu dem Geist, der ihn geboren, bekennen und diesen Geist auch beim Friedensschluß im Westen walten sehen wollen!

Der öffentlichen Verachtung sollen aber alle schonungslos preisgegeben sein, welche in ihrer Verzweiflung über die wegschwimmenden Felle die Stirn und die innere Verlogenheit haben, zu behaupten, daß der deutsch-russische Friede eine Folge der Friedensentschließung sei und sich inhaltlich mit ihr decke!

Es trifft sich gut, daß diese Gesellen dieselben sind, welche zu behaupten wagen, nationale Gesinnung und ihre Verbreitung wäre eine durch schwerindustrielle Zeitungsanzeigen veranlaßte Erscheinung. Es spricht eine unsagbar verdorbene und schmutzige Gesinnung aus einer solchen Behauptung, doch je toller dies „Pack und Gesindel", wie der Abgeordnete Erzberger zu sagen geruhte, es treibt, desto lieber kann es uns nur sein, denn desto eher und gründlicher wird auch das deutsche Volk mit diesen Fälschern seiner Instinkte und Gesinnungen Abrechnung halten! Nationale Gesinnung fließt gottlob immer noch aus dem innersten Herzen des deutschen Volkes und ist trotz aller Vergiftungsversuche unausrottbar, — während der Hang zum Internationalen nicht immer nur Begeisterung zur Quelle haben dürfte. Was aber die scheinbar so unendlich klugen realpolitischen Verstandesmenschen nie verstehen können, wird sich auch diesmal wieder begeben: eingeborene Triebe und Wahrheiten im Bunde mit zukunftsfrohem Idealismus werden über alle noch so fein ausgeklügelten, durch künstliche Beweggründe ins Leben gesetzte Machenschaften obsiegen!

Eine dritte Gruppe, nämlich diejenigen, welche etwa bei bestem Willen einen Unterschied zwischen der Friedensentschließung und der angeführten Friedensbedingung nicht zu finden vermögen, kann als nicht ernst zu nehmen ruhig der Lächerlichkeit anheimfallen.

Angesichts der Dank des Franzschen Aufsatzes unwiderleglichen, blitzartig um sich greifenden Erkenntnis, daß ein Friede ohne Entschädigungen der „Bankerottfriede" und damit die Erfüllung des englisch-amerikanischen Kriegszieles ist, muß allerdings vom ganzen deutschen Volke die Frage aufgeworfen werden, ob die eigentlichen Veranlasser der Entschließung vom 19. Juli 1917 nicht nur leichtfertig sondern bewußt gewissenlos gehandelt haben, und wer und was sie dazu bestimmt hat.

### Vom guten Willen.

In nationaler Hinsicht ist demnach vom Frieden viel zu erwarten, und jeder, der in dieser Hinsicht seinen guten Willen erweist, in welchem Lager er sonst auch stehe, ist unser Bundesgenosse.

Allerdings muß man sich erst darüber einig sein, was man unter „gutem Willen" versteht, und von wem man ihn erwarten darf. Die internationale Presse z. B. wird man am besten ganz aus dem Spiele lassen. Wem die natürlichen Grundlagen für nationale Empfindungen fehlen, der kann nicht daraufhin in Anspruch genommen werden. Ehrlicherweise sollte er es dann aber auch unterlassen, seine Anschauung dem Deutschen als deutsch einreden und aus seinem Mangel eine deutsche Tugend machen zu wollen. Wer nicht national empfinden kann, sollte Farbe bekennen und seine Gründe dafür vorbringen. Niemand würde es dann wagen dürfen, ihm Mangel an gutem Willen vorzuwerfen. Denn aus innerster Überzeugung und Veranlagung geborener Widerstand gegen andere Anschauungen ist nicht Mangel an gutem Willen. Doch waltet dieser überall da, wo sich fremde Art im Dienste fremder Zwecke unter allerhand Masken dem Volk als eigene aufdrängen will.

Das hätte Herr v. Payer bedenken sollen, als er am 25. Februar im Reichstag bei seinen Ausführungen über die zu erwartenden Früchte der parlamentarischen Entwicklung „bei einzelnen" den guten Willen gegenüber dieser Entwicklung vermißte. Das „Sehr gut links", das auf diese Bemerkung folgte, beweist, daß er die bewußten „einzelnen" rechts annimmt.

Herr Payer ist geadelt. Er ist Exzellenz. Er ist Staatsminister geworden mit Hilfe einer, wie wahrscheinlich der „Vorwärts" sagen würde, Ausnutzung der parlamentarischen „Konjunktur". Er ist auch nicht mehr der jüngste. Aber trotzdem weiß er augenscheinlich immer noch nicht, daß Eigenschaften wie tiefere Einsicht, größeres geschichtliches Verständnis, stärker ausgeprägtes Verantwortungsgefühl und größere Festigkeit gegenüber Tagesforderungen, von denen, die mit diesen Eigenschaften weniger ausgestattet sind als mit persönlichem Ehrgeiz, eigentlich nicht als „Mangel an gutem Willen" bezeichnet werden können. Er ist augenscheinlich auch noch nicht dazu durchgedrungen, die Quelle seiner Anschauungen und Gedanken, in deren Kreis u. a. die Vorliebe für das parlamentarische System fällt, einmal genauer festzustellen. Aus dem Aufsichtsrat der „Frankfurter Zeitung" ist er zwar neuerdings ausgeschieden, aber er hat ihm wohl lange genug angehört, um wissen zu können, daß die Liebe zum parlamentarischen System und der Vorkampf dafür in erster Linie alljüdischen Quellen und alljüdischen Interessen entspringt, wie es die Geschichte der Parlamentsentwicklung in Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten schlagend beweist. Von einem hohen Staatsbeamten, der nun Herr v. Payer einmal vorläufig ist, muß das deutsche Volk aber eine solche Überprüfung seiner Gedankenquelle verlangen, und wenn er sie unterläßt, so soll er sich nur in acht nehmen, daß man nicht *ihm* Mangel an gutem Willen vorwirft!

Herr v. Payer hat aber auch sonst noch einen Mangel, den man an einem hohen Staatsmann schlechterdings nicht dulden kann: er sieht die Dinge immer noch, wie ein ganz kleiner Parteisekretär, von *unten*, während er die Pflicht und das Amt hat, sie von *oben* zu sehen! Hier haben wir auch einen der wundesten Punkte des ganzen parlamentarischen Systems! Lassen wir einmal das England des Krieges beiseite! In ihm herrscht ja wohl die Diktatur. Aber nehmen wir das England des Friedens mit dem unseren Demokraten als Muster vorschwebenden parlamentarischen Regiment: der tiefer Blickende weiß längst, daß die zwei angeblich gegensätzlichen großen Parteien nur Kulissen sind, hinter denen die kapitalistische führende Schicht seelenruhig geschlossen an *einem* Strange zieht und auf Kosten des dummen Volkes geschlossen ihre Geschäfte macht. Eine Partei kennt die andere in- und auswendig, und im Grunde sind sie eben *eine* Gesellschaft. Wie ganz anders es bei uns liegt, so daß hier das parlamentarische Regiment nach wie vor als unmöglich abgelehnt werden muß, beweist der Fall Payer. Wenn man es nicht schon vorher gewußt hätte, so hätte es eben sein Auftreten im Reichstag am 25. Februar klipp und klar bewiesen, daß er einfach nicht imstande ist, die Beweggründe der Parteien, die rechts von der „Mehrheit" stehen, sachlich zu würdigen, ja nicht einmal zu ahnen. Das geht aus seiner — von Hertling allerdings als nicht geschehen betrachteten — Zusammenwürflung von Vaterlandspartei und den konservativer ausgerichteten Gruppen mit den landesverräterischen Streikführern deutlich hervor. Wenn man die Rede des Herrn v. Payer las — z. B. die Stelle von den Minderheiten, die sich *bei geschickter Arbeit* den Schein größerer Bedeutung geben können, als sie wirklich haben (Sehr gut links!) —, glaubte man einen Leitartikel der „Frankfurter Zeitung" zu lesen, wie man durchweg, wie einst bei Bethmannschen Reden, den Eindruck hatte, daß der Entwurf in einer alljüdischen Schriftleitung entstanden wäre. Gerade die angeführte Stelle offenbart unendlich viel, nämlich die für jene Seite außerordentlich kennzeichnende, ja verräterische Anschauung, daß jede Bewegung, und beruhe sie auf den natürlichsten und ursprünglichsten Gefühlen der Welt, eine künstlich gemachte sein müsse! Ja, die Herren auf jener Seite kennen

es wohl nicht anders! Mit ihnen kann Herr v. Payer nicht begreifen, daß die Vaterlandspartei als Gegenwirkung gegen die internationale Gesinnungs- und Gedankenverfälschung mit ursprünglicher, ununterdrückbarer Kraft sich bilden mußte. Herr v. Payer begreift Parteien nicht, die sich von dem alljüdischen Gedankengift freihalten. Möge er sich abermals vorsehen, daß man ihm nicht Mangel an gutem Willen vorwirft. (Nebenbei: er ist ein Beispiel dafür, daß zu lange geübte Parteitaktik die eingeborenen Gefühle erstickt.)

Wo bleibt aber der Grundbau aller Reiche, die Gerechtigkeit, — wo kann ihr oberster Grundsatz „Jedem das Seine" bleiben, wenn wir durch die Laune des parlamentarischen Systems Männer in die Staatsregierung erhalten, welche zur sachlichen Würdigung aller Parteien, soweit sie sich auf vaterländischem Boden bewegen, infolge von parteipolitischer Verkalkung einfach nicht imstande sind? Wie kann ein solcher Mann es wagen, den Ruf nach Einigkeit und Zusammenhalten zu erheben, wenn er durch seine Unfähigkeit, die Dinge von oben zu sehen, weite Kreise bis aufs Blut reizen und verbittern muß?

Nein, — die Menschen, die ein Volk von hoher Stelle aus zu regieren beanspruchen, müssen aus anderem Holze geschnitzt und durch andere Schulen gegangen sein als nur durch die einer einzigen Partei. Nicht die Festlegung auf ein Parteiprogramm — und ständen Millionen hinter ihm — befähigt zu einem solchen Amte — das beweist Herr v. Payer deutlich genug —, denn die Festlegung auf ein Parteiprogramm ist gleichbedeutend mit Einseitigkeit, Unsachlichkeit, d. h. Ungerechtigkeit. Und wo das Volk erst Ungerechtigkeit spürt, wird es allemal etwas dahinter suchen, was Herr v. Payer anderen vorzuwerfen beliebte: Mangel an gutem Willen!

Deshalb sind auch nicht die Parteien die gegebene Stelle, welche die leitenden Beamten zu bestimmen hat, sondern das kann nur nach wie vor eine von allen Parteiinteressen losgelöste, über alle Parteikämpfe erhabene, unabhängige Stelle allein: die Krone!

## Friedberg und das Wahlrecht in Preußen.

„Ich werde dem alten Preußen das Rückgrat schon brechen", meinte Bethmann Hollweg, dem es als Kosmopoliten von Natur nicht gegeben war, dem alten Preußen und seiner geschichtlichen Aufgabe irgendwie gerecht zu werden. Payer versucht es, diese doch recht bedenkliche Körperverletzung an Preußen fortzusetzen. Sonderbar, dieser Haß des Mannes, der die Adelung über sich ergehen ließ — bei Bethmann tat es schon der Großvater —, gegen alles, was nach wahrer Aristokratie aussieht! Wem die Weisheit aufgegangen ist, daß Gesinnung und Weltanschauung und die aus ihnen geborenen Taten ihren Ursprung im Blut haben, wird leicht daraus seine Rückschlüsse ziehen. Der Seelenkundige weiß überdies, daß Nichtverstehen allein noch nicht zur Quelle des Hasses zu werden braucht. Es kommen meistens noch das Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit und der Neid hinzu, zum mindesten im Unterbewußtsein! (Wir wiesen bereits im letzten Heft darauf hin, daß auf diesen Gefühlen z. B. zum guten Teil der Haß der Welt gegen das edlere Deutschtum beruht, desgleichen der Haß der Demagogen und ihrer geistig beschränkten Gefolgschaft gegen die — das ist auch nur von „deutschen" Reichstagsabgeordneten möglich! — als „Halbgötzen" beschimpften Heerführer, deren unsterblichen Taten diese Schimpfer nur die Möglichkeit ungestörten Fortschwätzens verdanken.)

Weidlich unterstützt in seinem Kampfe gegen das alte Preußen wird Herr v. Payer durch die zweite Frucht des segenbringensollenden parlamentarischen

Systems, den Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Herrn Dr. Friedberg. (Wer von diesen beiden Staatsmännern als der größere als Frucht, oder als der kleinere als Früchtchen anzusprechen ist, sei dahingestellt!)

Die Armen! Sie alle bringen so entsetzliche, gar nicht auszumalende Opfer, sie, die aus ihrem friedlichen und beschaulichen Parteidasein wider Willen herausgerissen werden, um nun Staatsämter zu bekleiden! Ist es denn von der grausamen Krone zu verantworten, solche Opfer von ihnen zu verlangen? Ist es von den augenscheinlich noch grausameren Parteien irgendwie zu rechtfertigen, ihnen diese Opfer nahezulegen? Können dabei nicht wertvolle Schicksale auf falsche Gleise geschoben werden? Herr Dr. Friedberg hat es am 3. März vor seinen nationalliberalen Wählern in Solingen auch wieder ausgesprochen, daß er, sowie Payer und Spahn nur aus Patriotismus das Opfer einer Annahme des Ministeramtes gebracht hätten. Nun wissen wir es endgültig. Ministerposten sind Dinge, denen die Gedanken der Parteiführer scheu im Bogen ausweichen! Welche erhabene Größe eignet ihnen, die trotzdem solche Posten annehmen! Welcher Wahrheits- und Bekennermut gehört dazu, solche Taten als Opfer vor der Wählerschaft zu entschleiern! Neben aus Patriotismus gebrachten Bequemlichkeitsopfern soll es übrigens auch noch Überzeugungsopfer geben.

Herr Dr. Friedberg hat nach seinem Amtsantritt die gewiß nicht leichte Aufgabe übernommen, dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht zuerst bei seiner ehemaligen Partei, den Nationalliberalen, und dann in Preußen zum Siege zu verhelfen. „Demgegenüber muß man aber doch bedenken, daß wir doch jetzt nicht in normalen Zeiten leben", hat er — allerdings in bezug auf andere Dinge — in Solingen gesagt. Immerhin hätte er auch bedenken sollen, daß man abnorme Zeiten nicht dadurch normaler und vernünftiger macht, daß man abnorme, eben der abnormen Zeit entsprungene Forderungen einfach übernimmt. „Heute sollte man nicht mehr in der Vergangenheit wühlen", meint Herr Friedberg. Das könnte auch Trotzky-Bronstein sagen! Es ist eine Redensart, aber kein Beweis. „Man muß die politische Lage nehmen, wie sie ist, und eine ihr entsprechende Lösung zu finden wissen." — Ja, mehr Mut und Einsicht ist bei einem alten Parteitaktiker billig nicht zu erwarten. Von einem Staatsmann dagegen darf man doch schon etwas weniger platte Alltäglichkeiten verlangen. Nun kommt aber das Bezeichnendste: Mit Bezug auf die Bindung der Krone angesichts ihres Eintretens für das Gleichheitswahlrecht sagte Dr. Friedberg: „Es besteht doch ein großer Unterschied zwischen einer gewöhnlichen Gesetzesvorlage und einer Vorlage, für die die Krone ihr Wort eingesetzt hat. Hier ist die Krone zu mehr verpflichtet. Sie muß alle verfassungsmäßigen Mittel bis zur Erschöpfung auch angewendet haben, und *erst, wenn sie zu der Überzeugung gelangte, daß das Volk ihren Willen nicht teilt, dann würde sie sich wohl fügen müssen.*" Man kann der Krone zu einem so überaus mutigen Helfer und Berater nur Glück wünschen! Hätte Bismarck in den Konfliktsjahren seinem königlichen Herrn nach der Erschöpfung der verfassungsmäßigen Mittel zugeredet, „daß er sich wohl fügen müsse", — wir hätten niemals ein geeintes Deutsches Reich gesehen. „Wahrscheinlich" — so würde am Ende der Politiker, *der die politische Lage nimmt, wie sie ist*, triumphierend ausrufen — „hätten wir dann jetzt auch keinen Weltkrieg!" Der Mut, „durchzuhalten bis zum äußersten Moment", wie ihn Friedberg vom Minister verlangt, spricht keineswegs aus seiner Auffassung. Schon in der Bibel steht es: Niemand kann zween Herren dienen! Wer seinem König verpflichtet ist, kann nicht der „Mehrheit" Vasall sein, vorausgesetzt, daß dies der König nicht gerade auch ist.

So sehen die „parlamentarisch geschulten" Minister von Mehrheits Gnaden aus! Selbstverständlich bewegte sich Herr Friedberg in seinen Ausführungen auch sonst nicht auf einer Höhenlage, die über die des linksdoktrinären Phrasenschatzes hinausragte. Es fehlte nicht die Versicherung, daß bei den großen Aufgaben, die der Friede und die Friedenswirtschaft bringen würden, die Mitarbeit des Volkes nicht entbehrt werden könnte. Ja, wollen denn die flachen Geister, welche diese Redensart zu Tode reiten, etwa behaupten, daß wir jemals der Mitarbeit des Volkes im Kriege oder im Frieden entbehrt hätten? Überdies: Wenn ich meine Wahlstimme einem Sozialdemokraten oder einem Konservativen gebe, so kann ich doch noch nicht den Anspruch erheben, irgendetwas gearbeitet zu haben! Das könnten höchstens Leute tun, deren sonstige „Arbeit" im Reden besteht! — Herr Friedberg ließ auch den Lieblingsgrund aller alljüdisch beeinflußten Geister vom Stapel: „Jedenfalls ist der Entwicklungsgang nicht aufzuhalten." Das kann auch der Mörder zu seinem Opfer als Trost sagen! Wer an der „Entwicklung" mit schuld ist, sollte solche Worte nicht in den Mund nehmen! Die „Entwicklung" ist zum Popanz geworden, mit dem der freie Volkswille, der angeblich in den Wahlen zum Ausdruck kommen soll, bei Wahlen und anderen Gelegenheiten von denen, die gewählt sein wollen, gegängelt wird. Das deutsche Volk muß dahin gebracht werden, sich von diesem Popanz, der ihm von allen Drahtziehern vorgehalten wird, zu befreien! Die Entwicklung ist kein mystisches, unaufhaltsames Schicksal, sondern etwas, was ich ebenso wie „Gottes Fügung" im Spielraum meiner Kräfte und Gaben nicht nur beeinflussen kann, sondern nach Gottes Willen auch beeinflussen muß. Allerdings benutzen sie alle Feigen und Charakterlosen als Entschuldigung und Schutzschild.

Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß Herr Friedberg der Ansicht ist, eine Ausdehnung des Gleichheitswahlrechts auf die Gemeinden dürfe seine Einführung in Preußen keineswegs zur Folge haben. In den Gemeinden sei es gerechtfertigt, bei der Verleihung des Wahlrechtes an dem Gesichtspunkt von Leistung und Gegenleistung festzuhalten. Ei, ei! Wer hätte das gedacht! Läge es nicht nahe, zu folgern: Was in der Gemeinde recht ist, muß in der größten Vereinigung aller Gemeinden, dem Staate, billig sein? Nun, ein alter Parteitaktiker bleibt lieber an der Oberfläche. — Zum Schluß führte Herr Dr. Friedberg unter dem Hinweis darauf, daß das Vaterland über der Partei stünde, seinen Wählern zu Gemüte, daß die Ablehnung der preußischen Regierungsvorlage eine Sprengung der nationalliberalen Partei nach sich ziehen würde. Und das könnte für diese verhängnisvoll werden! — Für einen Staatsmann, der das Wohl des ganzen Staates im Auge haben soll, eine erstaunliche Leistung und ein durchschlagender Grund!

Außer den gefühlsmäßigen Gesichtspunkten, die Herr Drews schon zum Überdruß betont hatte, hat Herr Dr. Friedberg — und er wird das nicht bestreiten können — nicht einen einzigen, unanfechtbaren, unwiderleglichen, staatlichen Grund für die Einführung des Gleichheitswahlrechtes vorgebracht! Sein Auftreten hat wie das des Herrn v. Payer keineswegs dazu beigetragen, die Vorliebe für parlamentarische Minister zu stärken oder die Notwendigkeit ihres Vorhandenseins zu erhärten.

Die Nationalliberalen sollten sich darüber klar werden, daß es zu unsittlichen Zuständen führt, wenn man Taktik als Selbstzweck betreibt. Das tut nur der minderwertige Charakter, während der wahre Führer Taktik nur als Mittel zu einem großen völkischen Ziele verwendet. Der bloße Taktiker aber wird geführt. Anstatt

daß er die „Entwicklung" entschlossen in die Hand nimmt, muß er sie sich von anderen aufzwingen lassen. Bei den Nationalliberalen ruht eine schwere Verantwortung. Mögen sie sich die Folgen vor Augen halten, die nicht nur für ihre Partei, sondern für Preußen und ganz Deutschland eintreten werden, wenn sie die Hand zu einer völligen Radikalisierung der preußischen Politik bieten. National wird diese Politik dann so wenig bleiben wie liberal!

Die preußische Regierung hat A gesagt und sagt B, indem sie die bei den Ausständen bewiesene politische „Reife" der Arbeiter großmütig übersieht. Der Krieg hat zur Genüge bewiesen, daß der alte deutsche Erbfehler, der Parteihader, lebendiger denn je ist, und wenn wir einen glorreichen Frieden auch im Westen bekommen sollten, so ist der Parteihader unschuldig daran. Im anderen Falle wäre er allein der Schuldige. Angesichts dieser Tatsache mutet es wirklich wie ein Hohn an, daß nun gerade das Wahlrecht in Preußen eingeführt werden soll, das den Parteihader zur giftigsten Blüte gebracht hat. Findet sich kein im Amt befindlicher Staatsmann, der den Mut hat zu erklären, daß Verfassungen nicht dazu da sind, die Völker in ihrem schlimmsten Nationalfehler zu bestärken?

Wenn nun schon das Unheil über Preußen und damit über Deutschland hereinbrechen sollte in Gestalt eines Wahlrechtes, das Faulenzer, Säufer, Lumpen, Schmarotzer und Vaterlandsfeinde mit den selbstlosesten, geistig bedeutendsten und verdienstvollsten Vaterlandsfreunden auf eine Stufe stellt, so sollten im selben Augenblick einschneidendste Maßnahmen eingeführt werden, die einem Mißbrauch, soweit es überhaupt möglich ist, entgegenarbeiten. Dazu gehört die Bestimmung, daß nur Deutsche von Geblüt — nicht nur von Staatsbürgerschaft — wählbar sein dürfen. Dahin gehören Bestimmungen darüber, daß in der Presse zu verantwortlichen Schriftleitern gleichfalls nur reinblütige Deutsche eines bestimmten Bildungsgrades gemacht werden dürfen. Endlich zählen dazu Maßnahmen, die Gewähr dafür leisten, daß an Volksschulen, Volkshochschulen, höheren Schulen und Universitäten deutsch-nationaler Geist von national zuverlässigen Persönlichkeiten ausgebreitet wird. Die politische und nationale Willensbildung darf nicht mehr den Fremdesten, Lautesten und Gewissenlosesten anvertraut werden.

## Ausblick.

„Wo die Leute nur den Mut hernehmen,
So ungeheuer feige zu sein!"

So singt Paul Heyse, und man könnte meinen, er hätte die heutigen innerpolitischen Zustände vorausgeahnt.

Manchmal könnte man auch auf den Gedanken kommen, die neuzeitliche Regierungskunst bestände nur in der Geschicklichkeit, von Zeit zu Zeit in den Parlamenten Zitate aus den Zeitungen der gerade zahlreichsten Partei vorzubringen oder mit gerührtem Augenaufschlag vom ärmsten Sohn zu sprechen, der auch der treueste war! Zum Glück beweist der Friede im Osten, daß wenigstens in der Außenpolitik auch noch andere Geister zum Bau zugelassen werden. Was den Westen anbetrifft, so seien wir Bissings Testament eingedenk, der da schrieb: „Ich bin mir bewußt, daß die Forderung, ganz Belgien zu behalten, der deutschen Machtsphäre in dieser oder jener Form anzugliedern, ein großes, nur mit entschlossenem Opfermut und kraftvollster Verhandlungskunst erreichbares Ziel in Aussicht nimmt." Doch wenn die Hand, welche die östlichen Friedensschlüsse schuf, weiter die Zügel

führt, werden wir das Bissingsche Ziel erreichen. Herr v. Kühlmann kann auf Wunsch „auch anders". Die Hauptgefahr unserer völkischen Zukunft liegt daher auf innerpolitischem Gebiet. Bis sich der letzte Fabriklehrling zu der reifen Einsicht eines Bismarckgeistes aufschwingt, dürfte noch etwas Zeit vergehen. Wohin man kommt, wenn der unreife junge Mensch schutzlos jedem Einfluß preisgegeben wird, haben wir bei den Ausständen gesehen. Aber nicht nur unreife junge Leute, sondern auch ganz andere Kreise sind heutzutage weit von der Einsicht entfernt, daß eine falsche Anschauung, ein falscher Wille nicht dadurch richtiger und berücksichtigenswerter werden, daß sie Hunderttausenden eingeflößt werden. Diese Überlegung wird von den alljüdischen Kreisen bewußt, von manchen anderen unbewußt außer acht gelassen. Diese Unterlassungssünde ist aber die Wurzel aller unserer Fehler in der inneren Politik. Nicht, was irgendeiner Schicht, und sei sie noch so zahlreich, als angenehm und wünschenswert erscheint, sondern was die reifsten, einsichtigsten und sachlichsten Köpfe, denen ein vaterländisch fühlendes Herz zugehört, als staatliche Notwendigkeit erkannt haben, muß Gesetzesform erhalten. Das Sprunghafte und Unruhige, das Zufallsmehrheiten, persönlicher Ehrgeiz und Parteitaktik in die Gesetzgebung hineintragen, vergiftet das politische Leben und bringt es zuwege, daß eben nicht staatliche Notwendigkeit, sondern taktisch verborgener Eigennutz irgendeiner Partei oder eines Standes ausschlaggebend wird.

Zurzeit steht so ziemlich alles auf dem Kopfe! Sozialdemokraten schützen angeblich Kronrechte, Internationalisten wollen den Deutschen einreden, was deutsch sei, — die alten staatserhaltenden Parteien sind kaltgestellt. In Heft 1 des 2. Jahrgangs dieser Zeitschrift hat nun Paul Franz auseinandergesetzt, daß Deutschlands Erneuerung eine Personenfrage ist. Er hat unbedingt recht: solange nicht kerndeutsche Kraft- und Vollnaturen mit dem Herzen auf dem rechten Fleck und hingebender Liebe zum Volke die maßgebenden Stellen innehaben, wird unser innerpolitisches Leben nicht gesunden. Denn den Heutigen scheint die Grundweisheit verloren gegangen zu sein, daß nicht irgendeine oberflächliche Meinung, ein irregeleiteter Wunsch sofort als „Volkswille" angebetet werden darf, und daß, solange eben noch nicht der letzte Fabriklehrling zu Bismarckscher Einsicht erzogen ist, ein vernünftiges Anordnen, ja Befehlen von der einen und ein vertrauendes Gehorchen von der andern Seite nicht zu umgehen ist. Nun ist aber die „Personenfrage" eine Sache der Zucht und der Rasse. Bei uns herrscht die Gedanken- und Vorstellungswelt der Mischlingsrasse oder derjenigen, die die Dinge nur von unten sehen, oder gar derjenigen, die das deutsche Volk nur als Ausbeutungsgegenstand lieben.

Möge das deutsche Volk, mögen die deutschen Fürsten, ehe es endgültig zu spät ist, die großen Gefahren erkennen, die in einer solchen Entwicklung liegen, und mögen die deutschen Fürsten zu Beratern Männer wählen, deren Familien mit der Geschichte des Landes verwachsen sind und durch die Reinheit ihres Blutes restlos die Gewähr nationalen Fühlens bieten. Mögen sie dessen eingedenk sein, was Fichte in seinem Machiavell sagt: „Treu ist derjenige Minister, der als ganzen und entschiedenen Feind sich zeigt des Feindes seines Herrn, und als entschiedenen Freund der Freunde von diesen. Diese Treue eines Ministers aber ist bedingt durch die Treue des Fürsten gegen sich selbst und seine Nation: daß dieser nämlich selber ganzer Feind sei und ganzer Freund!"

# Bücherschau.

**v. Freytag-Loringhoven, Frhr.** (Generalleutnant): **Geschultes Volksheer oder Miliz?** Kriegslehren aus Vergangenheit und Gegenwart. E. S. Mittler und Sohn, Berlin. M. 2,75.

Der Verfasser, z. Z. der Chef des Stellvertretenden Generalstabes, hat schon in seinem Buche „Folgerungen aus dem Weltkrieg" (vgl. Jahrg. I, Heft 8, Seite 766 dieser Zeitschrift) hoch beachtenswerte Feststellungen gemacht, die für die künftige Ausgestaltung unseres Heereswesens von wesentlicher Bedeutung sind. In seinem neuerdings erschienenen Buche gibt er eine Erweiterung und Ergänzung dazu, „soweit die Gestaltung eines leistungsfähigen Volksheeres in Frage kommt".

Man muß es einmal ganz deutlich aussprechen, daß der Verfasser dem deutschen Volke mit seinen Veröffentlichungen ganz unschätzbare Dienste leistet. Er ist nicht nur ein hervorragender Soldat, sondern auch ein Geschichts- und Seelenkenner ersten Ranges. Er weiß daher, daß allemal nach schweren Kriegen der auf die übergroße Anspannung folgende Rückschlag eine geistige Strömung schafft, welche von Militärlasten, Militarismus, stehenden Heeren, weiterer Kriegsbereitschaft und allem, was damit zusammenhängt, nicht viel wissen will, sondern im Gegenteil für Abrüstung, Schiedsgerichte, ewigen Frieden schwärmt und sich höchstens noch zu einer Miliz versteht. v. Freytag kennt aus der deutschen Geschichte die Gefahren einer solchen Strömung, die gar zu leicht von den Feinden ausgebeutet wird. Er zieht daher aus der Kriegs- und Heeresgeschichte in Vergangenheit und Gegenwart überaus beherzigenswerte Lehren, die schon ganz von selbst zu der Schlußfolgerung zwingen, daß an eine wesentliche Änderung der Grundlagen unseres Heeresaufbaues keinesfalls nach dem Kriege gedacht werden kann. Was v. Freytag schreibt, ist angewandte Geschichte. An den Kriegserfahrungen der letzten hundert Jahre in Preußen, Deutschland, Amerika, Frankreich, Spanien, Südafrika, Tirol, der Schweiz bildet sich sein Urteil über Wert und Mängel der stehenden Heere und des Milizsystems. Stärker denn je macht sich schon jetzt der zu Anfang des Krieges ganz verstummte Ruf der Pazifisten und anderer Schwarmgeister vernehmbar. Nach allen bisherigen Erfahrungen ist aber anzunehmen, daß er nach dem endgültigen Friedensschluß zur Freude unserer Feinde noch lauter bei uns erschallen wird. Da gilt es, dafür zu sorgen, daß jeder ernsthafte Vaterlandsfreund rechtzeitig über das geistige und wissenschaftlich begründete Rüstzeug verfügt, um etwaige zu weitgehende, grundstürzende Vorschläge zur Umänderung unseres ganzen Heereswesens, welche alle Errungenschaften des Weltkrieges gefährden würden, erfolgreich bekämpfen zu können. Dieses Rüstzeug liefert in reichstem Maße das vorliegende Freytagsche Buch. Wie an seinem Vorgänger verdient auch an ihm die klare, durchgebildete und gemeinverständliche Sprache hervorgehoben zu werden, die es auch dem Nichtfachmann ermöglicht, den hochinteressanten kriegswissenschaftlichen und technischen Ausführungen zu folgen. E. K.

**Ilsenko von Kraft: Sonnwend des Glücks.** Roman. Deutsches Verlagshaus Bong & Co. Berlin, Leipzig, Wien, Stuttgart. 2 Bände. Preis 10 M.

Die Symphonie eines Lebens! So lautet der verheißungsvolle und offenbarende Untertitel dieses im ganzen wirklich entzückenden Buches. Ein echter, rechter, deutscher Künstler hat es geschrieben. Von edler Musik ist es durchklungen, und wie Musik wirkt es auf den Leser. Grundthemen werden angeschlagen und durchziehen in reizvollen Abwandlungen das ganze Werk. Ernste Leitsätze tauchen auf, um in tragischem Dunkel zu verschwinden. Das Leben in seiner ganzen, unendlichen Fülle braust, lacht, tollt, weint und schluchzt darin, von weiser und feinfühliger Künstlerhand in harmonische Form gebändigt. Symphonie! Es ist ein ganz und gar „unmodernes" Buch, gottlob! Und doch steckt so unendlich viel Wissen und Wahrheit darin. Es ist insofern unmodern, als keine scheinmedizinische Seelenzerfaserung die Menschen zu willenlosen Schemen herabwürdigt, sondern wieder einmal kräftige, ganze Menschen mit eigener Verantwortung, mit eigenem Bewußtsein und eigenen Fehlern, allerdings nach eingeborenen Gesetzen ihr Leben führen, ihr Glück suchen, in die Irre gehn, ihre Bestimmung oder ihren Untergang finden und ihres Daseins Ring schließen. Ganz vorzüglich ist es dem Verfasser gelungen, darzustellen, wie liebe- und verständnisvolle Zucht in ansprechenden, wenn auch keineswegs gesicherten oder gar großen Verhältnissen in drei Geschlechterfolgen die Anlagen, die in ein und demselben Stamme schlummern, auf die Höhe und zu voller Entwicklung führt. In vollendet künstlerischer, völlig unmerkbarer Form wird uns das große Vererbungsgesetz vorgeführt, wonach die Anlagen von Vater auf Kind und Kindeskind in ununterbrochenem Strom überfließen, Abwandlungen erleben, sich steigern, bis sie die edelste

Blüte, die volle, reife Künstlernatur hervorgebracht haben. Man ist versucht, als Gegenstück etwa an Thomas Manns „Buddenbrooks" zu denken — aber welcher Unterschied! Während dort die Familie in Kraftlosigkeit und Entartung zugrunde geht, steigt hier trotz aller Schicksalsschläge und trotz manches düstren Einzelschicksales der Stamm weiter lebenskräftig und lebensbejahend in die Höhe. Die sich steigernde Erbweisheit hält ihn trotz mancher kranken Zweige, die abfallen, im Kern gesund! Ja — die Erbweisheit! Die festwurzelnde Überlieferung! Das eingeborene Verantwortungsgefühl gegenüber den Kommenden! Diese uralten deutschen Vorzüge, die uns ein krankhafter Individualismus rauben wollte, — sie haben ihren schönsten Ausdruck in diesem Buche gefunden.

Das Städtchen Dürnstein an der Donau ist sein Schauplatz. In traulicher, deutscher Enge heben die Schicksale an, und doch strömt eine ganze Welt durch diese Enge. Und wie ist diese gesegnete Donaulandschaft geschildert! Wie beherrscht sie das Leben jener Weinbauern, wie leuchtet sie von früher Jugend bis ins Greisenalter in ihr Dasein hinein! Mit welcher Liebe hat der Dichter beides, die Sitten und Bräuche dieser Menschen und den Rahmen, in dem sie zur Schau treten, die Natur, abgemalt! Der Alltag ist dichterisch verklärt, das Nebensächliche als solches behandelt. Auch insofern ist Kraft kein naturalistischer, sondern ein wahrer Künstler und knüpft an die schönsten Überlieferungen von Raabe, Stifter und deren Verwandten an. Seine Menschen verachten nicht die Welt und ihre Güter, aber die besten von ihnen haben wieder den richtigen Abstand zu ihr, wie es einem würdigen Deutschen zukommt. Sie sind ihnen nur dienende Mittel. Zwecke sind ihnen Vertiefung, Veredlung, Reife zu tapferem Menschentum.

Dies sind die allgemeinen Vorzüge des Romans! Wollte man ins einzelne gehn und sich gar auf die einzelnen Gestalten einlassen, etwa auf den prachtvollen Stammvater Wolfgang Amadeus Burger, den liebenswerten immer menschlicher werdenden Pfarrherrn Sebastian Haupt, den Uhrmacher Hegermoos, den unglücklichen, an seinem zersetzenden Verstande innerlich zugrunde gehenden Friedland — hat der Dichter ihm absichtlich kennzeichnend jüdische Geisteseigenschaften beigelegt? — oder die Schar der Kinder, man müßte beinahe wieder ein Buch schreiben! Das verbietet hier die Rücksicht auf den Raum. Möge darum der Leser selbst diese Symphonie genießen und voll auskosten! Das Buch ist eine mutige Tat und eine Hoffnung. Sollte das junge Östreichertum mit seiner Anknüpfung an alte deutsche Familien- und Künstlerkultur berufen sein, uns vom Amerikanismus und jüdischer Lebensauffassung zu befreien? Dieser Roman wäre schon dann imstande!

Man gewinnt den Dichter so lieb, daß er es einem wohl nicht nur verzeiht, sondern vielleicht sogar dankt, wenn man ihm einige Hinweise auf Punkte gibt, mit denen man nicht ohne weiteres einverstanden sein kann, — des Lobes und Dankes bleibt ja immer noch übergenug. Mit Rücksicht auf die sehr schön durchgeführte viersätzige „symphonische" Gliederung des Ganzen und die sicherlich bewußte Beeinflussung der Form durch das musikalische Vorbild wird man einige schubertisch anmutende Wiederholungen und Längen gern mit in den Kauf nehmen, aber es fragt sich, ob der Dichter nicht doch einige Kürzungen hätte vornehmen können. Ferner scheint er an einigen Stellen, u. a. zum Beispiel wo er über die Entwicklung der Kinder spricht, das „Bilde, Künstler, rede nicht!" nicht immer beachtet zu haben. Einige kleine, lebensvolle Beispiele und Handlungen geben mehr als lange Beschreibungen von Eigenschaften. Endlich ist auch nicht zu verhehlen, daß die Frauenbilder mehr oder weniger alle etwas blaß gehalten sind.

Als Ganzes nimmt aber das Buch mit eigentümlichem Zauber gefangen. Es ist allerdings nichts für neuzeitlich-skeptische Jungsgesellen beiderlei Geschlechtes. Mögen sie getrost über manches darin hoheitsvoll lächeln, — es gibt Gott sei Dank noch Menschen genug, die sich von ganzem Herzen daran erquicken werden, denn die Eigenschaften, die darin in schönster dichterischer Form ihren Widerhall finden, gehören zu den besten des deutschen Volkes. E. K.

**Joh. Gottl. Fichte: Machiavellis Politik.** Eingeleitet und herausgegeben von Professor Dr. Joseph Hofmiller. Druck und Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig. Nr. 5928 der Universal-Bibliothek.

„Vor allem aber steht sogleich Fichte auf und tritt als gewappneter Mitkämpfer auf den Plan, so oft unser Volk an einem Wendepunkte seines staatlichen Daseins steht", sagt mit Recht der Herausgeber, Professor Hofmiller in seiner Einleitung. Desgleichen weist er mit Recht an anderer Stelle darauf hin, daß unter gewissen Zeitumständen, bei denen die Zensur eine große Rolle spielt, die Ironie „zur Not und Kunst" wird. Aber nicht nur der in manchen Punkten mit den heutigen verwandten äußeren Zeitumstände wegen, unter denen Machiavellis Politik von Fichte geschrieben wurde, ist diese Schrift

für unsere Tage von Bedeutung. In erster Linie ist sie es wegen des hohen dauernden Wertes, der in ihr schlummert — dessentwegen sie z. B. als Waffe gegen deutsche Untugenden, wie Entschlußlosigkeit, Ruheseligkeit, Friedfertigkeit um jeden Preis, die seit jeher in manchen, leider nicht immer unmaßgeblichen Kreisen unseres Volkes einheimisch sind, stets und jederzeit willkommen sein und bleiben wird. Die geschichtlichen und seelenkundlichen Erkenntnisse, die darin ihren Niederschlag gefunden haben, und ihre Schlußfolgerungen für die Staats- und Regierungskunst dürften mustergültig für alle Zeiten sein, solange es Staaten, Fürsten, Völker geben wird, und ihre Aneignung ist gerade jetzt allen Kreisen unseres Volkes, hohen und niedrigen, auf das dringendste zu empfehlen. Man muß daher Herausgeber und Verlag für die Veranstaltung dieser wohlfeilen Ausgabe dankbar sein, welche die Möglichkeit der sehr wünschenswerten Ausbreitung der Fichteschen Gedanken schafft. E. K.

**Bruno Tanzmann: Denkschrift zur Begründung einer neuen deutschen Volksschule.** 1917. Verlag Gartenstadt Hellerau. Preis 4 M.

Vor dem Kriege sind jährlich Tausende von Büchern zu allen Fragen unseres Schul- und Bildungswesens erschienen: Während des Krieges hat diese Flut kaum nachgelassen.

Eine Form der Lösung der Bildungsfrage, die für einen Teil des Volkes, nach vollendeter Volksschule, eintreten könnte und wohl auch eintreten wird, ist die Volkshochschule. Wie das bei dem vielfachen Streben deutscher Köpfe nicht anders sein kann, deckt dies Wort einstweilen nicht oft den gleichen Begriff, wohl aber wird ziemlich allgemein vergessen, daß die großartigste Volkshochschule, zumal während des Krieges, das Heer bietet. Da es sich um ein Werdendes handelt, das nur erst von verschiedenen Seiten fest vorauszudenken ist, so wird sicherlich auch neben dem Heer eine brauchbare Form für einen kleineren Kreis im Frieden gefunden werden. Ob die von Herrn Bruno Tanzmann in seiner von glühendem vaterländischen Hochstreben eingegebenen Denkschrift aufgestellte Form die Geister an sich ziehen wird, wage ich nicht zu bejahen. Leider schadet Herr B. Tanzmann sich und seinem Vorkampf für diese Sache durch persönliche und wiederholte Auseinandersetzung über seine „volle Blickweite" und seinen „heiligen Ernst", der seine „Kühnheit als Nichtfachmann betont und sich diese sogar als Vorzug anrechnet". — „Ich verfüge über ein Arsenal von Kriterien und außerdem über eine ausgezeichnete Angriffslust." Wer bei solchem Brüllen des Löwen noch nicht mürbe ist, wird vielleicht Angst bekommen, wenn er die Drohung des angriffslustigen Nichtfachmanns liest: „Wer nicht mit uns ist, ist wider uns."

Auf gleicher Höhe eigener Gedanken bleibt jedoch die Ausführung nicht, arbeitet vielmehr zum Bau eines Bekenntnisbüchleins zu allen möglichen schwierigen Fragen mit vielen vortrefflichen Stellen aus allgemein geachteten Schriften anderer. Man kann sich dabei nicht immer des Verdachtes erwehren, ob Herr Tanzmann die Schriften derer, die er als sein Arsenal betrachtet, für unbekannter hält als sie sind. Auch wenn er schließlich zur „Mission des deutschen Geistestums (!), die nunmehr die deutschen Volkshochschulen zu übernehmen hätten" kommt, so greift seine Angriffslust nicht stets zu ureigenen Waffen. Vielmehr hält er sehr verständigerweise einen kurzen Überblick über das, was das Inland und Ausland bisher versucht und geleistet hat, und gibt wie die meisten Gleichstrebenden eine Anerkennung der dänischen Vorbilder. Deren Besprechung, die nicht mit umfangreichem Abdruck aus dänischen Schriften spart, ist vielleicht die wirkungsvollste Anregung, die diese „Denkschrift" von Tanzmann bringt.

Es ist zu hoffen, daß entweder Tanzmann selbst an seiner Aufgabe wächst und ein geübter Fachmann in ihr werde, oder daß andere mit weniger Angriffsredelust als liebenswürdigerer Vertretung wirklichen Schaffens sich dieser Sache annehmen. Dann wird hier mehr darüber zu sprechen sein.

O. H. H.

**Die Vertreibung des Königs Konstantin von Griechenland.** Dargestellt auf Grund amtlicher Urkunden. Herausgegeben von der Deutsch-griechischen Gesellschaft. J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis 1,50 M.

Eine Persönlichkeit, die als Augenzeuge in unmittelbarer Nähe des vertriebenen Königs das ganze Trauerspiel seiner gewaltsamen Entthronung von Stunde zu Stunde mit erlebt hat, ist der Verfasser dieses Buches. Er hat in alle diplomatischen Schriftstücke, die dabei eine Rolle gespielt haben, Einsicht genommen und kennt die Einzelheiten des in der Weltgeschichte wohl einzig dastehenden, unerhörten Vorganges.

Jeder Deutsche, dessen Sympathie auf seiten des seine Neutralität unter so ungewöhnlich schweren Umständen wahrenden Griechenvolkes steht und an dem harten Schicksal des weisen Königs Konstantin Anteil nimmt, wird gern zu dieser Schrift greifen.

E. K.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

**Deutschvölkisches Jahrbuch für 1918.** Herausgegeben vom Deutschnationalen Verein für Österreich." Zusammengestellt von Ernst Sturm. „Verlag des Deutschnationalen Vereines für Österreich." Druck von A. Luigard, Wien. Preis 3 M.

Ein äußerst handliches, übersichtliches und inhaltsreiches Jahrbuch, das jedem, der sich über die politischen Zustände in Österreich-Ungarn, insbesondere über die ganze Gliederung der dortigen deutschnationalen Bewegung sowie auch über die völkischen Vereine im Deutschen Reich unterrichten will, aufs beste empfohlen sei. Es bringt ferner gute Zusammenstellungen über die deutschen Bücher des letzten Jahres, über die lesenswerte deutsche Presse u. ähnl., sowie über die deutsche Schutzarbeit in Österreich. Eingestreut sind treffliche Abhandlungen, u. a. von Professor Kaindl, Professor Imendörffer, L. Stocker, A. Schowalter u. a. m. Dem praktischen Leben dienen Zinsentafeln, Militärtaxen, Postgebührenverzeichnisse, Maß- und Gewichtsangaben, Lohnrechnungstafeln u. dgl. E. K.

**Deutschchristentum auf evangelischer Grundlage.** 95 Leitsätze zum Reformationsfeste 1917." Leipzig, Verlag von Weicher. 0,80 M.

Vier wackere deutsche Männer haben sich zusammengetan, um unserem Volke neue 95 Thesen zu schenken:

Hauptpastor Andersen aus Flensburg, bekannt durch zwei Schriften „Antiklerikus" (die christliche Religion, dargestellt nach ihrem ursprünglichen evangelischen Prinzip, ohne jüdische und klerikale Trübungen);

der bekannte Dichter und Literarhistoriker Prof. Bartels aus Weimar;

Kirchenrat D. Katzer aus Oberlößnitz bei Dresden, der sich um den Religionsunterricht besonders verdient gemacht hat;

Hans Frhr. von Wolzogen aus Bayreuth, der getreue Eckart für vaterländische Geschichte und Kunst.

Alle vier Männer gehen davon aus, daß echtes Christentum und reines Deutschtum aufs engste zusammengehören und nicht durch die altgermanische Religion ersetzt werden können. Aber wie Luther aufzuräumen verstand, was zu seiner Zeit den Weg zu Gott versperrte; wie er mit seinem freien und heldenhaften Glauben den Herzpunkt des Evangeliums, nämlich die

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)


**Anzeigenpreis für „Deutschlands Erneuerung":**

**50 Pfennig für die dreigespaltene Nonpareillezeile. / 1/1 Seite M. 120.—, ½ Seite M. 65.—, ¼ Seite M. 35.—, 1/8 Seite M. 18.—**

**Ursachen und Bekämpfung des**

**Geburtenrückgangs**

**im Deutschen Reich**

Von Professor Dr. **Max von Gruber**, k. b. Geheimer Rat

Preis: Gekürzte Ausgabe: Geheftet M. 1.20, geb. M. 2.—. Große Ausgabe mit den Leitsätzen gemäß dem in Aachen gehaltenen Vortrag: M. 2.—, geb. M. 3.—.

Das Buch, das das gesamte, die Geburtenfrage behandelnde Material systematisch und kritisch zusammenfaßt, ist anregend und fesselnd geschrieben, bringt eine Menge neuer Tatsachen vor, bietet praktische Vorschläge und ist deshalb hochbedeutsam für die Entwicklung unseres Volkes.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Straße 26.

**Volksschul-Lehrer,**

verheiratet, **deutschvölkisch** bis auf die Knochen, z. Z. als Komp.-Führer im Felde, sucht **Landstelle** mit guter Wohnung **bei gleichgesinntem Patron.**

Angebote unter **W. E. 196** an die Geschäftsstelle von „Deutschlands Erneuerung", München, Paul Heyse-Straße 26.

**Bühnen-Vertrieb**

Wir haben unserem Verlag einen Bühnen-Vertrieb angegliedert, der nur wertvolle Arbeiten annimmt.

Rundschreiben über die Vertriebsbedingungen kostenlos vom

**Drei Türme Verlag G. m. b. H.**

**Abt. Bühnen-Vertrieb** **Hamburg 6.**

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Person des Heilandes, uns erschloß und zugleich die Tiefe der deutschen Volksseele offenbarte: in diesem Geiste müssen wir auch heute handeln.

Die 7. These lautet: „Religion ist die innerste Kraft und feinste Blüte im geistigen Leben eines Volkes, kann aber nur in völkischer Ausprägung kulturkräftig wirken."

Die 8. These: „Eine innigere Verbindung zwischen Deutschtum und Christentum ist nur zu erreichen, wenn dieses aus der unnatürlichen Verbindung gelöst wird, in der es nach bloßem Herkommen mit der jüdischen Religion steht."

Die 21. These: „Je größer die Bedeutung ist, die das Alte Testament für ein Volk hat, mag dieses äußerlich auch der Christenheit angehören, desto weiter ist das Volk innerlich entfernt von eigentlichem Christentum. Hierfür ist das beste Beispiel das englische Volk..."

In der 48. These: „Jesus ist nicht der jüdische Messias, die Erfüllung der politischen Hoffnungen des angeblichen Volkes Gottes, sondern steht in vollkommenem Gegensatz zum Judentum, von dem er ja auch ausgestoßen und getötet worden ist."

In der 78. These: „Christentum ist wesentlich Befreiung vom Gesetz, und wo noch Gesetzeswesen wirkt, ist Christentum nicht rein, sondern von fremden Einflüssen bestimmt."

Die 91. These: „Was Luther Glaube nennt, heißt bei Kant Freiheit, und es ist nichts anderes als der gute Wille in uns, welcher nach außen hin das Gute, d. h. die Liebe weckt, gleichwie der kategorische Imperativ die sittlichen Grundlagen wirkt; und hierauf beruht das ganze Christentum, wie es der deutsche Geist versteht."

Die 95. These: „Von dem Standpunkt der gewonnenen Freiheit deutscher Art und christlichen Glaubens aus gewinnen wir auch endlich erst die gerechte Stellung zum Wesen und Wert des Alten Testamentes, welches nun nicht mehr als ein religiöser Zwang aus fremder Welt uns aufliegt, sondern als ein bedeutsames, für die Kenntnis des Judentums und seiner Geschichte unentbehrliches Hauptstück der Weltliteratur von hohem dichterischem Werte, und auch als ein vielfach ergreifendes Zeugnis tiefen Gottesglaubens ..."

Düsseldorf.

Heinrich Wolf.


**Wer fremde Sprachen**

lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der

**Methode Gaspey-Otto-Sauer.**

Man verlange ausführliche Prospekte von

**Julius Groos, Verlag, Heidelberg.**

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

**Rothenburger Versicherungs-Anstalt auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)**

Billige Prämien
Hohe Dividenden
Vorteilhafte Bedingungen

**Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr**

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

Schriften von G. W. Schiele

**Wenn die Waffen ruhen!**

Beiträge zur Bevölkerungspolitik nach dem Kriege

Preis M. 1.50

Das Buch gibt einen Grundriß einer großzügigen Sozialpolitik, die, sich an die Leitsätze des im Geiste des Freiherrn vom Stein wirkenden Generallandschaftsdirektors Kapp in Königsberg anlehnend, bestrebt ist, die Kräfte des Einzelnen wie die des ganzen Volkes zielbewußt zu heben. — Die Abhandlungen über Boden, Bevölkerung, Siedelungspolitik, Schule und Steuern bieten ganz neue Gesichtspunkte und werden weite Kreise unseres Volkes veranlassen, umzulernen.

**Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums**

Preis M. 2.50

Inhalt: I. Sozialpolitik nach dem Kriege. II. Dezentralisation. III. Wider die Irrgeister. IV. Vom Baurecht des kleinen Mannes. V. Vom Realkredit des kleinen Mannes. VI. Der Kampf zwischen dem sozialen und dem völkischen Geist.

**Überseepolitik oder Kontinentalpolitik**

Preis M. 2.—

Inhalt: I. Psychologie des politischen Wollens. II. Politik der Rache. III. Die russische Gefahr. IV. Der Kampf gegen England. V. Das größere Deutschland. VI. Grenzschutz. VII. Mitteleuropäische Politik. VIII. Wer zahlt nach dem Kriege? IX. Vom nächsten Kriege. X. Weltpolitik oder europäische Politik zur Zeit der Marokkofrage und zur Zeit der Balkanwirren. XI. Kriegsende. XII. Schwertkrieg und Geburtenkrieg.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Str. 26

# Die Deutsche Zeitung

## das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

**Bezugsbedingungen:** Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

**Kreuzbandversand:** Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.– (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

**Feldpostbezug:** M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

**Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12**

Die

# Norddeutschen Monatshefte

sind im Dienst einer zeitlebendigen nationalen Volkskultur schöpferisch tätig. Sie wenden sich an jeden, der die geistige, künstlerische, wirtschaftliche und politische Not des Deutschtums erkannt hat und über diese Zeit des Kampfes hinaus Kraft und Liebe / aufbauend und kämpferisch / in den Dienst eines innerlich lauteren und erstarkenden Vaterlandes stellen will. Sie bilden im besonderen den Sammelplatz für alle Werte und Bestrebungen im norddeutschen Geistes- und Kulturleben.

## Sie sind die billigste deutsche Monatsschrift!

Einzelheft 70 Pfennig — Jahresbezug 7 Mark

**Die Hefte sind mit Kunstblättern erster deutscher Künstler geschmückt**

Neuere Probehefte gegen Einsendung von 80 Pf., ein Probeband mit drei verschiedenen Folgen gegen Einsendung von Mk. 1,20; ausführliches Rundschreiben kostenlos vom

**Drei Türme Verlag G. m. b. H., Hamburg 6.**

# Wer einen Angehörigen im Felde hat,

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme u. Verdun. Preis einer kompl. Serie inkl. Appar. M. 7.50 portofr. bei Einsend. d. Betr. Nachn. 20 Pfg. extra.

Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

**Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.**

kostenlos zugesandt wird.

---

**Brünsbildnw.**

Eine Erlösung für Jeden ist unser

**Spranzband**

Deutsches Reichs-Patent.

Ausl.-Patent angem.

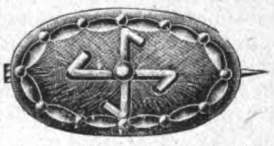
Ohne Feder, Ohne Gummiband, Ohne Schenkelriemen.

Konkurrenzlos dastehend! — Verlangen Sie gratis Prospekt.

Die Erfinder: **Gebr. Spranz**

Unterkochen (Württemb.) № 274

---



Handgetriebene Silberbrosche. M. 15.—

Über **Runenschmuck**

gaben wir eine neue Werbeschrift (96 S. stark) heraus; sie enthält 500 Entwürfe nebst Deutungen und Beiträgen von Guido von List, Walter Schulte v. Brühl und anderen Künstlern, ferner Werbeblätter „Hakenkreuz" und „Wie schmücke ich mich" und die Preisliste.

Zu beziehen gegen 60 Pf. u. 10 Pf. Porto durch

**Haus Eklöh, Lüdenscheid.**

Kunstgewerbl. Werkstätte für deutschvölk. Schmuck

---

**Deutscher Anker**

*Pensions- u. Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft*

*in Berlin W 9, Eichhornstr. 9*

**Kriegsanleihe-Versicherung**

*ohne Anzahlung.*

**Kriegs-Lebensversicherung**

*ohne ärztliche Untersuchung.*

---

**Bedenken Sie?** da

der nahe Frieden ungeahnte Gelegenheiten zum Schaffen und Vorwärtskommen bringt. Wer nun jetzt schon daran denkt, seine Kräfte und Fähigkeiten zu fördern und zu erhalten, — etwaige Übel wie: Energielosigkeit, Mangel an Ausdauer, Gedächtnisschwäche, Unsicherheit im Auftreten und Sprechen einseitigen — und die Gesetze und Einflüsse, die ein Mißlingen verursachen, andererseits den Erfolg sichern, kennen lernt, — der kann rechtzeitig mit Erfolg eingreifen und seine Zukunft sichern. Verlangen Sie Ausk. und Fragebogen (Rückporto) zu **Krebs' psycholog. Lehrbriefkursen. — H. Krebs, Barmen 8, Werterstrase 51.**

---

**Militär-techn. Instrumente**

Kgl. Bayer. Hofl. **Heuberger, Bayreuth.** Illustrierter Spezial-Katalog kostenfrei!

---

**Hakenkreuz-Papier**

**Völkische Postkarten**

**57 und Schriften**

**Sis-Verlag in Zei**

---

# Zum deutschen Kriegsziel

Eine Flugschrift von H. Claß

Mit einer farbigen Karte

21.—30. Tausend

Preis geheftet M. 1.—

J. F. Lehmanns Verlag in München

---

# Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine

++ Hervorragende Bezugsquelle ++

**Fritz Weitzel,** Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. R.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

---

# „Auf Vorposten"

Diese Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V. beleuchtet von hoher Warte aus die Wege, auf welchen die **internationalen Geheimbünde der Freimaurer und der Juden** unter Führung des **internationalen Großkapitals** zur Weltherrschaft gelangen wollen. Über den Einfluß dieser Geheimbünde auf die Vorgeschichte des Weltkrieges, auf die Verhetzung der Kulturvölker, auf die Umsturzbewegung und auf die Bestrebungen zur Erzielung eines faulen Friedens müßte jeder deutsche Mann sich baldigst belehren. Die

## Aufsätze über die Freimaurerei

sollten auch in solchen Kreisen beachtet werden, die über die Judenfrage bereits genügend unterrichtet sind. Geben sie doch an Hand von unwiderleglichen Urkunden den Schlüssel zu den vielen sonst ganz unverständlichen Geschehnissen der Weltgeschichte.

Vierteljahrspreis der Zeitschrift 1.50 M.; Probehefte 50 Pfg.

Bestellung durch Postanstalt, Buchhändler oder **„Verlag Auf Vorposten", Charlottenburg 4**

# Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

## Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

## Sanatorium Dr. Dornblüth

**WIESBADEN**

Erhöhte Lage am Wald ..... Auskunft kostenlos

## Landerziehungsheim im Taunus.

### Institut von Puttkamer

**Friedrichsdorf i. T.**

Unterricht d. 10klass. höh. Mädchenschule nach dem Plan des Lyzeums. Christl. Hausordg., kl. Klass., indiv. Behandlung. Vorbereitung z. Sprachlehr.-Ex. Fortbildung in Wissensch., Sprachen usw. Koch- und Haushaltungsunterricht. Unterricht in Gartenbau, Obst- und Gemüseverwertung.

## Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München.

634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2**

## Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

**Gymnasium, Realgymnasium** u. **Realschule** mit **Einjähr.-Berechtigung** bietet seinen Schülern gediegen. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

**Jugendsanatorium**
in Verbindung mit
Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in
**Herchen a. d. Sieg**
in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor **Prof. O. Kühne** in Godesberg a. Rh.

## Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

**Jugendheim Heidelberg**

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

## Aschaffenburg a. Main

### Pensionat Spessartblick

Höhere Mädchenschule. ❖ Neuzeitlich einger. Haus. ❖ Wissenschaftl., kaufm., hauswirtsch., gesellsch. Ausbildung. Trotz des Krieges gute Verpflegung. Prosp. u. Referenzen d. d. Direktion

## Hessische Handels-Lehranstalt

Rheinstraße 6 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

## Nordsee: Pädagogium Südstrand Föhr

verbunden mit

**Dr. Gmelin Nordsee-Sanatorium**

Einjährigen-Berechtigung Ärztliche Fürsorge

## Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.)
Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

**Frau Frieda Hoeke-Kriele.**

**Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen**

# Wer im Kriege gelitten hat

ob körperlich, geistig oder finanziell, braucht deswegen nicht zu verzagen. Der Krieg hat so gründliche Veränderungen hervorgerufen, daß jeder, der den festen Willen hat, etwas zu leisten, sich auch eine entsprechende Stellung in der Welt sichern kann. Gar mancher, der durch körperliche Schäden genötigt war, seinen Beruf zu ändern, ist durch diese Notwendigkeit erst darauf aufmerksam geworden, daß er auf einem anderen Gebiete viel Besseres leisten, viel mehr verdienen und mehr innere Befriedigung fühlen kann. Die wenigsten Menschen gelangen ja auf Grund sorgfältiger Prüfung ihrer Fähigkeiten zu ihrem Beruf. Will man das, so muß man alle diese Fähigkeiten erst entwickeln, um sehen zu können, welche am meisten leisten kann. Diese Entwicklung und Prüfung können Sie heute noch vornehmen und Ihr künftiges Leben danach einrichten, denn heute stehen viele Bahnen offen, die vor dem Kriege mit sieben Riegeln verrammelt waren.

Bei sehr, sehr vielen ist der Geist durch die Länge des Krieges mit seinen Strapazen abgestumpft worden, und sie betrachten nicht nur die Kriegsjahre als verlorene Jahre ihres Lebens, sondern sehen mit Schaudern der Zukunft entgegen, weil sie sich dem Wettbewerb nicht mehr geistig gewachsen fühlen. Diesen allen kann geholfen werden. Eine Klinge kann im Gebrauch stumpf und schartig werden, aber durch den Schleifstein kann sie nicht nur ihre frühere Schneide, sondern noch eine viel bessere bekommen, wenn die frühere den Höchstgrad nicht erreicht hatte. Der Schleifstein allein tut es aber nicht, es bedarf der kundigen Hand des erfahrenen Fachmannes, die nicht alle Klingen nach derselben Schablone schleift, sondern jede für sich nach ihrem Härtegrad, ihrer Besimmung usw. behandelt.

Alle diese Bedingungen für die bestmögliche Entwicklung Ihrer Fähigkeiten, Ihres Willens und Charakters finden Sie in einem Unterrichtskurs (auch brieflich) in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Sie erhalten dabei nicht nur die gedruckten Lehrhefte sondern auch einen lebendigen Unterricht, in dem Ihnen die Erfahrung eines Vierteljahrhunderts an die Hand geht und Sie sicher von Stufe zu Stufe führt, wobei Ihr besonderer Fall jede Berücksichtigung finden kann, was bei einem toten Buche unmöglich ist.

Verlangen Sie heute noch den Prospekt (mit zahlreichen Zeugnissen) von

**L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München C 12,**

lesen Sie ihn sorgfältig durch, und Sie werden zur Überzeugung gelangen, daß Sie das gefunden haben, wonach Sie lange gesucht haben.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

### Inhalt:

Die Einheitsfront der Geldmächte ..... Prof. Dr. Erich Jung
Entsühnung? ..... Dr. Eckart Wach
Ein Wort zur Erklärung der Zentrumspolitik
Geh. Hofrat Prof. Dr. G. v. Below
Die Macht ..... Dr. Freiherr v. Mackay
Die Friedensbewegung und der Völkerbund
Prof. d. Rechte Karl v. Stengel
Der Bolschewismus und Deutschlands Aufgaben im Osten ..... Dr. H. Freiherr v. Rosen
Die Staatssprache in Österreich ..... Ferdinand Gruner
Familie und Heimat als Urquelle für Deutschlands Erneuerung ..... Prof. Dr. Richard Ehrenberg
Bild der Lage – Bücherschau ..... Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Eine zeitgemäße Schrift.

**Politik und Moral**

Von **Prof. Dr. Franz Sawicki**

**Preis M. 1.60** — Jeder, der an den Geschehnissen dieser Weltenwende Anteil nimmt, sollte diese Schrift gelesen haben. Sie ist ein Wegweiser, der vielen politisch. Wanderern den rechten Weg zeigen kann.

**Ferdinand Schöninghs Verlag, Paderborn.**

**Bücherfreunde**

erhalten interessanten Katalog gratis von **O. Fürst,** Buchhandlung, **Neukölln,** Emserstraße 5/11.

**Neue Kataloge!**

Nr. 8. Seltene und wertvolle Bücher
Nr. 9. 1000 Porträts in Kupferstich, Lithogr. aus 5 Jahrhunderten
Nr. 10. Ornamentstiche, Veduten

Kostenfrei nur an ernste Käufer

**Ernst Dannappel,** Antiquariat
**Dresden-Blasewitz,** Berggartenstraße 33

Soeben erschien: **Flämische Liederdichtung** alter und neuer Zeit.
Eine Auswahl in deutschen Nachbildungen von Heinr. Brühl. Herausgegeben von der Deutschflämischen Gesellschaft. Oktav (245 Seiten). Preis gebunden M. 4.80.

Im gleichen Verlag sind erschienen und von der gleichen Gesellschaft herausgegeben:

**Die flämische Literatur** im Überblick. 8° (70 Seiten). Preis 80 Pfg. und
**Hendrik Conscience.** 8° (70 Seiten). Preis 80 Pfg. Beide von Universitäts-Professor Dr. Franz Jostes.

Im gleichen Verlag erschien ferner:

**Flämisch für alle Deutschen.** Eine Anleitung zum leichten Erlernen der flämischen Sprache. 8° (194 Seiten). Preis M. 1.60. Von Dr. Heinrich Verbeek.

Volksvereins-Verlag, G. m. b. H., M.-Gladbach

Die wissenschaftlichen Grundlagen zur gesamten Kriegszielfrage enthält das Werk:

**An der Schwelle des größeren Reiches**

**Deutsche Kriegsziele in politisch-geographischer Begründung**

Den Wollenden unter seinen deutschen Mitbürgern dargelegt von **Prof. Dr. Felix Hänsch**

Preis geheftet M. 5.—, gebunden M. 7.—

Hier ist das gesamte Material, das wir zur Beurteilung aller Kriegsziele benötigen, in kritischer Form zusammengestellt, und die Folgerungen sind daraus mit logischer Schärfe gezogen.

**Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden**

Unter Mitwirkung von Bezirksamtsassessor **K. A. Fischer,** Privat-Dozent **Dr. G. Goßner,** Geheimrat **M. von Gruber** und **Dr. E. Keupp,** herausgegeben von **J. F. Lehmann**

Mit 2 Karten und 90 bildlichen Darstellungen. 201.—225. Tausend. Geheftet M. 1.—

Die Schrift ist im höchsten Maße geeignet, im deutschen Volke gründliche Aufklärung zu schaffen hinter der Front und an der Front. Sie arbeitet nicht mit allgemeinen Redensarten, sondern mit Tatsachen, Verhältnissen und Zahlen.

**Kriegs-Sinnsprüche.** Von **Hans Nees von Esenbeck.**

Mit den Bildnissen von 16 führenden deutschen Männern. Fein ausgestattet!
Geheftet M. 2.— Gebunden M. 3.—

„Reichsbote", Berlin: Die beste Empfehlung dieses gedankenreichen Buches wäre ein Ausschreiben seiner sinnreichsten Sprüche. Man wird von ihnen oft an den Rembrandtdeutschen erinnert, so kernig deutsch, schlagend und knapp sind sie oft nach Fassung und Inhalt.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Str. 26

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München
Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 5 | Mai


## Inhalt:


| | |
|---|---|
| Die Einheitsfront der Geldmächte (S. 305) | Prof. Dr. Erich Jung |
| Entsühnung? (S. 317) | Dr. Eckart Wach |
| Ein Wort zur Erklärung der Zentrumspolitik (S. 322) | Geh. Hofrat Prof. Dr. G. v. Below |
| Die Macht (S. 328) | Dr. Freiherr v. Mackay |
| Die Friedensbewegung und der Völkerbund (S. 335) | Prof. d. Rechte Karl v. Stengel |
| Der Bolschewismus und Deutschlands Aufgaben im Osten (S. 341) | Dr. H. Freiherr v. Rosen |
| Die Staatssprache in Österreich (S. 349) | Ferdinand Gruner |
| Familie und Heimat als Urquelle für Deutschlands Erneuerung (S. 359) | Prof. Dr. Richard Ehrenberg |
| Bild der Lage (S. 365) | Dr. Erich Kühn |


# Die Einheitsfront der Geldmächte.

## Von Professor Dr. Erich Jung, Straßburg.

I.

Es ist begreiflich und, wenn man sich auf ihren eigenen, durch keine Rücksichten auf Vaterland und Staat beengten Standpunkt stellt, sogar einwandfrei, daß die überstaatliche Geldmacht eine starke nationale Staatsgewalt und vor allem ein starkes Königtum nicht wünscht und nach Möglichkeit bekämpft.

Schwache Staatsgewalten bieten ihr in sehr viel höherem Maß den Spielraum, den sie braucht; vor allem ein parlamentarisches Regiment, weil die für ein solches maßgebenden Bedingungen, nämlich Presse und Massenwahl, sich durch ausgiebig und rücksichtslos verwendete Geldmittel ja stets in die gewünschte Richtung bringen lassen. Wobei keineswegs schlechthin an Bestechung zu denken ist, sondern einerseits an die Macht der Presseschlagworte über die Menge und anderseits an Gewährung von Beteiligungen an die Führer. Diese überreden sich dann mühelos selber dazu, daß die Richtung ihres persönlichen Vorteils oder selbst nur ihrer Eitelkeit auch den offenbaren Weg der Vorsehung für das von ihnen vertretene Gemeinwesen bedeute. Das mittelbare Verfahren der Machtausübung, nämlich durch die Parlamente, hat für die eigentlichen Machthaber noch den großen

Vorteil, daß sie hinter dem Vorhang bleiben und die förmliche Verantwortung auf den Urwähler abwälzen; auf den „armen blinden Hödur", wie Fürst Bismarck am 13. März 1885 im Reichstag sagte.

Die erste wirklich überstaatliche und an kein Volkstum gebundene Geldmacht, das Haus Rothschild, hat sich unter dem alten Deutschen Bund, nach der allgemeinen Erschöpfung der Napoleonischen Kriege, erhoben. Eine zweite große Finanzdynastie konnte sich beim kranken Mann, in der Türkei, erheben; diese letztere, das Haus Hirsch, ist dann zufällig bald wieder ausgestorben.

Die Wichtigkeit und Neuheit dieser Tatsache, das Aufkommen wirklich überstaatlicher und an kein besonderes Volkstum gebundener Geldmächte, wird noch allgemein verkannt. Das war etwas durchaus Neues; die Finanzmächte früherer Zeiten, wie die Fugger und die Welser und andere, waren, wenn auch der Handel an sich über die Landesgrenzen strebt, doch mit ihrer inneren Lebenskraft und mit den Wurzeln ihres Daseins an ein bestimmtes Volks- und Staatswesen gebunden. Das Haus Rothschild, mit seinen Zweighäusern in allen Hauptstädten Europas, erhielt dadurch tatsächlich eine Selbstversicherung gegenüber dem staatlichen Schicksal der einzelnen Mächte. Es ward so völlig unabhängig von dem Bestand und dem Wohlergehen der einzelnen Staatsgewalt, der es sich der Form nach noch völkerrechtlich unterordnete.

„Eure Niederlagen brauchen uns nicht zu kümmern ...," läßt Wilhelm Raabe einmal eine seiner jüdischen Personen im Hungerpastor sagen, „wir sind Passagiere auf eurem Schiff .... Aber wenn die Barke scheitert, so ertrinkt nur ihr ... wir haben unsere Schwimmgürtel und schaukeln lustig und wohlbehalten unter den Trümmern .... so ... sind wir viel besser situiert als ihr alle, wie ihr euch nennen mögt, Deutsche, Franzosen, Engländer."

1815, auf dem Wiener Kongreß, begann wahrscheinlich auch schon das Zusammenarbeiten des jüdischen Weltkapitals mit dem englischen sich vorzubereiten, eine übrigens an sich durch das Monopolisierungsbestreben und das Kartellierungsbedürfnis des Rentenkapitalismus sehr natürliche Entwicklung.

Daß der Türkenhirsch die ottomanischen Bahnen seinem Vertrage zuwider von Konstantinopel her, statt von Österreich her, baute, zur Förderung der englischen Einfuhr in die neuerschlossenen Länder auf Kosten der mittelmächtlichen Einfuhr, bedeutete wiederum ein Zusammenwirken jüdischen und englischen Weltkapitals; damals wahrscheinlich auch noch als bloße Gelegenheitsgesellschaft zu diesem Zweck. Lord Disraely-Beaconsfield war ein leidenschaftlicher Nationaljude — vergleiche seinen Roman Koningsby und andere Schriften! — und gleichzeitig leitender Staatsmann des englischen Weltreichs. Er mußte die großen Möglichkeiten eines Zusammenwirkens der beiden am großartigsten und einseitigsten nach der großkapitalistischen Seite entwickelten Völker erkennen, und er hat sie erkannt. Damals hat wahrscheinlich das planmäßige und dauernde Zusammenwirken der englischen und jüdischen Hochfinanz begonnen, das später, unter Eduard VII. von England, dessen nächste Freunde der jüdischen Hochfinanz angehörten, und im Zusammenhang mit der Einkreisung noch klarer zu Tage trat.

Die oberste Leitung der jüdischen Welt lag früher in Paris, bei der Alliance israélite. Sie befindet sich jetzt in der New Yorker Wallstreet, bei den Herren Morgan, Speyer, Kahn, Schiff, Löb usw. Mit der Verlegung der obersten politischen Leitung der jüdischen Welt nach der neuen angelsächsischen Hauptstadt darf man das bis dahin nur von Fall zu Fall beschlossene völkerrechtliche Zusammenwirken wohl als

dauerndes und dem Staatsrecht der beiden Vertragschließenden einverleibtes Bündnis ansprechen.

2.

Die zwischenstaatliche Wirksamkeit dieser Macht sollte man nicht mehr bestreiten. Ein geschlossenes Gebiet gehört nach der richtigen Ansicht keineswegs zum Wesen der Völkerrechtsperson, wie die völkerrechtliche Persönlichkeit des Papstes und der katholischen Kirche beweisen. Auch nicht die amtliche Anerkennung. Vielmehr muß für die Frage nach der Neuentstehung einer völkerrechtlichen Persönlichkeit unbedingt der sog. Grundsatz der freien Körperschaftsbildung aus dem Privatrecht gelten; daß nämlich ein tatsächlich im Verkehr erkennbar aufgetretener neuer Machtkreis und Ausgangspunkt von Willensakten damit ohne weiteres auch als selbständiger Rechte- und Pflichtenträger gilt. Das ist unbestritten Rechtens bei der Neubildung von Staatsgebilden durch Losreißung von einem älteren Mutterland. Es muß auch bei völliger Neubildung gelten. Die eigene politische Macht und die völkerrechtliche Selbstbehauptung der jüdischen Gemeinschaft ist aber wirklich zu spürbar und wirksam, um einfach verneint werden zu können. Man braucht nur daran zu erinnern, daß auf dem Berliner Kongreß Rumänien veranlaßt wurde, seine Beschränkung der Ausländer, die es an sich nur wegen der Juden und Griechen für notwendig hielt, gegen alle Ausländer zu richten. Oder man denke an die Maßnahmen der New Yorker Zentrale bei den russischen Pogromen. Der so erreichte völkerrechtliche Schutz der Gemeinschaftsgliedee ist vielfach erheblich wirksamer als der durch die amtlich anerkannten völkerrechtlichen Vertreter der andern europäischen Nationen für deren Mitglieder erlangbare Schutz. Der Elsässer Schneegans erzählt in seinen Erinnerungen, daß der Leiter der Frankfurter Zeitung, Sonnemann, seinerzeit beim Präfekten von Lyon die durch die Reichsregierung nicht erreichte Unterdrückung eines hetzerischen Blattes rasch fertigbrachte; als sich nämlich herausstellte, daß die geschädigten deutschen Staatsangehörigen Juden waren und Sonnemann deswegen eingriff. Demselben Schriftsteller August Schneegans sagten übrigens die Leiter der Frankfurter Zeitung und der Neuen Badischen Landeszeitung in Mannheim, als er nach 1870 in der deutschen Presse für das elsässische Protestlertum wirkte, sie fühlten sich vor allen Dingen als Republikaner und erst in zweiter Linie als Deutsche, woraus schon ihre Zustimmung zu den französischen Neigungen des Elsasses hervorgehe.

Fürst Bismarck erzählt in einer Reichstagsrede vom 9. Oktober 1878, er habe häufig in der Frankfurter Zeitung Dinge gelesen, die ihm erst am andern oder am dritten Tage darauf durch gesandtschaftliche Meldung als Äußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden. Also der beste Sachverständige, den man anführen kann, bestätigt die Überlegenheit des zwischenstaatlichen Nachrichtendienstes jener Stellen über den Verkehrsdienst unserer amtlichen völkerrechtlichen Vertretungen.

Die Mutter Rothschilds sagte einmal, wie Bismarck bei irgendwelcher Gelegenheit erzählt, auf die Frage ob es Krieg gäbe: „Nein, mein Sohn erlaubt es nicht." Und Herr Schiff in New York — derselbe, der unserem Auswärtigen Amt ebenso dringend wie selbstlos die Annahme des 1913 durch Sigimura angebotenen japanischen Bündnisses widerriet — erklärt öffentlich, er liebe zwar Deutschland, das Land seiner Geburt, sehr; aber siegen dürfe es leider auf keinen Fall. An dem persönlichen Bewußtsein völkerrechtlicher Stellung fehlt es also jedenfalls nicht bei den Maßgebenden.

Die Juden sind unzweifelhaft eine sehr begabte, vielleicht sogar eine große Nation. Jedenfalls spielen sie in der europäischen Geschichte eine Rolle, wie außer ihnen nur die beiden eigentlich schöpferischen und kulturbestimmenden Völker: die Griechen und die Germanen.

Die Rolle des semitischen Geistes ist freilich beiden Kulturen gegenüber, der antiken mittelmeerländischen und der neuzeitlich nordeuropäischen gegenüber, vorwiegend eine verneinende und zerstörende. Unsere Kulturform ist von denselben Umwälzungen bedroht, von denen die Kultur des Altertums gestürzt wurde; nämlich der Zerstörung der überlieferten sittlichen Ideale und der Vernichtung der bestehenden sozialen Gliederung durch eine rein geldmächtliche Neuordnung der inneren Machtverhältnisse im Staat.

Da eine jede geschichtliche, verwirklichte, nationale Lebensgemeinschaft von ganz bestimmten Gedanken getragen wird, bedeutet jede Beseitigung der alten Ideale und der alten sozialen Ordnung schon eine Zerstörung von Kulturwerten, — ganz abgesehen von dem möglichen Wert, den die neuen, verdrängenden Vorstellungen und Antriebe für Einzelne und für andere Volksgemeinschaften etwa haben könnten. Jede Vernichtung eines großen geschichtlichen Nationallebens und seine Wiederauflösung in den Rohstoff der Gesellschaft, die Einzelnen, bedeutet eine ungeheure Vernichtung von sozialen Werten, d. h. von Fähigkeiten und Antrieben des Zusammenwirkens der Einzelnen. Wieviel Hingabe an das Ganze, wieviel Vaterlandsgefühl, Staatsgesinnung geht mit jedem geschichtlich lebendig gewesenen Staatsganzen unwiderbringlich zugrunde; und damit wieviel an sittlicher Erziehung des Einzel-Ich zur Überwindung der Eigensucht! Einen wie furchtbaren Rückfall in die Barbarei, in vorgeschichtliche Raubinstinkte und ähnliches bedeutet doch ohne Zweifel, selbst gegenüber dem gewiß nicht idealen alten Zarismus, das Bolschewikitum!

Aber auch eine bloß verneinende und zerstörerische Aufgabe kann schließlich eine geschichtlich große Aufgabe sein oder wenigstens von ihren Vollstreckern dafür gehalten werden.

Und mit deutscher Fähigkeit zu rein sachlicher, von dem eigenen Nutzen oder Schaden absehender Betrachtung mögen wir auch Mitempfindung haben für die tiefe Tragik und innere Unrast dieses Ahasverschicksals; daß dieses Volk einerseits Staat und Kultur nicht aus sich selber aufzubauen imstande ist, weil es die dazu nötige Hingabe und Unterordnung der Eigensucht nicht besitzt oder in der jahrhundertelangen Zerstreuung verloren hat, und daß anderseits sein ungeheuerlicher Lebensdrang und seine unvergleichliche Tatkraft der Ich-Bejahung doch auch völlig unfähig ist, sich einem ihm fremden Staatsleben und einer anderen Kultur wirklich innerlich einzufügen; daß es darum immer wieder den Baum zerstören muß, auf dem es nistet.

Im dritten Bande der ersten Auflage seiner Römischen Geschichte schreibt Theodor Mommsen:

„In gewissem Sinne könnte man allerdings neben Römern und Griechen noch eine dritte Nationalität nennen, die mit denselben in der damaligen Welt an Ubiquität wetteiferte, die Juden.... Der Jude hat nicht wie der Okzidentale die Pandoragabe politischer Organisation empfangen und verhält sich gegen den Staat wesentlich gleichgültig; er gibt ebenso schwer den Kern seiner nationalen Eigentümlichkeit auf, als er bereitwillig denselben mit jeder beliebigen Nationalität um-

hüllt. . . . Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition[1])."

3.

Dies alles kann hier nicht im einzelnen ausgeführt werden. Es soll in diesem Zusammenhang nur erläutern, daß eine Menschengruppe, von der so große weltgeschichtliche Wirkungen ausgingen und ausgehen, doch unzweifelhaft eine Nation im höchsten Sinne ist; und nicht etwa nur, wie vielfach und auch von ihren eigenen Angehörigen zum Zweck der Verschleierung ihrer weltpolitischen Ziele behauptet wird, eine Glaubensgemeinschaft innerhalb anderer Volksgemeinschaften. Das völkerrechtliche Zusammenwirken dieser Nation, trotz der räumlichen Zerstreuung, ist aber für heutige Verhältnisse eine Tatsächlichkeit. Das Bestehen und die Tragweite ihrer zwischen- und überstaatlichen Vertretung ist zu unverkennbar im Verkehr der Völker. Es war schon zu erwähnen, daß sie sehr häufig, ja vielleicht schon meistens, erheblich besser und wirksamer arbeitet als die amtliche Vertretung der anerkannten großen Staaten. Mit Ausnahme vielleicht Englands. Ob die Maßregeln offen im Namen eines völkerrechtlich anerkannten Subjekts oder ob sie unter Verkleidungen erfolgen, ändert nichts an der Sache. Auch England arbeitet ja vielfach so. Als die deutschen Mitglieder des Cobdenklubs — siehe Lothar Bucher — unter Führung Ludwig Bambergers eine nationale deutsche Wirtschaftspolitik bekämpften, waren sie tatsächlich, wenn auch ihnen unbewußt, Vertreter Englands. Als deutsche Höflinge das schlaue englische Wort von der Dynastie Bismarck weiter bliesen, besorgten sie — auch unbewußt, wie wir zu ihrer Ehre annehmen — englische Geschäfte; und zwar Geschäfte, deren zwischenstaatlicher und hochpolitischer Ursprung in diesem Fall ja völlig außer Zweifel steht. Tatsächlich gehört diese Aktion zu den erfolgreichsten und verhängnisvollsten Maßnahmen unserer Feinde gegen uns. Denn damals wurde nicht nur die Person des Fürsten Bismarck beseitigt, die nach menschlichen Lebensgesetzen uns ja auch ohnedies nicht mehr sehr lange hätte erhalten bleiben können, sondern damals wurde grundsätzlich die Bismarcksche Schule und Überlieferung beseitigt, die uns in ähnlicher Weise — wenn auch in geringerem Maße, weil Feldherrnkunst wohl mehr lehrbar ist wie Staatskunst — hätte erhalten bleiben können, wie uns die Moltkesche Schule tatsächlich erhalten geblieben ist. Die Planmäßigkeit und Bewußtheit der Abkehr von Bismarckscher Überlieferung tritt nun in den sonst manchmal geradezu rätselhaften Redensarten der Herren v. Bethmann und Kühlmann auch für den Blindesten zutage.

Also das Bestehen und Wirken völkerrechtlicher Akte hängt nicht an dem Namen, sondern sie kennzeichnen sich als solche eben an der Wirksamkeit. Wo zwischenstaatlich, also in ein anderes staatliches Hoheitsgebiet hinein, politische Wirkungen ausgeübt werden, da liegt eine überstaatliche, d. h. völkerrechtliche Maßregel vor. In dieser Art ist aber, wie gesagt, heutzutage die jüdische Volksgemeinschaft meist schon viel wirksamer geschützt als andere nationale oder staatliche Kreise.

Mommsen berichtet in der ersten Auflage seiner Römischen Geschichte an der oben erwähnten Stelle (Bd. 3, S. 506/507) aus der späten römischen Welt ganz Ähnliches von der Wirksamkeit des jüdischen Interessenschutzes innerhalb der römi-

[1]) Robert v. Mayr, Römische Rechtsgeschichte II, 1, S. 36: „Immerhin nahm die Entnationalisierung der Stadtbevölkerung . . . immer mehr zu . . . von manchen der ersten Kaiser geradezu begünstigt. Caligula stand z. B. dem italischen Wesen förmlich fremd gegenüber . . ., Neros Gunst genossen vor allem die Syrer. Übermächtig wurde in diesen Zeiten bereits auch die Stellung der Juden als Kaufleute."

schen Welt. Mommsen hat bekanntlich diese Stelle in den späteren Auflagen unterdrückt; das ist auch ein anschauliches Beispiel für die gewaltige Macht dieses Interessenschutzes. Man stelle sich vor, wie der Bekennermut des deutschen Gelehrten hörbar an die Rippe gepocht hätte vor Empörung, wenn etwa die eigene Regierung ihm die Unterdrückung einer für wahr erkannten Tatsache aus Rücksicht auf deutschen Ruf oder deutsche Belange zugemutet hätte, und wie er vermutlich auch der entsprechenden Maßnahme einer ausländischen Vertretung geantwortet hätte!

Im Nachlaß Viktor Hehns, des baltischen Verfolgten und späteren russischen Staatsrats, fanden sich zwei ungedruckte Schriften, die eine überschrieben: Über die Art der Russen, die andere: Über die Art der Juden. Beide mit sehr scharfen Bemerkungen über diese beiden Nationen.

Die erste, die Schrift über die Russen, ist seit 1892 gedruckt. Nebenbei bemerkt, ist die Richtigkeit der Hehnschen Beobachtungen in merkwürdiger Weise durch die neuesten Ereignisse bei unserem östlichen Nachbar bestätigt worden. Kein Verleger und wohl auch kein sonstiger Mensch in Deutschland dachte daran, daß man aus Rücksicht auf Rußland, das doch damals ein machtvoller Staat und ein riesiges Weltreich war, die Veröffentlichung dieser tadelnden Beurteilung der Russen unterlassen müsse. Die zweite Schrift dagegen, über die Art der Juden, hat bisher noch keine Veröffentlichung erfahren, obwohl sie doch gerade nach der merkwürdigen Bewahrheitung der andern Hehnschen Schrift mindestens kennenswert wäre. Also die Besorgnis vor jüdischer Empfindlichkeit war viel stärker als die vor russischer.

Einer nachgelassenen Schrift Gobineaus, Völkerkunde Frankreichs, scheint es ähnlich zu gehen wie der Hehnschen Schrift. Gobineau macht darin u. a. folgende aufschlußreiche Bemerkung über das Elsaß (nach 1870 geschrieben): Das Elsaß sei von Volkstum deutsch. Das gehe unter anderm auch daraus hervor, daß sich dort auf dem Lande der Jude noch durchaus nach Aussehen und Art von dem Eingeborenen unterscheide und von diesem als fremd empfunden werde. Das sei nicht der Fall in den Ländern vorwiegend mittelmeerländischer Bevölkerung, wozu jetzt nach dem annähernden Verbrauch des fränkisch-germanischen Bluts auch Frankreich gehöre.

Man wird vielleicht gegen das Beispiel mit den Schriften Viktor Hehns einwenden, die jüdische Nation müsse begreiflicherweise empfindlicher sein als die russische, weil sie der anerkannten völkerrechtlichen Stellung und deshalb äußerer Machtmittel entbehre. Aber das letztere trifft auch bei der katholischen Kirche und dem Papste zu. Und doch könnte sie nie in fremdem Staatsgebiet eine derartige vorbeugende Zensur erreichen. Man wird auch die schärfsten Angriffe gegen den Papst stets drucken lassen können; bei uns und in vielen anderen Ländern. Der Mangel anerkannter völkerrechtlicher Persönlichkeit hat aber fast ebenso große Vorteile wie Nachteile. Denn das Fehlen der juristischen Person bedeutet anderseits auch, daß diese zwischenstaatliche Macht für die andern nicht faßbar ist. Die Gesamtheit kann nun auch nicht verantwortlich gemacht werden, weil sie keine amtlichen Organe hat. Die Lage ist genau die gleiche wie im privaten Rechtsverkehr. Man glaubte die Entwicklung gewisser politischer Vereine zu hemmen durch Versagung der juristischen Persönlichkeit. Es stellte sich aber heraus, daß der Vorteil für sie, nun auch nicht als Gesamtheit verklagt werden zu können, wie die Rechtslage vor dem Erlaß des B.G.B. war, größer war als der Nachteil, daß sie nicht offen als handelnde Gesamtheiten auftreten konnten.

Also daß die jüdische Nation zwischenstaatliche Macht auszuüben imstande und daher als völkerrechtliche Person anzusehen ist, sollte man wirklich nicht mehr

bestreiten. Es ist übrigens auch ihr gutes Recht, wie jede andere Nation Politik zu treiben. Und zwar treibt sie tatsächlich eine sehr planmäßige, Völker und Zeiträume großzügig umspannende Weltpolitik.

4.

Die Frankfurter Zeitung warnte im Leitaufsatz vom 6. Juli 1870. (Nr. 186, erstes Blatt) eindringlich vor der anscheinend bestehenden Absicht der Hohenzollern, ein Deutsches Reich wieder herzustellen, und leistetete sich dabei die niedliche Brunnenvergiftung: „Sollte das, was in Spanien vorgeht, möglicherweise ein preußisches Wahlmanöver sein."

Aufschlußreich ist daran, abgesehen von dem verblüffenden staatsmännischen Weitblick, für die vorliegenden Betrachtungen wieder das völlige Ineinsgehen der jüdischen mit der englischen Weltpolitik. „Englands Feindschaft gegen die deutsche Einheit" (vgl. den gleichnamigen Vortrag von M. Wildgrube, im Verlag des größeren Deutschland, 1915, der eine gute allgemein-unterrichtende Zusammenfassung darüber gibt, ohne selbstverständlich im Rahmen eines Vortrags auch nur entfernt allen Beweisstoff verwerten zu können) gibt den Faden seiner europäischen Politik seit der Niederwerfung Napoleons. Schon auf dem Wiener Kongreß war bekanntlich sofort Englands Bestreben auf die Niederhaltung Preußens und auf Erhaltung der deutschen Schwäche gerichtet; auf dem Wiener Kongreß, von dem ein amerikanischer Präsident 1815 schrieb, er scheine ja nur das eine Hauptbestreben zu haben, die in Deutschland liegenden Keime nicht zur Entwicklung kommen zu lassen! So weitblickend war schon damals die Feindschaft Englands gegen das eben erst aus tiefster Erniedrigung erstandene verbündete Deutschland und gegen Preußen, das das sichere Gefühl des Hasses schon damals als den politischen Nerv Deutschlands erkannte. Man denke an die planmäßige Abdrängung Preußens von der See, an die Verweigerung der Wiedergewinnung Ostfrieslands, an die absichtlich zerrissene Gestalt Preußens, an die künstliche Schöpfung einer höchst unnatürlichen Grenze zwecks Abdrängung von der unteren Maas. Im November 1859 schreibt der Prinzgemahl Albert an seinen Bruder Ernst von Koburg in diesem Sinne, ohne die ganze Planmäßigkeit und Tragweite dieser englischen Politik zu erkennen. Dagegen schreibt Lothar Bucher, der neben Stein und Bismarck wohl unsere größte staatsmännische Begabung im 19. Jahrhundert war, die englischen Staatsmänner wüßten ganz genau, ebenso wie die russischen, daß Deutschland und das deutsche Volk das eigentliche Schicksal und das Herzland der europäischen Kultur bedeuteten. Und schon 1854 schreibt Lothar Bucher „von dem heißen Haß der führenden englischen Kreise gegen das deutsche Volk, von dem man die neue schöpferische Idee erwartet" (vgl. Lothar Bucher, Parlamentarismus, wie er ist, 3. Aufl., S. 131).

Im Jahre 1847 schreibt Lord Beaconsfield, damals noch Disraely: „Die Welt wird von ganz anderen Leuten regiert, als diejenigen glauben, die nicht hinter den Kulissen stehen." (Von 300 Leuten, die sich alle untereinander kennen, meint jetzt Herr Walter Rathenau). „Die ersten Jesuiten waren Juden." Auch dies ist höchst aufschlußreich. In dieser Personalunion kommt die tiefe innere Verwandtschaft des jesuitisch-ultramontanen, (nicht des katholischen) Geistes mit dem jüdischen zum Ausdruck. Beide sind dogmatisch; sie halten sich an übernommene Lehrsätze, weil sie die fremde Autorität als Stütze brauchen; beide sind für die „absolute" Lösung (vgl. Karl Joel, Neue Weltkultur), im Gegensatz zu einer persönlichen Lösung. Und darum ist der gemeinsame Gegenstand des Hasses für beide der germanische

Sondertrieb, der in seinem starken Persönlichkeitsgefühl immer nach der eigenen Gewissensantwort ringt, der aber auch bei dieser subjektiven Lösung sich beruhigt und nicht das Bedürfnis hat, wie der Dogmatiker sich die eigene Überzeugung dadurch zu bestätigen und zu sichern, daß er möglichst viele andere ihr unterwirft. Jenes stille Bündnis des jesuitisch-ultramontanen mit dem jüdischen Geiste kommt z. B. in heutigen österreichischen Stimmungen zu deutlichem Ausdruck. Die verbissensten Deutschenfeinde sind dort die jesuitisch-ultramontanen und die alljüdischen Kreise, die durch die gemeinsame Panik vor dem deutschen Gedanken zusammengeführt sind und übrigens schon ganz offen zusammenarbeiten, besonders bei Hofe und in der Presse.

„Anders sein erzeugt Haß," sagt der große Stendhal. Die deutsche Seele hat sich vor bald 2000 Jahren der Weltschablone des römischen Universalstaats erwehrt, der sich die Kelten gefügt haben. Sie hat sich der zweiten, von Rom ausgehenden Weltformel, auf dem Gewissensgebiet, zu erwehren gesucht, und sie kämpft jetzt gegen die geldmächtliche Weltformel, die schon im Begriffe war, die Welt so schön zu vereinheitlichen und zu vereinen unter dem kümmerlichen Lebensideal des geldverdienenden Gentleman und unter der harten, aber festen Gewalt der Welttrusts. Und diese „unbändigen deutschen Ingenia", wie Giordano Bruno sagte, wollen immer wieder die Welt zum Umdenken veranlassen. Es gibt aber nichts, was einen in der Welt mehr verhaßt machen kann als dieses Unterfangen.

5.

„Die geheimnisvolle russische Diplomatie," fährt Disraely fort, „die den ganzen Westen Europas in Aufregung hält, ist von Juden organisiert und geleitet. Die mächtige Revolution, die sich im Augenblick (1847) in Deutschland vorbereitet, entwickelt sich gänzlich unter den Auspizien der Juden, welche die Professorenstühle von Deutschland monopolisieren." Auch das, nebenbei bemerkt, eine merkwürdig weitblickende Bemerkung. Im Jahre 1847! Im vierten Kriegsjahr macht die Heidelberger Juristenfakultät Herrn Rudolf Mosse zum Ehrendoktor. Und der Vertreter der Universität in der badischen Kammer beteuert, das bedeute keine amerikanischen Zustände, wo bekanntlich keiner der Professoren, die vom Rektor jederzeit einfach entlassen werden können (!), mehr wagen darf, eine den großen Geldgebern der Universitäten nicht genehme Meinung zu vertreten. Es mag auch richtig sein, daß die Promotion des Herrn Rudolf Mosse noch keinen Amerikanismus bedeutet, wenn auch die bloße Beteuerung nichts beweist. Aber welche merkwürdige Weltfremdheit — im günstigsten Falle — bedeutet es, daß die Heidelberger Gelehrten im vierten Jahre des Weltkriegs noch nicht wissen, welche Politik das Berliner Tageblatt getrieben hat und welche maßlose Herausforderung diese Ehrenpromotion, die ja schließlich nicht so drängte, für jeden politisch etwas besser unterrichteten Deutschen bedeuten muß. Vor dem Kriege hat sicherlich keine auswärtige Zeitung, keine Times und kein Matin, Deutschland durch die planmäßige Verleumdung unserer inneren Zustände so furchtbaren Schaden zugefügt, wie dies fast allein ins Ausland kommende, verbreitetste deutsche Blatt. Man hat sich über die merkwürdigen Erfolge des feindlichen Lügenfeldzugs bei den Neutralen verwundert. Aber sie sind sehr erklärlich. Denn Deutschland war eben tatsächlich in der Presse unvertreten. Das Berliner Tageblatt ist ganz offen gegründet zur Wahrnehmung der Sonderinteressen des Judentums im öffentlichen Leben. Die Juden sind eben tatsächlich eine gewaltige Nation, und sie halten sich für die allererste. Warum sollen sie deutsche Politik treiben statt ihrer eigenen? Und die Politik des Berliner Tage-

blatts während des Krieges! Aber das bildet überhaupt einen Teil des Gegenstandes dieser Ausführungen und ist deshalb weiter unten noch zu betrachten.

Disraely ist gerade für diese Dinge, nämlich für die Zusammenhänge jüdischer und angelsächsischer Weltpolitik, ein einwandfreiester Zeuge, nach Einsicht und Gesinnung. Er wurde bekanntlich später der leitende Staatsmann des englischen Weltreichs und war, wie betont, zugleich bewußter Nationaljude, so daß also seine oben berichteten Beobachtungen jedenfalls von judengegnerischer Absicht völlig frei sind.

Aufschlußreich ist deshalb besonders auch seine Bemerkung über die eigentlichen leitenden Kräfte der 48er Revolution in Deutschland, die man bei uns immer noch nicht richtig ansieht. Man muß für diese ja wohl unterscheiden zwischen Süd- und Norddeutschland. In den süddeutschen Aufständen äußerte sich ja auch, wenn auch dumpf und unzweckmäßig, der dunkle Drang nach einem wirklichen Staat, den man nicht hatte, und darum steckt in ihnen immerhin auch ein deutscher Kern. Aber daß Deutsche sich finden konnten, die zur angeblichen Verbesserung der politischen Zustände den einzigen politischen Besitz der Deutschen, den preußischen Staat, zerstören wollten, ist eine so beschämende und niederschmetternde Tatsache, daß die Erkenntnis der ausländischen, jüdischen und polnischen Anstiftung noch etwas Tröstliches hat.

Mit der englischen Politik einer Verhinderung deutscher Aufwärtsentwicklung ging diese Anstiftung aber naturgemäß durchaus überein. Diese Richtung tritt vielleicht noch deutlicher in der späteren Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung hervor. Diese war naturgemäß davon ausgegangen, daß die wirtschaftlich Schwachen bei ihren politischen Bestrebungen sich auf ein starkes Königtum und eine tatkräftige Staatsgewalt stützen müssen. Die rein klassenhetzerische und staatsfeindliche Richtung in der Sozialdemokratie ist, von englischem Kapital unterstützt, ganz vorwiegend durch jüdische Führer in die Bewegung hineingekommen.

Diese standen natürlich zum Teil, wahrscheinlich sogar zum überwiegenden Teil, nicht etwa schlechthin und bewußtermaßen im Dienste jener weltpolitischen Zusammenhänge. Vielmehr genügt zur Erklärung jener Richtung durchaus schon die natürliche Feindschaft gegen jede staatliche Organisation und gegen nationale Ordnungen. Diese Feindschaft könnte ja schon als die einfache Folge des Umstandes zu erklären sein, daß die jüdische Nation den eigenen Staat seit vielen Jahrhunderten verloren hat und darum naturgemäß dieses ihr fehlende Machtmittel bei fremden Völkern bekämpft. Dieses gleichgültige Verhältnis zum Staat, wie Mommsen sagt, muß freilich noch Gründe haben, die tiefer sitzen, so daß sie ihrerseits als die Ursachen und nicht als die Wirkungen des jüdischen Staatsuntergangs erscheinen. Es ist an sich, soweit ich sehe, eine beispiellose geschichtliche Erscheinung, daß die Glieder eines Volks den völligen staatlichen Untergang als Volk körperlich und als einzelne so glänzend überstehen. Die Angehörigen anderer Völker pflegen sich mit ihrem Volksganzen derart gleichzusetzen, daß sie den völligen Verlust des nationalen Zusammenlebens nicht überleben. Es scheint die Kehrseite der ungeheuren Energie der Selbstbehauptung und Ichbejahung des jüdischen Volks zu sein, daß es die zum staatlichen Zusammenleben notwendige Unterordnung und Hingabe des Selbst nicht aufbringt; daß es biologisch auf ein Kuckucksleben in von andern gebauten Nestern eingestellt ist.

Die Feindschaft gegen eine starke Staatsgewalt kann also bei der jüdischen Nation ebensogut ein uralter ererbter Zug wie überlegte Politik sein.

Von der englischen Seite ist natürlich die Beförderung innerdeutscher Schwierigkeiten durchaus planmäßig und gehört zu ihrer Weltpolitik. Die englischen Staats-

männer waren geschichtlich unterrichtet genug, um zu wissen, daß die Niederhaltung Deutschlands, des stärksten nationalen Blocks und des Herzlandes Europas, die erste Voraussetzung ihrer Beherrschung und Ausbeutung Europas ist, und daß die englische Weltstellung außer auf der Beherrschung Irlands vor allem auf dem Westfälischen Frieden von 1648 beruht, nach dessen Abschluß Deutschland endgültig in Einzelstaaten zerfallen, auf 5 Millionen Einwohner heruntergebracht und seiner sämtlichen Flußmündungen beraubt war.

Die geschichtliche Erinnerung der englischen Staatsmänner war lebendig genug, daß sie beständig die mittelalterliche Weltstellung Deutschlands vor Augen hatten und ihre Wiederkehr befürchteten. Das beweist besonders ihr Verhalten auf dem Wiener Kongreß und als ein kleiner aber anschaulicher Zug, daß die englische Presse die Huldigungsfahrt der deutschen Fürsten nach Wien, 1908 zum Regierungsjubiläum, besorgt als ein Wiederaufleben des alten Reichsgedankens bezeichnete.

Jedenfalls ist die Tatsache lehrreich, daß das Kapital englischer Aristokraten, die nichts weniger als anarchistisch gesinnt waren, die Mostsche anarchistische Zeitschrift „Freiheit" unterstützte[1]).

England befürchtete die weitere Stärkung, die dem deutschen Staatswesen aus einem aufrechten Anschluß der deutschen Arbeiter an das Königtum erwachsen würde, nachdem der gebildetere Teil des deutschen Bürgertums die Hohlheit der Schlagworte von 1789 erkannt und nach der Konfliktszeit den Anschluß an die nationale Staatsgewalt vollzogen hatte. In dem heutigen Zusammenwirken von Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung und Vorwärts gegen einen vollen deutschen Sieg findet diese an sich ja so widernatürliche Verbindung der überstaatlichen Geldmacht mit den Verführern der Arbeiterschaft vielleicht den verblüffendsten Ausdruck; das Bündnis der deutschen Arbeitervertretung mit der westmächtlichen Plutokratie, die auch nach sozialdemokratischem Zeugnis den härtesten Kapitalismus der Welt darstellt.

6.

In Deutschland erscheinende Zeitungen haben, je näher der deutsche Sieg zu rücken schien, um so leidenschaftlicher den Standpunkt vertreten: Keine Annexionen und Entschädigungen! Also gerade Deutschland, das von allen Seiten überfallene Deutschland, sollte auf eine Wiedergutmachung seiner furchtbaren Wunden, soweit solche möglich ist, und auf eine Unterstützung beim Wiederaufbau seiner von den Feinden auf die planmäßigste und rücksichtsloseste Weise zerstörten Volkswirtschaft verzichten! Wie schon nach den Napoleonischen Kriegen, nachdem die Franzosen etwa 20 Jahre lang auf deutsche Kosten Krieg geführt hatten, Deutschland nicht nur auf die Wiedererlangung der Vogesen- und der Maasgrenze verzichten mußte, sondern auch auf jede Kriegsentschädigung! Damit die wiedereingesetzten Bourbonen von inneren Belastungen freier blieben, sollte Deutschland die ganzen Opfer der Napoleonischen Eroberungskriege tragen, so daß nicht nur das durch diese Kriege ungeheuerlich bereicherte England, sondern auch das besiegte Frankreich von vornherein mit einem riesigen Vorsprung den Wiederaufbau beginnen konnten. Und nun soll uns und unseren Kindeskindern auf viele Geschlechter nach unvergleichlichen Siegen von neuem die Lage und Belastung geschaffen werden, die unsere Vorfahren nach dem Dreißigjährigen Krieg und nach den Napoleonischen Kriegen durchmachen mußten!

[1]) Siehe Alexander von Peez, „England und der Kontinent" S. 54.

Man wende nicht ein, daß diese Vertreter die Verzichtsfriedenslösung nur deshalb forderten, weil sie eben nach der äußeren Lage etwas anderes nicht mehr erreichen zu können hofften. Das wäre natürlich etwas anderes. Die Beweggründe mögen ja bei einzelnen so liegen, so unbegreiflich diese schwarzseherische Beurteilung unserer Lage uns erscheinen mag. Und wir wollen immerhin froh sein, daß wir auf diese Weise wenigstens für einen großen Teil der Verzichtsfriedensfreunde noch die Gutgläubigkeit retten können.

Aber es liegt eben bei Vielen unzweifelhaft nicht so. Aus zwei Gründen: Erstens, weil die Verzicht- und Unterwerfungslosung jeweils und in dem Maß lebhafter und dringlicher erscholl, als deutsche Siege den endgültigen deutschen Erfolg in bedrohlichere Nähe rücken ließen. Und zweitens kann jene Erwägung, daß man eben durch die Kriegslage zum möglichst baldigen Friedensschluß gezwungen sei, um deswillen nicht bei seiner Vertretung in der Presse der wirksame Beweggrund gewesen sein, weil auch der Mindestbegabte gerade in diesen Händlerkreisen weiß, daß das Hinausschreien der eigenen Abschlußbereitschaft das allerunzweckmäßigste Verfahren ist, um einen günstigen Abschluß zu erreichen.

Nein, man fürchtete vor allem den deutschen Sieg, oder vielleicht besser: man fürchtete am meisten eine deutsche Siegesstimmung und die daraus zu erwartende Stärkung des deutschen Staatsgefühls. Dem deutschen Volk muß die „Hybris" ausgetrieben werden, die es 1870 befallen hat, sagt ein deutscher Staatsmann, dem große Verwaltungsbegabung nachgerühmt wird. Wie geschickt wurden die unerwünschten deutschen Siege in Rumänien und die daraus befürchtete Wirkung auf die Gemüter durch das Friedensangebot wettgemacht!

Viele Anhänger dieser Meinung mögen auch aufrichtig an ihre händlerische Weltanschauung glauben und daran, daß die Einspinnung der Weltwirtschaft durch die Welttrusts und die Weltherrschaft des smartesten Geschäftsmannes auch für die Unterworfenen ein Glück bedeutet. Sie mögen, in rein innerpolitischen bureaumäßigen Geschäftsmethoden befangen, wirklich glauben, daß die übernationale Interessenverfilzung und die einseitige Betonung und ausschließliche Förderung der wirtschaftlichen und geldlichen Belange zum allgemeinen Frieden hinwirken werde. Sie mögen das zum Teil wirklich glauben, obwohl alle geschichtliche Erfahrung gezeigt hat, daß reine Geldmächte immer die rücksichtslosesten und deshalb auch am letzten Ende am meisten kriegerregenden Mächte gewesen sind, wie schon Kant vor über 100 Jahren von England sagte. Sie mögen, wie gesagt, ehrlich an ihre Weltanschauung glauben. Im übrigen läßt sich über Weltanschauungen nicht streiten, denn sie sind eben nur subjektiv, d. h. für diese bestimmte seelische Veranlagung wahr, und die Gegner würden es gar nicht verstehen, wenn wir unserseits erklärten, daß wir die von der plutokratischen Herrschaft drohende Verödung alles geistigen und sittlichen Lebens nicht zu ertragen vermöchten.

Es mögen also manche von denen, die innerhalb unserer Grenzpfähle tatsächlich am Strange der Geldmächte ziehen, so verrannt oder so beschränkt sein, daß sie das nicht merken, und daß sie tatsächlich glauben, dem deutschen Volk dadurch zu nützen.

Aber nicht alle!

Es ist von amtlicher Seite festgestellt worden und im Reichstag kürzlich — im Februar 1918 — ausgesprochen worden, daß der jüngste Streik, auf den Herr Trotzki und die ganze Entente so große Hoffnungen gesetzt hatten und von dem in feindlichen Zeitungen mehrere Tage vor seinem tatsächlichen Ausbruch schon berichtet war, durch ausländisches Geld und ausländische Agenten gefördert war.

Wir wissen, daß ein gemeinsamer amerikanisch-englischer Ausschuß gebildet worden ist mit unbeschränkten Geldmitteln, der die Erregung von inneren Unruhen in Deutschland bezweckt. Die letzte Hoffnung der Feinde, nachdem zuerst die Besiegung und dann auch die Aushungerung sich als unmöglich erwiesen hat! Der Ausschuß besteht aus den Herren Senator Stone, Lord Reading (früher Rufus Isaaks), Lord Northcliffe (früher Harmsworth, noch früher Stern). Auch Lord Milner, der kürzlich, Februar 1918, in Plymouth die vom Reichskanzler angeführte Rede gehalten hat, gehört zu dieser Gruppe. Und prompt fordert Herr Cohn aus Nordhausen am 21. Februar 1918 im Reichstag zur Revolution auf, mitten im Krieg. Herr Cohn ist deutscher Reichsbote und demnach zu einem Dreihundertsiebenundneunzigstel berufenes Organ des deutschen Volks.

Die Herren Stone, Reading und Northcliffe können den Gedanken, auf diese Art wirken zu können, tatsächlich ja überhaupt nur fassen — denn wir leben doch im Krieg und haben genaue Grenzkontrolle — in der Hoffnung auf freiwillige Mitarbeit im Innern bei uns. Sie müssen auf ihre konsularischen Vertreter in der Presse, in der Finanz usw. hoffen; denn unmittelbar können sie ja jetzt im Kriege an die zu bearbeitenden Massen, an den blinden Hödur, den Urwähler, nicht heran.

Der jetzige Reichstag ist 1912 gewählt. Sein Vorgänger von 1908 hatte bekanntlich eine zuverlässige nationale Mehrheit. Es ist äußerst wahrscheinlich, daß schon bei den Reichstagswahlen von 1912 ausländisches Geld und ausländische Presseeinwirkung sehr stark mitgewirkt haben. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Hunderttausende von Wählern bestochen seien, sondern nur, daß der „arme blinde Hödur von deutschem Urwähler" unbewußt den Streich gegen sein Vaterland führt, im Banne der Lügen und Schlagworte, die ihm von seiner verlogenen Presse und von seinen gewissenlosen Rednern vorgesetzt werden. Die nationalen Wahlen von 1908 waren der Einkreisung auf die Nerven gefallen. Sie beschloß Gegenmaßregeln großen Stils.

Und sie brachte immerhin soviel fertig, daß wir nun im furchtbarsten Daseinkampf, den je ein Volk führen mußte, einen *solchen* Reichstag haben; in dem Herr Ledebour sich — wie ehrlich — über den fehlenden Legitimitätssinn der deutschen Regierung entrüstet, daß sie mit dem doch vom Zarentum noch gar nicht völkerrechtlich anerkannten Staat der Ukraine verhandle; in dem Herr Cohn aus Nordhausen offen dazu auffordert, den äußeren Feind durch inneren Umsturz zu unterstützen.

Es wird nicht behauptet, daß Herr Cohn aus Nordhausen bestochen sei. Es mag auch ihm nur unter der Schwelle des Bewußtseins liegen, daß eben sein Blut im feindlichen Unternehmen arbeitet. Hat doch die Erfahrung gezeigt, daß selbst bloße Mischungsverhältnisse, daß selbst eine bloße und verhältnismäßig geringe Beteiligung auf der Gegenseite mit einigen Aktien des Bluts das Urteil völlig verwirren und die Tatkraft eines Staatsmanns völlig lähmen kann.

Herr Wilson hat uns den Krieg erklärt. Herr Wilson ist bekanntlich nur die Puppe von Wallstreet. Wallstreet das sind aber vor allem die Herren Morgan, Cohn, Speyer, Schiff, Kahn usw., d. h. die jüdische Zentrale. Herr Schiff hat, wie schon erwähnt, gesagt, er liebe Deutschland sehr, aber siegen, nein siegen dürfe es auf keinen Fall. Dieses gönnerhafte Wohlwollen des Herrn Schiff — er stammt aus der Mannheimer Gegend — ist vielleicht wirklich nicht so ganz unwahr. Man will nicht die deutsche Ausrottung. Die Deutschen sind ja sehr tüchtige Arbeitssklaven und deshalb für Welttrusts durchaus brauchbar. Man will nicht die Aus-

rottung, aber den völligen staatlichen und wirtschaftlichen Ruin, um nach dem uralten Verfahren, das Joseph in den sieben mageren Jahren gegen die ägyptischen Bauern anwendete, die wirtschaftliche Verknechtung zu vollenden und endgültig zu machen. Diese mußten bekanntlich in den sieben mageren Jahren all ihr Hab und Gut verkaufen, um leben zu können, und wurden so Knechte des Pharao, die nun ihr früheres Eigentum für diesen bebauen mußten.

Es ist wichtig, sich einmal klar zu machen, daß die zentrale Leitung der jüdischen Nation sich dem angelsächsischen Bündnis angeschlossen hat, ja jetzt wahrscheinlich die eigentliche Seele davon ist.

Man gewärtigt gegenüber einer solchen Feststellung sofort die entrüstete Entgegnung, daß doch soviele Angehörige des jüdischen Volks auf unserer Seite gekämpft haben. Das ist richtig. Aber das beweist doch nichts gegen die obige Feststellung. Selbstverständlich sind diese nicht davon betroffen. Hunderttausende von Rumänen haben auf österreichischer Seite gekämpft. Niemand hat um deswillen Österreich das Recht bestritten, gegen den rumänischen Staat die erforderlichen Kriegsmaßnahmen einzuleiten, als dessen amtliche Vertretung ihm den Krieg erklärt hatte.

Auch Rußland und Amerika haben Millionen deutscher Untertanen. Niemand leitet aber aus dieser Untertanenschaft Deutscher in jenen Staaten einen Einwand gegen die völkerrechtliche Bewegungsfreiheit dieser Staatsgewalten her und gegen deren Befugnis zu kriegerischen Maßnahmen auch gegenüber dem deutschen Gemeinwesen.

Also, ebensowenig wie sich die staatstreuen österreichischen Rumänen von den kriegerischen Maßnahmen Österreichs gegen den rumänischen Staat oder von den berechtigten Vorwürfen gegen dessen Verhalten getroffen zu fühlen brauchten und getroffen fühlten, ebensowenig brauchen Juden deutscher Staatszugehörigkeit sich durch die obigen Feststellungen getroffen zu fühlen, wenn sie sich nämlich in diesem unzweifelhaft bestehenden Gegensatz rückhaltlos auf die deutsche Seite stellen. Ja, es wird vielleicht ein treffendes Kennzeichen und Merkmal sein, wer sich getroffen fühlt.

---

# Entsühnung?

## Von Dr. Eckart Wach.

Unser Erleben in diesem Weltkriege wie dieser Weltkrieg selbst ist nicht die Folge eines blinden Schicksalswaltens, ist nicht ein unabwendbares „Geschick" im Sinne der weinerlichen, tatscheuen Scheinmoral eines Bethmann, ist nicht die Auswirkung eines geheimnisvollen Zufalls im Weltgeschehen. Zufälle des „Geschicks" gibt es in der völkischen und weltgeschichtlichen Entwickelung so wenig wie in der des Alltags.

Das Erleben dieser schweren Jahre steht wie alles menschliche Werden und Vergehen in der großen Kette von Ursache und Wirkungen. Es ist bis in alle Einzelheiten hinein das naturnotwendige Ergebnis der seit 1890 fehlerhaft oder nicht gesetzten Voraussetzungen. Dieser Krieg in all seinen Begleiterscheinungen ist das Urteil der Geschichte unter dem Abschnitte der deutschen Politik, den Bismarck selbst als den „Neuen Kurs" bezeichnet hat. Es ist das heute noch — außer- und innerpolitisch — unabsehbar schwere Unglück des deutschen Volkes, daß es in diesen

Krieg eintreten mußte unter der politischen Führung eines Kanzlers, der ausgerechnet einer der verbissensten und blindesten Vertreter der neukurslichen Verirrungen war, und daß es diese Last drei schwere Kriegsjahre hindurch hat weiter tragen müssen.

Bismarck selbst bezeichnet als die Grundidee des „Neuen Kurses" das Bestreben, „die Ziele der Regierung Kaiser Wilhelms I. zu Schaden zu bringen". In den Hamburger Nachrichten läßt er verkünden: „Fürst Bismarck bestreitet durchaus, daß der Neue Kurs mit dem alten identisch sei und seine Politik weiterführe; er sieht vielmehr im Neuen Kurse einen Bruch mit dem alten, dem er seine amtliche Tätigkeit gewidmet hat." Bei anderer Gelegenheit meinte er, der Neue Kurs „übernahm eben sehr rasch anstatt der Fortsetzung des Alten Kurses die entgegengesetzten Auffassungen der Feinde desselben, die diesen Alten Kurs seit Jahrzehnten auf das heftigste bekämpft hatten".

So sehen wir als den politischen Grundsatz des neuen Kurses nicht eigentlich einen — sei es auch verfehlten — bejahenden, staatsaufbauenden Grundgedanken, sondern die Idee einer zielbewußten Verneinung: die mit starrer und zäher Folgerichtigkeit fest- und durchgehaltene Gegensätzlichkeit zu allen Grundsätzen der bismärckisch-wilhelminischen Staatskunst. Fast scheint es, als ob man sich bei allen wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik der letzten 27 Jahre die Frage vorgelegt hätte: „Was würden Bismarck und Wilhelm der Treue hier getan haben?" — nur um mit unbelehrbarem Trotz genau das Gegenteil zu tun. Auch die Kriegs- und Kriegszielpolitik hat offenbar unter diesen Leitgedanken gestanden. Eine andere Erklärung ist nicht gut möglich. Der nur durch höhere Gewalt abgewendete Jammer von Litauisch-Brest ist vorläufig das letzte Wahrzeichen auf dieser Bahn politischer Verneinung.

In alledem liegt zugleich die Erklärung für die Verschiebung unserer inneren Parteiverhältnisse, die noch heute dieselbe ist wie 1890. Bismarck selbst meinte hierzu: „Die schärfste Kritik der neuen Politik liegt in der Bundesgenossenschaft, bei der sie Unterstützung findet. Wenn man die heutigen Beziehungen der Parteien und Fraktionen zur Regierung ins Auge faßt, so wird man unwillkürlich an das hübsche Lied von Mühler erinnert: Rechter Hand, linker Hand alles vertauscht! Alle Gegner der Herstellung des Deutschen Reiches und dessen Entwicklung, die entschiedenen Feinde der Politik des Alten Kurses stehen heute auf der Seite des Neuen, und zwar mit einer Leidenschaftlichkeit, die notwendig Verdacht gegen die Ehrlichkeit ihrer Überzeugung wecken muß." Bei anderer Gelegenheit äußerte er sein Urteil über die neuen Regierungsparteien, die heute als „Mehrheit" auf dem deutschen Volke lasten und ihm als Block den Weg zum Aufstieg versperren wollen: „Wenn diese Parteien der Regierung nicht entgegentreten, so würde das schon beunruhigend sein für unsere Auffassung der Aufgaben der Reichsleitung; wenn sie ihr aber enthusiastisch Beifall zollen, so ziehen wir daraus den Schluß nicht, daß diese Parteien ihre Stellung patriotisch reformiert haben, sondern daß sie sich mit der Hoffnung schmeicheln, das Verhalten der Regierung sei für ihre Zwecke mindestens nicht nachteilig, daß sie eben abwarten, inwieweit ihre Geschäfte ohne ihr Zutun durch andere besorgt werden," sie „benutzen mit Klugheit und Disziplin ihre Duldung als parlamentarische Stützen des Neuen Kurses," nur um ihre Parteiziele zu erreichen. Das alles könnte heute geschrieben sein.

Aus der Gegensätzlichkeit der politischen Grundsätze mußte naturnotwendig die Gegensätzlichkeit im Erreichten sowohl in der äußeren als in der inneren Politik sich ergeben. Denn wie überall, so entspricht auch in der Politik die Ernte der Aussaat. Zudem ist die amtliche Politik seit 1890 eine Kette großer Selbsttäuschungen, insbesondere gilt dies für die Kriegspolitik. Es ist nach alledem nur natürlich und erklärlich, daß durchweg das Gegenteil von dem erreicht wurde, was man erstrebte. Aus Distelsamen wachsen nun einmal keine Rosen, und Opium ist kein Kraftfutter, sondern Gift. Deshalb konnte das Aufhalten unserer Mobilmachung, das lebensgefährliche Zurückhalten unserer schärfsten Angriffsmittel auf das Risiko ihrer Entwertung hin und das fortgesetzte sich Entschuldigen und Friedenanbieten nur genau das Gegenteil von dem bewirken, was man auf Grund völlig falscher Einschätzung aller Verhältnisse damit erhoffte. Genau so in der inneren Politik: statt „Beruhigung", „innere Einigkeit", „Burgfrieden" mußten die Versprechungen der Neuorientierung, des gleichen Wahlrechts in Preußen usw. und die Selbstaufgabe konstitutionell-monarchischer Rechte durch Parlamentarisierung der Regierung eine stete Beunruhigung und eine fieberhafte Steigerung aller ungerechtfertigten und die Einigkeit zerstörenden Forderungen bringen. Die Payer, Friedberg und Genossen sind nicht innere Friedensbringer, sondern die lebendigen Vertreter der inneren Zersetzung des Staatsgefüges. Die Kriegspolitik des Herrn v. Bethmann und der Reichstagsmehrheit auf der einen Seite, und die Austrocknung der kgl. Staatsgewalt durch Parlamentarisierung auf der andern Seite ist das Ergebnis und die Krönung des Neuen Kurses. Wenn diese Entwicklung weiter geht, steht an ihrem Ende trotz aller Siege die Selbstvernichtung unseres deutschen Staatswesens und der Untergang unserer völkischen Idee.

Bismarck hat all das geahnt, gewußt. Heute erst wird uns die ganze furchtbare Tragik im Ende dieses größten Deutschen klar. Auch Hamanns neuerlicher Versuch, den Neuen Kurs zu rechtfertigen, kann nur das Gegenteil des Erstrebten erwirken. Es ist ein Versuch am untauglichen Objekt mit untauglichen Mitteln. Daß er gemacht worden ist, ist dem, der selbst mit auf der Anklagebank der Geschichte sitzt, nicht zu verübeln. Man muß Hamanns Buch gleichzeitig mit Hermann Hofmanns Bismarck 1890—1898 lesen! Das Wertvollste an Hamanns Veröffentlichung ist, daß wir aus ihr, zwischen den Zeilen, endlich volle Gewißheit darüber erhalten, warum Bismarck trotz aller Kränkungen und allen Undanks mit Energie an seinem Amte festhielt und mit heißem Eifer jede Verantwortung für seine Entfernung weit von sich abwies: er wußte, daß seine Entfernung den grundsätzlichen Wechsel nicht nur in der inneren, sondern auch in der auswärtigen Politik bedeuten sollte, daß vor allem die Erneuerung des deutschen Lebensversicherungsvertrages mit Rußland schlechthin an seine Person geknüpft war. Daß uns aber die von England betriebene Nichterneuerung dieses Vertrages schließlich das bringen mußte, was wir heute erleben, war dem nationalen Seher unmittelbare Gewißheit. Bismarcks Ende enthält in der Tat die größte Tragik der Weltgeschichte. Er war der nationale Erlöser seines heißgeliebten Volkes gewesen und mußte nun sehen, wie nicht nur nicht weitergearbeitet wurde mit den Kräften und den Methoden, die das Reich geschaffen und groß gemacht hatten, sondern wie Undankbarkeit und Verrat, Unfähigkeit und Schwäche eine Stütze nach der andern wegbrachen, auf die er und sein treuer Kaiser des Reiches und des Volkes Zukunft gestellt hatten. Hermann Hofmann berichtet von ihm: „Die Sorge um die Zukunft hat ihm schlaflose Nächte genug bereitet." Und erst heute begreifen wir ganz den erschütternden Jammer, den Bismarcks resigniertes Wort über die Unaufhaltsam-

keit der abwegigen Entwicklung in sich schließt: „Ich kann es nicht ändern; ich habe keine Macht mehr und erlebe auch das Ende nicht. Die Nachkommen müssen eben später sehen, wie sie fertig werden."

Jede historische Schuld aber muß entsühnt werden, wenn der Schuldige nicht schließlich unter ihr erliegen soll. Auch die Weltgeschichte, die man ja als das Weltgericht bezeichnet, hat ihr Sittengesetz. Nur ein entsühntes, ein schuldfreies Volk kann zur Höhe der Freiheit und des Glückes steigen.

Wir können uns nicht ganz der Auffassung anschließen, die einer unserer hervorragendsten nationalen Führer kürzlich äußerte: daß eine Entsühnung der ungeheuren Schuld an Bismarcks Verrat durch diesen Krieg bereits eingetreten sei, daß die Ströme des vergossenen Blutes den befleckten Schild der Deutschen wieder reingewaschen hätten. Denn ganz abgesehen davon, daß die hier beklagten Sünden bis in den Krieg hinein, bis heute fortgesetzt begangen, ja zum Teil gekrönt worden sind, liegen Fragen der Entsühnung menschlicher Schuld unseres Erachtens doch tiefer. Sie berühren die Innerlichkeit unseres Seins, sind Fragen der inneren Erneuerung. Ob aber diese für uns lebensnotwendige innere Erneuerung schon über einzelne Ansätze hinausgelangt ist, möchte bezweifelt werden. Noch immer läßt sich unser Volk von der alljüdischen Presse die Meinung, von alljüdischen Geschäftemachern seine Politik machen, noch immer begeht es in weiten Kreisen gehäufte Frevel der Undankbarkeit an den Großen seiner Zeit — ein Tirpitz ging den Weg Bismarcks und ist heute vogelfrei, Hindenburg und Ludendorff müssen sich von alljüdischen Frechlingen maßregeln lassen, ohne daß diese befürchten müssen, gelyncht zu werden, noch immer tönt uns aus dem vom deutschen Volke gewählten Reichstag das schamlos freche Schimpfwort der „Halbgötter" und „Götzenbilder" Hindenburg und Ludendorff entgegen, immer noch beherrschen ein Erzberger und Scheidemann die politische Lage, immer noch steht die Befriedigung parlamentarischen Ehrgeizes höher im Kurs als die nationale Pflichterfüllung, macht ödeste Parteitaktik die großen Dinge unserer großen Zeit zur Handelsware schmieriger Parteihausierer, immer noch gebietet die feige Scheu vor einem machtlüsternen Parlament der Stunde und zerstört mit verfassungsfälschenden Angstprodukten immer tiefer und unheilvoller die Bismarckschen Grundlagen unseres Staatsgefüges, immer noch steht die unselige Resolution vom 19. Juli 1917 als Rostflecken auf der deutschen Rüstung, noch immer schäumt der sich selbst entehrende Haß gegen die „Alldeutschen", d. h. gegen die nationale und völkische Idee über geifernde Lippen!

Gerade dieser Haß, diese wüste Hetze gegen die „Alldeutschen" ist ein verhängnisvolles Zeichen unserer Zeit. Denn was versteht man denn unter ihnen anderes als eben den Alten Kurs, die Seele unseres alten Kaisers und seines großen Kanzlers, die nicht sterben kann und nicht sterben darf, wenn Deutschland weiterleben will?! Aus der tiefen, instinktmäßigen Abneigung der Schwäche gegen die Stärke, der Untreue gegen die Treue, der sittlichen Trägheit gegen allen Bekennermut, der Lüge gegen die Wahrheit, der einst Bismarck zum Opfer fiel, quillt auch dieser Haß. Gewiß ist das, was gegen die Alldeutschen zusammengeschrieben wird, barer Unsinn. Aber mit Lachen und Achselzucken darüber wegzugehen, geht nicht an. Denn in Wahrheit handelt es sich um mehr, als um teils verlogene, teils alberne Angriffe auf eine politische Richtung. Jener Haß ehrt seinen Gegenstand, denn er trifft in ihm unsern alten Kaiser und Bismarck. Das heißt aber: er ist nichts anderes als die Fortsetzung des Verrats am Größten unseres Volkes! Es ist nicht von ungefähr, wenn einer unser neukurslichen Staatsmänner im vertrauten Kreise aus seinem Herzen keine Mörder-

grube machte und meinte: „Na, ja, Bismarck! Der war eben Alldeutscher."

Ehe nicht in alledem ein tiefgreifender Wandel von innen heraus eintritt, ehe beispielsweise nicht Blöcke, wie die Resolution vom Juli 1917, die sich ein blindes Volk in erneuter Verschuldung auf den Weg seiner Wiedergeburt und seines Aufstiegs gewälzt hat, ein für allemal beseitigt sind, wird trotz aller Blutströme und äußeren Opfer weder von seiner Entschuldung, noch überhaupt von einer freien und frohen Zukunft gesprochen werden können. Ehe jenes nicht geschieht, wird unser Volk die Last weiterschleppen, die auf ihm liegt, wird es sich im Faustischen Zauberkreise drehen, ohne aus ihm heraus zu können, ja, wird es sich immer tiefer in die historische Schuld verstricken, die es seit 1890 auf sich geladen hat.

Ohne innere Erneuerung in diesem Sinne keine Entsühnung! Ohne innere auch keine äußere Erneuerung! Treitschke sagt in seiner Deutschen Geschichte (I, S. 406): „Nichts unheimlicher im Leben der Völker als das langsame Nachwirken der historischen Schuld." Und an anderer Stelle (III, S. 685): „Die häßlichste aller deutschen Sünden ist die ungeheure Undankbarkeit der Nation!"

Gott bewahre unser Volk davor, daß es als politisches Ergebnis dieses Krieges eine neue große historische Schuld auf sich laden wollte, eine Schuld, die in alle Ewigkeit unsühnbar wäre! Dies geschähe, wenn es sich selbst zum undankbaren Verräter machen würde an dem vergossenen Blute seiner Helden, wenn es unter dem Banne der alljüdischen Lüge und Berechnung auf die Ernte verzichten wollte aus der eigenen Blutsaat, wenn es das, was jetzt im Westen unter Leiden und Opfern ohne Zahl erkämpft wird, unter den Zwang der unseligen und unwürdigen Resolution vom 19. Juli 1917 stellen und leichtsinnig und treulos verschleudern wollte. Es geschähe aber auch dann, wenn es sich unter artfremder Führung am alljüdischen Leitseil der „Neuorientierung" gedankenlos noch weiter, als es schon geschehen ist, den edelsten deutschen Bau, der je den vielgeprüften deutschen Völkern in ihrer leidvollen Geschichte eine uneinnehmbare Burg gewesen, zerstören lassen wollte: den stolzen und wetterfesten Staat Bismarcks.

Geschähe all dies, so hätte unser Volk seinen Bismarck und mit ihm die Großen unserer Zeit, seinen Hindenburg und Ludendorff, endgültig verraten. Dann aber wären wir trotz aller Siege verloren. Unser Volk wäre dann zur Spreu geworden auf der Tenne der Weltgeschichte, und deren eiserner Besen würde es wegfegen. Das gilt in Sonderheit auch für die Regierungen. Das Menetekel der Frau v. Staël gilt noch heute und heute mehr als je: „Nichts ist eine Zeitlang so angenehm als der Verfall einer Regierung, welche sie sei, denn ihre Schwäche gibt ihr den Anschein der Milde. **Aber der Sturz, der darauf folgt, ist schrecklich!**"

Entsühnung heißt politische Wiedergeburt! Politische Wiedergeburt aber heißt für uns Rückkehr zu den sträflich verlassenen Bahnen des größten Deutschen, unseres nationalen Erlösers und Sehers. Ohne Buße keine Gnade — das gilt auch gegenüber politischen Sünden!

# Ein Wort zur Erklärung der Zentrumspolitik.

Von Geh. Hofrat Prof. Dr. G. v. Below (Freiburg i. B.)

Der Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Münster Krückmann hat in einem vielbeachteten Artikel „Die weltgeschichtliche Verantwortung des Zentrums", der zuerst in der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz" Nr. 441 erschienen ist, die Hauptverantwortung für die unerfreulichen Dinge, die wir erlebt haben, erleben und vermutlich noch erleben werden, dem Zentrum zugewiesen. Den Kreis der unerfreulichen Dinge, von denen er spricht, können wir auch noch weiter fassen, als er es tut. All' die betrübenden und unerfreulichen Dinge, die mit dem System Bethmanns zusammenhängen, und das, was sich seit seinem Sturz auf der gleichen Linie fortbewegt, gehören dahin. Natürlich rechnen wir dazu besonders auch die ungeschickten (um einen milden Ausdruck zu gebrauchen) Friedensverhandlungen, die vom Dezember ab in Litauisch-Brest geführt worden sind, und die schwankende, unklare, ängstliche Haltung der Reichsregierung in der belgisch-vlämischen Frage. Von der Verantwortung schließt Krückmann selbstverständlich Bethmann und seine Helfershelfer nicht aus; er tadelt es gerade an Bethmann, daß er den politischen Schwerpunkt während des Kriegs immer mehr auf die Seite des Reichstags hat gleiten lassen. Aber eben weil sich Bethmann und die Leute, die sein „Werk" fortsetzen, der Verantwortung zugunsten des Reichstags entzogen haben, so muß man sich — meint K. — an die Reichstagsparteien halten. Von diesen sei auf die Sozialdemokratie (die zudem durch die Bethmannsche Angstpolitik noch ungünstig beeinflußt wurde) und die Volkspartei von vornherein nicht zu rechnen gewesen. Die Konservativen und die Nationalliberalen (diese wenigstens ganz überwiegend) seien zuverlässig, aber nicht stark genug. Das Zünglein an der Wage bildete das Zentrum: es konnte die Entscheidung zum Guten oder zum Schlechten geben; es hat tatsächlich versagt; es trägt demgemäß die Hauptverantwortung für das Unerfreuliche, das wir erleben. Wir würden zwar den Kreis der Verantwortung doch weiter ziehen: insbesondere hat die Erkenntnis, daß Bethmann für die Vertretung unseres Vaterlands nach außen unfähig sei, in den Reihen der Volkspartei keineswegs gefehlt; man hielt ihn jedoch und feiert ihn noch heute als historische Größe, weil er sich den „freisinnigen" Parteiinteressen dienstbar gemacht hat — die Partei über das Vaterland! Immerhin, eine schwere Verantwortung müssen wir dem Zentrum aufbürden.

Warum aber hat das Zentrum versagt? Eine oft gegebene Antwort lautet: weil ihm durch seinen kirchlichen Charakter eine internationale Richtung aufgeprägt, die freie nationale Betätigung versagt ist. Diese Formel ist jedoch zu einfach, verallgemeinert zu sehr gewisse Dinge. Man kann z. B. gegen jene Auffassung geltend machen, daß strenger Katholizismus die Zugehörigkeit zu ausgeprägt nationalen Parteien nicht ausschließt. In der konservativen und der freikonservativen Partei finden sich strenge Katholiken, die in nationaler Beziehung vollkommen ihren Mann stehen, die z. B. eifrige Anhänger der preußischen Polenpolitik aus dem Bewußtsein heraus sind, daß sie durch den Gesichtspunkt der Verteidigung des Deutschtums unbedingt verlangt wird. Im Zentrum selbst haben wir ganze Gruppen, die den deutschen Gesichtspunkten energisch Rechnung tragen. Es braucht nur an die Richtung der „Kölnischen Volkszeitung" erinnert zu werden. Um einige bemerkenswerte

Einzelheiten herauszugreifen, so spricht sich der Geschichtsprofessor Alois Meister im „Histor. Jahrbuch der Görres-Gesellschaft" über die deutschen Grenzziele ganz im Sinn des „Unabhängigen Ausschusses" aus (aus Anlaß einer Rezension über ein Werk, das über die Begründung des Deutschen Reichs handelt). Der Bonner Rechtshistoriker Beyerle ist einer der tätigsten Förderer der vlämischen Sache; in einem Vortrag in Berlin in der deutsch-vlämischen Gesellschaft bedauert er es, daß man sich vor dem Krieg so wenig um die Vlamen gekümmert habe, und hebt hervor, daß ein Verdienst um die Pflege solcher Beziehungen sich nur der Deutsche Schulverein und der Alldeutsche Verband erworben haben. Daß viele und hochangesehene Zentrumsmänner eifrige Mitglieder der Vaterlandspartei geworden sind, daß von Zentrumskreisen aus Erzberger heftig bekämpft wird, braucht nur kurz erwähnt zu werden. Gleichwohl bleibt die Tatsache bestehen, daß in der Zentrumspartei zum größeren Teil andere Stimmungen herrschen, daß es auch wiederum Abgeordnete des Zentrums gibt, die über die „Kölnische Volkszeitung" wegen ihrer deutschen Haltung ergrimmt sind. Verhält es sich also vielleicht doch so, daß sein kirchlicher Charakter das Zentrum hindert, sich den nationalen Forderungen im vollen Umfang zugänglich zu zeigen? Bis zu einem gewissen Grade werden wir anzuerkennen haben, daß hier ein Hindernis besteht. Der Protestantismus gewährt tatsächlich eine freiere, kräftigere Tätigkeit auf nationalem, eine unabhängigere auf politischem Gebiet als der Katholizismus[1]). Dennoch dürfen wir diesen Umstand nicht als ausschlaggebend oder zum mindesten nicht als allein ausschlaggebend für die Stellung des deutschen Zentrums in den nationalen Fragen ansehen. Darüber werden wir durch einen Blick auf die Verhältnisse in andern Staaten belehrt.

Ziehen wir die Stellung der streng katholischen Volkskreise in Frankreich und England in Betracht, so nehmen wir wahr, wie sie hier den allergrößten Wert darauf legen, sich in nationaler Beziehung von niemand übertreffen zu lassen. Über die Verbindung des Nationalgefühls mit dem Katholizismus in Polen brauchen wir kein Wort weiter zu sagen. Der Grund aber, warum der Katholizismus bei den Polen, Franzosen usw. sich national so ganz anders stellt, liegt auf der Hand: das Nationalgefühl macht sich hier so energisch geltend, daß der Katholizismus sich nicht glaubt behaupten zu können, wenn er sich nicht mit ihm durchtränkt.

Man führt oft die laue Haltung des Zentrums in Deutschland in großen staatlichen und nationalen Fragen auf den Kulturkampf zurück. Obgleich ich nie ein Freund des Kulturkampfs gewesen bin, so vermag ich doch jene Wirkung nicht auf seine Rechnung zu schreiben. Gerade wiederum der Blick auf Frankreich gibt uns die rechte Aufklärung. Wiewohl Frankreich in den letzten Jahrzehnten das klassische Land der Kirchenfeindschaft gewesen ist, hat die nationale Gesinnung der französischen Katholiken dadurch keine Minderung erfahren. Überdies liegt ja der deutsche Kulturkampf weit hinter uns. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse der katholischen Kirche in Deutschland so günstig wie kaum irgendwo gestaltet.

Wir gelangen also zu dem Resultat, daß der kirchliche Charakter des Zentrums zum mindesten nicht allein seine nationale Haltung bestimmt. Eine Erklärung für sie werden wir von vornherein darin zu suchen haben, daß das nationale Bewußtsein in Deutschland eben im allgemeinen schwächer ist. Aber wir werden noch mehr nach den einzelnen Umständen zu fragen haben. Es kommt namentlich darauf

[1]) Vgl. im Oktoberheft dieser Zeitschrift meinen Aufsatz „Das Reformationsjubiläum ein deutsches Fest", S. 590.

an, zu ermitteln, nach welchen andern politischen Gruppen das Zentrum sich richtet. Wenn es von sich aus kein festes Verhältnis zu den nationalen Angelegenheiten hat, so wird um so wichtiger die Frage sein, von wo aus es am stärksten national-politisch beeinflußt worden ist und wird. Hier ist nun von maßgebender Bedeutung die Tatsache, daß der größere Teil der deutschen Presse, namentlich die Mehrzahl der verbreitetsten Zeitungen, eine national nicht erfreuliche Haltung einnimmt. Man tut der „Frankfurter Zeitung" und dem „Berliner Tageblatt" kein Unrecht, wenn man hervorhebt, daß sie auf die nationalen Beziehungen weniger Gewicht legen, da sie ja selbst oft genug den besondern Wert der internationalen gegenüber den nationalen betonen. Es ist verständlich, daß diese sehr verbreiteten Zeitungen und die großen Gruppen der von ihnen abhängigen oder ihnen verwandten Blätter das politische Urteil und die nationale Stimmung in Deutschland in hohem Maß beeinflußt haben, wie sie ja — leider! — auch im Ausland die Vorstellungen, die man sich dort von uns macht, entscheidend bestimmen. Es handelt sich hier um das oft beklagte Mißverhältnis, daß der verbreitetste Teil unserer Presse lebhaftem deutschen Empfinden kühl, ja, man wird nicht übertreiben, wenn man sagt: in weitem Umfang ablehnend gegenübersteht.

Starken Einfluß übt diese Presse begreiflicherweise auf solche Kreise aus, die nicht von sich aus ein festes Verhältnis zu den nationalen Fragen besitzen. So ist es denn sehr verständlich, daß das Zentrum, welches verhältnismäßig neutral in nationaler Beziehung in die Politik eintrat, sich dem Einfluß jener Presse zugänglich zeigte. Die demokratische Presse war die lauteste; was Wunder, wenn das Zentrum auf solche Töne hörte! Es kam hinzu, daß lange Zeit hindurch und gerade in der Zeit der Bildung des Zentrums eine fast abergläubische Verehrung bestimmter „freiheitlicher" Verfassungsformen bestand, und daß der als minderwertig galt, der sich nicht ganz zu ihnen bekannte. Durch ein möglichst radikales Bekenntnis zu ihnen hoffte der Katholik, der wegen seiner „rückständigen" kirchlichen Anschauungen geschmäht wurde, die Anerkennung als „moderner Mensch" zu erringen, wie er denn auch einiges tatsächlich auf diesem Wege erreichte. Noch heute spielt dieses Motiv eine starke Rolle oder, richtiger gesagt, es spielt von neuem, dargestellt vor allem in der Richtung Erzberger, eine große Rolle, nachdem inzwischen eine Zeitlang unter der Wirkung und Nachwirkung der Persönlichkeit und Politik Bismarcks eine andere Schätzung der Staatseinrichtungen vorgewaltet hatte. Wir erleben heute eine Reaktion gegen die durch den großen Kanzler begründete gesunde Staatsauffassung auf mannigfache Weise.

Besonders stark hat die „Frankfurter Zeitung" die Zentrumskreise beeinflußt, und zwar wurde ein Verhältnis, das man fast Bündnis nennen kann, in der Zeit des Kulturkampfes begründet[1]). Obwohl die Frankfurterin für die idealen kirchlichen Gedanken des Zentrums gar nichts übrig hatte, gewann sie doch dessen Gunst durch ihren heftigen Krieg gegen den Kulturkampf. Für die nationalen Gesichtspunkte, die Bismarck zum Kulturkampf bestimmt hatten (wie etwa die polnische Gefahr), hatte sie nichts übrig. Sie suchte den Schwerpunkt ihrer politischen Haltung vielmehr in dem Kampf gegen Preußen und gegen die Anforderungen eines starken Nationalstaats. Mit einer solchen Polemik aber konnte sie gerade in den Zentrumskreisen, die von einem gewissen Verdacht gegen das „protestantische" Preußen und den die internationalen kirchlichen Bande zu zerreißen drohenden Nationalstaat

[1]) Vgl. hierzu den Aufsatz „Payer und Naumann als Historiker" in den „Grenzboten" vom 13. Juli 1910.

erfüllt waren, Eindruck machen, zumal die Frankfurterin eben den „preußischen" Kulturkampf ganz unmittelbar heftig bekämpfte. In jener Zeit wurde sie beim Zentrum wahrhaft beliebt und verdankt diesem Umstand einen beträchtlichen Teil ihrer Verbreitung.

Und das Organ, das sich so bei dem Zentrum einzuschmeicheln wußte, stand in den demokratischen und Freiheitsforderungen ja ganz auf der Höhe; es schien den Gipfel freiheitlicher Auffassung erreicht zu haben. Wenn das Zentrum sich gegen nationale und staatliche Forderungen ablehnend verhielt, so konnte es sich berufen auf die gleiche Auffassung in ganz „freisinnigen" Kreisen. Es hätte sich ja gegen die hohen Grundsätze „freiheitlicher" Auffassung versündigt, wenn es anders gehandelt hätte. Verwarf es aber alles, was Bismarck für einen starken Nationalstaat forderte, so empfing es die Märtyrerkrone des Kampfs für „Freiheit" und „Volksrechte".

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Lensch hat neulich in einer Auseinandersetzung mit mir das Wort gesprochen, jedes Land verdiene die Sozialdemokratie, die es hat. Ich habe darauf geantwortet (im „Tag" Nr. 26): gewiß; Art und Anschauungen der in Deutschland vorhandenen bürgerlichen Demokratie haben auf unsere Sozialdemokratie abgefärbt; wie dort so hier. Man könnte ähnlich sagen: jedes Land verdient dasjenige Zentrum, welches es hat. Gegenüber den Klagen über den Mangel an staatlichem und nationalem Gefühl beim Zentrum haben wir eben zu berücksichtigen, daß es unter dem Einfluß unserer wahrhaft nicht mit einem Überfluß von nationalem Gefühl gesegneten Demokratie aufgewachsen ist, daß ihm gewisse Anschauungen von Organen wie der „Frankfurter Zeitung" beigebracht sind. Lehrreich ist hier wiederum der Blick auf Frankreich: dort nehmen die katholischen Kreise und ebenso die Sozialdemokratie eine viel mehr nationale Haltung ein, weil eben die französische Demokratie streng national gesinnt ist.

Einen indirekten Beleg für die vorstehenden Sätze liefert uns der Umstand, daß diejenigen Zentrumskreise, die unter dem Einfluß konservativer Anschauungen und Überlieferungen gestanden haben oder stehen, sich den nationalen und staatlichen Forderungen viel zugänglicher zeigen. Wenn wir heute einen Gegensatz zwischen Hertling und einem Erzberger wahrnehmen, wenn Hertling die Ausschweifungen Payers unangenehm empfindet, wenn er gegenüber der schrecklichen Reichstagsmehrheit das zu tun sucht, was die Staatsnotwendigkeit erfordert[1]), so haben wir es eben mit einem Zentrumsmann zu tun, der an seinen konservativen Überlieferungen festhält. Bekannt sind ja ferner die Auseinandersetzungen, welche konservativ gerichtete Zentrumspolitiker gerade in ernsten staatlichen und nationalen Fragen mit Erzberger in alter und neuer Zeit gehabt haben. Die konservativ gerichteten Zentrumskreise haben sich auch mit Begeisterung der Vaterlandspartei angeschlossen, während die andern ganz ebenso wie die Mehrzahl der Volksparteiler (unter Führung der „Frankf. Zeitung" und des „Berl. Tageblatts") und die meisten Sozialdemokraten sie schroff ablehnen — weil sie ihnen zu national ist. Kirchliche Bedenken brauchten sie wahrlich nicht von der Vaterlandspartei fernzuhalten. Würde unsere Demokratie ebenso national sein wie unsere Konservativen, so hätten wir ein ganz nationales Zentrum.

[1]) Ich will hier selbstverständlich kein abschließendes Urteil über Hertling als Reichskanzler fällen. Sein Bestreben ist unzweifelhaft, bei den unerfreulichen Verhältnissen, die Bethmann und die Reichstagsmehrheit geschaffen haben, in gewissen Fragen zu retten, was zu retten ist.

Das Wort konservativ gebrauche ich hier natürlich nicht im engern Parteisinn, sondern verwende es, um den vorhandenen Gegensatz gegen unsere stark international bestimmte Demokratie auszudrücken. Konservative Auffassung ist heute, im allgemeinen Sinn, die Bismarcksche Staatsauffassung.

Erzberger ist heute der Typus des von jener Demokratie beeinflußten und bestimmten Zentrumsmannes, des Zentrumspolitikers, der sich von den demokratischen Schlagworten imponieren läßt und von ihnen leben will. Er glaubt ganz wie ein Wald- und Wiesendemokrat ein großer Staatsmann zu sein, weil er so starke demokratische Reden hält. Mit einem außerordentlich hohen Maß von Eitelkeit ausgestattet, meint er auf der Höhe der Menschheit zu wandeln, wenn er wie ein Volksparteiler von der Art Payers oder Haußmanns oder ein Sozialdemokrat wie Scheidemann, Ledebour, Haase oder Cohn gegen die Vaterlandspartei, die „Alldeutschen", die „Annexionisten" eifert. Man muß sich immer gegenwärtig halten, daß er hinter diesen nicht zurückbleiben will. Sein Ideal ist eben immer der waschechte Demokrat.

Es ist aber wichtig, zu beobachten, daß Erzberger in jenen demokratischen Kreisen auch lebhaften Widerhall findet. Wie sehr spendete das „Berl. Tageblatt" ihm seinen Beifall, als er am 27. Februar im Reichstag „in die (wie es sich geschmackvoll ausdrückte) konservativ-alldeutsche Dunkelkammer so erbarmungslos hineinleuchtete." Nach der „Berliner Börsenzeitung" des linksnationalliberalen Abg. Legationsrat v. Richthofen wurde Herrn Erzberger (für seinen Kampf gegen die „Annexionisten"!) sogar „auch von den Bänken der Nationalliberalen stürmischer Beifall zuteil." Das ist ja die schlimmste Beleidigung der Nationalliberalen, die sich denken läßt; sie sollen als Ganzes hier Erzberger zugejubelt haben! Richthofen hat sich offenbar mit der ganzen Partei gleichgestellt[1]). Aber bezeichnend ist der Beifall, den Erzberger gefunden hat: er wird eben zu seiner unerfreulichen Haltung von der Demokratie förmlich erzogen.

Wie die konservativ gerichteten Kreise des Zentrums, so zeigen sich auch die wissenschaftlich gerichteten den nationalen und staatlichen Forderungen ganz anders zugänglich als die demokratischen. Jene beiden fallen übrigens im großen und ganzen zusammen. Begreiflich genug, da die deutschen politischen Wissenschaften und die Bismarcksche Politik parallel miteinander im wesentlichen zur Anerkennung der gleichen Tatsachen gelangt sind[2]). Dagegen bedeutet die neueste demokratische Welle eine unheilvolle Reaktion gegen die von der deutschen Wissenschaft gewonnenen Anschauungen. Sie will uns zwingen, an Formeln zu glauben, die von der deutschen Wissenschaft längst abgetan sind, wie die Formeln vom unbedingten Selbstbestimmungsrecht der Völker (das noch dazu in diesen Kreisen in der Regel gegen das Deutschtum ausgenutzt wird), von dem alleinigen Recht bestimmter demokratischer Verfassungsformen, von der bevorstehenden Abrüstung, schließlich auch pazifistische Formeln. In pazifistischen Gedanken bewegt sich Erzberger recht stark, und hier eben handelt es sich wiederum darum, daß er mit seinen Forderungen nicht zu sehr hinter der Demokratie zurückbleiben möchte. Für Abrüstung schwärmen namentlich diejenigen, die selbst mangelhaft gerüstet sind. Wenn aber ein Deutscher

[1]) Die Zeitungen haben zu der Rede Erzbergers treffliche Artikel gebracht, die viel Aufklärung enthalten, so z. B. die „Neue Preußische Zeitung" vom 28. Febr. (Nr. 108). Vgl. auch die wichtigen Feststellungen in Nr. 67 der „Süddeutschen Zeitung."

[2]) Ich habe diesen Gedanken in meinem Buch über die Deutsche Geschichtschreibung im 19. Jahrhundert (s. diese Zeitschrift, Februarheft S. 157) näher ausgeführt. Siehe ferner Burdach, Deutsche Renaissance, 2. Aufl., S. 64 („Die rückständige Weltanschauung der französischen Revolution") und S. 69.

dafür eintritt, so schädigt er sein Volk, das sich zu seiner Verteidigung seine starke Rüstung hat auferlegen müssen.

Im einzelnen kann man bei Erzberger darüber zweifelhaft sein, ob er mehr als Demokrat oder als Katholik oder — dieser Umstand spielt bei ihm persönlich ja stark mit — aus eitler Vielgeschäftigkeit dies oder das fordert. Die Papstnote[1]) ist bei der neuesten Haltung des Zentrums gewiß nicht auszuschalten. Aber auch für sie gilt es, daß der Boden durch die Demokratie für sie vorbereitet war. Bei Erzbergers Eingreifen in Litauen mögen wohl katholisch-polnische Sympathien stark mitwirken. Aber wenn er Belgien ganz preisgeben will und unsere deutschen Sicherungen in Rumänien beanstandet, so kommt man doch nur mit der Erklärung aus, daß er unter dem Einfluß demokratisch-völkerverbrüdernder Torheiten handelt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich beklagenswerterweise als Ganzes auf den Standpunkt der Entschließung vom 19. Juli gestellt. Sie trägt damit eine unendlich schwere Verantwortung. Die Männer, die sie dahin gebracht haben, sind gerade für das Zentrum Schädlinge. Sie rechnen auf den Beifall der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie und bedenken gar nicht, daß dieser Beifall etwas ganz Vorübergehendes ist, daß die Demokratie das Zentrum gern gebraucht, im nächsten Augenblick aber auch dem Hohn preisgibt. Das deutsche Volk aber wird den Erzberger und Genossen einmal fluchen, oder vielmehr: das Urteil steht schon heute fest. Und schon heute auch ist es klar, daß niemand dem Zentrum so sehr geschadet hat wie Erzberger. Diejenigen Zentrumskreise sind wahre Freunde des Zentrums, die Erzberger bekämpfen.

Für uns, die wir außerhalb des Zentrums stehen, ergibt sich aus dem Dargelegten unsere Stellung zu ihm auf einfache Weise. Wir schätzen die national gerichteten Kreise des Zentrums; wir können sie im Kampf für unser Volkstum nicht entbehren. Es ist ja in der Tat so, daß uns z. B. die „Kölnische Volkszeitung" heute eine Bundesgenossin nicht bloß gegen die unerfreulichen Richtungen im Zentrum, sondern auch gegen Zeitungen und Parteien ist, die gar nichts mit dem Zentrum zu tun haben. Natürlich bestreite ich nicht, daß es allgemeine Reibungsflächen mit dem Zentrum gibt, die sich auf undeutsch-demokratische Dinge nicht beziehen. Aber zurzeit ist der gebotene Kampf der gegen die undeutschen Bestandteile der Demokratie. Führen wir ihn mit Erfolg, so wird damit ganz von selbst auch die wünschenswerte Rückwirkung auf die Haltung des Zentrums ausgeübt werden.

[1]) Sehr lehrreiche Betrachtungen über die Friedensbotschaft des Papstes und ihre Begleiterscheinungen hat Rechtsanwalt Hompel (Münster i. W.) in der Deutschen Zeitung (vgl. namentlich Nr. 74) veröffentlicht. Mit Recht hebt er den schweren Kampf hervor, den die „Kölnische Volkszeitung" im Interesse der deutschen Sache zu führen hat. — Soeben hat F. Hussong in seiner Schrift über Erzberger (Berlin, Verlag von Steinmetz) einen lehrreichen Beitrag zur Geschichte des Zentrums geliefert. Er schildert das allmähliche Vordringen Erzbergers innerhalb der Partei und die dadurch eingetretene Verschlechterung ihrer Stellung. Er beklagt Erzbergers Treiben wie um des Vaterlands so auch um der Partei willen.

# Die Macht.

## Von Dr. Freiherrn v. Mackay.

Der Friedensschluß von Litauisch-Brest wird stets als ein eigentümlicher Markstein der Weltkriegsgeschichte gelten: nicht nur, weil er die Zertrümmerung eines Weltreiches in gewaltigen Schlägen besiegelte, sondern auch, weil er eine völlige Verschiebung der Machtschwebelage zwischen den Kriegführenden bedeutet. Der Erdrosselungsring um die Mittelmächte ist endgültig gebrochen, deren Sieg für alle, die nicht von Natur mattherzige Zweifler sind, sicherer und die Hohlheit all der Phrasen vom Verständigungsfrieden im Namen der „Weltdemokratie" klarer denn je. Der in der Festungsstadt am Bug unterzeichnete Staatsakt bedeutete einen Machtfrieden von reinstem Wasser; freie Bahn für eine gesunde, männlich aufrichtige deutsche Politik jenseits des Lügenmeers, mit dem Presse und Demagogenstaatsmänner des Vielverbands die Welt überschwemmt haben, eröffnet sich nochmals im Sinn der Heldenworte Ulrich von Huttens und des Bekenntnisses von seiner deutschen Ritterschaft und seinem Freiheitskrieg:

Umb Wahrheit ich ficht,
Niemand mich abricht;
Es brech oder gang,
Gots Geist mich bezwang!

Ebenso aber, mit solcher Bewußtwerdung des Rein-Menschlichen und Tragischen in der Prüfung, die wir zu bestehen haben, wird für jeden Nachdenklichen desto klarer, daß es sich bei der heutigen Entscheidung nicht nur um die Befreiung aus allen möglichen Verkettungen der Sorgen um einen lahmen und faulen Friedensschluß handelt, sondern zugleich um eine jener seelischen Krisen, die keinem bedeutenden Mann, noch weniger aber irgendeinem großen Volk erspart werden: da aus dem Saulus ein Paulus wird, da durch schweren Zwiespalt hindurch der innerlich Zweifelnde zu klarer Weltanschauung sich durchringt, da die Verschwommenheiten, Irrungen und Wirrungen des Täglich-Allzutäglichen sich verflüchtigen wie Gewölk vor der aufreißenden Gewalt strahlender Morgensonne, da der Mensch einsam auf starrem Gipfel steht, festen Grund unter den Füßen, allein sich verantwortlich fühlend, im Blick zum Urquell des Lichts sehend werdend.

Unsere Friedfertigkeit haben wir gewiß auch vor dem Krieg oft genug betont: so oft, daß die Reden zu ihrer Beteuerung schließlich nicht nur phrasenhaft klangen, sondern auch das Mißtrauen erweckten, das überall da rege ist, wo eine Wahrheit mit dem Flitter vieler Worte ins Schaufenster gestellt wird. Es schien, als ob wir mehr und mehr im Dunst der neuzeitlichen Friedensschwärmerei uns verlieren sollten, und von den Gefahren, in die wir auf solchem Nebelgang hineinsteuerten, war die größere vielleicht nicht einmal die, ans Narrenseil der diplomatischen Betrüger und Gaukler aus der Eduardschen Schule genommen zu werden, als die andere, daß nämlich gerade den besten Kennern deutschen Wesens und demgemäß unseren aufrichtigsten und in der Stunde der Prüfung zuverlässigsten Freunden dieser Kurs mit nur zu gutem Recht als unvereinbar mit den geschichtlichen Lebensbedingungen unserer Nation und der damit eng und unlöslich verwachsenen Charaktereigenart erschien. Wir, die wir in unserer rings umstellten und bedrohten europäischen Mittenlage uns offenbar nur als ein Block von Stahl, hart, kantig, undurchdringlich,

gegen alle unser Ich und dessen Daseinsgrundgesetze zersetzenden Säuren erhalten können, schienen zu Wachs zu werden, das, nachgiebig gegen fremden Druck, überall Beulen wirft und keinerlei feste Form mehr erkennen läßt. Wir beriefen uns wohl auf die philosophischen Schrittmacher und geistigen Begründer deutscher Weltsendung, aber immer nur, um die hohe Sittlichkeit, nicht die Machtgrundsätze unserer Politik ins Licht zu stellen. Übereifrige Liebdienerei scheute sich nicht, Nietzsches „Herrenmoral" vor dem Ausland als Ausgeburten eines kranken Hirns zu entschuldigen, statt den Goldblick der echtdeutschen Ideale voll packender Lebenswärme und plastischer Kraft, die der Künder von Ecce Germania! im dunklen Kulissenhintergrund seines sprunghaften Denkens deutlich hervorschimmern läßt, aus verworfenem Gestein freizuschlagen. Ja, den mannhaften Mahnworten eines Bernhardi mit ihrem reichen Born echt soldatischen gesunden Menschenverstandes und logischer Denkschärfe wurden halbamtliche, matte und keineswegs durch besondere Geistestiefe ausgezeichnete Abweisungen entgegengesetzt, die sich wie Entschuldigungen ausnahmen, und deren Leitmotive und Voraussetzungen sich überwiegend als irrig oder schief erwiesen haben.

Die europäischen Völker, welche die großen Festlandskriege des 19. Jahrhunderts durchgefochten haben, vor deren Augen standen einfältigstem Verstand begreifliche Kampfesursachen und Kriegsziele. Um der Welteroberungspläne eines Napoleons willen zu sterben, erschien dem Franzosen ebenso vernünftig und verdienstvoll wie dem Deutschen der Tod um der Befreiung vom Joch des Korsen und später um der Wiederaufrichtung der alten Reichsherrlichkeit willen. Das gegenwärtige Völkerringen zeigt, auf seine Wurzeln hin geprüft, weit mehr den Charakter eines mittelalterlichen Kabinettkriegs als, im Fichteschen Sinn, den eines „wahrhaften Kriegs nicht der Herrscherfamilien, sondern des Volks"; bei allen Aktenprüfungen tritt immer deutlicher die leidige Tatsache ins Licht, wie an Stelle der Brandstifterei höfischer Kamarillen lediglich das nicht minder dunkle und gefährliche Treiben verantwortlicher und unverantwortlicher politischer Drahtzieher mit ihrem Anhang von Spekulanten und Glücksrittern des dicken Geldsacks und der siebten Großmacht Presse getreten ist. Mit politischer Homiletik war gegen einen solchen Feind am wenigsten etwas anzufangen. Das Wort vom Verteidigungskrieg, den das von allen Seiten überfallene Deutschland führe, um sich seiner Haut zu erwehren, Haus und Hof, Ehre und Unabhängigkeit zu schützen, durfte gewiß beim Kriegsbeginn als ein der Lage der Dinge entsprechendes Feldgeschrei gelten, keineswegs aber in seiner rein negativen Art als Dauerspeise für ein herzhaftes Volk, dem Kraft die Losung des Lebens ist und das, gerade je mehr es erkannte, welchen Titanenkampf mit einer Welt voll Haß, Neid und Raubgier es durchzufechten hatte, desto heißeren Verlangens positive Zwecke seiner Aufopferung im Dienst des Vaterlandes vor Augen sehen wollte.

Wir haben viel Metaphysik, aber allzuwenig Physik der Politik getrieben, und das war ein doppelter Irrweg. Einmal weil, wenn irgendwo, so in der Politik, deren unmittelbare Zusammenhänge mit der Wissenschaft sehr fragwürdiger Art sind, deren Lebenselement vielmehr die freie, kraftbewußte Tat ist[1]), unabweislich das Übersinnliche nicht im Rahmen einer voraussetzungslosen Vernunftkritik verstanden werden kann. Sodann, weil eben die deutsche philosophische Wissenschaft die festen Grundlagen und Brückenpfeiler zu einer solchen tatsächlich fortschrittlichen und deutschem Denken angepaßten Lehre von den Staatszwecken und

[1]) Womit es zusammenhängen dürfte, daß auf dem Katheder sehr viel Schönes über Politik gelehrt wird, aber sehr wenig gute Politiker wachsen.

den besten Mitteln zu ihrer Verwirklichung begründet hat. Indem Leibniz, der Vorkämpfer der deutschen Aufklärung, an Stelle der toten, nur das Objekt der Bewegung bildenden Atome seine lebendigen Monaden als „vorstellende Kräfte" setzte, war er es zugleich, der in der deutschen Gedankenwelt das französische Substanzdogma, den britischen Materialismus und beider statische Mechanik durch die dynamische Kraft- und idealistische Tatidee umstürzte. Nichts ist törichter und sinnwidriger, als wenn Deutschland eben deshalb heute von London und Paris aus vorgeworfen wird, es habe auf der Stufenleiter von Leibniz bis Nietzsche schließlich die alten klassischen und humanistischen Ideale von Recht, Güte, Liebe, Weisheit der rohen Macht, der Kraft, dem Eigenwillen, dem Herrenehrgeiz untergeordnet. Ganz im Gegenteil! Es hat die flache französische Volksherrschaftlerei mit ihren Setzen einer voraussetzungslosen Gleichheit und Brüderlichkeit und ebenso den überheblichen und im Wesen despotischen britischen Auserwählungsglauben überwunden durch ein wahrhaft fortschrittliches Freiheitsideal, das in allen Einzelwesen, den persönlichen wie den völkischen, unveränderliche Werte schöpferischer und organisierender, sittlicher und geistiger Arbeitskraft anerkennt. Es hat in die Philosophie und Entwicklungsgeschichte der menschlichen Kultur erstmals den Begriff der Werktätigkeit eingeführt, gleichsam als einer Wünschelrute, welche die verdeckten Lebensquellen des Rechts und der Gesetze vernünftigen, harmonisch abgestuften und ausgewogenen Zusammenlebens der Nationen findet, deren subjektive Eigenkräfte ans Licht führt und so selbstgewissem Geistesleben, aufrechter Menschlichkeit und echtem Menschenglück eine Gasse bricht.

Die Nutzanwendung aus diesen Tatsachen auf das besondere Gebiet des Politischen ergibt sich ohne weiteres. Lorenz von Stein hat gelehrt: „Der Inhalt des Rechts ist kein Recht, und die Wissenschaft des Rechts ist keine Rechtswissenschaft, sondern eine Wissenschaft der Kräfte, welche diese erzeugen." Die Wahrheit leitet sich unmittelbar aus der Erkenntnis ab, daß es kein Recht ohne Macht gibt, die es deckt, es zur Anerkennung und Geltung bringt, daher denn auch das Völkerrecht des Rechtscharakters im juristischen Sinn ermangelt und gemeinhin nicht viel mehr Bedeutung als ein Gesellschaftsvertrag ohne Anerkennung einer richterlichen Instanz hat. Da anderseits die Politik, was nur zu vielfach vergessen oder absichtlich um eines gekünstelten Moralismus willen verschleiert wird, nichts ist als eine Auswirkung von Naturkräften, die durch den Daseinskampf, den Trieb der Selbsterhaltung und Ausdehnung ihres Einflußgebietes mit der gesamten organischen Welt in Wechselbeziehungen stehen, so ist klar, daß auch hier allein dieselbe Wissenschaft der Kräfte zu den Wurzeln der Machtfrage führt. Kein Ding läßt zu, daß da, wo es selbst ist, ein anderes sich hindrängt: aus der Tatsache leitet sich das Grundgesetz jeglichen menschlichen Seins in der Natur ab. Der Körper wächst oder verfällt; Stillstand ist ihm nicht nur Rückschritt, sondern Unmöglichkeit. Er duldet nicht allein keinen anderen Körper an seiner Stelle, er strebt, alles um ihn her zu verdrängen: er verhält sich schlechthin feindselig zu seiner Umgebung. Das gleiche gilt aber von jedem organischen Wesen und dem, was aus ihm hervorgeht: für jegliches Gebilde mit geistigen und moralischen Interessen, jedem Staat, der zu wachsen und sich zu entwickeln strebt. Das ist der Granitsockel, auf dem das Heraklitische Wort steht: Der Krieg ist der Vater aller Dinge, das die Norm, aus der Ratzenhofer, der geniale Generalstabschef, Philosoph und Vorläufer Bernhardis, sein Gesetz von der „absoluten Feindseligkeit" aller Persönlichkeiten untereinander ableitet: nur dadurch, daß wir in jeder Einzelpersönlichkeit einen ursprünglichen Gegensatz

zur andern voraussetzten, vermöchten wir den Kampf um das Dasein und das Wesen der Politik zu erklären. Selbstverständlich ist damit nicht das Bestehen von Interessen- und Zweckgemeinschaften geleugnet, welche mildernd und versöhnend auf dieses Ringen wirken. Wie wichtig es aber ist, sich stets vor Augen zu halten, daß diese die Schärfen des Feindseligkeitsprinzips abschleifenden gesellschaftlichen Strebungen nicht verursachende Kräfte sind, die ihren Bestand in sich haben, sondern eben nur Gegenwirkungen und Rückstöße des Zersetzungsprozesses, in dem die Säure des Feindseligkeitsprinzips chemisch sich auswirkt, möge hier nur an einem Beispiel genauer nachgewiesen werden. Die physikalische Energie eines Körpers ist entweder kinetische, d. h. Bewegungsenergie, oder potentielle, d. h. Energie der Lage oder Anordnung. Demgemäß läßt sich zwischen einem schwebenden (labilen) und einem eigenständigen (stabilen) Gleichgewicht unterscheiden. Jenes beruht auf einer zeitweiligen Bindung von Bewegungskräften derart, daß sie in einer jederzeit durch äußerliche Einflüsse umzustoßenden Kipplage sich befinden, dieses ist abhängig von einer Anordnungskraft, die durch ihre Selbstsicherheit, ihr Gewicht und die potentielle Überlegenheit die Kräfte um sich her in eine dauernde harmonische Ruhe zwingt. Das europäische Gleichgewicht, wie es England erstrebte und, mit der einzigen Ausnahme der Glanztage des Dreibundes, da Deutschland „Präsident von Europa" im Carlyleschen Sinne war, herzustellen verstand, hat stets ausgesprochen den Charakter einer solchen Kipplage gehabt, bei der London die Zunge an der Wage bildete und, ohne selbst über irgendwelche ins Gewicht fallende militärische Gewalt zu verfügen, kraft des Nimbus seines Machtgebots über Woge und schwimmende Ware die eine oder andere Schale zu senken vermochte, wie es seinen jeweiligen Interessen entsprach. Entgegen diesem System, das notwendig und seiner Natur nach ein Erreger ständiger verhaltener oder gewaltsam sich entladender Kriegskrisen ist, erscheint es als die Aufgabe des Vierbundes, ein Gleichgewicht der Ruhe, des Kräfteausgleichs und friedlicher Einordnung im europäisch-orientalischen Weltraum zu begründen. Man erkennt nun aber sofort, daß eine solche lediglich auf statischen Gesetzen aufgebaute Ordnung wiederum, weil unvereinbar mit jenen Gesetzen der Körperbewegung und -verdrängung, widerspruchsvoll in sich und daher unhaltbar wäre. Eine wirkliche Lösung der Frage ergibt sich auch hier erst aus der Anwendung des Kraftprinzips, d. h. aus dem Ersatz des statischen durch ein dynamisches Gleichgewicht. Mit andern Worten: es muß, im Gegensatz zur starren Unbeweglichkeit der gegenstrebigen Teile, wie sie jenes voraussetzt, eine lebendig organische Ordnung derart erstrebt werden, daß jeder Teil in das Ganze, entsprechend seinen Eigenschaften und gemäß seinem natürlichen Veränderungsdrang, sich beweglich einfügt. Denn alle sogenannte Freiheit, die auf mechanische und äußerliche Gleichmacherei hinausläuft, widerspricht deutschem Wesen und deutscher Weltanschauung genau so wie jene aus der Zeit der heiligen Ligen stammende Gleichgewichtspolitik alten Stils mit ihrer Schablonisierung der Rechte der Nationen und der Unterwerfung des Selbstbehauptungswillens unter ein äußerliches Zwangsgesetz.

Das Kennzeichen des so gedachten Harmoniensystems ist also wiederum nicht ein Gleichheitsschema, sondern die Verteilung von Kräften in ein ihrer Natur entsprechendes Bett nach strengen Über- und Einordnungsgesetzen, d. h. nicht die Gleichordnung des Kleinen zum Großen, sondern die Rangordnung des Großen über das Kleine, die Ehrung des Charakter- und Hoheitsvollen, des aristokratischen Gesetzes, zu dem, im Gegensatz zum Romanen, der für eine

Schönheit des Gleichklingenden schlechthin bis zur Leere und Kälte schwärmt, alles Deutsche hinstrebt. So auch Goethe, der am Ende des Faust nicht das Harmonische, sondern das Gewaltige preist und ohne irgendwelche tadelnde Kritik unumwunden erklärt, „der Handelnde sei immer gewissenlos, und niemand habe Gewissen außer dem Betrachtenden." Große, in die Ewigkeit hinaufragende Schöpfungen erstehen eben allein durch eine Vereinigung von Dämon und Genie, das die Gesetze des Handelns nicht aus dem landläufigen Recht, der Zwangsmoral, sondern aus der eigenen Natur seines ethischen Wesens, der freien Moral, ableitet. Liebe ist der Wille zum All, der Drang der Hingabe an das wirre und doch gedankentiefe Spiel der Natur, das Ausströmen des gestaltenden Ichs in die Untergründe des Unbewußten, das Titanische aber ist der Wille zum Ich, die Aufrichtung der Gesetze des Geschehens aus eigener Kraft, so zwar, daß der Gesetzgeber das Auswahlprinzip der Menschheit um ihn wird, sie an sich zieht, und doch zugleich über sie zeitlich und räumlich hinausgreift und hinauswirkt. Kein anderer Wille aber kann wirksam und fruchtbar sein in der Politik, in der nicht Tugend, auch nicht Geist, sondern der Charakter entscheidet, wo die Not die Entschlüsse erzwingt, wo zum Vaterlandsverräter gestempelt wird, wer nicht die Gelegenheit beim Schopf ergreift, wie sie kommt, wo Hohn und Verachtung dem Besten im Nacken sitzt, der nicht den Erfolg auf seiner Seite hat und wo nach den Gesetzen tragischen Kampfes der Vorteil immer nur dem zur Seite bleibt, der im Ringen auf Leben und Tod jenes weniger liebt und diesen geringer achtet als der Gegner. Wie kein Mensch vor dem höchsten Richter bestehen wird, der die Jenseitshoffnungen um der Diesseitsbequemlichkeiten willen opfert, so kein Staatsmann vor der Richterin Geschichte, der die Zukunftshoffnungen seiner Nation um der Friedensgemächlichkeiten willen preisgibt. Das also sind die Weltanschauungsgrundformen, die es der Hetze des Feindes entgegenzusetzen gegolten hätte. Ob sie in dessen Lager oder bei den Neutralen gewirkt hätten, konnte dabei die geringste Sorge bleiben: es genügte das Vertrauen: Magna est vis veritas et praevalebit. Die Hauptsache war, dem deutschen Volk selbst ein seiner Denkart gemäßes Wahrzeichen aufzurichten, das es geistig und seelisch in der Gesamtheit genau so anzog und auf selbstgebahnten Wegen vorwärts riß, wie seine waffenfähige Mannschaft bei der Kriegserklärung der Führung des Feldherrnstabs folgte. Von einer solchen Lenkung war und blieb aber bis heute wenig zu spüren. Regierung und Reichsmehrheit schlugen in die Kerbe der Ententeimpresarios ein und gaben ihre zum mindesten sehr zweideutigen Erklärungen über den Verständigungsfrieden, den Verzicht auf „gewaltsame" Gebietserwerbung und Kriegskosteneintreibung ab. Ein falscher Anschlag bringt hundert andere Töne gleichen Charakters zum Anklingen. So sahen sich die Geschäftsträger der Mittelmächte schließlich in Litauisch-Brest gezwungen, das Schlagwort vom völkischen Selbstbestimmungsrecht aufzunehmen und mußten doch notwendig den Begriff in einer Weise ausdehnen, der sich von der Auffassung der Gegner wie Feuer vom Wasser scheidet. Denn im Grunde erscheint es jedem, der nicht willenlos am Narrenseil des Kriegsphrasenschwindels geht, lediglich als ein beschämendes Zeichen der Zeit, der Folgen der durch die Pressehetze angerichteten allgemeinen Sinnesverwirrung, wenn die Ententestaatsmänner es überhaupt wagen dürfen, mit derlei Fledderwischen als heldische Kämpfer für Freiheit und Recht sich ins Schaufenster zu stellen. Wenn jedes Volk, richtiger gesagt, jeder Volkssplitter, der nationale Rechte für sich in Anspruch nimmt, frei über seine Abhängigkeit oder Unabhängigkeit bestimmen soll, so handelt es sich offenbar um keine geringere Schildbürgerei, als wenn im ein-

zelnen Staat jeder Bürger die Befugnis haben sollte, über sein Verhältnis zur Staatsordnung nach eigenem Gutdünken zu beschließen. Wird das Selbstbestimmungsprinzip als Gerechtigkeit ausgegeben, so gilt demgegenüber, wenn irgendwo, das Römerwort: Summum ius, summa iniuria. Es stellt geradezu eine Prämie für ruchlosen Überfall einer friedliebenden Macht durch böswillige Nachbarn und deren dienstwillige Satelliten aus; ist der niederträchtig Angegriffene der Sieger, so können sich die Besiegten, statt die gerechte Strafe auf sich zu nehmen, kurzerhand durch Volksabstimmung für Treulosigkeit, Bundesbruch, Raub und Diebstahl eine Belohnung sichern. Just vor 20 Jahren schrieb Fontane in seinen Briefen an Morris: „Die größte Gefahr *scheint* Rußland; ich glaube, die größte Gefahr *ist* Amerika." Deutschland erkennt heute die gleiche Schwere beider Bedrohungen. Im Osten der Sozialismus, nach dem Zusammenbruch aller Schranken geschichtlicher Staatsordnung in furchtbarster Verwilderung sich austobend, im Westen sein Halbbruder, der Kapitalismus, der überall seine plumpen Polypensaugfüße ansetzt, um das Blut aus kräftigen, selbständigen Volkswirtschaften auszusaugen, dem im gegenwärtigen Krieg Heldentum das gewöhnlichste Ding der Welt, das Großartigste daran und das Ungewöhnlichste die Geschäftsorganisierung ist, der die Welt im Geist der goldenen Internationale zu säkularisieren und sie unter die Aufsicht der Geldsackgewalt zu stellen sich anschickt. Deutschlands hoheitsvolle Aufgabe, das eigene Volk und die ganze Welt vor solchem Helotentum und solcher Zerrüttung der Gesittungsgrundlagen zu schützen, das ist ein jedem Bauern und jedem nicht von doktrinärem Dunst befangenen Arbeiter einleuchtendes Kriegsziel.

„Größe ist," meint Jakob Burckhardt, „was wir nicht sind." Den Durchschnittsmenschen schaut sie an wie ein Mysterium. Sie ist, möchte man sagen, überzeitlich und überpersönlich. Sie ist nicht die gehorsame Dienerin und Mitbürgerin ihrer Gegenwart, sie hat ihren archimedischen Angelpunkt und Standgrund außerhalb der kleinen Nöte und Sorgen des Tages. Sie schöpft aus den Mineralquellen des Urgesteins, das die Geistesgeschichte grauer Vergangenheit bildete, und sie wirkt hinaus in die Zukunft, die unter ihrem magischen Bann und Machtgebot steht. Ihr Merkmal ist die Einzigkeit. Das Wort, kein Mensch sei unersetzlich, ist eine Weisheit vom Markt der Phrasen, wo die kleinen Streber und Krämer ihre Einkäufe besorgen. Sie jagen dem Großen nach, um selbst Größe zu erlangen, und sie verkennen damit eben dessen Wesen, das Unvorbildliche. Sie sind wie das Volk Israel, das Christus in Scharen folgte, wenn er „vom Berge kam", aber nicht mit ihm auf den Berg stieg. Der Größe Lebenspuls ist Energie in des Wortes eigentlichster Bedeutung, d. h. Innenkraft, die sich vom Typischen loslöst und zur Individualität drängt. Sie wirkt so als unruhevoller Gärkeim heißer Reibungen, spitzer Zersetzungen und Krisenbildungen und strebt über diesen Alltagshader der Ichsucht hinaus ins Allgemeine. Sie umfaßt das ganze Volk ihres Heimatbodens und strahlt aus dessen Brennpunkt über die Kultur, die Lebensgründe aller Welt. Sie ist der Tröster der Menschheit, die sie in leidvollen Zeiten tragischer Schicksalsprüfung durch die ungewöhnlichen Maßstäbe ihres Wesens und Wirkens wieder aufrichtet und sie von den Fesseln des Irdisch-Allzuirdischen unabhängig macht. Die Masse der im Volk gebundenen bürgerlichen Einzelwesen ist der Seelengrundstimmung nach immer friedliebend, war es vor dem Krieg und wird und soll es immer sein. Wie aber jede Wirklichkeitsgestaltung einer Idee, so hat auch der Staat höheres Daseinsrecht nur als ein Überpersönliches, als Verneinung des Ichsüchtig-Gewöhnlichen und als Schwungkraft, die den einzelnen aus den Alltagsnöten

und -sorgen zu den Gipfeln höherer Weltanschauungsformen emporreißt. Die Staatsnotwendigkeit allein ist es daher, die den Krieg — unter Umständen auch einen Vorbeugungskrieg — rechtfertigt, und in der Überlegenheit des Staatswillens über den Volkswillen, in seiner das Kleinlich-Ängstliche und -Unbeständige überfliegenden, zum Reich des Ewigen und Göttlichen hinaufragenden Hoheit allein ist die unbeirrbare Flug- und Steuerkraft gegeben, die im Orkan des Krieges den Kurs bis zur endgültigen Entscheidung durchhält und zugleich die sittliche Widerstandskraft der nationalen Gesamtheit zum Ausharren in allen Nöten eines lang sich hinziehenden Ringens bis zum Äußersten zum Entflammen bringt, wo der letzte Würfelfall die größte Opferwilligkeit und Beharrlichkeit belohnt. In England, Frankreich, Italien sind es Demagogen, welche diese Hoheit des Staatswillens mißbrauchen und verfälschen, auf die Entfesselung der blinden Volksleidenschaften ausgehen: darin liegt die moralische Bürgschaft der Niederlage der Ententegenossenschaft. In Deutschland ist es umgekehrt das herrscherlich-adelige Prinzip, das nicht der Mehrheit das Würfelspiel zuweist, sondern auf die Einheit des nationalen Geisteslebens, seiner Pflicht- und Zuchtgesetze sich stützt im Sinn Fichtes, der die Nation als „eine Offenbarung des Ursprünglichen, des Göttlichen selbst" begriff, „an die sich alles Wirken der Menschen anschließen müsse." .... Unter der Zentrierung von Flugzeugen wird bekanntlich eine solche Auswiegung verstanden, welche die verschiedenen, beim Flug wirkenden Kräfte derartig ausgleicht, daß die Maschine durch äußere Einflüsse möglichst nur in ihrer angenommenen Richtung und jedenfalls ohne die Lage zur Ebene zu verändern, verschoben werden kann; derartig gebaute Flugzeuge sind außerordentlich stetig, aber auch nicht minder wendig. Das ist das Sinnbild der Staatskunst, die Deutschland voranführen soll: einer Politik, die durch fremde, feindliche oder scheinfreundliche Angriffe und Eingriffe sich nicht beirren läßt, die mit den Feindseligkeits-, Kraft- und Machtgesetzen der Natur wirkt, nicht außerhalb ihrer Wirksamkeit sich stellen zu können wähnt, die nicht friedliebender sein will, als es mit deren unbeugsamer Gewalt und der ungeschminkten Wahrheit der persönlichen wie nationalen Daseinsgrundbedingungen vereinbar ist, die Mut und Tapferkeit genug hat, aller Welt zum Trotz das selbstgewisse und unverfälschte Ich im Sinn des Goetheschen orphischen Beschwörungswortes entgegenzuhalten:

Bist alsobald und fort und fort gediehen,
Nach dem Gesetz, wonach du eingetreten.
So mußt du sein, du kannst dir nicht entfliehen,
So sagten schon Sybillen und Propheten;
Und keine Zeit und keine Macht zerstückelt
Geprägte Form, die lebend sich entwickelt.

## Ein deutscharischer Preßverein.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten ist es laut „Mitteilungen des deutschnationalen Vereins für Österreich" endlich gelungen, den „Deutscharischen Preßverein" (Sitz derzeitig Falkenau a. E.) ins Leben zu rufen. Zahlreiche Zuschriften aus allen Teilen Österreichs begrüßen diese Neugründung als dringendstes und hoffnungsvollstes völkisches Unternehmen. Es soll dem unsagbaren Preßelend im Lande ein Ende machen. Wer die rettungslose Verjudung der österreichischen, im besonderen der Wiener Presse kennt, weiß, welch große aber auch welch nötige Arbeit hier zu leisten ist, und wir begrüßen dieses völkische Unternehmen darum herzlichst und wünschen ihm sieghaften Erfolg im schweren Kampf. Hoffentlich nimmt sich Reichsdeutschland ein gutes Beispiel daran!

# Die Friedensbewegung und der Völkerbund.

Von Karl v. Stengel, Professor der Rechte.

## I.

Das Ziel der Friedensbewegung, des sog. Pazifismus, ist die Beseitigung des Krieges und die Herstellung eines dauernden Friedenszustandes unter allen zur völkerrechtlichen Gemeinschaft gehörigen Staaten und Völkern.

Zu diesem Zwecke sollen alle Staaten in einer „Weltföderation" — einem Weltstaatenbunde oder Weltbundesstaate — vereinigt werden, in dem gewaltsame Selbsthilfe, also vor allem der Krieg, unter den Bundesgliedern schon verfassungsmäßig ausgeschlossen wäre und etwaige Streitigkeiten unter ihnen ihre Erledigung durch Entscheidung eines Bundesgerichts zu finden hätten.

Um einer solchen „Weltföderation" den Weg zu bahnen, wurde zunächst der Abschluß eines Weltschiedsvertrags erstrebt, wie er auf der zweiten Friedenskonferenz vom J. 1907 vorgeschlagen war, d. h. eines Vertrags, inhaltlich dessen die zur völkerrechtlichen Gemeinschaft gehörigen Staaten sich verpflichten, etwa zwischen ihnen entstehende Streitigkeiten nicht im Wege gewaltsamer Selbsthilfe zum Austrage zu bringen, sondern einem ständigen Schiedsgerichtshofe zu unterbreiten.

Die Errichtung einer Weltföderation und auch der Abschluß eines Weltschiedsvertrags würde die Frage der Abrüstung, die selbstverständlich auch ein Ziel der Friedensbewegung ist, und die auch auf der ersten Friedenskonferenz eine so große Rolle spielte, gegenstandslos machen, oder ihr wenigstens ihre Bedeutung nehmen.

Man hätte meinen können, die Friedensbewegung wäre durch den Ausbruch des Weltkrieges, der deutlich zeigte, daß durch Friedenskonferenzen und Friedenskongresse kriegerische Zusammenstöße nicht verhütet werden können, zum Stillstande gebracht worden. Das war aber nicht der Fall, denn die Pazifisten haben auch während des Krieges eine lebhafte Tätigkeit entfaltet, ein Beweis, daß an fixen Ideen leidende Menschen durch Mißerfolge nicht sofort entmutigt werden.

Auffallend muß es aber erscheinen, daß die Friedensbewegung jetzt auch von den Regierungen unterstützt wird, und zwar auch von Regierungen die derselben früher sehr skeptisch gegenüber standen, wie dies bei der Reichsregierung der Fall war.

Nicht bloß für Abrüstung und schiedsgerichtliche Entscheidung internationaler Streitigkeiten treten die Regierungen ein, sondern vor allem für die Errichtung eines „Völkerbundes", also der von den Pazifisten angestrebten Weltföderation.

Zuerst hat Lord Grey, damals Minister des Auswärtigen, in einer am 23. Oktober 1916 bei einem Bankette gehaltenen Rede die Neutralen aufgefordert, zum Zwecke der zukünftigen Sicherung des Friedens einen Bund zu gründen, um weitere Kriege eventuell mit Gewalt zu verhindern.

Dies veranlaßte den Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 9. November 1916 im Hauptausschusse des Reichstags zu erklären, Deutschland sei bereit einem Völkerbunde beizutreten und sich sogar an dessen Spitze zu stellen, dessen Zweck es sei, in Zukunft Friedensstörer im Zaume zu halten.

In Übereinstimmung mit Grey sprach sich Wilson in seiner an den Senat gerichteten Botschaft vom Januar 1917 dahin aus, daß zum Zweck der künftigen Sicherung des Weltfriedens ein Friedensbund aller Nationen entstehen müsse, der sich als ein „Organ höherer Kraft über den Staaten" zu erweisen habe.

Diesen Gedanken hat Wilson bei verschiedenen Gelegenheiten wiederholt, namentlich in der Kundgebung vom 8. Januar 1918, wie sich auch Asquith für einen solchen Völkerbund ausgesprochen hat; daß auch Graf Czernin, der sich ganz unzweideutig zum Programm der Pazifisten bekannt hat, Anhänger der Idee eines Völkerbundes ist, ist selbstverständlich.

Ebenso hat der deutsche Reichstag in der famosen Friedensresolution vom 19. Juli 1917 sich bereit erklärt, „die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation tatkräftig zu fördern". Unter der internationalen Rechtsorganisation ist jedenfalls der vorgeschlagene Völkerbund zu verstehen. Schließlich hat auch Reichskanzler Graf Hertling in der Reichstagsrede vom 24. Januar ds. Js. erklärt, daß er dem Gedanken eines Völkerbundes sympathisch gegenüberstehe. Freilich hat er sich dabei sehr vorsichtig ausgedrückt, indem er sagte: „Wenn der vom Präsident Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und mit vollkommener Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung gerne bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, der Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerbundes beizutreten".

Vom Standpunkte der Auffassung aus, daß die gesamte Menschheit eine Einheit bildet, erscheint der Gedanke der Zusammenfassung aller zur Menschheit gehörigen Völker, oder doch wenigstens der zivilisierten Völker, in einer staatlichen Organisation sehr nahe liegend, wie es der universalen Richtung der katholischen Kirchen entspricht, daß sie alle Völker die Erde in einer einzigen religiösen Gemeinschaft zu vereinigen strebt. In diesem Sinne sagt Bluntschli (Die Lehre vom modernen Staat, 6. Aufl., Bd. I, S. 26ff.), daß die national beschränkten Staaten nur eine relative Wahrheit und Geltung hätten, der Denker könne in ihnen noch nicht die Erfüllung der höchsten Staatsidee erkennen. Der vollkommene Staat sei der körperlichen Menschheit gleich. Der Weltstaat und das Weltreich seien das Ideal der fortschreitenden Menschheit.

Diese Sätze klingen recht schön, nur ist dabei übersehen, daß die Menschheit trotz ihrer Einheit in eine Anzahl von Rassen und Völkern zerfällt, unter denen die größten Gegensätze bestehen, so daß schon aus diesem Grunde ein Weltreich, auch wenn man von demselben die wilden und halbzivilisierten Völker ausschließt, undenkbar ist, ganz abgesehen davon, daß man sich gar nicht vorstellen kann, wie ein derartiges gewaltiges staatliches Gebilde, auch wenn es nur die Form eines lockeren Staatenbundes haben würde, regiert und verwaltet werden soll.

Zum Beweise der Durchführbarkeit einer Weltföderation hat man mitunter darauf hingewiesen, daß, wie aus den ehemaligen englischen Kolonien in Nordamerika, aus den Kantonen der Schweiz und den wenigstens zeitweise vollkommen selbständigen deutschen Staaten Bundesstaaten entstanden sind, es auch möglich sein müsse, zunächst die europäischen Staaten, später aber auch die übrigen Mitglieder der völkerrechtlichen Gemeinschaft zu einer Weltföderation zu vereinigen.

Dabei ist jedoch der Kern der Sache übersehen. Die Bildung eines Bundesstaates oder Staatenbundes setzt nämlich voraus, daß die betreffenden Staaten durch nationale Zusammengehörigkeit, geographische Lage und politische und wirtschaftliche Interessen aufeinander angewiesen sind, so daß das Bundesverhältnis nur die rechtliche Form für die bereits tatsächlich vorhandene Gemeinschaft darstellt. In der Regel bot und bietet die Schaffung eines Bundesstaates aus verschiedenen zu derselben Nation gehörigen Einzelstaaten einen Ersatz dafür, daß es nicht möglich

war, dieselben zu einem Einheitsstaate zu vereinigen bzw. in einem solchen zusammen zu halten. Ein Vergleich zwischen dem italienischen Einheitsstaate und dem deutschen Bundesstaate beweist dies recht deutlich.

Wo nicht ausschließend oder doch vorwiegend nationale Gründe für die Schaffung eines Bundesstaates maßgebend sind, werden, wie bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, die betreffenden Staaten durch gemeinsame geschichtliche Entwicklung, geographische Lage und besondere politische Verhältnisse dauernd zusammengehalten.

Nun ist es ja richtig, daß die zur völkerrechtlichen Gemeinschaft gehörigen Staaten durch gemeinsame Interessen auf gewissen Gebieten, namentlich auf dem wirtschaftlichen Gebiete, verbunden sind und daß diese Gemeinsamkeit der Interessen eine gewisse, wenn auch sehr lose, die Anerkennung der Grundsätze der Souveränität der Staaten voraussetzende Organisation veranlaßt hat. Auf der anderen Seite sind aber, wie der Weltkrieg gezeigt hat, unter den Mitgliedern der völkerrechtlichen Gemeinschaft so tiefgehende Gegensätze vorhanden, daß eine über die jetzt bestehende lose Organisation hinausgehende Zusammenfassung der Mitglieder der völkerrechtlichen Gemeinschaft undenkbar erscheint.

Jeder Versuch, eine Weltföderation zu schaffen, wird diese Gegensätze in der schärfsten Weise hervortreten lassen.

Wenn es aber selbst gelingen sollte, einen „Völkerbund" in irgendwelcher Form zu schaffen, so wäre damit die Möglichkeit von kriegerischen Zusammenstößen unter den Mitgliedern dieses Bundes noch keineswegs beseitigt. Ganz abgesehen davon, daß jede Bundesexekution, die in jedem Bunde denkbar ist, schließlich zu einem Kriege unter den Bundesgliedern führen kann, so sind in keinem Bunde Sezessionsbestrebungen ausgeschlossen, die, wenn sie eine gewisse Stärke erlangt haben, mit Notwendigkeit zum Kriege führen, wie der Sonderbundskrieg in der Schweiz i. J. 1847, der nordamerikanische Sezessionskrieg in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts und der deutsche Krieg vom Jahre 1866 schlagend beweisen. Daß die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit kriegerischer Zusammenstöße bei einer Weltföderation viel größer sein würde als bei den erwähnten Föderationen, wird wohl niemand ernstlich bestreiten. Haben sich doch bereits die Vertreter der Idee des Völkerbundes dahin ausgesprochen, daß derselbe Zukunftskriege mit Gewalt verhindern solle, d. h. doch den Teufel durch Belzebub austreiben.

Daß es sich bei der von den Pazifisten angestrebten und jetzt von verschiedenen Staatsregierungen vertretenen Idee einer Weltföderation um einen utopistischen Vorschlag handelt, ergibt sich namentlich auch daraus, daß noch niemand versucht hat, darzulegen wie dieser Völkerbund eingerichtet werden soll, welche Zuständigkeit ihm beizulegen ist, welche Organe er haben soll, wie die Stellung der Mitglieder beschaffen sein soll usw., obwohl über diese Frage doch Klarheit herrschen muß. Mit den Wörtern „Weltföderation" oder „Völkerbund" ist ja an und für sich gar nichts gesagt.

## II.

Mag es aber mit der Verwirklichung der Ziele der Friedensbewegung stehen wie immer, so hatte schon bisher das deutsche Volk keinen Anlaß dieser Bewegung entgegenzukommen, da dieselbe für Deutschland geradezu gefährlich war und ist. Ebensowenig besteht ein Grund für Deutschland, auf diese Ideen in Zukunft einzugehen. In der schwierigen und unsicheren Lage, in der sich das Deutsche Reich, von allen Seiten von Feinden umgeben, befand, konnte dasselbe trotz der fast ein halbes Jahrhundert bewiesenen friedliebenden Gesinnung keine friedliche Politik im Sinne

der Pazifisten treiben. Deutschland konnte nicht seine starke Waffenrüstung ablegen und sich verpflichten, alle etwaigen Streitigkeiten mit andern Staaten schiedsrichterlich entscheiden zu lassen. Es hätte sich damit selbst aufgegeben. Das deutsche Volk mußte aber nicht bloß durch den Besitz eines starken Heeres und einer starken Flotte, sondern auch durch kriegerische Gesinnung gerüstet sein, d. h. es mußte den festen Willen haben, seine Stellung in der Welt, seine Rechte und seine Interessen gegen jedermann nötigenfalls mit den Waffen in der Hand zu verteidigen und zur Geltung zu bringen.

Eine solche Gesinnung wollen aber begreiflicherweise die sog. Friedensfreunde nicht, die sogar, um den kriegerischen Sinn im Volke im Keime zu ersticken, schon in der heranwachsenden Jugend für ihre unmännlichen Anschauungen Boden zu gewinnen bestrebt sind.

Dazu kommt noch, daß sich in der Friedensbewegung seit mehreren Jahrzehnten eine geradezu feindselige Richtung gegen Deutschland immer stärker geltend machte. In den pazifistischen Schriften und auf den Friedenskongressen wurde fortwährend das Deutsche Reich als der eigentliche Ruhestörer hingestellt, der der Herbeiführung des ewigen Friedens im Wege stehe und der durch seine fortwährenden Rüstungen die übrigen so friedlich gesinnten Staaten ebenfalls zu fortwährenden Rüstungen zwinge.

Auch auf den beiden Friedenskonferenzen und aus deren Anlaß trat eine durchaus feindselige Richtung gegen Deutschland zutage. Namentlich wurde die deutsche Regierung wegen ihrer ablehnenden Haltung in den Fragen der Abrüstung und des Weltschiedsvertrags von allen Anhängern der Friedensbewegung auf das heftigste angegriffen.

Der Weltkrieg hat freilich gezeigt, daß die namentlich auf der zweiten Friedenskonferenz so reichlich gebrauchten Redensarten von Friedensliebe, Gefühl der Solidarität unter den Mitgliedern der völkerrechtlichen Gemeinschaft, Gerechtigkeitssinn usw. jedenfalls bei vielen Teilnehmern der Konferenzen bewußter Schwindel waren und daß die Ententestaaten, während ihre Vertreter auf der Konferenz so schöne Worte machten, bereits die Einkreisung und Vernichtung Deutschlands planten und dabei die Friedenskonferenz nur als Deckmantel für ihre gegen Deutschland gerichtete Verschwörung benutzten.

Wer die Summe von Gemeinheit, Haß und Niedertracht gesehen hat, die unsere Feinde während des Weltkrieges und schon auch vor demselben gegen uns entwickelt haben, dem müssen die Redensarten der Friedensfreunde von Völkerverbrüderung, Friedensliebe usw. wie blutiger Hohn erscheinen.

Hätte vor dem Weltkriege die Friedensbewegung in Deutschland noch weiter um sich gegriffen, so bestand Gefahr, daß der kriegerische Sinn im deutschen Volk nachließ und selbst ein Stillstand in den deutschen Rüstungen eintrat, der bei dem doch unvermeidlichen Weltkriege geradezu verhängnisvoll gewesen wäre.

Glücklicherweise hat sich das Deutsche Reich trotz aller pazifistischen Redensarten und trotz der von den Friedensfreunden mit viel Lärm, aber ohne allen Erfolg angeregten Verständigungsversuche mit England und Frankreich nicht abhalten lassen, Heer und Flotte in schlagfertigem Zustand zu erhalten, obwohl es nicht immer leicht war, den Reichstag zur Bewilligung der hiezu erforderlichen Geldmittel zu bewegen, da nicht bloß die Sozialdemokraten gegen jede Verstärkung der Wehrkraft waren, sondern bekanntlich alle liberal und demokratisch gesinnten Parteien von jeher eine Abneigung gegen ein starkes Heer an den Tag legten, in der Besorgnis, eine auf ein starkes Heer sich stützende Regierung könne geneigt sein, übertriebenen demokratischen Forderungen entgegenzutreten und die sog. „Volksrechte" zu schmälern.

Daß es den Bemühungen der Pazifisten nicht gelungen war, den männlichen und kriegerischen Sinn im deutschen Volke zu ersticken, zeigte sich auch sofort bei Ausbruch des Weltkriegs. Das deutsche Volk nahm in germanischer Kampfeslust den hingeworfenen Handschuh auf und vollbrachte, vom Siegeswillen erfaßt, im Kriege Heldentaten, die zeigten, daß das jetzige Geschlecht der Deutschen seiner Vorfahren würdig ist.

Leider hat unter dem Einflusse der Pazifisten, der Sozialdemokraten und anderer pazifistisch gesinnter Parteien dieser Siegeswille bei einem Teile des deutschen Volkes und bedauerlicherweise auch bei der Reichsregierung, eine starke Abschwächung erfahren.

Entsprechend dem in dem pazifistischen Programme enthaltenen Satze: „Die Völker haben ein unveräußerliches und unverletzliches Recht auf Selbständigkeit und darauf, über sich selbst zu verfügen. Deshalb gibt es auch keinen Eroberungskrieg" — will man einen Frieden „ohne Annexionen und Kriegsentschädigung", erwärmt sich für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ohne zu wissen was darunter verstanden werden soll, schwärmt schon wieder für Völkerverbrüderung und Völkerverständigung und hält das Verlangen nach Abrüstung, schiedsrichterliche Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten und Schaffung eines Völkerbundes für berechtigt, obwohl es klar ist, daß alle diese pazifistischen Forderungen undurchführbar sind und außerdem auch ihre Spitze gegen Deutschland richten.

Bezüglich des Verlangens eines Friedens ohne Annexion und Entschädigung braucht in dieser Hinsicht hier wohl nichts gesagt zu werden.

Was aber die übrigen pazifistischen Forderungen anlangt, so mag zunächst die Erledigung aller internationalen Streitigkeiten durch Schiedsspruch besprochen werden.

Der Abschluß eines Weltschiedsvertrags ist allerdings auf der zweiten Friedenskonferenz gemacht worden, d. h. eines internationalen Vertrags, inhaltlich dessen, wie bereits erwähnt, sich alle zur völkerrechtlichen Gemeinschaft gehörigen Staaten verpflichten sollten, alle ihre etwaigen Streitigkeiten oder doch gewisse Arten von Streitigkeiten einem ständigen Schiedsgerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten.

Namentlich infolge des von Deutschland erhobenen Widerspruchs konnte jedoch über diesen Punkt keine Einigung erzielt werden, so daß sich die Konferenz damit begnügen mußte, die grundsätzliche Anerkennung der obligatorischen Schiedssprechung — im Gegensatze zur fakultativen — auszusprechen.

Gegen den Abschluß eines Weltschiedsvertrags sprechen auch die gewichtigsten Bedenken. Dieselben sind schon so oft hervorgehoben worden, daß es überflüssig ist dieselben ausführlich zu wiederholen.

Es wird genügen, darauf hinzuweisen, daß nur Rechtsstreitigkeiten nicht aber die in der Regel viel wichtigeren Interessenkonflikte einer schiedsrichterlichen Entscheidung unterstellt werden können, und daß dies auch nicht bei allen Rechtsstreitigkeiten der Fall ist. Kein Staat wird sich auf ein Schiedsverfahren einlassen, wenn es sich bei dem betreffenden Rechtsstreite um seine nationale Ehre und seine Lebensinteressen handelt. Mit Recht hat daher Feldmarschall Hindenburg gesagt: „Kein Volk mit einem Tropfen Mannesblut und Ehre in den Adern wird je sein Dasein und seine nationale Ehre einem schiedsrichterlichen Verfahren anderer Völker unterwerfen."

Nur nebenbei mag bemerkt werden, daß doch auch ein Schiedsspruch durch unparteiische Richter gefällt werden soll, daß es aber Deutschland unter Umständen recht schwer fallen könnte, unparteiische Schiedsrichter zu finden, nachdem die Entente die ganze Welt gegen das deutsche Volk aufgehetzt hat. Jedenfalls wäre es im

höchsten Grade gefährlich, wenn sich Deutschland verpflichten würde, alle seine Streitigkeiten mit andern Staaten schiedsrichterlich entscheiden zu lassen.

Besteht keine Aussicht, daß in Zukunft alle internationalen Streitigkeiten in der Regel friedlich und schiedlich beigelegt werden, so ist damit die Frage der Abrüstung bzw. der Beschränkung der Rüstungen von selbst erledigt. Kein Staat wird, wenn er mit der Möglichkeit kriegerischer Konflikte rechnen muß, zu einer Abrüstung schreiten, d. h. seine bewaffnete Macht auf den Stand einer zur Aufrechterhaltung der innern Sicherheit genügenden Polizeitruppe herabmindern, da das geradezu politischer Selbstmord wäre. Ebensowenig ist es möglich, den Staaten vorzuschreiben, wie groß ihre Waffenmacht zu Land und zur See sein darf. Ganz abgesehen davon, daß es schwer ist, für eine solche Minderung der Rüstungen einen für alle Staaten passenden Maßstab zu finden, besteht keine Sicherheit dafür, daß nicht einzelne Staaten die in dieser Beziehung etwa getroffenen internationalen Abmachungen in der einen oder andern Weise umgehen.

Die auf der ersten Friedenskonferenz über die Frage der Rüstungsbeschränkungen gepflogenen ausführlichen Verhandlungen haben deutlich genug gezeigt, daß alle darauf abzielenden Vorschläge undurchführbar sind.

Wenn jetzt wieder eine Vereinbarung über Abrüstung bzw. Rüstungsbeschränkung angeregt wird, so will man Deutschland, wenn es auf eine solche Vereinbarung eingehen sollte, wehrlos machen und auf diese Weise den „preußischen Militarismus" gründlich vernichten, während unsere Feinde ernstlich an eine Abrüstung gar nicht denken, zumal England im Besitze seiner Kolonialtruppen und Frankreich im Besitze seiner „schwarzen Armee" stets Mittel und Wege finden würden, Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen zu umgehen.

Anlangend schließlich die Aufrichtung eines Völkerbundes, der die Krönung des pazifistischen Gebäudes bilden soll, so macht es zunächst den Eindruck, als ob die angelsächsischen Staatsmänner den Vorschlag nur gemacht hätten in der Hoffnung, Deutschland werde denselben schroff ablehnen. Sie wären dann in der Lage gewesen, der Welt zu verkünden, daß Deutschland nach wie vor an seinen Weltbeherrschungsplänen festhalte und auch in Zukunft der Friedensstörer sein werde.

Betrachtet man aber den Vorschlag als ernst gemeint, so liegt es doch sehr nahe, daß die angelsächsischen Staatsmänner ihn nur gemacht haben, um durch einen solchen Völkerbund das bisherige Übergewicht der angelsächsischen Weltreiche in der völkerrechtlichen Gemeinschaft für alle Zeit aufrechtzuerhalten und Deutschland dauernd in seiner Entwicklung und Machtentfaltung zu hemmen.

Es ist wohl anzunehmen, daß auch die Reichsregierung diese Auffassung teilt, und daß dies die vorsichtige Art erklärt, in der sich Reichskanzler Graf Hertling über die Idee eines Völkerbundes ausgesprochen hat.

Ganz abgesehen von solchen Erwägungen muß es aber dem deutschen Volke schon sein Ehrgefühl verbieten, auf diese Ideen einzugehen. Niemand, der nur ein Gefühl von Selbstachtung hat, wird, wenn er von Räubern überfallen sich derselben erwehrt hat, ihnen sofort die Hand hinstrecken und Freundschaft mit ihnen schließen.

Ebensowenig kann das deutsche Volk seinen Feinden, die es überfallen haben, um es zu vernichten, erklären, daß es bereit sei mit ihnen einen Bund zu schließen, der die Idee der Völkerverbrüderung verwirklichen soll und jedenfalls nur auf Grund gegenseitiger Zuneigung und gegenseitigen Vertrauens wirksam werden kann, Gesinnungen, die das deutsche Volk seinen Feinden gegenüber unmöglich zu hegen in der Lage ist.

# Der Bolschewismus und Deutschlands Aufgaben im Osten.

Von Dr. H. Freiherrn v. Rosen.

Was sich im Laufe des letzten Jahres in Osteuropa abgespielt hat, der Zusammenbruch und völlige Zerfall eines mächtigen Weltreiches, das ist das ganz natürliche und durchaus logische Endergebnis einer widernatürlichen, nicht organischen und in sprunghaften Ausbrüchen sich vollziehenden Entwicklung des nach außen hin zügellos eroberungssüchtigen, innerpolitisch aber von radikalstem Doktrinarismus erfüllten Großrussentums. Als dieses Endergebnis, das in wenigen Monaten schließlich den größten Teil Rußlands in einen rauchenden, blutbesudelten Trümmerhaufen verwandelt hat, erscheint der sogenannte Bolschewismus oder Maximalismus, eine Anarchie, wie sie in gleicher räumlicher Ausdehnung und in gleicher barbarischer Wildheit die Weltgeschichte bisher noch nicht gesehen hat. Die Wurzeln dieser russischen Anarchie sind weitverzweigt und tiefgehend, sie reichen bis in die Vorgeschichte eines Volkes, das von jeher zu anarchischer Auflösung neigend, unfähig zu jeder Staatenbildung, erst durch landfremde germanische Fürsten eine staatliche Organisation erhielt. Der aus tatarisch-byzantinischen Einflüssen hervorgehende moskowitische Despotismus, die schrankenlose Willkür korrumpierter Beamten und die Leibeigenschaft haben dann weiter Jahrhunderte hindurch auf die russische Volksseele eingewirkt, sie der unerträglichen Wirklichkeit immer mehr entrückt und mit phantastischen Träumen von politischer und sozialer Glückseligkeit erfüllt, die nach einer allgemeinen Revolution sich sofort einstellen würde. Die Trägerin dieser Träume war vor allem die ganz doktrinäre, der realen Wirklichkeit vollständig entfremdete russische Intelligenz. Gerade die Kreise dieser Intelligenz, die heute am lautesten über das Treiben der Bolschewiki jammern und die Hände ringen, tragen in erster Linie die moralische Verantwortung für die jetzigen entsetzlichen Zustände. Denn sie haben mit ihrer sentimentalen „sozialen Trauer" über das Elend der trägen und trunksüchtigen Massen den Pöbel jahrzehntelang umschmeichelt, verhätschelt und seine rohe Begehrlichkeit bis zum äußersten aufgestachelt.

Was unter diesen Umständen schließlich kommen mußte, das sehen wir heute vor uns. Ein nach Millionen zählendes Lumpenproletariat, das mit Panzerautos, Maschinengewehren und Munition reichlich versehen ist, tyrannisiert die entwaffnete Mehrheit der Bevölkerung und durchzieht raubend, plündernd und sengend das unglückliche Land, das von der westlichen Front bis zum Ural buchstäblich in eine Wüstenei verwandelt ist. Mir liegt ein verzweifeltes, aus Tula vom Dezember 1917 datiertes Schreiben vor, nach dem in der gleichnamigen, in der Zone der Schwarzerde liegenden Provinz die furchtbarste Hungersnot herrscht, nicht allein alle Güter zerstört, sondern auch alle Wälder vernichtet und das Getreide auf den Feldern und in den Speichern verbrannt (!) worden ist. So sind in blinder Zerstörungswut in ganz Großrußland nicht allein die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie und der Handel vollständig vernichtet worden. Die kommerziellen Kreise Deutschlands, die in einem „Verzichtfrieden" Rußland mit Sammethandschuhen anfassen wollten und bis zuletzt von den wirtschaftlichen Beziehungen zu Großrußland phantasierten, haben es — wie es scheint — bis jetzt nicht begriffen, daß

solche Beziehungen vor einem Menschenalter kaum zu erwarten sind und auch später im Gegensatz zur Ukraine keine große Rolle spielen können.

Die Leiter der anarchistischen Bewegung, die Braunstein, Joffe, Apfelbaum usw., stehen durchaus auf internationalem Boden — das Schicksal Rußlands ist ihnen vollkommen gleichgültig. Daß die Verwirklichung ihrer demokratisch-kommunistischen Ziele durch die eben geschilderte Art der Vernichtung des Kapitals den Untergang Rußlands und den Hungertod seiner Arbeiterbevölkerung bedeuten muß, scheint diesen Herren nicht die geringste Sorge zu machen. Trotzky-Braunstein selbst, der übrigens aus einer jüdischen Familie in Deutschland stammt, hat während der Friedensverhandlungen ja kein Hehl daraus gemacht, daß sein einziges Ziel in der Erregung einer allgemeinen europäischen Revolution besteht. Er stützt sich in diesem Kampfe, der gegen den Kapitalismus der ganzen Welt gerichtet sein soll, auf die berüchtigten Roten Garden, die sich aus dem Abschaum der Bevölkerung, aus Vagabunden, entsprungenen Zuchthäuslern und Straßenräubern zusammensetzen. „Jede Regierung ist auf der Gewalt begründet" — es war der Jude Braunstein, der in Litauisch Brest dieses große Wort ganz gelassen aussprach. In welcher Weise aber diese Gewalt von der derzeitigen „Regierung" während des verflossenen, schreckensvollen Winters mißbraucht worden ist, das haben wir bisher jedenfalls nur zum geringsten Teil erfahren, denn es gibt in ganz Großrußland keine Stadt, die nicht mehr oder weniger vollständig ausgeraubt wurde. Über die in allen staatlichen und privaten Banken beschlagnahmten Gelder berichteten im Januar die Petersburger Volkskommissare in einer Art „Abrechnung", 20 Millionen Rubel seien zur Erregung von Ausständen und Revolten nach Deutschland und Österreich gegangen. Wir haben bisher vergeblich auf irgendeine Widerlegung dieser Behauptung von deutscher oder österreichischer Seite warten müssen!

Angesichts der geschilderten Sachlage mußten die in ihrer ganzen Kultur und Denkweise völlig anders gearteten Fremdvölker, von den ganz westeuropäisch orientierten Finnländern und Balten bis zu den der Rasse und dem Glauben nach den Großrussen am nächsten stehenden Ukrainern, natürlich alles daran setzen, um sich möglichst schnell und möglichst gründlich von diesem großrussischen Höllenpfuhl loszulösen. Hatte es sich bei diesen Völkern nach der Märzrevolution bei ihren Abtrennungsbestrebungen zum Teil zunächst nur um die Erhaltung ihrer völkischen Eigenart gehandelt, so kam für sie nach dem maximalistischen Umsturz im Herbst ihr ganzes *wirtschaftliches Dasein* in Frage, die große Gefahr, in den alles verschlingenden Abgrund der großrussischen Anarchie mit hineingerissen zu werden. Die auf eine nationale Selbständigkeit gerichteten Bestrebungen der Fremdvölker wurden zwar von der maximalistischen Regierung auch während der Verhandlungen in Litauisch Brest in der Theorie als berechtigt anerkannt, tatsächlich aber wurden sie in der rohesten und gewalttätigsten Weise unterdrückt. So wurde ein nationaler Kongreß der Weißruthenen in Minsk noch Anfang Januar mit Bajonetten aus dem Versammlungslokal getrieben, so wurde bald darauf auch die Konstituante in Petersburg mit Bajonetten und Maschinengewehren auseinander gejagt. Das ist die echt russische Art, sich zum Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen zu stellen. Es zeigt sich hier das verhängnisvolle Erbe des zarischen Absolutismus, die tief in der russischen Volksseele wurzelnde Neigung zum Despotismus, die jetzt unter der Herrschaft des Lumpenproletariats eine so unerhörte Tyrannei ausübt, wie keine Zarenherrschaft sie jemals gebracht hat.

Unter diesen Umständen haben die *Ukrainer* das einzig Richtige getan, das

ihnen Rettung bringen konnte, indem sie das Tischtuch zwischen sich und Großrußland endgültig zerschnitten und sich rückhaltlos den Mittelmächten anschlossen. Die ukrainische Frage, deren große Wichtigkeit für Mitteleuropa seinerzeit auch vom Staatssekretär Zimmermann richtig erkannt wurde, ist auch, soweit die deutsche Mithilfe dabei tätig war, in sehr erfreulicher und mustergültiger Weise gelöst worden; freilich haben auch hier die furchtbaren Greueltaten der großrussischen Bolschewiki in Kiew noch in letzter Zeit eine Grundlage geschaffen, welche der deutschen Diplomatie ihre Aufgabe ganz wesentlich erleichterte. Die wesentlichste Aufgabe der deutschen Politik ist hier deshalb auch für die Zukunft eine so überaus einfache und klare, weil die Interessen Deutschlands und der Ukraine sich in jeder Beziehung vollkommen decken und Reibungspunkte hier ganz ausgeschlossen sind. Denn eine politisch, militärisch und wirtschaftlich möglichst starke Ukraine liegt durchaus im Interesse Deutschlands und ganz Mitteleuropas und bildet zugleich die sicherste Friedensgarantie für den ganzen europäischen Osten. Bismarck hat wohl kaum geahnt, daß die glückliche Lösung des 300jährigen ukrainischen Problems, die er noch für eine Utopie erklärte, schon zwei Jahrzehnte nach seinem Tode verwirklicht werden würde.

Weit weniger erfreulich liegen bekanntlich die Dinge in Polen. Der Charakter und die politische Zerrissenheit des polnischen Volkes, die Schwierigkeit der ethnographischen Abgrenzung, die schon die vorläufige Entscheidung über das Cholmer Gebiet als einen Stich in ein Wespennest erscheinen ließ, machen die polnische Frage zur schwierigsten und verwickeltsten dieses Krieges. Wir sind nicht befugt, uns in dieser Frage hier auf Ratschläge und Prophezeiungen einzulassen, und können nach unserer Kenntnis der Polen nur hervorheben, daß ohne monarchische Verfassung und einen deutschen Fürsten hier wohl jede selbständige staatliche Daseinsmöglichkeit ausgeschlossen ist. — Das gleiche gilt auch von Litauen, das am 23. März ds. Js. vom Reichskanzler die Zusicherung der staatlichen Selbständigkeit erhielt. Hier wird neben der nötigen militärischen Sicherung des Deutschen Reiches die Aufgabe der deutschen Politik in Zukunft hauptsächlich darin bestehen müssen, den politischen und den sehr starken kulturellen Einfluß Polens nach Möglichkeit ganz auszuschalten und durch den deutschen zu ersetzen; aus diesem Grunde wäre eine selbständige Dynastie, wie sie von Erzberger empfohlen wird, da sich diese auf den polnischen Adel stützen müßte, eine große Gefahr für eine deutschfreundliche Entwickelung des Landes. Nur die Angliederung an einen der deutschen Bundesstaaten — am besten würde sich wohl Sachsen eignen — würde dem Lande eine selbständige litauische und gleichzeitig deutschfreundliche Zukunft sichern.

Die Beziehungen Deutschlands zu Finnland, dem Lande der tausend Seen und schwermütigen Volkslieder, Beziehungen, die in wirtschaftlicher Hinsicht schon seit längerer Zeit sehr rege waren, haben in diesem Kriege eine sehr große politische Bedeutung gewonnen. Da Finnland sich mit Deutschland niemals im Kriege befunden hat, die finnländischen Legionen sogar nur auf deutscher Seite gegen die Russen gekämpft haben, so war der kürzlich abgeschlossene deutsch-finnländische Friedensvertrag eigentlich kein solcher, sondern bildete wohl eher die Grundlage zu einem Bündnisvertrage. Ein solcher muß in Zukunft für Deutschland die allergrößte Bedeutung für seine Ostseegeltung gewinnen. Denn Finnland, dessen kernige und tatkräftige Bevölkerung sich sehr stark vermehrt, wird zweifellos die skandinavischen Nachbarstaaten bald überflügeln, auch militärisch ein leistungsfähiger Staat werden und sicher der treueste und zuverlässigste Bundesgenosse Deutschlands bleiben. Der Haß gegen Rußland wurzelt bei den Finnländern

seit Jahrzehnten tief, so daß er durch das entsetzliche Wüten der Bolschewiki in Finnland kaum noch gesteigert werden konnte.

Nur der schmale Finnische Golf trennt Finnland von den baltischen Provinzen. Hier, in dem alten deutschen Ordenslande an der Ostsee, das 354 Jahre zum Deutschen Reiche gehört hat, liegt für uns das eigentlich völkische Kriegsziel Deutschlands. Die völlig neue Machtverteilung auf unserem Erdball, die dieser Krieg im Gefolge haben muß, hat in Osteuropa ihren Anfang genommen. Die durch die glänzenden Siege der deutschen Waffen hier in Fluß gekommenen Ereignisse sind in ihrer Tragweite so groß, so gewaltig, daß die Mehrheit des deutschen Volkes ihnen noch nicht recht zu folgen vermag. Ein törichtes und lächerliches Beginnen aber ist es, wenn die deutschen Philister verschiedener Schattierung dem mit zermalmender Wucht vorwärtsrollenden Rad der Weltgeschichte ängstlich in die Speichen fahren und es aufhalten wollen! In der Reihe der gewaltigen osteuropäischen Umwälzungen wird heute das baltische Problem nicht allein in völkischer, sondern überhaupt in politischer, militärisch-strategischer und wirtschaftlicher Beziehung zu einer der wichtigsten und bedeutungsvollsten Fragen dieses Krieges.

Die große wirtschaftliche Bedeutung der Ostseeprovinzen, die mit ihrem fruchtbaren Boden und ihren herrlichen Waldungen an Steuerkraft und Hektarerträgen alle anderen Teile des ehemaligen Rußlands weit übertreffen, ist während der letzten Jahre schon oft und eingehend erörtert worden. Nur auf einen Umstand, über den bisher noch fast nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist, möchte ich hier kurz die Aufmerksamkeit lenken: auf die reichen mineralischen Bodenschätze Estlands. In dieser Provinz finden sich nämlich, abgesehen von der bereits sehr entwickelten Industrie von Torf, Ziegeln, Zement, den Marmorbrüchen und der Porzellanerde, noch gewaltige, 2 Milliarden Kubikmeter liefernde Lager von Brandschiefer mit 20% naphthaartigem Öl und großen Mengen Leuchtgas, sowie noch mächtigere Phosphatlager, die hauptsächlich aus 5 Milliarden Kubikmeter phosphorsaurem Kalk bestehen. Die nördlichste und unfruchtbarste der drei baltischen Provinzen ist demnach überreich an einem Rohstoff, der für die Landwirtschaft die größte Bedeutung hat und in Deutschland, abgesehen von verschwindend geringen Mengen in Württemberg, gar nicht vertreten ist.

Aber die Völker haben nicht allein einen Magen, sondern auch ein Hirn und ein Herz, die bei großen weltgeschichtlichen Umwälzungen oft allein ausschlaggebend sind. Wir wollen deshalb hier vor allem auf die völkische Seite der baltischen Frage näher eingehen, mit der das Schicksal der großen deutschen Bauernkolonien im Innern Rußlands eng verknüpft ist. Da muß zunächst nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die drei baltischen Provinzen bis in die kleinsten Lebensäußerungen der Letten und Esten von jeher ein durch und durch deutsches Kulturgebiet waren und durch die völlig mißglückte Russifizierung noch bewußt deutscher geworden sind als vorher. In deutschen demokratischen Kreisen hört man die Ostseeprovinzen als ausgesprochen „agrarisch-aristokratisches" Gebiet oft das „Land der Barone" nennen, in dem das Bürgertum nichts zu sagen habe und anders orientiert sei als der Adel. Diese Darstellung ist als eine — bewußte oder unbewußte — Irreführung der reichsdeutschen Öffentlichkeit als durchaus unrichtig zurückzuweisen. Zunächst sind die folgenden statistischen Zahlen zu beachten. Das baltische Deutschtum besteht aus: Bürgern 76%, Adligen 12%, deutschen Bauern 11% (seit 1908 eingewandert) und Arbeitern etwa 1%. Das deutsche Bürgertum nimmt hier aber nicht nur zahlenmäßig eine hervorragende

Stellung ein, es ist vor allem im Großhandel und der Industrie fast ausschließlich vertreten, bildet in allen Städten die soziale Oberschicht und hat in Riga und Reval für das baltische Gebiet eine noch weit größere Bedeutung gehabt als das Bürgertum der norddeutschen Hansestädte für Deutschland. Auch als eigentlicher Kulturfaktor hat das selbstbewußte, stolze und vornehme Bürgertum eine mindestens ebenso maßgebende Rolle gespielt wie der Adel und sein deutsches Volkstum ebenso zähe und erfolgreich verteidigt wie dieser. Die kürzlich erfolgten Kundgebungen der Rigaer und Revaler Kaufmannschaft nach ihrer Befreiung durch die deutschen Waffen reden in dieser Beziehung eine genügend deutliche Sprache. Auch in den seit 1905 gegründeten „Deutschen Vereinen", durch welche die Balten die Fahne des Deutschtums auf allen Lebensgebieten hochzuhalten suchten, war das baltische Bürgertum in erster Linie vertreten.

Was den baltischen Adel betrifft, so ist er durchaus unverdient in den Ruf eines „stockreaktionären Junkertums" gekommen, als welches er von den deutschen Demokraten mit einer durch keinerlei Sachkenntnis getrübten Beharrlichkeit immer noch bezeichnet wird. Er hat im Gegenteil im 19. Jahrhundert eine sozialpolitische Arbeit geleistet, die als durchaus mustergültig bezeichnet werden muß: Die Leibeigenschaft wurde wenige Jahre nach der Bauernbefreiung in Preußen, in dem Zeitraum von 1816 bis 1819 ohne jedes Zutun der Regierung aufgehoben. Ihren vollen Inhalt bekam die Emanzipation des Bauernstandes erst durch spätere Agrarreformen, die, in Livland beginnend, von 1849 bis 1867 in allen drei Provinzen durchgeführt wurden. Den Kern dieser Reformen bildete die Scheidung der Rittergüter in Hofesland und Bauernland, wobei der Besitzer über das letztere nur das Eigentumsrecht, nicht aber das Verfügungsrecht behielt, indem er es nur an Bauern verpachten oder verkaufen durfte. Durch diese Agrarreform, die besser ist als die Stein-Hardenbergsche Agrargesetzgebung in Preußen, weil sie weniger kapitalistisch ist und das wirtschaftliche Dasein des Bauernstandes dauernd erfolgreicher sicherstellt, wurde nicht allein ein tüchtiger und wohlhabender Bauernstand, sondern tatsächlich ein Fideikommiß der gesamten Bauernschaft begründet. So wurde in Livland schon 1849 das erreicht, was die liberale Partei in England auch nach der Annahme der Expropriationsbill von 1907 immer noch vergeblich erstrebt. Gegenwärtig gibt es in den drei Provinzen 62771 Höfe von Großbauern von einer Durchschnittsgröße von 30 Hektar, außerdem noch viele grundbesitzende Kleinbauern auf den Domänen.

Auf die Entwicklung der lettischen und estnischen Volksschulen hat der Adel im Verein mit der Geistlichkeit viel Zeit, Mühe und Geldopfer verwandt. Bis zur zerstörenden Einwirkung der Russifizierung stand denn auch das baltische Volksschulwesen, in dem der Schulzwang schon 1819 eingeführt war, auf einer recht hohen Stufe, so daß noch 1881 die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die keine Schule besuchten, nur 2% betrug. Erst durch das brutal-täppische Eingreifen der russischen Regierung hat später die Zahl der Analphabeten beträchtlich zugenommen (schon 1899 waren es 20%!). — Die von 1885 bis 1907 fortgesetzten Versuche des baltischen Adels, eine liberale Verfassungsreform durchzuführen, sind von der Regierung sämtlich als „allzu demokratisch" zurückgewiesen worden. Es ist noch besonders zu beachten, daß alle eben kurz erwähnten sozialen Errungenschaften, die von der Regierung teils gehemmt, teils — wie auf dem Gebiet des Schulwesens — ganz zerstört wurden, einzig und allein der ehrenamtlichen, unbesoldeten Arbeit des Adels zu verdanken sind. So sehen die von der russischen und deutschen Demokratie so vielgeschmähten „Junker" in Wahrheit aus!

Eine kulturpolitisch bewußte Stellung zum deutschen Gedanken haben die Balten allgemein erst seit 1870 eingenommen, seit die ersten Versuche der Russifizierung einsetzten, die ja mit der Gründung des Deutschen Reiches in einem ganz unmittelbaren psychologischen Zusammenhang stand. Die deutschvölkische Gesinnung der Balten, die Professor Ludwig Schwabe aus Tübingen übrigens schon 1864 als eine wahrhaft großzügige bezeichnete, nahm nach der Revolution von 1905 noch einen mächtigen Aufschwung, um 1914 nach den glänzenden deutschen Siegen in hellen Flammen der Begeisterung emporzulodern. Die Stellungnahme der Balten nach dem Kriegsbeginn war eine vollkommen klar vorgezeichnete, nachdem im August 1914 Goremykin den baltischen Vertretern erklärt hatte, Rußland führe nicht allein gegen Deutschland Krieg, sondern gegen das Deutschtum überhaupt, und nach dem schönen Bekenntnis des kurländischen Abgeordneten Fölkersahm in der Duma: „Gott hat uns als Deutsche geschaffen und Deutsche werden wir immer bleiben!" Diese im Moment der größten Gefahr und des schwersten inneren Konfliktes abgegebene, mannhafte Erklärung darf als maßgebend für die Haltung der Balten überhaupt angesehen werden. Die Zahl der Balten, die während des ganzen Krieges in den deutschen Reihen gekämpft und geblutet haben ist eine sehr viel größere, als man in Deutschland annimmt. Von der Liebestätigkeit an deutschen Kriegsgefangenen, denen die Balten oft ihr Letztes hingaben, ist in der deutschen Presse auch nur recht wenig die Rede gewesen. Bekanntlich wurden deswegen schon im Herbst 1914 Hunderte von Balten nach Sibirien verschleppt. Einer dieser Balten, der aus Sibirien über Norwegen nach Berlin kam, sagte mir: „Es war schön, daß man uns nach Sibirien brachte, denn dort konnten wir uns viel ungezwungener den deutschen Kriegsgefangenen widmen!" Ich glaube, daß die Art und Weise, wie ein gewisser, international orientierter Teil des deutschen Volkes den Balten diese Liebestätigkeit gedankt hat, jedem anständig empfindenden Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Den Gipfel der Schamlosigkeit aber erreichte der Reichstagsabgeordnete Haase, als er am 20. März in öffentlicher Sitzung erklärte: „Die Balten haben ihr deutsches Herz erst entdeckt, als ihr Geldsack in Gefahr kam!" Wie die eben erwähnten Tatsachen zeigen, haben die Balten ihr wahrhaft deutsches Herz jedenfalls viel früher „entdeckt" als Herr Haase sein Bolschewikherz. Der Kaiser aber, und mit ihm die edelsten des deutschen Volkes, haben diese Haltung der Balten nicht vergessen und handeln danach.

Über die Letten und Esten können wir uns hier ganz kurz fassen. Auch unter ihnen hat sich der russische Bolschewismus als die Macht erwiesen, die zwar das Böse will, aber das Gute schafft, und damit lediglich der deutschen Politik in die Hände gearbeitet. Denn heute gibt es sicher keinen auch nur halbwegs verständigen Letten oder Esten mehr, der nicht im Anschluß an das Deutsche Reich die einzige Rettung für seine Heimat erblickt. Die phantastischen Träume einzelner Parteien von freien und unabhängigen lettischen oder estnischen Republiken sind vor den entsetzlichen Greueln der Bolschewiki in ein Nichts zerflattert. Auf die verschiedenen politischen Strömungen, die während des Krieges unter Letten und Esten zutage traten, brauchen wir deshalb nicht mehr näher einzugehen. Nur das eine sei hier noch hervorgehoben, daß der maßgebende Teil des estnischen Volkes schon im Beginn des Krieges an dem endgültigen Siege der deutschen Waffen nicht gezweifelt hat und in beständiger Fühlung mit den Finnländern und dem estländischen Adel seine ganze Politik danach richtete. Als die Esten im Januar sich durch die Friedens-

verhandlungen in Litauisch Brest enttäuscht fühlten und auf die Hilfe Deutschlands nicht mehr rechneten, kamen sie wieder auf die schon im vorigen Sommer begonnenen Unterhandlungen mit England zurück, um auf jeden Fall von der russischen Fäulnis erlöst zu werden. Auch in Kurland hat der maßgebende Teil des lettischen Volkes in der Landesversammlung vom 19. September und im Landesrat bekanntlich für Deutschland optiert; es ist das ganz natürlich, da die Letten, ebenso wie die Esten, nur beim Anschluß an Deutschland und unter möglichstem Ausschluß des billigen agrarischen Wettbewerbs Rußlands auf eine ersprießliche wirtschaftliche Zukunft rechnen können. Was die von Herrn von Kühlmann in Litauisch Brest zugesicherte „Volksabstimmung auf breitester Grundlage" betrifft, so wollen wir hier die Frage nicht näher untersuchen, ob die deutsche Diplomatie den unverschämten Forderungen der doktrinären Wirrköpfe aus Petersburg nicht viel zu weit entgegengekommen ist. Wenn damit eine einfache Massenabstimmung nach der Kopfzahl gemeint ist, so würde eine solche von den lettischen und estnischen Bauern schroff abgelehnt werden. Nicht Majoritäten, sondern Autoritäten genießen das ausschließliche Vertrauen, namentlich der nüchtern und praktisch angelegten Esten. Als Autoritäten gelten ihnen aber nicht politische Schwätzer, sondern die aus ihrer Mitte gewählten, sehr tüchtigen Gemeindebeamten, die vielfach schon seit langen Jahren ihres Amtes walten. Eine Volksabstimmung könnte in diesen agrarischen Gebieten deshalb nur in derselben Weise zugelassen werden, wie in Kurland und auf den estnischen Inseln, wo sie nach den einzelnen Gemeinden durch die Gemeindevertreter vollzogen wurde. Sie haben sich bekanntlich ausnahmslos für Deutschland entschieden. Bei einer Pöbelabstimmung nach der Kopfzahl würde dagegen voraussichtlich englisches Geld den Ausschlag geben. Letten, Esten und Deutschbalten stimmen aber darin vollkommen überein, daß die im Präliminarfrieden vorläufig festgesetzte Grenzlinie, die alle drei Stämme in zwei Stücke zerreißt, die unglücklichste und unmöglichste ist, die man sich überhaupt hätte ausdenken können. Einzig und allein die strategische Linie Moltkes an der Narowa und dem Peipus entspricht den Interessen der baltischen Gesamtbevölkerung und gleichzeitig der militärischen Sicherung des Deutschen Reiches nach Nordosten. Auch die Entschließung des kurländischen Landtages betonte ja die Unteilbarkeit des ganzen baltischen Gebietes, dessen Provinzen jahrhundertelang Freud und Leid miteinander geteilt haben. Die übereinstimmende Bitte der drei Landesvertretungen in Mitau, Riga und Reval um einen engen Anschluß an Deutschland entspricht deshalb im wesentlichen durchaus den Wünschen der Gesamtbevölkerung, soweit sie überhaupt für Ordnung, Recht und Gesetz eintritt. Und Deutschland muß diesen Wünschen im vollen Maße Rechnung tragen, nicht allein aus Gründen der politischen Moral, sondern vor allem im eigenen realpolitischen und wirtschaftlichen Interesse.

Mit dem letzteren in engem Zusammenhange steht die deutsche Siedelungsfrage im Osten, die neben ihrer wirtschaftlichen auch eine sehr große politische und völkische Bedeutung hat. Bekanntlich sind die im weiten Rußland verstreuten und dort schon seit Jahrzehnten immer mehr angefeindeten deutschen Bauernkolonien, die mehr als 2 Millionen Einwohner zählen, durch den Krieg in eine furchtbare Lage geraten und zum großen Teil von Hof und Haus vertrieben worden. Schon in den Jahren vor dem Kriege waren von der Kgl. Ansiedelungskommission und dem „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer" in Berlin viele deutsche Kolonisten aus Rußland in Preußen angesiedelt worden. So hat der letztere Verein allein im Jahre 1909 in verschiedenen Teilen Deutschlands 3414 Kolonistenfamilien

aus Rußland seßhaft gemacht. Gleichzeitig gelang es den Großgrundbesitzern in Kurland und Livland im Zeitraum von 1908 bis 1913, im Gegensatz zu den Absichten der Regierung, deutsche Bauern in einer Kopfzahl von 20000 in den baltischen Provinzen anzusiedeln. Das fruchtbare und sehr schwach bevölkerte Kurland wurde bald das gelobte Land für alle diese, meist aus Wolhynien zuziehenden Ansiedler, namentlich infolge der überaus niedrigen Bodenpreise und des fehlenden bureaukratischen Zwanges. So wurden z. B. den Kolonisten abgeholzte Waldflächen mit Weizenboden zum Preise von 120 bis 150 M. für den Hektar verkauft. Dank dem Weltkrieg und seine Folgen ist nun diese ganze Frage der deutschen Rückwanderung in eine ganz neue und vielversprechende Beleuchtung gerückt. Wie einst die Hugenotten vor dem Großen Kurfürsten und die Salzburger vor Friedrich dem Großen, so stehen jetzt diese aus Rußland vertriebenen Deutschen hilfesuchend vor dem Deutschen Reich. Für Kurland und Livland mit ihrer geringen Bevölkerungsdichtigkeit (20,7 bzw. 22,6 Bewohner auf den qkm) kommen nun diese, besonders aus Wolhynien und Südrußland vertriebenen Ansiedler mit ihrer kerndeutschen Gesinnung in erster Linie in Frage. Es können in den baltischen Provinzen und auch in Litauen bequem 1½ Millionen deutscher Kolonisten angesiedelt werden, was dank dem Beschluß der kurländischen Großgrundbesitzer, ein Drittel ihres gesamten Besitzes zu Siedelungszwecken zur Verfügung zu stellen, wesentlich erleichtert wird. Zur Finanzierung dieser großartigen Siedelung hat sich neuerdings die „Landgesellschaft Kurland" gebildet. Es eröffnen sich dadurch in wirtschaftlicher wie in deutschvölkischer Beziehung für das baltische Gebiet und Deutschland wirklich glänzende Ausblicke.

Da Rußland heute keinen staatsrechtlichen, sondern nur noch einen geographischen Begriff darstellt, so sind die Provinzen Livland und Estland gegenwärtig ein herrenloses Gut, nach dem britischer Krämergeist schon lange begehrlich schielt. Damit sind die Wege für die deutsche Politik einfach und klar genug vorgezeichnet, da man nicht aus Theorien, Reichstagsreden und Schlagworten, sondern aus der Logik der Tatsachen die nötigen Folgerungen zu ziehen hat. Das Ziel an der Ostsee aber, mit dem wir in den übrigen Randstaaten die Sicherung eines dauernden Friedens in Osteuropa in Zusammenhang steht, ist für Deutschland ein großes und bedeutungsvolles.

Für dieses Ziel haben die Balten und ihre Freunde in Deutschland, die zu den Besten des Volkes gehören, in den letzten Jahren unablässig gekämpft. Und auch die große Herde ihrer teils böswilligen, teils verständnislosen Gegner, auf die schon das Wort Annexion wie ein rotes Tuch zu wirken pflegt, wird schließlich einsehen, daß die Balten und ihre Freunde einen guten und wahrhaft deutschen Kampf gekämpft haben, vor allem im Interesse des Deutschen Reiches.

# Die Staatssprache in Österreich.

## Von Ferdinand Gruner.

Überall bedient sich der Staat als Zentralbehörde sowohl im Verkehr mit seinen Organen wie mit der Bevölkerung einer bestimmten Sprache. Das ist eine natürliche und selbstverständliche Sache. Daß dieser Sprache eine besondere Bedeutung beikommt, wird in einem national gleichsprachigen Reiche nicht empfunden und kaum geahnt.

Besonderer gesetzlicher Feststellungen bezüglich dieser Staats- oder Reichssprache bedarf es in solchen Staaten natürlich nicht, da ein anderes Idiom dafür nicht in Betracht kommt. Anders ist es in national gemischten Staaten. Dort ist die gemeinsame Staatssprache eines der wichtigsten Mittel der Zentralisation. Zentralisation ist im letzten Grunde nicht nur das Zusammenführen aller Organe zu einem bestimmten Zwecke, sondern auch die Durchdringung derselben mit bestimmten Ideen durch ein bestimmtes sprachliches Mittel.

So ist in Deutschland die Staatssprache selbstverständlich die deutsche, in Frankreich die französische und in England die englische. Die irische Sprache ist aber selbst in Irland, wo doch die erdrückende Mehrheit diesem Volke angehört, niemals die Staatssprache gewesen. Aus politischen Gründen und nicht, weil sich in der Leitung eines Staates auch immer die überwiegende Intelligenz ausdrücken soll. Minderheiten kann in wohlverstandenem Interesse des Ganzen eine sprachliche Gleichberechtigung nicht zugestanden werden, soweit staatliche Belange in Frage kommen.

Ganz anders ist es in Ländern, deren Bevölkerung verschiedenen Völkerstämmen angehört, und zwar so, daß keine Gruppe die Mehrheit an sich hat. Ein solcher staatlicher Verband erfordert stärkere Zentralisationsmittel als einsprachige Staaten, in denen das Gefühl der Zusammengehörigkeit eine ausschlaggebende Stärkung durch Rasse und Nation erfährt.

In völkisch gemischten Reichen kommt der Staatssprache eine besondere Bedeutung zu, weil sie eines der wenigen Mittel ist, das Gemeinsame zusammenzufassen und mit einem gemeinsamen Geist zu durchdringen. Ist die Organisation locker und wird aus politischen Gründen mehreren Sprachen die gleiche Berechtigung zugestanden und somit der einzelnen dieses Recht geschmälert, so entsteht eine schwere Fehlerquelle. Die Wirkungen dieser unrichtigen Politik sind nicht gleich erkennbar. Die empfindlichsten Störungen machen sich aber in dem Augenblicke bemerkbar, wo die zentralistische Kraft eines Staates am stärksten wirken soll, also bei wirtschaftlicher Mißlage, in Zeiten starker politischer Bewegungen und — im Kriege.

Österreich ist jenes Staatengebilde, wo diese Verhältnisse am stärksten in Erscheinung treten. Um die Dinge ganz zu verstehen, muß man sich erinnern, daß Österreich eine deutsche Vergangenheit hat, die nicht gemindert wurde dadurch, daß an die deutschen Kronländer Provinzen mit slawischem Einschlage, etliche auch mit einer nichtdeutschen Bevölkerungsmehrheit, angegliedert wurden. Die Deutschen blieben das führende Element und die Kulturträger, daher ihre Sprache die — Staatssprache.

Die Deutschen gaben Österreich eine in jedem Sinne liberale Verfassung, die den Nationalitäten genügend Raum zur Entfaltung ihrer nationalen und kulturellen Bedürfnisse ließ. Selbstverständlich bediente sich das Österreich der Vergangenheit

der deutschen Sprache als amtlichen Organes und dies um so mehr, als die slawischen Nationalitäten zunächst nicht einmal über eine eigene Schriftsprache verfügten. Sie bauten sie langsam und mühevoll zusammen aus Bestandteilen anderer Idiome, vor allem aber mit gründlichster Benutzung der deutschen Sprache. Die slawischen Idiome sind Lehenssprachen des Deutschen, dessen Struktur sie in manchem Belange sich zu eigen gemacht haben; ja die Tschechen bedienten sich lange auch der deutschen Schriftzeichen und des deutschen Alphabetes. Unzählige Wortverbindungen verraten diesen Ursprung, weshalb nicht mit Unrecht einmal im Wiener Parlament behauptet wurde, daß die Tschechen slawisch sprechende Deutsche seien, die über eine eigene national differenzierte Kultur nur insoweit verfügten, als die Besonderheit der Verhältnisse, unter denen sie lebten, die landschaftliche Gestaltung usw. ihnen eine besondere Note gegeben hätte. Sie unterscheiden sich aber kaum so weit von dem Deutschen, als etwa der Norddeutsche vom Süddeutschen.

Wenn man dieser unleugbaren Tatsachen eingedenk ist, so wird man es begreiflich finden, daß die deutschen Gruppen des jungen verfassungsmäßigen Österreichs, die im Abgeordnetenhaus die unbestrittene Mehrheit besaßen, nicht daran dachten, im Staatsgrundgesetze das Deutsche als Staats- oder Reichssprache festzulegen. Es schien dies überflüssig in einem Parlament, das sich dieser als der ausschließlichen Verständigungssprache bediente und noch bedient. Die slawischen Abgeordneten sind fast durchwegs der deutschen Sprache mächtig. Selten verfügen sie jedoch über Kenntnisse zweier slawischer Idiome. Es ist daher nicht verwunderlich, daß auch unter den Slawen das Deutsche die Vermittlungssprache ist!

Aus der mangelnden Festlegung der deutschen Staatssprache den leitenden Männern von ehedem einen Vorwurf machen zu wollen, ist also nicht gerechtfertigt. Selbstverständlichkeiten pflegen nicht in das Gewand von Gesetzen oder Verordnungen gekleidet zu werden. Niemals wären die Dinge auch zu einem Zustande gediehen, in dem dieser Mangel als beklagenswert erschiene, wenn nicht ein gründlicher Umschwung in den Anschauungen der regierenden Kreise der österreichisch-ungarischen Monarchie eingetreten wäre, der mit dem Beginn der Ministerpräsidentschaft des Grafen Taaffe am klarsten hervortritt. Seit jener Zeit ging, wenige Ausnahmen abgerechnet, das Bestreben der wirklich einflußreichen und daher tatsächlich regierenden Kreise dahin, den Einfluß der Deutschen im staatlichen Organismus zu mindern, ihrer Sprache in den staatlichen Belangen den Boden zu bestreiten und die Slawen kraft des natürlichen Verlaufes der Dinge zur beherrschenden Macht im Parlament zu machen. Damit dies geschehe, bemühte man sich, den Nachwuchs der Staatsbeamtenschaft unter diesem Gesichtspunkte auszuwählen.

Die Deutschen hatten zu der Zeit, da ihre Stellung unbestritten war, in vornehmer Unparteilichkeit auch slawische Anwärter in den Staatsdienst aufgenommen. Auch damals war ein entsprechender Prozentsatz nichtdeutscher Abstammung. Das wurde nicht als ein Fehler empfunden. Denn der österreichische Staatsbeamte alter Prägung war ein Muster von Gewissenhaftigkeit und Unbestechlichkeit, mit einem Hinneigen zur Gemütlichkeit und Gemächlichkeit. Daher stand er Neuerungen nicht immer freundlich gegenüber. Im allgemeinen war er jedoch ein liebenswürdiger Typ, dem viele lobenswerte Eigenschaften eigen waren, vor allen die oben bezeichneten. Diese bedingten, daß die österreichische Verwaltung zwar im Zeitmaß nicht übermäßig schnell, jedoch tadellos arbeitete.

Die Staatsbeamten bildeten eine dem Reiche unbedingt ergebene Gruppe, die nationalen und politischen Strömungen aus dem Wege ging. Jener Typ

stellte eine wertvolle Garantie für tadelloses Klappen des vielverzweigten und mannigfaltigen Apparates dar. Verwaltung und Justiz waren von dem gleichen Willen erfüllt, von dem gleichen Geiste beseelt, dem Vaterlande, dem zu dienen sie stolz waren, zu nutzen.

In diesen Organismus, der die Bewunderung fremder Staatsmänner fand, kam ein anderer Zug durch das Erwachen des nationalen Gedankens, wie er vor allem durch die Slawen empfunden wurde. Die Politiker dieser Gruppen erkannten, wie wichtig es für sie sei, auch die Sachwalter des Staates zu Trägern ihrer nationalen und politischen Ideen zu machen. Der Regierung konnte die Agitation, die laut genug geführt wurde, nicht verborgen bleiben. Sie widersetzte sich aber dieser Bewegung nicht und hinderte nicht das Eindringen des neuen Geistes in das Beamtentum. Sie förderte diese Absichten sogar insofern, als sie der Einreihung von immer neuen Trägern dieser Art keinen Widerstand entgegensetzte. Zielbewußt wurden Tschechen und Polen in Stellungen von Rang und Bedeutung geführt und schufen den Nachstrebenden der gleichen Art einen wohlgeebneten Boden. Für die deutschen Anwärter wurden dadurch die Verhältnisse natürlich ungünstiger. Die Regierungen der gekennzeichneten politischen Richtung sahen nicht ungern den Einfluß der Deutschen gemindert. Man zog die Slawen vor und förderte schließlich sogar ihre Tätigkeit.

Es ist notwendig, diese Dinge zu sagen, weil sie begreiflich machen, weshalb allmählich das Bedürfnis nach einer Staatssprache entstand, das ursprünglich weder Deutsche noch Tschechen gehabt hatten, und zwar ein Bedürfnis bei den Deutschen. Die Slawen fühlten sich begreiflicherweise bei diesen Zuständen sehr wohl. Ihre Ansprüche wuchsen und wurden dringlicher. Sie forderten immer mehr Rechte für ihre Sprache und folgerten rabulistisch, daß dem Deutschtum sprachlich eine Vorrangstellung eingeräumt werde, die gegen die „Gleichberechtigung" verstoße.

Es wurde die Eskamotage durchgeführt, staatliche Interessen als jene der Deutschen darzustellen. Denn nur unter diesem Titel war es möglich, dem Verlangen der Deutschen nach Festsetzung einer Staatssprache gegenüber Stellung zu nehmen.

Nie ist mit einem Worte und dessen Sinn ein solcher Mißbrauch getrieben worden als wie mit der „Gleichberechtigung". Es ist ein Schlagwort der Slawen in Österreich geworden, und zwar so, daß sein Sinn gewendet wurde. Unter diesem Titel wurde das Gefüge der Staatssprache durchbrochen und die notwendige Einheitlichkeit planmäßig bekämpft. Die deutschen Amtsschilder erhielten dadurch eine zweite Aufschrift, ebenso die Behörden, die Bahnen. Die Zweisprachigkeit war die von den Slawen und unter diesen zumal von den Tschechen angestrebte Folge der „Gleichberechtigung". Diesen Bestrebungen setzten die Deutschen, die stets zuerst die staatlichen Bedürfnisse im Auge hatten, die Forderung nach der Staatssprache entgegen.

Es ist wohl auch für den mit den besonderen Verhältnissen Österreichs nicht Vertrauten nicht nötig, des weiteren zu begründen, weshalb die Staatssprache nur die deutsche sein konnte und sein kann.

Die Zurückdrängung der Deutschen vom Staatsdienst hatte mancherlei Gründe, auf die wenigstens kurz zurückzukommen ist. Im mittleren Staatsdienst ist in Österreich die vollständige Mittelschule notwendig, für den höheren natürlich die Hochschule. Um in diese Stellen genügend vorgebildete Bewerber schicken zu können, wurde eine Unzahl slawischer, namentlich tschechischer Mittelschulen — Realschulen

und Gymnasien — begründet. Da der Staat nicht gleich Miene machte, dies überall selbst zu tun, errichteten die Gemeinden sogenannte Kommunal-Mittelschulen, die in der Regel nach kurzer Frist, oft schon nach drei bis vier Jahren, sicher aber nach sieben oder acht Jahren (nach der ersten Matura) vom Staate übernommen wurden.

In Prag war die Universität national gezweiteilt worden. Eine tschechische technische Hochschule wurde dort eingerichtet und eine zweite in Brünn, um die Grundlage für die wissenschaftliche Befähigung für die Tschechen auf nationaler Grundlage zu schaffen.

Es ist nun eine in Österreich bekannte und nicht zu leugnende Tatsache, daß die wissenschaftliche Befähigung an den slawischen Mittelschulen eine der deutschen nicht ebenbürtige ist. Der Beweis läßt sich aus mancherlei Gründen erbringen. Am auffälligsten ist der Unterschied in der Bewertung der Leistungen durch die große Zahl der Vorzugsschüler, bzw. der Absolventen mit Auszeichnung zu ersehen. Natürlich begründet nicht etwa die besondere geistige Befähigung der Slawen diesen günstigen Lernerfolg, sondern die kühle, politische Erwägung, daß die durch Zeugnisse besser bewerteten Bewerber einen Vorsprung gegenüber anders Beurteilten, also gegenüber den Deutschen haben!

Dazu kommt eine weitere Ursache, die es den Slawen ermöglicht, in den Staatsdienst leichter einzudringen: Die Besonderheit der österreichischen Verhältnisse bedingt in vielen Ländern neben der deutschen eine zweite, „landesübliche" Sprache. Sie ist in Böhmen, Mähren und Schlesien die tschechische, in Galizien die polnische und ruthenische, in der Bukowina die polnische, rumänische und ruthenische, in Krain die slowenische usw.

Die Kenntnis der tschechischen Sprache ist in Böhmen beispielsweise für den Staatsbeamten zwar kein Erfordernis, aber ein Begünstigungsmittel. Das heißt, ein Deutscher, welcher der tschechischen Sprache mächtig ist, erhält rascher eine Staatsstellung selbst im deutschen Sprachgebiet, da ihm gewisse Stellen zugeteilt werden können, die auch in deutschen Sprachkreisen die Kenntnis der tschechischen Sprache verlangen.

Die Tschechen lernen nun durchweg deutsch. Freilich mindert sich ihre sprachliche Befähigung von Jahr zu Jahr. Das kommt daher, weil in den tschechischen Volksschulen das Deutsche völlig verschwand und nicht einmal einen freiwilligen Lehrgegenstand bildete. An den slawischen Mittelschulen trat allmählich das gleiche ein. Wo aber an den letzteren die deutsche Sprache noch gelehrt wird, wird auf ihre Kenntnis so wenig Gewicht gelegt, daß die tschechischen Bewerber für den deutschen Staatsdienst unsere Sprache meist unsagbar radebrechen. Nachdem sie aber der zweiten Sprache „mächtig" sind, während der Deutsche früher wenigstens meist nur die seine beherrschte, so hatten die Tschechen schon aus diesem Grunde einen wesentlichen Vorrang.

In deutschen Kreisen hatte man eine Zeitlang eine entschiedene Abneigung gegen das Erlernen der zweiten Landessprache. Man befürchtete nationale Abbröckelungen und Verluste. Außerdem waren es politische Beweggründe, die sich dagegen kehrten; sehr zum Schaden unseres Volkes selbst. Das hat nun freilich seinen Irrtum längst erkannt und durch seine vornehmste nationale Einrichtung, den Deutschen Volksrat, die Jugend, vor allem die, welche sich dem Staatsdienste zuwenden will, eindringlich gemahnt, sich die zweite Landessprache zu eigen zu machen!

Es darf bei solcher Durchsetzung, ja Durchdringung des Staatsbeamtenkörpers nicht nur in den Provinzen, sondern auch im Zentralstaatsdienste nicht wundernehmen,

wenn der Geltungskreis der gesetzlich nicht festgelegten, aber tatsächlich gebräuchlichen deutschen Sprache immer mehr eingeengt wurde. Es konnte auch nicht wundernehmen, daß die staatlichen Behörden in den slawischen Kreisen untereinander, später sogar im Verkehr mit den Zentralbehörden sich der slawischen Sprache zu bedienen anfingen. Vor allem gilt dies von Böhmen, wo auf diese Weise im Gerichtsverkehr via facti — wie der politische Ausdruck lautet — die innere Amtssprache vertschecht wurde.

An Stelle der mangelnden gesetzlichen Bestimmungen sind wiederholt sogenannte „Sprachenverordnungen" getreten, die mehr oder weniger den slawischen Ansprüchen entgegenkamen und daher von den Deutschen energisch bekämpft wurden. Im Gebrauch ist noch die sogenannte Stremayrische Sprachenverordnung. Auf das heftigste bekämpft wurde seinerzeit die Badenische, die den Ministerpräsidenten Badeni, einen Polen, zum Urheber hatte. Sie mußte nach kurzer Zeit zurückgezogen werden. Der Widerstand der Deutschen schuf Obstruktion gegen sie im Parlament. Ebenso erging es den Verordnungen des deutschen Baron Gautsch, der mit seinen politischen Meinungen den slawischen Kreisen näher stand als den Deutschen.

Es ist schwer, im Raume einer kurzen Abhandlung darzutun, welch schwere Schädigungen das Fehlen einer Staatssprache in Österreich im Gefolge hatte. Die Zersetzung in der Staatsbeamtenschaft, die innere Zerklüftung ist nicht zum geringsten Teile darauf zurückzuführen. Denn das national ungemein lebhafte Empfinden der slawischen Beamtenschaft hatte es besonders in den unteren Rangstufen sich zeitweilig geradezu zur Aufgabe gemacht, die deutsche durch eine slawische Sprache zu ersetzen, Eintragungen, Vermerke, Verhandlungen und Protokolle in dieser Sprache zu führen.

Ein Gefühl der Unsicherheit trat an die Stelle der früheren ruhigen Entwicklung. Der altösterreichische Staatsbeamte, der keinen nationalen Einschlag hatte, verschwand, der national abgestempelte Staatsbeamte ist an dessen Stelle getreten.

Es ist natürlich, daß die kräftige nationale Bewegung, die seit zwei Jahrzehnten durch Österreich geht, auch auf die im Staatsdienst stehenden deutschen Beamten einigen Einfluß geübt hat. Es besteht heute eine große Organisation der Staatsbeamten deutscher Nationalität in Böhmen, der alle Kreise der Beamtenschaft von Universitätsprofessoren bis zu jenen der elften Rangstufe angehören. Trotzdem ist von einer national völkischen Bewegung keine Rede! Der deutsche Staatsbeamte ist nationalen Einflüssen im Amte niemals zugänglich. In ihm ist jene altösterreichische, in allem Belange und nach jedem Gesichtspunkte unbestechliche Art des Beamten erhalten geblieben.

Die tschechischen Staatsbeamten haben wiederholt bewiesen, daß sie der völkische Gedanke viel stärker durchdringt. Beweise sind zu erbringen, können aber mit Rücksicht auf die Besonderheit der Zeit erst später veröffentlicht werden.

Diese Neuordnung der Staatsbeamtenschaft hat einen größeren Einfluß der politischen Kreise auf diese gezeitigt. Man kann nicht behaupten, daß dies vorteilhaft gewesen sei. Vielmehr ist jeder Eingriff politischer Kreise auf solche, ihrem innersten Wesen nach unpolitische Organisationen von Schaden. Das Eingreifen der politischen Kreise, vor allem der Abgeordneten, in die Geschicke der Staatsbeamtenschaft, hat aus dieser einen ungemein empfindlichen Körper gemacht, der, bewußt oder unbewußt, auf alle derartigen Reize prompt reagiert. Die Protektion hat sich damit eingeschlichen. Sie ist zu einem nicht unwesentlichen Teile Tätigkeit vieler slawischer Abgeordneter geworden.

Wie tief einschneidend die Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Zustande gediehen sind, beweisen die Aufsehen erregenden Veröffentlichungen aus dem Nachlaß des früheren tschechischen Finanzministers Kaizl. Aus diesen geht unwiderleglich hervor, daß die Tätigkeit selbst höherer Beamter nicht nach beruflicher Tüchtigkeit und nach persönlicher Eignung eingeschätzt wurde, sondern fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkte ihrer nationalen Zugehörigkeit und politischen Betätigung!

Die unbefangene Tätigkeit der Staatsbeamtenschaft hat in manchen Belangen dadurch eine Beeinträchtigung erfahren. Wenn dies auch in der Öffentlichkeit nicht bemerkbar ist, für den Feinfühligen bleibt sie trotzdem wirksam. Kundigen ist es nicht erst zu beweisen, daß politische Beeinflussungen sich auch dort fühlbar machen, wo sie aus sachlichen Gründen ausgeschlossen sein sollen.

Daher gehört in Österreich oder gehörte bisher die Protektion eines Abgeordneten zur Erreichung recht vieler Dinge. Es konnte nicht wundernehmen, daß namentlich die höheren Beamten sich vor ihren Entscheidungen über jene Person unterrichteten, die sich dafür ein- oder dagegensetzte ...

Es mag, um Mißdeutungen und allzu großem Pessimismus zu begegnen, betont werden, daß damit nicht etwa von Bestechungen die Rede sein soll. Das ist keineswegs der Fall, ebensowenig wie von einer groben Vernachlässigung der Dienstpflichten. Solche würden der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben und von der Presse und vom Parlament, in dem ja die verschiedensten Interessen wirksam sind, aufgegriffen werden. Wenn manchmal Entscheidungen fallen, die Kopfschütteln erregen oder außerhalb der Reihe zu liegen scheinen, so sind sie auf die eben gekennzeichneten Ursachen zurückzuführen.

Die Durchdringung des öffentlichen Lebens mit politischen und nationalen Ideen, vor allem aber mit den letzteren, beeinflußt das Denken der Beteiligten in einer solchen Weise, daß sich dieses in Handlungen umsetzt, die, aus dem Gefühl entsprungen, bisweilen als Beugung des Rechtes oder Gesetzes und daher als ein Unrecht empfunden werden. Die Verhältnisse haben es eben leider zuwege gebracht, daß eine gewisse, aber nicht empfundene Voreingenommenheit nationalen Ursprunges aus den Handlungen des öffentlichen Lebens kaum auszuscheiden ist. Voreingenommenheit korrespondiert natürlich mit einem gewissen Wohlwollen, sozusagen grundsätzlichen Wohlwollen auf der andern Seite. Das will, auf einen besonderen Fall angewendet, besagen, daß beispielsweise eine Gerichtsstelle in einem tschechischen Kreise, der auch deutsche Fälle zugewiesen werden (oder Streitfälle zwischen Deutschen und Tschechen) von vornherein die Lage der Tschechen für gefährdet ansieht, also ihnen Wohlwollen zuführt. Dies geschieht namentlich dann, wenn es sich im Prozesse zwischen Deutschen und Tschechen in deutschem Gebiet handelt, die vor einem tschechischen Gericht zum Austrag kommen. Es ist für mich unbestreitbar, daß die tschechischen Richter durchwegs nach ihrer Überzeugung handeln und sich nicht etwa von willkürlichen äußeren Einflüssen leiten lassen. Aber sie messen dem Tschechen eine erschwerte Stellung im deutschen Sprachgebiet zu und werten danach den Fall, obwohl die Tschechen im deutschen Sprachgebiet nicht im geringsten in ihren Rechten eingeengt sind.

Allmählich hat sich ein Kampf um die Staatssprache entwickelt, der tiefgehende politische Gegensätze zum Ursprunge hat. Die Staatssprache ist selbstverständlich ein Mittel zentralistischer Art, ja das wichtigste Organ, um den Zusammenschluß aller im Staate wirkenden Kreise zu fördern und dadurch dessen

Einfluß zu erhöhen. Die nach dieser Richtung wirkenden politischen Bestrebungen werden in Österreich mit der Bezeichnung „Zentralismus" treffend gekennzeichnet. Sie haben eine Erstarkung der zentralen, also höchsten staatlichen Behörden zum Ursprunge und wollen Regierung und Parlament gegenüber den Befugnissen der Landtage, welche die einzelnen Kronländer haben, stärken. Die gegensätzlichen Bestrebungen werden als „autonomistisch" bezeichnet und haben ihre stärksten Förderer in den Tschechen und Polen. Den Polen ist in Galizien eine Sonderstellung in mancherlei Belangen eingeräumt, die sich auch gesetzlich ausdrückt. Eine ähnliche strebten die Tschechen namentlich für Böhmen an, weil sie in diesem Landtag mit Hilfe der konservativen, sogenannten feudalen Großgrundbesitzer über die Mehrheit verfügen und daher imstande sind, ihre Wünsche und Pläne wenigstens zum Teil zu verwirklichen. Im Parlament ist ihnen das nicht so leicht möglich. Daher traten sie mit einer „Rechtsverwahrung" in das Abgeordnetenhaus ein und suchten gewisse Befugnisse des Reichsrates auf die Landtage zu übertragen. Sie strebten vor allem sogenannte Rahmengesetze an, die auf die Provinzen durch die Landesgesetzgebung übertragen werden sollen.

Der starke Einfluß, der in Österreich durch die Landtage unzweifelhaft geübt wird, hat den staatlichen Einfluß gemildert, d. h. jenen der Zentralstellen. Eine mehr oder minder wahrnehmbare Grenze ist dadurch zwischen den einzelnen Kronländern aufgerichtet worden.

Eine Minderung des zentralistischen Einflusses ist auch dadurch eingetreten, daß die Freizügigkeit der Staatsbeamten allmählich aufhörte, wenigstens insofern, als die Slawen, vor allen aber die Tschechen, konnationale Staatsbeamte für ihre Gebiete verlangten, so daß der deutsche Staatsbeamte im tschechischen Gebiete heute einfach nicht mehr bestehen kann. Er wurde mit allen Mitteln des gesellschaftlichen Boykottes, ja mit Wohnungsverweigerung bekämpft, und auch sonst wird ihm seine Stellung unleidlich gemacht.

Die reiche Erzeugung slawischer Staatsbeamter führte natürlich dazu, daß das tschechische Gebiet zu deren Unterbringung nicht ausreichte, so daß heute ein großer Teil des reindeutschen Gebietes von tschechischen oder slawischen Beamten durchsetzt ist, die völkische Propaganda betreiben und sich in ihre Umgebung nicht widerstandslos einordnen.

Sie bilden, gestützt von ihren nationalen Parteien, ein wichtiges Glied zur Durchdringung des gemischtsprachigen und reindeutschen Gebietes mit slawischen Elementen, — ein Bestreben, das namentlich von den Tschechen planmäßig, durch Vereine und Körperschaften, mit reichlichen geldlichen Mitteln betrieben wird. Neben dem tschechischen Schulvereine — Matice skolska („Mutterschule") — wirken Vereine, die sich schon dem Namen nach als Tschechisierungsvereine bekennen.

Alle diese Elemente bewirken selbstverständlich ein bald passives, bald aktives Bekämpfen der Bestrebungen, eine Reichssprache festzustellen.

Die deutsche Sprache ist nur nach zwei Richtungen amtlich festgelegt. Die Sprache der österreichisch-ungarischen Armee, also der gemeinsamen Armee, ist die deutsche. (Die Sprache der Landwehr ist in Österreich deutsch, in Ungarn madjarisch, in Kroatien und Slawonien kroatisch.) Sie hat sich als das wertvollste Mittel erwiesen, die Armee freizuhalten von politischen Ansprüchen, trotzdem sie eine Zusatzsprache durch die sogenannte Regimentssprache erhielt. Das ist jene Sprache, die für das betreffende Regiment als landesüblich erklärt ist, der also die Mehrheit der nichtdeutschen Soldaten angehört. Es ist klar, daß, wenn die Bestrebungen

der Slawen, die deutsche Dienstsprache der Armee zu durchbrechen (ähnliche Bestrebungen gab es auch eine Zeitlang in Ungarn) Erfolg gehabt hätten, die Schlagfertigkeit der Armee auf das schwerste geschädigt worden wäre. Auch die Bestrebungen der Madjaren, eine eigene Armee zu schaffen mit natürlich madjarischer Armeesprache werden wohl als eine Minderung der Schlagfertigkeit der Armeen der Monarchie aufzufassen sein.

Die Tschechen haben eine Zeitlang durch die sogenannte „Zde"-Frage versucht, das Geltungsgebiet der deutschen Sprache auch hier einzuengen, indem sie bei Kontrollversammlungen beim Aufruf an Stelle mit „Hier" mit „Zde" sich meldeten. Empfindliche Strafen haben sie jedoch bald über die Unmöglichkeit belehrt, mit ihren Forderungen an dieser Stelle durchzudringen.

Was aus der Armee in diesem Kriege geworden wäre, wenn auch hier die Slawen mit ihren Absichten noch mehr Boden gewonnen hätten, ist nicht schwer zu erkennen. Sie würde völlig versagt und damit eine Entscheidung nicht verhindert haben, die unsere Feinde wünschten und erwarteten. Sie hofften ja das Heer auch von jenen Strömungen durchsetzt, die in der Politik so viel Aufmerksamkeit erregten, die einen fesselosen Nationalismus slawischer Prägung an Stelle des österreichischen Staatsgedankens setzen wollten. Tatsächlich hat sich ja auch in verhängnisvoller Weise diese Agitation betätigt. Der Krieg ist zwar nicht verloren, aber an Opfern überreich gerade durch das Versagen durchseuchter Armeeteile.

Auch die Dienstsprache der k. k. Staatsbahnen ist die deutsche. Nationale Einflüsse haben leider diese allgemeine Bestimmung sehr eingeengt, so daß vor einiger Zeit der Eisenbahnminister in einem besonderen Erlaß, dessen bestimmte Sprache auffiel, dies einschärfen mußte. Namentlich in Galizien erwies der Krieg trotz der deutschen Dienstsprache Mängel im Eisenbahnbetrieb, die sehr störend wirkten, indem das niedere Eisenbahnpersonal die Dienstsprache wenig, zum Teil gar nicht beherrschte. Es mußte daher in kurzem Wege durch deutsche Bedienstete und Beamte aus anderen Kronländern ersetzt werden.

Die Ergebnisse und Erfahrungen, die der Krieg auf dem Verwaltungsgebiete zeitigte, fordern gebieterisch die Anordnung einer Reichssprache. Ihren Wirkungskreis hier auch nur annähernd festzulegen, wäre natürlich mit Schwierigkeiten verbunden. Es soll nur auf einiges hingewiesen werden.

Die Staatssprache wird natürlich die Sprache des Abgeordneten- und Herrenhauses, der österreichischen Delegation, der Staatsschuldkontrollkommission und des Staatsgerichtshofes sein müssen. In ihr müßten das Reichsgesetzblatt, die Landesgesetzblätter und Verordnungsblätter der Ministerien veröffentlicht werden. Selbstverständlich ist, daß in ihr die Münzen, Geld- und Postwertzeichen, Stempel und Staatspapiere bezeichnet werden müssen. (Die Scheidemünzen haben in Österreich bekanntlich bisher keine Umschrift, doch werden sie eine solche in Zukunft erhalten.)

Amtliche Kundmachungen, amtliche Aufschriften, Siegel und Amtsstempel werden ebenso in ihr geführt werden müssen wie die Matrikelführung — was sehr wichtig ist! — in ihr zu erfolgen hätte. Die zahllosen Umgestaltungen von Namen, die Umwandlung von deutschen in slawische wird dann unmöglich werden. Wichtig ist auch, daß sich die Eisenbahnkursbücher und -kartenwerke ihrer bedienen. Denn auch da gilt es, eine planmäßige Propaganda gegnerischer Art zu bekämpfen. Um eine Einheitlichkeit im Verkehr herbeizuführen, müßte nicht nur die Dienstsprache der k. k. Staatsbahnen, sondern aller Eisenbahnen und Schiffahrtsunternehmungen mit der Staatssprache gleichbedeutend sein!

Geradezu Kämpfe sind geführt worden und werden geführt um die Sprache der Eintragungen in den Einreichungsprotokollen, in den öffentlichen Büchern und Registern usw. Diese muß die deutsche sein.

Nur in dieser würde sich in der Folge der Verkehr der Staatsbehörden untereinander vollziehen dürfen; ebenso wie im *inneren* Dienst die Verhandlungssprache dieser Behörden keine andere sein darf, so wird auch der äußere Verkehr mit den Behörden und Parteien grundsätzlich zunächst in dieser Sprache zu erfolgen haben. Die Tschechisierung „via facti" würde dadurch gründlich verhindert werden!

Selbstverständlich müßten in der Staatssprache, und nur in dieser, bei allen staatlichen und autonomen Behörden sowie bei allen öffentlich-rechtlichen Körperschaften Eingaben überreicht und mündliche Erklärungen abgegeben werden können. In ihr hätte auch die Erledigung zu erfolgen.

Von höchster Wichtigkeit ist die Vorsorge, daß die in den Staatsdienst eintretenden Personen auch *wirklich* der Reichssprache mächtig sind. Es wird daher eine Bestimmung unbedingt getroffen werden müssen, daß alle Staatsprüfungen, praktische und Fachprüfungen, die bei der Aufnahme in den Staatsdienst gefordert werden, vor einer *deutschen* Prüfungskommission abzulegen sind.

Die Verhandlungs- und Amtssprache der Handels- und Gewerbekammern sowie der Ärzte- und Advokaten-, schließlich der Notariatskammern, Ingenieurkammern, Landeskulturräte, der Gewerbegenossenschaften und Krankenkassen, Bruderladen und Unfallversicherungs- und Pensionsversicherungsanstalten wird gleichfalls festgelegt werden müssen.

Besondere Bedeutung wird jenen gesetzlichen Bestimmungen zukommen, die über die Anwendung der Staatssprache in *mehrsprachigen* Gebieten entscheiden. Unter ihnen sind solche zu verstehen, wo neben der Staatssprache eine andere Sprache landesüblich ist.

Des ferneren ist von Wichtigkeit die Regelung der Sprache bei den staatlichen Landesbehörden, den Reichsämtern und den k. k. Obersten Gerichtshöfen. Bei diesen Stellen dürften nur Eingaben in der Staatssprache angenommen werden, in dieser müßten die Verhandlungen geführt, Verfügungen und Verordnungen getroffen werden. Kämen Erlässe und Kundmachungen in Betracht für Gebiete, in denen eine andere als die deutsche Sprache landesüblich ist, so wird ihnen eine *Übersetzung* beigegeben werden müssen.

Es soll das Recht des Sprachgebrauches der einzelnen Nationen *keineswegs* geschädigt werden, doch wird die Staatssprache in allen Belangen, die in Frage kommen, eine übergeordnete Bedeutung erhalten müssen. Die erste Instanz wird natürlich auch Eingaben in den landesüblichen Sprachen entgegenzunehmen und zu erledigen haben.

Bei der eigenartigen Gestaltung der Verhältnisse in Österreich wird besondere Aufmerksamkeit jenen Verfügungen zugewendet werden müssen, die den Verkehr mit den *autonomen* Körperschaften betreffen. Das sind die Gemeinde- und Bezirksvertretungen.

In Ländern, Gemeinden und Bezirken, wo die deutsche Sprache landesüblich ist, müßten logischerweise künftighin Eingaben in anderen Sprachen ausgeschaltet werden. Denn die Nötigung, diese anzunehmen, hat zu sehr vielen unangenehmen Weiterungen, Verzögerungen usw. geführt. Dies geschah nicht selten deshalb, weil die Sprache der Eingabe in einer anderen als der deutschen Sprache häufig nicht bedingt war durch die *Nichtkenntnis* der letzteren seitens der einreichenden

Personen! Es sprachen vielmehr oft nur politische Erwägungen dafür! Nachdem nun in den meisten deutschen Gebieten slawische, überaus rührige Minderheiten eingesprengt sind, haben diese, angeeifert durch Agitatoren, gerade nach dieser Richtung sich vielfach demonstrativ bekundet, unter Berufung auf die sogenannte „sprachliche Gleichberechtigung".

Hingegen wurden den Absichten der Deutschen im slawischen Sprachgebiet, ihre Sprache bei den autonomen Behörden verwenden zu können, die größten Hindernisse entgegengesetzt, obwohl hier nicht der gleiche Maßstab angelegt werden dürfte; denn das Deutsche ist, wie gesagt, wenngleich ohne gesetzliche Grundlage, doch die Vermittlungssprache in ganz Österreich. Deswegen wird festgelegt werden müssen, daß überall der Staatssprache dieselbe Berechtigung wie der landesüblichen zukommt. Amtliche Verlautbarungen werden in dieser und in der landesüblichen Sprache zu erfolgen haben. Von Bedeutung werden nach den trüben Erfahrungen, wie sich Prag und andere tschechische Städte mit einer sehr bedeutenden deutschen Minderheit gegenüber dieser verhielten, die Bestimmungen bezüglich der Aufschriften auf Orts- und Straßentafeln, Wegweisern und anderen Orientierungszeichen sein.

Damit ist nur ein Teil des Geltungs- und Wirkungsgebietes der Staatssprache umschrieben. Es ist, wie man schon aus dieser kurzen Skizzierung ersieht, eine ungeheuer wichtige Arbeit zu erfüllen durch die gesetzmäßige Festlegung aller Belange, für die sie in Frage kommt. Es ist gewiß nicht alles Heil zu erwarten von der paragraphenmäßigen Festlegung. Denn es kommt vor allem auf den Geist an, der ein Gesetz erfüllt, oder noch richtiger: derjenigen, die zur Ausführung der Gesetze bestimmt sind. Bei der nationalen Durchdringung der österreichischen Staatsbeamtenschaft werden Widerstände nicht ausbleiben und nur durch zielbewußte und kluge Energie überwunden werden. Vor allem wird nötig sein, die Einflußnahme der politischen Stellen — besonders der slavischen Abgeordneten — auf den Vollzug der Gesetze völlig auszuschalten. Gelingt dies, was freilich nur bei einer grundlegenden Änderung der bisherigen Regierungstaktik möglich wäre, so ist ein, wennauchl angsam eintretender, doch sicherer Erfolg zu erwarten.

Mit der Staatssprache wird auch der Staatsgedanke eine Festigung erhalten. Es werden jene Ansprüche, die ihm entgegen waren, verschwinden; Ansprüche, die den nationalen Gedanken über den staatlichen stellten. Wie verhängnisvoll dies schließlich hätte werden müssen, wissen wir nun. Der furchtbare Krieg hat der Beweise genug erbracht. Nur der zentralistische Gedanke war imstande, die auseinanderstrebenden Meinungen zusammenzuhalten und den Zusammen- und Auseinanderbruch, von dem die Gegner der österreichisch-ungarischen Monarchie träumten, zu verhindern. Es ist ein hohes Glück, daß die Staatsbeamtenschaft zumeist sich im Kern noch als gesund erwies und sich in der ernstesten Stunde auch die Lauen auf ihre Pflicht besannen. Aber viel Widerstände und Hindernisse wären erspart geblieben, wenn nicht jahrzehntelang an der Lockerung des Zentralismus von so vielen Seiten gearbeitet worden wäre!

## Vom Wert der Familie.

In dem Kreise einer Familie ist der Mensch vor dem Ärgsten bewahrt, in ihr entwickeln sich leicht die Arbeitsamkeit, die Opferwilligkeit, das Selbstvertrauen und die Zufriedenheit. In diesem Kreise gedeiht die Liebe zur Gemeinde, die Treue zum Vaterland.

Rosegger.

# Familie und Heimat als Urquelle für Deutschlands Erneuerung.

Von Professor Dr. Richard Ehrenberg, Rostock.

Ist es überhaupt möglich, die Bedeutung der Familie zu erfassen? Nur wer im Innersten daran zweifelt, ist vielleicht imstande, ein wenig davon zu vollbringen; er „küsset den letzten Saum ihres Kleides, heilige Schauer tief in der Brust".

Unser vielgegliederter sozialer Organismus ist aus der Familie erwachsen. Und noch jetzt, ja in aller Ewigkeit schafft sie dem Volke die Menschen, aus denen es besteht, ist sie als Liebesgemeinschaft der eigentliche Pflanzengarten aller Gemeinschaftsempfindungen, auf denen das Volksleben beruht. Und zwar hat, nach der natürlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, das Weib, die Mutter in aller Ewigkeit die höchsten Aufgaben der Familie zu lösen, während der Mann außerhalb der Familie im Daseinskampf die ihm eigentümliche Kraft stählt und hierdurch der Familie die Daseinsmöglichkeit schafft; auch das ist ein Bestandteil der ewigen Weltordnung. Es ist nicht überflüssig, an diese einfachsten Grundlagen alles Menschenlebens zu erinnern in einer Zeit, die sie täglich mißachtet.

Die Heimat ist die jüngere Schwester der Familie als Kraftquelle des Volkes. Die Jugend des Menschengeschlechts wanderte, wie es noch jetzt Jäger- und Nomadenvölker tun, wie auch noch jetzt jeder junge Mensch seine Wanderzeit durchmacht. Aber wie die Familie erst durch Ackerbau und Ansiedlung begann, die ihr eigentümliche Kulturkraft höher zu entwickeln, so ist es auch jetzt noch und für alle Zeiten die Heimat, die es der Familie ermöglicht, diese Kraft auszuüben. Ohne rechte Heimat auch keine rechte Familie. Und umgekehrt, es lernt der junge Mensch erst mit der Familiengründung den Zweck der Heimat zu schätzen. Die alte Fabel von dem Riesen Antäus, der immer wieder Kraft erlangte durch Berührung des Heimatbodens, sie hat ewige Wahrheit. Aber sie ist nur wahr für Menschen, welche den Unterschied von Heimat und Fremde schon kennen und im Innersten empfinden; dazu sind sie erst imstande als reife Menschen, nach Begründung des eigenen Herdes.

Ist das alles wirklich auch jetzt noch so? Wer unsere Zeit und ihre Erscheinungen kennt, muß daran zweifeln. Unausgesetzt nagt diese Zeit an Familie und Heimat. Mann, Frau und Kinder, sie streben ja sichtlich hinaus aus der Familie. Und leicht verlassen sie die Heimat. Ehelosigkeit, Geburtenrückgang, Unrast, Heimatlosigkeit, das sind die stärksten Kennzeichen unserer Zeit[1]).

Es sind Krankheitserscheinungen, gewiß; aber es sind Krankheiten, die in denselben Vorgängen wurzeln, welche auch die stärksten Kraftäußerungen unseres Zeitalters erzeugt haben, in den Vorgängen der sozialen Bewegung. Das bedingt außerordentliche Schwierigkeiten der Heilung.

Die riesenhafte Entwicklung des Verkehrs- und Erwerbslebens hat die seit vielen Jahrhunderten geringe Bewegung der sozialen Atome aufs stärkste beschleunigt,

[1]) Das Material zu allen diesen Sätzen und dessen wissenschaftliche Beantwortung findet man in folgenden Untersuchungen: Ehrenberg, Schwäche und Stärkung neuzeitlicher Arbeitsgemeinschaften (Archiv f. exakte Wirtschaftsforschung III, 329 ff.); Pieper, Die Häuslerkinder des Mecklenburg-Schwerin'schen Domaniums, ihr Beruf und ihre Abwanderung in die Stadt (Archiv V, 692 ff.); Ehrenberg, Die Familie und ihre Bedeutung für das Volksleben (Archiv VIII 1 ff., auch als besondere Schrift, Jena, Gustav Fischer 1916).

hat viel gebundene Kraft in lebendige verwandelt. Das wirtschaftliche Selbstinteresse wurde gereizt und hierdurch der Wille zur Arbeit außerhalb der Familie und der Heimat. Ihnen wurde dadurch viel Kraft entzogen; wir können auch sagen: viel Wärme.

Die der Familie und der Heimat entzogene Wärme verwandelte sich in soziale Bewegung, zuerst in wirtschaftliche Arbeit. Diese befriedigte nicht nur die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen, befriedigte auch das seit uralter Zeit im Menschen lebende, aber entschlummerte Bedürfnis nach Bewegung, die Freude an der Bewegung selbst, am Wechsel, weckte auch, soweit die Arbeit selbst Abwechslung gewährte, Freude an der Arbeit; soweit das aber nicht geschah, soweit die Arbeit im Gegenteil eintönig war, ging die Freude an der Arbeit selbst wieder verloren. Es blieb nur übrig die Freude am Ergebnis der Arbeit, am Erwerb, und auch das nur, soweit dieses Ergebnis ein gutes war; sonst blieb gar keine Freude über, gar keine Wärme.

Wer durch Arbeit wirtschaftlich vorwärtskommt, der erlangt dadurch die Möglichkeit, seine Bewegung wieder in Wärme zu verwandeln: er kann nicht nur sich und seine Familie gut ernähren, er kann auch seine Kinder gut erziehen und kann sich daran erfreuen, wenn ihm durch die Bewegung nicht schon allzuviel Wärme entzogen ist. Wer aber den Erwerb nur auf Genuß verwendet, der wird überhaupt nicht die nötige Lebenswärme wiedererlangen können. Er kann sich zwar in Gestalt von Nahrung viele Kalorien zuführen; aber diejenige Wärme, die man „Freude" nennt, geht ihm mit dem Genusse immer wieder verloren, und ihrer bedarf der Mensch doch ebenso sehr wie der körperlichen Wärme.

Wer die Lebensfreude verliert, weil er für Familie und Heimat nicht genug übrig behält und wer sie nicht durch wirtschaftliches Vorwärtskommen wiedererlangen kann, sei es, weil nicht genug erworben wird, sei es weil das Erwerben im Genuß vergeudet wird, der erlangt durch die soziale Bewegung schließlich nur Unlust, Unzufriedenheit. Sie entzieht ihm auch die letzte Wärmequelle: den Glauben. „Kein Jenseits gibt's, kein Wiederseh'n!"

Ein sozialer Organismus von solcher Beschaffenheit ist empfänglich für jede Infektionskrankheit. Die überall vorhandenen Bazillen der sozialen Gährung und Zersetzung finden in ihm einen wohlvorbereiteten Boden. Auch wenn äußerlich der Schein der Gesundheit noch so groß ist, kann die Krankheit im Innern doch schon starke Fortschritte machen, und gerade dieser Zustand erschwert die Heilung ganz besonders. Dagegen erleichtert das allgemein verbreitete starke Unbehagen Kurpfuschern, ihre Universal-Elixiere mit Erfolg anzupreisen.

Ein besonders einleuchtendes Rezept ist es, das Übel dadurch an der Wurzel zu packen, daß man das wirtschaftliche Selbstinteresse, den Trieb vorwärtszukommen, ganz ausschaltet. Wenn der Staat die Produktion übernimmt, so ist damit in der Tat das Übel gründlich ausgerottet. Aber es ist eine Kur nach Doktor Eisenbart. Das gleiche gilt von jeder sozialpolitischen Maßnahme, welche den Erwerbstrieb und namentlich dessen zentralen Kern, den Unternehmungsgeist, im Entstehen erstickt, auch von jeder Monopolwirtschaft.

Der menschliche Beharrungstrieb ist so stark, daß der Erwerbstrieb allein nicht ausreicht, um die soziale Bewegung vor Erschlaffung zu bewahren; er muß durch den Wettbewerb unterstützt werden. Ungezügelt sind beide zusammen freilich zu starke Reizmittel. Eine maßvolle Sozialpolitik, die sie nicht erstickt, aber ihre Wirkungen begrenzt (die Arbeitszeit verkürzt, Frauen- und Kinderarbeit stark einschränkt

usw.), ist an sich wohl geeignet, auf die soziale Bewegung heilsam zu wirken. Aber die für Familie und Heimat nötige Wärme kann sie nicht erzeugen und ihre Wirkung kann gar zu leicht jene Grenze überschreiten, die soziale Bewegung zu stark hemmen. Wir müssen nach anderen Mitteln Umschau halten, damit alle Kraft, welche das Übermaß sozialer Bewegung bisher der Familie, der Heimat entzogen hat, ihnen als Wärme wieder zugeführt werde als schöne Lebensfreude.

Das wird in unserer nächsten Zukunft nach dem Kriege unsere höchste Aufgabe sein. Der Krieg hat uns ja die Bedeutung von Familie und Heimat im hellsten Lichte gezeigt, aber auch ihre Schwäche. Er zeigt uns deutlich den Weg zu ihrer Wiederstärkung.

Als edelstes Organ des Volkes mußte die Familie vom Kriege ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen werden. Nirgends war der Krieg so stark, so unausgesetzt empfunden, in seiner Härte mehr von den Frauen, in seiner Notwendigkeit mehr von den Männern. Millionen deutscher Väter und Söhne stehen im Felde. Wieviele von ihnen sind gefallen! Wieviele sind verwundet und krank! Millionen deutscher Frauen und Mütter denken ihrer in zehrender Sorge, in brennendem Schmerze. Ihre Kinder müssen schon jahrelang den Vater entbehren, sehen ihn vielleicht niemals wieder. Der Vater weiß: der Kampf muß für Kinder und Kindeskinder durchgefochten werden. Aber auch er denkt an seine Familie und Heimat, erkennt jetzt erst so recht, was sie für ihn bedeuten, was nach dem Kriege ihnen durch sie wieder zuteil werden soll.

Die Familie soll jetzt und in der Folgezeit das Höchste leisten, die in der Heimat wurzelnde Familie; denn nur sie ist dazu imstande, nicht eine Familie, die irgendwo in einem Riesenhause der Großstadt vielleicht in einer Hofwohnung vegetiert, deren Mutter außerhalb der Familie arbeitet, deren Kinder auf der Straße spielen.

Von jeder Familie wird jetzt und künftig verlangt, daß sie *mit möglichst wenig möglichst viel leistet*. Welche Kunst ist nötig, um dieser Erwartung zu entsprechen: tägliche Sorge, tägliche Mühe! Nur so werden wir die Verluste einbringen, die der große Krieg unserem Volkswohlstande zufügt. Ist die Familie schon fähig, dies zu leisten? Wie leben jetzt unsere oft so hoch entlöhnten Arbeiterfamilien? Wie die meist weit ungünstiger gestellten Familien des Mittelstandes, bis weit hinauf in dessen Oberschichten?

Die Familie muß jetzt wieder *Eigenproduktion* lernen: Gartenbau, Geflügelzucht, Schweinemast und noch manches andere. Das sind unschätzbare Hilfen für die Aufgabe, mit möglichst wenig möglichst viel zu leisten. Auch für die Erziehung der Kinder, vor allem der Mädchen; eine höchst reaktionäre Anschauung, die aber jetzt ihren Weg vielleicht rascher machen wird, als wir vor dem Kriege dachten. Wo sind bisher die Ergebnisse der Eigenproduktion unserer Familien? Haben sie die Eigenproduktion wieder gelernt? Wie können sie das, trotz großstädtischer Wohnungsverhältnisse?

Vor allem brauchen wir eine starke *Wiederzunahme der Geburten*, brauchen gebärtüchtige und gebärwillige Frauen, nicht nur um die Kriegsverluste zu ersetzen, sondern auch für die weitere Stärkung unserer Volkskraft, sowohl unserer Wehrmacht wie unserer friedlichen Leistungsfähigkeit. Bisher sind wir noch lange nicht imstande gewesen, für Landwirtschaft und Industrie genug Menschenkraft selbst zu erzeugen. Wie soll das erst künftig werden, wenn wir im Osten weite Gebiete deutsch kolonisieren sollen, um unsere Ernährung besser als bisher zu sichern und stärkere Dämme zu errichten gegenüber dem auf die Dauer unausbleiblichen

erneuten Andrängen der Slawen und der Mongolen mit ihrem unerschöpflichen Reichtum an Geburten! Mit dem in Berlin und anderen Großstädten schon herrschenden Zweikindersystem werden wir das sicher nicht vollbringen.

Darüber hinaus geht unser Bedürfnis nach Veredlung der deutschen Volkskraft. Das haben wir ja erst im Kriege so recht erkannt: nicht in der Zahl liegt unsere höchste Kraft, sondern in dem Kulturzustande des Volkes. Die tiefsten, unzerstörbaren Wurzeln dieser Veredlung kann nur die Familie durch ihre Erziehung ausbilden, die in der Heimat wurzelnde Familie. Diese Familien sind es, welche immer wieder edle, volle Persönlichkeiten erzeugen und soweit bringen, daß ihr Verpflanzung in den Strom der Welt ihre Wurzeln nicht mehr schädigt, sondern stärkt. Was verdanken wir doch dem Bauernstand, dem ländlichen Pfarrhaus, diesen fruchtbaren Heimstätten für die Entwicklung starker Persönlichkeiten, nicht zuletzt auch dem Landgut des alten Adels! Wenn wir jetzt im Weltkriege siegen, wieviel verdanken wir von diesem Siege noch jener Zeit, in der die Väter wurzelten und wuchsen! Sie war weit reicher an großen, starken Persönlichkeiten als die unsere. Ihr Geist leuchtet uns voran, im Frieden wie im Kriege. Was tüchtig, widerstandsfähig ist in unserer Volksmasse, weist deutlich zurück auf die Kraftquellen jener Zeit. Wo ist die größere Widerstandskraft gegen Zersetzung, in Pommern oder in Berlin?

Alle Familien, die noch im Heimatboden wurzeln, mögen es Fürstenfamilien sein oder Arbeiterfamilien, sie sind die eigentlichen Pflanzschulen solcher Veredlung der Volkskraft. Sie setzt voraus, daß schon bei der Wahl des Lebensgenossen die echten Werte voranstehen, daß das Verhältnis der Ehegatten zueinander sich wieder veredelt, daß die Eltern die rechte Autorität haben gegenüber den Kindern, daß die Familie für die Kinder wieder das Schönste auf der Welt wird, der Ort, wo sie gern bleiben, wohin sie sich ihr Leben lang zurücksehnen.

Welche neue Aufgaben erwachsen der Familie als Organ der Überlieferung! Wie wird sie das Andenken an die Taten der Väter pflegen müssen, an die Heimleistungen der Mütter, an die ganze große schwere Zeit! An ihre für alle Zeit so unendlich wertvollen Lehren! Wie muß die Heimatsfamilie den Geist des neuen Deutschlands aus dieser Überlieferung entwickeln, Geschlecht auf Geschlecht! Was verlangt das neue Deutschland alles von der Familie! Welche Verantwortung hat sie zu tragen!

Die Heimatsfamilie, das wollen wir vor allem festhalten, sie hat Deutschlands Erneuerung zu vollbringen, die in der Heimat wurzelnde Familie.

Wo hat die Heimatsfamilie das Werk der Erneuerung zu vollbringen? Sie muß damit oben und unten beginnen, durch das Vorbild der bisherigen Heimatsfamilien und durch die Pflanzung neuer Heimatsfamilien.

Schon jetzt wirkt jede Heimatsfamilie, bewußt oder unbewußt, als Vorbild für ihre nächste Umgebung, wie wir das namentlich auf dem Lande noch an vielen Stellen beobachten können, aber auch in den Städten, auf etwas andere Weise: jede Familie, die ihre Schuldigkeit gegenüber dem Vaterlande tut in freudiger Bereitschaft, wirkt dadurch auf ihre nächste Umgebung. Leider ist unsere Politik, unsere Kriegswirtschaft so wenig angetan, dies zu befördern. Aber was hier nicht gelingt, vollzieht sich auf anderen, höheren Stufen: durch Hingabe des Lebens und der besten Arbeitskraft. Es gibt Mittel, dieses Werk zu fördern.

Die Heimatsfamilien können sich zusammenschließen und gemeinsam wirken. Jedes Volkselement, das durch die Entwicklung des Volkes geschädigt wird, im Kampf der verschiedenen Interessen, auch der höchsten, bedarf einer kräftigen Interessen-

Vertretung. „Interessen" sind ja nicht nur persönliche, sondern auch sachliche Interessen, Teile des Gesamtwohls. Das Interesse der deutschen Familie verlangt eine Vertretung. Dieser Gedanke ist bei uns erwacht und ringt nach Gestaltung.

Die bisherigen Bestrebungen für Jugendpflege, Wohnungsreform, Kleinsiedlung, Veredelung unseres Hausrats, vernünftige Gestaltung unseres Verbrauchs, Kleidungsreform usw. leiden an Mangel einheitlicher Richtung. Jede für sich ist noch zu schwach, um ihr Ziel zu erreichen, um die Widerstände zu überwinden, die aus dem trägen Beharren, aus Mißverstehen der eigenen Interessen, aber auch aus zu weitgehenden, revolutionären Zielpunkten erwachsen. Ihre Zusammenfassung und maßvolle Gestaltung im Lichte des deutschen Familien- und Heimatsgedankens ist notwendig. Diese Zusammenfassung darf sich nicht richten gegen die bisherigen Organisationen, muß vielmehr für alle einen geistigen Mittelpunkt schaffen.

Versuche zur Herstellung einer solchen Organisation sind neuerdings schon zustande gekommen. Dahin gehört die Düsseldorfer Vereinigung für Familienwohl, welche gebildet ist von einer größeren Anzahl von Vereinen, und welche ihre Zwecke zu erreichen sucht durch eine Reihe von Arbeitsausschüssen für sittliche und erzieherische Fragen, für gesundheitliche Fragen, für polizeiliche und strafrechtliche Fragen, für Steuerfragen, für Gehalts- und Lohnfragen, für Erziehungsbeihilfen und ähnliche Förderung kinderreicher Familien, für Wohnungs- und Siedlungsfragen, für Presse-Angelegenheiten usw. Die Geschäftsführung der Vereinigung ist dem Vorstand des Bezirksvereins vom Roten Kreuz übertragen worden. Den Vorsitz der Vereinigung hat der Regierungspräsident übernommen, der Vorsitz in den einzelnen Ausschüssen ist angesehenen Sachkennern übertragen worden.

Die Ausschüsse haben z. B. eine Erhebung veranstaltet über die brennende Frage „Wo wohnen kinderreiche Familien?" haben die bedeutsamen Ergebnisse den Behörden und den anderen beteiligten Kreisen mitgeteilt und daraufhin Vorschläge zur Abhilfe der Wohnungsnot ausgearbeitet. Sie haben eine treffliche Schrift „Wider die Kinderscheu" veröffentlicht und stark verbreitet, haben eindringende Erörterungen veranstaltet über die Frage, ob es wünschenswert und durchführbar ist, den Lohn bzw. Gehalt nach der Kopfzahl der Familien abzustufen und im gleichen Sinne auch die Arbeiterversicherung auszugestalten usw. Geistliche, Ärzte, Schulmänner, Arbeitgeber und Arbeiter haben sich besonders lebhaft an den Arbeiten beteiligt. Angeschlossen haben sich der Vereinigung: Frauen-Vereine, Hausfrauen-Vereine, Ärzte-Vereine, Vereine für Volksgesundheitspflege, Beamten-Vereine, Handelskammern, Säuglingsfürsorge-Vereine, Haus- und Grundbesitzer-Vereine, Baugenossenschaften, Lehrervereine, Jugendpflege-Vereine, Wöchnerinnen-Asyle, Kirchliche Vereine, Hauspflege-Vereine, sogar eine Anzahl von Gemeinden, ferner einzelne große Fabriken usw.

Ein zweiter Versuch geht aus von einem „Bund für deutsche Familie und Volkskraft" in Karlsruhe. Nach dem Aufruf geht er vorzugsweise auf sittliche Erneuerung aus. Er will die Herrschaft des Intellektualismus, den Materialismus, den Individualismus bekämpfen. Die praktische Arbeit hat sich bisher beschränkt auf den Kampf für geschlechtliche Sittlichkeit.

Ein dritter Ansatz einer Organisation, wie sie geschaffen werden muß, ist die „Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungs-Politik". Ihr Rahmen ist territorial und sachlich weit gespannt. Es wäre vor allem zu wünschen, daß er die Flagge der deutschen Heimatsfamilie hissen möge. „Bevölkerungspolitik" ist ein blasser Begriff, der auch leicht zu dem Glauben Anlaß gibt, als könne man den

Problemen, die auf diesem Gebiete vorliegen, vorzugsweise oder gar ausschließlich mit politischen Mitteln beikommen. Die Gesellschaft hat aber im Jahre 1916 in Darmstadt eine Tagung veranstaltet über den „Neuaufbau des deutschen Familienlebens nach dem Kriege", mit Berichten über die gesundheitliche und über die sittlich-religiöse Seite des großen Problems, über Kinderzahl, Kinderpflege, Kindererziehung, Wohnungswesen, über die deutsche Frau als Hausfrau, Gattin und Mutter. Wie aus den Verhandlungen und auch sonst aus den „Mitteilungen" der genannten Gesellschaft ersichtlich ist, gehen die Anschauungen in ihr noch recht weit auseinander.

Nun darf gewiß nichts unterlassen werden, um die für das ganze Gebiet grundlegenden Anschauungen zu klären. Aber die Besorgnis ist nicht abzuweisen, daß man sich hierdurch leicht von dem Wege zum Ziele entfernen könnte. Ein einheitlicher Boden ist schon durch den Familien- und Heimatgedanken gegeben. Er ist so verständlich, daß er einer weiteren Erläuterung kaum bedarf. Zu ihm führen die verschiedensten geistigen Wege: durch die Religion, durch die Sozialwissenschaft, durch die Hygiene. Wie ich glaube, lassen sie sich sämtlich zusammenfassen im Begriff der „Sozialen Energetik". Aber einstweilen ist auch das nicht nötig, um praktisches Wirken zu erzielen, praktisches Wirken und vor allem Zusammenwirken der Heimatfamilien aller Volksgruppen. Hier darf keine Kraft ausgeschlossen werden, die in Familie und Heimat wurzelt, gleichviel, welches ihre Zugehörigkeit sonst ist, kein Stand, keine Religion, keine Gedankenrichtung. Nur dann werden Familie und Heimat das sein, was sie von Natur sind: die besten Mittel unserer Einigung und damit unsere Stärkung.

Zu erreichen ist dieses Ziel nur, wenn der Wiederaufbau der deutschen Volkskraft *von unten* auf in Angriff genommen wird durch Schaffung zahlreicher Heimatsfamilien der Volksmasse. Dabei denke ich nicht an die Heimstätten-Bewegung der Bodenreformer und auch nicht an die Schaffung von kleinen Eigentumsstellen. Beide stecken ihr Ziel zu hoch und sind deshalb in dem durchaus nötigen Umfange noch gar nicht durchzuführen; die Heimstätten-Bewegung hat auch sonst viel Utopisches. Vielmehr denke ich an den Weg, den uns Schrebergärten und städtische Pachtäcker, namentlich jetzt im Kriege weisen und auf dem Lande die Kleinpachtungen von Gemeindeland, im mecklenburgisch-schwerinschen Domanium, die sog. „Einlieger-Kompetenzen"[1]).

Dabei handelt es sich um nichts Geringeres als darum, die herausgebrochene *unterste* Sprosse der sozialen Stufenleiter zu heben und hierdurch wieder einzufügen die Schicht der freien Landarbeiter. Nur aus ihr wird sich das Volk auf die Dauer immer wieder erneuern können. Jetzt ist sie zum allmählichen, in vielen Gegenden schon zum raschen Aussterben verurteilt. Ihr Wiederaufbau ist der dringendste und mächtigste Teil des Wiederaufbaues der ganzen Volkskraft. Dazu ist jetzt der letzte oder beste Augenblick gekommen, die Zeit höchster Teuerung in den Städten, die Zeit des stärksten Mangels an Arbeitskräften auf dem Lande.

[1]) Hierüber unterrichten folgende Drucksachen, die ich auf Wunsch gerne verschicke: 1. Bisherige Hauptergebnisse der Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, für Kleinsiedlung und Landarbeit. 2. Grundzüge einer Organisation zur Durchführung der Pachtsiedlung auf Gemeindeland.

# Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. April 1918.)

## Der Wille zum Sieg.

„Kein schöneres Zeugnis für ein Heer, als wenn es ohne ein reines Gewissen nicht zu siegen vermag", sagt der schwäbische Dichter Heinrich Schäff in seinem trefflichen Spruchbüchlein „Im Zeichen der Stunde".

Gott sei Lob und Dank: wir haben ein Heer, das mit reinem Gewissen seit 4 Jahren von Erfolg zu Erfolg schreitet! Gerade die herrlichen, in ihrer Art im ganzen Weltkrieg noch von keiner Seite erfochtenen Siege, die mit dem Vorstoß gegen die englisch-französische Front am 21. März ihren Anfang nahmen, beweisen, daß seit den Augusttagen des Jahres 1914 der ehrliche, im Bewußtsein der Schuldlosigkeit wurzelnde, deutsche Zorn über Einkreisung und Überfall und der gerechte Vergeltungswille ungebrochen weiterleben und daß beide sich nach wie vor in Kriegstaten von hinreißender Größe umzusetzen vermögen. Man lasse es ja nicht außer acht: zur wahren Gerechtigkeit gehören untrennbar auch Strafe und Vergeltung! Sie sind Pflicht des Richtenden, und wo sie fehlen und durch unerklärliche Milde und Verzicht auf Vergeltung ersetzt werden, entsteht nicht, wie man uns einreden möchte, ewiger Friede, sondern Anarchie. Darum ist Demütigung der beutelüsternen Feinde, bis sie unsere gerechte Übermacht anerkennen, unsere Pflicht. Im Gedanken eines vorzeitigen Friedens um jeden Preis steckt aber eine ungeheure und unverantwortliche Ungerechtigkeit gegen das eigene Volk, dem die Kriegsleiden vom Feinde aufgezwungen sind, und gegen die ganze Welt.

„Es ist also den Deutschen am Abend des zweiten Schlachttages gelungen, was bisher keine Heeresmacht auf der Westfront, sei es durch plötzliche Angriffe, sei es durch eine andauernde Offensive, jemals erreicht hat, nämlich der Durchbruch durch das gesamte feindliche Verteidigungssystem bis in das dahinter liegende Gelände", schrieb ein neutraler Zeuge der „Nieuwe Rotterdamsche Courant". Schon am 24. März waren einzelne Teile der deutschen Infanterie in einem Zuge über 40 km weit vorgestoßen. Verluste an Kriegsmaterial, Toten und Verwundeten schwerster Art, fluchtähnlicher Rückzug, plan- und zusammenhangloses Einsetzen von Reserven kennzeichneten die schwere Erschütterung des feindlichen Heeres, für das die Gefahr der Zerreißung und Aufrollung nach zwei Seiten mit jedem folgenden Tage größer wurde.

Abgesehen von einem in dreimal 24 Stunden erzielten Geländegewinn wie ihn die Entente in monatelangem Anrennen nicht erreichte, wog der moralische Eindruck ungeheuer schwer. Während bei uns die Fahnen freudig flatterten und die Stimmung nach langer, atemloser Spannung in ihrer erhebenden Gewalt wieder einmal der des Kriegsanfanges glich, erscholl auf feindlicher Seite, zumal in England, der Schrei nach Hilfstruppen „bis zum letzten Mann" in vorher kaum vernommener Stärke. In Paris, das gleichzeitig nicht nur durch Fliegerbomben, sondern durch das geheimnisvolle weittragende Kruppgeschütz den Krieg stärker denn je am eigenen Leibe zu spüren bekam, verfingen die üblichen Beruhigungsversuche durch Presse und Ministerreden wenig oder gar nicht, und es setzte eine allgemeine Flucht nach dem Süden ein. Wird die Gefahr für die englisch-französische Armee durch den Fall von Amiens noch größer und tritt die Bedrohung von Paris in den Bereich der Möglichkeit, erscheint es uns nicht ausgeschlossen, daß die

Stimmung dort katastrophal umschlägt. Auch auf England würde es kaum ungünstig für uns wirken, wenn ihm unsere neuen Geschütze die schon durch die Luftflotte durchlöcherte insulare Unberührbarkeit noch stärker zu Gemüte führten.

Wir haben demnach alle Ursache, demütigen und doch stolzen Herzens Gott zu danken, — dafür zu danken, daß er während des Krieges unsere Heerführer zu Helden von Riesenausmaß heranwachsen und den Geist unserer Truppen zu einer unauslöschlichen Flamme der hingebenden Vaterlandsliebe anschwellen ließ. Wir können und müssen zuversichtlich sein.

Der Wille zum Sieg ist der Boden, auf dem das deutsche Schicksal durch das Dunkel unaufhaltsam zum Licht emporwächst!

Wehe denen, die diesen Willen nicht aufbringen konnten oder gar nicht aufbringen wollten! Sie mögen froh sein, wenn nur der Fluch der Lächerlichkeit in den Augen der kommenden deutschen Geschlechter auf ihnen lastet! Sie mögen sich vorsehn, daß nicht schlimmere Vorwürfe gegen sie erhoben werden!

„Möchte das deutsche Volk, besonders seine erwählten Vertreter, aus der Größe der Leistungen erneut das feste Vertrauen schöpfen, daß das deutsche Schwert uns den Frieden erzwingen wird. Möchte es erkennen, daß es jetzt heißt, auch in der Heimat mit gespannter Ausdauer Siegeswillen zu zeigen, dann wird der kommende Weltfrieden durch deutsche Kraft gesicherter sein wie bisher. Dazu helfe uns Gott."

So drahtete angesichts der herzerhebenden deutschen Siege unser Kaiser an den deutschen Reichstag!

„Brite und Franzose dürfen nicht glauben, daß die neuen Blutopfer, die sie uns aufgezwungen haben, umsonst gebracht sein sollen. Mit der Armee weiß ich, daß der Reichstag diesen Wunsch der Tapferen hier vorn, der besten Söhne des Volkes, versteht und auch seinerseits für einen kraftvollen deutschen Frieden eintreten wird, der allein uns fortan vor einem Kriege bewahren kann."

So drahtete Hindenburg an den Vizepräsidenten des Reichstages!

Und an Bremen drahtete er: „Wenn der Siegeswille daheim so stark ist wie bei der Truppe, dann ist Deutschlands Zukunft gesichert."

Diese Kundgebungen, in ihrer soldatischen Klarheit und Kürze, enthalten eine Welt von Urteil, Mahnung, Erwartung, Forderung, von Zielbewußtsein, Führerwillen, Erkenntnis, Tatkraft und Heldengeist. Diese Sprache ist die Sprache der berufenen Volksführer!

Ein Hundsfott, wer sie nicht versteht und sein Ohr anderen Führern leiht!

### Von edlen Beweggründen:

Wem ist es nicht aufgefallen, daß sofort nach den ersten Siegesnachrichten mit der — leider während der ganzen Kriegsdauer schon genugsam bekannt gewordenen — automatischen Regelmäßigkeit in der bei uns erscheinenden internationalen Presse Bremsversuche einsetzten, um die Stimmung zu dämpfen und den Siegeswillen im Aufflammen zu ersticken? Da hieß es im „Vorwärts" ungefähr ganz rasch so: das Gefährlichste, was man tun könnte, wäre, den Sieg zu weit zu treiben, da das die Erbitterung der Feinde unnötig anstacheln müßte!

Wenn das nur unbelehrbar naive, grundfalsche Seelenausdeutung gegenüber unseren Feinden wäre, könnte man beinahe noch froh sein. Aber es fällt einem leider Gottes immer wieder jene Instruktion ein, welche auf einer sozialistischen Presse-

zusammenkunft am 28. September 1914 aufgestellt wurde: „Die Parteipresse soll dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibereien entgegenwirken und Annexionsgelüste bekämpfen." Es fällt einem auch wieder das von Scheidemann am 18. Juli 1917 in Kassel abgelegte Geständnis ein, wonach „der Verständigungsfriede sozialdemokratische Ziele verfolgt".

Mit dem Vorwurf der Böswilligkeit soll man ja so vorsichtig wie möglich sein. Er nutzt obendrein nichts, selbst wenn er zutreffen sollte, und verschärft die Gehässigkeit der — mit Recht oder Unrecht — davon Betroffenen.

Kann man es überdies jemand verdenken, daß er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf seine Art eine ihm möglich und richtig erscheinende Politik treibt, selbst wenn sie noch so dilettantisch und gefährlich wäre, wenn ihm die Staatsleitung nicht nur dazu Gelegenheit gibt, sondern ihn dazu geradezu ermuntert und herausfordert?

Man kann sich nicht wundern, wenn dann auch der Unberufenste sich für berufen hält. Eitelkeit, Ehrgeiz, falsche Selbsteinschätzung, Fanatismus treiben viele an, sich Einfluß auf den Gang der Dinge zu verschaffen. Wenn man es jedem gestattet, ist es ganz erklärlich, daß der Blick dafür, wer denn eigentlich die Geschicke des Staates zu bestimmen hätte, und welche Richtlinien dafür allein maßgebend sind, mehr und mehr verloren geht. (Auch eine Erbschaft aus Bethmanns Zeiten, den man nachgerade als die Wurzel alles Übels ansprechen darf!) Es ist dann nur ganz folgerichtig, wenn der „Vorwärts" mit Rücksicht auf die landesverräterischen Rüstungsstreiks und ihre Beurteilung durch den Grafen Czernin lediglich meint, „daß über die beste Art, den Frieden rasch herbeizuführen, die Meinungen sehr weit auseinander gehn". Man schwankt dabei nur, ob man sich mehr über den zynischen Größenwahn des „Vorwärts" oder über die Saumseligkeit von anderer Seite, die ihn hochgepäppelt hat, verwundern soll.

Im Zusammenhang mit solchen Redewendungen wird auch immer gern auf die Lauterkeit der Beweggründe verwiesen, die z. B. gerade den Streiks oder der Verzichtfriedensbewegung und ähnlichen Erscheinungen zugrunde lägen. Hierauf muß etwas näher eingegangen werden, da unsere Regierung, wie in dieser Zeitschrift schon oft hervorgehoben wurde, allem Anschein nach auf dem Standpunkt steht, daß man jeder Bewegung ihre Berechtigung zuerkennen und sie gewähren lassen müsse, um so mehr, wenn eben ihre Beweggründe von allgemein „menschlichen" Gesichtspunkten edel wären. Man schwärmt für „Objektivität" und für ein sachliches über den Parteien Schweben!

Wenn man sich dabei nur nicht selbst betrügt und sich aus Unklarheit und aus Furcht, als vorurteilsvoll und rückschrittlich verschrien zu werden, jeder festen Richtung begibt und Gedanken annimmt, die von Feinden einer starken Staatsgewalt stammen!

Unserer Auffassung nach ist es keineswegs Amt und Aufgabe von Fürst und Regierung, mit gekreuzten Armen dem allgemeinen Chaos zuzusehn! Dazu sind beide ganz entbehrlich! Es genügt auch nicht, sich nach Bedarf oder Notwendigkeit an die Spitze der jeweils stärksten „Bewegung" zu stellen, die sich aus dem Chaos als neuester Abschnitt der künstlich geschaffenen „unaufhaltsamen Entwicklung" herausschält. Aufgabe und Amt von Fürst und Regierung sind vielmehr, das Chaos in eine straff gegliederte Ordnung umzuwandeln, jeden an den Platz zu stellen, der ihm nach Fähigkeit und Charakter gebührt, und das Volk zu einer richtigen, weisen Selbsteinschätzung zu erziehn, anstatt durch allgemeines Gewähren-

lassen die Selbstüberschätzung zum Gemeingut und zur Nationaleigentümlichkeit zu machen. (Dazu gehört allerdings mehr Arbeit als zu parlamentarischen Augenblickserfolgen.) Es geht nicht an, daß die edlen Beweggründe alles decken dürfen. Ein unreifes Kind kann aus edlem Beweggrund für die darbende Mutter stehlen. Aus edlem Beweggrund glaubt der Anarchist den Fürstenmord verantworten zu können. Man kann zur Not edle Beweggründe entdecken, wenn das Volk die Bäcker- und Fleischerläden stürmt und die Waren unter sich verteilt — aber die Folgen sind allemal verhängnisvoll. Genau so wie es ein Wahn ist, allen Völkern — Hottentotten, Tungusen, Romanen, Chinesen, Germanen, Slawen — die nämliche Reife zur Selbstbestimmung zuzusprechen, ebenso gefährlich ist es, jeden Gedanken und jeden Kopf als mündig und gleichwertig zu behandeln. Es ist daher verschwommene Gefühlsduselei, die auf die Dauer staatsgefährlich wirkt, oder nackter Mangel an Übersicht, wenn man die strenge Scheidung zwischen Berufenen und Unberufenen unterläßt. Es sind Kräfte genug am Werke, welche die nach Erfahrung, Leistung, Familie, Zucht, Selbstzucht, Voraussicht, Weisheit und Tatkraft tatsächlich Berufenen ausschalten und sie dem Volke verleiden wollen! Man denke z. B. nur an die Beschimpfungen und Herabsetzungen mancher Heerführer! Es gibt eben nicht nur verschiedene, gleich zu wertende, „relativ" richtige Ansichten, sondern es gibt richtige und falsche Ansichten, und der Staat hat, allgemein und besonders in der Beschaffenheit seiner Organe, dafür zu sorgen, daß die falschen nicht zur Geltung und Wirkung kommen, seien die dahinter steckenden Beweggründe noch so edel!

Es ist uns wahrlich teuer genug zu stehen gekommen, daß Bethmann sich nicht zu dieser Auffassung bekannte. Herr Scheidemann hat zwar manches durch den „Vorwärts" ableugnen lassen, aber es sind Zeugen dafür vorhanden, daß ihm im Jahre 1917 ein an verantwortungsvoller Stelle im Osten stehender Herr ins Gesicht gesagt hat — in Wilna pfeifen's die Spatzen von den Dächern —: „Herr Scheidemann, Sie tragen eine furchtbare Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber, wie ich sie nicht ins Grab nehmen möchte! Sie haben durch die Worte von dem annexionslosen Frieden den Krieg verlängert, als der russische Arbeiter- und Soldatenrat Ende März einen Sonderfrieden mit uns schließen wollte. Wir hätten Frieden bekommen und alles erhalten, was wir haben wollten, wenn Sie nicht dazwischen gekommen wären und den Krieg verlängert hätten!"[1])

Es ist eine untilgbare Schuld Bethmanns, daß er auf die Stimme der Unberufensten, der geschichtlich und außenpolitisch Unmündigsten, der in reaktionärem Doktrinarismus unheilbar Verstrickten, auf die Stimme von Leuten, denen das Parteiprogramm über das Vaterland geht, gehört und somit den Krieg im Osten verlängert hat. Wie der sonst von Friedensredensarten triefende Scheidemann vor dem deutschen Volke dasteht, braucht nicht erörtert zu werden. Nur blutet einem das Herz, wenn man bedenkt, was diese Schwäche des damaligen Kanzlers gegenüber einem Unberufenen uns gekostet hat. Sagt man, die Verfassung, das allgemeine gleiche Wahlrecht, der daraus entstandene Reichstag hätten eine solche Schwäche um des inneren Friedens willen zur eisernen Notwendigkeit, zur „Zwangsläufigkeit" gemacht — nun, so ziehe man die Folgerungen gegenüber einer solchen Verfassung!

Nebenbei: muß man die Beweggründe des Herrn Scheidemann für edel halten — besonders angesichts des oben angeführten, in Kassel gemachten Geständnisses?

[1]) S. auch den Aufsatz „Die Kriegsverlängerer" von Eckart Wasch in Jahrg. I Heft 8 dieser Zeitschrift.

## Ein schwarzes Blatt.

Eitelkeit, Streben nach und Kleben an der Macht finden sich überall. Bei Bethmann kommt man allmählich dahinter, daß er die ganze Weltgeschichte auf sein Verbleiben im Amte zuzuschneiden versuchte. Das erklärt wohl auch sein Verhalten im angeführten Falle. Man kann auch sagen, daß er die Weltgeschichte durchaus so frisieren wollte, daß seine Unfehlbarkeit dadurch belegt wurde. Er ist leider nicht ohne Nachahmer in diesem Bestreben geblieben, und das Unglück wollte es, daß er eine ihm in dieser Beziehung verwandte Seele in weltgeschichtlicher Entscheidungsstunde auf den für unser Geschick wichtigsten Posten schickte.

Wie gerne würde man sich an die für die englische Seele kennzeichnende, für uns im Grunde ehrenvolle Auffassung klammern, daß gerade der Fürst Lichnowsky von Berlin aus mit voller Absicht nach London gesetzt worden sei, um durch strahlende Harmlosigkeit die Engländer irrezuführen! Man wäre ja von Herzen froh, wenn dem so wäre! Aber dann hätte er dort nur eine Rolle gespielt, hätte wohl kaum seine Denkschrift veröffentlicht, wäre nicht im Zorn sondern unter hoher Belobigung aus dem Auswärtigen Amt geschieden oder gar noch darin. Einen solchen Streich bekämen wohl die Engländer fertig, — aber die nachbismarckische Wilhelmstraße? Im Gegenteil ist die Denkschrift ja leider so, daß so mancher, der sie las, zuerst an eine englische Fälschung dachte!

Lichnowsky ist zwar Fürst, zeigt sich aber in seiner Denkschrift vollständig als „kleiner Mann". Seine anbetende Verhimmelung des englischen »gentleman« hat geradezu etwas von der Art eines Emporkömmlings und beweist eine erschreckende und würdelose Unsicherheit sowie einen erstaunlichen Mangel an Selbstgefühl und selbständigem Urteil. Auf ein bißchen Liebenswürdigkeit von Hof und Gesellschaft, die einem deutschen Botschafter gegenüber einfach selbstverständlich ist, fällt er glatt hinein und hält sie für etwas so Außerordentliches, daß er sie — anfangs wohl überrascht, dann aber mit desto mehr Selbstgefühl — nur seinen eigenen Verdiensten zuschreibt.

Es ist zu beschämend und traurig, sich mit dem Inhalt der Denkschrift näher zu befassen. Er ist überdies durch die Tageszeitungen genügend bekannt geworden. „Sie haben eine Urteilskraft wie Lichnowsky", wird in Zukunft als Beleidigung gelten dürfen. Diese Urteilskraft erhellt zur Genüge aus dem Wort des Fürsten „wie überhaupt Winkelzügigkeit nicht im Wesen des Engländers liegt" und aus seinem Geständnis, daß er dem Mord in Serajewo „keine weitgehende Bedeutung" beimaß. Seine ganze kleingeistige Engherzigkeit tritt aber wohl am deutlichsten hervor, wenn er über Bismarck urteilt und an dessen große, selbstlose Politik seine nichtigen, eitlen und egoistischen Maßstäbe legt. — Geradezu schlecht wird einem, wenn man das gänzliche Fehlen von nationalem Willen, nationaler Hoffnung, ja nationalem Bewußtsein erkennen muß, das den Fürsten in seiner Politik gegenüber England leitete. Er hält England unabänderlich für das mächtige, herrschende Volk, an dessen ewiger Allmacht zu zweifeln eine Vermessenheit wäre und von dem man daher hübsch bescheiden eine Verständigung zu erkaufen trachtet. Man hat es erlebt, was bei einer solchen Instinkt-, Willens- und Würdelosigkeit herausgekommen ist.

Zu des Fürsten Entlastung ist anzuführen, daß er auf nationales Zielbewußtsein im Auswärtigen Amt voraussichtlich nirgends gestoßen ist und bei der Hilflosigkeit seines Urteils annehmen mußte, daß höchste diplomatische Kunst mit Mangel an irgendwelchen vaterländischen Bemühungen gleichbedeutend sei. Was seine

weltpolitischen Betrachtungen und Pläne angeht, so sind sie durch die oben angeführten Urteile gerichtet. Er ist mit der Gentleman-Liebenswürdigkeit der Engländer überall an der Nase herumgeführt worden. Daher darf man, wenn man folgerichtig ist, auch sein Urteil über andere Dinge nicht zu schwer nehmen, aber wenn man an die Bethmannzeit zurückdenkt, gibt seine Kennzeichnung des Geistes, der im Auswärtigen Amt und wohl auch anderswo geherrscht haben soll, doch viel zu denken. Sie lautet: „Vorurteilslosigkeit und unabhängiges Urteil werden bekämpft, Unfähigkeit und Charakterlosigkeit gepriesen und geschätzt." Man braucht nur die Namen Kapp und etwa Valentin gegenüberzustellen, um zu erkennen, was an diesem Urteil Richtiges ist.

Lichnowsky gehörte eben zu jener Schar von Würdenträgern, die unter den sehenden und duldenden Augen der jetzigen Reichstagsmehrheit ein Wesen trieb, dessen Richtschnur nicht vaterländische Notwendigkeiten, sondern persönliche Eitelkeit, Ehrgeiz und Augenblickserfolge waren. Ob wir endgültig von ihnen befreit sind?

Bedenklich ist auf jeden Fall die Freundschaft des Fürsten mit Herrn Theodor Wolff vom antigermanischen Berliner Tageblatt gewesen, dem er ja auch, wie Herrn v. Gwinner und Herrn Ballin ohne kleinliche Bedenken wegen des Arnimparagraphen seine Denkschrift überreicht hat. Sein Geist ist von diesen Herren ganz offenbar beeinflußt worden.

Welcher Teufel mag übrigens seine Hand im Spiele haben, daß gerade immer die Dokumente unserer Diplomaten über das feindliche Ausland den Weg in die Presse finden, welche den Schein einer Schuld am Weltkriege auf uns zu wälzen und damit unseren einheitlichen Siegeswillen im Innern zu bedrohen geeignet sind?

Am allerbedenklichsten ist es aber, daß ein Mann von der erstaunlichen Urteilslosigkeit Lichnowskys im Auswärtigen Amt Personaldezernent sein konnte — was für einen Nachwuchs mag er ausgewählt und bevorzugt haben? —, und daß er von allen Diplomaten einzig und allein den jetzigen Staatssekretär von Kühlmann gelobt hat! Er nennt ihn den „befähigten und geschäftstüchtigen Kühlmann" und hebt seine Verdienste in London verschiedentlich hervor.

Der gesunde Menschenverstand eines Münchener Bürgers scheint mir das Richtige getroffen zu haben, von dem man folgenden Ausruf hörte: „Wie kann ein Mensch, den ein Lichnowsky gelobt hat, noch eine Viertelstunde länger im Amte geduldet werden?"

Die Weitergabe seiner Aufzeichnungen, in denen amtliches Material verarbeitet ist, an andere durch den Fürsten Lichnowsky hat unzweifelhaft dem Vaterlande großen Schaden gebracht, und es ist natürlich und angemessen, daß er dafür zur Verantwortung gezogen wird. Da seine übereilte Handlungsweise und seine persönliche, gehässige und beschränkte Art der Anschauung uns Schaden gebracht hat, ist es nur erklärlich und folgerichtig, daß der antigermanische Vorwärts Lichnowsky in Schutz nimmt und seine Strafverfolgung verunglimpft. Ja, er versteigt sich dabei zu folgender Verleumdung:

„Wenn in den sechziger Jahren einmal der fortschrittliche Abgeordnete Twesten meinte, daß auch der unabhängigste Richterstand einem konsequent auf ihn ausgeübten Drucke nicht widerstehen könne, so zeigt sich, daß Ähnliches auch von den höchsten Reichsbehörden gilt."

Daß „Deutschlands Erneuerung — eine Personenfrage"[1]) ist, hat der Fall Lichnowsky erschütternd erwiesen. Wenn der Staat ein organisches Wesen ist, so stellen die im auswärtigen Dienste Beschäftigten gewissermaßen seine Ohren und Augen dar. Kein Wunder, daß der Körper zu Schaden kommt, wenn sie nicht ihren Dienst richtig versehen. Ganz zweifelsohne sind diese Organe mehr oder weniger verkümmert, und die Verbindungen mit der Zentralleitung waren gestört. Ein neues Wachstum muß dafür sorgen, daß zu diesen lebenswichtigen Stellen nicht mehr Leute ohne nationales Ehrgefühl und völkisches Herz zugelassen werden. Der auswärtige Dienst darf alles andere nur nicht der Tummelplatz für persönliche Eitelkeit, Streberei, Hochmut und Spekulantentum sein. Wer kennt nicht das bittere Wort, das unter den Auslanddeutschen in den Vereinigten Staaten umlief: „Geh' einmal aufs deutsche Konsulat — und du wirst sofort amerikanischer Staatsbürger"? Nun — die Abrechnung wird auf gelegenere Zeiten verschoben.

## Rumänien.

Was aber jetzt schon verlangt werden kann und muß ist, daß unsere Diplomaten angewiesen werden, bei den bevorstehenden Friedensschlüssen die Belange des gesamten deutschen Volkes nach Kräften wahrzunehmen. Es ist nicht gut zu verstehen, daß Großrußland ohne jede Kriegsentschädigung davongekommen ist. Ebensowenig versteht man dies bei der Ukraine, da auf der anderen Seite dafür gesorgt ist, daß ihr keine Verpflichtung nach russischer Seite verblieb. Noch verwunderlicher liegen die Dinge bei Rumänien. Unwillkürlich denkt man dabei noch einmal an die Lichnowskysche Denkschrift zurück, in der betont wird, daß seinerzeit das Bagdadabkommen „entsprechend den Wünschen der Deutschen Bank" geregelt wurde. Daher die intime Freundschaft so mancher Diplomaten wie z. B. des Fürsten Lichnowsky mit Herrn v. Gwinner, zu dessen Gesinnungskreis dann auch Herr Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt, Herr Rathenau und Herr Ballin gehören!

Auch in dieser Zeitschrift ist schon ausgesprochen worden, daß mit einem „Großbankenfrieden" dem deutschen Volke nun und nimmer gedient ist, aber man wird wirklich den Argwohn nicht mehr los, daß unsere ganze Diplomatie nicht nur vom pazifistischen Gedankenkreis der internationalen Finanzwelt stark ergriffen ist — „Die Juden sind ihrer Natur und Geschichte nach Pazifisten" gesteht Spectator in Nummer 9/10 der „Gegenwart" —, sondern daß sie mehr oder weniger — natürlich unbewußt! — Großbankenpolitik treibt. Wie zurzeit das Bagdadabkommen, ist nun, Zeitungsnachrichten zufolge, auch das Petroleumabkommen mit Rumänien „entsprechend den Wünschen der deutschen Bank" geordnet worden. Die deutsche Bank mag ihre unbestreitbaren Verdienste um das innere Deutschland haben, aber ihr Zusammenhang mit dem internationalen Kapital, das seine eigenen, von nationalen Schranken unbeengten Wege geht, bedeutet für das deutsche Volk keinesfalls etwas Gutes. Wir haben es auch schon oft gesagt: die Deutsche Bank ist weder politisch noch wirtschaftlich noch kulturell gleichbedeutend mit dem deutschen Volk. Mögen ihre Belange, soweit es möglich ist, mit berücksichtigt werden! Aber bestimmend oder gar ausschlaggebend dürfen sie keinesfalls für unsere auswärtige Politik werden[2]). Sonst dürfte unsere nationale Würde in Gefahr geraten, und begäben wir uns unter die Herrschaft des internationalen Finanzkapitals, hätten die Angloamerikaner den Krieg trotz aller unserer Siege gewonnen. Und wir haben

[1]) Vgl. den Aufsatz von Dr. Paul Franz in Heft 1, Jahrgang II dieser Zeitschrift.
[2]) Vgl. auch den Aufsatz von Silesius in Heft 5 Jahrgang I dieser Zeitschrift.

des weiteren schon oft gesagt: die internationalen Großbanken gedeihen desto üppiger, je verschuldeter und kreditbedürftiger die Staaten aus dem Kriege hervorgehen. (Im Innern wird die Bankenknechtschaft durch die Kriegsgesellschaften und den Rathenauschen Plan der allgemeinen Betriebsvertrustung ungemein gefördert.) Überdies braucht bei einem entschädigungslosen Remisfrieden in keinem Lande der Welt das international bestimmte Kriegsgewinnlertum seinen Gewinn zugunsten eines einzigen Landes herauszugeben. Die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 mit ihrem Verzicht auf Entschädigungen und uns wirtschaftlich kräftigende Eroberungen bewegt sich demnach ganz auf dem Geleise der Großbankenpolitik und des internationalen Kapitals. Einer ihrer Anstifter ist der bekannte Herr mit dem „blanken Schild", Erzberger. Der andere ist Herr Scheidemann, der Führer der Sozialdemokratie. Es gibt dabei zu denken, daß nach dem Bekenntnis des jüdischen Volksblattes in Wien vom Juli 1900 die Sozialdemokratie nur die Sturmtruppe des Judentums ist!

Doch zurück zu Rumänien! „Ist Rumänien friedensreif?" fragte eine sehr bemerkenswerte Zuschrift aus Bukarest an die „München-Augsburger Abendzeitung". Diese Frage wurde aus guten Gründen glatt verneint, und auch uns scheint, daß Herr v. Kühlmann dort wieder in einer Weise vorgegangen ist, die unliebsame Überraschungen für die Zukunft befürchten läßt. Ganz allgemein scheint — da wir nun eben einmal auf den Standpunkt einer reinen Schacher- und Großbankenpolitik herabgekommen sein dürften, bei dem die nationale Würde eine durchaus untergeordnete Rolle spielt — ein Wettlauf um die Gunst des wortbrüchigen, schwer besiegten Königs und seines trotz aller Niederlagen recht übermütigen Volkes veranstaltet zu sein. Der Gedanke, daß ein dauerhaftes, ehrliches Bündnis auch in Wirtschaftsfragen mit diesen beiden Faktoren kaum denkbar und mit unserem Stolz auch vorderhand kaum vereinbar sein dürfte, es sei denn, daß beiden eine fühlbare Buße auferlegt wird, scheint niemand zu beschweren. Dem gesamten deutschen Volk sind gute Geschäfte, die etwa die Deutsche Bank in Rumänien macht, keine Genugtuung für die grausenerregende Behandlung der deutschen Gefangenen und keine Gewähr für die Zukunft. Aber man beeifert sich augenscheinlich von allen Seiten, dem unzuverlässigen König, seiner deutschfeindlichen Frau und dem ebenso gesinnten Kronprinzen sowie der desgleichen unzuverlässigen Bevölkerung entgegenzukommen. Hieß es doch, daß unsere Besatzungstruppen die besetzten Gebiete bis zum 15. Mai räumen würden; ist doch Graf Czernin eilfertig zum König Ferdinand gefahren, dessen Absetzung wohl die beste Lösung wäre, — alles, um möglichst viel „wirtschaftliche" Vorteile herauszuschlagen, die, wenn sie überhaupt Tatsache werden, nicht dem ganzen deutschen Volk, sondern wohl nur einigen großen Gesellschaften zugute kommen würden, hinter denen dann wieder das internationale Kapital steht. Daß auf diese Weise ein sicheres, dauerhaftes Bündnis entsteht, ist kaum zu erwarten. Die so Umworbenen, Fürst und Volk, werden, sowie sie nur wieder etwas freie Hand haben, genau so wie vor dem Kriege das tun, was ihnen der Augenblick als das beste Geschäft erscheinen läßt — also das gleiche, was unsere Diplomatie augenblicklich auch auf Kosten einer gesicherten Zukunft zu tun im Begriff ist. Fürst Lichnowsky hat Herrn von Kühlmann nicht ohne Grund gelobt!

## Andere östliche Fragen.

Der hessische Zentrumsführer Geheimrat von Brentano hat, nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung", in der zweiten hessischen Kammer die Meinung geäußert

das Selbstbestimmungsrecht der Völker habe nicht immer Wert; das sehe man an Kurland, das sich an Deutschland anschließen wolle! — Eine solche Äußerung redet Bände! Einmal beweist sie deutlich genug, daß diejenigen, die das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als maßgeblichen Faktor behandelt sehn wollen, lediglich keine Freunde eines mächtigen Deutschlands, demnach Antigermanen sind, und nicht etwa bedingungslose Menschheitsfreunde. Damit ist auch hier die Maske der „edlen Beweggründe" endgültig gefallen. Ferner beweist dieser Ausspruch allgemein, wie unsäglich kurzsichtig, töricht und im schlimmsten Sinne reaktionär es ist, lebendiges Wachstum in ein Schema pressen zu wollen. Endlich vermißt man auch bei ihm das völkische Herz, das unbedingt gefordert werden muß. Wo es fehlt, vermögen unsere Politiker und Diplomaten aus den für Verstand und Gefühl sonst selbstverständlichen Dingen erstaunlich verwirrende Doktorfragen zu machen. Bei dem Friedensschluß von Litauisch-Brest hörte die Kunst der Diplomaten offensichtlich genau da auf, wo die militärische Anweisung über die Grenzsicherung aufhörte. Hätte ein völkisches Herz die weitere Richtung gegeben und nicht die Angst vor der von Antigermanen ausgegebenen Losung vom Selbstbestimmungsrecht, — nimmermehr wäre jene merkwürdige Linie zustande gekommen, die die baltischen Lande in zwei unnatürliche Teile zerriß. Man wiederholte die unverantwortliche Rücksicht Bethmanns auf doktrinäre Spiegelfechtereien. Ein nach Valentinscher Art bestellter Geschichtsformer würde vielleicht die Behauptung aufstellen: die Diplomaten wußten eben, daß ein Teil des Baltikums bei Deutschland unfehlbar die anderen nach sich ziehen müßte! Dem wäre zu erwidern, daß eine allzugroße Spitzfindigkeit weder ein Zeichen von Tatkraft noch von Klugheit zu sein pflegt, und ferner macht eine solche Überfeinheit nicht wieder die Balten lebendig, die von den Anarchisten in der Zwischenzeit ermordet wurden. Nein, nein, es fehlte eben das völkische Herz und mit ihm so manches andere, ein Mangel, der wohl nur in den Augen von Lichnowsky zum „befähigten und geschäftstüchtigen" Mann stempelt.

Zum Glück braucht man deswegen die Hoffnung auf eine glückliche Lösung nicht aufzugeben. Dafür wird schon der ehrliche und feste Wille der Balten sorgen. Die Bitte des kurländischen Landesrates, der Deutsche Kaiser möge für sich und seine Nachfolger die Herzogskrone Kurlands annehmen, hat schon eine bejahende Antwort gefunden. Eine enge Verbindung dieses fruchtbaren Landes mit dem Deutschen Reich mit Vereinbarungen über das Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Maß-, Münz- und Gewichtswesen sind angebahnt. Auf eine entsprechende Weise wird sich hoffentlich in Kürze auch die livländische und estnische Frage lösen lassen, so daß der feste Zusammenhang dieser beiden deutschen Gebiete mit Kurland und dadurch auch mit dem Reich geschaffen wird. Jedenfalls empfiehlt es sich, dort bald etwas Endgültiges und Dauerndes zu gestalten, damit diese Fragen für den allgemeinen Friedensschluß von keiner Seite mehr unter irgendeinem Vorwand angeschnitten werden können.

Das gleiche gilt für Finnland; und in noch verstärktem Maße für das katholische Litauen, das unserer Überzeugung nach am sichersten durch Personalunion, etwa mit dem Königreich Sachsen, für uns dauernd zu gewinnen, zu verwerten und halten wäre, während die Form eines selbständigen Staates zu große Gefahren bezüglich antigermanischer Umtriebe bergen dürfte. Zur Sicherheit wäre an der polnischen Grenze ein breiter Streifen mit protestantischen deutschen Bauern zu besetzen, um dem Übergreifen großpolnischer Wühlereien vorzubeugen. Polen selbst hat sich durch sein zweideutiges, passives Verhalten jeden Rest von Sympathie verscherzt und sollte nur in sehr eingeengtem Umfang aus dem Kriege hervorgehn.

Im übrigen mögen die Bolschewiki noch so viel Anstalten zur Bildung einer Armee und zur Außerkraftsetzung des Friedensvertrages machen, — sie werden mit der Zeit schon einsehen, daß es keinen Zweck hat, sich an harten Tatsachen den Kopf einzurennen, oder Leuten Platz machen, die dies einsehn. Daran werden auch die düsteren Prophezeiungen des antigermanischen „Vorwärts" nichts ändern.

## Inneres.

„Heut noch unter Bajonetten
Ächzt das Volk in Sklavenketten.
Wie lange noch?
Nur vereint in starken Mengen
Kannst du, Volk, die Fesseln sprengen.
Darum handelt einig, einig!"

So stand es nach dem „Vorwärts" auf der roten Schleife eines Kranzes zu lesen, welcher von den Arbeitern der Leob-Werke in Charlottenburg im Jahre 1918 an den Gräbern der Märzgefallenen niedergelegt wurde.

Man faßt sich an den Kopf: an welche verschollenen Gespenster und Spukgedanken glaubt derjenige, der solche Verse verbrach? Welche fabelhafte Weltfremdheit, Verknöcherung und Versteinerung! Was für eine Mumie aus dem Jahre 1789 geht da im hellen Lichte des Weltkrieges um! Man möchte es nicht fassen, und doch ist es bitterster Ernst. Es muß also doch Leute geben, die tatsächlich noch an die „Sklavenketten" glauben. Schlimmer noch — um zur Wirklichkeit zurückzukehren —, es gibt Leute, die mit solchen verstaubten Mätzchen bewußt die Stimmung schüren. Man soll wirklich nicht immer wieder sagen, daß sich das Gute und Natürliche ja von selbst verstände; und am allerwenigsten darf man daraufhin geruhig die Hände in den Schoß legen, um der „Entwicklung" „objektiv" zuzuschauen. Solange noch derartige reaktionär-demokratische Märchen und Fälschungen ihren Anhang finden, ist die angestrengteste Arbeit von völkischer Seite bitter nötig! Mein Gott — wieviel Zeit, Kraft und Mühe muß aufgewendet werden, um wenigstens zu verhüten, daß jedes gesunde, natürliche Gefühl, jede Klarheit des Blickes von den antigermanischen Kräften verwirrt, getrübt und ausgerottet wird! Wären nicht in jahrzehntelanger Arbeit weite Kreise unseres Volkes mit Neid und Unzufriedenheit vollgepumpt bis zum Bersten, so daß sie die Dinge nicht mehr sehn wie sie sind, sondern einfach nur noch die grotesken Potemkinschen Dörfer zu erblicken vermeinen, die ihnen Parteipresse und Parteiprogramme absichtlich vorzaubern, könnten solche albernen Verse sich doch nicht ohne Gefahr, von jedem gesunden Arbeiter ausgelacht zu werden, hervorwagen.

Die Tatsache, daß sie groß und breit im Parteiorgan abgedruckt werden, möge jenen zu denken geben, die in unverbesserlicher Selbstgefälligkeit wähnen, die Sozialdemokraten durch ein paar faustdicke Nachgiebigkeiten und durch wohlwollende Erklärungen, es sei ja alles in schönster Ordnung, von ihren revolutionären Zielen abbringen zu können. „Wenn Hammann der Sozialdemokratie den Rat erteilt, mit ‚der bestehenden Ordnung einen Verständigungsfrieden' zu schließen, so ist darauf zu erwidern" — so schreibt am 2. April der ‚Vorwärts' — „daß eine neue Zeit auch neue Kampfmethoden bringt, ohne an den Zielen etwas zu ändern."

Wir haben es längst gewußt, daß der Regierungssozialismus nur eine neue Kampfmethode ist.

## Ausblick.

„Von Nationalität erfüllt sein, heißt für den Staat, von moralischer Kraft erfüllt sein," sagt Ranke und läßt, wie Meinecke[1]) betont, Staaten, die nichts als Machtstaaten sind und nur auf Soldaten und Geld beruhen, als Nationalstaaten nicht gelten.

Weil der deutsche Nationalstaat aufgebaut worden ist auf dem sittlichen Gedanken der Pflichterfüllung im Dienste der Allgemeinheit — im Gegensatz zu der individuell-materialistischen Auffassung des jüdisch-kapitalistisch bestimmten Anglo-Amerikanertums — erscheint er unseren Gegnern, deren Dasein nur auf Soldaten und Geld aufgebaut ist, unheimlich und in seiner sittlich geschlossenen Kraft bedrohlich und bekämpfenswert. Hüten wir uns, unsere deutsche Grundlage mit der anglo-amerikanischen zu vertauschen! Von England fällt, auch für das Auge des blinden Verehrers, je länger der Krieg dauert, desto stärker aller human-idealistische Putz ab, mit dem uns zu verkleiden wir in stolzer Ehrlichkeit verschmäht haben. (Die schleimigen moralischen Eroberungsversuche nach Bethmannscher Art entspringen und entsprechen nicht dem eigentlichen deutschen Charakter.) England und Amerika zeigen sich immer unverhüllter in ihrem nackten und brutalen Krämeregoismus ohne jede moralische Kraft, dem die Geschicke anderer Völker gleichgültig sind. Wenn dies nicht schon das Schicksal Griechenlands bewiesen hätte, so täte es endgültig die Beschlagnahme der holländischen Schiffe. Uns kann es recht sein, wenn England die Neutralen ihres Schiffsraumes beraubt, um ihn, wie Reuter aus London meldete, auf eine „gerechte und edelmütige Weise" in den Weltverkehr zu bringen. Das Schicksal Englands wird dadurch nur kurz verzögert, aber nicht aufgehalten. Doch der Haß, den England dadurch auf sich ladet, wird mittelbar uns zugute kommen, desgleichen die überall durchdringende Erkenntnis seiner politischen Mittel. Denn England wird nach dem Kriege nicht mehr der erste Käufer, Geldgeber und Frachtraumbesitzer der Welt sein und daher seine alte Anziehungskraft für die anderen Nationen stark eingebüßt haben. Auch von seinen Stützpunkten auf der Erde dürfte manches abgebröckelt sein. Es kämpft eigentlich nur noch für die Zukunft Amerikas und für den Geldbeutel der jüdisch-amerikanischen Finanzleute. Wenn seine Handelsflotte endgültig verschwunden und die amerikanische Überlegenheit damit endgültig besiegelt sein wird, werden sich die Vereinigten Staaten voraussichtlich vom Kriegsgeschäft zurückziehen. Die Leute, welche ihre Geldgeschäfte international ausbalancieren, werden dort ihren Profit abheben.

Wir müssen daher alle unsere Waffen weiter sprechen lassen, und man kann nicht recht begreifen, warum das feindliche Ausland den Eindruck gewinnen sollte, daß unser Wille in dieser Beziehung nicht einheitlich ist.

Graf Czernin hat, so erfreulich und dankenswert sein Abrücken von den tschechischen Hochverrätern war, mit seinem Schwanengesang, seiner Rede vor der Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates in dieser Beziehung nicht gerade günstig gewirkt. Nach dem Daily-Telegraph hat Amerika sie prompt als den Beginn einer neuen Friedensoffensive aufgefaßt. An eine antigermanische, zunächst auf einen österreichischen Sonderfrieden bedachte Politik Czernins mochten und möchten wir schon deshalb nicht glauben, weil er in manchen Kreisen Wiens als „zu großer Deutschenfreund" unbeliebt war — die Begriffe sind eben relativ — und weil eine solche Politik für Österreich aus naheliegenden Gründen Selbstmord bedeuten

[1]) Meinecke „Weltbürgertum und Nationalstaat", Seite 292 f.

würde. Seine Hauptstärke war jederzeit die Berliner Schwäche. Wird sein Nachfolger in diesem Punkt sein Programm übernehmen können? Solange Kühlmann bleibt, wahrscheinlich! Doch dieser dürfte sich, da nun sein „verehrter Freund" ging, recht vereinsamt vorkommen. Unverständlich war und bleibt uns das österreichische Liebeswerben um Wilson sowie des ferneren das fortgesetzte Spiel mit dem Abrüstungsgedanken. Wen glaubt man dadurch zu begeistern oder mitzureißen? Bei uns stimmen doch nur die heimlichen und offenen Anhänger des Großbankenfriedens zu, die in einer etwaigen starken Kriegsentschädigung für Deutschland, welche es in jeder Beziehung — wirtschaftlich wie militärisch — wettbewerbsfähig aus dem Kriege hervorgehn ließe, eine Störung ihrer antigermanischen Pläne sehen. Selbst der Herr Abgeordnete Ludwig Haas aus Karlsruhe wird es mit seinen Leitartikeln im Berliner Tageblatt nicht fertig bringen, Deutschland zur Abrüstung und damit zur politischen Selbstaufgabe zu treiben. Die Demokratisierung wirkt allein schon genug in dieser Richtung. — Ach nein! Wir werden nach diesem Kriege mehr denn je auf uns selbst gestellt sein können, aber auch müssen. Deshalb wird bei uns der Sirenengesang des Herrn Haas und seiner Gesinnungsgenossen nicht verfangen. Nach dem Friedensschluß mag Österreich-Ungarn dann tun, was es nicht lassen kann. Wenn es im Westen mit uns für entsprechende Grenzsicherungen kämpfen will, wie wir sie ihm in Rumänien miterstritten haben, so wollen wir mit des verflossenen Grafen Czernin annexionslosem Programm nicht weiter hadern. Nur muß der gute Graf bzw. sein Nachfolger gestatten, daß das Ausmaß dieser westlichen Grenzberichtigungen ganz allein von uns bestimmt wird, und zwar mit Rücksicht auf die Gefahr, daß unsere Feinde eines Tages auch 120 km weit schießen, und mit Rücksicht auf die Bedürfnisse unserer Seegeltung.

Herr Clemenceau, der mit Lügen und Enthüllungsversuchen — darin stimmen wir, wenn auch in anderem Sinne, mit der vermutlich auch am Wiener Ballhausplatz gelesenen Basler Nationalzeitung überein — Berlin und Wien stärker denn je einander in die Arme trieb, kämpft nun angeblich um Elsaß-Lothringen und will nichts von Frieden wissen, bevor wir es nicht herausgeben. Auch seine Bundesgenossen scheinen sich noch immer zum gleichen Kriegsziel zu bekennen.

Wir können es in aller Zuversicht abwarten, ob sie lange genug dazu Atem behalten werden. Der Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl hat allen französischen Lügen und Sprengungsversuchen den Kopf zertreten. Wir sind derart mit moralischer Kraft erfüllt, daß wir an einem für uns glücklichen, für die Feinde verhängnisvollen Ausgang nicht einen Augenblick zweifeln.

„Kein schöneres Zeugnis für ein Heer, als wenn es ohne ein reines Gewissen nicht zu siegen vermag."

## Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

(Eingehende Besprechung wird vorbehalten.)

### Innere Politik.

Dr. jur. h. c. Ernst Gruner: Die Neugestaltung des preußischen Wahlrechts. Verlag von Franz Vahlen, Berlin.

Prof. Dr. E. Heinke: Organische Staatsentwicklung. Verlag von Ernst Reinhardt, München.

Hch. Jaeger: Ideales Wahlrecht. Preis 80 Pf. Karl Georgi, Verlag, Bonn.

W. Kapp: Das innerpolitische Deutschland und der Krieg. Preis 50 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart u. Berlin.

Hans Krebs: Katechismus der deutschen Arbeiterbewegung Österreichs. Preis Kr. 1,50. Verlag G. Hedeler, Leipzig.

# Bücherschau.

**Krannhals, W. A.: Es reitet der Kaiser ins Feld!** 1914. Gedichte aus großer Zeit. — Gebrüder Borchers, Lübeck.

Der Inhalt des kleinen bescheidenen Buches, einer wirklich erfreulichen Ausnahme in der Flut gleichgerichteter Genossen, gruppiert sich in die Abteilungen Friede, Krieg, Am Hafen. — Ein ganzer, ein vornehmer feiner Mensch, ein kraftvollmaßvoller Mann und deutscher Dichter spricht in knappen Reimungen zu Herz und Gemüt. Gedichte wie „Besinnung", „Die ersten Toten", „Hagebutten", „Emden", das „Erntedanklied" oder „Weh dir England" gelingen nicht vielen, und ein Nachtstücklein, das den „Laternen" gliche, sucht man vergebens in mancher gerühmten Poeten Dichtungen.

Mehr über den inhaltlich so gehaltvollen kleinen Band zu sagen, empfiehlt sich nicht; man muß echte Poesie nicht kritisch zerpflücken, man muß sie lesen und auf sich wirken lassen durch Zusammenklang von Form und Inhalt, die Stimmung wecken, Genuß und Freude bieten. F. C.

**Dr. O. Ahlswede: Einiges über den englischen Volkscharakter.** Broschek & Co., Hamburg.

Diese Beobachtungen eines deutschen Arztes, der lange Jahre in London in Gemeinschaft mit einem stockenglischen Kollegen eine große berufliche Tätigkeit in allen Gesellschaftsschichten ausgeübt hat, sind trotz, oder gerade vielmehr wegen der Anspruchslosigkeit, mit der sie sich geben, ein wertvoller Beitrag zur Seelenkenntnis der Engländer. Die Legende, daß das englische Volk eigentlich deutsch und friedensfreundlich sei, wird gründlich zerstört. Wichtiges steht über den englischen Konkurrenzneid darin; Wichtiges auch über die dortige Unkenntnis über das wahre Deutschland. Äußerst lehrreich ist die Feststellung, daß der Haß der niederen englischen Stände eigentlich nicht uns, sondern den Juden deutscher Rationalität gilt, da diese Stände deutsch und jüdisch nach A. „für ziemlich gleichbedeutend" halten. (Wird das Berliner Tageblatt diese Feststellung auch als „alldeutschen Antisemitismus" abtun?) Desgleichen wird die unheilvolle, verhetzende Rolle mit ein paar schlagenden Beispielen belegt, welche die englischen Schundromane bei der Schürung dieses Hasses spielen. Einer der Hauptverfasser solcher Machwerke trägt den Namen Oppenheim. — Das Büchlein ist recht lesens- und beherzigenswert. E. K.

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)


## Anzeigenpreis für „Deutschlands Erneuerung":

**50 Pfennig für die dreigespaltene Nonpareillezeile. ⁄ 1/1 Seite M. 120.—, 1/2 Seite M. 65.—, 1/4 Seite M. 35.—, 1/8 Seite M. 18.—**

## Zu den Friedensverhandlungen

### Die Völker Mitteleuropas u. ihre Staatenbildungen

Mit 4 Karten

Von Prof. Dr. Th. Arldt

Geh. M. 4. , geb. M. 5. —

... Für ein geschichtliches Verständnis der großen europäischen „Neuorientierung" dürfte kaum ein besseres Buch dieses Umfanges vorhanden sein. („Das neue Deutschland".)

... eine objektive, belehrende Einführung in die Kenntnis von Land und Leuten Mitteleuropas. („Deutsche Politik".)

### Germanische Völkerwellen und die Besiedelung Europas

Von Prof. Dr. Th. Arldt

Geh. M. 5.—, geb. M. 6.—

... Ein prächtiges Buch in klarer, jedem Gebildeten verständlicher Sprache geschrieben, eine Herzstärkung in schwerer und großer Zeit! („Deutsche Zeitung" vom 19. 2. 18.)

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung m. b. H. in Leipzig

## Anti-Rathenau

Walther Rathenau, der „Generalstabs-Chef hinter der Front", wie ihn eine gewisse Presse nennt, der Organisator unserer Kriegs-Gesellschaften, ist mit Vorschlägen an die Reichsregierung herangetreten, die letzten Endes auf eine großkapitalistische Vertrustung aller Volkswirtschaft, die Aufhebung aller Gewerbe-Freiheit, Vernichtung aller selbständigen Mittel- und Kleinbetriebe, sonach auf einen Dauerzustand der jetzigen Kriegs-Zwangswirtschaft, d. h. auf großkapitalistische Monopole unter jüdischer Oberleitung hinauslaufen. Rathenaus Vorschläge werden an maßgebenden Stellen sehr ernst genommen und bereits bearbeitet. Es ist an der Zeit, die weitesten Kreise darüber aufzuklären, was uns bevorsteht, und das Gefährliche und Verkehrte der Rathenauschen Pläne überzeugend nachzuweisen. Dies unternimmt eine Artikelreihe von F. Roderich-Stoltheim in der Halbmonats-Schrift „Hammer" unter dem Titel „Anti-Rathenau". Die Abhandlung wird sich durch 5–6 Hammer-Hefte erstrecken, die gegen Einsendung von 2 Mark vom unterzeichneten Verlage gebührenfrei übersandt werden.

**Hammer-Verlag, Th. Fritsch,**
**Leipzig, Königstr. 27/I.**

(Fortsetzung der Bücherschau.)

**Schwermut zu heilen.** Ein Genesungsbuch von **Meister Guntram von Augsburg.** Gustav Schloeßmanns Verlagsbuchhandlung, Leipzig. Preis 1,20 M.

Meister Guntram, der schon mit seinem trefflichen „Reisigen Michael" (vgl. Jahrg. I Heft 8, S. 692) einer großen Schar ein zuverlässiger Freund und Berater geworden ist, greift mit seinem neuen Buch in die tiefsten Tiefen kummervoller Herzen. Mit unendlicher Zartheit und Güte und doch mit unerbittlich männlicher Festigkeit, wie sie dem wahren Menschenkenner und Menschenfreund zu eigen sind, tritt er an alle „Gefangenen der Schwermut" mit seinem Rat heran. Er kennt sie so gut, alle die Wurzeln des seelischen Siechtums und ihre mannigfachen unheilvollen Auswirkungen. Er verlacht und bespöttelt sie nicht, doch wenn er milde zugesprochen und Vertrauen erweckt hat, zwingt er den aufhorchenden Kranken unbeugsam, ohne sich durch wehleidige Rückfälle beirren zu lassen, den schweren Weg zur Genesung zu gehen. „Es steht kein Satz darin, der bloß ausgedacht wäre; sondern hier sind nur Mittel dargeboten, die erprobt sind." Meister Guntram hat ein Recht, solche Worte zu schreiben. Denn hinter seinen Worten — er schreibt eine wundervoll einfache, klare und lebendige Sprache — liegt die Abgeklärtheit, Freudigkeit und Zuversicht eines, dem nach Stürmen des Irrens und Leidens jenes Wunder widerfahren ist, von dem es heißt „Es ist ein köstlich Ding, daß das Herz fest werde, welches geschieht durch Gnade."

**Curt Trützschler von Falkenstein: Vom Glück.** Erlebtes und Erkanntes. Falkenverlag zu Darmstadt 1917.

Der Verfasser ist fraglos ein nachdenklicher Mensch, der wohl aus eigenem Erleben und Erkennen schöpft, aber die Ergebnisse kann man nicht gut als neuartig, die Form nicht als ungewöhnlich eigenartig ansprechen. Ein feiner, edler und warmblütiger Mensch steckt in ihm, der mit ehrlichem Mut gegen gesellschaftliche und soziale Mißstände und gegen Härten und Engherzigkeiten der sog. höheren Stände zu Felde zieht. Seine Anschauungen über den Zusammenhang von Pflichterfüllung und Glück, seine Vorliebe für Seelen-Aristokraten und Seelengröße sind sicherlich anerkennenswert — aber, wie gesagt, keine neuartigen Entdeckungen. — Im übrigen sollte der Verfasser unnötige Fremdwörter nach Möglichkeit meiden.


**Wer fremde Sprachen**
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
**Methode Gaspey-Otto-Sauer.**
Man verlange ausführliche Prospekte von
**Julius Groos, Verlag, Heidelberg.**

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

**Rothenburger Versicherungs-Anstalt**
auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)

Billige Prämien
Hohe Dividenden
Vorteilhafte Bedingungen

Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

**„Auf Vorposten"**

Die Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V., beleuchtet von hoher Warte aus die Wege, auf welchem die **internationalen Geheimbünde** der Freimaurer und der Juden unter Führung des **internationalen Großkapitales** zur Weltherrschaft gelangen wollen. Über den Einfluß dieser Geheimbünde auf die Vorgeschichte des Weltkrieges, auf die Verhetzung der Kulturvölker, auf die Umsturzbewegung und auf die Bestrebungen zur Erzielung eines faulen Friedens müßte jeder deutsche Mann sich baldigst belehren.

**Die Aufsätze über die Freimaurerei**

sollten auch in solchen Kreisen beachtet werden, die über die Judenfrage bereits genügend unterrichtet sind. Geben sie doch an Hand von unwiderleglichen Urkunden den Schlüssel zu vielen sonst ganz unverständlichen Geschehnissen der Weltgeschichte.

Vierteljahrespreis der Zeitschrift M. 1.50;
Einzelheft 60 Pfg., Doppelhefte 80 Pfg.

Bestellung durch Postanstalt, Buchhändler oder
Verlag „Auf Vorposten", Charlottenburg 4

**Annahmeschluß** für Anzeigen für das Juniheft am 15. Mai.

# Die Deutsche Zeitung

## das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

**Bezugsbedingungen:** Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

**Kreuzbandversand:** Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.– (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

**Feldpostbezug:** M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

**Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12**

# Dr. K. Kramarsch,

## der Anstifter des Weltkriegs

Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt von

**Dr. Fr. Wichtl,** Mitglied des österreichischen Reichsrates

**Preis geheftet M. 3.40** 21.—22. Tausend

Auf Grund der Akten des Kriegsgerichts wird hier in einwandfreier Weise nachgewiesen, wie Dr. Kramarsch neben König Eduard von England der Hauptanstifter des Krieges ist, wie er mit den leitenden Staatsmännern unserer Feinde Beziehungen unterhielt und wie er alles tat, sein Vaterland zu vernichten, um dem tschechischen Volke zum Siege zu verhelfen.

Das Buch, das in das hochverräterische Treiben des tschechischen Volkes hineinleuchtet, liest sich infolge der Fülle hochinteressanter Einzelbeispiele wie ein spannender Roman. Leider ist es kein Roman, sondern furchtbare Wirklichkeit, mit der sich das deutsche Volk und seine Staatsmänner unbedingt vertraut machen müssen.

# Die Vertreibung des Königs Konstantin von Griechenland

Dargestellt auf Grund amtlicher Urkunden

Mit einem Bildnis des Königs

**Herausgegeben von der Deutsch-Griechischen Gesellschaft**

Geheftet M. 1.50

Das Buch gibt einen trefflichen Einblick in die Politik der Entente-Mächte. — Während diese stets behaupten, daß sie den Krieg zum Schutz der kleinen Staaten führen, wird hier an der Hand der Akten der Beweis erbracht, in welch unerhörter Weise Griechenland vergewaltigt wurde, weil sein König redlich bemüht war, dem Volke den Frieden zu erhalten.

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heyse-Straße 26

# Wer einen Angehörigen im Felde hat,

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme u. Verdun. Preis einer kompl. Serie inkl. Appar. M. 7.50 portofr. bei Einsend. d. Betr. Nachn. 20 Pfg. extra.

Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

**Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.**

kostenlos zugesandt wird.

---

**Brüssli & Co.**

Eine Erlösung für Jeden ist unser

**Spranzband**

Deutsches Reichs-Patent.

Ausl.-Patent angem.

Ohne Feder, Ohne Gummiband, Ohne Schenkelriemen.

Konkurrenzlos dastehend! Verlangen Sie gratis Prospekt.

Die Erfinder: **Gebr. Spranz**

Unterkochen (Württemb.) № 274

---

Handgetriebene Silberbrosche. M. 15.—

Über **Runenschmuck**

gaben wir eine neue Werbeschrift (96 S. stark) heraus; sie enthält 500 Entwürfe nebst Deutungen und Beiträgen von Guido von List, Walter Schulte v. Brühl und anderen Künstlern, ferner Werbeblätter „Hakenkreuz" und „Wie schmücke ich mich" und die Preisliste.

Zu beziehen gegen 60 Pf. u. 10 Pf. Porto durch

**Haus Eklöh, Lüdenscheid.**

Kunstgewerbl. Werkstätte für deutschvölk. Schmuck

---

*Deutscher Anker*

*Pensions- u. Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft*

*in Berlin W 9, Eichhornstr. 9*

**Kriegsanleihe-Versicherung**

*ohne Anzahlung.*

**Kriegs-Lebensversicherung**

*ohne ärztliche Untersuchung.*

---

**Eine erfolgreiche Zukunft hat**

der zu erwarten, der die Gesetze u. Einflüsse kennen lernt, die seine bisherigen Übelstände, Hindernisse und Schwierigkeiten verursachten, — die dem einen Energie, Ausdauer, Sicherheit im Auftreten und Sprechen, Gedächtniskraft, Ordnungssinn usw. usw. rauben — dem anderen aber schaffen und erhalten! — Krebs Lehrbriefkurse, die in interessanten Schilderungen die fraglichen psychologischen Naturgesetze kurz und klar erläutern, leiten Sie in leichtfaßlichem u. bequem durchführbarem System an, Ihre Kraft und Leistungsfähigkeit zu entfalten und zeigen den folgerichtig-sicheren Weg zum Wohlstand und Glück! — Verlangen Sie Auskunft und Fragebogen (frei) von **H. Krebs, Barmen Z 13, Werterstraße 5**

---

**Militär-techn. Instrumente**

Kgl. Bayer. Hofl. Heuberger, Bayreuth. Illustrierter Spezial-Katalog kostenfrei

---

**Herkunft und Volkstum der Deutschen**

von Dr. Ludwig Wilser

55 Preis 30 Pfg.

**Sis-Verlag in Je**

---

**Zum deutschen Kriegsziel**

Eine Flugschrift von H. Claß

Mit einer farbigen Karte

31.—35. Tausend

Preis geheftet M. 1.—

J. F. Lehmanns Verlag in München

---

**Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine!**

++ Hervorragende Bezugsquelle ++

**Fritz Weitzel,** Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

---

**KLISCHEES**

für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie

**RADIOTINTO-TIEFDRUCK**

(SCHNELLPRESSENDRUCK)

in anerkannt vorzüglicher Ausführung bei raschester Lieferung. Man verlange Muster u. Kostenanschläge.

**BRENDʼAMOUR, SIMHART & Co**

**MÜNCHEN**

---

**U-Boot — Englands Tod!**

Von

**Leonhard Steinwäger**

Mit 5 farbigen Bildern von **Arpad Schmidhammer** und 80 graphischen Darstellungen

26.—30. Tausend. Geheftet M. 1.—

**Die klarste, überzeugendste Darstellung der unerbittlichen, unabwendbaren Wirkung des U-Boot-Krieges, dem England erliegen muß.**

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heyse-Straße 26

# Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

## Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

## Sanatorium Dr. Dornblüth

**WIESBADEN**

Erhöhte Lage am Wald ..... Auskunft kostenlos

## Landerziehungsheim im Taunus.

**Institut von Puttkamer**

**Friedrichsdorf i. T.**

Unterricht d. 10klass. höh. Mädchenschule nach dem Plan des Lyzeums. Christl. Hausordg., kl. Klass., indiv. Behandlung. Vorbereitung z. Sprachlehr.-Ex. Fortbildung in Wissensch., Sprachen usw. Koch- und Haushaltungsunterricht. Unterricht in Gartenbau, Obst- und Gemüseverwertung.

## Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München. 634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

**J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2**

## Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

**Jugendsanatorium** in Verbindung mit Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in **Herchen a. d. Sieg** in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

## Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

**Jugendheim Heidelberg**

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

## Aschaffenburg a. Main

**Pensionat Spessartblick**

Höhere Mädchenschule. ✦ Neuzeitlich einger. Haus. ✦ Wissenschaftl., kaufm., hauswirtsch., gesellsch. Ausbildung. Trotz des Krieges gute Verpflegung. Prosp. u. Referenzen d. d. Direktion

## Hessische Handels-Lehranstalt

Rheinstraße 6 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer WILHELM SIEDERSLEBEN, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

## JOGHURT

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel;

ärztlich empfohlen, liefert:

**Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)**

## Nordsee: Pädagogium Südstrand Föhr

verbunden mit

**Dr. Gmelin Nordsee-Sanatorium**

Einjährigen-Berechtigung Ärztliche Fürsorge

## Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.) Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

Frau Frieda Hoeke-Kriele.

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen

# Was weiß ich?

„Wissen ist Macht", sagt ein altes Sprichwort, und wenn Wissen allein auch noch nicht Macht ist, sondern erst gepaart mit Können und Wollen zur Macht wird, so ist es doch eine der unumgänglich notwendigen Grundlagen der Macht, sich ein auskömmliches Einkommen zu sichern, des Fortschrittes, des Erfolges, jeder großen kulturellen Tat. Darum kann niemand in der Welt richtig vorankommen, wenn er nicht über ein umfangreiches, grundlegendes Wissen in seinem Fache verfügt. Wenn Sie bis jetzt nicht so erfolgreich waren, als Sie selbst gewünscht hatten, lag es an einem Mangel an Wissen, an Können oder Wollen oder an was sonst?

Haben Sie sich schon einmal mit Muße hingesetzt und sich ernstlich geprüft, ob Sie tatsächlich über ein lückenloses, sicheres Wissen in Ihrem eigenen Fache und allen einschlägigen Gebieten verfügen oder nicht? Ob Sie mit den Neuerungen der Zeit Schritt gehalten haben oder nicht? Denn der Wissensstoff wächst und erweitert sich beständig. Auch Schul- und Bücherweisheit allein genügt nicht für den, der wirklich etwas leisten will. Das selbständige Denken, das innerliche Verarbeiten empfangenen Wissens muß hinzutreten, um erfolgreiche Gedanken und Einfälle zu schaffen.

Eine praktische Schulung des Geistes, des Denkens, Könnens, Wollens und aller übrigen Geistesgaben, so wie sie jeder Mensch im praktischen Leben braucht, finden Sie in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre, aufgebaut auf nahezu 25jähriger Erfahrung in der Anleitung von Menschen jeden Alters und jeden Standes. Sie stehen dabei keinem toten Buche gegenüber, sondern erhalten einen lebendigen Unterricht, der auf Ihre besonderen persönlichen Bedürfnisse eingehen kann und Sie sicher von Stufe zu Stufe führt.

Ein paar Auszüge aus Zeugnissen:

Ihre Methode bedeutet eine Umwälzung auf dem Gebiete der Bildung und Erziehung, eine kulturelle Tat ersten Ranges. P. R. — Ihre Schulung bedeutet für die Jugend unausbleibenden Erfolg, für die Alten eine Regeneration des Geistes. K. H. — Glücklicherweise geben Sie eine Methode an, mit der man 50% und mehr Zeit und Arbeitskraft erspart. T. O. — Ihre Lehre zeigt, wie man geistig zu arbeiten hat, um erfolgreich im Studium zu sein. Es ist ein Vergnügen, nach Ihrer Methode neue Kenntnisse zu sammeln, die dauernd im Gedächtnis haften und jederzeit zur Verfügung stehen. A. U. — Glücklich möchte ich den nennen, der schon in seiner Jugend Ihre Methode kennen lernte. Er wird sich in kurzer Zeit mehr Wissen und Können aneignen als jeder andere und im Daseinskampfe, in dem Rennen nach dem Erfolg einen Vorsprung gewinnen. H. v. R.

**Verlangen Sie heute noch Prospekt von**

## L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München C 12



Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

**Die Neugestaltung des Ostens**
Geheimrat Prof. Dr. Dietrich Schäfer

**Ein vergessenes Kriegsziel** .. .. .. .. .. .. .. .. .. Pastor Heinrich Reuß

**Die große und die kleine Liebe** .. .. .. .. .. .. .. .. Dr. Franz Haiser

**Wachstum** .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Prof. Dr. Hans Freiherr v. Liebig

**Österreichische Grenzsicherungen gegen Italien**
Schulrat Dr. Wilhelm Rohmeder

**Die Bücherfabrik** .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Carl Christian Bry

**Bild der Lage – Bücherschau** .. .. .. .. .. .. .. .. .. .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Preis: Vierteljährlich M. 5.– By Einzelheft M. 1.80

In allen guten Buchhandlungen, Feld- und Bahnhofs-Buchhandlungen ist zu haben:

# BÜCHEREI DER MÜNCHNER „JUGEND“

**Preis des Bandes Mk. 1.50**

Bis jetzt erschienen 3 Bände, von denen enthalten

**Band 1:**
**Ernste u. heitere Erzählungen**

**Band 2:**
**Bunte Skizzen**

**Band 3:**
**Phantastische Geschichten**

Weitere Bände folgen zwanglos / In der Bücherei der Münchner „Jugend“ sind die besten deutschen Erzähler mit Beiträgen vertreten, die schon in früheren Jahrgängen der Wochenschrift zum Abdruck kamen. Die kleinen schmucken Bände werden schnell zu der beliebtesten Unterhaltungs-Literatur gehören / Leider können wir infolge Papierknappheit nur beschränkte Auflagen herstellen und keinen Nachdruck erfolgen lassen / Bei Voreinsendung von Mk. 4.80 liefert der Verlag auch direkt.

**München, Lessingstr. 1**

**VERLAG DER „JUGEND“**

---

10 20 30

von unserem bekannten

**RASSENHEFT**

wurden von begeisterten Lesern ins Fe… gesandt, damit jeder deutsche Ma… den Wert der Rassenfrage für das Volk… tum kennen lernt. Zahlreiche Abb… erhöhen den Wert dieser volkstümliche… Schrift. Inhalt: Der Segen der rein… Rasse, von Dr. Heberlin. Die Rasse… mischung im Deutschtum. Über Rasse… Rassenhygiene, v. H. Driesmanns. Rass… und Ernährung, von G. Simons. Die Fra… und die Rasse. Der Kultus des Kinde… und das franz. Weib. Von J. Porche… Rassen- u. Leibeszucht bei Menschen… Tieren. Von Gustav Möckel. Preis 60 P… Durch jede Buchhdlg. oder vom Verla… Kraft und Schönheit, Berlin-Steglitz …

---

Soeben erschienen:

**Der deutsche Gedanke u. der englische Imperialismus**

Von Prof. Dr. O. Franke

2 Bog. 8°. Preis 1 Mark

---

**Drei Jahre Seekrieg**

Von Kap.-Leutn. Wrede

2 Bog. 8°. Preis 40 Pf.

Verlag von C. Boysen in Hamburg 36

---

Im Verlag von Boysen & Maasch in Hamburg 36 ist erschienen:

**Die wirtschaftliche Bedeutung der Bagdadbahn**

Land und Leute der asiatischen Türkei

Von Ingenieur Hermann Müller

Mit 2 Karten. gr. 8°. 8 Bg. Geh. M. 3.50

Inhalt: Landwirtschaft. — Verkehrsfragen. — Ein- u. Ausfuhr. — Anbau u. Erzeugnisse. — Industrie. — Bodengüte. — Tierwelt. — Minengesetz. — Münzwesen.

Die Schrift bietet sehr viel wissenswerten Stoff.

---

In Kürze erscheint:

# Hindenburg-Worte

Briefe, Drahtungen, Reden und Gespräche des Generalfeldmarschalls

In zeitlicher Folge herausgegeben von **Dr. H. Wohltmann**

Hübsch ausgestattet Preis M. **2.**—, feine Ausgabe auf bestem, holzfreiem Daunendruckpapier M. **2.50** (dazu je 20 % Teuerungszuschlag)

## Das sieghafte Wesen unseres Nationalhelden

spiegelt sich in diesem Buche wieder. Seine Worte — kurz, klar und stark — wirken wie seine Taten. Sie zeigen uns, wie seine Persönlichkeit mit der Zeit in die Rolle des getreuen Eckarts seines Volkes hineingewachsen ist. Wir spüren aus seinen Worten, welch edles, hohes Deutschtum er uns offenbart und welche Kraft und Zuversicht in ihnen liegt. Das Buch ist ein Hausschatz für das deutsche Volk.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße 26

## An unsere Bezieher

Dank der zielbewußten Unterstützung, die dem Blatte von vielen Beziehern zuteil wird, hat sich die Auflage und damit auch der Einfluß, den „Deutschlands Erneuerung" ausübt, wiederum wesentlich gehoben.

Indem wir unsern Förderern herzlichst danken, bitten wir sie auch ferner dahin zu wirken, daß die Gedanken, für die wir eintreten, in immer weitere Kreise dringen.

Wir bitten unsere Leser, gütigst dahin zu wirken, daß das Blatt auch in den Häusern ihrer Freunde gehalten wird, daß es vor allem in öffentlichen Lesezimmern, Büchereien, Offizier-Kasinos, Universitäts-, Lehrer- und Stadtbüchereien aufliegt.

Als besonders geeignet, unsere Erneuerungsvorschläge in die breite Masse zu bringen, haben sich die Sonderdrucke hervorragender Aufsätze erwiesen. So hat der Aufsatz von Dr. Franz über Bankrottfrieden, der in 25,000 Stück allen einflußreichen Männern, Ämtern und Zeitungen zugestellt wurde, einen völligen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeigeführt. Andere Aufsätze wirkten ähnlich. Wenn jeder unserer Leser solche Flugschriften den ihm bekannten Männern zustellt oder durch den Verlag zusenden läßt, werden die Gedanken bald Gemeingut der Nation. Bitte, helfen auch Sie bei dieser Aufklärungsarbeit mit.

Mit deutschem Gruß

**J. F. Lehmanns Verlag.**

K.& C. 4200. V. 18

# Deutschlands Erneuerung

## Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor A. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat A. Seeberg

Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München

Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 6 | Juni


## Inhalt:


| | |
|---|---|
| Die Neugestaltung des Ostens (S. 377) | Geheimrat Prof. Dr. Dietrich Schäfer |
| Ein vergessenes Kriegsziel (S. 408) | Pastor Heinrich Reuß |
| Die große und die kleine Liebe (S. 411) | Dr. Franz Haiser |
| Wachstum (S. 414) | Prof. Dr. Hans Freiherr v. Liebig |
| Österreichische Grenzsicherungen gegen Italien (S. 420) | Schulrat Dr. Wilhelm Rohmeder |
| Die Bücherfabrik (S. 428) | Carl Christian Bry |
| Bild der Lage (S. 433) — Bücherschau (S. 446) | Dr. Erich Kühn |


# Die Neugestaltung des Ostens.

## Von Geheimrat Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Wer jemals vor dem Kriege mit russischen Staatsangehörigen ein Gespräch hatte über die Zukunft ihres Reiches, wird sich erinnern, daß es kaum verlaufen konnte, ohne daß Zweifel geäußert wurden über die Möglichkeit des Zusammenhaltens. Ich kann länger als ein halbes Jahrhundert mit voller Klarheit zurückdenken und weiß es nicht anders aus meinen ersten Begegnungen mit Untertanen des Zaren. Während des Krieges ist die Frage unendlich oft aufgeworfen und erörtert worden, und in der Regel gingen die Meinungen weniger über das Ob und Wann als über die Folgen, das Ergebnis auseinander. Wenn ein „Kenner" Rußlands noch einige Wochen vor der Revolution erklären konnte, daß an einen Umsturz in Rußland nicht zu denken sei, so gehört das zu den Ausnahmen, von denen das Sprichwort sagt, daß sie die Regel bestätigen.

Das lang Erwartete ist Ereignis geworden. Es hat sich 1917 wiederholt, was schon 1905 in die Erscheinung trat. Rußlands innere Verhältnisse, wie sie sich unter tausendjähriger absoluter Herrschergewalt entwickelten, konnten kriegerische Mißerfolge nicht ertragen. Zu einem erheblichen Teile erklärte sich jetzt der über-




by

spannte Ausdehnungs- und Eroberungstrieb, der alle Nachbarn des weitgedehnten Reiches, das an Festlandsbesitz alle anderen bestehenden und gewesenen Staatsbildungen weit übertrifft, in ständiger Unruhe erhielt. Man mußte durch immer neue äußere Aufgaben den Blick von den inneren Zuständen ablenken. Der zum Teil ehrliche, zum Teil geheuchelte oder künstlich erregte Glaube an die Mission der slawischen Rasse und insbesondere ihres russischen Machtkerns erleichterte die Gewaltbestrebungen.

Die Umwälzung der zweiten Märzwoche des vorigen Jahres hat man in den Ententeländern allgemein als Sieg der Freiheit begrüßt; auch bei den Neutralen ist sie bejubelt worden, und bei uns haben nicht nur die linksgerichteten Kreise in dem gleichen Sinne Stellung genommen. Bethmann Hollweg hat es für angezeigt gehalten, am 16. April 1917 zugleich mit einer Entschuldigung des am Stochod errungenen Erfolges deutscher Truppen die Erklärung abzugeben, daß man unsererseits „nicht beabsichtige, in der Stunde, wo die russische Freiheit geboren wurde, Rußland von neuem zu bedrohen". Sind in diesem Punkte Entente, Neutrale und Mittelmächte einig gewesen, so auch wohl in dem weiteren, daß man von Freiheit im neuen russischen Staatswesen nicht allzuviel gemerkt hat. Schlimmere und allgemeiner durchgeführte Schreckensmaßregeln, als Bolschewiki und Maximalisten sie gebraucht haben und fortgesetzt gebrauchen, ihren Doktrinen Leben zu geben, hat auch die Zarenherrschaft in ihren schlimmsten Zeiten nicht angewandt. Aber das mögen die Russen mit sich selber ausmachen; auch die Narren unter uns, die zwischen Weißem und Schwarzem Meer noch immer den Völkerfrühling sprießen sehen, mag man ruhig weiter rasen lassen, solange sie nicht durch Handlungen versuchen, auch uns mit seinen Segnungen zu beglücken.

Denn uns geht nur die Frage an, in welcher Machtstellung werden infolge der Hergänge des verflossenen Jahres Rußland oder die Staatsbildungen, die aus seinem Zerfall hervorgehen, inmitten der Staaten des Erdballs überhaupt dastehen. Nur wer geschichtlich und politisch unbelehrbar ist, kann sich noch vorstellen, daß die gesamte Menschheit in eine allgemeine Freiheitsformel zusammengefaßt, mit ihr beglückt und zufriedengestellt werden könne. Wenn Wilson, Lloyd George und Poincaré mit ihren Landsleuten von solchem Phantom reden, so weiß jeder, der den Verstand nicht völlig verloren hat, daß ihnen die tönenden Worte als ein geeignetes Mittel erscheinen, die für ihren Machthunger nötige Beute ins Garn zu locken, die Wächter und Hüter wahrer allgemeiner Freiheit einzuschläfern. Denn in Wirklichkeit beurteilen sie die Hergänge nur unter dem Gesichtspunkte des politischen Vorteils, der aus ihnen zu gewinnen ist. Deutlich genug haben sie ja erkennen lassen, daß es ihnen gleichgültig ist, ob Zarismus oder Bolschewizismus in Rußland herrscht, wenn es sich nur zur Schwächung Deutschlands verwenden läßt, am schamlosesten natürlich wieder der würdige Präsident der großen Führerin der „Demokratie" jenseits des Ozeans.

Es gibt keinen Zeitgenossen, welche Anschauungen er auch vertritt, der leugnen möchte, daß der Ausgang dieses Krieges für lange Zeit entscheiden wird über die Verteilung der Macht unter den Völkern. Damit ist aber auch die überragende Bedeutung staatlichen Lebens für die Kultur anerkannt. Denn es gibt zwar eine Menschheitskultur; aber in Erscheinung tritt sie nur mit staatlich-völkischem Gepräge; allein in dieser Form gewinnt sie Weltbedeutung. Wer das bestreitet, kämpft gegen Windmühlen. So

geht es in diesem Kriege auch um die Stellung der nationalen Kulturen. Soweit sie christlich sind, haben sie gewiß etwas Gemeinsames, auch Verbindendes. Ihr friedliches Nebeneinanderbestehen ist denkbar und darf höchstes Ziel bleiben. Volle Einheitlichkeit ist aber nur möglich unter unbestrittener Vorherrschaft einer einzelnen, allen überlegenen. Dem sich zu widersetzen mit allen Machtmitteln, die zur Verfügung stehen, ist Lebensaufgabe aller anderen. Die Gegner rechtfertigen ihren Angriff auf Deutschland, indem sie den Vorwurf erheben, daß es nach Weltherrschaft strebe, und meinen damit nicht nur Alleingeltung deutscher Macht, sondern auch deutscher Kultur. Sinn und Zweck unseres Widerstandes ist, uns demgegenüber zu behaupten. Die Gegner erklären offen, daß sie unsere Macht mindern wollen, und wissen gut, daß sie damit auch unsere Kultur treffen; wir sollten darin einig sein, daß wir ihrem Vorhaben nur wehren können durch Mehrung unserer Macht. Wem deutsche Kultur am Herzen liegt, wer des Glaubens lebt, daß sie ein Gut darstellt, das der Menschheit nicht verloren gehen sollte, muß sich dafür einsetzen. Der Ausgang des Kampfes entscheidet nicht nur über die Verteilung staatlicher Macht, sondern auch über den Gang menschlicher Entwickelung für lange, lange Zeit. Insofern spricht man mit Recht von einer Weltwende.

Der Zusammenbruch des Russischen Reiches ist ihr erstes, jedermann erkennbares Zeichen. Eine Macht, die über ein Fünftel der bewohnten Erdoberfläche, über mehr als ein Zehntel ihrer Bevölkerung verfügt, kann nicht ausscheiden ohne tiefgreifende Folgen. Läßt sich ein Urteil gewinnen, welche sie sein werden, vielleicht auch bestimmen, wie Deutschland sich zu den Hergängen zu stellen hat? Das sind die Fragen, deren Beantwortung hier versucht werden soll.

Ein völlig klares Bild von dem, was sich seit Jahresfrist in Rußland vollzieht, läßt sich nicht gewinnen. Die Zukunft wird in Einzelheiten deutlicher sehen; den Gesamteindruck wird sie kaum stärker empfinden. Die neuzeitlichen Weltstaaten sind sämtlich recht neuen Ursprungs; mit dem Römischen oder gar dem Reich der Mitte kann sich an Dauer des Bestandes keiner messen. Das russische ist noch das älteste unter ihnen. Und doch kracht es in allen Fugen. Selbst der Kern des Ganzen, das Großrussentum, steht vielleicht nicht unerschüttert. Alles fremde Volkstum strebt nach Loslösung. Der Westen hat sich in großem Umfange schon neugeordnet, alles Land, das die Eroberungslust Peters des Großen, Katharinas II., Alexanders I. der moskowitischen Herrschaft unterwarf, alles in allem ein Gebiet mindestens so groß wie Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen und mit rund 50 Millionen Bewohnern, dazu der ertragreichste Teil mit der höchststehenden Bevölkerung des ganzen Reiches und der Zahl nach fast ein Drittel. In Kaukasien mit seinen 13 Millionen Bewohnern bereitet sich etwas Ähnliches vor, ist vielleicht zum Teil schon vollzogen. Was diesem Besitztum 1878 zuwuchs, soll der Türkei zurückgegeben werden, die damit der erste Staat wird, dem der geschlossene Friede vertragsmäßig eine Annexion zugesteht, ohne daß von Selbstbestimmungsrecht die Rede wäre. Auch daß Persien von den Russen geräumt werden soll, bedeutet für die Türkei einen Vorteil. Wieweit in Turkestan und Sibirien mehr oder weniger selbständige staatliche Bildungen im Entstehen begriffen sind, läßt sich zur Zeit nicht erkennen. Daß auch in den weiten Ebenen vom Don über die Wolga zum Ural und zum Kaspimeer, dann in der Krim, in der Kirgisensteppe, überall, wo Nichtrussen die Mehrheit der Bevölkerung bilden, die Neigung zur Abtrennung, jedenfalls zu irgendeiner Form des Selbstregiments, stark ist, unterliegt keinem

Zweifel. „Zentralasien", Sibirien, Chiwa und Bochara zählen zusammen 23 Millionen Bewohner! Weit über die Hälfte der Reichsbewohner verneinen den Staat, dem sie bisher angehörten!

Sein innerer Bau, seine äußere Lage sind damit erschüttert. Wie und wann Rußland einmal wieder zu einer gedeihlichen inneren Entwicklung kommen wird, vermag niemand zu sagen. Ja, man könnte das Ob in Frage stellen. Es möchte Reichsteile geben, für die das mit gutem Grunde als unsicher erklärt werden kann trotz günstiger natürlicher Voraussetzungen. Jedenfalls hat jede umsichtige und besonnene Politik der Mittelmächte mit dieser Lage zu rechnen, insbesondere für die nächste Zukunft. Es wäre eine falsche Annahme, auf eine rasche Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu rechnen, die vor dem Kriege bestanden. Das gilt so ziemlich für alle Teile des bisher geeinigten Reiches. Ob der Friede mit den Ukrainern ein „Brotfriede" war, wie man ihn in Österreich genannt hat, wird in einigen Monaten sicherer erkannt werden. Leicht könnte es unerfüllte Erwartungen geben; wenn, so wird die Erfahrung natürlich nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland gemacht. Auf das Getreide der Ukraine warten auch andere als Deutsche, Österreicher und Ungarn. Doch über all das sind die Nachrichten viel zu dürftig und zu verworren, die ganzen Fragen auch viel zu heikel, als daß man Erörterungen wagen darf, ohne mitten in den Dingen zu stehen.

Etwas festeren Boden bekommt man doch unter die Füße, wenn man das Gebiet der auswärtigen Politik betritt. An Stelle des bisherigen gewaltigen Reiches treten Einzelstaaten. Wiederherstellung der Einheit in dem Umfange, wie sie bis zum März 1917 bestand, darf man zwar nicht als ausgeschlossen ansehen, ist aber für lange Zeit wenig wahrscheinlich. Auch ein föderativer Zusammenschluß würde wohl nur ein engeres Gebiet umfassen.

Das bedeutet für Außenwirkung zweifellos eine Schwächung. Die Reichsbewohner haben zunächst kaum Anlaß, sich darüber zu beklagen, die Führer der Revolution schon gar nicht. Es entspricht ja ihren Anschauungen, ist eins ihrer höchsten Ziele, daß alle Völker friedlich nebeneinander wohnen sollen, allein geleitet und regiert durch sich selber. Wozu dann noch irgendwelche wechselseitige Einwirkung durch Machtaufwand? Über unvermeidliche wechselseitige Beziehungen kann man sich verständigen, nötigenfalls sie regeln mit schiedsrichterlicher Hilfe. Zudem sind die Insassen des Russischen Reiches zum weitaus größeren Teile in der Lage, sich in ihren überlieferten Wohnsitzen wirtschaftlich in mehr oder weniger befriedigender Weise weiter entwickeln zu können. Die Voraussetzungen dazu sind gegeben in der Weiträumigkeit der Flächen, die sie bewohnen, und in deren mannigfaltiger Nutzbarkeit. Es wird noch eine geraume Zeit vergehen, bis sie, wie jetzt schon das deutsche Volk, nur die Wahl haben zwischen Stillstand, der gleichbedeutend ist mit Niedergang, und planmäßiger Fernwirkung zwecks Sicherung der Lebensnotwendigkeiten. Die zukünftigen Sorgen aber mögen die Nachfahren tragen.

Doch in einer Beziehung ergeben sich schon jetzt Schwierigkeiten unter den Angehörigen des Reiches. Die neuentstehenden Staatsgebilde haben die gegenseitige Stellung zueinander festzulegen. Was in dieser Richtung bis jetzt geschehen ist, gestattet keine sicheren Schlüsse auf die weitere Ausgestaltung. Die gegenwärtigen Machthaber haben in Artikel III und Anlage 1 des Friedensvertrags auf russische Staatshoheit in den Gebieten westlich der vereinbarten Linie und „auf jede Einmischung in deren innere Verhältnisse" verzichtet. Wenn hinzugefügt wird, daß

diesen Gebieten „aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen erwachsen" sollen, so ist das klar. An den russischen Staatsschulden haben sie demnach nicht mit zu tragen, eine Bestimmung, die von der üblichen Regelung derartiger Gebietsübergänge abweicht, demnach als Kriegsentschädigung angesehen werden kann, da die Durchführbarkeit der russischen Schuldenannullierung doch starken Zweifeln unterliegt.

Die Ausschaltung russischer Einmischung gewinnt aber ein anderes Gesicht, wenn man ins Auge faßt, was der Friedensvertrag über die Ukrainische Volksrepublik und Finnland bestimmt. Die Gebiete beider neuen Staaten sollen „unverzüglich von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt werden", und „Rußland soll jede Agitation oder Propaganda gegen ihre Regierung oder ihre öffentlichen Einrichtungen einstellen". Wie diesen Verpflichtungen nachgekommen wird, weiß jeder, der nur seine tägliche Zeitung liest. Es ist kein unberechtigter Argwohn, wenn man planmäßigen Bruch der gegebenen Zusagen von seiten der derzeitigen Machthaber für möglich hält; sie leben offenbar in dem Gedanken, ihre Ideen in der Welt zur Herrschaft zu bringen, und dieser Zweck heiligt ihnen jedes Mittel. Auch wer statt des Nichtwollens Nichtkönnen annimmt, kann nicht leugnen, daß in sehr wichtigen Punkten die Bestimmungen des geschlossenen Friedens nur papiernen Wert haben. Für Finnland wiegt ihre Verletzung um so schwerer, als die Selbständigkeit dieses Staates von der bestehenden russischen Regierung ausdrücklich anerkannt wurde.

Für die Ukraine sieht der Friedensvertrag noch weiteres vor. Rußland verpflichtet sich, „sofort Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen". (Art. VI.) Der Ausführung dieser Bestimmung stellen sich noch andere Schwierigkeiten entgegen als jener gegenüber Finnland. Das Großfürstentum ist ein überlieferter staatsrechtlicher Begriff in anerkannter Abgrenzung, die besteht seit seiner Verknüpfung mit Rußland. Was ist aber Ukraine? Ihrer Regierung war, als sie den Frieden vom 3. Februar schloß, sogar die Herrschaft über die eigene Hauptstadt entglitten. Vor allem mit deutscher, dann nach einiger Zögerung auch mit österreichischer Hilfe, hat sie ihre Autorität neu aufrichten müssen, ohne sie doch bis jetzt soweit zur Anerkennung bringen zu können, wie ukrainisches Volkstum nach ihrer Auffassung reicht. Mit dieser fremden Hilfe kann sie zur Zeit für die Gouvernements Wolhynien, Podolien, Kiew, Cherson, für den größeren Teil der Gouvernements Tschernigow und Poltawa und für die südlichen Grenzstriche von Grodno und Minsk eine gewisse Regierungsgewalt zur Geltung bringen, ob aus eigener Kraft auf die Dauer, steht dahin. Völlig unklar ist auch, wieweit sie ihre Ansprüche auf weiter östlich und nordöstlich liegendes Gebiet durchsetzen kann, vor allem, wie und wo sich die Donschen Kosaken einordnen werden, die recht eigentlich ukrainischen Ursprungs sind. Es handelt sich also um einen Staat ohne anerkannte Umgrenzung! Die Verhältnisse sind völlig ungeklärt und können nur durch Auseinandersetzung mit Großrußland zur Klärung gelangen oder ihr wenigstens nähergebracht werden.

Diese Auseinandersetzung ist im Gange; in Kiew wird sie verhandelt. Die Ukrainer verlangen die ethnographischen Grenzen, also nach ihrer Auffassung ostwärts noch Land bis zum Don, an der Küste entlang sogar bis zu den Abhängen des Kaukasus; Großrußland würde auf diese Weise völlig vom Schwarzen Meere ausgeschlossen. Mit dem Gebiet fordern sie sämtliche Institute und staatlichen Unter-

nehmungen des „ehemaligen" russischen Reiches innerhalb dieser Grenzen, auch die Eisenbahnen mit dem zugehörigen Material, überhaupt alle beweglichen Güter, die aus der Ukraine nach Norden überführt worden sind. Dann soll die ukrainische Staatsbank mit Gold- und Silbervorräten versorgt werden; von dem Metallvorrat der russischen Reichsbank beanspruchen sie ein Drittel entsprechend der Steuerquote, die sie nach ihrer Behauptung aufbringen. Die „russischen Kolonien", als die man Sibirien und Zentralasien ansieht, sollen gemeinsames Gut des zukünftigen Rußland und der Ukraine sein, auch wollen sie Anteil an den Produkten der Bergwerke, an Petroleum und Baumwolle, die im großrussischen Gebiet gewonnen werden. Die bloße Aufzählung dieser Forderungen genügt, um zu beweisen, daß eine Verständigung nicht gerade leicht sein wird.

Daß sich ähnliche und vielleicht noch größere Schwierigkeiten ergeben werden bei den übrigen staatlichen Bildungen, die sich in schattenhaften Umrissen aus dem gegenwärtigen Dämmerzustand abzuheben scheinen, ist so gut wie sicher. Gegen die neue Regierung in Tiflis sollen sich schon Bergstämme des Kaukasus erhoben haben; daß das unentwirrbare Völkergemisch des ehemaligen sog. georgischen Reiches mit seinen Glaubensunterschieden sich nicht leicht zu einer lebensfähigen staatlichen Einheit wird zusammenschließen lassen, versteht sich von selbst. Bessarabien schwebt völlig in der Luft; die Ukraine mag sich darüber mit Rumänien verständigen. Daß die Mittelmächte bei ihren Verhandlungen mit diesem Staate diese Frage zur Entscheidung bringen werden, ist nicht wahrscheinlich, obgleich Deutschland und Bulgarien mit Volksangehörigen beteiligt sind. Bezeichnend ist, wie die kaum geborenen Staatswesen sofort aus nationalen oder historischen Gründen Gebietserweiterung anstreben. Die Polen schreien nach ihrem alten Reiche; die Finnländer setzen auseinander, daß die Halbinsel Kola mit der Murmanküste und Ostkarelien, das Land bis zum Onegasee und zum Wymfluss, seiner überwiegend finnischen Bevölkerung wegen ihnen überlassen werden müsse; die Ukrainer dehnen ihre ethnographischen Ansprüche auf Teile des Gouvernements Kursk und Woronesch aus, die stets zu Großrußland gerechnet wurden. Auf Schritt und Tritt zeigen sich die Hindernisse, die im Osten nationaler Staatenaufteilung im Wege stehen und das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" als bedenklichen Grundsatz erscheinen lassen. (Vgl. meinen Aufsatz: „Staat und Volk in Osteuropa" in den Südd. Monatsheften, Mai 1917.) Man kann nicht Pessimist gescholten werden, wenn man die Aussichten auf Frieden in diesen Gebieten, die noch nicht ganz europäisch geworden, doch aber auch nicht mehr voll asiatisch sind, mit einiger Zurückhaltung einschätzt. Dessen muß deutsche Politik zur Zeit und wohl noch lange eingedenk sein.

Daß darin aber ein Vorteil für alle Nachbarstaaten liegt, eine Sorge von ihnen genommen ist, liegt auf der Hand. Für Persien und Afghanistan hat das ja auch schon im Friedensvertrag Ausdruck gefunden; ihre Unabhängigkeit wird anerkannt. Für die Türkei gewinnt die armenische Frage eine ganz andere Gestalt, nun der Russe nicht mehr übermächtig neben dem Fremdkörper steht. Wie Österreich-Ungarn sich erleichtert fühlt, ist nicht nur in der Haltung weitester Kreise seiner Bevölkerung, sondern auch in der seiner Staatsleitung erkennbar geworden und wird weiter erkennbar bleiben. Es darf nicht einvergessen werden, daß die Besorgnis vor Rußland die beiden mitteleuropäischen Großmächte zusammenführte; an der Donau ist man dessen eingedenk, an der Spree wird man es auch sein müssen. Wenn ein Gefühl der Erleichterung jedes deutsche Herz bewegte, als der russische Koloß dahinsank'

so war das nicht minder natürlich als das gleiche Aufatmen bei den Bundesgenossen. Wäre doch dieser Krieg überhaupt nicht möglich gewesen, wenn nicht Rußland ihrer aller Bestand bedroht hätte.

Man muß sich aber klarmachen, daß, was uns erfreulich erscheint, darum noch nicht durchweg unerfreulich für die Gegner ist, die wir noch zu bestehen haben. Allein Frankreich hat Anlaß zu vorbehaltloser Trauer. Auf Rußland setzte es nicht nur am stärksten seine Hoffnung, es war auch die einzige verbündete Macht, zu der es in keinerlei Interessengegensatz stand. Es konnte ihm alle Erfolge gönnen, sofern zugleich seine eigenen Wünsche erfüllt wurden. Das war auch dem letzten Franzosen klar, und darum hat die Republik willig die Unsummen aufgebracht, die Rußland beanspruchte, sich aktionsfähig zu machen. Bei Italien liegt die Sache schon anders. Ein russischer Sieg hätte seinen Trabanten Serbien an die Ostküste der Adria geführt, vielleicht sogar, durch die slowenische Frage, nach Istrien und bis an den Isonzo. Mit der Wiederaufrichtung der alten venetianischen Stellung im Grenzmeer wäre es für alle Zeiten vorbei gewesen, überhaupt mit gesteigerter Geltung in der Levante. Damit wäre doch ein bitterer Tropfen in den Freudenbecher der Herrschaft über Südtirol gefallen.

Durchaus ein Doppelgesicht hat der eingetretene Wandel aber für England und Amerika; sie können ihm mit einem lachenden, einem weinenden Auge zusehen. Allerdings ist das Ausscheiden der „russischen Dampfwalze" zunächst ein schweres Mißgeschick, das für die europäischen Ententemächte verhängnisvoll werden kann, aber doch nur, wenn Deutschland aus den großen militärischen Erfolgen, die es etwa noch erringt, die vollen politischen Folgerungen zieht, wenn England gezwungen wird, die in Vorderasien errungenen Vorteile sowie seine Stellung in Persien, in Ägypten, am Suezkanal und am Ausgange des Roten Meeres aufzugeben. Dann möchte sein indisches Kaisertum stark ins Wanken geraten, auch ohne den russischen Druck, der es solange gefährdete und auch wieder gefährdet haben würde, wenn das mit England verbündete Rußland in diesem Kriege sich nach seinem Wunsche durchgesetzt hätte. Zieht Deutschland diese Konsequenzen nicht, so erwachsen Großbritannien aus Rußlands Zerfall auf die Dauer nur Vorteile. Auch ein „unabhängiges und freies" Persien und desgleichen Afghanistan werden daran nichts zu ändern vermögen. Indien ist innerlich zu zerrissen, seine staatliche Neugestaltung zu schwierig, als daß es ohne die Unterstützung einer *starken* fremden Macht seine Unabhängigkeit zu erringen vermöchte. Rußlands Zerfall sichert nicht nur die Nordgrenze des Kaiserreichs, die ohnehin nicht leicht durchbrochen werden kann, er eröffnet sogar neue Möglichkeiten der Machterweiterung in dem so wichtigen Tibet. Nur in einem andern Zusammenhang ziehen neue Gefahren für das britische Weltreich herauf, das ja mit der indischen Herrschaftsstellung steht oder fällt.

Keine Macht der Erde zieht aus dem Kriege so unmittelbar und so unentwegt und zielbewußt Vorteil wie Japan. Ob es Deutschland möglich gewesen wäre, sich mit dem Großbritannien des Ostens zu verständigen, ist umstritten; die Frage soll hier nicht weiter erörtert werden. So hat es die Früchte der fehlerhaften Politik, die im Anschluß an den Frieden von Shimonoseki und in den folgenden Jahren von den Leitern des Reiches befolgt wurde, schon jetzt eingebüßt und dazu Besitztümer, die sich eines weniger anfechtbaren Ursprungs erfreuten. Japan hat sich während des Krieges jeder größeren Leistung für seine Verbündeten entzogen, stets nur für „die Sicherheit Ostasiens" Sorge getragen. Die Lieferungen an Kriegs-

material stärkten seine Finanzen und entwickelten ihm eine leistungsfähige Kriegsindustrie. Auf Frieden und Sicherheit Ostasiens ist es so gut bedacht gewesen, daß es dort jetzt die gebietende Macht ist. England und Amerika versuchen zwar mitzureden, wissen aber ganz genau, daß sie nur Worte machen können, während der Japaner handelt. Ob der Bundesgenosse in der „Küstenprovinz" und am Amur mit oder ohne ihre Einwilligung eingreift, ändert nichts am Ergebnis. In der Mandschurei kann auch von chinesischer Seite nichts vorgenommen werden, was Japan nicht gutheißt. In der äußeren Mongolei hat Rußland die erst kurz zuvor errungene Stellung noch während des Krieges ausgebaut; wenn es sie jetzt, wie wahrscheinlich, nicht zu behaupten vermag, so kommt das nicht nur dem nächstberechtigten China, sondern mittelbar auch Japan zugute. Der Krieg hat es zum überragenden Haupt aller Gelben und Braunen gemacht. Sie werden ihm nicht alle gutwillig folgen; ob aber nicht williger als den Weißen?

Damit ziehen für England und Amerika ernste Gefahren herauf. Der Krieg hat die nationalen Bestandteile des britischen Weltreichs zweifellos fester zusammengeschmiedet. Australier, Kanadier und Südafrikaner sind aber einig in der Abwehr und im Abscheu gegen die farbigen Einwanderer, so verwendbar sie als Kulis sein mögen. Es ist ja auch gar nicht zu leugnen, daß der rein friedliche Wettbewerb mit dem Untergang der weißen Rasse enden würde in all den Gebieten, die von ihr der Siedlung gewonnen wurden. Die pazifischen Staaten der Union sind genau in derselben Lage, ja nicht allein sie. Hier ist das Band, das England und Amerika für absehbare Zeit zusammenhält; es liegt nicht in der gemeinsamen Angelsachsenart oder in bloßen Geldberechnungen. Das hätte unsere Diplomatie von vornherein erkennen und danach handeln, nicht aber amerikanische Präsidentenanmaßung großzüchten sollen. Die japanische Gefahr ist durch die Entlastung vom russischen Druck ungeheuer gestiegen. Unsere Staatskunst kann der Lage nur gerecht werden, wenn sie alle Kraft und allen Willen daran setzt, England zu schwächen, damit es möglichst schwer zu tragen hat an der pazifischen und indischen Last, die es schlechterdings nicht abwerfen kann, ohne sich selbst zu vernichten.

Es gibt in Deutschland immer noch Leute, die eine Verständigung mit England anstreben, sie für möglich halten trotz der Infamie, deren in England gerade verantwortliche und hochgestellte Männer sich schuldig gemacht haben; ist es doch ein altüberlieferter Zug englischer Politik, daß keine Gemeinheit verschmäht wird, wenn es gilt, dem Gegner zu schaden. Es ist auch verständlich, ja verzeihlich, wenn es einem Deutschen von Bildung schwer wird, sich völlig loszusagen von England; allzu zahlreich und zu stark sind die gemeinsamen Geistesschwingungen der beiden Völker auf edelsten und reinsten Gebieten menschlichen Lebens. Aber für einen deutschen Staatsmann ist das Träumen von einer Verständigung mit England ein unfehlbarer Beleg diplomatischer Unfähigkeit. Über die fatzkenartige Nachäffung äußerer englischer Sitten und Bräuche, wie sie sich von hohen und höchsten Kreisen aus bis tief in unseren Mittelstand verbreitet hat und von schwerem Mangel an deutschem Bewußtsein Zeugnis ablegt, ist weiter kein Wort zu verlieren. Ob England planmäßig diesen Krieg anstiftete, ist eine Frage, die Kleinigkeitskrämern erwünschten Stoff zur Beschäftigung bieten mag; für den, der gewohnt ist, auf die Hauptsache zu gehen, steht als solche fest, daß England die Gelegenheit, die sich zu bieten schien, mit Deutschland abzurechnen und es für alle Zeiten zum Mitbewerbe unfähig zu machen, mit klarem und kaltem Entschluß ergriffen hat. So wenig ein normal Denkender, in historisch-politischen Dingen

Urteilsfähiger ihm daraus einen Vorwurf machen kann (hat doch Bismarck im Jahre 1870 zum großen Segen unseres Volkes nicht anders gehandelt), so wenig kann jetzt kühle Würdigung der Lage darüber irgendwelchen Zweifel aufkommen lassen, daß es gilt, England klein zu machen, es, soviel nur immer möglich, in die Gefahren der pazifischen Lage hineinzustoßen, gerade jetzt, nun diese durch Rußlands Ausscheiden eine drohendere Gestalt angenommen hat. Ein Zusammengehen mit Japan auf diesem Wege ist nicht abzulehnen; daß von den Völkern Gog und Magog politisch nicht mehr geredet werden darf, sollte Gemeingut der Erkenntnis sein. In solcher Haltung liegt für uns auch die einzige Rettung vor dem leider Gottes solange kritiklos gehätschelten Vetter jenseits des Ozeans, der jetzt endlich der Welt sein wahres, solange hinter heuchlerischer Friedensmaske verborgenes Gesicht zeigt.

Wenn damit an einem Punkte schon die Frage angeschnitten ist, welche Pflichten Rußlands Zusammenbruch deutscher Staatsmannschaft auferlegt, so bedarf sie doch noch einer näheren Erörterung.

Es wurde schon berührt, daß die Balkanfragen für uns ein anderes Gesicht bekommen haben; sie stehen nicht mehr in so engem Zusammenhange mit dem Fortbestehen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Friedliche Durchfahrt durch die Dardanellen konnten wir den Russen zu allen Zeiten gern gönnen; es bleibt jetzt auch kaum noch etwas einzuwenden gegen das Passieren ihrer und anderer Kriegsschiffe. Über Vorsichtsmaßregeln läßt sich ja reden. Vollständige Sicherung der Donauschiffahrt bis ins Meer hinaus, sowie des Verkehrs nach Constanza ist unerläßlich, ebenso solche des Verkehrs durchs ganze Balkangebiet in der Richtung auf Saloniki wie auf Konstantinopel. Österreich-Ungarn muß seine Stellung an der Adria so festigen, daß Triest seine Bedeutung für unsern Süden nicht nur behält, sondern steigert. Die erforderlichen Gebietsverschiebungen zwischen Adriatischem und Schwarzem Meer, zwischen Donau und Archipelagus können wir den Nächstbeteiligten überlassen. Ein selbständiges Albanien entspricht unseren Interessen, steht auch berechtigten österreichischen und bulgarischen Wünschen nicht im Wege. Bei seiner Abgrenzung könnte Griechenland berücksichtigt werden; seine Haltung während des Krieges bietet keinen Anlaß, es zu schädigen. Daß Rumänien, im soeben abgeschlossenen, aber noch nicht bekanntgegebenen Friedensvertrage verpflichtet worden ist, die schweren Opfer, die sein perfider Treubruch uns auferlegte, wenigstens einigermaßen zu ersetzen, müssen wir hoffen. Auf dem Balkan ist nach Rußlands Zusammenbruch die Lage derart geworden, daß Bismarcks Ausspruch von den Knochen des pommerschen Musketiers wieder Geltung hat; er ist während des Krieges oft genug mißbraucht worden. Welcher Unfug ist überhaupt mit Bismarck-Äußerungen getrieben worden und am meisten von Leuten, die ihn sonst nicht heftig genug bekämpfen konnten, jetzt aber auf seine Autorität, nicht so selten gegen besseres Wissen, schwören möchten!

Weit wichtiger als die Balkanfragen sind für uns aber die, welche unsere eigenen Grenzlande betreffen.

Der Friedensvertrag bestimmt eine Linie innerhalb (westwärts) der gegenwärtigen Stellungslinie. Alles, was westlich von dieser Linie liegt, „soll der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen". Es ist nicht davon die Rede, daß diese Gebiete von Rußland abgetreten werden, aber, da ausdrücklich gesagt ist, daß Rußland „auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete verzichtet" und

es Deutschland und Österreich-Ungarn überläßt, „das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen", so können aus dieser Unterlassung keine störenden Folgerungen gezogen werden. Zwischen der fraglichen und der Stellungslinie liegt ein weites Gebiet. Letztere verläuft, soweit sie hier in Betracht kommt, vom Ostufer des den Peipus- südlich fortsetzenden Pleskauer Sees in fast genau südlicher Richtung an die Düna etwas östlich der Stelle, bis zu der Kurlands äußerster Ostzipfel hinaufreicht, und weiter südlich zur Beresina; sie folgt diesem Flusse und dann dem Dnjepr, in den er mündet, bis hinab an die Grenze ukrainischen Volkstums, das von der neuen Republik beansprucht wird.

Es ist ein Gebiet, auf dem mehr als 3 Millionen Menschen leben, und das auch einen allerdings nicht großen Teil echt russischen Landes in sich schließt, darin zwei alte Fürstensitze: Pleskau und Isborsk, vor allem aber ganz Estland mit Ausnahme der Insel Dagö und den weitaus größeren Teil von Livland, allerdings mit Ausschluß seiner Hauptstadt. Der Vertrag setzt fest, daß Estland und Livland ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt werden sollen, und ihre Grenzen werden bestimmt: Narwafluß, Peipus- und Pleskauer See und eine Linie von „dessen Südwestecke über den Lubanschen See in der Richtung Livenhof an der Düna". Es ist im allgemeinen die Ostgrenze der Gouvernements Estland und Livland, im Süden unter Anschluß einer kleinen vorspringenden Ecke des Gouvernements Witebsk, im Norden ebenso eines größeren Streifens vom Pleskauer Gouvernement. Die Gelegenheit, das sog. Polnisch-Livland, die Kreise Luzzen und Rositten (Ljuzin und Rjeschiza) wieder mit dem Stammland zu vereinigen, mit dem es bis 1625 ununterbrochen verbunden war, hat man versäumt, obgleich die Bewohner dieses Gebietes dem gleichen lettischen Volksstamm mit deutscher Oberschicht angehören, und obgleich man damit wertvolle Siedlungsmöglichkeiten preisgibt und auf eine erheblich günstigere militärische Grenze verzichtet. Es wäre angezeigt gewesen, solchen Erwägungen Raum zu geben, zumal nicht nur das ganze in Frage kommende Land, sondern Gebiet darüber hinaus besetzt ist, also Boden genug zum Räumen.

Der Vormarsch über die Linie hinaus, die lange die streitenden Heere trennte, ist erst in dem Monat zwischen der Ablehnung des Friedens russischerseits und seiner Unterzeichnung vom 3. März erfolgt. Wie oft ist seit dem Herbst 1915 die Aufforderung an unsere Regierung ergangen, über die Düna zu gehen, die damals erreicht war! Es ist zwei Jahre später geschehen, indem man Riga besetzte. Bald danach hat man Ösel und Dagö eingenommen, beides ohne auf ernstere Gegenwehr zu stoßen. Inzwischen hatten die Mordbrenner der gepriesenen russischen Freiheitsbewegung begonnen, Livland und Estland zu plündern und zu verwüsten. Die dortigen Deutschen, überhaupt alle anständigen Leute, waren vogelfrei; im günstigsten Falle wurden sie mit den Ihrigen in das Land der aufgehenden Freiheitssonne verschleppt. Ihr Besitztum ging, soweit es nicht geraubt werden konnte, in Flammen auf; die bestellten Fluren wurden tunlichst umgepflügt. Es wird immer ein Beleg bleiben, bis zu welchem Tiefstand sittlichen und nationalen Empfindens blinde Parteileidenschaft herabsinken kann, daß ein sog. unabhängiger Sozialist im Deutschen Reichstag der Regierung einen Vorwurf daraus machen konnte, daß sie einen dieser Mordbuben, der die Uniform der Bolschewiki getragen haben mag, habe hängen lassen. Laut erschollen die Hilferufe herüber ins Reich. Erst als die russischen Unterhändler am 2. Februar unverkennbar zeigten, daß es ihnen nicht darauf ankomme, Frieden zu schließen, sondern nur Zeit zu gewinnen zur Ausbreitung ihrer

revolutionären Bewegung hinüber ins Land der Mittelmächte, entschloß man sich zur Tat und konnte die notleidende Bevölkerung so rasch und leicht von ihren Bedrängern befreien, daß man sich erstaunt fragte, warum die Rettung nicht schon früher ins Werk gesetzt worden sei. Nicht minder erklärlich und berechtigt war dann die Verwunderung, daß am 3. März der Friede zu denselben Bedingungen gewährt wurde, zu denen er einen Monat früher zu haben gewesen wäre, uneingedenk der Drohung, die schon Bethmann Hollweg den Gegnern zugerufen hatte und die später von leitender Stelle wiederholt worden ist, daß hartnäckiges Beharren im Kriegswillen zu härteren Forderungen zwingen werde. Mag sein, daß die Zukunft eine einigermaßen befriedigende Antwort zu geben imstande sein wird; die gegenwärtig geltend gemachte Rücksichtnahme auf die Mehrheitsentschließung vom 19. Juli vorigen Jahres und auf den später aufgestellten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker kann nicht genügen und wird von der Zukunft noch viel weniger anerkannt werden als von der Gegenwart.

Was wird nun aber aus den besetzten Teilen von Livland und Estland, die von den jetzigen Machthabern nicht aus dem russischen Staatsverbande entlassen sind? Die Mitglieder des Reichstags (wollte man von Parteien reden, so würde das doch die Lage nicht ganz richtig zeichnen), die sich — wenigstens mit Worten — der Mehrung deutscher Macht widersetzen, erklären sich gegen jede Form der Angliederung ans Reich. Der allgegenwärtige Abgeordnete Erzberger hat Bestätigung verlangt, daß diese Gebiete der russischen Staatshoheit unterstehen, und sie ist vom anwesenden Vertreter des Auswärtigen Amtes abgegeben worden, allerdings mit dem Zusatze „noch". Sollte das Wörtchen Bedeutung gewinnen, so würde das ja Bräuchen entsprechen, die dem Abgeordneten Erzberger auch nicht so ganz unbekannt sein werden. Die nicht aus dem russischen Staatsverbande entlassenen, aber von den Deutschen besetzten Teile von Livland und Estland stehen allerdings noch unter russischer Staatshoheit. Der Friedensvertrag bestimmt, daß sie „von einer deutschen Polizeimacht besetzt werden, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist". Will man dem aufgestellten Grundsatze treu bleiben, so muß diese Herstellung kraft des Selbstbestimmungsrechts geschehen. Nichts steht im Wege, daß es geübt werde, wie es in Kurland und Litauen geübt worden ist; aus solchem Vorgehen würden sich dann „die eigenen Landeseinrichtungen und die staatliche Ordnung" ergeben. Es besteht auch kein Hindernis, sie in engem Anschluß an die von Rußland aufgegebenen Gebiete zu suchen. Geschähe es nicht, so müßten für die Stadt Riga und für die Inseln Ösel und Dagö besondere Regierungsformen gefunden werden; dazu würde die beherrschende Stadt des ganzen Baltengebiets, in der ziemlich $^1/_6$ seiner Bewohner leben, von ihrer nächsten Nachbarschaft getrennt werden, d. h. von den Landstrichen, mit denen sie seit ihrem Bestehen aufs engste verwachsen war und denen sie ihr Emporkommen und ihren Wohlstand verdankt. Der Widersinn wäre zu groß, als daß man sich vorstellen kann, wie maßgebende Männer in irgend verantwortlicher Stellung sich sollten auf sie verbeißen können.

Es gibt Leute, die mit weiser Miene erklären, es sei das richtigste, Riga an Rußland zurückzugeben; dieses Reich werde nie auf seine Ostseeküste verzichten und brauche sie notwendig, auch sei Rigas Zukunft nur durch Erhaltung des Zusammenhanges mit seinem Hinterlande zu sichern.

Wer so urteilt, läßt sich zunächst bestricken durch die vielgebrauchte Redewendung „Zug nach dem Meere". Ihre Anwendung auf geschichtliche Hergänge ist nahezu zum Unfug geworden; sie wird vielfach in Entwicklungen hineingedacht, in denen sie schlechterdings keine Rolle gespielt hat. Das kann hier nicht näher dargelegt werden. Aber dieses angebliche Hinterland Rigas hat nie in erheblichem Maße über diese Stadt ein- oder ausgeführt. Sieht man von der ganz neuerdings für Rigas Hafen wichtig gewordenen sibirischen Butter ab, so hat es sich bei Ein- und Ausfuhr in alten und neuen Zeiten ganz überwiegend um Erzeugnisse und Bedarfsartikel des Baltenlandes gehandelt oder solcher von Gebieten, die durch den Friedensvertrag vom russischen Staate getrennt worden sind. Das gilt auch von den anderen Häfen des Landes: Libau, Windau, Pernau, Reval.

Es hat das besonders auch darin seinen Grund, daß die Düna als Verkehrsader eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt, in neuerer Zeit eine noch erheblich geringere als früher. Daß die Eisenbahn den Fluß zur Verödung bringen konnte, kennzeichnet die Zustände. Das wird anders werden, wenn die Düna reguliert und ein leistungsfähiger Kanal von Witebsk nach Orscha den Fluß mit dem Dnjepr verbindet, wie der vielbesprochene, doch nicht ganz so leicht ausführbare Plan das in Aussicht nimmt. Es möchte doch auch zu beachten sein, daß eine Verbindung Weichsel-Dnjepr schon besteht, ebenso eine solche Niemen-Dnjepr, beide ausbaufähig. Aber auch wenn das Kanalprojekt ausgeführt wird, brauchen Riga und Livland nicht unter derselben Herrschaft zu stehen wie ihr Hinterland aus Rücksicht auf den Handel. Führen denn nicht Deutschlands reichste Industriegebiete durch Holland und Belgien ein und aus? Steht nicht Böhmen mit Hamburg in Verbindung, München nicht mit Triest? Es lassen sich wahrlich Einrichtungen treffen, die dem Durchgangsverkehr dieselben Möglichkeiten bieten wie dem des anliegenden Landes. Wenn Wilson für Polen Meeresküste fordert, so weiß doch jeder vernünftige Mensch, daß er das nicht tut, weil er es als unentbehrlich ansieht, sondern weil er weiß, daß das Deutschland schwächt. Polens Glück und Wohlfahrt sind ihm nur insofern von Belang, als er durch ihre Förderung Deutschland schädigen kann; im übrigen mag Polen auf dem Monde liegen. Es ist wahrlich traurig, daß es immer noch in Deutschland Leute gibt, die verderbliche Anschauungen und bedenkliche Ziele mit so fadenscheinigen Gründen verteidigen und Ansichten der Gegner über unsere Angelegenheiten glauben verwerten zu können in dem Wahne, dadurch in deren Gunst zu steigen. Soll etwa der Staat, den die Tschechen anstreben, auch Meeresküste haben? Sie hätten dann ja die Wahl, sie süd- oder nordwärts zu suchen, bei den Südslawen an der Adria oder über die Lausitzer Wenden hinweg, nach denen sie begehrliche Blicke werfen, an der Küste, die vor 800 Jahren noch allein von Slawen bewohnt war.

Unsere Regierung hat sich die Fessel des Selbstbestimmungsrechts der Völker um die Beine gelegt; auch fühlt sie sich bei jedem Schritt vorwärts beengt durch die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917, und die Reichstagsmehrheit tut trotz der völlig veränderten Lage nichts, sie von dieser Hemmung zu befreien. Es ist hier nicht der Ort, zu erörtern, wie das alles so hat kommen können; aber sollten die so zu unberechtigter Geltung gelangten Ansichten zur Folge haben, daß die durch nahezu sieben Jahrhunderte in engster Berührung miteinander stehenden und von der Gemeinsamkeit ihrer Lebensbedingungen durchdrungenen „deutschen" Ostseeprovinzen, in denen ganz besonders vermöge dieser Gemeinsamkeit alles, was es an Kultur gibt, deutschen Ursprungs und deutscher Art ist, dazu führen, daß der Zusammenhang zerrissen würde, so würde das nicht nur eine schwere Schädigung

baltischer, sondern deutscher Zukunft bedeuten. Das Deutsche Reich hätte seine älteste Kolonie (sie ist *älter* als Preußen!) in ihrem Hauptteile dem Untergange preisgegeben in unwürdiger, geradezu verblödeter Nachgiebigkeit gegen eine Tagesmeinung, deren Undurchführbarkeit für jeden Denkenden und Kundigen auf der Hand liegt. Das *kann* nicht der Wille derer sein, in deren Händen in dieser schweren Zeit die Entscheidung über unseres Reiches und Volkes Geschick liegt. Man braucht sich nur die Frage vorzulegen, was Frankreich, was England, was Amerika mit einem Besitztum anfangen würden, das ihnen zeitweise entrissen, dann aber in aufgezwungenem Kriege wiedergewonnen wäre.

In unlösbarem geschichtlichen Zusammenhange mit dem Baltenlande stand von jeher Litauen. Es ist eingekeilt zwischen Kurland und Preußen; die kaum zwei Kilometer breite Verbindung zwischen Nimmersatt und Polangen markiert eigentlich nur die Trennung. Daß der Orden das Heidentum der Samogitier (Samaiten) nicht zu brechen vermochte, ist recht eigentlich der Nagel zu seinem Sarge geworden. Des sollten eingedenk sein, die heute über die Geschicke des Landes mitzureden haben. Kurland ist nicht zu halten, wenn man nicht unbedingt sicher über Litauen verfügt. Seine Bewohner haben sich für unabhängig erklärt, zugleich aber engen Anschluß an das Deutsche Reich begehrt. Sie wollen mit ihm für ewige Zeiten verbündet sein und Militär-, Verkehrs-, Zoll- und Münzkonventionen abschließen, so daß eine politische, militärische und wirtschaftliche Einheit entsteht. Ein eigener Herzog soll Landesherr sein. Deutschland scheint diese Neuordnung gutheißen zu wollen. Ob sie das Zusammengehen der beiden Staaten für alle Zeiten sichert? Wer möchte diese Frage rückhaltlos bejahen? Dynastien als Garantien anzusehen, ist in unseren Tagen doch einfach unerlaubt. Neigt Litauens Bevölkerung einmal hinüber zu einer anderen Macht, empfindet sie das Verhältnis zu Deutschland als eine Fessel, so ist der geschlossene Vertrag „ein Fetzen Papier". Wurde 1814 nicht auch ein solcher zwischen Norwegen und Schweden vereinbart, von Norwegen, ohne daß es so in der Hand des Gegners gewesen wäre wie jetzt Litauen in deutscher? Und 1906? Den Litauern kann man national-kulturelle Wünsche in vollem Umfange befriedigen, nicht aber politische. Es ist doch Pflicht und Schuldigkeit *jeder* deutschen Regierung, zunächst das eigene Volk zu sichern; dieser Pflicht ist durch die Neuordnung nicht genügt.

Es besteht aber mit Litauen noch eine besondere Schwierigkeit. Was Kurland, was Livland, was Estland bedeutet, steht fest, nicht aber der Begriff Litauen. Das alte Großfürstentum, das durch die Lubliner Union von 1569 den Polen ausgeliefert wurde, und nach dem dann der über das Weichselgebiet hinausreichende Teil des Gesamtstaats in der allgemeinen Sprechweise dauernd benannt wurde, griff südwärts und ostwärts weit über die im Friedensvertrage mit Rußland vereinbarte Linie hinaus, umfaßte mehr Ukrainer und Weißrussen als Litauer. Auch in dem zwischen dieser Linie, der neugezogenen Grenze der ukrainischen Volksrepublik und den Grenzen Kurlands, Ostpreußens und des *jetzigen* Generalgouvernements Warschau liegenden Gebiet wohnen noch unter einer Gesamtbevölkerung von reichlich vier Millionen (*vor* dem Kriege, jetzt um rund ein Drittel weniger!) in den Gouvernements Wilna und Grodno geschlossen ziemlich eine Million Weißrussen und ebendort und im Gouvernement Suwalki zerstreut, nur in den Kreisen Bjelostok und Bjelsk einigermaßen geschlossen, fast halb soviel Polen. Die Weißrussen, deren Masse (ziemlich noch sechs Millionen) nach dem Friedensvertrage bei Rußland verbleibt, melden sich auch mit Ansprüchen; sie sind bereit, in dem neuen litauischen Staat

aufzugehen, soweit sie ihm durch den Friedensschluß zugewiesen sind; es ist aber bezeichnend für die Art dieser von uns auf die Füße gestellten Völker, daß sie den Anschluß Kurlands an diesen Staat fordern. Man hat wohl Grund, die jungen Bäume unter der Schere zu halten! Ob das ganze so umgrenzte Gebiet dem zukünftigen Herzogtum Litauen zugewiesen werden wird, steht noch dahin. Besonders in Betreff des Gouvernements Suwalki erheben sich dagegen die allerernstesten Bedenken. Was würde aus dem ostpreußischen Grenzschutz, wenn dieses Gouvernement Teil eines fremden Staates würde! Im äußersten Süden, hart an der neuen ukrainischen Grenze, liegt der Bielowitzer Forst. Soll der neue Herzog ihn ihm jagen? Über eine Personalunion Sachsen-Litauen ließe sich, wie die Sachen jetzt geworden sind, reden.

Indem man diese Fragen aufwirft, stößt man sofort auf eine weitere, nicht minder wichtige, ja entscheidende. Unser Volk braucht Siedlungsland, braucht es so notwendig wie das liebe Brot; es *ist* das Brot der Zukunft, ja schon der Gegenwart. In *diesem* Kriege halten wir mit den Erzeugnissen unserer Landwirtschaft durch; im nächsten werden wir es nicht vermögen, wenn, wie wir doch wünschen und hoffen, unsere Bevölkerung sich weiter mehrt. Wir werden unterliegen, so tapfer wir uns auch wehren, stehen wir nicht auf einer breiteren agrarischen Grundlage als bisher. Auch die rasche Zunahme und das drohende völlige Überwiegen der städtischen, insbesondere der großstädtischen Bewohnerschaft fordern ein ländliches Gegengewicht; die gesunde Blutmischung ist bei unserem Volke in Frage gestellt. Englische Zustände sind unhaltbar ohne völlige schrankenlose Beherrschung der See; das beginnt das Inselreich jetzt selbst zu fühlen.

Nun hat zwar Bethmann Hollweg hohe Töne geredet. Er hat am 5. April 1916 davon gesprochen, daß „unseren verjagten und gepeinigten Landsleuten die Tür aus der russischen Knechtschaft geöffnet werden" müsse. Aber was hilft das Öffnen der Tür, wenn die Eingeschlossenen nicht wissen wohin. Was hat Bethmann Hollweg, was haben auch seine Nachfolger getan, die Entlassenen zu empfangen, ihnen neue Heimstätten zu sichern? Denkt man etwa, daß das selbständige polnische oder das selbständige litauische Staatswesen ihnen die Arme öffnen würden? In beiden überwiegt der Kleinbauernbesitz. Läßt man noch Livland und Estland ihren eigenen Weg gehen, so bleibt nichts als das bißchen Kurland, das, wenn es die Bevölkerungsdichte von Ostpreußen erreicht, etwa 600000 Seelen aufzunehmen vermag. Rußland birgt gegen 1½ Millionen, die in Frage kommen, und wie oft ist darauf hingewiesen worden, daß die Erfahrungen des Krieges in manchem amerikanischen und kanadischen, vielleicht auch australischen, südafrikanischen und brasilianischen Landsmann Sehnsucht nach der Heimat erwecken möchten! Auch für nicht so wenige Feldgraue wäre die eigene Scholle das erwünschteste Endergebnis der langen Kriegsfahrt.

Die Gelegenheit war so günstig! Allein die unter der Leitung von Oberost stehenden Gebiete haben zurzeit 1300000 Bewohner weniger als vor dem Kriege; die Fehlenden sind zum großen Teil von den Russen zwangsweise weggeführt, zum Teil ihnen freiwillig gefolgt. Wäre das Land unter russischer Herrschaft geblieben, so wären von den Überlebenden nicht allzuviele zurückgekehrt; man hätte sie durch Großrussen ersetzt und die Weggeführten in fernen Teilen des Reiches untergebracht. In zwangsweiser Versetzung von Menschenmassen haben ja die Moskowiter, nach echt asiatischer Art, von jeher das Mögliche geleistet. Wir scheuen uns, wohlberechtigte

deutsche Ansprüche geltend zu machen, aus Rücksicht auf Völker, deren Dankbarkeit überaus fraglich ist, von denen die Polen bis jetzt nur das genaue Gegenteil zum Ausdruck gebracht haben, und begründen das mit der Phrase vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und der noch schlimmeren vom Frieden der „Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker, mit dem erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen nicht vereinbar" seien. Als wenn jemals andere als Verständigungsfrieden geschlossen worden wären und sich jemals an einen wirklich ernsten Krieg eine dauernde Versöhnung der Völker in einigermaßen naher Folge angeschlossen hätte, oder überhaupt ein Krieg ohne Vergewaltigung geführt werden könnte! Das Ausland konnte ja solche geradezu sinnlose Entschließung gar nicht anders auslegen denn als Eingeständnis der Schwäche, trotz der tapferen Verbrämung mit unerschütterlichem Kampfeswillen. Was aus Litauens Staatsbesitz wird, eine für die Siedlungsmöglichkeiten überaus wichtige Frage, liegt zur Zeit noch im unklaren; zu hoffen hat man fast verlernt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und andere schöne Redewendungen, die schon seit langem zum politischen Sprachschatz unserer Gegner gehören, ohne daß sie je an sie geglaubt oder daran gedacht hätten, ihnen irgendwelchen Einfluß auf ihr Machtstreben zu gewähren, haben bei uns über den engen Kreis der verbohrten Pazifisten und Menschheitsfanatiker hinaus Eingang gefunden durch die Papstnote vom 1. August 1917. Darüber können Zweifel nicht bestehen. Sie suchte aus Gründen, die auf der Hand liegen, auch den Polen und Belgiern zu helfen; für die litauische Neuordnung ist es zweifellos von Bedeutung geworden, daß es sich um einen katholischen Volksstamm handelt. Im evangelischen Deutschland wird es nicht verstanden, daß den protestantischen Balten nicht billig sein soll, was den Litauern recht ist. Daß die Leitung des Reiches einem Zentrumsmann anvertraut ist und ein Mitglied des Zentrums, dessen unheilvolle Betriebsamkeit dem deutschen Volke schon so manchen schweren Schaden zugefügt hat, in der litauischen Frage wiederum die Hand im Spiele haben konnte, erhöht das Mißtrauen, Deutschlands Zukunft möchte Schaden leiden durch Bestrebungen, die vielleicht Rom, nicht aber unserem Volke Vorteil bringen können. Nur ein Zugreifen im Baltikum, wie es Deutschland frommt, und kräftigste Vertretung unserer Siedlungsinteressen in den noch nicht vergebenen Gebieten können dieses Mißtrauen beseitigen. Unseren katholischen Landsleuten sind ein starkes Deutsches Reich und ein starkes deutsches Volk genau so unentbehrlich wie uns Evangelischen, und sicher empfindet ihr weitaus größter Teil genau mit derselben vaterländischen Wärme wie wir.

Lange vor den Friedensschlüssen ist durch freie Entschließung der beiden kaiserlichen Herrscher den polnischen Verhältnissen eine neue Gestalt gegeben worden. In den Verträgen wird ihrer nicht gedacht. Rußland hat keinen anderen Verzicht geleistet als ihn Artikel III mit sich bringt: „Die westlich der vereinbarten Linie gelegenen Gebiete werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen." Welche Teile dieses Gebietes den polnischen Staat bilden werden, ist zur Zeit nicht entschieden. Vom russischen Generalgouvernement Warschau (Weichselgebiet) sind im Nordosten das Gouvernement Suwalki, im Südosten Cholm abgetrennt worden und Oberost überwiesen. Der Rest ist in zwei Teile zerlegt, einen nordwestlichen, das gegenwärtige Generalgouvernement Warschau, und einen südöstlichen, Generalgouvernement Lublin, jenes unter deutscher, dieses unter österreichisch-ungarischer Verwaltung. Das Gouvernement Cholm, das erst 1912 gebildet —, dem Generalgouvernement

Warschau entzogen und unter das Generalgouvernement Kiew gestellt wurde, ist im Friedensvertrag mit der Ukraine ziemlich ganz der Volksrepublik zugewiesen worden.

Seine Errichtung und Abtrennung erfolgte 1912, weil der Landstrich überwiegend von Ukrainern bewohnt ist. Der leidenschaftliche Protest der Polen gegen die Bestimmung des Friedensvertrags ist um so weniger berechtigt, als ihr ausdrücklich hinzugefügt wurde: „Nach den ethnographischen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung soll die Grenze durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden." Die Erregung beweist nur, wie wenig das polnische Volk fähig ist, nationale Fragen mit einiger Ruhe zu beurteilen. Trotz der himmelschreienden Mißregierung, die dem alten polnischen Reich den unvermeidlichen Untergang brachte, fordert man unausgesetzt dessen Wiederaufrichtung, möchte sofort wieder anfangen, Fremdvölker zu beherrschen, anstatt auf dem Boden der von den beiden Mächten erkämpften Kriegserfolge nach brauchbaren Grundlagen für einen haltbaren Neubau zu streben. (Vgl. meinen Artikel: Cholm, Cholmerland im Tag, Ausg. B Nr. 69 vom 22. März).

Diese Haltung zwingt uns Deutsche zu allergrößtem Mißtrauen, denn darüber lassen die Polen diesseits und jenseits der Grenze keinen Zweifel, daß sie die Hoffnung nicht aufgeben, ihren Zukunftsstaat vor allem auf deutsche Kosten aufrichten zu können. Solange nicht unverkennbar feststeht, daß das polnische Volk die bestehenden Staatsgrenzen als unabänderlich anerkennt, können wir ihm die vorbehaltlose Geltendmachung seiner nationalen Eigenart auf Reichsboden nicht gestatten. Jede Regierung, die gegen diese Voraussetzung handelt, begeht Verrat am deutschen Vaterlande, das ohne seine Ostmarken nicht bestehen kann, und das gleiche gilt von jeder Regierung, die bei der endgültigen Ordnung der Dinge nicht dafür sorgt, daß Ost- und Westpreußen, Posen und Oberschlesien gedeckt sind gegen die Wiederholung der Erfahrungen dieses Krieges. Das sind keine Annexionen, wie Graf Czernin soeben zur Rechtfertigung der österreichisch-ungarischen Grenzdeckungen gegen Rumänien erklärt. Treten neue Gegner gegen uns ins Feld, so steht, nach den Erlebnissen der letzten Jahre zu urteilen, das neue polnische Staatswesen sicher in ihren Reihen. Das muß man sich auch vergegenwärtigen bei der Neuregelung der litauischen und baltischen Dinge. Dabei können wir, ohne deutsche Interessen zu schädigen, diesem Staatswesen wirtschaftlich weitgehende Erleichterungen gewähren, vor allem seinen Verkehr nach der See so gestalten, daß es den Besitz der Meeresküste *sachlich* nicht entbehrt. Wieweit die Nachbarmonarchie bereit ist, Galizien oder Teile dieses Kronlandes dem polnischen Staate zu überlassen, ist ihre Angelegenheit, bei deren Regelung sie aber schwer überschreitbare Schranken finden wird in ihren Beziehungen zur Ukraine. Sämtliche neuentstehenden Staatswesen werden national sehr viel eifersüchtiger über ihre wirklichen oder vermeinten Rechte wachen als der Durchschnittsdeutsche, der seine Verteilung auf so viele verschiedene Staaten als etwas Unabänderliches hinnimmt, im allgemeinen auch nur ahnt.

Es wird auch die Meinung vertreten, und zwar zum Teil mit einem Eifer, den die Sache nicht rechtfertigt, daß eine Landbrücke zwischen Polen und Rußland erhalten bleiben müsse, ein Kordon, wie man sich ausdrückt, während man einen Korridor meint. Sie könnte nur noch zwischen Litauern im Norden und Ukrainern im Süden gefunden werden in Teilen des Gouvernements Grodno, die von Weißrussen bewohnt werden, vielleicht unter Anschluß des südlichsten von Polen bewohnten Teils des Gouvernements Suwalki. Es hieße die Gefahr einer polnisch-russischen Ver-

ständigung verdoppeln. Dazu würde nicht nur der Forst von Bielowitz preisgegeben werden, sondern auch eine Lücke gelegt in die Deckung Ostpreußens und die Siedlungsmöglichkeiten weiter beklagenswert verringert. Daß das unter deutschem Einfluß bleibende Gebiet sich unmittelbar mit der Ukraine berührt, ist unserer Sache förderlich, besonders auch, daß Litauen und Polen nicht aneinander grenzen. Die Gefahr einer Polonisierung Litauens ist nicht zu unterschätzen!

So ergeben sich aus der Neugestaltung des Ostens eine ganze Reihe von Fragen, die gerade dem deutschen Staatsmann nahetreten, erheblich näher als dem österreichischen und ungarischen. Graf Czernin hat es leicht, sich als Vertreter der verbündeten Macht zu rühmen, daß er an Rußland Landforderungen nicht gestellt habe; sie wären für Österreich eine Schwächung, keine Stärkung. Die deutsche Politik kann solche Zurückhaltung nicht üben, ohne die ihr anvertrauten Interessen gröblich zu schädigen. Sie hat aber nicht nur die richtige Stellung zu nehmen gegenüber den unmittelbaren Nachbarn; es gilt für sie auch sehr viel mehr als für den Donaustaat, die Umwälzung richtig zu bewerten in ihrer Wirkung auf die Weltlage. Eine Macht wie die des zarischen Rußlands scheidet nicht ohne tiefgreifende Folgen aus. Zu ihnen gehört keineswegs, wie berührt, eine dauernde Beeinträchtigung Englands, so unbequem ihm im Augenblicke der Wandel sein mag. Jetzt erst recht ist es von Wichtigkeit, daß wir uns neben dem Briten behaupten.

Daß das nur erreicht werden kann durch vollen Sieg, sollte jedem Deutschen ein Glaubensbekenntnis sein. Denn Freiheit der Meere, auf die es ankommt, läßt sich nicht sichern durch irgendwelche Verträge, welcher Art sie auch sein mögen, sondern allein durch reale Macht, durch Errungenschaften, die es England unmöglich machen oder doch aufs äußerste erschweren, uns abermals von der See auszuschließen. Erreichen wir das, so können wir jedem zukünftigen Zusammenstoß mit Ruhe entgegensehen; England wird sich dann auch hüten, einen solchen wieder herbeizuführen. Wir können uns dann neben ihm in der Welt betätigen. Wessen es bedarf, dies Ziel zu sichern, ist zu oft dargelegt, als daß es hier wiederholt zu werden braucht. Nur das soll abermals betont werden, besonders gegenüber jüngsten Auslassungen im Reichstag, daß der Krieg verloren ist, wenn wir nach Friedensschluß Belgien räumen. Möchte man in den Verhandlungen, die früher oder später kommen müssen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das im Osten zweifellos mehr gehindert als gefördert hat, doch auch nachdrücklich zur Geltung bringen, wo es zu unseren Gunsten verwendet werden kann. Gegen Westen ist das der Fall. Die Stellung Englands in Irland, Ägypten, Indien, auch, trotz allem was geschehen, in den Burenstaaten; die Frankreichs in Marokko und Tunis, ja auch in Algier und in Hinterindien, verträgt sich schlecht genug mit dem, was Lloyd George, Poincaré und Wilson mehr oder weniger salbungsvoll im Munde führen. Die Vlamen, die sich für uns erklärten, dürfen wir nicht fallen lassen, ohne den deutschen Namen mit Schmach zu beladen; es sind die Besten ihres Volkes.

* * *

Am 4. August 1915 ist Iwangorod von den Österreichern, am 5. Warschau von den Deutschen besetzt worden. An den beiden unmittelbar folgenden Tagen hat der Verfasser dieses Aufsatzes die nachfolgende Denkschrift niedergeschrieben, die hier zum ersten Male veröffentlicht wird. Sie hat damals einigen leitenden Herren des Deutschen Ostmarken-Vereins vorgelegen. Sie trugen Bedenken,

sie als Vereinsschrift zu vertreten, weil der Verein sich statutengemäß nur mit der deutschen Ostmark, nicht mit Angelegenheiten der jenseits der Grenze liegenden Lande zu befassen habe; sie haben es aber für richtig gehalten, sie als Arbeit des Verfassers dem Reichskanzler und anderen Herren in leitenden Stellungen zu überreichen. Das ist am 17. August 1915 geschehen. Das Ziel, welches die Denkschrift setzt, ist in der Hauptsache erreicht; die Westgebiete sind so ziemlich in dem Umfange, den sie in Aussicht nimmt, russischer Macht entzogen, zum Teil darüber hinaus. Allerdings ist die Neuordnung für Polen in ganz und gar anderem Sinne erfolgt, als ihn die Denkschrift vertritt, nicht zum Heile Deutschlands, wie jetzt vor jedermanns Blicken klarliegt. Auf den übrigen Gebieten ist der rechte Weg noch nicht in gleichem Maße verbaut; es darf daher durch die Veröffentlichung noch einmal auf ihn hingewiesen werden. Auch darf bemerkt werden, daß das Ergebnis ein ganz anderes, für Deutschland unendlich viel günstigeres gewesen wäre, wenn man es zielbewußt angestrebt hätte, anstatt sich von den Ereignissen schieben zu lassen. Darüber können Zweifel nicht bestehen. In das Netz des Selbstbestimmungsrechts der Völker wäre man dann nicht verstrickt worden; möchte jetzt noch entschlossener und klarer Wille retten, was zu retten ist.

---

## Denkschrift über die zukünftige Gestaltung unserer östlichen Nachbargebiete.

Die letzten Monate haben uns im Osten Erfolge geschenkt, die jedes deutsche Herz mit Dank gegen Gott und mit Stolz auf unser Heer erfüllen. Galizien bis zum Bug, die Karpathen und die Bukowina sind vom Feinde gesäubert; von seinem eigenen Besitz hat er Kongreßpolen, Kurland und Gouvernement Kowno fast ganz verloren. Rund 14 Millionen seiner bisherigen Untertanen sind in unserer Hand.

Es ist verständlich, daß die Frage, was aus diesen Gebieten, was etwa weiter ostwärts werden soll, von allen Beteiligten lebhafter als bisher erörtert wird. Insbesondere die Polen treten aus der Zurückhaltung, in der sie sich bislang gefielen, heraus. Russische und österreichische Angehörige ihres Volkes melden dessen Wünsche an. Es wird Verwahrung eingelegt gegen eine „abermalige Teilung Polens"; klar und deutlich wird ausgesprochen, daß man eine Wiederherstellung polnischer Selbständigkeit erwartet, verlangt, sei es im Anschluß an Österreich oder gar in gesonderter völkerrechtlicher Geltung, ja, es wird gefordert, daß diese Selbständigkeit nicht nur die Gebiete umfasse, in denen das polnische Volkstum geschlossene Sitze hat, sondern weit ostwärts darüber hinaus, wo noch heute polnischer Grundbesitz und angeblich polnische Kultur an die Zeit erinnern, in der einst die politische Herrschaft über jene Gebiete in polnischer Hand war.

Die polnische Frage ist die russische Frage. Es ist aber nicht anders, als daß die sog. polnische Frage für uns von jeher eine oder vielmehr die russische war und noch heute ist, ja heute mehr noch als früher. Denn erst die Teilung Polens hat ihr das Leben gegeben; sie aber hat auch Rußland und Preußen zu Grenznachbarn gemacht. Bis zum Jahre 1795 stießen beide Staaten nicht aneinander. Wo Rußland vorher auf deutschem Boden auftrat, wie im Nordischen und im Siebenjährigen Kriege, operierte es durch polnisches Gebiet hindurch, meist

unter gänzlicher Mißachtung der Rechte des selbständigen Staates. Das Ziel der Politik Katharinas II. war, ihn völlig unter russische Herrschaft zu bringen.

Das war unvereinbar mit dem Bestehen eines unabhängigen Preußens. Friedrich der Große durfte die Weichselmündung, das Land zwischen Ostpreußen und Pommern, nicht in russische Gewalt gelangen lassen, sein Nachfolger nicht die unentbehrliche Verbindung zwischen Ostpreußen und Schlesien, um so weniger, als die Lausitz sächsisch war, Schlesien und Brandenburg nur durch eine etwa 5 Meilen breite Landbrücke miteinander zusammenhingen. Preußen stand den polnischen Teilungen ganz anders gegenüber als seine Beutegenossen Rußland und Österreich. Rußland vermehrte seine Macht; auch ohne seine polnischen Erwerbungen war es fest begründet auf der großrussischen Masse seiner damaligen Bewohner. Auch Österreich beherrschte ohne den Zuwachs nördlich der Karpathen ein sich selbst genügendes, geschlossenes Ländergebiet, hätte, wenn nicht der Stachel des drohenden Anrückens russischer Macht gewesen wäre, seine Erweiterungsbestrebungen wohl gegen den Süden gerichtet. Für Preußen allein war das Zugreifen eine Daseinsfrage. Wer von einer Versündigung Preußens an der Freiheit der Polen spricht, dem ist geschichtliche Einsicht verschlossen, oder er verleumdet wider besseres Wissen. Es ist bezeichnend für die Politik und das Geschick dieses Staates, daß vom früheren Königreich Polen, wie es bis 1772 bestand, sich heute 82,3% in russischem, 10,5% in österreichischem und nur 7,2% in preußischem Besitz befinden.

Rußlands Begehr nach dem gesamten Besitz des stammverwandten Nachbarvolkes ist aber seit Katharinas Tagen nicht mehr aus den politischen Bestrebungen seiner Herrscher geschwunden. Aus dem Befreiungskriege trug Alexander I. den weitaus größeren und wertvolleren Teil des aus preußischem und österreichischem Besitz zusammengeschmiedeten Herzogtums Warschau davon, und wenn er diesem neuen Besitz — Kongreßpolen, General-Gouvernement Warschau — eine Verfassung gewährte, während keine der drei Teilungsmächte etwas Derartiges besaß, wenn er es zu einem Königreich machte, das nur in seinen internationalen Beziehungen von Rußland her geleitet wurde, so verfolgte er damit keine andere Absicht, als seine Polen gleichsam zu Lockenten zu machen für ihre Landsleute jenseits der Grenzen. Die Polen selbst haben diese Wünsche und Hoffnungen vereitelt.

Mit der Niederwerfung ihres Aufstandes 1830/31 war aber trotz der russischen Zwangsherrschaft, die aufgerichtet wurde, der Gedanke nicht begraben. Er hat fortgelebt, ist wiederholt Erfolgen nahe gewesen und ist in Rußland lebendig bis auf den heutigen Tag. Gegen den Widerstand Gortschakows und einflußreicher Gesinnungsgenossen hat Bismarck die Preußisch-Russische Konvention vom 6. Febr. 1863 zu gegenseitiger Unterstützung in der Bekämpfung des damaligen polnischen Aufstandes zustande bringen müssen, indem er Alexander II. zu gewinnen wußte. Stets war in der russischen Politik eine Richtung vertreten, die Versöhnung mit den Polen anstrebte, um sie in der geträumten allslawischen Bewegung gegen den Westen als Vortrupp zu benutzen. Als Rußland eine Verfassung und die Duma erhielt, gewann diese Richtung neue Kraft. Sie findet zwar wenig oder gar kein Entgegenkommen bei den „echt russischen Leuten"; daß sie aber auf die Haltung der russischen Regierung Einfluß gewinnen kann, beweist die Gegenwart sonnenklar, beweist der Aufruf des großfürstlichen obersten russischen Heerführers an die Polen, beweist das Zusammenrufen einer Kommission zur Beratung der den Polen zu gewährenden Autonomie in Petersburg.

Russisch-polnische Verbrüderung. Im Februar 1909 veröffentlichte anläßlich des bosnischen Zwistes der Fürst Swjatopolk-Mirskij in den „Peterburgskija Wjedomosti" einen Artikel, der die Vernichtung des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, ganz besonders aber des Königreichs Preußen, predigte und zur Erreichung dieses Zieles die slawische Gemeinschaft mit den Polen benutzen wollte. Der Artikel wurde in der deutschen Presse entsprechend gewürdigt, und das veranlaßte damals die russische Regierung, ihn durch Vermittelung der Petersburger Telegraphenagentur ausdrücklich abzulehnen. Neuerdings ist sein Verfasser in die bezeichnete Kommission berufen worden als Vertreter des Gedankens einer russisch-polnischen Verbrüderung. Daß es zu einer solchen kommen wird, daß mindestens Kongreßpolen innerhalb des Russischen Reiches eine Autonomie erhalten wird, wie wir sie unseren Polen gar nicht gewähren können, sofern die Grenze der beiden Reiche verbleibt, wo sie jetzt ist, daran kann kein ruhig und ernstlich erwägender Mann zweifeln, wenn man auch der soeben in die Welt hinausposaunten Erklärung des russischen Ministerpräsidenten als der Not entsprungen nicht allzu große Bedeutung beimessen will.

Es kann auch weiter gar nicht bestritten werden, daß die Spitze der polnisch-russischen Verbrüderung sich gegen Deutschland und Österreich richtet und richten wird. Die Polen reden jetzt gern von einem Verzicht auf ihre preußischen Brüder. Sie wissen, daß ihre Zukunft vom deutschen Wollen abhängt. Der Tag wäre aber ein dies ater unserer Geschichte, der Beginn unseres Unterganges, an dem ein deutscher Staatsmann anfangen wollte, an die Aufrichtigkeit solcher Versicherungen zu glauben. Solange noch ein nationaler Gedanke in den Polen lebt — und er wird noch manches Geschlecht überdauern —, wird auch die Sehnsucht nach Wiederaufrichtung eines großen Polenreiches lebendig bleiben.

Sie wird aber Preußen und Deutschland weit gefährlicher werden als Österreich-Ungarn. Denn die habsburgische Monarchie kann bestehen, auch wenn ihr Machtbereich an den Karpathen endet, Preußen und Deutschland aber ohne den Besitz, den die Polen erstreben, nicht. Es wird uns ja in russischen Zeitungen und Denkschriften wieder und wieder offen gesagt, was Rußland im Namen der polnischen Rechte begehrt: Ost- und Westpreußen, Posen und Oberschlesien. Auch auf Kaschuben und Spreewenden wird hingewiesen. Und dazu die geplante Zerstückelung unseres Reiches! Der Gewinn winkt um so lockender, weil er das Polentum an die See bringt; geschichtliche Erinnerungen und wirtschaftlicher Nutzen greifen ineinander. Wir leben der Gewißheit, daß uns der gegenwärtige Krieg keinen solchen Verlust aufzwingt; bleibt aber die Grenze, wo sie ist, so vermag uns kein Friedensvertrag, wie fest er immer verklausuliert sein möge, davor zu retten, daß wir binnen kurzem wiederum in verzweifeltem Ringen unser Dasein zu verteidigen haben werden. Jeder Deutsche, der es mit seinem Vaterlande ehrlich meint, wird bereit sein, alles aufzubieten, um das zu verhüten.

Ostpreußens gefährdete Lage. Es drängt aber noch ein Sondergrund und zwingt die gleiche Pflicht auf. Einer unserer tüchtigsten und verdientesten Stämme hat unerhörte Greuel über sich ergehen lassen müssen. Die Wildheit russischen Asiatentums hat blühende Landstriche Ostpreußens in wenigen Wochen in Wüsteneien verwandelt, friedliche Menschen hingemordet und viehisch mißhandelt. Wir dürfen diese Grenzmark, in der deutsches Wollen und deutsches Können sich wiederholt so glänzend betätigt haben, nicht weiterhin der Gefahr solchen Schicksals aussetzen. Wir müssen einen schützenden Wall um sie legen. Täten wir es nicht,

wir könnten es ihren Bewohnern nicht verargen, wenn sie ihren Stab dahin setzten, wo sie auf Sicherheit ihrer Arbeit und ihres Lebens rechnen können.

Rußlands rasch steigende Macht. Die ganze Größe der Gefahr, die uns bedroht, wenn die Grenze an ihrer bisherigen Stelle bleibt, wird aber erst ermessen, wer die natürlichen Machtquellen des Russischen Reiches ins Auge faßt. Es zählt 169 Millionen Einwohner gegen 65 Millionen Deutschlands. Seine Bevölkerungszahl übertrifft die des gesamten Deutschlands und Österreich-Ungarns um 53 Millionen. Man kann sagen: „Die Zahlen allein machen es nicht; man muß den Unterschied der Menschen beachten." Aber der Großrusse, der rund die Hälfte der Einwohnerschaft ausmacht, mag in manchem hinter dem Mitteleuropäer zurückstehen, in militärischer Verwendbarkeit nimmt er es mit ihm auf. Die sibirischen Regimenter, die sich aus großrussischen Kolonisten ergänzen, gehören zu den Kerntruppen der russischen Armee. Und Rußland besitzt eine außerordentliche Fähigkeit, niedriger stehenden Völkern von roher Naturkraft seine Art und Anschauungen zu übermitteln; das weiß jeder, der den Fortschritten russischer Herrschaft des letzten halben Jahrhunderts gegen Südosten, in den weiten Gebieten vom Schwarzen Meer bis zum Altai und Thianschan, auch nur einige Aufmerksamkeit zugewandt hat. Wo der Engländer in Asien herrscht, wird nie anglisiert; wo der Russe seinen Fuß hinsetzt, erfolgt die Russifizierung alsbald. Dazu kommt die hohe Vermehrungsziffer des russischen Volkes, welche die unserige, besonders in jüngster Zeit, ganz erheblich übertrifft. Als das Deutsche Reich mit 41 Millionen Bewohnern ins Leben trat, zählte das russische 78 Millionen; seine Bevölkerung hat seitdem um 116,6% zugenommen gegen 58,5% in Deutschland.

Revolution in Rußland? Nun möchte jemand sagen, Rußland werde unter allen Umständen aus diesem Kriege so geschwächt hervorgehen, daß es nicht so bald an einen neuen Angriff denken könne; durch innere Unruhen werde es vollends zerrüttet werden. Derartige Urteile hat man nach dem Russisch-Japanischen Kriege oft gehört, ja, man kann sagen, daß sie in Deutschland geradezu die öffentliche Meinung darstellten, so nachdrücklich sie auch von Beobachtern, die gewohnt sind, aufs Ganze zu blicken, abgelehnt wurden. Acht Jahre nach dem Frieden von Portsmouth konnte Rußland stärker als je in den gegenwärtigen Krieg eintreten. Die Zuckungen, die der ostasiatischen Niederlage folgten, haben seine Kraft nicht zu lähmen vermocht. Möglich, daß der gegenwärtige Krieg, wie einzelne „Kenner" Rußlands prophezeien zu dürfen glauben, eine Revolution mit sich bringt oder nach sich zieht. Sie wird aber Rußland nicht dauernd schwächen, im Gegenteil: sie wird nicht nur eine soziale, sondern auch eine nationale sein, und das endliche Ergebnis wird nicht allzuweit abweichen von dem der französischen Revolution von 1789: Die nationalen Aspirationen werden nicht nur gesteigert werden, sondern an Kraft und Nachhaltigkeit gewinnen.

Entwicklung des großrussischen Bauernstandes. Denn Träger jeder großen inneren Bewegung im Zarenreiche wird das Großrussentum sein und bleiben. Wer dem Gange der russischen Geschichte auch nur einigermaßen nahegetreten ist, weiß aber, welch starker nationaler Sinn, welch nationaler Stolz oder richtiger Hochmut den Moskowiter erfüllt, nicht erst, seitdem er durch Besiegung Schwedens, Polens und der Türkei die Schranken niederwarf, die ihn von Europa trennten, sondern schon seitdem er sich der Tatarenherrschaft erwehrte. Das Großrussentum steht aber offenbar im Anfang eines gewaltigen Aufschwungs, dessen Tragweite noch gar nicht übersehen werden kann. Alle Kundigen sind darin einig,

daß die Befreiung des bäuerlichen Grundbesitzes von seiner bisherigen, man darf sagen kommunistischen Gebundenheit anfängt, Kräfte zu entfesseln, in denen eine unübersehbare Ausbreitungsmöglichkeit steckt. Der Landhunger, der in diesen bisher an die Gemeinde gefesselten Bauernschaften erwacht ist, wird Befriedigung suchen weit über ihre jetzigen Siedlungsgebiete hinaus, wird der wichtigsten und festesten militärischen und politischen Grundlage des russischen Staatswesens eine Stärke geben, wie sie kaum irgendeine andere Großmacht besitzt, wird das um so sicherer tun, als das Russische Reich noch für lange, für kaum absehbare Zeiten ländlicher Betätigung vollauf Raum gewähren kann.

Unübertroffene Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung Rußlands. Denn darin besteht ein weiterer Vorteil des Russischen Reiches, in dem höchstens die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihm wetteifern können, daß es ein ungeheueres Landgebiet in geschlossener Lage umfaßt. Mögen unwirtliche Gegenden darin einen weiten Raum einnehmen und als nonvaleurs angesehen werden (obgleich das völlig nur bei einem verhältnismäßig geringen Teil zutrifft), so bleiben nutzbare Gebiete noch in einem Umfange, der den Deutschlands und Österreich-Ungarns mehr als dutzendfach übersteigt, und zwar Gebiete der verschiedenartigsten Klimate und Bodenbeschaffenheit. Die Möglichkeit reiner Innenwirtschaft ist in Rußland in einem Grade vorhanden, den keine andere Weltmacht übertrifft. Die Geschlossenheit des Besitzes läßt eine schier unübersehbare Entwicklung des Verkehrswesens zu. Was dem Russen gegenwärtig noch an höheren Erfordernissen wirtschaftlicher Blüte mangelt, wird ihm die Zeit unfehlbar bringen. In seinem Reiche liegen die Vorbedingungen einer Kraftentfaltung, auf die Deutschland und Österreich-Ungarn in ihrem gegenwärtigen Machtbereich niemals hoffen dürfen. Man wird bei dem Vergleich mit Deutschland unwillkürlich an des ruhmreichen Philopömens Achäischen Bund gegenüber dem Römerreiche erinnert. Dabei muß man sich die Raschheit modernet Entwicklung vergegenwärtigen. Es vollzieht sich in Jahrzehnten, was früher Jahrhunderte erforderte. Zur Erschließung Afrikas haben weniger Jahre genügt als von den Zeiten der Griechen und Römer her Menschenalter. Zu bedenken bleibt auch, daß Österreich sich jetzt seinen inneren nationalen Schwierigkeiten noch gewachsen gezeigt hat, daß seine Kraft aber nicht steigt, wenn Rußlands Grenze da bleibt, wo sie jetzt ist.

Notwendigkeit einer Grenzerweiterung. Es gibt nur eine Möglichkeit, dieser zweifellos drohenden Gefahr zu begegnen. Der Krieg ist uns aufgezwungen worden. Unser Kaiser, unser Volk haben ihn nicht gewollt, sind ihm vielleicht zu lange aus dem Wege gegangen. Jeder Deutsche fühlt, daß es jetzt ums Leben geht, um den Bestand seines Reiches und Volkes. Unsere Gegner machen gar kein Hehl daraus, daß sie uns vernichten wollen, ausschalten aus der Gemeinschaft selbständiger Völker des Erdballs. Das verflossene Kriegsjahr hat gezeigt, daß ihnen das zurzeit nicht gelingen wird. Wir werden bestehen. Aber unsere Nachkommen, die nächste Generation schon? Sollen die, welche jetzt für uns bluten, nicht auch ihr Leben beschließen dürfen in einem starken und allein dadurch freien Reiche? Nur Mehrung unserer Macht kann ihnen das sichern, Mehrung unserer Macht durch Ausdehnung unseres Herrschaftsgebietes. Wer es anders lehrt, der täuscht, bewußt oder unbewußt. Die Meinung, daß wir zu einem festen dauerhaften Frieden kommen könnten, ohne unsere Grenzen hinauszuschieben, ist so falsch, wie nur irgend etwas sein kann, so falsch und so gefährlich. Sie raubt uns unsere Zukunft.

Wie kann das nun und in welchem Umfange muß das geschehen ostwärts, gegenüber Rußland?

Jedermann weiß, daß die russische Macht, wie sie jetzt nicht nur auf uns, sondern — wie das unsere anderen Gegner nach einem Siege in russischem Sinne bald genug erfahren würden — auf ganz Europa drückt, ein durchaus neuzeitliches Gebilde ist, jünger noch als Preußens Großmachtstellung. Unsere Feinde machen kein Hehl daraus, daß sie den Hohenzollernstaat auf den kurbrandenburgischen Stand zurückdrücken möchten. Ist der Gedanke, der Wunsch unerlaubt, Rußland möchte seiner europäischen Neuerwerbungen wieder entkleidet werden? Von den eisigen Flächen Lappmarkens bis hinab zum Schwarzen Meer und zu den Rebengehängen des Taurischen Gebirges hat es sie seit 1772 in einem Umfange zusammengebracht, der den gesamten Besitzstand Deutschlands und Österreich-Ungarns weit übertrifft.

Die Bevölkerung der westrussischen Grenzländer. Keineswegs aber sind diese Gebiete seitdem mit Rußland verschmolzen. Sie sind der Sitz der russischen „Fremdvölker" europäischer Art bzw. Kultur. Man kann über den Sinn der Bezeichnung „Fremdvölker" im Zweifel sein. Jedenfalls gehören dazu, auch nach russischer Auffassung, Polen und Deutsche, Finnländer (Finnen und Schweden) nebst den stamm- und sprachverwandten Esten, dann Letten, Litauer und Rumänen, insgesamt gegen 23 Millionen, sämtlich in den in Frage stehenden Gebieten wohnhaft, davon mehr als 4 Millionen in Finnland und Beßarabien. Die Gesamteinwohnerschaft dieser Gebiete beläuft sich, ungerechnet das Gouvernement Taurien, das auch erst unter Katharina II. von Rußland gewonnen wurde, und des größten Teils der Gouvernements Witebsk und Mohilew, die, wie noch dargelegt werden wird, ausgeschieden werden können, auf 45—46 Millionen. Der Überschuß von 22—23 Millionen besteht ganz überwiegend aus Kleinrussen. Großrussen sind in die Bevölkerung dieser Gebiete nur vereinzelt eingesprengt; die wenigen Weißrussen kann man ihnen kaum zurechnen. Es ist zu beachten, daß zwei Drittel der zweifellosen „Fremdvölker", soweit sie für Erweiterung deutschen Machtbereichs in Frage kommen, schon jetzt durch unsere Waffen der russischen Herrschaft entzogen sind.

Die Ukraina. Kleinrußland (Rotrußland, Ukraina) ist der Ausgangspunkt russischer Staatenbildung und hat durch acht, fast neun Jahrhunderte ununterbrochen ein vom Moskowitertum vollständig getrenntes, politisches, und, man darf sagen, auch kulturelles Dasein geführt. Daß die Erinnerung daran in seinen jetzigen Bewohnern lebendig ist, beweist der „Bund zur Befreiung der Ukraina". Der Gedanke, für den er kämpft, ist in keiner Weise neu. Es möge daran erinnert werden, daß vor nunmehr gut 60 Jahren, zur Zeit des Krimkrieges, preußische Staatsmänner ihn vertraten, unter denen der Großvater unseres Reichskanzlers eine führende Stellung einnahm. Er stand damals im Zusammenhang mit Englands Politik, die Preußen gegen Rußland zu gebrauchen wünschte. Mit Recht ist ihm zu jener Zeit nicht Folge gegeben worden; ein Versuch, ihn durchzuführen, hätte dem Zusammenschluß Deutschlands unter Preußens Führung wohl unübersteigliche Hindernisse entgegengestellt. Aber damit ist nicht erwiesen, daß er heute nicht berechtigt ist. Damals, und noch Jahrzehnte nachher, war es auf Grund der Beziehungen der beiderseitigen Herrscherfamilien möglich, mit russischer Freundschaft zu rechnen; jetzt ist das nach menschlichem Ermessen für absehbare Zeiten völlig ausgeschlossen. Vor gegenteiligen Behauptungen kann nicht ernstlich genug gewarnt werden. Mit dem russischen Selbstherrscher ist es zu Ende. Kein Zar

kann in Zukunft ohne sein Volk, sein „echt russisches Volk" regieren, nach diesem Kriege erst recht nicht. So oder so wird der Einfluß des Volkes auf die Regierung steigen und wird sich mehr noch in nationalem als in liberalem Sinne geltend machen. Unvermeidlich muß er sich da vor allem gegen Deutschland wenden, das nun einmal, wie es liegt, den Weg nach Europa sperrt. Dem ist erfolgreich nur zu begegnen durch Minderung russischer, durch Mehrung deutscher Macht.

Man braucht sich damit noch keineswegs die Forderungen des „Bundes zur Befreiung der Ukraina" ganz zu eigen zu machen, wenn er, allerdings keineswegs unberechtigt, die Ausdehnung ukrainischen Volkstums quer durch Südrußland bis an den Kaukasus und das Kaspische Meer betont. Unser Reich hat zurzeit kein Interesse daran, sich so weite Ziele zu stecken; man kann es der Zukunft überlassen, ob sie Wirklichkeit werden sollen. Uns genügt die Loslösung der sog. rechtsseitigen Ukraina von Rußland, des Landes rechts vom Dnjepr, mit Einschluß von Kiew, des alten Ausgangspunktes russischer Kultur, von dem aus ein zukünftiges ukrainisches Gemeinwesen etwa zu leiten wäre. Wir können uns bis auf weiteres nicht die Aufgabe stellen, auch die 20 oder mehr Millionen Ukrainer, die vielleicht noch jenseits des Dnjepr leben mögen, der Bevormundung und Herrschaft der Großrussen zu entziehen.

Die polnische Frage und die Ukraina. Was hier dargelegt wird, verfolgt vor allem den Zweck, zu einer klaren und sicheren Beurteilung der polnischen Frage zu führen. Dieser Krieg hat sie ja zu einer brennenden gemacht, die gar nicht mehr zu umgehen ist, von deren richtiger Beantwortung aber auch das Schicksal Deutschlands abhängt. Eine richtige Lösung der Schwierigkeiten ist aber nur möglich, wenn es gelingt, Russen und Polen räumlich voneinander zu trennen, zwischen ihre Wohnsitze politische Bildungen einzuschieben, die nicht unter ihrer Leitung stehen.

Die Polen sind gewohnt, über grobes Unrecht und brutale Vergewaltigung zu klagen, und finden außerhalb Deutschlands willig, bei uns auch heute noch vielfach teilnahmsvoll Gehör. Es wird eben übersehen, daß sie im Laufe der Geschichte nicht nur Unterdrückte, sondern auch Unterdrücker waren, daß Juvenals Wort auf sie Anwendung findet: Quis tulerit Gracchos de seditione querentes. Drei-, ja viermal soviel Gebiet, als sie westwärts einbüßten, und weit überwiegend gegenüber der friedlichen Arbeit eines überlegenen Nachbarvolkes (vgl. Schlesien!) einbüßten, haben sie ostwärts seit den Tagen Kasimirs des Großen und der sich anschließenden Verbindung mit dem litauischen Reiche ihrer Herrschaft unterworfen. Kolonisieren können haben sie es, im Unterschiede von ihren siedelnd vordringenden westlichen Nachbarn, nur ganz obenhin durch Einwanderung von Grundbesitzern ihres Stammes und Verbreitung des römisch-katholischen Bekenntnisses, soweit die eroberten Gebiete nicht schon griechisches Christentum hatten. Die geschlossenen Sitze ihres Volkstums erstrecken sich heute ostwärts kaum weiter als vor tausend Jahren; sie erreichen nur stellenweise Bug und Niemen. Die Wiederherstellung Polens erträumt man aber in den Grenzen des ungeteilten Reiches! Man scheut, sie zu erreichen, vor offenbarem Schwindel nicht zurück. Die Petrikauer Versammlung polnischer Vertrauensmänner redete vom „freiwilligen Übertritt einer slawischen Nation von 20 Millionen ins Lager der Zentralmächte". Es gibt in Rußland noch nicht acht Millionen Polen, und als ob diese freiwillig gekommen wären! Jeder deutsche Staatsmann, der die Berechtigung solcher Ansprüche auch nur in Erwägung ziehen wollte, würde sich versündigen an seinem Volke. Wenn der

gegenwärtige Krieg zu irgendeiner Form von Autonomie Polens führen sollte, darf sie sich nur erstrecken auf diejenigen Gebiete, die geschlossen von Polen bewohnt werden. Wenn gelegentlich der Gedanke ausgesprochen ist, einen Streifen Landes entlang unserer jetzigen Grenze auszuräumen und so einen schützenden deutschen Gürtel um unseren gegenwärtigen Besitz zu legen, so stehen dem doch gewichtige Bedenken entgegen. Die entfernten Polen müßten ostwärts zumeist auf Kosten von Ruthenen angesiedelt werden; wir haben aber allen Anlaß, diesen Stamm möglichst wenig zu verletzen. Wohin sollten die Vertriebenen gehen? Ein „Gürtel" ließe sich allenfalls innerhalb unseres Staatswesens schaffen.

Damit ist gegeben, daß die deutsche Regierung bei der österreichischen die Teilung Galiziens in seinen polnischen und seinen ruthenischen Teil zu vertreten und durchzusetzen hat; sie ist nach den Hergängen dieses Krieges doch wohl berechtigt, Forderungen an Österreich-Ungarn zu stellen. Ohne ein solches Zugeständnis, das übrigens wahrlich auch im wohlverstandenen Interesse Österreichs liegt, darf sie in keinen Anschluß polnischer, jetzt russischer Landstriche an die Donaumonarchie willigen. Die Ruthenen bewohnen den größeren Teil Galiziens; sie machten selbst nach polnischer Zählung 1890 noch 43, 1910 40% seiner Bevölkerung aus, in Wirklichkeit mehr als die Hälfte. Es ist weltkundig, wie sie vom polnischen Regiment unterdrückt werden, jetzt auch weltkundig geworden, wie sie das empfinden und sich zu wehren versuchen. Sie haben nicht vergessen, daß „Galizien und Lodomerien" russische Namen sind, nicht polnische (Halicz und Wladimir Wolynskij), daß Lemberg (Lwow) eine russische, keine polnische Gründung ist. Hier ist die Möglichkeit gegeben, polnischem Herrschaftsdrange einen wirksamen Hemmschuh anzulegen, nicht durch unberechtigten Eingriff, sondern im Namen ausgleichender Gerechtigkeit, hier auch die Möglichkeit, einen Kristallisationspunkt zu schaffen, an den sich ukrainische Neuerwerbungen anschließen können.

Leichter noch, soweit Nationalitäten in Frage kommen, ist das nördlich von den scheidenden Pripet-Niederungen möglich.

Die deutschen Ostseeprovinzen. Ein glücklicher Entschluß unserer Heeresleitung, der von Millionen deutscher Männer freudigst begrüßt wurde, hat die deutschen Waffen in die baltischen Lande getragen. Der Außenstehende vermag nicht zu sagen, ob da allein militärische oder auch andere Beweggründe bestimmend waren. Aber das sieht jeder klar, daß ein Rückzug aus diesen Gebieten gleichbedeutend ist mit der Vernichtung einer mehr als sieben Jahrhunderte alten ruhmreichen deutschen Kultur, einer deutschen Bewohnerschaft von fast 200000 Seelen, die inmitten schwerster Bedrängnisse ihre Art stolz und tapfer bewahrt hat. Nur die bitterste Not könnte Entschließungen rechtfertigen, die zu solchem Ende führten. Noch aber ist glücklicherweise die Hoffnung am Platz, daß zu glorreichem Ausgange gebracht werden wird, was umsichtig und entschlossen begonnen wurde. Unsere Tapferen nähern sich der Düna; möchte es ihnen gestattet sein, nicht haltzumachen, ehe sie Peipus und Narwa erreicht haben! Was der Besitz der baltischen Lande für Deutschlands Ostseestellung bedeuten würde, braucht kaum berührt zu werden. Zum erstenmal im Laufe der Geschichte wäre dann tatsächlich, nicht bloß der Schätzung nach, das Dominium maris Baltici in den Händen desjenigen Volkes, dem es gebührt.

Litauen. Es versteht sich aber von selbst, daß eine Angliederung der „deutschen Ostseeprovinzen" an unser Reich nicht möglich ist ohne Einbeschließung des Zwischengebietes, das Kurland von Ostpreußen trennt. Denn die schmale Berüh-

rung beider Länder bei Nimmersatt-Polangen ist wie die zweier Männer, die sich ihre kleinen Finger entgegenstrecken. Am Lande der „Samaiten" hat sich einst der deutsche Orden verblutet, und die Verbindung Litauens mit Polen führte zur Schlacht bei Tannenberg und zum Untergang des Ordens. Ein Übergang der baltischen Provinzen unter deutsche Hoheit setzt die gleichzeitige Erwerbung der Gouvernements Kauen und Wilna sowie des Gouvernements Suwalki von Kongreßpolen voraus, und daraus ergibt sich auch die weitere Notwendigkeit, die Gouvernements Grodno und Minsk, die den Anschluß an die ukrainischen Lande herstellen, russischer Macht zu entziehen. Gegen Osten könnte die alte livländische Grenze, die von Peipus an der jetzigen Grenzstelle ausgehend in der Gegend von Drissa die Düna erreichte, oder auch die Niederung der Welikaja, weiter südlich die Gegend der Beresina die Grenze bilden. Es blieben dann immer noch vom alten Königreich Polen, wie es bis 1772 bestand, der weitaus größere Teil des Gouvernements Witebsk und das ganze Gouvernement Mohilew, die weit überwiegend von Weißrussen bewohnt werden, bei Rußland. Daß eine solche Grenze strategisch unhaltbar sei, wird kaum ein Militär behaupten wollen. Er hätte Moltke gegen sich, gegen sich auch die Geschichte. Denn länger als ein halbes Jahrtausend ist diese Grenze bzw. eine noch weiter östlich liegende von Staatswesen gehalten worden, die über bescheidene Machtmittel verfügten.

Finnland und Beßarabien. Im Hinblick auf die vorhin erwähnte Tatsache, daß die russischen neuzeitlichen Erwerbungen sich von Lappmarken bis zum Schwarzen Meere erstreckten, darf bemerkt werden, daß bei weiterem glücklichen Fortgang der deutschen Waffen eine Erhebung Finnlands und eine Teilnahme Rumäniens am Kriege mit dem Ziele der Eroberung Beßarabiens, das zur alten Hospodarenschaft gehörte, nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt. Auch Schweden kann sich, so stark seine Friedensneigungen sein mögen, doch der Einsicht nicht verschließen, wie wertvoll es für seinen Bestand sein würde, wenn zwischen ihm und Rußland ein selbständiger Staat aufgerichtet wäre. Es braucht dabei noch gar nicht an eine Wiederherstellung schwedischer Herrschaft in Finnland zu denken und tut das sicher auch nicht.

Mögliche Neuordnung. Unvermeidlich knüpft sich an solche Gedankengänge die Frage, in welche neue Ordnung die von Rußland zu trennenden Gebiete zu bringen wären. Sie beantwortet sich für Finnland und Bessarabien von selbst, bietet aber auch für die Zwischengebiete keine unlösbaren Rätsel. Es handelt sich bei der loszulösenden Bevölkerung bis auf einen geringen Rest um „Fremdvölker". Nur das Gouvernement Minsk hat überwiegend Weißrussen zu Bewohnern. So kann die Neuregelung erfolgen im Anschluß an die nationale Gliederung. Die „deutschen Ostseeprovinzen" sind durch den ganzen Lauf der Jahrhunderte eine Regierungs- bzw. Verwaltungseinheit gewesen. Deutsche, Letten und Esten sind besser miteinander ausgekommen, als es manchen Reichsdeutschen vorgeredet wird und sie zu glauben geneigt sind. Das gemeinsame Bekenntnis ist ein starkes Band, das noch neben der Volksart vom moskowitischen Wesen trennt. Erst die letzten Jahrzehnte haben Russen in größerer Zahl, immer aber noch in belanglosen Minderheiten, ins Land gebracht, vorzugsweise Beamte.

Nicht ganz so einfach liegen die Verhältnisse in den südlich anschließenden Gouvernements, die sich unter dem Namen Litauen zusammenfassen lassen, da sie so ziemlich dem Gebiete entsprechen, das die Fürsten dieses Volkes einst zu einem Reiche zusammenfaßten, und die litauische Stammesart der Kern ihrer Bewohner-

schaft ist. So ist doch auch hier eine nationale Sonderung von Rußland gegeben, die noch verstärkt wird durch die Tatsache, daß die Einwohner zur größeren Hälfte römisch-katholisch sind. Daß die ukrainischen (kleinrussischen) Lande ein besonderes Volkstum umfassen, ist schon erwähnt.

Es ist schon mit diesen Bemerkungen gesagt, daß an irgendwelchen Anschluß der neuen Gebiete zu voller Gleichberechtigung im Reiche nicht zu denken ist. Darüber herrscht ja überhaupt nur eine Stimme im Vaterlande, daß bei etwaigen Landerwerbungen für das Reich nirgends, weder im Osten noch im Westen, von Teilnahme ihrer Bewohner an der Reichsverfassung die Rede sein kann. Das in Frage kommende Ostgebiet müßte im Auftrage des Reiches, bzw. für die Ukraina anschließend an Österreich, verwaltet werden durch Statthalter, die in Riga und Wilna, für die Ukraina in Lemberg oder Kiew (Shitomir?) ihren Sitz haben könnten. Berufene, nicht gewählte Angehörige der Bewohnerschaft müßten ihnen mit zunächst nur beratender, nicht beschließender Befugnis zur Seite stehen. Die obere Leitung sollte deutscherseits ausschließlich in den Händen des Kaisers und des Bundesrats liegen. Es wären ganz neue Gestaltungen, die in mancher Beziehung an dahingeschwundene Verhältnisse, wie etwa „zugewandte Orte", „Generalitätslande" u. ä. erinnern. Die durch den Krieg geschaffene Lage hat in so manchen Dingen Anlaß gegeben, auf Einrichtungen und Bräuche zurückzugreifen, die als überlebt gelten konnten; warum sollte das auch hier nicht versucht werden? Gewiß werden Schwierigkeiten entstehen. Aber man muß ihnen ins Auge sehen, da es gilt, einer unverhältnismäßig viel größeren Gefahr zu begegnen, der dauernden Bedrohung unseres Bestandes durch eine zukunftsichere und herrschgierige Macht. Wir müssen hoffen und glauben, daß unser Volk führende Männer haben wird, die es verstehen, besonnen, umsichtig und fest und vor allen Dingen stetig und nachhaltig in der gleichen Richtung zu arbeiten mit dem Ziele, die Interessen und die Neigungen der in neue Verhältnisse übertretenden Bevölkerung je länger je mehr vom Russischen Reiche, dem sie einst gewaltsam zugeführt wurden, zu lösen und mit dem deutschen Staatswesen zu verknüpfen. Möglich ist das sicher. Vielleicht erwächst unseren Fürstenhäusern, deren Betätigung in diesem Kriege uns mit Freude und Stolz erfüllt, hier eine Aufgabe, die Gelegenheit bietet, führende Namen deutscher Geschichte in neuen Formen an leitenden Stellen mit den Geschicken unseres Volkes zu verknüpfen.

Die neue Lage der Polen. Wie eine Insel würde nach Erreichung dieser Ziele das polnische Volk von Deutschland, Österreich-Ungarn und den Neubildungen umschlossen sein. Zufriedenheit wird ihm das sicher nicht bringen. Aber es ist nun einmal nicht anders: Befriedigung polnischer Wünsche ist unvereinbar mit der Sicherheit des Deutschen Reiches. Man kann das beklagen, aber keine menschliche Macht kann das zurzeit ändern. Es werden polnische Stimmen laut, daß man verzichten wolle auf alle Polen, die nun einmal zu Preußen und zum Deutschen Reiche gehörten, ja daß man zu einem Bevölkerungsaustausch bereit sei. Man braucht die ehrliche Meinung einzelner nicht anzuzweifeln; aber sind das Verheißungen von irgendwelcher verantwortlichen Kraft? Schon jetzt erhebt sich in polnischen Kreisen lebhafter Widerspruch gegen sie. Das Verhalten der Polen in allen drei Reichen war während dieses Krieges nicht der Art, daß sie irgendwelchen Lohn von uns erwarten, wir für die Zukunft irgendwelche Hoffnungen auf sie setzen könnten. Es kann gar nicht bestritten werden, daß ihre Sympathien im allgemeinen reichlich so stark auf russischer wie auf deutscher und österreichischer Seite standen.

Was ihre Kriegsfreiwilligen geleistet haben, weiß ja unsere Heeresleitung sicher genau; schon der Außenstehende ist aber berechtigt zu sagen, daß die Polen auf diese Leistungen Ansprüche nicht gründen können. Ihren Pflichten gegen Preußen und Deutschland haben unsere einheimischen Polen genügt, soweit es unumgänglich war. Von freiwilligen Opfern, so willig und so reichlich dargebracht von den Deutschen jener Gebiete, kann bei ihnen nicht die Rede sein. Die Zahlen reden eine gar nicht mißzuverstehende Sprache. Deutschland hat in keiner Weise eine Pflicht der Dankbarkeit oder auch nur der Anerkennung. Es darf, es muß bei der Ordnung der polnischen Angelegenheiten allein und ausschließlich sein eigenes Interesse zur Richtschnur nehmen. Sorge tragen, daß polnische Wünsche und Bestrebungen unser Volk nicht zwingen, abermals ungeheuere Opfer an Gut und Blut zu bringen, um seine Volksangehörigen vor slawischer Vergewaltigung zu bewahren.

Von jeder Abschwächung der Polenpolitik unseres Staates innerhalb seiner jetzigen Grenzen muß auf das allernachdrücklichste abgeraten werden. Sie würde ein verhängnisvoller Fehler sein.

Kein selbständiges Polen. Es kann demnach nicht davon die Rede sein, daß unser Reich ein völlig selbständiges Polen neben sich dulden könnte. Polen darf unter keinen Umständen frei sein in der Gestaltung seiner auswärtigen Beziehungen. Es würde darin beschränkt sein in einer Verbindung mit Österreich, ähnlich derjenigen, in der Ungarn zu diesem Staate steht. Aber selbst bei einer solchen Neugestaltung könnte Deutschland nicht jedem Einfluß auf polnische Dinge entsagen. Die schweren Opfer, die es hat bringen müssen, sich der Festungslinie von Iwangorod bis Ossowiez zu erwehren, bzw. sie unschädlich zu machen, dürfen nicht vergessen werden. Es muß Sorge getragen werden, daß uns aus dieser durch Natur und Kunst so überaus starken Stellung nie mehr Schwierigkeiten erwachsen können, daß sie zu unserer Verfügung steht. Wird sich das anders machen lassen als durch eine „neue Teilung Polens"? Für eine solche sprechen auch schwerwiegende wirtschaftliche Gründe. Rücksichten auf polnische Wünsche dürfen uns von ihr nicht abhalten. Zu beherzigen ist noch, daß eine Loslösung Kongreßpolens von Rußland, ohne daß wenigstens Baltenland und Litauen unter deutsche Herrschaft kommen, die Gefahren, die in einer polnischen Selbständigkeit liegen, noch ganz erheblich steigern würde.

In einem allerdings können wir den Polen entgegenkommen, aber auch nur in dem einen. Wir führen Krieg gegen die Politik der Polen, nicht gegen ihr Volkstum, ihre Kultur. Die Verhältnisse liegen außerhalb unserer gegenwärtigen Grenzen wesentlich anders als in den Gebieten, die 1772 bzw. 1815 dauerndes Besitztum des preußischen Staates wurden. Hier wohnten kaum weniger Deutsche als Polen, heute mehr. In den Gebieten, die etwa neu angeschlossen werden könnten, gibt es nur vereinzelt geschlossene deutsche Siedlungen; ein Austausch kann in Erwägung gezogen werden. So möchten Unterricht und Verwaltung in allen ihren Stufen in jenen Gebieten polnisch bleiben können. Ob man jemals weiter zu gehen vermag, muß die Zukunft lehren. Undenkbar ist es ja nicht, daß die Verhältnisse das gestatten; aber so bald wird es nicht sein.

Erfolg unserer Waffen? Diese Darlegungen beruhen auf der Annahme eines vollen Erfolges unserer Waffen. Ob er errungen wird, steht in Gottes Hand. Aber wenn es sich auch als unmöglich erwiese, ukrainische Volksteile von Rußland zu lösen oder auch nur die baltischen Lande in vollem Umfange zu gewinnen und festzuhalten, wenn man etwa nur Kongreßpolen sollte nehmen und behalten können,

würde in bezug auf die Regelung der polnischen Dinge unsere Politik keine andere sein dürfen als die bezeichnete: Kein selbständiges Polen — erst recht nicht, wenn Rußland jenseits des Bug und Niemen Herr bleibt — und Trennung der Ruthenen von den Polen. Unter keinen Umständen darf erobertes russisches Gebiet wieder geräumt werden, wenn wir nicht hinausgeschlagen werden, wie wir uns hineingekämpft haben; auch kleinere Grenzverschiebungen sind wertvoll, insbesondere der Gewinn der Narew-Bobr- und Niemen-Linie.

Es wird manchmal gesagt, daß von Rußland ein Friede sich nicht erzwingen lasse, und auf Napoleons Schicksal verwiesen. Dieser Hinweis ist völlig abzulehnen. Die hier bezeichneten Ziele können erreicht werden, auch wenn die vereinigten Armeen gar nicht sehr weit über die für die Dauer in Aussicht genommenen Grenzlinien hinausgehen.

Solange diese aber militärisch nicht erreicht sind, muß ein starker Vorstoß an unserer Westgrenze als fragwürdig erscheinen. Die Möglichkeit durchschlagender Erfolge im Osten erscheint gegenwärtig, mit einer nutzbaren Jahreszeit von rund drei Monaten vor uns, und gegenüber einer doch schwer getroffenen feindlichen Armee besonders groß.

Andere Kriegsziele. Der Hinweis auf die militärischen Schwierigkeiten gewinnt besonders dadurch Gewicht, daß wir gleichzeitig im Westen mit zwei mächtigen Gegnern zu tun haben. Auch dem Kühnsten können wohl Zweifel aufsteigen, ob erreichbar ist, was nach allen Seiten hin als „Kriegsziel" aufgestellt wird. Es kann sich als notwendig, als unvermeidlich herausstellen, an irgendeiner Stelle zu verzichten. Da möchte beherzigt werden, daß im Westen die militärische und politische Herrschaft über Belgien zwar ebenfalls eine Lebensfrage für Deutschland darstellt, die Eroberung größerer französischer Gebiete aber nicht. Es muß auch mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die Aufrichtung eines großen Kolonialreiches nicht als ausschlaggebendes Ziel verfolgt werden darf, ohne daß damit ein Verzicht auf den Kongostaat ausgesprochen werden soll. Die Zukunft unseres Volkes können wir nur sichern, wenn wir ihm Bürgschaft für Dauer in Europa schaffen. Das ist der Boden, auf dem unser Volk, unser Staat verankert sind. Behaupten wir ihn, so brauchen wir um unsere Weltgeltung nicht bange zu sein; sie ist uns sicher.

Es ist im Grunde überflüssig zu bemerken, mag aber doch auch gesagt werden, daß ein Sonderfriede mit Rußland, dessen Ergebnisse hinter den hier dargelegten Zielen wesentlich zurückbleiben, den Vertretern derselben als bedenklich erscheint. Es ist auch wohl zu beachten, daß nur ein voller Erfolg über Rußland den verbündeten Mittelmächten diejenige Stellung auf dem Balkan und im Orient sichern kann, die sie erstreben und erstreben müssen.

Bedeutung unserer landwirtschaftlichen Grundlage. Wenn wir diesen Krieg durchhalten konnten und weiter durchhalten werden, so verdanken wir das außer unseren Waffen der gesunden Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Bahn, in die Bismarck unsere Wirtschaftspolitik hineindrängte, hat sich in glänzender Weise als die richtige bewährt. Wäre unsere Landwirtschaft der Industrie geopfert worden, so hätten wir längst auch unsere siegreichen Waffen vor dem Feinde strecken müssen. Das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie, das wir bei unserer kontinentalen Lage in der Mitte Europas notwendig brauchen, kann aber nur erhalten werden, wenn wir neuen Siedelungsboden und einen umfassenderen Wirtschaftsbetrieb erlangen. Bei einem neuen großen Kriege muß unsere Ernährung aus Eigenem im vollen Umfange sichergestellt sein.

Bedarf an neuem Siedlungsland. Es ist das innerhalb unserer jetzigen Grenzen nicht möglich. Die Zunahme der Bevölkerung in unserem gegenwärtigen Reiche ist so gut wie ausschließlich eine industrielle, städtische; die Landwirtschaft hat an ihr einen höchst bescheidenen Teil. Ihre Prozentziffer ist im raschen Sinken begriffen. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ja trotzdem in den letzten Jahrzehnten eine geradezu staunenswerte gewesen. Aber sie ist menschlicher Voraussicht nach ihren Grenzen nahe. Auf eine weitere Entwicklung der Landbautechnik darf man nur mit Vorsicht rechnen, und die Anbauflächen, die noch zu Gebote stehen, können höchstens für kurze Zeit noch genügen. Neues Siedlungsland aber ist nur im Osten zu gewinnen, dort allerdings auch für weitreichenden Bedarf. Ödland, Staatsländereien, Besitztum der russischen Kirche, Großgrundbesitz, der ungenügend verwertet wird, sind dort in großem Umfange vorhanden. Der Einwand, daß es Deutschland an Kolonisten fehle, muß als völlig unbegründet zurückgewiesen werden. Sie haben sich für Posen und Westpreußen gefunden, in den letzten Jahren mehr als die Ansiedlungs-Kommission befriedigen konnte. Sie werden sich für die neuen Lande, die unter günstigeren Bedingungen geöffnet werden können, viel zahlreicher finden. Zuverlässige Nachrichten lassen sogar hoffen, daß Angehörige unseres Volkes von Übersee heimkehren möchten, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird, in deutschem Lande auf eigener Scholle zu wohnen.

Deutsche Bauern in Rußland. Und dann? Was soll aus den rund zwei Millionen deutschen Bauern werden, die russische Herrscher in die verschiedensten Teile ihres weiten Reiches berufen, und die durch friedliche Arbeit den russischen Staat bereichert haben, seinen Bewohnern aber leider ein mehr beneidetes und gehaßtes als nachgeahmtes Vorbild geworden sind, und die jetzt durch roheste Gewalt von Haus und Hof vertrieben, nach Sibirien verschleppt werden, während ihre Angehörigen im Felde für den Zaren und sein Volk bluten. Die 20000, die von ihnen in den Jahren 1907—1913 von baltisch-deutschen Großgrundbesitzern insbesondere nach Kurland überführt worden sind, liefern den Beweis, daß sie sich nach anderer Umgebung und anderen Verhältnissen sehnen und in ihnen zurecht finden, daß sie sich auch mit den neuen Nachbarn anderen Stammes, Letten, gut vertragen und diese mit ihnen.

Brutaler Eingriff russischer Staatsgewalt hat auch hier eine erfreuliche Entwicklung nicht lange vor dem Kriege jäh gehemmt. Während des Krieges aber hat Rußland zu einem Verfahren gegriffen, das jede Rücksichtnahme, jede Scheu gegenüber diesem Staatswesen verbietet, ja zu einer sträflichen Nachgiebigkeit macht. Wenn die russische Regierung nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen ihrer Untertanen gewaltsam in andere Wohnsitze versetzt, dann müssen alle Skrupel aufhören, die sonst die Herzen deutscher Männer gegen das „Ausräumen" eroberten Landes beklemmen. Rußland mag aus den Gebieten, die ihm abgenommen werden müssen, hinausnehmen, was wir nicht brauchen können, mag Platz frei machen für deutsche Siedler, die im Osten unter deutschem Schutz sich eine neue Heimat gründen wollen, mag uns ausliefern, was von unserem Fleisch und Blut in seiner Gewalt ist. Das können wir mit gutem Gewissen verlangen; das ist eine Forderung, zu der wir verpflichtet sind, verpflichtet durch die Lage, in die man uns hineingezwungen hat.

Es versteht sich von selbst, daß die von Rußland zu lösenden Gebiete wirtschaftlich völlig unter unsere Herrschaft zu bringen sind. Es wäre das eine Erweiterung unseres Wirtschaftsgebietes von ganz außerordentlicher Bedeutung, für

lange Zeiten eine vollständige Sicherung gegen „Aushungerung" in Lagen wie der gegenwärtigen. Besonders erwünscht wäre, wenn unsere Regierung beim Übergange Sorge trüge, daß die Bodenspekulation nicht Vorteile zöge aus der Wertsteigerung von Landbesitz, die sich zweifellos nach einer deutschen Besitzergreifung einstellen würde. Das wäre geradezu eine Vergiftung der ganzen Ergebnisse.

Die „Kriegsziele" werden nicht selten erörtert unter Erwägung zukünftiger Bündnismöglichkeiten. So berechtigt das gewiß ist, hat man sich in der gegenwärtigen Lage doch vor allem klarzumachen, daß, so oder so, der Haß unter den Völkern und Staaten, die jetzt einander gegenüberstehen, noch für lange Zeiten das ihre Beziehungen beherrschende Gefühl sein wird, und daß wir als Bundesgenossen um so mehr gesucht sein werden, je mächtiger wir sind und je mehr Entschlossenheit und Willenskraft uns zugetraut wird, diese Macht auch zu gebrauchen. Zuverlässige Bundesgenossen sind für uns noch auf lange Zeit nur Österreich-Ungarn und die Türkei, und die brauchen uns beide, vor allen Dingen als Stütze gegen Rußland. An eine Versöhnung dieser drei Mächte ist ja auf Menschenalter hinaus nicht zu denken.

Schluß. Die hier gegebenen Darlegungen sind nur skizzenhaft. Kein Punkt ist so ausgeführt, wie er ausgeführt werden könnte. Es liegt im Zweck begründet, daß das nicht geschah. Es galt hier, die Grundlagen festzulegen, von denen aus die Gesamtlage ins Auge zu fassen ist. Es mag erlaubt sein, hinzuzufügen, daß Einzelausführungen und Belege nach jeder Richtung hin gegeben werden können, in der sie etwa gewünscht werden möchten.

Die Geschichte lehrt uns, daß die Zukunft unseres Volkes von jeher im Osten lag, nicht im Westen oder Süden. Seit den Zeiten der Völkerwanderung haben wir westwärts keinen Schritt breit Land deutscher Art und deutscher Sprache gewinnen können; ostwärts dagegen wohnt jetzt die Hälfte aller in Europa vorhandenen Deutschen auf Boden, auf dem vor 1000 Jahren noch kein deutscher Laut erklang. Diese großartigen Erfolge sind zum weit überwiegenden Teile auf friedlichem Wege errungen worden, nur in ganz geringem Umfange durch Krieg und Gewalt. Der ungeheure Kampf, in dem wir stehen, ist uns aufgezwungen worden in seinem nächsten Anlaß durch Rußlands unersättliche Machtgier. Möchte unser Volk, möchte unsere Regierung in diesem Ringen, dessen Ausgang über unsere, über der Welt Zukunft entscheidet, eingedenk sein der Lehre der Geschichte: Breitere und sichere Grundlagen für unser Bestehen sind ohne Ausdehnung unserer Macht nach Osten nicht zu gewinnen. Der Russe muß zurück hinter Ladoga, Peipus, Beresina und Onjepr; was ihm einst seine deutsche Herrscherin Katharina II. gewann, muß ihm wieder abgenommen werden zu Deutschlands Besten. Das walte Gott!

---

Der Aufsatz „Die Neugestaltung des Ostens" ist mit der Denkschrift als Sonderdruck zu beziehen. Einzelpreis: 80 Pf., ab 100 Stück je 40 Pf., ab 1000 Stück je 30 Pf.

# Ein vergessenes Kriegsziel.

## Von Pastor Heinrich Reuß, Hamburg.

Vor beinahe sechzig Jahren erschien im Jahre 1859 ein Buch des berühmten Strafrechtlehrers Franz von Holtzendorff: „Die Deportation als Strafmittel in alter und neuer Zeit und die Verbrecherkolonien der Engländer und Franzosen." Das Schlußurteil von Holtzendorffs lautet:

„Das eine große weltgeschichtliche Beispiel australischer Verbrecherkolonisation zeigt soviel, daß die Arbeitskräfte des Verbrechers unter richtiger Leitung Leistungen hervorbringen können, die den Gesamtfortschritt eines Zeitalters zu beschleunigen vermögen, indem sie gleichzeitig in sich selbst einen Hebel für die sittliche Umformung der verbrecherischen Neigung tragen."

Mit einer gewissen Wehmut hat der große Strafrechtslehrer damals gefolgert, daß:

„dem Staate, der weder bestehende Kolonien besitzt, noch sich zur Gründung einer Verbrecherkolonie entschließt, die einfache Notwendigkeit auferlegt erscheint, von der Deportation in ihrer strafrechtlichen Bedeutung gänzlich abzusehen."

Die Hindernisse, die einst F. v. H. bestimmten, für Deutschland von der strafrechtlichen Bedeutung der Deportation abzusehen, sind heute weggefallen. Ein praktischer Versuch ist aber mit der Deportation von Deutschland noch nicht gemacht worden. Trotzdem die modernen Gefängnis- und Zuchthausbauten schon Millionen verschlungen haben, ist eine Abnahme des Verbrechertums nicht zu bemerken. Im Gegenteil, die Bewegung der Kriminalstatistik aller Länder zeigt eine solch erschreckende Zunahme der Kriminalität, daß jedem praktischen Kriminalisten manchmal der Gedanke kommt, die heutige Verbrecherwelt fängt trotz Bundesratsbeschlüssen, trotz Beschwerderecht, trotz Zellensystem an, der Justiz stellenweise über den Kopf zu wachsen. Entweder läßt uns die Strafgesetzgebung im Stich, daß sie sich der Aufgabe, das Verbrechen zu bekämpfen, nicht gewachsen zeigt, oder der heutige Strafvollzug ist nicht geeignet, den Verbrecher zu erziehen. Vielleicht lassen sich beide Fragen bejahen. Vor 24 Jahren erschien die Broschüre Prof. Brucks, Breslau: „Fort mit den Zuchthäusern" und desselben Verfassers zweite Broschüre: „Neu-Deutschland und seine Pioniere." In der ersten erörtert Bruck die grundsätzliche Frage nach dem Recht der Deportation, in der zweiten schlägt er vor, in Deutsch-Südwestafrika fliegende Strafanstalten zu errichten. Er denkt sich die Sträflinge zur Nachtzeit untergebracht in Baracken nach dem in den Tropen vielfach verwendeten Moniersystem. Diese sollen den Zweck der Sicherung und die Möglichkeit verbürgen, schnell von einem Ort zum andern transportiert zu werden. Die Insassen dieser Baracken sollen als Pioniere den Bau von Straßen und Eisenbahnen, die Anlage und Ausbaggerung von Häfen, das Roden und Anlegen von Wäldern, den Bau von Teich- und Wasserwerken leisten; Arbeiten, die notwendig sind, um der freien Kolonisation die Wege zu ebnen und zu erleichtern.

Bruck ist von den zünftigen Kriminalisten Deutschlands unter Führung des verstorbenen Geh. Oberregierungsrats Krohne mehr mit pastoraler Beredsamkeit als eigentlich mit Gründen der Erfahrung abgewiesen worden. Wenn die zünftigen Kriminalisten in Deutschland nicht weiter können, dann ziehen sie sich mit dem Brustton der Überzeugung auf den Erziehungsgedanken des Zellengefängnisses zurück. Das Verdienstlichste an Brucks Broschüren war, daß er den sozialen Segen der De-

portation sowohl für die Kolonien als auch für die Bestraften im Prinzip richtig dargestellt hat. Gegenüber der rapid zunehmenden Bevölkerungszahl Deutschlands, mit der die Erweiterung seiner geographischen Grenzen nicht gleichen Schritt halten konnte, glaubte man sich gegen die aus dieser Zunahme naturnotwendig kommende Steigerung der Kriminalität damit begnügen zu können, daß man das Zellensystem über ganz Deutschland verbreitete. Neben jeder Großstadt entstanden die modernen Zellengefängnisse, die in ihren laufenden Ausgaben jährlich Millionen verschlingen. Wenn wir es wirklich einmal in Deutschland so herrlich weit gebracht haben, daß ein großer Teil des deutschen Volkes eingesperrt wird und ein kleiner Teil ihn überwacht, ob eine solche Ausdehnung des Zellensystems, von der Krohne und sein Anhang alles Heil erwarten, wirklich eine Errungenschaft sozialen Fleißes und Denkens wäre, dürfte doch manchen bedenklich und zweifelhaft stimmen. Bequem ist eine solche Praxis allerdings, die immer neue Gefängnisse, neue Zuchthäuser, neue Zwangserziehungsanstalten baut, aber niemals daran denkt, wie der sozialen Unnatur das Wasser abgegraben werden kann. Das Einzige, was ernstlich gegen die Deportation in Deutschland angeführt worden ist, liegt in der Tatsache, daß zu einer zweckvollen und aussichtsreichen Deportation große Inseln gehören, die für Verbrecherkolonien und Strafanstalten geeignet sind, deren Urbarmachung und wirtschaftliche Erschließung das Deportationsproblem praktisch verwertbar und erfolgverheißend gestalten.

In einem Aufsatz der „Deutschen Welt" (damalige Beilage zur „Deutschen Zeitung") hatte ich mehrere Monate vor Beginn des Weltkrieges darauf hingewiesen, daß sich die auffallend große Zahl deutscher Soldaten in den französischen Fremdenlegionen, in der holländischen Kolonialarmee und in der britischen Söldnertruppe und auch in den amerikanischen Armeen daraus erklärt, daß wir in selbstmörderischer Skrupelhaftigkeit unsere bestrafte Jugend aus dem Heere ausstoßen, sie dadurch brandmarken und militärisch wertvolle und moralisch rettbare Elemente unseren Todfeinden in die Arme treiben. Das System des Volksheeres haben wir einseitig und pedantisch ausgebildet und das System des Söldnerheeres ebenso einseitig über Bord geworfen. England hat seine großen Erfolge nur mit dem Söldnersystem erreicht. Frankreich ist kolonisatorisch überhaupt nur durch die Fremdenlegion tätig gewesen. Die Errichtung einer kolonialen Armee, die unserer bestraften Jugend ein soziales Asyl geworden wäre, hätte wirtschaftliche Kräfte uns gewonnen, die wir jahrzehntelang in unverantwortlicher Gleichgültigkeit an unsere Feinde abgegeben haben.

Heute, wo die Welt wieder aufs neue verteilt wird, wo das deutsche Volk nach den glänzenden Siegen Hindenburgs das Recht für sich in Anspruch nimmt, auf dem Meere und in der Welt nicht mehr von Angelsachsen und Franzosen bloß geduldet und an die Wände gedrückt zu werden, heute ist der Zeitpunkt gekommen, wo das deutsche Volk seinen alten Kolonialbesitz zurückfordern und neuen Kolonialbesitz als Kriegsentschädigung verlangen muß. Eine der wesentlichsten Forderungen wird die sein, daß dem deutschen Volke Inseln gegeben werden, auf denen es Strafkolonien anlegen kann. Diese sollen eine soziale Wohltat für den Verbrecher werden. Sie sollen ihm ermöglichen, sich eine neue Heimat zu gründen, wo er losgelöst von der verbrecherischen Umgebung der Großstadt gesund werden kann an Leib und Seele. Heute kehrt der Verbrecher im Gefängnis oder im Zuchthaus als ständiger Gast ein, um zeitweilig auf eine Welt losgelassen zu werden, die doch kein ehrliches Mitleid mit ihm hat, die ihn entweder als das unglückliche Opfer der Gesellschaftsordnung

lamentabel und miserabilistisch verhetzt oder ihn ebenso unverständig hart verurteilt und verflucht. Lösen wir aber die Aufgabe der Deportation, so wird das prophetische Wort F. v. H. in Erfüllung gehen: „Die psychologischen Einflüsse des ackerbautreibenden Berufes sind diesseits wie jenseits des Ozeans vollkommen dieselben, sie zeigen hier wie dort dieselben veredelnden Wirkungen ..... Die Arbeit mit der Pflugschar, aus der der ewige und doch immer neue Wechsel von Säen und Ernten hervorgeht, läßt selbst den verdorbenen Menschen neben den Früchten seiner Arbeit sein Abhängigkeitsverhältnis von den höheren Gesetzen der Natur erkennen und leitet ihn darauf hin, das gleiche Gesetz in dem sozialen Zusammenleben der menschlichen Gesellschaft anzuerkennen (v. Holtzendorff, S. 713)."

## Der Tote.

Heut abend fand ich seinen letzten Brief,
den Brief, den er mir damals eilig schrieb,
als er hinauszog, und ich grollend blieb
mit all den Tausenden, die Tag um Tag,
schon Stunden vor bestelltem Glockenschlag,
vor den Kasernentoren gliedertief
sich drängten, bis man ihre Namen rief,
voll Glück, voll Angst, als schlüge allzu schnell
die deutsche Faust das Haßgebäu entzwei
und sie, die Jüngsten, wären nicht dabei.

Sein Brief —! Nun schläft er selber lange schon
in Frankreich, irgendwo bei Neuve Chapelle,
und all die Angst von damals klingt wie Hohn.

Ich las. Feuchtkalt kam die Septembernacht.
Die Straßen wurden schwarz und menschenleer.
Fern noch ein Schritt, der Posten vor Gewehr,
im Norden trommelte die Sommeschlacht.

Sein Brief. Er sprach zu mir, wie früher oft,
wenn wir zu nächt'ger Stunde heimwärts gingen
mit Köpfen, heiß von all den ernsten Dingen,
die streitend wir gesucht, verdammt, erhofft,
von Deutschland sprach er!

Doch so anders ganz,
als man's in jenen wilden Wochen hörte,
so eigen ernst, fast so, als ob ihn störte
der leuchtend helle Sommersiegesglanz,
und was sich um ihn wob an Wunsch und Wahn.

Nicht von dem Deutschland sprach er, wie wir's sahn,
die wir uns jubelnd in den Straßen drängten
und Fahnentuch aus allen Fenstern hängten!
Vom Deutschland, das voll Zorn am Heimatherd
den frechen Räubern aus der Fremde wehrt,
vom Siegfried, der auszog im Morgenschein
zum Drachentöten und zum Weltbefrein,
von all dem schwieg sein Brief.

Ich faßt' es kaum
in jenen Tagen voller Glück und Traum,
vom Deutschland sprach er, das sich selbst befreit
durch Not und Prüfung und durch tiefstes Leid!

Und wieder las ich meines Freundes Brief.
Mir war's, als hört' ich seiner Stimme Klang:

Wir sehn am Werk die heil'ge Kraft, die lang
in unsern allertiefsten Tiefen schlief.
Jetzt gib, Herr, nicht nur kluge Hausverwalter,
gib zu der Kraft uns dieser Kraft Gestalter!
Wir müssen ja durch heißer Stunden Wehn
den steilen Weg zum eignen Wesen gehn!

Und weiter las ich: Wenn in diesen Tagen
die Schwertschrift nicht ein Manneswille schreibt,
der Bismarck gleich zum ganzen Ziele treibt,
wenn kleine Herzen kleine Sorgen tragen,
wenn höhnisch wieder tote Geister nahn,
Goldfurcht, Genußgier, Lug und Massenwahn,
dann gib ein Jena lieber für das Reich,
als, Herr, ein Sedan ohne ein Versailles! — —

Ich las bis in die späte Regennacht.
Von Deutschland las ich, doch so anders ganz,
als einst im hellen Sommersiegesglanz.
Im Norden trommelte die Sommeschlacht.

Fritz Carl Badendieck.

# Die große und die kleine Liebe.

## Von Dr. Franz Haiser.

„Sie haben kalte vertrocknete Augen, vor ihnen liegt jeder Vogel entfedert."
Friedrich Nietsche.

Reißt dem Vogel nicht die Schwingen aus, zupft nicht an seinem prächtigen Gefieder, denn Schönheit und Schwungkraft sind dahin, wenn ihr ihn mit Neugierde, statt mit Liebe betrachtet! Eine große Liebe erfreut sich an seiner Schönheit und an der Kraft seiner Schwingen, denn zu Gottes-höhen will er hinansteigen. Wie kleinlich kommen ihm da seine klugen Betrachter vor, denen sein gerupfter Leib und das Gekröse seines Bauches Gefallen erweckt!

Die große Leiebe fragt nicht: „wie bist du?" sondern: „wo willst du hin?" „Wo sollst du hin?" — Wer nur das Jetzt kennt und an kein Kommen denkt, an kein Kommen, das kommen soll, dessen Liebe wird ewig klein bleiben, denn sie wird im Mitleiden mit dem Gegenwärtigen zerrinnen und keine Helden gebären. Der Held aber spricht: „Was kümmert mich das Jetzt und alles Leiden der Gegenwärtigen; erlöse ich die Welt, wenn ich Tränen trocknen gehe? Meine große Liebe verlangt zu Gott, heben will ich mein Volk und meine Art, darum will ich ‚Übergang und Untergang sein'!"

Die kleine Liebe macht sich beliebt, die große unbeliebt. Die kleine Liebe schmeichelt der Masse und dem Allzumenschlichen, verspricht Erlösung ohne Leiden. Das Leiden aber, das die große Liebe fordert, ist ein Schlachtopfer, ist der „Untergang", der beim Brückenbau den „Übergang" schafft.

Die kleine Liebe sucht den jetzigen Menschen, die große den kommenden. Die kleine Liebe ist das Tier im Menschen, der nackte Egoismus, wenn auch in scheinbar veredelter Form, denn sie spricht: „wie bin ich, wo finde ich mich wieder; was tue ich, damit ich Gefallen erwecke?" Oder: „wer füllt mir meine leere Seele aus, wer kann mir Liebesgenuß verschaffen, damit ich auf die große Liebe, auf Pflicht, Leid, Schaffen, auf die große Sehnsucht nach dem Letzten und Höchsten vergessen kann?" — Die Verliebten schließen also eine Art Lebensversicherung gegenseitig ab auf Kosten des Kindes, des letzten Zieles des Menschen, des Göttlichen.

So spricht der Artführer, der Arterhöher, der über dem Streite um zeitliche, gemeine Dinge steht; nicht sein Behagen und das seiner Freunde sucht er durch Streit zu gewinnen, opfern will er vielmehr sich und die Seinen, ein Liebeskuß ist ihm Tod und Untergang der Gegenwärtigen, der künftige, gottgenäherte Kinder erzeugt.

Wie kann ein kaltes, prüfendes Auge, das keine Leidenschaft kennt, Teilhaber sein am Streite um ewige Dinge? Der prüfende Blick, der angeblich allein Erkenntnisse und Wahrheiten zutage fördern soll, beherrscht heute nicht nur die Wissenschaft, auch Kunst und Moral und schließlich die Liebe selbst sind von ihm ergriffen. Verdorren werden noch alle Wahrheiten, alle Künste, Gefühle und die Liebe selbst unter der prüfenden Lupe des kalten Beobachters. Ich erinnere an die nüchternen Worte eines Münchner Gelehrten, der die göttliche Sehnsucht des Zarathustra nach dem Übermenschen und unsere neudeutschen Bestrebungen nach edlerer Menschenart in einer medizinischen Zeitschrift unter die Lupe nahm mit den Worten: „Ist der höhere Mensch überhaupt möglich?" Was haben die veränderlichen, dahinfließenden Erkenntnisse über Möglichkeiten mit dem ewigen Willen des Menschen zu tun, der stets

nach Erhabenheit, Macht und Vollkommenheit strebte? Was wir wollen, das wird, und nur im Mangel an Willen liegt die Unmöglichkeit, es zu erreichen. Was hat die Untersuchung der „Möglichkeiten" mit dem Willen des deutschen Volkes zu tun, das Herr über seine Feinde werden will? Streiten wir mit Gesetzbüchern in der Hand oder mit Feuer, das sowohl Feinde als Gesetzbücher verbrennt? Was haben Kunstregeln mit Gefühlen zu tun, die alte Regeln zertrümmern und neue schaffen? Was sind menschliche „Wahrheiten" anderes als menschliche Bauwerke, die erbaut und niedergerungen werden? — Und die kleine Liebe der Verliebten, der Freunde! Man schaut sich gegenseitig bis in den Magen, man interessiert sich nur dafür, wie man selbst ist und wie der andere ist, seelenerforschend will man sich „finden". Nicht Führer und Geführter will man mehr sein, verstehen lernen will man vielmehr die Bahn, auf der wir uns bewegen, gerechtfertigt soll uns unser Tun und Lassen erscheinen. Nicht: „so sollst du sein", sondern „so mußt du sein" spricht der moderne Mensch. Die mechanische Weltanschauung steht im Begriffe, das Leichentuch des Fatalismus über die Entwicklung des menschlichen Geistes zu werfen, und das soll „moderne" Freiheit sein? — Mit kaltem Auge prüfen sich Verliebte und Freunde und wähnen sich „gefunden" zu haben, wenn sie sich „verstanden" haben! Unsere Literatur, statt den Willen des Menschen zu erziehen, geht mit Laterne und Lupe herum und untersucht die Seelen! Ein fernes Ziel, das sich Freunde und Verliebte stecken sollen, ist ihr fremd. Mit einer Kaltblütigkeit, die man sonst nur beim Reptile erwarten würde, wird vielmehr dieses Ziel, das sich ein großer Charakter stecken soll, abgelehnt und mit Achselzucken übergangen. Nur in der gegenseitigen Anbetung seiner „interessanten" Seeleneigenschaften „findet" man sich, die große Liebe ist uns fremd. Findet sich hin und wieder noch ein Idealist unter uns, der den Mut hat, nicht den Menschen, sondern sein Ziel im Auge zu behalten, so wird nicht dieses, sondern seine Seele abgewogen, geprüft, das Warum und Wie untersucht, die seinen Weg bestimmt hätten. — O abgeschmackte Beschaulichkeit willenloser Reptilien! Keine Begeisterung für, kein Haß gegen die Idee, nur beschauliche Beobachtung und „sachliche Kritik"! — Alle Lebenslagen und Umstände müssen herhalten, um die Entstehung einer Idee zu begründen, und kommt man mit ihnen nicht mehr aus, so muß das Irrenhaus aushelfen.

Der gefährlichste Feind des deutschen Volkes ist der sogenannte „objektive Mensch". Wer hat uns diesen Geist aufgenötigt? Das deutsche Volk besitzt Willen im Denken; er muß also von außen eingedrungen sein; ein stilauflösender Geist hat unsere Keimanlagen, unser „Erbbild" in ein unrichtiges „Erscheinungsbild" verwandelt, um die Fachausdrücke des Rassenforschers H. W. Siemens zu gebrauchen. Dieser Geist wird sich also hoffentlich wieder dorthin zurückziehen, von wo er gekommen ist, denn wir Deutschen wissen nichts von Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten, wir besitzen nur — Willen.

Wenn eine gebildete Dame, vorausgesetzt, daß sie höherer Art und kein Herdentier ist, einen jungen Mann kapern will, so kramt sie in den geheimsten Winkeln seiner Seele herum, zeigt ihm deren Bild und erwartet als Gegengabe eine Photographie ihrer Seele. Und so ergänzen sie sich schließlich in der Selbstverherrlichung ihres Konterfei, das sie bei dieser Beschäftigung erst recht schätzen und kennen lernten. Der ganze Gesellschaftsklatsch und der größte Teil der Freundschaften soll nach dem Muster unserer heutigen Literatur auf der Vergrößerung des geliebten Ich durch wechselseitige Anerkennung seiner Vorzüge oder „interessanten" Nachteile begründet erscheinen. Was aber dabei zu kurz kommt, ist die Idee, das Tertium comparationis,

das entweder geliebt oder gehaßt werden will. Wer sich ein großes Ziel gesteckt hat, muß entweder zu befehlen oder zu gehorchen verstehen, er kann ohne die heftigste Erregung nichts in sich aufnehmen, das ihm wider den Strich geht, denn er liebt mit jener großen Liebe, die eben nur lieben oder hassen kann, die nicht gleichgültig aufnehmen, bloß zu — registrieren vermag.

Die große Liebe ist einsam, denn sie findet keine Gegenliebe, sie blickt nicht auf Freunde, sondern über die Freunde hinaus. Möge unser deutsches Volk, das so treffliche, ja die vornehmsten Keimanlagen der Menschheit besitzt, wieder zu seinem tiefen religiösen und philosophischen Geiste zurückkehren und auch im Reiche des Geistes die Welt erobern, möge es sein gegenwärtiges, sein fremdes „Erscheinungsbild" abschütteln! Ein Nietzsche ist unter der Verständnislosigkeit dieses Erscheinungsbildes zusammengebrochen und hat sein Vaterland verloren. Möge seinen flammenden philosophischen Sinn das neue Deutschland wiederfinden! Das geistige Deutschland, denn dieses allein bedarf eines solchen Zuspruches. Unser Geist war in Gefahr, von feindlichen Mächten erdrückt zu werden und hätte der ungetrübte, aber stumme Rassenwille des Volkes nicht weitergelebt und über den sprechenden fremden Geist den Sieg davongetragen, so wären wir diesem fremden Geiste zum Opfer gefallen, der zwar selbst einen zielbewußten, einen hartnäckigen Willen besitzt, uns aber den Willen zu rauben sucht, um uns zu Sklaven seiner Emporkömmlingsherrschaft herabzudrücken. Die oberen Schichten eines Volkes geben sich der Vernichtung preis, wenn sie sich ihres Rechtes begeben, allem Geschehen und selbst den Ergebnissen des Denkens durch den Willen Ziel und Richtung aufzuzwingen. Sie gleichen in diesem Falle Soldaten, die ihre Waffen wegwerfen und sie den Feinden überlassen. Die Feinde aber zaudern keinen Augenblick, diese Waffen aufzuheben und gegen die nunmehr Wehrlosen zu gebrauchen. Die ganze Propaganda, „objektiv", „gerecht", „weitherzig", „vorurteilslos", „unabhängig" usw. zu denken, ist nur ein großer Schwindel, ein Versuch, den Gegner wehrlos zu machen, indem man ihn verleitet, sich seiner Waffen zu berauben. Ein völlig „objektives", also von den Arteigentümlichkeiten des Subjektes unabhängiges Denken gibt es nicht, merkt euch das endlich, ihr Herren im Reiche des „modernen" Geistes. Wenn wir unsere Waffen nicht gebrauchen, so fallen wir den feindlichen zum Opfer, denn wir sind keine Götter, sondern ungleich geartete Menschen, die verschiedene Sprachen sprechen werden, so lange es Nord und Süd, Meer und Land auf der Erde geben wird.[1])

[1]) Vgl. mein Buch: „Die Überzeugungskraft des Beweises", ein Kampf zwischen Stil und Freiheit um die Vorherrschaft. Konegen, Wien.

# Unseren Diplomaten.

Die Hauptsache ist, daß man ein großes Wollen habe und Geschick und Beharrlichkeit besitze, es auszuführen; alles übrige ist gleichgültig.

Goethe.

Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: salus publica. Bismarck.

# Wachstum.

## Eine Plauderei.

Von Professor Dr. Hans Freiherr v. Liebig.

„Blut und Eisen, Not und Tatkraft haben sich eine neue Zeit geschaffen, die neue Pflichten und Rechte fordern wird. Den vernünftigen Forderungen der Zeit sich widersetzen, ist Tod. Ein Wesen im Wachstum hemmen, heißt es verkrüppeln und endlich vernichten. Wer sich aber einem reißenden Strom entgegenstellt, ihn aufzuhalten, ist ein Narr und wird verschlungen." Diese Sätze fanden sich vor einiger Zeit in einer Festnummer einer Armeezeitung des Ostens. Schöne Worte, die namentlich in jungen feldgrauen Ohren gut klingen werden!

Aber Ungeziefer und Krebsgeschwüre wachsen ebenfalls, oft unheimlich rasch. Und auch unter willkommeren Wesen gibt es recht verschiedene Arten von Wachstum. Die Frage ist also wichtig: Was ist es für Wachstum?

Manche haben erwartet, der Krieg werde das schwüle Gedünst, das in deutschen Landen über Kunst und Literatur lagerte, hinwegfegen und frisches Wachstum dem deutschen Boden entsprossen lassen. Die Kriegsjahre haben nicht viel davon wahrnehmen lassen. Einst war der Sammelplatz junger emporstrebender künstlerischer Kräfte die Münchner „Jugend"; sie war auch später eine Art Gradmesser des künstlerischen Lebens. Sie war während des ganzen Krieges auffallend schwach, literarisch noch schwächer als zeichnerisch, und nichts Jugendliches rang sich in ihr empor. Es war eine schöne Zeit, als sie zum erstenmal erschien. Die Welle der Kultur- und Geschmacklosigkeit, die, nach 1870/71 gefördert durch den rasch wachsenden Reichtum und Erwerbssinn östlicher Einwanderer, über Deutschland geflutet war, aus jedem Bauern- und Bürgerhause die gute deutsche Überlieferung verdrängt und in dem architektonischen Berlin, der Stadt des politischen Fortschrittes, den Gipfelpunkt erreicht hatte, hatte endlich eine Gegenströmung hervorgerufen; frisches deutsches Blut wollte wachsen. Beides war Wachstum; die Berliner Kulturlosigkeit und die Münchner Kultur; das erstere sogar ein viel hemmungsloseres und stromgleicheres als das letztere. Das eine war ungesundes Treibhauswachstum, das andere gesundes Naturwachstum.

Der Verlauf der gesunden Bewegung war lehrreich. Alsbald bemächtigten sich der Malerei Treibhausgärtner, Kunsthändler meist östlicher Herkunft; das natürliche Wachstum wurde gehemmt; aus den verschiedenen Ismen mit teilweise wertvollen Ansätzen wurden kunsthändlerische Ismen gezüchtet, die durch Absurdität das Nichtskönnen und den Mangel an Kunst zu verbergen gestatteten und Millionen deutschen Geldes ins Ausland wandern ließen, während deutsche Künstler hungerten.

Besser ging es der Bewegung in der angewandten Kunst. Hier hatten zwei Richtungen eingesetzt; die eine holte ihre Anregungen aus der Natur; die andere wandte sich der Kultur der Linie zu. Die erste geriet wieder in die Hände der Treibhausgärtner und artete in den sog. „Jugendstil" aus; ihr gesunder, echt deutscher Liebe zur Natur entsprungener Grundgedanke wurde ins Groteske verzerrt und starb daran. Es ist schade darum. Der Linie ist mit dem Treibhaus nicht leicht beizukommen; ihre Verzerrung ist in der angewandten Kunst selbst dem urteilslosesten Käufer zu unerträglich; auch der gerissenste Galizier kann sie nicht zur „Mo-

derne" emporschwindeln und Geschäfte mit ihr machen. Aber sie leidet an dem Mangel an Ausschöpfungsmöglichkeiten; sie fing bereits zu Beginn des Krieges an, etwas langweilig zu werden. Gegenwärtig sucht die angewandte Kunst da und dort herum und nimmt Anleihen beim Orient, bei den Bauernstuben, bei den alten Stilen auf. Bemerkenswert ist ihre Anknüpfung an die Biedermeierzeit, also ungefähr an dem Punkt, wo das organische Wachstum unterbrochen worden war. Vielleicht hätte eine Vereinigung der Linienkultur mit ihrer verstoßenen Zwillingsschwester, der Kultur der Naturmotive, die meiste Aussicht auf ein blühendes Wachstum. Leise Ansätze dazu sind in den Kriegsjahren bemerkbar, die unsere Jugend der Natur näher brachten.

In der dramatischen Kunst ist das natürliche deutsche Wachstum fast ganz unterbunden worden und der galizischen Treibhauskultur gewichen, die sich zunächst auf den Handel mit französischer Importware warf. Nachdem man damit den deutschen Schriftsteller von der Bühne verdrängt und weiterhin den darstellenden Künstler größtenteils durch Ausländer ersetzt hatte, ging man daran, auch die Gegenstände entsprechend auszuwählen; die deutsche Bühne wurde zur Erziehungsanstalt für fremdrassiges Moralempfinden. Immer häufiger war in den Stücken der letzten Jahre der Held ein Jude, der über minderwertige und zurückgebliebene Deutsche den moralischen Sieg davonträgt oder ihnen tragisch unterliegt. In der Operette herrscht schon längst die süßlich parfümierte Treibhausschwüle und Kokottenluft, welche uns das galizisierte Wien liefert. Der Held derselben, an dem unsere süßen Mädels und das übrige Operettenpublikum ihren Geschmack heranbilden, trägt meist Zuhältercharakter, ob er nun als Vagabund, Baron oder Prinz verkleidet ist; wenigstens bemerkt man an ihm gewöhnlich keine andern Eigenschaften, als sie jeder bessere Zuhälter besitzt oder leicht erwerben kann.

Zur ernsten Musik bringen die östlichen Völker viel natürliche Anlagen mit, die sich in deutscher Schule zwar nicht zu deutscher Musik, aber oft zu wertvollen Leistungen entwickeln. Wagner schreibt deutsche Musik, Strauß orientalisiert sie. Bei Korngold, der im Krieg die deutsche Bühne „eroberte", wird sie bereits wieder zur wertlosen technischen Treibhausmache (Violantha). Bemerkenswert ist die Rückkehr von Strauß zur Mozartschule in seinen neueren Werken (Rosenkavalier, Ariadne); in seinen schönen Liedern hat er immer eine einfachere, manchmal fast das Banale streifende Melodik bevorzugt. Bei Korngold (Ring des Polykrates) wird auch dieser Zug bereits wieder zur gequälten Mache. Man hat jedoch den Eindruck, als ob im Krieg die ehrliche deutsche Arbeit etwas besser zur Geltung käme als vorher (Pfitzner, Courvoisier, Klose u. a.). Der Boden ist aber auch hier bis tief hinein verdorben, sonst hätte uns der Krieg wohl auch irgend etwas aus seinem eigenen Wesen Entsprossenes geschenkt; es ist aber nicht einmal ein Lied daraus gewachsen.

Viel Hoffnung setzt die Frauenbewegung auf ein starkes Wachstum als Folge des Krieges, der die Tüchtigkeit der deutschen Frau aufs neue erwiesen hat. Die Frauenbewegung kämpft um zwei Dinge, um eine neue Stellung des Weibes als Geschlechtswesen und um eine neue Stellung als Berufswesen. Seit die staatliche Gleichberechtigung der Fremdrassigen in Deutschland durchgeführt, und die Einwanderung von Osten freigegeben ist, erleben wir immer wieder die gleiche Erscheinung: aus echtem deutschen Idealismus heraus wird irgendeine nach Neuem, nach Fortschritt strebende Bewegung geboren; alsbald bemächtigen sich Fremdrassige der Sache, drängen sich in die Führung ein, reißen sie alsbald an sich und

nutzen nun die Begeisterung deutscher Herzen aus, um sie kalt vor ihren eigenen Geschäftswagen zu spannen und ganz wo anders hinzufahren, als ursprünglich im deutschen Sinne lag. Die Gegner jener Kutscher werden dann von den Kutschern als Gegner der ursprünglichen Bewegung hingestellt, und wenn die Fuhre im Graben liegt, sind die guten dummen deutschen Fahrgäste von Haß erfüllt nicht gegen die Kutscher, sondern gegen diejenigen, die sie vor den Kutschern warnten. Mit der Frauenbewegung scheint es ähnlich zu gehen. Am Anfang der Bewegung stand das Schlagwort vom Weib als Kameraden im Gegensatz zum Weib als Weibchen; Ibsen hat ja diesem Gedanken auch dramatische Form gegeben. Selbstverständlich soll das Weib der Kamerad des Mannes sein; jede gute Ehefrau war es von jeher. Vielleicht war tatsächlich in der Teilnahme an den Belangen des Mannes die deutsche Frau etwas zuviel Hausfrau allein geblieben, und die Bewegung, welche hier den Kameraden wieder mehr wecken wollte, war sicher gut und gesund. Aber das Weib soll Kamerad bleiben als Weib, weiblicher, fraulicher Kamerad. Was aber jene östlichen Einflüsse hereinbrachten, war die Verwischung der Geschlechtscharaktere; die Frau sollte das gleiche sein wie der Mann; sie sollte ihm auch den männlichen Kameraden ersetzen können, und darüber droht der ganz unersetzliche weibliche Kamerad verloren zu gehen.

Kennzeichnend für jenen Einfluß war auch das gänzliche Verstummen jener Richtung, welche das Weib als Haus- und Ehefrau auf eine höhere Stufe heben wollte, als sie bisher einnahm. Alle Hochachtung vor der bisherigen deutschen Ehe- und Hausfrau! Aber es lassen sich auch noch bedeutend bessere Leistungen auf diesen beiden Gebieten denken, als bis jetzt üblich waren, und eine Erneuerung wäre hierin der Männerwelt sicher nicht unwillkommen und würde sich für die Frauenwelt lohnen. Aber das wäre eine zu „deutsche" Bewegung, die deshalb wenig Aussicht auf Wachstum hat. Nur in der Erziehung zur Mutter sind Fortschritte angebahnt worden, und hier wieder bezeichnenderweise in der Hauptsache auf dem Wege über das uneheliche Kind, das zum sozialpolitischen Reklametrommelschlagen mehr Gelegenheit bietet als das eheliche.

Im Berufswesen äußerte sich der östliche Einfluß (der Umweg über Amerika oder England ändert natürlich an der östlichen Herkunft und Weiterverbreitung nichts) in gleicher Richtung. Gewisse mächtige Teile der Frauenbewegung suchten nicht nach Berufen, denen die Frau gewachsen war und die sie auszufüllen imstande war, sondern sie stellten den Satz von der an sich gleichen Leistungsfähigkeit der Frau auf allen Gebieten an die Spitze ihrer Bestrebungen. Wenn dieser Satz noch der Widerlegung bedurfte, so hat ihn dieser Krieg erbracht; wenn nämlich vier Frauen in der doppelten Zeit eine quantitativ annähernd gleiche, qualitativ meist schlechtere Arbeit liefern als eine tüchtige männliche Arbeitskraft, wie sich in einer ganzen Reihe von Betrieben herausgestellt hat, so gehört schon die ganze östliche Kühnheit dazu, um daraus den Schluß von der Gleichheit der männlichen mit der weiblichen Leistungsfähigkeit zu ziehen. Dieser Schluß wird trotzdem gezogen, um dann daran die Forderung von der politischen Gleichstellung der Frau mit dem Manne knüpfen zu können. Die Volksführer aus Neuorient und ihr deutscher und halbdeutscher Troß haben mit dem Massenfang gutmütiger deutscher männlicher Stimmherdenwesen treffliche Erfahrungen gemacht und hoffen unter der noch leichter mit klingenden Worten zu betörenden Weiblichkeit neue dankbare Fischgelegenheiten finden zu können. Eine national gerichtete Frauenbewegung vermag unter diesen Einflüssen natürlich nicht zu gedeihen.

II.

Das stärkste Wachstum hat uns nach der Behauptung des „Berliner Tageblatts" und der ihm verwandten Presse der Krieg auf politischem Gebiet gebracht. Die Ideale dieses Blattes haben in dem Kriege einen mächtigen Schritt nach vorwärts getan; der Osten ist nahe daran, unter der Führung der Trotzkis, geborenen Bornstein, und Lenins, geborenen Zederblum, den Gipfel politischer Menschheitskultur zu ersteigen. Die Mittel, mit denen sie ihre ihnen noch nicht blind gehorchenden Volksgenossen von der Erhabenheit der Lehre von den Menschenrechten, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit überzeugen, bestehen im Einsperren, Aushungern, Augenausstechen und Totschießen, unterscheiden sich also nicht wesentlich von den Mitteln jener Märchentyrannen, deren einzige Triebfeder Blut- und Machtgier ist. Aber die diesen beweiskräftigen Mitteln weniger ausgesetzten Gesinnungsgenossen im Westen halten diese Erscheinung für unvermeidliche Geburtswehen jeglichen derartigen Fortschrittes, und weisen auf die Französische Revolution hin. Andere meinen allerdings, auch die Französische Revolution sei nicht natürliches Wachstum, sondern Treibhauserzeugnis gewesen. Sie behaupten, wenn es natürliches Wachstum gewesen wäre, hätte es sich nach der Überwindung jener Wehen in einem kräftigen Weiterwachstum äußern müssen. Unsere Feldgrauen im Westen haben ja den Standpunkt der französischen Menschheitskultur aus eigener Erfahrung kennen gelernt, namentlich soweit sie in Gefangenschaft gerieten, und können sie mit der zurückgebliebenen deutschen vergleichen, die eben jetzt im Kriege erst anfängt, sich auf die Höhe der französischen zu schwingen, wenn man einer weitverbreiteten deutschen Presse Glauben schenken will.

Bekanntlich haben vor dem Krieg sehr angesehene Franzosen die Ansicht vertreten, seit der Revolution sei ein unverkennbarer Stillstand in der Kulturentwicklung Frankreichs eingetreten, der durch die Ansammlung großer Reichtümer in den Händen von Einwanderern, die teilweise aus Spanien, teilweise aus Frankfurt a. M., Wien und noch weiter östlich herkamen, nicht genügend ausgeglichen wird. Sie vermuten sogar, es sei den Bolschewikis der damaligen Zeit weniger auf den Fortschritt als auf die Ausrottung der höherwertigen Bestandteile des französischen Volkes mit meist germanischem Bluteinschlag angekommen, wo immer sich derselbe auch fand, im Arbeitertum ebenso wie im Adel.

In der Menschenwelt verläuft nämlich die Treiberei anders als in der Pflanzenwelt. Im Treibhaus pflanzt der Gärtner die abgetriebenen untauglichen Pflanzen aus und setzt neue ein. Bei den Menschen aber bleibt der Boden sich selbst überlassen, wenn die künstlich gezeilten Pflanzen abgestorben sind; sind bei der Treiberei der unedlen Pflanzen gleichzeitig die edleren Kräuter zugrunde gegangen, dann überwuchern die wilden und lassen auch in Zukunft die edleren nicht mehr aufkommen. Auch dieses wilde Wachstum ist ein natürliches Wachstum; nur hemmt es den Fortschritt und fördert ihn nicht. Magere Böden, von denen der Landwirt nur Streu für den Stall haben will, überläßt er dem wilden Wachstum; sie können der Masse nach beträchtliche Ernten liefern, aber es ist schlechtes Zeug.

Will der Landwirt seiner Wiese gutes Futter, das gehaltvolle Milch gibt, abgewinnen, so muß er die geringwertigen Gräser zurückdrängen und die besseren begünstigen. Darin besteht das Wesen aller Kulturpflege. Gobineau behauptet, in der Französischen Revolution seien alle wertvollen Gräser, d. h. der Blutadel germanischen Stammes, ausgerottet worden; seitdem gibt die französische Fortschrittskuh nur mehr wässerige Milch.

Ob der Zarismus auf das Russentum fortschrittshemmend und kulturwidrig oder verfallshemmend und kulturerhaltend eingewirkt hat, wird die Zukunft lehren. Der Nachteil monarchischer Regierung besteht darin, daß ein einzelner Mann ein ganzes Volk in der Entwicklung zurückhalten kann, sei es, daß dieser Mann nach der brutalen Seite hin oder nach der weibisch-schwächlichen Seite hin entartet ist. Ihr Vorteil liegt darin, daß ein guter Monarch, der Blick für die Tüchtigen in seinem Volke hat, die hervorragenden Köpfe herausholen und an die gebührenden Plätze stellen kann; damit bringt ein tüchtiger Monarch sein Volk um eine größere Strecke vorwärts, als eine Reihe unfähiger Monarchen ihr Volk zurückwerfen können. Demokratien sind Massenherrschaften; die Masse verträgt aber wirkliche Überlegenheit nicht, sondern immer nur ihresgleichen; Demokratien sind daher immer Herrschaften des Scheins; der leitende Mann muß so tun können, als ob er eine hervorragende Kraft wäre; mehr wird von ihm nicht gewünscht. Amerika hat für den Kulturfortschritt der Menschheit noch keine Bohne geleistet.

Um vom Osten etwas näher an unsere Grenzen heranzurücken, so können wir in den besetzten baltischen Landen in einer Richtung ein bemerkenswert rasches Wachstum feststellen. Als unsere Soldaten das Land eroberten, dachte kein Lette, Litauer, Este und Jude anders, als daß sie alle deutsch werden müßten. Seitdem ist dort, gefördert von Berlin, Petersburg, London und Neu York, das Verlangen nach „Selbstbestimmung" und Selbständigkeit gewaltig angewachsen. Der Entscheid über die Frage, ob es sich hier um Treibhausgärtnerei oder um natürliches Wachstum handelt, dürfte nicht schwer zu treffen sein.

Am stolzesten ist man, um noch weiter westwärts zu rücken, in Deutschland auf das Wachsen des Schreis nach der preußischen Wahlrechtsreform, die von ihren Freunden als das bedeutendste Ziel dieses Krieges hingestellt wird. Die Güte der Sache an sich bleibt für unsere Plauderei wieder ganz außer Betracht; uns interessiert wieder nur die Frage, ob Treibhaus oder Natur. Man braucht ja den in französischen Grabgewölben auf Pferdemist gezüchteten und in Konservenbüchsen herübergeschafften Champignon nicht zu lieben und kann doch ein leidenschaftlicher Verehrer dieses Pilzes sein, wenn er im deutschen Walde gewachsen und gepflückt ist. Es sei auch auf die Frage, ob Wahlreformen auf dem Baume des Krieges überhaupt wachsen können, oder ob, wenn man solche Früchte auf ihm findet, sie nicht stets von Dekorationsgärtnern darauf gehängt und künstlich angebunden worden sind, nicht eingegangen.

Deutschlands soziale, industrielle und kaufmännische Entwicklung war in blühendem Wachstum begriffen, als der Krieg ausbrach. Die ungeheuren Verluste an Menschenleben und Gut haben diese Entwicklung um Menschenalter zurückgeworfen. Es gibt Leute, welche meinen, Deutschland müßte die überwältigenden Leistungen und Siege unserer Feldgrauen dahin ausnutzen, um durch den Gewinn von Land, Macht und Erwerbsmöglichkeiten diesen Rückschritt wieder einholen. Jedenfalls ist nicht recht einzusehen, warum dieses Ziel sich nicht ganz gut mit dem Ziel der preußischen Wahlrechtsreform vereinigen lassen soll. Aber es ist eine ebenso merkwürdige wie unleugbare und für unsere Betrachtung vielleicht nicht unwichtige Tatsache: die eifrigsten Anhänger der Wahlreform während des Krieges bekämpfen gleichzeitig fanatisch jeden Frieden, der es nach dem Kriege nicht endgültig bei jenen Verlusten und jenem Rückschritt belassen will. Nicht minder auffällig ist die ungemein lebhafte Fürsprache, welche die Gärtner in Neu York, London und Petersburg für das möglichst rasche Wachstum der Wahlrechtspflanze im preußischen

Garten einlegen; sie sind sonst nicht so besorgt um das Gedeihen dieses Gartens. Auch sie sind gleichzeitig sehr dafür, Deutschland möge die erlittenen Verluste an Gut und Blut nicht kraft seines Siegerrechts und seiner mit unermeßlichen Anstrengungen errungenen Erfolge ausgleichen, sondern noch viele Jahrzehnte daran zehren und sie als gerechte Buße hinnehmen dafür, daß es die beabsichtigte und in Ostpreußen so schön begonnene Veredlung des deutschen Gartens durch die russischen Kosaken, die englischen Gelben und die französischen Schwarzen nicht geduldig über sich ergehen ließ.

In diesem deutschen Garten stehen 40 Millionen Preußen 25 Millionen Nichtpreußen gegenüber. Nach Ansicht der Befürworter der preußischen Wahlrechtsreform haben auch die bayerischen Holzfäller, die württembergischen Mostbauern, die sächsischen Weber usw. keinen glühenderen Wunsch, als ihre preußischen Volksgenossen mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht beglückt zu sehen; auch ihr wichtigstes Kriegsziel sei die Erringung dieses Rechts. Ob der Verdacht von der Hand zu weisen wäre, es läge hier Treibhausarbeit vor, wenn es so wäre? In Preußen wird sich der Entscheid zwischen Treibhaus und natürlichem Wachstum am leichtesten erbringen lassen, wenn der von den Gärtnern jener Pflanzen angestrebte Verständigungs- und Verzichtsfriede Wirklichkeit wird. Dieser Friede hätte notwendig Arbeitsmangel und Lohnerniedrigung zur Folge. Wenn sich der knurrende Magen der Arbeiter dann damit abfinden läßt, der Friede hätte ihnen zwar nichts zu essen, dafür aber das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen gebracht, dann war es natürliches Wachstum. Bis jetzt war in der Weltgeschichte die natürliche Frucht kriegerischer Erfolge die Erweiterung an Land, Macht und Arbeitsmöglichkeiten und die natürliche Frucht der Niederlage Einbuße an Land und Macht und Entschädigung des Siegers. Es kamen in der Geschichte zwar Einzelfälle vor, in denen Pfuscher die Natur auf den Kopf zu stellen suchten. Aber ein Segen ist daraus weder den Siegern noch den Besiegten erwachsen; die Natur rächt sich unausbleiblich für jede Vergewaltigung, die ihr angetan wird.

Auch dann, wenn die Vergewaltigung stromgleich daherwütet. Deshalb ist noch lange kein Narr, wer sich einem reißenden Strom entgegenstellt. Die Ströme der Narrheit hätten schon längst die Welt verschlungen, wenn sich nicht immer einzelne Beherzte gefunden hätten, die sich ihnen entgegenwarfen. Manche gingen unter; diejenigen, die standhielten, nannte man Genies und Retter der Menschheit. Vom östlich-galizischen Standpunkt aus konnte man sie allerdings auch Narren schelten; denn die Sache hat ihnen selten etwas anderes eingebracht als Leid und Undank.

## Beherzigenswertes.

Für eine Nation ist nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem eigenen allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen, ohne Nachäffung einer anderen. Denn was dem einen Volk auf einer gewissen Altersstufe eine wohltätige Nahrung sein kann, erweist sich vielleicht für ein anderes als ein Gift. Alle Versuche, irgendeine ausländische Neuerung einzuführen, wozu das Bedürfnis nicht im tiefen Kern der eigenen Nation wurzelt, sind daher töricht und alle beabsichtigten Revolutionen solcher Art ohne Erfolg; denn sie sind ohne Gott, der sich von solchen Pfuschereien zurückhält.

Goethe.

# Österreichische Grenzsicherungen gegen Italien.

Von Schulrat Dr. Wilhelm Rohmeder, München.

Ludwig Steub schrieb anfangs der sechziger Jahre[1]): „Die Philosophen des Wiener Kongresses haben zu ihrer Zeit soviel dummes Zeug gemacht, daß sie zu einigem Entgelt wohl auch hätten ein Herzogtum Zimbrien errichten können — ein blondes, blauäugiges Hochland deutscher Nation vom Fleimser Tal bis vor die Tore von Verona, Vicenza und Bassano reichend, zum Teil aus tirolischen, zum Teil aus venedischen Gemeinden bestehend, wohl an die hunderttausend Mann, unter deutschen Obrigkeiten, deutschen Schullehrern, welche wenigstens selbst lesen und schreiben konnten, und deutschen Priestern, die es nur ihren italienischen Amtsbrüdern an Patriotismus gleichzutun brauchten..., wie könnte es jetzt dastehen, nach 50jähriger getreuer Pflege seines angestammten Wesens, dieses niedliche Herzogtum, diese Nation von Zimmerleuten, Almenhirten und Gemsenjägern, frisch, fromm, fröhlich, frei!"

Was der weitblickende Mann vor nun mehr als einem halben Jahrhundert von einem bis vor die Tore der genannten Städte reichenden Deutschtum schrieb, war keine Phantasie, wohl aber ein trauriges Stück deutscher Volksgeschichte. Vielleicht erfüllt sich aber jetzt in anderer Form und auf anderem Wege, was nach Steub „die Philosophen" des Wiener Kongresses unterlassen haben.

Die Zeitungen berichteten jüngst, daß der italienische Abgeordnete Federzoni in einem Vortrag über die von Italien beanspruchten Grenzerweiterungen sich gegen die Auffassung gewandt habe, daß deren Durchführung nach sprachlichen und völkischen Gesichtspunkten geschehen könne, maßgebend müßten vielmehr die historischen und die geographischen Gesichtspunkte sein. Deshalb müsse Italien darauf dringen, daß seine Grenze sich vom Brenner bis zur Bucht von Cattaro erstrecke.

Was lehren nun Geschichte, Geographie und Völkerkunde über die österreichisch-italienischen Grenzgebiete?

Nachdem der deutsche König Otto der Große, Erbe des Karolingerreiches und Gemahl der Erbin Italiens, den Franken Berengar (II.) von Friaul, der sich eigenmächtig zum König von Italien aufgeworfen hatte, besiegt hatte, gab er ihm zwar auf dem Reichstag zu Augsburg (952) Italien als deutsches Reichslehen wieder zurück. Aber gleichzeitig schuf er zur Sicherheit des Reiches die beiden Marken Bern (Verona, östlich des Mincio) und Aglei (Aquilea, die Grafschaften Friaul, Görz und Istrien umfassend), innerhalb welcher die Tore der alten großen Völkerstraßen aus dem Norden und Nordosten Mitteleuropas nach dem Süden und zur Adria liegen. Zuerst mit dem Herzogtum Bayern, später mit Kärnten vereinigt, hatten die beiden Marken verschiedene politische Schicksale, stets aber als Glieder des Deutschen Reiches.

Die Reichsgrenze führte fortan von der Pomündung den Po und Mincio entlang um den Gartsee herum.

Die Mark an der Adria erlangte ihre größte Bedeutung unter den Patriarchen von Aglei, den ersten und vornehmsten unter den geistlichen Fürsten des alten Reiches, die 1238 ihren Sitz nach Weiden (Udine) verlegten und die durch Jahrhunderte hindurch nach dem Papst das größte kirchliche Ansehen im Abendland genossen.

[1]) Herbsttage in Tirol 1857. S. 237 u. ff.

Otto den Großen und den Augsburger Reichstag mögen in erster Linie völkische Gründe zur Angliederung dieser Gebiete an das Deutsche Reich bestimmt haben. Denn der „Ager venetus" war, wie Prokopius schon im 6. Jahrhundert in der Geschichte der Gotenkriege berichtet[1]), vollständig von Deutschen besetzt, und die Veneter waren nur noch als „Anwohner des Meeres" (Accolae maris) geduldet. Später errichteten hier die Longobarden ein besonders starkes Herzogtum, an das dessen Hauptstadt Sibidat (Cividale) heute noch starke Erinnerungen bewahrt. Schon vor ihnen waren große Teile des Gebietes von Franken besetzt worden, die dort, wie Prokopius berichtet, so fest saßen, daß Narses 552 nur mit Mühe der Küste entlang in Italien einrücken konnte. Noch stärker wurde die fränkische Zuwanderung, nachdem Karl der Große nach Niederwerfung der Longobarden zur Bewachung der Julischen Alpenausgänge die Marken Friaul und Treviso errichtet hatte.

Aber in noch höherem Maße als die völkischen waren wohl staatsmännische und militärische Erwägungen für die Angliederung dieser Gebiete an das Deutsche Reich maßgebend gewesen. Diese aber verlangten, daß das Reich diese Ausgänge nach dem Süden unter seinem eigenen Verschluß halte.

Dabei blieb es denn auch in der Folge. Während der Zeit der großen Kaisergeschlechter kamen mit Franken und Schwaben namentlich zahlreiche bayerische und innerösterreichische Lehensträger ins Land. Stets aber war dafür gesorgt, daß die Schlüssel zu diesen Völkertoren in stark bewehrten deutschen Händen ruhten.

Wohl unterlag im Ringen der kaiserlichen und der päpstlichen Gewalten einerseits und der italienischen Städte untereinander anderseits die Reichsmacht. Aber das Recht auf die Beherrschung der Ausgänge aus Mitteleuropa nach dem Süden und zur Adria wurde deutscherseits nie aufgegeben, ein Recht anderer, dem mitteleuropäischen Deutschtum diese Ausgänge zu versperren, nie anerkannt.

Noch in der Frankfurter Nationalversammlung war das Bewußtsein von der Notwendigkeit, die südlichen Alpenausgänge in deutschen Händen zu halten, so lebendig, daß sie bei der Behandlung der welschtirolischen Frage am 12. August 1848 beschloß: „Strategische Gründe fordern, daß der Südabhang der tirolischen Alpen zu Deutschland gehöre. Dies kann seine Tore jetzt nicht den eigenen Feinden öffnen." Nur die Demokraten (Bergmann, Dahlmann, Neuwerk, Vogt usw.), die Väter des Freisinns von heute, stimmten ihrem weltbürgerlichen „Prinzip" zuliebe, jedoch in völliger Unkenntnis der völkischen Verhältnisse, für die Preisgabe der Alpentore an die von London aus bezahlten und geleiteten welschen Aufständischen. Und in ganz Deutschland wiederholte man den Ausspruch des Generals Radowitz, daß die Festhaltung der Minciolinie eine Notwendigkeit für die Verteidigung Deutschlands sei[2]).

Bekannt sind die Aussprüche Bismarcks: „Es ist von wesentlicher Bedeutung für das Deutsche Reich, darauf zu achten, daß Trient und Triest niemals an Italien fallen" (1878), und: „Wer an Triest greift, stößt an die Spitze des deutschen Schwertes."

Wichtiger und maßgebender noch als die geschichtlichen Gesichtspunkte erweisen sich die geographischen Grundlagen für die künftige Gestaltung der österreichischen Grenzen gegen den alten Erbfeind.

In dem Vorwort zu einem erst jüngst während des Krieges bekannt gewordenen

[1]) Vgl. Procopius (in: Corpus scriptorum historiae Byzantinae, Pars II; Bonn, 1833—38). Bd. II, S. 80 u. ff., 417 u. ff.

[2]) Vgl. M. Mayr, Der italienische Irredentismus. Innsbruck, 1917. S. 167 u. ff.

amtlichen italienischen „Atlante della guerra" (1915) heißt es: „Da die völkischen Grenzen mit den geographischen sich niemals decken, so müssen die strategischen Bedürfnisse (für die politische Grenzbildung) ausschlaggebend sein." Die jahrzehntelang der Welt vorgelogene Redensart von den „unerlösten Brüdern", die den Vorwand zur Kriegserklärung gegen Österreich hatte abgeben müssen, wird also ohne Bedenken preisgegeben zugunsten des reinen Eroberungskrieges. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, die volksgeschichtliche Fälschung von den „unerlösten italienischen Provinzen in Österreich" noch weiter aufrechtzuerhalten. Es zeigt deshalb auch folgerichtig der „Kriegsatlas" ganz Südtirol, Krain, Istrien, Dalmatien usw. weil innerhalb der „natürlichen Grenzen" Italiens auch innerhalb seiner künftigen politischen Grenzen gelegen.

Namhafte italienische Gelehrte, z. B. Marinelli Vater und Sohn, waren nämlich schon seit Jahren mit Erfolg tätig gewesen, für eine in Deutschland und Österreich wenig beachtete neue Lehre von den „natürlichen Grenzen der Staaten" Stimmung zu machen und Anhänger zu werben, nämlich für die Lehre von der staatenbildenden (und bzw. staatenscheidenden) Kraft der Wasserscheiden. In der Anwendung dieser Lehre auf Italien waren sie zu überraschend günstigen Ergebnissen (zugunsten Italiens) gekommen. In größter Kürze ausgedrückt, etwa so: „Das Ligurisch-Tyrrhenische und das Adriatische Meer sind italienische Meere; alle diesen Meeren zufließenden Gewässer gehören also zu Italien, dessen natürliche Grenzen an den Ursprungsstellen dieser Gewässer liegen und längs der Wasserscheiden dieser Meere verlaufen." Dieser Gedankengang mußte der Ruhmsucht und Eitelkeit der Neuitaliener schmeicheln. Er fand denn auch bald begeisterte Zustimmung. Welcher Gewinn an Land und Menschen, an Macht, Ansehen und Weltgeltung, wenn es gelang, dieser Lehre Anerkennung zu verschaffen und deren Verwirklichung, sei es auf dem Weg von Verhandlungen, sei es mit Waffengewalt, durchzusetzen: die Grafschaft Nizza, die südliche Schweiz, ganz Südtirol, die österreichischen Adriagebiete — dies allein schon zusammen ein Gewinn von 30000 qkm! Dazu dann noch große Teile der Herzegowina, Montenegro und das ganze westliche Albanien! Und überdies dann die Adria unbestritten ein „Mare nostro".

Auch das amtliche Italien schloß sich der Lehre an und fühlte in sich Beruf und Kraft, dieselbe wenigstens zunächst gegen Österreich und Albanien durchzusetzen. Daß schon die Voraussetzung falsch war, von der die Forderung ausging, wurde in der Glut patriotischer Begeisterung ganz übersehen.

Seit Jahren hatten die irredentistischen Kreise Italiens und die von ihnen getriebenen Regierungen den Krieg gegen Österreich unter Berufung auf angebliche „völkische Rechte und Pflichten" betrieben und vorbereitet. Daß mit der Berufung auf das Recht zur Erlangung der sog. „natürlichen Grenzen" jenes andere angebliche Recht über den Haufen geworfen wurde, focht die Stimmführer in Italien und ficht auch die Ententegenossen nicht weiter an. Denn innerhalb des großen Halbkreises von Nizza bis zur Bucht von Cattaro bilden in dessen österreichischem Anteil die wirklichen (rassenmäßigen) Italiener gegenüber den Deutschen, Ladinern, Friaulern und Slawen nur eine kleine Minderheit, im ganzen nämlich höchstens 200000 (9,8%) gegen die 9fache Zahl (1824000) der anderen. Tagtäglich erschallt noch der Ruf des „Italia fino al Brennero" aus der italienischen Presse, obgleich selbst in dieser engen Begrenzung die völkischen und die geographischen Forderungen sich gegenseitig ausschließen, wenn man überhaupt über erstere im Ernst reden könnte.

Südtirol bildet geschichtlich, geographisch-strategisch und wirtschaftlich, ebenso in bezug auf Umfang und Bevölkerungszahl den Hauptteil des Landes Tirol. Auch der größere Teil der Deutsch-Tiroler (277755 gegen 271145 in Nordtirol[1]) lebt in Südtirol. Das sog. Welschtirol aber, der südlichste Teil von Südtirol, ist nichts weniger als ein Italienisch-Tirol, so sehr auch die österreichischen Regierungen seit Metternichs Zeiten sich angelegen sein ließen, es zu einem solchen zu machen. Denn unter den (rund) 400000 Welschtirolern machen die rassenmäßigen Italiener in den Städtchen und anderen größeren Orten, d. h. die seit 3½ Jahrhunderten allmählich aus Italien familienweise Eingewanderten und deren Abkömmlinge, höchstens 1/5 (20%) der Gesamtbevölkerung aus, nämlich 70—80000. Neben den 10000 Deutschen in Welschtirol sprechen (nach gewöhnlicher Annahme) heute noch 100000 Rätoromanen ihre, von italienischen sprachlichen Eindringlingen gar nicht oder nur wenig verunreinigten ladinischen Mundarten. Ja nach den unwiderlegt gebliebenen Forschungsergebnissen sowohl deutscher als auch reichsitalienischer[2]) Sprachgelehrter sind die wirklich italienischen Mundarten nur in eng begrenzten Gebieten als Volkssprache vorhanden. Die Sprache von Amt, Kirche und Schule ist eben noch lange nicht die Sprache des Volkes. Jedenfalls steht fest, daß die nur oberflächlich verwelschten Deutschen und Rätoromanen die Hauptmasse der Landbevölkerung Welschtirols ausmachen, nachdem man sie zwar zugunsten einer eingewanderten Minderheit ihrer altererbten Volkssprachen beraubt, aber damit weder dem Blut, noch der Gesinnung nach zu Italienern machen konnte.

Der neuitalienischen Irrlehre von der staatenbildenden Kraft der Wasserscheiden liegt das Taschenspielerkunststückchen einer absichtlichen begrifflichen Verwechselung von „Naturgrenzen" und „natürlichen Grenzen" zugrunde. Naturgrenzen (z. B. Meere, wegarme Kammgebirge) können unter Umständen auf die Dauer vortreffliche Staatsgrenzen bilden, natürliche Grenzen (z. B. Flüsse und Bäche, Wasserscheiden) nie, wenigstens nicht auf längere Strecken und nie auf die Dauer.

Aber Federzoni und der „Kriegsatlas" haben ohne Zweifel recht, wenn sie die geographischen Verhältnisse und die durch sie bedingten strategischen Bedürfnisse als die Grundlagen für die Staatenbildung und für die Abgrenzung der Staaten gegeneinander erachten. Nur sprechen eben alle geschichtlichen und noch zwingender alle Gründe der politischen Geographie gegen sie. Aus der Natur, aus der Geschichte, aus der Völkerkunde können Beweise für die Richtigkeit von der staatenbildenden Kraft der Wasserscheiden nicht erbracht werden, am allerwenigsten für die Alpengebiete. Wohl aber dafür, daß die geographisch-politischen Grenzen eines Staates als Naturgrenzen an den Grenzen seines Naturgebietes liegen müssen. Denn wie die Bewegung der Völker, so steht auch die Staatenbildung unter dem Zwang der geographischen Verhältnisse und Bedingtheiten. Die politische Selbständigkeit ist durch die geographische bedingt. Jeder Staat schafft sich schließlich sein Naturgebiet, d. h. er strebt darnach, seine Naturgrenzen zu gewinnen, sie auszufüllen. Kein Staat greift aber auch ungestraft in Naturgebiete hinüber, die seinem geographisch bestimmten Wesen fremd sind. Die gewaltsame Angliederung naturfremder Gebiete ist entweder nicht von Dauer, oder sie führt zum Zerfall des Staates selbst.

[1]) Zählung von 1910.

[2]) So G. J. Ascoli, der bedeutendste reichsitalienische Sprachforscher im letzten Vierteljahrhundert, im Archivio glottologico italiano, 1873. Vol. I, S. 391 u. ff.

Die Alpen, besonders die Mittel- und Ostalpen, um die es sich hier handelt, sind kein wegarmes Kammgebirge, sondern eine Vielheit von Gebirgsstöcken, Gebirgsketten usw. mit zahllosen Längs- und Quertälern, Pässen, Einsenkungen, Ein- und Ausgängen usw. Sie bilden eine Welt für sich, die, als Naturgebilde betrachtet, allerdings ihre bestimmten Grenzen hat. Diese Grenzen liegen aber nicht innerhalb ihrer selbst, sondern da, wo eben eine andere Welt (nach Bodengestalt, Klima, Naturerzeugnissen usw.) sich auftut. Und diese Grenze ist überdies auf der südlichen Alpenseite noch viel schärfer ausgeprägt, als auf der Nordseite. Denn ihr fehlt das der Nordzone vorgelagerte Flyschgebiet der Voralpen, so daß die südlichen Kalkalpen mauerartig steil zur italienischen Tiefebene abstürzen.

Die beiden Seiten der Mittel- und Ostalpen haben ferner, landschaftlich betrachtet, einen durchaus einheitlichen Charakter. Dieser ist aber ein ausgesprochen mitteleuropäischer. Er reicht bis an den Südrand des Gebirges. Daß die Pflanzenwelt der Mittelmeerländer in einige nach Süden geöffnete Alpentäler schüchtern und gewissermaßen tastend hereinreicht, vermag an dem Gesamtbild nichts zu ändern. Sie bilden überdies im Vergleich mit dem Flächeninhalt des Ganzen verschwindend kleine Gebiete.

So haben denn auch nie und nirgends innerhalb der Alpen Wasserscheiden Völker- oder Staatengrenzen gebildet. Dies gilt ganz besonders auch von der Hauptwasserscheide, der sog. Brennerscheide. Ja die Entstehung des (innerhalb des Rahmens des Römisch-Deutschen Reiches ehemals selbständigen) Staates Tirol gibt den anschaulichsten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung: die in Südtirol seßhaften Grafen von Tirol dehnten schon frühzeitig ihre Herrschaft aus dem Etschgebiet auch über das Inngebiet aus und verlegten später sogar dorthin ihren Regierungssitz, wenn auch Südtirol nach wie vor den Hauptteil des nach ihnen benannten Landes ausmachte.

Der Verlauf der gegenwärtigen politischen Grenzen Österreichs in seinen südwestlichen Alpenländern ist natur- und staatswidrig. Denn die Naturgrenzen für Tirol, Kärnten und Görz gegen Italien verlaufen ja nicht innerhalb des Gebirges nach willkürlich und zufällig gezogenen Linien, sondern da, wo die Alpenwelt schließt und eine andere Welt in Natur und Volkstum beginnt, nämlich an dem Ausgang der nach Süden geöffneten Alpentäler, längs des Südfußes der Alpen.

Und dort liegt denn auch die von der Natur bestimmte Grenze Italiens, „Naturgrenze" und „natürliche Grenze" zugleich.

Aber noch mehr! Die aus Österreich nach Süden fließenden Alpengewässer durchbrechen alle in schluchtartigen Talengen (Klausen) die südliche Alpenmauer: Etsch, Astach, Brint (Brenta), Blaue (Piave) und Cordevole, Vivare, Natisone und Isnitz (Isonzo). In einer unbegreiflichen Kurzsichtigkeit und militärgeographischen Kenntnislosigkeit wurden 1866 alle diese Talengen mit Ausnahme derjenigen an der Isnitz an das zu Land und Wasser besiegte Italien überlassen! Nicht einmal der Gebirgsbesitz am Gartsee und die altehrwürdige Berner Klause wurden zu eigenem Verschluß behalten! Von Italien wurden dieselben unterdessen zu starken Talsperren ausgebaut. Die oberhalb dieser Klausen gegen die österreichische Grenze zu liegenden Flußtäler, Talweiden und Paßübergänge bieten fast alle bequeme Zugänge nach Tirol usw. und ermöglichen bereitstehenden italienischen Heeren ein leichtes und rasches Vordringen und Überschreiten der österreichischen Grenzen.

Infolgedessen mußten denn auch die österreichischen Verteidigungslinien 1915 zum Teil weit in das eigene Land zurückverlegt und ganze Täler und Landschaften bei

Beginn der Feindseligkeiten plötzlich, zum Teil von einer Stunde zur anderen, geräumt, aus Tirol allein in wenigen Tagen nicht weniger als 150000 Kriegsflüchtlinge (gleichzeitig mit der Mobilmachung des Landes!) in andere Kronländer verbracht, zugleich wichtige Städte, Straßen, Eisenbahnen und rückwärtige Verbindungen dem feindlichen Feuer preisgegeben und so dem Feinde Vorteile eingeräumt werden, die nur unter blutigsten Verlusten wieder auszugleichen waren. So war es 1866, so war es 1915, und so wird es immer sein, solange nicht Österreich durch Vorverlegung seiner politischen Grenzen über die Schluchten und Talengen hinaus die südlichen Alpenausgänge als seine Naturgrenze das zurückgewonnen haben wird, was einst Otto I. aus völkischen Gründen wie aus solchen der Reichssicherheit dem Deutschen Reich einverleibt hatte.

Unter allen Kronländern Österreichs hat Tirol im Kriege am meisten gelitten, die größten Opfer an Gut und Blut gebracht. Der Haß gegen den friedlosen, stets auf Landraub bedachten Nachbar ist dort viel größer — auch viel älter! — als sonst irgendwo im Staate. Er durchdringt alle Schichten der Bevölkerung, hoch und niedrig, geistlich und weltlich, Städter und Landleute, und zwar ohne Unterschied von Deutsch- und Welschtirol (die „Italianissimi" Welschtirols, welche die politische Vertretung dieser Landesteile fast vollständig an sich gerissen haben, und die in Tirol einflußlose Sozialdemokratie ausgenommen!). So ist denn auch in Tirol die Forderung eines besseren Grenzschutzes gegen Italien eine allgemeine: sie gehört zu den Fragen, deren Lösung „die Stunde fordert". In Volks- und Festversammlungen, in der Zeitschriften- und Tagespresse, in Entschließungen aller bürgerlichen Parteien kommt sie laut und unwidersprochen zum Ausdruck, am überzeugendsten, klarsten und bestimmtesten in der christlichsozialen, besonders durch den Landtagsabgeordneten Prof. Dr. M. Mayr; aber auch anderwärts. In Wien hat bereits im November v. Js. in einer Versammlung der Christlichsozialen Fürst Alois von Liechtenstein für den Friedensschluß die Forderung besserer Grenzen gegen Italien erhoben. Andere öffentliche Kundgebungen in der Reichshauptstadt und in anderen Städten folgten. Von berufener militärischer Seite wird das gleiche gefordert. In dem Armeebefehl des früheren Armee-Oberkommandanten Feldmarschall Erzherzog Friedrich vom 15. Mai 1916 heißt es am Schluß: „Soldaten der Westarmee! Schafft der Monarchie im Südwesten die Grenze, deren sie in Zukunft bedarf!" Feldmarschalleutnant v. Wannich begründete die Erfüllung dieser Forderung überzeugend als eine Lebensfrage der Monarchie[1]). Oberstlt. Mayrhöfer tat dasselbe in einer Anzahl von Aufsätzen in der Tagespresse usw.

Ist doch gegen Italien die Grenzsicherung Österreich-Ungarns noch viel notwendiger, als sie es gegenüber Rumänien war: hier bloß die Erfahrungen aus 1915/18, dort aber aus 1848/49, 1859, 1866 und 1915/18! Hier die Berufung auf $3\frac{1}{2}$ Mill. Volksgenossen der habsburgischen Monarchie, die größtenteils in geschlossenen Volksgebieten leben, hier nur $\frac{1}{5}$ Mill. (nicht $\frac{4}{5}$, wie aus Unkenntnis oder durch Fälschung der tatsächlichen völkischen Verhältnisse glaubhaft zu machen gesucht wird!) unter der bodenständigen Bevölkerung umhergestreute wirkliche Italiener, die es im letzten halben Jahrhundert nur in Triest zu einer unduldsamen Mehrheit gebracht haben — in jenem Triest, das sein Emporkommen ausschließlich der Fürsorge des österreichischen Staates verdankt und das im Jahre 1848 noch deutsche Abgeordnete (Bruck und Hagenauer) zur Nationalversammlung in Frankfurt a. M. entsandte!

[1]) In der vortrefflichen Schrift: Österreich-Ungarn nach dem Krieg, Stuttgart, 1917.

Aber nicht nur für die Zukunft Tirols und Österreichs, sondern auch ganz Mitteleuropas ist die glückliche Lösung dieser Frage eine Notwendigkeit, so vor allem für das mit der Donaumonarchie militärisch-politisch auf Gedeih und Verderb verbundene Deutsche Reich, so daß auch hier der Erörterung der Frage nicht aus dem Wege gegangen werden kann[1]).

Dabei handelt es sich Italien gegenüber um altes Reichsgebiet, zum Teil um uralten deutschen Volksboden, und Österreich, im Alpengebiet der Erbe der Rechte und der Pflichten des alten Reiches, braucht zur Sicherung gegen künftige Überfälle durch einen stets feindlich gesinnten Nachbar nur zurückzunehmen, was früher (bis 1866) ihm gehörte.

Umfang und Grenzen dieser „Desannexionen" sind natürlich rein militärische Fragen.

Dabei ist besonders bedeutsam, daß Österreich bei der Vorschiebung seiner politischen Grenzen nirgends in italienisches Volksgebiet hineinzugreifen braucht: weder am Gartsee bis zur Linie Salo—Garten, der alten deutschen Grenzburg, und mit dem ausschließlichen Recht auf Kriegs- und Handelsschiffahrt (wie bis 1866), noch am „Waldberg" (M. Baldo), dem militärischen Bollwerk des alten Reiches („dem Alpenstock, der Deutschland schließet"[2]), noch in dem Gebirgsstock zwischen Etsch und Brint, noch in den Quellgebieten der Blaue und des Tagliamento, noch am Natisone und an der Isnitz.

Das ganze, im Westen und Süden von der Etsch, im Osten von der Brint umrahmte „Zimbrien" war einst deutsches Land, in Hunderten von Ortsnamen und Tausenden von deutschen Familien- und Örtlichkeitsnamen (Wäldern, Bergen, Bächen usw.) heute noch als solches nachweisbar; Wisentain (Vicenza) war im 12. Jahrhundert und auch noch später eine „zimbrische" (d. h. deutsche) Stadt, in welcher deutsche Bischöfe ihren Sitz hatten[3]). Nicht nur die gesamte Bevölkerung im Lessinisch-Vicentinischen Gebirge, sondern auch diejenige der Täler, welche in die Ebene hinaus streichen (des Aal- und Lämmertales, des Herrn- und Grafentales, der Reckenwärder, des mittleren Astachtales usw.), ist deutschen Blutes und sprach im Anfang des 16. Jahrhunderts noch ausschließlich „deutsch" als Umgangssprache[4]]. Die Sippe des Franken Heinzel (Ezzelino) war die Beschützerin des Deutschtums im Brinttal südlich des Brintdurchbruches (Canale di Brenta) und auf der Wisentainer Hochebene, und Brenten (heute Valstagna) war ein Hauptsitz deutschen Volkstums. Wohl sind in den „Draizene Kamaun von Bearn" neben Geschlechts-, Ortschafts- und Örtlichkeitsnamen nur noch kümmerliche Reste der deutschen Sprache vorhanden. Aber in der andern der ehemaligen beiden deutschen Bauernrepubliken, nämlich auf der „Hoga-Ebene von Siben Kamaun", ist vielerorts das „Gaprecht der siben Perghe" noch lebendig und ist deutsches Volksbewußtsein noch kräftig vorhanden. Und wenn der Wunsch des alten Zimbern aus Rotz sich erfüllen sollte, den er einem deutschen Besucher gegenüber äußerte[5]): eine deutsche Schule wäre „wia inspruzzen lentegez (lebendiges) Pluat in oan totn Korpo", so würde auch dieser zurzeit nur scheintote Körper aufs neue lebensfrisch erblühen.

[1]) Vgl. W. Rohmeder, „Die Naturgrenze Italiens gegen Norden" in der Vierteljahrszeitschrift „Das Deutschtum im Ausland", Heft 20, 1916, und „Österreichische Vorzeitung" Nr. 1. 1918: ferner Groos, Alldeutsche Blätter Nr. 8, 1918.

[2]) Dante, im 20. Gesang der Hölle.

[3]) Vgl. Widters handschriftliche Nachweise im Ferdinandeum in Innsbruck aus dem Anfang der 60er Jahre des vor. Jahrh.

[4]) Bericht des venedigischen Feldherrn Caldogno an den Dogen Grimani aus 1598.

[5]) J. Heimfelsen, Meraner Zeitung Nr. 97, 1906.

In dem vielfach verschlungenen Geäder der oberen Blaue und des oberen Tagliamento (Hochfriaul) ist seit altersher deutsches und ladinisches Blut vielfach gemischt, es stand von jeher mit Tirol in engster Verbindung, das westliche Kataufers (Cadore) mit Gafrill (Caprile) gehörten bis 1803 zu Tirol, drei deutsche Gemeinden sind gegen die Kärntner Grenze zu dort heute noch vorhanden. In der alten deutschen Grafschaft Friaul zwischen Isnitz und Lavenza ist die Bevölkerung seit der Longobardenzeit deutschen und furlanerischen Stammes, grundverschieden von ihren westlichen Nachbarn. Große und vielbefahrene Handels- und Verkehrsstraßen von Kärnten (Fella-Enge und Plöcken), ja vom Hochpustertal her durchzogen das Land, schufen und erhielten deutsches Wesen. Westlich von Flitsch aber haben sich Slovenen bis an den Fuß des Gebirges vorgeschoben.

Deutsche, Ladiner, die große Masse der Friauler und die Slovenen: alle haben ihre Stammes- und Blutsverwandten nicht in Italien, sondern in Österreich; allen wird dies als ein Befreier, als „Erlöser" von der welschen Fremdherrschaft erscheinen. Es nimmt Italien wieder ab, was ihm nie hätte überlassen werden sollen, und was nach Geschichte, Natur und Volksart zu Österreich gehört.

Freilich dem Wiener Abgeordnetenhause mit seinen 7 verschiedenen Verhandlungssprachen dürften die aufs neue angegliederten Landschaften trotz allen etwaigen Geschreis vom „Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung" und von „Parlamentarismus", der ja gerade in Wien so prächtig die Probe aufs Exempel macht, nicht ausgeliefert werden. Für absehbare Zeiten wären dieselben mit den südlichsten Grenzgebieten Tirols zu einem starken Wehrgürtel unter militärischer Organisation und Verwaltung (einer Art von Militärgrenze) einzurichten. Die österreichische Heeresverwaltung zeigt gerade in diesen Tagen in den gefährdeten Grenzgebieten Südtirols, in wie geschickter Weise sie dem seit Jahrzehnten erhobenen Verlangen der Bevölkerung nach Wiedereinrichtung deutscher Schulen entgegenzukommen weiß.

Und wenn dann auf dem Stuhl des hl. Vigilius in Trient wieder, wie bis zu Beginn der Metternichschen Verwelschungsperiode, ein deutscher Bischof, beraten von einem in seiner Mehrheit deutschen Domkapitel, sitzen wird, dann wird auch der hohe und der niedere welsche Klerus Welschtirols nicht nur zur Erkenntnis, sondern auch zur Erfüllung seiner Staatspflichten zurückkehren.

# Der Schwur von Graz.

Auf dem zweiten deutschen Volkstag am 28. April ds Js.. in Graz leisteten die anwesenden deutschen Männer und Frauen fogenden Schwur:

„Wir schwören bei dem Andenken an unsere gefallenen Söhne und Brüder, bei allem, was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Bodens, keinen Teil deutschen Rechtes in der Ostmark mehr preiszugeben, treu und unverbrüchlich festzuhalten an dem Bündnisse mit den Brüdern im Reiche, komme was da wolle, denn hoch und heilig über allen anderen Pflichten steht uns die Pflicht der Treue gegen unser eigenes Volk! So wollen wir es in Zukunft halten, so wahr uns Gott helfe." Der Redner, Kammerrat Kandl, fügte daran die Worte: „Wenn uns bei den inneren Verhältnissen etwa zu bange werden sollte, so richten wir den Blick auf das ganze deutsche Volk, von dem wir ein wertvoller Teil sind; für uns gilt das Wort des Steinklopfer Hans: „Es kann dir nix g'scheh'n!" Als Angehörige der großen deutschen Nation kann uns um unsere Zukunft niemals ernstlich bange sein".

# Die Bücherfabrik.

## Von Carl Christian Bry.

„Er erscheint zum Wochen-, zum Monatsende und auch am Sonntag; politisch, literarisch, belletristisch, wissenschaftlich, pädagogisch, gesellschaftlich; er erscheint religiös, finanztechnisch, sportlich, ärztlich, juristisch; er erscheint für alle Berufe und Lebensalter, für Kinder und Erwachsene." Diese Folge von Beiwörtern, auf Lord Northcliffe gemünzt, steht in den „Englischen Staatsmännern", einem Bande der Sammlung „Männer und Völker", erschienen bei Ullstein & Co., Berlin SW 68, Kochstraße 22—26.

Daß gerade Ullstein sich diese Selbstironie gestattete, zeugt vom Bewußtsein unerschütterlicher Macht. Zugleich von kluger Voraussicht: wer im Glashaus sitzt, soll erst recht mit Steinen werfen, weiß er sich dabei in guter Gesellschaft. Oder sollte es Ullsteins Eitelkeit gekitzelt haben, den Literaturfabrikanten unter die — „Staatsmänner" gerechnet zu sehen?

Gleichviel, man wird der Berliner Fabrik zugestehen müssen, daß sie weiter fortgeschritten ist als die englischen Vorbilder. Denn während sich diese grob arbeitenden Anstalten mit einer Fülle von Erscheinungen verschiedenster Art begnügen, ist bei Ullstein die bloße Anhäufung, so hoch sie den Absatz steigert und so tief sie den Wert hinabdrückt, nur Mittel. Seine Sonderstellung in Deutschland, vielleicht in der Welt, beruht darauf, daß es diesem Hause gelungen ist, das „Ullsteinbuch" ebenso zur Marke, zur „vertretbaren Ware" zu machen, wie Odol-Mundwasser oder Manoli-Zigaretten. Selbst dieser Vergleich hinkt, denn Zigaretten und Mundwässer gibt es Dutzende, Ullstein, trotz Kronen- und Wikingbüchern, bleibt einzig. Wie bei Reinhardt der Dichter Sklave des Brettergewaltigen, so wird bei Ullstein der Schriftsteller Kommis im Warenhaus für Lesestoff, nur daß bei Reinhardt eine überragende persönliche Begabung arbeitet, während bei Ullstein Kapital und Technik allein herrschen. Gibt Reinhardt ein Stück, es sei von Shakespeare oder Kadelburg, so wird daraus eine „Reinhardtaufführung". Druckt die Bücherfabrik eine Weltgeschichte, so ist es „Ullsteins Weltgeschichte"; druckt sie eine Kunstgeschichte, so ist es „Ullsteins Kunstgeschichte"; druckt sie Jugendbücher, so sind es „Ullstein-Jugendbücher"; druckt sie Romane, so sind es „Ullstein-Romane"; druckt sie fremde Erzähler, so sind es „Ullstein-Auslandbücher"; druckt sie Kriegsbücher, so sind es „Ullsteins Kriegsbücher"; druckt sie die Reihen „Männer und Völker" und die „Die Fünfzigbücher" wirklich ohne den Namen der Inhaber, so verlassen trotzdem wieder „Ullsteinbücher" die Presse; und bringt sie, bei der raschen Ausdehnung des Hauses nur Frage der Zeit, künftig ein mathematisches oder astronomisches Werk, so dürfen wir uns freuen, in „Ullsteins Himmelskunde" oder „Ullsteins Differentialrechnung" euch mit den besonderen Entdeckungen der Kochstraße in bezug auf diese beiden Disziplinen vertraut zu werden. Denn der Name ist nicht, wie bei Reclam oder Tauchnitz, bloße Herkunftsbezeichnung, sondern gilt als Wertmarke, als Bürgschaft. Kein Käufer wird unter den Tausenden von Reclam- oder Tauchnitzbänden einen beliebigen herausgreifen, wogegen man in kleinen und großen Buchläden täglich hören kann, daß Menschen der verschiedensten Schichten einfach: „ein Ullsteinbuch" verlangen.

Naive Seelen mögen in der Allgegenwart des Warenzeichens einen Gipfel deutscher Organisation erblicken, kritische daran erinnern, daß auch sonst die Nennung

des Verlegers im Sammeltitel häufig sei. Es ist zweierlei, ob ein Verlag für seine Autoren und seine Pläne auch mit dem Namen eintritt, oder ob die Bücherfabrik, die zwar mit allen Finessen der Technik arbeitet, dafür aber auf den Luxus eigener Verlagsgedanken grundsätzlich verzichtet, durch ihre Firma den Autor zur Nummer hinabdrückt. Aus sachlichen und aus geistigen Gründen bemüht sich jeder Verleger, dem Namen seines Hauses als dem Feldzeichen aller seiner Veröffentlichungen Leucht- und Werbekraft zu geben; jeder, der seiner Zeit etwas zu sagen hat, treibt Machtpolitik mit allen Mitteln. Nur setzt jede Machtpolitik als sittliche Rechtfertigung ihrer „Unsittlichkeit" einen umfassenden Gedanken voraus, Persönlichkeit, Haltung; je größer die Machtmittel, desto tiefer und weiter muß auch der treibende Gedanke sein. In der Bücherfabrik dagegen darf die Rechte nicht wissen, was die Linke tut. Was hält Ullsteins Erzeugnisse zusammen? Der gemeinsame Ladenpreis. Nicht nur, wie Northcliffe, sorgt dieses Haus für alle Stände und Lebensalter, es führt auch jede Gesinnung. Den Reiz des Aristokratischen benutzt es ebenso, wie die lockende Anrüchigkeit der Boheme und die Verführung des Radikalismus; es kommt uns bodenständig ostpreußisch und raffiniert pariserisch; es verzapft warmherzige Vaterlandsliebe und gepflegtesten Pazifismus aus demselben Hahn; tönenden „Idealismus" hat es reichlich auf Lager und weiß doch der Berechnung des kältesten Geschäftsmannes zu schmeicheln; es macht aus Wissenschaft unterhaltsame Aufsätzchen und spielt in Romanen mit Weltanschauungen und Lebenszielen wie mit Jongleurkugeln; es — kurz, es erzieht zu vollkommener Gesinnungslosigkeit.

In der Mitte der heutigen Ullsteinschen Buchabteilung stehen die Romane, zwei Reihen, Ein- und Dreimarkbände. Wahllos, wie der gewöhnliche Ullsteinleser, habe ich genommen, was in meiner Buchhandlung davon vorrätig war, und könnte mich jemand zwingen, sie alle zu genießen, so würde ich vorziehen, um eine schnellere Todesart zu bitten. Bei den Zivilromanen, den verführerischen Erzählungen aus der „Großen Welt", in denen die vornehmen Leute nichts zu tun haben als zu liebeln, zu reisen, vorbildlich zu faullenzen und mit dem Hundertmark- (noch besser: Hundertfrancs-) Schein in einer Art umzugehen, die sich kein anständiger Millionär, geschweige denn der Ullsteindurchschnittsleser mit einem Fünfmarkstück gestatten würde: bei den Zivilromanen behielt ich noch gute Laune, obwohl sie zweifellos zur Verfälschung alles dessen, was im Deutschen Reiche als gehoben, reich und festlich gilt, das Ihrige beigetragen und die bedingungslose Gleichsetzung von „Teuer" mit „Gut", die unser ganzes öffentliches Leben behindert und verdirbt, erheblich gefördert haben. Als ich aber an die Kriegsromane kam — —! Diese zerfallen in zwei Teile. Wenn es irgendwo jenes Schreckgespenst gibt, jenen „Alldeutschen, der im linken Auge das Monokel, in der rechten Hand den rasselnden Säbel, die Welt herausfordert", so ist er, als Nebenfigur, in Ullsteinschen Kriegsromanen zu entdecken. Von größerer Wichtigkeit ist aber meist der zweite, internationale Teil, vertreten durch den bedenklichen, aber bestechenden Ausländer, die anrüchige, aber berückende Ausländerin, welche, äußerlich verabscheut, innerlich gehätschelt, entscheidend in die Handlung eingreifen. Da verliebt sich der Flieger — Nummer dreiundsechzig — beinahe in eine wunderschöne Rumänin und ihre maßlose Bildung; da wird der Generalstäbler — Nummer sechzig — um ein Haar von einer bezaubernden Russenspionin verführt; da bekehrt ein zweifelhafter Auslanddeutscher, der überhaupt in seinem Einerseits-Anderseits ein beglückender Stoff für Ullstein ist, erst sich und dann seine reizende amerikanische Freundin, „Daisy" geheißen, zu kernig deutscher Vaterlandsliebe, nicht ohne jedoch dem Bruder der

Dame, einem hochsmarten englischen Spion, die Flucht aus Berlin zu ermöglichen. (Nummer dreiundachtzig.) — Trotzdem man befürchten muß, daß das Ersparte Ullstein zugute kommt, wären mehr Beispiele der Ausländerei Papierverschwendung. Man vergleiche seine — Fasson, für Deutschtum einzutreten (denn das tut Ullstein: das Gegenteil würde den Absatz drücken) mit der Art, wie die englische Unterhaltungsliteratur, vom Magazinsketch bis zu den Arbeiten angesehener Verfasser, lange vor dem Kriege alles Deutsche behandelte. Entdeckte ein englischer Schriftsteller unversehens an einem Deutschen nur den geringsten schätzenswerten Zug, so ging er ernstlich mit sich ins Gewissen und ließ auf der nächsten Seite die Figur doppelt stark als Schurken oder gesellschaftsunmöglichen Trottel erscheinen. Vorbildlich ist das Verfahren keineswegs; aber man kann zweifeln, ob nicht seine Eindeutigkeit immer noch anständiger und ehrlicher wirkt, als die widerliche Zweideutigkeit dieser Ullsteinware.

Ein ragendes Denkmal der Ullsteingesinnung ist Nummer achtundachtzig. Ein brotlos gewordener Komödiant gründet ein Zentralinstitut für die jüngste deutsche Kunst, einen Riesenbau, in dem Ausstellungen veranstaltet, Konzerte gegeben, Stücke aufgeführt, Vorträge gehalten und ich weiß nicht was noch unternommen werden soll. In der Gründungsrede dieser löblichen Anstalt ist jedes Wort deutsch, deutsch, deutsch; doch über Art und Unterscheidung dessen, was gepflegt werden soll, verlautet keine Silbe und an dem Plane des Unternehmens muß die Kochstraße helle Freude gehabt haben: bedeutet er doch nichts anderes, als eine Erweiterung des Ullsteinhauses ungefähr um Max Reinhardts „Deutsches Nationaltheater", Paul Cassirers Kunstsalon und Hermann Wolfs Konzertdirektion. Als es gilt, das Institut zu finanzieren, wirft ein Kommerzienrat unter Hinweis auf die Kriegsanleihen die Gründer hinaus; aber — deus ante portam — ersteht ein Retter dem deutschen Kunstpalast. Des Kommerzienrats Bruder, gleichfalls sehr wohlhabend, hat aus dem Nebenzimmer den Plan gehört, ist begeistert, belehrt die Gründer, daß statt der veranschlagten fünf Millionen zwanzig nötig seien, zeichnet selber einige, erklärt sich bereit, die Restsumme zu besorgen — alles in zehn Minuten! — und spricht, der Goldmensch, auf den ergriffenen Dank für seinen opferbereiten Idealismus: „Ich hoffe ein gutes Geschäft dabei zu machen. Man spekuliert in Kupfer, Kohle und Kriegsmaterial — warum nicht auch einmal in Kunst?" — Wie selten trifft doch der Verleger im Autor die gleichgestimmte Seele! Die Fabrik findet sie dutzendweise.

Als sich die Pforten des künftigen deutschen Kunsttempels von Ullsteins Gnaden vor mir aufgetan hatten, glaubte ich mich am Ende des Weges. Aber Benno Stehkragen — Nummer sechsundachtzig — belehrte mich eines Besseren. Benno Stehkragen ist ein Frankfurter Bankbuchhalter mit Buckel und schöner Seele. Er stellt etwa, auf Seite 98/99, folgende Betrachtung an, eine von vielen:

„Ihr Menschen..... — is es e Wunder — daß euer Gemüt beständig friert — und euer Herz den Schüttelfrost hat — und eure Seele den Schnupfen? — An dem heiligen Feuer der Kunst geht ihr vorüber — und wollt euch wärmen an dem Streichhölzchen des Amüsements! Was gründet ihr ewig Kinos — und Tingeltangels — und Kabaretts — und neue Weinkneipen mit alter Damenbedienung? — Für das Veilchensträußchen, das ihr einer Chansonette zuwerft, — die ihr'n Rock hochgehoben hat — weil se mit Recht findet, daß sie im Schmutz watet — könntet ihr euch fünf Reclambändchen kaufen — und könntet für zwanzig Pfennig mit der Jungfrau von Orleans — oder der Iphigenie — oder dem Klär-

chen — das Wasser des Lebens trinken — statt mit einer baufälligen Schickse für zehn Mark gepanschten Sekt! — Seid ihr überhaupt wert, daß die Buchdruckerkunst erfunden worden is?"

Sind sie es wert, die Ullsteingenießer? Warum trinken sie nicht für zwanzig Pfennig das Wasser des Lebens, statt für eine Mark den Ullsteinpansch? Wagst Du es, lieber Leser, so zu fragen? Dann bist Du, Verzeihung, ein rückständiger Idiot. Denn hat man nicht in diesem einen Buche, in diesen wenigen Sätzen, Goethe Schiller, Kleist und die ganze deutsche Kultur? Benno Stehkragen zeugt für sie; was bedürfen wir weiter Zeugnis? Fühlen wir nicht, durch seine Betrachtungen unserer überirdischen Bestimmung nähergeführt, daß man Kabaretts und Schicksen zu verachten, das Feuer der Kunst und des Geistes in Gestalt Johannas, Klärchens, Iphigeniens und Benno Stehkragens dagegen zu verehren habe? Genügt nicht diese Höhe der Bildung völlig für den Hausgebrauch? Wer wäre nach dem blassen Schwafel über „Kunsterziehung" für Benno Stehkragens einleuchtende Sätze nicht dankbar? Ob es freilich ein gutes Zeichen ist, daß gerade Ullstein durch den Mund des buckligen Frankfurter Buchhalters das Feuer deutschen Geistes anbläst, darüber magst Du, Leser, selbst entscheiden. — Ullstein aber sollte ernstlich überlegen, ob es nicht vorzuziehen wäre, künftig statt der Eule das Bildnis Benno Stehkragens — — schade, daß man es nicht wiedergeben darf — als Verlagszeichen zu führen.

Schon lange bemüht sich Ullsteins Buchabteilung, über den Roman hinauszukommen. Die „Ullstein-Auslandbücher" sind eine Neuauflage des alten Scherzes, zu jedem Begriff umgehend den äußersten Gegensatz zu finden: erster Band Jerome K. Jerome, zweiter Band — Leo Tolstoi; achter Band, Paul Magueritte, neunter Band — Selma Lagerlöf. Auf Band zehn und folgende warten die Bezieher seit Jahren. Auch die „Ullstein-Jugendbücher" hatten trotz „erster" und „allererster" Namen keinen günstigeren Stern. Es mochte den Erwachsenen doch bedenklich erscheinen, aus der gleichen Druckanlage, die ihnen selbst das Wasser des Lebens liefert, auch ihre Kinder zu tränken. Kein Prospekt, keine Zeitungsanzeige mehr meldet die Namen beider Sammlungen und nur der buchhändlerische Nachwuchs noch bemerkt vielleicht bei der Lageraufnahme mit Erstaunen, daß es „auch solche" Ullsteinbücher einmal gegeben habe. Ebenso scheinen von „Ullsteins Meisterbüchern" die man in den Katalogen noch angezeigt findet, Bände und Werbemittel heute wie Luxusdrucke verbreitet zu werden. Requiescant!

Aber niemand kann Ullstein vorwerfen, er lasse sich durch Fehlschläge entmutigen. Es gibt noch manche Straßen, die nimmer er marschiert, es gibt noch manche Sammlung, die nimmer er probiert. Die vor anderthalb Jahren begonnenen „Fünfzigbücher" sind ein Versuch, Lutz' Memoirenbibliothek, Langewiesches Schicksal und Abenteuer und die Inselbücherei in einer Ullsteinausgabe zu vereinen und zu unterbieten. Das erhebende Gefühl, auch Friedrich den Großen und Mohammed, Reuter und Beethoven im Ullsteinrock auftreten zu lassen, lohnt selbst eine Zubuße reichlich und eröffnet lockende Aussichten. Immerhin hat die Fabrik aus den trüben Erfahrungen der Jugend- und Auslandbücher den löblichen Abscheu vor dem Torso genommen. Sehr langsam folgen neue Bände und der Titel „Die Fünfzigbücher" kann sowohl den Preis angeben, als auch, falls wünschenswert, die Anzahl der Nummern (lies: den Verlust) begrenzen. — In der Serie „Männer und Völker" sind Karl Peters und Hans Delbrück, Max Nordau und Rudolf Eucken vertreten. Herr Sil Vara läßt den Leser „bis in die Herzkammern selbst des britischen Weltreiches blicken", indem er in zuckersüßen kleinen Aufsätzen englische Rechts-

anwälte und Aristokraten romantisch verhimmelt, während Oskar Bulle sich in kantischen Satzgebilden um „die heilig empfundene Pflicht jedes Deutschen" bemüht, „seine großen Männer wirklich zu kennen". Schon heute umfassen die Ullsteinreihen das Geistesleben von Schiller bis zur Schicksе, von Benno Stehkragen bis Rudolf Eucken und unseren Nachkommen wird vielleicht das Gesamtverzeichnis des Hauses tatsächlich lesenswert scheinen — als Satire auf die deutschen Literaturzustände zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts.

Der Leitspruch „Mammon über alles", so treffend er ist, erklärt das Wesen der Bücherfabrik nur unzureichend. Ullstein bedeutet die Demokratie, nicht als „Herrschaft des Volkes", sondern im Gegenteil als unbedingte geistige Versklavung der Masse. Nicht wie der *echte* Demokrat, der freilich stets Aristokrat ist, vertritt Ullstein, selbst gegen die Mehrheit, die volonté générale; er spekuliert auf die défauts de tous. Und sei die Menge noch so wankelmütig, das Ullsteinhaus, das die unbeirrbare Schäbigkeit zur Warenmarke erhebt, wird seine Leser stets im voraus wieder eingefangen haben, weil es mit Geschick verstanden hat, die Masse lenkbar zu machen zu jedem Ziel.

Mit Vorliebe weist die Kochstraße darauf hin, daß ihre Erzeugnisse „sittlich einwandfrei" sind und von „ersten Autoren" stammen — zwei Zauberworte, die bisher noch jeden grundsätzlichen Widerspruch (z. B. in der Frage des Feldbuchhandels) mundtot gemacht haben. Was die Autoren betrifft, so beweisen sie, daß sie berufen sind, wenn überhaupt — in anderen Verlagen. Was die „sittliche Einwandfreiheit" betrifft, so handelt es sich hier um viel mehr als um Anstand, Stoffwahl und Schreibweise. Mit dem § 186 St.G.B. wird die Kochstraße kaum jemals in Streit kommen. Sie ist nie allzu grob eindeutig in diesem einen Punkte, um sich dafür auf allen Gebieten um so zügelloser zweideutig geben zu können. Eine unreife Lüsternheit nach allen den gepanschten Dingen und Empfindungen, die die Ullsteinatmosphäre als begehrenswert vorspiegelt, wird in den Lesern erzeugt und durch die äußerliche Wirklichkeitsnähe des Stoffes und der Behandlung noch unterstützt. Die Erzeuger des Polizistenkönigs und des Meisterdiebes mögen Schädlinge sein. Aber selbst der frechste von ihnen hat niemals auf Beziehungen zur deutschen Kultur Anspruch erhoben, noch hat jemals einer ihrer Leser es gewagt, seinen Gelüsten mit so gutem Gewissen und in solcher Öffentlichkeit zu frönen, wie man es an Ullsteinlesern in allen Wagenklassen eines Schnellzuges sehen kann.

Die Bücherfabrik gilt heute noch in weiten Kreisen als gesellschaftsfähig. Darin liegt ihre höchste Macht und von hier aus ist ihre Stellung am ehesten zu erschüttern. Wie es gerade in letzter Zeit erfreulicherweise mehrfach geschehen ist, wird den Ullsteinautoren gegenüber und besonders denen, die Lust haben es zu werden, immer von neuem vorzuhalten sein, daß sie den Ullsteinscheck mit einer Einbuße an öffentlichem Ansehen und die vermeintlich weite Verbreitung mit einer völligen Fälschung der Wirkung teuer bezahlen. Das Lesen von Ullsteinbüchern aber sollten alle anständigen Menschen als groben gesellschaftlichen Verstoß behandeln. Daß eine schmutzige Seele schlimmer ist als keine Badewanne, ist vielleicht nicht jedermann ohne weiteres deutlich zu machen. Dagegen wird bei anhaltender Bemühung auch der letzte Kriegsgewinnler allmählich überzeugt werden, daß Ullsteinbücher mit schwarzen Fingernägeln gleichstehen; wie es vielleicht in nicht wenigen Fällen überhaupt von Nutzen wäre, die Frage Kunst und Öffentlichkeit etwas weniger vom Standpunkt der Ästhetik und Ethik und etwas mehr vom Standpunkt einfacher Schicklichkeit aus zu betrachten.

# Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. Mai 1918.)

## Ein Vergleich.

Dem österreichischen Deutschtum, dem „Volk in Not", ergeht es in manchen Beziehungen sehr ähnlich wie den reichsdeutschen Parteien, in denen man früher allgemein die staatserhaltenden sah und die deshalb von den Fanatikern einer ungesunden künstlichen „Entwicklung" Rückschrittler genannt werden. Bei beiden Verglichenen rechnet man unbedingt auf ihre Opferwilligkeit und Staatstreue — nicht vergebens, wie der Krieg bewiesen hat —; beide glaubt man im Hinblick auf diese sprichwörtliche Treue von jedem Einfluß auf die Staatsgeschäfte ausschalten und ihre Geduld auf die härteste Probe stellen zu können. Beiden mutet man in gewissem Sinne Selbstaufopferung zu.

Unsere österreichischen Brüder mögen versichert sein, daß wir ihre Kämpfe und Leiden mit aufrichtiger Anteilnahme und Spannung verfolgen, und daß wir uns in der Beurteilung ihrer Lage nicht durch die sonderbar verstümmelten, scheinbar widerspruchsvollen Nachrichten beirren lassen, die über die „große Presse" in Wien zu uns gelangen. Wir sind mit ihnen empört über alle, die den slavischen Aushungerungsplan mittelbar und unmittelbar unterstützen. Die Erregung anläßlich der Amnestie, der Widerspruch der Herrenhausmitglieder und Abgeordneten gegen bourbonische Sonderpolitik, die Sorge vor dem neuesten slavischen Staatsplan mit Abdrängung des Deutschtums vom Mittelmeer, Preisgabe des Deutschtums in Krain, die Kundgebungen in Innsbruck, insonderheit der Schwur in Graz — das alles ist uns bewußt und hat uns ans Herz gegriffen. Gegen die Not der Tiroler Bevölkerung, der todestreuen, schwergeprüften, möchten wir unsere Regierung dringend zur Hilfe rufen. Wenn wir schon für unseren Bundesgenossen den Nahrungsmittelbezug aus der Ukraine mitregeln, dürfte es sich empfehlen dafür zu sorgen, daß vor allem unsere Stammesbrüder, die in ihrem Lande mit Gut und Blut den Löwenanteil am Kampf getragen haben, dabei berücksichtigt werden. In erster Linie muß aber natürlich darauf gedrungen werden, daß nicht etwa wir noch von dem slavischen Aushungerungsplan mit betroffen und zur Hergabe unserer letzten Vorräte veranlaßt, sondern daß vor allem Tschechen und Madjaren unerbittlich zur Herausgabe ihres Überflusses veranlaßt werden. Allgemein mögen aber diese unsere Stammesbrüder versichert sein, daß ihre Hoffnungen bezüglich der Erhaltung und Durchsetzung ihrer nationalen Wünsche auch die unsrigen sind. Auch wir wollen uns an der „Gemeinbürgschaft" beteiligen, von der Dr. Eger sprach. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Möge sich bald der einheitliche Wille für sie finden! Wo die Berufsparlamentarier, wie auch anderswo, versagen, wird sich das Volk allein zu helfen wissen. Im übrigen empfehlen wir unseren Herren Sozialdemokraten und Streikführern die imponierende Ruhe und Würde zum Vorbild, mit der die Tiroler ihre Not tragen, sowie die staatstreue, ergreifende Form, mit der sie ihr Ausdruck geben.

## Von allerlei Bildern.

Wer kennt nicht jene Blätter, welche die deutsche Bevölkerung langsam, langsam an die Vorstellung gewöhnen sollen, daß die führende geistige Oberschicht in unserem Vaterlande, sei es in Wissenschaft, Kunst, Presse oder auf verwandten Gebieten, ausschließlich dem Judentum angehört und daß diesem daher auch die Führerschaft

gebührt? Wer kennt sie nicht, jene Halbwochen- oder Wochenschriften, die in ungezählten Bildern in jeder Nummer soundso viele „rühmlichst bekannte" Ärzte, Schauspieler, Abgeordnete, Schriftsteller und „Größen" anderer Berufe bringen, die überwiegend einen semitischen Charakter aufweisen? Auf diesem Wege wird allmählich die Anschauung in die Köpfe gehämmert, daß andere geistige Führer bei uns einfach nicht vorhanden sind. Denn rein arische Erscheinungen von Bedeutung tauchen in diesen Blättern recht selten und nur in einem Verhältnis zu den semitischen auf, das harmlose Leser über den wahren Zweck dieser Preßerzeugnisse aus irgendeinem alljüdischen Verlag gerade noch hinwegtäuscht. Wer an der Planmäßigkeit bei einem solchen Vorgehen zweifelt, betrachte einmal dazu noch die in ähnlichen Verlagsanstalten erscheinenden, lediglich dem Geldbedürfnis jüdischer Konfektionäre dienenden sog. Welt-Modezeitungen, die leider auch von deutschen Frauen als „tonangebend" angebetet werden, und sehe sich die darin abgebildeten Schauspielerinnen oder Modellträgerinnen auf ihre Rassenzugehörigkeit hin an! In der Absicht, den semitischen Typus zum gewohnten und vorbildlichen zu machen, ist man ja sogar längst dazu übergegangen, — die Wachspuppen in den Schaufenstern der großstädtischen Konfektionäre jedes arischen Kennzeichens zu entkleiden. Hand in Hand mit solchen Mitteln geht allerdings das bisher noch wenig beachtete Streben, alle irgendwie einflußreichen, über jüdische Interessen irgendwie mit entscheidenden Stellen in Justiz, Parlament und Verwaltung tatsächlich mit Juden oder Mischlingen zu besetzen. Da nach den Forschungen von Fritsch auch heute noch für den Juden die Vorschrift besteht, in erster Linie seinem Glaubens- und Rassegenossen nach Landesgesetz, oder, wenn dies im Wege steht, nach jüdischer Vorschrift recht zu geben und überdies nach jüdischem Zugeständnis die ganze Judenheit ein Bund zu gegenseitiger Hilfeleistung ist, muß dies Streben vom deutschen Volke endlich aufmerksam verfolgt werden. — Es ist die Bildersprache nur ein kleiner Strahl des unablässig auf unser Volk in ganz bestimmter Richtung wirkenden geistigen Stromes. Wem der Sinn für Zusammenhänge fehlt, möge solche Feststellungen lächerlich finden, oder im Sinne des „Berliner Tageblatt" darin den Ausfluß eines Ahlwardtschen Radau-Antisemitismus erblicken. Wem aber die Todesgefahr bewußt ist, in dem das Germanentum schwebt, und wem einmal die Augen für die unheimliche Planmäßigkeit aufgegangen sind, mit dem das jüdische Weltkapital — z. B. in Verbindung mit dem angelsächsischen — seit Menschenaltern die Herrschaft über einen aller nationalen Eigenheiten beraubten Völkerbrei und Rassenmischmasch anstrebt, und wer endlich erkannt hat, daß man diesen entsetzlichen Weltkrieg nur als eine Phase in der als unabwendbar hingestellten, in Wirklichkeit mit allen politischen und geistigen Mitteln geförderten Entwicklung nach dieser Richtung anzusehen hat, der wird in solchen Hinweisen in Todesangst um das eigene Volkstum ausgestoßene Warnungsrufe erkennen, die denen, die sie ausstoßen, wahrlich alles andere als Gewinn, Ehre und Beliebtheit eintragen.

## Fliegergeist.

Nun, auch diese vorstehend gekennzeichneten Blätter — es gibt sie in entsprechender Aufmachung wohl in allen Kulturstaaten der Welt zu dem nämlichen Zweck — können, wenn anders sie bestehen wollen, nicht umhin, von Zeit zu Zeit auch deutsche Nationalhelden zu berücksichtigen.

So brachten sie Ende April das Bild des gefallenen Kampffliegers, des Rittmeisters Manfred Freiherrn von Richthofen. Jedes nachrufende Wort zu seinem

Ruhme klingt gemacht und armselig. Jeder Dank aus unberufenem Munde — und wer wäre in der Heimat wohl berufen? — klingt anmaßend gegenüber seiner Größe. Überdies: wenn die Ehrensalve über dem Grabe des toten Soldaten verklungen ist, spielt die Militärmusik einen frischen Marsch, bei dessen Klängen das Trauergeleite in das Leben zurückfindet. Und gerade im Kriege, in dem jeder Augenblick größte Spannkraft und Todesbereitschaft erfordert, ist wehmütiges Nachtrauern nicht am Platze. Aber eins wird Pflicht: den toten wie die noch lebenden Helden zum Vorbild zu nehmen und ihrem Geiste, soweit es in den eigenen schwachen Kräften steht, nachzustreben! Und dieser Geist, der wagemutige Fliegergeist, fand in Richthofen seinen klassischen Ausdruck. Er leuchtete aus seinen großen Augen, wie sie uns aus seinen Bildern anschaun. Dieser Fliegergeist hat uns unendlich viel zu sagen. Er spricht laut von einer restlosen Hingabe an die großen Ziele, für die allein edle Männerherzen dauernd zu schlagen vermögen, von der energischen Hingabe an Vaterland, Volk und König. Er spricht von einem Willen, der in dem Läuterungsfeuer der ständigen Todesgefahr jeden Erdenrest von Menschenfurcht, Kleinlichkeit, Unsachlichkeit und Eitelkeit erbarmungslos getilgt hat! Von einem erhabenen Geiste, der sich hoch über alle materiellen Nichtigkeiten hinausgeschwungen hat, um in jedem Augenblick unerbittlich unter Einsatz des Lebens das zu tun, was er im Dienste der heiligen Sache als notwendig erkannt hat! In diesem Geist der Flieger lebt das vorbildliche Feuer der deutschen Treue, der Treue, die nicht marktet und feilscht um eigenen, kleinlichen Vorteil, wo die Stunde ein großes Opfer verlangt! Hier ist noch nicht jener zersetzende Geist an der Arbeit gewesen, der an die Stelle der gemüts- und gefühlsmäßigen Wertung der Dinge, wie sie dem Deutschen eigen war, die alles Organische trennende, eiskalte Berechnung des geldlichen Vorteils gesetzt hat! Hier hat noch nicht ein fremder, kalter Verstand die Einheit zerrissen zwischen gefühlsmäßig erkannter Pflicht und männlicher Tat! Nein, diesen Geist treibt der stolze, unabhängige und doch so demütige Sinn, der den hohen Idealen zuliebe stündlich alles Irdische gelassen aufs Spiel setzt, da er sein Schicksal in Gottes Hand gestellt hat! In ihm ankert aber auch die felsenfeste Gewißheit, daß dem kühnen Willen das Unmögliche möglich wird, und jener Wagemut, der Tausende zur Nachahmung hinreißt! Gott schenke uns allen diese köstliche Gewißheit und gebe es, daß unser aller Seelen zu jener überpersönlichen, inbrünstigen Heldenhaftigkeit heranwachsen, mit der ein Richthofen seinem Vaterlande gedient hat.

Daß sein Vorbild im Heere in alle Zeiten nachwirken wird, solange es eine deutsche Armee gibt, ist selbstverständlich. Wer beschert uns aber das Wunder, daß in der Heimat bei allen Parteien und Staatsmännern, in allen Lagern und Schichten sein Geist der selbstlosen, überlebensgroßen Hingabe wach wird?

Vergeßt nicht, ihr Deutschen, unter der Flut von Zeitungs- und Scheingrößen, deren Bilder euch jene gekennzeichneten Blätter allwöchentlich vor Augen zu führen wagen, das stolze einsame Gesicht des Manfred von Richthofen, und lauscht immer wieder auf die beschwörende und eindringliche Sprache, welche die Augen dieses großen Toten zu euch reden. An diesen Augen könnt ihr die alte deutsche Weisheit wieder lernen, daß nicht der der Edelste und Beste ist, der es in der Kunst, sich selbst und seinem irdischen Vorteil zu leben, am weitesten gebracht hat, sondern der, der sein Leben überwindet, um es einem großen, völkischen Ziel zu weihen!

Treue, Mut, Aufgehn in der völkischen Sache, Gottvertrauen — das ist der Boden, auf dem das wahre große Deutschtum bisher gewachsen ist. Eine stolze Reinheit, eine mannhafte Kühnheit, frei von den Schlacken der Menschen-

furcht und des Mammonsdienstes — diese Eigenschaften liebt und sucht das deutsche Volk mit Recht an seinen Führern. Alle, die in ragender Stellung aus der Menge herausgehoben sind, sei es als hohe Staatsdiener, sei es als Leiter geistiger Strömungen oder als Parteiführer, müssen es sich gefallen lassen, daß man sie und ihr ganzes Wirken daraufhin untersucht, ob sie in dieser Beziehung die Probe bestehn. Ohne sittlichen Ernst mag man ein erfolgreicher Börsenspieler, Schieber oder Agent sein, — ein Mann an verantwortlicher führender Stelle ist ohne diese festverankerte Grundmauer unmöglich. Ein Staatsmann zumal, von dessen Frivolität man sich überzeugen müßte, dürfte in dieser schicksalsschweren Zeit dem deutschen Volke nicht zugemutet werden. Denn ein Mensch ohne sittlichen Ernst und Halt tut auch seine vaterländische Pflicht nicht aus innerstem Drange, sondern nur zur Befriedigung von persönlichem Ehrgeiz und persönlicher Eitelkeit, also nur aus Sport und insoweit er selbst dabei mit Vorteil hervortreten kann. Von diesem unsachlichen, lähmenden Standpunkt zur Bestimmbarkeit durch äußere Einflüsse und zur Grundsatzlosigkeit aus Grundsatz, zur rücksichtslosen Selbstbehauptungstaktik führt nur eine schmale, schmale Scheidelinie, die der Betreffende oft überschreitet, ohne sich dessen bewußt zu werden. Und ist man erst auf dem Standpunkt der Selbstbehauptung um jeden Preis angelangt, ist die Gewissenlosigkeit in vaterländischen Dingen nur eine Frage der Gelegenheit. Deshalb ist es als eine grobe Ungehörigkeit und durch nichts gerechtfertigte Anmaßung zurückzuweisen, wenn man es dem deutschen Volke verwehren will, die persönlichen Verhältnisse seiner leitenden Männer und ihre Lebensführung in den Kreis der Betrachtung zu ziehen. Die Persönlichkeit ist etwas Untrennbares, und die seelischen Eigenschaften bedingen einander „zwangsläufig". Zu einem zügellosen Liederjahn hat man mit Recht weniger Vertrauen als zu einem ehrenfesten Charakter, dessen klare Grundlagen die Gewähr für sachliches Handeln bis zur Selbstaufgabe bieten.

Überdies: Für das deutsche Volk in seiner noch immer nicht abgewendeten Todesnot ist überall das Beste gerade gut genug, und gleichwie seine Heerführer stolze, gefahrverachtende Fliegerseelen haben, so kann und muß es verlangen, daß auch in seinen führenden Staatsmännern etwas von dem todeskühnen, eisernen Willen und dem von Menschenfurcht freien, reinen und hinreißenden Geist des Fliegers lebt.

Zu solchen Männern würde das ganze Volk Vertrauen haben, nicht nur die durch die Parteipresse gegängelte blinde Menge, ja unter solcher Führung würden wir alle wieder unsere „Fliegerseele" wiederfinden, wie sie sich uns in den unvergeßlichen Augusttagen des Jahres 1914 unter Schauern der vaterländischen Begeisterung offenbarte.

### Von der Verwirrung der öffentlichen Meinung.

Im Novemberheft des vorigen Jahrganges unserer Zeitschrift (Seite 753) schrieben wir:

„Wenn eine Gesellschaft, die sich zu verstecken, selbstischen Zwecken auf Kosten anderer zusammengetan hat, von jemand, der ihr Treiben durchschaut, öffentlich angeklagt wird, so pflegen sich die Mitglieder dieser Gesellschaft zunächst untereinander laut zu bescheinigen, daß sie unschuldige, tadellose Ehrenmänner seien — sie werden's dadurch nicht, und wenn es einer vom anderen tausendmal beteuert! —; dann aber pflegen sie sich zusammenzutun, den Spieß umzudrehn, den Ankläger zum Angeklagten zu machen und den unbequemen Idealisten, wenn irgend möglich, zu erledigen.

Der unbequeme Idealist bei uns drinnen ist zurzeit der deutsche Gedanke, die Gesellschaft der gekennzeichneten Art setzt sich zusammen aus dem durchaus nicht ausgestorbenen, sondern üppiger denn je wuchernden Bethmannschen System mit seinen Vertretern und dem größten Teile der Reichstagsmehrheit samt ihrer Presse."

Ein langjähriger Schüler Bethmanns und Staatsmann, der mehrere Wechsel im Reichskanzleramt seelenruhig überdauert und bereitwillig auf die Julientschließung des Reichstages geschworen hat, wird von der Deutschen Zeitung angeklagt, die Würde und das Ansehn des Reiches durch sein Gebaren nicht gewahrt zu haben. Diese Zeitung wird auf Veranlassung des Reichskanzlers wegen Beleidigung verklagt.

Die Gerichtsverhandlung wird die erwünschte Klarheit darüber schaffen, inwieweit die Anschuldigungen der betr. Zeitung auf Wahrheit beruhen bzw. wieweit ihr der gute Glaube an die Wahrheit zuzubilligen ist. Die guten, vaterländischen Beweggründe der betr. Zeitung in Frage zu ziehn, geht aber schon jetzt unter keinen Umständen an. Das deutsche Volk, dem die unabhängige Presse aufrichtig dient, in dem sie der Wahrheit und nicht Parteizwecken dient, hat die Pflicht, die Frage aufzuwerfen, ob und inwieweit das Ansehn und die Würde des Vaterlandes durch das Gebaren eines Staatsmannes leidet. Bedient sich die Presse dabei falscher Mittel oder unbegründeter Verdächtigungen, muß sie selbstverständlich verurteilt werden.

Sonderbar, höchst sonderbar mutet es aber an, wenn der Vizepräsident des Reichstages, vor dessen parlamentarischen Machtgeboten allerdings der angeklagte Staatsmann sich seinerzeit gebeugt und dessen Julientschließung er inhaltlich als Richtschnur anerkannt hat, vor dem Ergebnis der Gerichtsverhandlung gelegentlich einer amtlichen Rücksprache dem betr. Staatsmann sein Bedauern über das Vorgehn der erst anklagenden, dann angeklagten Zeitung ausspricht. Sollte der Reichstag, was wir nicht hoffen, mit seinem Vizepräsidenten über etwaige Verstöße des Staatsmannes etwas gewußt haben, ohne die nötigen Folgerungen daraus zu ziehn, so müßte man ohne weiteres annehmen, daß der Entlastungsschritt des Vizepräsidenten geschehn ist, um einen der Mehrheit gefügigen Staatsmann im Amte zu halten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Vorwürfe der Zeitung berechtigt wären. Sollte der Vizepräsident gar nichts über den Gegenstand der Anschuldigung gewußt haben, hätte er unbedingt das Ergebnis der Verhandlung vor Gericht abwarten müssen. Ja, er hätte sogar abwarten müssen, wenn er von der Unhaltbarkeit der Anschuldigungen seinerseits felsenfest überzeugt wäre, denn auf jeden Fall bedeutet sein Schritt eine bedenkliche Festlegung der öffentlichen Meinung zugunsten des ursprünglich Angeklagten vor dem Abschluß der Untersuchung. Es wird sich zeigen, ob man dem Herrn Unrecht tut, wenn man das Ganze als eine taktische Bewegung deutet, welche jede Gefahr im Keime ersticken sollte, die etwa Sinn und Ziel des sog. parlamentarischen Systems, nämlich dem zwischen Reichstagsmehrheit und den ihr untertänigen Beamten geschlossenen Rückversicherungsvertrag zur gegenseitigen Erhaltung in der Macht, bedrohen könnte. Die Gerichtsverhandlung wird zeigen, was von der ganzen Sache zu halten ist, und wieweit von allen Beteiligten, einschließlich des Reichstags-Vizepräsidenten, das Reinlichkeitsgefühl des deutschen Volkes berücksichtigt worden ist. Es ist noch nicht daran gewöhnt, daß Schmutz sauber wird dadurch, daß er ihm als sauber dargestellt wird. Es will tiefer sehn.

### Vom Vertrauen.

Bethmann, der, was die Ausnutzung der politischen Schwächen des deutschen Volkes zu seinen Gunsten anbetraf, entschieden ein Seelenkenner war, hat während

seiner Amtsführung im Kriege unzählige Male Vertrauen erfleht, erbeten, verlangt, gefordert, ertrotzt, ja geradezu amtlich anbefohlen. Weite, durchaus geistig hochstehende Schichten unseres Volkes, sehr vornehm denkende Menschen haben ihm restlos vertraut, und wieviele mögen auch jetzt noch den Glauben an ihn und seine Beweggründe bewahrt haben! Und doch hat es kaum eine Zeit gegeben, in der das allgemeine Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung und die allgemeine Vorstellung von ihrer Weisheit und Kraft so schmählich enttäuscht und erschüttert und untergraben worden ist, als gerade die Zeit der Bethmannschen Regierung. Als er ging, genoß er bei keiner einzigen Partei mehr auch nur einen Funken Vertrauen. Nicht nur in ausgesprochen völkischen Kreisen, deren Mißtrauen er früh erweckt hatte, sondern auch weit darüber hinaus in anderen reichs- und kaisertreuen Schichten war endgültig der Traum ausgeträumt, der Traum: daß man beruhigt Berlin walten lassen könne; daß eine Schar von unermüdlichen, sachlich dem Vaterlande dienenden, hervorragenden Männern die Belange des Reiches nach größten, geschichtlichen und reindeutschen Gesichtspunkten mit Mut und Zielbewußtsein wahrnähme; daß man jede Kritik hintanzuhalten und sich lediglich des wachsenden Wohlstandes zu freuen hätte; daß man durch unbedingtes, blindes Vertrauen zu den Nachfolgern Bismarcks und durch Einstehn für sie *staatserhaltend* wirke. Oh dieser Traum! Er war der Fehler unserer Tugend, die Treue heißt! Er war die leidige, deutsche Bequemlichkeit und Unlust, klar zu sehn, die sich womöglich Idealismus nennt! Wie bitter hat er sich gerächt! Bethmann hat nicht *für* Deutschland, sondern *gegen* Deutschland regiert. Wer es nicht schon vorher wußte und seine Geistesrichtung am Falle Kapp erkannte, dem hat wohl jetzt die Lichnowskysche Denkschrift die Augen geöffnet. Oder er lese die unsagbar törichte Bethmann-Lebensbeschreibung von Hermann Kötschke, bei der schon die Bestellung des Biographen das gleiche bare Unvermögen beweist wie die Bestallung Lichnowskys zum Personalien-Dezernenten und Botschafter. Doch täglich kann man noch das wahrhaft erschütternde Schauspiel erleben, daß in Ehren ergraute Beamte oder wissenschaftlich hervorragende Männer erst jetzt von der grauenvollen Ahnung gefaßt werden, welch eine Unsumme von Unfähigkeit, Eitelkeit, Strebertum und Unsachlichkeit mit und unter Bethmann zu unserem Verderben am Werke gewesen ist, und welche aller Erfahrung und Geschichte ins Gesicht schlagende Richtlinien für dessen Politik maßgebend waren. Wenn erst jetzt noch stumme Stimmen reden werden, wird *niemand* mehr daran zweifeln.

Es ist unsagbar viel Vertrauen gewissenlos verschleudert und verwirtschaftet worden und geht noch heute nachträglich verloren, was seit Bismarcks Tagen ein köstlicher Besitz des deutschen Volkes war.

Wir alle, die wir blind und bequem darauf loslebten, sind schuld an diesem schweren Verlust. Schuld ist vor allem auch der Reichstag, der die Unfähigkeit und Schwäche der Reichsleitung, die er wohl erkennen mußte, in unsachlichster Weise nach Art eines gerissenen Händlers zur Erweiterung seiner Macht benutzte und sie zu einer gegenseitigen Rückversicherung, genannt parlamentarisches System, zwang, anstatt seine Pflicht zu erfüllen und der Regierung das vaterländische Gewissen zu schärfen.

Darum mögen sich jetzt alle, die an sichtbarer Stelle von Einfluß stehen, der Gefahr bewußt sein, die eine weitere Einbuße an Vertrauen bedeuten würde. Diese Stellen mögen sich sehr ernst überlegen, ob es angebracht erscheint, die ausgesprochensten Vertreter des Bethmannschen Systems und seiner so entsetzlich zusammen-

gebrochenen Diplomatie, deren Folgen wir mit teuerstem Blute bezahlt haben und noch bezahlen, die Kühlmann, Bernstorff, Lucius, Luxburg, Baron de Schoen, Riezler usw. usw. noch in verantwortungsreichen Stellen zu beschäftigen. Es muß ganz offen gesagt werden, daß man diese Weiterverwendung in den Kreisen, die bisher ohne politische Erpressung auf der einen, Belohnung auf der anderen Seite anstandslos ihre vaterländische Pflicht treu bis zum Tode erfüllt haben, dauernd als Schlag ins Gesicht empfindet. Durch die Einführung des parlamentarischen Systems sind die Verhältnisse nicht besser sondern natürlich noch schlimmer geworden, denn sie bedeutet nicht eine Ablösung, sondern eine Verewigung des schuldbeladenen Bethmann-Systems. Sie bedeutet nicht „Freie Bahn dem Tüchtigen", sondern Befestigung der Nichtbewährten in Verwaltung und Parlament.

Daß das Verhalten des Herrn Paasche, der einen Reichsschädling wie Erzberger in Schutz nimmt, weder das Vertrauen zum Reichstag noch zu der von seiner Mehrheit bestallten Regierung zu stärken geeignet ist, bedarf keiner Erwähnung.

Aber niemand hat jetzt noch eine Entschuldigung. [Kein einziger deutscher Mann in der Heimat, der sehn und hören kann, darf sich noch mit „Vertrauen" und „Idealismus" entschuldigen. Des Vaterlandes Sache ist Sache jedes einzigen. Werden wir, wie die Flieger, frei von Todes- und Menschenfurcht! Lassen wir uns durch keine Anklage schrecken, sondern kämpfen wir alle mit ganzer Seele dafür, daß uns auch im Innern Männer führen, zu denen man wieder restlos Vertrauen haben kann, wie zu Bismarcks Zeiten! Jeder, der uns dabei mithilft, ist uns willkommen.

## Fürst und Staat einst und jetzt.

Wenn man nur verhältnismäßig kurze Zeit in der preußischen Geschichte zurückblickt, findet man Männer am Werke, Fürsten, welche das Volk oft sehr gegen seinen Willen zu Ordnung, Sparsamkeit, Fleiß und zum Staatsbewußtsein erzogen und aus einem zum Teil recht widerspenstigen Rohstoff überhaupt erst einen richtigen Staat nach unserem Begriff schufen. Die Anschauungen und Wertmaßstäbe dieser Fürsten waren bestimmend und maßgebend für diesen ganzen Staat. Politisch war allein ihr Wille richtunggebend. Seit dem Großen Kurfürsten, mehr noch seit Friedrich Wilhelm I., waren diese starken, unumschränkten Fürsten, gestützt auf ein Heer und ein Beamtentum, deren Ehrbegriffe und Pflichttreue auch im wesentlichen ihre Schöpfung waren, die Träger und Führer eines einheitlich geleiteten Volksganzen, das unter ihrer Leitung an Macht, Gesittung und Wohlfahrt wuchs. Die Vorstellung, daß es die gottgewollte Bestimmung einer Regierung wäre, das Volk sich selbst, seinen eigenen, oft recht kurzsichtigen Gedanken und Neigungen oder gar fremden Einflüssen zu überlassen und zuzuschauen, wie sich aus solchen Gedanken und Einflüssen Organe und Organisationen zu beliebiger Betätigung irgendeiner Politik seitens einzelner Kreise oder Parteien, oder gar zur Betätigung von einer gegen den Staat selbst gerichteten Politik ergäben, wäre jenen Männern sicher als Wahnsinn vorgekommen. Ohne die Bevormundung des Volkes in jenen Zeiten irgendwie als Ideal hinstellen zu wollen und ohne leugnen zu wollen, daß die Einsicht der Bevölkerung seit jenen Tagen auf jedem Gebiet eine große Höhe gewonnen hat, muß doch ausgesprochen werden, daß man die damaligen Zustände um die Einheitlichkeit ihrer politischen Führung beneiden muß. Der Fürst war der Träger des Machtgedankens des Staates und suchte ihn mit der in seinem Geschlecht durch Jahrhunderte vererbten Tatkraft, Erfahrung und Klugheit durchzu-

setzen. Er konnte ihn auch ohne Reibung und Schwächung durch innere Widerstände durchsetzen.

Heutzutage sehen wir jeden Phantasten, jeden des Lesens und Schreibens Kundigen seine unreifen, eines geschichtlichen und politischen Instinktes gänzlich baren Pläne, seine unwirklichen, auf falschen Vorstellungen beruhenden, vorgefaßten Meinungen vermittels des Wahlrechtes in Politik umsetzen — wenn nicht gar der Neid und der nackte Eigennutz die Wurzeln seiner Politik sind. Die wenigsten stehen auf dem Boden des einmal gegebenen Staates. Die meisten wollen seine Form im Innern und seine Wirkung nach außen auf ihre Weise beeinflussen. Und der bescheidene Staat mit seinen Organen beschränkt sich mehr und mehr darauf, Vollstrecker des Willens der aus einem anarchischen Kampf der Willungen und Meinungen jeweils siegreich hervorgehenden Mehrheit zu sein, ohne zu verhindern, daß auch die Minderheit ihre Politik ruhig weitertreibt. Es wäre wünschenswert, einmal zu erfahren, weshalb die Regierung einen derartigen Standpunkt einnimmt: ob aus sehr tiefer, weiser Erkenntnis und der Überzeugung, daß man unter der verfassungsmäßigen Herrschaft des allgemeinen, gleichen Wahlrechts jeder Anschauung, auch der sinn- und geschichtswidrigsten, ja der staatsfeindlichsten, das Recht der Betätigung nicht verkümmern dürfe, weil Gesinnungen und Weltanschauungen etwas unveränderlich Gegebenes und daher Unantastbares, Menschlich-Heiliges wären und daher auch jeder Staatsbürger den gleichen Anspruch auf Reife, Einsicht und Staatstreue erheben könnte, und weil es der Menschenwürde und der politischen Klugheit widerspräche, irgendwelche Anschauungen zu beeinflussen — oder ob aus Unfähigkeit, Schwäche und Selbstbehauptungstaktik?

Es gibt allerdings noch eine dritte Möglichkeit, nämlich die, daß irgend jemand, der bei dem allgemeinen Kampfe aller gegen alle mit dem unfehlbaren Sieg der Masse über die wenigen seinen Vorteil findet, es wohl versteht, dem Staate und seiner Leitung die Rolle des „sachlichen" Zuschauers als die einzig fortgeschrittene und zeitgemäße darzustellen, als die einzig mögliche, die der „Entwicklung" gerecht wird.

Auf diese Weise entsteht ein getrenntes, unorganisches Nebeneinander von Willungen und Meinungen, an dem sich jeder nach Belieben und Einfluß durch Geld und Presse zugunsten oder zu Schaden des ganzen Staates beteiligen kann. Es ist dies biologisch ein ungeheurer, gefährlicher Rückschritt gegenüber dem Zustand der organischen Ordnung der Kräfte, bei der nur ein einziger Punkt richtunggebend für das Ganze wirkt und so die Gefahr staatsgefährlicher Einflüsse wesentlich herabsetzt.

Tatsache ist jedenfalls, daß unsere Regierung sich z. B. als Vollstreckerin des Massenwillens betrachtet und gibt.

## Zur Wahlrechtsfrage.

Daß die Enge, in der wir vor dem Kriege in Deutschland leben mußten, überall Reibungen und Kämpfe hervorrief, und daß deshalb ein freierer Spielraum für unsere Kräfte mehr und mehr zur Lebensfrage wurde, ist bekannt. Der Kampf gegen die uns überfallende Welt von Feinden hat sich nun so zu unseren Gunsten gewendet, daß es nur eine Frage unseres Willens sein kann, uns das aus rassehygienischen Gründen so dringend benötigte Siedelungsland dauernd zu beschaffen und gleichzeitig günstige Entwicklungsbedingungen für Schiffahrt, Handel und Industrie zu erzwingen. Im Osten hat dieser Wille gottlob schon segensreiche Arbeit geleistet. Wenn er nicht irgendwie durch mittelbare oder unmittelbare feindliche

Einflüsse vorzeitig gelähmt wird, kann und muß er auch im Westen und mit Hinsicht auf unsere Kolonien das Lebensnotwendige erreichen.

Trotzdem will man aber um die Welt ein Mittel anwenden, das vielleicht als letzter Rettungsanker im Falle einer schweren Niederlage oder auch nur bei der Belassung in der alten Enge in Betracht zu ziehen gewesen wäre und vielleicht von Bethmann, dem auf jeden Fall der große Wille zum Durchhalten oder gar zur Ausnutzung des Weltkrieges zugunsten unserer völkischen Bedürfnisse fehlte, nur deshalb auch wirklich in Betracht gezogen wurde — ein Mittel, das auf eine Art auch wohl eine gewisse Beruhigung des Volkes in der alten Enge herbeigeführt hätte. Wir meinen das Mittel, durch eine radikale Demokratisierung der Verfassung den Minderbemittelten und Nichtbesitzenden den Geldbeutel der Bemittelten und Besitzenden zur Verfügung zu stellen und sie auf diese Weise zu satten und zufriedenen Staatsbürgern zu machen. Dies wäre gerechtfertigt, wenn jeder Besitz auf Kosten und durch Benachteiligung anderer entstanden, also eine Ungerechtigkeit wäre. Daß dies nicht der Fall ist, sondern daß in der Regel Fleiß, Klugheit, Ausdauer und andere Tugenden, oft durch Geschlechterfolgen hindurch, dabei mitgewirkt haben müssen, wird kein Einsichtiger bestreiten. Der ganze Gedanke ist daher ein, wie man sagt, „subalterner" und kein staatsmännischer Gedanke. Daß er so zahlreiche Anhänger in einem Volke hat, das seit Jahrzehnten dem Angriff einer auf dem Neide und der rein materiellen Wertung aufgebauten Lebensauffassung schonungslos preisgegeben war, kann nicht wundern, beweist aber nichts für seine Richtigkeit. Realpolitiker neuesten Stiles werden hier einwenden, daß in der Geschichte doch niemals das geschähe, was notwendig und richtig wäre, sondern nur das, was sich als taktisch klug ergäbe, — womit sie von allen Geschehnissen den letzten Schleier gezogen zu haben glauben. Doch sie ahnen nicht, daß sie nur einen Beweis ihrer dürftigen, eigennützig-schlauen und charakterfreien Gesinnung geliefert haben. Denn das Notwendige und Richtige geschieht überall da, wo ein großer überlegener Wille die entsprechenden Kräfte und Mittel freizumachen weiß. Dieser große überlegene Wille ist allerdings das unmittelbare Gegenteil von jener innerlich unwahren, dem Unvermögen entspringenden Mache, die sich damit begnügt, das, was gerade geschieht, den Mitlebenden durch künstliches Theater und Suggestion als richtig und notwendig vorzutäuschen. Nur wo der wahre große Wille lebendig gewesen ist, ist Großes in der Geschichte entstanden. Wo der große überlegene Wille fehlt, begnügt man sich mit dem Massenwillen. Das war zu Zeiten Kleons des Gerbers genau so wie heute.

Die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage mit dem Gleichheitswahlrecht bei der dritten Lesung im preußischen Abgeordnetenhaus hat bisher nicht den Sturm der Entrüstung entfesselt, der nach den Prophezeiungen bzw. Drohungen seiner eifrigsten Verfechter, die fast schon an einem Wahlrechts„komplex" leiden, unmittelbar darauf hätte einsetzen müssen. Es wird sich herausstellen, daß die nur auf die Kriegszeit, nicht auf die ewige Dauer des Staates eingestellte Psychologie, welche das Gleichheitswahlrecht aus taktischen Gründen, zur „Anfeuerung der Krieger" schleunigst fordert, von den Kriegsteilnehmern selbst glänzend wiederlegt werden wird. Schon die Vorstellung, daß die ihr Vaterland verteidigenden Soldaten in ihrem Eifer nachlassen, den Feinden nachgeben und somit ihre Heimat der Schmach und Verelendung preisgeben werden, einzig weil man sie bei ihrer Heimkehr nicht gleich mit dem fragwürdigen Gleichheitswahlrecht „überraschen" könnte, ist so falsch und grotesk, daß man darüber lachen könnte, wenn sie nicht gleichzeitig für jeden Soldaten so unsagbar

beleidigend wäre. Gottlob haben die meisten der vor dem Feinde stehenden Deutschen es gelernt, das Volk wieder als etwas Ganzes, Einheitliches zu fühlen und zu begreifen. Sie kämpfen für Heimat und Deutschtum und nicht dafür, daß an die handarbeitenden Massen Vorrechte verliehen werden, denen zwar der gute Wille aber nicht die Einsicht entsprechen würde. Wenn Herr Rießer auf dem Preußentag pathetisch rief: „Die Arbeiter, die draußen im Felde stehn, sind die Geschichtschreiber der deutschen Nation", so wirkt das sicher ganz gut auf bestimmte Kreise, doch muß es insofern etwas ergänzt werden, als die Arbeiter vermutlich nicht ganz so gut deutsche Geschichte schrieben, wie sie es tun, wenn nicht — eine gewisse führende Oberschicht ihnen die Feder führte. Daß sie ihre Pflicht aus innerer Überzeugung und nicht aus Zwang tun, sei gerne zugegeben, aber selbst das macht sie noch nicht zu guten Politikern, denn das hat damit gar nichts zu tun. Doch wenn wir uns schon auf den Standpunkt des Herrn Rießer stellen, so müssen wir mehr denn je betonen, daß die Erledigung der ganzen Wahlrechtsfrage unter Ausschluß aller derer, die „die Geschichtsschreiber der deutschen Nation" sind, ein schreiendes, ja empörendes Unrecht ist, und daß eine solche Behandlung der Frage den kaiserlichen Absichten ins Gesicht schlägt. Wir haben diesen Standpunkt stets in unserer Zeitschrift vertreten, d. h. wir haben verlangt, daß man allen Kriegsteilnehmern Gelegenheit gibt, an der Gestaltung des Wahlrechtes mit teilzunehmen und mit der Erledigung der Frage bis nach ihrer Rückkehr wartet. Wir freuen uns des offenen Mannesmutes des Grafen Spee, der diese Auffassung unerschrocken vor der zweiten Lesung vertrat, und wir stimmen ihm durchaus zu, wenn er meint, daß man seinen Vertagungsantrag vielleicht noch einmal zurückwünschen wird!

Aber uns scheint, daß die Entwicklung der Dinge auch ohnedies dem Antrag des Grafen in die Hände arbeitet. Das Gleichheitswahlrecht ist auch in dritter Lesung mit einer beträchtlichen Mehrheit von Stimmen abgelehnt worden. Diese alle für die Regierungsvorlage auf dem Wege des Kuhhandels zu gewinnen, wird vermutlich selbst den Herren Drews und Friedberg etwas schwierig erscheinen. Graf v. Hertling hat nun erklärt, daß er mit dem Wahlrecht „stünde und fiele". Daß Graf v. Hertling es seiner Weltanschauung nach für ein vaterländisches und religiöses Verdienst hält, auch in Preußen die Zentrumspartei zur ausschlaggebenden zu machen, glauben wir gern, so daß er daraufhin schon einen Versuch auf Stehn oder Fallen wagen wird. Aber geht die Vorlage nach vierter Lesung an das Herrenhaus, von dem allein noch Hilfe zu winken scheint, und geht nach langer Beratung wieder an das Abgeordnetenhaus zurück, so „steht" Graf v. Hertling noch recht lange. Bis dahin ist dann vielleicht die mit Schmerzen gesuchte Brücke zur Einigung zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus gefunden, selbst wenn sie etwa Herr Drews oder Herr Friedberg nicht mehr betreten sollten. Eine Übereilung der ganzen Angelegenheit ist daher kaum zu befürchten, zumal auch Herr Friedberg eine Auflösung des Hauses als „nicht im Interesse des Landes" liegend bezeichnet hat.

Immerhin wird der Kampf hinter der Szene sicher mit allen Mitteln weitergehn. Denkbar ist ein Bund zwischen Regierung und Sozialdemokratie, wobei für die anderen die Parole ausgegeben wird: wer für die Regierungsvorlage stimmt, wird in Zukunft seinen Wahlkreis behalten, wer dagegen ist, wird ihn verlieren. Denkbar ist aber auch, daß die klare Entschlossenheit und Festigkeit, mit der die Ablehnung erfolgte, bei vielen Köpfen eine Ernüchterung und ein Aufwachen aus der ihnen eingeflößten Vorstellung bewirken wird, daß die von den Sozialdemokraten prophezeite, weil gewollte „Entwicklung" auch wirklich ganz unbedingt und unfehlbar kommen

muß. Die Begründung, daß wir auch einen demokratischen Hut in Preußen tragen müßten, weil er bei unseren Nachbarn Mode ist, wird am Ende in ihrer Dürftigkeit erkannt werden und der Einsicht Platz machen, daß es ein Zeichen von Unfreiheit ist, sich jeder Mode zu beugen. Wer ist der Konfektionär, den man damit bereichert? Mit den Phrasen von 1789 haben auf die Dauer nur 2 Mächte gute Geschäfte gemacht: Rom und das Judentum!

Den völkisch gesinnten Kreisen, die den Staat als einen Organismus auffassen, ist der Weg jedenfalls nach wie vor klar. Das Gleichheitswahlrecht ist als reaktionär, kultur- und staatsgefährlich abzulehnen. Kommt es trotzdem zur Annahme, müssen gleichzeitig nationale Sicherungen geschaffen werden, wie wir sie kürzlich in Heft 4, Seite 300, angaben. Daß wir damit auf dem richtigen Wege waren, beweist der Zorn des Berliner Tageblattes. Wir empfehlen dazu noch die Bestimmung, daß bei Tageszeitungen nicht nur Verlag und Schriftleitung sondern alle Inhaber, Gesellschafter oder Aktionäre in jeder Nummer namentlich anzugeben sind. Den Lesern würde dann manches klar werden.

Schließlich müssen auch wir nicht vergessen, daß jedes Ding das ist, was man daraus macht, und daß es bei Annahme des Gleichheitswahlrechtes nur darauf ankommt, wie wir die damit auch uns in die Hand gegebene Waffe gebrauchen. Vereinigen wir gegebenen Falles unsere ganze Kraft auf die vaterländische Aufklärung des Volkes, so wird seine politische Willensbildung am Ende doch etwas anders ausfallen, als unsere Internationalisten hoffen.

Endlich: auch die äußere Politik wird stark mitbestimmend wirken. Erfechten wir, was uns sicher scheint und überwiegend von unserem Willen abhängt, einen Frieden, der uns große Entwicklungsmöglichkeiten und eine ausreichende Kriegsentschädigung bringt, werden die Sozialdemokraten sowieso manche Enttäuschung erleben. 1862 zählten die Konservativen im preußischen Abgeordnetenhaus 11 Mitglieder, die Fortschrittler 141. 1867, nach dem Kriege, hatten die Konservativen 125, dagegen die Fortschrittler nur 48 Mitglieder. Derartige Tatsachen dürften den Sozialdemokraten nicht unbekannt sein und haben fraglos ihre Kriegszieltaktik bestimmt. Denn nichts fürchten die Herren Demagogen wohl so sehr als die Möglichkeit, daß der Massenwille sich mit dem Willen der völkisch gesinnten Geister vereinigt, d. h. sich auf sein unzerstörbares Deutschtum besinnt.

Das Dreiklassenwahlsystem möge bald fallen —, aber eine gerechte Entlohnung ist keine Güterteilung, eine gerechte Verfassung keine Staatsauflösung; darüber helfen alle taktischen und Gemütsgründe nicht hinweg. Das Zugeständnis des Herrn Drews — das nachträgliche! — daß gewisse „Sicherungen" gegen die Wirkung des Gleichheitswahlrechtes unerläßlich sein dürften, beweist die unverantwortliche Übereilung, mit der der Zankapfel vor Beendigung des Kampfes zwischen die Parteien geworfen ist!

## Zwischenbemerkung.

Die international-pazifistische Richtung des Reichstages, die Militärfeindlichkeit bestimmter Parteien in ihm vor dem Kriege, die Hetze ihrer Presse gegen die „Autokratie" in Preußen haben die Hoffnung unserer Feinde auf unseren Zusammenbruch im Falle eines Krieges und damit ihre Angriffslust geweckt und gesteigert; diese Geistesrichtungen sind also mit schuld am Kriege. Die Möglichkeit ihrer Auswirkung hat uns viel Blut gekostet. Sie war durch das Gleichheitswahlrecht gegeben.

Preußen ist mit geschichtlichem Rechte der politische Willensträger des Deutschen Reiches, der Träger des deutschen Machtgedankens. Werden mit Hilfe des allgemeinen gleichen Wahlrechtes auch dort die international-pazifistischen, militär- und preußenfeindlichen Strömungen herrschend, die im Reichstag einen so breiten Raum einnehmen, so ist Deutschland weltpolitisch endgültig gelähmt, denn es werden dann jene Schichten ausgeschaltet, die bisher Träger und Förderer des geschichtlichen Gedankens und Erfüller der geschichtlichen Aufgabe des Staates waren; an ihre Stelle treten blinde Schwärmer und bewußte Staatsfeinde.

Zu einem anderen Zweck führen unsere Feinde nicht Krieg.

Daß die oberste Leitung der jüdischen Welt sich z. Z. in New York bei den Herren Morgan, Schwab, Speyer, Kahn, Schiff, Löb befindet und daß diese Leitung des jüdischen Weltkapitals Seite an Seite mit England und Amerika gegen uns kämpft, hat im letzten Heft Professor Dr. Jung mit Tatsachen belegt. In England heißt der Hauptkriegshetzer und -drahtzieher, der ungekrönte König, Stern (jetzt Lord Northcliffe, gebürtig aus Frankfurt a. M.). In Italien waren bzw. sind die Kriegshetzer die misch- oder vollblütigen Juden d'Annunzio, Salandra, Sonnino, Barzilai, Ferrero. Daß Frankreich von den jüdischen Rothschilds und Reinachs regiert wird, bedarf nicht mehr der Erwähnung. Die Leiter der russischen Anarchie, die bei uns die Revolution entfesseln wollten, sind Bronstein, Zederblum und Sobelsohn. Ihr Beauftragter in Berlin ist ihr Rassegenosse Joffe.

Die Hauptkämpfer für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen heißen Cohn, Haase, Haas, Gothein, Schiffer, Rießer, Friedberg, „Vorwärts", „Frankfurter Zeitung", „Berliner Tageblatt". Der Vater unser Kriegswirtschaft und vermutlich auch unserer Übergangswirtschaft heißt Rathenau. Wie schon erwähnt, ist das Judentum — nach Kautsky — „ein bloßer internationaler Bund zu gegenseitiger Hilfeleistung". Ja, das ist es ganz gewiß. Der Bund wird nur mit der Zeit so mächtig, daß groteskerweise zur Rettung der Nationen vor ihm ein internationaler Gegenbund erforderlich werden wird.

## Ausblick.

Nachdem der praktische Geschichtsunterricht der russischen Revolution ein wenig an Interesse verloren hat, hat unsere Regierung es übernommen, den Unterricht für die Reichstagsmehrheit selbst fortzusetzen. Herr v. Kühlmann hat dies, soweit er nicht zur Beachtung anderer Gesichtspunkte veranlaßt wurde, mit großer Gewissenhaftigkeit ganz sicherlich nur getan, um die Reichstagsmehrheit durch den Verlauf der Dinge zu überzeugen, daß man nicht umsonst alle Psychologie und alle geschichtliche Erfahrung auf den Kopf stellt. Oder sollte er auch zu den „Führern" gehören, welche es für ein einfaches und geniales Mittel zum Erfolge halten, immer nur genau das Gegenteil von dem zu tun, was voraussichtlich Bismarck in gleicher Lage getan hätte? Dann gäbe er den Unterricht nicht nur der Reichstagsmehrheit, sondern auch sich selbst; d. h. nein, der wirkliche Unterricht wird ja doch nach wie vor von den militärischen Stellen erteilt. Wenn Feldmarschall v. Eichhorn alles tut, was uns einigermaßen dafür bürgt, daß die beim Friedensschluß mit Samthandschuhen gestreichelten Ukrainer auch ihrerseits dem „Brotfrieden" und seinen Verpflichtungen nachkommen, so sollte ihm jeder Einsichtige dafür danken und froh sein, daß er Fehler ausmerzt, welche die unter dem Reichstagsdrucke stehende Diplomatie Kühlmanns begangen hat, Fehler, denen wir es danken, daß wir die Verpflichtung haben, dem Besiegten den Ernteüberschuß zu Wucherpreisen abzukaufen. Das-

selbe Schauspiel erleben wir jetzt beim Frieden mit Rumänien — einem regelrechten Großbankenfrieden, der dem deutschen Volke als solchem nichts, aber auch nichts bringt als die Aussicht auf ein unsicheres Zukunftsverhältnis zu einem wortbrüchigen König und einem übermütigen, geschäftshungrigen Volk, das aus seiner schmählichen Niederlage nichts gelernt hat. Denn daß dem „deutschen Kapital" die dortigen Kriegsschäden ersetzt und einigen Großbanken Geschäftsmöglichkeiten gesichert werden, berührt das deutsche Volk nicht im mindesten. Die Psychologie der Bethmann-Schule hat wieder einmal Triumphe gefeiert. Den Rumänen wird herzlich wenig daran liegen, für uns Überschüsse zu erzeugen, — wenn nicht die militärische Besetzung den Eifer vermehrt.

Es ist dort übrigens die gleiche Psychologie zur Anwendung gekommen, die dafür sorgt, daß auch bei uns im Inlande den Bauern seine Arbeit immer weniger freut, da ihm doch so ziemlich alles weggenommen wird, was er erzeugt, und zwar zu Preisen, die zu denen, die an die Ukraine und Rumänien ausgezahlt werden sollen, in schreiendem Mißverhältnis stehen. Da wäre die Form, welche Dr. Schiele in seinem letzten Naumburger Brief vorschlägt, psychologisch doch etwas richtiger. Er regt nämlich an, von jedem Landbebauer einen bestimmten, der betr. Anbaufläche entsprechenden Ertrag anzufordern, den Überschuß aber für den Verkehr freizugeben. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Methode den Anbau steigern würde. Wird man sich endlich zu ihr entschließen? Die Nahrungsfrage ist eine für das Durchhalten so wichtige, daß man ihre Lösung nun endlich psychologisch *richtig* erfassen sollte.

Sonst sind im Inlande neuerdings allenthalben erfreuliche Zeichen eines völkischen Frühlings zu bemerken. Ein Bund für deutsche Kunst hat sich schon vor einiger Zeit mit dem Sitz in Leipzig begründet[1]). Ihm folgte als sehr wesentlicher Faktor der schon im vorigen Heft erwähnte Bund für Heimat und Familie[2]). Zu ihnen ist, als hochbedeutsam für die deutsche Geistesentwicklung, eine Vereinigung hinzugekommen, die Deutsche Philosophische Gesellschaft, welche die deutsche Philosophie des Idealismus vor internationalisierenden Gefahren bewahren will[3]). Endlich ist eine deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei entstanden, welche erneut beweist, daß der gesunde Sinn des deutschen Arbeiters auf die Dauer nicht unterdrückt werden kann[4]).

So können wir denn hoffen, daß die Reihen derer, die für eine innere Wiedergeburt unseres Volkes kämpfen, sich immer dichter und dichter zusammenschließen.

Vorerst gilt aber unsere Hauptsorge nach wie vor der äußeren Sicherung und der Erkämpfung des Endsieges mit einem ruhmreichen Frieden. Das Vordringen der Unsrigen auf die flandrische Küste zu wird im Verein mit den U-Booten die Zerstörung der Legende von der ewigen Weltmacht Englands vollenden. Frankreich soll sich nur vorsehen, daß es sich am Narrenseil der Hoffnung auf Elsaß-Lothringen nicht noch solange schleppen läßt, bis England mit uns auf seine Kosten Frieden macht. Denn England ist wirklich in einer noch nicht dagewesenen Lage, und man wird noch allerhand Gewaltversuche, wie z. B. die Bedrohung Hollands, Wühlereien in Skandinavien und in den russischen Teilstaaten, ja vielleicht sogar eine offene Seeschlacht gewärtigen müssen. Aber das alles wird, wenn wir fest bleiben, den Wendepunkt in seiner Geschichte nicht aufhalten.

---

[1]) Geschäftsführer Kunstschriftsteller Arthur Dobsky, Leipzig-Reudnitz.
[2]) Geschäftsführer Privatdozent Dr. Arnold Ruge, Heidelberg.
[3]) Geschäftsführer Arthur Hoffmann, Erfurt.
[4]) Anschriften an W. Gellert, Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimerstr. 8.

„Was war Deutschland gegen England? Ein Nichts, ein Unbekanntes. Durch diesen Weltkrieg hat sich das, was zweieinhalb Jahrhunderte Wahrheit gewesen, als Lüge erwiesen, es ist nicht mehr wahr, und was vorher falsch war, ist jetzt richtig. Dieser veränderte Zustand der Dinge konnte nur in einem ungeheuren Kriege zum Durchbruch kommen und der Friede kann nur aussprechen, daß der frühere Zustand zu Ende und ein neuer angebrochen ist. Was war der alte Zustand? Die Weltherrschaft Englands, die überragende Stellung Frankreichs, die Schiedsrichterrolle des Zarismus in Europa, die Ohnmacht Deutschlands. Im Frieden sollen diese Mächte nur aussprechen, was ist, und indem Deutschland sie dazu zwingt, wirkt es wahrhaft revolutionär und führt ein neues Zeitalter herauf. Mit anderen Worten: der in den Tatsachen selber nach Ausdruck ringende Verstand, die Vernunft der Weltgeschichte, wie Hegel sagen würde, soll in den Paragraphen des Friedensvertrages zur Anerkennung kommen. Das ist der wahre Sinn des „Verständigungsfriedens", wenn anders dieses Wort noch irgendwelche Beziehungen zu den Begriffen: Verstand und verständig besitzt. Für Sentimentalitäten freilich ist hier wenig Raum, allein es gibt nun einmal nichts so Gemütsrohes wie die Weltgeschichte, und es ist ein Herabzerren welthistorischer Begriffe auf das Niveau der Kleinkinderbewahranstalt, wenn man sich ihre Brutalität in eine brünstige Liebessabbelei umlügt und aus agitatorischem Massenbedürfnis heraus die rauhe Sprache der Wirklichkeit in einen demagogischen Phrasenbrei verwandelt. Die Frage der Annexionen kann unmöglich das historische Kriterium des künftigen Friedens sein. Zunächst handelt es sich um die Erkenntnis, daß die gesteigerte Machtstellung Mitteleuropas im Frieden schlechterdings zum Ausdruck kommen muß; mit welchen Mitteln das geschieht, ist eine zweite Frage. Der status quo ante ist restlos erledigt. Das muß ausgesprochen werden. Damit wäre der Sozialdemokratie die Stellungnahme den Friedensproblemen gegenüber zum ersten Male auf eine grundsätzliche Basis gestellt, die sich mit den Forderungen und Ergebnissen des objektiven Geschichtsverlaufes in engster Fühlung befände. Was sie bisher als „Grundsätze" dem Frieden gegenüber ausgegeben hat, ist nicht viel mehr als menschenfreundliches Gerede."

Diesen Auslassungen des unerschrockenen sozialdemokratischen Denkers Dr. Paul Lensch — in Nr. 3 der „Glocke" — stimmen wir durchaus zu.

# Bücherschau.

**Hans Volkelt: Demobilisierung der Geister?** Eine Auseinandersetzung vornehmlich mit Ernst Troeltsch. München, C. H. Beck. 77 S. Preis: 1,50 M.

Eine Schrift, die unbedingt geschrieben werden mußte, und die ihre Aufgabe ausgezeichnet löst. Sie wendet sich gegen die Rede, mit der Prof. Troeltsch dem „Volksbund für Freiheit und Vaterland" das Programm gestellt hat, und damit gegen diesen Bund selbst. Volkelt widerlegt die Anschauungen von Troeltsch und schildert zugleich die Wirkung, die die noch leidlich vorsichtig gehaltenen Äußerungen desselben auf die breiten Massen gehabt haben und noch weiter üben können. Das Stichwort von Troeltsch lautet: „Demobilisierung der Geister" — dies Programm wird von ihm aufgestellt in einer Zeit, in der es dringendste Notwendigkeit ist, die Geister wachzurufen und im höchsten Maß zu „mobilisieren"! Über diese Dinge äußert sich V. so fein und zugleich so markig, daß er jeden, der noch die nötige Unbefangenheit bewahrt hat, überzeugt und fortreißt. Wenn ich hier eine Anmerkung zu seiner Schrift machen möchte, so bezieht sie sich auf etwas, was bei ihr ganz nebensächlich ist, was aber, wegen eines etwaigen Mißbrauchs, doch besser nicht mit Stillschweigen übergangen wird. S. 31 sagt V.: „Die demokratischen Regierungen der Westmächte treiben eine so starke imperialistische Politik, wie sie bei uns kaum von den äußersten rechten Flügelmännern der Alldeutschen... gefordert wird." An ein paar andern Stellen äußert er sich auch noch dahin, als ob es nicht ausgeschlossen sei, daß von

einer Gruppe der Alldeutschen eine vielleicht nicht zu billigende auswärtige Politik empfohlen würde. Hierzu sei folgendes bemerkt. Der Alldeutsche Verband lehnt selbstverständlich eine Kritik der Haltung der ihm mehr oder weniger nahestehenden Kreise nicht ab; er kann auch nicht verantwortlich gemacht werden für alles, was irgendeines seiner Mitglieder sagt. Aber es hat sich bisher noch immer gezeigt, daß die Vorwürfe, die auch nur gegen Teile von ihm erhoben worden sind, der Begründung entbehrten. Es spielt hier eine schlimme Verwechslung eine große Rolle: wenn die Alldeutschen „Anteil an den Weltverhältnissen" für Deutschland fordern, so behauptet man: sie forderten „deutsche Weltherrschaft". Diese Verwechslung beruht zum Teil leider auch auf bösartiger Verdrehung. Volkelt vermeidet es nun wohl, einen bestimmten Vorwurf gegen die Alldeutschen zu erheben; durch den Zusatz „kaum" spricht er aus, daß er die ganze Frage als in der Schwebe befindlich ansieht. Aber wir sind berechtigt hinzuzufügen, daß auch nicht einmal das, was er als vielleicht möglich hinstellt, zutrifft. Im übrigen haben die Alldeutschen einen viel zu freien Sinn, als daß sie sich die Freude an einer schönen Schrift durch ein paar hierbei nebensächliche Dinge stören lassen könnten.

Freiburg i. Br. G. v. Below.

**Gerhart Hauptmann: Der Ketzer von Soana.** S. Fischer, Verlag, Berlin. Geh. 4 M., geb. 6 M.

Gerhart Hauptmann wurde gleich dem Fürsten Lichnowsky britischer Ehrendoktor. Es ist schwer anzunehmen, die Engländer hätten in beiden Fällen nicht gewußt, was sie taten.

Doch das gehört weniger hierher.

August Strindberg sagt einmal: „Wenn der Gottesfürchtige fällt, steht er wieder auf, bürstet sich ab und geht weiter; der Gottlose aber bleibt im Schmutz liegen." Gerhart Hauptmann ist in seiner Erzählung anderer Ansicht. Er will uns davon überzeugen, daß Schmutz nicht Schmutz, sondern etwas Großes, Mächtiges, Übermenschliches sei. Um es gleich zu sagen: er bekommt es trotz aller Überredungskunst nicht fertig. Ja, man fragt sich, wenn man die Geschichte von dem vom „Eros" angeblich restlos und unwiderruflich überwältigten Priester ruhig überdacht hat, ernsthaft, ob sich Gerhart Hauptmann bei Wahl und Ausgestaltung des Stoffes als wirklicher Künstler erwiesen hat. Selbstverständlich: man darf den Dichter wohl nie in der Freiheit beschränken wollen, das zu behandeln, was seinen Genius reizt. Aber er wird gestatten müssen, daß der Leser sich ablehnend verhält, wenn der dargestellte Gegenstand, die Richtung (Tendenz) oder die Form der Darstellung oder gar alle drei derart sind, daß ein allgemeineres menschliches Interesse nicht erweckt wird. M. W. spricht Gottfried Keller im Grünen Heinrich davon, daß es Dilettantismus bedeute, wenn ein Maler nur ganz ungewöhnlich absonderliche und groteske Bäume oder Felsbildungen zum Vorwurf wählte. Ganz unwillkürlich denkt man an dies Wort beim Betrachten der Hauptmannschen Erzählung. Was soll darin die Blutschande? Gewiß kann sie der Dichter zum Gegenstand der Darstellung wählen, aber warum das schmutzige, verkommene Ziegenhirtenpaar, von dem die von Hauptmann mit überirdischem Liebreiz und zwingendem Zauber ausgestattete Tochter, die Haupttriebfeder der Erzählung stammt, ausgerechnet in verbotener Geschwisterehe leben muß, ist beim besten Willen unerfindlich. So etwas als nebensächliches Beiwerk — für den inneren Fortgang ist dieser Umstand ganz bedeutungslos —, eine solche ausgefallene Begleiterscheinung macht das Werk keineswegs anziehender, — höchstens für den Berlin W Geschmack, und peinlich berührt denkt man an die mit solchen Mitteln arbeitende Meyrinkschule, die damit Auflagen von 50000 Stück bezweckt und erzielt. Sollte durch eine solche Widernatürlichkeit dem den Reizen der Tochter verfallenden Priester die Rückkehr zu seinem früheren Leben besonders nachhaltig versperrt werden, so müßte eine solche Begründung als zu gewaltsam und gesucht verurteilt werden.

Weiter: Man wird das Gefühl nicht los, daß nicht der dämonische, geniale Trieb zum Schaffen hinter dieser Erzählung stand, sondern der bewußte Wille eines Wissenden; nicht der schöpferische Rausch, sondern eine eiskalte Sinnlichkeit. — Die Entwicklung des Priesters wird anscheinend mit psychologischer Gründlichkeit durch die Betrachtung eines befremdend heidnischen Fetischs und durch den zufälligen Besuch eines verlassenen Ateliers vorbereitet und ausgelöst. Träume spielen auch eine gewisse Rolle dabei. Doch dies Drum und Dran vermag keineswegs glaubhaft zu machen, weshalb der aus gebildeter Familie mit Gewissenszucht stammende, kluge, feinfühlige Priester anläßlich einer einzigen Überwältigung durch die Sinnlichkeit — die in der starken Sonne der Bergwelt an und für sich durchaus glaubhaft ist — ein für allemal Ruf, Vorleben, Stand, Familie und Glauben endgültig mit Füßen tritt und dann, wie Hauptmann uns gern glauben machen möchte, mit dem ungebildeten Sprößling der schmutzigen Ziegenhirten ein erhabenes, von heidnischer Größe und Hoheit erfülltes, rein auf Sinnlichkeit gestelltes Dasein ebenfalls als Ziegenhirt führt.

(Am allerunwahrscheinlichsten deucht mir, daß nach dem Sündenfall nicht etwa die be-

teiligten Sünder selbst, sondern nur die Eltern des Mädchens die Gegend meiden müssen, wie es H. darstellt, allerdings auch zur Darstellung braucht). Schon daß dies die einzig mögliche, seelisch folgerichtige Lösung sei, wird jeder Leser bezweifeln. Das überreiche altheidnische Gedanken- und Beiwerk, mit dem dieser mehr als unwahrscheinliche Vorgang vom Schriftsteller verbrämt, ja verherrlicht ist, vermag uns ebensowenig zu überzeugen, wie die schon erwähnte scheinbar medizinisch-psychologische Vorbereitung. Der Fall stellt sich vielmehr so dar: was man an Goethes Tasso oder Shakespeares Hamlet rühmt, nämlich, daß das Seherauge des Dichters die medizinischen Begleiterscheinungen des seelischen Krankheitsbildes mit unfehlbarer Sicherheit richtig getroffen hätte, sollte hier durch Verwertung von an und für sich gewiß schätzenswerten Kenntnissen über die Ergebnisse neuzeitlicher psychiatrischer Forschungen von vornherein sichergestellt werden. Was zu erklären und organisch wachsen zu lassen dichterische Gestaltungskraft nicht ausreichte, sollte durch das Hinüberspielen ins Heidentum an Wahrscheinlichkeit gewinnen. Die so sich ergebende Verhimmelung des „Eros", der stärker und älter sei als alle anderen Götter —, war sie die Absicht des Werkes, das auf diese Weise als erstes einer sich ausbreitenden Geisteserichtung huldigen wollte? Sie stellt sich doch nur als die Anpreisung einer irdisch-animalischen Glück- und Genußsucht dar, der Wurzel und Mündung eines schrankenlosen Individualismus, den wir endlich überwunden zu haben hofften. Der Held zeigt sich nicht als ein überlegener, ungewöhnlicher Geist, der sich nach harten inneren Kämpfen für das Heidentum entscheidet, sondern als ein widerstandsloser Geselle, der gar zu gerne seiner Sinnlichkeit nachgibt und sich seine Schwäche heidnisch ausdeutet. Daß das Christentum bei der H.schen Darstellung kläglich wegkommt und der Priesterstand in der Geschichte nur sehr mangelhaft vertreten ist, kann auch nicht als Zeichen dichterischer Stärke und Sachlichkeit angesprochen werden, erinnert vielmehr abermals an die Meyrinkschule. Aber gerade der soeben berührten Punkte wegen macht man vielleicht von bestimmter Seite her für das Werk eine durch nichts gerechtfertigte Reklame.

Was endlich die Form anbetrifft, so läßt Hauptmann den Helden seiner Erzählung nach seiner Wandlung zum Ziegenhirten sein Schicksal dem Dichter selbst vorlesen. Diese Form erlaubt es ihm, nach Belieben abzubrechen, Wichtiges im Dunkel bzw. der ratenden Phantasie des Lesers zu überlassen. Der Schriftsteller bedient sich einer klaren, und schönen, die südschweizerische Natur und Alpenlandschaft greifbar vors Auge zaubernden Sprache. Trotz dieser unverkennbaren Vorzüge muß man dies Werk eines Mannes, der uns von mancher Seite immer wieder als einziger und größter deutscher Dichter angepriesen wird, leider als unorganisch und undeutsch ablehnen. E. K.

**Das Weltreich und sein Kanzler.** Vom Verfasser des Fenriswolfes. Verlegt bei Eugen Diederichs, Jena. M. 3,50; gebunden M. 4,80.

Mehr als bei anderen Büchern ist es nötig, dies Buch seinem Gehalt und seiner Form nach zu betrachten. Inhaltlich ist es die Darstellung von Geschehnissen in den Vereinigten Staaten während des Weltkrieges; die Heereslieferungen an die Feinde Deutschlands lassen das Machtgefühl einzelner ins Ungemessene wachsen und sich auswachsen zu dem Gedanken, das Kapital der ganzen Kulturwelt in die Staaten zu sammeln, dadurch die übrigen Länder auszusaugen und hiermit den Krieg zu beenden, Amerika aber als das allmächtige Haupt eines Weltreiches aus dem Blutmeer hervorgehen zu lassen. — Die Form ist für eine Dichtung, einen Roman, eine ganz ungewöhnliche. Der Verfasser nennt sich nicht; er schildert oder erzählt auch nicht. Das Buch besteht lediglich aus Telegrammen, Zeitungsberichten, kurzen und längeren Briefen. Alles ohne jede Wortverbindung. Was nicht in den gebotenen Dokumenten gesagt ist, muß sich der Leser ergänzen. — Da sich ohne Zweifel ein Bild der Lage und Zustände daraus ergibt, so kann man diese neue Art von Dichtung nicht ohne weiteres als unmögliche Art der Gestaltung ablehnen; ein anderes ist es, ob man an ihr Gefallen finden wird. Ich persönlich kam nach dem Lesen des Buches auf diesen Vergleich: Ein Fachgelehrter gräbt in altem Lehm die Knochen eines vorsintflutlichen Riesentieres aus und setzt aus den Teilen dieses unbekannten Wesens eine Gestalt zusammen, wie sie nach seiner Meinung gelebt haben muß; er sieht dies Wesen dann mit Fleisch und Haut und Farbe, er sieht es laufen, fressen, kämpfen. Für die unkundigen Beschauer ist es ein Gerippe aus gewaltigen fremden Knochen, leblos und von graubrauner Farbe. — Ob man diese Art von Dichtung willkommen heißen soll? Zunächst dünkt es uns nur eine Stimme mehr in der babylonischen Verwirrung der Literatur von heute; und keine wohlklingende Stimme von künstlerisch-ästhetischem Standpunkt aus. Immerhin, sowohl der rohe Kern des Inhalts als die Kraft und Beherrschung dieser neuen Form zwingen zu ernsthafter Prüfung dieses ungewöhnlichen Buches; sowohl nach der einen als nach der anderen Richtung wird es anregend zum Nachdenken sein. F. C.

# Bücherschau.

**Fischer-Zahlke: Deutschland und der Weltkrieg.** Tatsachen und Zahlen aus drei Kriegsjahren 1914—1917. Mit vielen Abbildungen und Zahlentafeln. Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1917. 123 S., steif geh. 1,80 M., bei Mehrbezug billiger.

Das Büchlein stellt geschickt und eindringlich eine Reihe von Zahlen zusammen, die die Friedensentwicklung und die Kriegsleistungen des Deutschen Reiches beleuchten. Heer und Flotte, wirtschaftlicher Aufschwung, Geldwirtschaft, Kriegswirkungen aller Art bei uns und bei unseren Feinden sind dargestellt. Das Büchlein ist, wie es die Herausgeber wünschen, sicherlich geeignet, „nicht nur die bisherigen Leistungen unseres Heeres und Volkes in erfreulichem Lichte erscheinen zu lassen, sondern auch unsern Willen zum Durchhalten im letzten schweren Endkampf zu stärken."

F.

Sanitätsrat Oberstabsarzt Dr. **G. Bonne, Mehr Nahrungsmittel!** Praktische Lehren des Weltkrieges über die Notwendigkeit der Harmonie zwischen Hygiene und Volkswirtschaft. Verlag Ernst Reinhardt, München. 179 S. Geb. 5 M.

Es wäre lohnend, die vielen schweren Schäden, die die deutsche Großstadtentwicklung des 19. Jahrhunderts dem deutschen Volk zugefügt hat, nach allen Seiten gründlich und wissenschaftlich zu erörtern. Das vorliegende Buch ist hierzu ein lehrreicher Beitrag. Es erörtert in ausgezeichneten, aus langer Erfahrung herausgewachsenen Darlegungen die Frage der Reinhaltung der deutschen Gewässer und der Fäkalienverwertung, Fragen, die trotz ihrer großen Wichtigkeit den meisten Städtern sehr fern liegen. Wir können nur feststellen, daß Bonnes Buch erheblich mehr volkswirtschaftliche Belehrung bietet als die Vorlesungen mancher berühmter Nationalökonomen; wir wünschen ihm deswegen viele aufmerksame Leser, wir wünschen aber auch seinen ernsten Folgerungen und Forderungen volle Beachtung bei den Regierenden deutscher Staaten und Städte.

F.

Die **Denkschrift zur Begründung einer neuen deutschen Volkshochschule** von **Bruno Tanzmann**, deren Besprechung sich in Heft 4, Jahrg. II, S. 304 dieser Zeitschrift befindet, ist nicht im Verlag Gartenstadt Hellerau, sondern im Verlage der Wanderschriften-Zentrale in Hellerau erschienen.

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)


**Anzeigenpreis für „Deutschlands Erneuerung":**

**50 Pfennig für die dreigespaltene Nonpareillezeile. ⁄ 1/1 Seite M. 120.—, ½ Seite M. 65.—, ¼ Seite M. 35.—, 1/8 Seite M. 18.—**

**Allgem. Deutscher Wirtschaftsbund**

Sitz: Magdeburg-S.

**Freunde deutschen Rechtes, deutscher Freiheit, werdet Mitglied!**

Mit Zinsablösung: Vermögens-Gemeinschaft. Durch Wirtschafts-Einheit zur selbst. Freiheit! Alle Schriften, Preislisten kostenlos an Mitglieder. M. 1.10 ohne weitere Beiträge. Zahlungen nur an:

Postscheck: Berlin 30796. **Wilhelm Plöhn, Magdeburg-S.**

Große

**Gewinn-Chancen**

bietet Beteiligung an Petroleum-Unternehmen. Minimal-Beteiligung 5000 M. Anfragen sind zu richten an **General-Konsul a. D. Borchard, Berlin SW 11, Schönebergerstr. 8.**

**Dr. K. Kramarsch,**

**der Anstifter des Weltkriegs**

Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt von

**Dr. Fr. Wichtl**

Mitglied des österreichischen Reichsrates

Preis geheftet M. 3.40 und 20% Zuschlag

Das Buch, das in das hochverräterische Treiben des tschechischen Volkes hineinleuchtet, liest sich infolge der Fülle hochinteressanter Einzelbeispiele wie ein spannender Roman. Leider ist es kein Roman, sondern furchtbare Wirklichkeit, mit der sich das deutsche Volk und seine Staatsmänner unbedingt vertraut machen müssen.

**Die Vertreibung des Königs Konstantin von Griechenland**

Dargestellt auf Grund amtlicher Urkunden

Mit einem Bildnis des Königs

**Herausgegeben von der Deutsch-Griechischen Gesellschaft**

Geheftet M. 1.50 und 20% Zuschlag

Das Buch gibt einen trefflichen Einblick in die Politik der Entente-Mächte. — Während diese stets behaupten, daß sie den Krieg zum Schutz der kleinen Staaten führen, wird hier an der Hand der Akten der Beweis erbracht, in welch unerhörter Weise Griechenland vergewaltigt wurde, weil sein König redlich bemüht war, dem Volke den Frieden zu erhalten.

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heyse-Str. 26

(Fortsetzung der Bücherschau.)

**Franz Lebius': Familienforschung.** H. A. Ludwig Degener, Leipzig.

In diesem Buche wird ein neuer eigenartiger Weg zur Durchführung einer Familienforschung beschrieben. Durch Einführen von Formeln für jede einzelne Person und von übersichtlichen Personenkarten gibt Lebius der Familienforschung die Form einer Kartei, die er „Lebiusregistratur" nennt. Sie genügt den verschiedensten Anforderungen, die man an eine Familienchronik stellen kann: sie gibt ein übersichtliches Bild über den verwandtschaftlichen Zusammenhang einer Familie; jeder Nachkomme kann die Arbeit ohne weiteres fortsetzen; sie ermöglicht ein Eindringen in die Tiefe und vor allem auch in die Breite der Blutsverwandtschaft, ohne daß darunter die Übersicht leidet; ein einfaches Verfahren der Vervielfältigung der Personenkarten ermöglicht es, die schon geleistete Arbeit andern Familienmitgliedern, statistischen Ämtern, Bibliotheken usw. zugänglich zu machen. Voraussetzung für eine Familienforschung in dieser Form ist aber ein gründliches Eindringen in die mathematische Art der Lebiusregistratur, die manchem anfangs recht kompliziert erscheinen kann und nicht bei jedem Anklang finden wird.

Wir wünschen der Lebiusregistratur, daß sie in weiten Kreisen unseres Volkes den Sinn für die Pflege der Familienchroniken mit ihren vielen Segnungen wecken wird. Von den Segnungen seien nur genannt: Vertiefung des Familiensinnes, Verbreitung der Lehren der Vererbung und ihrer Bedeutung für den Stamm und das ganze Volk, Erkenntnis der Grundlagen der Volkskraft und schließlich die Erkenntnis, wie man sein Leben zum Besten seines Stammes und damit seines Volkes gestaltet. △

Reg.-Rat **Konietzko** u. **C. Joos: Kriegsschulden und volkstümliche Steuerreform.** Verlag der Frankfurter Vereinsdruckerei, Frankfurt a. M. 1917. 39 S., 1 M.

Eine gut und klar geschriebene Abhandlung, die die schwierigen Fragen der Kriegsschuldendeckung zwar nicht erschöpft, aber manche gute Gedanken enthält. Die Verfasser haben die Genugtuung, daß ihre Vorschläge einer Luxusbesteuerung in das soeben dem Reichstag vorgelegte Steuerprogramm mit aufgenommen worden sind. F.


**Wer fremde Sprachen**
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
**Methode Gaspey-Otto-Sauer.**
Man verlange ausführliche Prospekte von
**Julius Groos, Verlag, Heidelberg.**

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

**Rothenburger Versicherungs-Anstalt**
auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)

Billige Prämien
Hohe Dividenden
Vorteilhafte Bedingungen

Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

**Boye**

Glühöfen | Einsatzöfen
Härteöfen | Schmiedeöfen

Brettfallhämmer
Schmiedehämmer

**Brüder Boye, Berlin N 37**
Schönhauser Allee 8

Soeben ist erschienen:

# om kommenden Weltfrieden

herausgegeben von **Karl Jünger,**

geleitet von **Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech,** mit Beiträgen von:

Dr. Bruno Ablaß, M. d. R.
W. Bacmeister, M. d. Pr. A.
Wilhelm Blos, M. d. R.
Dr. Eduard David, M. d. R.
Edmund Fischer, M. d. R.
Joh. Fischer, M. d. W. L.
Gustav Hoch, M. d. R.
Graf Wilhelm zu Hoensbroech, M. d. Pr. H.
Dr. Ernst Müller-Meiningen, M. d. R.
Liz. Reinh. Mumm, M. d. R.
Rudolf Oeser, M. d. Pr. A.
Osel, M. d. B. A.-K.
Dr. Maximilian Pfeiffer, M. d. R.
Dr. h. c. A. von Rieppel, M. d. B. R.
Fürst Otto zu Salm-Horstmar, M. d. Pr. H.
Schlee, M. d. R.
Graf A. von Spee, M. d. Pr. A.
Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.
Graf von Zieten-Schwerin, M. d. Pr. H.

**n der Stunde der Entscheidung erscheint dieses Buch.**

Es ist von so außerordentlicher Bedeutung, daß es zweifellos zu den meistgekauften Büchern der nächsten Zeit zählen wird. Jeder Deutsche sollte es gelesen haben. Vorrätig in jeder guten Buchhandlung. — Kleine Montanusbücher Band 8, Mk. 1.50

Der Montanusverlag zu Siegen 22

# Die Deutsche Zeitung

## das Blatt der Deutschen

**mpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;**

**t deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;**

**lt fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;**

**mpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;**

**nnt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;**

**rkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;**

**kämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;**

**ll auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.**

**ezugsbedingungen:** Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

**reuzbandversand:** Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.– (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

**ldpostbezug:** M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

**Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12**

# Wer einen Angehörigen im Felde hat,

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme u. Verdun. Preis einer kompl. Serie inkl. Appar. M. 7.50 portofr. bei Einsend. d. Betr. Nachn. 20 Pfg. extra.

Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

**Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.**

kostenlos zugesandt wird.

---

**Brüssel in der Tasche.**

Eine Erlösung für Jeden ist unser

**Spranzband**

Deutsches Reichs-Patent.

Ausl.-Patent angem.

Ohne Feder, Ohne Gummiband, Ohne Schenkelriemen.

Konkurrenzlos dastehend! Verlangen Sie gratis Prospekt

Die Erfinder: **Gebr. Spranz**

Unterkochen (Württemb.) No. 274

---

Handgetriebene Silberbrosche. M. 15.—

Über: **Runenschmuck**

gaben wir eine neue Werbeschrift (96 S. stark) heraus; sie enthält 500 Entwürfe nebst Deutungen und Beiträgen von Guido von List, Walter Schulte v. Brühl und anderen Künstlern, ferner Werbeblätter „Hakenkreuz" und „Wie schmücke ich mich" und die Preisliste.

Zu beziehen gegen 60 Pf. u. 10 Pf. Porto durch

**Haus Eklöh, Lüdenscheid.**

Kunstgewerbl. Werkstätte für deutschvölk. Schmuck

---

**Deutscher Anker**

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.

in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

**Kriegs- [redacted] Lebensversicherung**

---

**Bedenken Sie?** daß

der nahe Frieden ungeahnte Gelegenheiten zum Schaffen und Vorwärtskommen bringt. Wer nun jetzt schon daran denkt, seine Kräfte und Fähigkeiten zu fördern und zu erhalten, — etwaige Übel wie: Energielosigkeit, Mangel an Ausdauer, Gedächtnisschwäche, Unsicherheit im Auftreten und Sprechen, beseitigen — und die Gesetze und Einflüsse, die ein Mißlingen verursachen, andererseits den Erfolg sichern, kennen lernt, — der kann rechtzeitig mit [redacted] greifen und seine Zukunft sichern. Verlangen Sie Ausk. und Fragebogen (frei) zu **Krebs' psycholog. Lehrbriefkursen. — H. Krebs, Barmen B 18, Werterstrase 51.**

---

Jeder **selbstdenkende** Deutsche schreibe

**Rollers Weltkurzschrift.**

Viel deutlicher, kürzer und einfacher als die älteren Kurzschriften. Jedes Kind erlernt sie spielend.

**Lehrmittel zum Selbstunterricht 3 M.**

Alleinverlag f. Rollers Weltkurzschrift

**Johannes Bülck, Neumünster,**

**Kieler Straße 73**

Postscheckkonto Hamburg 13235.

---

**Militär-techn. Instrumente**

Kgl. Bayer. Hofl. **Heuberger, Bayreuth.** Illustrierter Spezial-Katalog kostenfrei!

---

**Ich geh' durch Nacht und Sonnenschein**

Dichtungen von Küppers

in Pappband, Preis 1.65 M.

58 Sis-Verlag in Zeitz

---

**Bücherfreunde**

erhalten interessanten Katalog gratis von **O. Fürst,** Buchhandlung, **Neukölln,** 'Emserstraße 5/11.

---

**Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine!**

++ Hervorragende Bezugsquelle ++

**Fritz Weitzel,** Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

---

**KLISCHEES**

für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie

**RADIOTINTO-TIEFDRUCK**

(SCHNELLPRESSENDRUCK)

in anerkannt vorzüglicher Ausführung bei raschester Lieferung.

Man verlange Muster u. Kostenanschläge.

**BRENDʼAMOUR, SIMHART & Co**

☆ MÜNCHEN ☆

---

**In jedem Hause**

wo gute Musik gepflegt wird, sollte auch **die Königin der Instrumente** zu finden sein.

**Harmoniums** von 90 bis 2400 Mark

Bes. auch v. jedermann ohn. Notenkenntnis sof. 4stimm. spielbare. Illustr. Kat. **umsonst. Aloys Maier, Hofl., Fulda.**

---

**Annahmeschluß für Anzeigen für das Juliheft am 15. Juni.**

# Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

## Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

## Sanatorium Dr. Dornblüth

**WIESBADEN**

Erhöhte Lage am Wald . . . . . Auskunft kostenlos

## Landerziehungsheim im Taunus.

### Institut von Puttkamer

**Friedrichsdorf i. T.**

Unterricht d. 10klass. höh. Mädchenschule nach dem Plan des Lyzeums. Christl. Hausordg., kl. Klass., indiv. Behandlung. Vorbereitung z. Sprachlehr.-Ex. Fortbildung in Wissensch., Sprachen usw. Koch- und Haushaltungsunterricht. Unterricht in Gartenbau, Obst- und Gemüseverwertung.

## Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von W. Rein, Jena. Mit Buchschmuck von E. Liebermann, München.

634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2

## Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

**Jugendsanatorium**
in Verbindung mit
Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in
**Herchen a. d. Sieg**
in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

## Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

**Jugendheim Heidelberg**

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

## Gärtnerischer Lehrbetrieb.

Gebildete junge Mädchen und Jungen ...nden Ausbildung in Obst-, Wein- und ...emüsebau auf unserem Obstgut Blankenhornsberg bei Ihringen, nahe Freiburg Br. Vegetarische Lebensweise.

Dr. med. Riedlin.
Hedwig Gebhardt.

## Hessische Handels-Lehranstalt

Rheinstraße 6 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel;

ärztlich empfohlen, liefert:

Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)

## Frühjahrskuren an der See

## Südstrand-Föhr • Nordsee-Sanatorium

Zentralheizung. Blockhäuser. Großer, windgeschützter Park.

**Sonniger Frühling.** **Mai und Juni Zimmer frei.**

Ärztlicher Leiter Sanitätsrat Dr. Gmelin

## Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.) Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

Frau Frieda Hoeke-Kriele.

**Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen**

# Was kann ich?

Wissen allein nützt im Leben nicht viel. Hauptsache ist, daß wir unser Wissen in praktisches Können umsetzen können. Warum sind oft Menschen mit geringem Wissen viel erfolgreicher als solche mit sehr umfangreichem Wissen? Weil sie das, was sie wissen, in mannigfaltigster, ausgiebigster und erschöpfendster Weise verwerten können, während die anderen mit ihrem vielen Wissen nichts Rechtes anfangen können und durchaus nicht das Kapital herausschlagen, das die ersteren herausholen würden. Sie haben nicht gelernt, Theorie in Praxis umzusetzen; es fehlt ihnen am „Können". Das „Können" will gelernt und will geübt sein. Nur wer selbst etwas kann, kann andere richtig und wirksam anleiten, kann bei seinen Arbeitern, Angestellten, Mitarbeitern bei gleicher Arbeitszeit und gleicher körperlicher und geistiger Anstrengung mehr und bessere Arbeit erzielen und dadurch die Konkurrenz überflügeln. Wer in seinem Fache etwas Richtiges kann, dem braucht um ein sicheres und gutes Einkommen nie bange sein, und wenn er der einfachste Arbeiter wäre. Nun fragen Sie sich einmal, ob Sie in Ihrem Fache wirklich auf der höchsten Höhe des Könnens sind, so daß Ihnen kein Fachgenosse über ist?

Wenn nicht, dann ist es Zeit, an Ihrem Fortschritt zu arbeiten, indem Sie alle Ihre geistigen Fähigkeiten weiter ausbilden, denn beim vollkommenen „Können" spielen sie alle mit. Die beste und erprobtese Anleitung hierzu finden Sie in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre, die auf der Erfahrung fast eines Vierteljahrhunderts in der Anleitung von Menschen zum Erfolg aufgebaut ist. Sie haben dabei nicht ein totes Buch in der Hand, sondern einen persönlichen Führer an der Seite, mit dem Sie fortwährend in mündlichem oder brieflichem Unterricht stehen und der auf Ihre besonderen Bedürfnisse eingehen kann, wodurch der Erfolg gewährleistet wird.

Einige Auszüge aus Zeugnissen:

„Sie zeigen, auf welche Art und Weise man Wissen in Können umwandelt und fruchtbar macht. M. P." — „Sie haben damit eine Anleitung zum Erfolg geschaffen, die jedem, gleichgültig, welchem Stande oder Bildungsgrade er angehören mag, von großem Nutzen ist. Gerade die Bedürfnisse des modernen praktischen Lebens werden darin besonders berücksichtigt, ohne daß die höheren Ideale dabei vernachläßigt würden. Dr. S. T." — „Ich kann jedem, der etwas werden will, den Lehrkurs warm empfehlen. H. H." — „Ein unschätzbarer Reichtum an Lehren und Mitteln sind in dem Werke vereinigt, welche bei gewissenhafter Beachtung infolge der Einfachheit und Leichtfaßlichkeit selbst dem Mindestbegabten zu einem erfreulichen Erfolg verhelfen werden. K. Z." — „Aus dem Lesen wurde bald ein Studium, der Stoff fesselt immer mehr, die Arbeitslust wuchs von Tag zu Tag, und heute nach dreimonatiger Übung kann ich das letzte Heft mit der Beruhigung zur Seite legen, daß die frühere Schaffensfreude trotz meiner 55 Jahre wieder vorhanden ist. K. R."

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

**L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München C 12**



Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

RETURN TO the circulation desk of any
University of California Library
or to the
NORTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
Bldg. 400, Richmond Field Station
University of California
Richmond, CA 94804-4698

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS

- 2-month loans may be renewed by calling (510) 642-6753
- 1-year loans may be recharged by bringing books to NRLF
- Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date.

DUE AS STAMPED BELOW

FEB 03 1997

12,000 (11/95)

UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
FORM NO. DD6 BERKELEY, CA 94720

YC110800

U.C. BERKELEY LIBRARIES

C006131012

RETURN TO the circulation desk of any
University of California Library
or to the
NORTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
Bldg. 400, Richmond Field Station
University of California
Richmond, CA 94804-4698

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS

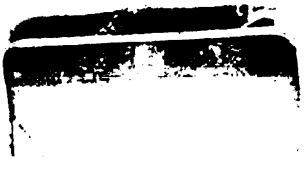
- 2-month loans may be renewed by calling (510) 642-6753
- 1-year loans may be recharged by bringing books to NRLF
- Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date.

DUE AS STAMPED BELOW

FEB 03 1997

12,000 (11/95)

UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

FORM NO. DD6

U.C. BERKELEY LIBRARIES
C006131012